





Walter Lichtenstein
November 10, 1939.

Preußische Geschichte.

Zweiter Band.

Preußische Geschichte

von

William Pierson.

Siebente, verbesserte und vermehrte Auflage.

Herausgegeben

von

Dr. John Pierson,
Oberlehrer.

Zweiter Band.
Mit einer historischen Karte von Heinrich Kiepert.



Berlin.
Verlag von Gebrüder Paetel.
(Elwin Paetel.)
1898.


HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY

Inhalts-Verzeichnis.

zum

zweiten Bande.

Viertes Buch.

Fünftes Buch.

Sechstes Buch.

Viertes Buch.

Preußens Wiedergeburt und Befreiungskrieg.

Die Steinsche Reform.

Einen Segen hat das maßlose Elend von Jena bis Tilsit doch gehabt, einen Segen von Gott: es brach den hoffärtigen Sinn der Regierenden; und der furchtbare Druck, den die Franzosen auch nach dem Frieden noch verübten, er ward nicht minder zum Segen, denn er zerstörte die Frivolität der Gebildeten und die stumpfe Gleichgiltigkeit der Massen. Das Unglück erwies sich in Preußen als der beste Arzt; es deckte die Schäden auf und predigte Besserung. Die Not der Zeit zwang auch die Widerstrebenden zu dem, was allen am meisten gebrach, zur Selbsterkenntnis und zu der Einsicht, daß es nur besser werden könne, wenn man selber besser werde.*)

„Es wird mir immer klarer" — schrieb die Königin Luise im Frühling 1808 ihrem Vater, dem Herzog von Strelitz — „daß alles so kommen mußte, wie es gekommen ist. Die göttliche Vorsehung leitet unverkennbar neue Weltzustände ein, und es soll eine andere Ordnung der Dinge werden, da die alte sich überlebt hat und als abgelebt in sich zusammenstürzt. Wir sind eingeschlafen auf den Lorbeern Friedrichs des Großen, welcher, der Herr seines Jahrhunderts, eine neue Zeit schuf. Wir sind mit derselben nicht fortgeschritten, und deshalb überflügelte sie uns. Von Napoleon können wir vieles lernen, und es wird nicht verloren sein, was er gethan und ausgerichtet hat. Es wäre Lästerung zu sagen, Gott sei mit ihm; aber offenbar ist er ein Werkzeug in des Allmächtigen Hand, um das Alte, welches kein Leben mehr hat, das aber mit den Außendingen fest verwachsen ist, zu begraben." Auch der König nahm sich die furchtbare Lehre zu Herzen; er bezwang seine Scheu, von dem Hergebrachten abzuweichen, sah sich nach besseren Ratgebern um, als die bisherigen gewesen und beschloß, mit ihrer Hilfe eine Neugestaltung des Staatswesens vorzunehmen.

*) Vgl. R. Götte, Das Zeitalter der deutschen Erhebung 1807—1815, Gotha 1892.

Als den Einzigen, der den Staat wiederherstellen könne, betrachteten alle Einsichtigen den Mann, den der König noch jüngst in Ungnade von sich gestoßen: den Freiherrn vom Stein. Diesen berief der König jetzt zum Retter der Monarchie; Stein vergaß, wie man ihn behandelt hatte, und folgte dem Rufe. Am 30. September 1807 traf er in Memel bei Hofe ein; am 4. Oktober ward er an die Spitze der ganzen Civilverwaltung gestellt.

Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein war ein Rheinländer, geboren am 26. Oktober 1757 auf der Burg Stein bei Nassau an der Lahn, aus einem alten Reichsrittergeschlechte.*) Seit mehr als zwanzig Jahren hatte er in deutschen, zuletzt in preußischen Staatsdiensten als Diplomat und Verwaltungsbeamter eine reiche Geschäftserfahrung zu dem staatsmännischen Genie gefügt, welches ihn auszeichnete. Denn voll idealen Schwunges traf sein durchdringender Geist doch stets den Kern der Wirklichkeit, den Mittelpunkt der reellen Bedürfnisse, und begeistert für alles Edle und Große, für Recht und Freiheit, für Deutschlands Glück und Ehre, strebte er nie über das Erreichbare und Zweckmäßige hinaus. Er besaß eine vielseitige Bildung, gleichmäßig durch das Leben und durch Studium erworben, er besaß eine seltene Übereinstimmung von Theorie und Praxis, aber er besaß noch eins, was seltener war, als Wissen, Bildung, Ideale, nämlich einen Charakter, wie ihn der Reformator seiner Zeit haben muß: kühn durchgreifend mit mächtiger Willenskraft, streng bis zur Härte gegen alles Verkehrte und Entartete, zäh ausdauernd im Kampf mit dem Unverstande und der Bosheit und durchaus unzugänglich irgend welcher Menschenfurcht; ein zorniger und starker Eiferer wider den Mißstand alter und neuer Zeit und ein kluger Erfinder, bedachtsamer Pfleger des Besseren. In Haß und Liebe ernsthaft und energisch, wollte er immer die Sache, nie sich selbst; all sein Streben war selbstlos und rein und galt nur dem großen Ganzen; kein Fürstendiener, vielmehr schroff und knorrig in seinem Benehmen, wie in seinem eichenfesten Charakter; aber ein Staatsdiener und ein Edelmann im besten Sinne des Worts. Schlicht und gerade, von altväterischer Sitte, fromm und glaubenstreu, stolz und freigesinnt wie ein echter altdeutscher Ritter, war er zugleich voll hochherzigen Gemeinsinns; er hielt für das wahre Merkmal des Adels, daß dieser es den andern Ständen zuvor thue in wirklichen Verdiensten um den Staat, in thatsächlichen Leistungen für das Vaterland. So dachte und strebte er selbst; Schwierigkeiten und Unfälle irrten ihn nicht, auch nicht der Undank; er blieb sich und seinen Zielen treu. Was er verfolgte, war großartig wie die Ideen von 1789, aber deutsch wie er selbst; nicht französische Gleichmacherei und Masseneinung, sondern deutsche Entwickelung des Besondern und Mannigfachen durch gleichmäßige Berechtigung und Befreiung zu rechtem Zusammenklang, das war die Absicht seiner Staatskunst. Aber das Geschichtliche, Überlieferte galt ihm nur so lange für ehrwürdig, als es ihm noch

*) G. H. Pertz, Das Leben des Ministers Freih. vom Stein, 6 Bde., Berl. 1849—55. — Vgl. J. R. Seeley, Stein, sein Leben u. seine Zeit rc., aus d. Engl. übers. von E. Lehmann, 3 Bde., Gotha 1883—1887. — F. Neubauer, Freiherr vom Stein, Berl. 1894.



eigenes Leben zu enthalten schien: die toten Formen zerbrach er unbedenklich, wenn sie auch deutsch und altersgrau waren; er zerbrach sie eben so unbedenklich wie die neuen welschen Mißbräuche; das Leben, das reiche, vielfarbige, das in den Eigentümlichkeiten der deutschen Sonderwesen pulsierte, konnte sich erst dann wieder schön entfalten. Er schonte und pflegte es, er gab jedem das Seine, aber ein jeder sollte auch dem Ganzen das Seine geben. Die Rechte und Freiheiten der Wenigen sollten weichen vor dem allgemeinen Recht, vor der allgemeinen Freiheit; der Unterthan sich veredeln zum Staatsbürger. Denn das war ihm klar, die Wurzel des Übels lag in der Teilnahmlosigkeit des eigentlichen Volkes, in dessen Überbürdung und Bevormundung. Es mußte mitraten, wenn es mithandeln sollte. Es galt, eine Monarchie mit demokratischer Grundlage, „ein warhaft deutsches Staatswesen herzustellen, gegründet auf ein freies Bürgertum, gestützt und getragen durch die Selbstregierung der Gemeinden und Provinzen, vergeistigt durch die echte Freiheit auf dem Boden der Gesetze.“ Der absolutistisch-feudale Staat mußte in ein monarchisches Gemeinwesen, der Militärstaat völlig in einen Rechtsstaat verwandelt werden. Dann erst, wenn die drückenden Vorrechte der Wenigen abgeschafft, und vor dem Gesetze alle gleich gestellt würden, wenn jeder an der Verwaltung der Gemeindesachen und dadurch an der Lenkung der Geschicke des ganzen Staates mit Rat und That teilnehme, und eine ständische Volksvertretung den Thron umgebe, dann werde die ganze Nation rechte Liebe zum Vaterlande und unbezwingliche Kraft zu dessen Verteidigung bekommen. So war Stein kein Revolutionär, aber ein Reformator, nicht eigentlich ein liberaler Politiker, vielmehr ein freikonservativer, ein Staatsmann, der das Bestehende nicht umstürzen, sondern durch Befreiung des Lebenskräftigen von seinen Hemmnissen erhalten wollte; kurz der deutsche Gegensatz gegen den Napoleonismus, dieses welsche Gemisch von Jakobinertum und Despotie. Er war auch dessen erbittertster Feind, und wenn seine Staatskunst, wie er selbst sagte, den Endzweck hatte, „einen sittlichen, religiösen, vaterländischen Geist in der Nation zu heben“, so sollte sie ihr zugleich „wieder Mut, Selbstvertrauen, Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für die Unabhängigkeit und für die Nationalehre einflößen, um bei der ersten günstigen Gelegenheit den blutigen, wagnisvollen Kampf für beides zu beginnen.“ Steins Reformen waren daher auch ein Anfang zu rechter Kriegsrüstung.

Mit außerordentlicher Vollmacht betraut, das Staatswesen volkstümlich umzugestalten, fand Stein für sein großes Werk auch treffliche Gehilfen. Es gab unter der preußischen Beamtenschaft tüchtige Männer genug; sie waren nur bisher nicht zu gehöriger Geltung und Verwendung gekommen. Stein wußte sie zu würdigen, und sie arbeiteten ihm sofort aufs beste in die Hände: vor allem die Minister und Räte v. Schrötter, v. Schön, v. Vincke, Stägemann, v. Klewiz, v. Beguelin, sein begabter Generalsekretär.*) Sie hatten die Reformen, die

*) A. Ernst, Denkwürdigkeiten von Heinrich u. Amalie von Beguelin aus den Jahren 1807—1813 2c., Berlin 1892.

not thaten, längst gewußt und gar manche zur Sprache oder zu Papier gebracht; aber das Gewünschte war Wunsch, das Vorgenommene Entwurf geblieben; jetzt bekam alles Wirklichkeit und Leben. Denn Stein konnte durchsetzen, was er wollte; er stand allein und fest am Steuer. Die Königin verehrte in ihm den Retter, und der König überwand sich selbst, indem er ihm mit unbedingtem Vertrauen entgegenkam und die Schroffheiten dieses Ministers, der kein Höfling war, geduldig ertrug. Sein Mut richtete sich vielmehr an diesem großartigen Charakter auf, und er fing wieder an zu hoffen. Denn auch durch seine persönliche Erscheinung übte Stein eine große Gewalt aus. „Auf Steins Angesicht“ — so schildert ihn Ernst Moritz Arndt — „waren zwei Welten. Auf dem oberen Teile desselben wohnten fast immer die glanzvollen und sturmlosen Götter. Seine prächtige breite Stirn, seine geistreichen freundlichen Augen, seine gewaltige Nase verkündeten Ruhe, Tiefsinn und Herrschaft. Davon machte der untere Teil seines Gesichts einen großen Abstich. Der Mund war offenbar der oberen Macht gegenüber zu klein und fein geschnitten, auch das Kinn nicht stark genug. Hier hatten gewöhnliche Sterbliche ihre Wohnung, hier trieben Zorn und Jähzorn ihr Spiel und oft die plötzlichste Heftigkeit, die, Gottlob, wenn man ihr begegnete, sich bald wieder beruhigte. Aber das ist wahr, daß wenn dieser schwächere untere Teil im Zorne zuckte, und der kleine, bewegliche Mund mit ungeheurer Geschwindigkeit seine Aussprudelungen vollführte, die oberen Teile wie ein schöner sonniger Olymp noch zu lächeln und selbst die blitzenden Augen nicht zu dräuen schienen, so daß, wenn man vor der unteren Macht erschrak, man durch die obere getröstet ward. Sonst sprach aus allen Zügen dieses herrlichen Mannes Redlichkeit, Frömmigkeit und Mut. Stein glich ganz auffallend dem Philosophen Fichte. Dieselbe Stirn, nur noch breiter und mehr zurückgebogen, dieselben kleinen, scharfen, funkelnden Augen; fast dieselbe, nur noch mächtigere Nase; die Worte derb, klar, fest, mit kurzer Geschwindigkeit, gleich Pfeilen von dem Bogen, gerade in das Ziel geschnellt. Dieselbe Fichtesche, unerbittliche sittliche Strenge.“

Die erste große Verbesserung galt dem Zustande der Landbevölkerung, die noch größtenteils in mittelalterlicher Unfreiheit schmachtete. Am 9. Oktober 1807 erschien das „Edikt über den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums.“ Es war bereits vor Ankunft Steins, und zwar von dem Minister v. Schrötter unter Mithilfe der Räte v. Schön*), Friese und Stägemann entworfen**); jetzt gelangte es zum Vollzuge. Danach waren fortan zum eigentümlichen und zum Pfandbesitz unbeweglicher Grundstücke alle Einwohner des Staats berechtigt, und die gutsherrlichen Rechte nicht mehr an den persönlichen Stand des Besitzers gebunden. Jeder Edelmann durfte bürgerliche Gewerbe treiben, jeder Bürger in den Bauernstand,

*) Theodor v. Schön, geb. am 20. Januar 1773 zu Schreitlauken im preuß. Littauen.

**) v. Schön, Aus den Papieren u. s. w. I. 42. — v. Beyme bei Dorow, Denkschriften u. Briefe, IV. 29. — E. Meyr, Die Reform der Verwaltung unter Stein und Hardenberg. Leipzig 1881, S. 155 ff.

jeder Bauer in den Bürgerstand treten. Es ward gestattet, Grundstücke zu teilen oder zusammenzuziehen. Das Unterthänigkeitsverhältnis des erblichen Grundbesitzes hörte auf. Sodann wurden auch die Loslassungsgelder, das Zwangsrecht zum Gesindedienst, das Schutzgeld aufgehoben. Der Bauer durfte fortan ohne gutsherrliche Genehmigung erbliche Grundstücke veräußern und verpfänden, sich verheiraten und ein bürgerliches Gewerbe treiben. Für seine eigenen Domänen erließ der König am 28. Oktober 1807 die Verordnung: „Auf meinen sämtlichen Domänen soll vom 1. Juni 1808 an schlechterdings keine Hörigkeit, Leibeigenschaft, Erbunterthänigkeit oder Gutspflicht stattfinden. . . . Ich erkläre meine Domäneninsassen ausdrücklich für freie, von allen der Erbunterthänigkeits-Verbindung anhängenden gesetzlichen Folgen unabhängige Menschen, in der Art, daß sie auch von dem Gesindezwange und Loskaufsgeld beim Verziehen entbunden werden."

Damit fielen die mittelalterlichen Ständeunterschiede und die beengenden Schranken zwischen Stadt und Land; es bildete sich ein freier Bauernstand. Am 27. Juli 1808 verlieh der König allen Insassen auf den Domänen, zunächst in dem eigentlichen Preußen, ihre Grundstücke als volles freies Erbeigentum; durch diese großmütige That schuf er dort auf einem Gebiet von 195 Quadratmeilen 47 000 freie Bauernhofs-Besitzer. Die andern erbunterthänigen Bauern gewannen allerdings zunächst nur die persönliche Freiheit durch das Gesetz vom 9. Oktober 1807 und kamen in Gefahr, wie jeder andere Tagelöhner, vom Gutsherrn weggejagt zu werden. Doch dies hinderte zunächst der beiderseitige Vorteil: später (1811) ist dann die Lage der Bauern gesetzlich weiter verbessert worden. Jetzt war der erste Schritt gethan, 100 000 Familien persönlich freie Menschen geworden.

Indessen setzte Napoleon sein Aussaugungs-System gegen Preußen unbarmherzig fort. Unter den nichtigsten Vorwänden verweigerte er die Räumung des Landes, preßte vielmehr durch seine Heere dem Staate und den Gemeinden den letzten Groschen ab. Diesem Drangsal vor allem mußte ein Ende gemacht werden. Stein traf, um den Staat vor dem Bankrott zu retten, umsichtige Finanzmaßregeln; die königliche Familie gab das Beispiel strengster Sparsamkeit; aber nur ein großes, neues Heilmittel konnte helfen. Der König entschloß sich auf Steins Rat zum Verkauf vieler Domänen; so erhielt man Geld, um die Franzosen endlich zum Abmarsch zu bewegen, und es entstanden zugleich wieder eine Menge neuer Hofbesitzer. Dennoch bedurfte es noch schwerer diplomatischer Arbeit, um den äußeren Feind los zu werden. Daneben hatte der neue Minister auch einheimischen Gegnern, den Parteigängern des Alten, die über seine „revolutionären Neuerungen" murrend sich wieder an den König drängten, die Spitze zu bieten. Stein ermüdete nicht. Er schritt kühn weiter in seinen Reformen. Nachdem er die Kabinettsregierung beseitigt, ordnete er die Verwaltung ganz neu. Seine Grundsätze waren hier: möglichste Einheit und Kraft in der obersten Leitung durch deren Vereinigung in einer Centralstelle, wo die dem Könige verantwortlichen Minister unter dessen Augen be-

raten; Behandlung der Geschäfte nach Gegenständen, nicht nach Provinzen; Zuziehung beratender wissenschaftlich-technischer Abordnungen; endlich Bildung ständischer Vertretungskörper mit zweckmäßiger Teilnahme und Einwirkung auf die Verwaltung. Der klare, einheitliche Plan, den er bis ins Einzelne ausarbeitete, erhielt als Verordnung über die veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden erst am 24. November 1808 die königliche Bestätigung; aber da Stein damals entlassen werden mußte, so gelang es seinen Gegnern bei Hofe, wichtige Teile dieses Werkes wieder auszumerzen, namentlich die Einrichtung eines Staatsrates und die bestimmte Zusage einer reichsständischen Verfassung. Auch so war diese Reform der Verwaltung noch ein bedeutender Fortschritt. Denn die Rechtspflege war von ihr abgetrennt, die Geschäfte wurden vereinfacht, die Vielregiererei beseitigt. An Stelle des alten Generaldirektoriums und der Provinzialministerien traten jetzt als einheitliche Central-Verwaltungsstellen für die ganze Monarchie Fachministerien, deren Vorsteher, ein jeder in seinem Gebiete, allein entschied. Diese Neuerung war an und für sich nicht liberal, sondern ein Fortschritt im Absolutismus, aber sehr nützlich, weil sie der obersten Verwaltungsbehörde die zur Durchführung der Reformgesetze nötige Macht gab. Das war viel, wenngleich es nicht alles war, was Stein gewollt hatte.

Dagegen durfte er ein anderes großes Werk ganz vollenden, die Schöpfung eines freien Städtebürgertums. Am 19. November 1808 erschien als Gesetz die von Stein und Schrötter ausgearbeitete „Städteordnung". Sie behielt dem Staate nur das oberste Aufsichtsrecht vor und hob den Unterschied zwischen mittelbaren und unmittelbaren Städten, sowie die Abhängigkeit jener von den Gutsherren auf. Statt dessen wurden die Städte nun nach der Zahl der Einwohner in große, mittlere und kleine eingeteilt und in allen die Selbstverwaltung ein- und durchgeführt. Dieselbe geschah durch den Magistrat und durch die von den Bürgern gewählte Versammlung der Stadtverordneten: Behörden, die einander nebengeordnet waren. Jedem Unbescholtenen, der sich in der Stadt häuslich niedergelassen hatte, stand das Bürgerrecht offen. Die städtischen Lasten mußten von allen Bürgern ohne Ausnahme nach Verhältnis ihrer Kräfte getragen und öffentliche Stadtämter von einem jeden übernommen werden; wer dieselben ablehnte, verlor sein Stimmrecht und wurde stärker besteuert. Die Stadtverordneten vertraten die ganze Stadt und wurden durch die Wahl aller stimmfähigen Bürger bestellt. Sie besorgten sämtliche Gemeindeangelegenheiten und verteilten die Leistungen und Lasten auf die Bürgerschaft. Das Gesetz und ihre Wahl waren ihre Vollmacht, ihre Überzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten der Stadt war ihre Instruktion, ihr Gewissen aber die einzige Behörde, der sie deshalb Rechenschaft zu geben hatten. Ihr Amt war ein Ehrenamt und mußte unentgeltlich verwaltet werden. Sie wählten den Magistrat, den die Provinzialbehörde bestätigte. Den Oberbürgermeister ernannte der Landesherr aus drei von den Stadtverordneten vorgeschlagenen Bewerbern. Nur der kleinere Teil

des Magistrats erhielt Besoldung, die anderen dienten der Ehre halber. Der Magistrat war die ausführende Behörde, doch gehörten alle Verwaltungssachen, die eine dauernde Aufsicht verlangten, — wie Kirchen- und Schulsachen, Armenpflege, Bauwesen, Sicherheitsanstalten, — in den Amtskreis von Deputationen, die teils aus Magistratspersonen, teils aus Stadtverordneten bestanden.

Andere Verfügungen beseitigten die Fesseln, die den freien Verkehr, die Bewegung des Gewerbes hemmten, besonders manchen Zunftzwang. Stein beabsichtigte noch mehr: wie er die Vorrechte des Adels bekämpfte, wollte er auch die Herrschaft der Beamten über den Staat, die Bevormundung von oben herab, den Absolutismus des Landesherrn selbst beschränken. Er forderte als Konsequenz der bisherigen Reformen eine Volksvertretung im Staate. Zunächst sollten aus allen Grundbesitzern, ohne Unterschied der Geburt, Provinzialstände hervorgehen, um durch gewählte Mitglieder an der Verwaltung der Provinz teil zu nehmen. Hier, meinte er, könne der landsässige Adel eine nützliche Verwendung finden. „Man verringere“, riet er, „die Zahl der Edelleute, man hebe den armen Adel auf, und der übrig gebliebenen geringen Anzahl reicher Familien weise man einen politischen und amtlichen Wirkungskreis an, der sie zur Bildung und Entwickelung ihrer Kräfte auffordert.“ Durch solche Selbstverwaltung würde der Mietlingsgeist, das Formenwesen und der Dienstmechanismus einer kostspieligen Bureaukratie verdrängt, der Eigentümer fest an sein Vaterland geknüpft, seine Kenntnisse fruchtbar gemacht, die Muße und die Kräfte, die sonst dem Genuß oder Müßiggang verfielen, dem Staate zugewandt und überhaupt der Bürger- und Gemeinsinn belebt werden. Zugleich mit den Landständen sollte auch eine Kreis- und Gemeindeverfassung erstehen, welche eine wahre, praktische Freiheit sichern würde. Der Grundsatz der Selbstregierung und Vertretung führte Stein und die ihm gleichgesinnten Staatsmänner, wie Vincke, Schön u. a., schon damals auch zur Forderung von Reichsständen, welche, nach dem Besitz und der Intelligenz gewählt, die ganze Nation vertreten, und — mit dem Recht der Gesetzgebung, Steuerbewilligung, Kontrolle über den Staatshaushalt und der Beschwerde — an der Verwaltung des gesamten Staates teil nehmen sollten.

Doch damit verstieß man nicht bloß gegen das Interesse der Bureaukratie, sondern auch gegen die Neigungen des Königs zu sehr, als daß dergleichen, zumal nach Steins allzufrühem Rücktritt, hätte in Ausführung kommen können. Stein und seine Freunde durften zufrieden sein, wenigstens den Unterbau des Staates volkstümlich und zeitgemäß haben herstellen zu können.

Die Scharnhorstsche Heeresreform.

In keinem Teile des Staatswesens that eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern so dringend not wie im Heere; der König erkannte dies selbst sehr wohl und setzte gleich nach dem Frieden, am 25. Juli 1807, eine

„Militär-Reorganisations-Kommission“ ein, um das Heerwesen ganz neu einzurichten. Mit großer Einsicht wählte er die tüchtigsten und begabtesten Männer seines Heeres, Offiziere, die, bisher in untergeordneteren Stellungen, jetzt erst zur Geltung kamen und sich nachmals den berühmtesten Marschällen Napoleons mehr als gewachsen zeigten. Gneisenau, Grolman, Boyen saßen in dieser Kommission; Stein ging mit ihr Hand in Hand; ihr Haupt aber und gleichsam die Seele der großen Reform, welche sie vornahm, war Scharnhorst.

Gerhard Scharnhorst, geboren am 12. November 1755 zu Bordenau in Hannover, zeigte früh bei reichen Geistesgaben und großer Wißbegier eine ungemeine Neigung zu militärischen Studien.*) Sie konnte befriedigt werden, als der Vater, ein armer Gutspächter, plötzlich durch Erbschaft zu bescheidenem Wohlstande gelangte; er verschaffte dem Knaben 1772 Aufnahme in die berühmte Kriegsschule des Grafen Wilhelm von Lippe-Schaumburg zu Wilhelmstein bei Steinhude, wo sich der junge Scharnhorst eine vortreffliche theoretische Vorbildung für sein Fach erwarb. Dann in hannöversche Kriegsdienste getreten, fand derselbe im Feldzuge von 1793 Gelegenheit, sich praktisch zu bewähren und zugleich die neue Kampfart der Franzosen gründlich kennen zu lernen. 1801 ging er als Artillerie-Oberst in preußischen Dienst über und wurde im folgenden Jahre geadelt, doch erhielt er keinen bedeutenden Einfluß; die Leute, die damals das große Wort führten, wollten ihm höchstens das Verdienst eines gelehrten Theoretikers zugestehen. Aber gerade dieser „Federfuchser“ war im Feldzuge von 1806—7 einer der wenigen höheren Offiziere, die sich mit Auszeichnung schlugen. Jetzt stellte ihn der König an den rechten Platz. Wie Stein ein scharfer Denker, ein unerschütterlich fester, reiner und edler Charakter, ein praktisches Genie, bei reichem theoretischen Wissen, unterschied sich der militärische Reformer von dem politischen durch die stille, nüchterne Weise, mit der er zu Werke ging. Seine Persönlichkeit war anspruchslos, seine Formen im Umgang fast eckig und unbeholfen, seine Rede trocken und langsam; aber die Gedanken, die Handlungen überzeugten und bezwangen durch ihre einfache Größe, durch ihre lautere Gediegenheit. Ein wehrhaftes, waffengeübtes Volk, kein geworbenes Söldnerheer; bewußte Krieger, nicht seelenlose Exerziermaschinen; sittliche und geistige Hebel statt der bloß mechanischen; die Ämter und Ehren nur dem Verdienste — das waren die Hauptpunkte seines Programms. Man gewöhne den Krieger auch selbstständig zu denken und zu handeln; man lehre ihn Selbstachtung, indem man ihn mit Achtung behandle; man vergebe die Stellen nicht nach Geburt und Alter, sondern nach der Tüchtigkeit; man erhebe den Wehrdienst zu einer allgemeinen Ehrenpflicht aller Staatsbürger — so wird man, verhieß Scharnhorst, ein Heer schaffen, das bereit und fähig ist, das Vaterland aus seinen Ruinen wieder aufzurichten.

Neben diesem „Waffenschmied der deutschen Freiheit“ ragt als würdiger

*) Vgl. M. Lehmann, Scharnhorst, 2 T., Leipzig 1886/87.



Genosse der zweite Kriegsminister des neuen Preußens empor: Anton Neithardt von Gneisenau.*) Auch er wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf, die seinen hochstrebenden Geist stählten. Geboren am 27. Oktober 1760 zu Schilda bei Torgau wurde er in Würzburg und Erfurt erzogen, wohin sein Vater, vordem sächsischer, dann österreichischer Artillerieoffizier, als Baumeister übergesiedelt war. Geldverlegenheiten und Neigung trieben den jungen Studenten von der Hochschule in die militärische Laufbahn. Im Jahre 1786 trat er aus ansbachischem Dienst in den preußischen über, wo er bald von seinen Soldaten als humaner und uneigennütziger Führer geliebt, von seinen Mitoffizieren als ein Mann von seltener geistiger Frische und Thatkraft geschätzt, aber von den Vorgesetzten lange übersehen wurde. Erst 1806 ward man auf ihn aufmerksamer; die ruhmvolle Verteidigung Kolbergs zeigte dann, was er in größeren Wirkungskreisen leisten könne. Zu rechter Entfaltung kam sein schöpferischer Geist freilich erst später, als die Waffen, die jetzt geschmiedet wurden, sich an dem Feinde erproben durften. Da sah man, es war viel Napoleonisches in Gneisenau: dieselbe Fruchtbarkeit im Erdenken, Entwerfen, dieselbe drängende Unruhe des Schaffens, die nämliche Unermüdlichkeit und eine ebenso rücksichtslose Anspannung der als Mittel zum Zweck gegebenen Menschenkräfte. Aber ihn unterschied die Reinheit des Willens und der Adel der Gesinnung; selbstlos denkend war er stets mitten in der großen Sache, er ließ voll antiker Selbstverleugnung das Persönliche stets zurücktreten. Auch in seinem äußeren Wesen sprach sich seine feurige, geistvolle Art aus; der stattliche Mann war eine ritterliche Erscheinung, dabei beredt und witzig, und durch Anmut und geselliges Talent ebenso liebenswürdig, wie um seiner Verdienste willen der höchsten Ehre wert.

Ihm ähnlich an Kühnheit und Schwung des Geistes waren der Major Carl von Grolman und der Major Hermann von Boyen, letzterer ein Ostpreuße und Schüler Kants.**) An uneigennütziger Vaterlandsliebe, an freisinniger Denkungsart und an Eifer für das Reformwerk glichen sie alle einander. Trefflichen Beistand leistete diesen Kriegsmännern das juristische Mitglied der Kommission, der General-Auditeur von Könen, ein erleuchteter, vorurteilsfreier Mann. Neben ihnen hatte der König zwar auch einige Anhänger des Alten, wie den Oberstlieutenant Graf Lottum in die Kommission berufen; aber es gelang Scharnhorst, diese Gegner zu beseitigen und die dem Zeitgeist und den neuen Verhältnissen angemessenen Entwürfe, welche er und seine Gesinnungsgenossen im Auge hatten, beim Könige im ganzen erfolgreich zu vertreten.

Zunächst galt es, den Offizierstand von allen unwürdigen Mitgliedern zu

---

*) H. Delbrück, Das Leben des Feldmarschalls Grafen Neithardt v. Gneisenau, 2 Bde., 2. Aufl., Berlin 1894.

**) E. von Conrady, Leben und Wirken des Generals &c. Carl von Grolmann, 3 T., Berlin 1894—1896. — F. Nippold, Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen, 3 Teile, Leipzig 1889 u. 90. — Fr. Meinecke, Das Leben d. Generalfeldmarschalls H. von Boyen, Bd. I. (1771—1814), Stuttg. 1896.

reinigen. Es wurde eine kriegsrechtliche Untersuchung über die schmählichen Vorgänge im Feldzuge von 1806 angestellt. So strenge und ohne Ansehen der Person wie einst Friedrich der Große ging Friedrich Wilhelm III. dabei freilich nicht zu Werke; die Untersuchung gegen seinen Schwager, den Prinzen von Oranien, der Erfurts Übergabe verschuldet hatte, schlug er nieder, und die Strafen, die er über die anderen Hauptschuldigen verhängte, waren nicht schwer. Mehrere wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt; er begnügte sich damit, sie auf die Festung zu schicken, und hat ihnen im Jahre 1814 den Rest der Strafe erlassen. Er mochte wohl fühlen, daß der größte Teil der Schuld an der allgemeinen Verrottung des Militärwesens, die in dem Verhalten dieser Leute sich geäußert, ihm selbst, dem obersten Kriegsherrn, zufalle. Dennoch erfüllte diese Untersuchung und die sich daran knüpfende Reform des Offizierkorps ihren Zweck. Die Offiziere, die sich im Laufe des Krieges hatten Fehler zu Schulden kommen lassen, wurden bestraft, die unbrauchbaren und überalterten beseitigt, die tüchtigen nach Verdienst hervorgezogen.

Eine Reihe von Verbesserungen schuf sodann das gesamte Heerwesen um. Alle Angelegenheiten desselben kamen unter eine einzige Behörde, das Kriegsministerium, und mit anderen Übelständen hörte nun auch die ökonomische Verwaltung der Kompanieen durch deren Inhaber auf; sie war fortan Staatssache: zum großen Nutzen namentlich der Bekleidung des Soldaten, die unter der Fürsorge des dabei meist in seine Tasche arbeitenden Hauptmanns und seiner Frau sich gar knapp und schlecht befunden hatte. Jetzt erhielten die Soldaten eine solidere Kleidung; sie wurde auch einfacher und zweckmäßiger als vordem; Zopf, Locken und Puder wurden verbannt, zu den Ausrüstungssachen gute Stoffe angeschafft. Andere Maßregeln betrafen die Gestalt der Heereskörper, welche nun beweglicher wurde. Es hörte ferner das ausländische Werben auf, das Heer sollte fortan nur aus Landeskindern gebildet werden. Am 3. August 1808 erschienen die neuen „Kriegsartikel“; sie stellten die Kriegszucht auf besseren Fuß, schafften die Strafe des Gassenlaufens ab, erlaubten die Prügelstrafe nur gegen diejenigen Soldaten, die wegen eines schweren und entehrenden Verbrechens oder wegen wiederholter Vergehungen in eine Strafklasse waren erniedrigt worden. Sie bestimmten ferner: jeder Soldat und Unteroffizier solle fortan nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und Kenntnisse *ohne Rücksicht auf die Geburt* und bis zu den höchsten Offizierstellen befördert werden, der Offizier seine Untergebenen milde und freundlich, Civilpersonen mit Achtung und Bescheidenheit behandeln; Ausschweifungen jeder Art machten zum Aufrücken in höhere Stellen unfähig. Die Vorschrift „über die Besetzung der Stellen der Portepee-Fähnriche und über die Wahlen zum Offizier“ (vom 6. August) verordnete noch genauer: „Einen Anspruch auf Offizierstellen sollen von nun an in Friedenszeiten nur Kenntnisse und Bildung gewähren, in Kriegszeiten ausgezeichnete Tapferkeit und Überblick. Aus der ganzen Nation können daher alle Individuen, die diese Eigenschaften besitzen, auf die höchsten Ehrenstellen im Militär Anspruch machen. Aller bisher stattgehabter *Vorzug des*

Standes hört beim Militär ganz auf, und ein jeder hat, ohne Rücksicht auf seine Herkunft, gleiche Rechte und gleiche Pflichten."*)

Welchen Unwillen erregten diese volkstümlichen Neuerungen bei den Lobrednern der alten Zeit, die bisher für den Adel die Stellen, für den gemeinen Mann die Prügelstrafe gehabt hatten! Zum Glück war ihr Einfluß beim Könige noch nicht wieder groß genug, um Scharnhorsts Wirken mit Erfolg zu durchkreuzen.

Reform des Volksgeistes.

Der alte Staat war gefallen durch die Schuld der Regierenden; aber auch die Regierten hatten viel gut zu machen; es gab nicht nur an der Monarchie, sondern auch an der Nation große Schäden. Diese Wahrheit brach sich im Elende der Zeit zum Bewußtsein des Volkes Bahn; es ging in sich, und mit der Reform von oben vereinigte sich die Reform von unten. Zuerst trat im Kreise der Gebildetsten ein Umschwung der Meinung ein. Die ästhetische Selbstgenügsamkeit, die Goethesche Freude an „ruhiger Bildung" und weltbürgerliche Gleichgiltigkeit gegen die Geschicke des heimischen Staatswesens verloren ihr Ansehen; dafür erfüllte man sich mit dem nationalen Pathos der Schillerschen Dichtungen, namentlich des Tell, und die „romantische Schule", die jetzt in der Litteratur aufkam, trug viel dazu bei, mit dem Interesse für das deutsche Mittelalter die Lust am Deutschtum überhaupt zu erwecken. Zugleich übte der sittenstrenge Ernst, die männliche Gesinnung der Kantischen Philosophie einen immer weiter greifenden Einfluß. So fielen die Worte des Propheten, der nun seine Stimme zu dem geschlagenen, beschimpften Volke erhob, auf einen fruchtbaren Boden. Der Philosoph Fichte**) trat aus seiner Studierstube heraus und hielt im Winter 1807/8 öffentlich zu Berlin unter den Augen der französischen Machthaber „Reden an die deutsche Nation", die eine That waren von großer Heilsamkeit. Denn er zeigte klar und scharf, „kein Mensch und kein Gott und keins von allen möglichen Ereignissen kann uns helfen, sondern allein wir selber müssen uns helfen, falls uns geholfen werden soll." Er forderte eine gänzliche Veränderung des bisherigen Erziehungswesens; den Willen, den Charakter zu bilden, das sei die Hauptsache; an die Stelle der Selbstliebe trete die Liebe zur Idee, zum Ganzen und Guten. Es thue nur ein jeder Einzelne seine Schuldigkeit, so wird es um das Ganze schon gut stehen. Die Bildung zur reinen Sittlichkeit sollte dann zur wahren Religion führen. Zugleich schilderte er mit kühnstem Freimut die fremde Zwingherrschaft und die Schande der Gegenwart, aber auch mit hinreißender Beredsamkeit die hohen Vorzüge des deutschen Wesens. So strafte und lehrte, so tröstete und erhob er die zahlreiche und erlesene Zuhörerschaft,

*) Vgl. das Verzeichnis der Denkschriften u. Projekte bei (Scherbening) Reorganisation der preuß. Armee nach dem Tilsiter Frieden (1862), I. S. 140 ff.

**) Johann Gottlieb Fichte, geboren am 19. Mai 1762 zu Rammenau in der Oberlausitz, Sohn eines Bandwebers; er starb am 29. Januar 1814 zu Berlin.



die sich begeistert um sein Katheder im runden Saale der Berliner Akademie drängte, während draußen französische Trommeln lärmten und drinnen französische Aufpasser spähten. So groß und tief und stolz wie dieser Webersohn hatte noch niemand von der deutschen Nation gesprochen, so volkstümlich und praktisch wie dieser ideale Philosoph noch keiner den Nagel auf den Kopf getroffen. In weite Kreise der Gebildeten drangen seine Reden, die Gesinnung läuternd und erhebend und manches gute Samenkorn in die nächste Zukunft streuend. Es war zum großen Teil seiner Anregung zu verdanken, daß man in Preußen begann, den Volksunterricht nach Pestalozzischer Methode zu verbessern, welche das Können und Wollen, nicht bloß das Wissen bezweckte.

Auf religiösem Gebiete arbeitete Schleiermacher,*) der tiefsinnige und vorurteilslose Gottesgelehrte mit ähnlichem Eifer und Erfolge auf eine Erneuerung des Volksgeistes hin. Seine frischen, geistvollen Predigten fesselten und bekehrten bald das bisher so frivole Berlin. Die Leichtsinnigen und die Ungläubigen wurden erweckt, erbaut und indem sie ihre Gesinnung läutern und das bessere Teil in sich obsiegen ließen, mit wahrhafter Frömmigkeit erfüllt. Starre Glaubenssätze thaten es nicht, sondern das aufrichtige, mannhafte Streben nach Heiligung des Herzens, wozu er anzuleiten wußte. Aber wie er das verknöcherte Dogmentum der Altgläubigen verwarf, so wollte er auch nichts wissen von den „übel zusammengenähten Bruchstücken von Metaphysik und Moral, die man jetzt aufgeklärtes Christentum nenne.“ Den größten Wert legte er auf die praktische Bethätigung der Gottseligkeit, und als eifriger Patriot stellte er die Opfer fürs Vaterland obenan. Jeder rechte Preuße und gute Christ hielt damals Napoleon für das böse Prinzip, für einen Teufel in Menschengestalt.

In demselben Sinne wie Fichte und Schleiermacher wirkten durch Wort und Schrift noch manche andere vortreffliche Gelehrte, namentlich Wilhelm v. Humboldt,**) Niebuhr, der Staatsmann Graf Alexander Dohna-Schlobitten, die aus dem abgetretenen Halle vertriebenen Professoren Friedrich August Wolf, Klaproth u. a. Sie bereiteten die Gründung einer neuen Hochschule in Berlin vor, welche (1810 eröffnet) im Geiste ihrer Stifter das Forschen und Wissen mit dem Leben in Verbindung setzte und die Wissenschaft auf den Staat bezog, indem sie als eine Hauptaufgabe die Belebung und Pflege des deutschen, des vaterländischen Sinnes verfolgte. Ihre Jünger sollten nicht zu bloßen Gelehrten und Beamten, sondern zu deutschen Staatsbürgern erzogen werden. Zur Erhöhung des geistigen Lebens in Schlesien trug es in ähnlicher Weise bei, daß im folgenden Jahre die Frankfurter Universität nach Breslau verlegt und mit der dort seit 1702 bestehenden katholischen Fakultät vereinigt wurde.

Einen großen Anteil an der Erweckung des vaterländischen Sinnes hatte schon damals ein Mann, dessen Name später in ganz Deutschland mit dem

*) Geboren 1768 zu Breslau, gestorben 1834 in Berlin.

**) B. Gebhardt, Wilhelm von Humboldt als Staatsmann, I. Bd., Stuttg. 1896.



Begriffe des Deutschtums unauflöslich verbunden schien: **Ernst Moritz Arndt**, ein Pommer von der Insel Rügen (geboren zu Schoritz 1769), der „deutscheste Mann“; aus seinem Buche „Geist der Zeit“ sprühte der helle, tapferste Zorn wider alles Welsche, wider das Undeutsche und Schlechte und befeuerte jedes männliche Gemüt mit leidenschaftlicher Vaterlandsliebe und grimmigem Hasse gegen die fremden Dränger.

Denselben Geist atmeten des Dichters **Heinrich von Kleist***) herzergreifende Oden; niemand hat den Franzosenhaß und den Racheburst in wildschönere Formen gebracht. Auch als Dramatiker groß, zeichnete er in seinem „Prinzen von Homburg“ die trefflichsten Bilder reiner Vaterlandsliebe und deutscher Soldatentugend. Ihn betrauerte, als er sich im Jahre 1811, von eignem und von dem allgemeinen Unglück bezwungen, selber das Leben nahm, mit dem preußischen Vaterland auch die deutsche Muse, zu deren begabtesten Lieblingen er gehörte.

Franzosenhaß und Racheburst, diese Gefühle vereinigten damals alle Tüchtigen in Preußen zu einem unsichtbaren Heere, das zum Volkskampf loszubrechen brannte. Das Mittel dazu sahen manche in einem Bunde, der die Gleichgesinnten eng zusammenführe. In dieser Absicht stifteten einige Vaterlandsfreunde im Sommer 1808 zu Königsberg, nach Berlin dem mächtigsten Brennpunkte der neuen geistigen Bewegung, einen „sittlich-wissenschaftlichen Verein“, der von seinen Gegnern, den französisch Gesinnten in Deutschland, den Spottnamen „**Tugendbund**“ erhielt und sich besonders in der Provinz Preußen, doch auch in anderen Teilen des Staates, ausbreitete, ohne indes zu erheblicher Wirksamkeit zu gelangen. Seine eigentliche Aufgabe, eine Volksbewaffnung zum Kampf für die Unabhängigkeit und den zu ihrem Gelingen erforderlichen Geist vorzubereiten, war ja überhaupt das Ziel, worauf zunächst alle Reformen, die militärischen wie die politischen, die sittlichen wie die religiösen, hinsteuerten, und es bedurfte keiner Zeichen und Heimlichkeiten, um alle rechten Patrioten in demselben Gefühl des Hasses gegen die Fremdherrschaft zu vereinen. Daher waren denn auch gerade die Besten, Stein, Scharnhorst, Gneisenau u. a., nicht Mitglieder des Bundes. Immerhin war er für manche Gemüter eine heilsame Anregung und für alle klaren Köpfe ein erfreuliches Zeichen der Zeit.

Stillstand.

Was alle Reformer in Preußen verkündeten, nur die nationale Kraft der Völker könne den Bonapartismus bezwingen, das erhielt im Sommer 1808 aus dem fernen Spanien eine glänzende Bestätigung. Mit leichter Mühe hatte Napoleon hier den Staat umgestürzt und die pyrenäische Halbinsel zu einem

*) Geboren am 18. Oktober 1777 zu Frankfurt a. O., gestorben den 21. November 1811 am Wannsee bei Potsdam.



bonapartischen Vasallenreiche erklärt; aber einmütig und entschlossen erhob sich sofort das spanische Volk für sein nationales Dasein, warf in wütendem Kampfe die Eindringlinge wieder aus seinem Lande hinaus und bot mutig der ganzen Macht des Kaiserreiches Trotz. „Ich weiß nicht, warum wir uns nicht den Spaniern gleich achten sollen?“ schrieb Blücher damals an einen Gleichgesinnten, und dieselbe zornige Frage warfen alle warmblütigen Vaterlandsfreunde in Preußen auf. Blücher, Stein, Scharnhorst, Gneisenau*) und viele andere drangen in den König, die günstige Stimmung des Volkes, die erneute Tüchtigkeit des Heeres zu benutzen, außer den 80000 Mann regelmäßiger Truppen, über die man durch Einberufung der Beurlaubten bereits verfügen konnte, in Preußen und in ganz Norddeutschland, wo man weithin Verbindungen angesponnen, eine allgemeine Volksbewaffnung anzuordnen und im Bunde mit Österreich loszubrechen. Aber der König mißtraute seinem Volke; es schien ihm unglaublich, daß der kleine preußische Staat so ungeheurer Kraftäußerungen, als Stein ihm zumute, fähig sei. Er mißtraute auch Österreichs Macht und Wohlgesinntheit und meinte, jener Staat würde am Ende die Hauptlast des deutschen Krieges auf Preußen wälzen und den Bundesgenossen im Stich lassen. Vor allem aber, er hielt es für unmöglich, ohne Rußlands Hilfe einen solchen Kampf gegen den auf dem Gipfel seiner Macht stehenden Feind durchzuführen, und der Zar war gerade jetzt weit davon entfernt, mit Napoleon, von dessen Freundschaft er sich noch die größten Vorteile versprach, brechen zu wollen. Vielmehr riet er jetzt entschiedener als je zur Nachgiebigkeit, zu geduldigem Ertragen. Friedrich Wilhelm, von Natur großen Entschlüssen abgeneigt, aber seinem eigenen Urteil doch auch nicht recht trauend, schwankte, zauderte. Da ereignete sich ein Zwischenfall, der den König entschied. Stein hatte an einen hohen, preußischen Beamten, den Fürsten Wittgenstein, der sich damals in Doberan aufhielt, einen Brief geschrieben, in welchem er unter anderm seinen Wunsch, eine Volkserhebung in Deutschland gegen Napoleon vorzubereiten, andeutete. Diesen Brief sandte er durch einen zuverlässigen Mann, Assessor Koppe, von Königsberg über Berlin ab. Aber die einheimischen Feinde des Ministers lagen auf der Lauer; sie verrieten dem französischen Befehlshaber in Berlin die Wichtigkeit der Papiere, die Koppe bei sich trage; der Bote wurde daher bei Tegel von den Franzosen angehalten, der Brief ihm abgenommen und an Napoleon gesandt, der ihn in seinem Reichsanzeiger veröffentlichte. Die Widersacher Steins hofften, daß der Kaiser nun dessen Entlassung bewirken werde. In der That beeilte sich Napoleon, von diesem Vorfall Nutzen zu ziehen. Schon vorher hatte er durch die Drohung, den preußischen Staat ganz zu vernichten, den Prinzen Wilhelm, Bruder des Königs, welcher als Bevollmächtigter Preußens in Paris weilte, dahin gebracht, daß er (am 8. September 1808) einen Vertrag als Erläuterung des Tilsiter Friedens unterzeichnete, in welchem Preußen den Abzug

*) Pertz, Leben Gneisenaus, I. 429.

der Franzosen durch ungeheure Opfer erkaufte: es sollte trotz der erpreßten Kontributionen noch 140 Millionen Francs zahlen, in den Festungen Glogau, Küstrin und Stettin bis zur Abzahlung dieser Schuld 10 000 Mann Franzosen ernähren, sieben Militärstraßen bewilligen und sich verpflichten, selber nicht mehr als 42 000 Soldaten zu halten, auch die Bildung einer Landwehr und Volksbewaffnung nicht vorzunehmen; ja es sollte sogar für den drohenden Krieg mit Österreich den Franzosen Hilfstruppen stellen. Jetzt gab jener Brief Steins dem Kaiser den erwünschten Anlaß, eine noch schroffere Haltung anzunehmen und zu thun, als ob er über Gebühr milde gewesen. An Ermäßigung seiner Forderungen war jetzt nicht zu denken; es galt Annehmen oder Ablehnen, Frieden oder Krieg. Darüber schwankte nun in Berlin die Entscheidung. Eifrig rieten Stein, Scharnhorst und ihre Genossen dem Könige, diesen schimpflichen Vertrag zurückzuweisen und sich eng mit Österreich zum Kriege zu verbinden. Aber nicht minder eifrig äußerte sich in Berlin die Friedenspartei.

Sie bestand aus sehr verschiedenen Elementen. Da war zuerst die „ritterschaftliche“ (sogenannte „Junker“-) Partei, ein großer Teil des begüterten Landadels, vornehmlich der Kurmark. Sie kämpfte gegen die Reform offen und ehrlich. Sie war bereit, für den Staat Opfer zu bringen, aber sie hielt fest an ihren Standesvorrechten: Grundsteuer-Freiheit, ausschließlicher Besitz der Offizierstellen, Stiftsstellen, Hofämter und anderer einträglicher Pfründen; sie wünschte eine repräsentative Verfassung, aber nur die alte ständische, die im Grunde bloß den angesessenen Adel berücksichtigte. An ihrer Spitze stand der Oberstlieutenant von der Marwitz, ein tapferer Soldat und ehrenwerter Charakter, aber in der Politik einer der verstocktesten Aristokraten, der in den staatlichen Reformen nichts als verwerfliche Revolution und das Verderben des Landes sah. Er und die ihm Gleichgesinnten wollten vor allem mit dem Minister dessen politisches System stürzen, und da der Krieg nur möglich war als ein Volkskrieg, da Stein gar — abscheulich zu sagen! — vorschlug, beim Ausbruch des Krieges den Adel aufzuheben und nachher nur den Adel derer anzuerkennen, die sich im Kriege auszeichnen würden, so waren die Junker gegen den Krieg, wie gegen alles, was von Stein ausging und seine Stellung stützen mußte.

Noch weit wirksamer ward Stein von der „französischen“ Partei angefeindet. Diese bestand teils aus jenen Mittelmäßigkeiten, die der König gern hatte, den Köckritz, Zastrow, Kalckreuth, Graf Lottum, Hofprediger Ancillon, welche Ruhe und Frieden um jeden Preis wünschten und das Heil nur in der Nachgiebigkeit gegen Napoleon sahen, teils aus feilen Knechtseelen oder blöden Schwächlingen, die sich von den Franzosen hatten erkaufen oder geistig wie leiblich unterjochen lassen. Sie hatten in Königsberg und in Berlin, am preußischen Hofe und bei den französischen Marschällen ihre Verbindungen; sie kämpften insgeheim, indem sie die Absichten der Reformminister verdächtigten und auf alle Weise das Gemüt des Königs und der Königin gegen Stein und

Scharnhorst einzunehmen suchten. Aber eben durch ihre heimlichen Wühlereien war die „Maulwurfspartei", wie Boyen sie nannte*), doppelt gefährlich.

Endlich waren da noch einige persönliche Neider, welche auf Kosten des leitenden Ministers und seiner Anhänger höhere Ämter zu erlangen wünschten und daher gegen ihn Zettelungen trieben; unter ihnen besonders eifrig der Geheimrat v. Nagler, ein Mann, der in späteren Zeiten, als Leiter des preußischen Postwesens (seit 1821), sich manche Verdienste erworben hat, damals aber durch seine Ränke sehr schädlich wirkte.

Alle diese bildeten so zu sagen eine große Verschwörung der Friedens- und Reaktionspartei. Es verbreitete sich vom Hofe aus die Ansicht, Stein sei ein guter Minister für das Volk, aber nicht für den König, und bei den Franzosen die Überzeugung, Stein sei Napoleons gefährlichster Feind. Die Nachteile des Pariser Vertrages gab man dem unbesonnenen Kriegseifer des Ministers Schuld; es schien ratsam, den Groll des gewaltigen Kaisers zu besänftigen und mit Klugheit das Joch zu tragen, damit es leichter werde; es wurde vor allem auf den Zaren gewiesen, der eben mit Napoleon zu Erfurt freundschaftlich verkehrte (27. September), und auf die ungeheure Macht des abendländischen Kaisers, der dort die Huldigungen seiner gekrönten Vasallen, der Rheinbundfürsten und seiner Brüder, der Könige von Holland, Neapel, Spanien, entgegennahm. Andrerseits unterstützte der Wiener Hof, obwohl zu einem neuen Kampfe mit Napoleon geneigt, doch die Anstrengungen der preußischen Kriegspartei nicht, sondern benahm sich mit zaudernder Unentschlossenheit.

So schlug denn Friedrich Wilhelm den Weg ein, der seiner Schwachmütigkeit der geratenste schien, den Weg der Unterwerfung. Es bestärkte ihn darin der Zar, der auf dem Erfurter Kongreß**) einen förmlichen Bund mit Napoleon schloß und für die Zusicherung Finnlands und der Donaufürstentümer es übernahm, den König von Preußen in friedlicher Stimmung zu erhalten. Kurz, Friedrich Wilhelm genehmigte den Pariser Vertrag, verzichtete damit auf jene kühnen Gedanken des Widerstandes und fügte sich dem französischen Machtgebot.

Steins Entlassung war nun notwendig geworden, sie erfolgte am 24. November 1808. Sein Lohn war die allgemeine Trauer des Volkes um ihn und die Liebe der Besten. Sie tröstete ihn über den Undank und die Unwürdigkeit der kleinen, aber mächtigen Partei, welche nun jubelte. Merkwürdigerweise gehörte zu dieser auch ein Mann, den seine Großthaten später zu einem der Heroen des Befreiungskrieges gemacht haben, York! Jetzt war er noch so sehr in der kurzsichtigen, engherzigen Junkerpolitik befangen, daß er beim Sturze des großen Reformers schadenfroh ausrief: „ein unsinniger Kopf sei schon zertreten, und das andere Natterngeschmeiß werde sich wohl in seinem

*) H. v. Boyen, Lebenserinnerungen, a. a. O., I. Teil, S. 345.

**) H. Lucas, Erfurt in den Tagen vom 27. September bis zum 14. Oktober 1808 rc., Jahresb. über d. Gymn. Dionysianum zu Rheine 1896.

eigenen Gifte auflösen."*) Wenn sich nun auch die Hoffnungen der Rückschrittler nicht ganz erfüllten, so geriet doch das Reformwerk allerdings ins Stocken. Stein hatte vor seinem Abgang ein von dem Staatsrat von Schön entworfenes, etwas phrasenhaftes Schriftstück unterzeichnet, das gleichsam sein politisches Testament war und den Plan angab, nach welchem der Ausbau der begonnenen Staatsverbesserung weiter erfolgen müsse. Aber er hinterließ keinen Nachfolger, der ihm an Energie ebenbürtig gewesen wäre. Der Freiherr von Altenstein, der jetzt an die Spitze der Regierung kam, war ein wohlmeinender und ehrenhafter Mann; allein es fehlte ihm der feste, unbeugsame Wille, dessen es bedurft hätte, um Steins Arbeit gehörig fort- und durchzusetzen. Stein selbst konnte nicht einmal als Privatmann in dieser Richtung mehr nützen. Denn bald darauf (15. Dezember) erschienen im französischen Reichsanzeiger (Moniteur) ein Dekret, durch welches Napoleon „einen gewissen Stein, der Unruhen in Deutschland zu erregen suche," für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärte und zu verhaften befahl. Diese Ächtung, vor der das gedemütigte Preußen den edlen Mann nicht schützen konnte, trieb Stein ins Ausland. Er entkam glücklich nach Böhmen und fand später in Rußland eine Freistatt, wo er fortfuhr, für die Wiedererhebung Deutschlands zu wirken.

Das Ministerium, welches Steins Erbschaft antrat, war übrigens auch ohne innere Einheit; es gehörten ihm Männer der Reform an — von Altenstein als Vorsitzender und für die Finanzen, Scharnhorst für den Krieg, W. v. Humboldt für den Unterricht, Graf Dohna-Schlobitten für das Innere — und Männer der alten Schule, nämlich Graf Goltz für das Auswärtige, Beyme für die Justiz. Kein Wunder, daß die Geschäfte nun wieder mit Halbheit und Schwäche betrieben wurden. In der äußeren Politik war ohnehin nichts mehr zu machen. Der Pariser Vertrag legte Preußen die Verpflichtung auf, wenn es zum Kriege zwischen Frankreich und Österreich komme, ersterem mit einem Truppencorps beizustehen. Dieser Verpflichtung war der König entschlossen auf alle Weise auszuweichen. Mehr aber glaubte er nicht wagen zu können. Er wollte daher parteilos bleiben; — die alte Halbheit, die schon soviel geschadet.

Inzwischen setzte Österreich seine Kriegsrüstungen fort und entschloß sich, auch allein den Kampf aufzunehmen. Es hoffte auf einen allgemeinen Aufstand in Deutschland, und daß die Bewegung auch Preußen mit fortreißen werde. Im April 1809 erfolgte die österreichische Kriegserklärung. Allein eine Volkserhebung größerer Art fand nur in Tirol statt. In Mittel- und Norddeutschland war sie nur möglich, wenn Preußen an die Spitze trat. Da der König zauderte, so handelten einzelne kühne Männer (Friedrich Süren, Graf Götzen u. a.) auf eigene Hand. In Hessen suchte Oberst von Dörnberg einen Aufstand zu entzünden, in Preußen brach Ferdinand von Schill los.

Dieser verwegene Reitersmann glühte, wie so viele in Preußen, vor Kampfesungeduld. Sie wurde gesteigert durch die Überfülle des Dankes und

*) Droysen, York, 4. Aufl., I. 135.

Lobes, die ihm in Berlin, wo er jetzt als Husaren-Major in Garnison stand, für seine Thaten zu teil wurde. Denn er fühlte, soviel nicht verdient, dafür nicht genug gethan zu haben; er meinte mehr thun zu müssen, damit er des erworbenen Heldenruhms vollwürdig wäre. Als nun Österreich im Frühling 1809 das Schwert zog und die deutschen Völker zur Erhebung aufrief, als sich schnell die übertriebensten Nachrichten von Siegen des Erzherzogs Karl, von Volksbewaffnung in Hessen und anderwärts verbreiteten: da hielt Schill die Zeit für reif. Es waren zwei Dorfschulzen aus Westfalen zu ihm gekommen; er glaubte gern, was sie eifrig berichteten: das ganze Reich des „grusligen" Königs Jerome sei in brausender Gärung, in mancher Gegend schon blutiger Aufstand; es bedürfe nur eines Führers, um der Rettung, der Befreiung gewiß zu sein.*) Dem Rufe, dieser Führer, dieser Retter zu sein, war er begeisterungsvoll bereit zu folgen. Durch frische wagende That hoffte er die ganze deutsche Nation zum Aufstande mitzureißen. Auch anderen schien er die rechte Persönlichkeit; überall in Preußen verehrte man den berühmten Parteigänger; in Berlin war er fast der Abgott des Volkes: „der stattliche, lebensfrische Mann von 36 Jahren in dem malerischen Husarenkleid war nicht nur eine martialische, sondern zugleich eine liebenswürdige Erscheinung. Sein feuriges schwarzes Auge, sein freundliches und wohlwollendes Wesen imponierte und gewann zugleich. Sparsam und mäßig in seinen eigenen Bedürfnissen, großmütig gegen den Bedürftigen, freigebig gegen seine Waffengefährten, von unübertroffener Tapferkeit und einem frischen, feurigen Wesen, auch mit einer natürlichen Gabe populärer Beredsamkeit ausgestattet, war er ganz dazu geschaffen, ein Liebling des Volkes zu werden." Man übersah gern eine krampfhafte Unruhe in seinem Wesen, ein Abspringen von einem aufs andere und neben der Neigung zu kecken Husarenstreichen den Starrsinn, den er besonnenem Rat entgegensetzte. Man übersah auch seinen Mangel an Scharfblick und Geist, der bei einem Parteigänger durch Tapferkeit und List ersetzbar war, aber es undenkbar machte, daß er je hätte ein guter Feldherr sein können.

Am 28. April 1809 zog er mit seinem Regiment aus Berlin zum Halleschen Thore hinaus, anscheinend, um draußen auf dem Exerzierplatze eine Übung vorzunehmen. Plötzlich ließ er halt machen und verkündete seinen Entschluß, den Kampf gegen den fremden Tyrannen aufzunehmen. Mit freudigem Hurraruf folgte ihm die Mannschaft. Nun ging's der Elbe zu; in Dessau erließ er einen feurigen Aufruf zum Aufstande; am 3. Mai drang er in Halle ein. Aber die Deutschen waren keine Spanier; nur hier und da rührte sich einer; die große Masse blieb still. Auch Dörnbergs Unternehmung war rasch erstickt worden. So kehrte Schill denn wieder um. Bei Dodendorf unweit Magdeburgs stellte sich ihm (5. Mai) eine Abteilung westfälischer Truppen in den Weg; sie wurde zersprengt. Am 12. Mai stießen bei Arneburg noch 160 Infanteristen, geführt vom Lieutenant Quistorp, zu ihm, die sich

*) Gubitz, Erlebnisse I. 152.

heimlich aus Berlin aufgemacht, Schills Schicksal zu teilen. Aber sonst war kein namhafter Zuzug zu rühmen. Denn der König mißbilligte in den schärfsten Ausdrücken Schills „unglaubliche That“ und befahl jedem preußischen Soldaten sich ruhig zu verhalten.*) Dagegen rückten von allen Seiten französische und rheinbündische Truppen heran. Nach planlosem Hin- und Herziehen stürmte Schill zuletzt mit 1500 Mann durch Mecklenburg, warf sich mitten durch die Feinde nach Stralsund und gedachte sich hier zu halten. Aber schon waren rings die Schergen Napoleons im Anzuge, und am 31. Mai berannten 6000 Mann holländischer, oldenburgischer, dänischer Truppen den schwach befestigten Platz. Ein erbitterter Kampf, Mann gegen Mann, entbrannte in den Straßen. Die Schillschen verkauften ihr Leben teuer; ein paar hundert schlugen sich durch und retteten sich nach Preußen; die Mehrzahl fiel oder wurde gefangen. Zu den Gefallenen gehörte auch Schill; im Handgemenge war er erschossen worden. Die Franzosen und ihre Handlanger behandelten die Besiegten mit wilder Grausamkeit. Napoleon erklärte Schill für einen Räuberhauptmann und seine Truppe für eine Bande. Auf seinen Befehl wurden am 17. Juni zu Braunschweig vierzehn von den Gemeinen, die aus dem „Königreich Westfalen“ stammten, und darauf, am 16. September, zu Wesel alle gefangenen Offiziere — elf an der Zahl — kriegsrechtlich erschossen. Die Namen der elf Offiziere waren: von Wedell I und II (Brüder), von Keller, Jahn, Gabain, von Flemming, von Keffenbringk, von Trachenberg; drei Berliner: Schmidt, Felgentreu, Galle. Sie starben mit heroischem Mute. Die übrigen Gefangenen (543) wurden in französische Kerker oder auf Galeeren geschleppt. Selbst an Schills Leichnam ließen die Sieger ihre Rachsucht aus; die Holländer schnitten ihm das Haupt ab und bewahrten es später in Leyden als Merkwürdigkeit. Nach den Befreiungskriegen drangen Nettelbeck und andere vergebens in die preußische Regierung, das Heldenhaupt zurückzufordern; erst 1837 wurde es nach Deutschland zurückgebracht und bei den Waffengefährten zu Braunschweig bestattet. Als man aber gar des Königs Einwilligung nachsuchte, die Stelle in Stralsund, wo Schill seinen braven Reitertod gefunden, mit einem Stein zu bezeichnen und Schills Namen hinaufzusetzen, schlug Friedrich Wilhelm es ab mit den Worten: „Nicht passend, der Insubordination Ehrendenkmale zu errichten.“**) Doch ließ er nachmals zu, daß den zu Wesel Gemordeten am 31. März 1835 von der preußischen Armee ein Denkmal errichtet wurde.

Der Unwille über Dörnbergs Empörungsumtriebe, über Schills Eigenmächtigkeit und die Besorgnis vor allen heftigen volkstümlichen Regungen waren mitwirkende, aber nicht die entscheidenden Gründe, die 1809 Friedrich Wilhelm zum Stillsitzen bewogen. Die Hauptursache seines Verhaltens war auch jetzt wieder sein Mangel an Entschlossenheit und Geistesschwung. Er

*) Vgl. J. v. Gruner, Der Eindruck des Schillschen Ausmarsches in Berlin, Deutsche Ztschr. f. d. Geschichtsw., Freiburg i./Br. 1890.

**) Reiche, a. a. O. I. 210.

konnte sich zu einer großen That aus eigenem Antriebe nicht erheben. Seine Meinung war, er dürfe den Bruch, den Kampf mit Napoleon nicht wagen ohne russische Hilfe; Alexander aber hielt an seinem Bündnis mit dem Kaiser des Westens, von dem er noch Vorteile erhoffte, fest und ermahnte den Freund auch nach dem Siege der Österreicher bei Aspern (21. Mai) zur Ruhe: ein Rat, der zu sehr mit den innersten Neigungen des Königs stimmte, als daß er ihn nicht hätte befolgen sollen. Die preußische Kriegspartei war in Verzweiflung; Gneisenau nahm seine Entlassung und ging nach England; auch Blücher forderte zornig seinen Abschied, der ihm jedoch nicht gewährt wurde. Blücher trug sich selbst mit dem Gedanken, auf eigene Faust, nach Schills Beispiel, nur mit mehr Truppen und im Einverständnis mit der österreichischen Regierung, loszubrechen; aber Kaiser Franz lehnte den Antrag als zu gefährlich ab.*) Die französische Partei am preußischen Hofe verbreitete sogar das Gerücht, einige Hitzköpfe hätten geplant, den König zu entthronen und seinen kühneren Bruder, den Prinzen Wilhelm, auf den Thron zu setzen. Diese Partei übte jetzt mehr als je Einfluß auf den König. Er zeigte selbst Scharnhorst seine Unzufriedenheit. Jedenfalls beharrte er dabei abzuwarten Da stellte sich denn freilich bald heraus, daß Österreich für sich allein der französischen Macht nicht gewachsen war. Es fehlte ihm dazu weniger an materieller, als an geistiger Kraft. Es hatte eine Schlacht gewinnen können, aber der Staat kam dabei aus den Fugen, die Verwaltung, hier von jeher unordentlich und zerfahren, ließ das Heer im Stich. Napoleon dagegen hatte bald hinreichende Verstärkungen an sich gezogen, um wieder mit Übermacht angreifen zu können. Am 5. und 6. Juli siegte er bei Wagram. Noch war Österreich nicht ganz bezwungen, es hätte den Krieg in Ungarn fortsetzen können; aber der Erzherzog Karl verlor nun den Mut, und so zog denn die österreichische Regierung es vor zu unterhandeln. Ja sie nahm zuletzt einen entehrenden und harten Frieden an (14. Oktober zu Schönbrunn), weil Napoleon den Kaiser Franz an dessen schwacher Seite, an der Selbstsucht, faßte und Frieden ohne alle Verluste anbot, falls jener zu Gunsten seines Bruders Ferdinand der Krone entsage. Da beeilte sich Franz, den Frieden zu unterzeichnen, der zwar dem Staate 2000 Quadratmeilen mit 3 Millionen Einwohner raubte, aber ihm selbst den Thron ließ. Mit empörendem Kaltsinn opferte er auch die treuen Tiroler auf und erniedrigte sich dann noch so weit, der Schwiegervater des Mannes zu werden, der ihn mit Schmach und Unheil überhäuft hatte, und den er unter allen Menschen am bittersten haßte.

So fielen die Hoffnungen der deutschen Vaterlandsfreunde wieder zu Boden; Österreich war bezwungen, Preußen verblieb in seinen Banden, und das Volk im ganzen und großen hatte eine eigene Thatkraft nicht gezeigt. Dörnbergs, Schills Versuche waren an der deutschen Unbehilflichkeit gescheitert oder an der Schlaffheit abgeglitten, ebenso wie im Juli der kühne Versuch des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Öls, der mit einer kleinen Truppen-

*) Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, Leipzig 1877, S. 425.

abteilung, den „Schwarzen", aus Österreich und Sachsen einfiel und sich dann einen Weg durch die Feinde bis zur Nordsee, zur Rettung auf englische Schiffe, bahnte. Die einzige Frucht war die Überzeugung, daß in der Nation jetzt wenigstens der Gedanke eines gewaltsamen Widerstandes tiefere Wurzeln geschlagen habe. Zur That, zur großen, allgemeinen, war freilich für jetzt keine Aussicht mehr. Ja es schlug nun die patriotische Erregung bei vielen in alles verloren gebenden Widerwillen um, namentlich in Preußen, wo man mit der inneren Politik der Regierung nicht zufriedener war als mit der äußeren.

Denn das Ministerium Altenstein verwaltete ohne Plan und Ziel, ließ die Trümmer der alten Staatsordnung, die Anfänge der neuen stehen, wie sie waren; ein frischer, schöpferischer Geist waltete nur noch im Unterrichtsministerium, dem Wilhelm von Humboldt*) vorstand. Hauptsächlich sein Werk war es, daß die Gründung der Berliner Universität zustande kam; auf seinen Antrag war sie vom Könige beschlossen worden und durch seine Bemühungen am meisten wurden die Hindernisse beseitigt, die Mittel beschafft und die Lehrkräfte berufen. Sonst wurden Steins Überlieferungen nur im einzelnen lebendig erhalten, in den Provinzen hie und da durch treffliche Beamte, vornehmlich durch die Regierungspräsidenten Schön, Sack, Merkel, Vincke. Selbst die Reform des Heeres machte nicht solche Fortschritte, wie Scharnhorst es wünschte. Der König fühlte selber, wie wenig die neuen Ratgeber ihm die alten ersetzten. Dennoch brachte jene nur die äußere Lage zu Fall. Durch mancherlei Nachgiebigkeiten, wie die Zurücksetzung der franzosen-feindlich Gesinnten, die Auflösung des Tugendbundes (31. Dezember 1809), die Rückkehr des Königs und seiner Familie nach Berlin in den Bereich der Franzosen (23. Dezember 1809), hatte Napoleons Groll besänftigt werden sollen. Aber er milderte den Druck nicht, sondern forderte drohend die noch rückständigen Kriegssteuern. Einer seiner Minister ließ gegen den preußischen Gesandten sogar die Äußerung fallen, wenn man nicht zahlen könne, möge man ein Stück Land abtreten. Altenstein war in Verzweiflung. Woher das Geld nehmen? Die Zerrüttung der Finanzen war so groß, daß man dem Könige vorgeschlagen hatte, den Staatsbankrott zu erklären; edel hatte er es abgelehnt und die Hälfte der Kontributionen auf seine Domänen übernommen, aber dieses Mittel milderte zwar die Not, hob sie jedoch nicht. Altenstein wußte keinen Rat mehr; seine Kollegen Beyme und Graf Goltz meinten, wie schon früher von Schön geraten hatte**), dann müsse man sich eben in das Unvermeidliche fügen und ein Stück Land opfern. Er stimmte ihnen bei. Auch Graf Dohna und selbst Scharnhorst sahen aus dieser Zwangslage, da der König die im Frühling 1809 ihm angeratene Schilderhebung abgelehnt hatte,

*) Geboren am 22. Juni 1767 zu Potsdam, Sohn eines aus Pommern stammenden Offiziers, der 1765 das Gut Tegel bei Berlin gekauft hatte; gest. zu Tegel am 8. April 1835. — Vgl. B. Gebhardt, Wilhelm von Humboldt als Staatsmann, I. Bd., Stuttg. 1896.

**) S. Geschichte der preußischen Politik von 1807—1815 von P. Hassel I., Leipzig 1881, S. 70.



nun keinen andern Ausweg mehr. Altenstein schlug deshalb (12. März 1810) im Einverständnis mit den anderen Ministern dem Könige vor, falls der französische Kaiser auf seinem Scheine bestehe, sich durch eine Landabtretung von ihm loszukaufen*).

Hier nützte nun Friedrich Wilhelms III. Abneigung gegen Maßnahmen, die auf Biegen oder Brechen hinausliefen. Auch hielt er die Lage für so verzweifelt noch nicht, sondern hoffte für den äußersten Notfall immer auf den Beistand Rußlands. Er verwarf daher den Antrag und sah sich nach einem andern Finanzminister um. Der Fürst Wittgenstein erinnerte an die Geschäftsgewandtheit Hardenbergs, und die Königin Luise befürwortete eifrig diese Wahl. Sie schien auch dem Könige die beste. Am 4. Juni 1810 wurde das Ministerium Altenstein entlassen, und Hardenberg mit der Leitung des Staatswesens betraut. Nur Scharnhorst blieb, wenngleich ohne den Namen eines Ministers, anfangs noch in seinem bisherigen Wirkungskreise, und als dieser, um den Verdacht Napoleons gegen den gefährlichen Mann zu beschwichtigen, beschränkt werden mußte, behielt er doch bei dem Könige seinen Einfluß als militärischer Ratgeber.

Die Hardenbergsche Gesetzgebung.

Der Freiherr Karl August von Hardenberg war von Geburt ein Hannoveraner (geboren 1750 zu Essenrode), aber seit 1792 in preußischen Diensten und dem Staate, dem er als Verwaltungsbeamter manchen guten Dienst geleistet hatte, aufrichtig ergeben. Bei den Deutschen und Freigesinnten galt er für einen würdigen Nachfolger Steins. Zwar war er als Politiker an Einsicht und Begabung mit Stein nicht zu vergleichen; aber er war ein unterrichteter, wohlwollender und gewandter Geschäftsmann und hatte eine reiche, ihn meist richtig leitende Erfahrung, die ihn freilich auch zuweilen bei wichtigen Dingen im Stich ließ. Steins großartigen Charakter besaß er ebensowenig wie dessen Scharfblick; seine angenehmen, gewinnenden Formen umhüllten vielmehr einen weltmännisch leichtfertigen Sinn. Auch Steins tiefe, christlich germanische Ansicht vom Staate teilte er nicht; er stand auf dem Boden des modernen Liberalismus, dem die Freiheit und Gleichheit der Individuen oberstes Prinzip ist, und sah alles Heil darin, die Ideen der französischen Revolution auf Preußen zu übertragen. In diesem Sinne gedachte er Steins Arbeit fortzusetzen und weiter zu gestalten.**) Als er nun (am 6. Juni 1810) unter dem Titel eines Staatskanzlers die obere Leitung sämtlicher Staatsangelegenheiten erhielt, nahm er mit Energie und Geschick das Reformwerk wieder auf und brachte in die ganze preußische Politik ein festeres

*) Vgl. Fr. v. Raumer, Lebenserinnerungen, Leipzig 1861, I. 114 ff. u. M. Lehmann, Scharnhorst II, Leipzig 1887, S. 312.

**) Vgl. G. Cavaignac, La formation de la Prusse contemporaine etc., Paris 1891. — R. Koser, Die preuß. Reformgesetzgebung in ihrem Verhältnis z. franz. Revolution, Hist. Ztschr., N. F. 37. Bd., S. 193 ff.



System. Es galt zunächst, der Finanznot zu steuern, den drohenden Staatsbankrott abzuwenden; da aber dies nur dadurch erreicht werden konnte, daß man an die Steuerkraft des Volkes größere Ansprüche machte und zugleich dessen Hilfsquellen vermehrte, ward es dem Staatskanzler leicht, die Einwilligung des Königs zu Reformen zu erlangen, welche nun auch in volkswirtschaftlicher Beziehung Preußen gründlich umgestalteten.

Den Weg bahnte er sich damit, daß er den obersten Staatsbehörden eine Einrichtung gab, welche sie im Sinne von Steins politischem Testament einheitlich ordnete, aber dabei dem Staatskanzler eine so ausgedehnte Macht erteilte, daß er eine unbeschränkte Büreaukratie auszuüben vermochte. Denn Hardenberg erkannte ganz richtig, daß er die liberale Reform nur auf diesem Wege, nur mit Hilfe der freisinnigen gebildeten Staatsbeamten, werde durchführen können. Den Anfang seiner Reform machten dann Verordnungen, die das Abgabenwesen umschufen: am 27. Oktober 1810 erschien ein Gesetz, welches die Aufhebung aller Steuerbefreiungen, auch der Grundsteuerfreiheiten verfügte —, alle Einwohner sollten gleichmäßig nach ihrem Vermögen steuern, die Verbrauchs- und Luxussteuern vom ganzen Lande getragen werden; sodann erfolgte (am 2. November) die Einführung der Gewerbefreiheit, Abschaffung alles Mühlen-, Bier- und Branntweinzwanges und jeder anderen Bann- und Zwanggerechtigkeit — beides harte Schläge für die bisher Bevorrechteten, das eine Gesetz vornehmlich dem Grundadel, das andere den Zünften zu schwerem Nachteil; aber beide nach Hardenbergs Meinung für das Wohl des Ganzen nötig. Zugleich kam (30. Oktober) die Aufhebung der Naturallieferungen und der Vorspannpflicht, zum großen Nutzen des Bauern; die Einziehung aller Klöster und geistlichen Stifter, und eine Gesindeordnung, welche das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde auf den Begriff des Vertrages zurückführte; dann einige Handelsgesetze, die den Verkehr erleichterten; zuletzt (im Mai 1811) die Erlaubnis, alle Dominialabgaben abzulösen.*)

Auch eine zweckmäßig eingerichtete Volksvertretung, sowohl der Provinzen als des ganzen Staates, war in der Verordnung vom 27. Oktober 1810 verheißen, kam aber nicht zur Ausführung. Hardenberg hatte auch so schon gegen die Partei der Konservativen einen schweren Stand. Namentlich die kurmärkischen Junker liefen gegen ihn und die ganze „revolutionäre“ Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung Sturm. Ihre heftigsten Wortführer wollten nichts davon wissen, daß der Adlige ein Mensch sein solle wie ein anderer; er sei vielmehr ein grundbesitzender Herr mit verfassungsmäßigen Rechten, ein Vasall, der seinem Landesherrn Treue, seinem Vaterlande den Schutz seines Schwertes schulde, übrigens aber auf seinem Boden (d. h. über seine Bauern) zu befehlen habe. Ihr Widerstand war indes vor der Hand vergeblich. Hardenberg berief im Februar 1811 eine Versammlung von Notabeln,

*) Vgl. C. Bornhak, Die preuß. Finanzreform von 1810, Forsch. 1890, III. S. 555 ff. — K. Mamroth, Gesch. d. preuß. Staatsbesteuerung 1806—1816, Leipzig 1890.

ständischen Abgeordneten aller Provinzen, meist Rittergutsbesitzern, nach Berlin, um ihren Widerspruch durch vernünftige Worte zu entkräften. „Das neue System," sagte er ihnen, „das einzige, wodurch Wohlstand begründet werden kann, beruht darauf, daß jeder Einwohner des Staates, persönlich frei, seine Kräfte auch frei entwickeln und benutzen könne, ohne durch die Willkür eines andern darin behindert zu werden; daß niemand einseitig eine Last trage, die nicht gemeinsam und mit gleichen Kräften getragen werde; daß die Gleichheit vor dem Gesetze einem jeden Staatsunterthan gesichert sei, und daß die Gerechtigkeit streng und pünktlich gehandhabt werde; daß das Verdienst, in welchem Stande es sich finde, ungehindert emporstreben könne; daß in die Verwaltung Einheit, Ordnung und Kraft gelegt; daß endlich durch Erziehung, durch echte Religiosität und durch jede zweckmäßige Einrichtung ein Interesse und ein Sinn gebildet werde, auf dem unser Wohlstand und unsere Sicherheit begründet werden können."

Aber die Notabeln wurden nicht überzeugt; ein Teil von ihnen erhob vielmehr gegen alle diese „neuen Theorieen", besonders gegen die Gewerbefreiheit, die Gleichheit aller Stände und die Mobilisierung alles Grundeigentums — Neuerungen, von denen die erste und die letzte ja in der That auch ihr Bedenkliches hatten, nachdrücklichen Einspruch; sie prophezeiten, man werde mit diesen Reformen aus dem alten, ehrlichen brandenburgischen Preußen einen neumodischen „Judenstaat" machen. Sie beschwerten sich auch — und hier ganz mit Grund — über mancherlei ungerechte Verwaltungsmaßregeln des Staatskanzlers, namentlich, daß er Gelder, die den märkischen Ständen gehörten, mit Gewalt hatte fortnehmen lassen. Letzteres entschuldigte Hardenberg mit der Not des Staates; übrigens richteten die Gegner des Ministers nichts anderes aus, als daß sie sich auch des Königs Unwillen zuzogen; ihre Wortführer, von der Marwitz und von Finkenstein, kamen auf einige Wochen nach Spandau. Auch gegenüber neuen Notabeln-Versammlungen blieb Hardenberg fest. Am 14. September 1811 erschien das größte Gesetz, welches er veranlaßt hat, und ein unzweifelhaft segensreiches, das Edikt über die Regelung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. Es machte einem völlig rechtlosen Zustande des Landvolks in den östlichen Provinzen ein Ende. Die unterthänigen Erb- und Zeitpächter der Rittergüter durften einen Teil ihres Pacht- oder Bauernguts, je nach den Verhältnissen ein Drittel oder die Hälfte, an die Gutsherrschaft abtreten und erhielten dafür das übrige als Eigentum; sie durften auch die Fron- und Handdienste ablösen und hatten nun freie Verfügung über ihr Grundeigentum. Endlich mußte der Jagdinhaber den Bauern fortan allen Schaden ersetzen, den er ihm durch die Jagd zufügte. So erhob der König mit einem Federstrich wiederum viele Tausende dienstbarer Leute zu freien Hofbesitzern. Außer Hardenberg hatte der Geheimrat Scharnweber ein großes Verdienst um dieses Gesetz, dessen Entwurf zumeist sein Werk war. Dieses Gesetz beseitigte die Gefahr, welche den durch die Aufhebung der Erbunterthänigkeit und Be-

freiung von der Scholle (kraft Gesetzes vom 9. Oktober 1807) zwar persönlich befreiten, aber wirtschaftlich gleichwohl vom Gutsherrn abhängigen Bauern, von festsitzenden zu wegjagbaren Tagelöhnern gemachten Bauern drohte. Übrigens nützte diese Maßregel dem Gutsherrn ebensosehr als dem Bauern. Denn durch die Ablösung gewann er mehr, als ihm die widerwillig und lässig geleisteten Dienste einbrachten. Hardenberg durfte daher den Notabeln zurufen: „Die Erfahrung wird das Heilsame des Gesetzes bewähren. Dem Egoisten, dem kleinen Tyrannen, der auf sklavische Abhängigkeit seines Nebenmenschen einen Wert setzen könnte, bleibt unsere Verachtung."

Auch die Juden empfingen eine große Wohlthat; bisher nur als Fremde geduldet, wurden sie nun (durch Edikt vom 11. März 1812) zu Staatsbürgern erhoben, wenn sie auch noch nicht in allen staatlichen Rechten völlige Gleichheit mit den Christen bekamen.

Hatte Stein hauptsächlich auf dem politischen Gebiete reformiert, so betraf die Hardenbergsche Gesetzgebung vornehmlich die wirtschaftlichen und socialen Interessen. Dort war das Beste an der Reform die Städteordnung, hier waren es die auf den Landmann bezüglichen Gesetze. Und wie Stein, so hatte auch Hardenberg hochverdiente Mitarbeiter; die Räte von Raumer, Gruner, von Hippel, besonders aber Scharnweber sind hier zu nennen.*)

So war denn nicht nur die Steuergesetzgebung zeitgemäß verbessert, sondern auch mit dem noch bestehenden Feudalwesen gründlich aufgeräumt; der gemeine Mann, der aus mittelalterlichen Banden erlöst, der Jude, der zum preußischen Staatsbürger erklärt, der Bürger, dessen Verkehr erleichtert, dessen gesellschaftliche Stellung in der offiziellen Meinung gehoben war, das Heer, an dessen neuer Ausbildung Scharnhorst still und unverdrossen weiter arbeitete, alle hatten Grund zur Dankbarkeit. Doch kam diese Stimmung vorerst noch nicht zum Durchbruch; im Augenblick steckte die Nation noch zu tief in der Übergangszeit, um die empfangenen Wohlthaten sofort zu begreifen. Überdies wurden durch die neuen Finanzeinrichtungen zu viele Sonderinteressen verletzt; man fühlte den Druck des Neuen und sah noch nicht den künftigen Vorteil; auch waren manche von den Neuerungen, namentlich, daß jeder ein jedes Gewerbe betreiben durfte, und daß das Grundeigentum eine bloße Ware wurde, von sehr zweifelhaftem Werte. Daher war die Unzufriedenheit zunächst größer denn zuvor. Es war auch zu viel materielle Not vorhanden, zu hart der französische Druck, die Handelssperre, die Nachwehen des Krieges, um schon jetzt froher aufzuatmen. Und dann die gefährliche äußere Lage; wie ein Damoklesschwert hing ja Napoleons Groll über dem Staate. Schwer empfand man auch den Verlust der allgemein geliebten Königin. Am 19. Juli 1810 raubte der Tod dem unglückseligen Friedrich Wilhelm die beste Freude, die er auf Erden hatte. Luise starb nach kurzem Krankenlager, 34 Jahre alt, zu Hohen-Zieritz in Mecklenburg, wohin sie zum Besuch ihres Vaters gereist war.

*) E. Berner, Die Kabinettsordre vom 1. August 1812, Vortrag ꝛc., Forsch. 1895, VIII. S. 641.



Das Unglück Preußens hatte ihr das Herz gebrochen — so urteilte das Volk, und der Haß gegen die Fremdherrschaft wuchs. Dieser Haß sog überhaupt aus allem Nahrung, was nur irgend in Preußen zur Trauer oder zum Unmut stimmte. Aber zugleich breitete sich mit ihm in dieser schweren Zeit ein edlerer, ein neuer Geist, der Geist opferwilligster Vaterlandsliebe und sittlichen Ernstes durch alle Kreise der Nation aus. Immer tiefer schlug der Wille Wurzel, besser zu werden, jeder an seinem Teile, damit der Tag der Erlösung endlich komme. Denn die Franzosen sorgten dafür, daß hoch und niedrig, arm und reich, alle Klassen und Stände der Gesellschaft die Schmach und das Unglück des Staates, jeder im einzelnen, bei sich zu Hause, in vollem Maße zu kosten bekamen.*) Immerfort mußte ja Geld und Geldeswert für die Fremden geschafft werden; was sie dem Lande abgepreßt, überstieg schon jetzt, alle Leistungen mitgerechnet, bei weitem die Summe von 300 Millionen Thalern**), und doch hing an dem Erwerb des Volkes wie ein Bleigewicht die Handelssperre, die drückendste von allen Ketten. Das Land war fast schon der edlen Metalle beraubt, und aus vielen Häusern wanderte der letzte silberne Kaffeelöffel in die Münze, die wahre Zeit des Papiergeldes begann; 1810 wurden von Hardenberg 16 Millionen Thaler Tresorscheine ausgegeben, die Zwangskurs hatten. Zwischen Sein und Nichtsein schwankend, war der Staat ohne Kredit im Auslande. Der Augenblick schien nahe, wo man nichts mehr zu verlieren hatte und durch männliche Erhebung alles wieder gewinnen konnte. Wen die höheren Interessen des Lebens nicht bewegten, der fand sich doch täglich in seinen kleinen Genüssen gekränkt, wenn er statt Kaffees widerliche Zichorienbrühe trinken und seine Pfeife an Stelle des Tabaks mit gemeinem Kraut füllen mußte. Denn was den französischen Zollbeamten, die an den Küsten alle englischen Waren abhielten oder verbrannten, entging und mit Hilfe des Schmuggels ins Binnenland kam, war übermäßig teuer. So wurde es auch dem stumpfstem Philister furchtbar klar, wie hohe Güter die Selbständigkeit und Macht des Staates sind, und das Vaterland wurde allen erst recht wert, da man es jeden Augenblick zu verlieren fürchten mußte.

Der König brachte Scharnhorst, Boyen, seine trefflichen Berater oft zur Verzweiflung durch seine Unentschlossenheit und durch seinen Widerwillen gegen alles Große, Entschiedene und durch seine Vorliebe für Kleinigkeiten im Militärdienst.***) Immerhin stieg, wenigstens bei den schärfer Blickenden unter den deutschen Vaterlandsfreunden, das Ansehen des preußischen Staates wieder ein wenig; denn er war doch der einzige unter den deutschen Staaten, der ein

*) Vgl. W. Bauer, Prinzeß Wilhelm von Preußen, 2. Aufl., Hamburg 1889.

**) Seit dem Einfall der Franzosen im Herbst 1806 bis November 1808 etwa 1130 Millionen Francs nach den niedrigsten Schätzungen und bei unvollständigen Nachweisen; später bis zum 15. März 1813 dann noch — an Kontributionen, Kosten des Durchzugs der großen Armee, Lieferungen u. s. w. — etwa 545 Millionen Francs. M. Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III., Leipzig 1876, S. 545.

***) Vgl. Boyen a. a. O. II., S. 135 f.

Dasein mit Selbstzweck führte. Wenn noch Rettung für Deutschland war, so lag sie in Preußen. Das fühlte man allerwärts, und man hoffte, weil in Preußen offenbar ein neuer guter Geist einzog. Die Reform im Staate und Heere und die Reform im Volke gingen Hand in Hand vorwärts trotz aller Hindernisse. Zwar hatte Scharnhorst aus dem Ministerium scheiden müssen. Aber die eigentliche Leitung der Militärsachen behielt er doch, und es gelang ihm in aller Stille, das Heer so zu verstärken, daß dasselbe gegen Ende des Jahres 1811 schon 120 000 Mann zählte.

Dies wurde durch Anwendung des sogenannten „Krümpersystems“ erreicht. Napoleon hatte die Sollzahl des preußischen Heeres auf 42 000 Mann erniedrigt; um nun die Absicht dieser Maßregel zu vereiteln und eine größere Anzahl ausgebildeter Mannschaften zu erhalten, zog die preußische Heeresverwaltung, das Gebot des französischen Kaisers umgehend, seit 1810 zu besonderen, in den Festungen errichteten Truppenabteilungen Rekruten ein, die nach kurzer Ausbildung, gewöhnlich schon nach einem Monat, wieder entlassen und sofort durch andere ersetzt wurden. Man nannte dieselben Krümper, wie eigentlich die Pferde hießen, welche bei den Schwadronen aus Nebeneinkünften und Ersparnissen über die Sollzahl unterhalten wurden. Allerdings war diese Art der Erlernung des Kriegshandwerkes eine sehr mangelhafte, indes empfing auf solche Weise ein großer Teil der vorhandenen Wehrfähigen doch wenigstens einige militärische Schulung. Es war eben ein Notbehelf und der Vorteil immerhin groß.

Im Volke selbst trat zu dieser Zeit ein neuer Fortschrittsgedanke ins Leben: die Turnerei — die praktische Anwendung der bekannten Worte Juvenals*) „gesunde Seele in gesundem Leibe“ („mens sana in corpore sano“) — die das stubenhockende junge Geschlecht hinaus in die frische, freie Luft der Natur führte und mit leiblicher Kraft und Gewandtheit auch einen mutigen, thatkräftigen Sinn erstrebte. So ist die deutsche Turnkunst eine Wohlthat für Deutschland und für die menschliche Gesellschaft geworden. Zunächst trieb ihr Erfinder, der Turnvater Jahn, sie als Vorübung zum Vertilgungskrieg gegen die Welschen. Friedrich Ludwig Jahn (geboren am 11. August 1778 zu Lanz bei Lenzen in der Priegnitz) war Lehrer am Gymnasium zum grauen Kloster in Berlin; ein leidenschaftlicher Anhänger des Deutschtums, des Volkstums der Natürlichkeit und Ursprünglichkeit und von all diesem selber der schrofffste Ausdruck; dabei voll Mutterwitz und trotz seiner Sonderbarkeiten eine kernige, edle Natur. Da der Tugendbund vom Könige aufgehoben worden, so stifteten Jahn und der Lehrer Friedrich Friesen (geboren zu Magdeburg am 27. September 1785) im Herbst 1810 zu Berlin insgeheim einen andern Verein ähnlichen Geistes, den „deutschen Bund“, der bald Mitglieder aus den verschiedensten Ständen und Lebensaltern zählte und an einer von Friesen zu gleichem Zwecke — zur Verbreitung der Vaterlandsliebe — unter den Berliner Studenten damals gestifteten „Burschenschaft“ einen Zweigverein

*) Satire X, 356.

hatte.*) Am nützlichsten indes wirkte Jahn in seinem eigentlichen Berufskreise. Es war ihm nicht genug, in der engen Schulstube seine Schüler mit Mut und Kampflust, mit Begeisterung für Freiheit und für deutsche Sittlichkeit zu erfüllen; er zog mit ihnen vors Thor ins offene Feld und errichtete (im August 1811 in der Hasenheide vor dem Halleschen Thore zu Berlin) den ersten Turnplatz. Immer mehr junge Leute schlossen sich an, tummelten sich „frisch fromm fröhlich frei" und stählten so die Kraft, die sie einst am Feinde zu erproben gedachten.**)

Denn das war doch das eigentliche Ziel der ganzen großen Bewegung, die in Preußen alle edleren Geister ergriffen hatte, und von der die Turnerei der Jugend nur ein einzelnes Zeichen bildete: man wollte sich fertig machen zum ersehnten Befreiungskriege.***) Nirgends in Deutschland wurde so allgemein und so bitter wie in Preußen die Schmach des Vaterlandes empfunden. Denn hier waren nicht bloß die materiellen Verluste und Leiden am größten; hier war auch ein stolzes Nationalbewußtsein in den Staub getreten worden; die Erinnerung an die verlorene Größe des Staates, an die Glorie Friedrichs des Einzigen war ein nie ruhender Stachel in jedem preußischen Herzen.

Und nun, da Preußen, getreu seinem Berufe, Deutschland in der Reihe der Nationen zu Freiheit und Größe, zu Macht und Ehre zu bringen, sich durch innere Wiedergeburt auf den Tag der Erhebung vorbereitet hatte, da es sich mit dem Willen erfüllt und seine Kraft gesammelt, sich selbst zu helfen, da trat außerhalb seiner Grenzen unerwartet und groß ein Ereignis ein, welches ihm die Gelegenheit bot, in einen Kampf mit dem Zwingherrn zu gehen, wo Sonne und Wind gleicher verteilt waren als bisher.

1812.

Seit den fabelhaften Reichen der Urzeit, seit den weltstürmenden Gottesgeißeln des Mittelalters hatte in keines Menschen Hand eine so riesenhafte Macht gelegen wie in Napoleons. Ihm gehorchten Frankreich und Deutschland, Italien, die Schweiz und die Niederlande; Spanien lag erschöpft vor ihm am Boden, Preußen geknebelt, Österreich bezwungen. Dieser Kaiser war gewaltiger als Karl der Große und Konstantin, Karl V. oder Trajan; wer wollte dem Sieger von Austerlitz, von Jena, von Wagram wehren, — dem Liebling des Glücks, dem König der Könige, auf dessen ersten Wink 300 000 Soldaten marschierten und Schatzkammern von 100 Millionen aufsprangen! Der das Abendland, den Sitz der stärksten Nationen und des besten Teiles aller irdischen Macht, der neunzig Millionen civilisiertester Menschen be-

*) W. Harnisch, Mein Lebensmorgen, herausg. von Schmieder, Berlin 1865, S. 218.

**) C. Euler, Friedr. Ludw. Jahn, Stuttg. 1881. — Derselbe, Friedr. Ludw. Jahns Werke, 2 Bde., Hof 1884—87. — F. G. Schultheiß, Friedr. Ludw. Jahn, Berlin 1894.

***) Fr. Wachter, Bericht des Grafen Beugnot an Savary über die allgem. Stimmung in Preußen im Jahre 1811, Forsch. 1897, IX. S. 582 ff.

herrschte, war er nicht der wahre Herr der Welt? Er wollte es sein. An der Spitze der europäischen Civilisation gegen des Ostens Barbarei, mit seinen sieghaften Heerscharen über Rußland hinweg und durch das Herz von Asien, wollte er, ein zweiter Dionysos und Alexander, in Indien seine Adler aufpflanzen; dann war auch der letzte Feind, war England niedergeblitzt, und mit der Erde gehorchte ihm auch das Meer, mit dem Abend der Morgen dem unbestrittenen Herrn der Welt. — Die Höhe ohne Beispiel, die er erstiegen, machte ihn schwindlig. Sein unerhörtes Glück, die ungeheure Macht seines Kaisertums verrückten vor seinem Geiste die Grenzlinien des Möglichen und Unmöglichen, verblendeten seine Augen gegen die Zeichen der Zeit, durch deren Verkennung einst seine Gegner das meiste zu seinem Aufkommen gethan. Eines wahrhaft großen Charakters Herrschbegier wäre mehr als gesättigt gewesen, aber in diesem maßlosen Gemüt wurde die Gier zur krankhaften Sucht, der Ehrgeiz zum „Kaiserwahnsinn“. So wob er Entwürfe, die ganze Erde an seinen Triumphwagen zu spannen, Pläne so über alle Schranken der Wirklichkeit ausschweifend, wie die Einbildungen eines Irren; und auch so haltlos. Denn der Boden, auf dem er stand, war ein Vulkan. Die Nation, die er mit ehernem Fuße niedergetreten, Preußen, spannte bereits jeden Nerv, um aufs erste Zeichen sein Kaiserreich zu zertrümmern. Seine eigenen Völker, denen er den letzten Rest der Freiheit genommen, begannen der Opfer müde zu werden, die er fort und fort von ihnen verlangte. Er schonte weder Franzosen noch Fremde; er lastete auf der Welt wie ein Alp. Aber noch gehorchten die Bezwungenen. Wer wollte ihm wehren? „Ich gebe monatlich 30 000 Mann aus!“ sagte er hochmütig zu dem russischen Gesandten, als es zum Bruche kam.

Die Freundschaft der Kaiser von West- und von Osteuropa war auf Selbstsucht gegründet worden, und dieselbe Ursache trennte sie bald wieder. Der Zar hatte mit Finnland und einigen türkischen und polnischen Brocken nicht genug, ihn gelüstete es nach dem Überrest von Polen, und Napoleon andererseits drängte es, auch Rußland niederzuwerfen; er konnte keine zweite Großmacht neben sich ertragen. Den Vorwand oder Anlaß zum Kriege gab dem einen die freche Beraubung des Herzogs von Oldenburg, eines nahen Verwandten Alexanders, dem andern Rußlands Rücktritt vom Kontinentalsystem. Napoleons Rüstungen waren großartig, wie sein Reich und sein Zweck. Von den Pyrenäen bis zur Weichsel, von Neapel bis zur Nordsee eilten seit dem Frühling 1811 die Legionen des neuen römischen Cäsars unter die sieggewohnten Fahnen.

Die erste und vollste Wucht dieser Bewegung mußte auf Preußen fallen. Gleichwohl verlangte hier die Kriegspartei einen ehrenvollen Widerstand, einen Kampf der Verzweiflung, und Gneisenau, der vor kurzem zurückberufen worden, war ihr begeistertster Wortführer; derselben Meinung waren Scharnhorst und Boyen. Denn die Dinge lagen allerdings so, daß eine Erhebung Preußens in diesem Augenblicke keineswegs ohne Aussicht auf guten Erfolg war. Die

englische Regierung bot insgeheim durch einen Abgesandten — es war der Oberst von Dörnberg — ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Napoleon an (September 1811); der Zar versprach Unterstützung im Fall des Angriffs. Friedrich Wilhelm hätte eine Vereinigung zwischen Preußen, England und Rußland begründen können, die wohl bei hinreichendem Gebrauch genügende Mittel zu einem Kampfe mit Napoleon besaß. Denn Preußen konnte jetzt schon 150 000 Mann ins Feld stellen, welche Streitmacht, auf die Festungen gestützt und mit einer Volksbewaffnung, die auch England forderte und für die es Subsidien versprach, verbunden, wohl imstande war, den Krieg bis zum Eintreffen der Russen hinzuziehen. Dann war gewiß auch Österreich zur Mitwirkung zu gewinnen. Aber es gehörten Mut und Entschlossenheit, rasche That und Geistesschwungkraft dazu, um einen solchen Plan zu fassen und ins Werk zu setzen: Eigenschaften, die Friedrich Wilhelm III. nicht hatte. Er lehnte einen Kriegsbund mit England ab, weil er mit Rußland keinen hatte: was an ihm selbst, an seiner Unentschlossenheit lag. Da war denn um so weniger auf Österreich zu rechnen, wo man seine Unlust zum Kriege seit 1805 und 1809 hinreichend kannte. Scharnhorst, den der König nach Wien gesandt, wurde vom Kaiser Franz erst vorgelassen, nachdem man ihm bewiesen, dieser Mann gehöre nicht zum Tugendbunde; auch konnte Scharnhorst von ihm hinsichts der Kriegsfrage nichts als Redensarten erreichen. Die Wahrheit war, Friedrich Wilhelm und sein Kanzler Hardenberg traute dem preußischen Volke ebenso wenig zu wie sich selbst; sie hielten Napoleon für unüberwindlich und scheuten vor der Erhebung gegen diesen wie vor einem Schritt in den Abgrund zurück. Auch meinten sie, daß Napoleon wohl durch die Kombinationen der europäischen Politik zu einer Schonung Preußens veranlaßt werden könnte. Scharnhorst, Boyen und Gneisenau versuchten dagegen alles, den König zu der großen Entscheidung zu bewegen, weil sie richtig die dämonische Natur des Eroberers erkannten, die ihn notwendiger Weise zur schließlichen Vernichtung Preußens führen mußte.*) Der König wies sie ab, vermied jeden bestimmten Entschluß in der brennenden Frage und beschäftigte sich statt mit dieser lieber mit den Exerzierübungen, den Manövern und den Uniformen seiner Garde. „Ich vermag es nicht", sagt Boyen in seinem Bericht über diese Zeit, „den Sturm meiner Empfindungen zu schildern, wenn ich den König nach stundenlangen unentschieden politisch-militärischen Erörterungen zum Manöver begleiten mußte: es war, als wenn der Leichenstein meines Vaterlandes sich mir auf die Brust wälzte". Friedrich Wilhelm suchte in diesen Exerzierspielen eine Zerstreuung, „die man ihm lassen möge, da doch alles zu Ende sei".**) Unter diesen Umständen schien es dem preußischen Gesandten in Paris geboten, einen Vertrag zu unterzeichnen (22. Februar 1812), welcher Preußen dem Kaiser ganz unterwarf. Zugleich ließ Napoleon Truppen ins

*) Fr. Meinecke, Die Krisis der preuß. Politik im Jahre 1811, Vortrag &c., Forsch. 1895, VIII. S. 632. — Vgl. auch M. Lehmann, Scharnhorst und H. Delbrück, Gneisenau.

**) a. a. O., II. S. 135—137.

Preußische rücken. Der Notwendigkeit, die er freilich selbst verschuldet, sich fügend, bestätigte der König am 3. März den Pariser Vertrag. Demzufolge blieb es dabei, daß sein stehendes Heer nicht mehr als 42 000 Mann betragen durfte, und von dieser Anzahl mußte er nun fast die Hälfte (20 000 Mann) den Franzosen als eine Hilfsschar zur Verfügung stellen, auch die Armee des Kaisers mit großen Naturallieferungen unterstützen. So war die Hoffnung der Gegner Napoleons wieder dahin. Beinahe alle Führer der Partei in Preußen, welche den Bruch mit Frankreich gewollt hatte, darunter Gneisenau, Boyen, Clausewitz, Chasot, Dohna,*) nahmen ihren Abschied, der Major Prinz von Hessen-Homburg (der bei Groß-Görschen fiel) mit Worten des Ingrimms, daß ein unabhängiger Fürst sich freiwillig Napoleon unterwerfen könne, ebenso thaten viele andere preußische Offiziere, um nicht etwa unter französischer Fahne dienen zu müssen; die meisten von diesen gingen nach Rußland, England oder Spanien, wo es Kampf wider den Todfeind gab.**)

Wie Preußen, so verbündete sich auch Österreich, aber nicht aus bitterer Not, mit dem französischen Kaiser und stellte ihm 30 000 Mann. Am 24. Juni 1812 überschritt die „große Armee" den Memelstrom; 440 000 Mann, zum größeren Teile Franzosen und Rheinbündner, zum kleineren Polen, Italiener, Holländer, Schweizer, das war die Hauptmacht; 150 000 Mann folgten. Gegen diese Überzahl hatte die russische Streitmacht, 200 000 Mann unter mittelmäßigen Feldherren, keine Aussicht in einer Feldschlacht obzusiegen; sie wich daher in das Innere ihres ungeheuren Landes zurück. Eifrig drängte Napoleon mit dem Centrum (300 000 Mann) nach, unbekümmert um die Stimmung der preußischen Hilfstruppen unter York, die er zur Seite in Kurland stehen ließ, unbekümmert auch um die Stimmung der preußischen Bevölkerung in seinem Rücken. Er meinte, mit einigen seiner großen Schläge den Krieg, wie er pflegte, rasch zu beendigen. Aber er hatte hier mit zwei Feinden zu kämpfen, die stärker waren als er, mit Raum und Zeit. In dem dünn bevölkerten, wenig angebauten Lande wurden die Schwierigkeiten des Marsches und der Verpflegung für eine solche Heeresmasse täglich größer.

Ein Sieg bei Smolensk, wo die Russen endlich zur Schlacht (17. bis 19. August) stand hielten, gab den Franzosen nichts als ein ödes Schlachtfeld. Sie mußten weiter folgen, aber der Marsch durch das weit und breit von den Russen verwüstete Land kostete ungeheure Opfer. Hunger, Krankheiten, Ermattung lichteten das Heer. So ging der Zug ohne Rast durch die endlosen, unwirtbaren Fluren auf Moskau zu; hier, verhieß Napoleon, sollte das Heer den Lohn für alle Mühsal finden, hier hoffte er Rußland den Frieden vorzuschreiben. Hier schien denn auch die Entscheidung zu fallen. Die Russen stellten sich bei Borodino an der Moskwa ihm in den Weg, um

*) J. v. Gruner, Gneisenau, Chasot, Boyen u. Dohna in Österreich, Deutsche Ztschr. f. Geschichtsw., Freiburg i. B. 1893, Bd. IX, S. 113 ff.

**) Vgl. Max Lehmann, Knesebeck und Schön, Leipzig 1875, S. 46 ff. — K. Schwartz, Leben des Generals von Clausewitz, Berlin 1878, I. 429.



ihre heilige Zarenstadt zu verteidigen; aber in einer furchtbaren Schlacht (7. September) überwunden, mußten sie Moskau preis geben. Am 14. September hielt der Eroberer mit 100 000 Mann seinen Einzug.

Doch wie anders war der Empfang hier als in den Hauptstädten, die er sonst triumphierend durchzogen! Er fand eine menschenleere Stadt. Fast die ganze Bevölkerung war geflohen; nur wenige tausende — Ausländer oder Hefe des Volks — waren geblieben. Und was für die Franzosen das Schlimmste war, sie fanden auch keine oder sehr wenige Vorräte in Moskau. Die russische Armee hatte die Stadt ausgezehrt und beim Abzuge die noch übrigen Magazine in Brand gesteckt. Hieraus aber entwickelte sich für die Sieger ein neues Übel. Der Brand griff weiter; Rachsucht einzelner Russen, Unvorsichtigkeit, auch Zügellosigkeit französischer Soldaten, die beim Plündern aus Übermut Feuer anlegten, gaben ihm Nahrung; die Feuerlösch-Mannschaften und Geräte hatte der Gouverneur von Moskau, Graf Rostopschin, beim Abzuge mitfortgeführt. Dazu kam ein gewaltiger Sturmwind. So breitete sich die Feuersbrunst bald riesig, maßlos wie Napoleons Herrschgier, aus.*) Fünf Tage währte der ungeheure Brand, am 20. September erlosch er; zwei Drittel von Moskau lagen in Asche. Das russische Volk, in der Meinung, Napoleon sei der Zerstörer der heiligen Stadt, raffte sich wütend zu einem nationalen und religiösen Rachekrieg auf. Auch Alexanders Geist geriet in einen höheren Schwung; er lehnte alle Friedensanträge ab.

Napoleon hatte das hohe Spiel verloren. Ohne hinreichende Vorräte in einem verwüsteten Lande, 120 Meilen von seinen Hilfsquellen in Mitteleuropa entfernt, war er außer stande, in Moskau zu überwintern: er mußte zurück. Vergebens sträubte sich sein Stolz gegen den Gedanken; Tag um Tag verging; endlich, am 18. Oktober, gab Napoleon nach und trat den Rückzug an. Aber auf dem langen Wege durch das feindliche Land, wo der Soldat alles, was er zum Unterhalt brauchte, sich rings weither mit Gewalt holen mußte, lockerte sich die Manneszucht, und die Truppen wurden zu plündernden Banden. Über sie brach nun der furchtbarste Feind herein, der russische Winter; der rieb, mit dem Hunger verbündet, die letzte Kraft der großen Armee auf. Da fiel mancher unter den Lanzen der Kosaken, die wie Geier das matte Heer umschwärmten; viele Nachzügler wurden von den Bauern totgeschlagen; aber die meisten, welche in den öden Steppen ihr Grab fanden, fraß nicht das Schwert, sondern das Elend. Napoleons ruchlose Sorglosigkeit und Vernachlässigung aller Verpflegungsvorkehrungen war es, was eine halbe Million Menschen dort in Rußland hingeopfert hat. Von Frost erstarrt, von Mangel und Krankheit erschöpft, sanken sie auf den eis- und schneebedeckten Boden, Menschen und Pferde, ein unübersehbarer Leichenhaufen. Meilen und Meilen weit war der Weg mit Todten und Sterbenden, mit Waffen und Geschützen besäet. Nur der zehnte Teil, 12 000 Streiter, langten an der Beresina

*) Vgl. Mémoires de l'admiral Tchitchagoff, Leipzig 1862, p. 206—212.



an (25. November); hier stießen 18000 Franzosen vom früheren linken Flügel, von Liefland her zu ihnen. So konnten sie sich mit verzweifelter Tapferkeit den Übergang erkämpfen; aber Tausende verschlang noch, da die Eisdecke brach, der Fluß. Andere Tausende verzehrte die furchtbare Kälte (25 Grad Réaumur in der ersten Woche des Dezembers). In wilder Auflösung schleppte sich der Überrest nach Polen hinein. Napoleon, der für seine Bequemlichkeit immer vortrefflich gesorgt hatte, beeilte sich nun, seine Person in Sicherheit zu bringen; es sei gefährlich, sagte er, Preußen zwischen sich und Frankreich zu lassen; am 5. Dezember verließ er die Trümmer seiner Armee und reiste still und rasch über Dresden nach Paris zurück.

Am 6ten zogen die noch übrigen jammervollen Opfer seiner Herrschsucht in Wilna ein, keine Armee, nur noch eine Menge von lumpenumhüllten Kranken, frierenden und hungernden Pilgern, nur hier und da ein Trupp Bewaffneter. 213000 Leichen wurden von den Russen verbrannt; wohl eben so viele blieben den Tieren des Feldes überlassen, da die hartgefrorene Erde ein Grab verweigerte. Von der halben Million Soldaten, die einst die große Armee waren, schlichen kaum 25000 Mann, krank und halberfroren, hinter die Weichsel zurück.

1813.

York und die Ostpreußen.

„Wenn jetzt noch ein französischer Soldat durch die deutschen Gaue entrinnt, werde ich mich schämen, eine Deutsche zu sein." So sprach bei einem Siegesmahl im Petersburger Winterpalast die stolze Zarin-Mutter, eine geborene Prinzessin von Württemberg. Da erhob sich Stein an der Tafel, rot im Gesicht und längs der großen Nase weiß vor Zorn, verneigte sich und erwiderte: „Eure Majestät haben sehr Unrecht, solches hier auszusprechen, und zwar über ein so großes, treues und tapferes Volk, welchem anzugehören Sie das Glück haben. Sie hätten sagen sollen: nicht des deutschen Volkes schäme ich mich, sondern meiner Herren Brüder, Vettern und Genossen, der deutschen Fürsten. Ich habe die Zeit durchlebt, ich lebte in den Jahren 1791, 92, 93, 94 am Rhein; nicht das Volk war schuld, man wußte es nicht zu gebrauchen. Hätten die deutschen Fürsten ihre Schuldigkeit gethan, nimmermehr wäre ein Franzos über die Elbe, Oder und Weichsel gekommen!" Die Kaiserin ehrte die Wahrheit des tapferen Worts und bedankte sich für die Belehrung.*)

Auch jetzt war es so. Während das preußische Volk mit Jubel die Kunde von dem russischen Gottesgericht vernahm, und im übrigen Deutschland wenigstens alle Deutschgesinnten fühlten und begriffen, daß nun der rechte Augenblick zur Befreiung gekommen sei, jetzt wo der Zorn des Himmels den Tyrannen „mit Mann und Roß und Wagen geschlagen" hatte, und neue Le-

*) M. Arndt, Meine Wanderungen mit dem Reichsfreiherrn vom Stein, Berl. 1858, S. 88.

gionen noch nicht aus der Erde gestampft waren, verharrten die deutschen Fürsten noch immer in ihrer alten Politik; die Rheinbündner hielten fest an Napoleon aus schnöder Selbstsucht, denn mit Napoleon, mußten sie fürchten, fielen ihre Throne. Franz I. hatte keine Lust, sich, vielleicht bloß zu Rußlands Nutzen, in einen neuen Krieg zu stürzen; Friedrich Wilhelm hielt des gewaltigen Cäsars Macht für unverwüstlich, meinte, es würde „malhonnet“ sein, jetzt gegen Napoleon loszubrechen, und wollte wieder abwarten; er wagte nach seiner Art weder diesen noch jenen Entschluß zu fassen. Vergebens beschwor Scharnhorst von Breslau aus, wo er sich beim Eintreffen der ersten bestimmten Nachricht von dem Untergange der großen Armee befand, den König, das preußische Heer sofort zu verstärken. In 4 bis 5 Wochen wäre es auf 150 000 Mann gewachsen: eine Macht, die Preußen zum Schiedsrichter erhoben hätte. Friedrich Wilhelm antwortete ihm nicht einmal auf diesen Antrag.*) So hatte Napoleon, da die Deutschen immerdar auf Anregung von oben her zu warten pflegten, gegründete Aussicht, die Russen würden an der Memel halt machen und ihm Zeit lassen, den erlittenen Schaden auszubessern. In der That, sie waren selber durch den Winterfeldzug tief erschöpft, und ihre Truppenmacht an der Memel noch so wenig zahlreich — kaum 18 000 Mann —, daß das Corps Macdonalds, welches ihnen dort gegenüberstand, zu ihrer Abwehr fürs erste mehr als hinreichte.

Vor diesem ungeheuren Unglück, daß man die rechte Stunde zur Erhebung wieder versäumte, ward Deutschland durch einen Mann und einen Volksstamm bewahrt: durch den General York und das Volk von Ostpreußen. Jener wagte eine That, dieses erhob sich zu einer Bewegung, welche den Stein ins Rollen brachten, der den welschen Koloß zertrümmern sollte.

Hans von York**) (geboren am 26. September 1759 in Groß-Güstkow bei Bütow, gestorben am 4. Oktober 1830 auf Kleinöls bei Breslau), stammte aus einer adligen Familie in Hinterpommern, nämlich aus dem kassubischen Panen- oder Herrengeschlechte derer von Jarken; sein Großvater Johannes Jarken war Prediger zu Rowe bei Stolpe, sein Vater, der sich v. Jork schrieb, war Hauptmann in Friedrichs Armee gewesen. Von früher Jugend Soldat, hatte York eine reiche militärische Erfahrung: im bayrischen Erbfolgekriege, dann in holländischen Diensten am Kap und auf Ceylon, auch zur See unter dem französischen Admiral Suffren gegen die Engländer, endlich wieder unter der schwarzweißen Fahne 1806 und 1807 — überall hatte er mit Ehren gefochten, ein stets entschlossener und tapferer Kriegsmann, ein kühner und besonnener Feldherr. So hatte er auch im Feldzuge gegen die Russen in Liefland und Kurland seine und die preußische Soldatenehre rein erhalten, so sauer es ihm und den Truppen ankam, sich für die verhaßten Franzosen zu schlagen. Aber

*) Boyen, a. a. O., II., S. 304.

**) J. G. Droysen, das Leben des Feldmarschalls Grafen York von Wartenberg, 2 Bde., 9. Aufl., Berlin 1884.

sein König und Kriegsherr befahl es so — das war für Yorks soldatisches Pflichtgefühl genug. Ein echter Altpreuße von altem Schrot und Korn, ein Charakter zäh und fest wie Eisen und von schneidender Schroffheit, war York dem empfindsamen und räsonnierenden Wesen des modernen Geschlechts gleich unzugänglich. Diese starre Natur kündigte sich schon in seinem Äußeren an. Er war damals 53 Jahre alt, doch noch in vollster Manneskraft, mager und klein — seine Schweizer auf Ceylon nannten ihn „le petit diable", das Teufelchen — fest gebaut, mit starr entschlossener Haltung. Seinem eckigen, fast immer finsteren Antlitz fehlte doch viel Mienenspiel nicht; es zeigte, wenn unbewölkt, einen sarkastischen Zug um den Mund, der ihm den Ausdruck von Schlauheit gab; die breite, freie Stirn war von Runzeln tief durchfurcht; das Auge scharf, durchdringend, die ganze Gesichtsbildung voll Geist. Sie verriet, daß in diesem Manne noch etwas anderes stecke als ein tapferer Haudegen. Es paarte sich bei ihm in der That mit stählener Willenskraft ein stolzer Ehrgeiz, mit kältestem, feinstem Verstande zähe Leidenschaftlichkeit, und wenn er auch stets über sich die Herrschaft behielt, so trug doch sein äußeres Wesen die Spuren des Kampfes: er war abstoßend, gallsüchtig, verbissen und versteckt, rauh und unerbittlich strenge; die Soldaten fürchteten ihn, er hieß bei ihnen „der alte Isegrimm." In der Politik war er ein schroffer Aristokrat, ein entschiedener Gegner der Reformpartei; er haßte die Neuerer, die Deutschtümler, die er Kosmopoliten, die Liberalen, die er Räsonneurs und Juden schalt. An ernster, hingebender Vaterlandsliebe und an Rechtlichkeit stand er keinem nach. Jetzt bewies er, daß es ihm auch an idealem Schwunge der Gesinnung nicht fehlte, daß er fähig war, großartig zu denken und zu handeln.

Denn eine weltgeschichtliche Aufgabe fiel ihm zu. Die Politik von Europa hing von der einzigen Streitkraft ab, die in diesem Augenblicke den Russen an der Memel halt gebieten konnte, von dem Corps Macdonalds, und dieses Corps war nichts ohne das preußische Hilfsheer, welches an Zahl und Tüchtigkeit den größten Teil desselben ausmachte. Dasselbe stand ursprünglich unter dem Befehle des Generals der Infanterie v. Grawert; als „Zweiter Kommandierender" war ihm der General-Lieutenant v. York zur Seite gestellt; Generalstabschef war Oberst von Röder.*) Aus diesem unklaren Verhältnis und aus der unverhohlenen Abneigung Yorks gegen Macdonald und die Franzosen entstanden Mißhelligkeiten, die York veranlaßten, um seine Versetzung zu bitten. Zwar wurde dieselbe nicht gewährt, aber, da Grawert infolge von Kränklichkeit vom Kommando zurücktrat, wurde York dann alleiniger Kommandierender. Sein Bestreben ging nun dahin, seine Preußen möglichst zu schonen, einem Kampfe mit den Russen möglichst auszuweichen, wenn ein solcher aber nicht zu vermeiden war, auch den altpreußischen Waffenruhm zu erneuern. Zunächst erlitten

*) S. das jetzt im Besitz d. Kgl. Kriegsarchivs befindliche Tagebuch des Oberst v. Röder (13. Mai 1812—6. Januar 1813). — A. F. F. von Seydlitz, Tagebuch des Kgl. preuß. Armeecorps im Feldzuge von 1812. Der Verfasser war der damalige Adjutant Yorks. S. über ihn Hist. Ztschr. 64,385 ff. und Forsch. 1892, V. S. 487 ff.

freilich die Preußen durch den früher preußischen, jetzt russischen Oberst-Lieutenant v. Tiedemann eine empfindliche Schlappe bei Dahlenkirchen (22. August). Die tapfere pommersche Brigade unter Oberst v. Horn hatte hier große Verluste. Dies Ereignis war York um so unangenehmer, als das erste Gefecht des preußischen Hilfsheeres unter Grawert bei Eckau (18. Juli) siegreich gewesen war. Da die Russen seine linke Flanke zu umgehen drohten, um sich des zur Belagerung Rigas (Festungskommandant war dort zuerst General Essen, dann General Paulucci) in Ruhenthal befindlichen Artillerie-Parks zu bemächtigen, beschloß York eine rückwärtige Stellung einzunehmen, ja selbst das wohlversorgte Mitau den Russen vorläufig preiszugeben. Macdonald war außer sich; allein der Erfolg sprach für York. In glänzenden Gefechten (28. September bis 2. Oktober) wurden die Russen geworfen und Mitau wieder genommen. York und Kleist, der Kommandeur der preußischen Infanterie, erhielten dafür den roten Adlerorden erster Klasse, Napoleon ernannte sie zu Offizieren der Ehrenlegion und stellte höhere Ehren in Aussicht. Schmeichelhaft waren auch Macdonalds Worte über die ihm unterstellten Preußen: „Die Polen schießen einmal los und dann laufen sie zum Teufel. Aber hohe Achtung muß man der Bravour und Ausdauer der preußischen Truppen und der richtigen Einsicht ihrer Offiziere zollen und meine Achtung vor ihnen steigt mit jedem Tage; sie rufen Hurra! und dann sitzen sie dem Feinde gleich mit dem Bajonett in den Rippen.“ Bald aber schlug die Stimmung im französischen Hauptquartier wieder um. Man schien dort jetzt darauf auszugehen, das preußische Hilfsheer durch das Versagen der notwendigsten Bekleidungs- und Nahrungsmittel zu Grunde zu richten; denn immer klarer wurde es Macdonald, daß er und sein Kaiser von York nichts zu erwarten hatten. York hatte seine Truppen offenbar absichtlich geschont; er hatte von den 20 000 Mann noch 17 000 zur Verfügung. Sie genügten, den Franzosen das Weichselland und die Ostseeküste westlich von der Memel, ihre Rückzugslinie und ihre Stützpunkte, zu bewahren. Wenn York dies that, so handelte er als gehorsamer Soldat; aber die Gunst des Glücks war dann verscherzt, Preußens Knechtschaft ins Ungewisse verlängert. Gab er dagegen die Franzosen preis, so wurden sie von den Russen bis in Preußen hinein verfolgt, das Volk erhob sich, und die Regierung mußte wohl oder übel mit Napoleon brechen. So nur konnte Preußen gerettet werden. York begriff die Lage vollkommen; er kämpfte in sich einen schweren Kampf. Die Ehre des Soldaten forderte zu blindem Gehorsam, die Stimme des Vaterlandes zu eigenmächtigem Handeln auf. Macdonald verlangte den schuldigen Beistand; die gegenüberstehenden Befehlshaber der Russen, Diebitsch, Clausewitz, Graf Friedrich Dohna, sämtlich geborene Preußen, mahnten ihn, an Preußens Heil zu denken und von dem gemeinschaftlichen Feinde abzufallen. In seiner Gewissensnot schickte er Kuriere über Kuriere nach Berlin an den König, schilderte die Lage, bat um Verhaltungsbefehle. Aber der König war zu einer bestimmten, unzweideutigen Antwort nicht zu bewegen; er gab ihm weder öffentliche noch geheime Anweisungen. „Napoleon großes Genie, bald wieder auf den Beinen stehen; York

solle nach den Umständen handeln, aber nicht über die Schnur hauen"; — das war im wesentlichen alles, was er mündlich Yorks Adjutanten, dem Major von Seydlitz, an seinen Vorgesetzten auftrug. Schriftlich redete er von der „Rücksicht, welche sein und des Kaisers von Frankreich engverbundenes Interesse erfordere." In Berlin war man eben damals noch im Unklaren über drei wichtige Punkte: erstens über die Absichten Österreichs, zweitens über das Schicksal der französischen Armee, drittens über die Aufrichtigkeit und den Umfang der russischen Anerbietungen. York mußte selbst entscheiden, aus eigenem Gefühl handeln. Er entschied sich, nicht die Franzosen, sondern Preußen zu retten, durch Abfall von dem fremden Gewalthaber der preußischen Nation den Anstoß zur Erhebung zu geben. Denn die Verhältnisse hatten sich, ehe Seydlitz bei York eintraf, inzwischen wesentlich geändert: einmal konnte York an der völligen Vernichtung der großen Armee nicht mehr zweifeln, und dann war ihm am 22. Dezember das Schreiben Alexanders an den König übersandt worden, das Graf Henckel von Donnersmark am 2. Januar 1813 in Berlin überreichte. In diesem hieß es, bei Abschluß eines russisch-preußischen Vertrages solle für Preußen die Wiederherstellung in dem Umfange von 1806 festgesetzt werden.*) Mißglückte nun allerdings Yorks Wagnis, so hatte er eigenmächtig gehandelt, und der König konnte ihn nach der ganzen Strenge des Kriegsgesetzes bestrafen. York handelte aber offenbar nicht gegen, sondern nur ohne den Befehl des Königs.

Am 29. Dezember versammelte er in seinem Hauptquartier zu Tauroggen unweit der preußischen Grenze seine Offiziere: „Meine Herren," sprach er, feierlichen Ernst auf seinem sonst so finstern Gesicht, „das französische Heer ist durch Gottes strafende Hand vernichtet; es ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir unsere Selbständigkeit wiedergewinnen können, wenn wir uns mit dem russischen Heere vereinigen. Wer so denkt wie ich, sein Leben für das Vaterland und die Freiheit hinzugeben, der schließe sich mir an; wer dies nicht will, der bleibe zurück. Der Ausgang unserer heiligen Sache mag sein, welcher er will, ich werde auch denjenigen stets achten und ehren, der nicht meine Meinung teilt und zurückbleibt. Gelingt unser Vorhaben, dann wird der König mir vielleicht meinen Schritt vergeben; geht es mißlich, so ist mein Kopf verloren. In diesem Falle bitte ich meine Freunde, sich meiner Frau und Kinder anzunehmen." Da flogen die Säbel aus den Scheiden, und mit erhobenen Schwertern riefen alle: „Auf Tod und Leben mit York! mit unserem General! alle für einen, einer für alle!" York winkte mit der Hand; den lauten Jubel beruhigend, sprach er: „So möge denn unter göttlichem Beistande das Werk der Befreiung des Vaterlandes beginnen und sich vollenden!" Mit Jubel vernahmen es auch die Soldaten; alle Regimenter glühten von freudiger Begeisterung.

Andern Tages (am 30. Dezember morgens 8 Uhr) begab sich York in die Mühle zu Poscherun bei Tauroggen; dort schloß er mit dem russischen

*) Th. Grobbel, die Konvention von Tauroggen, Marburg 1894. — Vgl. M. Lehmann, Ein Vorspiel d. Konvention von Tauroggen, Hist. Ztschr., N. F. Bd. 28, München 1890. — Forsch. 1894, VII. S. 285 ff.



Befehlshaber, General von Diebitsch, einen Vertrag ab, kraft dessen die preußischen Truppen vorläufig für parteilos erklärt wurden und sich zwischen Memel und Tilsit aufstellten. Nun war für die Franzosen kein Bleiben mehr östlich der Weichsel; in rascher Flucht räumten sie das Land bis hinter den Strom. York aber zog unter jauchzendem Zuruf des Volkes am Neujahrstage 1813 in Tilsit ein. An den König hatte er schon am 30. Dezember in dem Bericht von der Abkunft geschrieben: „Ew. Majestät lege ich willig meinen Kopf zu Füßen, wenn ich gefehlt haben sollte; ich würde mit der freudigen Beruhigung sterben, wenigstens nicht als treuer Unterthan und wahrer Preuße gefehlt zu haben. Jetzt oder nie ist der Zeitpunkt, wo Ew. Majestät sich von den übermütigen Forderungen eines Alliierten losreißen können, dessen Pläne mit Preußen in ein mit Recht Besorgnis erregendes Dunkel gehüllt waren, wenn das Glück ihm treu geblieben wäre. Diese Ansicht hat mich geleitet: gebe Gott, daß sie zum Heile des Vaterlandes führt!" Von Tilsit aus am 3. Januar 1813 wiederholte er: „ . . . Ew. Majestät Monarchie, obgleich beengter als im Jahre 1805, ist es jetzt vorbehalten, der Erlöser und Beschützer ihres und aller deutschen Völker zu werden. Es liegt zu klar am Tage, daß die Hand der Vorsehung das große Werk leitet. Jetzt oder nie ist der Moment, Freiheit, Unabhängigkeit und Größe wieder zu erlangen . . . . In dem Ausspruche Ew. Majestät liegt das Schicksal der Welt . . . . Der Furchtsame will ein Beispiel, und Österreich wird dem Wege folgen, den Ew. Majestät bahnen. Ew. Majestät kennen mich als einen ruhigen, kalten, sich in die Politik nicht einmischenden Mann. So lange alles im gewöhnlichen Gange ging, mußte jeder treue Diener den Zeitumständen folgen. Das war seine Pflicht. Die Zeitumstände aber haben ein ganz anderes Verhältnis herbeigeführt, und es ist ebenfalls Pflicht, diese nie wieder zurückkehrenden Verhältnisse zu benutzen. Ich spreche hier die Sprache eines alten, treuen Dieners, und diese Sprache ist die fast allgemeine der Nation. Der Ausspruch Ew. Majestät wird alles neu beleben und enthusiasmieren, wir werden uns wie alte, echte Preußen schlagen, und der Thron Ew. Majestät wird für die Zukunft felsenfest und unerschüttert dastehen . . ."

Der König empfing die erste Nachricht von Yorks Beschluß am 2. Januar zu Potsdam. Er war über die Eigenmächtigkeit des Generals sehr erzürnt. „Da möchte einen doch gleich der Schlag rühren!", soll er gerufen haben. Aber zugleich erhielt er, wie gesagt, die Nachricht, daß Alexander gewillt sei, Preußen in seinem alten Range wiederherstellen zu helfen. So eröffnete das Ereignis doch eine große, gute Aussicht, und insofern freute es ihn heimlich dann auch wieder.*) Indes fuhr er fort, sich sehr mißvergnügt zu zeigen; denn er war hier ja ganz in der Gewalt des Feindes, dessen Truppen Berlin und die Mark noch inne hatten. Er befahl, York solle sofort abgesetzt, verhaftet und vor ein Kriegsgericht gebracht, die Truppen aber wieder zur Verfügung der

*) Vgl. König Wilhelms I. Mitteilung bei Pertz, Leben Gneisenaus, III. 725.



Franzosen gestellt werden. Auch schickte er Gesandte nach Paris, um über Yorks Hochverrat seinen Unwillen zu äußern und sein treues Festhalten an dem Bündnis mit Frankreich zu versichern.

Inzwischen hatte York einer königlichen Weisung vom 20. Dezember gemäß sein früheres Amt als Generalgouverneur der Provinz Preußen wieder angenommen, hatte sich nach Königsberg begeben und beabsichtigte eine allgemeine Landesbewaffnung ins Werk zu setzen. Die Stimmung des Volkes war vortrefflich, bei hoch und niedrig die Überzeugung, daß jetzt losgeschlagen werden, daß Preußen sich mit den Russen gegen Napoleon verbünden müsse, und die Bereitwilligkeit, dafür sofort große Opfer zu bringen, allgemein. Keine Provinz hatte von den Franzosen so viel gelitten wie diese; sie war im Feldzug von 1807 furchtbar verheert, dann durch die Handelssperre am schwersten von allen betroffen, endlich im verflossenen Jahre 1812 beim Durchzuge Napoleons nach Rußland wieder aufs äußerste belastet worden. Nirgends war denn auch der Franzosenhaß so heftig wie hier. Diese Stimmung des Landes ermutigte York zu dem Entschlusse, nach dem ersten Schritte nun auch den zweiten zu thun. Da aber langte am 10. Januar von Berlin des Königs Antwort an, welche die Abkunft verwarf. York war tief erschüttert. Ließ der königliche Bescheid ihm noch den Befehl über die Truppen? Er wußte es nicht; bis auf weiteres behielt er ihn bei; aber er beschränkte sich nun vorläufig darauf, sein Armeecorps wieder in gehörigen Stand zu setzen.

Einigen Trost gewährte ihm die Haltung der Bevölkerung. Am 11. Januar traten in Königsberg Abgeordnete der ostpreußischen Stände zusammen und erklärten das Ihrige thun zu wollen, „damit der Untergang des preußischen Namens verhütet werde;“ sie vertraten Yorks Unternehmen vor dem Könige, indem sie denselben in einer Eingabe um Genehmigung des Geschehenen und um Anschluß an Rußland gegen die Franzosen baten.

Allein so viel guter Wille auch im Lande war, er war machtlos ohne Zusammenfassung und Leitung. Die hohe Beamtenschaft der Provinz aber trug Bedenken, auf eigene Verantwortung die Bewegung weiter zu führen. Die Spitzen der Behörden, die Präsidenten von Ostpreußen von Auerswald, von Littauen Schön, von Westpreußen Wißmann, waren tüchtige und wohlgesinnte Männer, aber gewohnt, nichts ohne Genehmigung des Königs zu thun, und dieser schien ja auf Napoleons Seite bleiben zu wollen.

Da machte der Unsicherheit, welche diese Haltung des Monarchen bei vielen erregte, zum Glück ein Mann ein Ende, der vor dem behördlichen Zopf gar keinen Respekt, aber die Macht und den Willen hatte, ihn, wo er ihn fand, kurz abzuschneiden: der weiland preußische Minister, nunmehr Generalbevollmächtigte des russischen Kaisers, aber immer deutsche Stein. Am 22. Januar kam er in Königsberg an, entschlossen, die Volkserhebung der Provinz nötigenfalls auf revolutionärem Wege zu fördern. Seine Energie trieb auch die Bedenklichen auf den rechten Standpunkt. Am 23sten wurde die Kontinentalsperre aufgehoben und die Kaufmannschaft von Memel, Königsberg, Elbing

schoß York nun auf die künftigen Seezölle 500 000 Thaler zum Unterhalt der Truppen vor. Zugleich veranlaßte Stein die Einberufung eines Landtags von Ost- und Westpreußen (diesseit der Weichsel) und von Littauen. Tags darauf kamen zwar die Berliner Zeitungen vom 19ten an, nach welchen der König York abgesetzt und sein Corps dem französischen Kaiser zur Verfügung gestellt hatte. Aber die dadurch von neuem entstandenen Bedenklichkeiten wurden zum Glück bald durch die Ankunft eines Abgesandten des Königs beseitigt. Am 26sten erschien in Königsberg ein Major Thile, der dem General mündlich des Königs Zustimmung zu dem Geschehenen brachte. „Der König," erklärte nun York den Seinigen, „sei nicht frei; man müsse auf eigene Hand ihn und das Land retten; ein preußischer General empfange seine Verhaltungsbefehle nicht durch die Zeitungen." Die Bewegung nahm jetzt ungehindert ihren Lauf; York stellte sich an ihre Spitze. Am 5. Februar wurde der Landtag in Königsberg eröffnet und faßte sofort einstimmig den Beschluß, die Mittel zur Landesverteidigung unter Yorks Leitung aufzubringen. Eine Abordnung benachrichtigte diesen davon. Er erschien alsbald in der Versammlung, hielt eine kräftige Anrede, versicherte, daß er wie bisher weiter handeln werde, und mit lautem Jubel riefen alle: „Zu den Waffen! Alt und jung!" Da die Provinz (mit 1 Million Einwohner) bereits an sein und an des in Westpreußen befehligenden, gleichgesinnten Bülows Corps 30000 Mann Ersatztruppen und Beurlaubte abzugeben hatte, so verlangte York nur noch die Aufbringung von 20000 Mann Landwehr und 10000 Mann Reserven. Demnach genehmigte der Landtag (in der Sitzung am Sonntag, den 7. Februar) eine von Clausewitz auf Steins Wunsch entworfene, vom Ständemitglied Grafen Alexander Dohna vorgelegte „Verordnung über Landwehr und Landsturm", welche die Volksbewaffnung, wenn auch zunächst nur zur Verteidigung oder Besetzung des Landes bis zur Weichsel, einleitete, doch mit der Maßgabe, daß Stellvertretung gestattet wurde. Um diese Volksbewaffnung einzurichten, setzte der Landtag eine General-Kommission, meist aus Ständemitgliedern gebildet und mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen, ein.*) Stein aber reiste nun (am 7ten), da alles auf guten Weg gebracht worden, wieder zum Zaren ab.

So hatten die Vertreter der Provinz Yorks That zu der ihrigen gemacht und ihm die Mittel bewilligt, das Werk, welches er kühn begonnen, kräftig durchzuführen. Er trat nun ganz als Stellvertreter des Königs auf und verlangte (am 8. Februar), der Landtag solle durch weitere Opfer die Liebe und Treue des Volkes zu König und Verfassung erhärten und eine preußische National-Kavallerie aus Freiwilligen bilden lassen. Bereitwilligst wurde dieser Antrag angenommen. Darauf übersandte der Landtag dem Könige eine Ansprache, die, vom Oberbürgermeister von Königsberg, Heidemann, abgefaßt,

*) A. Bezzenberger, Urkunden d. Provinzialarchivs in Königsberg und des Gräflich Dohnaschen Majoratsarchivs in Schlobitten, betr. d. Erhebung Ostpreußens i. J. 1813 u. d. Errichtung d. Landwehr, Königsberg 1894.



neben den Versicherungen unwandelbarer Treue gegen den Monarchen den entschiedensten Willen zum Kampfe für das Vaterland aussprach. York selbst schickte an den König einen Bericht ab, worin er alles, was er „als dero Stellvertreter“ gethan, mitteilte und um die Genehmigung des Beschlossenen bat; „außerordentliche Lagen erheischten auch außerordentliche Mittel.“

Er bereitete darauf den Marsch seines Corps über die Weichsel vor, dem dann im Verein mit General Bülow und den Russen der Marsch nach der Oder folgen sollte. „Wir leben“, bemerkte er dem Kommandanten von Graudenz, welcher den König um neue Verhaltungsmaßregeln gebeten, „wir leben in einem Zeitpunkt des Handelns, nicht des Fragens. Wer viel fragt, bekommt viele Antwort. Thue recht und scheue niemand!“ Sein Beispiel und die Beredsamkeit des von England herbeigeeilten Gneisenau bewogen dann auch den Befehlshaber in Pommern, General von Borstell, zum Vorgehen; er brach mit seinem Corps Ende Februar in der Richtung nach Berlin auf.

York hatte die Genugthuung, in seinem Bericht an den König auf die unerhörte Opferfreudigkeit des Volkes hinweisen zu können. Denn wie im Landtag alle Stände einträchtig und begeistert beschlossen hatten, so stand einmütig das ganze Volk zu seinen Vertretern. Die Bürger und Bauern wie die Edelleute, alles griff zu den Waffen; die Schulz und Heidemann wie die Dohna, Lehndorff und Auerswald — da war kein Unterschied der Stände mehr; sie gaben alle ihr Geld und ihre Söhne. Der erste Freiwillige, der sich meldete, war der Königsberger Student Heidemann, des Oberbürgermeisters Sohn; aber Tausende thaten schon denselben Schritt. Bis zum Frühling hat dann diese eine Provinz (Ost- und Westpreußen bis zur Weichsel) auf ihre Kosten ein Heer von 40 000 Mann aufgebracht, außer dem Yorkschen Corps, welches sie unterhielt und ergänzte. Eine Leistung ohne Beispiel und fast ein Wunder zu nennen, wenn man bedenkt, daß bloß das eigentliche Ostpreußen (488 000 Einwohner) in den letzten fünf Jahren an 77 Millionen Thaler Kriegsschaden erlitten.

Aber der König war noch immer unentschlossen und unzufrieden; im Grunde mißfiel ihm doch das selbständige Vorgehen der Provinz und Yorks Ungehorsam. Die Sache selbst allerdings war ihm nicht unlieb, aber die Form erregte bei ihm Anstoß; alle jene Dinge waren ja ohne seinen Befehl geschehen! Als Graf Ludwig Dohna im Januar dem Könige die ständische Eingabe überbrachte, fragte man ihn in unfreundlichstem Tone, „ob Herr von York schon die Bürgerkrone trage.“ York verdiente sie ohne Zweifel; denn seine That, die eine große *politische* That war, eine That, von der Napoleon selbst sofort sagte, sie könne die Politik Europas verändern, und über die ein französischer Schriftsteller (de Pradt) urteilte: „Unter allen Menschen der Zeit hat der General York den größten und entscheidendsten Schlag gethan“ — diese That rettete Preußen. Denn der Anstoß, den er gegeben, beschränkte sich nicht bloß auf das Volk des Ostens; die ganze preußische Nation flammte auf in patriotischer Begeisterung und riß den zaudernden König mit, daß er in Gottes Namen nun sich fertig machte zum großen Befreiungskriege.

Volksstimme.

Friedrich Wilhelm III. war trotz seiner bürgerlichen Einfachheit viel zu sehr von seiner absoluten Herrschermacht eingenommen, um jemals zu vergeben, daß ein Unterthan in irgend einer Sache der allerhöchsten Person gleichsam Gesetze vorschreibe. Er hat denn auch York die Auflehnung, wie ihm dessen Schritt erschien, nie verziehen, wenn er ihm auch später alle die Ehren und Belohnungen, die er durch seine Kriegsthaten verdiente, hat zu teil werden lassen. Freilich war er darum noch nicht gemeint, den Vorteil der Lage von sich zu stoßen. Aber heroischen Plänen von Natur abgeneigt und mißtrauisch auf seine Kräfte, auf sein Volk, auf seine Nachbarn, schwankte er lange über die Art, wie er sich zu den Dingen stellen, wie er sie benutzen solle. Nie drohte dem Staate größeres Unheil, als jetzt von dieser Unschlüssigkeit des Monarchen. Eben deshalb war es so wichtig, was York und die Ostpreußen thaten: sie drängten ihn hinein in die Bahn, vor der er zweifelnd stand, und die er ohne jene Dränger, schwerlich überhaupt, gewiß aber zu spät, zu langsam betreten hätte. Zwar mit der Absetzung Yorks war es ihm kein Ernst; er gab vielmehr dem Oberst-Lieutenant v. Natzmer, den er (am 6. Januar) mit dem schriftlichen Befehl, York abzusetzen, nach Preußen sandte, mündlich die geheime Weisung, nicht nach Königsberg zu gehen, sondern nach Polen zum Kaiser Alexander und diesem ein Schutz- und Trutzbündnis anzubieten, falls derselbe entschlossen sei, den Krieg gegen Frankreich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln fortzusetzen und seine Heere unverweilt über die Weichsel und Oder vorrücken zu lassen. Auch waren seine und Hardenbergs franzosenfreundlichen Äußerungen bloß Spiegelfechterei, um Napoleon zu täuschen, dessen Truppen ja noch mitten im Herzen der Monarchie standen. Aber auf der Stelle sich zu einer großen That zu entschließen, das vermochte er nicht; er wollte abwarten, lavieren, vor allem Österreich zum Bunde heranziehen und unterdessen rüsten. Entzog er sich sofort durch Flucht der französischen Gewalt, rief er von Breslau das Volk auf, die Franzosen zu fangen oder totzuschlagen, keiner der Feldherren, der Tausende von Offizieren wäre über die Weichsel, Oder, Elbe entkommen, mit deren Hilfe dann Napoleon bald wieder 400 000 Mann unter die Fahnen stellen und noch die Schlächtereien von 1813—1815 aufführen konnte. Napoleon durfte sich wundern, daß jenes nicht geschah, und höhnen: glücklicherweise habe man die Zeit des Handelns mit Überlegen verbracht. Denn vergebens drangen Patrioten aller Farben und Stellungen, der Reaktionär v. d. Marwitz wie der liberale Graf Henckel von Donnersmark, in den König, loszuschlagen. Er blieb beim Abwarten, beim Diplomatisieren. Er scheute vor dem Bruch mit Napoleon zurück; doch wollte er sich auch nicht entschieden auf dessen Seite stellen. Er fürchtete in Potsdam die Nähe der französischen Besatzung Berlins. Andererseits wollte er aber auch nicht durch Abreise nach dem von französischen Truppen freien Schlesien einen auffallenden und vielleicht gefährlichen Schritt thun. Hardenberg erschöpfte sich in Bitten

und Vorstellungen ganz umsonst. Einmal bei einem Vortrage in Charlottenburg, nachdem er alle Gründe, um den König zu einem Entschlusse, er möge sein, welcher er wolle, zu bringen, vergeblich aufgeführt hatte, fiel er, fortgerissen von der Größe des Augenblicks, vor dem Könige auf die Kniee und bedeckte dessen Hand mit Thränen. Friedrich Wilhelm war auch bewegt, aber ein fester Entschluß war nicht von ihm zu erhalten. So versäumte der König kostbare Wochen. Da bediente sich der Kanzler, um wenigstens die Vorbedingung des Bruchs mit Napoleon herbeizuführen, der List. „Er ließ zuerst durch französische Spione, die auch in seinem Solde standen, dem französischen Generalkommando in Berlin die Besorgnis vor einem nächtlichen Überfall einflößen und als dieses nun dagegen Vorkehrungen durch nächtliches Zusammenrücken der Truppen und Ausstellungen von Außenposten auch auf dem Wege nach Potsdam traf, wurde in jener Stadt wiederum mit einiger Wahrscheinlichkeit das Gerücht ausgesprengt, daß die Franzosen eine nächtliche Expedition, um sich des Königs zu bemächtigen, beabsichtigten."*) Dies und das Eintreffen Natzmers mit der Nachricht, daß Alexander das Bündnis unbedingt annehme, beschleunigte die Abreise Friedrich Wilhelms nach Breslau (22. Januar). Dort war er nun frei. Dort fehlten zwar auch nicht die Einflüsterungen der franzosenfreundlichen Partei (Kalckreuth, Köckritz, Ancillon); aber es strömte jetzt auch dorthin die Blüte der „Ideologen und Jakobiner des Nordens", wie Napoleon sie nannte: Scharnhorst, der jetzt wieder Minister ward, Blücher, der den Krieg witterte, Hardenberg, der in Breslau kräftiger auftreten konnte als bisher in Potsdam. Dort kam denn auch endlich der König zu festeren Entschlüssen.

Am 3. Februar erschien der „Aufruf zur Bildung freiwilliger Jäger-Corps", welcher, wenn auch nur vom Staatskanzler unterzeichnet, doch des Königs erster entschiedener Schritt zu einer Politik war, wie das Volk sie wünschte. „Die eingetretene gefahrvolle Lage des Staates", hieß es in dieser Verordnung, „erfordert eine schnelle Vermehrung der vorhandenen Truppen, während die Finanzverhältnisse keinen großen Kostenaufwand verstatten. Bei der Vaterlandsliebe und der treuen Anhänglichkeit an den König bedarf es nur einer schicklichen Gelegenheit, diesem Gefühl und dem Durste nach Thätigkeit eine bestimmte Richtung anzuweisen, um durch sie die Reihen der älteren Verteidiger des Vaterlandes zu verstärken und mit diesen zu wetteifern. In dieser Hinsicht hat der König die Bildung von Jäger-Abteilungen bei den Infanterie-Bataillonen und Reiterregimentern befohlen, um besonders diejenigen Klassen von Staatsbewohnern, welche nach den bisherigen Kantongesetzen vom Dienst befreit und wohlhabend genug sind, um sich selbst bekleiden und beritten machen zu können, in einer ihrer Erziehung angemessenen Form zum Kriegsdienst aufzufordern und um dadurch solchen jungen Männern Gelegenheit zur Auszeichnung zu geben, die durch ihre Bildung und Intelligenz sogleich ohne vorherige

*) Boyen a. a. O., II. S. 308f.

Dressur gute Dienste leisten und demnächst geschickte Offiziere und Unteroffiziere abgeben können." Die Wirkung dieses Aufrufs überstieg alle Erwartung. Es war zwar der Feind, dem es gelte, nicht genannt; aber gegen wen konnte die edelste Kraft der Nation aufgeboten werden als gegen den einzigen, gegen den Todfeind, den jeder Preuße so ingrimmig haßte? Überdies erfolgte wenige Tage darauf (9. Februar) ein zweiter königlicher Erlaß, welcher für die Dauer des Krieges die bisherigen Ausnahmen von der Kantonpflichtigkeit aufhob, mit der Maßgabe, daß diejenigen, welche sich freiwillig melden und sich selber ausrüsten würden, gewisse Vorteile bei der Ableistung der Dienstpflicht genießen sollten. Es wurde also allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die gesamte Volkskraft in Anspruch genommen. Der König kann nicht mehr zurück, es geht los — das war das allgemeine Gefühl der Nation. Die ganze gebildete Jugend eilte zu den Waffen. Am 9ten erst stand der Aufruf in den Berliner Zeitungen, bis Ende Februar meldeten sich allein in Berlin, welches damals kaum 200 000 Einwohner hatte, gegen 3000 Freiwillige.*) „Das Gedränge der Freiwilligen vor dem Rathause (schrieb Niebuhr am 13ten) ist heut so groß wie bei der Teuerung vor einem Bäckerladen." „Es ist unmöglich", berichtete zur selben Zeit ein vornehmer Spanier aus Berlin, „nicht elektrisiert zu werden, wenn man das Feuer sieht, mit dem hier das Volk seinem Nationalgeiste Luft macht." Und so war's fast im ganzen Lande; es blieben von der Bewegung nur die polnisch redenden Bevölkerungen in Oberschlesien und Westpreußen, und selbst diese nicht völlig, unberührt. In den Preußen deutscher Zunge, also in der großen Mehrzahl der Nation, war allerorten derselbe Sinn. Voran gingen mit dem schönen Beispiel die großen Städte und auf dem Lande der Adel; bald folgten die anderen. Die Hörsäle der Universitäten, die Werkstätten und Schreibstuben, ja selbst die oberen Klassen der Schule verödeten. So eilten z. B. damals vom Gymnasium zum grauen Kloster in Berlin zu den Waffen: Aus Prima 43, aus Sekunda 40, aus Großtertia 15, aus Kleintertia 19, aus Großquarta und den anderen Schulklassen 17. Neun derselben fielen im Feldzuge. 1815 gingen infolge des erneuten Kampfes wieder 64 Schüler zur Armee ab.**) Jünglinge und Männer, darunter unzählige Hausväter, ließen alles im Stich, Familie, Gewerbe, Amt und Stellung, um wetteifernd nicht Hab und Gut bloß, sondern sich selbst, Blut und Leben, dem Vaterlande zu weihen. Bei jedem Regiment stellten sich in Masse die „freiwilligen Jäger" ein. Preußen war arm, war klein; aber jetzt leistete es wie kein reichster, größter Staat. Denn irgend etwas hatte doch jeder, wenn kein Geld, so doch Geldeswert, wenn nicht rüstige Glieder, so doch Kraft zu irgend einer Arbeit für das Vaterland. Zahllos wie die Seufzer der Knechtschaft, waren nun die Opfer für die Befreiung. Alle Stände und Geschlechter, die Junker und die Schwärmer, die

*) Nach Köhn v. Jaski (Schlacht bei Großbeeren) bis Ende Februar in Berlin allein: 2408 Jäger zu Fuß, 217 zu Pferde, 115 beim Geschütz. Nach Prittwitz (Beiträge zur Gesch. v. 1813) überhaupt in Preußen bis 1. April 9000 Freiwillige.

**) Vgl. C. Euler, Friedr. Ludw. Jahn, Stuttg. 1891, S. 251 ff.

Beamten und Bürger, die Bauern und Gelehrten, die Herren und das Gesinde, die Männer und die Frauen, Kinder und Greise — alles drängte sich, auf dem Altar des Vaterlandes seine Spenden niederzulegen.

In den Berliner und Breslauer Zeitungen jener großen Tage finden sich lange Reihen solcher freiwilligen Gaben. Hier nur einige wenige Beispiele. Zwei goldene Trauringe mit den Worten: „Wir haben durch des Krieges Unglück alles verloren; nichts blieb uns übrig, als unsere Trauringe, hier sind sie mit Freuden." Eine Frau, deren Gatte als Freiwilliger eingetreten ist, sendet ihren Schmuck mit den Worten ein: „Gold und Schmuck dürfen für eine preußische Bürgerin keinen anderen Wert haben als den, es dem Vaterlande zum Opfer zu bringen." Von einem Geschwisterpaar wird eingeliefert eine goldene Halskette und eine Reiherfeder. Eine Unbekannte schickt ein Paar goldene Ohrringe, einen Ring, Theesieb und Strickscheiben mit folgenden Zeilen:

„Alles, alles was ich habe,
Ist diese ganze kleine Gabe;
Wär' die Zeit jetzt nicht so schwer,
Gerne, gerne gäb' ich mehr!"

Der Schuhmacher B. sendet drei Paar neue Stiefel und 10 Thaler. A. S. bittet, diese Kleinigkeit, welche ihm noch übrig geblieben ist, nicht zu verschmähen, weil er selbige aus gutem Herzen giebt: einen silbernen Löffel und eine silberne Kinderklapper. Ein Graf Reichenbach stellt sich selbst mit drei Söhnen, giebt außerdem 10 000 Thaler, 5000 Scheffel Getreide, alle seine Pferde und Ochsen. Ein anderer Edelmann, v. Fahrenheid, stellt sieben auf seine Kosten bewaffnete und berittene Kavalleristen ins Feld; ein dritter kleidet drei Freiwillige, giebt außerdem 500 Thaler und jedem monatlich 5 Thaler für die Dauer des Krieges; ein vierter giebt die sämtlichen Einkünfte seines Gutes, 3000 Thaler. Graf Sandretzky schickt Silbergeschirr, 1700 Thaler wert, und 5 schöne Reitpferde; der Kommerzienrat Krause in Swinemünde rüstet 20 Fußjäger aus und besoldet sie auf ein Jahr. Ein Ungenannter schickt drei goldene, mit Brillanten besetzte Dosen, 5300 Thaler an Wert, ein Kaufmann 4000 Thaler, ein Beamter 1000 Thaler, ein Viertel seines Vermögens; Justizrat Eckart überweist sein ganzes Gehalt von 1450 Thalern und tritt als freiwilliger Jäger ein; Hofrat Bürde stellt und bewaffnet seine drei, Kriegsrat Eichmann seine zwei Söhne; ein Müller aus dem Insterburgschen seine drei Söhne, den Hauslehrer und zwei Knappen zu Pferde; der Schulze Langfeld zu Weiselsdorf, dem die Franzosen fünf Pferde genommen, bringt sein letztes Pferd. Aus Waldenburg melden sich 16 Bergleute als Freiwillige, zu deren Ausrüstung die dortige Knappenschaft 221 Thaler zusammengearbeitet hat; ein Berliner Lehrer erbietet sich, für die ausrückenden Lehrer Privatstunden zu geben und den Betrag ihnen monatlich nachzusenden. Eine arme Witwe giebt ein neues Hemd, ein Paar goldene Ohrringe, drei goldene Ringe, ein silbernes Schloß und eine kleine Berlocke; eine andere ihre letzten zehn Thaler; ein

zehnjähriger Knabe zwei silberne Medaillen und sieben Groschen; drei Dienstmädchen einen silbernen Becher, eine silberne Nadelbüchse, sieben Medaillen und 25 Thaler; ein alter Krieger seine goldene Verdienstmedaille; eine Braut ein goldenes Halsband, „das Geschenk des in den Krieg gezogenen Bräutigams.“ „Ein blinder Harfenspieler, der auch den Wunsch hat, für sein teures Vaterland etwas zu leisten; er erbietet sich, die Hälfte seines kümmerlichen Verdienstes zur Unterstützung eines erblindet zurückkehrenden Kriegers zu verwenden, und bittet, ihm alte Leinwand zuzuschicken, um Charpie davon zu zupfen.“ Unzählige Gold- und Silbergeräte und Zieraten aller Art, darunter 150000 goldene Trauringe, welche in Berlin gegen eiserne mit der Inschrift „Gold gab ich für Eisen“ eingetauscht werden, strömen in den Opferstock. Ferdinande von Schmettau, die nichts besitzt, schneidet ihr schönes schwarzes Haar ab und schickt es in Breslau ein mit den Worten: „Der Friseur M. hat für dieses Haar zehn Thaler geboten; es macht mich glücklich, dem Vaterlande dies kleine Opfer bringen zu können.“*) Aus dem Haar, das zurückgekauft wurde, fertigte man Armbänder, Ketten und Ringe. Der Verkauf derselben brachte so viel Geld ein, daß davon 4 freiwillige Jäger ausgerüstet werden konnten. Jungfrauen griffen auch selbst zum Gewehr und traten in Mannestracht in die Reihen der Kämpfer; so Eleonore Prochaska, aus Potsdam, die zu den Lützower Jägern ging und später im Gefecht an der Göhrde die Todeswunde erhielt; so Friderike Krüger aus Friedland (in Mecklenburg), die in das Regiment Kolberg eintrat, dort durch ihre Tapferkeit Unteroffizier ward, alle Feldzüge mitmachte und das eiserne Kreuz erwarb.**)

Derselbe Geist belebte die Genossenschaften. Die katholische Gemeinde zu Marienburg z. B. gab alles entbehrliche Kirchensilber, die katholische Geistlichkeit zu Breslau 1300 Thaler, eine Freimaurerloge daselbst 500 Thaler und 800 Ellen grünes Tuch. Die Stadt Potsdam rüstete 40 Freiwillige, der Kreis Gumbinnen 50; Schievelbein, damals der kleinste und ärmste Kreis Preußens 30 zu Pferde, Memel 60; die Stände des plessenschen Kreises lieferten 500 Scheffel Korn und 500 Scheffel Hafer; die Stadt Stolpe zahlte zur Einkleidung und Bewaffnung von Freiwilligen sogleich 1000 Thaler und fortan monatlich 100; Pommersch-Stargard hatte zu gleichem Zwecke bis zum 20. März schon 6169 Thaler und 1170 Lot Silber gesammelt. Denn bloß die Ausrüstung der Freiwilligen kostete weit über eine Million Thaler.

Hundert- und tausendfach könnte die Zahl dieser Beispiele vermehrt werden, und wie vieles blieb unverzeichnet von der Geschichte und namenlos. Auch Napoleon rüstete mit der ganzen Energie seines dämonischen Genies, aus der ganzen Machtfülle seines ungeheuren Kaiserreichs. Aber in die andere Schale warf sich aus eigenem Antrieb ein ganzes Volk; sollte sie nicht sinken müssen?

Während so im Lande die Lohe heiliger Begeisterung aufstieg, zögerte

*) Vgl. Fr. Zurbonsen, Quellenbuch der brandenb.-preuß. Gesch., Berl. 1889, S. 292 ff.
**) H. Riemann, Lebensbild der Friderike Krüger, Berl. 1865.

Friedrich Wilhelm noch immer, den letzten entscheidenden Schritt, den förmlichen Abschluß des Bündnisses mit Rußland zu wagen. Denn wenn Napoleon siegte, so war es um das Haus Hohenzollern und den preußischen Staat geschehen. Er und sein Volk setzten hier mehr aufs Spiel als Kaiser Alexander. Auch waren die russischen Streitkräfte trotz der Prahlereien der Russen in Wirklichkeit noch nicht sehr beträchtlich, und Österreich benahm sich den Anregungen des preußischen Kabinetts gegenüber höchst zweideutig; es wollte sich zur Stellung eines Schiedsrichters aufschwingen, und lehnte daher ab, mit Preußen zu gehen. Die gute Sache beruhte also doch größtenteils auf Preußens eigener Macht. Nun waren aber Volksbewegungen nie nach Friedrich Wilhelms Geschmack gewesen. Er hätte eher gewünscht, nach Friedrichs des Großen Art alles fürs Volk, nichts durchs Volk zu thun. Er glaubte auch nicht so recht an die Größe dieser Opferkraft. Wenn sie ihm vor Augen kam, ward er freilich ergriffen. Eines Tages stand er mit Scharnhorst im Breslauer Schloß am Fenster, als ein langer Wagenzug mit Berliner Freiwilligen vorüberfuhr. Sie zählten die Wagen. „80 Wagen! Glauben Majestät nun an den Eifer und die Begeisterung des Volkes?“ da brach Friedrich Wilhelm in Thränen aus. Aber dann tauchten auch wieder andere Bilder auf in seiner Erinnerung: die Flucht von Auerstädt, die Tage von Tilsit, wo Napoleon ihm die Waffen zerbrochen und Alexander ihn im Stiche gelassen. Andererseits wurde der Kriegsruf des Volkes immer stürmischer, die Generale Scharnhorst und Blücher immer dringender; zuletzt durchhieb Stein den Knoten. Der König hatte den General v. d. Knesebeck nach Kalisch zum Zaren geschickt, um über ein Bündnis zu verhandeln. Aber dieser Abgesandte betrieb seinen Auftrag so zaudernd und erhob so viele Bedenklichkeiten, daß die Verhandlungen ins Stocken gerieten. Da ließ sich Stein vom Kaiser Alexander die nötige Vollmacht geben, kam in der Nacht zum 25. Februar plötzlich in Breslau an, fuhr im Reisewagen vor dem Schloß des Königs vor, ließ sich sogleich bei ihm melden und zeigte ihm in der Audienz so kräftig das Gefährliche seines Zaudersystems, daß der Kanzler ebenfalls schnell herbeigeholt und der Abschluß des Bündnisses nach dem Vorschlage des Kaisers Alexander angenommen wurde.*) Am 27. Februar wurde dann der russisch-preußische Bundesvertrag zu Breslau von den Ministern Hardenberg und Anstetten, am 28. zu Kalisch von den Generalen Scharnhorst und Kutusow im Namen der beiden Souveräne endgiltig abgeschlossen, vorerst aber noch geheim gehalten.

Dabei zeigte sich die preußische Diplomatie, seit Friedrichs des Großen Tode die ungeschickteste unter allen großstaatlichen, freilich in ihrer ganzen Unfähigkeit. Sie duldete es, daß Preußens Vorteil dem russischen unbedingt nachgestellt wurde; sie ließ Preußens Macht im Kalischer Vertrage geringer erscheinen, als sie war. Denn der Zar verpflichtete sich darin mit 150000,

*) Boyen, a. a. O., II. S. 338. — Dagegen W. Oncken, Vom Vorabend d. Befreiungskrieges 1813, Maurenbrechers Histor. Taschenb., VI Folge, 12. Jahrg., Leipzig 1892.



der König mit 80 000 Mann ins Feld zu ziehen, während das wirkliche Verhältnis ganz anders war: Preußen hat zu diesem Feldzuge 277 000 Mann gestellt, Rußland noch nicht 250 000. Da nun Hardenberg selber die Sachlage so verschob, so durfte man sich nicht wundern, daß Alexander den König in dem Vertrage mehr wie einen Schutzbefohlenen als wie einen gleichberechtigten Bundesgenossen behandelte und als Zweck des Trutzbündnisses zwar die Herstellung Preußens im Umfange von 1805 anerkannte, aber die polnischen Provinzen sich vorbehielt und Preußen nur unbestimmte Aussichten auf Erwerbungen in Deutschland eröffnete. Er war selbst erstaunt, daß Hardenberg so leichtsinnig darauf einging, statt genaue Festsetzungen zu fordern; aber der Staatskanzler glaubte bei der Unentschlossenheit des Königs schon genug zu erreichen, wenn er Preußen überhaupt nur ins Gefecht bringe. Dies war auch die Meinung Scharnhorsts und der ganzen Nation. Nur losgeschlagen! war ja der allgemeine Ruf.

In der That, das Schwanken hatte nun ein Ende. Es erfolgte die Kriegserklärung an Frankreich (vorläufig den 16., förmlich den 27. März). Am 17ten aber erschienen jene großen Erlasse, in denen Friedrich Wilhelm III. das bestätigte, was York und die Ostpreußen vorbereitet hatten, sich selbst an die Spitze der Bewegung stellte, und das ganze Volk feierlichst zu den Waffen rief. Er hatte die Brücke hinter sich abgebrochen; fortan galt es für ihn nur Sieg oder Untergang. War die Nation entschlossen, ihren letzten Mann und Thaler zum Kampf auf Leben und Tod herzugeben, so wagte auch Friedrich Wilhelm sein alles; nicht, wie sonst wohl ein Fürst, eine Provinz oder das Geld seiner Unterthanen; er setzte seine Krone und die ganze Zukunft seines Hauses aufs Spiel.

„An Mein Volk.

So wenig für Mein treues Volk als für Deutsche bedarf es einer Rechenschaft über die Ursachen des Krieges, welcher jetzt beginnt. Klar liegen sie dem unverblendeten Europa vor Augen. Wir erlagen unter der Übermacht Frankreichs. Der Frieden, der die Hälfte Meiner Unterthanen Mir entriß, gab uns seine Segnungen nicht; denn er schlug uns tiefere Wunden als selbst der Krieg. Das Mark des Landes ward ausgesogen. Die Hauptfestungen blieben vom Feinde besetzt, der Ackerbau ward gelähmt, so wie der sonst so hoch gebrachte Kunstfleiß unserer Städte. Die Freiheit des Handels ward gehemmt und dadurch die Quelle des Erwerbes und des Wohlstandes verstopft. Das Land ward ein Raub der Verarmung. Durch die strengste Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten hoffte Ich Meinem Volke Erleichterung zu bereiten und den französischen Kaiser endlich zu überzeugen, daß es sein eigener Vorteil sei, Preußen seine Unabhängigkeit zu lassen. Aber Meine reinsten Absichten wurden durch Übermut und Treulosigkeit vereitelt, und nur zu deutlich sahen wir, daß des Kaisers Verträge mehr noch wie seine Kriege uns langsam verderben mußten; jetzt ist der Augenblick gekommen, wo alle Täuschung aufhört. Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Littauer!

Ihr wißt, was ihr seit sieben Jahren erduldet habt; ihr wißt, was euer trauriges Los ist, wenn wir den beginnenden Kampf nicht ehrenvoll enden. Erinnert euch an die Vorzeit, an den großen Kurfürsten, an den großen Friedrich! Bleibet eingedenk der Güter, die unsere Vorfahren blutig erkämpften: Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaften! Gedenket des großen Beispiels unserer mächtigen Verbündeten, gedenkt der Spanier und Portugiesen! Selbst kleine Völker sind für gleiche Güter gegen mächtigere Feinde in den Kampf gezogen und haben den Sieg errungen. Erinnert euch an die heldenmütigen Schweizer und Niederländer! Große Opfer werden von allen Ständen gefordert werden; denn unser Beginnen ist groß, und nicht gering die Zahl und Mittel unserer Feinde. Ihr werdet jene lieber bringen für das Vaterland, für euren angeborenen König, als für einen fremden Herrscher, der, wie viele Beispiele lehren, eure Söhne und eure letzten Kräfte Zwecken widmen würde, die euch ganz fremd sind. Vertrauen auf Gott, Ausdauer, Mut und der Beistand unserer Bundesgenossen werden unsern redlichen Anstrengungen siegreichen Lohn gewähren. Aber welche Opfer auch von Einzelnen gefordert werden mögen, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für die wir sie hingeben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein. Es ist der letzte, entscheidende Kampf, den wir bestehen für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsern Wohlstand. Keinen andern Ausweg giebt es als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet ihr getrost entgegen gehen, um der Ehre willen, weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag. Allein wir dürfen mit Zuversicht vertrauen, Gott und unser fester Wille werden unserer gerechten Sache den Sieg verleihen, mit ihm einen sicheren, glorreichen Frieden und die Wiederkehr einer glücklichen Zeit."

Zugleich mit diesem, vom Staatsrat v. Hippel*) verfaßten Aufrufe erschien ein ähnlicher an das Heer, in ebenso kernhaften und würdigen Worten; ferner eine von Scharnhorst entworfene „Verordnung über die Bildung der Landwehr und des Landsturms", in welcher der König es wahr und einfach aussprach: „Meine Sache ist die Sache meines Volkes". Nach dieser Verordnung sollten in jedem Kreise des Landes alle nicht dem stehenden Heere angehörenden Jünglinge und Männer, die siebzehn- bis vierzigjährigen zur Landwehr, die über vierzig Jahre alten Männer zum Landsturm zusammentreten und beide Arten der Volkswehr von den Ständen der Kreise eingerichtet, die Landwehr auch, soweit die eigenen Mittel des Wehrmannes nicht langten, bekleidet, ausgerüstet und verpflegt werden. Der Landsturm war nur zum Schutze der Heimat, die Landwehr aber zu gleichen Diensten wie die Linientruppen bestimmt. Zur Auszeichnung für jedes Verdienst in diesem heiligen Kriege stiftete der König auf Scharnhorsts Rat am 10. März (dem Geburtstag Luisens) den

*) Th. Bach, Denknisse und Erlebnisse a. d. Zt. d. Erhebung Preußens. Aus Th. G. v. Hippels handschr. Nachlasse mitget., Progr. d. Falk-Realgym. zu Berlin, 1887.

Orden des eisernen Kreuzes: ein schöner, glücklicher Gedanke, denn wohl war die Zeit eisern und der Krieg ein heiliger, ein wahrhafter Kreuzzug. Als allgemeines Ehrenzeichen wurde eine Nationalkokarde mit den preußischen Farben schwarz-weiß eingeführt.

Und nunmehr, da der König selber die gesamte Nation aufrief, schlugen alle die tausend Flammen der Kampflust und Opferfreude zu einem einzigen ungeheuren Feuer der edelsten Begeisterung zusammen. Wunderbar rasch trat die Volksbewaffnung ins Leben. Die freiwilligen Gaben und die Scharen der Wehrmänner strömten jetzt massenhaft herbei. Das ganze preußische Volk deutscher Zunge griff zu den Waffen wie ein Mann, und vielerorten, besonders in Ostpreußen und Littauen, that es der nichtdeutsche Preuße dem deutschen vollkommen gleich. Wenn schon vor dem 17. März die kriegsfähige Jugend auf allen Wegen und Stegen zu den Sammelorten eilte, nach Königsberg, nach Graudenz, nach Kolberg, nach Breslau*), und von Berlin und der Mark unter den Augen der französischen Garnisonen eine völlige Auswanderung der Wehrfähigen nach Schlesien zum Könige erfolgte, so brach jetzt die Flut erst recht durch alle Dämme. „Jeder Ort wurde zur kriegerischen Werkstatt, das ganze Land zum Kriegslager. Das Vaterland ist in Gefahr! Nicht anders als wenn von jedem Hügel Alarm geblasen, der Generalmarsch auf allen Straßen geschlagen würde, auf den Bergen die Feuerzeichen gebrannt hätten, raffte sich jedermann auf und griff zu den Waffen. Alle Schichten des Volkes haben gleichmäßig ihr Höchstes eingesetzt; es gebührt ihnen allen gleiche Ehre.“**) Was der kleine, arme, ausgesogene preußische Staat mit noch nicht ganz fünf Millionen Bewohnern damals geleistet hat, ist nie und nirgends erreicht worden: er brachte im Frühjahr und Sommer 1813 nicht weniger als 277 000 Streiter (darunter 12 000 „freiwillige Jäger“) — sämtlich Landeskinder unter die Fahnen; von 17 Seelen ein Soldat! ein Verhältnis ohne Beispiel. Das thaten die vier Provinzen, aus welchen er damals nur bestand: Preußen, Pommern (bis zur Peene), Brandenburg und Schlesien. Welcher Mann, der ein preußisch Herz hatte, mochte auch zurückbleiben? Hier galt es nicht, auf Befehl eines Fürsten wie früher blind drein zu schlagen auf Feinde, die man vielleicht nie gesehen; hier galt es Rache an den verhaßten Zwingherrn zu nehmen und ferneren Verlust und Not abzuwenden. Es war kein Mann, kein Weib, keine Familie im Lande, die nicht irgend eine persönliche Kränkung oder Benachteiligung von den Franzosen erlitten hätten. Sieben Jahre lang war man von ihnen ausgeplündert, gemißhandelt, mit Hohn und Schmach, mit Leid und Schaden überhäuft worden. Dafür wollte nun ein jeder blutige Rache nehmen und mit dem Joche, das auf dem König lastete, zugleich das Joch, das jeden Einzelnen schwer drückte, abwerfen. Darum erhob sich das gesamte Volk zum Kampfe. Und das Ziel war für die ungeheure Mehrzahl der

*) Vgl. C. Euler, a. a. O., S. 255 ff.

**) Beitzke, Freiheitskriege, I. 198.

Krieger, die nun ins Feld zogen, durchaus nichts mehr und nichts weniger als **eine glorreiche Wiederherstellung des preußischen Staates.** Die besonderen politischen Wünsche, die etwa der Junker, der Schwärmer, der Deutschtümler u. s. w. noch haben mochte, gingen übrigens völlig unter in dem einen großen Gedanken: fort mit den Franzosen!

Derselbe Gedanke mußte, so hoffte jeder Deutschgesinnte, das übrige Deutschland beseelen und zur Erhebung fortreißen. Eine große deutsche Begeisterung werde angesichts der preußischen Erhebung überall im Rheinbunde und in Österreich entbrennen; so meinten namentlich auch Stein und Arndt. Der erstere arbeitete schon im Winter seine neue „Deutsche Reichsverfassung“ aus, der andere warf (von Königsberg im Januar 1813) sein Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ in die Nation. Die verbündeten Monarchen von Rußland und Preußen erließen nun (am 26. März zu Kalisch ausgestellt) einen „Aufruf an die Deutschen“, worin sie den Fürsten und Völkern Deutschlands die Rückkehr der Freiheit und Unabhängigkeit und die Wiedergeburt des ehrwürdigen deutschen Reichs ankündeten. „Möge jeder Deutsche“, hieß es darin, „der des Namens noch würdig sein will, rasch und kräftig sich anschließen; möge jeder, er sei Fürst, er sei Edler oder stehe in den Reihen der Männer des Volkes, den Befreiungsplänen Rußlands und Preußens beitreten, mit Herz und Sinn, mit Gut und Blut, mit Leib und Leben!“ Zugleich schlossen die beiden Monarchen (am 29. März zu Breslau) einen von Stein entworfenen Vertrag, der als Zweck des Krieges die Befreiung Deutschlands vom französischen Joche bezeichnete und jeden deutschen Fürsten, welcher der Aufforderung zur Teilnahme an demselben nicht Folge leiste, mit dem Verluste seiner Staaten bedrohte. Aber all diese Anrufungen des deutschen Geistes blieben im großen und ganzen erfolglos. Die deutschen Fürsten (mit einziger Ausnahme des Herzogs von Meklenburg-Strelitz) hielten fest an ihrem Oberherrn, teils aus Furcht, teils um ihre Souveränität, die sie ja von Napoleons Gnaden erworben hatten, nicht wieder zu verlieren. Ebenso wenig rührte sich die Masse des Volkes im außerpreußischen Deutschland. Nur ein kleiner Teil der gebildeten Jugend und wiederum fast nur aus den früher preußischen Provinzen, namentlich aus Halle, eilte unter die preußischen Fahnen. Aus den übrigen deutschen Ländern kamen nur einzelne, darunter der deutschen Jugend berühmtester, Theodor Körner aus Dresden, der einundzwanzigjährige Sänger von „Leier und Schwert“, der Tyrtäus des großen Kampfes. Er trat in die Freischar ein, die der Major v. Lützow in Breslau errichtete, in die „Schar der Rache“, wie sie sich nannte. Aber die große Mehrzahl auch der gebildetsten Jünglinge außerhalb Preußens hielt sich zurück, wennschon die Ursache davon wohl bei sehr wenigen eine so völlige Gleichgiltigkeit gegen die vaterländische Sache war, wie bei Arthur Schopenhauer aus Danzig, der, damals fünfundzwanzigjährig, sich mit seinem kalten, engen Herzen und mächtigen Verstande zu philosophischem Stillleben nach Rudolstadt flüchtete und dort,

4*

während Körner fürs Vaterland stritt und blutete, seine Abhandlung „über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde“ schrieb.

Die Erhebung des preußischen Volkes blieb also im ganzen ohne Nachfolge; aber sie war mächtig genug, das Größte zu vollführen. Schon jetzt, beim Ausbruch des Krieges, trat Preußen mit einem Heere von 128000 Mann auf, teils völlig durchgebildeten Liniensoldaten, teils Krümpern, die sich mit Eifer anzueignen suchten, was ihnen an Schulung noch abging. Dazu kamen nun fast 150000 Mann Landwehr. Nach der Verordnung vom 17. März hoben die Gemeinden die wehrbaren Männer vom 17. bis zum 40. Lebensjahre aus. Die Kreisverwaltung richtete sie zu Truppen ein. Der Staat gab nur Feuergewehr, Schießbedarf und Kavalleriesäbel, später auch den Unterhalt her. Alles übrige mußte zunächst der Wehrmann sich selber oder im Bedarfsfalle der Kreis beschaffen, der auch für Piken, Patronentaschen, Trommeln, Trompeten und dergleichen zu sorgen hatte. Dagegen wählte auch jeder Kreis die Offiziere bis zum Hauptmann aufwärts selber, und sie standen im Range den Linienoffizieren gleich. Als Abzeichen trug jeder Landwehrmann an der Mütze ein weißes Kreuz mit der Inschrift „Mit Gott für König und Vaterland!“ In der That, die patriotische Begeisterung, welche die ganze Nation befeuerte, hatte etwas tief Religiöses, und es war keine leere Form, wenn die ausziehenden Kriegerscharen von der Gemeinde in die Kirche geleitet und vom Geistlichen zu ihrem rühmlichen Berufe eingesegnet wurden. Ganze Regimenter nahmen vor dem Ausmarsch das heilige Abendmahl. So zogen sie aus, die Männer von 1813, Linie und Landwehr, unter der schwarz-weißen Fahne, dem Geläute der Kirchenglocken und den heißen Gebeten der Mütter und Bräute, der Frauen und Kinder, hinaus in den Kreuzzug, den heiligen Krieg. So zogen sie hin, machtvoller begeistert in ihrem preußischen Patriotismus als einst jene schwärmerischen Kreuzheere, die das „Gott will es“ in ungekannte Fernen trieb. Denn hier galt es für Staat und Volk Sein oder Nichtsein, hier galt es alles und jedes, was dem Manne das Leben wert macht.

Auch glühte nie ein Heer so von Kampfbegier wie damals das preußische. York, sonst so kalt, gab der Stimmung einen treffenden Ausdruck. Am 17. März war er (nunmehr auch durch königliche Entscheidung vom 11. für vorwurfsfrei erklärt und in seinem Kommando bestätigt) in die Hauptstadt Berlin eingezogen, die ihn und sein Corps mit jauchzendem Beifall empfing. Am Morgen des 27sten stellte sich das Corps auf dem „Lustgarten“ vor dem Schlosse marschfertig auf; es ging ins Feld. Der Prediger Schultze segnete sie ein. Dann trat York in den Kreis. „Von diesem Augenblicke an“, sprach er, „gehört keinem von uns mehr sein Leben; keiner muß darauf rechnen, das Ende des Kampfes erleben zu wollen; jeder sei freudig bereit, sein Leben dahin zu geben für das Vaterland und den König.“ Dann vor das Leibregiment tretend: „Soldaten, jetzt geht es in den Kampf; ihr sollt mich an eurer Spitze sehen; thut eure Pflicht. Ich schwöre euch: mich sieht ein unglückliches Vater-

land nicht wieder!“ Der Führer des Regiments, der alte Oberst Horn, warf sich tief ergriffen in die Arme des Generals: „Ich und das Leibregiment und alle werden Ihrem Beispiel folgen!“ „Das soll ein Wort sein!“ rief ein Soldat. „Ja, das soll ein Wort sein!“ rief das ganze Regiment.

„Ein unglückliches Vaterland sieht uns nicht wieder!“

Großgörschen und Bautzen.

So brach in Preußen ein schöner Völkerfrühling an; windschnelle Boten verkündeten ihn den deutschen Nachbarn an Elbe und Saale, leicht und hurtig wie Schwalben und überall dem Volke willkommen: die Kosaken, die Söhne der Steppe. Wie wurden sie jubelnd empfangen, in der Mark, wo die Franzosen am 4. März schleunigst Berlin geräumt, in Mecklenburg, in Hamburg und Lübeck! Waren sie auch struppig und schmutzig in ihren großen, wirren Bärten und langen, schwarzen, nie gekämmten Haaren, sonderbare Ungetüme in dicken Pelzen, blauen Pumphosen, mit langer Lanze, auf mageren, häßlichen, kleinen, aber schnellen Pferden, sie erschienen dem freudetrunkenen Volke wie gute Geister, sie kamen ja als Befreier. Nicht überall jedoch währte der schöne Rausch. Zwar in Preußen befreite man sich, weil dort das ganze Volk in Waffen aufstand. Aber was im französischen Deutschland sich erhob, Hamburg (am 18ten), Lübeck (am 19ten), dann Harburg, Stade, Lüneburg (am 21. März), zeigte bei gutem Willen geringe oder schecht geleitete Thatkraft und mußte bald dafür büßen. Denn die paar hundert Kosaken verschwanden so schnell, wie sie gekommen, und die Aufständischen konnten sich nicht selber helfen. Zuerst fiel **Lüneburg** wieder in französische Gewalt, und der General Morand war im Begriff, ein furchtbares Strafgericht an den braven Lüneburgern zu halten, als Dörnberg mit Russen und Preußen den 2. April morgens vor der Stadt erschien. Nach einem zweistündigen, hartnäckigen Gefecht erstürmte das Füsilierbataillon des 1. pommerschen Regiments das Lüner-Thor, warf im Verein mit russischen Jägern nach einem wütenden Straßenkampfe die Franzosen und Sachsen hinaus; Morand mußte die Stadt räumen, dann, von den Russen überholt, kehrte er um, ward von den Preußen wieder zurückgetrieben und mußte sich, tödlich verwundet, mit seiner ganzen noch übrigen Division (2280 Mann) ergeben. Dies war das erste Gefecht im Befreiungskriege, und die Ehre des Tages gebührte den Preußen; Major von Borcke ward der erste Ritter des eisernen Kreuzes. Hier sind auch die ersten freiwilligen Jäger gefallen. Sie eröffneten die lange Liste der preußischen Blutopfer dieses Jahres. Den Tod eines derselben, Georg Häses, zeigten die Eltern, Regierungsrat Häse und Frau, in der Berliner Vossischen Zeitung vom 15. April 1813 mit den die allgemeine Stimmung bezeichnenden Worten an: „Ein so schneller Verlust ist hart. Aber es ist tröstend, daß auch wir einen Sohn geben konnten zu dem großen, heiligen Zweck. Wir fühlen tief die Notwendigkeit solcher Opfer.“

Während die leichten Truppen vom rechten Flügel des verbündeten Heeres die Gebiete links von der Niederelbe zur Erhebung zu bringen versuchten, bewegte sich die Hauptmacht gegen die Mittelelbe auf Sachsen zu. Es geschah langsam genug. Scharnhorsts Rat, schnell und kühn mit ganzer Macht vorzugehen, die deutschen Fürsten mit Gewalt, die Bevölkerung durch das ansteckende Beispiel der preußischen Begeisterung mitzureißen, schien den verbündeten Monarchen doch nicht so leicht ausführbar. Die meisten russischen Truppen waren noch so zurück, nur wenige schon jetzt in Deutschland verfügbar, die preußischen Rüstungen noch nicht fertig, und vor allem, war der Geist im außerpreußischen Deutschland wirklich so, wie die begeisterten Sänger, Körner, Arndt, Schenkendorf, Rückert, ihn verkündeten? An Sachsen mußte man die Probe machen. Wenn dies Königreich mit seinen (damals) 2 300 000 Einwohnern auch nur mit einigermaßen ähnlicher Kraft wie Preußen der guten Sache beitrat, so war unendlich viel erreicht. Es lag ja zunächst, seine gesamten bereiten Streitmittel konnten ohne weiteres in die Schale der Verbündeten fallen, die dann im Herzen Deutschlands festen Fuß faßten und leicht das Königreich Westfalen umwarfen; dann war der Rheinbund so gut wie gesprengt. Auf Sachsen rückten daher die verbündeten Heere an, aus der Mark das russisch-preußische, das der Oberbefehlshaber, der russische General Wittgenstein führte — 40 000 Preußen unter York, Bülow und Borstell, und 12 000 Russen —, aus Schlesien ein ganz aus Preußen bestehendes Heer (36 000 Mann) unter Blücher, welches am 23. März die sächsische Grenze überschritt, in Kottbus wieder die preußischen Adler anschlug und überall Blüchers Aufruf an die Sachsen zum Bunde gegen den Erzfeind verbreitete.

Von der Ostseite war Sachsen offen, im Norden besaß der Feind alle Übergangspunkte über die Elbe, deren stärkster Magdeburg war. Dort hatte Napoleons Stiefsohn, Eugen Beauharnais, Vicekönig von Italien, den Kern der verfügbaren französischen Streitmacht versammelt und bei Möckern auf dem rechten Elbufer eine Stellung genommen, die durch ein sumpfiges Flüßchen, die Ehle, und durch andere Bodenvorteile gedeckt war. Hier beschloß ihn Wittgenstein anzugreifen, doch war seine Anordnung sehr mangelhaft und gelang nur durch die Tüchtigkeit der Unterfeldherrn und der Truppen. Am 5. April mittags 1 Uhr eröffnete Yorks Vortrab unter dem General von Hünerbein das Gefecht, indem er sich mit stürmischer Tapferkeit auf einen Hauptpunkt der französischen Stellung, das Dorf Danigkow an der Ehle, stürzte; nach vierstündigem, erbittertem Kampfe wurde es von den Preußen erobert. Unterdessen entbrannte ein noch bedeutenderes Gefecht um das Dorf Vehelitz, eine halbe Meile weiter nördlich an der Ehle, wo es ebenfalls galt, eine Brücke über diesen Fluß zu nehmen. Hier stürmte General von Borstell mit Fußvolk und Artillerie, und trotz der großen Schwierigkeiten, die der sumpfige Boden und ein wasserreicher, wenn auch nicht allzutiefer Fluß boten, errang die heldenmütige Tapferkeit der Truppen, namentlich der pommerschen und ostpreußischen Infanterie auch hier gegen Abend den Sieg. Ebensowenig

konnte sich der Feind in dem dritten Hauptpunkte seiner ausgedehnten Stellung, bei Zehdenick, halten. Drei preußische Reiterregimenter unter dem General von Oppen sprengten hier die doppelt so starke französische Reiterei und brachten auch das Fußvolk zum Weichen. Mit großem Verlust trat der Vicekönig am Abend den Rückzug auf das linke Elbufer an.

War auch dies Treffen bei Möckern eher ein Gefecht als eine Schlacht zu nennen, so machte es doch auf Freund und Feind einen ungemeinen Eindruck; die Tapferkeit der Preußen hatte sich so glänzend bewährt, daß sie bei den Russen und Franzosen wieder in jenen Respekt kamen, den sie 1806 nur durch Schuld ihrer Leitung eingebüßt. Die freudigste Zuversicht erfüllte sie nun, und schon diese Folge des Sieges war weit mehr wert als die 1000 Gefangenen und die strategischen Vorteile, die er einbrachte; aber man durfte auch hoffen, daß die Sachsen, deren Land nun von den Verbündeten besetzt ward, sich der gemeinsamen Sache anschließen, daß nunmehr Wittgensteins und Blüchers Aufrufe durchschlagen würden. Auch Körner rief seinen Landsleuten zu: „Laßt diese große Zeit nicht kleine Menschen finden!"

Allein die erwartete Wirkung blieb aus; einige hundert Sachsen traten unter die Lützower, das Volk im ganzen rührte sich nicht. Es war der deutschen Sache nicht abgeneigt, doch vor allem fühlte es sich sächsisch. Überdies besaß es nicht Thatkraft genug, um selbständig zu handeln; es wollte abwarten, was die Regierung befehlen werde. Aber der König Friedrich August hatte sich geflüchtet. Er befand sich, unschlüssig, was er thun solle, in Prag. Sein Land und seine Truppen — 10 000 Mann unter General von Thielmann in der Festung Torgau — so sich selbst überlassen, waren daher, wie es schien, in derselben Lage wie drei Monate früher York und die Ostpreußen. Der große Unterschied war nur, daß man in Preußen die Franzosen aufs wütendste haßte, während die Sachsen in Napoleon den Helden sahen, der ihr Land vergrößert und ihren Kurfürsten zum König gemacht hatte. Nicht bloß der gemeine Mann, auch die große Mehrzahl in den höheren Klassen kümmerte sich in Sachsen, wie überall in Deutschland, nur um den heimatlichen Einzelstaat. Zu den wenigen, die von Frankreich abzufallen den festen Willen hatten, gehörte der General von Thielmann,*) aber die Stimmung seiner Truppen war nicht der Art, daß er einen kühnen Streich hätte wagen dürfen; seine Offiziere (namentlich General v. Sahr) gingen nicht auf seine Wünsche ein, und so hielt er sich notgedrungen parteilos. Kurz, Volk und Militär blieben unthätig, bis Napoleon herangekommen war und sie an sich nahm; Thielmann verließ den sächsischen Dienst und begab sich zu den Verbündeten. Es sind Sachsens und der übrigen Rheinbundstaaten Streitkräfte gewesen, die es dem französischen Kaiser erst ermöglichten, den Frühlingsfeldzug mit so großer Übermacht zu führen, wie er es nun that.

Er selbst hatte alle Mittel seines Genies aufgeboten; nie war seine gewaltig federnde Thatkraft, sein großartiges Organisationstalent in höherer Anspannung

*) H. von Petersdorff, General Johann Adolph Freiherr von Thielmann, Leipzig 1894.

gewesen, nie leistete er Erstaunlicheres als in diesen ersten Monaten des Jahres 1813, da er neue Hunderttausende aus der Erde stampfte und nach der größten Niederlage, die je die Welt gesehen, sich rüstete zu neuem Riesenkampfe. Während bei den Verbündeten durch das Zaudern der preußischen Regierung, die auf einen freiwilligen Anschluß der Sachsen hoffte, dann durch die Langsamkeit des russischen Hauptquartiers die kostbarsten Wochen vergeudet wurden, nutzte Napoleon jeden Tag, jede Stunde als einer, der weiß, daß die Zeit unwiederbringlich ist. Bis zum 3. April hatte er aus seinem Kaiserreich 350 000 Mann teils neu ausgehoben, teils feldtüchtig gemacht. Diesseit des Rheins war davon freilich erst nur der dritte Teil verfügbar; aber es gab hier ja deutsche Vasallen genug, die den Mehrbedarf lieferten. So waren es doch an 200 000 Mann, Franzosen und Rheinbündner, die Napoleon schlagfertig vorfand, als er Ende April in Franken und Thüringen eintraf, und mit 130 000 konnte er in die sächsische Ebene einbrechen. „Ich werde diesen Feldzug als General Bonaparte führen und nicht als Kaiser Napoleon," sagte er seinem Heere; er hielt Wort, seine Feldherrnkunst wenigstens ist der Aufgabe gewachsen gewesen.

Er ging denn auch mit großer Zuversicht in den Kampf; noch war er ja den Gegnern bei weitem überlegen. Die Hunderttausende, welche in Preußen zu den Fahnen eilten, waren doch nicht im Handumdrehen bewaffnet und einexerziert; das hier in Sachsen verfügbare Linienmilitär zählte nur erst 50000 Mann; die russischen Reserven standen noch weit hinten in Polen und Rußland. So erreichte die ganze verbündete Streitmacht in Sachsen jetzt nur die Zahl von 94 000 Mann. Freilich waren dies Kerntruppen; namentlich die Preußen an militärischer Übung, an physischer Kraft und an begeisterter Stimmung den neuen Legionen Napoleons weit überlegen, dessen Veteranen mindestens gewachsen. Aber diesen Vorteil wog der Übelstand auf, daß der Oberbefehl ohne Geist und Kraft geführt wurde. Es zeigte sich bald, daß man Wittgensteins Feldherrngaben überschätzt, daß man einen großen Fehler begangen hatte, die weit tüchtigeren preußischen Generale dem russischen Oberbefehl unterzuordnen. Fast hätten die verbündeten Monarchen noch einen viel größeren Fehler gemacht. Denn sie wollten ursprünglich das Kommando des schlesischen Heerkörpers nicht an Blücher geben. Es hieß, Blücher sei halbverrückt vor Kriegswut und Franzosengrimm, habe Anfälle von Raptus. Das war nicht so ganz unrichtig; wild wie ein Berserker hatte er manchmal in der schmählichen Zeit, bevor es „losging", seinem Zorn wider den Bonaparte alle Zügel schießen lassen, so daß die Leute auf seinem Gute munkelten: „de old Blücher, de Dollkopp, ist übergeschnappt." Auch ein körperliches Leiden hatte eine Zeit lang (im Winter 1810/11) seine Phantasie erhitzt; er sah Gespenster, glaubte ein Tier im Leibe zu haben. Indessen davon war er längst genesen, und wenn seine Franzosenwut nicht abgenommen hatte, so war dies kein Schaden. Scharnhorst wußte gar wohl, wie sehr nötig gerade so ein Berserker war, das langsame, vielköpfige Hauptquartier vorwärts und immer vorwärts zu reißen. Er bestand

darauf: „Blücher muß kommandieren, und wenn er hundert Elefanten im Leibe hätte.“ So gab man ihm denn wenigstens den Befehl über das schlesische Heer.

Vor einem Angriff von seiten Wittgensteins, dem er eine solche Kühnheit gar nicht zutraute, ganz unbesorgt, überschritt Napoleon am 30. April bei Weißenfels die Saale und marschierte in die weite sächsische Ebene ein. Er wollte über Leipzig nach Dresden vordringen und dort den Feind in einer Hauptschlacht zermalmen. Aber die Verbündeten beschlossen, ihm noch im letzten Augenblick zuvorzukommen, ihn während seines Marsches anzugreifen. Denn hier in der Ebene zwischen Saale und Elster konnte sich ihre Überlegenheit an Reiterei geltend machen und die große Überzahl der feindlichen Infanterie einigermaßen ausgleichen. So zog sich denn, während Napoleon abends am 1. Mai in Lützen eintraf, die Hauptmacht der Verbündeten zwei Meilen vor ihm zusammen, um der in langgestrecktem Zuge zwischen Weißenfels und Leipzig marschierenden französischen Armee am folgenden Morgen in die rechte Seite zu fallen, sie zu durchbrechen und teilweise in die Sümpfe der Elster und Pleiße zu werfen. Wittgensteins Anordnungen waren aber im einzelnen voller Widersprüche und manche der Art, daß die Züge wichtiger Truppenteile dadurch in die größte Verwirrung kommen mußten.*)

Blutigrot ging die Sonne Sonntags den 2. Mai über den Feldern von Lützen auf. Der Kaiser selbst führte seine Hauptmacht auf der Straße nach Markranstädt; zu seiner Rechten, weit vorgeschoben, stand Ney mit der kleineren Hälfte des Heeres in und bei dem Dorfe Großgörschen, kaum eine Meile von Groitsch, wo sich das verbündete Hauptquartier befand. Aber Wittgenstein hielt dieses Corps für eine bloße Vorhut und ließ es durch unzureichende Kräfte angreifen. Mittags 12 Uhr begann die Schlacht. Dreißig Geschütze der verbündeten Armee eröffneten das Feuer auf Großgörschen. Dann stürzte sich die preußische Brigade Klüx auf das Dorf, nahm es und hielt sich unerschütterlich gegen alle Angriffe, eroberte dann auch das Dorf Rahna, während die Brigade Zieten im nahen Kleingörschen eindrang. Immer neue Verstärkungen führte Ney herbei; immer gewaltiger wogte der Kampf um die Dörfer. Blücher, Scharnhorst, alle höheren Offiziere stellten sich selber mit gezogenem Säbel an die Spitze der Truppen, führten auch die preußischen Garden ins Gefecht; mit unwiderstehlicher Tapferkeit behaupteten die Preußen die eroberten Punkte, nahmen noch die Dörfer Eisdorf und Kaja. War jetzt ein Seydlitz an der Spitze der breiten Reitermassen, die unthätig zwischen den Dörfern Rahna und Starrsiedel hielten, so war der Tag gewonnen. Aber Wittgenstein hatte der verbündeten Reiterei keinen Oberanführer gegeben, und sie blieb ohne rechte Verwendung. Dagegen traf nun Napoleon mit seiner Hauptmacht auf dem Platze ein. Bei Markranstädt hatte er den Kanonen-

*) Vgl. u. a. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals v. Hüser, Berlin 1877, S. 109 ff.

donner von Großgörschen gehört und sofort erkannt, daß dort die Entscheidung liege. Auf der Stelle warf er seine Truppen herum und eilte den gebrochenen Reihen Neys zu Hilfe. Um 3 Uhr erschien er hinter Kaja und brachte die Fliehenden wieder zum Stehen; seine frischen Truppen eroberten nun Kaja, Rahna, Kleingörschen wieder. Aber nur auf einen Moment. Das zweite Treffen der Verbündeten rückt an, zunächst York, und stürzt sich in die brennenden Dörfer. Mit wahrer Blutgier kämpfen die Preußen. Ohne Entscheidung schwankt die Schlacht, mehr als 100 000 Mann ringen mit einander in diesem schmalen Dörferviereck, das kaum eine Achtelquadratmeile groß und mit Leichen besäet ist. Horn mit dem Leibregiment erstürmt abermals Rahna, Hünerbein Kleingörschen, dann geht's auf Kaja. Hier „in dem wilden Kriegestanze" wird Scharnhorst verwundet, desgleichen Blücher.

Mittlerweile zieht Napoleon hinter Kaja immer mehr frische Truppen herbei, während Wittgenstein die Kraft seines Heeres hie und da verzettelt, und die Reserve der Verbündeten, die sogenannte russische Hauptarmee, noch immer ausbleibt. Da, um 7 Uhr steht Napoleons letztes Mittel, die Garde, zum Angriff fertig, und mit ihr führt nun der große Schlachtenmeister den entscheidenden Stoß. Die Verbündeten, von stärkstem Artilleriefeuer übergossen, müssen Rahna und Kleingörschen nach heißem Kampfe aufgeben; nur die Preußen in Großgörschen behaupten sich, nachdem sie das Dorf sechsmal verloren und sechsmal zurückerobert. Zugleich gewinnt auch links und rechts der Feind wieder Boden. Doch kämpft man noch in der Dunkelheit bis 9 Uhr; dann lagern sich beide Teile zur Nacht auf dem Schlachtfelde. Die Preußen waren entschlossen, andern Tages die Schlacht zu erneuern; aber die Russen drangen auf den Rückzug. Vergebens fluchte und wetterte der alte Blücher; er war seit achtzehn Stunden fast nicht vom Pferde gekommen, hatte sieben Stunden im Feuer gehalten und trug den Arm in der Binde. Aber er war kampfbegieriger als je. Noch in der Nacht schickte er einen Haufen seiner Reiterei ab, den Feind zu überfallen. Die Unternehmung mißglückte zwar, weil man in der Finsternis in einen Hohlweg geriet; aber sie machte auf die Franzosen einen solchen Eindruck, daß sie sich ein wenig zurückzogen und am Morgen verwundert waren, die Verbündeten von der Wahlstatt abmarschieren zu sehen. Denn während der Nacht hatte der Zar den Rückzug beschlossen, und der König von Preußen dann notgedrungen eingewilligt; die Schlacht war verloren. Die löwenkühne Tapferkeit, der begeisterte Heldenmut der Preußen, der jungen Freiwilligen wie der alten Liniensoldaten, und die mauerfeste Standhaftigkeit der russischen Truppen wogen das Mißverhältnis der Zahl — 69 000 gegen 102 000 — auf, aber die Zerfahrenheit, die Planlosigkeit der Oberleitung konnten sie nicht gut machen. Napoleon war Sieger. Freilich um welchen Preis: 18 000 Mann tot und verwundet, 5 Kanonen und 800 Gefangene verloren! Und Trophäen hatte er keine aufzuweisen, ~~außer dem~~ Schlachtfelde selbst, wo 8000 Preußen und 2000 Russen in ihrem Blute lagen.

In trefflicher Ordnung und dem Feinde trotzbietend führte das verbündete Heer seinen Rückzug über die Elbe aus.

Die Schlacht bei Großgörschen, oder wie Napoleon sie nannte, bei Lützen hatte dessen gewaltiges Feldherrngenie aufs neue bewährt, aber auch erwiesen, daß die Preußen nicht mehr die Exerziermaschinen von 1806 waren, daß von ihnen jeder Mann mit Selbstbewußtsein für eine heilige Sache focht. „Selbst die Toten lagen da umher mit verklärtem Angesicht; denn sie waren mit dem Gefühl aus der Welt gegangen, daß sie ihr Vaterland und sich gerächt. Man hörte keinen Klageton der Verstümmelten, weil die edleren Gefühle selbst den Schmerz besiegten, keine Trauer über den gefallenen Freund und Waffenbruder, denn er war ja ruhmvoll gefallen.“*) Die Überlebenden trösteten sich damit, daß sie, obwohl erschöpft durch vielstündiges Gefecht und vorhergegangene Märsche, die für einige Abteilungen 36 Stunden gedauert, doch nur auf höheren Befehl das Schlachtfeld verließen; sie marschierten unmutig, voll Grimm und Schmerz dahin. „Der Rückzug ist eine Schmach, wir sind nicht geschlagen!“ murrte es durch die Glieder, und Blücher stimmte zornentbrannt ein. Sie dürsteten nach einer neuen Schlacht. Vor der Hand hieß es aber Rückwärts! Am 6 ten und 7 ten gingen die Verbündeten über die Elbe, um hinter der Spree eine neue Stellung zu nehmen.

Sachsen war ihnen nun verloren. Am 7 ten erschien in Prag ein französischer Offizier, der dem Könige Friedrich August den Befehl des Kaisers brachte, binnen sechs Stunden sich zu ihm nach Dresden zu begeben und Torgau nebst allen sächsischen Streitmitteln zu Napoleons unbedingter Verfügung zu stellen. Friedrich August gehorchte und lieferte sein Land, seine Soldaten, sein Geld und sich selbst ohne Murren dem Manne aus, der ihn zum Könige gemacht, und den er mit ehrfürchtiger Scheu zu betrachten gewohnt war.

Im preußisch-russischen Hauptquartier beschloß man indes, noch einmal eine Schlacht zu liefern; die Scharte von Großgörschen sollte ausgewetzt, der öffentlichen Meinung Europas wenigstens bewiesen werden, daß Napoleon nicht mehr imstande sei, mit einem, zwei Schlägen den Feind zu zerschmettern. Die Verbündeten setzten sich daher bei **Bautzen** fest und zogen Verstärkungen an sich. Aber auch jetzt war der schlimmste Feind in ihrem eigenen Lager: nämlich die gänzliche Unfähigkeit der russischen Oberleitung. Sie wurde täglich ärger: Wittgenstein, Diebitsch, Barclay de Tolly und andere russische Generale ordneten bald dies, bald jenes an; zuletzt mischte sich der Zar hinein, der doch auch kein Feldherr war. Noch ehe es zur Hauptschlacht kam, wurde in unnützen Märschen und Vorpostengefechten manche edle Kraft vergeudet. Man hatte am 18 ten erfahren, daß feindliche Heersäulen über Hoyerswerda heranzögen; es war die Vorhut Neys, der von Norden her mit 60 000 Mann in die rechte Seite der Verbündeten marschierte. Ohne sich von der Stärke dieses Feindes

*) v. Plotho, Der Krieg in Deutschland 1813, I 125.

zu überzeugen, gab der Zar den Generalen Barclay de Tolly und York den Befehl, denselben zurückzutreiben. In der Nacht zum 19ten brachen sie auf, Barclay in der Richtung auf Königswartha, York auf Weißig an der Spree; der letztere stieß auf einen dreifach zahlreicheren Heereskörper unter dem Marschall Lauriston und lieferte ihm hier bei Weißig ein Treffen, welches in der Geschichte des Yorkschen Corps ein ebenso glänzender als blutiger Ehrentag war. „Nicht leicht" (berichtete York an den König) „konnte ein Infanteriegefecht in einem so chikanösen Terrain (voll Wald und Hügel) schöner und mit mehr Präcision und Ordnung ausgeführt werden. Nach einem höchst beschwerlichen und langen Nachtmarsch bekämpften die Truppen von 4 Uhr nachmittags bis 11 Uhr nachts den ungleich überlegenen Feind mit bestem Erfolg. Selbst beim Verlust fast aller ihrer Kommandeure und beim Ausgehen der Munition sammelten sie sich immer wieder von selber, ordneten sich, griffen von neuem an, und als vom Hauptheer der Befehl zum Rückmarsch eintraf, wollten mehrere Bataillone ihre Posten nicht verlassen, so hatten sie sich in den Feind verbissen. Man gehorchte indes und nach so großem Gemetzel — von 5673 Mann waren 1500, also der vierte Mann geblieben — nach so viel Anstrengung marschierte das Corps nun in solcher Ordnung ab, daß es morgens den 20sten um 5 Uhr wieder schlagfertig auf seinem Posten in der Schlachtlinie bei Bautzen stand. Fast zweimal in 24 Stunden hatte es marschiert, gefochten, wieder marschiert, so gut wie nicht ausgeruht." Wenn York, dem die Truppen fast nie genug thun konnten, der immer etwas zu tadeln, zu erinnern fand, den seine Offiziere daher „die wandernde Warnungstafel" nannten, wenn York solche Lobsprüche spendete, so mußte die Leistung in der That außerordentlich sein. Auch die Russen drückten ihre Bewunderung aus „über die wahrhaft heroische Art, mit der General York und sein Corps gekämpft."

Aber das Unternehmen an sich war, wie es im großen Hauptquartier hätte vorausgesehen werden können, verfehlt. Neys Heer vereinigte sich mit dem Hauptheer, und mittlerweile war auch Napoleon vor Bautzen angekommen. Er hatte 170 000 Mann, während die Verbündeten hier nur 29 000 Preußen und 54 000 Russen, im ganzen also 83 000 Mann zählten, die überdies in einer viel zu weitläufigen Linie standen: drei Stunden weit auf dem hügeligen Boden hinter der Spree in nordwestlicher Richtung vom Lausitzer Gebirge bei Mehltheuer nach Kreckwitz und über die Spitzberge bis Plieskowitz und von da rechtshin nach Gotta. Auf dem linken Flügel im Gebirge standen Russen unter den Generalen Miloradowitsch, Gortschakoff, Eugen von Württemberg und Berg; im Centrum die Preußen unter York bei Litten, unter Blücher bei Kreckwitz und auf den Spitzbergen; den rechten Flügel bildeten Russen unter Barclay de Tolly. Die Reserve im Hintertreffen war wenig zahlreich und bestand aus Russen, namentlich den russischen Garden. Vor der Front hielten Vorposten die Spreeübergänge besetzt: Russen in Bautzen, General Emil v. Kleist mit Preußen und Russen auf den Höhen von Burka, eine andere Abteilung Russen bei Malschwitz und Klix.

Mit scharfem Auge erspähte Napoleon sofort die Mängel dieser Stellung, besonders die Unhaltbarkeit der Spreelinie; denn der Fluß, hier 40 und 80 Fuß breit, hatte an mehreren Stellen Furten und konnte innerhalb einer Stunde überbrückt werden. Gegen den schwächsten Teil der Hauptlinie, nämlich den rechten Flügel, der haltlos vom Centrum abstand, beschloß Napoleon, durch Ney, sobald derselbe zur Stelle, bei Klix den Hauptschlag zu thun, vorerst aber bei Bautzen die Übergänge über den Fluß zu erstürmen.

Der 20. Mai, ein Donnerstag, war angebrochen, ein wonniger, duftiger Maitag, rings das Korn in Blüte, die Wiesen in frischestem Grün. Napoleon ließ aufmarschieren; auch die Verbündeten traten unters Gewehr. Gegen Mittag sahen sie das französische Heer auf seinen Hügeln vor dem Flusse aufgezogen, links oberhalb der Stadt den Marschall Oudinot, dann vor Bautzen Macdonald und die Garden, weiter unterhalb Marmont, zuletzt Soult. Um 3 Uhr begannen die Franzosen unter dem Schutze ihres Artilleriefeuers und auf rasch geschlagenen Brücken den Übergang. Die Schlacht entbrannte. Kühn und entschieden gingen Oudinot und Marmont vor und drängten den linken (russischen) Flügel der Verbündeten, welcher von Miloradowitsch schlecht geführt wurde, in die Hauptlinie zurück. Der Zar, in der irrigen Meinung, der Hauptangriff gelte seinem linken Flügel, schickte von der Reserve Hilfe, und so nahmen die Russen zwar nach heftigem Kampfe gegen Abend Pielitz und Mehltheuer wieder; dafür war aber der preußische Flügel desto mehr gefährdet. Unterdessen schlugen die Preußen unter Kleist und Grolman auf ihren weit vorragenden Höhen von Burka alle Angriffe der Franzosen unerschütterlich ab; von links und von vorne zugleich bestürmt, behaupteten sie sich bis zur Dunkelheit und traten dann in die Hauptstellung hinter das preußische Centrum zurück. Das Feuer verstummte; Napoleon hatte den Übergang über den Fluß erzwungen, und Ney sich (noch spät abends) in Klix festgesetzt. Die Verbündeten nahmen also andern Tages die Schlacht unter noch ungünstigeren Verhältnissen wieder auf. Der Zar führte nun den Oberbefehl ganz eigenhändig.

Morgens um 6 Uhr begann wieder der Donner der Geschütze über die sonnigen, maifrischen Auen gegen die Höhen zu rollen. Oudinot und Marmont stürmten an; dasselbe Spiel wie am vergangenen Tage: die Franzosen drängen die Russen des linken Flügels, und Alexander schickt dorthin Verstärkungen, welche den Feind zurückwerfen, diesmal sogar in volle Flucht, aber den rechten verbündeten Flügel ganz bloßstellen. Hier fiel denn auch die Entscheidung. Bald nach 6 Uhr überschritt Ney mit 40 000 Mann bei Klix die Spree, drängte in dreistündigem Gefecht Barclays Abteilung, die von den Russen immer auf 15 000 Mann angegeben war, aber nur 5000 betrug, aus ihrer Stellung heraus und besetzte sogar Baruth weit hinten im Rücken des preußischen Centrums. Dieser wichtige Punkt wurde jedoch von Kleist und den preußischen Garden nach mörderischem Kampfe wieder erstürmt. Aber jetzt — nach 1 Uhr — glaubte Napoleon die Umgehung des Centrums durch

Ney bewerkstelligt und warf seine gesamte Streitmacht auf Blücher. Die gefährlichste Aufgabe, vorn die steilen Kuppen der Kreckwitzer Höhen zu ersteigen, überließ er seinem deutschen Kanonenfutter, insbesondere den Württembergern, die aber trotz aller Tapferkeit zurückgeschlagen wurden. Mehrere Stunden lang behaupteten sich Blücher und York gegen den weit zahlreicheren Feind, der von drei Seiten zugleich andrang und zuletzt noch das Dorf Preititz in Blüchers Rücken einnahm. Der Rückzug des verbündeten Heeres war nun eine Notwendigkeit geworden. Auf den Rat des Generals v. d. Knesebeck brachen die verbündeten Monarchen nach 3 Uhr die Schlacht ab und befahlen den Rückmarsch, der von den Preußen in fester Haltung, Schritt vor Schritt kämpfend ausgeführt wurde; die Russen (die beiden Flügel) waren bereits aus der Schlachtlinie herausgewichen. Nicht einen einzigen Truppenteil konnte der Feind abschneiden. Er gewann wieder nur ein leichenbesäetes Schlachtfeld. Von seinen 170 000 Mann (Franzosen, Italienern und Rheinbündnern) hatte Napoleon 20 000 an Toten und Verwundeten, außerdem einige hundert Gefangene und 2 Kanonen verloren. Der Verlust der Verbündeten betrug etwa 10 000 Mann an Toten und Verwundeten, und sie ließen keine Fahne, keine Kanone, kaum einen Gefangenen in Napoleons Händen. Er war über ihre verzweifelte Tapferkeit und die Unfruchtbarkeit seines zweideutigen Sieges sehr betroffen. „Was?“ rief er ingrimmig, „nach einer solchen Schlächterei keine Resultate? keine Gefangene? Diese Leute werden mir auch nicht einen Nagel lassen!“

Zum zweitenmal hatte die russische Führung verdorben, was die unvergleichliche Tapferkeit und Ausdauer der verbündeten Truppen geleistet. Wie Wittgenstein bei Großgörschen, so traf Alexander bei Bautzen die Schuld an der Niederlage. Barclay de Tolly aber, den er jetzt den Oberbefehl erteilte, trieb immer weiter zum Rückzuge und vermehrte dadurch den Kleinmut, der die beiden Monarchen nunmehr ergriff. „Haben all den Wirrwarr verschuldet!“ fuhr Friedrich Wilhelm den General York an, worauf York sich verbeugend erwiderte, „er habe zu Tauroggen nach bestem Gewissen gehandelt und seinen Kopf Sr. Majestät zur Verfügung gestellt.“ Der Mut der Truppen war dennoch ungebeugt; der Rückzug aus der Lausitz bewies es. Vergebens fiel der verfolgende Feind immer ihre Nachhut an; mit wetteifernder Tapferkeit schlugen Russen und Preußen jeden Angriff ab.

Vor allen zeichnete sich hierbei Blücher aus. Er hatte am 26sten den Oberbefehl über den zur Rechten marschierenden Teil, der aus Preußen bestand, erhalten und gedachte, nicht umsonst des russischen Hauptquartiers einmal los und ledig zu sein; er wollte dem Feinde sofort einen frischen, fröhlichen Husarenstreich versetzen. Das preußische Heer zog auf der Straße von Hainau nach Liegnitz, Ney mit den Franzosen folgte. Hinter Michelsdorf (eine Viertelstunde von Hainau) kam man in eine Ebene, die rechts von einer waldigen Niederung begrenzt war; geradeaus im Hintergrunde lagen die Dörfer Pantenau und Steudnitz. Hier stellte nun Blücher dem Feinde ein Bein. Die Nachhut

unter Oberst Mutius mußte sich langsam von Michelsdorf nach Steudnitz ziehen, um die Franzosen nachzulocken; in den Wald zur Seite bei Schellendorf ward Oberst Dolffs mit 20 Schwadronen in den Hinterhalt gelegt. General Maison, der die französische Vorhut führte, traute nicht recht; aber Ney trieb ihn vorwärts. So marschierte er denn in die Ebene ein; 1500 Schritt war er vorgegangen, da flammte plötzlich links von Schellendorf eine Windmühle auf — es war Blüchers Zeichen zum Angriff. Nun wußte Maison, wie die Sachen standen, und befahl, rasch Vierecke zu bilden. Zu spät! Schon donnerte Dolffs mit seinen Schwadronen im Trabe heran, warf sich im Galopp in die rechte Seite der Franzosen und säbelte Reiterei und Fußvolk so windschnell nieder, daß Mutius kaum Zeit hatte, auch mit seinen Reitern heranzukommen. In einer halben Stunde war das kecke, glänzende Gefecht zu Ende, Maison mit Verlust von 800 Mann und 11 Kanonen in voller Flucht. Diese derbe Lehre beherzigte der Feind; er wagte seitdem nur sehr langsam, sehr vorsichtig zu folgen. Desto gehobener war die Stimmung der Preußen.

Doch war ihre Lage im höchsten Grade bedenklich. Die Russen bestanden darauf heimzukehren, wenigstens sich in Polen zu einem neuen Feldzuge zu rüsten; dann mußte Preußen ganz allein den Krieg führen. War es dazu im stande? In diesem Augenblicke noch nicht. Denn die aufgebotene Volkskraft mußte, um im Felde verwendet werden zu können, noch mancherlei Entwickelungsstufen durchmachen; die Landwehr war noch ohne alle Ausbildung, größtenteils nur mit Piken bewaffnet; es fehlte zu den ungeheuren Bedürfnissen eines so großen Heeres augenblicklich noch an Geld, an Gewehren, an Schießbedarf, selbst an Leder zu Schuhen. Unter diesen Umständen war Zeit gewonnen, alles gewonnen.

Sollte Napoleon diese Frist, auf die alles ankam, gewähren? Die Spitzen seiner Armee erreichten ja schon die Oder, besetzten Breslau, während die Verbündeten rechts abschwenkend sich bei Schweidnitz verschanzten. Aber eben diese Bewegung machte ihn stutzig. Die Gegner waren also zu einer dritten Schlacht entschlossen; standen sie etwa schon mit Österreich in geheimem Bunde, daß sie sich so nahe an Böhmen hielten? Jedenfalls waren sie noch lange nicht erschöpft. Ihr zäher Widerstand von der Saale bis zur Oder, ihr ungestümer, sieghafter Mut jetzt eben bei Hainau trug nun die beste Frucht: Napoleons Zuversicht wankte. Besonders machte es auf ihn Eindruck, daß er in diesem Feldzug, in zwei Schlachten und zwanzig Gefechten kein einziges Geschütz genommen, aber einige fünfzig eingebüßt hatte. Er merkte, der Krieg in Deutschland war nun ein anderer; er erfocht noch Siege, aber zweideutige, unfruchtbare; er begann öfter, als er pflegte, hinter sich zu blicken. Und da sah er gar viel Widerwärtiges; sein Heer war doch arg mitgenommen. Die zusammengerafften Haufen junger Ausgehobener hatten unter seiner Führung allerdings zwei Siege gewinnen und bis Schlesien vordringen können; aber der Strapazen ungewohnt und noch ohne rechten militärischen Geist, gelichtet durch die Verluste auf den Schlachtfeldern und durch den noch größeren Abgang krank oder

erschöpft Zurückgebliebener, drohten sie nun in Auflösung auseinander zu fallen. Die französische Armee war nicht in dem gewohnten frischen Zug; auch ihr mangelte es an wichtigen Bedürfnissen, an Geschütz, an Reiterei, an geordneter Verpflegung, besonders an neuen Ersatztruppen, wenn sie, wie bisher den großen Vorteil der Überzahl behalten sollte. Dazu kam, daß ihr die Verbindung mit ihren Hilfsquellen gestört wurde; in ihrem Rücken schwärmte, verwirrend und Schaden stiftend, eine Menge verbündeter Streifscharen umher; eine derselben, und noch dazu eine der kleinsten — die 90 Mann starke Schar preußischer freiwilliger Jäger zu Roß unter dem verwegenen Rittmeister v. Colomb — hob am 29. Mai in der Nähe von Zwickau gar einen Transport von 24 Geschützen auf und machte dabei 300 Gefangene. Sehr lästig wurden der französischen Armee auch die Kosaken; sie hatte eben zu wenig Kavallerie. Alles dies behinderte, beengte Napoleon; er vermißte die Waffenhaftigkeit und rasche Bereitheit der Mittel, durch die er sonst seine großen, alles entscheidenden Schläge ausgeführt. Er redete sich täglich mehr ein, wenn er nur Zeit gewinne, habe er alles gewonnen. Kurz, auch er fühlte das Bedürfnis eines Waffenstillstandes. Er fühlte es so dringend, daß er einen solchen anbot, daß er sich ihn sogar unter unvorteilhaften Bedingungen und unter österreichischer Vermittelung gefallen ließ. Am 4. Juni wurde derselbe zu Poischwitz unweit Jauer, zunächst auf sechs Wochen, abgeschlossen. Die Franzosen räumten dem Vertrage gemäß Breslau und wurden auf den nordwestlichen Teil Schlesiens zwischen Katzbach und Oder und auf Sachsen beschränkt. Alle Streifparteien sollten bis zum 12. Juni auf das rechte Elbufer zurückkehren. Die von den Franzosen besetzten Festungen durften alle fünf Tage mit Lebensmitteln versehen werden.

Es war ein großer Gewinn, diese Waffenruhe, für beide Teile. Den Verbündeten durch die Not, dem Kaiser Napoleon durch weise Vorsicht geboten, konnte der Waffenstillstand, richtig benutzt, beiden zum Heile gereichen; es fragte sich nur, ob jeder von beiden seinen wahren Vorteil erkennen werde.

Dennoch traf die Nachricht vom Waffenstillstand das preußische Volk wie ein Donnerschlag. Es ahnte die Lage Napoleons, wie sie wirklich war, nämlich in ihrer ganzen Mißlichkeit, es unterschätzte andrerseits die Schwierigkeiten des verbündeten Hauptheeres und war begeistert von dem Erfolge, welchen die Preußen da, wo sie auf eigene Hand fochten, abseits vom großen Kriegstheater, in der Mark unter Bülow soeben errungen hatten.

Der Feldzug des Generals v. Bülow und das Volk in der Mark.

Als Wittgenstein mit dem Hauptheere nach Sachsen abmarschierte, ließ er das Corps Bülow — 10 000 Mann — an der Grenze der Mark zurück mit dem Auftrage, den Elbübergang bei Roßlau, die Straßen nach Berlin und die Belagerung Magdeburgs und Wittenbergs zu decken. Bis zur Schlacht bei Großgörschen war dieser Auftrag nicht schwer. Bülow nahm sogar den

Franzosen noch nebenher die Stadt Halle ab, die damals Festungsmauern hatte. Morgens am 2. Mai wurde sie nach heftigem Gefecht erstürmt, wobei sich das ostpreußische Bataillon Uttenhoven den größten Teil der Ehre zuschreiben durfte. Es hatte hier bei weitem das meiste gethan und doch war es erst im Januar gebildet, kam heute nach einem ermüdenden Nachtmarsch zum erstenmal ins Feuer, war mangelhaft bekleidet und ausgerüstet, größtenteils ohne Tschakos, ohne lederne Tornister, ohne brauchbare Gewehre; fast alles dies mußte es sich erst erobern.

Die Freude der Sieger währte nicht lange; es kam die Nachricht von der Schlacht bei Großgörschen, von dem Rückzug über die Elbe, und Bülow mußte auf das rechte Elbufer zurückkehren, um die Mark zu beschirmen, zu deren Oberbefehlshaber er am 8. Mai vom Könige ernannt wurde. Er nahm nunmehr, durch den Feuereifer der Behörden und Privaten unterstützt, die Förderung der Landwehr selbst auf das kräftigste in die Hand. Sie hatte ihre sehr großen Schwierigkeiten. Es waren Wehrmänner genug da, aber, wie überall im Lande mangelte es an Waffen, an kriegsmäßiger Kleidung, an Schuhen, Kochgeschirren, Tornistern, Brotbeuteln, kurz an allem, was der Soldat braucht, um ins Feld zu ziehen. Auch Offiziere fehlten, um die nötigen Übungen zu lehren. Mit denselben Hindernissen hatte die Errichtung des Landsturms zu kämpfen. Indessen die Thatkraft Bülows und der andern Behörden, die Lust des Volkes und die Not, die Mutter der Erfindsamkeit, halfen über vieles hinweg, was sonst unübersteiglich geschienen hätte.

Diesem Geiste des Volkes entsprach das Landsturmgebot, welches am 21. April 1813 vom Könige unterzeichnet und nach der Schlacht von Großgörschen veröffentlicht worden. Es war voll wahrhaft revolutionärer Schwungkraft: „Alle Staatsbürger“ — so bestimmte es — „die nicht schon bei dem stehenden Heere oder der Landwehr wirklich fechtend stehen, sind verpflichtet, sich zum Landsturm zu stellen, wenn das Aufgebot eintritt; der Kampf, zu welchem er berufen wird, ist ein Kampf der Notwehr, der alle Mittel heiligt. Niemand darf bei Todesstrafe den Landsturm aufbieten als die dazu durch das Gesetz berechtigten Personen; Widersetzliche, Meuterer, Deserteurs sollen den Tod oder beschimpfende Strafen erleiden; wer Sklavensinn zeigt, als Sklave behandelt werden. Die Landsturmmasse in einem bedrohten Bezirk muß sich mit Weibern, Kindern, Greisen und der besten Habe beständig zum Auswandern bereit halten; die Vorräte, namentlich das Mehl, sind fortzuschaffen oder zu verderben; Bier, Wein, Branntwein lasse man auslaufen; die Brunnen sollen in den zu verlassenden Gegenden verschüttet, die Mühlen, Kähne, Fähren und Brücken verbrannt, die Dörfer — doch in der Regel die Städte nicht — zerstört und verwüstet werden.“

Zwar zu so verzweifelten Maßregeln, wie massenhafter Auswanderung der Personen und Zerstörung des Eigentums, kam es nicht; dafür war man schon zu civilisiert; wohl aber trat der Landsturm, sich und das Seinige zu verteidigen, vielerorten, besonders in der Mark, eifrig zusammen.

Man sah ergraute Bürger und Beamte, Professoren und Prediger in seinen Reihen, zumal in der Hauptstadt, wo die Begeisterung am höchsten loderte, und es war nicht lächerlich, sondern rührend, Männer wie Schleiermacher, der von Geist so hehr, von Körper so klein und verwachsen war, auch mit der Pike erscheinen zu sehen. Wie stand er so begeistert da auf dem linken Flügel seiner Compagnie; wie mühte er sich, es dem baumlangen Savigny gleich zu thun, der rechts der Flügelmann war! Denn die Universitäts-Professoren bildeten einen eigenen Trupp. Auch Niebuhr, der lebhafte kleine Mann, exerzierte, daß er dicke Schwielen an den zarten Händen bekam, und Fichte, nicht viel höher an Wuchs, aber mit seinen robusten Gliedern auch sonst kein verächtlicher Gegner, marschierte jetzt, bis an die Zähne bewaffnet, zwei Pistolen im Gürtel, einen Schleppsäbel an der Seite. Die Männer der Kunst blieben hinter den Männern der Wissenschaft nicht zurück. Schadow führte die Schar der Künstler, Iffland die Schauspieler. Alle Stände wetteiferten, nachdem sie ihre Jugend ins Feld gesandt, nunmehr auch ihre letzte Mannschaft bereit zu stellen. So gewaltig auch Rückerts Landsturmlied braust, des Dichters am Main Gesang war nur ein Widerhall von dem, was an der Spree wirklich geschah.

Diesen Herd des Volksenthusiasmus, Berlin, „diese wahre Hauptstadt des sogenannten deutschen Vaterlandes"*) zu erobern, sandte nun Napoleon nach der Bautzener Schlacht ein Heer ab, 20 000 Mann unter Oudinot; am 25. Mai verließ dasselbe Bautzen, und während Bülow in der Lausitz oder an der Oder einen Angriff erwartete, marschierte es am 2. Juni auf Luckau. Sollte Berlin gerettet werden, so mußte Bülow dort vor Oudinot ankommen. Wie war das möglich? Er stand jetzt in Kottbus, also $6^1/_2$ Meilen von Luckau, während Oudinot nur 4 Meilen dorthin zu machen hatte. Und dann — Oudinot führte sein ganzes Heer mit sich; das Bülowsche Corps aber war weithin auf 18 Meilen verteilt; in Kottbus, in Drebkau, in Jüterbog, in Guben. Doch da galt kein Besinnen. Im Gewaltmarsch nach Luckau war die Losung; Bülow selbst, nachdem er diesen Befehl überall hingeschickt, brach morgens 5 Uhr am 3. Juni auf. Es war ein furchtbar anstrengender Marsch, der Tag ungewöhnlich heiß, der trockene Sandboden hüllte das matte Heer in dichte Staubwolken, die Kieferwälder, durch die der Weg oft führte, erfrischten wenig. Endlich um 11 Uhr abends war man in Luckau, hier warteten schon die Kameraden aus Drebkau; aber Boyens Brigade, die von Jüterbog, und Borstells, die von Guben heraneilte, hatten noch nicht anlangen können. Auch die eingetroffenen Truppenteile waren vor Erschöpfung halb aufgelöst. Gleichwohl traten sie am Morgen sämtlich schlagfertig unters Gewehr.

Der 4. Juni brach kühl und trübe an. Unter starkem Regen näherte sich Oudinot der Stadt und griff sie gerade dort an, wo Bülow es am wenigsten vermutete, an dem rechten Ufer des Flüßchens Berste. Hier stand, in der

*) „Berlin, vraie capitale de ce qu'on appelait la patrie Germanique." Thiers. l. c. XV. 474.

Kalauer-Vorstadt, die Brigade Oppen, während Bülow mit den übrigen Truppen am anderen Ende, in der Sandower-Vorstadt, Stellung genommen hatte. Um 10 Uhr fiel der Feind mit ganzer Macht Oppens Abteilung an und trieb ihn vom Platze. Seine Überzahl, besonders an Artillerie, schien eine Zeit lang den Sieg zu behaupten; aber Bülow warf ihm immer neue Bataillone entgegen, und so blieb die Kalauer-Vorstadt zuletzt doch in den Händen der Preußen. Um 3 Uhr entschloß sich Oudinot, da er in dem hartnäckigen Kampfe nicht vorwärts kam, die Vorstadt in Brand zu schießen, erreichte indes dadurch nur, daß die Flammen den Preußen so gut wie ihm den Weg versperrten. Beide Teile beschossen sich bis zum Abend; endlich trat Oudinot den Rückzug an, auf dem er beinahe 1000 Gefangene verlor.

Dieser Sieg stärkte das Selbstvertrauen der Truppen und der Bevölkerung nicht wenig und bewies der Welt, die Mark sei nicht so wehrlos, wie die Franzosen vermeint hatten. Es bedurfte einer solchen Erinnerung, um ungebeugt zu bleiben bei den Hiobsposten, die nunmehr kamen.

Deutsche Unfälle.

Während in Berlin die Vornehmen und Wohlhabenden dem gemeinen Mann mit gutem Beispiel vorangingen und nicht bloß zahlten und tüchtig zahlten, sondern auch selbst die Waffen ergriffen und fleißig exerzierten nach dem alten Wahrwort: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott; — ging es in Hamburg anders her. Es gab dort auch wackere Vaterlandsfreunde, den Buchhändler Perthes z. B.; aber die Masse der Bürgerschaft, die meisten der reichen Kaufleute, welche den Senat und die Stadt beherrschten, hatten keine Lust, beträchtliche Opfer zu bringen. Sich mit dem schweren Gewehr und Gepäck persönlich in Reih und Glied zu stellen, im Schweiße ihres Angesichts zu exerzieren und sich dann vom Feinde totschießen zu lassen, das wollte ihnen nicht in den Sinn. Sie meinten, diese Pflicht mit Geld abkaufen zu können. Das gemeine Volk sollte kämpfen, sie wollten zahlen. Hätten sie nur wenigstens tief genug in den Säckel gegriffen. Allein sie gaben bloß 200 000 Thaler her, eine Summe, die für die reiche und von den Franzosen mit dem furchtbarsten Elend bedrohte Stadt ein wahres Lumpengeld war. Damit brachten sie denn auch nur 2000 Mann zusammen, die sogenannte hanseatische Legion, eine Truppenmacht, die offenbar ganz unzureichend war, Hamburg gegen die herannahenden Corps von Davoust und Vandamme zu verteidigen. Man verließ sich auf fremden Beistand, aber diese Hoffnung schlug fehl; Dänemark, welches anfangs Schutz versprochen hatte, zog aus Furcht vor Napoleon seine Hand ab; Bernadotte, früherer französischer Marschall, jetzt der erwählte Kronprinz des seit dem 1. März mit Rußland, seit dem 22. April 1813 mit Preußen verbündeten Schwedens, stand zwar mit hinreichenden Streitkräften in der Nähe, ließ jedoch die wichtige Stadt verräterischer Weise im Stich; und Tettenborn war mit seinen 1300 Kosaken und den 2000 „Hanseaten" nicht imstande,

eine große Stadt gegen zehnfache Übermacht zu halten. Bei gehöriger Umsicht und kräftigem Zugreifen hätte er freilich die reichen Hilfsmittel, welche hier vorhanden waren, wohl heranziehen und in seinen Dienst bringen können; aber er verstand es nicht.*) So ergab sich Hamburg auf Gnade und Ungnade.

In der Nacht zum 30. Mai zog Tettenborn mit allen Truppen ab; am folgenden Tage besetzten die Franzosen die Stadt, und nun verhängte Davoust auf Napoleons Befehl ein hartes Strafgericht. 13 Millionen Thaler Strafsteuer war noch das geringere Unglück; die Hamburger mußten auch auf eigene Kosten und mit eigenen oder gemieteten Händen ihre halbe Stadt niederreißen, Verschanzungen aufwerfen und Hamburg in eine französische Festung umwandeln. Ein halbes Jahr lang dauerte die schimpfliche und schwere Arbeit; sodann jagte Davoust bei Beginn der strengen Jahreszeit 25 000 Menschen der ärmeren Bevölkerung aus der Stadt und ins Elend, um eine Belagerung besser aushalten zu können. Auch die Gelder der Hamburger Bank nahm er weg und bedrückte außerdem Hamburg, Lübeck, Bremen und die anderen abgefallenen Gebiete der Niederelbe mit allen Arten von Lieferungen, wie es ein erbitterter Feind im Kriege zu thun pflegt. So mußte Hamburg zehnmal teurer Schande, Unglück und Sklaverei bezahlen, als ihm eine ehrenvolle mannhafte Verteidigung gekostet hätte.

Der schmähliche Fall der größten deutschen Handelsstadt war für alle guten Deutschen ein harter Schlag; aber bald folgte ein neuer Schmerz, der noch tiefer die Seele traf. An keiner Blüte dieses schönen Völkerfrühlings, der im März 1813 über Deutschland aufzugehen schien, hing das Herz jedes edlen Deutschgesinnten so, wie an der Lützowschen Freischar.**) Von dem Turnvater Jahn und seinem trefflichen Genossen Friesen angeregt, von den Majors von Lützow, von Sarnowsky und von Petersdorff beantragt, wurde sie von einer zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission (Scharnhorst, Hardenberg, General von Hake) befürwortet und von Friedrich Wilhelm als „Königlich Preußisches Freikorps“ durch zwei Kabinettsordres vom 18. Februar 1813 errichtet. Die „Schwarze Schar“ war die liebste Hoffnung der begeisterten Freiheits- und Deutschtumsschwärmer; sie sollte, gleichsam ein Cherubsschwert in Germanias Hand, ein fleischgewordenes Kampflied „für Freiheit und Vaterland!“ im Sturm Deutschland durchsausen, „die wilde verwegene Jagd“; sollte die ganze deutsche Jugend zum Kampf wider den welschen Erzfeind um sich sammeln und „eine Schar der Rache“, allen Franzosen für Deutschlands Schmach vollauf vergelten. Sie war in der That der schönste, verklärteste Ausdruck dieses Krieges. Was die deutsche Jugend an edelster feurigster Geisteskraft besaß, fand sich in den Reihen der Lützower. Als glänzendste unter den glänzenden Jünglingsgestalten, als der vollkommenste Mann, der in den heiligen Krieg gezogen, wird von Jahn, Arndt, Schenkendorf und anderen der damals

*) Vgl. J. G. Rist, Lebenserinnerungen, Gotha 1880, II. 180 ff.

**) Stawitzky, Gesch. des 25. Regiments. — Vgl. C. Euler, Friedr. Ludw. Jahn, Stuttg. 1881, S. 262 ff.

siebenundzwanzigjährige Friedrich Friesen geschildert. Nach dem Tode Körners wurde derselbe Adjutant Lützows und fiel am 15. März 1814 bei La Lobbe in Frankreich. Sein Freund und Kampfgenosse Jahn rief ihm in der Vorrede seiner „Deutschen Turnkunst“ jene schönen Worte nach: „Friesen war ein aufblühender Mann in Jugendfülle und Jugendschöne, an Leib und Seele ohne Fehl, voll Unschuld und Weisheit, beredt wie ein Seher; eine Siegfriedsgestalt von großen Gaben und Gnaden, den Jung und Alt gleich lieb hatte; ein Meister des Schwerts auf Hieb und Stoß, kurz, rasch, fest, fein, gewaltig und nicht zu ermüden, wenn seine Hand erst das Eisen faßte; ein kühner Schwimmer, dem kein deutscher Strom zu breit und zu reißend; ein reisiger Reiter in allen Sätteln gerecht; ein Sinner in der Turnkunst, die ihm viel verdankt. Ihm war nicht beschieden ins freie Vaterland heimzukehren, an dem seine Seele hielt. Von welscher Tücke fiel er bei düstrer Winternacht durch Meuchelschuß in den Ardennen. Ihn hätte auch im Kampf keines Sterblichen Klinge gefällt. Keinem zu Liebe und keinem zu Leide —: Aber wie Scharnhorst unter den Alten, ist Friesen von der Jugend der Größeste aller Gebliebenen.“*) Ihm am ähnlichsten unter den Gebliebenen waren Eckard aus Mansfeld und ein Graf zu Stolberg, die Arndt ebenfalls besingt (Klage um drei junge Helden); ferner die drei jungen Grafen (Gröben, Canitz, Dohna), die Max von Schenkendorf feiert; und, von allen der berühmteste Theodor Körner, der Braut und Amt und seinen Dichterruhm im Stich ließ, um sein junges, reiches Leben dem Vaterlande zu opfern. Auch Jahn war Lützower; fast alle waren es, die nachmals in Kunst und Wissenschaft oder in wirksamer Deutschheit hervorragten. Mit hochfliegender Begeisterung folgten sie dem Banner der Freischar, welches mit seinen Farben schwarz-rot-gold die ganze deutsche Jugend aus der Nacht der Knechtschaft durch Blut zur Sonne der Freiheit führen sollte.

Aber diese schönen und großen Hoffnungen verwirklichten sich nicht, diese herrliche Blüte welkte und trug keine Frucht; denn das außerpreußische Deutschland, für welches die Schar doch vornehmlich bestimmt war**), beteiligte sich an diesem „nordischen Kriege“ wenig; das Lützow'sche Corps blieb eine bloße Freischar. Als solche hätte sie nun im Rücken des Feindes bedeutende Schläge ausführen sollen. Das geschah jedoch nicht. Major von Lützow war ein tapferer Mann, aber kein geschickter Parteigänger; es fehlte ihm dazu an der nötigen Umsicht und zugleich kühnen und besonnenen Entschlossenheit. Daher kam es denn, daß ihn bei seinen Unternehmungen ein Unstern verfolgte. Überdies wuchs die Truppe durch Zuzug aus der Altmark, aus Sachsen und Mecklenburg von 1050 Mann (so zahlreich war sie beim Auszug aus Schlesien) im Mai auf 2000 Mann Fußvolks mit 9 Geschützen und 600 Reitern an und wurde dadurch für eine bloße Streifschar zu schwerfällig. Auch hielt man sich

*) C. Euler, Friedrich Friesen, Berlin 1885. — Friesens Gebeine ruhen auf dem Invalidenkirchhofe zu Berlin.

**) Vgl. die zweite Kabinetts-Ordre vom 18. Februar 1813.

zu lange mit Rüstungen und Vorbereitungen auf. Kurz, die Schar brachte es nicht zu großen Thaten, obwohl sie überall, wo sie mit dem Feinde zusammentraf, sich mit größter Tapferkeit schlug, wie sie denn gleich ihr erstes Gefecht (den 12. Mai an der Göhrde) sehr rühmlich bestand. Dennoch haßte Napoleon keinen Teil seiner Gegner so bitter als dieses Corps, zum Zeichen, daß er den Volksgeist mehr fürchtete, als er zu thun sich den Anschein gab. Er benutzte daher mit ingrimmiger Schadenfreude eine Unvorsichtigkeit Lützows, um demselben einen furchtbaren Schlag zu versetzen.

Ende Mai hatte Lützow von der Altmark mit 400 Reitern einen Streifzug nach Thüringen unternommen, hob in Roda und Schleiz 500 Rheinbündner auf, die sogleich bei ihm Dienste nahmen, und drang über Plauen im Voigtlande bis Hof in Bayern vor. Hier traf ihn die Nachricht vom Waffenstillstand. Sei es nun, daß er bei den Franzosen und Rheinbündnern auf Ritterlichkeit und Schonung rechnete oder seine natürliche Sorglosigkeit ihn in Sicherheit wiegte, er nahm, statt nach Böhmen überzutreten oder sich selbst einen Weg durch Sachsen nach der Elbe zu suchen, die Führung eines von dem sächsischen Kriegsminister von Gersdorf abgeschickten Wegweisers an, der ihn in das Netz führte, welches man ihm jetzt legte.*) Denn Napoleon hatte beschlossen, während des Waffenstillstandes alle Freicorps zu vernichten. Auf seine Weisung, „Sachsen von den Räubern zu befreien und sie zu vernichten, wo er sie finde“, schickte der in Leipzig befehligende französische General Fournier, beauftragt von seinem Vorgesetzten, dem Herzog von Padua, 4000 Reiter, Franzosen und Rheinbündner, an den Floßgraben, den nach Leipzig heranziehenden Lützowern entgegen. Bei Kitzen wurde die kleine Schar von allen Seiten umringt, mit zehnfacher Übermacht angefallen und niedergehauen (17. Juni). Deutsche — eine württembergische Brigade unter dem General von Normann — waren es, welche dies Schergenamt wider ihren Willen verüben mußten. 305 Lützower fielen oder wurden gefangen; der Überrest — noch 100 Reiter, darunter Lützow selbst und Körner, der letztere schwer verwundet — entkam glücklich und rettete sich über die Elbe. Wenn Lützow sich hier auch wenig umsichtig zeigte, namentlich auch alle Warnungen unberücksichtigt ließ, so ist er doch von dem Vorwurf frei zu sprechen, den ihm Napoleon machte, als habe er den Waffenstillstand verletzt. Sein Verfahren in dieser Beziehung war korrekt, und der „Überfall“ ein rechtswidriger Friedensbruch.**)

Die Freischar erholte sich von diesem Schlage nie ganz wieder; sie spielte seitdem auch in der öffentlichen Meinung nur eine Nebenrolle; sie hat zwar immer mit Ehren gekämpft und später manchen glücklichen Tag gehabt, aber mehr als die Bedeutung eines Streifcorps hat sie nie erlangen können. Ohne Zweifel, wenn die Masse von Geist und Eifer, die in ihr vereinigt war, unter

*) Vgl. Skizzen aus dem Leben F. Hoffbauers von J. A. Voigt, Halle 1869, S. 197 ff.

**) A. Brecher, Napoleon I. und der Überfall des Lützowschen Freicorps bei Kitzen am 17. Juni 1813, Berlin 1897.



die regelmäßigen Heerkörper wäre verteilt worden, die Leistungen dieser Feuerköpfe hätten beträchtlicher sein müssen. Aber wiegt nicht diesen Vorteil die Poesie auf, welche die Schar in das Bild jenes Krieges bringt, — wär' es auch nur die Poesie des Schmerzes?

Die Zeit des Waffenstillstandes.

„Als am zweiten Pfingsttage," erzählt Arndt*), „die Nachricht von der abgeschlossenen Waffenruhe nach Berlin kam, wurden plötzlich alle Gesichter blaß, alle Herzen wie vom Donnerstrahl getroffen; bange Todesstille war in der eben noch so fröhlichen Menge der wandelnden Menschen; die Sonne des schönen Frühlingstages schien nur auf Verzweifelnde." Man fürchtete, die große Bewegung werde im Sande verrinnen, die Ketten festbleiben, ein fauler Friede der Lohn so vieler Anstrengungen sein. Allmählich machte sich indes eine gerechtere Würdigung der Dinge geltend, die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Ereignisses wurde begriffen. Man erkannte und billigte den Zweck, welchen der König in einer Erklärung an das Volk (vom 15. Juni) ausdrücklich angab: „damit die Nationalkraft, die mein Volk bis jetzt so ruhmvoll gezeigt hat, sich weiter entwickeln könne." Mit verdoppeltem Eifer betrieb man — ganz Preußen ein Heerlager — das Werk der Rüstung. Was bisher gefochten, waren nur die Rahmen jenes mächtigen Volksheeres gewesen, welches der König im März aufgeboten; sie hatten heldenhaft gefochten, die Kämpfer von Großgörschen und Bautzen, freiwillige Jäger und Linientruppen, beide gleich preiswürdig, sie hatten die Übermacht nicht besiegen können, aber ein Großes erreicht, daß hinter ihnen das Volksheer schlagfertig aufmarschieren, daß jetzt recht eigentlich die Masse der Nation ins Feuer geführt werden konnte, die reiche Sommerernte der schönen Frühlingssaat. Bei Beginn des Krieges hatte die Regierung die Festungen zwischen Elbe und Weichsel, welche der Feind noch in Händen hielt, durch die Ersatzbataillone des stehenden Heeres einschließen lassen. Sie machten hier die Vorschule des Krieges durch. Sie wurden darauf von den ausgebildetsten Bataillonen der Landwehr abgelöst, die dann wiederum anderen Landwehrhaufen Platz machten, um ihrerseits zur Feldarmee abzugehen. Die Kleidung der Landwehr war sehr einfach: eine blaue Litewka (Rock) mit einem Kragen von der Farbe der Provinz, die Preußen rot, die Pommern weiß, die Märker krapprot, die Schlesier gelb, später (nach Eroberung der preußischen Provinzen links der Elbe) die Elbregimenter hellblau mit roter Einfassung, die Thüringer grün; eine blaue Tuchmütze mit dem Kreuz von Blech vor der Stirn, um welches die Inschrift: Mit Gott für König und Vaterland! Die Waffen waren beim Fußvolk zunächst das Gewehr, bei den Reitern Säbel und Lanze. Wenngleich nun die Landwehrleute nicht so militärisch aus-

*) Schriften für und an meine lieben Deutschen, I. 138. Vgl. Arndt, Wanderungen, Seite 185.



sahen, wie die Linientruppen, weshalb sie vom Feinde anfangs den Spottnamen „Kreuzbauern“ erhielten, so bewiesen sie doch sehr bald durch die That, daß sie an altem Preußensinn, an Tapferkeit und Heldenmut ihren Kameraden von der Linie gleich standen, und bei dem großen Eifer, der sie beseelte, eigneten sie sich mit der Zeit auch die ihnen noch fehlenden soldatischen Fertigkeiten an, namentlich die Fähigkeit, Märsche und Strapazen zu ertragen.

Waren die Städter nach ihrer Art rasch vorangegangen mit begeisterndem Beispiel, so zeigte das langsamere Landvolk die nachhaltigere Kraft seiner kernigen Natur; es überholte rasch die anderen Stände in opferfreudiger Leistung. Ohne Murren gab der Bauer tagtäglich alles und jedes her, Geld und Naturalien, Vorspann und persönliche Dienstleistungen und alle waffenfähige Mannschaft. Die Lieferungen und Einquartierungen, die Aufgebote und Kriegsübungen hörten nicht auf; in manchen Gegenden blieb nicht bloß der Feldbau vollständig liegen, sondern auch Höfe und Häuser verödeten. Aber man trug freudig die ungeheuren Lasten; denn man trug sie für sich, für das Vaterland, für die Rache, und nicht mehr für den fremden Zwingherrn und seine übermütigen Horden, die bisher wie Heuschrecken den Wohlstand des Landes verzehrt hatten. Allerdings gab es Ausnahmen von der allgemeinen Opferwilligkeit. In einigen Kreisen Oberschlesiens und noch mehr in einem Teile Westpreußens stieß die Bildung der Landwehr auf die ernstlichsten Schwierigkeiten, weil hier polnische Bevölkerung saß, welche die begeisterte Stimmung der deutschredenden Preußen nicht teilte. Hier suchte man sich der Wehrpflicht zu entziehen. Ähnlich verhielt sich (mit Ausnahme der in Berlin und anderen Großstädten ansässigen) die Judenschaft; besonders in Westpreußen. Viele Juden baten, ihnen den Kriegsdienst zu erlassen und lieber Geld anzunehmen, worauf die Regierung denn auch einging. Dagegen waren die andern nichtdeutschen Volksstämme Preußens, namentlich die Littauer und Masuren Ostpreußens, vom besten Geiste beseelt. Übrigens deckte jeden Ausfall reichlich die verdoppelte Opferfreude der deutschen Preußen, welche die große Mehrzahl der Nation bildeten.

Es fehlte denn auch nicht an Leuten; bis Ende Juli waren 140 000 Mann Landwehr schlagfertig. In demselben Verhältnis stand die übrige Leistung. Die Kurmark hat allein für Pferde, Schlachtvieh, Früchte, Ausrüstung der Mannschaften und andere Kriegsbedürfnisse im Jahre 1813 an 30 Millionen aufgebracht.

Auch das Schrifttum trug das seinige dazu bei, das Volk fort und fort in seinen innersten Tiefen aufzuwühlen und auf der Höhe der Zeit zu halten. Zwar der Altmeister der Litteratur, Goethe, verhielt sich abwehrend; ihm war bei dem Neuen, Ungeheuren, das da in Preußen vorging, unbehaglich zu Mute; er fühlte für Napoleons Cäsarenhaftigkeit eher eine beifällige Anteilnahme. „Schüttelt nur an euren Ketten!“ rief er den Begeisterten unmutig zu, „der Mann ist euch zu groß, ihr werdet sie nicht zerbrechen.“ Aber die Jüngeren dachten deutscher und ließen der frischen That es nicht an dem rechten Worte

fehlen. Sprachen Rückerts „geharnischte Sonette“ mehr zu den feiner Gebildeten, Max v. Schenkendorfs ritterliche Lieder mehr zu den adlig Gestimmten, so fanden Körners schwärmerische Weisen bei der Jugend, Arndts volkstümliche Schriften bei der Masse der Nation den lautesten Widerhall. Zahllose Flugblätter, Gedichte, Spottschriften, Lieder, Ansprachen, Zeitungen flogen durch das Land, in jedes Haus, in jede Hütte, regten und klärten jedermann auf.

Während so das preußische Volk die Zeit der Waffenruhe benutzte, um demnächst mit der vollen Wucht seiner Gesamtkraft in den Krieg einzutreten, arbeitete die Diplomatie der Verbündeten eifrig daran, das mächtige Österreich auf ihre Seite zu ziehen. Da war es nun ein großes Unglück für die Sache Deutschlands und der Freiheit, daß in Österreich von deutscher Nationalität so gar wenig vorhanden, daß hier das Volk ein lauer Freund, die Regierung fast ein Feind Deutschlands war. Kaiser Franz, lothringischen Stammes und Italiener von Geburt, hatte, obwohl er den gemütlichen Wiener spielte, in seiner engen Seele keinen Funken deutschen Sinnes; er haßte vielmehr alles Deutsche als „Ausländerei“ und „lutherisches Wesen.“ Noch mehr, mit Verbissenheit, haßte er jede Regung des Volksgeistes. „Ich kenne keine Völker,“ sagte er, „ich kenne nur Unterthanen.“ Er verabscheute die Schwärmer und die Deutschtümler, die Denker und Dichter, die Kant und Schiller, kurz alles, was dem Volkstum Schwung gab. Er verabscheute besonders die ganze Bewegung, die er in Preußen auflodern sah, als „strafbaren Jakobinismus.“ Er war schlau genug zu merken, daß sie zu der Geistesenge und Nichtsnutzigkeit seines Despotentums in geradem Gegensatze stand. Er verwahrte sich denn auch gegen die „revolutionären, excentrischen“ Maßregeln der Verbündeten, gegen ihre Aufrufe an die Deutschen, gegen ihr Unternehmen eines Volkskrieges. Der Versuch des Kalischer Manifestes, die deutschen Bevölkerungen auch nötigenfalls gegen den Willen ihrer Fürsten zum Aufstande zu bringen, erschien ihm als ein Frevel an dem Heiligtum des göttlichen Rechts der Könige. Er ließ daher die Deutschgesinnten, die sich selbst in seinem despotisierten Österreich hie und da fanden, wenn sie so redeten, wie man in Preußen handelte, sorgfältig hinter Schloß und Riegel legen, damit sie ihm nicht die gutgesinnte Herde ansteckten, und die Wiener Polizei mußte dafür sorgen, daß auf den Vorstadttheatern die ehrwürdige Begeisterung der Jünglinge, die bei Großgörschen und Bautzen fielen, verhöhnt und beschimpft wurde.*) Franz I. war fest entschlossen, einen „deutschen Freiheitskrieg“ nicht nur nicht mitzumachen, sondern womöglich zu verhindern.

Jedoch zu einem Kabinettskriege gegen Napoleon hatte er wohl Lust. Die Provinzen, die er verloren, mußte er wiederbekommen. Vor allem, er mußte Rache nehmen für die Schmach, die ihm Napoleon vordem zugefügt. Übrigens

*) Scherr, Blücher III. 132. Vgl. Karoline Pichler, Denkwürdigkeiten, S. 225. Springer, Geschichte Österreichs I. 211.



wollte er den Schwiegersohn nicht vernichten, sondern nur gründlich demütigen. Aber obgleich er dabei mit Rußland und Preußen im Bunde wenig Gefahr lief und der Gewinn sehr lockte, so fürchtete er den Gewaltigen, der ihn so oft besiegt hatte, doch viel zu sehr, um nicht einen diplomatischen Feldzug bei weitem einem militärischen vorzuziehen. Er ging gern sicher und wollte lieber die Lage als bewaffneter Vermittler benutzen, um, wenn irgend möglich, ohne Krieg Napoleon einen Frieden aufzunötigen, der Österreich wieder vergrößere und neben den französischen Einfluß in Deutschland den österreichischen setze. Das war sein Gedanke; er überließ es seinem Minister Metternich, diesen Gedanken auszuführen.

Metternich war ungefähr desselben Charakters wie sein Herr, nämlich ein kalter, zäher, heuchlerischer Selbstling. Dabei flach, niedrig von Gesinnung, aber glatt wie ein Aal, formgewandt und pfiffig. Er richtete den Willen seines Kaisers mit großer Geschicklichkeit aus und wußte es so zu drehen, daß Österreich eine vermittelnde, eine Schiedsrichterrolle erhielt. Schon am 8. Mai hatte er Napoleon seine Vorschläge gemacht, und er wiederholte sie dann: Auflösung des Großherzogtums Warschau zu Gunsten Rußlands, Österreichs und Preußens, einige Stärkung Preußens (die für Österreichs Unabhängigkeit gegen Rußland und Frankreich nötig war), Abtretung Illyriens an Österreich, Herausgabe der Hansestädte. Österreich wollte ihm also zwei Drittel von Deutschland, nämlich das Königreich Westfalen, die Rheinlande, Hannover und selbst den Rheinbund gönnen. Napoleon aber wollte überhaupt nichts opfern, höchstens einen kleinen Fetzen von seiner Beute, etwa Illyrien und Warschau. An seinem Hochmut glitt der Hinweis auf die Wandelbarkeit des Glückes und die ungeheuren Verluste im vorjährigen Feldzuge wirkungslos ab. „Wie groß war denn am Ende mein Verlust in Rußland?" sagte er verächtlich. „Dreihunderttausend Mann höchstens, und noch dazu viele Deutsche darunter!"*) Mit Menschlichkeitsgründen für den Frieden durfte man ihm nicht kommen, und die Klugheit schien ihm zur Fortsetzung des Krieges zu raten. Er meinte — und dies war der große Irrtum, durch welchen er das meiste zu seinem Untergange beigetragen hat — er meinte, durch eifrige Rüstungen während der Waffenruhe werde er seine Streitkräfte so vermehren, daß er die Verbündeten auch nach der Vereinigung Österreichs mit ihnen bezwingen könne. Darum wies er jene so vorteilhaften Vorschläge hartnäckig zurück. Nur insofern hatte er recht, als auch dieser von Österreich gebotene Friede, der Italien und das meiste deutsche Land in französischer Gewalt ließ, ohne Dauer gewesen wäre; zwischen ihm und Europa mußte das Schwert entscheiden, und zwar über alles oder nichts. Er wußte und hatte es oft eingestanden: sein Reich konnte nur dauern, so lange er lebte. „Frankreich", sprach er einst, als seine Macht am größten war, „Frankreich kann nicht jenseit des Rheins Krieg führen; Bonaparte hat es gekonnt, aber nach mir ist alles dies vorbei."**) Doch eben darum, meinte er,

*) Duc de Broglie, Souvenirs. Paris 1886, I. 230.

**) Gentz, Tagebücher, 1861, S. 206.



müsse Bonaparte das Überflüssige verteidigen, damit Frankreich einst das Notwendige, d. h. den Rhein, behalte.

Metternich unterhandelte nun desto eifriger mit den Verbündeten. Er sah, wie großen Wert sie auf Österreichs Beitritt legten, zu welchem dieses doch der eigene Vorteil trieb, und verkaufte denselben daher auch übermäßig teuer. Zunächst müsse die Art der Behandlung des Krieges eine „korrektere“ werden, solche Manifeste wie das Kalischer dürften nicht erlassen werden, überhaupt keine Berufung an das Freiheits- und Nationalgefühl der Massen eintreten. Es müsse sich nicht um Volksrechte, deutsches Vaterland, nationale Verfassung und dergleichen Ungeheuerlichkeiten, sondern um rein dynastische Interessen handeln. Sodann müsse man dem französischen Kaiser nicht allzuviel abfordern, nämlich nur das Herzogtum Warschau, Illyrien und von Deutschland die Gebiete zwischen der unteren Elbe und der Ems. Unter diesen Bedingungen versprach Österreich seinen Beistand; am 27. Juni verpflichtete es sich in dem Vertrage zu Reichenbach, dem Bunde gegen Napoleon beizutreten, wenn dieser die genannten Forderungen, auf denen es bestehen werde, ablehne. Preußen und Rußland konnten sich mit einem solchen Ausgange des Krieges nicht begnügen, aber sie rechneten mit Bestimmtheit darauf, daß Napoleon in seiner hochmütigen Verblendung verharren werde, und für diesen Fall wenigstens steckte sich Österreich ein weiteres Ziel, nämlich ganz Deutschland zwar nicht von seinen Rheinbunds-Souveränen, die Franz I. vielmehr aufrecht erhalten wollte, aber von den Franzosen befreien zu helfen. Deutschlands „Wiedergeburt“ war freilich auch dann unmöglich. Von diesem Metternichschen Gespinst, womit die junge deutsche Hoffnung bald sollte erwürgt werden, hatten die Deutschgesinnten damals noch keine Ahnung: sie hielten Metternich und Franz I. nur für schlaffe Freunde, nicht für entschiedene Feinde ihrer Sache; übrigens kam es zunächst auf Napoleons Bekämpfung an, sie hätten sich gegen ihn auch mit dem Teufel verbinden mögen. Deshalb bemühte sich selbst der Edelsten und Klarsten einer, Scharnhorst, mit persönlicher Aufopferung um Österreichs Beitritt. Ohne auf seine Wunde Rücksicht zu nehmen, reiste er im Mai Tag und Nacht nach Wien; Franz I. mochte aber mit Männern wie Scharnhorst nichts zu thun haben, er ließ ihn mit guter Art zurückweisen, und Scharnhorst reiste nun ebenso eilig nach Prag, um dort für das Bündnis zu wirken. Seine Wunde verschlimmerte sich durch diese Anstrengungen so, daß er zu Prag am 28. Juni seinen Leiden erlag; ihm war es versagt, mit seinen Augen noch zu schauen, wie so herrlich seine größte Schöpfung, die Landwehr, die Feuerprobe bestand.

Einen Augenblick schien es, als wenn Napoleon die ganze Gefahr seiner Lage begriff; er bewog Metternich, eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 10. August zu erwirken und einen Friedenskongreß zu Prag herbeizuführen. Aber die Verhandlungen zerschlugen sich, weil nur Österreich den aufrichtigen Wunsch nach Frieden hatte; Preußen und Rußland, deren Rüstungen jetzt vollendet waren, brannten vielmehr vor Ungeduld, mit den Waffen bessere Erfolge

zu erkämpfen, als die Federn der österreichischen Diplomatie erstrebten; diese selbst erkannte zuletzt, daß nur durch den Krieg etwas Erkleckliches zu gewinnen sei; Napoleon endlich wollte nur Zeit für seine Rüstungen gewinnen, um später als Besieger aller den Frieden nach seinem Belieben vorschreiben zu können. Übrigens zum erstenmal seit sechzehn Jahren bei einer Friedensverhandlung in der Lage des Bedrängten, in der Lage, um den Verlust eines Mehr oder Weniger markten zu müssen, fürchtete er, daß ein Schritt zurück ihn auf eine Bahn des Niedergangs brächte, wo kein Halten sei, daß, wenn er nachgäbe, Europa ihn so geschwächt haben würde, um bald neue und größere Forderungen zu stellen. Daher beharrte er darauf, außer Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden auch noch das westliche und südliche Deutschland behaupten zu wollen; ja er forderte sogar für den Verzicht auf Polen und Illyrien, daß die brandenburgischen Marken von Preußen abgerissen und dem Könige von Sachsen gegeben würden! oder wenigstens, daß Preußen nicht Danzig und nichts von seinen früheren deutschen Besitzungen erhalte. So konnten denn die Bevollmächtigten Preußens und Rußlands mit leichtem Herzen in der Nacht zum 11. August Prag verlassen; Kongreß und Waffenstillstand waren zu Ende, Österreich gewonnen, und der Krieg fing wieder an. Am 12ten erfolgte Österreichs Kriegserklärung.

Es verstärkte durch seinen Hinzutritt die gegen Napoleon stehende Streitmacht sehr erheblich, aber es brachte dagegen auch einen Bestandteil in den Bund, in den Krieg, welcher den Schwung desselben wie ein Bleigewicht hemmte und ihn in der That allgemach aus einem Volkskriege in einen Kabinettskrieg veränderte. Auch für die Erhebung des Deutschtums konnte wenig Heil kommen von einer Vereinigung, zu welcher Franz I. und Metternich gehörten, und aus einem Heerlager, in welchem nunmehr neben den Russen auch noch die Slaven und Magyaren Österreichs Platz nahmen. Selbst die Deutschösterreicher waren von dem Geiste, der in Preußen flammte, so gut wie unberührt. Dachte die große Masse der Preußen in erster Linie an Preußen, in zweiter an Deutschland, so kam den allermeisten Österreichern Deutschland überhaupt nicht in den Sinn. Von der gewaltigen, hochgestimmten, von der wahrhaften Volksbegeisterung, die dort im Norden herrschte, war in Österreich keine Spur; nicht bloß in der österreichischen Regierung, „auch in dem österreichischen Volke selbst war die kühne Energie und Frische von 1809 nicht mehr vorhanden. Mit dem Schwung, womit sie bei Aspern und Wagram gestritten, gingen die Österreicher jetzt nicht in den Krieg; sie brachten nur eine Verstärkung an Zahl und Macht." *) Zur Bezwingung Napoleons war diese Hilfe freilich sehr nützlich, weil er anderenfalls die Überlegenheit der Zahl behalten hätte; hinsichts der weiteren Ziele aber war Österreichs Beitritt, wie sich bald zeigte, für die Sache des deutschen Volkes, sowie des preußischen Staates ein Nachteil.

*) Häusser, a. a. O. IV. 274. — Springer, a. a. O. I. 208. — Vgl. Criste, der Beitritt Österreichs zur Coalition i. J. 1813, Mitteilungen d. k. u. k. Kriegsarchivs in Wien, N. F. Bd. 8, Wien 1894.



Nicht besser stand es, mit Ausnahme Rußlands, um Preußens übrige Allianzen. Schweden war ein schwacher, unzuverlässiger, beinahe ein verräterischer Freund; die englische Regierung, damals noch ganz zu Diensten der hannöverischen Dynastie, schien als wichtigstes Ziel der deutschen Erhebung die Versorgung des Hauses Hannover zu betrachten, sie setzte in dem Vertrage zu Reichenbach, den sie am 14. Juni mit Preußen abschloß, sehr genau die künftigen Vergrößerungen Hannovers fest, während Preußen nur das unbestimmte Versprechen einer Wiederherstellung im Umfange von 1806 erhielt. Es kam auch bei den Hilfsgeldverträgen zu kurz; England zahlte ihm zwei Drittel Millionen Pfund Sterling, während Rußland sich die doppelte Summe ausmachte; die russischen Diplomaten führten eben ihr Geschäft besser als die preußischen.

Daß trotz alledem durch diesen Krieg immer noch etwas Gutes und Großes erreicht worden ist, hat man unter den Fürsten Alexander und Friedrich Wilhelm, unter den Nationen aber den Preußen zu danken, dem Volke, den Kriegern und den Feldherren; denn die beiden Monarchen hielten an dem Entschluß, das Begonnene durchzuführen, fest, und Preußens unvergleichliche Leistungen machten es schlechterdings unmöglich, daß seine Bedürfnisse und Anliegen später so weit beiseite geschoben wurden, wie die Metternichsche Politik es beabsichtigte.

Die Zeit der Siege.

Seit Österreich dem Bunde beigetreten war, wurde sofort die Sprache, welche die Verbündeten in ihren Erklärungen führten, eine andere. Von der verheißenen Wiederherstellung des deutschen Reiches war nicht mehr die Rede, nur noch von der Wiederherstellung der Machtverhältnisse, welche Preußen und Österreich vor 1805 gehabt, und von der Abschüttelung des Joches, welches Frankreich den Deutschen im Rheinbund auferlegt hatte. Es galt also einer bestimmten Befreiung, nicht der Freiheit Deutschlands überhaupt. Auch dies Ziel war noch der Anstrengungen des deutschen Volkes würdig. Dennoch fuhr der Rheinbund fort, seine Soldaten unter Frankreichs Adlern kämpfen zu lassen. Die Verbündeten hatten also allein mit eigener Kraft Deutschlands Ketten zu brechen. Auch schienen sie dazu stark genug; denn sie traten nunmehr mit Übermacht auf den Kampfplatz, wenn auch bei weitem nicht mit so überlegenen Kräften, als die Franzosen zu behaupten pflegen. Es standen jetzt in Europa 85 Millionen Menschen verbündeter Völker gegen 78 Millionen unter Napoleon vereinigter, und zwar von den neunundzwanzig Millionen deutscher Zunge waren einundzwanzig mit ihren Streitmitteln auf Napoleons Seite. Was die Stärke der Heere betraf, so belief sich bei den Verbündeten die Gesamtzahl der Streiter jetzt auf 800 000 Mann, nämlich 277 000 Preußen (darunter 140 000 Landwehrmänner), 264 000 Österreicher, 249 000 Russen, 18 000 Schweden. Dagegen hatte Napoleon nur 500 000 Mann kampffertig (worunter ein Drittel Deutsche, die übrigen Franzosen, Italiener, Polen, Niederländer, Schweizer

und Dänen). Aber jene Übermacht war nicht so groß wie sie schien; denn auf beiden Seiten, jedoch in größerem Verhältnis auf seiten der Verbündeten, kam die Zahl derjenigen Truppen in Abzug, welche bei den Festungen und auf entlegenen Schauplätzen standen. Dort, wo der entscheidende Kampf erfolgen mußte, auf dem eigentlichen Kriegstheater zwischen Oder, Elbe und Saale, war die verbündete Übermacht noch keineswegs eine erdrückende. Napoleon eröffnete hier jetzt den Feldzug mit 330 000 Mann Infanterie, 72 500 Mann Kavallerie, 33 500 Mann Artillerie und 4000 Pionieren und Sappeuren, zusammen mit 440 000 Mann und 1200 Geschützen; es waren darunter 112 000 Deutsche (Bayern, Württemberger, Badener, Sachsen, Darmstädter, Westfalen u. s. w.). Was die Verbündeten bei Beginn des Feldzuges hier im freien Felde verwenden konnten, betrug 364 500 Mann Fußvolk, 76 000 Reiter, 30 500 Mann Artillerie und Genietruppen, 22 000 Kosaken, zusammen 493 000 Mann mit 1388 Geschützen. Nach dem Kriegsplan, welchen die Verbündeten zu Trachenberg am 12. Juli aufgestellt hatten, zerfiel diese Streitmasse in drei Teile: 1) die sogenannte Hauptarmee in Böhmen, bestehend aus 110 500 Österreichern, 60 000 Russen unter Barclay und 49 260 Preußen unter Kleist, zusammen 219 760 Mann mit 672 Kanonen; 2) das schlesische Heer, 38 220 Preußen (darunter 15 235 Mann Landwehr) unter York und 61 220 Russen unter Langeron und Sacken, zusammen 99 440 Mann mit 340 Geschützen; 3) die Nordarmee in der Mark, 78 250 Preußen (die Mehrzahl Landwehr) unter Bülow und Tauentzien, 29 660 Russen unter Wintzingerode und Woronzof, 18 000 Schweden, zusammen 125 910 Mann mit 316 Kanonen. Zu diesem Heere gehörte dann noch ein Corps unter Wallmoden, das in Mecklenburg gegen Davoust aufgestellt war: es betrug 24 560 Mann mit 60 Geschützen und bestand meist aus Norddeutschen (darunter auch die Lützower), sodann aus Russen, Preußen, Engländern und Schweden. Außerdem wurde bestimmt, vornehmlich nach den Vorschlägen des russischen Generals v. Toll, es solle eine energische Offensive ergriffen werden, und nur die schlesische Armee sich defensiv verhalten. Dieser Plan wurde dann aber auf Österreichs Forderung wesentlich abgeändert durch die Bestimmung, daß auch die böhmische und die Nordarmee in der Defensive verharren sollten.*)

Preußen that also unbedingt das Beste: es stellte nicht bloß die Volksbegeisterung, es stellte auch der Zahl nach mehr Truppen als irgend einer der andern Staaten, nämlich jetzt gleich zu den drei Hauptheeren 165 730 Mann (worunter 66 940 von der Landwehr), während Rußland 150 880 und Österreich gar nur 110 500 Mann dazu lieferten. Wie es aber bei der Verteilung der Beute übervorteilt werden sollte, so ward ihm auch der gebührende Anteil der Ehre verkümmert. Man legte den Gesamtoberbefehl des Krieges in die Hände eines österreichischen Generals, des Fürsten Karl v. Schwarzenberg,

*) G. Roloff, Die Entstehung d. Operationsplans f. den Herbstfeldzug von 1813, Mil. Wochenbl. 77. Jahrg. Nr. 58, 59 u. 60, Berlin 1892.



eines ehrenhaften und wohlgesinnten Mannes, aber nur sehr mittelmäßigen Feldherrn. Freilich war er für seine schwierige Stellung — drei Monarchen neben ihm im Hauptquartier — wenigstens in der Beziehung wohlbefähigt, daß er mit Geduld und Gewandtheit, mit Besonnenheit und Selbstüberwindung das Zusammenhalten des riesigen und so bunt gemischten Heeres zu erleichtern verstand; immerhin unter den obwaltenden Umständen ein Verdienst, wenn auch mehr von diplomatischer als militärischer Natur.*) Das Beste, was er gethan, liegt indes darin, daß er thatsächlich nur die Führung der böhmischen Armee selbst in die Hand nahm, die andren beiden Heere aber, bei welchen es wirkliche Feldherren gab, gewähren ließ.

Zwar mit dem Oberbefehl über die Nordarmee sah es übel aus, die Monarchen hatten ihn dem Kronprinzen von Schweden übergeben; sie hielten diesen Bernadotte für ein militärisches Genie, während er in der That nur ein Prahlhans und dabei ein verräterischer Ränkeschmied war, den seine persönlichen Interessen, insbesondere die Absicht, sich dereinst den französischen Thron zu erschwindeln, von jeder ernsthaften Bekämpfung seiner Landsleute abhielten. Zum Glück waren die preußischen Unterfeldherren in der Nordarmee, Bülow, Tauentzien, Hirschfeld, Männer, welche ihm zum Trotz zu siegen wußten. Die einzige Armee, bei der man einen preußischen General, und zwar den rechten, an die Spitze gestellt hatte, war die schlesische. Hier führte Blücher den Oberbefehl.

Jetzt 70 Jahre alt, war Gebhard Leberecht von Blücher (geboren am 16. Dezember 1742 zu Rostock, aus einer alten pommerschen Familie) auch körperlich fast noch so frisch wie vor 50 Jahren, da er, ein wilder Husar, unter Friedrichs Fahnen sich getummelt.**) Der alte Fritz liebte solche verwegene Gesellen, aber sie mußten ihm nicht über die Schnur hauen, und da sich der junge, ungestüme Offizier einmal zurückgesetzt sah und trotzig an den König schrieb, mußte er neun Monate im Arrest sitzen. Als er hierauf wieder beim Könige um den Abschied einkam, erhielt er ihn (im Januar 1773) mit den Worten: „der Rittmeister von Blücher kann sich zum Teufel scheren.“ Das war für ihn eine langweilige Zeit, als der ehemalige Husar nun bloß Landwirt und Hausvater sein mußte. War er beides auch ganz und recht, so fühlte er doch, die Natur hatte ihn zum Kriegsmann bestimmt. Endlich, nach Friedrichs Tode, durfte er wieder in die preußische Armee eintreten; in der Champagne, am Rhein wies er die Art, die in ihm steckte, und ward die Hoffnung der Soldaten und der Nation. „Sie sind unser Held,“ schrieb ihm Scharnhorst, ehe es losging, „der Held, von dem wir, wenn es gilt, Großes erwarten.“ Nun stand der Ersehnte endlich an seinem Platze, der geborene Held eines frischen,

---

*) Vgl. The letters of Lady Burghersch from Germany and France during the campaign of 1813—1814, London, deutsch von M. v. Kraut, Berlin 1894.

**) F. Wigger, Feldmarschall Fürst Blücher von Wahlstatt, Schwerin 1879. — K. Blasendorff, Gebhard Leberecht von Blücher, Berlin 1887. — Ebenderselbe, Blücher als Gutsbesitzer, Progr. d. Kgl. Bismarck-Gymn. in Pyritz 1889.

freudigen Volkskrieges. Es gab jetzt gar viele tüchtige Feldherren im preußischen Heere: York, Bülow, Tauentzien, Kleist, Gneisenau, Grolman. Aber keiner verband wie Blücher mit der heldenhaften altpreußischen Art so glühenden Nationalhaß, so rastlos zuschlagende Thatenlust und den glücklichen Trieb, unbeirrt durch Klügeleien und Rücksichten, geradeswegs aufs Ziel, unerschrocken dem großen Gegner immer auf den Leib zu gehen. Gelehrte Bildung, militärische Theorie hatte er nicht; sein Wissen war sein Können: mit scharfem, durchdringendem Verstande ersah er allemal mitten hindurch das, worauf es ankam, und setzte es mit rascher Entschlossenheit, mit Kraft und Zuversicht ins Werk. Nie fehlte ihm, selbst nicht in den gefährlichsten Lagen der Mut; immer gefaßt, zugleich voll Kühnheit und Geistesgegenwart, voll waglustiger Thatkraft und doch auch voll Verschlagenheit, war er kein bloßer Draufgänger und Husarengeneral, sondern ein Feldherr, der hell und groß den Geist, das Wesen dieses Krieges und seiner Aufgaben erfaßte, der, wo es sein mußte, sich auch den Dingen anbequemte, öfter sie mit seiner Heldenkraft gestaltete. Über Formen, Äußerlichkeiten setzte er sich leicht hinweg, aber dem derben, urwüchsigen Humor, mit dem er sie übersprang, folgte in wichtigen Augenblicken ein erhabener Ernst, sein natürlicher Takt lehrte ihn, sich überall ungebunden, aber doch mit Würde zu bewegen. Groß auch von Gesinnung, es war in ihm nichts Kleinliches, Eitles; vielmehr neidlos und wahr, begeistert für Vaterland und Kriegsruhm, stellte er im Felde an sich und die anderen die größten Anforderungen, war aber auch immer bereit, fremde Leistungen anzuerkennen. Kurz, ein Charakter ersten Ranges und dadurch befähigt, sich mit dem strategischen Genie eines Napoleons zu messen. Gegen das Volk war er gutmütig und herzlich; seine natürliche Freundlichkeit, sein sorgloser Frohsinn, seine biedere Rechtlichkeit machten ihn auch bei denen beliebt, die ihn nicht im Lager und im Felde gesehen. Aber hier war er in seinem Element. „Wenn er so, mit seinem offenen, blühenden Antlitz, der prächtig gewölbten und heiteren Stirn, den großen, listig blickenden oder heldenkühn blitzenden Augen, der mächtigen Adlernase, dem schnautzbartumschatteten Mund, der so schelmisch-gutmütig lächeln und befeuernd donnern konnte, an die Geschwader heran und durch die Reihen sprengte, einen Augenblitz, einen Scherz, ein Kraftwort, wohl auch eine Donnersalve von Flüchen dahin und dorthin werfend, so war die Wirkung eine unwiderstehliche, elektrische und elektrisierende.“*) Er war der Abgott des gemeinen Mannes.

Die Zuneigung der ihm untergebenen Generale mußte er sich freilich noch erobern. Die russischen Generale Langeron und Sacken standen ungern unter preußischem Kommando; Langeron trieb es oft bis zum Ungehorsam; Sackens brave Soldatennatur fand sich eher zurecht. Am mißvergnügtesten war York; es wurmte ihn, übergangen und unter das Kommando der „Kraftgenies“ gestellt zu sein. So nannte er Blücher und dessen Generalstabschef Gneisenau, die nun

*) Scherr a. a. O. III. 170.

im Hauptquartier geboten. Doch hat gerade er durch seine Meisterschaft im Technischen, durch seine Umsicht, durch seine Vorsorge für die sittliche und leibliche Tüchtigkeit seines Heerkörpers das meiste dazu beigetragen, daß jene geniale Kriegführung, die ihm sein Hauptquartier vorschrieb, so trefflich gelang, wie es geschehen ist.

So stellte Preußen also auch an tüchtigen Führern weitaus den größeren Teil. Diesem Verhältnis entsprach es, daß die Siege, die nun erfochten wurden, zumeist rein preußische waren.

Großbeeren und Hagelberg.

Es lag in Napoleons löwenhafter Natur, mit einem großen Schlage alles gewinnen zu wollen. Dieser Neigung verdankte der Feldzugsplan, den er während der Waffenruhe entworfen, seinen Grundgedanken; und die Sachlage schien ihr recht zu geben. Er sah sich jetzt von drei Seiten bedroht; aber die Heere, die er zur Rechten, zur Linken und vor sich fand, hielt er für Gegner von sehr verschiedener Gefährlichkeit. Das böhmische, obgleich durch Zahl und die Würde seines Hauptquartiers am bedeutendsten, beunruhigte ihn doch wenig, weil er die Schwerfälligkeit und Behutsamkeit seiner Bewegungen voraussah. Die Nordarmee verachtete er, weil er Bernadotte richtig, die preußische Landwehr ganz falsch beurteilte. Am meisten traute er der schlesischen Armee zu, dem Heere, das mit ihm bei Großgörschen und Bautzen gerungen. Betrachtete er das Ganze dieser Mächteverbindung, so konnte er nicht zweifeln, daß sie auseinanderfallen würde, wofern er dasjenige Glied derselben kampfunfähig mache, welches allein von allen zum Kriege bis aufs Messer entschlossen war, nämlich die Preußen. Sie waren die einzigen, deren staatliches Dasein auf dem Spiele stand; die Österreicher konnten glauben, mit Vorteil, die Russen auch mit Ehren ihm das Elbgebiet lassen zu dürfen, wenn ein neuer Sieg für ihn entschied; Preußen mußte sich so lange dagegen stemmen, als es noch Atem hatte.

Aus diesen militärischen und politischen Erwägungen entsprang nun bei Napoleon der Plan, sich mit einem Schlage Berlins und der Oderlinie zu bemächtigen, dadurch Preußen zu beseitigen, die Russen nach Polen zu werfen und dem also vereinzelten Österreich einen Schrecken einzujagen, in welchem es ohne Zweifel sich beeilen werde, das Schwert noch vor dem Kampfe wieder einzustecken. Um aber jenes große Ergebnis herbeizuführen, kam es darauf an, die schlesische und die böhmische Armee in Schach zu halten, daß sie nicht der Nordarmee zu Hilfe kämen. Napoleon dehnte daher seinen Verteidigungskreis sehr weit aus: von Hamburg und Wittenberg bis zum Bober und zum Erzgebirge. Das Centrum war Dresden; von hier, wo er den Kern seiner Streitmacht versammelt hatte, wollte er nach Bedürfnis dem Heere, welches er am Bober gegen Blücher aufgestellt oder den Truppen, welche die Pässe des Erzgebirges hüteten, Hilfe bringen. So gedeckt sollte einer seiner Marschälle die Aufgabe verrichten, die er ebenso leicht wähnte, als sie wichtig war, die Zer-

trümmerung der Nordarmee und die Eroberung Berlins. Er bestimmte dazu den Marschall Oudinot. Er hätte gewünscht, demselben auf dem Fuße zu folgen, aber als der Waffenstillstand ablief, kam die Nachricht, daß Blücher bereits vordringe; der Kaiser beschloß daher, in Person sich auf diesen zu werfen und jenes Hauptgeschäft Oudinot allein zu überlassen. Am 19ten schickte er ihn demnach mit 73000 Mann (Franzosen, Italienern, und Rheinbündnern) von Luckau aus in die Mark; er solle die Landwehr, „diesen Schwarm von Gesindel", wie Napoleon sie ingrimmig nannte, zerstreuen und Berlin, den Herd des Aufstandes, die „Hauptstadt des deutschen Jakobinismus", wenn es sich nicht ergebe, zerstören.

Ängstlich wich Bernadotte aus; er wollte seine Schweden schonen und die Franzosen nicht vor den Kopf stoßen; er gab die Linie der Notte und Nuthe auf, er wollte sogar Berlin preisgeben. Aber da erhob sich Bülow voll Zorn: „Mich", sprach er zu seinen Preußen, „bekommt er nicht gutwillig dazu, daß ich über seine Brücke bei Moabit zurückgehe! Unsere Knochen sollen vor Berlin bleichen, nicht rückwärts!" Durch Bülows kräftige Vorstellungen wurde Bernadotte dann auch bewogen, das Bülow unterstehende Corps in seiner Stellung südlich Berlin zu belassen.*)

Friedrich Wilhelm von Bülow, geboren am 16. Februar 1755 zu Falkenberg in der Altmark, war nunmehr seit 44 Jahren preußischer Soldat. Immer hatte er richtige Einsicht und große Tapferkeit bewiesen, aber selten Glück gehabt; erst im Feldzuge vor dem Waffenstillstand ging der Unstern unter, der sonst über den kriegerischen Unternehmungen, die man ihm anvertraute, zu walten pflegte. Er war alt geworden ohne große Thaten, und man bezweifelte fast seine Führergabe. Geistvoll wie die meisten Mitglieder seiner alten Familie, den Musen und den Wissenschaften ergeben, sanften und humanen Wesens, das nur hin und wieder leidenschaftlich aufbrauste, auch im Äußeren wenig martialisch, mittelgroß und behend gebaut, schien Bülow im Kriege nur eine untergeordnete Rolle spielen zu können. Aber jetzt, da ein großer Beruf an ihn herantrat, brach das Feldherrnmäßige in ihm, von glühender Begeisterung für das Vaterland befeuert, sich auf einmal mächtig die Bahn; er wuchs mit seinem Zwecke. Früher ein Anhänger der alten Ordnungen im Staate und Heere, entschloß er sich jetzt bewußt und mutig zu der kühnen Kriegsweise, die den Theorieen Scharnhorsts entsprach, und die Boyen, welcher ihm als Generalquartiermeister zur Seite stand, mit Kraft vertrat.**)

Auch Graf Bogislaw v. Tauentzien (geboren 1760 zu Potsdam), der andere preußische General, der das Unglück hatte, unter dem Oberbefehl des Kronprinzen von Schweden zu stehen, war seiner Aufgabe gewachsen; sie bestand darin, gegenüber den feigen und verkehrten Maßregeln Bernadottes Hand in Hand mit Bülow das Sachgemäße zu thun, und er löste sie mit Einsicht, Entschlossenheit und Tapferkeit.

*) Immediatbericht Bülows vom 15. August 1813.

**) Varnhagen von Ense, General Graf Bülow von Dennewitz, Leipzig 1874.



Schon hatte sich der Feind bis auf zwei Meilen Berlin genähert; sein rechter Flügel unter General Bertrand marschierte auf Blankenfelde; durch einen Sumpf davon getrennt, das Centrum unter Reynier geradeaus durch den Wald auf Großbeeren; Oudinot selbst mit seinem linken Flügel bei Sputendorf vorüber. Vor dem Walde standen die Preußen, Bülow mit 40 000 Mann bei Heinersdorf, Tauentzien mit 12 000 bei Blankenfelde. Es war Montag mittags am 23. August, Bülow hörte zu seiner Linken Kanonendonner; Tauentzien hatte des Kronprinzen Weisung zum Rückzuge nicht beachtet und mit seinen Landwehrleuten Bertrands Angriff zurückgeschlagen. Der Donner von Blankenfelde schwieg; dafür erschienen vorn, aus dem Walde hervorbrechend, das Centrum des Feindes und trieb die preußischen Vorposten aus Großbeeren. Jetzt, ehe die beiden Flügel herankamen, ehe der Feind sich noch ganz entwickelt hatte, mußte man ihn angreifen, ihm eine Schlacht liefern. Bülow sah es, da erhielt er von Bernadotte den Befehl, mit seinem ganzen Corps bis auf die Höhe von Tempelhof bei Berlin zurückzukehren! Gehorchte er, so war es um Berlin geschehen. Er versammelte seine höheren Offiziere; man beriet; da trat Major von Reiche hervor, entwickelte klar und schlagend die Gründe, warum man vielmehr sofort angreifen müsse. Freudig rief Bülow: „Reiche hat Recht. Wir greifen an!“ Er gehorchte also nicht, sondern marschierte um 5 Uhr auf Großbeeren los. Mit donnerndem Hurra folgte ihm das Corps: rechts die Brigade Prinz von Hessen-Homburg, links die Brigade Krafft, dahinter die Brigade Thümen und die Reserve-Reiterei von Treskow und Sydow; die Brigade Borstell unterdessen links um den Sumpf bei Kleinbeeren herum ebenfalls auf Großbeeren zu. Mit einem Artilleriefeuer aus 64 Kanonen eröffnete Bülow den Angriff; bald war die sächsische Division Sahr, die in Großbeeren den ersten Stoß auszuhalten hatte, erschüttert; doch verteidigte sie sich mit Mut. Schlechter fochten die Franzosen, die Reynier ihr zu Hilfe schickte. Es regnete in Strömen, die Gewehre gingen nicht los; die Preußen bearbeiteten daher den Feind mit dem Bajonett und dem Kolben. „So fluscht et better!“ riefen sie. Die Franzosen flohen, die Sachsen wichen oder wurden erschlagen. Nur die hereinbrechende Dunkelheit deckte Reyniers Rückzug. Die Niederlage kostete ihm 4000 Mann (meist Sachsen), darunter 1500 Gefangene und 14 Kanonen. Die Preußen hatten nur 150 Tote und 900 Verwundete. Ein allgemeines Hurra des ganzen Corps donnerte dem fliehenden Feinde nach.

Das war eine Freude in Berlin, als die ängstliche Spannung lösend in der Nacht die Siegesbotschaft hereinflog! Zu Fuß und zu Wagen strömten die Berliner am Morgen hinaus ins Lager von Heinersdorf; glücklich, wer einen Verwundeten in Pflege nehmen oder recht viel Lebensmittel mitbringen konnte. Die Frauen und Mädchen vom höchsten bis zum niedrigsten Stande wetteiferten, Krankendienste zu thun. Doch wandte sich die Dankbarkeit nicht immer an die rechte Stelle. Der Magistrat ging an Bülow vorbei und brachte dem Kronprinzen von Schweden die Huldigungen seines Dankes, weil dieser

Gascogner, obwohl die Schlacht ohne ihn und gegen seinen Befehl geschlagen worden, jetzt die Unverschämtheit hatte, in seinem Schlachtberichte das Verdienst des Sieges sich selber zuzuschreiben.*) Schlimmer war, daß er den Sieg ganz unbenutzt, den geschlagenen Feind über die Elbe entkommen ließ.

Während Oudinot über Jüterbog nach Sachsen zurückging, blieb ein französischer Heerhaufen unter General Girard, der jenen bei seinem Versuche auf Berlin hatte unterstützen sollen und nun auf weitere Befehle wartete, unthätig bei Lübnitz, eine halbe Meile von Belzig, stehen. Hier griff ihn am 27. August der preußische General Hirschfeld an. Auf beiden Seiten war die Anzahl etwa gleich. Girard hatte 12000 Mann, Franzosen, Italiener und Rheinbündner; Hirschfeld 11400 Mann kurmärkische Landwehr; auf beiden Seiten waren es unerfahrene, neugebildete Truppen. Das Gefecht entspann sich kunstlos und ungelenk. Aber die physische Kraft und der wütende Nationalhaß ersetzten bei den Preußen, was ihr unbesonnener Eifer in der Aufstellung und Ordnung versah. Sie stießen den Feind aus Lübnitz, südlich nach Hagelberg, und als er nun dort seine ganze Macht zusammenzog, gingen in überstürzender Kampflust drei Bataillone des preußischen Centrums vor, eroberten das Dorf Hagelberg, verloren es zwar wieder, schon aber war auch der linke Flügel durch den Belziger Busch gedrungen und griff den Feind im Vorwerk Grützdorf mit solchem entsetzlichen Ungestüm an, daß hier 1350 Mann (Franzosen und Italiener) vor 300 Schützen das Gewehr streckten. Ebenso ging's auf dem rechten Flügel. Ohne den Befehl abzuwarten, rannten die preußischen Bataillone von hier und vom Centrum mit geschultertem Gewehr auf die Höhe von Hagelberg zu, und bestürzt machte die ganze feindliche Linie kehrt und floh; mit Hurra setzten die Preußen nach. Wenige standen ihnen. Im Dorfe Hagelberg drängte sich die Masse des Feindes zusammen, ein Teil (30 bis 35 Franzosen) vor einer steinernen Gartenmauer.**) Es war wieder ein regnichter Tag, und die Gewehre versagten; man mußte mit dem Bajonett kämpfen. „Als aber", erzählt v. d. Marwitz, der hier mit seiner Lebuser Landwehr den Tag entschied, „als einige handfeste Oderbrücher vom rechten Flügel die Unbequemlichkeit des Bajonetts inne wurden, kehrten sie das Gewehr um und begannen durch mächtige Seitenhiebe mit der Kolbe immer drei und vier Franzosengesichter auf einen Streich zu zerschmettern. Das Beispiel wirkte, alles griff zur Kolbe, und die Hintersten liefen auf die Seiten der feindlichen Masse und keilten so dieselben immer enger gegen die Mauer." „So fluscht et better!" riefen auch sie, mit den Musketen wie mit den gewohnten Dreschflegeln hauend. Unterdes warf der linke preußische Flügel vom Belziger Busch her den Feind auf sein Centrum und drang auch seinerseits in das Dorf Hagelberg ein. 4000 Franzosen waren nunmehr hier in dichten Vierecken zusammengepreßt. Ein mörderischer

*) B. von Quistorp, Gesch. d. Nordarmee i. J. 1813, 3 Bde., Berlin 1894. — Ebenderselbe, zur Gesch. d. Nordarmee i. J. 1813, Milit. Wochenbl., 80. Jahrg., Nr. 12 u. 13, Berl. 1895. — Fr. Meinecke, Zur Beurteilung Bernadottes im Herbstfeldzuge 1813, Forsch. 1894, VII. 459 ff.

**) v. Moltke, Mil.-Wochenbl. 1865, Beilage 27.



Kampf entstand. In wortlosem Grimm droschen die Landwehrleute überall drauf los, schichteten Pyramiden von Franzosenleichen auf. „Keiner erhielt Pardon, keiner entkam, alle wurden mit der Kolbe niedergemacht. Die Toten lagen höher als die Gartenmauer über einander, alle Thorwege waren damit versperrt, der Amtshof und Wasserteich davon angefüllt.“ *) Am Abend war die Blutarbeit gethan; der Feind, der außerhalb des Dorfes stand, floh. Nur 1700 Mann brachte General Girard über die Elbe zurück; 5000 waren gefangen, die andern gefallen. 6000 Gewehre und 7 Kanonen waren für die noch immer schlecht bewaffnete Landwehr die erwünschteste Beute. Die Sieger verloren 1759 Mann an Toten und Verwundeten.

Die glänzenden Thaten der Preußen bei Großbeeren und Hagelberg retteten nicht bloß die Mark, sondern auch Mecklenburg, in welches Davoust eingedrungen war, vor schwerem Unheil. Er zog nun wieder hinter die Stecknitz zurück. In einem der kleinen Scharmützel, welche diesem Rückzuge kurz vorangingen, bei einem Vorpostengefecht am 26. August unweit Gadebusch, war es, wo das edelste Opfer der deutschen Jugend fiel, Theodor Körner, der Sänger und Held. Dort pflückte er die rote Todesrose, die er in seinem Schwertliede wenige Stunden zuvor besungen. Zu Wöbbelin unter einer Eiche sargten ihn die Lützower ein. Er starb für die Ideale, ehe sie ihm gewelkt waren, zu früh für die Muse, deren schönste Kränze er um das Vaterland dahin gegeben.

An der Katzbach.

Blücher hatte die Feindseligkeiten, obgleich sie den Bedingungen des Waffenstillstandes gemäß eigentlich erst am 17. August wiederbeginnen sollten, weil die Franzosen sich schon rührten, bereits am 15. August eröffnet und seine ganze Armee bis an den Bober vorgeschoben. Schon war Ney, den er vor sich hin drängte, im Begriff, bis über den Queis zurückzugehen, als der Kaiser selbst mit bedeutenden Verstärkungen eintraf. Blücher trat nunmehr nach dem Trachenberger Kriegsplan seinerseits langsam den Rückzug an, erreichte nach heftigen und rühmlichen Gefechten bei Plagwitz und Goldberg am 23sten Jauer und bezog eine feste Stellung hinter der Katzbach. Hier gedachte er eine Schlacht anzunehmen oder zu bieten.**)

An demselben Tage kehrte Napoleon mit einem Teile seiner Armee eiligst nach Sachsen zurück; er hörte, während Blücher ihn nach Schlesien hineinlocke, dringe das böhmische Heer aus seinen Bergen in der Richtung auf Dresden vor. Zur Verfolgung Blüchers ließ er 100 000 Mann unter dem Oberbefehl des Marschalls Macdonald zurück. Sorglos führte dieser seine Truppen auf Jauer und Liegnitz zu, während Blücher aufbrach, um ihn jenseits der Katzbach anzugreifen. Auf dem rechten Ufer dieses Flusses mußte also der Zusammen-

*) v. d. Marwitz, Nachlaß, Berlin 1852, S. 97, 99.

**) Vgl. v. Wedelstädt, Die Schlacht a. d. Katzbach am 26. August 1813, Jahrb. f. d. deutsche Armee u. Marine, Berlin 1893.



stoß erfolgen. Hier enden die letzten Ausläufer des Riesengebirges, ein breites, welliges Hügelland, von steil abfallenden Thalrändern begrenzt und in südnördlicher Richtung von der wütenden Neiße durchschnitten. Dieses Flüßchen ist wie die Katzbach, in die es auf deren rechtem Ufer zwischen Goldberg und Liegnitz mündet, sonst ein unbedeutendes Gebirgswasser; jetzt aber waren beide zu reißenden Strömen angeschwollen; denn seit mehreren Tagen hatte es heftig geregnet, und heute goß ein allgemeiner Landregen herab, daß man kaum ein paar hundert Schritt um sich sehen konnte.

Auf dieser Hochebene stand nun — es war Donnerstag den 26. August vormittags 10 Uhr — die schlesische Armee, einige 90000 Mann, York zwischen Brechtelshof und Bellwitzhof, rechts Sacken bei Mahlitsch, links Langeron bei Hennersdorf. Vor dem Corps von York und von Sacken lag noch ein breiter Strich der welligen Ebene, die sich nordwärts bei Kroitsch und Dohnau zur Katzbach herabsenkt; zur Linken war die wütende Neiße nahe, deren Ufer hier sehr steil und voll Schluchten und Hohlwege ist. Vorposten hatte man bis auf das linke Ufer der Katzbach vorgeschoben. Blüchers Hauptquartier befand sich in Brechtelshof; eben hatte er eine Anordnung zum allgemeinen Übergang über die Katzbach und zum Angriff auf den Feind erlassen, als Meldungen eintrafen, welche die Sachlage änderten. Der Feind war schon da, zum Teil schon diesseit der Katzbach; er hatte bei Goldberg, bei Kroitsch die Vorposten zurückgedrängt, ging eben bei Niederkrain über die wütende Neiße und stieg den Abhang heran. Blücher entschloß sich ohne Bedenken: der Gegner sollte sein unvorsichtiges Vordringen schwer büßen; man lasse einen Teil die Höhen heraufkommen, greife ihn dann mit Macht an, werfe ihn die Gründe und Bergbäche hinab; diesen Befehl sandte er sofort an York und Sacken. Der letztere antwortete mit freudigem Hurra, der erstere brummte mißmutig, stellte indes sein Corps mit gewohnter Umsicht in Schlachtordnung. Blücher selbst feuerte die Truppen an; sie waren ohnehin kampfslustig genug, trotz des strömenden Regens, den der Nordwest ihnen ins Gesicht peitschte, trotz des tief aufgeweichten Lehmbodens, in dem Freund und Feind fast stecken blieben. Um 3 Uhr griff York an. Das zweite Bataillon des zweiten ostpreußischen Regiments Uttegraven war zuerst am Feinde, sah drei Bataillone Württemberger im Viereck und vier Geschütze vor sich, stürzte sich in den Kartätschenhagel; „was fiel, fiel; alles übrige blieb im Vorrücken, fällte das Gewehr, schrie Hurra und griff mit dem Bajonett an. Aber das feindliche Viereck stand wie eingemauert. Die Ostpreußen waren auf zwei Schritt heran; beide sahen sich einen Augenblick an. Die Offiziere riefen „drauf! drauf!" Die Soldaten drehten das Gewehr um und schlugen mit dem Kolben in die Feinde hinein, umzingelten sie von rechts und links, — nach 10 Minuten lag das ganze Carré da zu Boden geschlagen und in eine Pyramide verwandelt. Etwa 150 Lebendige und leicht Verwundete fanden sich hernach noch aus dem niedergeschlagenen Menschenhaufen heraus; diese erhielten dann Pardon."*)

*) Droysen, York, 4. Auflage, II. 115; vgl. Pertz, Gneisenau, III. 220 ff.

Auch die übrige Infanterie des linken Flügels war nun herangedrungen und warf den Feind zurück. Dagegen verlor die Reiterei zur Rechten den schon gewonnenen Boden, und Macdonald schob hier bedeutende Massen zwischen die Brigade Hünerbein und Yorks Centrum. Rasch begegnete York der Gefahr. Von der zweiten Linie sandte er den Prinzen Karl von Mecklenburg und den Oberstlieutenant Lobenthal mit der ostpreußischen Infanterie vor. Unter Trommelschlag mit geschultertem Gewehr marschierte sie mitten unter die feindliche Kavallerie. Zugleich sprengte Blücher mit frischer Reiterei herbei, dem Feinde in die Stirn und Seite, und auch die anfangs geworfenen Reiter griffen von neuem an. Macdonalds Centrum wankte, schon war auch sein linker Flügel erschüttert, das Corps von Souham, welches Sacken tapfer bestürmte. Nun stellten sich die preußischen Feldherren mit gezogenem Säbel an die Spitze ihrer Truppen, Blücher bei der Kavallerie, York beim Fußvolk; so ging die ganze Linie vor. Macdonald, der immer neue Truppen heraufzog, ertrug den Stoß nicht. Ein kurzes, sehr heftiges Gefecht, dann stürzten die Franzosen die Hohlwege hinab der wütenden Neiße und Katzbach zu. Ein Teil von Yorks Corps folgte bis Niederkrain, Sacken bis Dohnau. Da kamen noch viele von den Franzosen auf der Flucht um, viele ertranken in den hochangeschwollenen, wild dahin tosenden Bergströmen. Mit Mühe erreichte Macdonald in der Dämmerung das linke Ufer der Katzbach. Unterdessen hatte sich Langeron gegen den französischen rechten Flügel, welchen Lauriston führte, aus Böswilligkeit nur matt verteidigt und war bereits im Begriff, seine Höhen zu räumen, als ihm Blücher triumphierend den Sieg verkündigen ließ. Sehr betreten beteiligte sich Langeron nun wenigstens an der Verfolgung mit Eifer.

Die Sieger lagerten auf dem Schlachtfelde; eine furchtbare Nacht; bis auf die Haut durchnäßt, ohne Stroh, ohne Holz, zum Teil ohne Brot, die oberschlesischen Landwehren sogar ohne Mäntel und fast sämtlich ohne Schuh und nur in Leinwandhosen; dabei fortwährender Regen und ein kalter Nordwind; so standen und lagen die müden Truppen in dem Kote und harrten auf den Morgen. Diese Nacht raffte manchen von den halbnackten, frierenden und hungernden Landwehrleuten hin; viele zerstreuten sich auch, um Schutz gegen die Witterung und Stillung ihres Hungers zu finden, in die nächsten Dörfer. Indes die meisten hielten aus, und gar bei den besser ausgerüsteten und an Strapazen gewöhnten Linientruppen ließ die Siegesfreude keinen Mißlaut aufkommen. Sie stellte auch ein besseres Verhältnis zwischen dem Hauptquartier und den Unterbefehlshabern her; Blücher und Gneisenau fanden seitdem willigeren Gehorsam. Dies war schon ein schönes Ergebnis der Schlacht. Ihre Folgen im Felde übertrafen selbst die kühnste Erwartung. Auf der Wahlstatt selbst waren viel weniger Opfer gefallen, als zu geschehen pflegt, wenn Heere von hunderttausend Mann sich fünf Stunden lang schlagen; die Verbündeten hatten etwa 3000 Tote oder Verwundete, Hunderte erlagen dann noch in der Nacht der Kälte, dem Hunger, der Erschöpfung. Aber unendlich

mehr litt der Feind, den das entsittlichende Gefühl der Niederlage dem üblen Einfluß des Wetters und des Mangels haltlos preis gab. Das Centrum des Heeres löste sich schon beim Durchgange durch die Katzbach völlig auf: als Macdonald den Bober wieder erreichte, waren auch seine Flügel in größter Verwirrung, und da Blücher ihm unablässig und so scharf, als die grundlosen Wege und die Ermattung der Truppen es gestatteten, nachdrängte, so kostete der Übergang hier von neuem große Opfer. Im ganzen mußte er 18000 Gefangene, 103 Kanonen und viele andere Trophäen in den Händen der Sieger lassen; etwa 12000 Mann waren ihm getötet, verwundet oder versprengt. Der Rest flüchtete unordentlich und ganz entmutigt in die Lausitz. „Majestät, Ihre Boberarmee existiert nicht mehr!“ meldete Macdonald seinem Kaiser.

Dresden und Kulm.

In vier Heersäulen, in einer Breite von neun Meilen, stieg die böhmische Armee über das Erzgebirge nach Sachsen hernieder; sie sollte, wie es zu Trachenberg beschlossen war, sich in Napoleons Rücken werfen. Am 25sten stand bereits ein Drittel von ihr vor Dresden, das, von Verteidigern entblößt, von dem jäh herbeieilenden Napoleon noch nicht erreicht, ohne Zweifel an diesem Tage hätte erobert werden können. Aber das vielköpfige Hauptquartier beschloß, erst die zurückgebliebenen Truppenteile zu erwarten, erst morgen anzugreifen. Diese verlorenen vierundzwanzig Stunden fielen schwer in die Wagschale; sie führten dem französischen Kaiser den letzten bedeutenden Siegestag herauf, den er auf deutschem Boden erlebt hat. Denn um 9 Uhr morgens des 26sten brauste der große Schlachtenmeister samt seinen besten Heerscharen herein über die Elbbrücke. Obwohl ihm nun die Verbündeten an Zahl noch überlegen waren, 150000 gegen 100000 Mann, so wollten ihre Stimmführer im Hauptquartier doch schon wieder den Rückzug befehlen, als plötzlich Friedrich Wilhelm unwirsch dazwischen fuhr: „Was? mit 150000 Mann und 400 Kanonen unverrichteter Dinge umkehren? Bloß weil Napoleon da? Schimpflich! Ja schmählich und unpolitisch dazu!“ So wurde denn, nachmittags um 4 Uhr, mit ganzer Macht angegriffen. Aber die Weisungen, die das Hauptquartier erteilte, waren im höchsten Grade mangelhaft. Die Truppen wurden stückweise gegen die Verschanzungen vorgeführt, kämpften stundenlang mit großer Tapferkeit, erstürmten hier und da einzelne Punkte in den Vorstädten und verloren sie wieder, weil ihren Angriffen im ganzen der rechte Zusammenhang, der einheitliche Plan fehlte. Die Nacht brach ein; die verbündeten Truppen, überall zurückgedrängt, lagerten müde und hungrig im kalten Regen auf den Höhen und Gründen im weiten Halbkreis südlich der Stadt, die sie nicht hatten nehmen können. Sie fühlten, man hatte sie schlecht geführt. Würde Schwarzenberg morgen sich fähiger zeigen, mit Bonaparte zu ringen? Wie stach dagegen die Zuversicht ab, mit der den französischen Soldaten die kluge Leitung seines Kaisers erfüllte! Denn vielleicht nie hatte Napoleon seine

Schlachtenkunst so glänzend bewährt wie an diesem Tage; so rasch und doch so wohl durchdacht, so durchaus zweckmäßig war jeder seiner Züge gewesen.

Am folgenden Tage wiederholte sich das blutige Spiel, und die Feldherrngaben Schwarzenbergs waren über Nacht nicht größer geworden; vielmehr machte er jetzt noch den Fehler, daß er seinen linken Flügel, der ohnehin durch den Plauenschen Grund vom Hauptheer abgeschnitten war, schwächte, um das Centrum zu verstärken. Beide Teile hatten Verstärkungen erhalten, aber der zahlreichere Zuzug war auf Napoleons Seite. Mit 125000 Mann führte er nun seine Stöße; zunächst auf die Flügel der Verbündeten; drängte den rechten von der Pirnaer Straße ab, durchbrach im Plauenschen Grunde die schwächste Stelle ihrer Linie und zertrümmerte den so abgeschnittenen linken Flügel, während er durch geschickte Bewegungen die Hauptmacht des Gegners im Centrum festhielt. Nur die zähe Tapferkeit, mit der die Russen und Preußen auf dem rechten Flügel sich verteidigten, machte es dem verbündeten Hauptquartier möglich, am Nachmittag den Rückzug nach Böhmen mit einer Armee statt mit einem fliehenden Menschenknäuel anzutreten. Auch so war der Verlust groß: 10000 Tote und Verwundete, an Gefangenen — fast nur Österreicher, deren Heer sehr entmutigt war — 20000 Mann.

Mühselig schleppte sich das geschlagene Heer mit seinem unermeßlichen Troß und massenhaften Geschütz auf grundlosen Wegen dem Erzgebirge zu; sein rechter Flügel über Dohna nach der Teplitzer Straße, sein Mitteltreffen über Altenberg und Dux, die Reste seines linken Flügels über Pretschendorf und Saida auf Kommotau.*) Napoleon befahl es zu vernichten, wenn es jenseits des Gebirges aus den Engen sich herauswickle; zu diesem Zwecke sollten die Generale Murat, St. Cyr, Mortier den Feind verfolgen, der General Vandamme aber ihm in die Seite fallen und in Böhmen zuvorkommen. Vandammes Aufgabe schien leicht; er marschierte mit 40000 Mann auf der großen Straße über das Pirnaer Hochland, während die verbündete Armee sich westlich in das Gebirge drängte. Eine Abteilung Russen unter Ostermann bildete jetzt deren äußersten linken Flügel; sie war am meisten voraus und machte Vandamme die Straße streitig. Daß dies mit nachdrücklichster Kraft geschah, und Vandamme daher langsamer vorwärts kam, als er gehofft, war das Verdienst des russischen Generals Prinzen Eugen von Württemberg, der die Vorhut führte. Am 29. August (Sonntag) vor grauendem Morgen marschierte Vandamme schlachtfertig durch den dichten Nebel das Thal von Peterswalde hinauf; kaum gelang es dem Prinzen, den weiteren Rückzug der überraschten Russen zu decken. Eilig stiegen sie in den weiten Thalkessel hinab, der sich am südöstlichen Rande des Erzgebirges nach Teplitz erstreckt. Um 9 Uhr vormittags waren sie im Dorfe Kulm; aber Vandamme ihnen dicht auf der Ferse. Ostermann sollte nach des russischen Oberbefehlshabers Barclay Anordnung den

*) Vgl. auch G. v. Kleist, Von Dresden nach Nollendorf, August 1813, Beiheft z. Milit. Wochenbl., Berlin 1889, S. 101 ff.



Rückzug weiter fortsetzen; denn Barclay glaubte, 15 000 Mann müder Truppen könnten einem mehr als doppelt stärkeren, siegesfrohen Gegner nicht die Spitze bieten. Er wollte sie bis hinter die Eger gehen lassen. Diesem verderblichen Beschluß wirkte Eugen entgegen*); doch den Ausschlag gab ein Schreiben des Königs von Preußen, der tags zuvor in Teplitz angelangt war und den General Ostermann aufforderte, sich nach Möglichkeit zu halten, um dem eben noch weiter westlich im Gebirge mit den größten Hindernissen kämpfenden Hauptteil des Heeres den Rückzug durch die Schluchten zu sichern. Bald darauf kam Friedrich Wilhelm selber in das Hauptquartier und wiederholte seine Aufforderung, die Schlacht anzunehmen. Sieben Stunden lang wehrten die Russen, vom Prinzen Eugen geführt, die wütenden Angriffe Vandammes mit der staunenswerten Zähigkeit ab, die man an ihnen kennt. Die Hauptschlacht verschob Vandamme indes auf den folgenden Tag; er wollte sich so lange in Kulm halten, bis Mortier von Pirna und St. Cyr von Lauenstein her ihm nachrückten, wie es der Kaiser beabsichtigt hatte.

Aber Napoleon, am 28sten selbst in Pirna angelangt, um persönlich die Verfolgung zu betreiben und „in Prag vor seinen Herren Kollegen einzutreffen", hatte dort die schlimmen Nachrichten von Großbeeren und der Katzbach erhalten, sah seinen dringendsten Wunsch, die Eroberung Berlins, wodurch er Preußen ins Herz treffen und die Verbindung mit den Oder- und Weichselfestungen herstellen wollte, gescheitert und war deswegen nach Dresden zurückgekehrt, um seine Maßregeln gegen das siegreiche Nordheer zu treffen und den Marsch auf Berlin noch einmal vorzubereiten. Seine Marschälle aber, namentlich St. Cyr, betrieben nun die Verfolgung ebenfalls mit Lässigkeit; sie unterstützten den General Vandamme nicht. So blieb dieser sich selbst überlassen.

Am Morgen des 30. August erneuerte er den Kampf; aber die Russen waren inzwischen durch eine österreichische Division verstärkt worden und jetzt an Zahl ihm gewachsen; sie widerstanden hartnäckig, und schon zog sich hinter den Franzosen ein Ungewitter zusammen, das ihnen den Untergang bringen sollte. Rechts vom Prinzen Eugen, doch weiter zurück, hatte das preußische Corps von Kleist, 35 000 Mann, von St. Cyr verfolgt, seinen Weg nach dem Gebirge genommen; am 29sten abends in Fürstenwalde erhielt Kleist durch seinen König die Nachricht von Vandammes Gegenwart in Kulm; er möge sich rasch, wo er könne, über den Kamm ins Teplitzer Thal retten; man werde Vandamme festhalten, damit er es leichter könne. Aber die Wege dahin waren durch allerlei Troß, den die Russen zurückgelassen, verstopft. Kleist entschloß sich auf den Rat Grolmans**), das Gebirge auf einer anderen Seite, über Nollendorf im Rücken der Franzosen zu überschreiten und sich dort, koste es, was es wolle, Bahn zu brechen; ein großer folgenschwerer Entschluß, wie nur

*) Memoiren des Herzogs Eugen von Württemberg, III. 148.

**) E. von Conrady, Leben Grolmans, II. Teil.



die begeisterte Vaterlandsliebe ihn gebiert. Denn Friedrich von Kleist, damals 50 Jahre alt (geboren 1763 zu Berlin), war ein ebenso tapferer wie umsichtiger General, doch Waghalsigkeit lag nicht in seiner Natur, und dieser Marsch, auf dem er wahrscheinlich sehr zahlreiche Streitkräfte und feste Stellungen antraf, war ein Wagestück; aber er unternahm es, weil es allein ihn rechtzeitig auf das Schlachtfeld brachte.

Unentschieden wogte bei Kulm der Kampf; da, um 10 Uhr vormittags, knatterten von den Höhen bei Nollendorf Flintenschüsse hernieder und hallte das Gelärm zahlreicher Artilleriewagen. Der französische General verdoppelte seine Anstrengungen, denn ohne Zweifel Mortier war da, und es galt, vor ihm den Feind zu sprengen. Aber es waren Preußen, die dort ins Thal herabstiegen! Auch jetzt verlor Vandamme nicht den Mut; er warf seine gesamte Macht rückwärts und auf das preußische Vordertreffen und trieb es zurück; aber das Hintertreffen, vom Prinzen August von Preußen geführt, trat ein und schlug ihn ab. Zugleich rückte die ganze russisch-österreichische Schlachtlinie vor; er sah sich rings umschlossen. Nach tapferem Widerstande ergab er sich in sein Schicksal. Um 3 Uhr nachmittags war der Kampf vorbei. Nur ein Teil des französischen Heeres rettete sich durch die zahlreichen Schluchten des Gebirges nach Sachsen hinüber. Alle übrigen, nahe an 10000 Mann, mit 82 Kanonen, und der Feldherr selbst wurden gefangen. Aber von ihrer Tapferkeit zeugte, daß 7000 Russen, 1500 Preußen, 800 Österreicher tot und verwundet neben 5000 Franzosen auf dem Schlachtfelde lagen.

So hatte, dank der verzweifelten Energie der Preußen*), auch die böhmische Armee einen Sieg aufzuweisen; er machte den Unfall, den sie bei Dresden erlitten, wieder gut; fester als je war nun die Eintracht der fürstlichen Bundeshäupter, und bei ihren Völkern hoben die sich drängenden Siegesbotschaften von Großbeeren, Katzbach, Hagelberg, Kulm die kriegerische Begeisterung auf den Gipfel. Dies alles war im Laufe einer einzigen Woche geschehen; die Monarchen hatten wohl Grund Gott zu danken, wie sie in einem feierlichen Dankfest zu Teplitz am 3. September thaten.

Dennewitz.

Der Eindruck so vieler Niederlagen — das begriff niemand besser als Napoleon — mußte durch einen großen, einen glänzenden Erfolg verwischt werden, oder die Lage wurde verzweifelt; schon hatten die Marschälle nicht mehr die gewohnte Siegeszuversicht, noch weniger den alten Kriegseifer, und es war Gefahr, daß unter den Truppen die Entmutigung um sich griff, welche das Unglück zu begleiten pflegt. Wie anders sah dieser Krieg aus als die

*) „(victoire) qui ne fut due qu'au sentiment énergique des Prussiens résolus à se faire jour ou à mourir.“ Thiers. l. c. XVI. 282. Vgl. Bernhardi, Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Grafen Toll, 1857, III. 223, 238, und besonders Wolzogen, Memoiren, Leipzig 1851, S. 200.

früheren! Er war also doch kein bloßer Dynastenstreit, kein kopfloser Koalitionskrieg, wie er gemeint hatte, sondern zum besten Teile wirklich ein Volkskrieg. Es stritt hier eine Macht voll Thatkraft und Leidenschaft wider ihn, die größer war, als was sonst seine „Herren Kollegen" aufzubringen gewußt. Und diese Macht, dieser eigentliche Nerv des Krieges lag in den Preußen. An zwei Stellen war sie besonders wirksam, im Nordheer, wo die preußischen Truppen die Mehrzahl bildeten, und im schlesischen Heer, wo das Hauptquartier, der Oberbefehl, preußisch war. Napoleon versuchte noch einmal, sie an beiden zugleich zu treffen, indem er die Unternehmung auf Berlin erneuerte, die jetzt mehr als je den Mittelpunkt seiner Entwürfe bildete; aber er sandte diesmal seinen tüchtigsten Feldherrn, den Marschall Ney, der sich einst bei Friedland den Namen des Tapfersten der Tapferen („le brave des braves") erworben, in die Mark, während er selbst nach der Lausitz zog, um hier zwischen Brandenburg, Schlesien und Böhmen Herr der Lage zu bleiben und vor allem Blücher wieder zurückzutreiben, wo möglich ihn in aller Eile zu schlagen.

Am 4. September traf Ney in Wittenberg bei dem Heere ein, das bei Großbeeren und Hagelberg so viele Schläge bekommen und dennoch, gerettet durch Bernadottes achselträgerische Politik, seine gebrochenen Glieder hatte über die Elbe schleppen können. Neu eingerichtet und verstärkt, war es nun wieder imstande, die Mark und die preußische Hauptstadt mit einem Streiche zu bedrohen, der, wenn er gelang, den Verbündeten die gefährlichste Wunde schlug.

Vergebens hatte Bülow den Kronprinzen von Schweden gedrängt, endlich einmal angriffsweise zu verfahren und über die Elbe nach Sachsen hineinzugehen. Bernadotte rührte sich nicht, kaum daß er die Preußen bis an die sächsische Grenze hinter Jüterbog gehen ließ. Hier standen Tauentziens Vortruppen bei Zahna, etwa eine Meile vor Wittenberg, hinter ihnen in Marzahne auf der Straße von Treuenbriezen der Kern des Bülowschen Corps; noch weiter zurück, bei Kropstädt, Borstells Brigade. In der Nacht zum 5. September marschierte Ney mit einem Heere von 65 000 Mann, das zum größeren Teile aus Deutschen (besonders Sachsen, Bayern und Württembergern) bestand, von Wittenberg ab. Am Morgen stieß er auf die preußische Vorhut bei Zahna unter dem General Dobschütz. Sie verteidigte sich gegen die Übermacht mit großer Hartnäckigkeit, und die märkischen und schlesischen Landwehrleute, aus denen sie größtenteils bestand, verkauften jeden Schritt zurück teuer. „Selbst ihre Verwundeten, die auf dem Schlachtfelde liegen geblieben waren, ließen sich ihre Gewehre nur mit Gewalt entreißen und weissagten drohend die Niederlage des folgenden Tages."*) Fortwährend fechtend, zog das Corps sich gegen Jüterbog zurück, wo es am Abend Stellung nahm.

Auf die Nachricht von diesem Gefecht war Bülow sofort entschlossen, dem Feinde andern Tages eine Schlacht zu liefern; er zeigte dies dem Kronprinzen

*) Häusser, Deutsche Geschichte, IV. 390.

von Schweden an und bat, ihm seine Brigade Borstell zu senden. Zu größerer Sicherheit richtete er auch an Borstell selber die Aufforderung zu kommen. Sodann brach er aus seinem Lager bei Marzahne auf und lagerte sich in der Nacht mit den Brigaden Hessen-Homburg, Thümen und Krafft bei Kurz-Lipsdorf dicht am Feinde; kein Wachtfeuer, kein Lärm durfte seine Nähe verraten; er wollte den Marschall von der Seite und im Rücken überraschen. Sorglos setzte sich dieser am frühen Morgen Montags des 6. Septembers wieder in Marsch: Bertrand voran von Zalmsdorf in der Richtung auf Gölsdorf und Dennewitz, Reynier und Oudinot links von ihm über Öhna auf Rohrbeck und Jüterbog. Ney befand sich bei Bertrands Corps und hatte keine Ahnung, wie nahe ihm Bülows Heer war; er meinte, es nur mit Tauentzien zu thun zu haben, und war eines leichten Sieges über dessen kleines Heer ganz sicher. So zog er guten Muts an Bülow vorbei die Straße, die über Dennewitz nach Jüterbog führte.

Die Gegend ist hier im ganzen dürr, ein sanft wellenförmiger Sandboden, hie und da mit Fichtenbüschen bewachsen; aber an einzelnen Stellen finden sich sumpfige Gründe und tiefe Bäche. In einer solchen Niederung liegt das Dorf Dennewitz an einem ungangbaren Bach, welcher die kleine Aa heißt und bei Dennewitz und Rohrbeck überbrückt ist. Nördlich von Dennewitz erhebt sich der Boden ein wenig und wird dann wieder wellig. Auf einer dieser Anschwellungen stand jetzt Tauentzien mit etwa 10 000 Mann. Um 9 Uhr sah er Bertrands Corps vor sich auf der Höhe diesseits von Dennewitz. Es hatte fast die doppelte Zahl, aber Tauentzien kannte Bülows Plan und rechnete auf dessen Hilfe. Er griff daher unverweilt an und warf das feindliche Vordertreffen (eine italienische und eine württembergische Division) zurück. Ney sandte frische Truppen aus dem Dennewitzer Grunde herauf und ging seinerseits zum Angriff über. Aber die preußischen Landwehrleute standen hier für ihren eigenen Herd; wie ein Granitwall auf ihrem märkischen Sande hielten sie vier Stunden lang die fortwährenden Stöße des Feindes aus, der durch sein weit zahlreicheres Geschütz ihre Reihen furchtbar lichtete. Erst um 1 Uhr gab Tauentzien die am Morgen eroberte Stellung auf und zog sich auf die Hügel zurück, auf denen er bei Neys Erscheinen gestanden hatte. Hier ordnete er seine Streitkräfte zu einem neuen Angriff. Denn eben ertönte zur Rechten Kanonendonner, der Bülows Ankunft verkündete. Neu ermutigt stürzten sich Tauentziens Truppen durch Staub und Pulverdampf auf den Feind, voran die pommersche Landwehrkavallerie; von drei märkischen Landwehrbataillonen unterstützt, zersprengte sie Neys Vordertreffen. Ihr nach stürmten die brandenburgischen Dragoner und zwei neumärkische Reiterregimenter, die unaufhaltsam auch noch das zweite Treffen des Feindes durchbrachen, ein französisches Jägerregiment warfen, zwei polnische Ulanenregimenter teils zersprengten, teils gefangen nahmen. Zugleich rückte Tauentziens Fußvolk nach. Die Franzosen wurden von Dennewitz abgedrängt und traten um 3 Uhr den Rückzug nach Rohrbeck an.

Inzwischen befand sich auch Bülow seit zwei Stunden im Kampfe. Er

war am Morgen nach Niedergörsdorf, westlich von Dennewitz, marschiert, um sich Tauentzien zu nähern. Hier teilte er seine Truppen, welche durch die soeben verkündete Nachricht vom Katzbachsiege in kampffreudigster Stimmung waren, in zwei Angriffssäulen, zu beiden Seiten der Aa. Er traf daselbst auf Reyniers Corps, alte Bekannte von Großbeeren her, zunächst auf die Division Durutte, die sich, von Dennewitz herbeieilend, auf der Höhe von Niedergörsdorf aufgestellt hatte. Sie focht diesmal besser als bei Großbeeren, und der Kampf schwankte, bis Bülow von Niedergörsdorf den letzten Rückhalt, drei ostpreußische Landwehrbataillone, herführte: Mit heiterm Scherz und Hurra gingen sie den Kanonenkugeln entgegen und brachten das Gefecht zum Stehen. Auch das Reservebataillon von Puttlitz und das Linienregiment von Clausewitz thaten sich hier hervor. Vereint trieben sie den Feind in den Grund, durch Dennewitz hin und zersprengten ihn dort völlig. Hier, abends 6 Uhr, trafen sie schon mit Tauentziens Vortruppen zusammen; jubelnd begrüßten sich beide als Sieger.

Mittlerweile schlug sich die andere Abtheilung des Bülowschen Heeres unter den Generalen v. Krafft, Prinz v. Hessen-Homburg und v. Oppen, im Süden bei Gölsdorf mit der übrigen Streitmacht des Reynierschen Corps, den sächsischen Divisionen Lecoq, Sahr und einer Reiterdivision. Dreimal stürmten die Preußen, dreimal mußten sie wieder aus Gölsdorf heraus. So stand der erbitterte Kampf mitten in ungeheuren Staubwolken, die nichts sehen ließen als die Truppen, die man unmittelbar vor sich hatte. Der vierte Angriff erst führte zum Ziel. Aber nun zog hinter den weichenden Sachsen das noch frische Corps Oudinots auf, und mit gesamter Macht (einigen 40 Bataillonen) erneute der Feind das Gefecht. Die Preußen, nur 15 Bataillone, widerstanden eine zeitlang in den Häusern und Gärten, auch in der Kirche von Gölsdorf, aber ihre zusammengeschmolzenen Streitkräfte mußten endlich das schon brennende Dorf wieder räumen; doch schlugen sie den nachdringenden Feind unter Boyens eigener Führung auf dem Felde vor Gölsdorf hartnäckig zurück. „Ihre hinteren Reihen“, erzählt ein feindlicher Augenzeuge, „drängten sich um die Ehre, an die Stelle der Gefallenen in die vorderen Reihen zu treten.“ Doch wenn nicht Hilfe kam, mußten sie der Übermacht erliegen. Immer sehnsüchtiger blickte Bülow nach der einzigen Brigade seines Corps, die heute ihm nicht zur Stelle war, nach Borstell. Dieser General hatte von Bernadotte Weisungen empfangen, die ihn zurückhielten; aber durch Bülows wiederholte Mahnungen und den Schlachtendonner aufs äußerste gebracht, entschloß er sich endlich, dem Oberbefehlshaber nicht zu gehorchen, sondern nur als Preuße zu handeln. Zwischen drei und vier Uhr, gerade als der Andrang bei Gölsdorf am heftigsten war, traf er hier ein. Nunmehr stürmten die Preußen aufs neue das Dorf und eroberten es; doch auch die Franzosen und Sachsen erhielten Verstärkung, sie rangen den Preußen Gölsdorf noch einmal ab. Hin und her schwankte der Kampf; dort die Überzahl, hier die Stärke der Vaterlandsliebe und des Hasses, Tapferkeit auf beiden Seiten, — welcher Teil wird obsiegen? Es war 6 Uhr,

also zu der Zeit, da das Bertrandsche Corps und die Division Durutte Dennewitz geräumt und sich nach Rohrbeck gewendet hatten, um hier die Brücke über die Aa, ihre Rückzugslinie, zu behaupten. Von Tauentzien und Thümen dort schwer bedrängt, rief nun Ney Oudinots Corps nach Rohrbeck zu Hilfe. Da war Reynier verloren. Borstell und Krafft gingen abermals im Sturmschritt vor, trieben die Sachsen wieder aus Gölsdorf hinaus auf das Feld nach Öhna, wo sie von Oppens Reiterei zersprengt wurden.

Unterdessen waren Tauentzien und Thümen mit dem Feinde bei Rohrbeck fertig geworden; als Oudinot ankam, wurde er in die wilde Flucht seiner Waffenbrüder mitgerissen. Die Sonne ging unter, ihre letzten Strahlen zeigten Neys zertrümmertes Heer überall in wirrem, regellosem Rückzug nach Süden; dahinter die verfolgenden preußischen Reiter.

Zum zweitenmale hatte also Bülow mit seinen Preußen Bernadotte zum Trotz eine Schlacht gewonnen — und welch eine Schlacht! Ein neunstündiger Kampf mit 41 000 Mann gegen 65 000, ein Sieg bis zur gänzlichen Auflösung des feindlichen Heeres. Es ist dies im neunzehnten Jahrhundert der einzige Fall, daß eine solche Minderzahl einen so völligen und großartigen Sieg erfochten. „Ich bin", schrieb Ney an den Kaiser, „vollständig geschlagen, und noch weiß ich nicht, ob sich meine Armee wieder gesammelt hat." Allein an Gefangenen hatte er 15 000 Mann verloren und an Geschütz 80 Kanonen. Freilich auch auf preußischer Seite war der Verlust bedeutend; 9000 Tote und Verwundete deckten den heimischen Sand, den sie so glorreich verteidigt hatten.

Mit ähnlicher Frechheit wie sein Landsmann Bernadotte, der auch jetzt das Verdienst des Sieges sich zuzuschreiben unverschämt genug war, faßte indes Ney seinen Schlachtbericht ab: er gestand seine Niederlage in ihrem ganzen Umfange ein, aber die Schuld daran sollten die Sachsen haben! Und doch hatten gerade die sächsischen Truppen seines Heeres sich sehr tapfer geschlagen, viel tapferer als die Franzosen und Italiener. Aber es war überhaupt die Gewohnheit der Franzosen, ihren deutschen Verbündeten, wo es irgend anging, den größten Teil der Gefahr und Arbeit und hinterher die Hauptschuld des Mißlingens zuzuschreiben. Dennoch ließen die Rheinbundfürsten ihre Soldaten noch immer unter den französischen Adlern gegen die schwarz-weiße und schwarz-gelbe Fahne fechten. Und die Soldaten gehorchten, spielten ihre Rollen als Kanonenfutter für Napoleon gehorsam weiter. Deutsche gegen Deutsche! So hatten sie denn auch hier bei Dennewitz zu der Schande der Niederlage noch den Schimpf, in einer ungerechten Sache erlegen zu sein.

„Es war ein erschütternder Moment, als am Abend (bei Rohrbeck) eine Abteilung Württembergischer Infanterie vor den Füsilieren des vierten (ostpreußischen) Reserve-Regiments die Waffen streckte und von den Siegern und Besiegten einzelne Offiziere sich als frühere Waffenkameraden erkannten."*)

Zum zweitenmale war Berlin und die Mark gerettet worden, nicht durch

*) Häusser, a. a. O. 402.

Schweden und Russen, sondern durch die Preußen selber, nicht durch Bernadotte, sondern durch Bülow und Tauentzien. Und diesmal war der Sieg so entscheidend, daß das treulose Benehmen des Kronprinzen von Schweden, der ihn wieder unbenutzt ließ, zwar das Nordheer in der Mark zur Unthätigkeit verdammen, aber den fliehenden Gegner nicht wieder stark machen konnte. Zu Hunderten und Tausenden rissen die Truppen, die Ney bei Torgau sammelte, wieder aus, und namentlich die neu ausgehobenen Franzosen zeigten sich nun mehr als je zur Fahnenflucht geneigt. Die rheinbündischen Soldaten aber verloren jetzt erst recht die Lust an dem Kriege. Ihre Mißstimmung hatte den französischen Kaiser schon darauf aufmerksam machen können, daß der Zauberbann, in welchen er die halbe Welt bisher gehalten, gebrochen war. In der That, die Tage von Großbeeren bis Dennewitz entschieden es bereits, daß er in diesem Kampfe nimmermehr obsiegen werde. Es konnte sich für ihn fortan nur um eine mehr oder weniger ehrenvolle Niederlage handeln. Das war denn auch die feste Überzeugung seines erbittertsten Feindes, des preußischen Volkes. Mit jedem deutschgesinnten Deutschen brach es in unermeßlichen Jubel aus; ein wahrer Freudentaumel erfüllte das Land. Des großen Imperators so lange unüberwindliche Krieger und glänzende Marschälle waren geschlagen, geschlagen von unsern einheimischen Kriegern; flohen aus unsern Gauen, die sie sieben Jahre lang zertreten hatten! Von allen Kirchtürmen verkündete es der Freudenglockenklang; in jedem Dorfe, jeder Stadt ward es durch öffentliche Aufzüge gefeiert. Mit heißem Dankgebet zu Gott und mit werkthätigem Opfersinn gegen ihre braven Krieger erkannte es die Nation. Nie waren kranke und verwundete Soldaten besser gehegt und gepflegt worden, als es den Siegern von Großbeeren, Hagelberg, von der Katzbach und von Dennewitz bei ihren Landsleuten in der Mark und in Schlesien zu teil wurde. Auch die Dichter verherrlichten diese glorreiche Zeit mit manchem urkräftigen Liede voll vaterländischer Begeisterung und mit manchem Spottgedichte.

Wartenburg.

Der Streich gegen die preußische Hauptstadt war schmählich mißglückt; der Streich, den Napoleon selber zu gleicher Zeit gegen den preußischen Oberfeldherrn in Schlesien führte, glitt ab. Am 4. September traf er mit den Kerntruppen, die er stets um sich hatte, bei Macdonalds nun wiederhergestelltem Corps in Bautzen ein, wohin bereits die Spitzen des Schlesischen Heeres reichten, und griff sofort dessen Vorhut an. Aber es gab nur ein hartnäckiges Gefecht (bei Hochkirch), nach welchem sich Blücher langsam zurückzog. Ebenso ging es am andern Tage bei Markersdorf und an der Neiße, bis zum Queis. Blücher ließ sich zu einer entscheidenden Schlacht nicht bewegen. „Dies Getier hat etwas gelernt!“ rief Napoleon voll Ingrimms, als er endlich erkannte, daß der Alte planmäßig ausweiche. Er ließ nun von ihm ab und kehrte (am 6. September) mit den hergeführten Truppen wieder nach Dresden zurück, weil

die Nachricht kam, die böhmische Armee mache abermals Miene, aus dem Gebirge hervorzubrechen. Das war die Zwickmühle, die man ihm in Trachenberg ausgedacht. Seinerseits machte nun Blücher wieder kehrt und drängte das Corps von Macdonald zum zweitenmale bis Bautzen zurück. Da empfing er (am 11. September) den Befehl, zur böhmischen Armee zu stoßen, wo man vor Napoleons persönlicher Überlegenheit allzu große Furcht hatte. Blücher und Gneisenau lehnten indes die thörichte Aufforderung ab: ein Abmarsch des schlesischen Heeres nach Böhmen würde den Kronprinzen von Schweden in seiner Unthätigkeit nur bestärken, und doch sei die Nordarmee jetzt nach dem Dennewitzer Siege mehr als je in der Lage, die Elbe zwischen Wittenberg und Magdeburg zu überschreiten und gegen Leipzig vorzudringen. Es sei daher viel zweckmäßiger, die schlesische Armee eine große Rechtsabschwenkung nach der Elbe unternehmen zu lassen, um dadurch mit der Nordarmee in Verbindung zu treten, den zaudernden Kronprinzen mit über den Strom zu ziehen, Napoleon in der Seite und im Rücken zu bedrohen und dadurch aus seiner Stellung an der Elbe in die sächsischen Ebenen zu treiben, wohin unterdes die böhmische Armee, durch die unter Bennigsen heranziehenden russischen Reserven verstärkt, ebenfalls vorrücken müsse. Diesen Plan ließen Blücher und Gneisenau durch den Major Rühle von Lilienstern im großen Hauptquartier vortragen, und dem geistreichen und gewandten Manne gelang es, zunächst den Zaren, dann den König dafür zu gewinnen. Nur, hieß es, solle Blücher warten, bis Bennigsen mit seinen 57 000 Mann durch Schlesien und Böhmen gekommen und am Erzgebirge angelangt sei.

Inzwischen befand sich Napoleon in der verdrießlichsten Lage. Seine Kunst hatte sonst darin bestanden, die Gegner zu trennen, sie einzeln mit Übermacht zu schlagen. Die Verbündeten hatten aber, wie er selber sagte, etwas gelernt und ihn samt seinen übrigen 180 000 Mann so in die Mitte genommen, daß sie die Schlacht, nach der er verlangte, ihm nur mit doppelter Überzahl zu liefern brauchten. Dennoch blieb er hartnäckig in dem Netze, das sich täglich mehr verengerte. Er konnte den Gedanken, aus Sachsen zu weichen, nicht ertragen; sein Stolz verbot es; auch handelte es sich dabei freilich um einen großen Machtverlust. Denn die Elblinie aufgeben, das hieß sich bis zum Rhein zurückziehen müssen, das hieß die 170 000 Mann in den Festungen der Elbe, Oder, Weichsel, hieß auch den Rheinbund opfern; er lauerte lieber noch, ob sich nicht die Feinde irgendwo eine Blöße geben würden. So zog er wie ein verzweifelter Spieler hin und her, von Dresden ans Erzgebirge, dann wieder, als die Kunde von Dennewitz und von Blüchers abermaligem Vorrücken kam, von Dresden nach der Lausitz, vergeudete in nutzlosen Märschen 14 Tage und die Kräfte seiner Truppen und mußte sich zuletzt doch entschließen, wenigstens die rechte Seite der Elbe zu verlassen. Nunmehr war aber Bennigsen in Böhmen eingerückt, also der Augenblick gekommen, wo Blücher seinen Plan verwirklichen konnte. Auch hielt der alte Held nicht länger an sich; am 25sten befahl er dem Hauptteil der schlesischen Armee (67 000 Mann, darunter

25000 Preußen unter York) den Rechtsabmarsch nach der Elbe. Am folgenden Tage setzte sich das Heer in Bewegung. Zugleich wurde Rühle an Bernadotte abgeschickt, um diesen zu bewegen, daß auch er über den Strom setze. Bernadotte versprach es, gab es auf Verlangen schwarz auf weiß. Aber die Preußen wußten, daß selbst darauf kein Verlaß war. Blücher wendete sich daher zugleich unmittelbar an Bülow und Tauentzien, um wenigstens die Mitwirkung der Preußen beim Nordheer zu erlangen. Sie wurde freudig und bestimmt zugesagt. Bülow schrieb ihm am 1. Oktober: „Ich werde mich nicht durch die Furchtsamkeit und die egoistische Politik eines Fremdlings abhalten lassen, mit meinem Corps für das allgemeine Beste zu handeln, und können Ew. Excellenz auf mich und meine sehr braven Truppen rechnen.“ Ebenso hatte sich schon früher Tauentzien geäußert. So hatte Blücher also sichere Aussicht, das Nordheer nach sich zu ziehen.

Die günstigste Stelle zum Übergange schien das Dorf Elster an der Mündung der schwarzen Elster in die Elbe, zwischen Torgau und Wittenberg. Blücher ließ hier am 2. Oktober zwei Brücken schlagen und traf am 3ten mit seinem Heere davor ein. Er kannte die großen Schwierigkeiten nicht, die nach dem Übergange noch überwunden werden mußten. Denn die Halbinsel, welche hier das linke Ufer bildet, war eine kaum gangbare Niederung voll dichten Gehölzes, und der Boden durch die anhaltende Nässe dieses Spätsommers sehr erweicht, zum Teil überschwemmt; überdies schloß die Landzunge im Westen ein Damm, der in nördlicher Richtung von der Elbe an dem Dorfe Wartenburg vorüber nach Bleddin und wieder zur Elbe führte. Tote Flußarme deckten ihn vorne, und Wartenburg selbst war von den Franzosen noch befestigt worden, besonders durch eine schwere Batterie auf Sandhöhen nordwestlich von dem Dorfe. Hinter diesem Damme stand das Bertrandsche Corps, soviel davon sich wieder zusammengefunden hatte, und zwar die Division Morand (Franzosen) in dem Dorfe Wartenburg, rechts davon bei Bleddin die Division Franquemont (Württemberger), hinter Wartenburg bei Globig eine italienische und eine französische Abteilung als Rückhalt. Es galt also, wenn der Fluß überschritten war, sich auf einem schwierigen Gelände zu ordnen und sofort eine festungähnliche Stellung zu erstürmen. Diese Aufgabe bestimmte Blücher dem Yorkschen Corps.

Sonntag, den 3. Oktober morgens ging dasselbe über die Brücken und faßte auf der Landzunge drüben Fuß, zuerst die Brigaden Prinz Karl von Mecklenburg und Steinmetz. Ein dichtverwachsener sumpfiger Wald stellte sich den auf Wartenburg Marschierenden in den Weg. York teilte deshalb um 9 Uhr die Truppen, ließ den Prinzen Karl unter Führung einiger ortskundigen Bauern links am Elbufer nach Bleddin ziehen, während Steinmetz geradeaus durch den Wald dringen mußte. Aber als dieser sich endlich bis an den Damm beim Dorfe hindurch gearbeitet hatte, empfing ihn von der Sandhöhe her ein so mörderisches Feuer, daß York bald sah, man müsse an einer andern Stelle durchbrechen. Der rechte Punkt dafür, wurde ihm vom Prinzen Karl gemeldet,

sei das Dorf Bleddin; dorthin schickte er ihm daher die mittlerweile ebenfalls über den Fluß gegangene Brigade Horn zur Verstärkung. Unter diesen Anstrengungen war es $1^1/_2$ Uhr nachmittags geworden, die Brigade Steinmetz hatte fortwährend vor Wartenburg stand gehalten und furchtbar gelitten. Jetzt geschah auf der ganzen Linie der Angriff; Prinz Karl gegen Bleddin, Horn über einen toten Flußarm, „die kleine Streng", gegen den Damm des „Sauangers", näher an Wartenburg, Steinmetz gegen Wartenburg selbst. Es kämpfte beiderseits etwa die gleiche Zahl (12 000 Mann); denn ein großer Teil des Yorkschen Corps kam heute nicht zur Verwendung im Gefecht. Bei Bleddin brachen die Preußen leicht durch; schon um 2 Uhr war das Dorf genommen, die Württemberger bis Globig geworfen, dann auch hier verjagt, worauf das Fußvolk des Prinzen rechts schwenkte, um Wartenburg im Rücken zu fassen.

Heißer war die Arbeit am Sauanger. Hier bildete der Damm am toten Flußarm einen vorspringenden Winkel, dessen rechter Schenkel durch breites Wasser gedeckt und mit Artillerie bespickt, dessen linker Schenkel aber nur durch einen schmalen, freilich morastigen Verbindungsgraben geschützt war. Hier befahl York der Hornschen Brigade den entscheidenden Angriff. Zwei schlesische Landwehrbataillone unter Oberst Welzien sollten die Spitze des Winkels stürmen und Wartenburg von der Seite angreifen, Horn weiter hinauf den Damm erobern und das Dorf umgehen. Die Landwehrleute gingen vor; ein entsetzliches Kartätschenfeuer vom Damme rechts zerschmetterte ihre Reihen, aber sie wichen nicht. Und nun rückte Horn an, voran das Leib-Bataillon, dann Hirschberger Landwehr, meist Leinweber, zuletzt wieder Linie. „So ging's durch die Obstanlagen (vor dem Verbindungsgraben), und mancher brach sich im Vorübergehen noch eine Pflaume vom Baume herab." Angelangt am Graben wurden sie mit Kartätschen überschüttet, doch ging es vorwärts. „Seht! dort rückt das Bataillon des Leibinfanterie-Regiments an den Feind. Die wollen was Besseres sein als ihr", redete Horn die Landwehrmänner an. „Nein, nein! wir sind so gut als sie", antworteten diese und zugleich mit den anderen setzten sie an den Feind. Es war ein rührender Anblick, diese braven armen Leute zu sehen, wie sie, in dürftigster Bekleidung und von Krankheiten und Strapazen erschöpft, sich in den Kugelregen stürzten.*) Während des Angriffs wurde dem General Horn das Pferd unter dem Leibe erschossen; er arbeitete sich rasch aus den Gefallenen hervor, ergriff das Gewehr eines erschossenen Musketiers, rief: „Ein Hundsfott, wer noch schießt! Zur Attake Gewehr rechts!" und watete voran durch den Morast, Leib-Bataillon und Landwehr ihm nach. So erstiegen sie den Wall; der Feind machte kehrt. Ebenso kühn und erfolgreich war Welziens Angriff. Mit seinen beiden Landwehrbataillonen durchwatete er, bis an den Gürtel im Wasser, den Graben, erstieg den Damm, brach ins Dorf ein und von Kameraden des linken Flügels

*) Gneisenau an Hardenberg: bei Pertz Gneisenau III. 415.

unterstützt, drängte er die Franzosen nach hartnäckigem Widerstande aus Wartenburg hinaus, während Horn selbst die Italiener, die ihm gegenüber standen, vollends zersprengte. In demselben Augenblick ging auch Steinmetz zum Sturm vor. Die Breslauer Landwehr unter Major Mumm erstieg hier zuerst den Wall und drang in Wartenburg ein. Die Franzosen zogen sich auf die Sandhöhe zurück. Aber eng geschlossen rückte Steinmetz' Brigade nach, und der Feind flüchtete.

Die ganze Linie des Bertrandschen Corps war nun (um 3 Uhr) auf dem Rückzug; aber schon kamen von Bleddin und Globig her die Vortruppen der Brigade Prinz Karl von Mecklenburg ihr in die linke Seite und von rechts her vom jenseitigen Ufer, donnerte Geschütz nach. 1000 Gefangene nebst 11 Kanonen ließ Bertrand in den Händen seiner Besieger. An Toten und Verwundeten hatte er weniger verloren, da er beim Gefecht überall durch Dämme, Bäume und Häuser geschützt war. Von den Yorkschen, die im Gegenteil fast ohne alle Deckung gekämpft hatten, waren 1600 Mann tot oder verwundet; dafür war aber auch eine Aufgabe, deren große Schwierigkeiten man erst jetzt erkannte, mit Glanz gelöst; York selbst hielt diesen Kampf für die schönste Kriegsthat seines Corps, und seine gewöhnliche Kälte wich diesmal der Bewunderung. Er äußerte sie in einer Weise, die dem ganzen braven Heere tief ins Herz drang. Gegen Abend, nach erfochtenem Siege, zogen die Truppen an York vorüber; als das zweite Bataillon vom Kolberger Leibregimente kam (es hatte zuerst den Damm erstiegen und ein Drittel seiner Mannschaft eingebüßt), da nahm York die Mütze ab, sein ganzes Gefolge von hohen Offizieren that ebenso; entblößten Hauptes standen sie, bis der letzte Mann des Bataillons vorüber war. Ein bewegliches Schauspiel für die Soldaten, ihren General, „die Warnungstafel", den „alten Isegrimm", so stehen zu sehen. Aber jedes Bataillon hatte seine Pflicht reichlich gethan. „Auch die schlesische Landwehr", sagte York, „hat nun mit allen Ehren das große Examen bestanden; sie hat gefochten wie alte Grenadierbataillons." Ähnlich sprach sich Blücher aus; sein Urteil über die Landwehr, welches er nach dem Feldzuge (1814) abgab, lautete: „Mit die Landwehr-Patteljons ging's z'erst (nämlich in Schlesien) man so so; als sie aber mal tüchtig Pulver geschmeckt hatten, ging's mit ihnen so gut wie mit den Linien-Patteljons."

Unter den Führern, die bei Wartenburg sich ausgezeichnet, erhielt Horn mit Recht einen großen Anteil des Lobes. Er gehörte überhaupt zu den tüchtigsten Generalen des preußischen Heeres. Seinen Truppen pflegte er scharf auf den Dienst zu passen; aber er teilte auch mit ihnen jedwede Arbeit und Entbehrung, sorgte aufs beste für sie und war daher bei ihnen sehr beliebt. In der Schlacht war der große, kräftige Mann immer voran; schon 1812 hatte seine Tapferkeit auf die Franzosen, damals seine Kriegsgefährten, einen solchen Eindruck gemacht, daß Marschall Macdonald einmal meinte: „gegen Horn sei selbst Bayard nur ein Lump gewesen."

So stand nun die schlesische Armee auf dem linken Elbufer; am

4. Oktober rückte sie gegen die Mulde vor. Auch Bernadotte konnte jetzt keine weiteren Ausflüchte machen, er mußte nun wohl oder übel ebenfalls über die Elbe gehen, wenn nicht auch die Blödsichtigsten ihn als das erkennen sollten, was er nach Bülows treffender Bezeichnung wirklich war, nämlich ein Charlatan. Die Schlacht von Wartenburg, welche die Elblinie sprengte, war daher ein Erfolg von weltgeschichtlicher Wichtigkeit: sie nötigte die Verbündeten, zum allgemeinen Angriffskriege überzugehen, den Krieg in dem Geiste Friedrichs des Großen, in derselben Weise zu führen, in der auch Napoleon zu fechten liebte.

„Derweil also" (sagt ein Historiker, der kein Preuße war*), „derweil also durch preußische Waffen, nicht allein vorzugsweise, sondern geradezu nur durch preußische Waffen der Widernapoleonismus auf Wahlstätten siegte und strategische Erfolge errang, war es Österreich gegeben, diplomatische Triumphe zu feiern, — Triumphe, welche zugleich Niederlagen für die deutsche Sache gewesen sind." Mit Besorgnis gewahrten Metternich und die Seinen „den Geist, der durch den allgemeinen Widerstand gegen die französische Herrschaft in Deutschland erwacht, durch die Steinschen Proklamationen mächtig gesteigert, besonders von Preußen aus dergestalt gewachsen war, daß der Befreiungskrieg einem Freiheitskriege nicht unähnlich sah.**) Sie arbeiteten deshalb jetzt eifriger als je daran, die Deutschgesinnten um ihre besten Hoffnungen und Preußen um den Lohn seiner Anstrengungen zu prellen. Zu diesem Ende beredete Metternich zuerst den Zaren, die Ideen des Kalischer Aufrufs gänzlich fahren zu lassen und auf die österreichischen Anschauungen einzugehen. Mit dem schwächeren Hardenberg wurde er dann desto leichter fertig. Es unterstützte ihn dabei nicht wenig die Vertrauensseligkeit Hardenbergs, der bei Österreich eine freundschaftliche Gesinnung für Preußen voraussetzte, die gar nicht vorhanden war, von der vielmehr gerade das Gegenteil bestand. So gelang es dem österreichischen Kanzler, der deutschen Sache die Gestalt zu geben, die ihm oder vielmehr seinem Herrn behagte. Franz I. erklärte durch Metternichs Mund, er werde die Last der deutschen Kaiserkrone nicht wieder auf sich nehmen, wolle dabei überhaupt keine Wiederherstellung des deutschen Reiches, vielmehr solle die Auflösung des Rheinbundes in der Art geschehen, daß man den deutschen Fürsten die volle, unbedingte Unabhängigkeit, die Souveränität lasse, die sie von Napoleon erhalten hätten. Das Bedenken, daß die Souveränität der Herrscher die Völker gegen deren Willkür ganz ohne Schutz lasse, wies er ab; „man habe es nur mit Fürsten, nicht mit Völkern zu thun." Dennoch war es weniger der absolutistische Widerwille gegen jede Art von Beschränkung des Fürstenrechts, was den österreichischen Kaiser und seinen Diener für die Souveränität der Rheinbunddespoten so zärtlich besorgt machte, als vielmehr

*) Scherr, a. a. O., III. 230.
**) Gentz, a. a. O., 277.

die Eifersucht auf Preußen. Denn jeden rheinbündischen Staat, dem man die Unabhängigkeit rettete, entzog man eben auch der Gefahr, von Preußen verschlungen zu werden. Auch von einer Teilung Deutschlands unter Österreich und Preußen, etwa in ein süddeutsches und ein norddeutsches Kaisertum, bei der die Mainlinie eine natürliche Grenze abgegeben hätte, wollte die österreichische Politik nichts wissen, nicht etwa, weil dann Deutschland gespalten blieb, sondern weil Preußen dadurch zu mächtig wurde.

Darum schloß Franz I. am 9. September mit Preußen und Rußland, am 3. Oktober mit England zu Teplitz neue Verträge, deren wichtigste Bestimmungen waren: 1. Wiederaufrichtung der österreichischen und der preußischen Monarchie im Bestande von 1805; 2. Auflösung des Rheinbundes und völlige, unbedingte Unabhängigkeit der zwischen dem wiederhergestellten Österreich und Preußen und zwischen dem Rhein und den Alpen liegenden deutschen Gebiete, so zwar, daß die von Napoleon für seine Verwandten geschaffenen Throne nicht bestehen bleiben, sondern die betreffenden Länder den früheren Beherrschern wieder zurückgegeben werden sollten.

Der Einheit und Freiheit Deutschlands hatte Franz I. also einen Riegel vorgeschoben. „Der brave Stein“ (schrieb damals der hannöversche Minister Graf Münster), „hat allerdings Ursache finster auszusehen . . . . . . das Schicksal der Deutschen würde höchst zu beklagen sein, wenn sie künftig dem Willen kleiner Despoten unterworfen sein sollten. Sollte diese Souveränität für das arme Deutschland beliebt werden, so wäre ich bereit, mich auf die Seite der Revolutionärs zu schlagen.“ Auch die preußischen Staatsmänner, Hardenberg und Wilhelm v. Humboldt, sahen finster drein; aber jener vermeinte thörichter Weise, das Hinhalten und Abwarten sei die rechte Staatsklugheit, und dieser besaß bei aller Einsicht, Freisinnigkeit und Vaterlandsliebe doch zu wenig Thatkraft und Gewicht, um seinen König, so wie es einst Stein verstanden, zu großartigen Entschlüssen zu treiben. Stein selbst war jetzt ohne Einfluß, dem Titel nach ein Rat des Zaren, aber dieser lieh sein Ohr bereits mehr dem Weihrauchspender Metternich als dem unhöfischen Stein, kümmerte sich auch, wie natürlich, mehr um Rußlands als um Preußens und Deutschlands Vorteil und hatte daher nichts dagegen, daß man, wie Metternich zu thun pflegte, Deutschland nur als geographischen Begriff, als geographische Redeweise behandelte.

Österreich zögerte nicht, den Grundsatz, den es in diesen Verträgen aufgestellt hatte, praktisch durchzuführen. Am 8. Oktober schloß es mit Bayern den Vertrag zu Ried, der ein Faustschlag ins Gesicht der deutschen Reformpartei war und alle künftigen Entwürfe zu einer deutschen Reichsverfassung verdarb. Denn er bestimmte, Bayern solle für seinen Übertritt zu den Verbündeten, den es jetzt, um sich zu retten, anbot, und für die Rückgabe der früher österreichischen Gebiete die Länder Ansbach und Bayreuth behalten, auch anderwärts in Deutschland Ersatz bekommen, vor allem aber in vollem Besitz der Souveränität seiner Krone verbleiben. Dieser für die Verbündeten ganz

entbehrliche, für Bayern ganz unentbehrliche Vertrag rettete die bayrische Dynastie, die mitschuldigste Dienerin des bonapartischen Wesens, ja er belohnte sie sogar mit der ganzen Beute, die sie im Schergendienste Napoleons erworben, und man gewann nicht einmal einen verläßlichen, wenn auch schwachen Bundesgenossen; der bayrische Minister Montgelas versicherte vielmehr dem französischen Gesandten: „Ist die Ruhe einmal hergestellt, so seien Sie von einem fest überzeugt: daß Bayern stets Frankreich und ein starkes Frankreich nötig hat.“ Aber Österreich gewann seine verlorenen Provinzen und verhütete die Beschädigung der rheinbündischen Throne. Denn wenn die bayrische Dynastie für ihren jahrelangen Verrat an Deutschland straflos blieb, mit welchem Rechte wollte man die andern undeutschen Fürsten strafen, die nicht mehr verschuldet hatten?

Daß König Friedrich Wilhelm und sein Minister Hardenberg den Rieder Vertrag hinnahmen, war schlimm genug; geradezu unverantwortlich aber war, daß sie auch jetzt versäumten, sich von allen Bundesgenossen eine bestimmte Entschädigung für Preußen gewährleisten zu lassen. Es wurde in allgemeinen Ausdrücken auf das Königreich Sachsen als Entschädigung hingewiesen; damit begnügten sie sich. So hatte Preußen die Ehre, auf dem Schlachtfelde das meiste und beste zu thun, im Rate jedoch ward es, dank der Schlaffheit oder dem Ungeschick seiner Regierung, zuletzt gefragt und am wenigsten beachtet.

Sehr unterstützt wurde Metternichs Politik durch die unthätige Haltung, in welcher die Mehrheit der deutschen Nation verharrte. Denn zu einem Aufstande kam es bei den Deutschen des Rheinbundes und der in Frankreich einverleibten Gebiete auch jetzt nicht; ihre Stimmung war der deutschen Sache im ganzen günstig, aber sie handelten nicht. So führte denn auch der Parteigängerkrieg, den die Verbündeten im Rücken Napoleons spielen ließen, zu keinen großen Ergebnissen. Die Streifzüge, welche nach Wallmodens glücklichem Gefecht an der Göhrde (am 16. September, gegen Davousts Truppen) der preußische Oberstlieutenant von der Marwitz nach Braunschweig (22. September), die russischen Generale Tschernyschew nach Kassel (1. Oktober) und Tettenborn nach Bremen (13. Oktober) unternahmen, waren glückliche Handstreiche, brachten Beute und erregten unter den Gutgesinnten in Westdeutschland freudige Hoffnungen, wie unter den Undeutschen, zumal den Genossen der Jeromeschen Liederlichkeit, panischen Schrecken; aber weiter bewirkten sie nichts. So gebrechlich auch das Königreich Westfalen sein mochte, das Volk erwartete die Entscheidung vom großen Kriegsschauplatze her. Und schon fielen dort die eisernen Würfel.

Leipzig.

Seit Blücher die Elbe überschritten hatte, war Napoleons Schicksal besiegelt. Vergebens versuchte er, diese wirksamste Triebfeder der feindlichen Bewegungen über den Strom zurückzuschnellen; am 7. Oktober war er mit

130000 Mann herbeigeeilt, stand am 8. in Wurzen, am 9. in Eilenburg, am 10. in Düben; aber wieder war der Stoß ins Blaue gegangen. Blücher hatte sich klüglich auf die Seite gezogen und ging dann vorwärts über die Mulde, wo er in Verbindung mit dem Nordheer blieb und dem in der Richtung auf Leipzig vorrückenden böhmischen Heere weniger fern stand. Napoleons letzte Hoffnung war dahin; rat- und thatlos saß er nun zu Düben; endlich, statt wie seine Generale verständig rieten, über Magdeburg den Rückzug anzutreten, beschloß er, nach Leipzig zu gehen und dort mit überlegener Macht dem böhmischen Heere eine Schlacht zu liefern; denn er hoffte, daß wenigstens Bernadotte über die Elbe zurückgescheucht worden sei. Am 14. Oktober gegen Mittag kam er in Leipzig an, wo man bereits von Süden her Kanonendonner hörte, die Eröffnungsklänge der großen Völkerschlacht.*)

Bedächtig schob sich seit dem 3. Oktober die böhmische Armee über das Erzgebirge nach Sachsen hinein; am 13. ragte ihr Vordertreffen, die Corps von Wittgenstein, Kleist und Klenau, bis in die Nähe von Leipzig. Hier stand beim Dorfe Liebertwolkwitz Murat, der König von Neapel, mit einigen 50000 Mann; gegen ihn schickte Wittgenstein seine Vortruppen zu einer Erkundigung aus. Aber aus dem Geplänkel wurde fast eine Schlacht. „Es gab ein imposantes Schauspiel", berichtete Wittgenstein, „ungefähr 14000 Reiter im Gefecht zu sehen, die sich mit abwechselndem Glück bekämpften, einander warfen, wiederkehrten und verfolgten." Ein buntes Gemisch, dort Polen, Franzosen, Italiener, Deutsche, hier Preußen, Kosaken und Österreicher; beiderseits viel Tapferkeit, bei den Verbündeten, die anfangs an Zahl geringer waren, doch mehr Verwegenheit; zuletzt ein wirres Handgemenge, Getümmel einzelner Schwärme, Gefecht von Mann an Mann; Murat selbst, wie er pflegte, tollkühn unter den Vordersten. Ein preußischer Dragonerlieutenant, Guido von der Lippe, sah den theatralisch aufgeputzten König im hitzigsten Kampf. Sofort sprengt er auf ihn los, verfolgt ihn mit dem Ruf: „Halt König!" erhält von einem Begleiter des Königs einen Hieb, läßt aber nicht ab, bis ein zweiter Degenstoß ihn entseelt vom Pferde wirft. Gegen Abend wurde endlich die französische Streitmacht zurückgetrieben. Die Nacht brach mit Sturm und Regen herein; die Truppen lagerten sich. Alles, was sich verbrennen ließ, ward herbeigeschleppt, um die Wachtfeuer zu unterhalten. Tausende solcher Feuer brannten rings um die Stadt; im Süden ein großes Feuer, das brennende Dorf Liebertwolkwitz.

Aber bei weitem nicht alle die Feuer, die man erwartete. Seit Monden doch hatten die Monarchen und Oberfeldherren des großen Bundes den Gedanken vor Augen gehabt, der jetzt verwirklicht werden mußte: eine Entscheidungsschlacht bei Leipzig. Die Natur selbst wies darauf hin. Ein Ort, der, im

*) Vgl. v. Bremen, Die entscheidenden Tage vor Leipzig 4. bis 14. Oktober 1813, Beiheft z. Mil.-Wochenbl., Berlin 1889, S. 361 ff.

Centrum eines großen Straßennetzes gelegen, allen drei Heeren der Verbündeten am leichtesten als Vereinigungspunkt dienen konnte; eine Ebene rings, welche die Entfaltung so großer Heeresmassen nicht nur zuließ, sondern begünstigte; ein Schlachtfeld im Rücken der Elbfestungen und auf der Rückzugslinie des Gegners; ohne Zweifel ein Siegesfeld, wenn die Heere überall ihren Platz einnahmen, wo sie sollten und auch konnten. Nun stand man am Vorabende der Schlacht, aber die gewünschte und mögliche Umzingelung des furchtbaren Gegners war doch nur unvollständig. Zwar die böhmische Armee, mit Ausnahme der Corps von Colloredo und Bennigsen, und die schlesische waren zur Stelle, aber das Nordheer fehlte. Und auch daß man wenigstens zu zwei Dritteln jetzt bei Leipzig stand, war nur Blücher zu verdanken, der immer vorwärts getrieben und allein von den drei Oberfeldherren den Sinn des gemeinschaftlichen Kriegsplans festgehalten. Was hatte er nicht alles gethan, um den Kronprinzen von Schweden an seinen Posten zu bringen! Nachdem er ihn endlich über die Elbe gezogen, wie viel Mühe kostete es, ihn festzuhalten, damit er nicht wieder ausriß! Er that auf einmal so, als ob Berlin in Gefahr sei, wenn er nicht aufs rechte Elbufer zurückkehre. „Was soll aus dem schutzlosen Berlin werden?" fragte er den Abgesandten Blüchers, den Major Rühle. „Nun", antwortete dieser, „ist Moskau verbrannt worden, so kann man auch Berlin preisgeben!" Kurz Bernadotte wand und mühte sich, dem Dränger zu entwischen, es so einzurichten, daß er an der Schlacht mit Napoleon nicht teil nehme. Langsam und auf Umwegen ging er endlich von Alsleben an der Saale nach Halle, blieb dann bei Wettin stehen, während Blücher im Gewaltmarsch vor ihm über Halle auf Leipzig zog.

Am 15ten umritt Napoleon seine Stellung im Süden der Stadt und traf seine Anordnungen zur Schlacht, die am folgenden Tage geliefert werden sollte. Seine Aufstellung war zweckmäßig wie immer: im Rücken auf Leipzig gestützt, beherrschte sie vom rechten Pleiße-Ufer an die südöstliche Ebene; ihre Schlüssel waren die Hügel bei Markkleeberg, Wachau und Liebertwolkwitz. Westlich ging sie über die Pleiße und Elster bei Lindenau, welches Dorf die Rückzugslinie deckte; denn von hier aus gehen die großen Straßen nach Nordwesten über Merseburg, nach Südwesten über Weißenfels. Gegen Blücher stellte der Kaiser den Marschall Marmont mit 20 000 Mann bei Lindenthal (zwischen Leipzig und Halle) auf; er meinte, dieses Corps werde genügen, das schlesische Heer so lange aufzuhalten, bis er selbst mit Schwarzenberg fertig sei. Er hatte wohl Grund, auf einen glücklichen Ausgang zu hoffen; seine geistvolle Leitung glich die feindliche Übermacht aus, die übrigens jetzt noch keineswegs bedeutend war. Denn am 16ten haben die Verbündeten nur 193 500 Streiter (darunter 38 000 Reiter) mit 750 Kanonen zur Schlacht gehabt (nämlich die schlesische Armee mit 60 430 und die böhmische mit 133 070 Mann). Napoleons Streitmacht betrug nicht viel weniger, nämlich 176 950 Mann (darunter 33 500 Reiter) mit 700 Geschützen.

Der erste Akt des großen Trauerspiels begann, der 16. Oktober, ein

trüber, regnerischer Tag. Schwarzenberg hatte gegen den Rat des Zaren seine Kräfte so verzettelt, daß General Gyulay mit 20 000 Österreichern auf dem linken Ufer der Pleiße und Elster gegen das Dorf Lindenau, andere 35 000 Österreicher unter Merveldt in dem Sumpfdelta zwischen jenen Flüssen gegen Connewitz, die übrigen zunächst verfügbaren Truppen, 65 000 Russen, Preußen und Österreicher unter dem Prinzen Eugen, Kleist und Klenau, gegen die Centralstellung des Feindes bei Wachau vorrückten. An dem letzteren Orte, wo Napoleon über 100 000 Mann vereinigt hatte, ist die heißeste und mörderischeste Schlacht dieses Tages geliefert worden. Bald nach 8 Uhr kündeten drei Signalschüsse der Verbündeten die Eröffnung des furchtbaren Kampfes an. Im ersten Anlauf stürmten Kleists Preußen Markkleeberg; verloren es, von massenhaftem Geschützfeuer zurückgeworfen; stürmten wieder; viermal vertrieben, behaupteten sie dennoch zuletzt das Dorf. Zur Rechten rang inzwischen Prinz Eugen mit Russen und Preußen um Wachaus Besitz. Aber kaum herangedrungen, sah er die Scene schnell geändert: „Es konnte gegen 9 Uhr sein“ (heißt es in einem russischen Bericht*), „als sich im Angesicht unserer Truppen die ganzen Erhöhungen zwischen Wachau und Liebertwolkwitz mit mehr denn 100 Geschützen bedeckten; wir hatten den schlafenden Löwen geweckt. Auf der ganzen Linie auf beiden Seiten (auch die Verbündeten brachten ihr Geschütz, 48 Kanonen, vor) eine unerhörte Kanonade fünf Stunden lang, daß zuweilen die Erde im eigentlichen Sinne des Wortes erbebte. Donner krachte, der Boden zitterte, Funken stoben, Späne flogen, Rauch und Flammen, Blut und Tod rings um uns her — Vernichtung dem Lebendigen, Zerstörung dem Leblosen. Unsere Linie stand noch, aber von Überraschung wie versteinert. ‚Wir gehen alle zu Grunde!‘ rief Fürst Schachowskoi; ‚Alles soll stehen bleiben!‘ der Prinz. Drauf hieß es: ‚Preußen vor!‘ Es waren dies zwei Bataillone, die unserer Vorhut zugeteilt und wie immer voll Lust und Eifer waren. Noch überdies hatten sie nicht wie die Russen gefrühstückt, sondern waren völlig nüchtern. Dessenungeachtet stürmte das Füsilierbataillon des 6. Regiments um 9½ Uhr Wachau und nahm dasselbe unter dem Beifallsruf der Russen wieder.“ Auch die übrigen Truppen gingen wieder vor. Aber alle Tapferkeit der Preußen und Russen vermehrte nur die Zahl der Opfer, die Übermacht konnte nicht durchbrochen werden, gegen Mittag mußte sich Prinz Eugen auf Gülden-Gossa, eine Viertelmeile südlich von Wachau, zurückziehen; von seinen 5200 Russen und 4700 Preußen brachte er im ganzen nur 3600 Mann zurück, die andern lagen in ihrem Blute vor den feindlichen Batterieen. Auch Klenaus Angriff auf Liebertwolkwitz war zurückgeschlagen worden.

Napoleon rückte nun auf Gülden-Gossa nach; es war 3 Uhr. Bisher hatte seine Geschützmasse gedonnert, daß man keine Pause mehr hörte, sondern das Feuer ganzer Batterien wie Bataillonsfeuer zusammenschlug. Plötzlich,

*) Bei Aster, Gefechte und Schlachten bei Leipzig. 1852. I, S. 377 ff.

wie durch Zauberschlag, verstummte das Gebrüll. Ein Moment, und ein anderer Sturm erhob sich, weithin Waffengeklirr und Pferdegetrampel, daß die Erde erdröhnte; eine schimmernde, breite Woge brauste heran, 4000 Reiter in einem Haufen, Murat voran. Aber wie Felsen standen ihr die weit gelichteten Glieder der kleinen russisch-preußischen Heldenschar; hie und da durch sie hindurch und um sie herum sprengte der Schwarm; aber sie standen, und schon trafen zu rechter Zeit russische und preußische Garden ein und trieben den Feind zurück, während auch zur Seite, wo Kleist sich in Markkleeberg mit letzter Kraft hielt, Beistand (österreichische Reserve) eingetroffen war. Napoleon that gegen das Centrum, Gülden-Gossa, noch einen Wurf: vielleicht, daß Infanterie durchbrach; er ließ den General Maison mit Lauristons Corps es versuchen. Aber auch dieser richtete nichts aus. Neun Stunden lang war gestritten worden, der Abend brach ein, und die Franzosen hatten hier nur den kleinen Raum von Wachau bis Gülden-Gossa hin errungen; im Halbkreise um sie herum standen die Verbündeten, von Markkleeberg über Gülden-Gossa bis Pößna; beide Teile bezogen die Beiwacht.

Immerhin hatte Napoleon hier einigen Erfolg gehabt; entschieden günstig lief für ihn der Kampf ab, den er im Südwesten mit der österreichischen Hauptmacht bestand. Schwarzenberg hatte dort den General Gyulay beauftragt, Lindenau zu nehmen, den General Merveldt, den Übergang bei Connewitz zu bewerkstelligen. Beides mißlang, Merveldt wurde sogar mit einigen tausend Mann gefangen genommen.

Die böhmische Armee hatte also überall tapfer gefochten, aber mit ungeheuren Opfern, im ganzen wohl von 20 000 Mann, doch nur erlangt, daß die Schlacht nicht gerade zur Niederlage wurde. Napoleons Verlust war freilich kaum geringer, und einen rechten Sieg hatte er trotzdem nicht errungen. Und das war fast so schlimm wie eine Niederlage, denn jede Stunde brachte den Verbündeten Verstärkung; er fand sie nicht wieder so schwach, wie sie heute noch gewesen. Wie kam es aber, daß er die sich schon für ihn neigende Schale des Sieges doch nicht hatte so recht zum Sinken bringen können? „Die Welt dreht sich noch einmal für uns!“ hatte er siegesgewiß gesagt, als er am Nachmittag von Wachau auf Gülden-Gossa nachdrängte. Aber es fehlten ihm dort die frischen Truppen, die Corps von Marmont und Ney; sie wurden im Norden von Blücher festgehalten, während sie im Süden so nötig waren. Auf seinem Standort während der Schlacht, auf dem „Galgenberg“ hinter Wachau, hörte Napoleon die Glocken Leipzigs, die auf seinen Befehl den Sieg bei Wachau verkündeten; aber dumpf dazwischen rollten die fernen Wetterschläge von der Schlacht im Norden, von Möckern; für des Kaisers stolze Hoffnung das Grabgeläute.

Möckern.

Am 15ten brach Blücher von Halle auf, seinen Posten in der Schlachtlinie einzunehmen. Das Corps Yorks, 20 800 Streiter, hatte wieder den Vor-

tritt; es hat auch allein die Schlacht geschlagen, die nun folgte. Morgens um 8 Uhr, Sonnabend den 16. Oktober, war Blücher mit diesem Corps auf der Höhe von Schkeuditz angelangt und hörte den anhebenden Donner von Wachau. Aber zur selben Stunde kam eine Nachricht vom Nordheer, die bedenklich genug war: Bernadotte folgte nicht; statt die linke Seite des schlesischen Heeres zu decken, bog er rechts ab nach Halle. Doch Blücher war entschlossen, sich seinen Anteil an dem Kampfe nicht nehmen zu lassen. Er marschierte weiter auf der Straße von Schkeuditz nach Leipzig; die Russen unter Langeron und Sacken folgten zur Linken. Es ging in ein unklares Gelände, waldige Niederungen, abwechselnd mit bebuschten Höhenzügen und voll Dörfer. Rasch traf er seine Anordnungen, um über Lindenthal, wo die Vorhut des Feindes stand, nach Leipzig vorzudringen. Dann ritt er die preußische Front entlang und redete in seiner Weise also: „Na Kinder, heute haut mal auf gut preußisch ein! Sag' euch, wer heute abend nicht entweder tot oder vor Freuden duselig ist, der hat sich geschlagen wie ein infamer Hundsfott!" Ein großes Hurra anwortete. Anders der alte Isegrimm — er war in Schkeuditz beim Frühstück mit seinen Adjutanten; als man ihm die Befehle Blüchers brachte, erhob er sich, sein Glas in der Hand, sagte sein Lieblingssprüchlein: „Anfang, Mittel und Ende Herr Gott zum Besten wende!" leerte das Glas und stellte es still hin; die andern thaten desgleichen voll feierlichen Ernstes; sie fühlten, es gelte den Entscheidungskampf für das Vaterland.

Es war kein verächtlicher Feind, auf den sie nun stießen. Marschall Marmont hatte eben von seinem Kaiser den Befehl erhalten, nach Wachau zu marschieren, als er die Annäherung des schlesischen Heeres erfuhr; er blieb, um Leipzig auf dieser Seite zu decken. Mit 18000 Franzosen und Rheinbündnern stellte er sich dem Yorkschen Corps entgegen. Sein schlachtenkundiger Blick zeigte ihm eine Stellung, die für einen an Zahl wenig überlegenen, an Geschütz beträchtlich schwächeren Feind fast uneinnehmbar schien. Sie lag auf etwas ansteigendem Boden, stützte sich rechts bei Eutritzsch an den Rietschkebach und links bei Möckern an die Elster. Ihr Schlüssel war das Dorf Möckern, dessen zahlreiche Gehöfte, ummauerte Gärten und schmale Wege die Verteidigung ungemein erleichterten. Zu diesen örtlichen Vorteilen fügte Marmont nun seine große Überlegenheit an Geschütz; dennoch griff York, nachdem er den Feind aus Lindenthal auf die Hauptstellung Möckern zurückgetrieben, diesen Punkt ungesäumt an. Es war um die dritte Nachmittagsstunde. Die Vorhut unter Major von Hiller begann den Sturm, drang ins Dorf; aber aus jedem Hause, von jeder Mauer mit Flintenkugeln, von den Höhen hinter Möckern mit Kartätschen überschüttet, mußte sie das Dorf wieder räumen. Unter wütendem Geschützdonner ordnet Hiller seine Truppen zu einem neuen Angriff, zieht einige Bataillone schlesischer Landwehr und brandenburgischer Linie herbei und marschiert mit gefälltem Gewehr von neuem ins Dorf, dringt durch und bis vor die Höhen auf der andern Seite. Hier aber lichtet der Kartätschenhagel seine Truppen so furchtbar, daß er abermals Möckern räumen muß. Er geht zum

drittenmal vor, erinnert seine Preußen, daß heute das Schicksal des Vaterlandes entschieden werden müsse; sie eilen über die Leichen ihrer Brüder mit Hurrageschrei von neuem auf den Feind, treiben ihn aus dem brennenden Dorfe, in welchem jede Mauer, jedes Haus eine Festung ist und erobert werden muß. Fünfzig Kanonen hatte Marmont indes auf diesen Punkt richten lassen, und schon sind Hillers Bataillone zu kleinen Haufen zusammengeschmolzen; doch weichen sie nicht. „Kinder, rettet das Vaterland!" ruft tötlich getroffen Graf Wedell den Landwehrleuten zu. So ringen sie mit der letzten Kraft um den blutgedüngten Boden. Schon waren sie fast aufgerieben, als York die zweite Brigade (Prinz Karl) zu Hilfe schickt. Die Franzosen wurden nunmehr nicht bloß aus dem Dorfe, sondern bis auf die Höhen zurückgetrieben.

Aber auch Marmont zog seine Reserven heran, und wenn die Preußen hier unübertrefflich fochten, so haben auch die Franzosen bei Möckern einen Kranz der Tapferkeit verdient. York warf endlich seine letzte verfügbare Infanterie-Brigade (Steinmetz) hinein; die Brigaden Horn und Hünerbein bestritten zur Linken die übrigen Punkte der feindlichen Linie. Im Sturmschritt griff Oberst Steinmetz die Hauptbatterien auf den Höhen, den sogenannten Kirschberg an; aber er konnte durch den ununterbrochen herniederstürzenden Kartätschenhagel nicht hindurch; ganze Reihen der Preußen wurden zerschmettert; sie mußten nach Möckern zurückweichen, und nun ging Marmont seinerseits vor.

In diesem Augenblicke (um 5 Uhr nachmittags) mußte sich die Schlacht entscheiden. York befahl drei Schwadronen, die, von dem tapferen Major v. Sohr geführt, bis gegen das Dorf vorgerückt waren, einzuhauen. Sobald die feindliche Infanterie nahe genug herangekommen, stürzte sich Sohr mit seinen brandenburgischen Husaren durch den dicken Pulverdampf dahin, wo das Sausen der Gewehrkugeln den Feind erkennen ließ, zersprengte ihn, nahm eine Batterie. Jetzt rückte der württembergische General Normann mit seiner Reiterei gegen Sohr an. Aber zu rechter Zeit hatte dieser zwei Regimenter (brandenburger Ulanen und schlesische Landwehrkavallerie) herbeigezogen. Die Württemberger wurden geschlagen, auch die französische Kavallerie geworfen, wieder eine Batterie genommen. York selbst, persönlich an der Spitze der übrigen Reiterei (littauischer und westpreußischer Dragoner unter Oberst Jürgaß und neumärkischer Landwehr) vollendete hier den Sieg, während Steinmetz die letzten Bollwerke im Dorfe erstürmte.

Unterdessen hatte Hünerbein zur Linken die Höhen erobert. Auch dies war ein entsetzliches Stück Blutarbeit; der Feind wehrte sich verzweifelt. Hier war es, wo Major v. Krosigk, ein anderer Winkelried, seinen brandenburgischen Füsilieren mit seiner eigenen Brust den Weg in das feindliche Viereck bahnte. Er wirft sich auf den Flügelmann, schlägt ihn mit der Faust aus dem Gliede zu Boden, fällt von Kugeln und Bajonett zugleich durchbohrt. Aber sterbend winkt er mit dem Degen seiner Mannschaft nach, die in den Feind stürzt, wehrt denen, die ihn wegtragen wollen: „Laßt mich", ruft er,



„geht und siegt!“ Auf einem Erdhaufen nahebei, wohin er sich geschleppt, verschied Krosigk; da saß die edle Leiche, „wer rückwärts sähe, den hätte sie zurückgedräut.“ Seine Füsiliere sahen nicht zurück. Von 997 Mann, die das Bataillon am Morgen gezählt, waren am Abend kaum noch 100 übrig.*) Mit gleichem Heldenmut kämpfte übrigens das ganze Yorksche Corps, jeder Offizier, jeder Soldat, Linie und Landwehr — alle stritten mit einer Tapferkeit, welche auch den Feinden die höchste Bewunderung abnötigte. Französische Generale, die alle Feldzüge Napoleons mitgemacht hatten, gestanden, es sei nur an wenigen Stellen der großen Kriegszeit mit gleicher Bravour angegriffen worden wie von den Preußen bei Möckern. Und mit Recht sagte Oberst Hünerbein in seinem Berichte: „Was auch die Poesie der Geschichte von Spartanermut dichten, was der Pinsel des Künstlers uns von Römerkühnheit malen mag, es wird doch durch das, was in dieser Schlacht vorging, unendlich übertroffen.“

Marmonts Centrum und linker Flügel waren völlig aufgelöst. Er ließ 6000 Tote und Verwundete, 2000 Gefangene, 53 Kanonen auf dem Schlachtfelde; mit dem Rest flüchtete er nach Leipzig. Aber die Preußen hatten den glorreichen Sieg teuer erkauft: 7700 Mann, mehr als der dritte Teil des Corps, und von den Offizieren die meisten waren gefallen oder verwundet. Diese großen Opfer wären erspart worden, wenn Bernadotte, wie es seine Pflicht gebot, Blüchers Angriff unterstützt hätte. Aber er blieb in Halle. Auch Langeron mit der polnischen Division Dombrowski und den Neyschen Truppen, die ihr zu Hilfe kamen, bei Wiederitzsch im Kampf, und Sacken, von Radefeld langsam herbeiziehend, hatten das Yorksche Corps ohne Unterstützung gelassen; dafür gehörte aber auch die Ehre des Sieges den Preußen ungeteilt. Sie retteten bei Möckern das böhmische Heer von einer wirklichen Niederlage bei Wachau. Denn ohne Blüchers „Vorwärts!“ und ohne Yorks „Drauf!“ waren Marmont und Ney, wie es Napoleon befahl, auf dem südlichen Schlachtfelde da. Der letztere hatte in der That schon den Marsch nach Wachau angetreten, als Marmonts Eilboten ihn beschworen umzukehren; aber er kam nicht bis Möckern, kaum (mit der Vorhut) bis Wiederitzsch; so verlor er den Tag mit Hin- und Herziehen.

Die Preußen lagerten auf dem Schlachtfelde, erschöpft von der furchtbaren Arbeit, aber aufrecht erhalten von dem Bewußtsein ihrer Thaten. Wie einst bei Leuthen, erklang jetzt durch die rauhe Nacht hin ihr Siegeslied: „Nun danket alle Gott!“

In der Stadt noch am Abende rauschende Janitscharenmusik zur Feier des „Wachauer Sieges“, und vieltausendstimmiges Ächzen und Wimmern der Verwundeten und Sterbenden, die sich nach Leipzig geschleppt hatten und hier

*) Richter, Freiheitskriege, 2. Aufl., II. 249.

auf den Straßen hilflos, ohne Verband, ohne Decken, ohne einen Tropfen Wassers umherliegen mußten.

Draußen in der Ziegelscheune zu Meusdorf saß zu derselben Zeit der Mann, der all dies Weh und Leid verschuldet, der Schlachtenkaiser, der unter solchen Blutscenen gealtert war und nie etwas anderes dabei empfunden hatte, als Freude über die Wirksamkeit oder zornigen Mißmut über die Unwirksamkeit seiner Mittel. Jetzt war es das letztere Gefühl, was ihn bewegte; er konnte sich nicht verhehlen, daß es mit seinem Waffenglück zu Ende gehe, daß, wenn sich die Schlacht erneuere, seine gänzliche Niederlage gewiß sei. Aber statt ungesäumt den Rückzug anzutreten, zweifelte er lieber doch noch, daß die Dinge auf dem weiten Blutfelde für ihn so übel ständen. Er beschloß, am nächsten Morgen die Lage in der Nähe zu besichtigen. Sonntag den 17ten früh durchritt er also das Schlachtfeld. Da sah er seine Soldaten tot auf ihrem Platze, aber die des Feindes ebenso und noch fester in Reih und Glied tot hingestreckt. Dieser Gegner würde sicherlich nicht weichen und ward von Stunde zu Stunde stärker. Ein Rückzug war also notwendig, notwendig sich besiegt zu erklären und jene 170 000 Mann Garnisontruppen an der Weichsel, Oder, Elbe im Stich zu lassen! Wie der Ertrinkende griff er nach einem Strohhalm, der ihn davor retten möchte; er redete sich ein, daß noch ein anderer Ausweg vorhanden. Seine Stirn glättete sich wieder; er befahl, den österreichischen General v. Merveldt herbeizuführen. Es war 2 Uhr nachmittags. Mit gewinnender Freundlichkeit begrüßte er den Gefangenen, sprach viel von seiner Friedensliebe, von den Banden des Bluts, die ihn mit seinem Schwiegervater verknüpften, und schickte ihn schließlich in das Hauptquartier des Kaisers Franz, um über einen Waffenstillstand zu unterhandeln. Als Preis bot er jedoch höchstens die Zugeständnisse, die man ihm auf dem Prager Kongreß abgefordert; besonders den Rheinbund wollte er behalten. Aber die verbündeten Monarchen gedachten nicht, ihn so leichten Kaufs davonkommen zu lassen; sollten sie darum soviel Blut und Gut ihrer Völker daran gesetzt haben, um auf den sicheren Sieg, den vollen Lohn freiwillig zu verzichten? Vergebens wartete Napoleon Stunde um Stunde; er mußte sich zuletzt eingestehen, daß er den Einfluß fürstlicher Verwandtschaft zu hoch veranschlagt hatte.

Auch die Verbündeten warteten an diesem Tage, aber nicht auf unwahrscheinliche Glücksfälle, sondern auf Vorteile, die kommen mußten, auf die Verstärkungen, die jede Stunde näher in ihr Bereich brachte. Am Nachmittage trafen auch die Corps von Colloredo und Bennigsen ein, und Bernadotte war durch Blüchers stetes Drängen, durch die beißenden Bemerkungen des Prinzen Wilhelm von Preußen (Bruders des Königs), der ihm sagte, die preußischen Truppen bezweifelten den persönlichen Mut wie den guten Willen des schwedischen Kronprinzen und durch der englischen Kriegskommissarien drohende Aufforderungen wenigstens bis Breitenfeld herangebracht worden.

So standen die Heere bei Leipzig einander kampffertig gegenüber, ohne

anzugreifen; nur Blücher konnte es sich nicht versagen, den Feind noch aus den Dörfern, die er zwischen Möckern und Leipzig besetzt hielt, zu vertreiben.

Der achtzehnte Oktober.

Der 18. Oktober, der große Tag ging auf, hellleuchtend über den alten Kriegsstätten im Sachsenlande, wo so oft um Deutschlands Schicksal gerungen ward; — niemals gewaltiger als heut. Denn die größte, eine Völkerschlacht hub an. Wie die Morgensonne heiter durch die klare Herbstluft aufstieg, sah sie rings um Leipzig den ungeheuren Doppelring sich schließen; Völker aller Zonen des Erdteils, alle Nationen Europas, mit Ausnahme der Türken, waren heute hier vertreten; fast eine halbe Million Krieger, keine asiatischen Menschenlavinen, keine Horden, wie Attila und Timur sie einst zu ungeschlachten Massenkämpfen geführt, sondern von den edelsten, gebildetsten Stämmen der Menschheit; unter ihren tüchtigsten Feldherren und in der vortrefflichsten Rüstung. Wie viel Blut ihrer Brüder war hier bereits vergossen! es rann noch die zerstampfte Flur entlang. Heut sollten vieltausendfach aufs neue „die heißen roten Bronnen“ springen!

Für Napoleon handelte es sich nicht mehr um den Sieg, sondern um einen sichern Rückzug. Bereits in der Nacht hatte er seine Maßregeln dazu getroffen, dem Marschall Bertrand den Befehl erteilt, von Lindenau auf Weißenfels zu marschieren, und seine übrigen Streitkräfte so geordnet, daß sie, dem Feinde die Stirn bietend, allmählich über Leipzig dieselbe Straße einschlagen könnten. Die Verbündeten durften diesen Plan nicht gelingen lassen. Das Ziel des ganzen Feldzuges war ja gewesen, mit vereinter Macht den Feind zu zermalmen. Schwarzenberg setzte daher frühmorgens das Heer in Bewegung, zunächst die böhmische Armee, welche nach Leipzig den weitesten Weg hatte. In unübersehbaren Reihen zogen ihre Abteilungen von Südosten über die Höhen nach Nordwesten zu. Auch Bernadotte war endlich, als er sah, daß ihm alle Winkelzüge der Wachsamkeit und Energie Blüchers gegenüber gar nichts halfen, von Breitenfeld näher herangekommen, bis zur Parthe, wo sich das Nordheer und das schlesische Heer vereinigten. Der verbündeten Streitmacht — jetzt im ganzen 290 000 Mann mit 1000 Kanonen — hatte Napoleon nur 191 000 Mann mit 700 Kanonen entgegenzusetzen; er nahm daher jetzt eine engere Aufstellung, näher bei Leipzig. Sein rechter Flügel lehnte sich von Connewitz bis Dölitz an die Pleiße; von da ging die Schlachtlinie über Probstheida, Holzhausen, Stünz nach der Parthe hin, östlich und nördlich von Leipzig und am linken Parthe-Ufer bis zur Mündung dieses Flusses in die Pleiße. Diese Stellung war etwa vier Stunden lang; ihre Front bildete bei Probstheida einen vorspringenden Winkel, dessen rechter Schenkel von Probstheida bis Dölitz, dessen linker von Probstheida bis Zweinaundorf reichte. Rechts an der Pleiße stand der eben zum Marschall ernannte polnische Fürst Poniatowski mit den polnischen Truppen und einigen

Garden, dann folgten die Marschälle Augereau und Victor; im Centrum bei Stötteritz und Probstheida Lauriston, bei Holzhausen Macdonald mit Garden und der Reiterei Sebastiani's; weiter links bei Paunsdorf Reynier; endlich auf dem linken Flügel längs der Parthe Ney und Marmont. Im Mittelpunkt, auf dem Thonberg hinter Probstheida, wo eine halb zerstörte Windmühle wie ein warnendes böses Vorzeichen auf ihn niedersah, nahm Napoleon selbst seinen Stand, die kommende Schlacht zu lenken.

Nach dem Schlachtplan der Verbündeten war die Aufgabe der böhmischen Armee (jetzt 180 000 Mann) folgende: rechts und links von der Pleiße gegen Connewitz und Lößnig dringen die 45 000 Mann des Erbprinzen von Hessen-Homburg (Österreicher unter Colloredo, Liechtenstein, Weißenwolf, Bianchi und Rostiz); auf die Centralstellung des Feindes, gegen Wachau, Liebertwolkwitz und Probstheida gehen Barclays 52 000 Mann (Preußen unter Klüx, Pirch, Kleist und Prinz August, Russen unter Wittgenstein, Gortschakoff, Prinz Eugen, Rajewski und Pahlen, danach die russischen und preußischen Garden) vor; auf Holzhausen und um den linken Flügel des Feindes marschiert Bennigsen mit 63 000 Mann (Preußen unter Zieten, Russen unter Bennigsen selbst und Platof, Österreicher unter Klenau und Bubna); den Angriff auf Lindenau trug man wieder dem österreichischen Corps unter Gyulay auf. Zwischen Holzhausen und der Parthe sollte Bernadotte angreifen; er hatte vom Nordheer 60 000 Mann (meist Preußen unter Bülow und Tauentzien) mitgebracht und vom schlesischen noch 30 000 Mann (Russen unter Langeron) als Verstärkung erhalten. Im Norden der Stadt endlich sollte Blücher mit seinen noch übrigen 20 000 Mann (Preußen unter York und Russen unter Sacken) einhauen.

Gar nicht selten haben große Feldherren eine doppelte, ja eine dreifache Übermacht geschlagen; Friedrich der Große hat es mehr als einmal gethan; aber dann lag ihr Vorteil in bedeutenden Fehlern der Gegner oder in der Vorzüglichkeit ihrer Truppen. Napoleon hatte wenigstens den letzteren Vorteil diesmal nicht; die Truppen der Verbündeten waren im ganzen den seinigen ebensowohl moralisch als physisch überlegen. Dennoch machte der eingeschlossene Löwe dem böhmischen Heere die Arbeit entsetzlich schwer. Der wütendste Kampf entspann sich um Probstheida; es war ja der Schlüssel von Napoleons ganzer Aufstellung und zu einer zähen Verteidigung wie geschaffen; eine Menge massiver Häuser konnten als Bollwerk, eine hohe und starke Lehmmauer, welche im Osten die Gärten begrenzte, konnte als Festungswall dienen. Die Franzosen, in solchen Dingen sehr gewandt, hatten das Dorf in der That zu einer kleinen Festung umgeschaffen, und die Corps von Victor, Lauriston, Macdonald deckten oder stützten es, während am nordwestlichen Ende eine gewaltige Geschützmasse die ganze Vorderseite bestrich. Angelangt vor dieser Stellung, warfen sich die Preußen, die nach dem Zeugnis der Franzosen*) hier wie immer beim Angriff

*) Thiers l. c. XVI. 489. Les Prussiens, qui toujours briguaient la tête des attaques par la raison fort honorable pour eux, qu'il s'agissait dans cette lutte terrible d'affranchir l'Allemagne.

voran waren, um 2 Uhr, von Kleist geführt, zuerst im Laufschritt auf Probstheida. Zweimal erstürmten sie das Dorf, zweimal mußten sie, furchtbar beschossen, es wieder räumen; auch Prinz Eugens Russen, die zu Hilfe kamen, vermochten nicht, sich in Probstheida zu halten. Denn Napoleon, der mit gewohnter Marmorkälte hier oft in den vordersten Reihen unter dem Hagel der feindlichen Kartätschen hielt, setzte immer neue Kräfte, zuletzt seine Garden an die Behauptung dieses Punktes, während die Verbündeten Monarchen gerade die schon überangestrengten Truppenteile zu dieser schweren Arbeit verwandten und ihre Garden zurückhielten. So gelang es der heroischen Tapferkeit der Preußen und Russen, die unter entsetzlichen Verlusten stundenlang den Ort bestürmten, nur, das Centrum des Feindes zu erschüttern und ihn am Vordringen zu verhindern. Der Angriff des Erbprinzen von Hessen-Homburg war noch weniger erfolgreich. Gegen Abend lagerte die eine Angriffssäule 1000 Schritt vor Lößnig, die andere 800 Schritt vor Probstheida.

Die dritte Abteilung (Bennigsen) war ebenfalls um 2 Uhr am Feinde; sie stieß auf ihn zunächst bei Zuckelhausen. Es war die Division Marmont, fast ganz aus Deutschen (Hessen-Darmstädtern und Badenern) bestehend. Bennigsens linker Flügel, die preußische Brigade Zieten, griff sie an; so fochten also auch hier Deutsche gegen Deutsche. Der Kampf war heiß; zwei Stunden dauerte das Morden; endlich wich der Feind, und Zuckelhausen wurde genommen. Unterdessen hatte auch Bennigsens Centrum erfolgreich gestritten; die Österreicher unter Klenau eroberten Holzhausen, die Russen Baalsdorf und Zweinaundorf. Bennigsens rechter Flügel (Bubna) dehnte sich mittlerweile den linken feindlichen entlang bis an die Dörfer Mölkau und Paunsdorf aus. Hier war es, wo die Sachsen von Reyniers Corps, 3000 Mann unter General v. Sahr mit 19 Kanonen, ohne Wissen und Willen ihres Königs, zu den Verbündeten übergingen. Gern hätten sie gleich mit auf die Franzosen losgeschlagen; Bennigsen stellte sie aber ins Hintertreffen; nur die Artillerie durfte mitwirken. Als die sächsischen Brigadiers v. Ryssel und v. Brause vor die beiden Monarchen von Rußland und Preußen auf den „Monarchenhügel" gebracht wurden, dankten ihnen diese zwar für den Beweis ihrer deutschen Gesinnung, aber mit Recht bemerkte der König von Preußen, „die Sachsen hätten lange auf sich warten lassen." Übrigens rückten Reyniers und Neys französische Truppen rasch in die Lücke ein und behaupteten Paunsdorf; die Österreicher gingen sogar auf der Wurzener Straße gegen Sommerfeld zurück. Der Angriff des böhmischen Heeres hatte somit auch an diesem Tage im ganzen die gewünschte Wirkung nicht gehabt; am äußersten linken Flügel war er gar nicht einmal unternommen worden. Gyulay hatte sich nach Schwarzenbergs Anweisung nur auf die Beobachtung des Feindes beschränkt, ihm die Rückzugslinie über Lindenau völlig frei gelassen.

Es war ein Glück, daß auf dem nördlichen Teile des weiten Schlachtfeldes die Dinge besser gingen. Hier griff das Nordheer sehr wirksam in den Gang des Ganzen ein. Mit seltener Seelengröße hatte Blücher sich an

diesem Tage zu einer äußerlich untergeordneten Rolle verurteilt, indem er die größere Hälfte des schlesischen Heeres zum Nordheer stoßen ließ, was Bernadotte zur Bedingung seines Mitwirkens gemacht hatte. Auf Blüchers Befehl überschritt Langerons Corps auf dem kürzesten Wege bei Mockau und Abt-Naundorf um 9 Uhr die Parthe und erwartete dort das Nordheer. Zuerst langte von diesem der immer eifrige Bülow an; sein Corps ging bei Taucha über den Fluß und stellte als linker Flügel des Nordheeres, die Vereinigung mit Bennigsen her. Um Mittag kamen die Vordertruppen an den Feind, den sie bald vor sich her drängten. Hier benutzten 1100 sächsische Reiter die Gelegenheit, um zu den Verbündeten überzugehen. Ihrem Beispiel folgte General Normann, der mit 600 württembergischen Reitern ebenfalls in der Nähe von Taucha hielt und seinem Könige diese kleine Truppe retten wollte. Seine Aufnahme war natürlich keine freundliche. „Auf dem General Normann", sagte Gneisenau zu ihm, „haftet der Schandfleck, daß er während des Waffenstillstandes das Lützowsche Corps überfiel und niederhauen ließ; weder er noch ein einziger Mann seiner Brigade soll der Ehre teilhaftig werden, in den Reihen preußischer Krieger zu fechten."*) Die Württemberger wurden wie die Sachsen ins Hintertreffen gestellt. Dennoch haben die Franzosen nachher gefabelt, daß der Übergang der Rheinbündner an dem Verluste der Schlacht schuld gewesen sei; eine lächerliche Behauptung, da die Zahl der bei Leipzig Übergetretenen alles in allem noch nicht 5000 Mann (mit 19 Geschützen) betrug; diese wenigen Leute, selbst wenn sie nunmehr alle mitgefochten hätten, konnten nicht einmal an der einzelnen Stelle, wo der Abfall geschah, etwas entscheiden, geschweige die Bewegungen einer Schlacht von 480 000 Mann mit 1700 Kanonen beeinflussen.

Zu den blutigsten Kämpfen des mörderischen achtzehnten Oktobers gehören die Schlachten bei Schönefeld und bei Paunsdorf. Das erstgenannte Dorf bildete den Schlüssel zu Napoleons linker Flanke, das zweite deckte ihm die Verbindung seines linken Flügels mit dem Centrum und die große Straße von Wurzen nach Leipzig. Schönefeld wurde von den Russen unter Langeron mit großer Heftigkeit angegriffen, von Marmont mit seinem und Neys Corps ebenso hartnäckig verteidigt. Von Mittag bis zum Abend dauerte hier das wütende Morden, erst um 6 Uhr überließ Marmont den Russen das brennende Dorf und zog sich auf Leipzig zurück. In dessen Nähe bei Pfaffendorf hatte auch Sacken mittlerweile einen harten Strauß zu bestehen; durch einige Bataillone von Yorks Corps unterstützt, hinderte er hier den tapfern Feind daran, daß er nach Schönefeld Hilfe schickte.

Die schwerste Aufgabe fiel Bülow zu, der von Taucha her mit drei Brigaden auf Paunsdorf marschierte, wo zahlreiche feindliche Streitmassen standen. Gegen 2 Uhr ordnete Bülow hinter einem Hügelrande vor diesem Dorfe seine

*) Wegen seines Übertritts bei Leipzig aus der Heimat verbannt, lebte er seitdem verachtet und verbittert in Armut; er starb im Kampfe für die Befreiung der Griechen.

Truppen zum Angriff. Die Kolberger Jäger stimmten ihr „Heil dir im Siegerkranz!“ an, alle Musikchöre fielen ein, so stiegen die Preußen jubelnd die Anhöhe hinauf. Kaum blitzten die Spitzen der Bajonette darüber fort, so kam die erste Granate sausend durch die Luft und platzte zwischen dem ersten und zweiten Treffen. Nur höher erhoben sich die Stimmen, und lauter ertönte der Hymnus, „bis wir“ (erzählt Bülows Bericht) „die Anhöhe erreicht hatten und nun auf einmal Leipzig, seine weite Ebene und das ungeheure Getümmel in derselben vor uns sahen, die leichten Truppen, welche den Aufmarsch gedeckt hatten, zurückkehrten, unsere Batterien abprotzten und mit ihrem Donner den Gesang erstickten.“ Schon vorher brannte es hier und da in Paunsdorf; als nun Bülows Geschütz, zumal eine Batterie kongrevischer Raketen, neue Flammen warf, stieg rasch die helle Lohe über dem Dorfe auf und über den Häuptern der Kämpfer. Es waren zwei preußische Ersatzbataillone, die mit unaufhaltsamer Kampfbegier sich hineingestürzt hatten; bald wichen die Franzosen hinaus, Bülow drängte nach und zog unter den Augen Bernadottes, der sich jetzt wenigstens, da er einmal im Feuer war, als tapferer Soldat zeigte und mit dem preußischen General Hand in Hand ging, die ganze verfügbare Streitmacht des Nordheeres, 50 000 Mann, zwischen Paunsdorf und Sellershausen in Schlachtordnung herbei. Links schloß sich die österreichische Division Bubna an. Um 5 Uhr erfolgte der allgemeine Angriff, dem der weit schwächere Feind nirgend standhielt. Die Dörfer Mölkau und Stünz wurden bald durch Bubna und Krafft, das wichtige Sellershausen nach dreimaligem Sturm durch die Brigade Hessen-Homburg erobert. Als die Dunkelheit einbrach, zogen sich die Franzosen, von Homburg und Krafft verfolgt, bis zu den „Kohlgärten“ von Leipzig zurück. Auch hier wären sie von den Preußen vertrieben worden, wenn nicht Bernadotte dem General Borstell den gemessenen Befehl erteilt hätte, inne zu halten. So hatte das Nordheer, dank Blüchers patriotischer Selbstverleugnung, Napoleons großes „Nachhutgefecht“ zu einer wirklichen Niederlage gemacht.

Die Abendschatten lagerten auf dem weiten Blutfelde; das tausendstimmige Kanonengebrüll rings wurde schwächer und schwächer: in engerem Zirkel loderten heut die Wachtfeuer auf. Der besiegte Cäsar saß trüb und matt bei der Windmühlruine auf dem Thonberg. „Man hatte ihm“ (erzählt ein Augenzeuge), „einen hölzernen Schemel gebracht, auf dem er, erschöpft von den Anstrengungen der letzten Tage, in Schlummer sank. Seine Hände ruhten, nachlässig gefaltet, im Schoß, und er glich in diesem Augenblicke jedem andern unter der Bürde des Mißgeschickes erliegenden Menschenkinde. Die Generale standen düster und stumm um das Feuer, und die zurückziehenden Truppen rauschten in einiger Entfernung vorüber.“ Um 6½ Uhr raffte er sich auf und verließ in der Dunkelheit den Thonberg, um nach Leipzig zu reiten, wo er bis spät in der Nacht die weiteren Anordnungen für den Rückzug und für die Verteidigung der Stadt gab. Die Russen und Preußen, vornehmlich der Zar und Blücher, verlangten nun, ihre Überlegenheit bis zur Vernichtung des

Gegners zu benutzen, ihm den Paß nach Weißenfels ernstlich zu verlegen und den Rest seiner Streitmacht hier völlig zu zertrümmern. Ein unbeteiligter Militärschriftsteller (der sächsische Oberst Aster) sagt: „Hätte Blücher in diesen Tagen das Oberkommando geführt, so dürfte Napoleon schon damals das Schicksal erreicht haben, welches ihm 1815 nach der Schlacht von Belle-Alliance widerfuhr, und es wären dadurch vielen Völkern und Ländern unendlich viele Leiden, Verluste und Verwüstungen erspart worden, weil man es hier in Händen hatte, den Krieg mit einem Schlage zu beenden.“ Aber die Österreicher lehnten diesen Plan ab. Es lag nicht in Franz I. Absicht, den Schwiegersohn zu vernichten; denn wenn Frankreich zu tief sank, schien ihm Rußlands Macht zu hoch zu steigen. Diese Politik fand natürlich bei Bernadotte, fand aber auch bei dem Oberfeldherrn Schwarzenberg eine erwünschte Unterstützung. Schwarzenberg, behutsam wie er war, meinte, es sei nicht rätlich, einen Feind, der noch Kräfte habe, zur Verzweiflung zu bringen; um so lieber ging er auf die Absichten der österreichischen Diplomatie ein und ließ den Feind die Rückzugslinie benutzen, die er ihm von Anfang an freigegeben. Übrigens, da er selbst mit der böhmischen Armee, mit so großen Mitteln, nirgend einen Sieg erfochten, vielmehr hier bei Leipzig an der Stelle, wo er selbst befehligte, im Grunde zweimal geschlagen worden war, so teilte er nicht die Zuversicht der Blücher und Bülow; er erwartete vielmehr am folgenden Tage eine neue Schlacht im Süden der Stadt. So wurden denn Blücher und der Zar überstimmt, und Schwarzenberg beschränkte sich darauf, kleine Corps nach Westen zu entsenden; die Massen der Heere ließ er auf dem Schlachtfelde die Beiwacht beziehen.

Eine sternenhelle Nacht; dann deckte Nebel die leichenbesäeten Fluren; immer aber war es hell; die Feuer von zwölf brennenden Dörfern und zahllose Wachtfeuer leuchteten überall. — Als morgens um 8 Uhr des 19. Oktobers die Nebel fielen, bemerkte Schwarzenberg zu seiner Verwunderung erst, daß der Feind seine Stellung im Süden der Stadt während der Nacht geräumt hatte; nur wenige Truppen sah er noch weit hinten im nordwestlichen Teile des Gesichtskreises der Stadt zueilen. Er brachte nun einige Zeit damit hin, die böhmische Armee zum Marsche auf Leipzig zu ordnen, was diesmal nach Nationen geschah. Dann zog das Heer mit klingendem Spiel durch den heiteren Herbstmorgen dahin. Es konnte indes an der Erstürmung der Stadt keinen Anteil nehmen; bereits waren ihm die Preußen und Russen vom Nord- und schlesischen Heere zuvorgekommen.

Die Altstadt Leipzig war damals mit starken Mauern umgeben und hatte vier Thore, im Süden das Petersthor, im Osten das Grimmaer-, im Norden das Hallesche-, im Westen das Ranstädter-Thor. Rund um die Mauer lief ein tiefer, meist trockener Graben, über welchen von jedem Thore eine breite, massive Brücke führte, und hinter demselben ein Wall und ein breiter, zum Teil mit Lindengängen besetzter Abhang. Dann folgten vier weitläufige Vorstädte, die mit dünnen Ziegel- und Lehmmauern umgeben waren; sie selbst

und ihre Haupteingänge hießen nach den vier inneren Thoren. Die Franzosen hatten nun diese Vorstädte durch Barrikaden, spanische Reiter, Bäume, Wagen versperrt, in die Mauern Schießscharten gebrochen und hier so viel Truppen aufgestellt, als genügend schien, um den Rückzug des Hauptheeres zu decken. Den Oberbefehl führte Marschall Macdonald; er hatte zur Verteidigung Leipzigs sein eigenes Corps, das von Lauriston und die Reste von Poniatowskis und Reyniers Corps erhalten. Entschlossen erwartete er den Feind.

Am frühen Morgen setzte sich Bülow in Bewegung, nach 8 Uhr stand er vor dem äußeren Grimmaer=Thor; zu seiner Rechten eröffnete auf Blüchers Befehl Sacken den Kampf gegen die Hallesche=Vorstadt; zu seiner Linken stellte sich um 9 Uhr Bennigsen mit seinen Russen auf. Nachdem alle drei Corps eine Zeit lang kanoniert hatten, begann Bülows Vorhut den eigentlichen Sturm (11 Uhr). Die Franzosen und Badener, die hier standen, wehrten sich kräftig, und es floß noch viel Blut. Das Königsberger Landwehrbataillon des Major Friccius, gebildet aus Freiwilligen unter 17 und über 40 Jahren, ist das erste Bataillon der ganzen verbündeten Streitmacht gewesen, welches Leipzig erstürmte. Voll Begeisterung stürzte es sich auf das äußere Grimmaer=Thor; angekommen stieß Friccius zuerst mit dem Kolben einer Muskete ein Loch in eine dünne Stelle der Mauer, seine Landwehrleute halfen mit; dann schlüpfte ein kleiner, behender Landwehrmann (namens Maluga) durch die Bresche, fiel verwundet in den Feind, Friccius sprang nach, die anderen folgten; so waren sie in der Stadt. Aber es gab noch mit Franzosen und Badenern ein langes, blutiges Straßengefecht zu bestehen; die kleine Heldenschar, von den Dächern und aus den Häusern, selbst vom Johannisturm beschossen, auch mit dem Bajonett angegriffen, erlitt große Verluste; aber sie hielt tapfer aus, bis das äußere Thor frei gemacht war, und nun auch die anderen Bataillone der Brigade Hessen=Homburg einrückten.

Inzwischen war auch die Brigade Borstell eingedrungen, sie eroberten die linke Seite dieser Vorstadt; ebenfalls mit großem Verlust. Denn es gab hier eine Reihe von Gärten und Gartenhäusern einzeln zu erstürmen. Aber die Pommern fochten hier so brav wie dort die Ostpreußen. Vereinigt mit einigen russischen Bataillonen drangen sie dann durch den Boseschen Garten bis auf den Roßplatz vor. Um 1 Uhr war die ganze Grimmaer=Vorstadt gewonnen. Zu derselben Zeit hatten sich die Russen von Sackens und Langerons Corps nach langem, heißem Kampfe der Halleschen=Vorstadt bemächtigt; mit leichterer Mühe Bennigsen die südliche, die Petersvorstadt genommen.

Unterdessen dauerte der Zug des französischen Hauptheeres auf dem Ranstädter=Steinweg nach Lindenau zu ununterbrochen fort; die Straße bot ein Bild wüstesten Wirrsals; Munitionswagen, Marketender, Gensdarmen, Kanonen, Kühe und Schafe, Weiber, Soldaten und Kutschen, Verwundete und Sterbende — alles preßte sich hier zusammen. Dazwischen eine kleine Abteilung Garde, in ihrer Mitte in dem gelblich grauen Oberrock und dem kleinen dreieckigen

Hut, der Kaiser, der kaum sich hier durcharbeiten konnte und zuletzt von der Menschenmasse mit fortgerissen ward; um 11 Uhr war er endlich aus der Stadt heraus und ritt nun gelassen mit seinen fliehenden Truppen nach Lindenau. Aber noch war ein großer Teil (20 000 Mann) in der Stadt; da krachte vor den Flüchtigen plötzlich (um halb ein Uhr) die Erde: mit furchtbarem Knall flog die steinerne Elsterbrücke am Ranstädter-Thor auf; ein französischer Korporal hatte vorzeitig die Mine angezündet, die auf Napoleons Befehl hier gelegt worden war. Da packte unnennbares Entsetzen die Fliehenden; in wilder Verzweiflung drängte sich alles, um irgendwo über den Fluß zu kommen. Die wenigsten kamen schwimmend hinüber; viele ertranken, darunter auch der tapfere Poniatowski, der Zukunftskönig seiner Polen; solche Massen von Leichen erfüllten die Elster, daß das Wasser sich staute. Zu derselben Zeit fiel die innere Stadt in die Hände der Sieger. Borstells Pommern drangen zuerst hinein; ohne bei den badischen Truppen, die sich auf den Markt zurückgezogen, mehr Widerstand zu finden, eilten sie durch das innere Grimmasche-Thor hinein, während andere Preußen und die Russen durch das innere Hallesche- und Peters-Thor anlangten. Um 1 Uhr hielten die beiden Monarchen von Rußland und Preußen ihren Einzug in die Stadt. Endloser Jubel empfing die Befreier; nur der König von Sachsen, den sein Kaiser in Leipzig zurückgelassen, sah trübe drein; man erklärte ihn für kriegsgefangen.

Welch ein Augenblick, als die Sieger, von allen Seiten in die Stadt geströmt, sich hier die Hände reichten! Auf dem Markt trafen die Monarchen mit ihren Feldherren zusammen; ringsum standen die tapferen Truppen und das jauchzende Volk. Als Blücher geritten kam, erhob sich ein donnernder Jubelruf. Der Zar ging ihm entgegen, umarmte den Heldengreis, der — das fühlte jeder — unter den Führern in diesem Kriege bei weitem das meiste geleistet, und sprach: „Mein lieber General, Sie haben das Beste gethan, Sie sind der Befreier Deutschlands!“ Drauf Blücher: „Majestät, hab' nur meine Schuldigkeit gethan; aber meine braven Truppen, ja die haben mehr gethan, viel mehr!“ Auch Friedrich Wilhelm und Franz I. (der später ankam) statteten ihm ihren Dank ab, der erstere erhob ihn zum Generalfeldmarschall; die Russen in seinem Heere hatten ihn schon seit der Schlacht an der Katzbach als den Marschall „Vorwärts“ (Paschol) begrüßt. Auch die anderen Offiziere und Diplomaten der verbündeten Heere empfingen von ihren Kriegsherren Lohn und Ehre; eine Menge von Orden und von Beförderungen wurden ausgeteilt.

Nur die Völker wurden nicht bedacht. Mit welchen Strömen von Blut hatten sie diese Siegesfeier, die ihre Beherrscher nun in Leipzig hielten, erkauft! Die schlesische Armee allein, die im August, beim Beginn des Feldzuges, 100 000 Mann zählte, war jetzt auf 40 000 zusammengeschmolzen. Die Tage von Leipzig selbst hatten natürlich in die gesamte Streitkraft der Verbündeten die größte Lücke gerissen. Die Opfer der Völkerschlacht standen im Verhältnis zu der Größe der Heere und der Bedeutung des Kampfes.

Der Menschenverlust betrug bei den Verbündeten im ganzen (vom 16. bis 19. Oktober):

1. bei den Preußen:	622 Offiziere,	15 935	Unteroffiziere und Soldaten,
2. „ „ Russen:	876 „	21 740	„ „ „
3. „ „ Österreichern:	406 „	8 000	„ „ „
zusammen:	1904 Offiziere,	45 675	Unteroffiziere und Soldaten.

Und welch unsägliches Elend, schlimmer als der Tod, war das Los der Verwundeten! Es waren in der Stadt 30 000 verwundete und kranke Soldaten von allen Nationen zusammengehäuft, in pestilenzialischen Lazaretthöhlen, dumpfen Spelunken oder scheibenleeren Schulen und Kirchen, in denen die Kälte der Luft in dem Maße wuchs, als ihre Verderbnis zunahm. An manchen Orten lagen sie geschichtet wie die Heringe in ihren Tonnen; unter 20 000 Verwundeten hatte nicht ein einziger ein Hemd, Betttuch, Decke, Strohsack oder Bettstelle erhalten. Die Pflege war über die Maßen schlecht. Mancher, der nicht an seinen Wunden starb, ging an Schwäche, Hunger und Unrat zu Grunde. Noch weniger Sorgfalt empfingen die Gestorbenen. Auf dem Hofe der Bürgerschule lag ein Haufen toter Preußen aufgetürmt, nackt und von Hunden und Raben angefressen. „Kurz" (sagt Reil, der als Arzt all dies sah und im edlen Eifer zu helfen dann selbst dem Lazarettfieber erlag), „die zügelloseste Phantasie ist nicht im stande, sich ein Bild des Jammers in so grellen Farben auszumalen, als die Wirklichkeit bot."

Um solchen Preis also war Deutschlands Befreiung erkauft worden. Denn frei von der Fremdherrschaft war es nun. Das Ergebnis der Schlacht entsprach jenen Opfern: Napoleons Heer war zertrümmert. Ungefähr 15 000 Tote, 15 000 Verwundete, 15 000 Gefangene und in den Lazaretten der Stadt noch 23 000 Verwundete oder Kranke, auch 300 Geschütze und einen ungeheuren Troß ließ er in den Händen der Verbündeten, und mit dem Rest seiner Armee flüchtete er dem Rheine zu. Deutschlands Ketten waren gesprengt. Dieser Erfolg mußte der Lohn der Gefallenen, der Trost der Überlebenden sein. Insofern hatte der Volkskrieg denn allerdings auch dem Volke, nicht den Thronen bloß, seine Frucht getragen; und darauf durfte Friedrich Wilhelm sich berufen, wie er es einmal that. Bald nach der Leipziger Schlacht erkundigte er sich bei einem preußischen Edelmann, dessen Familie er kannte, nach dessen Söhnen. „Alle für Eure Majestät auf dem Felde der Ehre gefallen", erwiderte dieser. Da fiel der König heftig ein: „Nicht für mich, nicht für mich, das wäre nicht zu ertragen! Nein, für das Vaterland!"*)

Nach Paris.

Als der Siegesjubel emporwogte, am 19. Oktober auf dem Marktplatze zu Leipzig, sprach Gneisenau es zuerst fest und entschieden aus: der Krieg darf nur in Paris und mit dem Sturze Napoleons enden! Aber von dieser

*) Aufrichtige Geschichte des Befreiungsjahres 1813 a. a. O. I. 142.

folgerechten Entschlossenheit waren die Monarchen selbst noch weit entfernt. Vorerst feierten sie Siegesfeste, genossen in langen Zügen die Freude des Gelingens. Auch die Völker gaben sich ganz und rückhaltlos der Wonne des Sieges hin, feierten allerorten in Deutschland die wiedergekommene Freiheit. Am höchsten war die Begeisterung natürlich in Preußen, der Heimat dieses Volkskrieges. Die stolze Freude über den glänzenden Kriegsruhm und die wiedererrungene Unabhängigkeit und Größe der Nation ließ keine Mißstimmung, kein Bedauern über die Schwere der Opfer, keinen Zweifel an der Schönheit der Zukunft aufkommen.

Die erste Enttäuschung verursachte die Art, wie das große Hauptquartier den Leipziger Sieg benutzte. Anstatt Napoleons Heer, welches doch noch gegen 80000 Mann zählte, aber in ordnungsloser Flucht dahinzog, durch nachdrückliche Verfolgung aufzureiben, ließ man es über den Rhein entkommen und gab also dem Kaiser die Möglichkeit zu einem neuen Feldzuge, eine Möglichkeit, die ein Charakter wie er zur Wirklichkeit machen mußte. Österreich blieb nämlich dabei, man müsse dem Feinde eine goldene Brücke bauen. Auf Schwarzenbergs und der Diplomaten Anordnung zog das Nordheer rechts ab nach Hannover; Blücher, der bei Eisenach schon den Feind wieder erjagt hatte und ihm kräftigst nachdrang, wie er denn in der Regel nachmittags in demselben Zimmer war, welches Napoleon am Morgen verlassen hatte, wurde dadurch beseitigt, daß man ihm befahl, statt nach dem unteren Main nach der Lahn zu marschieren; so fiel die Verfolgung Napoleons der böhmischen Armee zu, deren Langsamkeit und Unbeholfenheit denn freilich sich auch jetzt wieder bewährten.

So gelangte Napoleon glücklich in die Straße, die zwischen der Fulda und dem unteren Main zum Rhein hinabführt. Hier stellte sich ihm ein österreichisch-bayrisches Heer unter dem bayrischen General Wrede in den Weg, aber auf so ungeschickte Weise, daß es bei Hanau (am 30. und 31. Oktober) überfallen und aufs Haupt geschlagen wurde. „Ich habe diesen Wrede", sagte Napoleon, „zum Grafen gemacht; zum Feldherrn habe ich ihn nicht machen können." Er war nun gerettet; am 1. November überschritt er bei Mainz den Rhein. Freilich waren die 70000 Mann, die er noch heimbrachte, von den Strapazen und Kämpfen des Feldzuges erschöpft und erlagen bald massenweise dem Nerventyphus, welcher in der Regel so übermäßigen Anstrengungen folgt. Die letzte große Heeresrüstung, die Frankreich aufzubringen vermocht, war verloren; der Imperator kehrte heim in ähnlicher Verfassung wie vergangenen Jahres aus Rußland. Und diesmal trat ihm das Verderben näher an den Sitz seiner Macht. Mit seinem Rückzug über den Rhein mußte er noch ein anderes Heer verloren geben, die 170000 Mann nebst zahlreichem Geschütz und unermeßlichem Kriegsbedarf, welche zerstreut in den Festungen Deutschlands und Polens lagen und jetzt von jedem Entsatz abgeschnitten waren. Sie fielen mehr oder weniger rasch in die Gewalt der Verbündeten. Zuerst (am 11. November) ergab sich St. Cyr in Dresden mit 35500 Mann; Stettin mit

12 000 fiel am 22sten; nach monatelangem, tapferem Widerstande kapitulierte auch Rapp in Danzig mit 28 000 Mann und 1300 Geschützen (am 29. Dezember). Hier erwarb sich Graf Ludwig Dohna, Befehlshaber der Preußen in dem russisch-preußischen Belagerungscorps vor letzgenannter Festung das große Verdienst, die Russen, die schon im Begriff waren, Danzig im Namen Alexanders zu besetzen, daran verhindert zu haben. Er kam ihnen mit seinen Landwehren rasch zuvor und rettete so die hochwichtige Stadt, die sonst schwerlich im guten nachher wäre herausgegeben worden. Bald darauf, am 13. Januar 1814, wurde Wittenberg von Tauentzien erstürmt; die andern Plätze hielten sich zum Teil noch bis zum Frühjahr.

Rascher stürzte das schmachvolle Gebäude des Rheinbundes über den Haufen; aber nicht zu dem Ende, welches die Deutschgesinnten ersehnten. Österreich sorgte dafür, daß die deutschen Satrapen Napoleons, wenigstens die größeren, ihrer verdienten Züchtigung entgingen. Kaiser Franz schloß mit den Beherrschern Württembergs, Hessen-Darmstadts, Badens ähnliche Verträge, wie der zu Ried mit dem Könige von Bayern war, und rettete ihnen die Souveränität.

Mit Trauer sahen die deutschen Vaterlandsfreunde, wie ihr Traum von einem einigen deutschen Reiche verflog. Vergebens bemühte sich Stein, diese unglückliche Wendung der Dinge aufzuhalten. Der Zar, der seit dem 5. November in Frankfurt weilte und sich hier in der Rolle eines Schutzherrn von Deutschland sehr gefiel, unterstützte vielmehr Metternichs Politik, teils weil er mit einigen der rheinbündischen Fürsten verwandt war und auch ferner die deutsche Kleinstaaterei zu ehelicher Versorgung russischer Prinzen und Prinzessinnen benutzen wollte, teils und noch mehr, weil ein großes, starkes, einiges deutsches Reich dem russischen Einfluß nicht offen gelegen hätte, und er womöglich das Erbe Napoleons anzutreten, gewissermaßen den „europäischen Herrgott“ zu spielen gedachte. Unter diesen Umständen verstand es sich denn von selbst, daß die von Napoleon verjagten Fürsten nicht nur in ihre Länder zurückgeführt wurden, sondern ebenfalls die Souveränität erhielten.

Die Entthronten kehrten nun zurück; sie brachten den alten Zopf, die ganze Verrottung der Zustände des vorigen Jahrhunderts wieder mit. Noch schlimmere Erfahrungen machten die Sieger an den rheinbündischen Fürsten, die sie begnadigt. Dieselben thaten alles, sich ihren Verpflichtungen, z. B. der ihnen in Frankfurt auferlegten Stellung von 145 000 Mann Hilfstruppen, zu entziehen. Sie bereiteten der am 21. Oktober unter Steins Vorsitz zur Verwaltung Westfalens, Sachsens und anderer eroberter Gebiete, sowie zur Beaufsichtigung der deutschen Rüstungen eingesetzten „Centralverwaltung“ alle möglichen Hindernisse. „Was diese Leute“, sagte Stein von ihnen, „ihrem Meister Napoleon nie versagt hätten, das verweigern sie der Erhaltung Deutschlands.“ Sogar der Centralisierung des Lazarettwesens widersetzten sich die Könige von Bayern und Württemberg und ließen Kranke und Sterbende der

verbündeten Truppen auf den Straßen liegen oder schmälerten ihnen doch die schuldige Hilfeleistung. Übrigens waren diese und andere Fürsten des südwestlichen Deutschlands, namentlich der Württemberger, bereit, wenn das Blatt sich wendete, sofort wieder zu Napoleon abzufallen.*)

Kurz, Napoleon war verjagt, aber die Kleinstaaterei mit alten und neuen Mißbräuchen, der angestammten oder napoleonischen Tyrannei, hatte man bewahrt und gar souverän gemacht; wie Goethe es ausdrückte: „Den Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben." Es rächte sich jetzt an der deutschen Nation, daß sie, als Preußen im Frühling aufstand, nicht sich ebenfalls erhoben, sondern still gesessen und ihre Fürsten hatte weiter schalten lassen. Denn da sie zum großen Werke der Befreiung nichts gethan, vielmehr bis zuletzt gegen ihre Befreier gestritten hatte, so durfte sie auch nicht beanspruchen, daß man sie nunmehr als ein politisch reifes und mündiges Volk behandelte und ihr ein besseres Los zuerteilte, als sie eben verdiente, und es war nunmehr nicht zu verwundern, daß die Sieger Deutschland nicht nach deutschen, sondern nach ihren eigenen Interessen, d. h. nach russischen, preußischen, österreichischen, gestalteten. Oder konnte Preußen, der einzige rein deutsche Staat, in dem Bunde der Mächte, selbst wenn es gewollt hätte, die Verheißungen des Kalischer Manifestes erfüllen, nachdem deren Bedingung, der Aufstand der rheinbündischen Deutschen, so gar nicht eingetreten war? Die Wahrheit ist, es gab in den Kabinetten Deutschlands nur darum so wenig Deutschheit, weil in den Massen der Bevölkerung eben auch gar wenig davon vorhanden war.

Wie stand es denn in der Wirklichkeit um die deutsche Begeisterung oder gar um die deutschen Thaten der durch Preußen, Rußland und Österreich nunmehr befreiten Deutschen? Bis zuletzt, bis Napoleon bereits das Spiel verloren, hatten die rheinbündischen bei ihm ausgehalten, und was die dem französischen Reich einverleibten deutschen Länder betraf, so fanden die Sieger, als sie nun von der Elbe und Saale nach dem Rhein zogen, eine Begeisterung für die wiedererrungene deutsche Freiheit nur in den ehemals preußischen Provinzen, während die anderen Gebiete eher Gleichgiltigkeit als Teilnahme zeigten. Man forderte überall zur allgemeinen Volksbewaffnung auf; aber während die ehemaligen Preußen freudig zu den Waffen griffen, schlug man z. B. in Hannover den Weg der Werbung ein. „In der That", ruft der geborene Hannoveraner, der dies erzählt, aus, „man konnte stolz sein, ein Preuße zu heißen."**) Zu tief steckte die Sondersucht den Deutschen im Blut, als daß sie durch die sieben Jahre der Mißhandlung oder doch der Fremdherrschaft hätte ausgerottet werden können.

Indessen war sie doch erschüttert worden, und man durfte hoffen, daß die Großthaten dieses Krieges dem wieder erwachenden Nationalbewußtsein für alle Zukunft einen wirksamen Sporn gegeben haben würden. Und blieben

*) Vgl. des württembergischen Generallieutenants Grafen Bismarck Aufzeichnungen 1847, S. 289. — v. Wolzogen a. a. O. 240.

**) Reiche a. a. O. II. 8.



auch viele einheimische Übelstände, immer war doch die Vertreibung der Franzosen an sich schon ein hohes Glück, und auch die rheinbündischen Deutschen hatten daher Grund genug, den 18. Oktober, als „Allerdeutschentag“ alljährlich zu feiern.

Noch mehr Grund hatten sie, sich wenigstens an der Fortsetzung des Krieges eifrig zu beteiligen. Zwar ob überhaupt der Krieg fortzusetzen sei, darüber war man noch nicht einig. Vielmehr war, mit Ausnahme der Preußen, „bei denen“, wie ein französischer Geschichtsschreiber es nennt, „eine Art von nationaler Wut herrschte“, der Wunsch nach Frieden selbst unter den Kriegsleuten aller Nationen allgemein, und ihnen schloß sich Friedrich Wilhelms Adjutant, der General von dem Knesebeck an, nicht bloß, wie man ihm vorgeworfen hat, aus überkluger Vorsicht und hämorrhoidaler Schwarzseherei, sondern doch aus erheblichen politischen Gründen, um Preußens Kraft zu schonen, die für Deutschland schon übermäßig war angespannt worden.

Am wenigsten wollte Franz I. Napoleons Sturz, auf den, wie er fürchtete, neue Revolutionen folgen möchten; er bewirkte vielmehr, daß die Vertreter der Mächte in Frankfurt (am 9. November) zu einem Friedenskongreß zusammentraten und Frankreich einen Frieden anboten, den nicht bloß jeder gute Deutsche, sondern auch jeder Mann von gesundem Menschenverstand einen faulen Frieden nennen mußte; denn er ließ Frankreich das, was es seine natürlichen Grenzen nannte, die Pyrenäen, die Alpen und — den Rhein! opferte also vom deutschen Laude das ganze linke Rheinufer auf. Zum Glück war Napoleon trotz der Erschöpfung seiner Kriegsmittel, trotz der Unzufriedenheit seines Volkes in seinem Hochmut viel zu verstockt, um mit beiden Händen zuzugreifen. Nicht belehrt durch diesen furchtbaren Feldzug von 1813, in dem er zuletzt alles verloren, weil er alles 1812 Verlorene mit einem einzigen Schlage hatte wieder gewinnen wollen, beharrte er dabei, die Politik seinen Leidenschaften unterzuordnen. Unerträglich war ihm der Gedanke, als Besiegter dazustehen; zu schwer fiel es ihm, auf die Herrschaft in Europa zu verzichten; darum und in der Hoffnung, die Verbündeten würden erst im nächsten Frühjahr angreifen, ihm also Zeit lassen zu neuen Rüstungen, zögerte er mit der Antwort. Er wollte wieder nur unterhandeln, um Zeit zu gewinnen.

Aber er täuschte sich, wie er sich bei den Verhandlungen zu Poischwitz und zu Prag getäuscht. Denn mittlerweile kam die Kriegspartei in Frankfurt wieder in die Höhe. Steins Ratschläge, welche der Eitelkeit des Zaren mit einem Triumpheinzug in Paris schmeichelten; Bülows Fortschritte in Holland, welches er noch vor Ende November ohne Mühe eroberte, die Erfolge, welche die österreichischen Waffen in Oberitalien, die britischen im südlichsten Frankreich gewannen; alles dieses, besonders aber die Leichtigkeit, mit der die Preußen, von den Holländern als Befreier aufgenommen, das ganze nördliche linke Rheinufer besetzten, bewog zuerst den Zaren, dann auch die anderen Monarchen, auf die Stimme des preußischen Volkes, wie sie sich im Blücher-

schen Hauptquartier vernehmen ließ, zu hören und den Krieg sofort auch auf allen anderen Punkten über den Rhein zu tragen. Am 2. Dezember erließen sie von Frankfurt eine Erklärung, welche den Kriegsentschluß verkündete, freilich zugleich zu erkennen gab, es handle sich nicht mehr um einen Volkskrieg, sondern um einen Kabinettskrieg. Doch auch so nahm man in Preußen dieselbe mit Beifall auf; wenn es nur überhaupt wieder vorwärts ging gegen den Verderber, den jeder Preuße so ingrimmig haßte.

Der Feldzug von 1814.

1813, das schmerz- und freudenthränenreiche Jahr verklang; kaum war der zwölfte Schlag der Stadtuhr in Kaub am Rhein verhallt, da blinkten durch alle Gassen des Städtchens gewaffnete Kriegerscharen, schweigend zogen sie durch die sternenhelle kalte Neujahrsnacht hinab an den Strand; still wurden Kähne zusammengebracht, und hinüber ging es (früh um halb drei Uhr) rasch über den Rhein.*) Kaum ans Ufer gesprungen, grüßten sie mit lautem Hurra das linke Rheinland und den Feind, der es besetzt hielt. Es waren 200 Mann Brandenburger Füsiliere der Brigade Hünerbein vom Corps York, die zuerst in das deutsche Land jenseit des Stromes gelangten. Der überraschte Feind wich hastig zurück. Dann (am 2. Januar) ging auch der Feldmarschall selber hinüber mit der Masse des Yorkschen Corps und einem Teil des Langeronschen. Auch die anderen Teile der schlesischen Armee, Russen unter den Generalen Sacken und Saint Priest erzwangen sich bei Mannheim, Lahnstein und Koblenz den Übergang. Ein fröhlicher Neujahrsmorgen für die befreiten Rheinländer, ein schöner Lohn für die Helden von der Katzbach, von Wartenburg und Möckern! Ohne sich lange bei den Moselfestungen aufzuhalten, drang Blücher südwärts in Lothringen ein, war am 18ten in Nancy, am 27ten in Brienne an der Aube; die Franzosen wichen überall in der Richtung auf Chalons zurück. So weit war der alte Vorwärts gekommen. Es fragte sich nun, ob die anderen nachfolgen würden.

Nach dem Beschluß des großen Hauptquartiers geschah der Einmarsch in Frankreich so, daß als linker Flügel die früher „böhmische“, jetzt sogenannte „Hauptarmee“ (190 000 Mann, darunter 97 000 Österreicher, 44 500 Russen, 6500 Preußen, 42 000 Bayern, Württemberger, Badener) durch die Schweiz und das Elsaß nach Burgund, als rechter Flügel die Truppen Bülows durch Holland vorrücken, das schlesische Heer aber (84 000 Russen und Preußen) im Centrum, auf dem geradesten und kürzesten Wege ins Herz von Frankreich eindringen sollte. Die letztgenannte Armee hatte also die schwierigste Aufgabe; das war ein Glück, denn Blücher führte sie. Aber vergebens wartete er in Brienne auf die „Haupt-Armee“, mit der er sich an der Aube vereinigen sollte.

*) W. Sauer, Blüchers Übergang über den Rhein bei Kaub, Wiesbaden 1892. — Vgl. E. Anthes, Blüchers Quartier in Kaub, Wiesbaden 1894.



Nach Gneisenaus Kriegsplan, der in Frankfurt (am 7. November) angenommen war, sollte nämlich der größte Teil der Hauptarmee am Mittelrhein operieren und ein kleiner Teil durch die Schweiz in die Franche-Komté eindringen. Dann war der eiserne Ring um Napoleon geschlossen und die Einnahme von Paris und die Vernichtung Napoleons nur noch eine Frage der Zeit. Dieser Plan wurde dann auf Betreiben der Österreicher (Radetzky und Knesebeck) am nächsten Tage dahin abgeändert, daß nicht ein Nebenheer, sondern die ganze Hauptarmee durch die Schweiz vordringen solle. Da nun die Schweiz den Durchzug nicht gestattete und vielmehr bewaffnete Neutralität verkündigte, Kaiser Alexander aber gegen eine Neutralität war, so war zunächst wieder ein Stocken in der Vorwärtsbewegung eingetreten. Erst als durch Metternichs Bemühungen die Schweiz den Durchzug erlaubte, und Alexander darauf hin seinen Einspruch zurückzog, rückte man bis auf das Plateau von Langres vor.*) Jetzt blieb Schwarzenberg wieder unthätig in Langres, wo er am 18ten eingetroffen war, stehen; „er meinte, er werde nicht so unsinnig sein, mit der ganzen Armee à la Blücher vorzuprellen." Das hatte seine besonderen Gründe. In der Gefahr allein lag es nicht; denn wenn auch von den 800 000 Mann, mit denen das große Hauptquartier Frankreich anzugreifen beschlossen, ein großer Teil, zumal von den Truppen der deutschen Klein- und Mittelstaaten, die jetzt mitfochten, nur auf dem Papier, nicht im Felde stand, dennoch waren die Verbündeten dem Gegner an Streitkräften weit überlegen; sie führten 275 000 Mann nach Frankreich hinein, welches Napoleon augenblicklich nur mit 71 000 Streitern beschützen konnte. Andere 80 000 standen ihm noch im Lande zerstreut; seine Rüstungen waren noch ganz unfertig. Aber die österreichische Politik hängte sich wieder als Hemmschuh an die Bewegungen der Heere, sie wollte den Krieg nicht bis zum äußersten treiben; die anderen Diplomaten, die österreichischen Feldherren und Knesebeck stimmten aus Überschätzung der Streitkräfte Napoleons ihr bei; vergebens verfocht Gneisenau den Grundsatz, man müsse die Festungen liegen lassen und auf die Hauptstadt losgehen, den Feldzug mit einem Schlage beendigen. Man hörte nicht auf ihn; erst als der Zar, der den Sturz Napoleons wollte, drohte, nötigenfalls allein mit Blücher vorzugehen, gaben die Österreicher nach und die Hauptarmee kam, nachdem sie acht Tage lang auf der Hochebene von Langres gelegen, langsam wieder in Bewegung.**)

Unterdessen war Napoleon in Chalons angelangt. Er warf sich zunächst auf Blücher, fiel ihm, durch den Wald von Der hervorbrechend in die Seite und stand plötzlich vor Brienne. Am 29. Januar kam es hier zu einem

*) W. Onken, Gneisenau, Radetzky u. d. Marsch. d. Hauptarmee durch d. Schweiz nach Langres, deutsche Ztschr. f. Geschichtsw., Bd. 10, Freiburg 1893. — Ebenderselbe, Zur Geschichte d. Frankfurter Novembertage d. J. 1813, Allg. Milit. Ztg., 69. Jahrg. Nr. 69, 70 u. 71, Darmstadt 1894. — Vgl. G. Roloff, Die strategischen Beratungen zu Frankf. a. M. im Nov. u. Dez. 1813, ebendort, Nr. 53 u. 54.

**) Vgl. G. Roloff, Politik u. Kriegführung während des Feldzuges 1814, Berlin 1891.



hitzigen Treffen; Napoleon mit dem Corps von Victor und Ney griff heftig an, Blücher mit den russischen Corps von Sacken und Pahlen schlug ihn ebenso heftig zurück. Die Franzosen gewannen das Schloß, die Russen behaupteten die Stadt. Beide Teile ließen am Abend erschöpft von einander ab, und Blücher zog sich dann näher an die Verstärkungen zurück, die jetzt vom böhmischen Heere kamen. Bei Trannes, drei Stunden von Brienne, vereinigte er sich mit Schwarzenberg; und da die verbündete Macht dem Gegner nun mehr als doppelt überlegen war — 85 000 Mann gegen 40 000 — so meinte auch Schwarzenberg, man müsse eine Schlacht liefern; den Oberbefehl dabei überließ derselbe auf Alexanders Wunsch an Blücher. Sofort am 1. Februar griff dieser an. Napoleon stand noch bei dem Dorfe La Rothière zwischen Brienne und Trannes, zu seiner Rechten Gerard, in der Mitte Victor, links Marmont, im Hintertreffen Ney. Gegen das Dorf, den Schlüssel der Stellung, rückte nun als Centrum der Verbündeten das Sackensche Corps, dem links Gyulay, rechts der Kronprinz von Württemberg und Wrede sich anschlossen. Um Mittag, unter dichtem Schneegestöber begann die Schlacht; in kräftigem Andrang warfen die Russen bald den Feind aus dem Dorfe hinaus und behaupteten es. Länger hielt er sich auf den Flügeln; Gyulay mit seinen Österreichern gewann keinen Boden; und die Württemberger und Bayern des rechten Flügels konnten doch erst gegen Abend den Sieg auf ihre Seite ziehen. Aber das Gesamtergebnis war, daß Napoleon eine entschiedene Niederlage erlitt; unter dem Schutze der Dunkelheit zogen sich seine Truppen in Verwirrung auf Brienne zurück; 2400 Mann nebst 73 Kanonen fielen den Siegern in die Hände. Der Verlust an Toten und Verwundeten betrug auf jeder Seite etwa 4000 Mann. Benutzten die Verbündeten den Sieg, so zertrümmerte ein letzter, kräftiger Stoß den Überrest der napoleonischen Macht, und der Besetzung der Hauptstadt stand nichts mehr im Wege.

Aber das große Hauptquartier wollte diesen Stoß nicht führen, ließ den Gegner wieder zu Kräften kommen — aus den bekannten Gründen. „Wihr guht gesinnten", schrieb Blücher damals an Vincke, „wollen schlagen, aber die Diplomatiker haben hundert andere Projekte; soll die Sache guht für die Menschheit werden, so müssen wihr nach Paris. Dohrt können unsere Monarchen einen guhten Frieden schließen, ich darf sagen diktiren. Der Tiran hat alle Hauptstädte besucht, geplündert und bestohlen; wir wollen uns sowas nicht schuldig machen, aber unsere Ehre fordert das Vergeltungsrecht, ihm in seinem Neste zu besuchen." Allein diese Meinung fand nicht einmal bei Knesebeck, geschweige denn bei Schwarzenberg Billigung; nur Alexander vertrat sie und bewirkte wenigstens, daß man die beiden Heere wieder trennte; Blücher durfte nach der Marne ziehen, um dort die Corps von York, Kleist und Langeron aufzunehmen. Schwarzenberg blieb an der Aube. So spaltete man die eigene Kraft und gestattete dem Feinde die Getrennten anzufallen.

Auf Chalons, wohin Blücher jetzt aufbrach, zog zur selben Zeit York ihm entgegen. Halbwegs zwischen Vitry und Chalons, beim Dorfe La Chaussée,

stieß er auf einen Streithaufen von 5 bis 6000 Mann, meist Reiterei, welchen der Marschall Macdonald dem Kaiser zuführen wollte. Morgens am 3. Februar ließ York ihn durch die Vorhut angreifen. Es waren die Generale Katzeler und Jürgaß, die mit einigen zwanzig Schwadronen Linien- und Landwehrreiterei den Auftrag vollzogen. Es dämmerte noch, da sprengte die Spitze des preußischen Vordertreffens — sechs Schwadronen brandenburgischer Husaren und Ulanen — die Höhe von La Chaussée hinan; oben angelangt, sahen sie dicht vor sich den Feind, zwei Kürassierregimenter und ein Jägerregiment, dahinter eine Batterie. Augenblicks fielen sie wie eine Windsbraut über die Franzosen her; auf sechs Schritt Entfernung wurde gefeuert. Aber die Kürassiere lagen mit ihren langen Pallaschen in Stichparade so ruhig wie auf dem Fechtboden. Doch nicht lange; kräftige märkische Säbelhiebe in die Gesichter warfen sie bald in die Flucht. Ebensowenig hielten die Franzosen links Stand, wo ostpreußische Nationalkavallerie und mecklenburger Husaren angriffen. Nun warf sich auch zur Rechten Graf Henckel mit den littauischen Dragonern und fünf Landwehrschwadronen auf die Truppen, die ihm gegenüberstanden, polnische Lanzenreiter, jagte sie vor sich her bis hinter La Chaussée, und dort mit Jürgaß vereint, half er den Rückzug des Feindes in eine unordentliche Flucht verwandeln; erst der rasch hereindunkelnde Abend hemmte die Verfolgung, und die Franzosen zogen sich unter dem Schutz herangekommener Verstärkung nach Chalons zurück. „In diesem glänzenden Gefechte hatte eigentlich niemand kommandiert, und doch ging's vom ersten Augenblick an so in Ordnung, so gut und fröhlich von statten wie selten eines."*) Am anderen Tage räumte Macdonald Chalons, York zog ein und konnte nun ungehindert seine Vereinigung mit Blücher bewerkstelligen, der sich mittlerweile von Süden her genähert hatte. Nachdem die Yorkschen einen Tag in und bei Chalons gerastet — sie stärkten sich hier in der Nacht vom 5ten zum 6ten mit 57 000 Flaschen Champagner, den sie für Weißbier tranken — ging es weiter an der Marne hinab. Denn der alte Vorwärts, der auch das Kleistsche Corps an sich gezogen und im ganzen jetzt 56 000 Mann bei sich hatte, wollte ohne Säumen nach Paris. Diesmal rannte er aber zu hastig vor, und das schlesische Heer erlitt nun zum erstenmal beträchtliche Unfälle.

Die Schuld lag zum Teil an Blücher selbst, denn er unterschätzte den Gegner und hielt seine Streitkräfte zu weit auseinander; zum Teil an York, der die Befehle des Feldmarschalls, als dieser seinen Fehler verbessern wollte, nur unvollkommen ausführte; zum weitaus größten Teil aber an Schwarzenberg, dessen Unterlassungssünden jenen Fehler erst zu einem verderblichen machten. Man war übereingekommen, die Hauptarmee solle, um Blücher nötigenfalls zu unterstützen, ebenfalls vorgehen und die Verbindung beider Heere durch Wittgensteins Corps herstellen. Geschah dies, worauf Blücher rechnete, so hatte er von Napoleons Kunst wenig zu befahren. Aber Schwarzen-

*) Droysen, York, II. 240—242.



berg that weder das eine noch das andere. Franz I. hatte ihm durch ein eigenhändiges Schreiben den geheimen Befehl gegeben, nicht auf das rechte Seine-Ufer, nicht über die Linie von Pont-sur-Seine, Nogent und Monterau hinaus zu gehen. Es liegt sogar der Verdacht nahe, daß Napoleon, immer mit der österreichischen Diplomatie unter der Hand im Verkehr, um diesen Befehl wußte. Schwarzenberg, Hofmann wie er war, befolgte den verräterischen Befehl, der übrigens seiner Ängstlichkeit ganz entsprach. Ja, er schwächte die Blüchersche Armee noch obendrein durch den Befehl an Kleist, mit seinem Armeecorps wieder zur großen Armee zu stoßen. Er wurde hierzu durch Alexander veranlaßt, der vermutlich — eitel wie er war — durch die Entziehung des Kleistschen Corps die schlesische Armee etwas zurückhalten wollte, damit sie nicht eher in Paris einzöge wie die Monarchen. Gern suchte er für seine Befehle kriegswissenschaftliche Gründe, wie die gefundenen hinwieder Wasser auf die Mühle der österreichischen Friedenspolitik waren. Er blieb also unthätig im Süden der Seine stehen, ließ zwischen dem schlesischen Heere und dem seinigen einen weiten Zwischenraum. Natürlich benutzte Napoleon die Gunst der Umstände, schob sich schnell in die Lücke, schwenkte in Gewaltmärschen mit dem Kern seiner Streitmacht, etwa 40 000 Mann, links ab von der Aube nach der Marne, drängte sich zwischen die Abteilungen des schlesischen Heeres, die getrennt von einander an diesem Flusse hinzogen, fiel sie einzeln mit Übermacht an und brachte jeder eine Schlappe bei.

Sein erster Stoß traf die schwächste Stelle, eine Abteilung Russen, 4000 Mann unter dem General Olsuwief, die bei Champaubert stand und am 10ten unvermutet sich überfallen sah; nach tapferem Widerstande wurde diese Schar zersprengt, kaum die Hälfte rettete sich.*) Am folgenden Tage wär' es dem Sackenschen Corps bei Montmirail beinahe ebenso ergangen; von Napoleon bestürmt, hielt sich die zähe Tapferkeit der Russen nur noch mühsam aufrecht, als endlich gegen Abend York mit zwei seiner Brigaden zu Hilfe kam. In einem heißen nächtlichen Kampfe gelang es den Preußen wenigstens den Rückzug nach Chateau-Thierry zu sichern. Doch kostete dieser Tag den Russen 2800 Mann und 13 Geschütze, den Preußen 800 Mann. Noch größerer Verlust drohte bei Chateau-Thierry, wo man die Marne überschreiten mußte. Am 12ten griff Napoleon hier mit gewohnter Energie an. Es bedurfte der ganzen kaltblütigen Tapferkeit der Yorkschen, um den übermächtigen Feind abzuwehren und den Übergang glücklich zu bewerkstelligen. Doch büßten die Verbündeten in diesem hartnäckigen und blutigen Gefechte abermals 3000 Mann an Toten und Verwundeten ein. Napoleon zog nun rasch die Truppen Marmonts herbei und stürzte sich auf Blücher selbst, der, von diesen Vorgängen schlecht unterrichtet, mit 15 000 Preußen und Russen sorglos über Etoges heranzog. Morgens am 14ten erreichte seine Vorhut unter Zieten das Dorf Vauchamps, da fuhr plötzlich von den Höhen hinter dem Dorfe, wo

*) Vgl. Boie, Die Stunden d. Entscheidung ꝛc., Jahrb. f. d. deutsche Armee u. Marine, Bd. 26 (1878).

er gelauert, Napoleon wie der Blitz auf die Überraschten hernieder und warf Zieten nach hartnäckigem Widerstande aus Vauchamps auf das Centrum zurück; es blieb Blücher nichts übrig, als vor der zwei- bis dreifachen Übermacht zu weichen. Der Rückzug war aber leichter beschlossen als ausgeführt. Denn das Heer hatte stundenlang durch eine offene Gegend zu ziehen, ehe es den schützenden Wald bei Etoges erreichte. In Vierecken geschlossen, Schritt vor Schritt fechtend, gelang es indes; dank der unerschütterlichen Bravour der Truppen, vornehmlich der Preußen unter Kleist, und der russischen Artillerie. Dennoch verlor Blücher dabei 6000 Mann und 16 Kanonen.

Die Lage des schlesischen Heeres war schlimm genug; nicht nur hatte es ein Viertel seiner Streitmacht eingebüßt, es litt auch von den Beschwerden des Winterfeldzuges. Diese waren ganz entsetzlich; — Märsche auf grundlosen Kotwegen, Beiwachten unter Regen, Schnee und Eis, schlechte Nahrung, Mangel am notwendigsten Unterhalt. Da es eine geordnete Verpflegung nicht gab, die allermeisten Ortsvorstände sich vielmehr weigerten, die nötigen Bedürfnisse herzugeben, auch die Armut des Landes so arg war wie der Schmutz, so mußte der hungernde, frierende Soldat sich selber Rat schaffen; über Nacht verschwanden ganze Dörfer, die man zur Feuerung abbrach. Das brachte natürlich die Bevölkerung auf; schon rottete sie sich hier und da zusammen und bereitete Widerstand zumal jetzt, wo Napoleons Siege nicht nur seine Truppen wieder begeisterten, sondern auch beim Volke den Glauben an ihn neu belebten.

Aber der Kaiser beging nun seinerseits einen Fehler und einen sehr großen. Weil er den allzuhitzigen Blücher überrascht und ihm einige Nackenschläge versetzt hatte, bildete er sich nach seiner übermütigen Art ein, dieser sei samt seiner schlesischen Armee zerschmettert und werde sobald nicht wiederkommen. Es war immer derselbe Fehler, der ihm schon soviel gekostet und der ihn bald ganz und für immer stürzen sollte: er begriff nie recht den Geist, der in den Preußen wider ihn focht, diesen leidenschaftlichen Kampfeifer, dessen großartigster Ausdruck Blücher selbst war. Er schwenkte also wieder rechts ab und fuhr auf die Hauptarmee los. Am 17ten war er an der Seine Schwarzenberg gegenüber. Den wichtigsten Übergangspunkt bei Montereau hielt das Corps des Kronprinzen von Württemberg besetzt. Am 18ten wurde es hier von Napoleon mit großer Übermacht angefallen und geschlagen; es mußte sich mit einem Verlust von 4800 Mann über den Strom zurückziehen, doch hatte sein Widerstand den andern Abteilungen des Hauptheeres Zeit verschafft, sich enger zusammenzuschließen.

Napoleons Siegesfreude steigerte nun seinen Stolz zur Narrheit. In seiner Verblendung vereitelte er selbst die Bemühungen der österreichischen Diplomatie, welche unausgesetzt dahin strebte, ihm einen annehmbaren Frieden zu verschaffen. Auf ihren Betrieb war zu Chatillon am 5. Februar ein „Friedenskongreß“ zusammengetreten; die Bevollmächtigten waren: Stadion für Österreich, Rasumowski für Rußland, Wilhelm v. Humboldt für Preußen, Aberdeen für England, Caulaincourt für Frankreich. Die Bedingungen, welche

das verbündete Europa bot, waren weder hart noch „unanständig", wie der Franzose Thiers sie nennt, aber freilich für den französischen Hochmut verletzend: man verlangte, Frankreich solle seine ganze Beute, die es seit 1792 gemacht, fahren lassen und sich mit den Grenzen dieses Jahres begnügen. Einen Augenblick schien es, als ob Napoleon zur Einsicht gekommen sei; am 5. Februar, durch die Nachricht erschreckt, daß Blücher am rechten Marne-Ufer in der Richtung nach Paris vordringe, gab er seinem Gesandten zu Chatillon die unbeschränkte Vollmacht, jeden Frieden sofort abzuschließen. Aber der Schreck ging bald vorbei; die Erfolge, die er über die schlesische Armee errang, ließen ihn wieder fester als je an sein Glück glauben; er setzte das thörichte Vabanquespiel fort. Diese Bedingungen, die man ihm da biete, nannte er jetzt Beschimpfungen für ihn und für Frankreich; er könne sich höchstens zu den Frankfurter herbeilassen. Übrigens suchte er jetzt eine Schlacht und keine Unterhandlung.

Aber in demselben Grade wie bei ihm der Hochmut, wuchs bei der Friedenspartei des großen Hauptquartiers die Bangigkeit, und Franz I. sah sich nach einem Vorwande um, aus dem Bunde auszutreten. Schwarzenberg, obgleich doppelt so stark als der Feind, scheute sich stand zu halten, ordnete den Rückzug bis über die Aube an und beabsichtigte sogar denselben bis zum Rhein fortzusetzen. Sieghoffend drang Napoleon nach, und Schwarzenberg suchte den furchtbaren Gegner dadurch abzuhalten, daß er ihm (am 23. Februar) einen Waffenstillstand vorschlug; er hoffte, die so gewonnene Zeit werde entweder den Frieden oder die Verstärkung der Hauptarmee herbeiführen. Napoleon schlug es höhnisch ab, und der Rückzug hätte die Schwarzenbergische Armee, deren Hauptmasse — die Österreicher — schon wieder sehr an Entmutigung litt, zu Grunde gerichtet, ohne die Wendung, die dem Ganzen jetzt durch Blücher, bezüglich Grolman gegeben ward.

Bereits am 16. Februar hatte Blücher sein Heer in Chalons wieder vereinigt, neu geordnet und durch eine Verstärkung von 10000 Mann Russen fast auf die frühere Kriegsstärke gebracht. Am 22sten war er mit 53000 Mann und 300 Kanonen in Méry an der Seine, um sich dort, wie verabredet worden, mit dem großen Heere zu vereinigen. Statt dessen traf ihn hier Schwarzenbergs Aufforderung, ebenfalls den Rückzug anzutreten. Da war es Grolman, der dem Kriege die entscheidende Wendung gab. Er faßte zuerst den Gedanken der Trennung der Schlesischen Armee von der Hauptarmee und ihrer selbständigen Offensive und wußte ihn beim Könige, beim Zaren und bei Schwarzenberg durchzusetzen. Als sich Blücher auf Grolmans Rat an den Zaren und an den König von Preußen wendete und bat, ihn nach Vereinigung mit dem Corps von Bülow und von Wintzingerode allein auf Paris marschieren zu lassen, erteilten die beiden Monarchen jene Ermächtigung (22. Februar). „Die Armee des Fürsten Schwarzenberg", schrieb Friedrich Wilhelm seinem Feldmarschall, „wird für jetzt ihre rückgängige Bewegung noch fortsetzen. Die Armee unter Ihrem Befehle hingegen ist bestimmt, die Offensive zu ergreifen. Der Ausgang dieses Feldzuges liegt von nun an zunächst in Ihrer Hand." Blücher

war hocherfreut. „Grolman allein ist der Mann, dem wir den Marsch auf Paris, dem wir das Gelingen des großen Werkes zu verdanken haben," urteilte er mit Recht.*) Die schlesische Armee wurde jetzt im wesentlichen und der Bedeutung nach zur Hauptarmee, während die Schwarzenbergische zu einer Nebenrolle herabsank. Blücher und die Seinen rechtfertigten dies Vertrauen in glänzendster Weise und zum gerechten Erstaunen des Feindes, der das plötzliche Wiedererscheinen des nach seiner Meinung zertrümmerten schlesischen Heeres nicht begreifen konnte. In sieben Tagen hatten sich die Preußen, wütend über die erlittenen Schlappen, wieder gesammelt, zu einer starken Armee ergänzt und begannen, so kampflustig wie je von neuem den Angriff. „So wahr ist es", sagt Thiers von dieser Leistung Blüchers, „daß im Kriege die Leidenschaft oft alle Wirkungen des Genies hat, weil sie dessen Kraft durch die des Willens ersetzt."

In der Nacht vom 23. bis 24. Februar brach der alte Vorwärts von Méry auf, still und rasch nach der Marne, trieb Marmont und Mortier vor sich her, stand am 27sten bei Meaux, wenige Meilen von Paris. Diese Nachricht war für Napoleon wie ein Blitz aus heiterm Himmel; sie schreckte ihn furchtbar aus seinen stolzen Siegesträumen auf. „Von diesem Heere", rief er, „droht Paris weit mehr Gefahr als von den anderen; das ganze Schicksal des Krieges hat sich gewendet." Auf der Stelle ließ er von der böhmischen Armee ab und brach gegen die schlesische auf. Friedrich Wilhelm setzte es nun durch, daß Schwarzenberg mit dem Rückzuge inne hielt und am 27. Februar bei Bar sur Aube den von Napoleon zurückgelassenen Marschällen Macdonald und Oudinot eine Schlacht lieferte. Der König selbst mit seinen beiden ältesten Söhnen, Fritz und Wilhelm, wohnte unerschrocken der Gefahr sich aussetzend, dem Kampfe bei.**) Das böhmische Heer, dem Feinde an Zahl weit überlegen, gewann denn auch einen leichten Sieg, den sich hauptsächlich die russischen Truppen zuschreiben durften, und ging nun wieder langsam bis Troyes vor.

Zugleich that die Diplomatie einen Schritt vorwärts, der viel bedeutender war. Am 1. März schlossen die vier Hauptmächte, Rußland, Preußen, England, Österreich, zu Chaumont einen Bund auf zwanzig Jahre, der das politische Gleichgewicht Europas sichern und von jedem Teilnehmer mit 150 000 Mann wider den gemeinsamen Feind verfochten werden sollte.

An demselben Tage, wo Schwarzenberg in Troyes einzog, am 4. März, bog Blücher dem französischen Kaiser, der bei La Ferté über die Marne auf ihn zukam, gewandt aus und zog sich nach Soissons an der Aisne hinauf, welches soeben (3. März) in die Gewalt der Corps von Bülow und Wintzingerode gefallen war.***) Am 4ten vereinigte er sich hier mit jenen Truppen und hatte

*) E. von Konrady, Leben Grolmans, II. Teil, S. 194.

**) Vgl. Dechend, Das Treffen bei Bar sur Aube, Beiheft z. Mil. Wochenbl. 1897, Heft 3.

***) Kriegsgeschichtl. Einzelschriften, her. v. Gr. Generalstab, Heft 12. I., Berl. 1890. — Vgl. Pertz-Delbrück, Leben Gneisenaus, Bd. 4, S. 195. — Th. v. Bernhardi, Denkwürdigkeiten Tolls IV. S. 172 ff.



nun eine Macht von 103 800 Mann mit 500 Kanonen bei sich. Zum erstenmale nach langer Zeit schüttelten die Preußen vom ehemaligen Nordheer und die von der schlesischen Armee einander wieder die Hände. Welche Erlebnisse hatten sie einander mitzuteilen! Aber mit Schrecken sah man hier auch, wie furchtbar die preußische Streitkraft durch die zahllosen Gefechte und Märsche der letzten zehn Monde mitgenommen war. Zwar die Bülowschen sahen recht gut aus. Nachdem sie im November endlich von Bernadottes Oberbefehl erlöst worden, hatten sie mit leichter Mühe ganz Holland erobert, sich während des Winters ganz trefflich herausgefüttert und waren ohne große Anstrengung gemächlich durch Belgien über Laon längs der Aisne hinaufgezogen. Da trafen sie nun ihre Kameraden von Yorks und von Kleists Corps — hagere und zerlumpte, pulver- und wettergebräunte Gestalten, gelichtete Reihen: „die Wirkung der genialischen Kriegführung, die immer die Preußen vorschickt und Mann und Roß aufreibt," brummte York.

Indessen Napoleon ließ ihnen nicht viel Zeit zu Betrachtungen. Er mußte sich, kostete es, was es wolle, Blüchers entledigen. Er versuchte ihn rechts zu umgehen, ihn in der Seite und im Rücken anzufallen. Er warf sich daher nach Reims und schlug dort die Straße nach Laon ein. Ihn von dieser wichtigen Stadt abzuhalten, ihm eine vernichtende Niederlage beizubringen, das sollte der Zweck der Schlacht sein, zu welcher das Blüchersche Hauptquartier nun alle Anordnungen traf: Bülow besetzt Laon, Sacken und Langeron die steile Hochfläche zwischen dieser Stadt und Craonne, Wintzingerode umgeht mit Reiterei rechts den Feind und fällt ihm in den Rücken, wenn er von der Reimser Straße links abbiegend gegen Craonne zieht. Das war der Entwurf; durch Wintzingerodes Ungeschick, der nicht rechtzeitig, wo er sollte, eintraf, wurde er vereitelt, und das russische Fußvolk bei Craonne (20 400 Mann) hatte allein die ganze Wucht des feindlichen Angriffs auszuhalten. Am 7. März erschien Napoleon (mit 30 000 Mann) vor der Hochfläche; vorn überall steil abfallend, zeigte sie sich nur durch Umgehung im Osten ersteigbar. Aber die Russen wehrten die heftigen Angriffe des übermächtigen Gegners wahrhaft heldenmäßig ab. Stundenlang tobte die Schlacht; sie gehört zu den blutigsten des Feldzuges; — 4700 Russen, 8000 Franzosen tot oder verwundet, auf keiner Seite eine Trophäe; Napoleon am Abend auf der Hochebene, die Russen in geordnetem Rückzug auf Laon, wo Blüchers Hauptmacht stand — das war ihr Ergebnis. Napoleon wähnte jedoch wieder einmal, die schlesische Armee fliehe vor ihm, meinte daher Laon am andern Tage nur durch einen feindlichen Nachtrab noch besetzt zu finden und beschloß diesen zu verjagen. In der Wirklichkeit war vielmehr die ganze schlesische Armee an diesem wichtigen Punkte versammelt und willens ihrerseits anzugreifen.

Die alte Stadt Laon erhebt sich auf einem dreieckigen Spitzberge inmitten einer weiten Ebene, die von Wäldern und sumpfigen Niederungen durchschnitten wird; eine solche Niederung zieht sich neben der Straße von Reims hin und trennte also Napoleons Heer, das aus Süden vorrückte, um Mar-

monts Corps, welches dem Kaiser von Reims her zu Hilfe eilte. Die verbündete Streitmacht stand überdies in guter Stellung, Bülow in Laon selbst, daran gelehnt in der Ebene rechts Wintzingerode, links bis zum Dorf Athies hin Kleist und York; Sacken und Langeron bildeten hinter Laon den Rückhalt. Aber ein unerwarteter Umstand begünstigte den Kaiser: die Unsicherheit, die eben jetzt in der obersten Leitung des schlesischen Heeres eintrat; Blücher war erkrankt, konnte nicht führen, Gneisenau hatte die Bedenklichkeiten, welche außer York nun auch Bülow gegen seine Kriegführung aussprach, doch stutzig gemacht, und zum erstenmal zeigte er sich nun, wo es entschiedenes Handeln galt, zerstreut, verdrießlich und unschlüssig. Er fing an zu zweifeln, ob es für Preußen vorteilhaft sei, wie bisher das Blut seiner Söhne für die gemeinsame Sache so überreichlich hinzugeben, während die andern, besonders die Österreicher, das ihrige bei weitem mehr schonten und doch den Preußen noch gar keinen bestimmten Lohn zugesichert hatten.

Schon in der Nacht zum 9ten begann Napoleon den Angriff auf die Stadt; aber Bülow warf ihn zurück. Der Morgen brach neblig an; als um 11 Uhr der Nebel fiel, erkannte Napoleon seinen Irrtum, sah sich mit 46 000 Mann einer mehr als doppelten Anzahl gegenüber, in einer unvorteilhaften Stellung gegen eine starke. Indessen wiederholte er seine Anstrengungen, die jedoch gegen Bülows Infanterie nichts ausrichteten. Gegen Mittag ging Bülow seinerseits vor, Wintzingerode unterstützte; weil aber Blücher fehlte, und die Unterfeldherren nicht recht wußten, was geschehen solle und könne, so hatte das Gefecht kein Ergebnis; am Abend verblieben beide Heere auf dem Schlachtfelde.

Marmont war unterdes auf der Reimser Straße bis zum Dorfe Athies bei Laon gekommen und lagerte hier den Preußen unter York und Kleist dicht gegenüber; beide Teile waren an Zahl gleich stark, etwa 20 000 Mann. York beschloß einen nächtlichen Überfall. In geschlossenen Haufen und in lautloser Stille rückten die Preußen (8 Uhr abends) an. „Gott“ hieß die Parole, „Friedrich“ die Losung. Man traf den Feind ganz unvorbereitet. Rasch trieb ihn Prinz Wilhelm, des Königs Bruder, der die Vorhut führte, aus dem Dorfe und drang auf die fichtenbewachsene Höhe nach, wo die Flüchtigen sich setzten. „Plötzlich erklangen alle Flügelhörner, alle Feldmusik, der Sturmmarsch aller Bataillone, Hurra auf Hurra, Siegesgeschrei; nach kurzer Gegenwehr nahm der Feind reißaus.“ Zu derselben Zeit erstürmte Horn auf der Reimser Chaussee die Batterieen, während Kleist zur Rechten im Sturmschritt in den Feind drang. Und schon rasselten und schmetterten auf dem linken Flügel die preußischen Schwadronen heran, die schwarzen und Brandenburger Husaren voran durch die dunkle Nacht, wo man den Gegner immer bis auf wenige Schritte erkunden mußte, und wie ein Wirbelwind über die französischen Haufen hin. Den Brandenburgern zur Seite flogen die Littauer; auch sie zuerst in lautloser Stille; nur das Klappern der Bügel und Säbelscheiden hörte man. Da fiel vorn ein Schuß, rasselte schweres Geschütz. „Nun ist es

Zeit! nun drauf, alte Littauer! alles nieder!" rief General Jürgaß. Mit Hurra ward alles niedergeritten, Kürassiere und Artilleristen, die Flüchtigen umringt, den Hornschen wieder entgegen getrieben. Ein wirres Getümmel: „Unaufhaltsam im Vordringen wurden die preußischen Bataillone durch das Schlagen aller Tambours und die Signale der Hornisten stets zusammen und das Ganze in Verbindung gehalten. Gleich aufgescheuchten Schwärmen von Vögeln ließen sich die Franzosen auf ihrem eilfertigen Rückzuge von Zeit zu Zeit nieder, da denn der herannahende Sturmschritt und Hörnerschall sie wieder aufscheuchte."*) Bis Fétieux ward Marmont verfolgt, sein ganzes Corps war binnen drei Stunden aufgelöst worden und floh nun hinter die Aisne: es hatte 1500 Mann an Toten und Verwundeten, 2500 an Gefangenen, 45 Kanonen und 131 gefüllte Munitionswagen verloren. Die Freude der Sieger war groß.

Aber das Hauptquartier benutzte diesen schönen Sieg nicht, der sonst alles entschieden hätte. Am 10ten war Blüchers Krankheit in einer heftigen Augenentzündung ausgebrochen, und Gneisenau, der den Krieg vorsichtig führen und die Preußen mehr schonen wollte, unterließ es, einen allgemeinen Angriff auf eigene Hand anzuordnen; so konnte der Kaiser am Nachmittage ruhig seinen Rückzug nach Soissons bewerkstelligen. York war vor Zorn außer sich; er wollte schon sein Kommando niederlegen; Blücher, der sich wieder einigermaßen erholt hatte, besänftigte ihn nur mit Mühe. „Alter Waffengefehrte", schrieb er ihm am 12ten, „verlassen sie die armeh nicht, da wir an sihl sind, ich bin sehr krank und gehe selbst so ballde der kampff vollendet."

Der Vernichtung entgegen, aber mit einem Gesamtverlust von 17 000 Mann zog Napoleon wieder über die Aisne zurück und wandte sich nach der Aube, um zu versuchen, ob ihm ein Streich gegen die böhmische Armee besser gelingen werde. Bei Arcis-sur-Aube traf er sie in doppelter Stärke gelagert; da er die gesamte feindliche Hauptmacht nicht vor sich vermutete, so griff er mittags am 20. März unerschrocken an. Aber alle Tapferkeit seiner Truppen half ihm nichts gegen die Übermacht, die sich bis zum Abend durch Zuzüge auf das Dreifache (100 000 gegen 30 000) erhöhte. Am Vormittag des nächsten Tages trat Napoleon den Abmarsch nach Vitry an, und nur seine Nachhut wurde noch von Schwarzenberg angegriffen. Abermals hatte er 5000 Mann nutzlos geopfert, und auch hier hätte er vernichtet werden müssen, wenn der Gegner seinen Sieg benutzt und kräftig verfolgt hätte; aber Schwarzenberg that dies ebensowenig wie kurz vorher Gneisenau.**)

Dennoch standen die Dinge für den Kaiser sehr übel. Am 18ten hatten die Verbündeten den Friedenskongreß zu Chatillon für geschlossen erklärt, weil Napoleon durchaus die Rheinlinie behalten wollte, und Österreich ergab sich in den Gedanken, den Starrsinnigen der Wut der Preußen, dem Übermut der

*) Droysen, a. a. O. 298, 299. — Kriegsgesch. Einzelschriften, her. v. Gr. Generalstab, Heft 12. II., Berlin 1890. — Delbrück, Leben Gneisenaus, Bd. II, S. 96 ff.

**) Delbrück, a. a. O. II, S. 110 f.

Russen zu überlassen. Man konnte ihn nun als einen verlorenen Mann betrachten; immer enger umschloß ihn die Streitmacht der Verbündeten. Schon hatte er die Ostprovinzen verloren, auch im Süden fiel jetzt sein Kaisertum zu Boden. Dort drängten die Engländer unter Wellington den Marschall Soult vom Adour, von der Gironde fort und zogen in Bordeaux ein (12. März); unter ihrem Schutze bearbeiteten die Anhänger der Bourbonen das kriegsmüde Volk. Dort und in der Provence fanden diese für ihre Bestrebungen den fruchtbarsten Boden; denn man liebte zwar nicht die Bourbonen, aber man haßte den Kaiser als den Urheber von Frankreichs Leiden, und hinter ihm, in der Hauptstadt, war ihm die öffentliche Meinung fast ebenso entschieden feind. Alles dieses schreckte den eisenfesten Mann nicht. Er beschloß vielmehr ein neues Wagnis: er wollte sich mit seiner Hauptmacht nach Lothringen werfen, den Krieg nach Osten, in den Rücken der Verbündeten, spielen; sein Plan war, dort mit Hilfe des Landvolks einen Volkskrieg zu entzünden und vor allem die Besatzungen der Mosel-, Maas-, und Rheinfestungen an sich zu ziehen.

Aber er verrechnete sich; das große Hauptquartier war eben jetzt von dem lähmenden Einflusse des Kaisers Franz und Metternichs, die Napoleons Sache als eines unrettbar Verblendeten endlich selbst aufgaben, befreit worden; auf Schwarzenbergs Rat waren sie samt den andern Diplomaten nach einem sichern Platze, nach Dijon abgereist. Eben kam auch Blücher mit der schlesischen Armee heran; zwischen Chalons und Arcis-sur-Aube geschah am 23. März die Vereinigung der beiden Heere. In der folgenden Nacht schickte Blücher einen aufgefangenen Brief des Pariser Polizeiministers ins große Hauptquartier; der Brief schilderte dem Kaiser Napoleon die bedenkliche und schutzlose Lage der Hauptstadt. Nun ward selbst Schwarzenberg für den Gedanken gewonnen, der, zuerst bei den Preußen entstanden, dann auch von den Russen aufgefaßt, jetzt von jedermann als das einzig Richtige erkannt werden mußte: geraden Wegs auf Paris zu gehen. Der Zar beschloß es, der König von Preußen stimmte zu, Schwarzenberg willigte ein: man müsse sich durch Napoleon nicht von Paris ab und zurück nach Osten ziehen lassen, sondern ungesäumt in das Centrum der französischen Welt dringen. Das war das Ergebnis einer Beratung am 24sten.

Demnach sandte man nun Wintzingerode mit 8000 Reitern dem französischen Kaiser, der sich nach St. Dizier an der oberen Marne gewendet, nach, um diesen in der Täuschung zu erhalten, als ob ihm das ganze verbündete Heer folge. Die Massen der böhmischen und schlesischen Armee erhielten den Befehl: Vorwärts auf Paris! Sie vernahmen ihn mit Freude und Siegeszuversicht. Es waren 160 000 Mann, die nunmehr dem lang ersehnten Ziele zueilten. Eine solche Übermacht konnte von dem kleinen Heere, welches Napoleon vor Paris zurückgelassen hatte, den beiden Corps von Marmont und Mortier, nicht aufgehalten werden. Als diese tapferen Marschälle es versuchten, wurden sie von der Vorhut der böhmischen Armee — bei Fère Champenoise (am 25. März) geworfen, und am 29. März erreichte die breite Sturmflut des

verbündeten Heeres, 100 000 Mann, das Weichbild von Paris. Ein unnennbarer Schrecken bemächtigte sich des Tuilerienhofes; Josef Bonaparte, der Stellvertreter des Kaisers, eilte wenigstens dessen Gemahlin und Sohn in Sicherheit zu bringen; er schickte sie nach Blois. Marmont und Mortier unternahmen es, mit ihrer geringen Streitmacht — alles in allem 41 000 Mann und 154 Kanonen — die Stadt zu verteidigen.*)

Ein hoher und steiler Berg, der Montmartre, deckte im Norden, ein schluchtenreicher und mit Dörfern und ummauerten Gärten besäeter Höhenzug im Osten die Stadt; in dieser festen Stellung erwarteten die Marschälle den Feind. Am 30sten griff derselbe an, morgens die Dörfer Pantin und Romainville, die von Russen unter Prinz Eugen und von preußischer Garde nach lebhaftem Widerstande erobert wurden; um Mittag den Montmartre, wo Blücher wieder der erste war. Einen grünen Augenschirm auf dem Kopfe fuhr er in einem Wagen zwischen seinen stürmenden Truppen, links Kleist und York, rechts Langeron, hinauf in das herabhagelnde Kanonenfeuer und eroberte den Berg, während Horn und Woronzoff in die Vorstädte La Chapelle und La Villette eindrangen. Unterdes hatte der Kronprinz von Württemberg im Südosten der Stadt den Wald von Vincennes besetzt; die ganze verbündete Armee stand nun dicht unter den Mauern von Paris. Wollten die Marschälle die Stadt vor den Schrecken der Erstürmung bewahren, so mußten sie sich gutwillig ins Unvermeidliche fügen. Sie kapitulierten: bis zum nächsten Morgen um sieben Uhr sollten sie die Stadt räumen, die sie der Großmut der Sieger anempfahlen. Demnach wurde der Kampf gegen Abend eingestellt, der den Russen noch 600, den Preußen 2000, dem Feinde 4000 Mann gekostet hatte.

Da lag also unten die gewonnene Stadt, das moderne Babel, von wo seit zwanzig Jahren soviel Elend über Europa war ausgegossen worden, der Gnade der erzürnten Nationen preisgegeben. Die Preußen zumal sahen mit stolzer Freude das Werk, das zu Tauroggen begonnen, jetzt so herrlich vollendet; Paris zu ihren Füßen, — das schien ihnen für alles Blut und alle Mühsal der beste Lohn. Oberst v. Below von den Yorkschen ließ es sich denn auch nicht nehmen, mit seinen „alten Littauern“ den ganzen Montmartre entlang zu reiten, ihnen Paris in aller Gemächlichkeit zu zeigen; „das habe er seinen Leuten schon in Tilsit versprochen“, sagte er zu York, „man wisse doch nicht, ob sie sonst Paris zu sehen bekämen.“ Und wirklich, am folgenden Tage, als der Einzug der Verbündeten erfolgte, hieß es, nur die Garden dürften ihn verherrlichen. Die Heldenscharen Yorks und Kleists, die immer das meiste und zehnmahl mehr als die Garden gethan, mußten um die Barrieren herumziehen und außerhalb der Stadt Quartier nehmen. „Sehen schlecht aus, schmutzige Leute!“ hatte Friedrich Wilhelm III. geäußert, als ihm York am 29sten sein glorreiches Armeecorps vorstellte. Freilich waren sie hager durch zahllose Strapazen und Gefechte und pulvergeschwärzt, auch ihre Uniformen

*) Vgl. Kriegsgesch. Einzelschriften, her. v. Gr. Generalstab, Heft 13, Berl. 1890. — Damitz, Gesch. d. Feldzugs von 1814.



hart mitgenommen in dem langen Heldenkampfe, während die selten ins Feuer geführten Garden sich allerdings ganz schmuck ausnahmen. Wer hätte geglaubt, daß der Zopf der alten Zeit so bald wieder obenauf sein würde!

Um zehn Uhr vormittags, Donnerstag am 31. März, zogen die beiden Monarchen von Rußland und Preußen triumphierend in Paris ein. Zuerst ritt ein preußisches Gardekavallerie-Regiment, dann kamen die russischen roten Gardekosaken, danach der Zar, zu seiner Rechten der König von Preußen, zur Linken Schwarzenberg als Vertreter Österreichs; hinter ihnen Gneisenau, Barclay, Prinz Eugen und der Kronprinz von Württemberg, York, Kleist und die andern Generale (Blücher blieb wegen seines Augenleidens zurück), sodann die übrigen russischen und preußischen Gardetruppen. Aus allen Fenstern jubelte das leichtfertige Pariser Volk dem prachtvollen Schauspiele zu.

Zu derselben Zeit erschöpfte sich Napoleons leidenschaftliche Natur in verzweifelten Rettungsplänen. Zu spät hatte er seinen Irrtum erkannt; als er am 27sten in Vitry den Marsch der Verbündeten auf Paris erfuhr, war er einen Augenblick gesonnen, seinen Plan doch durchzuführen und sich lieber aus den Festungen des Ostens ein Heer zu holen als die Hauptstadt zu retten. Aber die Armee dachte anders. Er gab dem allgemeinen Schmerz um die Bedrängnis der Hauptstadt nach und brach dann mit äußerster Schnelligkeit dorthin auf. Er kam zu spät; Paris war schon verloren. In Fontainebleau sammelte er am 31sten die Reste seiner Streitmacht, noch einige 50 000 Mann. Er wollte noch einen letzten Kampf versuchen; die Soldaten waren dazu bereit, aber die Führer, Marmont voran, gaben seine Sache auf. Seine Feldherren wie seine Beamten und die Nation waren des ewigen Krieges müde. Es blieb ihm nichts übrig als um Frieden zu bitten, und er hätte jetzt wie anfangs Februar einen jeden Frieden angenommen, der ihm nur den Thron ließ. Aber die Verbündeten gingen darauf nicht ein; zu gefährlich erschien ihnen der Mann und zu süß die Rache; die Leidenschaften des erzürnten Europas forderten ihr Recht. Der Zar gab dem Abgesandten Napoleons zur Antwort, letzterer könne unter keiner Bedingung an der Spitze Frankreichs bleiben. Dem Wunsche der Verbündeten entsprach die französische Beamtenschaft nicht ungern; der Senat, sonst Napoleons gefügigster Diener, erklärte (am 2. April) den Kaiser für abgesetzt. Da alles Unterhandeln mit den Verbündeten ihm den Thron nicht rettete, so mußte Napoleon endlich (am 11. April) für sich und seine Erben auf seine Krone verzichten. Dafür ward ihm gestattet, sich als Souverän auf die Insel Elba zurückzuziehen; ein Jahresgehalt von zwei Millionen Francs, ein kleiner Hofstaat, einige hundert Gardisten, das war alles, was ihm dort von seiner Weltherrschaft blieb.

Mit dem Grafen von Provence, nunmehrigen König von Frankreich, Ludwig XVIII., schlossen die verbündeten Mächte dann den Friedensvertrag. In übel angewandter Großmut und um die Bourbonen in Frankreich beliebt zu machen, ersparten sie der französischen Nation die verdiente Züchtigung: sie durfte die Grenzen behalten, die sie am 1. Januar 1792 inne gehabt, d. h. von

Belgien, Deutschland, Italien doch noch einige kleine Grenzstriche. Sehr zur Befriedigung der ehemaligen deutschen Satrapen Napoleons! Hatte doch der bayrische Bevollmächtigte Graf Rechberg von seinem Hofe die bestimmteste Weisung bekommen, nach allen seinen Kräften dahin zu wirken, daß Frankreich keine oder doch möglichst geringe Gebietsabtretungen auferlegt würden.*) Die anderen Festsetzungen über die neue politische Ordnung der europäischen und deutschen Verhältnisse wurden einem Kongreß aller Mächte vorbehalten, der binnen zwei Monaten sich in Wien versammeln sollte.

Dieser Pariser Frieden (vom 30. Mai 1814) konnte die deutschen Patrioten nicht befriedigen; denn er ließ Frankreich seinen alten Raub, die deutschen Länder Elsaß und Lothringen und gab für die unermeßlichen Beschädigungen, welche es seit zwanzig Jahren den Nachbarstaaten zugefügt, keinen Ersatz. Aber er schmeichelte der Eitelkeit des Zaren, als ein unerhörtes Beispiel von Großmut nach so unerhörten Erfolgen. Das Zartgefühl ging bei ihm und nach seinem Wunsche bei den andern Verbündeten so weit, daß sie sorgsam alles zu vermeiden suchten, was die französische Nation verletzen konnte. Sogar die Kunstschätze, welche deren Soldaten in den fremden Ländern schamlos zusammengeraubt, durfte sie behalten. Nur die Victoria vom Brandenburger-Thore in Berlin nahmen die Preußen wieder mit.

Anfangs Juni verließen die Sieger die französische Hauptstadt. In den letzten Stunden seines Pariser Aufenthaltes (am 3. Juni) belohnte Friedrich Wilhelm seine Feldherren: Blücher ward Fürst von Wahlstatt (so hieß das Kloster auf der Wahlstatt an der Katzbach), York Graf von Wartenburg, Kleist Graf von Nollendorf, Bülow Graf von Dennewitz, Tauentzien Graf von Wittenberg; auch Gneisenau wurde in den Grafenstand erhoben; außerdem bekamen sie reiche Ehrengaben in Gestalt von Landgütern. Ebenso wurde Hardenberg, der, wenn nicht als Diplomat, so doch als Verwalter des Staates sich gleichfalls große Verdienste erworben hatte, vom König reich beschenkt und erhielt wie Blücher den Fürstenhut.

Von Paris ging der Triumphzug der beiden Monarchen von Rußland und Preußen in Begleitung ihrer vornehmsten Würdenträger nach London. Das englische Volk empfing die Überwinder Napoleons natürlich mit ungeheurem Jubel; aber es zeigte dabei das richtige Gefühl, daß es den alten Marshal Forwads, der ja bei der Führung dieses Krieges die zum Angriff treibende Kraft gewesen, als den eigentlichen Widernapoleon, als den Hauptsieger feierte. „Nie und nirgends ist ein Mann in der Heimat oder Fremde mit einer solchen bis zum wilden Fanatismus gehenden Begeisterung empfangen und mit solchen Huldigungen überschüttet, ja fast erdrückt worden, wie es der alte Vorwärts in England ward. Es grassierte dort ein wahres Blücherfieber.“**) In Deutschland, zumal in Berlin, ward er nicht minder geehrt. Er selbst aber hob es

*) Montgelas a. a. O. S. 488.

**) Scherr, a. a. O. 407. — Vgl. Vehse, Geschichte des preußischen Hofes VI. 206. — Varnhagen, Blücher, 387—408.



immer mit Nachdruck und Offenheit hervor, wie viel von seinem Ruhme auf Rechnung der andern, besonders Scharnhorsts und Gneisenaus kommen müsse, und wie viel auf die Leistung der Truppen. Ebenso freudig erkannte er den großen Anteil an, den neben dem Berufssoldaten der Wehrmann an den preußischen Erfolgen gehabt. In diesem Sinne brachte er beim Siegesmahl zu Berlin den Trinkspruch aus: „Auf die glückliche Vereinigung des Krieger- und Bürgerstandes vermittelst der Landwehr!"

Am 6. August 1814 hielt König Friedrich Wilhelm seinen feierlichen Einzug in Berlin. An der Spitze seiner Garde kam er durch das Brandenburger Thor, über dessen zwölf Säulen die im Jahre 1806 von den Franzosen nach Paris entführte und nun zurückgekehrte Siegesgöttin in ihrem Viergespann prangte. Sie war bis dahin verhüllt geblieben; im Augenblick, da der König erschien, fiel die Decke. In der Straße Unter den Linden ragte zwischen je zwei Stämmen der mittleren von den sechs Lindenreihen auf hohem Mast ein Adler, und zwischen diesen Adlerreihen bewegte sich der Zug in den Lustgarten, wo ein Altar errichtet war und eine Predigt unter freiem Himmel gehalten wurde. Am Schluß derselben fiel der König mit allen Garden auf die Kniee und dankte dem Herrn, während alle Glocken geläutet und hundert Kanonenschüsse gelöst wurden. „Es war," sagt der Zuschauer, der dieses berichtet,*) „ein großer und rührender Auftritt."

Um allen seinen Kriegern einen sichtbaren Anteil an der Ehre zu geben, die sie so reichlich verdient, ließ der König aus dem Metall eroberter Kanonen Denkmünzen prägen und an die aus dem Felde Heimkehrenden verteilen. Freilich wie viele kehrten nimmer wieder! Zum ewigen Angedenken stehen die Namen der gefallenen Helden auf Ehrentafeln in den Kirchen der Heimat.

Der Wiener Kongreß.

Die ganze diplomatische, die vornehme, die geschäftliche und feine Welt war seit dem 1. November 1814 in Wien versammelt; ein europäischer Hochrat, dem an Wichtigkeit nur der weiland westfälische ähnlich gewesen, an Glanz und Pracht keine frühere Versammlung auch nur von fern zu vergleichen war. Fast alle Souveräne des Erdteils waren hier persönlich oder durch Gesandte vertreten, dazu die zahllose Schar der Stände des ehemaligen römisch-deutschen Reiches: auch viele Privatleute, welche, in den Wirren und Stürmen der letzten zwanzig Jahre beschädigt, von diesem europäischen Gerichtshof Wiederherstellung und Ersatz erwarteten. Fast für jede Nation, für jeden Staat des Weltteils gab es hier eine brennende Frage zu erledigen; kaum für irgend ein Volk aber stand so Großes auf dem Spiel wie für das deutsche. Es handelte sich hier um seine ganze Zukunft. Zwei Fragen waren es besonders, zwei Lebensfragen, die gelöst werden mußten: Wie soll die Gestaltung der deutschen Staatsgebiete sein? Und welche Verfassung soll Deutschland haben? Die deutschen Vater-

*) N. Ringseis, Erinnerungen I. Regensburg 1886, S. 186.



landsfreunde durften wohl verzweifeln, sei es, daß sie auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Aufgabe oder auf die Beschaffenheit und das Gebahren der Diplomaten sahen, welche vorzugsweise mit deren Lösung betraut waren. Ein Strudel von Vergnügungen schien die Zeit und Kraft des Hochrats zu verschlingen, und was davon übrig blieb, ward mehr dem Ränkespiel als den Arbeiten einer weisen Staatskunst gewidmet. „Auf einem Ball", sagt Graf de la Garde, der diesen Kongreß beschrieben, „auf einem Ball wurden Königreiche vergrößert oder zerstückelt, bei einem Mittagsmahle eine Schadloshaltung bewilligt, eine Verfassung auf der Jagd entworfen, und bisweilen brachte ein Bonmot, ein witziger Einfall eine Verhandlung zu Ende, einen Traktat zu Stande, den weder Konferenzen noch Noten zum Abschluß geführt hatten."*) „Es ist jetzt", schrieb Stein, „die Zeit der Kleinheiten, der mittelmäßigen Menschen. Alles das kommt wieder hervor und nimmt seine alte Stelle ein; und diejenigen, welche alles aufs Spiel gesetzt haben, werden vergessen und vernachlässigt." Er selbst wurde es; die Sache aber, die er vertrat, konnte nicht aufkommen, wo ein Metternich den Ton angab.

Der Schlauheit und Durchtriebenheit dieses Staatsmannes kam die Natur der Dinge zu statten: so lange es zwei deutsche Großmächte gab, war ein deutsches Reich schlechterdings ein Unding, und ohne ein deutsches Reich konnte es für das deutsche Volk keine Gewähr verfassungsmäßiger Zustände geben. Nun war von den beiden deutschen Großmächten Preußen allein ein rein deutscher Staat und zugleich der Teil Deutschlands, welcher das meiste zur Befreiung des ganzen gethan hatte. Es war also offenbar berufen und befähigt, in Deutschland die erste Rolle zu spielen. Doch keine der anderen Mächte, am allerwenigsten Österreich, mochte dies zugeben; ihre Mißgunst war für die Metternichsche Politik eine treffliche Gehilfin, um die preußischen Interessen ebenso wie die deutschen zu beeinträchtigen. Daher ließ Österreich das besiegte Frankreich schon jetzt wieder zu erheblicher Geltung in den diplomatischen Verhandlungen kommen. Die Franzosen wußten ja recht gut, daß die Zersplitterung Deutschlands und Italiens stets die wahre Ursache der Größe Frankreichs gewesen war. Dagegen trieb England, der alte, natürliche Bundesgenoß Preußens, hier eine verkehrte Politik. Denn es wünschte zwar die Verstärkung Preußens, um an demselben ein festes Bollwerk im Westen gegen Frankreich, im Osten gegen Rußland aufzurichten, und in diesem Sinne hat der britische Bevollmächtigte auf dem Kongreß Lord Castlereagh auch gewirkt. Aber zugleich trieb die britische Regierung gleichsam einen Keil in den Leib des zukünftigen Preußens, indem sie das Königreich Hannover schuf und es möglichst zu vergrößern suchte. Es hat denn auch unter den deutschen Diplomaten außer Metternich keiner so wirksam für die Herstellung der deutschen Kleinstaaterei und zur Benachteiligung Preußens gewirkt als der hannöversche, auf Englands Macht gestützte Gesandte Graf Münster, der angeblich einst lieber für Revolution als für Kleinstaaterei hatte eintreten wollen.

*) A. de la Garde, Fêtes et souvenirs du congrès de Vienne, I, p. 8, 9.



Zu alledem kam und das war die Hauptsache, daß frischer Mut und rege Thatkraft nicht zu des Königs Friedrich Wilhelm Eigenschaften gehörten. Er hatte es trotz der Bitten Hardenbergs unterlassen, als in Paris die Sieger ihre Angelegenheiten verhandelten, auch seinerseits sich bestimmte Vorteile auszumachen und durch mündliche Besprechung mit seinen kaiserlichen Brüdern Alexander und Franz Preußens Entscheidung festzusetzen. Zu blöd und scheu, durch sein langes Unglück in sich zusammengedrückt, hatte er solche Besprechungen eher vermieden als gesucht und sich auch dort wieder nur mit einem leeren Papier allgemeiner Verheißungen abspeisen lassen. Und doch besaß er vollauf die Gewaltmittel, um seinen Willen, um dem, was man seinem Staate schuldig war, Geltung zu verschaffen. Denn Preußen hatte trotz der Einbußen, die es in dem Feldzuge erlitten, eine sehr große Streitmacht. Es hatte (im April 1814) 315 815 Mann unter den Waffen, mit 34 949 Pferden! Bei der damaligen aus nur 5½ Millionen bestehenden Einwohnerzahl beinahe 60 000 Krieger auf die Million, vielleicht die stärkste Rüstung in der neueren Kriegsgeschichte.*). Von dieser Macht hätte Friedrich Wilhelm Gebrauch machen sollen, indem er im Hinblick auf dieselbe das forderte, was Preußen zu beanspruchen hatte. Er that es nicht; seine Diplomaten und sein Staat mußten hernach dafür büßen. Doch war Hardenberg selbst bei weitem nicht frei von Schuld. Es wäre in Paris seine Pflicht gewesen, darauf zu bestehen, daraus im Notfall eine Kabinettsfrage zu machen, daß schon dort Preußens Sache entschieden würde. Nur unter dieser Bedingung hätte er insbesondere die preußische Zustimmung zu den Verträgen geben dürfen, die England und Österreich in betreff Belgiens und Italiens zustande brachten. Er hatte damals nicht so, wie er sollte, gehandelt; er ging auch jetzt wieder mit der alten Leichtfertigkeit und Nachlässigkeit zu Werke, und sein thörichter Glaube an Österreichs Wohlwollen bestand noch immer.

Unter diesen Umständen war es nicht zu verwundern, daß Preußen um den rechten Lohn seiner Anstrengungen gebracht und statt vergrößert zu werden, kaum hergestellt ward. Die Forderung, daß es so viel Gebiet wieder erhalte, als es vor seinen Kriegen mit Napoleon besessen, war freilich selbstverständlich, und es war ihm dies denn auch von seinen Verbündeten im voraus zugesagt worden. Aber sollte es eben die Grenzen von 1806 wiederbekommen? Dann hätte Rußland die polnische Beute zum großen Teil wieder fahren lassen müssen, und das wollte der Zar nicht. Als Entschädigung sollte nach seiner Meinung das nach Kriegsrecht eroberte Sachsen dienen, ein für Preußen höchst erwünschter Besitz. Das war aber wieder den andern Mächten, besonders Österreich, nicht genehm. In Paris hätten sie sich auf ein entschlossenes Wort Friedrich Wilhelms darein gefunden, daß Sachsen preußisch wurde, und diese Angelegenheit wäre endgiltig abgemacht gewesen. Jetzt, wo Frankreich wieder mitsprach und die deutschen Mittelstaaten Gehör fanden, war die Lage für Preußen ungünstiger. Friedrich Wilhelm selber, anstatt kühn und fest zuzu-

*) Boyen, a. a. O., II. 178.

greifen, blieb schwankend, und als ihm Hardenberg, Blücher, Tauentzien, Stein und der Zar selbst endlich den Entschluß abrangen, das Königreich Sachsen, das vorläufig von russischen Behörden verwaltet worden war, im November für Preußen in Besitz zu nehmen, that er diesen Schritt in einer so scheuen Weise, daß alle Gegner Preußens erkannten, er werde davon auch wieder abzubringen sein. Ermutigt durch diese unentschlossene Haltung des Königs wiesen sie darauf hin, daß es hart sei, den persönlich ehrbaren Friedrich August zu entthronen, während der schändliche Friedrich von Württemberg Thron und Land behielt. Dieser Kleinfürst hatte noch während des Winterfeldzuges 1814 mit Napoleon Briefe gewechselt und ihm im voraus zu seiner „glücklichen Wiederkehr" („heureux retour") nach Deutschland Glück gewünscht. Und ein solcher Mann ging ohne alle Strafe aus!

Man hatte aber noch einen andern und besseren Grund gegen jenen Tausch Einspruch zu thun. Wenn Rußland ganz Polen an sich riß, so ward es offenbar für die Ruhe und Unabhängigkeit Europas, zunächst Deutschlands, in hohem Grade gefährlich. England war nun, um diese Gefahr abzuwenden und Rußland zu vereinzeln, geneigt, Preußens Wünsche zu unterstützen, ihm Sachsen zuzugestehen, wenn es dafür mit den übrigen sich Polens Aufgehen in Rußland widersetze. Auch Metternich äußerte sich in demselben Sinne, und eifrig ging Hardenberg auf diesen Plan ein.*) Aber dem Österreicher lag nur daran, Preußen und Rußland mit einander zu verfeinden. Insgeheim versprach er dem Zaren Polen, wenn er helfe, Preußen um Sachsen zu bringen. Dieser Schlich mißglückte jedoch. Der Zar teilte das österreichische Anerbieten dem Könige von Preußen mit, und in einer langen Unterredung (am 5. November 1814) erneuerten die beiden Freunde ihr Einvernehmen.**) Friedrich Wilhelm fühlte richtig, daß der Zar immerhin es aufrichtiger und besser mit ihm meine als der „gute" Kaiser Franz oder die Welfen. Die große Gefahr, die auch für Preußen entstand, wenn Rußland alle polnischen Lande bekam, unterschätzte er. Auf seinen Befehl mußte Hardenberg die preußische Sache mit der russischen vermengen und fortan die polnischen Pläne Rußlands unterstützen.

Sein Übergang ins russische Lager hatte nun zur Folge, daß England den Gegnern Preußens behufs Abwehr der preußisch-russischen Ansprüche beitrat. Am 3. Januar 1815 schlossen Österreich, England und Frankreich ein Bündnis in diesem Sinne; Bayern und alle ehemaligen Rheinbundstaaten versprachen freudig ihren Beistand.

Aber die Hoffnung dieser kleinen, doch heftigen Preußenhasser, es werde zu einem Kriege jener Großmächte gegen Preußen und Rußland kommen, zerschlug sich. England lenkte bald wieder ein; es erklärte, man müsse sich in Güte einigen. Der Widerspruch Frankreichs verfing dagegen nicht, und auch die kleinen großsprecherischen Hetzer, voran der bayerische Bevollmächtigte Feld-

*) Fr. Meinecke, Die sächsische Frage auf dem Wiener Kongreß, Vortrag 2c., Forsch. 1897, IX. S. 594. — F. Troska, Die Publizistik z. Sächs. Frage auf d. Wiener Kongresse, Halle 1891.

**) Vgl. v. Sybels Hist. Ztschr. 1889, IV. S. 248.



marschall Fürst Wrede, dessen „störrige und beschränkte Aufgeblasenheit"*) den Zwist noch mehr verbitterte, wurden nun zum Schweigen gebracht. Andrerseits gab auch Friedrich Wilhelm von seinen Ansprüchen nach, und so kam nach vielen Verhandlungen am 10. Februar eine Einigung dahin zu stande, daß Sachsen sowohl wie Polen geteilt wurde, und Preußen anderwärts in Deutschland die noch fehlende Entschädigung erhielt. Von den eingebüßten polnischen Gebieten empfing es nur Danzig und Thorn und einen Teil von Großpolen (das Großherzogtum Posen) wieder; von den verlorenen deutschen Provinzen fielen Ansbach und Bayreuth an Bayern, und Ostfriesland, Hildesheim, Goslar an Hannover; preußisch wurden dagegen halb Sachsen, Neuvorpommern (welches, von Schweden im Kieler Frieden am 14. Januar 1814 für Norwegen an Dänemark überlassen, nun von diesem gegen anderweitige Entschädigung an Preußen gegeben wurde), ferner ein großer Teil Westfalens und des mittleren und unteren Rheinlandes, namentlich Trier, Köln, Jülich und Berg.

Sah man auf den Umfang und die Seelenzahl, so war der wiederhergestellte preußische Staat gegen 1806 eher verkleinert worden; damals hatte er einen Umfang von 5700, jetzt nur von 5050 Quadratmeilen; und an Seelenzahl übertraf das jetzt Erworbene den früheren Verlust nur um 41 600, wenn auch die Gesamtbevölkerung auf $10^2/_5$ Millionen gestiegen war. Überdies war sein Gebiet noch länger gestreckt und zerstückelter als zuvor; sein Machtkreis in Norddeutschland, dank Englands dynastischer Politik, durch das neue Königreich Hannover durchschnitten. Dennoch war der jetzige Zustand ein Gewinn: Preußen hatte statt des polnischen Ballastes deutsche Länder eingetauscht; in der Zeit von 1795 bis 1806 zu einem Drittel ein slawischer Staat, stand es jetzt, wo nur ein Zehntel seiner Bevölkerung polnisch war, als ein im ganzen rein deutscher Staat, als des eigentlichen Deutschlands Hauptstaat, ein Wächter des Rheins wie der Weichsel und Memel, ein Grenzhüter gegen Frankreich wie gegen Rußland da. Und gerade die unfertige, zerrissene Gestalt seines Gebietes und die bedrohte Lage zwischen den großen Nachbarn im Westen und Osten machten ihm fortan eine echt deutsche Politik, nämlich sein stetes Wachstum in Deutschland, zur Lebensaufgabe.**) So war die Lösung der preußischen Entschädigungsfrage, dieser schnöde Undank Deutschlands und Europas gegen den Staat, der zur Befreiung das meiste gethan und geopfert, doch eine größere Wohlthat für die deutsche Nation, als Metternich es ahnte. Den Volksstämmen aber, die jetzt preußisch wurden, konnte der Wechsel von der Kleinstaaterei zu einem Aufgehen in diesen Großstaat nur erwünscht sein. Auch in ihrem Sinne sprach damals Niebuhr das treffende Wort: „Preußen ist kein abgeschlossenes Land; es ist das gemeinsame Vaterland eines jeden Deutschen, der sich in

*) Stein in s. Tagebuch, i. Sybels histor. Zeitschrift 1888, S. 447.

**) Vgl. auch die Denkschrift des patriotischen Schriftstellers Karl Müller (Wien, Mai 1815). — R. Koser, Die Rheinlande und die preuß. Politik, Westd. Ztschr., Jahrg. XI, Heft 3, Trier 1892.



Wissenschaften, in den Waffen, in der Verwaltung auszeichnet. Eben dadurch hat Preußen ein so frisches Leben in seiner Nation erhalten, daß die Völkerschaften, deren Gesamtname Preußen ist, von so großer Eigentümlichkeit sind, und daß der Staat immer froh gewesen ist, sich mit den Blüten Deutschlands zu schmücken."

Im Sinne Metternichs hatte freilich Österreich besser für sich gesorgt; es ward auf Kosten der Italiener und Polen wenigstens gegen den Stand von 1805 bedeutend vergrößert und gut abgerundet; es erhielt außer Tirol, Vorarlberg und Salzburg die Lombardei und Venedig, Dalmatien und die Bukowina. Sein Charakter als Mischreich wurde aber eben dadurch nur desto schärfer ausgeprägt. Auch viele Kleinstaaten erhielten verdient oder unverdient eine Entschädigung, und die Gebietsverhältnisse Deutschlands wurden überhaupt so geordnet, wie sie dann ein halbes Jahrhundert lang geblieben sind.

Noch waren manche dieser Fragen nicht erledigt, die deutsche Verfassungsangelegenheit aber hing noch ganz in der Schwebe, als ein Ereignis eintrat, welches allem, was in Europa wiederhergestellt worden, von neuem mit Umsturz drohte: Napoleon war wieder in Frankreich, in Paris, auf dem Kaiserthron! Und noch einmal flogen die Schwerter aus der Scheide, den bedrohten Weltfrieden zu schützen.

Belle-Alliance.

Das französische Volk in seiner großen Mehrheit hatte sich die Wiederherstellung der Bourbonen nicht ungern gefallen lassen; denn erschöpft durch die napoleonischen Kriege sehnte es sich nach Ruhe und Frieden. Auch ließ die neue Regierung die bestehenden bürgerlichen Besitz- und Rechtsverhältnisse im ganzen unangetastet, trug sogar einem alten Wunsche der gebildeten Klassen dadurch Rechnung, daß sie dem Staate eine freiere verfassungsmäßige Form gab. Aber zugleich mit den Bourbonen waren die Genossen ihres Unglücks, die Emigranten und darunter ein Schwarm verstockter Feudalherren und herrschsüchtiger Priester zurückgekehrt, welche nach Erneuerung der von der Revolution beseitigten gesellschaftlichen Zustände strebten. Ihr übermütiges Gebahren verstimmte und beunruhigte den Bürger und Bauer, und man übertrug die Gefühle der Abneigung, die sie erregten, auf den König. Ohnehin war Ludwig XVIII. nicht der Mann, die Achtung und Liebe der Franzosen zu gewinnen. Der Sturz Napoleons, überhaupt alles Geschehene war ohne sein Zuthun, lediglich durch den Sieg des Auslandes erfolgt. Seine Persönlichkeit hatte überdies nichts Einnehmendes; er war ein schwerfälliger alter Herr von engem Geist und schwachem Willen: nach dem riesenhaften Wesen Napoleons eine um so zwerghaftere Erscheinung. Das Volk betrachtete ihn mit Gleichgiltigkeit, wenn nicht mit Verachtung. Dem neuen Throne fehlten daher sehr bald die Stützen in der öffentlichen Meinung Frankreichs. Nun gab es aber einen Teil, und einen sehr wichtigen, der Nation, der mit dem Umschwung der Dinge nicht wenig, sondern im höchsten Grade mißvergnügt war, nämlich das Heer, auf dessen

Niederlage der Thron Ludwigs XVIII. begründet worden, die Reste der ruhmreichen, jetzt mißachteten napoleonischen Armee. Dazu kam mit persönlicher Erbitterung die zahllose Schar der außer Stellung gesetzten Beamten aus den früher französischen Ländern und der ehemaligen Offiziere; sie hatten ihre Einkünfte und gesellschaftlichen Vorteile eingebüßt und suchten den Groll, den sie deshalb über die neue Regierung empfanden, durch Hetzereien weiter zu verbreiten.

Es bildete freilich die Gegnerschaft der Bourbonen, die so weit ging, den gestürzten Cäsar wieder herbeizuwünschen, nur die Minderheit der Nation; aber zu ihr gehörte die bewaffnete Macht, die doch Ludwigs Thron verteidigen sollte. Die einzige wahre Sicherheit für letzteren war der Wille Europas, welcher ihn aufgerichtet. Auch dieser Rückhalt schien zu weichen, als auf dem Wiener Kongreß Zwietracht unter den Mächten entstand. Da glaubte nun Napoleon, der von Elba aus Verbindungen mit seinen Anhängern in Frankreich unterhielt, den Augenblick gekommen, um seine verlorene Herrschaft wieder zu gewinnen. Er verließ insgeheim mit seiner kleinen Garde — 600 Mann — die Insel, landete glücklich bei Cannes (1. März); die Truppen, die man gegen ihn schickte, gingen zu ihm über, begrüßten ihn mit jubelndem Entzücken; alles fiel ihm zu; in zwanzig Tagen konnte er ohne Schwertstreich seinen Triumpheinzug in Paris halten. Wie ein Kartenhaus war das bourbonische Königtum vor dem Zauberworte: „Der Kaiser ist wieder da!“ zusammengefallen und Ludwig XVIII. von neuem ein Flüchtling im Ausland. Doch war die Nation im ganzen über das Ereignis mehr erstaunt als erfreut. Mit unbedingter Begeisterung hing nur der französische Soldat an Napoleon; der Bürger wünschte, daß die alten Lorbern nicht wieder mit neuem Blut und Gut bezahlt werden müßten. Aber war Europa mit Napoleons Wiedereinsetzung zufrieden, so war Frankreich es auch. Allein jetzt erntete Napoleon erst ganz, was er gesäet. Vergebens erklärte er, den Pariser Frieden halten zu wollen; das Ausland glaubte an seine Friedensliebe ebensowenig, wie das französische Publikum an die Aufrichtigkeit der konstitutionellen Grundsätze, die er jetzt verkündigte. Die Fürsten und Völker, die er seit zwanzig Jahren bekriegt hatte, erhoben sich wie ein Mann gegen ihn. Die ganze Wucht des Hasses, unter welchem das alte Kaiserreich erlegen, fiel auch auf das neue, und die Furcht, an die er die Welt gewöhnt, trieb selbst die gegen ihn in Harnisch, welche zum Hasse zu lau waren. Europa wiederholte jetzt den Fehler, den es vor einem Jahre begangen; es bestand auf Napoleons Sturz, statt sich mit seiner Demütigung und Frankreichs Schwächung zu begnügen. Es ächtete ihn ohne weiteres, statt ihm die Grenzlande abzufordern, die es allzu großmütig dem ungefährlichen Bourbon gelassen.

Am wenigsten weise handelte die Regierung Preußens. Wie schmählich war dieser Staat von seinen Verbündeten übervorteilt, wie undankbar von Europa und besonders von Deutschland behandelt worden! Jetzt war eine Gelegenheit da, zu erwirken, daß den Ansprüchen und Bedürfnissen Preußens

besser Rechnung getragen wurde. Sein Land stieß an Frankreich, sein Heer lag noch in Belgien; es war Napoleons nächster, daher wichtigster Feind oder Freund. Wohin es trat, brachte es die Entscheidung. Sein Wort konnte Napoleon auf dem Throne lassen. Trat Preußen zurück, so war der europäische Bund gesprengt und gegen Napoleon machtlos. Denn dieser hätte Zeit gewonnen, sich zu befestigen, und war den übrigen Verbündeten, wenn sie dann noch ihn anzugreifen wagten, völlig gewachsen. Für einen so großen Dienst, der ihn rettete, hätte er mit Freuden Preußens Nutzen mehr gefördert, als es jemals Franz I. und der Zar würden gethan haben. Auch wurde die Thatsache, daß Preußen und Frankreich gerade jetzt einander höchst nützlich sein könnten, von allen klaren Köpfen gar wohl erkannt, und wenigstens einer, der General Gneisenau, soll sie geltend gemacht haben. Gneisenau befand sich in Wien, als die Nachricht von Napoleons Rückkehr dort eintraf. Auf der Stelle entwarf er eine Denkschrift, welche die Größe der Gelegenheit darthat: jetzt sei der Augenblick gekommen, wo Preußen seine Bundesgenossen vor die Entscheidung stellen müsse, entweder ihm seine billigen Forderungen zu gewähren oder sich darauf gefaßt zu machen, daß es bei dem so unverdienten wie unerwarteten Widerstande, den es hier finde, sich von der bisherigen Genossenschaft zurückziehe und künftig nur eine solche Politik verfolge, die ihm zur Erfüllung seiner gerechten Ansprüche am geeignetsten erscheinen möchte. Sehr ernstlich ward dann in der Denkschrift erörtert, welche große Zukunft, falls die Mächte ablehnten, durch einen Bund mit Napoleon zu gewinnen sei.

Diesen Aufsatz übergab Gneisenau dem Fürsten Hardenberg mit der Bitte, die hier vorgeschlagene Politik dem Könige zu empfehlen. Aber Hardenberg wies dergleichen als eine „moralische Enormität" zurück; er weigerte sich sogar, dem Könige auch nur davon zu sprechen. Er gestand zwar, es sei sehr wahrscheinlich, daß ein solches Auftreten Preußens in diesem Augenblick der dringenden Not die Mächte zu jedem Zugeständnis zwingen würde. Aber er wußte, daß Friedrich Wilhelm einen derartigen Vorschlag mit großem Mißfallen aufnehmen würde, und er hatte nicht den Mut, des Königs Zustimmung zu jener auch von ihm als richtig anerkannten Politik auf eigene Gefahr nachzusuchen, wohl gar sie zur Bedingung seines Bleibens im Dienste zu machen.*)

Er beließ also den König ungestört in seiner unklugen Gefühlspolitik, einer Richtung, die übrigens damals auch der großen Mehrheit des Volkes genehm war. Denn noch immer brannte in den Preußen der gerechte Franzosenhaß des Befreiungskrieges; eine unübersteigliche Kluft trennte die Gemüter des Volkes wie des Königs von dem Manne, der sie sieben Jahre lang mit Schmach und Elend überhäuft hatte. So groß wie ihr Leid mußte ihre Rache sein. Wer mag sie tadeln, daß sie von keiner Freundschaft mit ihm wissen wollten! Doch hätte Friedrich Wilhelm wenigstens so viel politische Klugheit

---

*) S. die Reisetagebücher und vermischten Aufsätze des Fürsten Hermann v. Pückler-Muskau, Hamburg 1873, I. S. 377.

und Thatkraft zeigen müssen, um nicht abermals Preußens Blut und Kraft ohne bestimmten und großen Entgelt herzuleihen. Hätte er den Verbündeten des 3. Januar auch nur mit der Neutralität Preußens gedroht, so würde er schon viel erreicht haben, zumal da man wußte, daß die ehemaligen Rheinbund-fürsten Napoleon alles Gute wünschten und bereit waren, sich ihm wieder an-zuschließen.

Aber Friedrich Wilhelm folgte hier lediglich seinem Gefühl, seiner Ab-neigung gegen Napoleon, der nun gar noch liberalisierte, und seiner Zuneigung für den Zaren, der rücksichtslos und scheinbar ganz uneigennützig Napoleons Sturz als eine Ehrenpflicht aller Fürsten darstellte. Die Monarchen, die noch eben um die Beute gehadert, waren sofort einmütig, da der gemeinsame Feind wieder erschien. Und ein liberaler Napoleon — welche weit größere Gefahr für sie! Am 13. März erklärte ihn der Wiener Kongreß als Feind und Störer der Ruhe der Welt in die Acht; am 15ten erneuerten Österreich, Preußen, Ruß-land und England ihren Kriegsbund und verpflichteten sich, die Waffen nur nach Vertreibung Napoleons niederzulegen. Jede der verbündeten Mächte stellte zu diesem Zwecke 150 000 Mann ins Feld, und England zahlte den andern dreien je $1^2/_8$ Millionen Pfund Sterling Hilfsgelder. Übrigens leisteten die Mächte mehr als dies; Preußen setzte 246 000, Rußland 168 000, Österreich 210 000 Mann in Bewegung. Im Laufe der nächsten beiden Monate traten diesem Bunde Portugal, Sardinien, die Niederlande und die deutschen Mittel- und Kleinstaaten bei und versprachen nach Verhältnis Truppen zu stellen. Alle Versuche Napoleons, die Gegner zu besänftigen oder zu trennen, waren fruchtlos. Wollte er den Thron behalten, so mußte er Europa mit den Waffen in der Hand zur Anerkennung zwingen. Eine verzweifelte Aufgabe. Denn 600 000 Mann marschierten jetzt gegen Frankreich heran, zu dessen Verteidigung er vor-läufig nur 200 000 feldtüchtige Soldaten hatte. Aber er hoffte, die Gegner, ehe sie sich vereinigt, einzeln zu schlagen.

Der nächste Feind war die britisch-preußische Armee, die durch Belgien heranzog: 116 000 Preußen unter Blücher und 100 000 Mann britischer, deutscher und niederländischer Truppen unter Wellington. Gegen sie brach Napoleon mit dem Kern seines Heeres hervor, am 15. Juni mit 134 000 Mann (90000 Mann Infanterie, 28 000 Mann Kavallerie und 16000 Mann Artillerie mit 350 Geschützen) über die flandrische Grenze. Klug die Charaktere der beiden Feldherren erwägend, folgerte er, daß der vorsichtige und bedächtige Herzog von Wellington leichter abzuhalten sein würde, dem zuerst angegriffenen Blücher zu helfen, als dieser, wenn der erste Stoß jenen träfe. Demgemäß richtete er sein Verfahren ein.

Die Verbündeten waren auf einen plötzlichen Angriff wenig vorbereitet; sie lagen, weil die niederländische Regierung für ihre Verpflegung schlecht sorgte, in weit ausgedehnten Quartieren durch Belgien verteilt, und so wurden sie überrumpelt. Zunächst die Preußen, die in vier Armeecorps — Zieten bei Charleroi, Pirch mit dem Hauptquartier in Namur, Thielmann bei Huy,

Bülow bei Lüttich — standen. Die Verbindung mit dem eben so weit auseinander gelegten britischen Heere sollte durch die Truppen aufrecht erhalten werden, welche Wellington in der Gegend von Fleurus und Quatrebras hatte; die Hauptmasse seiner Armee dehnte sich von Gent bis Tournay aus. Wellington selbst befand sich in Brüssel, als am 15ten morgens von den Preußen die Meldung kam, daß Napoleon auf Charleroi marschiere. Aber erst am folgenden Morgen setzte der britische Feldherr sich nach Quatrebras in Bewegung; mittlerweile hatte Blücher allein den ersten Stoß des Feindes auszuhalten. Denn zu derselben Zeit, als Wellington Brüssel verließ, erschien der Kaiser mit 78 000 Mann im Angesicht der preußischen Stellung bei den Dörfern Sombreffe, **Ligny** und St. Amand, in der Nähe der Stadt Fleurus. Blücher hatte noch Zeit gefunden, das Corps von Zieten, welches sich im Laufe des 15ten zu ihm zurückgezogen, hier mit den Corps von Pirch und Thielmann, im ganzen 86 000 Mann zu vereinigen. Freitag den 16. Juni mittags 1 Uhr kam Wellington von Quatrebras hergeritten; bei der Windmühle von Bussy zwischen Ligny und Brye besprachen sich der preußische und der englische Feldherr. Man glaubte, bei Ligny Napoleons ganze Macht vor sich zu haben, und wußte nicht, daß der Kaiser keine geringen Streitkräfte, sondern 45 000 Mann unter Ney gegen Quatrebras entsendet hatte; es wurde daher beschlossen, Blücher solle, obschon seine Armee nicht vollständig beisammen war, die Schlacht hier annehmen und sich so lange halten, bis Wellington den Feind bei Quatrebras geschlagen habe und mit seinen Truppen zu Hilfe komme; mit dem bedingungslosen Versprechen, um 4 Uhr hier zu sein, ritt Wellington fort. Erst darauf hin stand Blüchers Entschluß fest, die Schlacht zu liefern, welche er ganz gut hätte vermeiden können.

Um 2½ Uhr griff Napoleon an. Der Zahl nach waren beide Teile einander ziemlich gleich, aber Napoleon freilich der größere Feldherr. Während er den linken Flügel der Preußen unter General v. Thielmann, der unthätig bei Sombreffe stand, zu bedrohen schien, richtete er seine größten Anstrengungen gegen die Dörfer Ligny und St. Amand. Sechs Stunden lang ward hier mit äußerster Erbitterung, mit einer Wildheit gestritten, wie man sie sonst nur in Bürgerkriegen sieht; man gab nicht und nahm nicht Pardon; in Ligny lagen an vielen Stellen die Toten zwei und drei Fuß hoch; darunter floß das Blut in Bächen. Aber eine Entscheidung blieb aus, bis der Kaiser gewahrte, daß Blücher sein Centrum durch Absendungen nach den Flügeln sehr geschwächt hatte. Er setzte daher (nach 8 Uhr abends) seine Reserven, die Garde, daran, hier durchzubrechen. Es gelang. Nach hartnäckigster Gegenwehr wurden die Preußen aus Ligny und auf die Höhen, die jenseit desselben lagen, gedrängt. Fast wäre der Feldmarschall selbst hier in die Gewalt der Feinde geraten; im wilden Reiterkampfe ward ihm das Pferd unter dem Leibe erschossen, er stürzte, während die französischen Kürassiere heransprengten; doch sein Adjutant Graf Nostiz hielt treu bei ihm aus, bis wieder ein Schwarm preußischer Reiter vordrang und Zeit gab, den fast bewußtlos unter seinem

Pferde liegenden Feldherrn in Sicherheit zu bringen. Bis in die Nacht dauerte der Kampf; dann trat das preußische Heer den Rückzug an, und zwar auf Gneisenaus kühn entschlossenen Befehl nach Wavre, um die Verbindung mit Wellington festzuhalten. Hiermit wurde die Deckungslinie des preußischen Heeres aufgegeben, aber die Möglichkeit gewonnen, sofort eine neue Schlacht zu liefern und so trotz Ligny zu siegen. Beide Teile waren erschöpft von dem gewaltigen Ringen: über ein Siebentel des französischen Heeres, 11400 Mann, und fast ein Sechstel des preußischen, 12000 Mann*), lagen tot oder verwundet auf den Feldern von Ligny. Einen Gewinn hatte der Sieg dem Kaiser nicht gebracht: das preußische Heer war geworfen, aber nicht gebrochen, Blücher selbst unverzagt: „Ich werde euch wieder gegen den Feind führen, und wir werden ihn schlagen, denn wir müssen", rief er am folgenden Tage seinen Truppen zu; das war auch ihre Meinung. Sie hatten die Schlacht verloren, zum Teil durch Thielmanns Mangel an Energie und durch die Fehler, die von Blücher selbst bei der Führung begangen waren, zum Teil und am meisten, weil Wellington sein Versprechen nicht gehalten hatte. Ihm stand bei Quatrebras ein schwächerer Feind gegenüber; dennoch ließ er den Kampf dort bis zum Abend dauern.

Am 17ten vormittags begann Wellington seinen Rückzug auf die Höhen von Mont Saint Jean bei Waterloo in der Nähe von Brüssel. Dort wollte er, da der Kaiser ihm folgte, andern Tages eine Schlacht annehmen, falls Blücher ihm mit einem Corps zu Hilfe komme. Dieser antwortete: „Nicht mit einem Corps, sondern mit meiner ganzen Armee werde ich da sein." Und er wenigstens hatte dafür gesorgt, daß er sein Versprechen erfüllen konnte. Während der Kaiser die Verfolgung der Preußen nur durch einen Heerhaufen unter General Grouchy betreiben ließ, weil — der alte Fehler — er sie zersprengt und kampfunfähig wähnte, zog Blücher in guter Ordnung sein ganzes Heer bei Wavre zusammen und machte sich fertig zum Marsch nach Mont Saint Jean, forderte auch noch am Morgen des 18ten den englischen Feldherrn auf, stand zu halten; er werde, so unwohl er auch sei, sich sofort an die Spitze seiner Preußen stellen und den rechten Flügel des Feindes angreifen, falls Napoleon etwas gegen den Herzog unternehme. Vergehe aber der heutige Tag ohne einen feindlichen Angriff, so müßten der Herzog und er vereint morgen ihrerseits angreifen. „Welche Zuversicht nach einer verlorenen Schlacht! welche Energie in dem 73jährigen Greise!" ruft ein Franzose (Charras) aus, der diesen Feldzug beschrieben hat. Aber auch die Truppen verdienen die höchste Bewunderung. Seit zwei Tagen waren sie durch Gewaltmärsche, heftige Rückzugsgefechte, eine mörderische Schlacht und einen Nachtmarsch abgemattet, mußten sich dann hungernd unter Regengüssen durch den Kot der schlechten Wege arbeiten und nachts auf der bloßen, aufgeweichten Erde lagern. Überdies bestanden sie nur zum Teil aus alten Truppen; viele

*) H. Delbrück, Leben Gneisenaus (Pertz IV), Berlin 1880, S. 680 ff.

der Landwehren hatten vorher noch nicht in freiem Felde gefochten, dennoch gab es „Vermißte“ nur von den Mannschaften aus den neuerworbenen Provinzen, besonders aus den Rheinlanden. Die Altpreußen hielten sich vortrefflich. „Ut is det noch nich“, schrie ein brandenburgischer Landwehrmann, als bei Saint Amand der Befehl zum Rückzug kam, den Franzosen voll Ingrimms zu. Die Preußen hatten sich dort mit den Feinden so ganz verbissen, daß die Offiziere sie fast mit Gewalt fortziehen mußten, und in Fleurus, wohin die französische Armee die Verwundeten von Ligny geschafft, mußte man Preußen und Franzosen trennen, weil sie sich von ihren Betten oder Strohsäcken erhoben, um sich mit den Zähnen zu zerreißen. In dieser Stimmung war es, daß sich nun das Heer bei Wavre sammelte, entschlossen wie sein Feldherr, die Scharte von Ligny auf der Stelle wieder auszuwetzen.

Das Dorf Mont Saint Jean liegt etwa zwei Stunden südlich von Brüssel und ist der Endpunkt zweier Straßen, die von Nivelles und Genappe herkommend sich hier zur großen Straße nach Brüssel vereinigen. Vor dem Dorfe zieht sich ein langgestreckter Höhenrand mit sanften Abfällen hin; hinter demselben nach Norden zu ist der Boden wellenförmig gesenkt. So eignet sich diese Örtlichkeit sehr wohl zu einer Verteidigungsstellung, um einen auf Brüssel dringenden Feind zurückzuschlagen. Der Feldherr, der jetzt diese Aufgabe unternahm, besaß zu ihrer Lösung vorzügliche Befähigung; Wellington hatte bereits im (pyrenäischen) Halbinselkriege die Eigenschaften gezeigt, die ihm daheim den Ehrennamen des eisernen Herzogs eintrugen: kaltblütige Tapferkeit, unerschrockene Standhaftigkeit und zähe Ausdauer. So war er ganz der Mann dazu, dem Ansturm des Kaisers so lange zu widerstehen, bis Hilfe kam. Er hatte hier jetzt den Kern seines Heeres beisammen, 67 700 Mann, worunter 24 000 Briten, 14 000 Niederländer und etwa 30 000 Deutsche (nämlich 5800 Mann einer von der englischen Regierung geworbenen Fremden-Legion, 11 200 Hannoveraner, 6000 Braunschweiger, 6700 Nassauer)*). Bei Mont Saint Jean stand auf dem äußern Höhenrande sein Vordertreffen, dahinter die Reiterei und Reserve. Von Natur fest, war seine Stellung noch verstärkt durch eine Anzahl von Gebäuden, welche vor der Front lagen.

Die ganze Nacht über zum 18ten (einem Sonntag) war der Regen in Strömen gefallen, Napoleon zögerte daher am Morgen mit dem Angriff, bis der aufgeweichte Boden einigermaßen getrocknet war und den Gebrauch der Artillerie und Kavallerie erleichterte. Übrigens war er seines Sieges im voraus ganz gewiß. Denn von Blücher besorgte er nichts, und mit Wellington allein konnte er allerdings fertig werden. Er hatte seine besten Soldaten, größtenteils Veteranen, bei sich, und an Zahl übertraf er den Gegner; er führte im ganzen 71 900 Mann gegen die Höhen von Mont Saint Jean; seine

*) Königer, Der Krieg von 1815, S. 296.



Infanterie war an Stärke der feindlichen ziemlich gleich, aber an Kavallerie und Artillerie war er beträchtlich überlegen; er hatte 246 Geschütze gegen Wellingtons 150.

In einfacher Schlachtordnung mit prachtvollem Aufmarsch nahm die französische Armee die Punkte ein, welche der Kaiser ihr anwies; zur Rechten bis zum Schlosse Frichemont, im Centrum bei der Meierei La belle Alliance, zur Linken gegenüber dem Schloß Hougomont. Hier begann sie gegen Mittag den Angriff; aber alle Bemühungen einzudringen scheiterten an der Ausdauer, mit der die Briten und Braunschweiger das Schloß verteidigten. Inzwischen unternahm Napoleon den Hauptangriff gegen das Centrum und den linken Flügel des Feindes. Unter dem Schutz eines Feuers von 74 Geschützen setzte sich Ney um $1^{1}/_{2}$ Uhr mit vier Kolonnen in Marsch, um das Vorwerk La Haie Sainte und Mont Saint Jean wegzunehmen; der Augenblick war günstig, Wellingtons Aufmerksamkeit auf Hougomont gerichtet. Aber ein unerwarteter Zwischenfall verspätete den Stoß. Auf seiner Anhöhe hinter La belle Alliance bemerkt Napoleon durch sein Fernrohr rechts weit im Osten bei dem weißen Kirchturm des Dorfes Saint Lambert etwas wie eine Wolke. Er läßt erkunden; Preußen meldet der zurücksprengende Adjutant. Aber der Kaiser glaubt, was er wünscht, oder giebt vor zu glauben, daß es Grouchy sei, der einige flüchtige Preußen vor sich hertreibe, und befiehlt, scheinbar unbesorgt um seine Rechte dem Marschall Ney anzugreifen. Gegen 2 Uhr erfolgte der Anprall. Dem französischen Ungestüm glückte es, einigen Boden zu erstürmen, die Niederländer bei La Haie Sainte flohen, die Hannoveraner und Legionäre, die hier zu Hilfe kamen, wurden ebenfalls geworfen; nur mit großem Verlust an Mannschaft konnte der heldenmütige General Picton mit britischem Fußvolk wenigstens den Höhenrand behaupten, und er selbst fiel dabei.

Napoleon führte einen neuen Stoß. Zwar schon gab die Nähe der Preußen dem britischen Feldherrn die Überlegenheit der Zahl; denn Napoleon mußte nun einen Teil seiner Truppen zur Rechten zurückhalten und konnte daher das Wellingtonsche Heer nicht mit voller, ununterbrochener Kraft bestürmen; doch auch so waren seine Streiche noch gewaltig. Trotz des Kartätschenfeuers, das von den Höhen herabschoß, sprengte die französische Reiterei hinan, 5000 Schwerbewaffnete, ein breiter Eisenstrom, erstürmte die Batterieen und stürzte sich auf die verbündete Infanterie. In schachbrettartigen Vierecken geordnet, stand diese unerschütterlich; Briten und Braunschweiger in schönem Wetteifer der Tapferkeit. Der Reitersturm ward einmal, noch einmal abgeschlagen. Unterdes tobte der Kampf rechts und links mit gleicher Erbitterung. Furchtbar lichtete Napoleons Artillerie das verbündete Heer, reihenweise stürzten die braven Briten und Deutschen nieder; selbst mit Haubitzen ließ Napoleon in diese lebendigen Mauern Bresche schießen. Und immer erneuten seine Bataillone und Schwadronen den Angriff, bei Hougomont, wie gegen die Höhen vor Mont Saint Jean.

Zwischen 5 und 6 Uhr wankte endlich Wellingtons Heer von den furcht-

baren Stößen; die Franzosen drängten näher und dichter heran. Schon hoffen sie sicher auf den Sieg. Aber plötzlich zur Rechten da ist es ihnen, als ob ein furchtbares Gespenst sein Haupt über dies Leichenfeld erhebe, sie sehen eine neue Schlacht, eine schrecklichere, vor sich, die preußische Armee! Napoleon kennt die Gefahr, er eilt darum nur desto verzweifelter, mit dem nächsten Feinde zu enden. Und diese auf die Hälfte zusammengeschmolzene und zum Tode erschöpfte Armee muß in der That erliegen, wenn nicht bald Hilfe kommt. Denn Napoleon hat noch Reserven; ihr fehlen solche. Mit Trauer blickte Wellington auf die Trümmer ihrer stolzen Pracht. Kalt hatte er bisher jeder Gefahr ins Auge geschaut; sein Plan war: „Ausharren, bis die Preußen uns retten oder die Nacht.“ Aber die Nacht ist noch fern; Rettung nur wenn die Preußen kämen.

Und sie kamen. Schon war die britische Heereslinie schwer erschüttert, da — im entscheidenden Augenblicke, um halb 5 Uhr nachmittags — hört Wellington von seiner Linken, gegen die Seite und den Rücken des Feindes erst dumpf, dann immer lauter grüßenden Kanonendonner: „Gott sei Dank!“ ruft er gerührt, „das ist der alte Blücher!“

Seit dem grauenden Morgen bereits war das preußische Heer auf dem Wege zur Wahlstatt; Bülow voran, dann Pirch über Wavre auf Saint Lambert, Zieten weiter rechts über Fromont gegen Ohain und Frichemont. Die vierte Kolonne (Thielmann) blieb bei Wavre, um dort Grouchy festzuhalten. Der Regen, „unser guter Alliierter von Großbeeren und von der Katzbach“, der Tags zuvor begonnen, ließ noch immer nicht nach. Die Wege waren grundlos, ein unendliches Kotmeer; mit unsäglicher Anstrengung arbeiteten sich die Soldaten und Pferde hindurch. Oft blieben sie, zumal mit den Geschützen, im zähen Schlamm stecken. Am schlimmsten war es in den engen Thälern von Saint Lambert. Die Soldaten durch fast ununterbrochene achtundvierzigstündige Mühsal aller Art abgemattet, vermeinten schon nicht weiter zu können. „Es geht nicht mehr!“ murrte es hie und da in den Reihen. Aber der alte Vorwärts wußte seine Leute zu treiben; „Kinder!“ rief er ihnen zu, selber zu Fuß durch den Kot sich arbeitend, „Kinder, es muß gehen, die Scharte von vorgestern muß ausgewetzt werden! Und ich hab' dem Wellington versprochen rechtzeitig zu kommen. Wollt ihr mich zu einem Hundsfott machen, zu einem Diplomatiker?“ „Ne, det wullen wi nich! Vivat de old Blücher!“ riefen sie wieder munter und nahmen die letzte Kraft zusammen, und vorwärts ging's, vorwärts durch den Engpaß von Saint Lambert mit seinem knietiefen Kot. So kamen sie, wie versprochen, zu rechter Zeit, und wie jede Abteilung aus dem Engpaß sich herausgewunden und auf dem Kampfplatz da war, warf Blücher sie ungesäumt auf den Feind.

Zuerst das Bülowsche Corps. Es stürzte sich von den Höhen von Frichemont auf Napoleons Rücken und rechten Flügel und stürmte gegen das Dorf Plancenois, das seine Rückzugslinie deckte. Die ungeheure Gefahr zu beschwören, schickt der Kaiser seine Reserve, 16 Bataillone Garden, nach Plance-

nois, und während dort der neue Kampf rast, läßt er vorne noch einmal mit furchtbarem Stoße die ganze britisch-deutsche Linie bestürmen. Aber sie hält mit der letzten Kraft ihrer erschöpften Glieder aus; schon sind ja drüben die Preußen da, und der gemeinsame Sieg ist nahe. So schlägt Wellington noch einmal den Sturm gegen den Höhenrand ab, und im Begriff ihn mit mehr Erfolg zu erneuern, muß Napoleon urplötzlich alles verloren geben.

Denn in diesem Augenblicke (8 Uhr) erscheint Zietens Corps auf dem Schlachtfelde, über Ohain her nach La Haie Sainte und Papelotte herab. Seine Gegenwart entscheidet alles. Im Nu hat die preußische Infanterie La Haie und Papelotte genommen und dem französischen Heer den Stützpunkt seiner Rechten entrissen. Da wird bei den Franzosen alles Verwirrung und Unordnung. Sie sehen den Sieg sich entschlüpfen, sie sehen ihren Untergang gewiß. Denn schon ist auch hinter ihnen in Plancenois der Kampf entschieden, mit dem für sie das Unglück dieses Tages begann. Von der Brigade Tippelskirch unterstützt, ringt Bülow den Franzosen das Dorf ab, zertrümmert die Garden, die es ihm streitig machen, und setzt mit seiner Reiterei den Flüchtigen nach. So ist der rechte Flügel der Franzosen gelähmt, die Rückzugslinie des ganzen Heeres durchschnitten. Da wendet es sich zur Flucht.

Wellington, um nicht den Preußen allein die Verfolgung zu überlassen, rückte nun mit seiner ganzen Linie 1200 bis 1500 Schritt vor, machte dann halt und ließ die Preußen die letzte Kraft des Kaisers zerbrechen. Obgleich er bei diesem Vormarsch gar kein Gefecht mehr bestand, so nannte er es nachher doch einen allgemeinen Angriff, der die Entscheidung gebracht habe, was eine Unwahrheit war. Allein den Preußen war es damals genug, daß nur überhaupt gesiegt worden. „Herrlich", sagt der preußische Bericht, „war der Anblick, als im Sturmschritt unter Trommelschlag die ganze preußische und britische Linie sich in Bewegung setzte und auf dem terrassenförmigen Terrain sich mehrere Stufen Geschützfeuer über einander entwickelten, zwischen denen die Truppen brigadeweise hinaufstiegen, während aus dem hinten auf der Höhe bei Frichemont liegenden Walde immer neue Massen der Preußen heraufkamen. Aber furchtbar schön war die Perspektive nach der Chaussee hin, als das französische Heer sich in wilder Flucht auflöste. Die Straßen sah man mit unzähligen Geschützen, Pulverwagen und anderen Fahrzeugen, Gewehren und Trümmern aller Art wie besäet, und zwischen diesen Ruinen wälzten und drängten sich die schwarzen Massen fort." Die Sonne ging unter über dem ungeheuern Wirrsal der weichenden Armee und dem Vormarsch des Siegers. Ein allgemeines „Rette sich, wer kann!" brach selbst unter Napoleons alter Garde aus, nachdem bei Beginn der Nacht auch ihre Vierecke trotz tapferster Gegenwehr gesprengt worden.

Die Niederlage war vollständig; aber daß sie vernichtend wurde, hat man den Preußen zu danken gehabt. Denn ohne Beispiel ist die Schnelligkeit und Energie, mit welcher Gneisenau die Verfolgung betrieb. „Wie man siegt", sagte er, „haben wir jetzt gezeigt; nun wollen wir auch zeigen, wie man ver-

folgen kann.“ Gleich auf dem Schlachtfelde nahm er einige Bataillone Füsiliere und eine Ulanenschwadron und drängte rastlos der Masse des fliehenden Feindes nach. In Genappe wirrte sie sich zu einem ungeheuren Knäuel zusammen, den er rasch mit dem Bajonett zerstörte. Tausende wurden hier gefangen, ganze Artillerieparks erbeutet. Nur hastigste Flucht rettete den Kaiser selbst; seinen Wagen mit Hut und Degen und viel Gold und Juwelen ließ er den verfolgenden Füsilieren, deren mancher 3000 Napoleonsdor mit sich forttrug und die kostbarsten Diamanten als Glasperlen verkaufte. Eine kurze Weile wurde hier gerastet; dann ging es mit jubelndem Vorwärts um Mitternacht weiter auf den Spuren der Flüchtigen. Nirgends ließ Gneisenau den Feind sich setzen, sich sammeln; bis Quatrebras und Frasne jagte er nach; um Tagesanbruch war es vollendet, die besiegte Armee in Atome zersprengt. „Die schönste Schlacht ist geschlagen“ — schrieb Blücher am 19ten früh — „der herrlichste Sieg ist erfochten. Die Bonapartische Geschichte ist nun wohl für lange wieder zu ende. Ich kann nicht mehr schreiben, denn ich zittere an alle Glieder. Die anstrengung war zu groß.“

Dieser Tag kostete den Verbündeten an Toten und Verwundeten 21 400 Mann (6900 Briten, 6700 Preußen, 4800 andere Deutsche, 3000 Niederländer). Napoleons Verlust auf dem Schlachtfelde selbst betrug nicht viel mehr (25 000 Tote, Verwundete und Gefangene); aber die Preußen bezahlten ihm hier Jena: ihre unerhört nachdrückliche Verfolgung vernichtete seine übrige Streitmacht eben so rasch und gründlich, wie er 1806 die ihrige vernichtet hatte.

„Wenige Siege“ heißt es in Gneisenaus Schlachtbericht, „wenige Siege sind so vollständig gewesen, und gewiß hat die Geschichte kein Beispiel, daß eine Armee zwei Tage nach einer verlorenen Schlacht einen solchen Kampf begonnen und so glorreich durchgefochten. Ehre den Truppen, die solcher Ausdauer und Tapferkeit fähig sind! Nie wird Preußen untergehen, wenn Söhne und Enkel ihm gleichen.

Inmitten der Stellung, die die französische Armee einnahm, und gerade auf der Höhe liegt ein Gut, la belle Alliance genannt. Die Bewegung aller preußischen Kolonnen war gegen dieses Gut gerichtet, welches von allen Seiten gesehen wurde. Dort befand sich Napoleon während der Schlacht; dort gab er seine Befehle; dort schmeichelte er sich den Sieg errungen zu haben; dort ward sein Untergang entschieden.

Zur Erinnerung an das Bündnis, welches heute zwischen der preußischen und englischen Nation besteht, an die Verbindung beider Heere und ihr gegenseitiges Vertrauen hat der Feldmarschall darauf angetragen, daß diese Schlacht den Namen Belle-Alliance führe.

Auf Befehl des Feldmarschalls Blücher:
Der General Gneisenau.“

Aber Wellington und die Engländer überhaupt, begierig den größeren Anteil des Sieges sich beizulegen, nannten die Schlacht nach ihrem Haupt-

quartier, Waterloo, und sprechen noch heute gern von einem britischen Siege, obwohl doch in der Wellingtonschen Armee weit mehr Deutsche als Briten fochten, und obwohl der preußische Sieg bei Plancenois den britischen Heldenmut von Mont Saint Jean aufwog. Sie hatten bei Belle-Alliance beide ihre Schuldigkeit gethan, Wellington und Blücher, jener durch seine unerschütterliche Festigkeit, dieser durch seinen beispiellosen Kampfeifer. Aber jene Verfolgung nach der Schlacht war ein preußisches Verdienst und ein sehr großes. Denn sie trug den Schrecken — einen Schrecken wie den von Jena — ins Herz von Frankreich, ließ die bedeutenden Streitkräfte dieses Landes nicht sich sammeln und vernichtete so erst Napoleons Macht. Das Kaiserreich der hundert Tage war vorbei. Verzagtheit ergriff alle Behörden; Napoleon selbst sah ein, daß weiterer Krieg Wahnsinn wäre. Er dankte zum zweitenmale ab. Am 29. Juni standen die Preußen abermals vor Paris, sprengten preußische Husaren in den Schloßhof von Malmaison, von wo Napoleon soeben abgereist war, um als Privatmann jenseit des Meeres sich eine Zufluchtsstätte zu suchen. Hätten sie ihn gefaßt, es wäre dem Völkerverderber ans Leben gegangen. Blücher hatte erklärt, und Gneisenau es gebilligt, falls er den Bonaparte erwische, so werde er ihn ohne weiteres erschießen lassen.

Am 2. Juli unternahm Blücher den Angriff auf Paris, obgleich Wellington es vorsichtig widerriet. Die französischen Truppen, noch 70000 Mann, die sich von allen Seiten her gesammelt — nach Napoleons Entsagung einer „provisorischen Regierung“ verpflichtet — widerstanden kräftig, wurden aber (am 3ten) von den Preußen bei Issy geschlagen, und die provisorische Regierung mußte kapitulieren. Am 7. Juli zogen die Sieger zum zweitenmale in Paris ein, zuerst das Zietensche Corps, weil es in diesem Feldzuge die wichtigsten Dienste geleistet. Blücher, der sein Hauptquartier im Palast Saint Cloud genommen, ließ nun die Franzosen auch das vae victis fühlen, welches sie so oft bei ihren Nachbarn angestimmt hatten. Er litt nicht, daß man mit ihm anders als in deutscher Sprache verhandle; er belegte im Verein mit Wellington ganz Paris mit Einquartierung, kümmerte sich wenig um Ludwig XVIII., den Wellington rasch wieder auf seinen Thron zurückgeführt hatte, gab Paris einen preußischen General (v. Müffling) zum Gouverneur und legte der Stadt eine Kriegssteuer von 100 Millionen Francs auf, befahl auch die Sprengung der „Brücke von Jena.“ Indessen ehe er diese beiden Vergeltungsmaßregeln hatte ausführen können, langten (10. Juli) die drei verbündeten Monarchen an, und nun wurde die französische Nation wieder sanfter angefaßt.*)

Zwar so wohlfeil wie im vorigen Jahre kam sie diesmal nicht davon. Man forderte, daß sie den Schaden ersetze, den sie in der Welt angerichtet oder, da dies unmöglich, daß sie wenigstens ihn nach Kräften bezahle. Das war eine lange Rechnung, schon von Preußen allein alle die Kontributionen

---

*) Vgl. Fürst Blücher und die Jena-Brücke in Paris 1815, Allg. Milit. Ztg., 70. Jahrg., Darmstadt 1895.



und Lieferungen, die konfiszierten und geraubten Werte, die Staats- und Privatverluste, die Kosten der Sklaverei von 1807 bis 12 und die Kosten der Befreiung von 1813 bis 15; — es hatten Staat und Volk Preußens so durch Schuld der Franzosen im ganzen über 500 Millionen Thaler an Geld oder Geldeswert eingebüßt. Und nun alle die andern Völker, die eben so lange oder länger waren gemißhandelt und ausgeraubt worden! Frankreich war garnicht imstande, dies alles zu ersetzen, und wenn es hundert Jahre lang gefrondet hätte. So konnte, was man ihm jetzt auferlegte, immer noch als eine sehr gelinde Strafe gelten. Es mußte die Schätze der Kunst und Wissenschaft, die es in Europa zusammengeraubt, wieder herausgeben; es mußte 700 Millionen Francs Kriegskosten-Entschädigung an die Verbündeten zahlen (davon 125 Millionen an den preußischen Staat); ferner $137\frac{1}{2}$ Millionen Francs zum Bau neuer Festungen an den Grenzen (davon erhielt Preußen 20 Millionen, die dann einen Teil der Kosten des Baues von Deutz und Ehrenbreitstein gebildet haben); es mußte endlich 150 000 Mann verbündeter Truppen als Bürgen seiner Ruhe fünf Jahre lang auf seinem Gebiet ernähren; — aber in der Hauptsache, der Frage wegen seiner Landesgrenzen, entging es auch jetzt der verdienten Züchtigung. Vergebens hatte Blücher sechs Tage nach der Schlacht an seinen König geschrieben: „Ich bitte nun alleruntertänigst, die Diplomatiker dahin anzuweisen, daß sie nicht wieder das verlieren, was der Soldat mit seinem Blute errungen hat. Dieser Augenblick ist der einzige und letzte, um Deutschland gegen Frankreich zu sichern. Ew. Majestät werden als Gründer von Deutschlands Sicherheit verehrt werden, und auch wir werden die Früchte unserer Anstrengungen genießen, wenn wir nicht mehr nötig haben, mit immer gezücktem Schwerte dazustehen.“ Vergebens forderten die deutschen Diplomaten, mit Aufrichtigkeit und Nachdruck wenigstens die Preußen und der Kronprinz von Württemberg, — daß Frankreichs Kraft noch mehr gebrochen werden und dasselbe auf seine natürlichen Grenzen, auf seine Sprachgrenzen eingeschränkt werden müsse, daß Deutsch-Lothringen und jedenfalls das Elsaß an Deutschland zurückgegeben werde. Friedrich Wilhelm stimmte ihnen zwar laut und entschieden bei; aber da er auch hierin von Österreich nicht unterstützt wurde, und allein gegen alle Großmächte die deutsche Sache nicht durchfechten konnte, so drang der Wille des Zaren durch. Rußland wollte, daß Frankreich sanfter angefaßt werde und Deutschland verwundbar bleibe; England, von hochkonservativen Ministern und einem unfähigen Regenten geleitet, unterstützte in kurzsichtiger Politik diese Bemühungen der russischen und französischen Diplomatie.*) So kam es, daß Deutschland aus diesem Feldzuge nur einen sehr kümmerlichen Gewinn zog: man gab jetzt dem französischen Reiche die Grenzen von 1790, es mußte Philippeville, Marienburg und Bouillon an die Niederlande, Gex an Genf, ein Stück Savoyens an Sardinien, das Saarbecken mit Saarlouis

*) Fr. Meinecke, Der zweite Pariser Friede, Vortrag ꝛc., Forsch. 1898, X. S. 372. — Vgl. auch Blüchers Brief vom 10. Juli 1815, mitget. von A. Naudé, Forsch. 1894, VII. S. 224 f.

an Preußen, Landau an Österreich abtreten. Dies waren die Bedingungen des zweiten Pariser Friedens, den die Mächte am 20. November 1815 mit Ludwig XVIII. abschlossen.

Nicht härter als an Frankreich wurde die Rache an dem gefallenen Cäsar vollstreckt. Er hatte in Rochefort lange gesäumt, sich, wie er anfangs beabsichtigte, nach Amerika einzuschiffen. Dann war es zu spät. Englische Kriegsschiffe legten sich vor den Hafen. Er zog es vor, lieber den Engländern, als den Bourbonen in die Hände zu fallen; am 15. Juli ging er an Bord eines englischen Schiffes. Aber Europa verwahrte seinen Gefangenen diesmal besser; bis an seinen Tod (5. Mai 1821) mußte er fern im atlantischen Ocean auf dem Felseneilande Sankt Helena eine Haft leiden, die streng genug schien für den entthronten Herrn der Welt, aber eine geringe Strafe war für den Fluchbeladenen, um dessen Ehrsucht willen in elf Jahren vier Millionen Soldaten aller Nationen sich hatten müssen töten oder verstümmeln lassen.

Ergebnis.

Napoleons Rückkehr hatte die Mächte, die auf dem Wiener Kongreß tagten und haderten, im Widerstande vereinigt; sie hatte aber auch alle Arbeiten des Kongresses beschleunigt, und gerade bei der wichtigsten Frage, der deutschen, that ein Treiber not, sie wäre sonst vielleicht überhaupt ungelöst geblieben. Die Schwierigkeiten waren hier ja ganz außerordentlich groß. Denn jeder Vernünftige mußte erkennen, daß ein deutsches Reich, ein Bundesstaat schlechterdings unmöglich war, so lange man dabei blieb, zwei Großmächte unter einen Hut bringen zu wollen. Es handelte sich also um einen Staatenbund. Aber ein solcher konnte aus eben derselben Ursache nur locker sein. Die verschiedensten Gestaltungen waren vorgeschlagen worden; anfangs sogar durch Stein die Erneuerung des deutschen Kaisertums im Hause Österreich! Dieser Gedanke hatte die meiste Aussicht auf Verwirklichung, weil die Mittel- und Kleinstaaten immer noch geneigter waren, den Habsburg-Lothringern als den Hohenzollern sich unterzuordnen, und weil Rußland und die andern Großstaaten sich es hätten gefallen lassen. Aber zum Glück blieb Friedrich Wilhelm hier fest und ließ seine Diplomaten das Verfehlte des Steinschen Planes darthun.*) Hardenberg erwies, daß derselbe Preußen benachteilige; Wilhelm v. Humboldt zeigte, daß er auch gegen Deutschlands Vorteil sei. Preußen könne sich einem deutschen Kaiser nicht unterwerfen, die Mittelstaaten würden es nicht wollen. Österreich habe sich immer den Verpflichtungen des Reichs entzogen, und jetzt sei es undeutscher als je; denn naturgemäß müsse bei ihm die Sorge für die Hauptmasse seiner Bestandteile vorherrschen, also für die slawischen, ungarischen und italienischen Lande. Kurz, Friedrich Wilhelm lehnte es ab, die deutsche Kaiserkrone wieder an Österreich kommen zu lassen.

*) Vgl. W. A. Schmidt, Geschichte der deutschen Verfassungsfrage, 1890.

Nur unter einer Bedingung hätte er es vielleicht gestattet: wenn ihm selbst dafür die Oberhoheit über die Staaten im Norden des Mains mit der Würde als König von Deutschland wäre zugestanden worden. Aber diesen Gedanken wies seinerseits das Wiener Kabinett von sich.

Gegen einen Staatenbund mit einer starken Regierung stemmten sich dann vor allen die Mittelstaaten, besonders Bayern und Württemberg, die von ihrer Souveränität kein Titelchen opfern, vielmehr nötigenfalls beim Auslande Hilfe suchen wollten; — tröstete doch Wrede, der bayrische Gesandte in Wien, den König von Württemberg ganz offen damit, daß ihr eigentlicher und natürlicher Bundesgenosse, Frankreich, schon wieder zu Kräften kommen werde. Ferner, wie schwierig war es, Deutschlands rechte Grenzen zu bestimmen! Hörte es im Südosten am Böhmerwald auf oder an den Karpathen? sollte die Geschichte oder die Sprache oder die Dynastie entscheiden?

Unter allen möglichen Entwürfen nahm man endlich in der Hauptsache den Metternichschen an, einigte sich zu einer Form, deren Unvollkommenheit und Unzulänglichkeit schon damals kaum irgend jemand verkannte, die aber unter den gegebenen Verhältnissen und besonders, wenn man bedenkt, daß ja das deutsche Volk 1813 den Aufforderungen und dem Beispiel Preußens so schlecht entsprochen, die einzig thunliche Lösung der schweren Aufgabe schien: die dreiunddreißig deutschen Fürsten und vier noch übrigen freien Städte traten, alle selbstherrlich zu einem „beständigen, unauflöslichen, völkerrechtlichen Verein, welcher in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen, gleichen Vertragsrechten und Vertragsobliegenheiten, in seinen äußeren Verhältnissen aber als eine in politischer Einheit verbundene Gesamtheit besteht", zu dem **deutschen Bunde** zusammen, dessen Zweck „Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der im Bunde befindlichen Staaten und Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands", dessen Organ der **Bundestag** zu Frankfurt a. M., d. h. eine immerwährende Versammlung der Gesandten aller deutschen Staaten, sein sollte. Österreich trat diesem Bunde mit seinen deutschen Provinzen Tirol, Salzburg, dem Erzherzogtum und mit seinen slawisch-deutschen Ländern Böhmen, Mähren, Steiermark und Illyrien bei: Preußen mit seinem ganzen Gebiet, nur die Provinzen Preußen und Posen ausgenommen. Von anderen europäischen Mächten ließen sich noch der König von Dänemark für Holstein, der König der Niederlande für Luxemburg und Limburg aufnehmen. Das in dieser Weise zusammengestellte Deutschland griff im Südosten erheblich über das deutsche Sprachgebiet hinaus, während es dessen Grenzen im Südwesten und Nordosten nicht erreichte; im ganzen umfaßte es 11 470 Quadratmeilen mit 29 Millionen Einwohnern. Den Vorsitz in diesem Bunde übertrug man als Ehrenrecht dem Kaisertum Österreich. Die Stimmen bei der Beratung und Entscheidung der allgemeinen Angelegenheiten sollten gezählt werden, weil alle Souveräne als solche einander unbedingt gleichständen; auf die wirklichen Machtverhältnisse wurde dabei fast gar keine Rücksicht genommen. Dieser Bundestag sollte nun

die Grundgesetze für den Bund abfassen, Streitigkeiten einzelner Bundesglieder unter einander durch einen Ausschuß, nötigenfalls durch ein eigenes Austrags-gericht entscheiden. Die Wehrverfassung, die übrigens erst später völlig geregelt wurde, verpflichtete jeden Bundesstaat zu einer Truppenleistung im Betrage des hundertsten Teiles seiner (damaligen) Bevölkerung, setzte demnach die ganze Bundes-Kriegsmacht auf 292 377 Mann mit 594 Kanonen in zehn Armeecorps und einer Reserve-Infanterie-Division von 11 116 Mann fest. Die Urkunde des Bundes, die Bundesakte, wurde am 8. Juni 1815 von den deutschen Fürsten und freien Städten unterzeichnet und in die Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 aufgenommen.

So blieb also Deutschland zersplittert in zahlreiche Vaterländer und Vaterländchen und als Ganzes schwach und ohne Ansehen im Kreise der Nationen; denn da der Sondersouveränität im Bunde nur die allergeringste Beschränkung auferlegt war, und dessen Einrichtung Wege genug offen ließ, auch dieser Schranke sich zu entziehen, da selbst eine Verbesserung der Bundes-verfassung unendlich schwierig war, so konnte Deutschland als solches weder jetzt noch in dieser Form jemals eine eigene Politik treiben. —

Hatte man für das Scheitern der Einheitspläne mehr die Natur der Dinge als die Personen anzuklagen, so trugen an dem Fehlschlagen der Freiheits-hoffnungen vornehmlich die Regierungen die Schuld. Es war schon bezeichnend, daß man während des Krieges von Bürgern, dann von Einwohnern, jetzt wieder von Unterthanen sprach; auch in der Sache kam der Kongreß zuletzt bei den unfreisinnigsten, bei den Metternichschen Entwürfen an. Die preußische Diplomatie setzte nur einen kleinen Teil ihrer gerechten Vorschläge durch. Es kam hauptsächlich darauf an, die Rechte des Volkes verfassungsmäßig fest-zustellen und zu sichern. Aber das einzige, was erreicht ward, bestand in dem unbestimmten Satze des Artikels 13 der Bundesakte: „In allen deutschen Staaten soll eine landständische Verfassung bestehen.“ Artikel 16 sicherte dann noch die Gleichstellung der Genossen aller christlichen Bekenntnisse, Artikel 18 die Freizügigkeit. Im übrigen versprach der Kongreß, die Bundesversammlung werde sich gleich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit und den Nachdruck beschäftigen. Das war alles, was Metternich und die süddeutschen Mittelstaaten zugaben. Die Klein-staaten zeigten sich hierbei, wie in der Reichssache, freisinnig und deutsch genug; aber sie hatten zu wenig Einfluß.

Im ganzen mußte den begeisterten deutschen Volksfreunden das Ergebnis der „Freiheitskriege“, wie sie den Befreiungskampf nannten, im Vergleich mit den Großthaten, die geschehen, mit den Opfern, die gebracht waren, klein und ärmlich erscheinen. Aber ein Großes war doch erreicht: die Fremdherrschaft abgeworfen, das Vaterland befreit und mit reichsten, unvergänglichen Lorbern geschmückt.

Und das preußische Volk, das diesen Erfolg mit dem Leben von 140 000 seiner Heldensöhne bezahlt hatte, was konnte es als seine Errungenschaft an-

sehen? Das, was es erstrebt: die Rache und eine glorreiche Wiederherstellung seines Staates; das, was ihm sein König (durch Gesetz vom 22. Mai 1815) gab, das Versprechen einer Verfassung; und das, was ihm die Geschichte für alle Zeiten unvertilgbar in ihre Tafeln eingeschrieben hat, — die Thatsache, daß Preußen es war, das Land Friedrichs des Großen, wo dem deutschen Volke die Rettung erstand, daß Preußen zu allermeist es war, welches durch seine beispiellosen Leistungen Deutschland die Güter errang, die der Krieg geschafft: Unabhängigkeit, Selbstvertrauen, Bewußtsein seiner Volkskraft, seiner Würde als Schwerpunkt Europas und den Trieb nach Einigkeit, um in der Welt eine Rolle spielen zu können; daß mit einem Worte den Preußen der Löwenanteil des Ruhmes von 1813, 14, 15 gebührt. Diesen Lohn konnte man nicht schmälern, als man bei der Verteilung der Beute Preußen am meisten verkürzte, und dieser Ruhm war zugleich eine Bürgschaft, daß niemals die preußische Nation ihre Würde als Deutschlands Hort vergessen werde, wie das Blut, mit dem sie den preußischen Staat wiedererkauft hatte, die Gewähr leistete für dessen Dauer. Denn es mahnte die kommenden Geschlechter: nicht darum haben eure Väter das Land von Memel bis Paris mit ihren Gebeinen bedeckt, daß der Staat, für den sie starben, jemals zersetzt seine Eigenart verliere oder sich selber aufgebe, sondern daß er stehe und wachse und daure in der Welt; sie sind ausgezogen im Frühling 1813 — wie der Königsberger Landtag es aussprach —: „Auf daß der preußische Name nicht untergehe.“

Fünftes Buch.

Die Regierung Friedrich Wilhelms III. von 1815—1840.

Die Verfassungsfrage.

Die altpreußische Monarchie, jener Staat, in welchem alles und jedes von dem Selbstherrscher ausging, und die Größe und Wohlfahrt des Ganzen nicht bestehen konnte, wofern nicht der König ungewöhnliche Geistesgaben und eine fast übermenschliche Arbeitskraft und Arbeitslust besaß, war 1806 zu Grunde gegangen und erstand so nicht wieder. Es war die Meinung der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung gewesen, den Staat auf einen neuen Pfeiler, auf die Teilnahme der Nation zu stützen, und Friedrich Wilhelm III. hatte die Ideen der Reformer so weit verwirklicht, daß von der Verwaltung, welche bisher ganz und gar Sache des Königs gewesen, wenigstens ein Teil in die Hände der Gemeinden überging. Mit der Städteordnung von 1808 war das demokratische Element der Selbstverwaltung in die Monarchie gekommen und hatte in einem beträchtlichen Teile des Staats, in den Städten, Fuß gefaßt. Zugleich hatte Friedrich Wilhelm die Überfülle von Einfluß, die der König sonst auf alles geübt, dadurch vermindert, daß er sein Geheimes Kabinett opferte und den Macht- und Arbeitskreis der Staatsbeamtenschaft vergrößerte, indem er den Mittelpunkt der Geschäfte aus seinem Geheimen Kabinett ins Ministerium verlegte. Eine andere Schranke seiner Gewalt hatte der König durch die wesentliche Veränderung, die er im Militärstaate vornahm, gezogen. Bis 1806 nichts weiter als ein bloßes Werkzeug seines Kriegsherrn und dem Volke als Kaste schroff gegenüberstehend, war das Heer jetzt das Volk in Waffen.*)

*) H. v. Treitschke, Deutsche Gesch. im neunzehnten Jahrh., 5 Bde., Leipzig 1894. — C. Bulle, Gesch. d. neuesten Zeit. 1815—1885, 4 Bde., 2. Aufl., Berlin 1888.



Denn in Scharnhorsts Sinne baute der König die Armee auf den Gemeingeist der Nation, indem er durch Gesetz vom 3. September 1814 die allgemeine Wehrpflicht einführte und regelte: ein jeder Preuße ohne Ausnahme war fortan zum Kriegsdienst verpflichtet, nur Unbrauchbarkeit befreite, und eine Erleichterung, eine kürzere Dienstzeit, wurde nur als Wohlthat denjenigen Freiwilligen zu teil, die ein bestimmter Grad von Geistesbildung zu anderen Diensten im Staate, namentlich als Offiziere im Kriegsfalle befähigte, und die außerdem den Militärdienst auf eigene Kosten leisteten. Ein jeder Wehrfähiger sollte fortan drei Jahre bei der Fahne — in der Linie — dienen und dann bis zum vierzigsten Lebensjahr im Kriegsfall zu den Waffen — zur Landwehr — einberufen werden dürfen. Das Gesetz nahm also die gesamte Wehrkraft der Nation, die wehrfähige Mannschaft aller Stände und Gesellschaftsklassen für den Staat in Anspruch und verstärkte dadurch dessen Machtmittel und Ansehen nach außen ganz ungemein. Allein ein so beschaffenes Heer zu Kampf und Tod aufzubieten, das enthielt auch eine weit schwerere Verantwortung für den obersten Kriegsherrn, als er sie vordem der ganz anders zusammengesetzten Armee gegenüber gehabt hatte.

Dazu kam, daß die Ausführung des Gesetzes, wie die Verhältnisse damals lagen, nur eine sehr mangelhafte sein konnte und in ihren Folgen die Verwendung des Heeres für den Kriegsfall dem Könige noch schwerer machte. Der Staat war, zumal jetzt noch, nach den Leiden und Opfern des letzten Jahrzehnts, viel zu arm, um die ganze Masse der Wehrfähigen gehörig auszubilden und auszurüsten. Darum mußte man sich mit einem Notbehelf begnügen. Und so wurde denn nur ein Teil der Wehrfähigen, und zwar nach Losung, in das stehende Heer eingereiht, während der Rest als „Landwehrrekruten" notdürftig ausgebildet wurde und dann sofort zur Landwehr übertrat. Dabei war dann die Linie im Vergleich zu anderen großen Militärstaaten klein bemessen (auf 136 000 Mann); kam es zum Kriege, so mußte daher immer sogleich auch die Landwehr eingezogen werden. Dies aber griff so störend in alle bürgerlichen Verhältnisse ein, daß der König zu einem Kriege, ja auch nur zur Mobilmachung eines einzigen Armeecorps sich fortan bedeutend schwerer entschließen konnte als bei der früheren Wehrverfassung. Kurz, das preußische Heer, in welchem die Linie fortan eigentlich nur den Rahmen, die Übungsschule des Volksheeres, der Landwehr vorstellen sollte, blieb zwar immer noch die starke Stütze des Thrones. Aber ganz so unbedingt wie früher, zu jedem beliebigen Zwecke, konnte man es doch nicht verwenden wollen; bloße Kabinettskriege, wie es noch der holländische Feldzug von 1788 gewesen, durfte man füglich nicht mehr damit unternehmen; es kam im Kriegsfall mehr als bisher auf die öffentliche Meinung etwas an.

Aber auch der Geist der Nation war nicht mehr ganz so absolutistisch gestimmt wie einst. Bis 1806 politisch noch unreif und der Bevormundung von oben herab in allen Stücken gewohnt, in den meisten bedürftig, hatte sie in den sieben Leidensjahren, welche folgten, politisches Interesse gewonnen und

1813 mit selbstbewußter Kraft glänzend bewährt. Sie brachte aus dem Kriege einen hohen geistigen Aufschwung, schärferen Blick und wärmere Liebe für das Ganze mit. Das Wohl des Staates, den sie mit ihrem besten Gut und Blut errettet, lag ihr wie alles, was man teuer erkauft hat, nahe am Herzen. Ihre edelsten Kräfte waren für den Staat aufgeboten worden, hatten Beispielloses geleistet und fühlten sich fähig und berechtigt, nun auch im Frieden dem Staate mehr zu sein als willenlose Werkzeuge. Kurz, es war in ihr, wenigstens in den gebildeten Klassen, ein Bedürfnis nach politischen Rechten vorhanden. Ein solches regte sich überhaupt in den Völkern. Die Freiheitsideen, welche die französische Revolution in die Welt geworfen, waren durch Napoleons Säbelregiment nicht um allen Glauben gekommen; die Einsichtigsten begriffen vielmehr, daß ihre Unterdrückung dem Kaiser doch viel geschadet; er erkannte dies selbst mittelbar an durch die freisinnigen Verheißungen, die er den Franzosen bei seiner Rückkehr von Elba gab. Auch die Bourbonen hatten schon bei ihrer ersten Wiedereinsetzung in der Charte, die sie erließen, die Ideen von 1789 grundsätzlich angenommen. Sollten die Deutschen gegen Willkürherrschaft weniger geschützt sein, sollten die Besiegten aus dem Kriege mehr politische Güter davontragen als die Sieger? Und wenn in Deutschland eine Herstellung verfassungsmäßiger Zustände angemessen war, welches deutsche Volk verdiente sie mehr als das preußische? Es war so gebildet wie nur irgend eins; es hatte sich 1813 mündig gezeigt, wie selten eins und hatte mit so ungeheuren Opfern den Thron gerettet, daß es unbelohnt zu lassen himmelschreiend gewesen wäre. Es hatte übrigens, wie alle deutschen Bevölkerungen, von altersher auf eine Verfassung unverjährbare Rechte; denn die ehemaligen Landstände waren ja überall mit Gewalt beiseite geschoben worden, und die Einführung des Absolutismus, formell betrachtet, nichts als ein Rechtsbruch gewesen. In der Not, 1813, hatte der König die Städte sogar als Hebel für die Opfer der Nation benutzt, indem er mit ihrer Hilfe Rekruten und Kriegsbedürfnisse einzog. Kurz, es lag auf der Hand, der Staat dürfe in Zukunft weder auf die unnatürliche Voraussetzung gebaut sein, daß sein Herrscherhaus immerfort Regenten wie Friedrich den Großen hervorbringen werde, noch dem Volke die unerquickliche Aussicht bieten, öfters solche Opfer wie 1813 bringen zu müssen; die Bürgschaft seiner Wohlfahrt durfte nicht auf eine Ausnahme, sondern mußte auf die Regel berechnet sein. Eine verfassungsmäßige Monarchie, das war nach allem Geschehenen fortan für den Staat die notwendige Form.

Sie war es auch im Hinblick auf seine Zukunft. Der kleinste aller Großstaaten und von zerstückelter, schmächtig gedehnter Gestalt, mußte er um seine Großmachtstellung zu behaupten, durch geistige Kraft ersetzen, was ihm an materieller abging. Das Volk mußte das Äußerste für ihn leisten, und in der allgemeinen Wehrpflicht trug es in der That eine härtere Last, als irgend ein anderes Volk. Dieser schweren Pflicht mußte doch ein Recht entsprechen, wenn sie gern sollte geleistet werden; hatte man durch das Gesetz vom 3. September 1814 den demokratischen Grundsatz der Gleichheit aller im Staat zu einem

Lebensbedürfnis für Preußen erhoben, so mußte man die Monarchie überhaupt auf eine demokratische Unterlage stellen, oder es entstand zwischen Regierten und Regierern ein Mißverhältnis von Leistung und Gegenleistung, und der Gemeinsinn, den die militärischen Einrichtungen voraussetzten, wurde durch die bürgerlichen gelähmt. Sodann, Preußen war als Musterstaat groß geworden, indem es die Zeitideen eifrig aufnahm und kräftig in sich verarbeitete: so das protestantische Wesen im sechzehnten und siebzehnten, den Verwaltungs- und Militärstaat im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert. Jetzt bewegten nationale und konstitutionelle Ideen die Welt und im besonderen Deutschland; Preußen durfte sich ihnen nicht verschließen, es mußte sie vielmehr verfechten, wenn es fortschreiten wollte mit der Zeit. Durch die Ungeschicklichkeit seiner Regierung und durch die Ungunst der Verhältnisse um einen Teil seines Lohnes gebracht, schien Preußen das Größte noch erreichen zu können, wenn es in Deutschland der Vertreter des Verfassungslebens wurde. Österreich konnte ihm dann nicht mehr die Führerrolle bestreiten, weil dieses Mischreich mit seinen mittelalterlichen Überlieferungen und seinem geringen Deutschtum weder die deutsche Einheit noch die Volksfreiheit auf seine Fahne zu schreiben imstande war. Beharrte Preußen dagegen im Absolutismus, so blieb es auf seine materiellen Hilfsmittel beschränkt, entsagte einer eigenen Politik und konnte kaum mehr sein als Österreichs Schleppenträger, spielte jedenfalls dann in Deutschland nur die zweite Rolle. Ja, es war sogar einige Gefahr vorhanden, daß es bei dem nächsten großen Kriege in sich zerfiel. Denn ein ansehnlicher Teil seines Gebietes bestand aus neuen Provinzen, die durch kein Band mit der Dynastie und dem Preußentum verknüpft waren. Die Hohenzollern mußten diese Bevölkerungen, namentlich die rheinischen, welche durch die Franzosen doch zu mancher guten bürgerlichen Einrichtung gekommen waren, auch innerlich erobern, und dazu war ein Willkürregiment schwerlich der rechte Weg. Die neuen Provinzen waren überdies zum großen Teil katholisch, die preußische Nation bestand jetzt zu $^{8}/_{13}$ aus Evangelischen, zu $^{5}/_{13}$ aus Katholiken; der Staat konnte also nicht mehr, wie es früher geschehen, als rein protestantischer Staat auftreten. Er mußte einen andern Vereinigungspunkt aufsuchen, und dieser konnte nur das Verfassungswesen sein; in ihm fanden sich die alten und die neuen Bevölkerungen gleich fest mit dem Throne verbunden.

Dies waren die Gründe, mit denen fast alle geistigen Vornehmheiten der Nation, Gelehrte wie Beamte, Feldherren wie Staatsmänner, den Wunsch verfochten: die Staatsgewalt solle sich mit volkstümlichen und freiheitlichen Elementen durchdringen, um des Volkes, um des Staates, um des Herrscherhauses, um Preußens und Deutschlands willen. Und gerade unter den Verdientesten und Angesehensten hatte die Verfassungssache ihre Freunde. Stein, Hardenberg, W. v. Humboldt, Schön, Vincke, Gneisenau, Blücher und überhaupt fast alle höheren Civil- und Militärbeamten, auch bis zu einem gewissen Grade der Kronprinz hielten sie für notwendig, für nützlich, für gerecht. Die öffentliche Meinung des Volkes, wenigstens die große Mehrheit der poli-

1813 mit selbstbewußter Kraft glänzend bewährt. Sie brachte aus dem Kriege einen hohen geistigen Aufschwung, schärferen Blick und wärmere Liebe für das Ganze mit. Das Wohl des Staates, den sie mit ihrem besten Gut und Blut errettet, lag ihr wie alles, was man teuer erkauft hat, nahe am Herzen. Ihre edelsten Kräfte waren für den Staat aufgeboten worden, hatten Beispielloses geleistet und fühlten sich fähig und berechtigt, nun auch im Frieden dem Staate mehr zu sein als willenlose Werkzeuge. Kurz, es war in ihr, wenigstens in den gebildeten Klassen, ein Bedürfnis nach politischen Rechten vorhanden. Ein solches regte sich überhaupt in den Völkern. Die Freiheitsideen, welche die französische Revolution in die Welt geworfen, waren durch Napoleons Säbelregiment nicht um allen Glauben gekommen; die Einsichtigsten begriffen vielmehr, daß ihre Unterdrückung dem Kaiser doch viel geschadet; er erkannte dies selbst mittelbar an durch die freisinnigen Verheißungen, die er den Franzosen bei seiner Rückkehr von Elba gab. Auch die Bourbonen hatten schon bei ihrer ersten Wiedereinsetzung in der Charte, die sie erließen, die Ideen von 1789 grundsätzlich angenommen. Sollten die Deutschen gegen Willkürherrschaft weniger geschützt sein, sollten die Besiegten aus dem Kriege mehr politische Güter davontragen als die Sieger? Und wenn in Deutschland eine Herstellung verfassungsmäßiger Zustände angemessen war, welches deutsche Volk verdiente sie mehr als das preußische? Es war so gebildet wie nur irgend eins; es hatte sich 1813 mündig gezeigt, wie selten eins und hatte mit so ungeheuren Opfern den Thron gerettet, daß es unbelohnt zu lassen himmelschreiend gewesen wäre. Es hatte übrigens, wie alle deutschen Bevölkerungen, von altersher auf eine Verfassung unverjährbare Rechte; denn die ehemaligen Landstände waren ja überall mit Gewalt beiseite geschoben worden, und die Einführung des Absolutismus, formell betrachtet, nichts als ein Rechtsbruch gewesen. In der Not, 1813, hatte der König die Städte sogar als Hebel für die Opfer der Nation benutzt, indem er mit ihrer Hilfe Rekruten und Kriegsbedürfnisse einzog. Kurz, es lag auf der Hand, der Staat dürfe in Zukunft weder auf die unnatürliche Voraussetzung gebaut sein, daß sein Herrscherhaus immerfort Regenten wie Friedrich den Großen hervorbringen werde, noch dem Volke die unerquickliche Aussicht bieten, öfters solche Opfer wie 1813 bringen zu müssen; die Bürgschaft seiner Wohlfahrt durfte nicht auf eine Ausnahme, sondern mußte auf die Regel berechnet sein. Eine verfassungsmäßige Monarchie, das war nach allem Geschehenen fortan für den Staat die notwendige Form.

Sie war es auch im Hinblick auf seine Zukunft. Der kleinste aller Großstaaten und von zerstückelter, schmächtig gedehnter Gestalt, mußte er um seine Großmachtstellung zu behaupten, durch geistige Kraft ersetzen, was ihm an materieller abging. Das Volk mußte das Äußerste für ihn leisten, und in der allgemeinen Wehrpflicht trug es in der That eine härtere Last, als irgend ein anderes Volk. Dieser schweren Pflicht mußte doch ein Recht entsprechen, wenn sie gern sollte geleistet werden; hatte man durch das Gesetz vom 3. September 1814 den demokratischen Grundsatz der Gleichheit aller im Staat zu einem

Lebensbedürfnis für Preußen erhoben, so mußte man die Monarchie überhaupt auf eine demokratische Unterlage stellen, oder es entstand zwischen Regierten und Regierern ein Mißverhältnis von Leistung und Gegenleistung, und der Gemeinsinn, den die militärischen Einrichtungen voraussetzten, wurde durch die bürgerlichen gelähmt. Sodann, Preußen war als Musterstaat groß geworden, indem es die Zeitideen eifrig aufnahm und kräftig in sich verarbeitete: so das protestantische Wesen im sechzehnten und siebzehnten, den Verwaltungs- und Militärstaat im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert. Jetzt bewegten nationale und konstitutionelle Ideen die Welt und im besonderen Deutschland; Preußen durfte sich ihnen nicht verschließen, es mußte sie vielmehr verfechten, wenn es fortschreiten wollte mit der Zeit. Durch die Ungeschicklichkeit seiner Regierung und durch die Ungunst der Verhältnisse um einen Teil seines Lohnes gebracht, schien Preußen das Größte noch erreichen zu können, wenn es in Deutschland der Vertreter des Verfassungslebens wurde. Österreich konnte ihm dann nicht mehr die Führerrolle bestreiten, weil dieses Mischreich mit seinen mittelalterlichen Überlieferungen und seinem geringen Deutschtum weder die deutsche Einheit noch die Volksfreiheit auf seine Fahne zu schreiben imstande war. Beharrte Preußen dagegen im Absolutismus, so blieb es auf seine materiellen Hilfsmittel beschränkt, entsagte einer eigenen Politik und konnte kaum mehr sein als Österreichs Schleppenträger, spielte jedenfalls dann in Deutschland nur die zweite Rolle. Ja, es war sogar einige Gefahr vorhanden, daß es bei dem nächsten großen Kriege in sich zerfiel. Denn ein ansehnlicher Teil seines Gebietes bestand aus neuen Provinzen, die durch kein Band mit der Dynastie und dem Preußentum verknüpft waren. Die Hohenzollern mußten diese Bevölkerungen, namentlich die rheinischen, welche durch die Franzosen doch zu mancher guten bürgerlichen Einrichtung gekommen waren, auch innerlich erobern, und dazu war ein Willkürregiment schwerlich der rechte Weg. Die neuen Provinzen waren überdies zum großen Teil katholisch, die preußische Nation bestand jetzt zu $^{8}/_{13}$ aus Evangelischen, zu $^{5}/_{13}$ aus Katholiken; der Staat konnte also nicht mehr, wie es früher geschehen, als rein protestantischer Staat auftreten. Er mußte einen andern Vereinigungspunkt aufsuchen, und dieser konnte nur das Verfassungswesen sein; in ihm fanden sich die alten und die neuen Bevölkerungen gleich fest mit dem Throne verbunden.

Dies waren die Gründe, mit denen fast alle geistigen Vornehmheiten der Nation, Gelehrte wie Beamte, Feldherren wie Staatsmänner, den Wunsch verfochten: die Staatsgewalt solle sich mit volkstümlichen und freiheitlichen Elementen durchdringen, um des Volkes, um des Staates, um des Herrscherhauses, um Preußens und Deutschlands willen. Und gerade unter den Verdientesten und Angesehensten hatte die Verfassungssache ihre Freunde. Stein, Hardenberg, W. v. Humboldt, Schön, Vincke, Gneisenau, Blücher und überhaupt fast alle höheren Civil- und Militärbeamten, auch bis zu einem gewissen Grade der Kronprinz hielten sie für notwendig, für nützlich, für gerecht. Die öffentliche Meinung des Volkes, wenigstens die große Mehrheit der poli-

tisch Denkenden, sprach sich ebenso aus; Arndts Schrift „über künftige ständische Verfassungen", Görres' Zeitschrift „der rheinische Merkur" in Koblenz waren ihre beredtesten Ausdrücke. Die Universitäten, auf denen die Begeisterung von 1813 noch loderte, brachte den Drang nach politischer Freiheit und Selbständigkeit, den mehr oder weniger alle Schichten der gebildeten Klassen fühlten, in begriffliche Gestalt und wissenschaftliche Form.

Friedrich Wilhelm III. war nicht blind gegen das, was die Zeit verlangte; auch hatte er schon das Bedürfnis insoweit selbst anerkannt, daß er eine Staatsverfassung verheißen, nach welcher eine Landesvertretung bestehen und Anteil an der Gesetzgebung haben sollte. Er gab dieses Versprechen im Frühling 1815, zu der Zeit, als er sein Volk zum zweitenmale gegen Napoleon aufbot; damals erließ er vom Wiener Kongreß aus auf Steins und Hardenbergs Rat jenes Edikt vom 22. Mai 1815, welches zugleich ein Lohn für die Leistungen von 1813 und 1814 und ein Sporn zu ähnlichen Thaten im bevorstehenden Feldzuge sein sollte. „Die Geschichte des preußischen Staats," so beginnt diese denkwürdige Verordnung, „zeigt zwar, daß der wohlthätige Zustand bürgerlicher Freiheit und die Dauer einer gerechten, auf Ordnung gegründeten Verwaltung in den Eigenschaften der Regenten und in ihrer Eintracht mit dem Volke bisher diejenige Sicherheit fanden, die sich bei der Unvollkommenheit und dem Unbestande menschlicher Einrichtungen erreichen läßt. Damit sie jedoch fester begründet, der preußischen Nation ein Pfand Unseres Vertrauens gegeben und der Nachkommenschaft die Grundsätze, nach welchen Unsere Vorfahren und Wir selbst die Regierung Unseres Reiches mit ernstlicher Vorsorge für das Glück Unserer Unterthanen geführt haben, treu überliefert und vermittelst einer schriftlichen Urkunde als Verfassung des preußischen Reiches dauerhaft bewahrt werden, haben Wir Nachstehendes beschlossen: § 1. Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden. § 2. Zu diesem Zwecke sind: a) die Provinzialstände, wo sie mit mehr oder minder Wirksamkeit noch vorhanden, und dem Bedürfnis der Zeit gemäß, einzurichten; b) wo gegenwärtig keine Provinzialstände vorhanden, sind sie anzuordnen. § 3. Aus den Provinzialständen wird die Versammlung der Landes-Repräsentanten gewählt, die in Berlin ihren Sitz haben soll. § 4. Die Wirksamkeit der Landes-Repräsentation erstreckt sich auf die Beratung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigentumsrechte der Staatsbürger, mit Einschluß der Besteuerung, betreffen. § 5. Es ist ohne Zeitverlust eine Kommission in Berlin niederzusetzen, die aus einsichtsvollen Staatsbeamten und Eingesessenen der Provinzen bestehen soll. § 6. Die Kommission soll sich beschäftigen: a) mit der Organisation der Provinzialstände, b) mit der Organisation der Landes-Repräsentanten, c) mit der Ausarbeitung einer Verfassungs-Urkunde nach den aufgestellten Grundsätzen. § 7. Sie soll am 1. September d. J. zusammentreten. § 8. Unser Staatskanzler ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt und hat Uns die Arbeiten der Kommission demnächst vorzulegen. Er ernennt die Mitglieder derselben und führt darin den Vorsitz,

ist aber befugt, in Verhinderungsfällen einen Stellvertreter für sich zu bestellen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Wien, den 22. Mai 1815.

Friedrich Wilhelm.
C. Fürst von Hardenberg.

Es war dies ein geringstes von Zugeständnissen; im Grunde brachte der König kaum ein Opfer, wenn er Stände versprach, die eine bloß beratende Stimme haben sollten. Aber es war doch ein Anfang, doch der erste Schritt zu dem, wonach zwar nicht die Masse, die sich um Staatssachen noch wenig kümmerte, aber die Blüte der Nation strebte. Auch auf dem Kongreß und am Bunde ließ der König seine Bevollmächtigten in freisinniger Weise vorgehen; die preußische Diplomatie schickte sich an, den § 13 der Bundesakte, den sie auf dem Papiere durchgesetzt, auch ins Leben einführen zu helfen. Die Hoffnungen der preußischen, der deutschen Verfassungsfreunde stiegen aufs höchste. Mindestens in Preußen schien die Sache gelingen zu müssen. Ihre Gönner betrieben sie eifrig, im mündlichen und schriftlichen Verkehr; über das Wie war man freilich sehr uneins: Stein forderte eine verbesserte Wiederherstellung der alten, aristokratischen Stände, W. v. Humboldt und die meisten andern eine zeitgemäße Vertretung des ganzen Volks, deren Einrichtung im besonderen freilich die wenigsten klar vorzuschlagen wußten; indes darin stimmten doch alle überein, daß man aus dem verfassungslosen Zustande überhaupt herauskommen müsse.

Aber auch die Gegner waren nicht müßig. Es gab deren bei Hofe und im Lande, in Preußen und im Auslande.

Unter den Anhängern der Reform gehörte der größte und thätigste Teil dem Beamtentum an; aber es fanden sich unter den Beamten doch auch viele, die ihr persönliches Wohlbefinden mehr als das allgemeine berücksichtigten, die aus Selbstsucht, Trägheit, Dünkel eine verfassungsmäßige Überwachung scheuten, den Schlendrian liebten und von ihrer Macht nichts einbüßen mochten oder auch aus Überzeugung von einer Beteiligung der Nation an der Regierung nichts wissen wollten; diese sahen ihr Heil in der Bureaukratie und suchten das Ständewesen abzuwehren, — wie Stein meinte, „weil sie wünschten, gut besoldet und in Bequemlichkeit ihr geheimnisvolles Schreiberwerk fortzusetzen, und weil sie ahnten, daß durch eine Verfassung mit Landesvertretern für sie eine wahre Verantwortlichkeit, nicht eine Scheinverantwortlichkeit, wie jetzt gegen ihre siebzig Meilen entfernten überladenen Oberen, vorhanden sein, und daß ihre Zahl sich verringern werde.“ An ihrer Spitze stand ein kleiner Kreis hoher Beamten, welche alle Reformen, und namentlich die Ständesache, vornehmlich deshalb haßten, weil der Staatskanzler dieselben vertrat. Es waren die Minister Graf von der Goltz, Kircheisen, die Staatsräte v. Lottum, v. Schuckmann und v. Bülow. Sie hatten im Frühling 1813 die deutlichsten Beweise ihrer Un-

fähigkeit gegeben, hatten z. B. den Abzug der Berliner Freiwilligen nach Breslau hindern wollen, waren darum vom Könige auf Hardenbergs Rat mit Recht zurückgesetzt worden und boten seitdem alles auf, um den Sturz des Staatskanzlers herbeizuführen. Mit ihnen verbanden sich der General von dem Knesebeck und der Hausminister Fürst Wilhelm v. Sayn-Wittgenstein; der erstere aus Neid und Mißgunst gegen die großen Feldherren des Befreiungskrieges, die meist zur Reformpartei gehörten; der letztere aus Furcht, seinen persönlichen Einfluß zu verlieren, wenn das Urteil des Königs, statt durch seine nächste Umgebung, durch vertrauenswerte Männer aus allen Teilen des Reichs aufgeklärt würde. Beide hatten unmittelbaren Zutritt zum Könige, Wittgenstein konnte selbst für dessen Günstling gelten und vertrat ungefähr das, was man eine Kamarilla zu nennen pflegt. Er besaß alle Eigenschaften, um ohne Kenntnisse, inneren Gehalt und Tüchtigkeit sich eine vorteilhafte Stellung im Leben zu verschaffen: Schlauheit, kalte Berechnung, Beharrlichkeit, Biegsamkeit bis zur Kriecherei. Im Privatleben zeigte er sich unter dem Scheine rauher Selbstsucht oft sehr menschenfreundlich, aber in den öffentlichen Dingen war seine Thätigkeit schädlich. Die reformfeindliche Partei hatte bereits während des Krieges den großen Führern und Freunden der Volkserhebung, Scharnhorst, Blücher, Gneisenau, Grolman, Stein, und unter deren Gehilfen besonders Arndt, Jahn, Görres auf jede Weise entgegengewirkt; sie war damals, als man tüchtige Männer brauchte, nicht durchgedrungen; jetzt, wo man glaubte, jene entbehren zu können, regte sie sich mit mehr Aussicht auf Erfolg. Sie ging dabei Hand in Hand mit andern Freunden des Rückschritts: der Prinz Karl von Mecklenburg-Strelitz, des Königs Schwager, half ihr bei Hofe, Tauentzien an der Spitze des Militäradels, Ancillon im Ministerium, schriftstellernde Bureaukraten, wie Janke, Scharnweber, v. Cölln, in der Presse; zu ihr hielt auch die Phalanx der märkischen Junkerpartei, die von jeher die Reformen bekämpft hatte und wohl adlige Stände, aber keinenfalls eine freisinnige Verfassung wünschte.

Eine mächtige Unterstützung kam dieser Partei ferner vom Ausland. Denn die Vorteile, welche für Preußen aus einer liberalen deutschen Politik fließen konnten, waren für Österreich ebenso viele Nachteile. Dieser Staat hatte das höchste Interesse daran, seinen Nebenbuhler bei dem alten Absolutismus zu erhalten; es schien selbst für den Bestand der habsburg-lothringischen Monarchie sehr gefährlich, wenn Preußen eine Verfassung mit Volksvertretern bekam; denn ein solches Beispiel, dem dann wohl bald auch das übrige Deutschland folgte, konnte die zahlreichen Nationen, die den österreichischen Staat ausmachten, anreizen, ebenfalls Konstitutionen zu fordern, und die Monarchie schien dann auseinander fallen zu müssen. Übrigens war das Neuern an und für sich schon dem Kaiser Franz ein Greuel, weil es Bewegung, also Anstrengung voraussetzte, und Metternich, der die Arbeit ebensowenig liebte, bestärkte seinen Herrn gern in dieser Trägheit, die gewissermaßen Grundsatz und Lebensbedingung der österreichischen Regierung war. Kurz, Metternich wirkte nicht nur auf dem

Wiener Kongreß und dann im deutschen Bunde, sondern auch in Berlin selbst den preußischen Reformern nach Möglichkeit entgegen. Er hatte dabei die deutschen Fürsten, die für ihre Souveränität fürchteten, wenn Preußen durch freisinnige Politik das Herz der deutschen Völker gewann, er hatte noch einen ungleich wichtigeren Beistand, den Zaren, auf seiner Seite. Alexander war anfangs der preußischen Erhebung günstig gewesen; als die Preußen aber den glorreichen Feldzug von 1815 ohne ihn ausführten, wurde der eitle Fürst neidisch und hetzte den König gegen Blücher und Gneisenau auf. Übrigens fand er es der russischen Macht abträglich, wenn Preußen in Deutschland übermächtig würde; darum ging er in dessen Verfassungsfrage mit Metternich Hand in Hand. Sein Einfluß auf Friedrich Wilhelm war aber immer groß gewesen und wuchs noch, als er 1815 durch Verlobung seines Bruders, des Großfürsten Nikolaus, mit des Königs Tochter Charlotte verwandtschaftliche Bande mit ihm geknüpft und überdies ihrer Freundschaft in der „heiligen Allianz" eine religiöse Weihe gegeben hatte.

Napoleons jäher Sturz, der unerhörte Glückswechsel in dem Leben dieses dämonischen Weltstürmers schien nämlich den drei Monarchen, die ihn besiegt, eher ein unmittelbares Werk der Vorsehung als der natürliche Erfolg irdischer Kräfte; sie kannten zu gut die unvergleichliche Überlegenheit seines Genies über ihre eigenen Fähigkeiten und mochten lieber Gott als ihren Völkern den Sieg zuschreiben. In ähnlicher Weise, als ein Gottesgericht, faßten übrigens auch im Volke viele Gebildete dieses erschütternde Drama auf, in welchem alle sittlichen Mächte gegen eine Selbstsucht von kolossaler Macht gerungen. So gestimmt, waren die Monarchen mehr als je geneigt, das angestammte Fürstentum, welches mit Gott über die letzte und furchtbarste Ausgeburt der französischen Revolution, über den Bonapartismus, gesiegt, mitsamt der überlieferten Staatenordnung als ein Werk und Recht göttlicher Fügung und ihr eigenes Herrscheramt als eine Statthalterschaft Gottes anzusehen. Zugleich fühlten sie mit besonderer Stärke die Verpflichtung, dieses Amt im Sinne Gottes zu führen. Am regsten waren diese Gefühle bei Alexander, in dessen Natur eine gewisse Schwärmerei lag. Auf seinen Antrieb schlossen die drei Verbündeten, die Vertreter der drei großen christlichen Bekenntnisse, am 26. September 1815 in Paris einen Vertrag, worin sie persönlich einander und der Welt gelobten, „gemäß den Worten der heiligen Schrift, die allen Menschen sich als Brüder zu lieben befiehlt, durch die Bande wahrer und unauflöslicher Liebe verbunden zu bleiben, sich stets Beistand und Hilfe zu leisten, ihre Unterthanen als Familienväter zu beherrschen, die Religion, den Frieden und die Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten. Sie betrachteten sich nur als Glieder einer und derselben christlichen Nation, von der Vorsehung als deren Abgeordnete beauftragt, die Zweige einer Familie zu regieren." Sie luden alle anderen Souveräne zum Beitritt ein, und außer England, dem Papst und der Türkei schlossen sich wirklich alle europäischen Staaten diesem „heiligen Bunde" an,

der im Gegensatz zur überwundenen Revolution das Zeitalter einer echt christlichen Politik herbeiführen sollte. Enger vereinigt wurden durch ihn indessen nur die drei Monarchen, die ihn gegründet, und seine Wirksamkeit, so ernst sie es mit jenen religiösen Grundsätzen ohne Zweifel meinten, war in der Folge keineswegs christlich. Denn da sie das Recht der Fürsten für göttlich, das Recht der Völker dagegen für Menschenwerk hielten, so geschah es, daß der heilige Bund mit Eifer einschritt, wo eine Regierung zu verteidigen war, sie mochte nun gottlos oder christlich verfahren haben, dagegen ruhig, wo nicht wohlgefällig zusah, wenn es über die Völker herging. So wurde er die stärkste Stütze des Absolutismus. Er lastete bald nachtmärengleich fast auf allen Völkern Europas, jedoch auf keinem so schwer wie auf dem deutschen. Denn Metternich hatte nun eine treffliche Handhabe, um mit Rußlands Hilfe einen Einfluß auf die Entschließungen Friedrich Wilhelms zu gewinnen und so Deutschlands Geschick zu bestimmen.

Doch diese ganze große Genossenschaft von Verfassungsfeinden im In- und Auslande, so wirksam sie war, hätte den König nicht dahin gebracht, sein Versprechen unerfüllt zu lassen, wenn sie nicht in ihm selbst den mächtigsten Bundesgenossen gefunden. Friedrich Wilhelm war nun einmal ein Absolutist, und das Verfassungswesen ihm tief zuwider. Allerdings hatte er einen Teil der Verwaltung den Gemeinden zurückgegeben, aber das war für ihn eine Erleichterung; allerdings hatte er den Machtkreis des Ministeriums und besonders des Staatskanzlers erweitert, aber die Beamten blieben ja immer seine Diener, die er fortschicken konnte, wenn sie nicht nach seinem Willen thaten. Er war wohl geneigt, von der Selbstherrschaft, aber nicht von der unumschränkten Gewalt etwas abzulassen, der Monarchie einen bureaukratischen, aber nicht einen konstitutionellen Zuschnitt zu geben. Am widerwärtigsten war ihm der Gedanke an Reichsstände, die er doch zuweilen in Person und mit einer Rede hätte eröffnen müssen. Überhaupt widerstrebte ein öffentliches Wesen seiner Persönlichkeit, er hätte sich nie darin finden lernen.*) Er fürchtete auch, daß ein Schritt auf dieser Bahn einen andern nach sich ziehen werde, nach dem Beispiele Frankreichs, wo Ludwig XVI. mit einer Reichsversammlung die Revolution ins Dasein gerufen. Auch zweifelte er, ob Abgeordnete der neuen Provinzen eine echt preußische Politik treiben würden. Selbst in den alten Provinzen war die Sondersucht — der Landschaften, der Stände, der Städte — noch sehr groß und schien mit ihren Vorurteilen und örtlichen Einzelanliegen eine Gefahr für den Staat, wenn sie zu Einfluß käme. Das war der sachliche Grund, wenn Friedrich Wilhelm das Volk vor der Hand nicht wollte mit hineinreden lassen in die Gestaltung des Staatswesens.**) Ob dieser Grund triftig genug war, ob es nicht besser gewesen wäre, vielmehr das Vertrauen zu fassen, daß ein allgemeiner Landtag aus der Sondersucht der Provinzen und

*) Schleiermacher bei Arndt, Notgedrungener Bericht u. s. w. II. 119.

**) Vgl. v. Treitschke, Der erste Verfassungskampf in Preußen, Preuß. Jahrbücher 1872.



Stände allmählich eine kräftige Staatsgesinnung herausbilden werde: Friedrich Wilhelm hat sich diese Fragen nach seiner Art anders beantwortet, als es Hardenberg und die anderen Liberalen thaten. „Eine hohe Wahrscheinlichkeit", sagt Treitschke,*) „spricht doch dafür, daß Hardenberg das Rechte traf. Was den süddeutschen Staaten leidlich gelang, war für Preußen nicht möglich; ein preußischer Landtag zur rechten Zeit konnte der Krone die Schmach des Jahres 1848 ersparen."

Einen Stein des Anstoßes bildete freilich das verpfändete Wort, das Edikt vom 22. Mai 1815, auf welches Hardenberg bei jeder Gelegenheit sich vor dem Könige und vor dem Lande bezog, um durch Wiederholung dasselbe desto ehrwürdiger zu machen. Aber der König hatte ja darin nicht einen bestimmten Zeitpunkt angegeben, bis zu welchem die Verfassung erteilt, die Reichsstände einberufen werden sollten. Es stand ihm also frei, die Einlösung seines Wortes nach Gutdünken zu verschieben, und es handelte sich nur darum, ihn deswegen vor sich selbst zu entschuldigen. Die Höflinge waren nicht verlegen, wie dies anzufangen sei. Im Herbst 1815, zu der Zeit, da die in jenem Edikt angeordnete Kommission hätte zusammentreten sollen, erschien zu Berlin eine Broschüre, verfaßt von dem Geheimrat Schmalz daselbst, einem beschränkten Kopf und knechtischen Charakter, welche den deutschen Patrioten insbesondere dem Tugendbunde und dessen Freunden, revolutionäre Umtriebe, Haß gegen alle Fürsten und die Absicht, die Throne umzustürzen und eine Jakobinerherrschaft zu errichten, vorwarf. Ohne seine Behauptungen mit irgend einer Thatsache belegen zu können, warnte der Denunziant die Regierungen in allgemeinen Ausdrücken vor den geheimen Plänen der Reformer, riet, die Verdächtigen aus ihren Stellen zu entfernen, und stellte Preußens Erhebung im Jahre 1813 so dar, als habe nur das Kommando des Königs alles gethan, die Nation sei ohne Begeisterung, bloß aus Pflichtgefühl aufgestanden, gerade so wie der Bürger zum Löschen einer Feuersbrunst herbeieile oder der Soldat seinen Posten beziehe! Diese elende Schrift war zu gehaltlos, um nicht von jedem Unbefangenen sofort als abgeschmackte Verleumdung erkannt zu werden. Aber hinter ihr stand die ganze Partei: der reformfeindliche Teil des Adels und der Bureaukratie, die Kamarilla, die russischen Agenten, Österreich, die süddeutschen Fürsten; alle klatschten Beifall. Zugleich erschienen Anpreisungen in mehreren vom Auslande besoldeten Zeitungen und namenlose Flugschriften, die für Schmalz auftraten. Es half nichts, daß Männer wie Niebuhr, Schleiermacher u. a. die Haltlosigkeit der Schmalzischen Anschuldigungen darthaten, daß der Unwille über den Verleumder des treuesten heldenmütigsten Volkes in der öffentlichen Meinung fast allgemein war.**) Der Zweck war doch erreicht; nicht nur der König von Württemberg, von dem man es erwarten

*) Deutsche Geschichte, III. 99.

**) Vgl. Niebuhr u. Genossen gegen Schmalz, Hist. Ztschr., N. F. 25. Bd., München u. Leipzig 1889.

konnte, auch Friedrich Wilhelm III. schickte dem Verfasser des Machwerkes einen Orden.

Die Liberalen fanden bald noch mehr zu tadeln. Am 3. Januar 1816 unterdrückte der König den rheinischen Merkur, das Blatt der Verfassungspartei, am 6. Januar hob er den Tugendbund auf und verbot alles Schreiben für oder wider Schmalz, am 22. Mai bestätigte er eine „Deklaration“ des bäuerlichen Regulierungsedikts vom 14. September 1811, welche dem Adel das Legen der Bauern — nämlich dieselben aus ihren Gütern auszukaufen — erleichterte und dem Bauer die Ablösung seiner Lasten erschwerte. Andere Rückschritte ließen sich erwarten; Gneisenau prophezeite, man werde alle diejenigen als Feinde des Staates verfolgen, die ihm die ersprießlichsten Dienste geleistet, und riet dem Staatskanzler zu thun, was er später selbst that, nämlich seinen Abschied zu fordern, da die Maßregeln der Regierung doch auch ihm zur Last gelegt würden. Aber Hardenberg, der zu seinem verschwenderischen Leben viel Geld brauchte, wollte seine Stellung nicht aufgeben und ließ sich deshalb die Erfolge seiner Gegner gefallen. Der wichtigste derselben war, daß die Verfassungssache ins Stocken geriet, daß sich der König gewöhnte, seine Verpflichtung zu ihrem raschen Abschluß in Zweifel zu ziehen. Mißtrauisch wie er gegen die Regungen des Volksgeistes immer gewesen, schenkte er den Einflüsterungen nun um so leichter Glauben, die ihm die liberale Partei als eine Rotte von Volksverführern und jedes Merkmal politischer Unzufriedenheit in der deutschen Nation als das gefährliche Ergebnis einer Verschwörung darstellten. Selbst ganz harmlose Vorgänge, auch wenn sie außerhalb Preußens geschehen waren, wurden der preußischen Verfassungssache als schwere Schuldposten zugeschrieben, wofern die Rückschrittspartei darin etwas Verdächtiges ausfand. Ein solches Ereignis war das „Wartburgfest“.

Während die große Masse des deutschen Volkes im ganzen noch wenig politischen Sinn besaß, keinesfalls aber irgendwie revolutionär gestimmt war, hatte die gebildete Jugend, zumal auf den Universitäten, sich kopfüber in die Politik gestürzt, zu der sie durch freiwillige Teilnahme an dem eben beendeten Kriege sich berufen hielt. Sie gehörte mit Leib und Seele den liberalen Ideen, welche die Zeit bewegten, und mit desto größerem Eifer, je unklarer ihr das war, was denn eigentlich die Zeit und das Vaterland von dem deutschen Jüngling verlange. Für Freiheit und Vaterland war im Kriege ihr Schlachtgeschrei gewesen und blieb ihre Losung auch im Frieden. Mit Begeisterung sann und sprach sie nun über die Güter, für die sie gefochten, scharte sich am liebsten um diejenigen ihrer Lehrer, welche die freisinnigsten Reden führten, und indem sie ihren Eifer für Stärke nahm, geriet sie in eine Selbstüberschätzung, die von ebenso unpraktischen Professoren noch gesteigert wurde. Auf keiner Universität gingen die Wogen der politischen Aufregung so hoch wie in Jena, wo der freisinnige Großherzog Karl August von Weimar sich an dem lebendigen geistigen Leben der Studenten erfreute und es schützte. Aber man brachte es hier auch zu einer That, welche, aus den allgemeinen Bestrebungen der Zeit entsprungen,

doch eine sehr bestimmte und sachgemäße Anwendung der Zeitideen auf das Studententum war. Schon Fichte hatte gegen die Roheit und Genußsucht der „Musensöhne" geeifert, die auf der Universität in Renommage und Ausschweifungen ihre beste Kraft vergeudeten und dann im Leben gewöhnlich die ärgsten Philister und Kriecher wurden, und von gleicher Gesinnung war Friesen, der Stifter der Berliner „Burschenschaft", beseelt gewesen. Der Krieg hatte diese Bestrebungen unterbrochen; jetzt lebten sie in Jena wieder auf. Noch voll der edeln Leidenschaften des Freiheitskrieges thaten sich die tüchtigsten unter den Jenaer Studenten, meist frühere Lützower, zusammen und erhoben die Sittlichkeit und die Wissenschaftlichkeit als beste Stützen der Vaterlandsliebe zu den obersten Grundsätzen des Studententums; und um diesen Geist zu pflegen, stifteten sie (zu Jena im Gasthaus zur Tanne am 12. Juni 1815) unter dem Namen „deutsche Burschenschaft" eine Verbindung, welche zugleich das auf der Universität darstellen und behüten sollte, was man für ganz Deutschland wünschte: nämlich die Einheit und die Freiheit.*) Sie gründeten an Stelle der alten Landsmannschaften, dieser Abzeichen der deutschen Zerrissenheit, dieser Pflanzstätten aristokratischer Gesinnung, eine allgemeine und demokratisch eingerichtete Studentenschaft oder Burschenschaft, und damit das Studententum auch anderwärts sich in derselben Weise erneuere, damit zugleich ein gewisser Zusammenhang und Verkehr unter allen angebahnt werde, lud die Jenaer Burschenschaft die Studenten der übrigen Hochschulen auf den 18. Oktober 1817 zu einer allgemeinen Versammlung auf der Wartburg bei Eisenach ein, wo man diese Angelegenheit besprechen und zugleich die dreihundertjährige Feier der Reformation sowie den Jahrestag der Schlacht bei Leipzig feiern wollte.

Es fanden sich hier an 600 Studenten zusammen, auch zwei Jenaer Professoren, Fries und Oken; die Feier war im ganzen ernst und würdig, man hielt patriotische Reden, sang Freiheitslieder und pflanzte zum Zeichen und Banner für Alldeutschland eine schwarzrotgoldene Fahne auf; es waren die Farben, welche die Lützower in Uniform und Fahne geführt. Am Abend zündeten einige Überspannte unter den jungen Leuten (Maßmann, Wesselhöft u. a.) ein Feuer an und verbrannten zur Erinnerung an Luthers That die Sinnbilder des Rückschrittes, einen Korporalstock, einen Ulanen-Schnürleib und einen Haarzopf, und etliche Bücher als Werke von Knechtseelen und Dunkelmännern, namentlich die Schmalzische Schmähschrift, den Gensdarmeriecodex des Berliner Geheimrats von Kamptz und Schriften von Kotzebue, der für einen russischen Spion galt; d. h. man warf nicht diese Bücher selbst ins Feuer — man besaß sie nicht, kannte sie nur vom Hörensagen — sondern einige Stücke Makulatur, welche dieselben vorstellen sollten.**)

Die Reaktionspartei ermangelte nicht, dieses ziemlich kindische Autodafé als einen Angriff auf die Regierungen darzustellen; der Großherzog von

*) Rob. u. Rich. Keil, Die Gründung der Deutschen Burschenschaft in Jena 1865 (Jena, Fr. Mauke).

**) H. Leo, Meine Jugendzeit, Gotha 1880, S. 152.

Weimar erhielt von Berlin, Petersburg, Wien drohende Klagebriefe und mußte in seinem Lande einige Maßregelungen vornehmen. Doch ging Friedrich Wilhelm jetzt noch keineswegs ganz auf die Metternichsche Politik ein; in seinem Ministerium war die liberale Partei stark vertreten, sie machte sich in der Verwaltung vielfach geltend, und er ließ sie in ihren Amtskreisen gewähren. Die erste Maßregelung eines politisch-mißliebigen Beamten in Preußen seit dem Befreiungskriege ist sogar gerade von der liberalen Partei vorgenommen worden und hat einen Altkonservativen getroffen. Im Mai 1818 wurde der Professor am Berliner Kadettencorps Friedrich Wadzek, weil er Jahn und die Turnerei in Zeitungsartikeln heftig angegriffen und sich dadurch bei den Liberalen verhaßt gemacht hatte, von dem dieser Partei angehörenden Kriegsminister von Boyen seines Amtes enthoben und in unfreiwilligen Ruhestand versetzt.*)

Freilich in dem, was den Liberalen die Hauptsache war, kamen sie nicht vorwärts; vielmehr erklärte der König am 12. März 1818 in einem Kabinettsbefehl geradezu, er behalte sich vor, die Zeit zu bestimmen, die zur Gewährung einer Verfassung geeignet sei. Mit Recht meinte Stein damals: „Den gegenwärtigen Moment hält man für unpassend, weil die Gemüter lebhaft aufgeregt sind, man will einen ruhigeren abwarten; — werden aber die Gemüter beruhigt, wenn man gerechte, auf Bundesakte, Edikte und mannigfaltigste Verheißungen gegründete Erwartungen täuscht oder mit ihrer Erfüllung zögert? wenn man einem treuen, besonnenen, tapfern, milden Volke, das in den Jahren 1806 bis 1812 den schmählichsten Druck geduldet und in den Jahren 1813 bis 1815 die Fesseln mit Heldenmut zerbrochen und dem Thron den alten Glanz wieder errungen hat, wenn man diesem Volke mißtrauend eine Verfassung vorenthält, in deren Genuß seine Umgebungen, Franzosen, Polen, Schweden, Belgier sind?“

Jene Willensäußerung des Königs war nun Wasser auf die Mühle der Preußenfeinde in Deutschland. Der preußische Staat und das preußische Wesen war außerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle nie beliebt gewesen; man beneidete und fürchtete in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten diesen großen Bruder. Seine Thaten im Befreiungskriege hatten zur Bewunderung gezwungen; aber gleich nach dem Frieden machte sich die alte Abneigung in undankbarster Weise wieder geltend. Auch die Liberalen redeten dort nun wieder von den „preußischen Söldnerscharen“, von dem „preußischen Militarismus“. Jetzt warfen sie dem verhaßten Großstaate noch besonders das Verharren beim Absolutismus vor und brüsteten sich mit der eigenen Freiheit. Denn ihre Fürsten benutzten die Lage, indem sie, um ihre Völker an sich zu fesseln und die Gunst der öffentlichen Meinung von Preußen ab und sich zuzuwenden, das zwar nicht wirklich leisteten, aber doch zu leisten sich den Anschein gaben, was die preußische Regierung offen von sich wies; einer nach

*) S. meinen Artikel „Friedrich Wadzek“ in der „Zeitschrift für preußische Geschichte“, Berlin 1883, S. 362.



dem andern führten sie in ihren Staaten Verfassungen ein, welche den Anforderungen der Zeit mit gewissen Formen und Stichwörtern entgegenkamen. So sah es denn aus, als ob die Volksfreiheit gerade in den früheren Rheinbundländern gedeihe, obwohl in der That z. B. in Bayern durch die neue Konstitution im Grunde nur der Adel gewann und die Mißstände der Regierungsweise, namentlich die greuliche Nachlässigkeit und Willkür der Verwaltung dort so ungestört fortdauerten wie vorher. Allein dem oberflächlichen Blick erschien, was dort geschehen, als ein großer Fortschritt zum Bessern. Friedrich Wilhelms Stimmung wurde dadurch noch gereizter; war nicht das Verfassungsleben, welches sich unter dem Beifall aller Liberalen in Süd- und Mitteldeutschland entwickelte, für ihn ein Vorwurf? Dennoch bestand er ehrenhaft eine große Versuchung, die eben jetzt an ihn herantrat. König Max Josef von Bayern war mit seiner Abgeordnetenkammer in Streit geraten und ließ im April 1819 in Berlin um Rat fragen, ob er nicht die Verfassung wieder aufheben solle. Friedrich Wilhelm widerriet den Staatsstreich.*) Aber Ausschreitungen dieses neuen Wesens war er gern bereit eindämmen zu helfen.

Hier setzte nun Metternich mit seinen freiheitfeindlichen Anträgen ein. Hardenbergs Widerwillen dagegen verfing nichts, denn unter keinen Umständen wollte dieser sein Amt aufs Spiel setzen, das ihm mit seinem Leben verknüpft und wegen der Geldmittel, die es ihm lieferte, bei seinem unordentlichen Privathaushalt ganz unentbehrlich war. Er pflichtete daher auf Befehl des Königs den Maßregeln bei, welche Metternich zur Unterdrückung des liberalen Geistes in Deutschland vorschlug. Sie wurden auf einem Kongreß der Monarchen von Preußen, Rußland und Österreich, der sich im Herbst 1818 zu Aachen versammelte, um die Rückkehr der Besatzungstruppen aus Frankreich zu beschließen, im allgemeinen verabredet und sollten demnächst in späteren Verhandlungen näher festgesetzt werden.

Da kam nun den Rückschrittlern ein Ereignis wie gerufen, welches alle ihre Verdächtigungen zu bestätigen schien. Es waren nach dem Muster der Jenaer Burschenschaft an vielen anderen deutschen Universitäten gleiche Verbindungen entstanden und dann am 18. Oktober 1818 zu einer „allgemeinen deutschen Burschenschaft" vereinigt worden. In dieser aber hatte sich, der großen Menge verborgen, ein kleiner Geheimbund gebildet, die „Schwarzen", auch die „Unbedingten" genannt; zuerst in Gießen unter Führung der Gebrüder Follen, dann auch in Jena unter Wesselhöft. Sie lehrten und wünschten die radikale Republik. Von ihnen, insbesondere von Karl Follen, der im Herbst 1818 nach Jena übergesiedelt war, verleitet, unternahm ein Jenaer Burschenschafter, Karl Sand aus Wunsiedel in Bayern, ein schwärmerischer Vaterlandsfreund, aber unklarer Kopf, eine Befreiungsthat. Er glaubte in dem Schriftsteller v. Kotzebue das Haupt der Hydra zu erblicken, welche

*) H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, II. 505.



Deutschlands Glück zerstöre; er beschloß, sich für das Vaterland zu opfern und den Verräter zu ermorden. Im März 1819 reiste er nach Mannheim, wo sich dieser aufhielt, und erdolchte ihn. Die Nachricht wirkte in ganz Deutschland wie ein Donnerschlag; es war der erste politische Mord, den man hier erlebt hatte. Als Hardenberg die Meldung erhielt, rief er aus: „Nun ist eine Verfassung unmöglich!" Er täuschte sich nicht. Zwar für den Unbefangenen war kein Grund abzusehen, warum das Verbrechen eines Einzelnen, der nicht einmal ein Preuße war, die preußische Nation um ein politisches Gut bringen und den König seiner Verpflichtung entheben solle. Aber den Schrecken und Abscheu, den Sands That dem Könige einflößte, wußten die Verfassungsfeinde gegen die ganze liberale Partei und deren Wünsche zu kehren, und obgleich die Untersuchung gegen Sand, der im folgenden Jahre hingerichtet wurde, nur auf verwerfliche Umtriebe kleiner Kreise hinführte, so gelang es doch, Friedrich Wilhelm III. das Vorhandensein einer großen deutschen Verschwörung vorzuspiegeln. Diese sollte nun durch eine allgemeine Demagogenverfolgung mit Stumpf und Stiel ausgerottet, die Reaktion im großen betrieben werden, und auf Österreichs schlauen Vorschlag übernahm der König die gehässige Rolle, den anderen deutschen Staaten damit voranzugehen.

Im Juli 1819 begann der Feldzug; alle Turnplätze in Preußen wurden geschlossen, Jahn in Berlin am Krankenlager seines sterbenden Kindes überfallen*), wie ein Verbrecher gefaßt und nach Spandau, später nach Küstrin gebracht, viele Studenten und ein liberaler Hauptmann verhaftet, Schleiermacher auf Ehrenwort verpflichtet, die Stadt nicht zu verlassen, Gneisenau mit geheimen Spionen umgeben, verkleidete Gensdarmen in die Rheinprovinz geschickt, dort die Bonner Professoren Arndt und Welcker und einige andere angesehene Liberale verhaftet; zugleich brachte die Staatsregierung einen Bericht, worin es hieß, man habe Beweise von der Schuld der Gefangenen, was eine Unwahrheit war. Es war von den Turnern viel Thörichtes und Dünkelhaftes gesprochen und gesungen worden; man hatte vielfach die Turnerei zum Politisieren gemißbraucht; aber verbrecherisches hatten weder Jahn noch die andern Verhafteten sich zu Schulden kommen lassen. Vielleicht der einzige wirklich Gefährliche, Görres, entkam; er rettete sich durch die Flucht, wurde katholisch und ein giftiger Feind Preußens, welches er später von München her in seinen Schriften begeiferte. Arndt wurde drei Jahre lang mit Untersuchungen und Verhören gequält; es wurde ihm sogar zum Verbrechen gemacht, was er vor 1813 und im Befreiungskriege Volksaufregendes geschrieben. Er mußte schließlich losgelassen werden; aber eigenmächtig verhängte der König über ihn die Amtsentsetzung; zwanzig Jahre lang, bis zum Tode des Königs, blieb Arndt seines Amtes enthoben, konnte auch von Friedrich Wilhelm III. nie die Genugthuung erhalten, daß man ihn für unschuldig erklärte.

*) Vgl. Heinrich Ranke, Jugenderinnerungen, Stuttgart 1877, S. 129.



In ähnlicher Weise verfuhren auf Preußens und Österreichs Veranlassung viele andere deutsche Staaten. Da nun aber die Beschuldigungen gar nicht bewiesen werden konnten, auch sogar die unter dem Vorsitz von Kamptz ungesetzlicher Weise bestellten Kommissionen sich genötigt sahen, die Unschuldigen loszusprechen, so gab zwar die preußische Regierung die meisten Verhafteten wieder frei, erfand aber durch Kamptz eine neue Definition von Hochverrat, nach welcher jedwede Äußerung einer konstitutionellen Gesinnung schon als Majestätsverbrechen geahndet werden konnte, und lud im Verein mit Österreich, von welchem dazu die Anregung kam, die vornehmsten andern Bundesregierungen zu einem Ministerkongreß ein, um gemeinschaftlich weitere Schritte gegen die Revolution zu besprechen. Derselbe, beschickt von Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Nassau, Königreich Sachsen, Hannover, Mecklenburg, tagte im August 1819 zu Karlsbad und faßte eine Reihe von Beschlüssen, die dann von Österreich vor den Bundestag gebracht und von diesem am 20. September 1819 angenommen wurden. Sie bestimmten ein Prinzip und gewisse Ausnahme-Maßregeln. Das Prinzip war: bevor zur Ausführung des Artikels 13 der Bundesverfassung geschritten würde, sollten alle Bundesstaaten eine Erklärung über dessen angemessene Auslegung abgeben, und zwar müßte diese Erklärung in monarchischem Sinne ausfallen und den Fortbestand des deutschen Bundes in keiner Weise gefährden; d. h. „unter dem Vorwande, eine auf ganz Deutschland passende konstitutionelle Formel zu ersinnen, wollte man den Artikel 13 hinwegsophisteln.“ Die Maßregeln bestanden darin, daß man die Burschenschaften verbot, eine Überwachung der Universitätslehrer und der Studenten und die Censur für alle Schriften unter 20 Bogen anordnete, und eine Kommission in der Bundeshauptstadt Frankfurt, eine andere in der Bundesfeste Mainz einsetzte, von denen die erstere die Vollziehung der Bundesbeschlüsse beaufsichtigen, die zweite die Untersuchung und Verfolgung der demagogischen Umtriebe bewirken sollte.

Es war ein großer Sieg, den die Rückschrittspartei erfochten, diese Karlsbader Beschlüsse, ein Sieg, wie die Metternichschen rühmten, wichtiger als der bei Leipzig: der Bundestag zum Feinde der Volksfreiheit, der Litteratur, der Gelehrten und der akademischen Jugend gestempelt und den Regierungen gegenüber mit einer neuen und großen Machtvollkommenheit, gegen das Volk mit einer Gewalt ausgestattet, die thatsächlich in den Händen der stärksten unter den Kommissionsmitgliedern, Österreichs und Preußens, lag. Die beiden Großstaaten, in der Reaktion verbunden, waren jetzt also die Herren in Deutschland, konnten den liberalisierenden Mittel- und Kleinstaaten den Daumen aufs Auge setzen und das Demagogentum nicht bloß bei sich, sondern auch bei den Nachbarn ausrotten. Der Vorteil davon fiel Österreich zu, welches die preußische Politik ins Schlepptau nahm; der größere Teil des erregten Unwillens aber kam auf Preußen, dem die andern Deutschen ohnehin von jeher gern etwas am Zeuge flickten.

Als der preußische Gesandte, Graf Bernstorff, die Karlsbader Beschlüsse

nach Berlin schickte, erhob sich hier im Ministerium ein gewaltiger Sturm; Wilhelm v. Humboldt, seit kurzem wieder ins Ministerium berufen, legte im Verein mit dem Kriegsminister v. Boyen und dem Großkanzler v. Beyme gegen jene Beschlüsse, die er „schändlich, unnational und ein denkendes Volk aufregend" nannte, Widerspruch ein und verlangte, daß man sie mindestens beschränke. Aber der König lehnte die Forderung sehr ungnädig ab; sie kam übrigens zu spät: die Karlsbader Beschlüsse waren schon vom Bundestage angenommen; der König hatte sogar zugelassen, daß sie, wie zum Hohne, in Preußen am 18. Oktober desselben Jahres verkündet wurden. Auch auf einer neuen Ministerkonferenz in Wien ging dann sein Gesandter wieder Hand in Hand mit Metternich. Die Liberalen meinten, der König wolle selbst in der Wehrverfassung von den Ideen der Reformzeit sich entfernen; denn er verlangte eine engere Verbindung zwischen Landwehr und Linie. Nun war diese Forderung in der That wohlberechtigt, aber die liberale Partei sah dies nicht ein, und da er nun eine Maßregel traf, durch die er die Landwehr den Linienregimentern unterordnete, so nahmen im Dezember 1819 zuerst Boyen und dessen Bureauvorsteher Generalmajor v. Grolman, dann Humboldt und Beyme ihren Abschied.*) Blücher war am 12. September 1819 auf seinem Gute Krieblowitz in Schlesien gestorben; Gneisenau längst ohne Einfluß**); bei Ablauf des Jahres hatte die Rückschrittspartei um den König also das Feld für sich allein. Es kam ihr dann noch zustatten, daß sich 1820 ein neuer politischer Mordversuch ereignete; ein nassauischer Apothekergehilfe Namens Löning, fanatischer Gesinnungsgenosse der Unbedingten, fiel den nassauischen Staatsrat Ibell mit dem Dolche an; sein Stoß ging fehl, und im Gefängnisse tötete er sich durch verschluckte Glasscherben selbst. Zwar war auch diese Nachfolge der Sandschen That nur auf die Überspanntheit einiger weniger Hitzköpfe außerhalb Preußens zurückzuführen; dennoch bestärkte dieser Vorfall den König in seinem Mißtrauen. So konnte denn Hardenberg jetzt gegen die Reaktion wie einst gegen den fremden Zwingherrn ein „preußischer Fabius," ihr nur versteckt entgegenwirken und in der Verfassungsfrage nichts ausrichten. Vielmehr wurden nun auf der Wiener Konferenz Erklärungen und Grundsätze vereinbart, welche, unter dem Namen der „Wiener Schlußakte" am 8. Juli 1820 den Grundgesetzen des deutschen Bundes einverleibt, dessen reaktionäre Tendenz noch schärfer ausprägten und dauerhaft machten; denn auch sie waren einseitig nur auf den Schutz der Fürsten gegen die Unterthanen berechnet.

Einen Augenblick, so lange eine in Spanien und Italien aufgeflammte Revolution Besorgnis erregte, schien zwar Hardenberg wieder auf sein altes System zurückkommen zu können. Bei Gelegenheit einer Finanzverordnung, in dem Schuldenedikt vom 17. Januar 1820, sprach der König wieder von

*) Vgl. W. v. Humboldts Leben von R. Haym, Halle 1856, S. 422 ff.

**) Er starb am 24. August 1831 zu Posen.



einzuberufenden Reichsständen, denen alljährlich von der Verwaltung der Staatsschulden Rechnung gelegt werden sollte; er befahl dann, die Gemeindeordnung, die immer als unerläßliche Vorarbeit für die Verfassung galt, zu vollenden, und Hardenberg arbeitete auch eine Konstitutionsurkunde aus. Aber als der Kanzler nun im nächsten Jahre 1821 beide dem Könige vorlegte, war es zu spät, war Österreichs Einfluß, das mittlerweile den italienischen Aufstand erstickt hatte, wieder mächtiger als je; auf dem Laibacher Kongreß, der Italiens Verhältnisse im Sinne der heiligen Allianz ordnete, forderte und erhielt Metternich die Zurücknahme der Gemeindeordnung, und damit war die Grundlage des Verfassungswerks beseitigt. Einen neuen Schlag wußte die Reaktion sehr gewandt dem Staatskanzler gerade durch einen Mißerfolg ihrer eigenen Maßnahmen beizubringen.

Wie sich nämlich die preußische Verwaltung immer durch ein straffes, durchgreifendes Wesen hervorgethan hatte, so war sie auch jetzt der aus dem Kabinett des Königs erhaltenen Weisung mit ungemeinem Eifer nachgekommen. Nirgend in Deutschland trat den Unterthanen die Reaktion mit solcher Schroffheit und Härte entgegen wie in Preußen; die Demagogenverfolgung wurde hier in der unvernünftigsten und maßlosesten Weise betrieben, ausgehend von kleinlichster und peinlichster Demagogenriecherei. Besonders die Berliner Polizei, von Wittgenstein und seinem Werkzeuge, dem charakterlosen Kamptz, persönlich geleitet, überstürzte sich in oft komischer Weise; es genügte ihr nicht an den großen Schlägen, an dem Verbot der Turnerei, die als Hauptschule der Revolution galt, an der Überwachung, die durch eigens dazu angestellte Universitätskommissare an den Kathedern der Professoren und in den Bierstuben der Studenten geübt wurde; sie maßregelte auch die Kleidung. Da die Liberalen zugleich Deutschtümler waren, so sah sie in den deutschen Zeichen und Weisen demagogische Symptome. Sie verbot also die schwarzrotgoldenen Farben und die altdeutschen Trachten, und nun wurde auf solche Röcke, Mützen, Pfeifenköpfe, Quasten, Bänder eben so eifrig gefahndet, wie einst zur Zeit der Kaffeeriecher auf unverzollte Kaffeebohnen. Wehe dem, der auch nur mit gelbem Strohhut, roter Weste und schwarzem Rock oder Beinkleid erschien! Er war ohne Zweifel ein Revolutionär und wurde ohne viel Federlesens gefaßt und eingesteckt. Auch ein sandfarbener Flausch war sehr verdächtig. Da erschien nun 1821 ein Bericht der Mainzer Untersuchungs-Kommission, die nach zweijährigem Spüren und Prüfen eingestehen mußte, daß gar keine Verschwörung vorhanden gewesen; sie gab als Ergebnis ihrer Arbeit an: „es stehe fest, daß von den Thorheiten der Studenten und den Herzensergießungen der Apothekergesellen und anderer junger Burschen durchaus keine Gefahr für die Länder zu befürchten sei.“ Aber den Vorwurf, den die Reaktion verdient hatte, wußte die Kommission dem Liberalismus zuzuschieben. Sie behauptete nämlich, „die bedeutendsten und allerdings gefährliche Umtriebe in den meisten Regierungen selbst, hauptsächlich in der preußischen, und namentlich im Bureau des Staatskanzlers gefunden zu haben.“ Als Beweis führte sie die

reformfreundlichen Einrichtungen und Schriften an, die von Hardenberg ausgegangen waren; dieselben seien im Grunde revolutionärer Art und hätten zur Folge, das Volk aufzuregen und den unteren Schichten der Nation Ansprüche zu erteilen, die niemals befriedigt werden könnten. Dieser Bericht brachte den König nun in der That nicht gegen die Demagogenriecher, sondern gegen den Staatskanzler auf; er wollte ihn zwar nicht geradezu fortschicken, aber er nahm ihm die Verfassungsangelegenheit ab und übertrug deren Beratung einer Kommission, in welcher neben dem Kronprinzen der hocharistokratische Minister v. Voß-Buch präsidierte.

Damit war die Frage, um die es sich hier handelte, entschieden; der König gab die allgemeinen Stände, die Hardenberg gewünscht hatte, auf und näherte sich um einen Schritt der Partei, welche zwar eine Verfassung, aber eine möglichst mittelalterliche, eine adlig-ständische, im Auge hatte. Auch eine solche war ihm im Grunde zuwider; aber ein großer und ansehnlicher Teil der Konservativen, nämlich der Grundadel, hatte nur darum bisher gegen alles Ändern und Neuern gekämpft, weil es im liberalen Sinne geschah; dagegen die Wiederherstellung der ständischen Monarchie, wie sie vor dem großen Kurfürsten gewesen, lag allzusehr in seinem Interesse, um nicht von ihm eifrig befürwortet zu werden. Alte Feinde trafen auf diesem Wege zusammen: die kurmärkischen Junker und der große Reformer von 1808, Marwitz und Stein. Seit Jahren war Stein aus dem Staatsdienst entfernt und in die Reihen der Großgrundbesitzer zurückgetreten. In würdigster Weise einer schönen Muße pflegend, lebte er auf seinen nassauischen Gütern oder in Westfalen auf dem ihm vom Könige als Ehrengabe geschenkten Gute Kappenberg. Aber selbst als Privatmann machte er sich noch um das Vaterland hochverdient, indem er ihm mit fürstlicher Freigebigkeit und rastloser Fürsorge das große Geschichtswerk die Monumenta Germaniae stiftete. Auch folgte ihm von den Ministersälen und Fürstenhöfen, wo er gewirkt, die Verehrung der Nation in seine ländliche Zurückgezogenheit nach. Sie hat auch seinen Tod überdauert. Noch heute trifft man in manchen Häusern Westfalens, wo er zuletzt gelebt hat, und wo er (am 29. Juni 1831 zu Kappenberg) gestorben ist, sein Bildnis mit der bezeichnenden Beischrift: „Des Rechtes Grundstein, dem Unrecht ein Eckstein, der Deutschen Edelstein.“ Kein Wunder, daß mit solcher Vergangenheit und in solcher Lebens-Stellung und Führung alternd, Stein sich gewöhnt hatte, das größte Maß geistigen, sittlichen und stofflichen Vermögens dem Stande beizulegen, dessen glänzende Zierde er selbst war, und daß er in diesem Sinne sich auch zur Verfassungsfrage aussprach. Und freilich, wenn der Adel damals viele solche Barone wie den von Kappenberg gehabt hätte, so wäre sein Anspruch, der Träger der Bildung und der Hauptpfeiler des Staats zu sein, nicht unbegründet gewesen. Aber selbst Edelleute gestanden ein, daß die Zeit des Adels, die Zeit des Ständewesens überhaupt vorüber sei. Die Mehrzahl jedoch ließ sich gern einen so erlauchten Bundesgenossen wie Stein gefallen, und seine Worte fielen auch bei dem Kronprinzen, der ohnehin für die

Farbenpracht des Mittelalters allzuviel Geschmack hatte, auf einen fruchtbaren Boden.

Aber auch die Bureaukratie war in der Verfassungskommission stark vertreten, und sie hatte von dem thatsächlichen Zustande des Grundadels eine viel zu klare Ansicht, um, wenn sie überhaupt einen Teil ihrer Macht den Regierten abtreten sollte, die Rittergutsbesitzer auf Kosten der anderen Klassen zu begünstigen. Zwischen beiden, zwischen den Anhängern des alten Ständewesens und denen einer Verfassung mit wahrer Volksvertretung, schwankte nun der Kronprinz hin und her; auch war es um so schwerer, das Rechte zu treffen, da gerade die Einsichtigsten, wie W. v. Humboldt, sich überhaupt gegen bloße Provinzialstände aussprachen, die, wenn sie Wirksamkeit haben sollten, die Monarchie in acht Staaten spalten, wenn ohne Macht, nichts sein würden als ein leeres Schattenspiel. Kurz, es herrschte in der Kommission und unter ihren Freunden ein wirres Durcheinander der Meinungen; der Kronprinz klagte, er habe über dieselbe Sache nicht zwei gleichartige Urteile gehört. Indessen gewann die aristokratische Partei immer mehr Boden; Hardenberg, der dem Könige zum Kongreß von Verona gefolgt war, starb am 26. November 1822 zu Genua, und seine Nachfolger an der Spitze der Beamtenschaft waren weit entfernt, sein liberalisierendes System weiter zu führen. Dagegen war der Grundadel, zumal in Westfalen, wo Stein die Ständesache betrieb, sehr rührig, sein Interesse in der Kommission und bei Hofe zur Geltung zu bringen. Man stellte dem Könige vor, Provinzialstände seien alten Rechtes und würden gleichwohl als Erfüllung des Edikts von 1815 aufgenommen werden; sie seien aber auch im Grunde keine wesentliche Beschränkung des Absolutismus, falls ihnen eine bloß beratende Stimme zuerteilt werde; selbst hiermit werde das Land sich gern begnügen.

Der König, ganz bereit einen Ausweg einzuschlagen, der seine Machtfülle bestehen ließ und doch seinen Verheißungen, sowie dem Artikel 13 der Bundesverfassung wenigstens einigermaßen zu entsprechen schien, genehmigte den Entwurf, den die Kommission endlich zu stande gebracht; am 5. Juni 1823 erschien das Gesetz, welches in Preußen die Provinzialstände einführte. Es war freilich ein kümmerliches Ergebnis für so lange und von den meisten so hoch gespannte Erwartungen. In jeder Provinz (zum erstenmal in Brandenburg am 1. Oktober 1824) trat nun alle drei Jahre als Provinzial-Landtag eine Versammlung zusammen, die, aus den Grundbesitzern gewählt und zur Hälfte von den Rittergutsbesitzern als dem ersten Stande, zur Hälfte von den beiden unteren Ständen, den Städtern und Bauern, bestellt, Gesetzentwürfe, welche ihre Provinz angingen, begutachten sollte. Die Nation bekam also zum Ersatz für eine wirkliche Vertretung acht Sonder-Landtage, welche nur einen Bruchteil des Volkes, nämlich die Grundbesitzer, vertraten und übrigens nichts zu entscheiden, nichts zu beschließen, d. h. im Grunde nichts zu sagen hatten. Dennoch durften die Provinzialstände als ein Fortschritt auf der Bahn zeitgemäßer Entwickelung angesehen werden. Die öffentliche Meinung besaß nun doch gesetzlich

ein Organ, wenn auch ein sehr unvollkommenes, durch welches sie sich über den Staat vor dem Throne und dem Lande aussprechen konnte. Auch hatte der Adel doch nicht so ganz gesiegt; denn nicht die Geburt und der Grundbesitz, sondern nur der letztere machte wählbar; und wenn man einräumen mußte, daß in dieser Einrichtung Neues und Altes, das Prinzip der Gleichheit und dasjenige der feudalen Unterschiede, ebenso haltlos neben einander schwankten, wie sie selber neben dem „Büralism", so war dies eben nur ein Abbild des im Übergange befindlichen Staates, in welchem aus alter Zeit auf dem platten Lande der Ostprovinzen vielfach noch die feudale Verfassung, aus neuer Zeit am Rhein und in den Städten manche Einrichtung revolutionären Ursprungs, und über allen die absolute Beamtenhierarchie bestand.

Indessen blieb von diesen Elementen das letztere im Staate übermächtig. Die Monarchie, in der Form ständisch geworden, bewahrte im wesentlichen die Mängel und Vorzüge einer gut eingerichteten Bureaukratie. Wie hart ist über sie geurteilt worden, am schroffsten von den „Angesessenen", die jetzt neben ihr zu politischer Geltung kamen oder strebten! Heimatlose, Doktrinäre, Revolutionäre waren noch die gelinderen Ausdrücke, in denen der Adel seinem Groll über die Staatsdienerschaft, dieses wirksame Werkzeug des Absolutismus, Luft machte. „Wir werden," klagte Stein, „von besoldeten, buchgelehrten, interessenlosen, ohne Eigentum seienden Büralisten regiert. Diese vier Worte enthalten den Geist unserer und ähnlicher geistlosen Regierungsmaschinen: besoldet, also Streben nach erhalten und vermehren der Besoldeten; buchgelehrt, also lebend in der Buchstabenwelt und nicht in der wirklichen; interessenlos, denn sie stehen mit keiner der den Staat ausmachenden Bürgerklassen in Verbindung, sie sind eine Kaste für sich, die Schreiberkaste; eigentumlos, also alle Bewegungen des Eigentums treffen sie nicht, es regne oder scheine die Sonne, die Abgaben steigen oder fallen, man zerstöre alte, hergebrachte Rechte oder lasse sie bestehen, man theoretisiere alle Bauern zu Tagelöhnern und bettelhaften Brinksitzern, alle Handwerker zu betrügerischen Pfuschern herab; nichts sei groß und angesehen als jüdische Glückspilze, man substituiere an Stelle der Hörigkeit an die Gutsherren die Hörigkeit an die Juden und an die Wucherer, alles das kümmert sie nicht — sie erheben ihr Gehalt aus der Staatskasse und schreiben, schreiben, schreiben im stillen, mit wohlverschlossenen Thüren versehenen Bureau, ohnbekannt, ohnbemerkt, ohngerühmt, ziehen ihre Kinder wieder zu gleich brauchbaren Schreibmaschinen auf und sterben ohnbedauert. — Eine Maschinerie, die militärische, sah ich fallen 1806, den 14. Oktober; vielleicht wird auch die Schreibmaschinerie ihren 14. Oktober haben."*) Aber er selbst hatte 1808 manches von dem angebahnt, was er jetzt tadelte, da es von Hardenberg war weiter ausgebildet worden, und die Maschine, der er den Untergang wünschte, hat

*) Bei Pertz, Leben Steins, V. 649 und 576.

doch sehr vieles Tüchtige, ja Vortreffliche geleistet. Zwar nicht in der auswärtigen Politik, wo Preußen der Neigung des Königs gemäß fast immer in den deutschen Dingen mit Österreich, in den europäischen mit Rußland ging, aber auf dem Felde, wo der König eine eigene Politik verfolgte, in der inneren Verwaltung.

Die Verwaltung.

Als der König nach dem Frieden den Staat überschaute, welch ein Wirrsal bot sich da seinen Blicken! Der ungeheure Krieg hatte die Finanzen zerrüttet, die Kräfte erschöpft, der Friede manches zerrissene Band nicht wieder geknüpft, aber eine Unzahl fremder Gestalten hereingeführt; der Staat bestand jetzt fast zur Hälfte aus neuen Provinzen, die alle mehr oder weniger Eigentümliches hatten. Da waren zunächst von sächsischen Landen erworben: die Niederlausitz und die kleinere Hälfte der Oberlausitz mit Löbau, Lauban, Görlitz; die Abtei Neuzelle; der Kur-Kreis Wittenberg mit Gommern und Barby — ein Ländchen, an welchem seit Heinrichs des Löwen Sturz (1180) die Kurwürde von Sachsen gehaftet — und die Herzogtümer Weißenfels, Zeitz und Merseburg. Von diesen waren die zwei letztgenannten Bistümer gewesen; Merseburg wurde 1561, Zeitz (welches 968 gestiftet, 1029 nach Naumburg verlegt worden) wurde 1564 weltlich (säkularisiert) und vom Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen verwaltet. Dieser gab die beiden in Herzogtümer umgewandelten Stifter dann zweien seiner jüngeren Söhne, für einen dritten schuf er das Herzogtum Weißenfels. Alle drei Nebenlinien erloschen — Zeitz 1718, Merseburg 1738, Weißenfels 1746 — und die Herzogtümer fielen an Kursachsen zurück.

Zur sächsischen Abtretung gehörten ferner ein Teil der Grafschaft Henneberg mit Suhl und Schleusingen im Thüringer Walde, die Grafschaft Mansfeld am Harz, das Fürstentum Querfurt, Torgau, Delitzsch, Zörbig, Düben, Eilenburg, Ziegenrück und Teile der Ämter Senftenberg und Finsterwalde; endlich die Lehnshoheit über die Grafschaft Stolberg und die Solmsschen Herrschaften Baruth und Sonnenwalde. Diese Gebiete (im ganzen 378 Quadratmeilen mit 864 000 Einwohnern), für welche der König den Titel „Herzog zu Sachsen, Markgraf der Ober- und Niederlausitz, Landgraf zu Thüringen und gefürsteter Graf zu Henneberg" annahm, hatten sonst unter dem Hause Wettin gestanden, und es gab in ihnen eine große Partei, welche den Herrschaftswechsel ungern sah. Sie hatte 1814 eine Bittschrift an den Wiener Kongreß zu stande gebracht, welche sich für den Fortbestand des alten sächsischen Staates aussprach; sie hatte 1815 vor den Schlachten von Ligny und Belle-Alliance unter den sächsischen Truppen im preußischen Heere eine Meuterei angezettelt, die Blücher durch Erschießen der Rädelsführer in Lüttich bestrafen mußte (6. Mai).*) Ja man hätte sich in Sachsen damals sogar über einen Sieg Napoleons gefreut,

*) Vgl. J. Rößler, Die Lütticher Affaire, Leipzig 1894. — Forsch. 1894, VII. S. 627.

wenn nur Preußen dadurch zu Fall gekommen wäre. In Leipzig war 1813 die Begeisterung für die deutsche Sache noch am lebhaftesten gewesen, aber auch dort trat an deren Stelle, sobald man von der beabsichtigten Einverleibung Sachsens hörte, der Haß gegen Preußen. Das auf dem Schlachtfelde errichtete Siegesdenkmal wurde des Nachts umgestürzt und zerstört, man sagt von Studierenden. Denn als die Nachricht von der beschlossenen Zerreißung Sachsens nach Leipzig kam und an dem Universitäts-Freitisch bekannt wurde, stürzten die dort anwesenden Studenten auf die Straßen, riefen „Burschen heraus!", sammelten in kürzester Zeit eine große Masse Studenten und Volk um sich und zogen mit dem Haufen auf den Markt vor die Wohnung des preußischen Kommandanten, wo sie dem Könige von Preußen ein dreimaliges Pereat brachten und sich dann zerstreuten. Der Kommandant, General v. Bismarck, ließ Generalmarsch schlagen; aber der Auflauf war bereits spurlos zerstoben.*)

In solcher Stimmung befand sich ein großer Teil jener sächsischen Bevölkerungen, die 1815 preußisch wurden. Am meisten waren über den Anschluß an Preußen der Adel und die Beamten erbittert, weil sie unter der neuen Herrschaft für ihre Personen und ihren Stand mancherlei Nachteile erwarteten; die Gevatterschaft und der Schlendrian fühlten sich bedroht. Dagegen der Gewerbtreibende und der Kaufmann, überhaupt der Bürger nahm diese Veränderung, die ihn zum Angehörigen eines Großstaats machte, mit weniger Unmut, ja zum Teil mit Befriedigung auf, und es ließ sich voraussehen, daß die so ganz gleichartigen Bevölkerungen, Brandenburger und Sachsen, beide protestantisch, beide ursprünglich desselben Stammes, sehr rasch mit einander ganz und gar verschmelzen würden. Aber vor der Hand war dieses noch nicht geschehen.

Ebenso verhielt es sich mit dem Zuwachs, den der Staat im westlichen Pommern erhalten hatte. Die Erwerbung Schwedisch-Vorpommerns mit Rügen (80 Quadratmeilen mit 124000 Einwohnern) mußte dem Hohenzoller besonders lieb sein; jetzt war ja der Wunsch seiner Ahnen endlich erfüllt, das ganze Pommernland preußisch. Friedrich Wilhelm III. hatte es sich auch sehr beträchtliche Opfer kosten lassen: außer dem kleinen Herzogtum Lauenburg an der Elbe, welches, vordem zu Hannover gehörig, auf dem Wiener Kongreß Preußen zugewiesen worden, gab er durch Vertrag vom 4. Juni 1815 noch eine Geldentschädigung von 2 600 000 Thalern an Dänemark, fünf Millionen an Schweden und für Nebenausgaben eine halbe Million. Aber auch hier war dem Adel, der unter der Krone Schwedens große Vorrechte besessen, die neue Herrschaft nicht angenehm.

Auf das meiste Mißbehagen stieß dieselbe indes bei den Bewohnern der neuen Gebiete am Rhein und in Westfalen, die von den Franzosen einige nützliche Einrichtungen erhalten hatten und nun dieselben zu verlieren fürchteten.

*) Bülau, Geheime Geschichten, III. 364, Leipzig 1851.



Hier war außerdem der Widerwille der Katholiken gegen die protestantische Herrschaft zu überwinden. Auch darin lag eine Schwierigkeit, daß diese Provinzen ursprünglich aus einer großen Menge kleiner Staaten bestanden, deren Unterschiede und Eigenheiten von den Franzosen zwar größtenteils, aber doch nicht vollkommen zerstört worden waren. Es gab hier die Herzogtümer Jülich und Berg, ehemals pfalzwittelsbachische Gebiete, die Preußen jetzt für Ansbach und Bayreuth von Bayern eingetauscht, — dazu die Grafschaften Kerpen, Homburg, Gimborn, die Herrschaften Wickerath, Broich, Hardenberg, Schöller, Odenthal, Wildenburg, die Bistümer Paderborn und Münster (jenes 1802, dieses 1803 säkularisiert), die Benediktiner-Abtei Neu-Corvey an der Weser, die Erzstifter Köln und Trier, die mediatisierten Reichsstädte Köln, Wetzlar, Aachen, Dortmund, die mediatisierten Grafschaften Sayn am Westerwald, Solms an der Lahn und Wetter, Wied mit Neuwied am Rhein*); endlich das Saarbecken mit Saarlouis und Saarbrücken, — im ganzen 649 Quadratmeilen —, wozu später (1834) noch das dem Herzog von Koburg für zwei Millionen Thaler abgekaufte Herzogtum Lichtenberg gekommen ist. Leicht war es, diese westlichen Provinzen in den Titel aufzunehmen, — der König nannte sich für sie „Großherzog von Niederrhein, Herzog zu Westfalen und Engern, Fürst zu Paderborn und Münster" —, schwer sie mit der übrigen Monarchie innerlich zu verbinden. Friedrich Wilhelm III. hatte überdies nicht die Gabe, sich populär zu machen; er verstand es nicht, durch Äußerlichkeiten im Auftreten und Benehmen die Volksgunst zu gewinnen; sein kaltes steifes Wesen, die üble Laune, mit der er öffentliche Schaustellungen ertrug, stieß die beweglichen Rheinländer ab. Das größte Hindernis bildete freilich der religiöse Gegensatz; zumal in den ehemaligen Krummstabsländern waren die Preußen als Ketzer verhaßt. Als die Monarchen von Preußen und Österreich 1818 zum Kongreß nach Aachen reisten, sah man den Klerus und das Volk der rheinischen Erzstifter dem Kaiser Franz, der die Krone Karls des Großen fortgeworfen, zujauchzen, dagegen den König Friedrich Wilhelm, der den Rhein von der

---

*) Köln wurde gegründet durch die deutschen Ubier 36 v. Chr.; Agrippina, Gemahlin des Kaisers Claudius, schickte 50 n. Chr. eine Kolonie von Veteranen hierher; daher hieß es Colonia Agrippina; Otto I. erhob Köln zur freien Reichsstadt. Bischöfe in Köln sind seit 314 historisch nachzuweisen; seit 784 war Köln ein Erzbistum, bald dann die Metropole der Bistümer Bremen, Minden, Osnabrück, Münster, Utrecht, Lüttich. 1052 wurde der Erzbischof von Köln Erzkanzler des römischen Stuhls, danach Erzkanzler des heiligen römischen Reichs für Italien; er hatte, weil Aachen in seinem Sprengel lag, das Recht den Kaiser zu krönen.

Trier, älteste deutsche Stadt, ursprünglich keltisch, Stadt der Trevirer, war um 320 Hauptstadt von Gallien und seit dieser Zeit nachweisbar ein Bischofssitz. Dem späteren Erzstift waren untergeordnet die Bistümer Metz, Toul, Verdun; es hatte Erzkanzlerwürde für Gallien und Arelat; seit 1579 gehörte dazu die gefürstete Abtei Prüm an der Eifel. Wetzlar war von 1689 bis zum Sturz des deutschen Reiches der Sitz des Reichskammergerichts. Aachen (im 2. Jahrhundert n. Chr. gegründet, von Karl dem Großen zur freien Stadt erhoben) war von 813—1553 Krönungsstadt der deutschen Könige; Dortmund im 15. Jahrhundert berühmt als Hauptstuhl des Vehmgerichts.

Fremdherrschaft befreit und diesen Leuten wieder ein deutsches Vaterland gegeben hatte, mit Kälte und Geringschätzung behandeln.

Zu allen diesen mehr oder weniger widerstrebenden Elementen kam nun als sprödestes und widerhaarigstes das polnische. Die übrigen Bevölkerungen waren doch alle deutsch und daher in der Hauptsache gleichartig, die Bewohner des Großherzogtums Posen dagegen und eines beträchtlichen Teiles von Westpreußen in Abstammung, Sprache, Sitte und Neigung noch zumeist Polen; Adel und Geistlichkeit, die hier den Ton angaben, fügten sich nur widerwillig und mit stillem Protest in das Preußentum.

Es leuchtete ein, sollte der Staat zu einer innerlichen Einheit kommen, so mußte er die Sonderwesen, wie er vordem gethan, aufsaugen, und daß dies eher einer bureaukratischen als einer konstitutionellen Monarchie gelingen würde, lag ebenso auf der Hand. Denn wenn jetzt ein Reichstag zusammentrat, so bestand er zur Hälfte aus Männern, die, bisher dem preußischen Staate ganz fremd, für ihn gar wenig Liebe, sondern fast nur Interesse für ihre engere Heimat hatten. Da wäre ohne Zweifel das erste gewesen, daß sich ein gewaltiger Sturm gegen die Militärlast und besonders gegen die allgemeine Wehrpflicht erhob, ohne die doch Preußen nicht gut mehr bestehen konnte. Sie war in den neuen Provinzen sehr unbeliebt, wenn auch in einigen Landesteilen, z. B. am Rhein, weniger über sie als über das drückende Einquartierungswesen geklagt wurde. In den alten Provinzen war man zwar mit dem Grundsatz einverstanden, aber die durch die finanzielle Schwäche des Staates gebotene unvollkommene Ausführung des Militärgesetzes, der schwere Mangel des Notbehelfes, daß thatsächlich nur ein Teil der Wehrfähigen zur vollen Leistung der Pflicht herangezogen ward, diese Ungleichheit, die der Einzelne oft genug als Unbill empfand, mußte auch hier Mißvergnügen erregen. Dort — in den neuen Gebieten — hätte die Bevölkerung die allgemeine Wehrpflicht gern abgeschafft gesehen; hier — in den alten — hätte das Volk gewünscht, sie in befriedigenderer Weise durchzuführen. Bedenkt man dies alles, so muß man annehmen, daß die ganze neue Einrichtung des Heerwesens durch Reichsstände sicherlich eher erschüttert als befestigt und ausgebaut worden wäre. Auch sonst herrschte über die Aufgaben und Ziele, Mittel und Wege des preußischen Staates unter den alten und neuen Preußen bei weitem nicht Übereinstimmung, und das Deutschtum war gerade unter den letzteren (zumal den posenschen und den linksrheinischen) keineswegs so stark, daß man nicht auch im deutschen Interesse hätte wünschen müssen, sie möchten nur zunächst rechte Preußen werden — was nach der allgemeinen Überzeugung der Altpreußen der einzige Weg für die Deutschen überhaupt war, zu rechter Deutschheit und zur deutschen Einheit zu gelangen. Mußte doch noch im Jahre 1830 ein den Rheinländern sonst wohlgeneigter Beobachter gestehen: „Die Truppen (aus der Rheinprovinz) werden im Kriegsfall dem Befehl gehorchen, aber noch haben sie nicht den kriegerischen Geist und nicht den festen Zusammenhang mit ihren Führern wie in den alten Provinzen", und aus dem Trierschen heißt es in einem Bericht

von demselben Jahre: „Eigentliche Anhänglichkeit an den preußischen Staat haben die fünfzehn Jahre der Vereinigung natürlich noch nicht erzeugen können, und die Veränderung des Steuersystems sowie die jährlichen Landwehrübungen haben gereizt. Das Landvolk ist nirgends französisch, aber auch nicht deutsch gesinnt; in den Städten dagegen haben französische Journale Anklang gefunden, die in allen Kasinos und Kaffeehäusern von jungen und alten Müßiggängern begierig gelesen werden.“ *)

Und doch hatte das preußische Wesen gerade um die alten Reichs- und Priesterstädte am Rhein sich bald die erheblichsten Verdienste erworben. Köln z. B. war am Ende des achtzehnten Jahrhunderts in Schmutz und Armut fast verkommen. „Wie kärglich sah es damals in dem frommen Köln aus!“ berichtet ein Süddeutscher, der die Stadt im Jahre 1790 besucht hatte**), „die Häuser eingefallen, auf den Straßen hungernde flehende Jammergestalten und lauernde schmutzige Weibspersonen. Dazu ein ewiges Schellen und Klingeln in den 365 Kirchen und ein Rennen zu den Elftausend-Jungfrauen und den heiligen Drei-Königen.“ Die Franzosen brachten dann hier ein regeres Leben auf; aber erst durch die Vereinigung mit dem preußischen Staate und zunächst durch die Verwaltung Friedrich Wilhelms III. ist die Stadt zu ihrer hohen Blüte gelangt. Ja die preußische Regierung ging in der Fürsorge für das Rheinland sogar zu weit; sie behandelte diese Provinz wie ein Schoßkind. Da der Staat zu arm war, um nach dem Kriege allen Landesteilen gleichmäßig gerecht zu werden, so wandte die Regierung ihre Hilfe zumeist den noch ungesicherten neuen Gebieten zu und ließ die getreuen alten darben. Es wurde z. B. den grollenden Danzigern ein großer Teil ihrer Kriegsschuld vom Staate abgenommen, während das seiner Schuldenlast fast erliegende Königsberg vergeblich um Hilfe rief. Von jeher sind ja in Preußen die neuen Gebiete auf Kosten der alten gefördert worden, wie neuerdings das deutsche Reich auf Kosten Preußens. Diese Gepflogenheit der preußischen Regierungsweise kam nun damals besonders den Rheinländern zu gute. Als 1818 eine neue Steuergesetzgebung erschien, wurde sie im Westen so milde gehandhabt, daß man in dem reichen Rheinland verhältnismäßig weniger an den Staat zahlte als in den alten Provinzen. Trotz alledem klagten gerade die Rheinländer immerfort über Belastung; „man redete dort, als sei Preußen verpflichtet, die Rheinländer für die Befreiung vom französischen Joche besonders zu belohnen.***)“ Es war selten, daß unter ihnen einer so gerecht urteilte, wie es einmal Heinrich Heine that, als er (1838) gestand: „In betreff der Rheinlande sind alle meine Sympathieen auf seiten Preußens, und ich verkenne nie dessen Verdienste um dieses Bastardland, das erst durch Preußen für Deutschland wiedergewonnen und zu deutscher Art und Weise erhoben wird.“†) Freilich hinderte ihn dies

*) Clemens Perthes, Friedrich Perthes' Leben, Gotha 1857, III. S. 360.

**) v. Lang, Memoiren I. S. 190.

***) v. Treitschke a. a. O. II. 272.

†) Heinrich Heines Autobiographie, Berlin 1888, S. 384.

nicht, in seinen Schriften den preußischen Adler, der seinem Geburtslande soviel Heil gebracht, aufs boshafteste anzufeinden und zu schmähen.

Kurz, es hatte sein Gutes, daß alte und neue Preußen sich erst ein Menschenalter hindurch aneinander gewöhnten, erst im gemeinsamen Preußentum mit einander verschmolzen, ehe sie durch Volksvertreter an der Gestaltung des Staates Anteil erhielten. In dieser Beziehung hat nun gerade der „Büralism" erheblich genützt. Denn wenn auch das Heer von Beamten, welches nunmehr die neuen Provinzen in Besitz nahm, durch seine Vielregiererei den Einwohnern, besonders am Rhein, sehr lästig wurde, so konnten diese doch nicht umhin, vieles von der Weise und Denkart ihrer Regierer anzunehmen; das spezifisch-preußische Wesen mit seinen Licht- und Schattenseiten schlug unter ihnen Wurzel und befestigte sich eben deshalb rascher, weil die Regierten keine Vertretung, also keinen genügenden Schutz gegen die Regierung hatten. Aus demselben Grunde ging die Verwaltungseinigung unendlich leichter von statten, als unter einer konstitutionellen Regierung möglich gewesen wäre. Einen Teil des Verdienstes durfte sich dabei der König selber zuschreiben; denn er centralisierte die Beamtenschaft noch mehr als bisher, ließ sie dann mit voller Kraft wirken und war nicht zu bewegen, ihre energischsten Federn, nämlich die Hardenbergischen, die „Heimatlosen", die der Grundadel so sehr haßte, abzuschaffen; wenn auch die „Maschinerie" im Kabinett die Grundsätze wechselte, so behielt der König doch die Personen unten bei, und diese regierten in Hardenbergs Weise ungestört fort.

Das gesamte Staatsgebiet war durch Verordnung vom 20. April 1815 in zehn (nachher acht) Provinzen, jede Provinz in Regierungsbezirke, jeder Regierungsbezirk in landrätliche Kreise eingeteilt. Der Landrat, der in seinem Kreise die Verwaltung des platten Landes und der kleinen Städte leitete, während die größeren sich selbst verwalteten, stand unter der „Regierung", einem Kollegium von Räten, die unter Leitung eines Präsidenten die Geschäfte, nach Fächern verteilt, bearbeiteten; die Bezirksregierungen standen wieder unter dem „Oberpräsidenten", der die Civilverwaltung der Provinz in Händen hatte, während neben ihm ein General die Militärsachen verwaltete; die Oberpräsidenten waren dem Ministerium, die Generale dem Kriegsminister untergeordnet, und die Oberleitung des Ganzen lag in der Hand des Staatskanzlers, in welchem die Pyramide gipfelte.*) Neben dieser Beamtenhierarchie richtete der König durch Verordnung vom 31. März 1817 den Staatsrat neu ein, eine Behörde, welche über die obersten Grundsätze der Verwaltung und über neue Gesetze beraten sollte; sie konnte einigermaßen als eine Art von Regulator oder Kontrolle der Bureaukratie gelten; denn außer den höchsten Beamten gehörten zu ihr auch die königlichen Prinzen und solche Staatsdiener, die zwar nicht ihr Amt, aber das besondere Vertrauen des Königs in den Staatsrat berief.

*) Vgl. auch die Artikel E. Berners über Motz im deutschen Wochenblatt 1893, Nr. 45, 46 u. 47.



Im Heerwesen wurde 1821 die wichtige Neuerung getroffen, daß alles, was die Führung des Heeres betraf, Sache des Generalstabes ward und dieser unmittelbar dem König unterstellt, also dem Kriegsminister, der die Organisation und Verwaltung behielt, nebengeordnet wurde: eine Einrichtung, die sich in der Folge sehr gut bewährt hat.

Die centralisierte Verwaltung sollte nun vor allem zweierlei leisten: erstens die neuen Erwerbungen auf preußisch einrichten, ohne doch gute Eigentümlichkeiten auszurotten, und zweitens den zerrütteten Finanzen wieder aufhelfen. Beide Aufgaben löste sie überraschend schnell. Die preußische Beamtenschaft hatte von altersher viel Geschäftsfertigkeit, und es fand sich manches vorzügliche Talent an einflußreicher Stelle, wie die Oberpräsidenten Sack in Pommern, Vincke in Westfalen, Merkel in Schlesien, oder der Geheime-Finanzdirektor Ladenberg in Berlin, welcher letztere ein Beamter war so recht von altpreußischem Schlage, eiserner Ausdauer, unverwüstlicher Arbeitskraft, strengem Ernst gegen sich und andere. Als einmal einer seiner Untergebenen, ein Rat, der die Geschäfte nicht überwältigen konnte, entschuldigend beteuerte, „er sitze von 6 Uhr früh ununterbrochen am Arbeitstisch", antwortete ihm Ladenberg tadelnd: „Aber, lieber Freund, wozu verwenden Sie denn die goldenen Morgenstunden?" Solche Männer brachten bald in das Chaos, das der Krieg zurückgelassen, Ordnung und alle die Sonderwesen in eine Form. Ihre mehr oder weniger rücksichtslose Energie schonte nur diejenigen fremden Einrichtungen, die wirklich Wert hatten — wie auf dem linken Rheinufer das zeitgemäßere Gerichtswesen — oder die unschädlich waren, z. B. daß den mediatisierten Herren in ihren Gebieten die niedere Verwaltung verblieb.

Zugleich wurde die das platte Land betreffende Gesetzgebung von 1811, welche einen Augenblick durch die Verfügung von 1816 bedroht schien, dann doch wieder rüstig weiter geführt und auf die neuen Landesteile ausgedehnt. Am 25. September 1820 erschien ein Edikt, welches die Ablösung der bäuerlichen Lasten für die Länder zwischen Elbe und Rhein regelte; und am 7. Juni 1821 ein Gesetz über die „Gemeinheitsteilungen", welches die Umwandelung der Gemeinde-Ländereien und Nutzungen in Einzelbesitztümer anordnete. Es war dies das letzte große Werk der Hardenbergschen Reform-Gesetzgebung. Schon Friedrich der Große hatte erkannt, daß der gemeinschaftliche Besitz des Grund und Bodens, der Wiesen, Gewässer, Wälder, für die Landeskultur mehr Nachteil als Vorteil mit sich bringe, und hatte daher mit Aufhebung der Gemeinheiten und Verteilung dieser Besitztümer unter die einzelnen Genossen begonnen. Es waren seitdem 2½ Millionen Morgen Gemeindeland aufgeteilt worden, in Einzelbesitz übergegangen. Jetzt wurden nun diese Auseinandersetzungen in größerem Umfange von der Staatsbehörde fortgesetzt. Die von ihr dazu bestellten „Generalkommissionen" betrieben die Sache mit solcher Ausdauer und Nachdrücklichkeit, daß bis zum Jahre 1848 noch beinahe 43 Millionen Morgen Gemeinland aufgeteilt oder von Belastungen („Servituten") befreit worden sind. Es war dies nichts Leichtes. Denn nicht bloß

die am Alten hängenden adligen Gutsbesitzer, auch die Bauern zeigten anfangs gegen die Aufteilung der Gemeindeweiden, die Abschaffung des Flurzwanges und das ganze Auseinandersetzungswerk große Abneigung und erschwerten der Behörde die Arbeit. Aber die Regierung führte beharrlich das heilsame Werk weiter, und hinterher erkannte die ländliche Bevölkerung den großen Nutzen desselben. Denn jetzt erst gab es auch auf dem Lande in Wirklichkeit lauter freie Eigentümer; jetzt erst war auch eine bessere Bewässerung und besserer Wegebau möglich, und auf seinem abgerundeten Besitz konnte der Bauer nun einen wirksameren Anbau als bisher versuchen. Nun versiegte auch die stärkste Quelle der Prozeßsucht auf dem Lande, der Streit um gemeinschaftliches Besitztum zwischen den Grundherren und Bauernschaften. Alles dies aber bewirkte, daß Kultur und Wohlstand auf dem platten Lande sich sehr beträchtlich hoben.

Mehr Schwierigkeit als die Einfügung der neuen Gebiete in den Staat und die Durchführung der neuen Gesetze machte der Regierung das Finanzwesen; gerade hier aber auch erscheint der absolute König mit seiner Bureaukratie im vorteilhaftesten Lichte. Die opfervolle Zeit von 1806 bis 1815 hatte alle Gemeinden und selbst den Staat tief in Schulden gestürzt; eine Lage, die der hohenzollernschen Monarchie neu war. Die Staatsschuld, die im Jahre 1806 kaum 54½ Millionen Thaler betragen hatte, war in den Kriegszeiten fast vervierfacht worden, betrug über 200 Millionen Thaler, und dabei gab es jetzt eine Menge außerordentlicher Bedürfnisse zu befriedigen: zerstörte Festungen, verdorbene Straßen mußten wiederhergestellt, die Vorratskammern von neuem gefüllt, Neu-Vorpommern und einige kleinere Erwerbungen, z. B. Stadt und Herrschaft Ottweiler im Trierschen, die ein Graf Pappenheim abtrat, bezahlt, eine Unzahl neuer Ämter und Einrichtungen, zumal in den westlichen Provinzen, geschaffen werden. Von dem Anteil an der französischen Kriegssteuer, etwa 40 Millionen Thaler, von den englischen Subsidien (12 Millionen), vom Erlös aus einigen Anlehen und Güterverkäufen blieb dem Staate nicht viel, nachdem er die dringendsten Forderungen der geschädigten Körperschaften und Provinzen befriedigt hatte. Der ausländische Kredit war gering, die Steuerkraft des Landes, das seinen Kriegsschaden auf hunderte von Millionen Thalern berechnete, mußte geschont werden. Da fand nun die Haupttugend des Königs, seine Wirtschaftlichkeit, Gelegenheit zu verdienstvollstem Wirken. Großmütig gab er seine Krondomänen preis, verzichtete (durch Verordnung vom 17. Januar 1820) auf die freie Verfügung über deren Erträge, welche damals jährlich 8¼ Millionen Thaler betrugen, gewährleistete mit ihnen, sowie mit dem gesamten Vermögen des Staates die Bezahlung der Staatsschulden und behielt sich zum Unterhalt der königlichen Familie nur eine auf jährlich 2½ Millionen Thaler festbestimmte Summe vor. Er erklärte sich also nach dem Ausdruck der Junker „für einen abgefundenen Pensionär“; aber die freisinnigeren Vaterlandsfreunde rühmten ihn als wahren Landesvater, und diese Bezeichnung war treffender. Außerdem machte er im Militär durch Beur-

laubungen große Ersparnisse und hielt an der Landwehreinrichtung, die er eigentlich nicht sehr liebte, doch besonders darum fest, weil sie mit den denkbar geringsten Kosten ein möglichst zahlreiches Heer lieferte. Er überwand sogar seinen Willen gegen den Namen der Reichsstände und verordnete durch Gesetz vom 30. Mai 1820, daß in Zukunft kein neues Darlehen ohne Bewilligung und Gewährleistung der einzuberufenden Reichsstände dürfe aufgenommen werden. Dadurch schob er dem Borgen wenigstens für seine Lebenszeit einen sehr gewichtigen Riegel vor. Zugleich setzte er eine „Haupt-Schulden-Verwaltung“ ein, bestimmte zur Verzinsung und Tilgung der Schulden, die noch 180 091 720 Thaler betrugen*) jährlich 10 Millionen und verordnete für die gesamten Staatsausgaben einen Höchstbetrag von jährlich 50 863 150 Thalern; er band sich also an ein Budget. Für außerordentliche Notfälle bediente er sich der Seehandlungs-Anstalt, welche, in die Stellung eines Staats-Bankhauses gebracht und von dem Direktor Rother sehr geschickt geleitet, der Krone zu kleinen Anleihen behilflich sein konnte, ohne daß man Reichsstände hätte in Anspruch nehmen müssen.

Freilich wäre dies alles unzureichend gewesen ohne die gründliche und heilsame Reform des Zoll- und Steuerwesens, die im Jahre 1818 vorgenommen wurde. Ihr Verdienst gebührt vornehmlich dem Finanzminister v. Klewiz. Auf den Rat dieses energischen und einsichtsvollen Staatsmannes führte der König eine bedingte Handelsfreiheit in Preußen ein. Schon durch Kabinettsbefehl vom 1. August 1817 hatte er verfügt, daß fortan das Prinzip der freien Einfuhr gegen Erlegung einer verhältnismäßigen Abgabe als Grundsatz für die Gesetzgebung des preußischen Staates angenommen werden solle. Jetzt bestimmte er durch Gesetz vom 26. Mai 1818, daß alle fremden Erzeugnisse der Natur und Kunst im ganzen Umfange des preußischen Staates eingebracht, verbraucht und durchgeführt, daß alle inländischen Erzeugnisse der Natur und Kunst aus dem preußischen Staate ausgeführt werden könnten. Diese gesetzlich ausgesprochene Handelsfreiheit solle den Verhandlungen mit anderen Staaten zur Grundlage dienen. Erleichterungen, welche preußischen Unterthanen in anderen Ländern zugestanden würden, sollten erwidert, dagegen Beschränkungen durch angemessene Maßregeln vergolten werden. Von Fabrik- und Manufaktur-Waren des Auslandes solle beim Eingang eine Verbrauchsteuer von zehn Prozent nach Durchschnittspreisen vom Werte erhoben werden, die jedoch auch geringer sein dürfe, wofern der inländischen Gewerbsamkeit dadurch kein Schaden erwachse. Der Verkehr im Innern endlich solle frei sein.

Demgemäß wurde nun für alle Waren außer Salz, Tabak, Most, Bier, Branntwein die Thoraccise aufgehoben und statt dessen in 126 größeren Städten die Mahl- und Schlachtsteuer, in den kleineren und auf dem platten Lande die Klassensteuer eingeführt. Unbeirrt durch das Mißfallen, welches die

*) Dazu kamen 11 240 000 Thaler unverzinslichen Papiergeldes und 25 900 000 Thaler vom Staate übernommener Provinzialschulden, sodaß die Gesamtschuldenlast des Staates 217 248 762 Thaler betrug, etwa soviel wie die Staatseinnahme von 4¼ Jahren.



Maßregel anfangs erregte, führte Klewiz dies neue Steuersystem durch, und die guten Wirkungen zeigten sich bald. Denn nicht nur flossen den Kassen des Staats und der Städte, die einen Anteil an der Mahl- und Schlachtsteuer erhielten, jetzt bedeutend größere Summen zu als vordem; es hob sich auch der Verkehr, seitdem er so erleichtert worden.

Diese Finanzmaßregel hatte aber noch eine andere und sehr großartige Folge: Preußen kam durch sie zu einer deutschnationalen Handelspolitik. Denn da bei der zerrissenen Gestalt des langgestreckten Staatsgebiets — 195 Postmeilen von Memel bis Saarbrücken — die Bewachung der Grenzen gegen die Schmuggler schwer und kostspielig war, so entstand das Bedürfnis, die Nachbarn in das preußische Zollsystem aufzunehmen, und da die Vorteile, welche Handel und Wandel in ganz Deutschland von dem Wegfall der inneren Zollschranken haben mußten, in die Augen sprangen, so schien es auch politisch klug, sich durch eine solche Wohlthat das deutsche Volk zu verbinden. Die Regierung brachte daher schon im Jahre 1827 mit einigen vom preußischen Gebiete eingeschlossenen Kleinstaaten eine Zolleinigung zu stande und gab sich die größte Mühe, immer mehr Bundesstaaten zum Beitritt zu vermögen; sie scheute dabei beträchtliche Opfer nicht, stellte sich zu den Genossen auf den Fuß der Gleichheit, und trotz der Ränke, die Österreich und England an den deutschen Höfen dawider spannen, sowie des Widerstandes, den der Souveränitätsdünkel der Klein- und Mittelstaaten leistete, erreichte sie ihr Ziel. Im Jahre 1828 trat Hessen-Darmstadt, im Jahre 1831 Kurhessen bei; 1833 folgten Bayern, Württemberg, Sachsen und die thüringischen Staaten. Am 1. Januar 1834 ward mit diesen der preußisch-deutsche Zollverein abgeschlossen, 1835 auch mit Baden und Nassau, 1836 mit Frankfurt a. M.; nur Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg und die Hansestädte hielten sich fern. Um das Zustandekommen des großen Werkes hatten sich unter den preußischen Beamten namentlich die Finanzminister von Motz (1825—30) und Maaßen (1830—34) und die Geheimräte Eichhorn und Kühne sehr verdient gemacht. Friedrich von Motz, geboren 1775 in Kassel und seit 1813 im preußischen Staatsdienste in verdienstvollster Weise thätig, hatte die ersten Anfänge des Zollvereins geschaffen; sein Nachfolger im Ministerium Karl Maaßen (geboren 1769 zu Kleve) führte das Unternehmen im großen aus und durch. Maaßen hatte bereits unter Klewiz einen beträchtlichen Anteil an der Finanz- und Steuerreform gehabt; er war der Verfasser des Zollgesetzes von 1818 gewesen; wie er die neue Handelspolitik hatte begründen helfen, so vollendete er sie auch.*)

So war nun der allergrößte Teil von Deutschland nebst den Provinzen Preußen und Posen — 24 Millionen Deutschen**) auf 8000 Quadratmeilen — wenigstens auf dem Gebiet des Handels und Gewerbes geeint.***) Die Thätig-

---

*) Vgl. A. Zimmermann, Gesch. d. preuß.-deutsch. Handelspolitik, Oldenb. u. Lpz., 1892.

**) Die Gesamtzahl der Deutschen in Preußen, Österreich und den Bundesstaaten betrug 33 Millionen.

***) H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte, IV. Bd., S. 379.



keit in diesen Nahrungszweigen nahm seitdem einen ungemeinen Aufschwung; denn da der Geschäftskreis jetzt unvergleichlich weiter und der Verkehr leichter war, so entstanden rasch überall neue gewerbliche und kaufmännische Unternehmungen und blühten, während auch die alten wuchsen. Kaum weniger Nutzen hatte der Landwirt, dessen Erzeugnissen sich nun ein sehr viel weiteres Marktgebiet öffnete. Der Landbau war in Preußen bereits durch die großen gesetzgeberischen Reformen von 1806 bis 1811, sowie durch den rationellen Betrieb, den Albrecht Thaer, der Begründer der ersten landwirtschaftlichen Lehranstalt (zu Möglin bei Eberswalde im Jahre 1806), gelehrt hatte, zu schöner Blüte gediehen; jetzt erfuhr derselbe nun eine neue sehr erhebliche Förderung.

Die Stiftung des Zollvereins verschaffte aber auch einen bedeutenden politischen Vorteil; denn Preußen gewann nun auf die materiellen Interessen Deutschlands einen großen Einfluß. Es bestimmte dessen Handelspolitik und eroberte sich die Zuneigung zunächst des deutschen Gewerbe- und Handelsstandes. Dies konnte wohl als Ersatz für die Geldopfer angesehen werden, die der preußische Staat der Einigung Deutschlands hierbei brachte; denn im Anfange erlitten seine Kassen durch den Zollverein beträchtlichen Schaden. Österreich, das schon wegen seiner verschiedenen Verkehrsverhältnisse in eine Zolleinigung mit Deutschland nicht treten konnte, sah mit Eifersucht, wie sein alter Nebenbuhler auf einem Umwege nun doch zu einer Art von Führerschaft in Deutschland gelangte; es wagte aber nicht mit Preußen zu brechen und ließ geschehen, was nicht zu ändern war.*)

Auch die geistigen Interessen des Volkes sind unter dieser Regierung gefördert worden. Selbst für die Kunst that der prosaisch gestimmte König manches. Er hat das Alte Museum in Berlin (durch Schinkel 1824—28) erbauen lassen und es mit den besten Bildsäulen und vielen Gemälden aus seinen Schlössern in Potsdam und anderwärts ausgestattet. Er war auch der Gönner Rauchs, der 1815 das berühmte Grabdenkmal der Königin Luise in Charlottenburg schuf. Größer jedoch war das Verdienst, das sich Friedrich Wilhelms III. Regierung um den öffentlichen Unterricht erwarb. Seine Bureaukratie leistete hier sehr viel. Denn sie verstand es, das Richtige in praktische Regel zu bringen und führte ihre Verfügungen mit Kraft durch. Wo man ihr nicht von oben her es anders befahl, hielt sie an ihres Meisters Hardenberg liberalem System fest und bewies, daß es ihr weder an Freisinn noch an Einsicht in die wirklichen Bedürfnisse der Zeit fehlte. Für das höhere Schulwesen war in Preußen immer viel geschehen, ungemeine Fortschritte aber machte es, nachdem seine Verwaltung 1817 vom Ministerium des Innern abgetrennt und einem besonderen „Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten" übertragen worden war. Die Leitung desselben bekam der 1810 entlassene Minister v. Altenstein;

---

*) H. v. Treitschke, a. a. O., S. 384.

er bewährte sich jetzt in diesem Fach besser als früher im Finanzfach. In rascher Folge erschienen von ihm eine Menge angemessener Bestimmungen, strenge Prüfungsordnungen, weise Reglements und Einrichtungen, die den höheren Unterrichtsanstalten tüchtige Lehrkräfte und zweckmäßige Lehrmethoden sicherten. Besonders heilsam erwies sich die Gründung philologischer Seminarien bei den Universitäten. Die Gymnasien als Vorschulen der Universitäten, diese als die Pflanzstätten der Beamtenschaft wurden eifriger als je gepflegt und vermehrt; es wurden 70 neue Gymnasien errichtet, die einander allzu nahe gelegenen Universitäten Halle und Wittenberg (1817) zu einer in Halle vereinigt, und für die Rheinprovinz (1818) in Bonn eine eigene Universität gegründet. Aber die Regierung zeigte sich zugleich der Bildung des Bürgerstandes so geneigt, wie man es von einer aufgeklärten Bureaukratie erwarten konnte. Sie gründete und förderte Realschulen und Gewerbeschulen, welche das geistige Vermögen des Handwerkers und Kaufmanns, des Landwirts und Künstlers außerordentlich vermehrten und dadurch zur Vervollkommnung aller Gewerbthätigkeit viel beitrugen; sie schuf für den Gewerbestand in dem 1821 von Beuth begründeten Gewerbe-Institut zu Berlin sogar eine Art von Universität.

Die größten Erfolge errang sie jedoch in dem eigentlichen Volksschulwesen; binnen drei Jahren wurden allein in Westpreußen — hier auf Betrieb v. Schöns, der die Provinz als Oberpräsident verwaltete — 400 neue Elementarschulen errichtet. Aber die Regierung begnügte sich nicht damit, Elementar- und Bürgerschulen und Schullehrer-Seminarien, wo sie fehlten, einzurichten, die Unterrichtsmethoden namentlich durch Verbreitung der Pestalozzischen Lehrart zu verbessern, zu vereinfachen, und was sich im Auslande bewährt hatte, nachzuahmen; sie zwang auch das Volk, Gebrauch zu machen von dem Guten, was ihm der Staat bot, indem sie den Grundsatz der allgemeinen Schulpflichtigkeit durchführte: jedes Kind vom sechsten Jahre an bis zur Konfirmation mußte von seinen Eltern oder Vormündern in die Schule geschickt, und keines durfte konfirmiert werden, welches sich nicht wenigstens die notdürftigsten Schulkenntnisse erworben hatte. Man begreift, wie nötig der Zwang war, wenn man erfährt, daß beispielsweise in der Stadt Grünberg im Jahre 1821 von 900 Bürgern etwa 300 ihren Namen gar nicht und 300 ihn kaum leserlich schreiben konnten.*) Die Aufsicht über die Volksschule wurde dem Ortsgeistlichen als „Revisor“ und einem von der Gemeinde gewählten Schulvorstand übertragen; die Volksschulen eines Kirchensprengels überwachte der Superintendent oder der Erzpriester als „Schulinspektor.“ Da die Geistlichen damals zum allergrößten Teile Rationalisten waren, so hinderte die Unterordnung der Volksschule unter die Kirche keineswegs, daß die Aufklärung das oberste Ziel aller Lehrthätigkeit wurde. Alles dies, besonders aber der heilsame Schulzwang, bewirkte nun eine rasche und glänzende Blüte des preußischen Schulwesens; es erlangte in der ganzen Welt einen hohen Ruhm und diente

*) F. u. P. Goldschmidt, Leben des Staatsrates Kunth, Berlin 1881, S. 125.

vielen Staaten zum Musterbilde, obwohl gerade die freiheitlich verfaßten, z. B. England, es nie erreichen konnten, weil ihre Regierungen eben nicht die Macht besaßen, den Schulbesuch zu erzwingen. Kasernen und Schulen, allgemeine Wehrpflicht und allgemeine Schulpflicht — das waren fortan die Grundpfeiler von Preußens Macht und Ansehen.

Auf dem Gebiete des Unterrichts herrschte also, wenn man von der politischen Überwachung der Universitätskatheder absieht, nichts weniger als Reaktion, und es ist dies dem Könige um so höher anzurechnen, weil er persönlich es gern gesehen hätte, wenn das Wissen bei einem jeden Unterthan auf den engen Kreis des Berufs und auf den Bildungsgrad der Väter beschränkt geblieben wäre. Der Fortschritt schien ihm überall verdächtig, weil das Ende sich nicht absehen lasse, und weil das Zeitalter offenbar ein revolutionäres sei. Indessen, er hatte es nur mit dem erwachsenen Geschlecht zu thun und mochte der Zukunft nicht vorgreifen.

In den kirchlichen Dingen stand die Sache anders; hier trat die Wirkung der Lehre weit schneller ein, der Einfluß der Geistlichkeit auf das Volk berührte den Staat unmittelbar. Darum begünstigte die Regierung diejenigen religiösen Richtungen, welche dem revolutionären Wesen am meisten entgegenarbeiteten. Doch im ganzen blieb der König den duldsamen Überlieferungen seines Hauses treu; wahre, ungeheuchelte Gottesfurcht verband sich in ihm mit einem milden Sinne, der den Hader der Konfessionen verabscheute. Wie oft hatten seine Vorfahren sich abgemüht, die Spaltung zwischen Lutherischen und Reformierten zu schließen! Ihm gelang es. Bei der dritten Jubelfeier der Reformation 1817 führte er durch einen Kabinettsbefehl die **Union** ein, welche nun die beiden Konfessionen zur „evangelischen Kirche" vereinigte. Zwang wollte er anfangs nicht anwenden, und ein solcher schien auch kaum nötig, da die feindlichen Gegensätze sich im Laufe der Zeit verwischt hatten. Der König, der bei Verfolgung dieses Lieblingsplanes an theologischen Beschäftigungen Geschmack gefunden hatte, entwarf nun eigenhändig eine **Agende**, für die er ganze Foliohefte auszog. Sie wurde dann von seinen Hof-Geistlichen im Sinne der Union ausgearbeitet und sollte (1824) in allen evangelischen Kirchen eingeführt werden. Die meisten Gemeinden nahmen sie an; nur einige lutherische in Schlesien weigerten sich standhaft und zogen es vor, eine besondere Sekte, die Alt-Lutheraner zu bilden, was den König so aufbrachte, daß er sich zu Gewaltmaßregeln hinreißen ließ, die doch weder mit seiner sonstigen Duldsamkeit noch mit dem Geiste des Unionwerkes stimmten.

Seit hundertundfünfzig Jahren war es der Ruhm des hohenzollernschen Staates, der Hort des Protestantismus, zunächst in Deutschland, zu sein. Diesen Ruhm schien der König aufgeben zu wollen. Zwar hat auch er unterdrückten Glaubensgenossen des Auslands in Preußen eine Zuflucht eröffnet; 500 Lutherische aus dem Zillerthal in Tirol fanden bei ihm freundliche Aufnahme; er siedelte sie 1837 in der Nähe von Erdmannsdorf in Schlesien an und baute ihnen eine Kirche und Schule. Aber wie weit blieb er hier doch hinter den

Leistungen seiner kraftvollen Ahnen zurück! Er, das Haupt eines Großstaats und des festländischen Protestantismus Schutzherr, hätte dem Glaubensdruck der österreichischen Regierung entgegentreten, hätte, gestützt auf den § 16 der Bundesakte, die Duldung der deutschen Evangelischen in Österreich, ja ihre Gleichberechtigung fordern sollen; er that es nicht. Es hinderte ihn daran zumeist sein Mangel an Thatkraft und seine Friedensliebe; zum Teil aber wirkte dabei eine gewisse Abneigung gegen das Freiheitliche im Protestantismus mit, insofern dasselbe zur Auflehnung gegen die Obrigkeit führen konnte. Übrigens, so zugethan er auch seiner Konfession war, es lag ihm von ihr doch hauptsächlich das Positive und weit weniger der Gegensatz gegen Rom am Herzen. Daher verbot er denn auch (durch Kabinettsbefehl vom Jahre 1821), in amtlichen Schriften die Namen Protestant und Protestantismus zu gebrauchen, und gestattete nur das Wort evangelisch.

Wie wenig wünschenswert es dem Könige schien, den protestierenden Geist der Unterthanen zu ermuntern, das zeigte sich auch in seinem Verhalten zur römischen Kirche selbst. Es herrschte damals bei einem Teile der deutschen Katholiken die Neigung, sich von Rom loszumachen, den Geistlichen die Ehe freizugeben und eine deutsche Nationalkirche zu gründen; die Häupter dieser Partei waren der Konstanzer Generalvikar v. Wessenberg und der Professor Hermes in Bonn, der als Ausgangspunkt aller Kirchenlehre die Vernunft annahm. Anstatt nun auf jene Idee einzugehen und als oberster Bischof auch der katholischen Preußen selbst die Grenze zwischen Staat und Kirche zu ziehen, unterhandelte der König darüber mit dem Papste, und wie gewöhnlich so wurde auch jetzt seine Diplomatie von der fremden übervorteilt. Rom errang, unterstützt durch die Unfähigkeit des preußischen Unterhändlers Niebuhr, einen bedeutenden Sieg. Es erhielt durch Vertrag vom Jahre 1821 auf die katholischen Unterthanen Preußens einen Einfluß, wie es ihn in keinem andern protestantischen Staate besaß. Der König behielt nur in den östlichen Provinzen das Ernennungsrecht der Bischöfe, also für das Erzstift Gnesen-Posen und die Stifter Kulm und Ermland; in den westlichen, dem Erzstift Köln und den Bistümern Münster, Trier, Paderborn, sowie in Breslau sollten die Domkapitel wählen, wenn auch mit Beachtung der Wünsche des Königs. Sehr zufrieden konnte die römische Kirche auch mit der Berücksichtigung sein, die ihre äußeren Bedürfnisse erfuhren. Denn der preußische Staat verpflichtete sich, ihr für dieselben einen Zuschuß zu zahlen, der zwar den Verlust nicht aufwog, den sie durch die Säkularisationen erlitten, der aber weit größer war, als was die evangelische Kirche vom Staate empfing. Überdies gab Rom in diesem Vertrage keinen einzigen seiner Gebräuche auf, wenn ein solcher auch dem preußischen Landrecht widersprach. So konnte es geschehen, daß nach Abschluß des Geschäfts der Papst den König von Preußen wegen dessen wunderbarlicher (mirifica) Unterstützung der päpstlichen Wünsche, wegen eines Verfahrens belobte, welches, von einem katholischen Fürsten gegen protestantische Wünsche geübt, Roms Verdammungsurteil erfahren haben würde.

Der Beweggrund zu solcher Nachgiebigkeit lag bei Friedrich Wilhelm III. zum Teil in dem Wunsche, die unter dem Einfluß des katholischen Klerus stehende Bevölkerung der ehemaligen Hochstifter am Rhein und in Westfalen mit dem preußischen Staatstum zu befreunden, zum Teil aber auch in der Furcht, es möchten sich aus den Reformbestrebungen der deutschgesinnten Katholiken, die übrigens an mehreren protestantischen Kleinstaaten einen Rückhalt fanden, politische Umsturzpläne entwickeln. Die Reaktionspartei, die den König beriet, verschloß sich der Thatsache nicht, auf die Stein einmal mit den Worten hinwies: „Preußen ist ein protestantischer Staat, in welchem sich seit zwei Jahrhunderten ein großes, vielseitiges Leben, ein Geist der freien Untersuchung entwickelt hat. Auch den Dümmsten im Volke wird man nicht glauben machen, daß es von dem Willen des Fürsten abhänge, ob, wann und wie er eine übernommene Verpflichtung erfülle, und daß, wenn durch Willkür und Mißhandlung gereizt, er sich diesem widersetze, ein Nachbar ihn tot zu schlagen befugt sei." Aber gerade darauf kam es an, die Überzeugung von der Pflicht des blinden Gehorsams gegen die Machthaber dem Volke beizubringen. Der König hielt sich dazu berechtigt; er setzte, und mit dieser Ansicht stand er nicht allein, das Deutschtum so recht in den Gegensatz zu den Freiheitsbestrebungen der Völker, die ihm erst aus Paris und vom Jahre 1789 herzustammen schienen, obwohl doch gerade das alte deutsche Recht den fürstlichen Absolutismus nicht kannte. Geduldige Unterwerfung unter den Willen der Obrigkeit hielt er für echt deutsch; er hielt sie auch für echt christlich und fand weder in der Bibel noch bei Luther etwas, was dieser Auffassung widersprach. Vielmehr versicherten ihm seine Geistlichen — z. B. sein Schmeichler, der evangelische Bischof Eylert, der in ihm das „gute Prinzip" verehrte — der Fürst stehe zu den Unterthanen genau in demselben Verhältnis, wie ein Vater zu seinen unmündigen Kindern. Er habe also zu deren eigenem Wohle von ihnen unbedingten Gehorsam zu fordern; während er selbst ihnen keine Rechenschaft schuldig sei, auch die Erfüllung von Verheißungen versagen dürfe, gerade wie ein verständiger Vater kleinen Kindern, um sie zu beruhigen oder anzutreiben, wohl dies und jenes verspreche, aber nachher doch nur das gewähre, was er für heilsam halte. Die Liebe zum Landesvater, das sei die wahre preußische Verfassung, erklärte „in bedientenhafter Rede" — wie ein neuerer Geschichtsschreiber jener Zeit*) sagt — der Bischof Eylert am Ordensfeste im Januar 1832.

Der König ging daher noch einen Schritt weiter und versuchte die evangelische Kirche unmittelbar für die Aufrechterhaltung und Beförderung des absolutistischen Systems zu benutzen. Zunächst befahl er, Pfarrer und Lehrer, welche demagogische Umtriebe begünstigt hätten oder dessen auch nur mutmaßlich verdächtig wären, ohne weiteres abzusetzen; sodann verlangte er allen Geistlichen einen Eid ab, in welchem es hieß: „Mit Lehre und Beispiel, mit Wort und That will ich die königliche Macht und Würde verteidigen, wie es

*) v. Treitschke, Deutsche Geschichte, IV. 275.

in unserer heilsamen monarchischen Regierungsform festgesetzt ist. Auch will ich zu rechter Zeit es aufdecken, wenn ich erfahren sollte, daß etwas vorhanden sei zur Änderung oder Aufhebung dieser trefflichen Grundverfassung, in welcher das Wohl des Staates bestand und bestehet, und der ich in allen Punkten gehorchen und nachkommen will und werde. Desgleichen will ich, soviel an mir ist, Gehorsam schaffen Seiner Königlichen Majestät, meinem allergnädigsten Könige, und denen, welche von seinetwegen zu gebieten und zu befehlen haben; auch alle meine Pfarrkinder und Gemeindemitglieder anhalten, jeder Zeit recht zu denken und zu reden über das weltliche Regiment, welches von Gott verordnet ist." Die evangelische Kirche sollte also eine gute politische Gesinnung im Volke pflegen. Dasselbe erwartete der König nun von der katholischen Geistlichkeit und von den Jesuiten, die er nicht verhindert hatte, sich in die Rheinprovinz einzuschleichen. Er fand aber bald, daß er mit seiner Nachgiebigkeit gegen den Papismus zwar diesen, aber nicht seine Fürstenmacht gestärkt hatte.

Die ultramontane Partei, von den Jesuiten, deren Orden der Papst 1814 wiederhergestellt hatte, klug geleitet, begriff, daß Preußen immer der natürliche Gegner der römischen Hierarchie und der Hort des Protestantismus bleibe, wenn auch sein König zeitweilig diesen Gegensatz nicht hervorkehre. Sie unterstützte deshalb die Widerwilligkeit der Rheinländer gegen das preußische Staatswesen und trug das ihrige dazu bei, mit dem Könige auch die preußische Nationalität unbeliebt zu machen. Wessen er sich in der Wirklichkeit von dem Bundesgenossen, den er in Rom gesucht, zu versehen habe, erkannte der König im Jahre 1835, als nach dem Tode des Kölner Erzbischofs Grafen Spiegel, eines milden, freisinnigen Mannes, der Freiherr v. Droste-Vischering, bisher Domkapitular in Münster, mit Genehmigung der Regierung den erzbischöflichen Stuhl von Köln bestieg. Dieser Prälat war ein Mann des strengsten Katholicismus, von schroffem Charakter und in keiner Weise geeignet, Frieden und Duldung zwischen Katholiken und Protestanten zu pflegen. Das wußte man am Berliner Hofe nicht, wo vielmehr der Kronprinz thörichter Weise bloß auf den Rat katholischer Freunde, welche die Frömmigkeit und die altadelige Abkunft Drostes hervorhoben, für dessen Wahl eintrat. In Rom kannte man ihn besser. Dort war man überrascht, daß der König von seinem Einspruchsrechte gegen diese Wahl keinen Gebrauch gemacht hatte. „Ist die preußische Regierung toll?" rief der päpstliche Staatssekretär Kardinal Lambruschini aus, als er davon erfuhr.*) Zu spät ward der Berliner Hof seiner Verblendung inne. Der neue Erzbischof nahm sofort eine Verfolgung der zahlreichen Hermesianer vor und brach sodann sein früher gegebenes Versprechen in betreff der gemischten Ehen, indem er sich weigerte, Ehen zwischen Katholiken und Protestanten zu gestatten, wofern nicht die Brautleute volle Sicherheit gäben, alle ihre Kinder dereinst katholisch zu erziehen. In

*) H. v. Treitschke, a. a. O., S. 690.

den östlichen Provinzen des preußischen Staates galt seit 1803, unangefochten von der römischen Kirche, die gesetzliche Vorschrift, daß die Kinder gemischter Ehen dem Bekenntnis des Vaters folgen sollten, und diesen Rechtsbrauch hatte der König im Jahre 1825 auch für die westlichen Lande anbefohlen, ohne freilich den Papst zur Anerkennung desselben bringen zu können. Jetzt erhob der Erzbischof offen und heftig Einspruch und Widerstand dagegen. Vergebens suchte ihn die Regierung anders zu stimmen; da riß denn dem Könige endlich die Geduld, er ließ den aufsässigen Kirchenfürsten (am 20. November 1837) festnehmen und durch Gensdarmen auf die Festung Minden bringen. Der Papst aber bestätigte ausdrücklich des Erzbischofs Verfahren, klagte die preußische Regierung an, die Rechte der katholischen Kirche und des heiligen Stuhls mit Füßen getreten zu haben, und wie ein Mann erhob sich die ganze papistische Partei mit gewaltigem Lärm, griff unter donnerndem Beifall aller katholischen Preußenfeinde in zahllosen Schmähschriften, namentlich von Bayern aus, den König, das Preußentum und den Protestantismus an und suchte das Volk am Rhein zum Aufstande zu bringen. Jetzt fielen so manchem katholisierenden Protestanten die Schuppen von den Augen, ging so mancher außerpreußische Protestant in sich, der sonst thöricht Preußen angefeindet. Friedrich Wilhelm seinerseits schritt nun auf dem Wege ernster Abwehr gegen Rom weiter vor. Die Tumulte, die am Rhein hie und da entstanden, wurden rasch mit Waffengewalt unterdrückt, und als im Februar 1838 der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin v. Dunin, ebenfalls durch einen Hirtenbrief die Einsegnung gemischter Ehen untersagte, wenn die Kinder aus denselben nicht im voraus der katholischen Kirche zugewiesen würden, ließ ihn die Regierung in Kriminaluntersuchung ziehen, infolge deren er zu sechsmonatiger Festungsstrafe verurteilt und da er bei seiner Widersetzlichkeit beharrte, 1839 auf die Festung Kolberg geschickt wurde. Gründlich halfen diese Maßregeln allerdings nicht. Denn der Papst und die Bischöfe, auch die Nachfolger Drostes, blieben bei ihren Erklärungen, hielten an ihrer unduldsamen Praxis fest, und der König glaubte es bei jenen Beispielen der Strenge bewenden lassen zu können. Ja, er verkannte die kirchenpolitischen Verhältnisse so sehr, daß er im Jahre 1839 beschloß, die Interessen des Staates gegenüber der römischen Kirche durch eine katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium vertreten zu lassen: eine Maßregel, die dann sein Nachfolger ausgeführt hat, und die, wie sich später gezeigt hat, soviel hieß, wie den Bock zum Gärtner machen. Erfolgreicher führte die protestantische Presse den Kampf gegen den Jesuitismus; sie deckte dessen Gemeinschädlichkeit auf und brachte die ultramontane Partei auch bei einem Teile der Katholiken in Mißkredit. Denn schon war die Aufklärung selbst über Gegenden angebrochen, wo sonst unumschränkt der römische Glaubenszwang geherrscht, und sie wurde gefördert durch die freiheitliche Richtung, die der Sinn des gebildeten Teiles der Nation in politischen Fragen einzuschlagen begann.

Revolutionäre Keime.

Einmütig hatten 1813 alle Parteien und alle Schichten des preußischen Volkes sich gegen den gemeinsamen Feind, gegen Frankreich, erhoben und ihn zu Boden geworfen; nach dem Siege, seit 1815, gingen ihre Wünsche wieder auseinander, und es ergab sich eine um so größere Verschiedenheit der Meinungen und Bestrebungen, da jetzt neue Stämme zu den Altpreußen hinzugekommen waren. Man konnte nicht sagen, was die Nation, sondern nur, was die Teile wollten. Die Masse des Volks, der Bürger und Bauer, zumal in den alten Provinzen, war zufrieden mit dem Ergebnis des großen Kampfes; sie verlangten nach so gewaltigen Anstrengungen Ruhe und Frieden und eine gerechte, verständige und wohlwollende Verwaltung. Dies wurde ihr zu teil. Man hörte zwar hie und da Äußerungen des Tadels, wie: „die Regierungsmaschine sei einem kostbaren, schwerfälligen Beamtenheere anvertraut, welches Berge von Akten häufe, Oceane von Tinte vergieße und nichts leiste.“ Aber solche unbegründete Klagen gingen nur von erbitterten Feinden der „Büralisten“ aus, und Stein, der sie mitteilt und billigt, muß nachher, wenn er die preußischen Zustände mit denen im übrigen Deutschland vergleicht, doch selbst gestehen: „Ich finde in der preußischen Verwaltung trotz großer Mißgriffe ein Fortschreiten in geistiger und militärischer Hinsicht; die Errichtung so vieler Schulen, der Bau so vieler Festungen, die Deutschland schützen; die Anschaffung großer Geschütz-, Gewehr- und Munitions-Vorräte, die Entwickelung einer sehr großen, vollkommen organisierten Streitkraft beweisen es in großen Zügen und durch große Resultate. Und doch bezahle ich (an Steuern) in Preußen nur fünfzehn, im Nassauischen zwanzig Prozent.“ *) Ähnlich sprachen sich andere klarsehende Politiker außerhalb Preußens aus: „Wer macht das alles, was in Preußen vorgeht? Wer bestimmt und leitet und ordnet das Gute an, was dort mehr geschieht als in irgend einem anderen Lande?“ „Der König hat guten Willen“, antworteten sie sich, „ist ein redlicher, verständiger, gerechter Mann; im Staatsrat ist große Intelligenz; die Oberpräsidenten sind geübt in der Verwaltung, und die Beamten trefflich geschult, aber das alles macht es nicht; die eigentlich bewegende Kraft liegt in dem Staat als Ganzem; es arbeitet und drängt ein so frisches und bedeutendes Leben in ihm, daß alle Einzelnen nur als Werkzeuge erscheinen.“ **) Die Menge urteilte freilich nicht so günstig; „nur wenige hatten damals auch nur davon ein Verständnis, was ein großartig ausgebildetes Kriegsheer und eine redliche und wohlwollende Verwaltung für das Zusammenleben der Menschen zu bedeuten hat.“ Die materiellen Interessen, das wenigstens konnte kein Unbefangener leugnen, waren gut aufgehoben bei einer Regierung, die keine Schulden machte, keine drückenden Steuern ausschrieb und Handel und

---

*) Stein bei Pertz a. a. O. 705.

**) Perthes a. a. O. III. 298.

Wandel von so vielen Fesseln befreite. Wie anders sah es in dieser Beziehung in den Nachbarstaaten, z. B. im Königreich Sachsen aus! Dort dauerte noch nach 1815 das Mittelalter mit vielen seiner Mißstände, ja in einigen Landesteilen sogar mit seiner Leibeigenschaft fort. „Dem königlich sächsischen Bauer bot sein Nachbar, der preußisch-sächsische, der von allem Jammer des Feudalwesens befreit worden, einen für seine Regierung sehr ungünstigen Vergleich dar.“*) Und wie unglaublich langsam war in Sachsen der Geschäftsgang! Auf der Leipzig-Dresdner Straße war bei Wurzen eine Brücke über die Mulde nötig. Auch hatte man schon im Jahre 1730 den Plan dazu entworfen; aber im Jahre 1830 war der Bau noch immer nicht begonnen.

Allein die Gebildeten — der Adel, der höhere Bürgerstand, die Beamten, die Gelehrten und Geistlichen — alle die, welche das Schwert des Geistes gegen Napoleon geführt hatten, richteten ihre Blicke noch auf höhere Güter als die Segnungen eines patriarchalischen Regiments, so wohlmeinend und zweckmäßig dasselbe auch im ganzen verfahren mochte. Sie wünschten in Staat und Kirche diejenigen Ideen zur Geltung zu bringen, um deretwillen sie gelitten und gekämpft hatten. Da waren es nun besonders zwei Strömungen, die sich in der öffentlichen Meinung bemerkbar machten: der Hang, zu den Ordnungen der Vergangenheit, mit denen die französische Revolution gebrochen hatte, zurückzukehren, und der Trieb, das fremde Gute, welches in ihr gelegen, deutsch zu entwickeln.

Zunächst überwog doch die reaktionäre Strömung. Es schien deutsch und vernünftig, alles das abzuwehren, dessen Ende in Frankreich zuletzt das Jakobinertum und der Atheismus gewesen war. Aber während die Besonneneren das Alte lebensfähig zu machen suchten, indem sie es einigermaßen reformierten und dann freilich selbst mit sehr mangelhaften Ergebnissen zufrieden waren, stürzte sich die Mehrzahl Hals über Kopf mit ihren Wünschen in die Verehrung des veralteten mittelalterlichen Wesens. Am weitesten gingen aber diejenigen, welche zugleich das persönliche Interesse trieb. Der Adel, seit seine Güter beweglich geworden, seit er notgedrungen und seiner Natur zuwider in Erwerbswettstreit mit dem Gewerbstande getreten war und dabei natürlich den kürzeren gezogen hatte, suchte großenteils in unbedingter Wiederherstellung alles Alten sein Heil. Schon 1815 kam, zuerst in Wien, unter den Rührigsten dieses Standes, der bei der allgemeinen Wiederherstellung am wenigsten gewonnen, eine Verbrüderung, die Bildung einer „Adelskette“ zur Sprache; der Versuch wurde später erneuert, aber es blieb bei Entwürfen. Am meisten hatte der Adel in Preußen Grund über Verluste zu klagen, und doch wurde er hier von den Liberalen am lautesten angegriffen. Da war es denn kein Wunder, wenn er wieder schlug. Der sehr freisinnige und patriotische Graf Geßler schrieb darüber im Jahre 1818 an Arndt: „Es ist höchst parteiisch und ungerecht zu sagen, der Adel drücke die Bauern, da dieser Vorwurf nur die

*) Langethal in Raumers historischem Taschenbuch 1863, S. 266, 304.

Güterbesitzer treffen könnte. In Preußen haben die Juden einen sehr großen Teil der vormaligen adligen Güter inne, und der durch den Krieg zu Grunde gerichtete Adel hat sein Letztes hergegeben, das Vaterland zu retten, während ihn die Juden aussogen. Daß die Herren Schriftgelehrten über das Judenunwesen, das wirklich schimpflich und unverantwortlich ist, nichts sagen und immer fortfahren wider den Schatten Adel zu fechten, wundert mich nicht, weil ich sie kenne; sed tu, mi Brute?"*)

Übrigens war jene „Adelskette" im Grunde doch mehr ein Zeichen der Zeit als des Standes. Denn selbst in der Philosophie erhielt nun jene Vorliebe für goldene Zeitalter, jene Verschmähung des in der Gegenwart herrschenden Geistes wieder die Oberhand, welche, zur Zeit der Fremdherrschaft entstanden, von Fichte, der sie eine „Beschränktheit der Erstorbenheit" nannte, erfolgreich bekämpft worden war. Ihr Hauptvertreter, Schelling, indem er die einen durch Mythologie und Symbolik, die andern durch phantastische Naturphilosophie von der neuen Geschichte und von der Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse abzog, konnte fast als ein Gehilfe der Dunkelmänner gelten. Denn seine Weltweisheit führte zum Quietismus und begünstigte zunächst das Aufschießen des Wunderglaubens, wie denn in der That die Mesmeristen, die Theosophen und Geisterseher jetzt wieder viel Zulauf hatten. Ebendahin trieb die romantische Dichtung, die, einst um den Aufschwung des Deutschtums hoch verdient, sich nun desto weiter von der Gegenwart abkehrte und in unter- und überirdische Regionen, in das Reich der Träume und Geister flüchtete, je mehr im Staate einerseits das Unfreisinnige, andrerseits eine gewisse nüchterne Verständigkeit aufkam. Da suchte Achim v. Arnim in der Poesie die Politik zu vergessen und schrieb Theodor Amadeus Hoffmann seine eigenartigen Werke. Da setzte Friedrich v. Schlegel das vollendetste Leben in den brütenden Müßiggang der Hindu, das Ideal des Menschentums in Pflanzenähnlichkeit, während Ludwig Tieck**) auf der Asche des Volksenthusiasmus von 1813 mit seinen Dichtungen eine „wunderbare Märchenwelt mondbeglänzter Zaubernacht" erbaute.

Solch Dämmerlicht that den überreizten Geistern wohl und stimmte zu der Ruhebedürftigkeit der Massen; es erleichterte aber auch den Obskurantismus, welcher nach dem moralischen Schiffbruch der französischen Revolution sich wieder eingenistet hatte. Am meisten machte er sich in der römischen Kirche breit; aber er zeigte sich auch in der protestantischen. Von der Thatsache ausgehend, daß auf die Vernunft allein eine religiöse Weltanschauung sich nicht gründen läßt, gelangte ein Teil der Glaubensbedürftigen unter den Evangelischen zu einem Mysticismus und Pietismus, der in Abtötung des mit der Erbsünde behafteten Fleisches und in gefühlsseligem Aufgehen in unverständlichen oder unklaren Dogmen und Symbolen den Inhalt, in heimlichen Kon-

*) Bei Arndt, Notgedrungener Bericht II. 145.

**) Geboren 1773, gestorben 1853 zu Berlin.



ventikeln die Form der wahren Religion fand; eine Richtung, die bald in Muckerei ausartete und bei fast allen ihren Anhängern geistlichen Hochmut erzeugte, bei einigen, wie ihre Gegner meinten, selbst zu unsittlichen Verirrungen führte. Gerüchte dieser Art, die sich über eine Sekte von Mystikern in Königsberg und deren Haupt, den Pastor Ebel, verbreiteten, gaben den Staats- und Kirchenbehörden Anlaß zum Einschreiten (1835). Die Versammlungen dieser „stillen Frommen“ mit ihren „Seelenbräuten“ wurden verboten, und Ebel nach langjährigem Prozeß, der übrigens von den Behörden mit großer Voreingenommenheit geführt wurde und den Sektierern nichts wirklich Unzüchtiges nachwies, abgesetzt.

Von solchen Gegnern hatte der Rationalismus nichts zu fürchten; dagegen verlor er viel Boden an einen tüchtigeren Feind: die Orthodoxie. Zu Anfang des Jahrhunderts waren die Alt- und Strenggläubigen, welche als einzige religiöse Erkenntnisquelle die Bibel ansahen und einem jeden Teile derselben göttlichen Ursprung beilegten, ein kleines Häuflein; jetzt aber wuchs ihre Zahl mächtig, weil man die verderblichen Wirkungen des französischen Aufkläricht kennen gelernt hatte. In Preußen traten als die geschicktesten Vorkämpfer der Orthodoxie Hengstenberg in Berlin und Tholuck in Halle auf; sie führten mit den Häuptern des Rationalismus, Wegscheider und Gesenius in Halle, einen erbitterten Kampf, in welchem sie schon darum das Übergewicht hatten, weil sie konsequenter waren als ihre Gegner, die einen Teil der Offenbarung annahmen, einen andern ablehnten. Allein auch diese Orthodoxen schienen manchem religiös Gesinnten noch nicht konsequent genug. War nicht die ganze Reformation in gewisser Beziehung eine Revolution? War sie nicht eine Auflehnung der Vernunft wider die Autorität? Hatte sie nicht dem schönen bunten, eigenartigen Mittelalter ein Ende gemacht? So fragten sich besonders unter den Romantikern viele; auch bei manchen sonst nüchternen Köpfen kam der Protestantismus in Mißkredit, und die, welche das Katholisieren am folgerechtesten vornahmen, wurden geradezu katholisch, kehrten, wie Friedrich Schlegel und Görres, in den Schoß der „alleinseligmachenden“ Kirche zurück. Solcher Abfall schreckte dann wieder den einschlummernden Volksgeist auf, der in Preußen doch noch immer protestantisch genannt werden mußte, wenn auch die Zahl der katholischen Mitbürger jetzt groß war. Man wurde auf das Treiben der Jesuiten aufmerksam; man redete wieder von Pfaffen und Finsterlingen und vom Antichrist in Rom. Die Besorgnis stieg, als der König sich 1824 mit der katholischen Gräfin Auguste von Harrach (die er zur „Fürstin von Liegnitz“ erhob) vermählte. Man witterte in der Agende des Königs etwas Katholisches, obwohl man dann eher an Petersburg als an Rom hätte denken können. Die sonderbarsten Gerüchte gingen durch das Land; es hieß, die Jesuiten wollten mit Hilfe der Harrach den König römisch machen. Die Regierung hatte (1823) das Münzwesen umgewandelt, für den ganzen Staat den Thalerfuß und den Thaler zu 30 statt zu 24 Silbergroschen eingeführt, auch das Briefporto und das Chausseegeld erhöht und machte mit diesen Finanzmaßregeln einen erklecklichen Gewinn.

Gleich hieß es nun, dieselben seien wegen der Familie Harrach geschehen, die das Geld millionenweise einstecke. So ungerecht diese Befürchtungen und Anschuldigungen auch waren, wie denn vielmehr die Fürstin von Liegnitz 1826 zur evangelischen Kirche übertrat; dennoch ließ sich nicht leugnen, daß die äußerste Konsequenz der Reaktion auf dem Gebiete des Glaubens die Rückkehr unter den Papst sein mußte.

Diese Erkenntnis trug schon viel dazu bei, die überwiegende Mehrheit der Gebildeten umzustimmen und ihr das Deutschtum der Romantiker und die Vernünftigkeit einer unbedingten Bekämpfung der Ideen von 1789 verdächtig zu machen. Aber es kam noch manches andere hinzu, was der öffentlichen Meinung allmählich eine revolutionäre Richtung gab.*) Von Anfang an hatte sich neben den Romantikern und Rückschrittsmännern eine Partei klarer und praktischer Köpfe behauptet, welche, wie Wilhelm v. Humboldt und Hardenberg, aus der französischen Revolution gewisse richtige Prinzipien, namentlich den Grundsatz der politischen Gleichheit der Staatsbürger, die in Preußen ja der allgemeinen Wehrpflicht entsprach, glaubten übernehmen und nach den heimischen Bedürfnissen gestalten zu müssen. Es gehörten zu ihr die meisten der Reformer von 1808 bis 1811 und sehr viele Beamten. Diese durften mit ihren Ansichten nicht laut hervortreten; aber jeder in seinem Amtskreise wirkten sie still und kräftig in dem Sinne des Staatskanzlers und richteten soviel als möglich den Staat im Geiste jener Reformperiode ein, die ihre Blütezeit gewesen war. Einen Vereinigungspunkt und eine Stütze bot ihnen der Freimaurerorden, der seinen dehnbaren Grundsatz, die Humanität, als Liberalismus verstand, aber nur den Zuverlässigen so erklärte. Der Todfeind dieser Partei, der feudal-gesinnte Grundadel, lieferte ihr im Kabinette manche Schlacht, brachte ihr manche Niederlage bei; aber sie blieb aufrecht und wirksam, weil sie den Kern der Bureaukratie ausmachte, und der König die Personen nicht massenweise wechseln mochte. Die Feudalen hatten noch zur Zeit ihres größten Einflusses zu klagen: „das Beamtentum sei demagogisch, im Staate herrsche Gleichmacherei, Adel und Militär würden nicht genug bevorzugt, vielmehr spiele ihnen die Civilbehörde auf der Nase.“ Dennoch war nach der Meinung des urteillosen Volks nicht der Grundadel, sondern die Bureaukratie der entschiedenste Feind einer zeitgemäßen Staatsentwickelung, weil jene in der Form ganz absolutistisch verfuhr, und weil sie vor der Öffentlichkeit die Absicht der Regierung immer mehr in die Sprache der Reaktion einkleiden mußte. Aber die Erfolge ihrer Thätigkeit zeigten sich den Schärferblickenden in dem wachsenden Selbstgefühl des gemeinen Mannes, in der Aufklärung, die durch die Schulen auch in die unteren Schichten drang, in dem Verschwinden alter Vorurteile, z. B. des Geburtvorurteils; freilich auch in der Gleichmacherei, die in der Gesellschaft aufkam. Alles dies waren Elemente, die, wenn der Staat so blieb, wie er war, nämlich eine absolute Monarchie mit ständischem Beiwerk,

*) Vgl. auch Fr. Meinecke, Die deutsch. Gesellschaften u. d. Hoffmannsche Bund, Stuttg. 1892.



über kurz oder lang das Volk mit eben den Gefühlen der Entfremdung und Gegnerschaft erfüllen mußte, welche die Reaktionspartei bei ihm schon jetzt argwöhnte.

Daß aber die Mißstimmung im Volke nachmals einen so bösartig revolutionären Charakter erhielt, war nicht die Schuld der liberalen Beamtenschaft, ja im Grunde nicht einmal jener demagogischen Gelehrten und Litteraten, welche außerhalb Preußens ihre mehr oder weniger zerstörungslustigen Theorieen predigten; sondern hauptsächlich und zunächst war es die Folge der Unvernunft, der Maßlosigkeit, mit welcher die Rückschrittsmänner zu Werke gingen. Die Karlsbader Beschlüsse und die Demagogenhetze, die darauf folgte, sind es gewesen, was eigentlich der Revolution den Boden bereitete, die dreißig Jahre später Deutschland erschütterte. Denn durch jene unheilvollen Maßregeln traten die Regierungen der Nation als eine feindliche Macht gegenüber und untergruben mehr, als Demagogen es gekonnt, den loyalen Sinn, der so tief und stark in ihr wurzelte. Sie untergruben aber auch das Deutschtum, welches sie zu verteidigen meinten. Denn da sie jedes deutsche Buch, welches Zeitgeschichte oder Politik behandelte, und jede deutsche Zeitung unter Censur stellten, die Censoren aber zum Teil Leute von unglaublicher Roheit und Gemeinheit waren, denen seine Geisteskinder zur Mißhandlung, Verstümmelung, Verfälschung auszuliefern gerade ein tüchtiger und ehrenwerter Schriftsteller am wenigsten Lust haben konnte. So geschah es, daß die Gebildeten ihre Augen von den unerquicklichen heimischen Verhältnissen ab- und der Fremde zuwandten, daß man ausländische Geistesnahrung suchte, daß die Teilnahme, welche der eigene Staat abwies, fremder Politik, besonders dem französischen Staatsleben, zufiel, und daß in demselben Grade, wie das Verständnis und das Interesse für deutsche Staatsformen schwand, sich französische Anschauungen und Ideen einnisteten. War die liberale Partei bisher auf deutsche Weise freisinnig gewesen, so wurde sie nun erst allmählich in französischer Manier revolutionär. Sie gewöhnte sich, in dem deutschen Bunde nichts als den Schergen Metternichs und in der heimischen Regierung nichts als ihren Widerpart zu sehen, der in eigener Sache Büttel sei. Das Recht verlor ihr an Würde, da es von denen gebeugt wurde, die es schützen sollten, und auch die innere Politik schien nur ein Machtspiel, wie es die äußere immer gewesen war. Und wenn schon diese Gründe zum Mißmut allen deutschen Völkern gemeinsam waren, was sollte nun erst die preußische Nation von ihrer Regierung halten, welche das Volk von 1813 über einen Kamm schor mit den Einwohnerschaften des ehemaligen Rheinbunds, ja ihm noch weniger Recht einräumte, als diese besaßen; welche die verdientesten Männer wie Arndt in den Kerker warf oder wie Schleiermacher und Gneisenau mit Spionen umgab? Das erregte mehr Galle als das Vorenthalten einer Reichsverfassung, für welche das preußische Volk im großen und ganzen jetzt noch nicht schwärmte. Es geschah in jener Zeit, wo die Regierung ins Schlepptau Österreichs und Rußlands geriet, nach außen unselbständig auftrat und daheim überall Demagogen witterte, daß bei einem Teile der Gebildeten der

Stolz auf das specifische Preußentum einen Stoß erlitt, daß sie Vergleiche anstellten, aber nicht immer so unbefangen urteilten wie Stein, daß sie mehr und mehr auf den Gedanken kamen, ihre Zustände seien nicht anders beschaffen als diejenigen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten oder wohl gar schlechter, daß endlich die schwarz-weiße Fahne um einen Grad in der Wertschätzung sank und die schwarz-rot-goldene, als das Sinnbild einer besseren Zukunft, in den Gedankenkreis der Mißvergnügten einzog.

Die Unklarheit über das, was eigentlich im besonderen geschehen solle, blieb jedoch; sie bildet den Haupt-Charakterzug der Politisierenden jener Zeit. Was Wunder, daß die öffentliche Meinung, da sie nicht bestimmt wußte, was sie wollte, sich nicht zu einer Macht ausbildete? Im Grunde existierte sie kaum. Gewiß war nur, daß die Mehrzahl der Gebildeten von ihren politischen Zuständen nicht befriedigt wurde. „Können wir denn wirklich sagen", schrieb der berühmte und ebenso geistvolle wie freisinnige Hamburger Buchhändler Perthes im Frühjahre 1820, „können wir wirklich sagen, daß in Deutschland eine öffentliche Meinung ist? Wie häufig haben wir erlebt, daß ein paar gewandt geschriebene Zeitungsartikel Widerhall in allen anderen Blättern hervorriefen und die Stimmung um- und nochmals umdrehten! — Es hören wohl nur wenige die Stimmen von so verschiedenartigen Männern aller politischen Richtungen wie ich, und dennoch weiß ich auch nicht für ein einziges Verhältnis zu sagen, wie die öffentliche Meinung über dasselbe denkt. Will man sich aber aus den Zeitungen Rat erholen über die Stimmung der Nation, so wird man erfahren, daß gerade die bedeutendsten und edelsten Männer dort niemals vernommen werden. Die Unterrichteten, die Guten, die Rechtlichen hüllen sich bei uns in ihre Tugend und schweigen, sei es aus Bequemlichkeit oder aus sittlicher Vornehmheit oder aus aristokratischem Ekel; aber es klagen, lärmen und schreien alle, die es besser und behaglicher haben wollen und dennoch jede Anstrengung scheuen, um Einsicht in die wirklichen Verhältnisse zu erlangen. Wie oft stehen eigentlich böse und schlechte Kerle an der Spitze der schreienden Schreiber! Wo ist nun die öffentliche Meinung?" *)

Vielleicht hätte indes das träumerische Wesen des „Denkervolks" diesen Mißmut bald wieder überwunden, wenn nicht von Zeit zu Zeit von außen her Anreizungen zu politischem Streben erfolgt wären, die um so kräftiger wirkten, weil die Nation auf die Ansicht der ausländischen Staatsverhältnisse beschränkt war. Draußen aber entlud sich bald da, bald dort die Revolution, die in der Luft lag, in schweren Schlägen. Welch Interesse erregte dies Schauspiel bei den Deutschen, denen es so neu war! Sie begeisterten sich für die Freiheitsbestrebungen der Griechen wider die türkischen Barbaren, bildeten Philhellenen-Vereine, sangen und sammelten für die griechische Freiheit. Sie erwärmten sich auch für die romanischen und amerikanischen Revolutionen, und es konnte nicht fehlen, daß sie aus diesen Vorgängen mit der Aneignungskraft ihrer

*) Perthes a. a. O. II. 223.



Natur allerlei aufrührerische Gedanken und Neigungen in sich verarbeiteten, die dann langsam zu Thaten reifen konnten.

Die heißblütige akademische Jugend forderte solche schon jetzt; da die Regierungen ihr den Krieg erklärt hatten, so ergab sie sich nun wirklich einem revolutionären Treiben. 1821 brachte sie es zu einer in Deutschland neuen Erscheinung: es bildeten sich geheime politische Gesellschaften. Sie waren nach dem Muster derer eingerichtet, die damals in Italien (die „Karbonari"), in Spanien, Frankreich, Griechenland, Rußland bestanden; und sie beschränkten sich zunächst auf die Universitäten, wo die verbotenen Burschenschaften nun heimlich tagten und die Politik, die süße verbotene Frucht, zu einem Hauptzweck ihrer Vereinigung erhoben. In Preußen waren Halle, Berlin, Breslau die Sitze dieser studentischen Verschwörer. Sie hielten mit den Burschenschaften vieler anderen deutschen Universitäten allgemeine Burschentage, innerhalb deren eine engere politische Verbindung, der „Jünglingsbund", die eigentlichen Revolutionslustigen umschloß. Ihr Zweck war Deutschland mit Wort und That zu revolutionieren und ihre Hoffnung der „Männerbund", der, wie sie glaubten, im Militär, namentlich im preußischen, und in der bürgerlichen Gesellschaft weitverbreitet bestand und auf ähnliche Weise wie sie dasselbe Ziel verfolgte. Schon 1822 mußten sie freilich den Glauben an die Erheblichkeit dieser Bundesgenossenschaft fahren lassen; denn der „Männerbund" bestand zwar wirklich, er war 1820 gestiftet worden; allein er beschränkte sich auf eine sehr geringe Anzahl von Schwärmern. Aber sie lösten darum ihren „Jünglingsbund" nicht auf, sondern beschlossen eine günstige Gelegenheit abzuwarten und suchten mittlerweile die Sicherheit ihres Geheimnisses dadurch zu verstärken, daß sie ein neues Erkennungszeichen annahmen: „Bist du schon auf dem Johannisberge gewesen?" sollte die Frage, „Ja, ich war im Mai dort" oder: „Ich werde im Mai dort hingehen" sollte die Antwort des Bundesbruders sein. Indessen die Polizei kam dennoch bald dahinter; noch vor Ablauf des Jahres 1823 wurden diese politischen Verbindungen aufgespürt und lieferten nur der Reaktion neue Waffen. Die beiden Großmächte beuteten diese Entdeckung aus, um die Geltung der Beschlüsse von Karlsbad und Wien zu verlängern und die konstitutionellen Staaten Süddeutschlands, sowie den ganzen Liberalismus von neuem anzugreifen. Metternich schlug sogar vor, die deutschen Universitäten gründlich umzugestalten und insbesondere die akademische Freiheit zu vernichten, was jedoch von Preußen abgelehnt wurde. Die Phantasterei jener ersten Regungen des revolutionären Geistes machte diesen selbst samt der Trikolore, welche das Abzeichen der Burschenschaften war, lächerlich, und die öffentliche Meinung in Preußen, oder was dafür galt, neigte sich eine Zeit lang wieder mehr der im Staate herrschenden Partei zu. Der Anflug von revolutionärer Stimmung bei einem Teile der Gebildeten verblaßte, und wenn die Regierung, wie sie verhieß, durch Ausbau ihrer Provinzialständeordnung, „dem Geiste der älteren deutschen Verfassungen, der Eigentümlichkeit des

preußischen Staats und den wahren Bedürfnissen der Zeit" wirklich Rechnung trug, so war die Nation befriedigt.

Aber eben jenes geschah nicht, man ließ die kümmerlichen Stände kümmerlich bleiben, und als infolge der französischen Julirevolution 1830 eine neue Aufregung der Geister in Deutschland eintrat und nun auch mehrere norddeutsche Kleinstaaten zur Annahme des Verfassungswesens trieb, als gar in Polen 1831 ein furchtbarer Aufstand und in Rheinbayern 1832 eine demokratische Bewegung erfolgte, da geriet die preußische Regierung wieder in die äußerste Furcht vor allem Volkstümlichen und führte im Verein mit Österreich gegen den deutschen Volksgeist die schwersten Schläge.*) Auf Veranlassung der beiden Großstaaten hob der Bundestag 1832 das Steuerbewilligungsrecht der Stände in den konstitutionellen Bundesstaaten fast ganz auf, unterdrückte alle Vereine und Volksversammlungen, alle freisinnigen Blätter, schaffte die Preßfreiheit, die der Großherzog von Baden soeben erst gegeben hatte, wieder ab, verbot das Tragen deutscher Farben und ordnete eine neue Demokratenjagd an. Mit größter Härte verfuhr man bei dieser Hetze. Hunderte von Studenten und andern jungen Leuten, auch Familienväter wurden, weil sie die deutschen Farben getragen oder revolutionäre Reden geführt oder sich an den albernen Geheimbünden beteiligt, „wegen versuchten Hochverrats" festgenommen und fast wie Königsmörder behandelt. Am brutalsten betrieb man die Verfolgung in Bayern, wo man die Demokraten nicht bloß in die Fronvesten warf, sondern sie gar zwang, vor dem Bilde des Königs Ludwig Abbitte zu leisten!

Nicht in so empörender Weise, aber übermäßig streng wurden die politischen Verbrecher oder Verdächtigen in Preußen behandelt. Hier traf viele von ihnen vor Gericht das Todesurteil, welches der König — noch viel zu hart — in dreißigjährige Festungsstrafe umwandelte. So hat damals mancher tüchtige Jüngling (z. B. der später so berühmt gewordene Schriftsteller Fritz Reuter aus Mecklenburg) um solchen Hochverrats willen die schönsten Lebensjahre im Kerker verloren. Ja selbst wer nur vor Jahren einem burschenschaftlichen „Kränzchen" angehört hatte, galt in Preußen für schuldig und konnte von Glück sagen, wenn er, wie der Schriftsteller Heinrich Laube aus Sprottau, mit vielmonatiger Untersuchungshaft in der Berliner Hausvogtei davonkam. Die preußischen Festungen langten kaum aus für alle die Verurteilten.**)

Geleitet wurde in Preußen diese Demokratenjagd im allgemeinen von dem Hausminister Fürsten Wittgenstein, dem Polizeiminister von Rochow und dem Justizminister von Mühler, im besonderen und einzelnen von dem Geheimrat v. Tzschoppe, der die Seele der zu diesem Zwecke eingesetzten Untersuchungs-Kommission war und mit wahrer Wut die Verfolgung betrieb. Gegen diese Männer richtete sich denn auch zunächst und am heftigsten der Haß, den das Verfahren der Regierung erregte.

*) H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. IV., S. 261.

**) Vgl. Fritz Reuter, Ut mine Festungstid. — H. Laube, Erinnerungen, Wien 1875, S. 247 ff. — Ad. Stahr, Kleine Schriften IV., Berlin 1875, S. 64.



Aber daß Friedrich Wilhelm III. ein solches Verfahren guthieß, nach welchem jugendliche Thorheiten zu groben Verbrechen gestempelt wurden, und eine große Anzahl unschuldiger und meist tüchtiger und begabter Männer in die Hände fanatischer Feinde wie Tzschoppe und Kamptz fiel, das gereicht dem Könige, der den Beinamen des Gerechten, welchen ihm seine Verehrer gaben, sonst wohl verdiente, zu schwerem Vorwurf. Ebensowenig stimmte zu seiner sonstigen Mäßigung die grausame Härte, die er hier walten ließ. Es ist dies in seiner Regierungsgeschichte ein sehr dunkles Blatt. Was er hier verschuldet, hat sein Sohn gebüßt. Dieser erntete die Saat des Hasses, den sein Vater durch jenen Mißbrauch der Justiz hatte streuen lassen. „Wir waren keine Demokraten, als man uns in die Festungen steckte, aber waren es alle, als wir herauskamen," sagt Fritz Reuter (in seiner Festungstid).

Um der Sache der Ordnung in Europa mehr Halt zu geben, erneuerten die deutschen Großmächte sodann ihren Bund mit Rußland, wo seit Alexanders Tode (1825) dessen Bruder Nikolaus gebot. Nachdem dieser kraftvolle Fürst den polnischen Aufstand (1831) in Strömen von Blut erstickt hatte, trat er als Hort des Absolutismus in Europa und als Todfeind der Reform wie der Revolution, des Ständewesens wie der Konstitution auf. „Ich verstehe", sagte er einmal zum amerikanischen Gesandten, „daß man ein aufrichtiger Republikaner und ein aufrichtiger Absolutist sein kann, aber das Verfassungswesen ist eitel Heuchelei." Sein Einfluß auf den preußischen Hof, dem er durch Familienbande so nahe stand, war groß, aber doch nicht in dem Maße, wie später zur Zeit Friedrich Wilhelms IV., wo die weitestgehenden unter den Rückschrittsmännern den Zaren wie einen Vater betrachteten und auch die anderen alles Heil für Preußen nur in dessen unbedingtem Anschluß an die russische Politik sahen. Friedrich Wilhelm III. legte auf ein gutes Einvernehmen mit Rußland allerdings viel Gewicht; aber er wahrte beim Anschluß an diese Macht seine Würde.*) Als einst (1837) der Kaiser Nikolaus ihm eine Umgestaltung der Landwehr anempfehlen ließ, die gegenwärtige Einrichtung derselben sei ganz demokratisch und biete die Hand zur Revolution, da fuhr Friedrich Wilhelm heftig auf: „Ich will", sagte er dem preußischen General und Vertrauensmann, den der Zar mit dieser Mitteilung beauftragt hatte, „ich will dergleichen nicht hören. Ich bin mit der Landwehr und ihrem militärischen Geiste zufrieden. Diese Androhung mit Revolution dauert russischerseits schon seit vielen Jahren; ihr liegen aber ganz andere Sachen zu Grunde. Ich werde in meinem Lande Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten wissen ohne die Hilfe und Ratschläge Rußlands. Der Kaiser möge doch nur im eigenen Hause die nötigen Vorkehrungen treffen, damit nicht Wiederholungen wie 1825 in Rußland und 1830 in Polen stattfinden. Ich werde dem Kaiser nie vorschreiben, was er bei sich zu thun habe, werde aber auch nie gestatten, daß er sich Übergriffe bei mir

*) H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte, 4. Bd.

erlaube."*) Eine Mahnung am Absolutismus festzuhalten, bedurfte Friedrich Wilhelm III. übrigens nicht; er war dazu ohnehin entschlossen.

Da aber der Regierung jetzt Konstitution und Revolution dasselbe bedeuteten, so geschah es, daß auch die Verfassungsfreunde sich gewöhnten, die eine nicht ohne die andere zu denken. Und die Zahl dieser Partei mehrte sich immerfort; sie erhielt Zuwachs von den verschiedensten Seiten. War die Nation schon längst durch Vaterlandsliebe, Bildung und Besonnenheit mindestens ebenso reif zu einer Beteiligung an der Politik wie ihre mit Konstitutionen bedachten Nachbarn, so hatte jetzt gegen Ende der dreißiger Jahre der Volksgeist sich noch höher entwickelt. Forscher und Denker, wie in den Naturwissenschaften Bessel, Leopold von Buch, Hufeland, Burdach, und der Aristoteles der Neuzeit, Alexander von Humboldt (geboren am 14. September 1769 zu Berlin), in der Geographie Karl Ritter, in der Geschichte Friedrich von Raumer, Leopold Ranke, Stenzel, in der Sprachkunde Böckh, Bopp und so viele andere, lehrten ihn alle Erscheinungen der Natur, der Geschichte, der sittlichen Welt als organische Entwickelungen aufzufassen. Zugleich hatte sich die materielle Kultur unter dem Schutze des langen Friedens mächtig gehoben, gefördert durch den erstaunlichen Aufschwung, den die Wissenschaft nahm. Letztere durchdrang mehr und mehr das praktische Leben. Land und Forstwissenschaft, Fabrikwesen und Kriegskunst, Handel und Ackerbau, alles wurde nun rationell betrieben. Die Naturwissenschaft schritt rasch von Entdeckung zu Entdeckung vor und zeigte, wie solche praktisch zu verwerten. Der Wohlstand der Nation wuchs zusehends, und in der Bildung durfte sie sich mit jedem Volke der Welt messen. Wie bitter mußte es sie kränken, wenn sie trotzdem von oben herab wie ein unmündiges Kind betrachtet wurde. Es war ein tief verletzender Schlag jenes Wort des Ministers von Rochow, der 1838 den Elbinger Liberalen, weil sie den sieben Göttinger Professoren für deren Protest gegen die gewaltsame Aufhebung der hannöverschen Verfassung durch eine Zuschrift ihre Anerkennung ausgesprochen und ihre durch Jakob van Riesen in der arglosen Hoffnung, den Minister für die Berufung des Professor Albrecht nach Preußen günstig zu stimmen, die betreffende Anerkennungsadresse zugeschickt hatten, dies Unterfangen grob verwies und dabei hochfahrend von „beschränkter Einsicht der Unterthanen" sprach. Denn der Mittelstand fühlte sich bereits. Seine Hauptsitze, die Städte, bargen jetzt eine Bevölkerung, die, an Selbstverwaltung gewöhnt und sich ihres stofflichen und geistigen Vermögens bewußt, mehr und mehr den Wunsch empfand, die demokratischen Grundsätze, die in ihren Gemeinde-Einrichtungen steckten, auf den Staat übertragen zu sehen. Zumal die großen Kaufleute und Gewerbtreibenden fanden den Anteil, den man dem bürgerlichen Vermögen in den Provinzialständen eingeräumt, ebenso ungenügend wie die ganze Einrichtung selber. Viele Beamte hinwider fanden, daß ihre gesellschaftliche

*) Unter den Hohenzollern, Denkwürdigkeiten des Generals Oldwig v. Natzmer, 4 Teile, Gotha 1887 u. 1888, II. 222.



Stellung, angesehen wie sie war, von Jahr zu Jahr weniger Ersatz bot für die Entbehrungen, die ihnen ein knappes Gehalt auflegte, und hielten dafür, eine Volksvertretung würde auch in Geldsachen liberal sein. Noch weit mehr wurde eine solche von denjenigen studierten Leuten ersehnt, die weder als Mitglieder der Bureaukratie Einfluß und Ansehen noch durch Reichtum viel Genüsse hatten. Ärzte, Advokaten, Lehrer, Geistliche, Litteraten verlangten, daß man der geistigen Leistung ebenso gut politische Rechte zuerteile wie dem äußeren Besitz.

Einen sehr merkbaren Zuzug bekamen die Verfassungsfreunde ferner von den Juden. Die preußische Regierung war gegen dieselben immer wohlwollender gewesen als andere deutsche Staaten, wohlwollender auch als das Volk. Hatte doch dieses im Zorn über das Eindringen von Juden in den ländlichen Grundbesitz, den sie aussogen, und über den noch schwereren Druck, welchen sie durch gewerbliche Großunternehmungen auf das Handwerk übten, noch im Jahre 1819 durch ganz Deutschland, vom Süden zum Norden, eine Art von Judenverfolgung ausgeübt, die sich freilich nur in dem Schmähruf Hepp! Hepp! äußern durfte. Aber seitdem war die Stimmung der Nation ihnen günstiger geworden, und sie durften hoffen, daß in einer Volksvertretung ihre Sache von der liberalen Partei würde erfolgreich vertreten werden.

Bei den meisten Mißvergnügten indes hatte die Unzufriedenheit nicht einen besonderen sachlichen Grund, sondern war eine Folge des Geistes der Auflehnung gegen das Bestehende, der den Gebildeten durch Litteratur und durch Philosophie, durch Schriften, welche den herrschenden Zustand in schöner, und durch Kathedervorträge, welche ihn in gelehrter Form bekämpfen, eingepflanzt wurde. Bis gegen Ende der zwanziger Jahre hatte in der schönen Litteratur die Romantik den Ton angegeben, und zwar meist einen solchen, den die Anhänger des Alten gern hörten. Anders gestimmte Laute waren dagegen wenig aufgekommen; solche klangen nur dem feineren Ohre in den Dichtungen gerade des talentvollsten Berliner Schriftstellers jener Zeit, Adalberts von Chamisso, der aus einem Franzosen in der Fremde an Geist, Gesinnung und Sprache der trefflichste Deutsche geworden war.*) Aber während Chamisso in der Gegenwart ein unabweisliches Übel still grollend ertrug, unternahm es eine Schar vorzüglicher Talente mit leidenschaftlichem Eifer die Überlieferungen, die ihren Zorn erregten, wenigstens mit der Feder aus dem Felde zu schlagen. Es bildete sich eine neue Litteratur, welche die Poesie durch Politik und Philosophie zu vertiefen und das Schrifttum für die Verhältnisse der Gegenwart zu verwerten suchte. Sie war wesentlich auf Kampf gerichtet; mit voltärischer Ge-

*) Er hieß eigentlich Louis Charles Adelaïde de Chamisso. Geboren am 30. Januar 1781 auf seinem elterlichen Stammschloß Boncourt in der Champagne, kam er als neunjähriger Knabe mit seinen ausgewanderten Eltern nach Deutschland und als fünfzehnjähriger nach Berlin, wo er Leibpage der Königin wurde. 1798 trat er in den preußischen Militärdienst; 1810 verließ er denselben, um sich ganz den Wissenschaften und der schönen Litteratur hinzugeben. Er starb zu Berlin am 21. August 1838.

wandtheit griff sie alles Bestehende, wo es ihr mit den neuen Ideen der Zeit im Widerspruch zu stehen schien, auf das heftigste an, predigte im Verhältnis des Volks zum Staate die Demokratie, im Verhältnis des Mannes zum Weibe die freie Liebe, im Verhältnis der Nationen zu einander die allgemeine Brüderlichkeit und in dem der Religionen eine Duldsamkeit, die im Grunde Gleichgültigkeit war. Demagogie, Entzügelung („Emancipation") des Fleisches wie des Geistes, Widerchristlichkeit und statt Vaterlandsliebe Weltbürgertum, das waren ihre mehr oder weniger verhüllten Strebungen. Damit meinte das „junge Deutschland" die Welt herrlich zu erneuen. Das Haupt dieser Schule war Heinrich Heine*), dessen auflösender Witz das meiste dazu beitrug, den Glauben an die alten Autoritäten zu erschüttern. Denn die zugleich anmutige und geistreiche Form, durch die sich die Schriften des jungen Deutschlands überhaupt auszeichneten, war bei ihm am vollendetsten; und die witzfunkelnden Gedanken, die er scheinbar leicht spielend um die Spitzen seiner schärfsten Pfeile wand, blendeten, daß man nicht sah, wie er mit manchem Vorurteil auch viel Edles zerstörte. Es war in ihm eine seltsame Verbindung wahrhafter Poesie, die namentlich sein „Buch der Lieder" durchweht, mit einem Geist der Verneinung und schamloser Leichtfertigkeit sondergleichen. Diese wunderbar schön schillernden Schlangen, die schlammvergnügt sich in den Schwanz beißen, unter den zarten, holden Blumen, die soviel süßes Gift hauchen, wer sah sie nicht gern? Der Reiz des Verbotenen erhöhte den Genuß; mit Gier wurde in Deutschland verschlungen, was der verbannte „Soldat der Revolution" in Paris schrieb, und auch die anderen Schriftsteller Jung-Deutschlands, von den Preußen besonders Karl Gutzkow und Theodor Mundt, von den älteren Genossen vorzüglich Ludwig Börne, fanden einen weiten und begeisterten Leserkreis. Die Wirkung dieser Litteratur ähnelte nun in hohem Grade derjenigen, die sechzig Jahre früher von dem revolutionären Schrifttum in Frankreich war geübt worden: sie verwelschte die deutsche Sprache und zerfetzte, besonders bei der gebildeten Jugend, die Meinung von dem Werte des Altüberlieferten und entflammte den Wunsch, dasselbe in Staat und Kirche, Familie und Gesellschaft zu beseitigen, damit ein unklar vorgestelltes Neues Platz greifen könne. Selbst die Nationalität erschien nun im Lichte dieser neuen Weltsonne, welche Jung-Deutschland prachtvoll verkündete, nur noch wie ein Kindermärchen; das Preußentum sollte ebensowohl wie die Kleinstaaterei eine Thorheit sein, und den Vorgeschrittenen galt auch das Deutschtum für einen überwundenen Standpunkt. Heine namentlich, der in Paris zwischen deutschen und französischen Ideen vermittelte, machte mit der Franzosenfresserei, die lange in Deutschland geherrscht hatte, auch ehrenwertere Äußerungen der deutschen und preußischen Vaterlandsliebe lächerlich, und gar die Befreiungskriege, die ja in der That weniger Frucht getragen, als sie sollten, waren,

*) Geboren 1799 zu Düsseldorf von jüdischen Eltern, 1825 zu Berlin äußerlich zum Christentum übergetreten, gestorben 1856 zu Paris.



wenn man ihm und den Seinen glaubte, beinahe nichts als ein großartiger Irrtum.

Mit mehr Ernst griff das liberale Professorentum die Sache an. Die „Weltgeschichte“ Karl v. Rottecks in Freiburg, indem sie die Thatsachen und Personen ganz einseitig nur nach dem Maßstabe schätzte, ob sie der Volksfreiheit genützt oder geschadet, war doch sehr geeignet, im Volke das politische Bewußtsein zu wecken, es mit Haß gegen Willkürherrschaft, mit Begeisterung für die Freiheit zu erfüllen, und durch ihre geschickte Darstellung, ihren volksmäßigen Ton gewann sie sich zahllose Leser. Noch nachhaltiger wirkte Friedrich Strauß in Tübingen; sein Buch „das Leben Jesu“ (1835) war der furchtbarste Angriff, der gegen die christliche Theologie je ist geführt worden. Mit ähnlicher Kühnheit und in streng wissenschaftlicher Weise bekämpften seit 1838 die „hallischen Jahrbücher“, herausgegeben von Arnold Ruge und Echtermaier, den Zopf in der Wissenschaft, die Strenggläubigkeit und die Frömmelei in der Kirche, alle Arten von Reaktion in dem Staate. Unter den Mitarbeitern dieser Zeitschrift finden sich Namen, die einen hohen Klang in Deutschland gehabt haben und zum Teil noch haben, wie Rosenkranz in Königsberg, Droysen, Kugler in Berlin, Pott u. a. Der Kölner Streit vereinigte dann einen Augenblick alle freisinnigen Federn gegen den Jesuitismus und das Papsttum: Mächte, deren Gefährlichkeit vornehmlich Rankes „Geschichte der Päpste“ so recht klar darthat.

Während diese Schriftsteller mit offenem Visier stritten, arbeitete der Reaktion still und heimlich in Berlin ein Feind entgegen, den sie gerade zu ihren Bundesgenossen zählte, die Hegelsche Philosophie. Weit abweichend von Schelling suchte Hegel in der Vernunft wieder die einzige Quelle aller Erkenntnis und trat dadurch in den entschiedensten Gegensatz zu dem herrschenden Glauben. Seine Lehre widersprach auch der bestehenden Staatsform; denn der sittliche Organismus, als welchen er den Staat lehrte, sollte nach ihm den allgemeinen Geist der Nation, wie derselbe thatsächlich sei, verkörpern; daher verlangte er für Preußen die konstitutionelle Monarchie. Aber weil sein System sich in schwerfälligen Kunstausdrücken bewegte, welche das allgemeine Verständnis hinderten, so erschien es der Rückschrittspartei als eine Anleitung zum Absehen von allem Wirklichen, womit sie zufrieden sein konnte. Ja eine Zeitlang durfte man die Hegelsche Philosophie als preußische Staatsphilosophie betrachten: sie stand in Gunst und Ansehen bei der Regierung und drang nicht bloß in alle Wissenschaften, denen sie, wie einst die Kantische, neue Lebenskraft zuführte, sondern auch in das ganze jüngere Beamten- und Gelehrtentum. Ihre freisinnigen Tendenzen wurden nach Hegels Tode (1831) durch seine Schüler, die „Junghegelianer,“ namentlich durch Rosenkranz, noch schärfer zugespitzt, ohne sofort größeren Verdacht zu erregen, da ihre Form nicht viel durchsichtiger wurde.

Die geschilderten Einflüsse, mächtig wie sie waren, konnten indes den Geist feindseligen Widerspruches doch nur in dem verhältnismäßig kleinen

Kreise der Gebildeten einbürgern; denn das ließ sich nicht leugnen, einen zahlreicheren, behaglicheren Mittelstand als jetzt hatte es in Deutschland nie gegeben und gab es außerhalb Deutschlands kaum irgendwo; Grund zu revolutionärer Unzufriedenheit hatte die Masse der Nation also keineswegs. Daß jener Geist gleichwohl auch in den Massen anfing Wurzel zu schlagen, war eine Folge der neuen Volkspädagogik, welche die Regierung selber einführte. Ihr Hauptziel war bereits seit den Befreiungskriegen die Verwirklichung des Pestalozzischen Gedankens: „naturkräftige, unverdorbene Jünglinge aus dem Volke selbst zu Volksbildnern zu erziehen, sie mit allen den Kenntnissen auszurüsten, wodurch sie befähigt würden, ihre Standesgenossen auf eine höhere Stufe der Kultur zu erheben, damit dieselben werkthätigen Anteil nehmen könnten an einem freien, menschenwürdigen Volksleben.“

Zweierlei verhinderte, daß diese schöne, edle Idee wirklichen Segen brachte. Zunächst, was verstanden die angesehensten Vertreter derselben unter Humanität, zu der sie den gemeinen Mann erziehen wollten? Jedenfalls nicht dasselbe wie der „christliche Staat;“ denn dieser hielt das Christentum für ein notwendiges Merkmal, wo nicht für den Inbegriff der wahren Humanität; jene aber betrachteten, wie Lessings Nathan, die Humanität als ein dem Christentum Übergeordnetes. So traten Politik und Pädagogik mit einander in einen Wettstreit, bei dem die Gesellschaft, die den Staat ausmachte, leiden mußte. Sodann, konnte die höhere Bildung, die man dem Volksschullehrer geben wollte, eine ganze, in sich fest begründete sein oder nur eine halbe, schwankende? und wenn man vermittelst jener vortrefflichen Methode, die von Diesterweg in Frankfurt a. M., dann in Mörs gelehrt wurde, wirklich eine gründliche Bildung der Volksschullehrer erzielte, würde der Staat ihnen die bürgerliche Stellung und eine solche Besoldung gewähren, wie sie nach ihrem Bildungsgrade dann beanspruchen mußten? Er konnte und wollte es nicht. Dennoch richtete der Minister von Altenstein die Seminarien nach Diesterwegs Grundsätzen ein und berief diesen selbst zu Anfang der dreißiger Jahre als Direktor des Haupt- und Musterseminars nach Berlin.

Während nun Diesterweg selber mit pädagogischer Begeisterung und tüchtigem Wissen wenigstens formell gutgeschulte Lehrer bildete, blieb man anderwärts, wo man seine Methodenlehre nachahmte, hierin allzu oft auf halbem Wege stehen, eignete sich dagegen desto häufiger seine Ansicht an, daß in der Pädagogik das christliche Element nicht das wichtigste sei. Es ergab sich nun aus dieser Volkserziehung einerseits der Vorteil, daß sich das Maß von Kenntnissen und die Aufklärung in der Nation erheblich vermehrte, andererseits der Nachteil, daß der religiöse Sinn in den unteren Volksklassen mehr und mehr verkümmerte, weil die Schule ihn, statt auf Thatsachen, auf Begriffe, statt auf das positive Christentum, auf eine allgemeine Religiosität hinwies, die am wenigsten das Volk befriedigen kann. Es stellte sich aber auch der soziale Schaden ein, welchen sehr treffend der Kulturhistoriker Riehl schildert: „Aus dem Bauernstande hervorgegangen, lebten die Dorfschulmeister

früher in und mit demselben, und ihre Lehre ging eben nicht viel über die Bauernweisheit hinaus. Jetzt wurde dem Lehrer, um ihn und dadurch den Bauer über sich selbst hinauszuheben, in den Seminarien eine höhere Bildung beigebracht, zu der doch alle Grundlage fehlte. Der Bauer wurde in ihm ausgetilgt, aber der Gebildete konnte nur halb an dessen Stelle gepfropft werden. In dem neuen „Herrn Lehrer' erschien jetzt nicht selten der alte ‚Dorfschulmeister' wie ein studierter Bauer, der von Gelehrsamkeit übergeschnappt ist. Gerade diese echt moderne Stimmung, daß sich der Mann nicht wohl fühlt in seiner Haut und fort und fort die Schranken seines Standes und Berufs durchbrechen möchte, ward den Bauern durch die Schulmeister eingeimpft. Der Schulmeister sucht natürlich den Stand der Halbbildung, zu welchem er selbst übergegangen, auch den dummen Bauern mitzuteilen und dieselben von ‚veralteten' Bräuchen und Herkommen' gründlich zu befreien. Die Mißachtung seitens der Aristokratie des Dorfs ferner macht den ehrgeizigen Schulmeister vollends unzufrieden mit Gott und der Welt. Man hatte ihn verbessern wollen, und er war mit einem Male ein Proletarier der Geistesarbeit, der das ungekannte Gefühl der inneren Zerfahrenheit und Weltverbitterung in das Dorf getragen, der, wenn er auch nicht gerade die Sozialreform ausdrücklich predigte, doch in seiner ganzen Erscheinung als eine leibhafte Aufforderung zum Umbau der Gesellschaft sich darstellte." *)

Ein anderer Übelstand lag in dem Verhältnis des Dorfschullehrers zum Dorfpastor; das Gesetz stellte ihn eigentlich unter des letzteren Aufsicht, aber da man ihn gelehrt, sich als den Träger der Bildung und die Kirche als eine zweideutige oder entbehrliche Bundesgenossin, wo nicht als eine Feindin der wahren „Humanität" zu betrachten, so ordnete er sich dem Geistlichen nur dann gern unter, wenn dieser rationalistisch gesinnt war. Öfters standen beide in einem gespannten Verhältnis, wozu auch manchmal bei dem einen oder dem andern der Hochmut beitrug, oder sie kümmerten sich um einander so wenig als möglich. Gingen sie Hand in Hand, so verfolgten sie weit häufiger den Zweck einer allgemeinen Aufklärung als einer christlichen Bildung.

Die erstere unter den Bauern zu verbreiten, waren noch andere Umstände thätig. Mit Aufhebung der Gutsunterthänigkeit und mit der Entfesselung des Grundeigentums kam auch unter die Personen eine größere Beweglichkeit. Knechte und Mägde wechselten häufiger den Dienst, suchten nicht bloß auf den nächsten Gütern, sondern auch in den Städten und Fabriken Arbeit und brachten manche neue Anschauungen heim. Noch viel wirksamer war die allgemeine Wehrpflicht. Denn da die Bauernsöhne jetzt massenhaft zum Militärdienst in die Städte gezogen wurden, so nahmen sie eine Menge Weisen und Gedanken der Städter auf. Die dreijährige Dienstzeit war für den Knecht oder Bauer vom Lande gleichsam eine hohe Schule, die ihn nicht nur mit

---

*) Riehl, Die bürgerliche Gesellschaft, 2. Aufl., S. 88 ff.

preußischem und soldatischem Sinn erfüllte, sondern auch über vieles im Staate einigermaßen aufklärte, was ihm sonst immer ganz dunkel geblieben war. Kurz, der Gedankenkreis der ländlichen Bevölkerung wurde weiter, und mit den Gedanken wuchsen die Wünsche oft über das Dorf hinaus. Während nun die Unzufriedenheit mit der Gegenwart bei einem Teile der gebildeten Jugend unter Heines Einfluß die Form einer geistigen Modekrankheit, des „Weltschmerzes" annahm, äußerten die Thatkräftigen, besonders in den unteren Ständen, ihre „Europamüdigkeit" durch Auswandern. Die Zurückbleibenden aber wurden durch die Schilderung des freien, behäbigen Lebens in den Freistaaten jenseit des Weltmeeres, die sie sonst mit halbem, jetzt, da ihre Bekannten und Verwandten dasselbe schrieben, mit vollem Glauben vernahmen, noch mehr zum Mäkeln an den politischen und sozialen Zuständen der Heimat angereizt. Überdies mehrte sich mit der Zunahme der gewerblichen Massenerzeugung das Arbeiterproletariat, besonders am Rhein, wo das Fabrikwesen den breitesten Platz einnahm. Hier waren denn auch schon 1830 gleich nach der Julirevolution soziale Umsturzbewegungen vorgekommen, indem die Fabrikarbeiter zu Aachen, Jülich und Elberfeld gegen die Maschinenbesitzer Tumulte erhoben, die durch Militär unterdrückt werden mußten.

Durch physische Gewalt war jedoch die soziale Frage nicht zu lösen, die beginnende Massenarmut nicht aus der Welt zu schaffen. Auch fehlte es nicht an Versuchen, das Übel auf rationelle Art zu heben. In Berlin, wo das Fabrikwesen und der Soldatenpöbel aus der Zeit vor 1806 als Hefe der hauptstädtischen Bevölkerung ein Proletariat verworfenster Art, an 20 000 Köpfe stark, erzeugt hatten, setzte ein edler Menschenfreund, der Baron v. Kottwitz, ein Christ in Franckes Sinne, sich die Heilung dieses Schadens zur Aufgabe seines Lebens. Er errichtete ein Rettungshaus, wo er zwanzig Jahre lang das gräßlichste Elend um sich sammelte: gesunkene Weiber, verkrüppelte Kinder, ausgediente Soldaten der alten Sorte, hungernde, vom Branntwein sich nährende Fabrikarbeiter, — die Ausgestoßenen der Menschheit nahm er hier bei sich auf, wohnte zwanzig Jahre inmitten des Jammers und des ekelhaftesten Schmutzes, bot allen ohne Zwang, nur mit Liebe und mildem Ernst christlichen Zuspruch und ehrliche Arbeit. Er gewöhnte sie mit nie ermattender Geduld an nützliche Thätigkeit und Ordnung, an ein menschenwürdiges Dasein und verteilte sie dann in die benachbarten kleinen Orte, wo es oft an Arbeitskräften fehlte, und wo die Gebesserten, Erzogenen von den Behörden ein Stückchen Kartoffelland, ein wohlfeiles Obdach, von Berliner Fabrikherren Arbeit ins Haus erhielten. Ähnliche Liebesthat übte Graf Adalbert von der Recke, der 1819 in Overdyk, 1822 in Düsselthal am Niederrhein Rettungsanstalten für verwaiste und verbrecherische Kinder gründete: eine Idee, die — zuerst von Johannes Falk in Weimar, einem geborenen Westpreußen — damals eben war ins Leben geführt worden. Aber so segensreich diese Bestrebungen auch waren, sie wirkten doch nur im einzelnen, und die Wurzel des Übels, das Mißverhältnis zwischen der Leistung und dem Lohne der Fabrik-

arbeiter, blieb, und niemand wußte, wie da gründlich und im großen zu helfen sei. Es waren also — auch abgesehen von den Gebresten einzelner Landschaften, dem nationalen Widerwillen der Polen und dem pfäffischen der Ultramontanen — revolutionäre Keime vorhanden.

Indes noch war sich die Nation im ganzen derselben keineswegs klar bewußt. Ihr behagte das System nicht, welches im Staate galt; aber sie hielt nicht bloß darum an sich, weil die Regierung die Macht hatte, sondern auch deshalb, weil der König ein alter Mann war, den sie nicht kränken mochte. Die Altpreußen hatten ja mit ihm nunmehr fast ein halbes Jahrhundert lang Freud und Leid geteilt. Er war ihnen in der Unglückszeit der Fremdherrschaft ehrwürdig, durch den Glanz der Befreiungskriege, der ihn umstrahlte, teuer geworden. Die Neupreußen schätzten an ihm wenigstens den gerechten Verwalter und Friedensfürsten. Wenn er Preußen nicht größer gemacht, — er war der einzige Hohenzoller, der es in kleinerem Umfange hinterließ als er es bekam —, so hatte er doch durch fünfundzwanzig Jahre den Frieden bewahrt. Dieses Band hielt König und Volk wenigstens des Kerns der Monarchie fest umschlungen und lockerte sich auch dann nicht, als die Reaktion siegte. Es kam dem Könige hier seine Scheu vor allem Heraustreten und Zurschautragen ungemein zu statten. Er hatte nie seine Person hervorgekehrt, sondern alles durch die Bureaukratie gethan; und da er als Mensch sehr achtungswert war, so geschah es, daß man das viele Gute, was an seiner Verwaltung gerühmt werden konnte, dem Wohlwollen und der Weisheit des Monarchen, dagegen die Fehler und Schwächen seines politischen Systems seinen Räten, teils der Bureaukratie, teils dem Adel oder dem Auslande zuschrieb. Der rüstige alte Herr, in dem schmucklosen, schwarzen, bis oben zugeknöpften Infanterierock und der einfachen Militärmütze, der so still und gemütlich ohne Begleitung durch die andern Spaziergänger Berlins im Tiergarten oder zu Potsdam auf der Pfaueninsel dahinschritt oder im unscheinbaren, oft ausgebesserten, offenen gelben Wagen, nur von einem Adjutanten begleitet, durch die Straßen der Residenz fuhr, das war der König von Preußen. Zumal der Bürgersmann freute sich des schlichten, einfachen Fürsten, und jeder war glücklich, ihn grüßen zu können und den Gegengruß zu empfangen. So blieb Friedrich Wilhelm III. in der Mark und wo man sonst Gelegenheit hatte, sein Privatleben zu beobachten, bis an seinen Tod beliebt, und als er (am 7. Juni 1840) starb, wurde er nicht allein von den Berlinern, die zu tausenden draußen vor dem Palais teilnehmend harrten, sondern auch von der großen Mehrzahl des gesamten Volkes aufrichtig betrauert.

Friedrich Wilhelm IV.

In Wohlstand und Bildung, in allen Gebieten der Kultur seit fünfundzwanzig Jahren mächtiger fortgeschritten als verhältnismäßig irgend eine andere unter den Nationen Europas, in physischer und geistiger Streitbarkeit einer jeden ebenbürtig, war das deutsche Volk doch in einem Stücke weit hinter den

meisten zurückgeblieben, in der politischen Entwickelung. Von einer „deutschen Nation“ konnte man im Grunde noch immer nicht sprechen; in der civilisierten Menschheit ist ja das Staatstum ein notwendiges und wesentliches Merkmal der Nationalität. Andrerseits waren die deutsche Sprache und Kultur, insbesondere das Schrifttum, zu mächtige Bindemittel, als daß nicht wenigstens die Gebildeten in Deutschland die Sonderung in verschiedene Nationalitäten je nach dem Staate hätten ablehnen oder doch beklagen mögen. Selbst in Preußen verlangte man vielfach, die preußische Nation müsse sich zur deutschen erweitern.

Aber es fehlte dem deutschen Volke nicht bloß an der Einheit, sondern auch an der Freiheit. In seinen beiden Großstaaten gab es keine Verfassung, in den Kleinstaaten war das Verfassungswesen der Willkür der Landesherren und des Bundestags preisgegeben; so litt Deutschland doppelt durch das Übel der Vielstaaterei. Dieses Übel war freilich ein altes, und sein Urquell, die deutsche Sondersucht, noch lange nicht versiegt. Aber schon hatte das Gefühl der Deutschheit, welches die Befreiungskriege einst wach rüttelten, welches sich dann im Zollverein befestigte und nun im weiteren Sinne immerhin ein Nationalbewußtsein genannt werden konnte, dem Sondertum in der öffentlichen Meinung viel Boden abgewonnen. Volksfreiheit und deutsches Reich, das waren die beiden Güter, welche von der Mehrheit der Gebildeten noch ersehnt wurden; ersehnt nicht freilich mit der leidenschaftlichen Hitze, welche der Druck wirklicher Tyrannei entzündet, denn einen solchen gab es nirgends, aber mit jenem Grad von Wärme, zu welchem das Nachdenken das deutsche Gemüt zu bringen vermag. Daß weder durch Österreich noch durch den Bund der beiden Großstaaten zu jenen zu gelangen sei, dessen war die liberale Partei gewiß; die Beschaffenheit des habsburgischen Mischreichs und die Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre gestatteten darüber keinen Zweifel. Nur Preußen, der mächtigste rein deutsche Staat, konnte Deutschland geben, was ihm fehlte; und es mußte seinen Beruf zur Wiedergeburt der Nation erfüllen, wenn es sich nicht selber wollte untreu werden.

Dies waren die Hoffnungen, mit denen alle freisinnigen Patrioten die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. begrüßten; aber es waren, wie man glaubte, auch die Gedanken des Königs selber. Wenn er den Aufgaben, die ihm das Vaterland und er sich selbst setzte, gewachsen war, so mußte seine Regierung, die in dem Jubeljahr der Thronbesteigungen des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen begann, noch Größeres leisten, als jenen Gewaltigen vergönnt gewesen. Und besaß er nicht in der That seltene Geistesgaben: eine feine, vielseitige Bildung, hohen Schwung, sprühenden Witz der Gedanken, beredte Sprache, regen Schönheitssinn und ein warmes, der zartesten Gefühle fähiges und von Gottesfurcht erfülltes Herz? Und wie sorgsam hatte er sich für die Arbeit vorbereitet, die ihm nun oblag! Seit zwanzig Jahren hatte er emsig alle Zweige der Politik studiert, an den Geschäften im Staatsrat und im Ministerium den eifrigsten Anteil genommen, Militär- und Civilverwaltung,

äußere und innere Politik kennen gelernt wie selten ein Thronerbe. Er war nun 45 Jahre alt (geboren am 15. Oktober 1795), sein Äußeres nicht eben einnehmend — die Gestalt etwas schwerfällig, die Haltung zum Teil wegen großer Kurzsichtigkeit nicht immer würdevoll, die Kleidung oft nachlässig und das spärliche Haar über den kahlen Scheitel wirr vom Nacken heraufgestrichen —; aber Miene und Rede voll Kraft, Leben, Anmut; der reiche Geist noch jugendlich frisch.*) Mit den hochgespanntesten Erwartungen sah das Land auf seinen neuen König, am freudigsten die liberale Partei; sie zählte ihn zu den Ihrigen, galt er doch längst für einen Mann des Fortschritts, für einen Freund freiheitlicher Entwickelung. Sie sah im Geiste schon alle ihre politischen Idiale verwirklicht.

Die ersten Maßregeln der neuen Regierung schienen ihr recht zu geben. Der König rief den General v. Boyen in den Staatsrat zurück und übergab ihm bald darauf das Kriegsministerium; er setzte Arndt wieder in sein Amt ein und befreite Jahn, der bisher unter polizeilicher Aufsicht gestanden und seinen Wohnort, die Stadt Freiburg an der Unstrut nicht hatte verlassen dürfen. Er begnadigte dann (am 10. August 1840) auch die übrigen Opfer der Reaktion, gab die Demagogen, freilich auch die beiden Erzbischöfe von Köln und Posen, los. Allein die große That, die er bei seiner Thronbesteigung hätte thun sollen: eine freie und volle Einlösung des einst von seinem Vorgänger dem Volke gegebenen Wortes, Erteilung einer zeitgemäßen Verfassung: diese That blieb aus, und er hat dafür selber am schwersten gebüßt. Ein allgemeiner Landtag, jetzt einberufen, hätte der Krone, hätte Friedrich Wilhelm IV. die Schmach von 1848 erspart. Er ahnte es nicht, weder was die Zeit von ihm verlangte, noch was sie ihm bringen konnte. Er ging seinen Gang und das Geschick den seinigen. Inzwischen hoffte man.

Da aber zeigte es sich bald, daß der König mit der liberalen Partei nicht so eins war, wie man gemeint. Vergebens harrten die Ungeduldigen auf eine Verfassung; statt deren erhielten die alten Landstände von Ost- und Westpreußen und Posen die Aufforderung, sich in Königsberg zur Huldigung einzufinden; es sollte also der alte Brauch beibehalten werden. Die Stände versammelten sich, wie ihnen befohlen war; aber sie beschlossen mit 90 gegen 5 Stimmen, den König nicht um Bestätigung der besonderen ständischen Privilegien, sondern um die Fortdauer der 1823 eingeführten, jedoch bald wieder außer Wirksamkeit gesetzten Provinzialstände und um Einführung einer allgemeinen Landesvertretung zu bitten. Sie überreichten daher (am 7. September) dem Könige eine Denkschrift, welche das Versprechen Friedrich Wilhelms III. in Erinnerung brachte. Die Antwort des Königs war: „Provinzialstände seien nach Charakter des Volks und ihrer Geschichte ein echt deutsches Institut, er werde es sorgfältig pflegen; eine allgemeine Landes-

*) Vgl. H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. V. — Th. Eckart, Erinnerungen an Friedr. Wilh. IV. von Preußen, 1840—1861, Hannover 1891.

vertretung sei von seinem Vater als unverträglich mit dem Glücke des preußischen Volkes erachtet worden." Nur wenige verstanden sofort, was er meinte; und da der König bei der Huldigung am 10. September schön und edel sprach: — „Bei uns", rief er mit dem ihm eigenen rednerischen Talent und Feuer, „ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, Einheit des Bestrebens aller Bekenntnisse und aller Volksklassen nach einem schönen Ziele; nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre;" — so jubelte man ihm mit ungetrübter Freude zu. Der König bemerkte aber bald, daß man ihn mißverstehe, daß man ihm die Absicht zuschreibe, Reichsstände zu gewähren; er lehnte daher in einer Kabinettsordre vom 4. Oktober dieses Ansinnen ausdrücklich ab. Die schwungvolle Rede, die er dann (am 15. Oktober) bei der Huldigung der übrigen sechs Provinzen in Berlin hielt: — „Ich gelobe", versicherte er, „mein Regiment in der Furcht Gottes und in der Liebe der Menschen zu führen, mit offenen Augen, wenn es die Bedürfnisse meiner Völker, mit geschlossenen, wenn es die Gerechtigkeit gilt. Ich will vor allem dahin trachten, dem Vaterlande die Stelle zu sichern, auf welche es die göttliche Vorsehung durch eine Geschichte ohne Beispiel erhoben hat, auf welcher Preußen zum Schilde geworden ist für die Sicherheit und die Rechte Deutschlands;" — diese Rede konnte die liberale Partei nicht beruhigen. Denn er sagte zugleich: „Preußen müsse so bleiben, wie es sei, wenn es nicht untergehen solle." Der Absolutismus sollte also fortbestehen in der Form einer ständisch verzierten Monarchie, und was etwa selbst in diesem Beiwerk die Stelle des Kerns der Nation sein würde, konnte man aus dem bezeichnenden Zuge abnehmen, daß bei der Huldigung die Vertreter der städtischen und ländlichen Gemeinden draußen auf dem Hof, die Abgeordneten der Ritterschaft im Innern des Schlosses vereidigt worden waren. Also ein absolutes Königtum mit einem mittelalterlichen Ständewesen — das war das neue Programm.

Es ging tief aus Friedrich Wilhelms Natur hervor, aus seinem hohen und empfindlichen Selbstgefühl und seiner romantischen Weltanschauung. In Deutschland, in Europa gab es damals keinen geistreicheren Fürsten; er wußte es, er war sich aber auch bewußt, es aufrichtig gut mit der Nation zu meinen, und hielt sich daher für einen jener seltenen Regenten, deren Beruf es ist, selbst zu regieren. Und doch fehlte ihm zum Staatsmann gerade das erste Erfordernis, nämlich der Sinn für das Wirkliche, der die Dinge sieht, wie sie sind, und fehlten ihm zum Selbstherrscher, zumal eines Großstaates, gerade die ersten Eigenschaften, nämlich zähe Festigkeit, rasche Entschlossenheit, mutige Thatkraft. Er faßte vieles an, aber wo es nicht etwa religiöse Angelegenheiten betraf, die ihm immer Herzenssache blieben, war ein kleines Hindernis im stande, ihm die Sache wieder zu verleiden, und seine Ausdauer, wenn er glaubte, sie nicht ganz fallen lassen zu dürfen, erschien dann als Eigensinn, der stets von neuem auf einen Lieblingsgedanken zurückkommt. Alexander v. Humboldt, der ihn um seiner guten Absichten willen hochschätzte, meinte schon damals, „der

König sei kein Mann des Handelns, und wo er handle, geschehe es stoßweise, ohne Zusammenhang und Maß. Sei es Güte oder Zagheit, genug, er wage oft nicht, was er am stärksten wünsche."*) Indes, als unumschränkter Beherrscher eines so ansehnlichen Reiches im Besitz ungemeiner Machtmittel, hoffte er, daß man seinen Wünschen keinen allzu heftigen Widerstand entgegensetzen werde, und er hätte recht gehabt, wenn er mit der Zeit mitgegangen wäre; ihr mächtiger Strom hätte ihn dann wohl, wie so manchen andern Herrscher, leicht und rasch zu großen Zielen getragen. Aber seine ganze Geistesrichtung traf mit dem Zeitgeist feindlich zusammen. Seine liebsten Neigungen gehörten der Vergangenheit; in die großartige Herrlichkeit des Mittelalters, in den alten Lehnstaat, wo, wie er meinte, jedes Wesen den ihm gemäßen Platz gehabt, und das Leben nicht bloß eigenartiger und farbiger, sondern auch gediegener und glücklicher gewesen als in der hastig dahinrennenden Neuzeit, in das Land der gotischen Dome und der behelmten Ritter, deren Degengriff ein Kreuz war, in die altdeutsche Welt, wo man jedes Einzelleben mit rücksichtvoller Scheu ehrte, jedes Sonderwesen in seiner Berechtigung hegte und pflegte — dahin flohen am liebsten seine Gedanken. Was heut die Zeit bewegte, was jetzt so mächtig die Völker ergriff — diese Idee des gleichen Staatsbürgertums, des Vertrages zwischen Fürsten und Volk, gar der Volkssouveränität und der unbedingten Berechtigung des Nationalitätgedankens — ihm erschien es als Ausfluß des bösen Prinzips in der Welt, der Zeitgeist mit seinen Zweifeln, seiner Verneinung und Auflösung als der Geist des Verderbens. Er haßte diese französische Gleichmacherei, dieses welsche Verwischen alles Besonderen; und als die Wurzel alles Bösen, was er in der modernen Menschheit aufkommen sah, betrachtete er die Unchristlichkeit und Widerchristlichkeit, den Unglauben und die religiöse Gleichgiltigkeit. Er verabscheute sie mit der ganzen Leidenschaft seines reizbaren Gemüts, und wenn in keinem andern Stücke, so ist er doch in der Religion, die ihm tiefes Bedürfnis und heiligste Pflicht war, sich immer gleich und folgerecht geblieben; der Entchristlichung des Staats hat er vom ersten bis zum letzten Augenblicke seiner Regierung fest und ausdauernd gesteuert. Aber ließ sich die Religiosität des Staates nicht aufrecht halten oder kräftigen auch im Bunde mit dem konstitutionellen Wesen? Mußte der christlich germanische Staat durchaus ein absolutistisch feudaler sein? Wo gab es denn in der Wirklichkeit eine solche ständische Gliederung, ein solches unmündiges Volk, wie der König sie voraussetzte? In Preußen und Deutschland gab es solche nicht mehr.

So stand also die politische Überzeugung des Königs mit den Wünschen der liberalen Partei und der von ihr beherrschten öffentlichen Meinung in einem schroffen Gegensatze. Friedrich Wilhelm verschärfte ihn noch eben dadurch, womit er ihn beizulegen gedachte. Er war von der Wahrheit seiner Ansichten so fest überzeugt und seiner Überzeugungskunst so sicher, daß er sich auf

*) Varnhagen, Tagebuch, zum 25. April 1841.

Erörterung einließ; er war ja ohnehin von Natur ein Freund der Öffentlichkeit, sprach gern und gut und liebte es mit seiner Person hervorzutreten. Die Nation durfte also zu Worte kommen, der König wünschte sogar die allgemeine Redefreiheit; denn es war ihm ein Herzensbedürfnis, vor der öffentlichen Meinung eine aufrichtige Anerkennung zu finden. Aber da ihm dieselbe nicht zu teil wurde, da es ihm nicht gelang, die Gegner zu seiner Weltanschauung zu bekehren, und er ebenso wenig von der Richtigkeit der modernen Staatsansicht überzeugt wurde, so kam eine persönliche Bitterkeit in den Streit, und das Volk erhielt den in Preußen neuen Eindruck, daß der König Partei, daß er und die Nation zweierlei sei.

Die erste Antwort der Liberalen auf die königlichen Festreden kam aus Königsberg, der Stadt, wo 1813 die nationale Bewegung begonnen, und von einem Führer derselben, dem alten Oberpräsidenten v. Schön. In einer Broschüre, betitelt „Woher und Wohin?“, die zu Anfang des Jahres 1841 erschien, trug dieser Veteran in sehr gemäßigten Ausdrücken die Ansicht vor, daß „die Richtung, welche Preußen seit Friedrich dem Großen genommen, und die Gesittung, welche es erreicht, eine Reichsverfassung erforderten, und daß jetzt der Augenblick sei, eine solche zu gründen. Man könne das Volk nicht mehr für eine willenlose Menge ansehen, die den Machthabern blind zu gehorchen habe; diese Zeit sei einmal vorüber und lasse sich nicht wieder zurückbannen. Wer den offenkundigen Geist der Gegenwart verkennen wolle, werde davon den Schaden haben.“ Bald darauf folgte ebendorther eine zweite Flugschrift, „Vier Fragen“ — ähnlichen Inhalts, aber von heftigerer Sprache. Ihr Verfasser, ein Jude, der Doktor der Medizin Johann Jacoby, beschränkte sich nicht darauf, die Erteilung einer Konstitution als politische Notwendigkeit darzustellen; in scharfem, schneidendem Tone forderte er sie als ein Recht, welches das Volk durch seine Leistungen im Befreiungskriege erworben, und der verstorbene König in seinem Edikt vom 22. Mai 1815 ausdrücklich anerkannt habe; jenes Versprechen müsse nun endlich erfüllt werden. Beide Broschüren fanden beim Publikum lebhaften Anklang und waren die Vorläufer einer oppositionellen Litteratur, die den sonst so ruhigen Volksgeist immer tiefer aufzuregen begann.

Der König war schon von jenen ersten Worten der öffentlichen Meinung sehr unangenehm berührt worden; die Jacobysche Schrift beleidigte ihn geradezu, er ließ sie verfolgen. Aber das Kammergericht in Berlin sprach den Verfasser frei, und der Präsident dieses Gerichts, v. Grolman, lehnte auf die Vorwürfe des Königs jede persönliche Verantwortlichkeit ab, weil das Amtssachen seien. „In solchen Dingen“, entgegnete der König, „kann ich die Person nicht vom Amte trennen.“ Grolman aber konnte es; er forderte und erhielt seinen Abschied.

Trotz dieses Verdrusses beschloß Friedrich Wilhelm die Fesseln, in denen die öffentliche Meinung lag, allmählich abzuthun; daher milderte er im Januar 1842 das Preßgesetz vom Jahre 1819, schaffte am 4. Oktober 1842 die Censur bei Schriften über 20 Bogen ganz ab, setzte in Berlin eine aus Gelehrten und

Juristen gebildete Behörde als Obercensur-Kollegium ein (Februar 1843), welche die Beschwerden der Schriftsteller und Verleger entscheiden sollte und ihnen vielfach abhalf, und ließ sich auch dadurch nicht beirren, daß mit manchen gemäßigten viele leidenschaftliche Tendenzschriften auftauchten; nur die heftigsten, wie die politischen Gedichte Georg Herweghs, wurden verboten, eben darum freilich im Publikum mit desto mehr Begier verschlungen. Es war nichts Kleines, aus eigenem Antriebe einer Presse freieren Spielraum zu gewähren, die damals bereits, außer hunderten von Büchern und Flugschriften belletristischen und politischen Inhalts, jährlich 405 periodische Blätter lieferte und fast durchgängig liberal, größtenteils der Regierung feindlich gesinnt war.

Auch das zweite Organ der öffentlichen Meinung, die Stände, kehrte sich, sobald der König ihnen das Wort verstattete, gegen ihn. Und dies war nicht zu verwundern. Einen Augenblick hatte das Volk, in der Meinung, der König werde, wie er zu beabsichtigen schien, die Provinzialstände zu einer wirklichen Volksvertretung machen, denselben eine große Teilnahme zugewandt, die Wahlen zu ihnen mit Eifer betrieben; und als dann im Jahre 1841 die einzelnen Landtage eröffnet wurden, sah man auf ihnen schon politische Parteigruppierung, hörte gar Petitionen und Adressen verlesen. Die Erwartung spannte sich, als der König verordnete, die Landtage sollten regelmäßig alle zwei Jahre einberufen werden, und ihre vereinigten Ausschüsse auch allgemeine Landessachen begutachten. Aber als sich nun der „Vereinigte Ausschuß“ im Oktober 1842 zu Berlin einfand, legten ihm die Minister nur zwei Angelegenheiten vor, die von der Regierung bereits entschieden waren, und eine, die wenig zu bedeuten hatte. Wie überflüssig mußte er sich vorkommen! Gleich den Ständen selbst hatte also auch er nur in geringfügigen Dingen mitzureden, zu entscheiden ohnehin nichts. Und wenn er noch etwa an seine Wichtigkeit glaubte, so mußte er diese Täuschung fahren lassen, da ihm der König (am 11. November 1842) aufs bündigste erklärte, er sehe in den Ausschüssen nur Vertreter der Stände, aber keine Repräsentanten „oberflächlicher Meinungen und der Tageslehren.“ So kam es, daß die Landtage, die 1841 sich im Sinne und zur Zufriedenheit des Königs benommen hatten, schon zwei Jahre darauf sich selber für unzulänglich erklärten; der ostpreußische verlangte eine Erweiterung der Befugnisse des vereinigten Ausschusses, namentlich das Recht, selbständig Anträge zu stellen; der rheinische forderte dessen Umwandlung in Reichsstände. Als der König in seinen Landtagsabschieden diese und ähnliche Wünsche, die mit seinen Ansichten nicht übereinstimmten, ablehnte (30. Dezember 1844), war die liberale Partei darin einig, er wolle sich nur das Ansehen geben, als ob er die Volksstimme zu Rate ziehe, sei aber nicht gemeint, ihr einen wirklichen Einfluß auf seine Entschließungen zu verstatten.

Ebensowenig gefiel den Liberalen die kirchliche Politik des Königs. Friedrich Wilhelm hatte gleich nach seiner Thronbesteigung erklärt, er wolle dem Herrn dienen und nicht dem Nebelgotte der Hegelschen Philosophie.

Seiner phantasie- und gemütvollen Art die Welt zu betrachten, widerstand der Rationalismus allzusehr, als daß eine Vermittlung zwischen beiden möglich gewesen wäre; er glaubte aber auch seine Pflicht gegen Gott zu verletzen, von dem er die Krone, wie er sich ausdrückte, zu Lehen trage, wenn er den ihm anvertrauten Machtkreis unter dem Einfluß der Rationalisten beließe. Er machte daher zum Nachfolger des im Mai 1840 verstorbenen Ministers von Altenstein, in der Leitung der geistlichen und Schulsachen einen auf dem Boden des christlichen Bekenntnisses stehenden Mann, den bisher auf anderem Arbeitsfelde — bei der Gründung des Zollvereins — hochverdienten Geheimrat Eichhorn und betrieb dann durch diesen eine religiöse Reaktion, deren Zweck es war, die Christgläubigkeit in der Schule, in der Kirche und im Staate wieder zur Herrschaft zu bringen. Schrecken und Zorn ging durch die langen Reihen der Freigläubigen wie der Ungläubigen — das Regiment der Hegelianer war zu Ende.

Die Betonung der Christlichkeit des Staats rief nun zunächst den Widerspruch derer hervor, welche sich dadurch in allen ihren Interessen verletzt fühlten, nämlich der Juden. Da ihnen die Beamtenlaufbahn verschlossen war, so hatten diejenigen unter ihnen, die ihren Beruf in geistiger Arbeit suchten, sich längst scharenweise auf die Schriftstellerei geworfen und dem Ruhme Börnes und Heines nachgestrebt. Ein großer Teil der deutschen Presse und damit mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung, als ihnen nach der verhältnismäßig so geringen Zahl ihres Volksstammes (1¹/₃ Prozent der Gesamteinwohnerschaft) zustand, war in ihren Händen. Sie schlugen sich wie ein Mann zu den Gegnern des Königs, und mit der ihnen eigenen Rührigkeit und Leidenschaftlichkeit bearbeiteten sie durch die Presse den Volksgeist in ihrem Sinne. Aber auch unter den Christen gab es Leute genug, die einen bekenntnislosen Staat verlangten oder doch das Unterscheidende der christlichen Lehre aus dem Bekenntnis des Staates wollten ausgeschlossen sehen. Einige dieser Anhänger der „Vernunftreligion" verwarfen die herrschende Kirchenlehre ganz offen; der evangelische Prediger Rupp in Königsberg sagte sich feierlich auf der Kanzel von dem Glauben an die Dreieinigkeit los und bildete eine „freie Religionsgemeinde"; ähnliche „Freie" oder „Lichtfreunde" thaten sich 1842 in Berlin zusammen, später unter Führung der Pfarrer Uhlich und Wislicenus in der Provinz Sachsen, zum Teil in geheimen Gesellschaften, die doch keine beträchtliche Verbreitung fanden, weil es ihrem Glauben eben an Inhalt fehlte.

Weit bedeutender und ausdehnungskräftiger ließ sich eine Bewegung an, die bald darauf in der katholischen Kirche ausbrach. Im Jahre 1844 brachte die ultramontane Geistlichkeit in Trier einen alten Rock zum Vorschein, den sie für den Rock Christi ausgab, und Hunderttausende wallfahrteten nach dem wunderthätigen Schrein, dort anzubeten und zu opfern. Das war doch den Aufgeklärten auch unter den Katholiken zu viel; ein katholischer Priester in Oberschlesien, Johannes Ronge, lieh ihrem Unwillen in einem „Absagebrief" an den Bischof von Trier, Arnoldi, Ausdruck, und sein Ruf nach Be-

freiung der Geister fand an vielen Orten des katholischen Deutschlands lauten Widerhall. Die Anhänger Wessenbergs und Hermes' erhoben sich wieder, predigten Losreißung von Rom, Verwerfung des päpstlichen Primats, des Cölibats, der Hierarchie; es bildete sich, zuerst in Schneidemühl durch den katholischen Pfarrer Czerski, dann (Januar 1845) in Breslau, die Sekte der „Deutschkatholiken“, die ein in dieser Weise reformiertes „christkatholisches“ Bekenntnis annahm. In wenigen Monden zählte sie über 100 000 Mitglieder, die meisten in Schlesien und Westpreußen, und mancher ausgezeichnete Mann, wie z. B. der populärste unter den damaligen deutschen Geschichtschreibern, Eduard Duller, gehörte zu ihren begeisterten Freunden. Aber das kirchliche Interesse war im allgemeinen zu gering, der Sinn der Nation zu sehr auf politische Dinge gerichtet; auch des Positiv-Christlichen in dem Bekenntnis der neuen Sekte, wie sie es auf einem Konzil in Leipzig feststellte, zu wenig übrig geblieben, als daß der Fortgang dem Anfang entsprechen konnte; die große Bewegung verlief zuletzt im Sande.

Die hochfliegenden Hoffnungen, welche bei weitem die meisten unter den preußischen Liberalen auf Friedrich Wilhelm IV. gesetzt, waren von den Gesinnungsgenossen im übrigen Deutschland geteilt worden. Man erwartete von ihm, dem geistvollen und wohlmeinenden Beherrscher eines Fortschritts-Staates, wie es Preußen war, auf das bestimmteste den Bruch mit der alten Metternichschen Politik, mit der Politik der heiligen Allianz, und zweifelte nicht, daß er das einzige Mittel, welches zur Wiedergeburt Deutschlands vorhanden schien, nämlich durch Annahme einer liberalen inneren und nationalen äußeren Politik für Preußen die Zuneigung der deutschen Bevölkerungen zu gewinnen und mit deren Beistand die Fürsten unter seine Oberhoheit zu bringen, erfolgreich anwenden könnte. Denn das deutsche Volksbewußtsein war bereits eine Macht von einiger Bedeutung, und es fiel in die Wagschale der Geschicke schwer, sobald es mit der preußischen Vaterlandsliebe sich vereinigend zu einem deutschen Nationalgefühl wurde. Dies zeigte sich im Jahre 1840, als Frankreich kriegerische Absichten gegen Deutschland verriet. Wie gewaltig brauste da von einem Ende Deutschlands zum andern die öffentliche Meinung auf! Überall hallte Nikolaus Beckers Rheinlied: „Sie sollen ihn nicht haben den freien deutschen Rhein“ in einmütiger Begeisterung wider. Mit Staunen sah es das Ausland: das waren nicht mehr die Deutschen von 1806, die den Rheinbund möglich gemacht; eine große Nation war es, ihrer Kraft und ihres Landes wert. Dieses Nationalgefühl äußerte sich nun bei jedem größeren Anlaß; so auch beim Brande Hamburgs 1842, der im ganzen Vaterlande die werkthätigste Bruderliebe entzündete. Man durfte erwarten, daß es bei einer Neugestaltung des Bundes eine große Rolle spielen würde. Friedrich Wilhelm war weit entfernt, diese Macht zu unterschätzen; er hätte sie gern zur Freundin gehabt; aber er wollte ihr seine Überzeugungen nicht opfern, und zu diesen gehörte vor allen die Meinung, daß Deutschland in mittelalterlicher Weise erneuert werden müsse. Sein Ideal war hier der Lehn-

staat; er dachte sich die Herstellung des deutschen Reiches so, daß die Fürsten zusammentreten und den Kaiser von Österreich, als den Erben der alten deutschen Kaiser, zum römischen Kaiser deutscher Nation ausrufen, sodann ihn selbst, den König von Preußen, als den geeignetsten Reichsfeldherrn, zum „König der Deutschen“ küren, in ihren Sonderstaaten aber mit ihren Ständen ungestört weiter regieren sollten. Denn nach seiner verkehrten Geschichts- und Rechtsansicht gebührte dem Hause Österreich die vornehmste Würde und eine Art von Oberhoheit in Deutschland; er gefiel sich sogar in der Redensart: „Ich bin nur dazu da, um dem Kaiser von Österreich die Steigbügel zu halten“!*) Er meinte daher, die deutsche Reform nur etwa im Auftrage Österreichs vornehmen zu dürfen. Dabei war er aber von dem göttlichen Recht der Könige zu tief durchdrungen, um seinen Mitfürsten mit Gewalt an die Souveränität greifen zu wollen; er erwartete, daß sie ihm freiwillig etwas von derselben opfern würden. Doch schon der Ausgang seines ersten Versuchs, im Verein mit ihnen den deutschen Bund einheitlicher zu gestalten, hätte ihn darüber aufklären können, wie es um die Opferlust, die er voraussetzte, in Wahrheit stand. Er stellte dem österreichischen Kanzler im August 1841 die Notwendigkeit vor, die Bundesverhältnisse zu reformieren, regte auch bei anderen deutschen Regierungen diesen Gegenstand an; aber das einzige, was er durchsetzte, war, daß man einige militärische Verbesserungen vornahm, in allem übrigen beim alten blieb. Gleichwohl ließ er die Metternichsche Politik in Deutschland weiter schalten, teils eben aus Ehrfurcht vor Österreich, teils weil auch er das Konstitutionswesen für verwerflich, für revolutionär hielt.

So war es im Grunde wenig mehr als ein zweckloses Aufregen der öffentlichen Meinung, wenn er von Deutschlands Erneuerung so begeistert sprach, wie er 1842 zu Köln that. Der Kölner Dom harrte seit dreihundert Jahren der Vollendung, ein prachtvoller Riesenbau aus untergegangener Zeit. Friedrich Wilhelm unternahm es, ihn im Sinne der Vorfahren auszubauen, und dieser Bau sollte das Wahrzeichen sein der deutschen Einigung, in brüderlicher Eintracht von allen deutschen Fürsten, allen Konfessionen und Stämmen unter seiner Leitung gefördert. Alle sollten Liebesgaben dazu beisteuern, er selbst stellte sich an die Spitze des Dombau-Vereins und weihte den Bau (am 4. September 1842) feierlich ein mit einer Rede, die von Begeisterung für Deutschlands Ruhm und Unabhängigkeit, Einigkeit und Verbrüderung überfloß. Es kam aus dem Herzen, was er sprach.**) Aber was er meinte, war doch nur ein Phantasiebild; die nationale und politische Wiedergeburt Deutschlands, wie er sie verstand, wollten weder die Fürsten noch die Völker. Er stand mit seiner romantischen Politik allein in einer Zeit, die ihn noch weniger begriff, als er sie. Und wo ihn einer begriff, da war Zweifel, Besorgnis das Ende der Betrachtung. Im kritischen Berlin war man am unzu-

*) Herzog Ernst II. von Koburg, Aus meinem Leben, I. 1887, S. 147, 276.

**) H. v. Treitschke, a. a. O., Bd. V. S. 174 f.

friedensten mit ihm; dem Jubel, mit welchem die Berliner ihn bei seinem Beginne auf den Straßen begrüßt, folgte schon im nächsten Jahre ein sehr kühles Bezeigen. Als er, von einer Reise nach England (1842) heimkehrte, fand er in Berlin einen kalten Empfang. „Anfangs wollten sie mich vor Liebe auffressen; jetzt bedauern sie, es nicht gethan zu haben", soll der König geäußert haben.*)

Das deutsche Publikum im ganzen jedoch gewöhnt, alles langsam sich entwickeln zu sehen, wurde durch die Thatenlosigkeit der ersten Jahre des Königs nicht sogleich und nicht völlig enttäuscht; es war doch jetzt ein regeres freieres Leben in Preußen, es begann dort doch eine Art von ständischem Wesen aufzukommen, und die Presse erhielt weiteren Spielraum. Letzteres war für ganz Deutschland von der unmittelbarsten Wichtigkeit; denn nun konnten auch dessen außerpreußische Schriftsteller die liberale Färbung ihrer politischen Werke, da ja die Mehrzahl der Leser Preußen waren, um einen Ton erhöhen; die gesamte deutsche Presse hob sich mit der preußischen, die ihren größeren Teil ausmachte. Denn selbst die periodischen Blätter waren in Preußen schon damals zahlreicher als in den übrigen deutschen Königreichen und in Österreich zusammen; es gab ihrer in Bayern 96, in Württemberg 48, in Sachsen 44, in Österreich 26, in Hannover 24, zusammen 238, aber in Preußen 405**), und ein ähnliches Verhältnis bestand zwischen den Zahlen des Lesepublikums, sowie der Schulen, von welchen das Bedürfnis nach geistiger Nahrung erweckt, und der Lehrer, von welchen gerade in Preußen am allgemeinsten die Einheits- und Fortschrittsidee und damit die Neigung zu liberal politischer Lektüre ins Volk getrieben wurde. Dazu kam nun das lebhafte, augenfällige Wesen des Königs, welches von der zurückhaltenden, kalten Weise seines Vaters so sehr abstach, der pathetische Ton und schöne Inhalt seiner Reden, die er bei jeder Gelegenheit über Deutschland erschallen ließ. Man wußte noch nicht, daß bei ihm zwischen der Welt der Ideen und der Welt der Thaten der größte Gegensatz herrschte. „Er besaß eine besondere Stärke, irgend eine Sachlage schnell zu erfassen, sie sich oft sehr passend und in die Augen springend zurechtzurücken und in den schönsten Farben zu einem Bilde zu gestalten. Aber er stellte sich zu dem Bilde nur wie ein Maler, dessen einzige Sorge ist, seine Auffassung auf die Leinwand zu bringen und die wirksamsten Schlaglichter zu erzielen."***) Der Sachlage gemäß nun auch zu handeln, das Gedachte nun auch dauernd zu wollen und wirklich zu vollbringen, dazu besaß sein Geist nicht die Kraft. Allein dies zeigte sich erst später deutlich, und so fuhr denn ein Teil der liberalen Partei noch immer fort, große Dinge von ihm zu erwarten, ihn beinahe wie den deutschen Messias zu betrachten.

Eben trat auch wieder die Thatsache, daß Preußen das natürliche Haupt Deutschlands war, so recht hell ins Licht. Im Jahre 1844 fand zu Berlin die

*) O. v. Natzmer, Denkwürdigkeiten III., Gotha 1888, S. 41.

**) Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, VI. 93.

***) Herzog Ernst von Koburg, a. a. O. II., 1887, S. 612.

erste große Industrieausstellung statt, die man in Deutschland erlebt hatte. Hier zeigte sich nun der Welt, wie außerordentliche Fortschritte die deutschen Gewerbe seit Gründung des Zollvereins gemacht, wie sie größtenteils den ausländischen bereits ebenbürtig waren, und welchen Segen dieses Stück deutscher Einheit, welches man Preußen verdankte, in so kurzer Zeit gebracht hatte. Der Wunsch, unter Preußens Leitung auch politisch geeint zu werden, mußte dadurch bei den Bevölkerungen des Zollvereins frische Anregung finden. Endlich — nicht der geringste Beweggrund — die Männer des Rückschrittes in den Mittel- und Kleinstaaten, des kirchlichen wie des politischen, durch Metternich über die Absichten des neuen Königs von Preußen beruhigt, herrschten rücksichtsloser als je, und die Opposition in den deutschen Kammern, ihrer Ohnmacht sich bewußt, verstummte. So verbreitete sich denn immer allgemeiner die Überzeugung, der Kampf zwischen der alten und neuen Zeit, zwischen Absolutismus und Verfassungswesen müsse in Preußen ausgekämpft werden, und in weiten Kreisen der Nation erhielt sich die Hoffnung, daß Friedrich Wilhelm IV. in diesem Kampfe der liberalen Sache zum Siege verhelfen werde.

Aber so vertrauensselig waren bei weitem nicht alle Liberalen; es gab bereits viele, die von diesem Könige nicht Gutes mehr erwarteten. Es gab sogar manche, die ihn bereits leidenschaftlich haßten. Ein gewisser Tschech (geboren 1789 in einem Dorfe bei Schweidnitz) hatte jahrelang dem Posten als Bürgermeister in Storkow mit Gewissenhaftigkeit vorgestanden, aber sich durch Rechthaberei und Strenge dort so unbeliebt gemacht, daß er, des für seinen Ehrgeiz ohnehin zu kleinen Wirkungskreises müde, sein Amt im Jahre 1841 niederlegte. Er begab sich nach Berlin und suchte bei den Behörden um eine andere Anstellung nach. Seine Bitte wurde abgeschlagen; er wandte sich an den König, auch dieser wies das Gesuch ab. Über diesen fruchtlosen Bemühungen waren ein paar Jahre hingegangen, und Tschechs kleines Vermögen war verzehrt; er sah mit seiner Tochter dem bittern Mangel entgegen. Da beschloß er sich zu rächen, und zwar an der Person Friedrich Wilhelms; damit meinte er zugleich eine große und nützliche That zu thun, er verglich sich mit Tell und den König mit Geßler. Denn seines Erachtens hatte Friedrich Wilhelm nicht bloß ihm selbst schweres Unrecht zugefügt, sondern war überhaupt ein schlechter Regent, ein Fürst, von dem das Vaterland zu befreien verdienstlich wäre. Kurz, aus Privathaß war bei Tschech zuletzt blutdürstiger politischer Fanatismus geworden. Am 26. Juni 1844 schritt er zu der lange überlegten That. Mit einem Doppelpistol bewaffnet, stellte er sich am königlichen Schlosse zu Berlin auf, und als der König herausgetreten war und sich eben in seinen Wagen gesetzt hatte, feuerte er aus unmittelbarer Nähe die beiden Schüsse auf ihn ab. Dennoch gingen sie fehl. Tschech wurde ergriffen, und nachdem man ihm den Prozeß gemacht, ohne Reue zu zeigen, am 14. Dezember 1844 zu Spandau enthauptet. Friedrich Wilhelm hatte ihm das Leben schenken wollen, wofern er sein Unrecht eingestehe und um Gnade bitte, Tschech aber dies zu thun in seinem Trotze verweigert.

Ein Mordanfall auf den König! Ein Ereignis bisher ohne Beispiel in der preußischen Geschichte und für die nächste Zukunft ein böses Vorzeichen; jeder Wohlmeinende und jeder Verständige verurteilte die That. Auch war man in Preußen über die Rettung des Königs aufrichtig erfreut; aber die Unzufriedenheit mit seiner Regierung wuchs, die Hoffnung auf ihn schwand bei den Liberalen hier rascher als im übrigen Deutschland. Sie fanden, der König sei zwar gewillt, eine Verfassung zu geben: — „Bin ich" (äußerte er damals zu dem Minister v. Bülow) „bin ich als rechtlicher Mann nicht verpflichtet, zu erfüllen, was mein Vater versprochen hat?"*) — aber die Verfassung, die sein Ideal sei, so urteilten viele, könne dem Volke nie gefallen, und mittlerweile schlage er ganz entschieden eine reaktionäre Richtung ein, die noch über die Politik seines Vaters hinausgehe. In der That wurden die Provinzialstände nicht verbessert, obgleich ihre Mängel auf den Landtagen von 1845 noch mehr hervortraten. Denn sie gaben es jetzt schon selbst auf, die Wünsche des Volkes auszudrücken, wiesen Gesuche ab, welche dieselben aussprachen, teils weil sie deren Erfolglosigkeit voraussahen, teils weil in dieser Vertretung des Grundbesitzes das Interesse der Bevorrechteten überwog; kurz, sie zeigten sich als das, was sie unter dem vorigen Könige gewesen und in ihrer Beschaffenheit nach sein mußten: ein bloßes Anhängsel der Verwaltung. In den geistigen Dingen war die Reaktion unzweifelhaft: in der Pädagogik die Herrschaft der Diesterwegschen Schule zu Ende; in der katholischen Kirche, die 1841 eine eigene Abteilung im Kultusministerium erhalten, der Einfluß der Jesuiten im Steigen; die evangelische Kirche, für welche der König eine festere einheitliche Verfassung anstrebte, mehr und mehr der Strenggläubigkeit zugewandt. Man klagte über Beschränkung der Gewissens- und Lehrfreiheit; der Berliner Magistrat, dann die Magistrate von Königsberg und Breslau baten den König, diesen Beschwerden der Rationalisten abzuhelfen, richteten aber nichts aus. Noch schlimmer war, daß durch ein Beamten-Disziplinargesetz (vom 29. März 1844) die Unabhängigkeit des Richterstandes beschädigt wurde. Nicht einmal die materiellen Interessen wurden recht gepflegt; es zeigte sich auch hier im Vergleich zu der vorigen Regierung und im Widerspruch mit allen Überlieferungen der Hohenzollern ein Rückschritt. Zwar die Not der verarmten Linnen- und Baumwollenweber im schlesischen Gebirge und die 1844 infolge derselben unter ihnen ausgebrochene Empörung erkannte man als eine Wirkung des neuen Gewerbewesens, welches von der Händearbeit zur Maschinenarbeit überging und in dieser Übergangszeit manche unvermeidliche Nachteile mit sich führte. Aber dafür machte man, und mit Recht, die Regierung verantwortlich, daß sie nach blutiger Unterdrückung jenes Aufstandes nicht das ihrige gethan, den Erwerb wieder in die Höhe zu bringen. Statt dessen hatte sie die Interessen der schlesischen Weberei gröblichst verletzt, indem sie 1846 zuließ, daß die freie Stadt Krakau, weil die Polen dort Unruhen angezettelt, dann (1847) in Österreich

*) Varnhagen, Tagebuch, zum 5. Januar 1845.

einverleibt wurde. Ein hochwichtiger Markt war dadurch dem schlesischen Handel und besonders den Erzeugnissen der schlesischen Weberei entzogen worden; ein Schaden, den der Finanzminister v. Düesberg nachher damit entschuldigte, daß er von dieser kommerziellen Bedeutung Krakaus nichts gewußt! Die auswärtige Politik mißfiel nicht weniger; auch unter Friedrich Wilhelm IV. schien Preußen ein Schleppenträger Österreichs und Rußlands zu sein, mit welchem sich der König, gereizt und beunruhigt durch die Umtriebe der Posener und Krakauer Polen, 1846 wieder enger zur heiligen Allianz verbunden hatte.

Alles dieses brachte nun die freisinnige Partei immer mehr gegen den König auf; je größer einst ihre Hoffnungen gewesen, desto bitterer war nun die Enttäuschung, und die Presse machte ihrem Zorne in rücksichtloser Weise Luft. Ruge und Echtermaier erließen in den hallischen Jahrbüchern ein „Manifest gegen die Romantik", worin sie versteckt den König angriffen, Strauß in seiner Schrift „der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren" verspottete ihn offener; am wirksamsten aber der Berliner Professor der Geschichte Dr. Adolf Schmidt, der in seinem Buche „Geschichte der Denk- und Glaubensfreiheit im ersten Jahrhundert der Kaiserherrschaft und des Christentums" eine sehr witzige und boshafte Verkleidung der kirchlichen Politik Friedrich Wilhelms, sowie der Maßregeln des Ministeriums Eichhorn lieferte. Diese Schrift wurde überall von den Gesinnungsgenossen mit ungeheurem Jubel aufgenommen, und der Verfasser, der sein Amt verlor, unter die verdientesten Märtyrer der Freiheit gezählt. Bedenklicher war der Beifall, den in den niederen Ständen allerlei Schmäh- und Spottlieder fanden, welche das demokratische Litteratentum hineinwarf, z. B. die „Tschechiade", ein Lied in Knittelversen, worin der Mordversuch auf den König ohne die geringste sittliche Entrüstung erzählt, vielmehr die persönliche Erscheinung des Königs lächerlich gemacht wurde. Vermißte man in diesem und in ähnlichen Gedichten jede Spur von Pietät, so äußerte sich in einem andern, dem „Weberliede" von Heine die Anfeindung des Bestehenden in der erschrecklichsten Wildheit; mit erschütternden poetischen Kraftworten und marschtempomäßiger Melodie gegen „den blinden, tauben Gott", gegen „den Gott der Reichen" und gegen das deutsche Vaterland „einen dreifachen Fluch" schleudernd, war es ganz geeignet, eine Marseillaise für alle schlimmsten Leidenschaften zu werden. Es war nicht Heines Schuld, wenn der religiös-sittliche und patriotische Sinn des gemeinen Mannes in Deutschland und Preußen annoch besser war als des Pariser Ritters vom Geist. Aber ganz ohne Wirkung blieb auch diese Brandfackel nicht; sie entzündete doch in manchem Schwärmer eine Revolutionslust, die nur den äußern Anlaß brauchte, um zerstörend aufzuflammen.

Selbst Royalisten waren verstimmt; die einen verdroß die frömmelnde Richtung, die bei Hofe herrschte, die andern sahen mit Mißfallen, daß der König nur für Geistiges ein dauerndes Interesse hatte, daß die Erfolge der auswärtigen Politik sich auf die Gründung eines evangelischen Bistums in Jerusalem (1842) beschränkten und auf eroberte Gelehrte und Künstler anstatt

eroberter Länder, daß Kunst und Phantasie auf dem Throne war und nicht kühne Thatkraft.

Hätte Friedrich Wilhelm IV. weniger persönlich regiert, die Mißstimmung wäre vielleicht verstreut geblieben, wie sie es unter seinem Vater war; so aber kehrten sich alle ihre Spitzen vereint gegen dasselbe Ziel, den König. Er hatte zwar Lieblinge, man könnte sagen Freunde; es waren geistvolle Persönlichkeiten wie er: Alexander v. Humboldt, Radowitz, Bunsen, Thile, Canitz, die Gerlachs u. a.*) In Humboldt verehrte er die verkörperte Wissenschaft; der greise Heros der Naturwissenschaften bildete und erfreute durch seinen anregenden Umgang; von dem Ruhme des Verfassers des Kosmos fiel überdies ein Teil auf den König, der seinen Stolz darein setzte, ihn seinen Freund zu nennen. Humboldt war auch der Abgott der Nation, weil der weltberühmte Mann dem politischen Fortschritt huldigte, und diese Beliebtheit machte ihn dem Könige noch werter. Übrigens vermied er es, den politischen und kirchlichen Vorurteilen des Königs in den Weg zu treten; ihre Gespräche drehten sich fast immer nur um Wissenschaftliches. Auch war Humboldt nichts weniger als ein Jakobiner, wie denn die „litterarische Zeitung“, die er ins Leben gerufen, mit seiner Bewilligung in den Dienst des Ministeriums Eichhorn überging, in der Absicht, der Einseitigkeit der Zeitungspresse, die nur in „gewissen“ Händen sei, entgegenzutreten. Der zweite Günstling des Königs war Josef v. Radowitz, ein aufgeklärter Katholik, Gründer des „politischen Wochenblattes“, dessen Aufgabe ursprünglich war, im Interesse der konservativen Partei die Revolution zu bekämpfen. Die Ideen, welche Radowitz sein Lebelang verfocht und die den Hauptgegenstand seiner Besprechungen mit dem Könige bildeten, waren: einen Bund treuer Katholiken und gläubiger Protestanten im Kampfe gegen die zerstörerischen Bewegungen der Zeit herbeizuführen und Deutschland unter preußischer Führung zu einigen, wobei er doch dem Grundsatze des Königs, die Rechte der deutschen Fürsten müßten unter allen Umständen unangetastet bleiben, zu widersprechen nicht versuchte. Die kirchlichen Zeitfragen erörterte der König mit dem dritten seiner Vertrauten, mit Karl Bunsen, dessen theologische Kenntnisse und diplomatisches Gebahren ihn zum Gehilfen bei der beabsichtigten Wiedergeburt der evangelischen Kirche zu befähigen schienen.**) Aufschluß über Personenfragen und über die Urteile der öffentlichen Meinung suchte der König bei einem ebenso scharfsichtigen als wahrheitliebenden Beobachter der Dinge und Menschen, dem Freiherrn Senfft von Pilsach. Keinem seiner Vertrauten jedoch räumte Friedrich Wilhelm einen erheblichen Einfluß auf seine Entschließungen ein. „Wollten die Lieblinge etwas, was außer seinen Richtungen läge,“ urteilte

*) Des Freiherrn Karl Ernst Wilhelm von Canitz und Dallwitz Denkschriften, 2 Bde., her. von seinen Kindern, Berlin 1888. — Denkwürdigkeiten a. d. Leben Leopolds von Gerlach, her. von seiner Tochter, 2 Bde., Berl. 1891 u. 92. — Fr. Meinecke, Der General Ludw. Gustav von Thile, Vortrag 2c., Forsch. 1894, VII. S. 575.

**) Vgl. Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Bunsen, herausgegeben von L. v. Ranke.

Humboldt,*) „so wäre es gleich mit ihnen vorbei. Der König thut, was er grade will, was aus seinen früh befestigten Vorstellungen sich entwickelt und der Rat, den er allenfalls anhört, gilt ihm nichts.“ Eben darum traf nun der ganze Groll der liberalen Partei die Person des Königs selbst.

Friedrich Wilhelm entging es nicht: er stand in Gefahr, um alles Ansehen in der öffentlichen Meinung zu kommen, vielleicht gar eine Revolution heraufzubeschwören, wenn er sein Programm unabänderlich festhielt; er entschloß sich daher — auch um die verheißene Entwickelung der Provinzialstände durchzuführen — zu einem großen Opfer. Trotz Rußlands und Österreichs Abmahnungen that er den ersten Schritt vom Absolutismus fort zu einer verfassungsmäßigen Monarchie: durch Patent vom 3. Februar 1847 errichtete er den Vereinigten Landtag als eine Art von allgemeiner Landesvertretung und gab demselben außer dem Petitionsrecht und dem Recht eines Beirats bei der Gesetzgebung das wichtige Recht, bei Staatsanleihen, Einführung neuer Steuern oder Erhöhung der alten die Zustimmung zu erteilen oder zu verweigern.**) Die Zusammensetzung des vereinigten Landtags beruhte auf dem ständischen Prinzip; er war auf die Grundlage der bisherigen Provinzialstände gebaut, zerfiel in zwei Kurien; in der ersten, auf der „Herrenbank,“ saßen die Prinzen, der hohe Adel und die Vertreter der Stifter und Körperschaften, die auf den Provinziallandtagen Stimmrecht hatten; in der zweiten Kurie die Abgeordneten der Ritterschaften, Städte und Landgemeinden, nach demselben Zahlenverhältnis, wie sie in den Provinzialständen vertreten waren. Am 11. April eröffnete der König die erste Versammlung des Vereinigten Landtags mit einer langen Rede, in der er zweierlei betonte: 1. „Preußens Geschicke können nur von einem Willen geleitet werden, und dieser Wille muß der königliche sein.“ „Keine Macht der Erde soll mich zwingen, das unmittelbare Verhältnis zwischen mir und meinem Volke in ein konstitutionelles verwandeln zu lassen.“ 2. „Ich und mein Haus wir wollen dem Herrn dienen.“ Mit dem einen erklärte er sich gegen ein parlamentarisches, mit dem andern gegen ein bekenntnisloses Regiment.

Es hätte dieser Worte nicht bedurft, um die freisinnige Partei zum Widerspruch herauszufordern. Sie war gleich nach Erscheinen des Patents mit Entschiedenheit gegen dasselbe aufgetreten. Eine Flut von Broschüren fiel über die neue Einrichtung her. Ernst v. Bülow-Cummerow (später Haupt der Junkerpartei) wies in einer Schrift „Preußen im Jahre 1847“ nach, daß die Herrenbank oder erste Kammer wenig von den Verhältnissen des Landes und dem inneren Leben des Volkes wisse, daher unzuständig sei, darüber als Autorität zu urteilen. Heinrich Simon, Stadtgerichtsrat a. D. in Breslau, behauptete in der Schrift „Annehmen oder Ablehnen?“, daß das preußische Volk die Pflicht habe, die Verfassung vom 3. Februar, welche die alten Ver-

*) Varnhagen, Tagebuch, zum 18. März 1843.

**) Vgl. H. v. Treitschke, a. a. O., Bd. V. S. 609 f.



heißungen nicht genügend erfülle, abzuweisen und berechtigt sei, eine wahre Volksvertretung zu fordern. Ebenso sprachen sich Jacoby und Gervinus aus, von denen der letztere als Historiker und als einer der sieben Göttinger Abgesetzten besonders in Süddeutschland, wo er lebte, damals großes Ansehen genoß. Eine andere Broschüre, von R. v. Bardeleben, wollte das Patent nur als einen Entwurf, der von dem Vereinigten Landtag zu beraten und zur Verfassung auszubilden sei, gelten lassen. In der That bot die neue Verfassung zahlreiche Blößen: dieses mittelalterliche Ständewesen konnte für keine wahre Landesvertretung gelten; es entsprach nicht den thatsächlichen Verhältnissen der Nation, die ein Ständetum nicht mehr besaß. Nicht einmal die Interessen des Grundbesitzes und Adels stellte es wirklich sicher; denn es fehlten die ersten Bedingungen verfassungsmäßiger Zustände: gesetzlicher Schutz der persönlichen Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz. Der Landtag selbst sprach die allgemeine Unzufriedenheit freimütig aus. Der ostpreußische Abgeordnete Alfred von Auerswald entwarf eine Adresse als Antwort auf die Eröffnungsrede, worin ehrerbietige Bedenken gegen diese Verfassung geltend gemacht wurden, und bei der Beratung stellten namentlich auch die rheinischen Abgeordneten v. Beckerath, Hansemann, Camphausen, v. Vincke alle Mängel derselben ins Licht. Diese Adresse wurde (am 16. April) mit 487 Stimmen gegen 107 angenommen; selbst die anwesenden Prinzen mit alleiniger Ausnahme des Thronerben (des „Prinzen von Preußen") stimmten dafür. Auch bei den Verhandlungen der Geschäfte, welche die Regierung dem Landtag vorlegte, zeigte sich derselbe oppositionell gesinnt und forderte reichsständische Rechte. Am 26. Juni desselben Jahres wurde er geschlossen, ohne daß es zu einer befriedigenden Verständigung zwischen ihm und dem Könige gekommen wäre.

1848.

Am 22. Februar 1848, nach achtzehnjährigem Schweigen, erdonnerte wieder der alte Revolutions-Vulkan in Frankreich; der König der Bourgeoisie, Louis Philipp, stob fort, und Frankreich wurde Republik. Wie ein elektrischer Schlag durchfuhr es die Nachbarreiche. Auch in Deutschland fühlten Fürsten und Völker die hinreißende Macht des Beispiels; mit einem Male wurde es allen klar, daß hier eine Gärung in den Geistern vorhanden, die jeden Augenblick in entsetzlichen Schlägen losbrechen könne. Und auch in Preußen empfand man dies Neue, Unerhörte, die Spannung zwischen König und Volk.

Durch die Errichtung des Vereinigten Landtags hatte Friedrich Wilhelm eingestanden, daß der alte Absolutismus nicht mehr an der Zeit sei; durch eine von Radowitz verfaßte Denkschrift, die er im November 1847 den anderen deutschen Regierungen zugehen ließ, hatte er anerkannt, daß auch der alte „Bund" reformiert werden müsse; aber die rechten Folgerungen hatte er nicht gezogen, sondern dort bei seinen ständischen Ideen verharrt, hier sich mit Vor-

schlägen begnügt, deren Annahme zu erzwingen er nicht gewillt war. Bei der liberalen Partei kam die Überzeugung zum Durchbruch, daß er so wenig wie die anderen deutschen Fürsten dem Volke politische Freiheit und nationale Einheit verschaffen werde, wenn es nicht selbst handle. Dagegen war man sich bei weitem nicht klar über das, was eigentlich an die Stelle der verhaßten alten Zustände zu setzen sei. Es gab eine Anzahl von Theorieen über den „Vernunftstaat," die alle ihre Anhänger hatten, und eine Menge von Parteihäuptern, von denen doch keins eine hervorragende Befähigung zum Führen und ein allgemeines Ansehen besaß. Die Masse des Volkes hatte übrigens für jene Theorieen und für diese Führer der Gebildeten kein Interesse, und sie war es doch, der das Handeln zufallen mußte, welches die zum Äußersten Entschlossenen unter den Liberalen bereits fest ins Auge faßten. Dagegen kümmerte den gemeinen Mann die Arbeits- und Lohnfrage, der materielle Besitzstand. Wer ihm einen größeren Anteil an den Gütern und Genüssen der Welt verheißt und sein Vertrauen darauf erweckt, der gewinnt ihn — nach diesem alten Erfahrungssatze verfuhren nun die, welche an Gewalt dachten, dabei sehr begünstigt durch elementare Ereignisse, Mißernten, Kartoffelkrankheit, infolge deren in Schlesien Hungertyphus, in Berlin „Brottumulte," „Kartoffelaufstände" ausbrachen. In einem absolutistischen Staat, wo der Monarch gleichsam die irdische Vorsehung des Volkes ist, pflegt man jedes Unglück ihm zur Last zu legen; es wurde den Wühlern daher leicht, in den ärmeren Klassen mit dem Haß gegen die Wohlhabenden zugleich Erbitterung gegen den Staat, der diese Zustände, insbesondere die schroffe Ungleichheit des Besitzes, schütze und im Grunde geschaffen habe, zu erwecken. Nur eine gründliche Änderung der Verfassung, predigten sie, könne dem Elend und der Ungerechtigkeit, worunter der Arme, der Geringe schmachte, ein Ende machen. Nicht bloß der Pöbel, sondern auch achtbare Klassen der Bevölkerung, am meisten die Fabrikarbeiter und Handwerker, hörten auf diese Lehren. Auch auf dem Lande war hie und da Zündstoff genug vorhanden; in manchen Gegenden wünschten die Bauern von Überbleibseln der Feudallasten befreit zu werden; die Tagelöhner verlangten nach Grundbesitz, wenn es auch nur eine Gänseweide wäre.*) Da setzten denn die Demagogen mit ihren weitergehenden Forderungen ein. Die Aufregung der unteren Stände wuchs, als sie ehrwürdige Männer und Körperschaften gegen die Regierung Front machen sahen. Denn auf die Nachrichten von der Pariser Februarrevolution, von dem Aufschwunge, den sofort in der Schweiz, im südlichen Deutschland und in Italien die Demokratie genommen, beeilten sich die Behörden großer Städte Adressen an den König zu entwerfen und ordneten Deputationen an ihn ab, welche die „Forderungen des Volkes" vortrugen. Die Berliner Stadtverordneten eröffneten am 13. März diesen Reigen.

Es schien, als habe die Regierung ganz den Kopf verloren; die Polizei

*) Hermann Wagener, Erlebtes, I., Berlin 1884, S. 28.

von Berlin ließ nicht nur zu, daß eine Anzahl junger Männer, meist Litteraten, denen sich Leute aus allen Ständen beigesellten, in den „Zelten" Versammlungen abhielten, um mit aufregenden Reden drohende Adreßentwürfe zu beraten (am 7. und 9. März). Ruhig sah sie auch mit an, wie deutsche Flüchtlinge, Franzosen und Polen, im Wühlen und Barrikadenbau geübt, Abgesandte jener größeren Umsturzpartei, deren Hauptsitz und Zufluchtsort Paris war, nach Berlin kamen und den radikalen Wühlern hier ihre praktische Erfahrung liehen; wie allerlei verdächtiges Gesindel, Unordnungen witternd, aus den Vorstädten hereinzog; wie in allen Kellern und Kneipen die Hefe des Volkes aufgewiegelt wurde, und schon hie und da einzelne blutige Zusammenstöße zwischen dem Pöbel und den Wächtern des Gesetzes zu stande kamen.*)

Doch alles dies war nur das Vorspiel, und mit den Strolchen und Bummlern allein konnte den Wühlern nicht gedient sein. Sie mußten die Massen des Berliner Volkes, den ehrsamen Arbeiter- und Handwerkerstand, auf ihre Seite ziehen; sie erreichten dies dadurch, daß sie (am 14. März) in vielen tausend Exemplaren eine Schrift verteilten und an die Häuser schlugen, in welcher „die Arbeiter jeden Standes" an den König die Bitte richteten, zur Abstellung ihrer Not und Sicherung ihrer Zukunft ein Ministerium für Arbeiter einzusetzen, welches nur aus Arbeitgebern und Arbeitern, gewählt von ihren Berufsgenossen, bestehen dürfe. Diese Forderung fand tausendfachen Widerhall; sie nötigenfalls mit Gewalt durchzusetzen (denn schon thaten die Inhaber großer Fabriken energische Schritte gegen die Bewegung) schien kein Unrecht, sondern die Pflicht der Selbsterhaltung, der Notwehr. Der Arbeiter begeisterte sich für die Revolution; er war bereit, an der Seite jener Enthusiasten aus den gebildeten Ständen, die zum Kampf für die „Freiheit," für den „Vernunftstaat," für ein „einiges Deutschland" riefen, den „Feinden des Volkes" die Stirn zu bieten. Auch folgten auf die Volksversammlungen mit ihren feurigen Freiheitsreden „bald Aufläufe in allen Straßen, Verjagung der einschreitenden Polizei, blutiger Streit mit dem anrückenden Militär; am 15. erschienen die ersten Versuche im Barrikadenbau, am 16. mußte man von den Truppen zur Freihaltung der Straße Gebrauch machen."**)

Inzwischen setzten die Stadtbehörden ihre Bemühungen beim Könige fort, wohlmeinende Personen, die dem Hofe nahe standen, unterstützten sie dabei; dazu kam die Kunde von der Wiener Revolution und dem Sturze Metternichs (13. März). Unter diesen Umständen reichte der Minister Ernst v. Bodel-

*) H. v. Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., 4 Bde., München und Leipzig 1889, I. S. 137. — Vgl. Peter Reichensperger, Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahre 1848, Berl. 1882. — Comte A. de Circourt, Berlin avant les Barricades (mars 1848), La Revue de Paris 1896. — Kugler, Die Berl. Märztage 1848, Deutsche Rundschau, Berlin 1890. — O. Perthes, Beiträge z. Gesch. d. Märztage 1848, Preuß. Jahrb., Bd. 63, Berlin 1889.

**) H. v. Sybel, a. a. O.

schwingh am 17. März früh seine Entlassung ein; diese ward aber nicht gleich, sondern erst am 18. angenommen. Er empfing nun im Laufe des 17. die zuverlässige Nachricht, daß die Führer der Umsturzpartei auf den Mittag des 18. einen entscheidenden Schlag vorbereiteten. Auch General v. Prittwitz vernahm, daß der Polizeipräsident v. Minutoli auf morgen einen revolutionären Ausbruch erwarte. Um dem zuvorzukommen riet Bodelschwingh sogleich die große Reform zu verkünden und setzte am Abend des 17. einen demnächst zu veröffentlichenden Erlaß über Preßfreiheit durch. In der Nacht schrieb er das Patent, am Morgen genehmigte es der König. Letzterer entließ aber noch nicht gleich das alte Ministerium, weil Arnim, der ein neues bilden sollte, sich 24 Stunden Bedenkzeit erbat.*) Der König verhieß durch jenes Patent (vom Sonnabend, den 18. März) eine freisinnige Verfassung für Preußen und eine gründliche Verbesserung des Bundes für Deutschland. Diese erfreulichen Zugeständnisse verkündete er dann (mittags) auch persönlich vom Balkon des Schlosses herab dem Volke, welches zu Tausenden sich auf dem Platz vor dem Schlosse versammelt hatte. Ein freudiges Hurra der befriedigten Zuhörer scholl ihm nach, man sah Hüte schwenken und glückliche Gesichter; es schien nun alles gut. Aber damit war den revolutionären Unruhstiftern nicht gedient, die mit ihren Haufen sich unter das Publikum gemischt. Ihnen war ein friedlicher Ausgang durchaus ungelegen; sie wollten einen großen Aufstand und hatten dazu ihre Vorbereitungen getroffen.**) Sie brauchten einen Anlaß; ein solcher fand sich. Vor dem Schlosse war Militär aufgereiht; es sollte jetzt die Räumung des Platzes herbeiführen. Aber ein Teil der Volksmasse wollte nicht weichen. „Hierbei entluden sich zwei Gewehre, nämlich das des Grenadiers Kühn, indem der in Mittelruh stehende Hahn am Säbel hängen blieb und dann zurückschlug, und das des Unteroffiziers Hettgen, weil ein Tumultuant ihm mit einem Stock auf das Piston schlug. Beide Schüsse gingen unschädlich in die Luft.***) Sofort erhob sich aber aus der Menge das Geschrei: „Wir sind verraten! zu den Waffen!" Wie ein Lauffeuer durchflog diese Losung die Stadt; die ärgsten Lügen wurden zugleich selbst von Leuten verbreitet, die Zuschauer der wirklichen Vorgänge auf dem Schloßplatz gewesen waren: „Das Volk wird auf dem Schloßplatz gemordet! Ströme von Blut fließen! Wir sind verraten und müssen kämpfen bis zum letzten Blutstropfen! Verrat! Verrat! Zu den Waffen!" So gellte das Geschrei von Straße zu Straße und hetzte zur Wut mit Erfolg. Auch Besonnene glaubten an ein Blutbad, das

*) H. v. Sybel, Aus d. Berl. Märztagen 1848, Hist. Ztschr. N. F. Bd. 27, 1889, III. S. 428 ff.

**) Vgl. Friedrich v. Raumer, Briefe aus Frankfurt und Paris, Leipzig 1849, I. S. 11, 12, 17. — General J. v. Hartmann, Lebenserinnerungen II., Berl. 1882, S. 30—41.

***) v. Boguslawski, 1848/49, Mil. Wochenbl., 83. Jahrg., Nr. 23, Berl. 1898. — Vgl. Th. Fontane, Der achtzehnte März, Kosmopolis 1896. — Ad. Streckfuß, Erinnerungen a. d. Jahre 1848, im „Zeitgeist", Berl. 1889, Nr. 38, 41. — G. Dullo, Berl. Plakate d. Jahres 1848, Zürich 1893.

die Soldaten unter friedlichen Bürgern angerichtet, obgleich in der That von jenen Schüssen niemand war getroffen worden. „Während dessen aber hatte der Major Vogel v. Falkenstein — der später berühmt gewordene Führer der Main-Armee im Jahre 1866 — die 1. Compagnie vom Franz-Regiment vor dem Portal II aufmarschieren lassen. Da er den General — es war v. Prittwitz — von der tobenden Menge umringt sah, führte er die 1. Compagnie mit Trommelschlag, aber mit Gewehr über, bis an die Breite Straße vor. Die 2. Compagnie folgte, wandte sich aber gegen die Kurfürstenbrücke. Eine tobende Menge hatte sich an den Häusern zwischen dieser Brücke und der Breiten Straße gestaut. Gegen diese ging der Schützenzug der 1. Compagnie vor.“*) Die Wühler hatten gewonnenes Spiel; ohnehin vermißte der Arbeiter das Zugeständnis eines Arbeiterministeriums. In Zeit von zwei Stunden waren die Hauptstraßen Berlins mit 200 Barrikaden planmäßig versperrt, Steine auf den Dächern aufgehäuft, an Fenstern und Barrikaden Bewaffnete postiert und überall deutsche Trikoloren aufgepflanzt. Vergebens kamen Botschaften aus dem Schloß, welche die Schüsse einem Mißverständnis zuschrieben. Hitzköpfige Redner schürten die Kampfslust; als das Militär anrückte, die Straßen zu säubern, stieß es auf todesmutige Feinde.

Wer waren diese Barrikadenkämpfer? Außer den Arbeitern und Gesellen zum Teil die schlechtesten, zum Teil die edelsten Elemente eines großen Volkes. Da sah man Jünglinge und Männer, welche sich in idealer Begeisterung wähnten auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, Studenten und Litteraten, Bürger und Beamte, aber auch Lumpen und Taugenichtse, Straßenjungen und mit Geld erkauftes Gesindel aller Art, Kerle, die mit der Branntweinflasche in der Hand in das Publikum schrieen: „Freiheit oder Tod!“ — zu demselben Schlachtgeschrei vereinigten sich die schönsten und die häßlichsten Leidenschaften.

Das Militär griff (nachmittags 4 Uhr) an; zwar anfangs, weil die Oberleitung der gehörigen Energie entbehrte, nicht mit vollem Nachdruck; focht aber, obwohl zugleich von den Dächern und aus den Fenstern mit Steinen und Kugeln bekämpft, mit derselben Ausdauer wie das Volk. Bis in die Nacht währte der blutige Straßenkampf; aber als der 19. März hereinbrach, waren die Truppen fast überall Sieger. Die Hoffnung der Aufständischen, daß der Soldat zu ihnen übergehen werde, hatte sich als leerer Wahn erwiesen. Im Gegenteil zeigte er sich treu seiner Pflicht eingedenk, wie es das Beispiel des Grenadiers Theissen vom Franz-Regiment zeigt, der mit dem Grenadier Scheita zusammen vor der Bank auf Posten stand, seinen Platz (ebenso wie sein Kamerad) nicht verließ und von einem wütenden Volkshaufen ermordet wurde.**)

---

*) v. Boguslawski, a. a. O. — Vgl. v. Meyerink, Die Thätigkeit der Truppen während d. Berl. Märztage d. J. 1848, Beihefte z. Mil. Wochenblatt, Berl. 1891.

**) Friedrich Wilhelm IV. ehrte sein Andenken durch eine Gedächtnistafel, die noch heute an dem Gebäude der Reichsbank neben dem Haupteingange zu sehen ist.

Mit Festigkeit hätte der König ohne Zweifel den Aufstand erstickt. Er versuchte es jedoch mit einer Proklamation „an meine lieben Berliner“, in der er das Volk aufforderte, die noch stehenden Barrikaden zu räumen und vertrauensvoll durch Abgesandte ihm ihre Wünsche vorzutragen; die Truppen sollten dann sogleich von den Straßen und Plätzen zurückgezogen werden. Der Minister E. v. Bodelschwingh brachte nachts 3 Uhr dies Schriftstück in die Druckerei und ersuchte um 5 Uhr, als es gedruckt war, den Berliner Bürgermeister Krausnick, für die Verbreitung desselben Sorge zu tragen. Aber die Volksführer nahmen diese Ansprache mit Hohn auf; sie sahen in ihr nur einen Beweis der Schwäche und waren nun erst recht gewillt, bis aufs äußerste zu kämpfen. Dagegen erschienen viele Bürger auf dem Schloß und versprachen dem Könige, wenn erst das Militär abgezogen sei, so würden sie die Ruhe wiederherstellen. Friedrich Wilhelm, fast besinnungslos vor nervöser Erregung, körperlich und geistig erschöpft und um nur dem Schießen und Blutvergießen seiner Unterthanen ein Ende zu machen, willigte ein, befahl die Truppen aus den Straßen und von den Plätzen zurückzuziehen, erließ eine politische Amnestie, genehmigte die Bildung einer Bürgerwehr, welche Personen und Eigentum schützen sollte, und ordnete die Ersetzung des bisherigen Ministeriums durch ein neues, liberales Kabinett unter Arnims Vorsitz an. Dies, insbesondere den Entschluß, die Truppen zurückzuziehen, wofür namentlich auch der neue Ministerpräsident, Graf Arnim-Boitzenburg, gestimmt hatte, verkündete der abtretende Minister v. Bodelschwingh den städtischen Abgeordneten im Schlosse zu deren großer Freude. Derselbe forderte dann unter Vorzeigung der Proklamation im Namen des Königs den die Truppen in Berlin befehligenden General v. Prittwitz zur Räumung des Schloßplatzes auf, obgleich die in der Proklamation gestellte Bedingung, daß das Volk die Barrikaden verlasse, noch nicht erfüllt war. Aber der König hatte es so befohlen! Prittwitz gehorchte. Die Civilbehörden waren eben nicht die einzigen, die den Kopf verloren hatten; auch unter den höheren Militärs fehlte es an Geistesgegenwart. So geschah es, daß man die Truppen vom Schlosse wegführte, ja daß man sie sogar unbedachterweise statt bloß in die Kasernen, bald darauf gleich aus der Stadt entfernte und damit der Revolution das Feld völlig räumte. Prittwitz war es, der hierzu den Befehl gab; denn da die in die Kasernen zurückkehrenden Truppen von höhnenden und schmähenden Haufen bewaffneter Proletarier begleitet und die weit von einander liegenden Kasernen mit Angriffen bedroht waren, so nahm es der General, da nun einmal nicht mehr gekämpft werden sollte, auf sich, sämtliche Regimenter aus der Stadt hinwegzuführen.*) Die Demokraten hatten also nicht Unrecht, sich des Sieges zu rühmen; denn die Stadt war nun unter ihrer Herrschaft.

So hatte auch Preußen seine Revolution gehabt, und eine siegreiche! Der Freudenruf der Überspannten teilte sich rasch den Gedankenlosen mit, die überall

*) v. Sybel, a. a. O., S. 141. — Vgl. O. v Natzmer a. a. O. III. 196 ff.

die Mehrzahl bilden, und den Willenlosen, die allemal mit dem dicksten Haufen gehen; die ganze Nation ergriff der „morbus democraticus“, das Demokratenfieber. Selbst alte, stocksteife Bureaukraten gingen jetzt mit dem Schleppsäbel und dem Karbonarihut umher, und greise, invalide Familienväter bezogen zum Entsetzen ihrer Frauen nachts die Bürgerwache. Nur wenige behielten Besonnenheit genug, um durch den Wirrwarr unklarer Wünsche und Meinungen, die jetzt als „Volksstimme“ Geltung haben sollten, ohne Schwanken sich hindurchzuarbeiten zu dem, was wirklich dem Volke not that. Aber diese gemäßigten Freunde des Fortschritts, nach Art der Mittelparteien durch besondere Rührigkeit und Thatkraft nicht ausgezeichnet, wurden von den demagogischen Volksrednern überschrieen, welche, zumal in der Hauptstadt, sich in leidenschaftlichen und maßlosen Angriffen auf alles Bestehende überboten.

Das bunte, hochaufschäumende Leben, das sich in diesen Märztagen, diesem neuen Völkerfrühling, wie man die Zeit pries, auf den Straßen und Plätzen Berlins zeigte, die deutschen Fahnen von den Dächern, die bewaffneten Bürger, das Gewimmel erregter Menschen auf den Straßen, die Tausende, die atemlos um die Bänke und Tonnen sich drängten, von denen herab die Volksredner mit dem schwungvollsten Brustton der Überzeugung ihre begeisterten Lehren verkündeten; dazu der Gedanke, daß überall in Deutschland wie mit einem Schlage ein ähnliches Leben erwacht sei, und daß drüben in Frankreich die Republik ihre mächtigen Glieder recke — alles das war sehr geeignet, Phantasie und Gemüt des Königs anzuziehen und zu überwältigen. Er verglich diese erregte Zeit mit jenem Völkerfrühling von 1813, fand auch jetzt in Deutschlands innerer und äußerer Lage eine große Gefahr, eine Gefahr, aus der wieder nur Preußens König mit seinem Volke vereint retten könne, und erließ in diesem Sinne am 21. März eine Proklamation, gegengezeichnet von den neuen Ministern Graf Arnim, v. Rohr, Graf Schwerin, Bornemann, H. v. Arnim, Kühne, „an Mein Volk und die deutsche Nation“, worin er erklärte, Deutschlands Heil liege in der innigsten Vereinigung der deutschen Völker und Fürsten unter einer Leitung, und diese Leitung übernehme er; eine Ständeversammlung in Preußen und eine allgemeine in Deutschland sollten demnächst über die Mittel beraten; „Preußen“, verkündete er, „geht fortan in Deutschland auf.“ Zum Zeichen, daß er fest entschlossen sei, das Banner des deutschen Reiches zu ergreifen, hielt er an demselben Tage mit schwarz-rot-goldener Fahne einen Umzug in der Stadt. Zugleich ließ er sich durch das Drängen zahlreicher Deputationen bewegen, am 22. März die Einberufung einer „konstituierenden National-Versammlung“ zu verheißen, welche eine neue Verfassung für den preußischen Staat mit der Krone vereinbaren sollte.

Es hatte einen Augenblick den Anschein, als wenn der König den bitteren Schmerz, daß ihm Zugeständnisse waren abgetrotzt worden, verwunden und sich mit der Revolution ausgesöhnt habe; aber die Radikalen daheim und außerhalb, denen die Republik und nicht eine preußisch-deutsche Monarchie das Endziel war, sorgten dafür, daß er der Feind der großen Volksbewegung

blieb. Sie thaten alles, ihn zu reizen, verletzten sein persönliches Selbstgefühl, sein preußisches Herz, seinen christlichen Eifer und zeigten ihm, daß die Revolution weder von ihm noch vom Preußentum, noch vom Christentum etwas wissen wolle. Sie veranstalteten, daß man die Leichen der Barrikadenkämpfer — es waren ihrer 187, meist Berliner Tagelöhner und Handwerksgesellen — nachdem dieselben (am 19ten) vor dem Schlosse paradiert und dem Königspaare in demütigender Weise vorgehalten worden, mit allem möglichen geistlichen und weltlichen Pomp und zwar im Friedrichshain auf der Stelle begrub, die der König für ein Denkmal Friedrich Wilhelms III. gewählt hatte. Sie bewirkten, daß der Antrag eines Versöhnlichen, auch die Leichen der gefallenen Soldaten (36, darunter 3 Offiziere) feierlich zu bestatten und zu diesem Zweck die Regimenter nach Berlin zurückzurufen, von der Menge zurückgewiesen wurde. Sie deklamierten überall heftig gegen die Christlichkeit des Staates und 'gegen das Preußentum, welches sie als „Produkt einer volksfeindlichen Dynastie" zu bezeichnen sich erfrechten; sie richteten die wütendsten Schmähungen und Drohungen gegen den Prinzen von Preußen, welchen sie die „Inkarnation des Preußentums" nannten. Noch weit weniger hatten die süddeutschen Volksführer Lust, einen starken preußischen König an die Spitze Deutschlands kommen zu lassen; in Süddeutschland wollte man zwar gern genug, daß Preußen in Deutschland aufgehe, aber daß es dafür wie billig obenan stehe, wollte man nicht, sondern beeilte sich vielmehr, die Leitung der deutschen Dinge in die eigene Hand zu bringen und Friedrich Wilhelm beiseite zu schieben. Auf Betrieb dieser Radikalen traten am 31. März in Frankfurt a. M. 500 deutsche Liberale, ohne irgend welche Befugnis, aber von dem erschreckten Bundestage nicht gehindert, zu einem „Vorparlament" zusammen, welches den Beschluß faßte, eine aus allgemeinen freien Wahlen der ganzen deutschen Nation, in deren Bund es West- und Ostpreußen, auch Schleswig, nicht aber Posen aufnahm, gewählte Versammlung sollte über die künftige Verfassung Deutschlands beraten und entscheiden.

Blickte der König nach der entgegengesetzten Seite des Reichs, nach Osten, so gab es auch hier Grund zum Unmut. Die allgemeine politische Aufregung entzündete in Posen einen Aufstand der Polen gegen die Deutschen. Der polnische Bürger und Bauer hatte es nie und nirgend so gut gehabt wie unter der preußischen Herrschaft; er war erst durch sie aus einem Knecht des Edelmanns ein freier Mann geworden, hatte durch sie Anteil an allem Segen deutscher Kultur, jetzt auch an einem freien Verfassungsleben. Sein Stammgenoß in Rußland und Galizien mußte auf ihn mit Neid blicken. Dennoch ließ er sich durch seine Priester und durch den Adel aufwiegeln und folgte den Muttergottesbildern und polnischen weißen Adlern, die sie ihm (im April) zur Empörung vorantrugen. Geführt von einem ehemaligen polnischen Offizier, Mieroslawski, rissen die Empörer an vielen Orten des Großherzogtums die preußischen Wappen ab, verjagten die Behörden und griffen die deutsche Bevölkerung, die im Laufe der Zeit hier fast so zahlreich wie die polnische ge-

worden war, mit Brand, Mord und Plünderung an. Die deutsche Demokratie billigte diese Erhebung und war bereit, den Polen, wenn auch nicht alles, was sie verlangten, — nämlich sämtliche ehemals polnische Länder, mit Einschluß von Westpreußen — so doch Posen preiszugeben, und doch war Posens Kultur das Werk der Deutschen, die an Bildung, Wohlstand, Tüchtigkeit die polnische Bevölkerung bei weitem überragten. Der König erkannte besser seine Pflicht; er ließ bedeutende Truppenmassen einrücken, die nach einigen glücklichen Gefechten (bei Xions am 29. April, bei Wreschen am 2. Mai) den Aufstand niederschlugen. Am 9. Mai mußten die Polen zu Bardo die Waffen strecken.

Unterdessen war in Berlin der Vereinigte Landtag wieder versammelt worden, um die Nationalversammlung vorzubereiten; von der allgemeinen demokratischen Strömung fortgerissen, beschloß er, dieselbe solle unmittelbar aus Urwahlen hervorgehen, und jeder Preuße ohne Unterschied des Standes, des Vermögens, der Einsicht und Bildung Urwähler sein, also die Kopfzahl entscheiden. Der König, so sehr ihm dies Prinzip widerstrebte, fügte sich. Im ganzen Lande wurden die Wahlen zur deutschen wie zur preußischen Nationalversammlung unter großer Aufregung der Gemüter vorgenommen. Die Presse und die politischen Vereine, fast durchgängig von der Demokratie beherrscht, bearbeiteten systematisch, die Volksredner stoßweise das Volk, damit es im demokratischen Sinne wähle, und da die meiste Rührigkeit bei den Radikalen war, und diese dem gemeinen Mann das meiste versprachen, den Arbeitern und Handwerkern bessere soziale Zustände, den Bauern die Befreiung von mancherlei Abgaben an die Rittergutsbesitzer, so gingen aus den Wahlen fast nur Liberale und eine große Anzahl von Radikalen hervor.

Am 18. Mai hielt die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. in der Paulskirche,*) am 22sten die preußische Nationalversammlung in Berlin ihre erste Sitzung ab. Dorthin hatte die Nation ihre bedeutendsten Männer, hierhin die Talente zweiten Ranges geschickt, und doch hätte das Verhältnis müssen umgekehrt sein. Denn nicht Frankfurt, sondern Berlin war der wirkliche Schwerpunkt Deutschlands. Aber die demokratische Partei verkannte die wahren Machtverhältnisse und hielt sich für stärker als sie war; sie meinte, das Volk hinter sich zu haben, und doch stand derjenige Teil desselben, auf den es gerade am meisten ankam, nämlich das Heer hinter dem Könige. Statt nun mit diesem Hand in Hand zu gehen und an dessen Erklärung vom 21. März anzuknüpfen, setzte die Berliner Versammlung den Kampf fort und verwarf den ihr von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf, weil sie, von der Idee der Volkssouveränität ausgehend, allein die Verfassung zu bestimmen in Anspruch nahm, und weil das Dargebotene ihr überhaupt nicht genügte; sie wollte einen demokratischen Staat, in welchem der König im Grunde nichts als der ausführende, gehorchende Beamte der Landtagsmehrheit sein sollte. Ebenso verwarf sie alle von der Regierung zur Wieder-

*) Aus der Paulskirche, Berichte an d. Schwäb. Merkur aus d. Jahren 1848 u. 1849. Von G. Rümelin, her. von H. R. Schäfer, Stuttg. 1892.

Herstellung der Ordnung beabsichtigten Maßregeln, ließ vielmehr der Straßendemagogie freien Lauf; so konnte, von den Volksvertretern gewissermaßen dazu ermuntert, der Pöbel in Berlin allerlei Ausschreitungen begehen, einen Sturm gegen das Zeughaus unternehmen (14. Juni), ja die Würde der Versammlung selbst verletzen; denn die Klubs maßten sich Einfluß auf die Abgeordneten an, und der Pöbel beschimpfte öffentlich die gemäßigten Mitglieder der Versammlung.

Ebensowenig Staatsklugheit zeigte die Frankfurter Versammlung; es gab hier zwar nicht so viel Radikalismus wie in Berlin, aber dafür desto mehr deutsche Theoretisierlust und dazu die deutsche Sondersucht. Welch ein Chaos der Meinungen wogte hier durcheinander! Da gab es Liberale, Konstitutionelle, Demokraten, Republikaner, Absolutisten und Aristokraten, Protestanten, Freigemeindler und Ultramontane, Preußischgesinnte, Partikularisten und Österreicher; aber an einem festen, klaren Programm fehlte es ebenso sehr wie an Führern, die wie ein Mirabeau oder Washington alle mit sich zu reißen gewußt hätten. Zum Präsidenten war der darmstädtische Minister und Abgeordnete Heinrich von Gagern gewählt worden, ein liberaler Mann und durch das hohe Ansehen, welches er bei dem größten Teile der Versammlung genoß, wohl im stande, sie sofort in die richtige Bahn zu leiten, aber ohne den Scharfblick und die Unbefangenheit, um selber von Anfang an zu erkennen, welches der richtige Weg sei. So wurde der rechte Zeitpunkt verpaßt. Denn anstatt das Eisen, so lange es glühte, zu schmieden, anstatt den noch schwankenden König von Preußen und die noch erschreckten deutschen Regierungen rasch zur deutschen Einheit zu bringen und das deutsche Reich zu schaffen, vergeudete man die kostbare Zeit mit langatmigen Reden, heftigen Wortgefechten über die „Grundrechte des deutschen Volks", über die Verfassung eines Reichs, welches noch gar nicht vorhanden war. Es war der Widerwille der Radikalen gegen eine starke Monarchie und vor allem der Widerwille der süddeutschen Partikularisten und der Österreicher gegen die preußische Oberhoheit, was die Versammlung verhinderte, die praktisch einzig mögliche Lösung der deutschen Frage, jetzt, wo es noch Zeit war, vorzunehmen und Friedrich Wilhelm IV. aufzufordern, daß er seine Willensäußerung vom 21. März durchführe. Man vertagte lieber die Oberhauptfrage und wählte am 29. Juni 1848 mit 436 gegen 110 Stimmen den als Volksfreund bekannten Erzherzog Johann von Österreich zum „Reichsverweser"; er sollte als einstweilige deutsche Centralgewalt die Beschlüsse des Parlaments zur Ausführung bringen, den Oberbefehl über alle deutschen Heere haben und Deutschland nach außen vertreten. Die Regierungen stimmten bei, ohne ihm doch mehr Macht einzuräumen, als ihnen beliebte, und der Bundestag löste sich am 12. Juli auf, nachdem er seine Befugnisse in die Hände des Reichsverwesers niedergelegt hatte, wodurch dessen wirkliche Macht auch nicht erheblich wuchs. Ein Weg, den König von Preußen, durch den doch allein etwas Rechtes zu erreichen war, oder gar das preußische Heer zu gewinnen, war dies nicht. Friedrich Wilhelm sah, man

wollte ihn nur zum Werkzeug des souveränen Frankfurter Parlaments, nicht zum Meister in Deutschland haben; man wollte wohl ein freies Volk, aber keinen selbständigen König; man wollte wohl, Preußen solle in Deutschland aufgehen, aber nicht dessen Spitze bilden. Der Aufschwung, den sein Gemüt genommen, als er in der Proklamation vom 21. März sich zum Führer Deutschlands anbot und versprach, wenn ihm die Nation folge, Europa Achtung vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebiets deutscher Zunge einzuflößen, dieser Aufschwung erlahmte, da die Nation sich nicht um ihn scharte, sondern ihre eigenen Ideen verfolgte, und der natürliche Rückschlag trat bei ihm ein. Er verlor die Lust, sich über sich selbst zu erheben, seinen alten politischen Überzeugungen Gewalt anzuthun, seinen Willen zu stählen und für die neuen Dinge einen Weltkampf aufzunehmen. Denn mit einem solchen ward er jetzt bedroht.

Kaiser Nikolaus hatte mit größtem Mißfallen die kühne, selbständige Sprache gehört, die der König von Preußen in jener Proklamation führte; fast hatte er sich gewöhnt, diesen als seinen Vasallen zu betrachten; seit 42 Jahren war ja Preußen Rußlands treuester Bundesgenoß gewesen, und immer hatte der Zar in dieser Allianz den Ton angegeben. Das sollte sich nun ändern? Zum Zweck eines „freien“ und „einigen“ Deutschlands ändern? Er verwarf das eine wie das andere: die Volksfreiheit war ihm ein Greuel, die deutsche Einheit war für Rußland ein Schaden. Zornig erklärte er beides für revolutionär und that seine Absicht kund, es zu hindern. Auch stellte er sich sofort in den Weg, als der aufsässige Schwager mit der That die neue Richtung in der Politik einschlug und im deutschen Sinne, aber im Widerspruch noch mit einem besonderen Interesse Rußlands, zunächst in die schleswig-holsteinische Sache eingriff.

Schleswig-Holstein war seit 1460 ein besonderes politisches Ganzes, und die Bevölkerung, zu vier Fünfteln deutsch, zu einem Fünftel dänisch, wollte diesen Verband ebenso wenig jemals gelöst, als die Unabhängigkeit ihrer Verwaltung von dem dänischen Staate, dem sie gesetzlich durch Personalunion unter dem Mannesstamm eines und desselben (des oldenburgischen) Fürstenhauses beigefügt war, beschädigt sehen. Die alten Königsherzöge hatten daher den schleswigschen und holsteinischen Ständen in aller Form Rechtens das Versprechen gegeben, Schleswig-Holstein solle immer zusammenbleiben und immer seine eigene Verwaltung haben. Dieses Recht, sowie das in Holstein hinsichtlich der Landesherrschaft giltige Gesetz der männlichen Erfolge verletzte nun der Herzog von Schleswig-Holstein und König von Dänemark Christian VIII., indem er den Inseldänen zu Liebe, welche die reichen Herzogtümer für sich und ihren Staat ausnutzen wollten, am 8. Juli 1846 in einem „offenen Brief“ erklärte, Schleswig und Holstein sollten ebenso wie Dänemark selbst der Erbfolge des dänischen Königsgesetzes unterliegen, d. h. auch in der weiblichen Linie vererben — wodurch übrigens weiterhin auch die russische (Oldenburg-Holstein-Gottorpsche) Herrscherfamilie ein Anrecht erhielt – und also die beiden Herzog-

tümer mit Dänemark unteilbar zu einem Gesamtstaat verbunden sein. Schon damals hatten die holsteinischen Stände gegen diesen Rechtsbruch protestiert; jetzt als Christians Nachfolger, der König-Herzog Friedrich VII., Schleswig in Dänemark einzuverleiben und von Holstein abzureißen suchte, empörten sich am 24. März 1848 die beiden Herzogtümer, indem sie eine provisorische Regierung in Kiel einsetzten. Dieselbe bestand aus dem Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Graf Reventlow, Advokat Beseler, Kaufmann Schmidt, Advokat Bremer und Theodor Olshausen. Einer ihrer bedeutendsten diplomatischen Agenten war das spätere Mitglied des deutschen Reichstages Rudolf Schleiden.*) Die wichtige Festung Rendsburg kam infolge eines gütlichen Abkommens mit dem dortigen kommandierenden General von Lützow in die Gewalt der provisorischen Regierung. Prinz Friedrich bat nun den König von Preußen um Hilfe, wozu denselben auch der Bundesrat aufforderte; Friedrich Wilhelm war gern bereit, das deutsche Recht zu schützen.**) Er schickte sieben Garde-Infanterie-Bataillone unter dem General v. Bonin nach Holstein, die am 4. April in Rendsburg einrückten. Mit ihnen erschien der größte Teil des X. deutschen Armeecorps, Hannoveraner und Braunschweiger, außerdem viele Freiwillige aus ganz Deutschland. Ein ähnlicher poetischer Hauch hat wie seinerzeit das Lützowsche Freicorps so hier das Kieler Turner- und Studentencorps verklärt. Welch brüderlicher Geist und welche Vaterlandsliebe beseelte diese kleine Heldenschar von ungefähr 200 Mann! Zum Hauptmann erwählte sie sich Robert Henne, einen Buchbindergesellen (aus Breslau); Lieutenants wurden stud. jur. Johann Limprecht aus Eutin und stud. med. Friedrich Esmarch aus Tönning***), Feldwebel der Buchbindergeselle Hammel; Unteroffiziere waren Kuno Tiedemann, ein Klempnergeselle, und stud. med. Marxen. Leider ging fast das ganze Corps in dem Gefechte von Bau (bei Flensburg) am 9. April unter. Die Überlebenden kamen, mehr oder weniger verwundet, auf das dänische Kriegsschiff „Dronning Marie" als Gefangene. Dagegen erstürmten die Preußen unter dem vom Bundestage nun zum Höchstkommandierenden in Schleswig-Holstein ernannten General v. Wrangel†), dessen frische militärische Persönlichkeit schon damals ihren belebenden Einfluß auf die Truppen ausübte, das Dannewerk in der Schlacht bei Schleswig (23. April). Die Dänen räumten nun das Festland bis auf den Brückenkopf von Sonderburg. Aber nun trat Rußland dazwischen. Unterstützt von England und Frankreich, begünstigt von Österreich, forderte der Zar drohend den König Friedrich Wilhelm auf, seine Hand von dieser Sache wieder abzuziehen; die Selbsthilfe des Volkes, die Revolution zu unterstützen könne ihm ohnehin keine

---

*) R. Schleiden, Erinnerungen eines Schleswig-Holsteiners, 4 Bde., Wiesbaden 1889—1894.

**) F. v. Levetzow, Aus den Erinnerungen eines schlesw.-holst. Offiziers, Schlesw. 1890. — Moltkes Milit. Werke III. Gesch. d. Krieges gegen Dänemark 1848/49, herausg. vom Gr. Generalstab, Berlin 1893.

***) Der jetzige berühmte Chirurg, Geheime Medizinalrat Professor von Esmarch in Kiel.

†) Friedrich Graf von Wrangel, geb. am 13. April 1784 zu Stettin, gest. am 1. November 1877 zu Berlin.



Ehre bringen. Dadurch ermutigt, drangen die Dänen wieder vor; am 25. Mai trat Wrangel den Rückzug an und räumte dem Feinde sogar das nördliche Schleswig ein. Diese rückgängige Bewegung bildete den Wendepunkt des ganzen Feldzugs von 1848. Zwar drangen die Preußen dann wieder bis Düppel vor; sie mußten sich aber von neuem zurückziehen und blieben gegen die Dänen im Nachteil.*) Dann folgte hier ein längerer Waffenstillstand (vom 26. August 1848 bis 3. April 1849).

Es war um dieselbe Zeit, da die Frankfurter Nationalversammlung die tiefe innere Zerklüftung der deutschen Nation an den Tag gebracht hatte, und es jedem Unbefangenen einleuchten mußte, die deutschen Stämme und Parteien würden sich nicht wie ein Mann insgesamt für eine und dieselbe Sache erheben, am wenigsten auf das Wort eines Fürsten, auch nicht des Königs von Preußen, dem die Frankfurter Versammlung, vielmehr, wie allen Regierungen, weil sie sich als Bevollmächtigte der Nation für souverän hielt, übergeordnet zu sein meinte. „Vergessen Sie nicht", sagte Friedrich Wilhelm zu Gagern und anderen Abgeordneten bei einer Dombaufeier in Köln (am 14. August), „daß es noch Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich zu ihnen gehöre." Aber die Mahnung war vergeblich. Der König konnte in der That nur auf sein eigenes Volk zählen und glaubte, diesem und sich selbst ohne erkennbare preußische Vorteile so ungeheure Anstrengungen nicht zumuten zu können, wie man verlangte; er gab daher den Drohungen und Vorstellungen des Auslandes, besonders Rußlands, nach und machte halt, schloß (am 26. August) mit Dänemark den Waffenstillstand zu Malmö, der die Rechte der Herzogtümer sehr wenig schützte. Es half ihm die Thatsache nichts, daß Preußen, völlig vereinzelt dastehend, sich durch die patriotischen Gesinnungen des Frankfurter Parlaments und der Centralgewalt, die über eine thatsächliche Macht in der Wirklichkeit gar nicht verfügten, nicht für hinreichend gedeckt halten konnte, um das eigene Dasein aufs Spiel zu setzen; — die Demokraten begeiferten ihn mit den wütendsten Schmähungen. Es gab in der Paulskirche die heftigsten Kämpfe zwischen Gemäßigten und Radikalen und auf den Straßen die wildesten Schreckensscenen; der Frankfurter Pöbel riß in seinem Preußenhaß zwei preußische Abgeordnete, den Fürsten Lichnowski, der in der Paulskirche das Interesse Preußens am schärfsten verfochten hatte, und mit ihm den General v. Auerswald, in Stücke (18. September).

Diese Unthat, die den Eintritt einer deutschen Schreckens-Herrschaft zu bezeichnen schien, gab das Signal zu einem Umschlage in der Stimmung des Volksgeistes, der, ohne daß die Radikalen es wahrnahmen, bereits sich zu ernüchtern begann. Denn mit Unmut sah jeder monarchisch Gesinnte, wie in Baden sich republikanische Freischaren unter Hecker und Struve sammelten; mit Unwillen und Furcht das Bürgertum, wie sich der vierte Stand anschickte, ihm das Heft aus der Hand zu nehmen; mit Entsetzen der Besitzende, wie hie

*) v. Osten, Die provisor. Regierung 2c., Monatsschrift „Die Heimat", 8. Jahrg. Nr. 6 Kiel 1898.

und da Schwarmgeister das gemeine Volk durch kommunistischen Unsinn verhetzten. Alle diese Unzufriedenen, welche durch die alten Reaktionsparteien und den zahlreichen Haufen der Nörgler aus Grundsatz verstärkt wurden, ermannten sich nun zu einer entschiedenen Auflehnung gegen das herrschende demokratische Treiben, und da sie die Masse der Gebildeten ausmachten, so fanden an ihnen die Regierenden jetzt den starken Rückhalt, nach welchem sich dieselben zur Zeit der Frühlingshoffnungen der Nation vergebens umgesehen hatten. Sieg über die Roten, Wiederherstellung der Ordnung wurde nun die Losung des Kerns der Nation, vor allem in Preußen. „Was uns (gegen den Umsturz) gehalten hat", sagte Bismarck in einer im preußischen Landtag im August 1849 gehaltenen Rede, „war gerade das spezifische Preußentum. Es war der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hat. Es waren die Anhänglichkeit der preußischen Bevölkerung an die angestammte Dynastie, es waren die alten preußischen Tugenden der Ehre, Treue, Gehorsam, und die Tapferkeit, welche die Armee, von deren Knochenbau, dem Offiziercorps ausgehend, bis zu den jüngsten Rekruten durchziehen."

Auch von einer anderen Seite erhielten die Regierungen eine Ermunterung, wieder kräftig in die Bahn einzulenken, in die ihre eigene Neigung sie wies. Allmählich machte sich der Stamm- und Staatspartikularismus auch in den Ständeversammlungen der einzelnen Staaten geltend; das souveräne Gebahren des Frankfurter Parlaments reizte das Selbstgefühl der Sonderlandtage und besonders gerade der Linken, denen die Mehrheit in der Paulskirche zu gemäßigt war; also nicht einmal die Demokraten selbst mochten sich der deutschen Nationalversammlung unterordnen. Es erwachte endlich in Preußen der alte preußische Nationalstolz wieder; man verstand hier mehr und mehr die deutsche Neugestaltung so, daß Deutschland wesentlich in Preußen aufgehe, wie es durch die Natur der Dinge, durch die Geschichte vorgezeichnet sei. Vereinige es die übrigen deutschen Landschaften mit sich, so erweitere das preußische Wesen und Staatstum sich von selber zum deutschen, und ein wahrhaft, nämlich innerlich und organisch, einiges deutsches Reich sei da. In Österreich war das Nationalgefühl überhaupt kein deutsches; nicht bloß die Regierung, obgleich im Kampf mit den nichtdeutschen Völkern, aus denen der Kaiserstaat zusammengeschweißt war, und die nun wild auseinander strebten, verhielt sich gegen die deutsche Einigung und gegen die deutsche Nationalversammlung ablehnend, auch die deutsche Bevölkerung selbst dachte sich Deutschland nur als ein Zubehör von Österreich, und ihre Abgeordneten im Frankfurter Parlament erklärten offen: „Österreich kann sich euern Gesetzen nicht fügen." Als die Demokratie aber (im Oktober) in Wien einen Aufstand erregte, wurde dieser von der Regierung zu Boden geschlagen.

Indessen verharrten die Nationalversammlungen zu Frankfurt und Berlin noch immer in dem Wahne, daß für den Notfall das Volk ihrem Rufe entsprechen werde; die Berliner setzten daher ihre Bestrebungen, einen wirklichen Parlamentarismus, d. h. die Herrschaft der Landtagsmehrheit in Preußen fest-

zustellen, fort. Aber sie erreichte nur, daß ein liberales Ministerium nach dem andern — Camphausen, Hansemann, v. Pfuel — abtrat. Der König wollte sich eben in die Rolle eines ausführenden Dieners der parlamentarischen Mehrheit nicht fügen. Er traf vielmehr seine Vorbereitungen, um sich mit Gewalt wieder zum Herrn der Lage zu machen. Die Truppen in der Provinz Brandenburg wurden bis auf 50 000 Mann vermehrt und um Berlin versammelt; im September erhielt General v. Wrangel über sie den Oberbefehl als „Befehlshaber in den Marken". Den Anlaß zum Staatsstreich gab die Demagogie selbst. Denn es dauerten nicht bloß in Berlin und anderen Städten die Tumulte fort, zuletzt vergriff sich der Pöbel auch an der Nationalversammlung selbst, indem er (31. Oktober) die Thüren des Sitzungshauses vernagelte, um die Abgeordneten zu einem demokratischen Beschlusse — Parteinahme für den Wiener Aufstand — zu zwingen. Der König beschloß, ermutigt durch den Sieg, den die österreichische Regierung über die Aufständischen in Wien erfochten, und durch den Stimmungswechsel, der in dem preußischen Volksgeiste eintrat, gegen die Demokratie einen nachdrücklichen Krieg. Er berief am 8. November 1848 ein thatkräftiges Ministerium, welches die preußische Monarchie zu retten unternahm. Es bestand aus dem General Grafen von Brandenburg, einem natürlichen Sohne Friedrich Wilhelms II., als Ministerpräsidenten, dem Freiherrn Otto von Manteuffel, als Minister des Innern, dem Kultusminister von Ladenberg und dem Kriegsminister von Strotha, zu denen bald darauf als Handelsminister von der Heydt trat.

Dieses „Ministerium der rettenden That" begann nun seine Wirksamkeit damit, daß es die preußische Nationalversammlung, um dieselbe dem unmittelbaren Zusammenhange mit der Berliner Bevölkerung zu entziehen, bis zum 27. November vertagte und auf diesen Tag nach der Stadt Brandenburg einberief. Die Versammlung bestritt der Regierung das Recht hiezu, und als diese bei ihrer Maßregel blieb, setzte die Mehrheit unter der Führung der Demokraten v. Unruh, Waldeck, Temme, Jacoby die Sitzungen in Berlin fort. Der König ließ darauf Wrangel (am 10. November) mit 15 000 Mann in Berlin einrücken, der die Stadt in Belagerungszustand erklärte und die Sitzungen der Berliner Nationalversammlung aufhob. Diese antwortete der Waffengewalt mit dem Beschluß der Steuerverweigerung (13. November). Aber es zeigte sich jetzt, daß im Volke das Königtum weit stärkere Wurzeln hatte als die Demokratie. Es erhob sich weder zum Aufstande, wozu ein Aufruf des Reichsverwesers Erzherzogs Johann als des Schützers der Volksrechte (am 21. November) anreizte, noch verweigerte es die Steuern; mit den wenigen, die es thaten, wurde die Regierung leicht fertig. In Brandenburg hatte sich (am 27. November) nur ein kleiner Teil der Abgeordneten eingefunden; der König sprach daher (am 5. Dezember) die Auflösung der preußischen Nationalversammlung aus und gab nun aus eigener Machtvollkommenheit die Verfassung, welche mit der Demokratie zu vereinbaren ihm nicht gelungen war. Diese „oktroyierte Verfassung" war so freisinnig, zog der

königlichen Gewalt so enge Grenzen, daß die gemäßigt liberale Partei keinen Anstoß an dem Zusatze nahm, den der König bei der Verkündigung machte: er hoffe, die neu zu berufenden Kammern würden die Verfassung einer Durchsicht und Verbesserung in der Weise unterziehen, daß ihm das Regieren danach möglich sei.

Auch die Sache der deutschen Einheit nahm er nun selbst in die Hand. Es stand um sie bereits ziemlich hoffnungslos. Offenbar gab es nur zwei Möglichkeiten sie herzustellen: entweder mußte einer der deutschen Staaten die übrigen in Güte oder mit Gewalt mit sich vereinigen — und hier konnte für einen Unbefangenen nicht das habsburgische Mischreich, sondern nur der einzige rein deutsche Großstaat Preußen in Frage kommen — oder Deutschland mußte eine Reichsverfassung annehmen, welche die politische Selbständigkeit der Sonderstaaten und Stämme brach und eine neue Centralgewalt einführte; der Mittelpunkt, um den sich alles bewege, mußte Berlin oder Frankfurt sein. Die deutsche Nationalversammlung hatte sich von Anfang an für den zweiten Fall entschieden und durch einen Ausschuß eine deutsche Verfassung ausarbeiten lassen, welche im Oktober fertig war. Danach sollten die einzelnen Staaten zwar bestehen bleiben, aber den wichtigsten Teil ihrer Hoheit an die Reichsgewalt — an den „Kaiser der Deutschen“ und den „deutschen Reichstag“ — abgeben. Ersterer sollte durch ein verantwortliches Ministerium regieren; seine wichtigsten Befugnisse waren das Recht über Krieg und Frieden, der Oberbefehl über die gesamte bewaffnete Macht und die Vertretung nach außen; auch der größte Teil der vollziehenden Gewalt stand ihm zu; aber gegen die Beschlüsse des Reichstages sollte sein Widerspruch nur aufschiebende Kraft haben. Die gesetzgebende Gewalt sollte der Reichstag üben, bestehend aus einem „Staatenhause“, den Vertretern der Fürsten und Sonderlandtage, und aus einem „Volkshause“, den unmittelbar vom ganzen deutschen Volke gewählten Abgeordneten. Ein oberstes „Reichsgericht“ sollte über Streitigkeiten der einzelnen Staaten entscheiden. Für die Volksfreiheit sorgten die „Grundrechte“, welche am 27. Dezember 1848 in Frankfurt verkündet wurden und viele demokratische Bestandteile enthielten. Es war in diesen Grundrechten manches Verkehrte, z. B. daß selbst der ärgste Mörder nicht sollte mit Todesstrafe belegt werden dürfen; aber im ganzen entsprachen sie wohl den Bedürfnissen der Nation.

Allein die deutschen Regierungen, zumal die größeren Staaten, zeigten bereits den ganz entschiedenen Willen, sich der Reichsverfassung, die man in der Paulskirche beriet, nicht zu fügen. Vielleicht, daß noch im Mai Fürsten wie Völker Deutschlands in der patriotisch erregten und von Furcht und Hoffnung beeinflußten Stimmung waren, eine solche centralisierende Verfassung anzunehmen; jetzt, da die Spannung nachgelassen, war die alte deutsche Sondersucht, zunächst an den Höfen, bereits wieder übermächtig. Besonders die Mittelkönigreiche legten Verwahrung ein gegen den Verlust ihrer Souveränität, und da die ganze Einigung den Ausschluß Österreichs voraussetzte, so wider-

setzten sie sich jener unter dem Vorwande, diesen bekämpfen zu müssen. Bayern unterhandelte sogar, um zu zeigen, wie entschieden es willens sei, seine völkerrechtliche Souveränität gegenüber den deutschen Bundesstaatsentwürfen des Parlaments aufrecht zu erhalten, im Februar und März 1849 über die deutsche Verfassung mit dem englischen Hofe.*) Österreich aber, für alle Feinde der Centralisierung, die schließlich in eine preußische Spitze auslaufen mußte, der starke Rückhalt, erklärte nicht bloß, es werde sich nicht aus dem deutschen Bunde herausdrängen lassen, sondern verlangte nichts mehr und nichts weniger, als mit allen seinen außerdeutschen Gebieten in das deutsche Reich aufgenommen zu werden. Auf dem Reichstag dieses neuen „Großdeutschlands" sollte Österreich mit seinen Slowaken und Polaken, Magyaren, Kroaten, Italienern, Tschechen 38, die übrigen deutschen Staaten mit Einschluß von Preußen, 32 Stimmen führen.

Unter diesen Umständen mußte jeder Verständige einsehen, daß die ganze Arbeit der deutschen Nationalversammlung umsonst war, wofern nicht Preußen es unternahm, ihre Beschlüsse durchzusetzen. Dennoch ließ die sehr zahlreiche Linke in der Paulskirche nicht ab, im Bunde mit den Ultramontanen, Partikularisten, Österreichern, überhaupt mit den „Großdeutschen" die von Gagern geführte „Kaiserpartei" zu bekämpfen und in die Reichsverfassung solche demokratische Grundsätze zu bringen, die dem Könige von Preußen tief zuwider sein mußten, so namentlich die Bedingung, daß die Verfassung später nicht mehr geändert werden dürfe; den Radikalen ging eben die Freiheit über die Einheit. So geschah, was die Großdeutschen gewünscht; das Ergebnis der zehnmonatigen Arbeit war: man machte eine Verfassung, die Friedrich Wilhelm nicht nur gegen Österreich und die deutschen Mittelstaaten und voraussichtlich gegen den Willen des Auslands, sondern auch gegen seine eigene Neigung hätte durchsetzen müssen. Am 27. März 1849 unterzeichnete das Parlament die Reichsverfassung, nachdem die Kaiserpartei endlich, aber nur mit einem Mehr von vier Stimmen die Erblichkeit der Kaiserwürde, also die erste Bedingung eines preußisch-deutschen Kaisertums, durchgebracht hatte. Am folgenden Tage geschah die Kaiserwahl selbst und zwar mit 290 gegen 248 Stimmen für den König von Preußen. Sodann schickte die Versammlung ihren zeitigen Präsidenten, Eduard Simson, Gerichtsrat aus Königsberg, und 32 Abgeordnete nach Berlin, dem Könige die Kaiserkrone anzutragen.

Dienstag, den 3. April 1849 im königlichen Schlosse zu Berlin empfing Friedrich Wilhelm die Deputation; ein weltgeschichtlicher Augenblick; es konnte sich jetzt erfüllen, was drei Jahre zuvor Thiers in Paris prophetisch erklärt hatte: „An dem Tage, wo in Berlin eine parlamentarische Versammlung zusammentritt, wird die Geschichte Europas eine andere Wendung nehmen." Denn jetzt lag das Prinzip der Volkssouveränität, der wahre Parlamentarismus, in Gestalt der deutschen Kaiserkrone vor Friedrich Wilhelm IV. da: wird er annehmen? Die Vertretung seines eigenen Volkes, wenigstens in ihrer gegen-

*) v. Kaltenborn, Geschichte der deutschen Bundesverfassung II. 131.

wärtigen Mehrheit, wünschte es; viele seiner besten Freunde und Diener rieten, wenn nicht das Prinzip, doch jedenfalls die Gelegenheit, die vielleicht nie wiederkehre, kühn zu ergreifen. Nahe lag der Gedanke, wie in diesem Falle sein Vorfahr, der große Friedrich gehandelt haben würde; der hätte ohne Zweifel mit beiden Händen zugegriffen und die Krone als Mittel zu unsterblichen Thaten erfaßt, übrigens sie nach seinem Sinne gestaltet. Aber Friedrich Wilhelm wußte zu wohl, ihm fehlte bei weitem jenes Riesengeistes Kraft und Mut. Konnte er es wagen, gegen Österreich und die vier deutschen Königreiche sich in einen Krieg zu begeben, der ohne Zweifel in einen europäischen umschlagen und namentlich auch den Zaren wider ihn ins Feld bringen mußte? Er konnte einen zweiten siebenjährigen Krieg nicht führen. Und dann, sollte er sich den Kaiserthron erobern, so durfte er, nicht das Frankfurter Parlament, die Bedingungen vorschreiben. War es ja doch nicht einmal eine beträchtliche Mehrheit der deutschen Nationalversammlung, also des deutschen Volks, die ihm die Krone bot! Und diese Krone wie unsicher, dieses Zepter wie machtlos erschien es, wenn man Ursprung und Bedingungen erwog! Sollte er dafür das Preußentum opfern, welches mit seiner Zucht und mit seinem Heere, mit allen seinen kraftvollen Überlieferungen ganz allein Deutschland befähigt hatte, die Revolution zu überstehen? Er lehnte ab. „In dem Beschlusse der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie mir überbringen", antwortete er den Deputierten, „erkenne ich die Stimme des deutschen Volkes. Dieser Ruf giebt mir ein Anrecht, dessen Wert ich zu schätzen weiß .... Aber ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen Versicherungen ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschließung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben müßte." In einem Briefe an Moritz Arndt hat er dann noch ausführlich seine Beweggründe zur Ablehnung ausgesprochen: weil das Volk allein über die Krone nicht zu verfügen habe, und weil das angebotene deutsche Kaisertum nicht viel mehr gewesen wäre als eine Schattenherrschaft, als ein Werkzeug des Parlaments; dafür habe er sein mächtiges preußisches Königtum nicht hingeben mögen. Er wollte zwar jene Ablehnung nur als eine bedingte angesehen wissen; allein daß die Bedingung sich je erfüllen, daß die deutschen Fürsten ihn je freiwillig sich zum Oberhaupte setzen würden, konnte eben nur ein Romantiker wie er für möglich halten. Aber für alles Ungemeine sehr empfänglich, großmütiger Regungen selber fähig, gab sich Friedrich Wilhelm um so mehr jener Hoffnung hin, weil er sich bewußt war, er würde, wie bisher, seine Mitfürsten immer mit zartester Schonung behandeln.

Er nahm also nun selbst die deutsche Einigung vor. Da zeigte es sich bald, wohin er mit seiner Verfahrungsart kam. Die Kleinstaaten freilich waren jetzt, wie schon 1814 auf dem Wiener Kongreß, bereit, ihre Souveränität oder doch einen erheblichen Teil derselben, dem Vaterlande zu opfern; 28

deutsche Staaten erkannten (am 14. April 1849) die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser an; selbst der König von Württemberg, von seinem Volke gedrängt, schloß sich den 28 vorläufig an; aber gerade die mächtigsten, Bayern, Sachsen, Hannover und nun gar Österreich, widersprachen. Andrerseits verlangten die preußischen Kammern und das Frankfurter Parlament die Annahme der Reichsverfassung, und da Friedrich Wilhelm sich weigerte, so erfolgte zwischen ihm und der Kaiserpartei ein Bruch; er löste den preußischen Landtag auf, rief, wie Österreich längst gethan, seine Unterthanen von der deutschen Nationalversammlung ab und verlor dadurch die moralische Unterstützung, die ihm deren Mehrheit geleistet. Die Demokratie war ohnehin seine Feindin; eben schlug er ihr wieder die schmerzhaftesten Wunden. An mehreren Orten Deutschlands waren, von der radikalen Partei betrieben, Volksaufstände ausgebrochen, welche den Zweck hatten, die Regierungen doch noch unter die Herrschaft des Frankfurter Parlaments zu beugen und zur Annahme der Reichsverfassung zu zwingen. In Preußen blieben diese Versuche unbedeutend, die „Putsche“ in Elberfeld und Breslau wurden leicht unterdrückt; großartiger waren sie anderwärts in Deutschland. Friedrich Wilhelm hielt sich für moralisch verpflichtet, auf den Hilferuf der bedrängten Fürsten einzuschreiten. Seine Truppen rückten in Dresden ein, wo die Demokraten den König verjagt hatten, und bezwangen nach hartnäckigem Kampfe die Barrikadenstreiter (6.—9. Mai). Jetzt, da es sich um Thaten handelte, kam auch der Prinz von Preußen zur Verwendung. Auch er wünschte Deutschlands Einheit unter Preußens Führung; aber auf parlamentarischem Wege oder durch Volkserhebungen, wie die liberale Formel damals lautete, „durch Freiheit zur Einheit“, jenes Ziel erreichen zu wollen, erkannte er als Thorheit. „Wer Deutschland regieren will“, äußerte er damals in einem Briefe an einen Freund*), „muß es sich erobern, à la Gagern geht es nun einmal nicht. Daß ich bei meiner ledernen Natur, die man vielleicht praktisch nennen könnte, viel Anstoß in der phantastischen Professorenzeit gebe, können Sie denken. Wir wollen nur abwarten, wer zuletzt Recht behält.“ Vorläufig konnte sich seine praktische Natur, die einst so Großes für Preußen und Deutschland bewirken sollte, nur erst in dem beschränkten Wirkungskreise geltend machen, den ihm die Politik seines Bruders anwies. Der König beauftragte ihn mit der Niederwerfung der südwestdeutschen Aufstände. Im Juni zog er mit einem Teile der Armee (35 000) nach Baden und der bayrischen Rheinpfalz, wo das Volk, mit dem badischen Militär vereinigt, eine Art von Republik aufgerichtet; siegte in einer Reihe von Gefechten, von denen das bedeutendste am 21. Juni bei Waghäusel stattfand, und stellte die alten Regierungen wieder her. Kurz vorher hatte auch der demokratische Rest der Frankfurter Versammlung, der in Stuttgart weiter tagte, ein klägliches Ende genommen; dieses „Rumpf-

*) Brief des Prinzen Wilhelm v. 20. Mai 1849 an O. v. Natzmer, in dessen Denkwürdigkeiten IV. S. 64. — Vgl. H. v. Treitschke, Der Prinz von Preußen u. d. reichsständische Verfassung (1840—47), Forsch. 1888, I. S. 587 ff.



parlament" wurde von der Württembergischen Regierung aufgelöst; am 18. Juni 1849 hielt es seine letzte Sitzung. Das Frankfurter Parlament hatte doch das Verdienst, die beiden Hauptpunkte, auf die es ankam behufs Einigung Deutschlands: daß Österreich ausscheiden und daß Preußen der führende Staat sein müsse, festgesetzt zu haben.*) Dies war also der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes. Freilich eine wie geringe Mehrheit!

Die deutsche Revolution hatte der König von Preußen also besiegt; aber die Früchte erntete nicht er, sondern seine Mitfürsten. Denn da nun das Volk nicht mehr zu fürchten war, so fiel für sie ein mächtiger Beweggrund zur Aufopferung ihrer Sonderrechte fort. Sie wurden immer kühler gegen Friedrich Wilhelms Pläne, der vorschlug, einen deutschen Bundesstaat, eine „Union" unter Preußens erblicher Oberhoheit und mit einem gemeinschaftlichen Parlament mit ihnen zu vereinbaren; die Beziehungen dieses Kleindeutschlands zu Österreich sollten dann durch einen loseren Bund geregelt werden. Unter dem frischen Eindruck des Dresdener Aufstandes waren die Könige von Sachsen und Hannover darauf eingegangen, hatten mit ihm am 26. Mai das sogenannte Dreikönigsbündnis geschlossen, welches eine Reichsverfassung aufstellte, die bei den in Gotha (am 26. Juni) versammelten Häuptern der Kaiserpartei (den „Gothaern") Billigung und bei den meisten Kleinstaaten Anklang fand. Aber die Könige von Sachsen und Hannover meinten es mit ihrer Anlehnung an Preußen keineswegs ehrlich, und Bayern und Württemberg beharrten ganz offen darauf, keine „preußische Spitze" anerkennen zu wollen; sie ebensowenig wie Österreich traten der Union bei, und da die anderen Mittelstaaten bald merkten, daß Friedrich Wilhelm keinen Souverän zwingen werde, ihm etwas von seinen Rechten abzutreten, so neigten sie sich mehr und mehr der österreichischen Politik zu, welche, von den guten Wünschen der deutschen Papisten begleitet, auf Wiederherstellung des alten Bundestags ging. Friedrich Wilhelm IV. war nämlich fortdauernd durch die Vorstellung von der besonderen mystischen Begabung jedes Trägers einer königlichen Krone erfüllt. Daher seine antipreußischen Gedanken 1849 und 1850, die fürstlichen Freunde (Baden, Hessen, Mecklenburg u. s. w.) zurückzuhalten und die königlichen Gegner (Bayern, Württemberg, Sachsen) zu begünstigen.**) Rußland unterstützte; der alte Hort des Absolutismus, Zar Nikolaus, half mit der einen Hand Österreich wieder auf, indem er durch ein Heer unter Paskiewitsch den ungarischen Aufstand niederwarf. Mit der anderen drohte er seinem Schwager, wofern das preußische Heer in Schleswig den Krieg anders als zum Scheine führen würde. Der Erfolg war: Friedrich Wilhelm machte in der schleswig-holsteinschen Sache wieder einen Schritt rückwärts, indem er (Juli 1849) mit Dänemark einen Waffenstillstand schloß, der Schleswig von Holstein trennte, und gab in den deutschen Dingen das Heft aus den Händen, weil Österreich

*) Vgl. K. Binding, Der Versuch der Reichsgründung durch die Paulskirche in den Jahren 1848 u. 1849, Akad. Rede, Leipzig 1892.

**) v. Sybel, Begründung des deutschen Reiches I.

jetzt mächtig genug war, seinen Drohungen mit den Waffen Nachdruck zu verleihen. Er ließ sich herbei, Österreichs Vorschlag anzunehmen: ein „Interim“ zu bewilligen (September 1849), der Art, daß der Reichsverweser sein Amt vorläufig zu Gunsten einer von Österreich und Preußen bestellten Kommission niederlegte und letztere bis zum 1. Mai 1850 die Bundesgeschäfte leitete; inzwischen wollte man sich um die Zustimmung der übrigen Bundesregierungen bewerben. Er war also bereits von der Einheit ab- und zur Zweiheit gekommen, hatte den alten Nebenbuhler Preußens an einer Sache Anteil nehmen lassen, in der beide ganz entgegengesetzte Ziele verfolgen mußten, wofern sie nicht Deutschland teilen wollten. Die vier Mittelkönigreiche fürchteten das letztere; Hannover und Sachsen, von Rußland ermutigt, fielen nun offen von Preußen ab und verhandelten zu München (im Februar 1850) mit Bayern und Württemberg ein „Vierkönigsbündnis,“ dessen eigentlicher Zweck war, im Verein mit Österreich den alten Bundestag wieder einzuführen.

Gegen diese Widersacher hatte Preußen nicht einmal an der öffentlichen Meinung eine rechte Stütze. Diese Macht hatte den besten Teil ihres Ansehens längst durch den Widerstreit der Parteien eingebüßt. Die Demokratie fuhr fort, alles, was vom Könige kam, zu verwerfen; sie gönnte der preußischen Regierung nirgends einen Erfolg, mißtraute ihr in allem; sie erwartete von Preußen überhaupt nichts Gutes. Nur die Gemäßigten unter den Fortschrittsmännern vereinigten ihre Wünsche mit den Preußischgesinnten. Sie erkannten immer deutlicher, daß von allen mächtigeren deutschen Fürsten doch nur Friedrich Wilhelm trotz seiner Mißgriffe wirklich willens war, Deutschland eine zeitgemäße Verfassung zu geben. Er bewies es, indem er zum 20. März 1850 nach Erfurt ein deutsches Parlament ausschrieb und die Wahlen dazu trotz des Widerspruchs der vier Königreiche und Österreichs in Preußen und den treugebliebenen Kleinstaaten vornehmen ließ. Zugleich förderte er die „preußisch-deutsche Union“ dadurch, daß er mit Mecklenburg, Anhalt, Braunschweig, Baden Militärkonventionen abschloß*) und die hohenzollernschen Fürsten Konstantin von Hechingen**) und Karl Anton von Sigmaringen***) bewog (am 7. Dezember 1849), ihre Länder (ein Gebiet von 21 Quadratmeilen mit 65 000 Einwohnern) gegen ein Jahrgehalt an Preußen abzutreten; am 5. und 8. April 1850 erfolgte die Einverleibung dieser neuen Provinz in den preußischen Staat. Indessen, wenn die Liberalen auch des Königs Einheitsbestrebungen vergleichsweise billigten, so verwarf doch gerade die Aktionspartei, nämlich die demokratische, seine ganze Politik schon darum, weil er in der preußischen Verfassungsfrage reaktionär verfuhr. Und so war denn die preußenfeindliche Stimmung der gemäßigten Deutschgesinnten nichts, was Preußens auswärtige Gegner sehr beunruhigen konnte. Übrigens ver-

*) Vgl. E. Berner, Eine Denkschrift von Motz a. d. Jahre 1817 ꝛc., Forsch. 1893, VI. S. 483 ff.

**) Er starb 3. September 1869, und mit ihm erlosch die hechingische Linie im Mannesstamm.

***) Geboren am 7. September 1811, gestorben am 2. Juni 1885.

tagte der König das deutsche **Parlament**, das am 20. März in **Erfurt** zusammengetreten war, schon am 29. April wieder und verhandelte nur noch mit den Regierungen.

Dagegen ging Österreich immer entschiedener vor. Der junge Kaiser Franz Josef, in der Überzeugung, daß sein Staat am sichersten auf den alten Stützen ruhe, die derselbe vor 1848 gehabt — absolut-monarchische Gewalt, rein soldatisch gesinntes Heer, enger Bund mit der römischen Kirche und mit allen Mächten der Reaktion — beschloß, auch in Deutschland, wie er bei sich that, nach Möglichkeit die Zustände der Zeit vor 1848 zurückzuführen. Mit Staunen sah die deutsche Nation den verhaßten totgeglaubten **Bundestag** am 10. Mai 1850 in Frankfurt wieder erstehen; Österreich hatte ihn einberufen, die vier Königreiche, Kurhessen, Dänemark und die Niederlande ihn beschickt. So war also Deutschland in zwei Lager gespalten: hier die „deutsche Union," d. h. Preußen mit den meisten Kleinstaaten, dort der „Bundestag," nämlich Österreich mit den Mittelstaaten. Friedrich Wilhelm hatte nun die Wahl, entweder fest und mit Nachdruck seinen Unionsplan durchzusetzen oder die Einigung Deutschlands überhaupt aufzugeben und fortan nur dem besonderen Vorteil Preußens nachzugehen. Für den letzteren Fall bot Österreich, wenn er den Bundestag anerkenne, dem preußischen Staate in dem Bunde eine mit ihm selbst ganz gleichberechtigte Stellung und mehr Einfluß auf die Kleinstaaten. Er entschied sich für die Union; aber er that gar nichts, um auch deren andere Genossen bei ihr festzuhalten, stellte es vielmehr in das Belieben jedes einzelnen Fürsten, ob er ihr treu bleiben wolle, und so gingen sie denn allmählich einer nach dem andern in das österreichische Lager über.

So zerfiel die Union, und doch war dies bei weitem noch nicht die schlimmste Niederlage, die Friedrich Wilhelms auswärtige Politik erlitt. Seit zwei Jahren hatte er die Sache **Schleswig-Holsteins** zu seiner eigenen gemacht, aber sie lässig betrieben, jetzt gab er sie ganz auf, schloß mit Dänemark (am 2. Juli 1850) den **Berliner Frieden**, in welchem es den Herzogtümern überlassen blieb, ihren Kampf allein auszufechten. Sie versuchten es; doch ohne Glück. Der König handelte hier wieder unter russischem Drucke, den der englische Minister Palmerston unterstützte, und eine Entschuldigung mochte er darin finden, daß ein Teil seiner Unterthanen, nämlich die Junkerpartei, ihm von ganzem Herzen beistimmte. Hatte doch schon 1849 eins ihrer Häupter, Herr von Bismarck-Schönhausen, offen erklärt: „der Krieg gegen Dänemark sei ein höchst ungerechtes, frivoles, verderbliches Unternehmen zur Unterstützung einer ganz unmotivierten Rebellion."

Es fehlte in der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. nicht an Männern, die ihm in der schleswig-holsteinschen Frage, wie überhaupt in seiner Politik ein anderes, klügeres Verfahren anrieten, als er einschlug. Allein sie waren ohne Einfluß auf ihn. „Er will," schrieb damals sein Freund Bunsen,*) „nur

*) Chr. Karl J. v. Bunsen, Aus seinen Briefen u. s. w., herausgegeben von Nippold, Leipzig 1869, III. 30.

blinde Werkzeuge; er will nicht Räte, sondern Diener. Höchstens will er nicht thun, was man ihm abrät, nie thun, was man ihm rät, sobald es gegen seine dynastischen Ideen von Fürstenrecht und Gottesgesalbtenweisheit läuft. Er räumt es seinen Unterthanen nie ein, im stande zu sein, ihn über die Grundsätze der Politik zu hofmeistern. Er will alles besser wissen und macht aus seiner politischen Ansicht eine Religion."

Nicht mit mehr Klugheit und Geschick als in Schleswig-Holstein führte Friedrich Wilhelm seine und des deutschen Volkes Sache in Kurhessen. Dieses Land gehörte zur „Union," und seine Verfassung war von derselben gewährleistet worden. Preußen hatte also ein Recht einzuschreiten, als der Kurfürst Friedrich Wilhelm, nachdem er im Februar 1850 ein reaktionäres Ministerium (Hassenpflug) berufen und die Union verlassen hatte, mehrfach die Verfassung brach.*) Doch waren die Hessen Manns genug, sich selbst zu helfen; das ganze Volk — Behörden, Truppen, Städter, Landleute — empörte sich anfangs September in völlig gesetzlicher Weise, indem es der eidbrüchigen Regierung einfach den Gehorsam aufkündigte; „eine Revolution in Schlafrock und Pantoffeln," die den Kurfürsten vollständig lahm legte. Aber weit entfernt sein Unrecht einzugestehen, suchte er vielmehr gegen seine Unterthanen bei dem österreichischen Bundestage Hilfe, die ihm von Österreich und Bayern auch bereitwilligst zugesagt wurde. Preußen durfte das nicht dulden; es ließ im Oktober Truppen in Kurhessen einrücken, während die Süddeutschen sich ebenfalls in Bewegung setzten. Ein großer Krieg schien unvermeidlich, ein Krieg, der nicht bloß diese einzelne, der die ganze deutsche Frage lösen mußte. So stand also Friedrich Wilhelm nun doch wieder vor der Zwangslage, die er immer so sehr gefürchtet: Deutschlands Einheit ließ sich eben nur mit dem Schwerte herstellen. Und jetzt war überdies die preußische Waffenehre, hier in Hessen, wie dort in Schleswig, verpfändet; Preußen konnte ohne Demütigung nicht zurückweichen. Auch riet Radowitz, der Minister des Auswärtigen, ganz entschieden zum Kriege. Aber die Frage war: besaß Preußen zur Zeit die Mittel, um mit Aussicht auf Erfolg den Waffengang zugleich gegen Österreich, Rußland, ja vielleicht auch noch gegen England zu bestehen? Diese Frage mußte von jedem Kundigen, wenn er ruhig erwog und kaltblütig berechnete, mit Bestimmtheit verneint werden. Das preußische Heerwesen befand sich seit Jahren nicht mehr in einem guten Zustande. Den großen Fehler, daß die Landwehr nur zum Teil aus ehemaligen Liniensoldaten, zum Teil aber aus sehr wenig geübten Leuten bestand, hatte Friedrich Wilhelm III. in seiner letzten Zeit dadurch beseitigt, daß er die Landwehrrekruten abschaffte und alljährlich eine größere Anzahl Rekruten in das stehende Heer einreihen ließ. Allein aus Sparsamkeit, um nicht die Kosten des Militärs zu erhöhen, war zugleich die Dienstzeit bei der Fahne für die Fußtruppen von

*) H. v. Sybel, Hans Daniel Hassenpflug, in Sybels Hist. Ztschr. 1893 (N. F. 35), S. 48 ff.

3 auf 2 bis $2^1/_2$ Jahren verringert worden, und dadurch hatte die Schulung der Soldaten gelitten. Friedrich Wilhelm IV. hatte dann mancherlei zeitgemäße Änderungen vorgenommen, aber noch keine durchgeführt und so mehr verwirrt und erschüttert, als gebessert. Im wesentlichen noch auf das Landwehrsystem begründet, entbehrte die Armee der hurtigen Beweglichkeit, der schnell bereiten Schlagfertigkeit, die nötig gewesen wären, um die größere Truppenzahl der Gegner auszugleichen. Überdies war ein Teil der Armee durch die Entsendungen nach Baden vorläufig festgelegt. Mit einem Wort, man verfügte über so tüchtige Truppenkörper und über so viele Bajonette nicht, um Rußland und Österreich samt den deutschen Mittelstaaten zu Paaren treiben zu können. Es fehlte auch an Geld. Es fehlte endlich — und das war nicht der kleinste Mangel — dem Könige persönlich und durchaus an Lust und Sinn für den Krieg. Kurz, Friedrich Wilhelm IV. hatte sich an Dinge gemacht, die durchzusetzen er gar nicht der Mann war. Er sah dies ein und entschied sich für den Frieden. Aber den Frieden auch nur unter einigermaßen ehrenvollen Bedingungen zu erreichen, nicht einmal hiezu war er der Mann. Soviel militärische und finanzielle Kraft besaß der preußische Staat auch unter diesem Könige, um wenigstens jeden Feind zur Achtung zwingen und Unwürdiges von sich abwehren zu können. Allein Friedrich Wilhelm hatte alles verabsäumt, diese Kraft in Wirksamkeit zu setzen. Er hatte die Leitung des Kriegsministeriums einem für diesen Posten ganz unfähigen Manne, dem General v. Stockhausen übergeben, der, ein erbitterter Gegner der deutschen Politik des Ministers v. Radowitz und vom Parteigeist über die Lage verblendet, es unterließ, die nötigen Maßregeln zu treffen, damit Preußen nicht ungerüstet den Drohungen des Auslandes gegenüberstehe. Er hatte sogar, als wäre man im tiefsten Frieden, befohlen, die ausgedienten Mannschaften, ein Drittel der Armee, am 1. Oktober zu entlassen und einen Teil der Dienstpferde zu verkaufen. „Wenn ein Österreicher oder Bayer an der Spitze des preußischen Kriegsministeriums gestanden hätte, er würde kaum vermocht haben, im Interesse seines Vaterlandes zweckmäßiger zu handeln als Herr v. Stockhausen!"*) Preußen entwaffnete also dem bewaffneten Feinde gegenüber, und auf diese Art meinte Friedrich Wilhelm zu einem würdigen Frieden kommen zu können!

Der Erfolg war denn auch danach. Ein Versuch, den Zaren umzustimmen, mißlang; der Graf Brandenburg, den der König zu diesem Zwecke zu einer Konferenz, welche die Kaiser von Rußland und Österreich am 15. Oktober in Warschau abhielten, entsandt hatte, kehrte unverrichteter Sache zurück**); der Zar blieb dabei, Preußen müsse von den aufständischen Kurhessen ebenso wie von den Schleswig-Holsteinern seine Hand abziehen. Zugleich marschierten österreichische und bayrische Truppen in Kurhessen ein und gingen auf die Preußen dort los. Heer, Kammern und Volk in Preußen erwarteten und wünschten den Krieg; auch die Mehrzahl der Minister stimmte mit Radowitz dafür. Aber

*) (H. v. Arnim-Heinrichsdorf), Vier Monate auswärtiger Politik, Berlin 1851, S. 12.
**) Vgl. Hist. Ztschr. LVIII, 245 ff.

Friedrich Wilhelm gab im Gefühl seiner Schwäche nach, schloß sich der Meinung der Minderheit, welche Graf Brandenburg vertrat, an und demütigte sich vor dem Auslande; er entließ am 2. November Radowitz, übertrug dem Gesinnungsgenossen Stockhausens, dem Freiherrn Otto von Manteuffel, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und schickte seinen Truppen in Hessen den Befehl zum Rückzuge.*) Wenige Tage darauf starb Graf Brandenburg, übrigens nicht, wie vielfach geglaubt wurde, am gebrochenen Herzen; die Politik des Friedens blieb am Ruder. Zwar hatte der König nach Radowitz' Entlassung dann doch (am 6. November) die Mobilmachung der Armee verfügt; allein es war ihm kein Ernst mit dieser Drohung, und da sich bei der Ausführung jener Maßregel die Mängel des Heerwesens deutlich zeigten, so gab er den Gedanken an Widerstand um so leichter auf. Er wollte mit der Mobilmachung denn auch nur den Schein retten; wie Manteuffel es ausdrückte „Der Starke weicht mutig zurück."

Dieser Minister übernahm es, eine noch traurigere Rolle zu spielen, als die des Grafen Brandenburg in Warschau gewesen war. Denn Manteuffel trat nun den schimpflichen Gang nach Olmütz an, welcher das Ende von Friedrich Wilhelms deutscher Politik war. Dort, auf der Konferenz mit dem österreichischen Minister, Fürsten Felix von Schwarzenberg (am 29. November), unterwarf er sein Vaterland allen den Bedingungen, die Österreich und Rußland ihm vorschrieben: Aufgeben der Union, des deutschen Parlaments, der Kurhessen und der Schleswig-Holsteiner und Einwilligung in die Art, wie diese beiden Stämme sollten „pacificiert", d. h. unterdrückt werden. Er selbst, der preußische Minister, fühlte freilich nicht die Schmach dieser Unterwerfung Preußens unter den Willen des Auslandes. Nach seiner beschränkten Parteiansicht schien ihm der Vertrag von Olmütz keine Niederlage Preußens, sondern ein Ausweg aus einem Irrgang.**) Der König hatte wohl ein richtigeres Gefühl hierbei, gestand sich ein, daß er „einen Bock geschossen", als er die von Radowitz vertretene Politik aufgegeben hatte. Aber sein Friedensbedürfnis überwog immer. Er fügte sich in eine Lage, deren Unrühmlichkeit er empfand, die er aber nicht mutig und stark genug war abzulehnen. Demnach erkannte er im April 1851 den Frankfurter Bundestag an, und dieser lenkte nun gemach wieder in die alte Metternichsche Bahn ein, ließ durch die hingesandten bayrischen und österreichischen Truppen die Hessen, durch österreichische die Holsteiner unterjochen.***) Friedrich Wilhelm hätte diese Entwickelung der Dinge wieder rückgängig machen können; im November 1851 ließ ihm der Präsident der französischen Republik Louis Napoleon Bonaparte insgeheim ein Bündnis

*) Auf diesem Rückzuge aus Kurhessen war es, wo (am 8. November) bei Bronzell die Vorhut des österreichisch-bayrischen Heeres mit der Nachhut des preußischen zusammenstieß, und ein Schimmel erschossen wurde, der dann oft erwähnte „Schimmel von Bronzell."

**) Vgl. H. v. Sybel, Begründung des deutschen Reiches, II. 181.

***) Vgl. A. v. Sacken, Das österreichische Corps Schwarzenberg-Legeditsch ꝛc., Mitt. des k. u. k. Kriegsarchivs in Wien, N. F. Bd. 8, Wien 1894

gegen Österreich antragen; aber er wies den Gedanken, im Bunde mit Frankreich, und gar mit einem napoleonischen, zu siegen, aufs bestimmteste von sich. Die Olmützer Politik behielt also ihren Fortgang; Preußen verblieb an Österreichs Seite. Die schleswig-holsteinsche Statthalterschaft und Landesversammlung mußten in die Forderungen willigen, welche die beiden deutschen Großmächte stellten: daß die Herzogtümer auf den Zustand vor dem Kriege zurückkehrten und ihr Heer auflösten; — und der Zar, hierin nicht bloß von Österreich, sondern auch von England unterstützt, bewog dann den König von Preußen auch noch zur Unterzeichnung des Londoner Protokolls vom 8. Mai 1852, welche Preußens und Deutschlands schmähliche Niederlage besiegelte. Denn in dieser Abmachung wurde der dänische Gesamtstaat einschließlich der Herzogtümer Schleswig und Holstein als zu Recht bestehend anerkannt, und seine Fortdauer auch für die Zukunft dadurch zu sichern gesucht, daß man nach dem Verlangen der Dänen die in Dänemark giltige weibliche Erbfolge auch auf Holstein (beziehungsweise Schleswig-Holstein) übertrug und den Gemahl der Schwestertochter weiland Christians VIII. Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der sich allein von den schleswig-holsteinschen Prinzen an der Erhebung gegen den König von Dänemark nicht beteiligt hatte, also bei dem Zaren, mit dem seine Linie auch verwandt war, um so mehr beliebt war, zum Nachfolger in Dänemark und Schleswig-Holstein einsetzte. Der Not gehorchend, verpflichtete sich Friedrich von Augustenburg in seinem und seiner Söhne Namen nichts gegen diese Erbfolgeordnung vorzunehmen. Dafür erhielt er von Dänemark als Entschädigung für seine in Schleswig-Holstein belegenen und von der dänischen Regierung als eines Empörers eingezogenen Güter $2^1/_4$ Millionen Thaler und übernahm $^1/_2$ Million Schulden der Güter. Die Schleswig-Holsteiner waren also der Fremdherrschaft abermals und hoffnungslos preisgegeben, und die Dänen rächten sich nun an den Deutschen für deren Auflehnung durch Polizeidruck, durch Knebelung der Presse und des Vereinswesens, durch Verjagung der deutschen Beamten, Geistlichen und Lehrer aus den Bezirken gemischter Bevölkerung: ein Schwarm dänischer Beamten drang dafür überall ein. Auch die letzte nationale Errungenschaft Deutschlands seit 1848, die kleine deutsche Flotte, die man durch Privatsammlungen und Gaben der zur preußischen „Union" gehörigen Staaten kaum erst hergestellt hatte, ging jetzt wieder verloren; der Bundestag ließ sie im Sommer 1852 zu Bremerhaven durch einen Bevollmächtigten, den ehemaligen oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer, öffentlich versteigern.

Das war das Ende von Friedrich Wilhelms deutschen Einheitsplänen. Er hatte Preußens Ansehen in der Welt erniedrigt und Deutschlands Zerrissenheit nicht geheilt.

Die preußische Verfassung.

Die große deutsche Bewegung von 1848 war also schmählich gescheitert, Deutschlands gewaltiges Streben nach Einheit zuletzt zum Gespött des Aus-

lands im Sande des alten Bundestags verlaufen. Nicht die Fürsten allein trugen die Schuld davon, nicht Friedrich Wilhelms romantische Gefühlspolitik, noch sein Mangel an mutiger Thatkraft allein war anzuklagen, auch nicht allein die Souveränitätslust der Mittelstaaten und die abweichenden Interessen Österreichs oder die feindliche Haltung Rußlands und Englands. Es waren ebenso sehr das deutsche Volk selber mit seiner Parteiung und die Volksführer, die nirgends einträchtig eine praktisch durchführbare Politik getrieben hatten, mitschuldig an dem Geschehenen. Denn die Rechthaberei, die Sondersucht, die Theoretisierwut — diese deutschen Fehler, diese inneren Feinde der deutschen Einheit hatten sich in Deutschland oben nicht breiter gemacht als unten. Sie störten und hemmten auch den Fortschritt des anderen Prinzips von 1848, der Freiheit. Und gerade die demokratische Partei verschuldete dabei wieder viel, besonders in Preußen. Die Erfolglosigkeit jenes Beschlusses der Steuerverweigerung, mit welchem die Berliner Nationalversammlung das Volk zum Aufstande gegen die Krone aufgefordert, hätte die Demokraten überzeugen müssen, daß ihr Programm in Preußen sich nun einmal nicht verwirklichen lasse, daß die Nation keineswegs den Schwerpunkt des Staates vom Königtum fort in eine parlamentarische Mehrheit verlegen wolle, und daß eine gemäßigte konstitutionelle Monarchie das wirklich Zeitgemäße und daher Erstrebenswerte sei. Statt dessen versuchten sie auch auf dem folgenden Landtage dem Könige ihren Willen aufzunötigen, und drängten ihn dadurch ganz entschieden auf den Weg zum Alten zurück, welchen einzuschlagen ihn seine persönliche Neigung ohnehin trieb. Er löste (am 27. April 1849) die zweite, noch nach dem Kopfzahlsystem gewählte Kammer auf, vertagte die erste, die er nach einem mäßigen Steuersatz hatte wählen lassen, und legte sich die Frage vor, ob er nicht überhaupt das Konstitutionswesen aufgeben und zu den ständischen Formen seiner ersten Regierungszeit zurückkehren solle.

Es gab doch eine ansehnliche Partei im Lande, die dies verlangte. Sie bestand aus den Entschiedensten jener alten „Ritterschaftlichen“, die den neuen Zeitideen immer feindselig gewesen waren. Auch außerhalb des Grundadels fand sie jetzt Anklang; denn es konnte nicht anders sein, als daß alle die Volks- und Gesellschaftskreise, welche sich durch das Gebahren der Umstürzler beleidigt fühlen mußten, daß alle diejenigen Preußen und Christen, welche die schwarz-weiße Fahne und das Kreuz als die obersten Sinnbilder des Staates wollten festgehalten und geehrt wissen, in den Adlig-Konservativen Bundesgenossen wieder einen gemeinsamen Feind sahen. Die Häupter dieser Partei waren jetzt die Herren v. Gerlach, v. Kleist-Retzow, v. Bismarck-Schönhausen, der Professor des Staatsrechtes Julius Stahl und der Geschichtschreiber Heinrich Leo; ihre Organe (seit Juli 1848) die „neue preußische“ oder Kreuz-Zeitung, welche deren Gründer, der Jurist Hermann Wagener, mit großem Geschick leitete, und der „Treubund“, ein dem Tugendbund nachgebildeter Verein, der im Gegensatz gegen die deutschen Farben die von der Demokratie geschmähten preußischen aufsteckte; ihre Ziele endlich ein starkes Königtum bei ständisch-

aristokratischer Verfassung und die Herrschaft des Christen- und Preußentums über den Staat. Folgerecht im Denken und Handeln wie diese Partei war, verwarf sie nicht bloß alles Demokratische und Revolutionäre, sondern auch alles modern Konstitutionelle; nicht als ob sie einfach die Umkehr zu den Zuständen vor 1848 ersehnt hätte; sie wollte dieselben in ständischer Weise ausgebaut wissen. Sie verwarf auch, weil sie das Preußentum zu oberst stellte, die „deutsche Union“; gerade diese aber lag dem Könige damals sehr am Herzen. Überdies erlaubte dieselbe Scheu vor formellem Rechtsbruch, die ihn zur Ablehnung der deutschen Krone bewogen hatte, es ihm nicht, die Verfassung, die er zugestanden, wieder zurückzunehmen. Er wünschte, das Jahr 1848, das „tolle Jahr“, möchte mit Thränen aus der Weltgeschichte weggewischt werden können; aber er sah ein, es war doch nicht ungeschehen zu machen, die Verpflichtungen, die es ihm auferlegt, müßten, wenn auch mit schwerem Herzen, erfüllt werden. Eben dies war die Ansicht auch vieler Strengkonservativen, besonders des Barons v. Senfft-Pilsach, auf dessen Meinung der König viel gab.*) Er beschloß daher, keinen Verfassungsbruch zu begehen, das Konstitutionswerk nicht fahren zu lassen, aber es so zu gestalten, daß dabei eine starke Monarchie bestehen bleibe. Die Freiheit, die es der Nation gewährte, sollte nicht zur Lahmlegung der Monarchie gemißbraucht werden. Er wußte, eine wirkliche Gefahr drohte nur von den Demokraten, und da diese nur mit Hilfe der Besitzlosen Gewalt bekommen, eine politische Revolution nur als sociale erfolgreich betreiben konnten, so galt es, den Besitzenden in der Volksvertretung die Mehrheit zu sichern. Sie schienen ihm die natürlichen Verbündeten der Krone. Er erließ daher (am 30. Mai 1849) ein neues Wahlgesetz für die zweite Kammer, welches die Urwähler nach Maßgabe des Steuerbetrages, den sie zahlten, in drei Klassen schied, einer jeden die gleiche Zahl von Wahlmännern zuerkannte, und diese mittelbaren Wahlen dadurch den Augen des Staats und der Besitzenden offen hielt, daß es die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Abstimmung vorschrieb.

Die demokratische Partei hätte nun, wollte sie klug verfahren, sich in die Zeit schicken und um ihrer selbst willen suchen müssen, von den zahlreichen demokratischen Elementen, welche die im Dezember 1848 verliehene Verfassung enthielt, so viel als möglich zu retten. Statt dessen gab sie jetzt alles verloren, lehnte es ab, auf Grund des Dreisteuerklassensystems zu wählen, und rechnete auf die Zukunft. Ihr thatloser Widerstand hatte indes nur den Erfolg, daß der Boden, den sie freiwillig aufgab, von ihren entschiedensten Gegnern eingenommen wurde. Der neue Landtag, der am 7. August 1849 (also bald nach der Besiegung der badischen und pfälzischen Republikaner) zusammentrat, war wesentlich reaktionär gestimmt; die Ultra-Konservativen, wenig gehemmt von dem Bürgertum, welchem der Schreck vor den Roten noch in allen Gliedern lag, und nur von den Altliberalen mit Kraft bekämpft, führten

*) H. Wagener, Friedrich Wilhelm IV., Berlin 1883, S. 54.



nun auch in der zweiten Kammer das große Wort. So geschah es, daß die Verfassung, die der König mit diesem Landtage vereinbarte, in einer Weise „revidiert" wurde, welche mehr die Rückschritts- als die Fortschrittsmänner befriedigte. Dennoch war auch in der revidierten Verfassung der „breite Stempel des Jahres 1848" nicht ganz verwischt; sie sicherte immer noch ein beträchtliches Maß von Volksfreiheit. Es war daher für die ganze konstitutionelle Partei in Preußen ein sehr erfreuliches Ereignis, als Friedrich Wilhelm diese Verfassung am 31. Januar 1850 als preußisches Staatsgrundgesetz verkündigte und am 6. Februar 1850 vor den vereinigten beiden Kammern beschwor.

Die Hauptbestimmungen der Urkunde waren folgende: „Titel I. Vom Staatsgebiet. Art. 1. Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet. — Art. 2. Die Grenzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden.

Titel II. Von den Rechten der Preußen. Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. — Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung, zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt. — Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen, sowie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren, sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. — Art. 7. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft. — Art. 8. Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden. — Art. 9. Das Eigentum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzustellende Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden. — Art. 10. Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehungen finden nicht statt. — Art. 11. Die Freiheit der Auswanderung kann von Staatswegen nur in Bezug auf die Wehrpflicht beschränkt werden. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. — Art. 12. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Art. 30 und 31) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung sind gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. — Art. 14. Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit, zu Grunde gelegt. — Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religions-

gesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. — Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. — Art. 20. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. — Art. 21. Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden. Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist. — Art. 23. Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten stehen unter der Aufsicht vom Staate ernannter Behörden. — Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener. — Art. 24. Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. — Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften. — Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt, unter gesetzlich geordneter Beteiligung der Gemeinde, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an. — Art. 25. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen. — In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt. — Art. 27. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. — Die Censur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Preßfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung. — Art. 28. Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. — Art. 29. Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche auch in Bezug auf vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis der Verfügung der Gesetze unterworfen sind. — Art. 30. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Das Gesetz regelt, insbesondere zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Ausübung des in diesem und in dem vorstehenden Artikel (29) gewährleisteten Rechts. Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verboten im

Wege der Gesetzgebung unterworfen werden. — Art. 32. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet. — Art. 33. Das Briefgeheimnis ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. — Art. 34. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz. — Art. 35. Das Heer begreift alle Abteilungen des stehenden Heeres und der Landwehr. — Im Falle des Krieges kann der König nach Maßgabe des Gesetzes den Landsturm aufbieten. — Art. 36. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen und auf Verlangen der Civilbehörden verwendet werden. In letzterer Beziehung hat das Gesetz die Ausnahme zu bestimmen. — Art. 37. Der Militär-Gerichtsstand des Heeres beschränkt sich auf Strafsachen und wird durch das Gesetz geregelt. Die Bestimmungen über die Militär-Disciplin im Heere bleiben Gegenstand besonderer Verordnungen. — Art. 38. Die bewaffnete Macht darf weder in noch außer dem Dienste beratschlagen oder sich anders als auf Befehl versammeln. Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Beratung militärischer Einrichtungen, Befehle und Anordnungen sind auch dann, wenn dieselbe nicht zusammenberufen ist, untersagt. — Art. 39. Auf das Heer finden die in den Artikeln 5, 6, 29, 30 und 32 enthaltenen Bestimmungen nur in soweit Anwendung, als die militärischen Gesetze und Disciplinar-Vorschriften nicht entgegenstehen. — Art. 40. Die Einrichtung von Lehen ist untersagt.

Titel III. Vom Könige. Art. 43. Die Person des Königs ist unverletzlich. — Art. 44. Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. — Art. 45. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt die zu deren Ausführung nötigen Verordnungen. — Art. 46. Der König führt den Oberbefehl über das Heer. — Art. 47. Der König besetzt alle Stellen im Heere, sowie in den übrigen des Staatsdienstes, sofern nicht das Gesetz ein anderes verordnet. — Art. 48. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, auch andere Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Letztere bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der beiden Kammern, sofern es Handelsverträge sind, oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden. — Art. 49. Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. — Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurteilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen der beiden Kammern ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist. — Der König kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf

Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen. — Art. 50. Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu. Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes. — Art. 51. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder auch nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Fall innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden. — Art. 52. Der König kann die beiden Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden — Art. 53. Die Krone ist, den Königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannesstamme des Königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge. — Art. 54. Der König wird mit Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig. — Er leistet in Gegenwart der vereinigten Kammern das eidliche Gelöbnis, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. — Art. 55. Ohne Einwilligung der Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein. — Art. 56. Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat (Art. 43), welcher der Krone am nächsten steht, die Regentschaft. Er hat sofort die beiden Kammern zu berufen, die in vereinigter Sitzung über die Notwendigkeit der Regentschaft beschließen. — Art. 57. Ist kein volljähriger Agnat vorhanden, und nicht bereits vorher gesetzliche Fürsorge für diesen Fall getroffen, so hat das Staatsministerium die beiden Kammern zu berufen, welche in vereinigter Sitzung einen Regenten erwählen. Bis zum Antritt der Regentschaft von seiten desselben führt das Staatsministerium die Regierung. — Art. 58. Der Regent übt die dem Könige zustehende Gewalt in dessen Namen aus. Derselbe schwört nach Einrichtung der Regentschaft vor den vereinigten Kammern einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. — Bis zu dieser Eidesleistung bleibt in jedem Falle das bestehende gesamte Staatsministerium für alle Regierungshandlungen verantwortlich.

Titel IV. Von den Ministern. Art. 60. Die Minister, sowie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten haben Zutritt zu jeder der beiden Kammern und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. — Jede der beiden Kammern kann die Gegenwart der Minister verlangen. — Die Minister haben in einer oder der andern Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder sind. — Art. 61. Die Minister können durch Beschluß einer der beiden Kammern wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verrats angeklagt

werden. Über solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zweck zusammen.

Titel V. Von den Kammern. Art. 62. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch die beiden Kammern ausgeübt. — Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. — Finanzgesetz-Entwürfe und Staatshaushalts-Etats werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt; letztere werden von der ersten Kammer im ganzen angenommen oder abgelehnt. — Art. 63. Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder der Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, können, insofern die beiden Häuser des Landtags nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den beiden Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen. — Art. 64. Dem Könige, sowie jeder der beiden Kammern, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. — Gesetzesvorschläge, welche durch eine der beiden Kammern oder den König verworfen worden sind, können in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden. — Art. 65. Die erste Kammer wird durch königliche Anordnung gebildet, welche nur durch ein mit Zustimmung beider Kammern zu erlassendes Gesetz abgeändert werden kann. Sie wird zusammengesetzt aus Mitgliedern, welche der König mit erblicher Berechtigung oder auf Lebenszeit beruft. — Die zweite Kammer besteht aus 352 Mitgliedern. — Art. 70. Jeder Preuße, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Befähigung zu den Gemeindewahlen besitzt, ist stimmberechtigter Urwähler. — Auf jede Vollzahl von zweihundert und fünfzig Seelen der Bevölkerung ist ein Wahlmann zu wählen. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt; die Gesamtsumme wird berechnet: a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für sich bildet; b) bezirksweise, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist. — Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritteils der Gesamtsteuer fallen. Die zweite Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Dritteils fallen. Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Dritteil fällt. Jede Abteilung wählt besonders und zwar ein Dritteil der zu wählenden Wahlmänner. Die Abteilungen können in mehrere Wahlverbände eingeteilt werden, deren keiner mehr als fünfhundert Urwähler in sich

schließen darf. Die Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilungen gewählt. — Art. 72. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner gewählt. — Art. 73. Die Legislatur-Periode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt. — Art. 74. Zum Mitglied des Hauses der Abgeordneten ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits drei Jahre dem preußischen Staatsverbande angehört hat. — Art. 75. Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislaturperiode neu gewählt. — Art. 76. Die beiden Häuser des Landtags der Monarchie werden durch den König regelmäßig in dem Zeitraume von dem Anfange des Monats November jeden Jahres bis zur Mitte des folgenden Januar und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen. — Art. 77. Wird eine Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt. — Art. 78. Jede der beiden Kammern prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang und ihre Disciplin durch eine Geschäfts-Ordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihren Vicepräsidenten und Schriftführer. — Beamte bedürfen keines Urlaubes in eine oder die andere der beiden Kammern. Niemand kann Mitglied beider Kammern sein. — Art. 79. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. — Art 81. Jede der beiden Kammern hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten. — Jede der beiden Kammern kann die an dieselbe gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen. — Art. 82. Jede der beiden Kammern hat die Befugnis, behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. — Art. 83. Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volks. Sie stimmen nach ihrer freien Überzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden. — Art. 84. Sie können für ihre Abstimmung im Landtag niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der betreffenden Kammer auf Grund der Geschäftsordnung derselben zur Rechenschaft gezogen werden. — Jedes Strafverfahren gegen ein Kammer-Mitglied und eine jede Untersuchungs- oder Civilhaft wird für die Dauer der Sitzungs-Periode aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt. — Art. 85. Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

Titel VI. Von der richterlichen Gewalt. Art 86. Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner andern Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt. Die Urteile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt. — Art. 87. Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt.

Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen haben, ihres Amtes entsetzt oder zeitweise enthoben werden. Die vorläufige Amtssuspension, welche nicht kraft des Gesetzes eintritt, und die unfreiwillige Versetzung an eine andere Stelle oder in den Ruhestand können nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche in dem Gesetz angegeben sind, und nur auf Grund eines richterlichen Beschlusses erfolgen. — Art. 92. Es soll in Preußen nur ein oberster Gerichtshof bestehen. — Art. 93. Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Öffentlichkeit kann jedoch durch einen öffentlich zu verkündenden Beschluß des Gerichts ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr droht. — Art. 94. Bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene.

Titel VII. Von den nicht zum Richterstande gehörigen Beamten. Art. 98. Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staatsanwalte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.

Titel VIII. Von den Finanzen. Art. 99. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. — Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. — Art. 100. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, soweit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. — Art. 101. In betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuergesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft. — Art. 103. Die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Übernahme von Garantien zu Lasten des Staats. — Art. 104. Zu Etats-Überschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der beiden Kammern erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat werden von der Oberrechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres einschließlich einer Übersicht der Staatsschulden wird, mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer, zur Entlastung der Staatsregierung den beiden Kammern vorgelegt. — Art. 109. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwider laufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.“ —

So war denn jetzt der Staat ein konstitutioneller, und sein Geschick nun auch dem Volke selber unmittelbar anvertraut. 435 Jahre lang hatten ihn

die Hohenzollern, erst mit ständigem Beirat, dann absolutistisch, immer aber wie ihr Eigentum gepflegt und größere Verdienste um ihn als sonst irgend ein Herrschergeschlecht der Welt um den seinigen. Wie stetig und mächtig war er unter ihrer Regierung gewachsen! Er hatte

beim Tode d. Kurfürsten Friedrich I.	auf 423	Q.-M.	188 500	Ew.
„ „ „ Friedrich II.	„ 614	„	293 550	„
„ „ „ Albrecht Achilles .	„ 653	„	308 750	„
„ „ „ Johann Cicero . .	„ 660	„	312 550	„
„ „ „ Joachim I.	„ 692	„	329 350	„
„ „ „ Joachim II.	„ 715	„	342 050	„
„ „ „ Joachim Friedrich .	„ 715	„	355 400	„
„ „ „ Johann Sigismund	„ 1472	„	899 100	„
„ „ „ Friedrich Wilhelm .	„ 2029	„	1 500 000	„
„ „ Königs Friedrich I.	„ 2029	„	1 731 000	„
„ „ „ Friedrich Wilhelm I. .	„ 2145	„	2 486 000	„
„ „ „ Friedrich II.	„ 3524	„	5 659 000	„
„ „ „ Friedrich Wilhelm II. .	„ 5537	„	8 687 000	„
„ „ „ Friedrich Wilhelm III.	„ 5049	„	14 929 000	„
Jetzt unter König Friedrich Wilhelm IV. (1850)	5070	„	16 511 000	„

Wir haben diesen Staat gebaut, durften die Hohenzollern sagen, und wir den eingestürzten 1813 wieder aufgerichtet, erwiderte die Nation. Sie sollten fürder beide ihn beraten, zunächst beide Hand in Hand das Verfassungswerk zu völligem Abschluß bringen. Denn wichtige Teile davon waren noch unfertig: es fehlte namentlich ein Unterrichtsgesetz, ein Gesetz über die Verantwortlichkeit und Belangung der Minister, eine Landgemeindeordnung und ein Gesetz über die Bildung der ersten Kammer. Es fanden sich auch andere Lücken und hie und da Unebenheiten und Widersprüche; wie denn auch die Bezeichnung, die Friedrich Wilhelm IV. dieser Verfassung gab, „ein freies Volk unter einem freien König", im Grunde schon einen gewissen Widerspruch enthielt, weil im Staate zuletzt nur ein Wille entscheiden kann. So war die Theorie unvollkommen, in der Praxis aber bewegte sich das neue parlamentarische System noch ungelenker. Da fehlte viel daran, daß das Alte mit dem Neuen sich harmonisch verbunden, daß man von beiden Seiten, vom Throne und vom Volke, sich der neuen Einrichtung mit vollstem Vertrauen, mit ganz hingebender Liebe, mit wärmster Sympathie zugewandt hätte.

Die demokratische Partei wollte von dieser Verfassung nichts wissen, enthielt sich der Wahlen, machte aber von der Preßfreiheit und dem Versammlungsrecht soviel Gebrauch, als die Regierung ihr nur immer gestattete. Viel war dies nicht; denn schon im Frühjahr 1850, nachdem ein irrsinniger Mensch Namens Sefeloge (am 22. Mai) einen Mordanfall auf den König versucht hatte, wurde die Aufsicht über die Presse strenger, und als Manteuffel dann an die Spitze der Verwaltung trat, sorgte er mit Hilfe der zur Adelspartei haltenden Minister K. v. Bodelschwingh und v. Westphalen dafür, daß jener

breite Stempel des Jahres 1848 nach Möglichkeit ausgelöscht werde. Der König ließ ihn dabei gewähren, weil der hartnäckige passive Widerstand der Demokraten ihn immer mehr in der Ansicht bestärkte, sie würden, wenn sie aufkämen, aus der Volksfreiheit eine gefährliche Waffe gegen die Monarchie schmieden. Übrigens herrschte auf dem ganzen Festlande ein reaktionärer Wind; Österreich hob seine Verfassung ganz auf, Frankreich ward durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 in eine despotische Militärmonarchie umgewandelt, Rußlands Einfluß in der Welt war groß wie nur je und in Berlin jetzt fortwährend im Wachsen. Kaiser Nikolaus gebärdete sich schon nicht mehr bloß wie ein „Vater" der Feudalen und der Kreuzzeitung, sondern des preußischen Staates überhaupt. Redete er doch, als er im Mai 1852 nach Berlin kam, die Offiziere der preußischen Garde als „Kameraden" an, forderte sie auf, wenn es nötig sei, an seiner Seite zu kämpfen, und umarmte in einem Kürassier „die ganze preußische Armee". Zwei Jahre vorher (im Juni 1850) hatte Zar Nikolaus zu einem großen Manöver bei Warschau den Grafen Friedrich Dohna, Kommandierenden des I. (ostpreußischen) Armeecorps, eingeladen, einen ernsten und ehrenfesten Offizier, der 1812 für eine Weile, um gegen Napoleon zu kämpfen, den preußischen mit dem russischen Dienst vertauscht und seitdem am russischen Hofe stets die größte Hochschätzung genossen hatte. Diesem stellte er eines Tages das Ansinnen, er sollte mit seinem Armeecorps auf Berlin marschieren und dort die Herstellung der absoluten Monarchie bewirken; er, der Kaiser, werde dafür vier russische Armeecorps zu seiner Verfügung stellen. Graf Dohna legte ihm darauf kurz die Gründe vor, welche ein solches Unternehmen unmöglich machten; der Kaiser entgegnete: „Ich muß Ihre Gründe anerkennen, aber geben Sie acht, es wird doch dahin kommen müssen." Graf Dohna hielt es für patriotische Pflicht, den König von der unerhörten Aufforderung niemals in Kenntnis zu setzen.*)

Unter diesen Umständen war die Thatsache, daß der König den Wünschen des Auslandes und der Feudalen im Lande zum Trotz an der Verfassung überhaupt festhielt, sehr anerkennenswert. Aber wenn er auch nicht gemeint war, zum Absolutismus zurückzukehren, so hielt er doch Vorsorge für nötig, daß auch unter den neuen Rechtsverhältnissen der Schwerpunkt des Staatswesens in dem Königtum verbleibe. In diesem Sinne baute er nun die Staatsverfassung weiter aus. Gestützt auf die konservative Mehrheit des Landtages erließ er im Mai 1851 und im Juni 1852 Disciplinargesetze, welche verhindern sollten, daß die politische Thätigkeit der Beamten sich in einer der Regierung feindlichen Richtung bewege. Er entzog ferner durch Gesetz vom 3. Mai 1852 die politischen Prozesse den Geschworenen, weil er nach mancher Erfahrung, besonders in Preßprozessen, Geschworenen das zum Urteil über Staatsverbrechen nötige Verständnis und Interesse für das Staatswohl nicht

*) Graf Siegmar Dohna (Sohn des Generals), Die Dohnas, Bd. IV. — Vgl. H. v. Sybel, Die Begründung d. dtsch. Reiches durch Wilhelm I., Lpz. 1889, I. S. 389 ff.

zutraute. Er suchte endlich der Demokratie an die Wurzel zu greifen, indem er (1854) den Kultusminister Karl v. Raumer drei von dem Geheimrat Stiehl ausgearbeitete „Regulative" durchführen ließ, welche die evangelische Volksschule wieder auf den Grund einer streng religiösen Pädagogik legten — „denn", sagte Stahl sehr richtig, „wer die Schule hat, hat die Zukunft."

Schon diesen und ähnlichen Abänderungen oder Ergänzungen des Staatsgrundgesetzes widerstrebte das Häuflein der Altliberalen, welches v. Schwerin, v. Vincke, v. Patow in der zweiten Kammer tapfer gegen die mächtige Phalanx der Konservativen führten; noch weit mehr Unzufriedenheit aber erregte es im liberalen Lager, als am 12. Oktober 1854 eine königliche Verordnung erschien, welche es der aus der Volkswahl hervorgegangenen Vertreterschaft des Landes sehr schwer, ja, wie die Verhältnisse lagen, so gut wie unmöglich machte, auf dem Landtage ihre Absichten, falls dieselben von denen der Krone abwichen, jemals durchzusetzen. Diese Verordnung betraf die Bildung der ersten Kammer, die danach aus allen konservativen und aristokratischen Elementen Preußens zusammengesetzt wurde; sie bestand fortan aus den königlichen Prinzen, aus 49 erblichen Herren (Mediatisierten und anderen vornehmen Grundbesitzern), 17 hohen Kronbeamten, 3 protestantischen Domstifts-Vertretern, 8 von den Grafenverbänden, 11 von vornehmen ansässigen Adelsfamilien, 75 von dem „alten und befestigten" Grundbesitz, 6 von den Universitäten, 28 von den größeren Städten auf Lebenszeit Bestallten und einer Anzahl königlicher Vertrauensmänner, welche die Krone nach Belieben durch einen „Pairsschub" vermehren konnte. Diese Kammer erhielt dann (durch Gesetz vom 30. Mai 1855) den Namen Herrenhaus, während die zweite das Haus der Abgeordneten hieß; beide waren nach der Verfassung einander nebengeordnet und gleichberechtigt und bildeten zusammen den Landtag. Der Gedanke, welcher den König bei der Schöpfung des Herrenhauses leitete, war: der Volksvertretung eine konservative Kraft einzupflanzen, welche der vorwärts treibenden des Abgeordnetenhauses die Wage halten und der Krone eine Stütze sein möchte, denn in Preußen, erklärte er bei jeder Gelegenheit, muß der König regieren und nicht das Parlament. Er wünschte an diesem nur einen Beirat zu haben; dieser Beirat, meinte er nun, werde nur dann für beide Teile recht nützlich sein, wenn sich in der Volksvertretung eine gewisse altüberlieferte Politik bilde, begründet auf die Erfahrung und Einsicht, welche eine lange Beschäftigung mit den Staatsdingen zu ergeben pflegt. Ein solches Ergebnis aber könne weit eher beim Herrenhause, als bei der zweiten Kammer erwartet werden, weil jenes aus erblichen und lebenslänglichen, diese aus immer wechselnden Bestandteilen bestehe. Einen besonderen Vorzug erblickte er noch darin, daß das Herrenhaus doch eine Art von geschichtlich erwachsenem Ständewesen sei, mithin in seinem Verhältnis zu dem andern Hause eine lebendige Vermittlung des Alten mit dem Neuen darstelle. Die Liberalen dagegen wollten den Nutzen des Herrenhauses für den Staat nicht einsehen; sie meinten, die Einrichtung desselben verstärke übermäßig den ohnehin großen Einfluß des ansässigen

Adels. Diesem allein schrieben sie es auch zu, daß die radikale Gemeindeordnung vom 11. März 1850 nicht zur Ausführung kam, und daß die Bevorzugung der Rittergutsbesitzer bestehen blieb; weder die Grundsteuer noch das Stimmenverhältnis auf den acht Provinziallandtagen wurde im liberalen Sinne ausgeglichen; die 12700 Rittergutsbesitzer, die es in Preußen gab, behielten, wo sie dieselbe noch genossen, ihre alte Steuerfreiheit und führten auf den acht Provinziallandtagen 278 Stimmen, während die 990 Städte mit ihren 400000 Hausbesitzern nur 181 Stimmen, und $1^1/_4$ Million bäuerliche Besitzer gar nur 124 Stimmen hatten.

Der Widerstand der freisinnigen Partei in der Kammer war jedoch ohne wesentlichen Erfolg; das Ministerium Manteuffel-Westphalen erlangte immer eine Mehrzahl solcher Wahlen und somit solche Landtagsmehrheiten, die ihm genehm waren. Es konnte daher auf ganz gesetzliche Weise die Verfassung im konservativ-monarchischen Sinne ausgestalten. Aber soviel erreichte die Opposition, daß die öffentliche Meinung der Krone wieder mehr entfremdet wurde; ohnehin erholte sich der Bürgerstand von seinem Schrecken vor den Radikalen; das „rote Gespenst" fing an ihm lächerlich zu werden. Schlimmer war, daß sich bei vielen sonst verständigen Vaterlandsfreunden durch eine natürliche, obwohl ungerechtfertigte Gedankenverbindung der Widerwille gegen die Politik der Konservativen allmählich auf die schwarz-weißen Farben übertrug, welche diese Partei im Gegensatz zu den schwarz-rot-goldenen der Demokratie als Abzeichen führte. Mancher Ungebildete glaubte es doch den Demagogen, daß ein „Schwarzweißer" selbstverständlich ein Reaktionär, ein Reaktionär aber wieder selbstverständlich ein Feind der Volksfreiheit, ein Mucker und was sonst noch Arges sei; die Ehrfurcht, die Liebe zum Preußentum mußte darunter schwer leiden.

Auswärtiges und Verwaltung.

Von den Liberalen gehaßt, hatte Manteuffel, der „Mann von Olmütz", unter den Konservativen nur wenig Freunde. In der Olmützer Abkunft hatte das ganze Volk gleichsam eine Ohrfeige empfunden, die Konservativen fühlten die Demütigung, die der Staat erlitten, nicht minder als die Liberalen.*) Was dann folgte, war der Politik einer Großmacht auch nicht gerade würdig. Zwar ein kleiner Schritt zur Einigung Deutschlands gelang noch; am 7. September 1852 traten Hannover und Oldenburg in den Zollverein, und als Österreich, unterstützt von mehreren deutschen Mittel- und Kleinstaaten, seine Aufnahme in den Zollverein forderte, wodurch Preußens Zwecke durchkreuzt werden sollten, lehnte der König es ab, ließ sich auch durch den zu Bamberg und Darmstadt angedrohten Abfall mehrerer Zollvereinsgenossen nicht einschüchtern, und diese fügten sich. Österreich wurde mit einem bloßen Handelsvertrage (vom 19. Februar 1853) abgefunden, der den preußischen Zollverein nicht beschädigte. In allen großen Fragen aber, die Deutschland und Europa angingen, zeigte sich Preußen seit der Niederlage von Olmütz schwach und

*) H. Wagener, Erlebtes, I. 58, II. 3.



schwankend. Beim Ausbruch des orientalischen Krieges 1854 von den Westmächten, Frankreich und England, auf der einen, von Rußland auf der andern Seite umworben, blieb Friedrich Wilhelm parteilos. Nach der Ansicht Bismarcks hätte der König damals sehr wohl durch eine zweckmäßig aufgestellte starke Truppenmasse (etwa 200000 Mann) eine bedeutsame Rolle spielen können. Aber sich zum „entscheidenden Richter des Krimkrieges" aufzuwerfen, dazu fehlte Friedrich Wilhelm der nötige Geistesschwung.*) Andererseits hielt der König auch eine offene Parteinahme für bedenklich. Denn für Rußland die Waffen zu ergreifen, das verbot ihm die Rücksicht auf das Wohl des eigenen Staates; gegen Rußland aufzutreten, daran hinderten ihn seine Neigung und seine Weltanschauung. Trotz der Demütigungen, die er von seinem Schwager erlitten, war er demselben ergeben, wenn auch mehr aus Furcht als aus Liebe; ihm imponierte der feste, energische Charakter des Zaren, und er verehrte in ihm den Hort der Legitimität. Auch wollte er mit einem Kriege für Türken gegen Christen nichts zu thun haben, wenngleich er die Besetzung der Donaufürstentümer durch die Russen, womit der orientalische Krieg begonnen hatte, mißbilligte. Er schlug daher einen Mittelweg ein: er hielt sich neutral, jedoch so, daß jeder sah, seine Sympathieen seien mit den Russen. Das zeigte z. B. die Abberufung Bunsens von seinem Gesandtschaftsposten und noch mehr, die Entlassung des Kriegsministers von Bonin, die die Folge einer direkten Aufforderung des Petersburger Kabinetts war. Aber obgleich die Russen von der wohlwollenden Neutralität Preußens erheblichen Nutzen hatten, zumal da Österreich gegen den Zaren, der es 1849 gerettet, eine feindselige Haltung einnahm; so unterschätzten sie doch sehr den Dienst, den ihnen Friedrich Wilhelm geleistet. Er machte es somit keiner Seite zu Dank. Preußen spielte denn auch bei dem Friedensschluß (1856 zu Paris) weiter keine Rolle, als daß Manteuffel den Vertrag, der zwischen den siegreichen Westmächten und dem besiegten Rußland zustande gekommen war, mitunterzeichnen durfte.**) So beschränkte sich der Vorteil, den Preußen von jenem Weltereignis hatte, darauf, daß endlich die Russenfurcht, die noch in manchen deutschen Köpfen gespukt, verschwand. Rußland galt nun vielen gar nur für einen „ehernen Koloß auf thönernen Füßen"; das Vertrauen der Reaktionspartei auf diese Stütze wich. Es brach dann fast ganz zusammen, als Nikolaus' Sohn und Nachfolger, Kaiser Alexander II., selbst den Weg freisinniger Reformen beschritt.

Die letzte Verwickelung, in die Friedrich Wilhelms äußere Politik geriet, bildete die Neuschateler Frage. Neuschatel war 1815 als Kanton in die Schweizer Eidgenossenschaft eingetreten, aber die Landeshoheit ein persön-

*) Bismarck in der Rede vom 6. Februar 1888. — Vgl. die Denkwürdigkeiten des Generals O. v. Natzmer, Bd. IV. — Ernst II., Aus meinem Leben, Bd. II. — Rothan, La Prusse et son roi pendant la guerre de Crimée, Paris 1888. — R. Koser, Zur Gesch. der preuß. Politik während des Krimkrieges, Forsch. 1889, II. S. 233. — Fr. Meinecke, Gerlach u. Bismarck, Hist. Ztschr., N. F. 36. Bd., München u. Leipzig 1894.

**) Vgl. die Briefe Ottos v. Manteuffel, Bismarck-Jahrbuch, III. Band, Berlin 1896.

liches Besitztum der preußischen Hohenzollern geblieben; im Jahre 1848 jedoch hatte Neufchatel das fürstliche Landesregiment abgeschüttelt und sich wie die andern Kantone republikanisch eingerichtet, ohne daß Friedrich Wilhelm damals dagegen anders als mit Protesten eingeschritten wäre. Jetzt aber, nach dem orientalischen Kriege, hielt die preußische Regierung die Zeit für günstiger, ihre Rechte auf Neufchatel wieder zur Geltung zu bringen. Eine kleine royalistische Partei daselbst, geführt von zwei Grafen von Pourtales, erhob im September 1856 einen Aufstand und pflanzte das hohenzollersche Banner auf; sie wurde jedoch von den Republikanern leicht bezwungen, und nun war der König genötigt, für sie und sich zu handeln. Er forderte die Schweiz auf, die Gefangenen freizulassen und seine Hoheit über den Kanton anzuerkennen. Er drohte mit Krieg. Da aber nahm Österreich wieder eine feindliche Stellung an, und es fragte sich nun, ob der König für seine persönlichen Interessen den preußischen Staat in einen großen Krieg stürzen solle. Er beschloß, dies nicht zu thun, begnügte sich damit, daß die gefangenen Royalisten freigegeben wurden, und verzichtete (1857) auf Neufchatel. So großmütig dies war, es diente wieder nicht dazu, sein Ansehen in der Welt zu mehren. Man hatte sich nun schon gewöhnt, ihn vor dem Ausland zurückweichen zu sehen, und glaubte nicht an Manteuffels Phrase, welche dies für ein Zeichen selbstbewußter Stärke erklärte. Ließ Preußen sich doch selbst von kleinen Nachbarstaaten Nadelstiche geben, die seine Interessen verletzten; wie denn eine gehörige Verbindung seiner Ost- und Westprovinzen durch zweckmäßige Anlage von Eisenbahnen und Telegraphendrähten nicht stattfinden durfte, weil das dazwischen liegende Hannover die Genehmigung dazu versagte. Dafür hatte Manteuffel freilich andererseits die Freude, daß ringsum in dem preußischen Machtkreise sein reaktionäres Prinzip galt; seine Gesinnungsgenossen herrschten fast in allen nord- und mitteldeutschen Staaten, zumal in Anhalt, Hannover, Mecklenburg. Besonders letzteres Land durfte auch den Weitestgehenden unter den Rückschrittsmännern im Lichte eines Musterstaates erscheinen; waren hier doch auch solche mittelalterliche Einrichtungen wieder hergestellt, die man in Preußen vergebens beantragte, z. B. die Prügelstrafe für die Unterthanen der Rittergutsbesitzer.

Die Unzufriedenheit mit der preußischen Regierung, die im Innern straff, nach außen kraftlos auftrat, ließ viele das Gute übersehen, was der König neben manchem Mangelhaften gestiftet hatte. Man veranschlagte insbesondere das Opfer viel zu gering, welches ihm das Festhalten an dem Verfassungswesen kostete. War auch die politische Freiheit und Wirksamkeit des Volks in Preußen ziemlich beschränkt, so besaß es doch in der Praxis immer noch viel mehr davon als die Bevölkerung eines jeden andern Großstaats, England ausgenommen, und unvergleichlich mehr, als es vor 1848 gehabt, in der Theorie aber einen größeren Einfluß auf den Staat, als selbst diejenigen Liberalen wünschen durften, welchen es in erster Linie darauf ankam, daß Preußen nicht, wie die Demokraten wollten, selbstmörderisch sich für einen deutschen Zukunfts-

staat auflöse, sondern daß es allmählich die andern deutschen Gaue an sich bringe und so von selbst das Preußentum zum Deutschtum verallgemeinere.

Noch schärfer mußten dem Unbefangenen die Verdienste in die Augen springen, welche Friedrich Wilhelm sich um die wissenschaftlichen und künstlerischen Interessen der Nation erwarb. Hier wirkte er ganz ohne Zwang, nur von seinem Schönheitssinn getrieben. Eine glänzende Lichtseite seiner Regierung bildet vornehmlich das, was er für die Kunst that. Er sammelte ihre vorzüglichsten Meister um sich und ehrte sie und sich durch seine Freundschaft. Die Malerei, die in Preußen immer hinter die Bildhauerkunst und Architektur zurücktrat, nahm jetzt hier auch einen hohen Aufschwung; Peter von Cornelius und Wilhelm Kaulbach, vom Auslande herbeigezogen, und unter den Eingeborenen besonders Karl Begas, Karl Lessing, Hildebrandt und der Maler Friedrichs des Großen Adolf Menzel (geboren 1815 zu Breslau) verewigten sich durch manches Meisterwerk; Berlin und Düsseldorf wurden die Sitze berühmter Malerschulen. Die Baukunst hielt sich in der Höhe, auf die sie durch Langhans, den Erbauer des Brandenburger-Thores zu Berlin (1795), dann noch mehr durch Friedrich Schinkel (geboren 1781 zu Neu-Ruppin, gestorben 1841 zu Berlin) war gehoben worden: Stüler war Schinkels würdiger Nachfolger. Er ist der Erbauer des Berliner „Neuen Museums“ (1843), welches zu den Ehrendenkmälern der Fürsorge Friedrich Wilhelms IV. für die Kunst gehört. Auch die Bildnerei, „die in Berlin zuerst den idealen Römermantel abgeworfen und der Natur und Wahrheit Raum gegeben“, brachte damals unsterbliche Werke hervor, die, wie Rauchs Reiterstatue Friedrichs des Großen, selbst Schadows*), des Begründers jener realistischen Richtung, vortreffliche Leistungen (die Siegesgöttin auf dem Brandenburger-Thor, die Statuen Zietens und des alten Dessauers) noch übertrafen; Tieck, Kiß, Drake, Bläser eiferten mit Glück diesen Meistern nach; keine deutsche Stadt hatte nun schon so viele und ergreifende Bildhauerwerke aufzuweisen, als Berlin. Und ein großer Teil davon verdankt der Anregung dieses Königs sein Entstehen. Überall sorgte er auch für die Erhaltung oder Wiederherstellung vorzüglicher historischer Monumente. Ihm am meisten verdankt man den Neubau des Kölner Doms, und auch um die Wiederherstellung des Marienburger Ordensschlosses hat er sich verdient gemacht, wenngleich dieselbe allerdings schon unter seinem Vater begann und zumeist durch Beiträge der Kreise und Städte, sowie vieler Privatleute der Provinz Preußen unter Führung des Oberpräsidenten v. Schön zu stande kam.**) Auch der Musik, zu deren Meistern damals die Berliner Albert Lortzing und Jakob Meyerbeer, sowie der oft in Berlin wirkende Felix Mendelssohn gehörten, wandte der König viel Teilnahme zu. Ebenso der Poesie; neue Blüten trieb sie damals freilich wenige,

*) Gottfried Schadow, geboren 1764 in Berlin, gestorben ebendaselbst 1850. — Christian Rauch, geboren 1777 zu Arolsen, gestorben 1857 zu Dresden.

**) F. Rühl, Briefwechsel des Ministers . . . Theodor von Schön mit G. H. Pertz und J. G. Droysen, Leipzig 1896.



und nicht alle waren so erquicklich, wie die historische Romandichtung des heimatfrohen Willibald Alexis*), des preußischen Walter Scott. Feinen Sinn hatte der König auch für landschaftliche Schönheiten; wie damals der Fürst Hermann Pückler, der Meister der Landschaftsgärtnerei, aus dem sandigen Muskau den herrlichsten Park der Welt geschaffen, so wollte Friedrich Wilhelm die ganze Umgegend von Berlin und Potsdam in einen Garten umwandeln, und mit Hilfe des Gartenbaudirektors Lenné hat er wenigstens zum großen Teil die Aufgabe wirklich gelöst.

Aber wenn er die Grazien liebte, so ehrte er nicht minder die ernsteren Musen. Um berühmte Gelehrte zu erobern oder festzuhalten, überwand er oft genug sein Mißfallen über deren politische und kirchliche Gesinnung, und so war es zum Teil sein Verdienst, daß in Preußen die Wissenschaft so würdig vertreten war wie fast nirgends in der Welt; da lehrten die Gebrüder Jakob und Wilhelm Grimm, Bopp, Pott, die Gründer der vergleichenden Sprachforschung; Lobeck, Böckh, Welker, Ritschl, die Philologen; Lepsius, der Ägyptolog; Ehrenberg, der Entdecker der Infusorienkunde; Dove, der Begründer der Meteorologie; Encke, der Astronom; Ritter, der Vater der neueren Geographie; Helmholtz, der Erfinder des Augenspiegels; als erster Augenarzt der Welt Albrecht v. Graefe; als Erforscher und Darsteller der Vergangenheit die Historiker Droysen, Mommsen, Giesebrecht, Max Duncker, Leo und der größte auf diesem Gebiete Leopold von Ranke**); da wirkte in der ganzen Welt berühmt Alexander v. Humboldt, der Restor der Naturwissenschaften, die verwaist schienen, als er am 6. Mai 1859 zu Berlin starb.

Viel verdankt dem Könige auch die evangelische Kirche, die er von der Gewalt des Staates freier machte. Er ließ sie ihre Angelegenheiten selbst verwalten, gründete als oberste Behörde für sie 1850 den „evangelischen Oberkirchenrat“ und beabsichtigte die Einführung eines Synodalwesens, welches die Gemeinden zu selbständiger Beteiligung an den Kirchensachen berechtigen sollte. Er förderte in jeder Weise das Bemühen der Partei, welche in der Nation selbst auf eine Belebung des christlichen Glaubens drang. Sie wurde von Jahr zu Jahr zahlreicher, wozu freilich teils Rassenhaß gegen die in der Zeitungspresse wie an der Börse zu Macht kommenden Juden, teils der Wunsch, sich bei der Regierung beliebt zu machen, zum Teil aber auch ein inneres Bedürfnis beitrug. Schon 1848 trat in Wittenberg, von Stahl und Bethmann-Hollweg aufgerufen, eine freie Versammlung gläubiger Geistlichen und Laien, der erste sogenannte „Kirchentag“ zusammen und beriet, wie dem kirchlichen Leben wieder aufzuhelfen sei. Als bestes Mittel erkannten die Kirchentage bald die „innere Mission,“ welche der Menschenfreund Wichern im „rauhen

*) Eigentlich des Namens Wilhelm Häring, geboren 1797 zu Breslau, gestorben 1870 zu Arnstadt.

**) Geboren am 20. Dezember 1795 zu Wiehe in Thüringen, gestorben am 23. Mai 1886 zu Berlin.

Hause" bei Hamburg begonnen hatte. Durch Armen- und Krankenpflege, durch Gründung von Rettungshäusern und christlichen Erziehungsanstalten, kurz durch werkthätige Liebe ward nun der religiöse Glaube im Volke befruchtet und bei den Erwachsenen das christliche Element ebenso gestärkt, wie durch die Volksschule bei der Jugend. Den Männern thaten es hierin die Frauen fast zuvor: viele entsagten den Bequemlichkeiten und Genüssen des Lebens, um als evangelische Diakonissen an ihren Mitmenschen Barmherzigkeit zu üben. Friedrich Wilhelms Gemahlin, die Königin Elisabeth (eine geborene Prinzessin von Bayern), selbst ungemein mildthätig und fromm, versäumte nichts, um diese Seite der inneren Mission auszubilden, wie sie denn auch eine Krankenanstalt, Bethanien, in Berlin gründete. Sonst fand doch die Thätigkeit der Kirchlichgesinnten bei den Gebildeten weniger Anklang als sachgemäß war; die Schuld lag nicht bloß an den pietistischen Formen, welche man an der inneren Mission bemerken wollte, sondern vorzüglich daran, daß die gläubige Kirche in Staatssachen unfreisinnig war und die Ansicht bestehen ließ, als sei sie notwendigerweise und von Natur die Feindin der Volksfreiheit, die Bundesgenossin des Absolutismus und der Aristokraten. Allgemeineren Beifall zollte man den Versuchen der Rationalisten, welche in den Gustav-Adolf-Vereinen werkthätige Liebe pflegten, aber zugleich als das Wesen des Protestantismus die freiere Richtung im Denken und Glauben festhielten. Diesen Bestrebungen schloß sich auch Friedrich Wilhelms Freund, der Ritter Bunsen, an, der in seinen „Zeichen der Zeit" der Gemeinde in allen kirchlichen Dingen die Souveränität beilegte und in der „evangelischen Allianz" eine Verbrüderung der Protestanten der ganzen Welt gegen die Katholiken und Katholisierenden herbeizuführen suchte. Sie trat zuerst 1855 in Paris, dann 1857 in Berlin zusammen, ohne doch viel auszurichten.

Seit der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung und noch mehr seit dem Beginn des Verfassungslebens hatte der König sich um die Angelegenheiten des Nährstandes nicht mehr in der Weise zu kümmern und auf sie den Einfluß zu üben wie vordem; sie waren im wesentlichen der eigenen Thätigkeit desselben überlassen. Im ganzen befanden sie sich wohl. Die auswärtige Politik Friedrich Wilhelms IV. hatte wenigstens das Gute, daß sie das Land die Segnungen des Friedens genießen ließ. Diese waren groß und reich. Vermittelst der Dampfkraft, des Maschinenwesens machte die Industrie riesige Fortschritte; auf der Weltausstellung im Krystallpalast zu London 1851 mußte der Engländer, der Franzose die offenbare Thatsache eingestehen, daß der Deutsche aus dem Zollverein ihn bereits in manchen Zweigen des Gewerbes überholt, in vielen andern erreicht hatte, und fünf Jahre später auf der Pariser Ausstellung bestätigte, verstärkte sich diese Wahrnehmung. Namentlich die Erzeugung von Geweben und Eisenwaren waren auf einer hohen Stufe der Vollendung; Elberfeld-Barmen konnte sich das rheinische Manchester, Solingen ein anderes Lüttich nennen; in Essen erhob sich Alfred Krupps Gußstahlfabrik zum ersten Stahlwerk und zur größten Geschützfabrik der Welt. Berlins Fabrikthätigkeit aber

zeichnete sich ebenso sehr durch Vielseitigkeit als durch großartige Energie aus und überflügelte, insbesondere auf dem Gebiet des Maschinenbaues durch August Borsigs gewaltige Leistungen, bereits die ausländische Mitbewerbung. In demselben Verhältnis war der Handel gewachsen, der seinerseits wieder die Industrie förderte.

Beide dankten ihren außerordentlichen Aufschwung großenteils den Eisenbahnen, die in vielverschlungenem Netze den Zollverein umspannen. Die erste Eisenbahn wurde schon unter Friedrich Wilhelm III. eröffnet, nämlich die Berlin-Potsdamer (1838), obwohl der alte König Eisenbahnen nicht liebte; sie erschienen ihm als die Träger einer neuernden, unruhigen Kultur. Er persönlich hat sie fast nie benutzt; es schien ihm unanständig mit seinen Berlinern zusammen nach Potsdam zu fahren. Dann that er es aber doch einmal. Friedrich Wilhelm IV. hingegen würdigte sie besser; er sah es sehr gern, daß, gereizt von dem großen Gewinne, den die Berlin-Potsdamer Bahn ihren Aktionären abwarf (im ersten Jahre schon 6½ Prozent an Zinsen und Dividenden) sich rasch andere Privatgesellschaften zu ähnlichem Zwecke verbanden. 1840 folgte die Eröffnung der Magdeburg-Leipziger, 1841 der Berlin-Anhalter und Düsseldorf-Elberfelder. 1842 wurde die Niederschlesisch-Märkische, 1843 die Berlin-Stettiner, Magdeburg-Halberstädter, Rheinische, Breslau-Freiburg-Schweidnitzer, 1846 die Potsdam-Magdeburger, Oberschlesische, Brieg-Neißer, Niederschlesisch-Glogauer, 1847 die Kosel-Oderberger, 1848 die Stargard-Posener, Bergisch-Märkische, Köln-Mindener, Berlin-Hamburger, 1849 die Magdeburg-Wittenberger eröffnet. Der Staat unterstützte manche dieser Unternehmungen durch Zins-Garantieen; er baute einige Bahnen auch selbst, namentlich die Ostbahn, 62 Meilen zwischen Kreuz und Königsberg (1853 völlig eröffnet). Im Januar 1857 belief sich die Meilenzahl der preußischen Eisenbahnen bereits auf 578. Ebenso eifrig benutzte man die zweite große Erfindung der Neuzeit, die elektro-magnetische Telegraphie, die wie Eisenbahnen und alles, was die räumlichen Entfernungen überwinden hilft, dem langgestreckten und zerrissenen preußischen Staatsgebiete ganz besonders vorteilhaft war. Die Regierung hatte im Anfange der dreißiger Jahre zwischen Berlin und Koblenz optische Telegraphenlinien eingeführt; sie ließ diese sofort fallen, als die bessere Fernschrift entdeckt wurde. Am 1. Januar 1849 durchflog die erste telegraphische Depesche auf dem elektrischen Draht Deutschland, und 1853 hatten die preußischen Telegraphenlinien bereits eine Länge von 1427 Meilen.

Während der Landhandel durch das Eisenbahnwesen ungemein gewann, schritt der Schiffsverkehr nur langsam fort; doch konnte die preußische Handelsflotte sich bereits mit den Handelsflotten mancher europäischen Staaten messen, die eine günstigere geographische Lage hatten; sie stand an Tragfähigkeit — am 1. Januar 1850: 1520 große und kleine Fahrzeuge mit 141 078 Lasten und 9439 Mann*) — nur der englischen, französischen, holländischen, russischen und schwedisch-norwegischen nach, übertraf die spanische, portugiesische, belgische,

*) Vgl. Ungewitter, Preußische Monarchie, S. 514.

österreichische, dänische. Zwei Dinge fehlten ihr besonders, um dem preußischen Handel so viel zu nützen, als bei der Rührigkeit des Kaufmannsstandes möglich war: der Schutz einer Kriegsmarine und für diese ein Nordseehafen. Friedrich Wilhelm IV. machte einen guten Anfang damit, ihr beides zu verschaffen. Den Anstoß gaben die empfindlichen Verluste, welche die dänische Blockade dem Handel 1848 bis 1850 zugefügt. Die Notwendigkeit einer Kriegsflotte war nun jedermann klar gemacht. Der König ließ daher in Danzig, Stettin und Stralsund Marineanlagen, in Berlin eine Seekadettenschule errichten, kaufte die besten Schiffe der deutschen Flotte an und brachte seine Marine bis auf 57 Fahrzeuge mit 292 Kanonen; den Befehl als Admiral übernahm sein Vetter, Prinz Adalbert, der für die Flottensache immer ein sehr warmes Interesse gehabt hatte und sich auch in der Folge um dieselbe verdient machte.*) Zugleich erwarb der König (durch Staatsvertrag vom 20. Juli 1853) das Hafengebiet am Jadebusen, $^1/_{12}$ Quadratmeile bei Heppens an der westlichen Seite des Jadeflusses, wofür er an Oldenburg $^1/_2$ Million Thaler zahlte, auch dessen Küste und Schiffahrt zu schützen sich verpflichtete und ließ hier (1855) mit dem ebenso schwierigen und mühsamen wie großartigen Bau des Kriegshafens beginnen, der dann unter seinem Nachfolger beendet und 1869 unter dem Namen Wilhelmshafen eröffnet worden ist.

Der mächtigen Thätigkeit, die sich im Gewerbe und Handel regte, entsprach der Aufschwung der Landwirtschaft. Wie Beuth und seine Schule um die vaterländische Gewerbthätigkeit, so machte sich die Schule Thaers, der 1830 gestorben war, um den Ackerbau hochverdient. Der Bauer, seit einem Menschenalter ein Staatsbürger geworden und besser unterrichtet als vordem, zeigte sich nun überall, wo es seinen Vorteil betraf, gelehrig und vorurteilslos; er pflanzte Lupinen an, verkaufte Landstücke, die er mit Nutzen nicht selber bebauen konnte, löste die Grundlasten seines Besitztums ab, verwertete, was er in der Schule von Anregungen erhalten, ahmte nach, was er bei den rationell arbeitenden Rittergutsbesitzern sah. Es bewährte sich: von den 109 232 600 Magdeburger Morgen, die den Gesamtflächenraum des preußischen Staats ausmachten, waren im Jahre 1849 noch 25 870 626 Morgen, drei Jahre später aber nur noch 21 475 578 Morgen unbebaut, so daß binnen drei Jahren nicht weniger als 204 Quadratmeilen urbar gemacht und kultiviert wurden — ein glänzendes Zeugnis von dem ausdauernden Fleiße, womit der preußische Bauer dem Boden abzuringen weiß, was ihm die Natur versagen möchte. Gleichen Schritt damit hielt die Vermehrung der kleinen Eigentümer und die Verminderung des Gesindes, welches im Jahre 1848 noch 1 306 914, drei Jahre darauf nur 1 281 980 Personen zählte, obgleich die Bevölkerung des Staats um $3^1/_8$ Prozent zugenommen hatte. Nur zum kleineren Teile rührte dieser Unterschied davon her, daß die Fabriken immer mehr Arbeitskräfte an sich zogen, zum größten daher, daß mehr kleine Besitzungen entstanden.

Es wuchs denn auch der Nationalwohlstand außerordentlich; freilich nur

*) Batsch, Admiral Prinz Adalbert von Preußen, Berlin 1890.



im Vergleich zu früheren Zeiten. Denn immer noch blieb er weit hinter dem altbegründeten Reichtum mancher von der Natur begünstigteren Länder, zumal Frankreichs oder gar Englands, zurück, und die Statistik wies die erschreckliche Thatsache nach, daß im Jahre 1850 nur erst vier Prozent des preußischen Volkes reich oder wohlhabend, 96 Prozent unbemittelt oder arm waren, d. h. 96 Prozent der Urwähler weniger als 400 Thaler jährlich hatten, und zwar 89 Prozent, die unter 260 Thaler und 72 Prozent, die unter 100 Thaler einnahmen. Es gab damals 2½ Millionen Familienoberhäupter mit einem geringeren Jahreseinkommen als 130 Thaler. Und wenn man die Zahl der Besitzenden und der Besitzlosen verglich, so fand man (im Jahre 1855) unter der landbautreibenden Bevölkerung (fast 52 Prozent der gesamten Einwohnerschaft) 902 801 Besitzer und 1 863 909 Besitzlose; unter denen, die ein städtisches Gewerbe trieben, 991 839 Besitzende und 1 016 569 (einschließlich 344 829 fabrikarbeitende) Besitzlose. Das war das sehr wirkliche an dem roten Gespenst, womit die Wühler drohten. Die Gefahr schien aber darum besonders groß, weil seit 1848 die unteren Klassen ein Bewußtsein von ihrer Bedeutung im Staate, von der ungleichen Verteilung der Rechte und Güter, Pflichten und Lasten hatten. Am stärksten war dies Gefühl der Unbill in dem großstädtischen Proletariat, welches den Luxus der günstiggestellten Minderheit dicht vor Augen hatte und nach Art der Städter über sich und die Welt häufiger nachdachte, als es der Bauernknecht zu thun pflegt. Auch wandte jetzt der gemeine Mann den politischen Dingen viel Aufmerksamkeit zu; denn von ihrer Entwickelung erwartete er eine Abhilfe für seine Leiden. Wer hatte vor 1848 eine Zeitung gelesen? Kaum der wohlhabende Bürger, geschweige der Bauer oder gar der Arbeiter. Jetzt fehlte wenigstens in den größeren Städten und Dörfern schwerlich in irgend einer Schenke die Zeitung und ein Leserkreis. Mit unerhörter Schnelligkeit trieb die Tagespresse politische Anschauungen und Wünsche bis in die untersten Schichten des Volks. Die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, der Kammerverhandlungen, sowie die Geschworenengerichte trugen ebenfalls dazu bei, die Teilnahme des Volkes am Staate zu beleben und es über seine wichtigsten Angelegenheiten aufzuklären. Die Eisenbahnen endlich förderten mit Windesschnelle nicht bloß die Waren und Personen von Ort zu Ort, sondern auch die politischen Ideen und Stimmungen aus den großen Städten, wo sie anzuheben pflegen, in die kleinen und auf das Land. Es drang der Luxus in immer weitere Kreise, es schafften sich auch kleine Städte manche Bequemlichkeit der größeren an, z. B. Gasbeleuchtung und Trottoir; es mehrte sich mit dem Wohlstand die Bildung, ungeheure Summen wurden von den Stadtgemeinden für Verbesserung des Schulwesens verausgabt. Aber während durch alles dieses die Gegensätze von Stadt und Land, Hauptstadt und Provinz sich milderten und die Zahl der Gebildeten und Halbgebildeten immer größer wurde, wich aus den Massen die beharrende Kraft mehr und mehr; sie folgten der Zeitströmung, welche wesentlich eine neuernde war und zunächst auf die Politik ging.

Zugleich steigerten sich die Ansprüche; in dem Maße als die Genußsucht der Wohlhabenden Nahrung fand, suchten die Unbemittelten es jenen gleich zu thun. Der Arbeiter verlangte schon nicht mehr bloß, mit den Seinigen das Leben zu fristen, er wollte auch die Annehmlichkeiten der Welt teilen, und er hörte mit Neid, wie seine Genossen in Frankreich von dem neuen Napoleon geachtet und gefördert würden, wie der Kaiser ihnen billiges Brot und stets lohnende Arbeit verschaffe; in England hinwieder, da dürfe der Arbeiter durch einen „Streik" sich bessere Bedingungen erzwingen und werde doch auch so schon sehr gut bezahlt. So wuchs die Unzufriedenheit, je mehr sich der Gesichtskreis des gemeinen Mannes erweiterte. Die Regierung wirkte solcher Unzufriedenheit nur mittelbar entgegen; sie meinte, auch dieser Schaden werde am sichersten durch die christliche Volksschule geheilt und seine Gefährlichkeit durch ein konservatives Regiment vermindert. Einige Abhilfe erwartete sie auch von der Auswanderung der Mißvergnügten. Indessen es waren gerade die wohlhabenderen, welche am häufigsten fortzogen; die 130 000 Menschen, welche der Staat in der Zeit vom 1. Oktober 1844 bis zum 31. Dezember 1855 durch Mehrauswanderung verlor, nahmen doch ein Barvermögen von wohl zehn Millionen Thalern mit. Im Anfange seiner Regierung hatte der König einmal den Gedanken erwogen, Kalifornien zu kaufen und die Auswanderung planmäßig zu betreiben; Kalifornien, wo wenige Jahre darauf (1848) das Gold entdeckt wurde, welches dann Hunderttausende herbeizog und neben dem Bergbau den Ackerbau der neuen Kolonie in staunenswerten Schwung brachte. Die mexikanische Regierung hatte 1842 jenes damals zu Mexiko gehörige Land für 60 Millionen Dollars an Preußen zu verkaufen sich erboten, und der preußische Gesandte in Washington, v. Rönne, den Vorschlag lebhaft befürwortet. Der Plan wurde in Berlin einige Jahre lang ab und zu erörtert, scheiterte aber an dem Widerspruche A. v. Humboldts, der ihn für phantastisch hielt.*) Diesen Gedanken ließ der König also fallen; er suchte dem Anwachsen des Proletariats durch gewöhnlichere Mittel zu steuern. Als ein besonders zweckmäßiges erschien ihm der Zunftzwang, den er daher (durch die Gewerbeordnung vom Jahre 1849) wieder einführte. Aber die gewünschte Wirkung blieb aus, und eine volkswirtschaftliche Schule, deren Haupt ein ehemaliges Mitglied der Partei v. Unruh, der Kreisrichter a. D. Schulze-Delitzsch war, lehrte unter großem Beifall vielmehr: die Arbeiterfrage könne nur so gelöst werden, daß der Staat Gewerbefreiheit und Freizügigkeit gebe, und der Arbeiter sich zu seiner physischen Kraft durch allgemeine Bildung geistiges Vermögen, durch Konsum-, Vorschuß-, Spar-Vereine und Volksbanken materielles Kapital verschaffe. Von der Regierung, von der Gesellschaft dürfe und müsse der Arbeiter nur verlangen, daß man ihn sich selbst bestimmen lasse, ihn nicht bevormunde; dies sei übrigens keine neue Theorie, sondern ein Grundsatz, der schon in der Steinschen Gesetzgebung liege, aber freilich noch immer der Ausführung harre.

*) Bunsen a. a. O. II. 245.

Der rege Eifer und ausdauernde Fleiß, mit dem Schulze-Delitzsch die Arbeiter anleitete, durch solches Zusammentreten sich selbst zu helfen, machte ihn bei einem großen Teil des niederen Volks beliebt und einflußreich, und es war natürlich, daß der Arbeiter, der kleine Handwerker wieder mehr als je seine Neigung der demokratischen Partei zuwandte, zu der jener Freund der Arbeiter gehörte. Der reiche Bürgerstand andrerseits söhnte sich nun mit der Demokratie aus, die ja das Kunststück kennen wollte, die Ansprüche der Besitzlosen zu erfüllen, ohne die Rechte der Besitzenden zu verletzen. Auf diese Weise bildete sich allmählich eine große Oppositionspartei von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Altliberalen und Demokraten, die, sobald sie in Masse auf dem Landtag vertreten war, der Regierung viel konnte zu schaffen machen. So lange freilich die Konservativen von der Regierung als die einzigen Freunde des Königs angesehen und behandelt wurden, schwankte die große Zahl der monarchisch-gesinnten Liberalen noch; sie erklärten aber ohne Zweifel der Partei, die das Alte verfocht, den Krieg, sobald diese am Throne ihr Ansehen verlor.

Im Laufe des Jahres 1857 trat nun ein Ereignis ein, welches jedermann ahnen ließ, daß die Tage des Ministeriums Manteuffel gezählt seien. Der König erkrankte; sein von Natur sehr reizbarer Geist war durch die Aufregung der letzten neun Jahre hart angegriffen worden; er verfiel in ein Gehirnleiden. Vielleicht hatte die Krankheit im verborgenen bereits längst begonnen; sie wird dann an mancher Schwäche und Verkehrtheit in seinen Meinungen und Handlungen ihren Anteil gehabt haben. Jetzt wirkte sie auf seinen Verstand und Willen in einem Grade ein, daß er sich von den Geschäften der Regierung zurückziehen mußte; am 23. Oktober 1857 ernannte er den Prinzen von Preußen auf drei Monate zu seinem Stellvertreter. Als solcher hatte der Prinz nach den ihm bekannten Absichten seines Bruders zu verfahren und änderte daher in dem bisherigen Gange der Regierung nichts. Die Stellvertretung wurde dann noch bis zum Herbst 1858 verlängert, und der kranke König nach Tegernsee, von welchem Aufenthaltsorte man Heilung für ihn erhoffte, gebracht. Aber er kehrte von dort ohne Besserung seines Zustandes heim, und es ließ sich jetzt nicht mehr bezweifeln, daß seine Geistesstörung unheilbar war. Es gelangte daher (den 7. Oktober 1858) an den Prinzen von Preußen eine vom Könige und von dem Staatsministerium unterzeichnete Urkunde, die ihn auf Grund des Artikels 56 der Verfassung aufforderte, die Regentschaft, also die selbständige Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Demselben Artikel gemäß berief zwei Tage darauf der Regent den Landtag. Am 20. Oktober trat dieser zusammen und beschloß (am 25sten) einstimmig, daß die Regentschaft für notwendig zu erachten sei. Tags darauf leistete der Prinz vor den vereinigten beiden Häusern des Landtags den Eid auf die Verfassung:

„Ich Wilhelm, Prinz von Preußen, schwöre hiemit, als Regent, vor Gott dem Allwissenden, daß Ich die Verfassung des König-

reichs fest und unverbrüchlich halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren will, so wahr Mir Gott helfe."

Die Regentschaft.

Wer sich erinnerte, wie unbeliebt einst der Prinz von Preußen gewesen, wie man am 19. März 1848 sein Palais in Berlin vor der Zerstörung durch die radikalen Pöbelführer nur hatte retten können, indem man „Nationaleigentum" darauf schrieb, mit welcher Freude dann die ganze demokratische Partei die Nachricht von seiner Abreise nach England „in die Verbannung" begrüßt hatte, und wie viel Verdruß es allen Konstitutionellen gemacht, daß er nach seiner Rückkehr im Mai 1848, vom Kreise Wirsitz in Posen zum Abgeordneten gewählt, nur einmal (8. Juni) in der Volksvertretung Platz nahm und sein Mandat niederlegte, nachdem er der Versammlung ihre Pflichten eingeschärft — wer alles dies sich ins Gedächtnis zurückrief, mußte überrascht sein von der Befriedigung, mit der die gesamte liberale Partei nun denselben Prinzen die Regentschaft antreten sah. Aber der Prinz hatte seitdem durch mancherlei Umstände wieder Volksgunst gewonnen: durch seine Stellung als Protektor der Freimaurer, durch sein entschiedenes Auftreten gegen die russenfreundlichen Bestrebungen gewisser Kreise und durch die bürgerfreundliche Gesinnung, die seine Gemahlin Augusta, geborene Prinzeß von Weimar, öfters an den Tag legte. Die Liberalen erfreute dann besonders noch die Heirat, die sein Sohn Prinz Friedrich Wilhelm mit der englischen Prinzessin Viktoria, der Tochter der Königin Viktoria und des Prinzen Albert von Koburg, einging; denn der preußische Hof trat dadurch mit zwei Fürstenhäusern in verwandtschaftliche Verbindung, die sich jetzt durch politischen Freisinn auszeichneten. Der herzliche Empfang, der dem neuvermählten Paare bei seinem Einzug in Berlin (am 8. Februar 1858) von der hier vorherrschend liberal gesinnten Bevölkerung zu teil ward, galt nicht am wenigsten dieser Hoffnung. Aber auch der alte Prinz selber erschien jetzt in einem andern Lichte; man wußte, daß er ein Gegner des Ministeriums Manteuffel war, und die Volkspartei schob ihm gern die nämlichen Beweggründe unter, aus denen sie selbst Manteuffel haßte. In der That freilich mißfiel dem Prinzen an dessen Verwaltung nicht der konservative Sinn, sondern die Verfahrungsweise — und im grundsätzlichen Widerspruch stand seine eigene Meinung nur gegen dessen auswärtige Politik. Mit Leib und Seele Soldat und für Preußens Ehre wie für die Ehre der Armee so empfindlich, als nur ein rechter Altpreuße sein konnte, mußte der Prinz einem Ministerium gram sein, welches die Schande von Warschau und Olmütz, Kurhessen und Schleswig-Holstein hatte über Preußen bringen helfen. Zwar konnte sich Manteuffel hierfür mit der Notwendigkeit entschuldigen, mit der zwingenden Rücksicht auf die Mängel der Armee im Jahre 1850; aber diese Mängel abzustellen, dieses Grundübel zu heilen, dafür hatte das Ministerium Manteuffel während der acht Jahre seines Bestehens so

gut wie nichts gethan. Daher entließ es der Prinz, sobald er der Herr war, und berief (am 5. November 1858) ein neues, dessen Vorsitz der General Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen übernahm. Es bestand aus Altliberalen — von Bonin, von der Heydt, Simons, von Schleinitz, Graf Pückler, von Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin.

Die Herrschaft der „Ultrakonservativen" war also zu Ende, eine „neue Ära" begann. Es regten sich die übertriebensten Erwartungen: die Liberalen sahen im Geiste schon ein parlamentarisches Regiment und legten nun dahin die Worte aus, die der Prinz einst, an jenem 8. Juni 1848 in der Nationalversammlung, gesprochen: „die konstitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, welche unser König zu geben uns vorgezeichnet hat. Ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem ihm offen liegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist." Der Regent suchte jenen Mißverständnissen dadurch zu begegnen, daß er in seiner ersten Ansprache an das neue Ministerium seine Absichten klar und offen ausdrückte: „Von einem Bruche mit der Vergangenheit solle nun und nimmermehr die Rede sein; es solle nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeige ... Versprochenes müsse man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen; nicht Versprochenes müsse man nötigenfalls mutig verhindern ... Die Verbesserungen, z. B. der Gemeindeordnung, müßten ohne Überstürzung erfolgen, die Regierung sich überhaupt von allen Extremen fern halten. In den geistlichen Angelegenheiten müsse die Union der Evangelischen aufrecht gehalten, der katholischen Kirche ihr verfassungsmäßiges Recht gewahrt, aber jeder Übergriff über dieses hinaus verwehrt werden; vor allem sei vor religiöser Heuchelei zu warnen, die wahre Religiosität zeige sich im ganzen Verhalten des Menschen ... Die Armee, die Preußens Größe geschaffen, sei zu den Befreiungskriegen zeitgemäß verbessert worden; aber eine vierzigjährige Erfahrung habe jetzt erwiesen, daß manches an ihr geändert werden müsse. Dazu seien ruhige politische Zustände und hauptsächlich Geld erforderlich, und es würde ein schwer sich bestrafender politischer Fehler sein, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die im entscheidenden Augenblick den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer müsse mächtig und angesehen sein, um, wenn es gelte, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale werfen zu können. Was die Stellung nach außen anlange, so müsse Preußen mit allen Großmächten in freundschaftlichem Vernehmen stehen, aber ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Verträge zu binden. In Deutschland müsse Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverein es sei, der jedoch einer Reform bedürfe ... Die Welt müsse wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit sei.

Ein festes, konsequentes und, wenn nötig, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, müsse Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein zu erreichen nicht im stande sei.

Dieses Programm stimmte nun zwar die Hoffnungen der Parlamentarischen sehr herab; aber da es im Innern eine gemäßigte liberale, nach außen eine thatkräftige nationale Politik ankündigte, so ward es von der großen Mehrheit des Volkes mit viel Beifall aufgenommen. Und daß es werde durchgeführt werden, dafür bürgte das ganze Wesen des Prinzen. Denn mit der maßvollen Besonnenheit des Alters — er stand jetzt in seinem zweiundsechzigsten Lebensjahre — verband er die entschiedene, feste und kraftvolle Art, die dem Kriegsmann eigen ist, sowie jene Eigenschaften, die ihm auch das abgünstigste Urteil zugestand, nämlich Offenheit, Geradheit und Biederkeit. Das Vertrauen zu der „neuen Ära" war so groß, daß die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause (im November 1858) unter starker Beteiligung des Volkes ganz und gar ministeriell ausfielen: die gesamte liberale Partei, diesmal auch die Demokraten, welche mittlerweile die Unfruchtbarkeit ihres passiven Widerstandes erkannt hatten, wählte wie ein Mann die Gesinnungsgenossen des Grafen Schwerin, also Männer der Mitte, „Gothaer", Altliberale. Die Demokratie hatte, um die gute Stimmung zwischen dem neuen Regenten und dem Volke nicht zu stören, keine eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern hatte sich bei der Wahl den Gemäßigten angeschlossen. Es zog denn auch in der That bald ein liberaler Geist in die Verwaltung ein; Presse, Vereine durften sich freier bewegen; auch der Ausbau der Verfassung schritt in zeitgemäßem Sinne vor.

Den meisten Dank jedoch verdiente sich der Regent durch sein Verhalten in den Welthändeln. Nachdem Louis Napoleon im Dezember 1851 auf den Trümmern der französischen Republik sich einen Kaiserthron errichtet, brauchte er Ruhm, um diesen Thron daheim beliebt, im Auslande angesehen zu machen, aus diesem Bedürfnis vorzüglich entsprang der Krimkrieg. Aber schon damals kam es ihm zugleich darauf an, sein Kaiserreich auf festere Stützen zu gründen, als es die Volksgunst und das Interesse einer thatenlustigen Soldateska sind. Er suchte den Bund mit der öffentlichen Meinung, mit den Ideen der Zeit, den Sympathieen der Völker. Darum spielte er gegen Rußland die Rolle eines Verfechters der Civilisation, der als Erwählter des Volkes in dem Haupte der heiligen Allianz die Reaktion zu bekämpfen schien. Darum hielt er den Grundsatz des öffentlichen Rechts, der in Frankreich galt, daß die Völker befugt sind, sich selbst ihre Regierung zu geben, drohend dem Auslande entgegen, und zwar, da es dem Manne des Staatsstreichs nicht zukam, draußen politische Freiheit zu predigen, so warf er sich zum Anwalt der nationalen Freiheit auf; alle unterdrückten Nationalitäten der Welt sollten in Paris den Stern ihrer Hoffnung sehen. Nun lag dicht an seiner Thür im Südosten ein großes Volk, von einem fremden geknebelt, ein Land, seit Jahrhunderten der Zankapfel zwischen Frankreich und Österreich, eine Nation, aus welcher der Stifter seiner

Dynastie entstammt war, Italien lag unterdrückt da. Am Neujahrstage 1859, indem er zu dem österreichischen Botschafter die bedeutungsvollen Worte sprach: „Ich bedaure, daß die Beziehungen meiner Regierung zu der Ihrigen nicht mehr so gute sind wie früher," kündigte er es der Welt an: Italiens Schmerzensschrei dringe zu seinen Ohren; es war der Wink für den König von Sardinien, daß der Handel geschlossen und der Preis zu erheben sei. Österreich begriff es und begann kühn den Krieg.

Allein schon die ersten Zusammenstöße im Mai 1859 am oberen Po zeigten, der österreichische Soldat war ebenso tapfer als der französische oder als der piemontesische, aber er wurde schlechter geführt. Österreich war seinen Gegnern nicht gewachsen. Um so dringender wünschte es fremden Beistand, und da England der italienischen Sache hold, Rußland über Österreichs Undankbarkeit erbittert war, so konnte nur bei Preußen Hilfe gesucht werden. Kaiser Franz Josef schien indes eine solche als Pflicht zu erwarten; uneingedenk der schweren Nachteile, die er Preußen zu Olmütz hatte beibringen lassen, reizte er es vielmehr zu neuer Erbitterung, indem er so that, als verstehe es sich von selbst, daß Preußen und Deutschland Gut und Blut ohne weiteres für das Haus Lothringen einsetzen müsse, wie es vor Menschenaltern für das Haus Habsburg gethan. So sah aber der Prinz-Regent die Sache mit nichten an. Er unterschied sehr richtig zwischen deutschen und rein österreichischen Interessen, war die ersteren um ihrer selbst willen, die letzteren nur, wenn es Preußen nütze, zu verteidigen bereit. Italien dem Hause Lothringen zu erhalten, dafür durfte man seinem Staate nur unter der Bedingung Opfer zumuten, wenn man ihm irgend einen würdigen Preis zu bieten vermochte. Die Redensart, Deutschland müsse den Rhein am Po verteidigen, irrte ihn ebensowenig wie die Prophezeiung, nach Rußland und Österreich werde die Reihe an Preußen kommen; er war nicht geneigt, gewissermaßen wie ein Vasall in einen fremden Krieg zu ziehen, um möglicherweise einen eigenen zu vermeiden. Andrerseits war Frankreichs Übermacht allerdings für Deutschland eine Gefahr. Als daher die Nachricht von der Niederlage, welche die Österreicher am 4. Juni bei Magenta erlitten hatten, in Berlin eintraf, entschloß sich der Prinz, den Kampf aufzunehmen. Am 14. Juni ließ er zwei Drittel des preußischen Heeres mobil machen, erklärte am 24sten, als bewaffneter Vermittler zur Erhaltung des österreichischen Besitzstandes dazwischen treten zu wollen, und da die Österreicher an demselben Tage in Italien eine zweite Schlacht (bei Solferino) verloren, so beschleunigte er seine Rüstungen und beantragte am 4. Juli beim deutschen Bunde die Mobilisierung der deutschen Armeecorps, bereitete auch die Mobilmachung des letzten Drittels seines eigenen Heeres vor. Natürlich verlangte er, daß die Oberleitung des Krieges in Deutschland, den ja hauptsächlich Preußen hätte ausfechten müssen, ihm, dem preußischen Regenten, überlassen werde, und stellte in diesem Sinne beim Bundestag seine Anträge.

Aber Preußen zu der ihm gebührenden Geltung in den deutschen Dingen

gelangen zu lassen, das schien der österreichischen Regierung schlimmer als die Scharten von Magenta und Solferino, schlimmer als der Verlust einer schönen Provinz. Sie arbeitete daher den preußischen Anträgen in betreff der Kriegsverfassung und der Feldherrnschaft entgegen, und da sie sah, der Prinz blieb fest und konnte weder durch die Noten der Wiener Diplomatie noch durch den Lärm der süddeutschen Presse zu einer unpreußischen Politik bestimmt werden, so zog sie es vor, sich lieber mit ihrem Besieger, mit Napoleon, abzufinden. Während Preußen seine und Deutschlands Kräfte in Bewegung setzte, um gegen die Franzosen loszubrechen, kam plötzlich zum Staunen der Welt die Nachricht: Kaiser Franz Josef hat die Waffen niedergelegt und (zu Villafranca am 12. Juli) den Frieden mit dem Verlust der Lombardei erkauft. Auch die Erklärung, die Österreich dann abgab, es habe jenen Frieden annehmen müssen, weil es von Preußen im Stiche gelassen worden, war zum Erstaunen; gestand doch Napoleon ganz offen, daß ihn die Furcht vor Preußens drohenden Rüstungen bewogen habe, den Frieden anzubieten. Der preußischen Regierung fiel die Antwort auf Österreichs Anklage nicht schwer; sie veröffentlichte die Akten, aus welchen dann der wahre Sachverhalt hervorging. Der Friede von Villafranca ersparte übrigens den Österreichern keineswegs weitere Verluste; denn von Piemont und England unter der Hand gefördert, verbreitete sich die italienische Revolution von Modena und Parma nach Toskana und dem Kirchenstaat, von Sicilien nach Neapel. Die österreichischen Dynastieen im Norden, die bourbonische im Süden der Halbinsel wurden verjagt; unter Garibaldis Führung errang die Nationalpartei Sieg auf Sieg, und Victor Emanuel war durch Volksabstimmung König von Italien, jetzt ein um so gefährlicherer Nachbar für den kleinen Teil der Halbinsel, der noch österreichisch blieb.

Dem französischen Kaiser war diese Entwickelung der Dinge nicht ganz genehm, doch hatte er für sich viel erreicht; an Stelle des österreichischen Einflusses in Italien stand nun der seinige, und für die Lombardei hatte ihm Piemont die Grenzlande Savoyen und Nizza mit ihren Alpenpässen abgetreten. Zugleich war in die verhaßten Wiener Verträge von 1815 ein Loch gemacht und in dem zweitgrößten romanischen Lande die Volkssouveränität statt der alten Legitimität Prinzip des Staats geworden. Alles dies war im Namen der Nationalitätsidee geschehen. Nun sehnte sich auch die deutsche Nation seit Jahren nach Einheit, und Preußen schien hier eine ähnliche Rolle spielen zu müssen, wie Piemont in Italien. Schon vor Jahren hatte Napoleon III. darauf hingewiesen, daß er Preußen hierbei vorzügliche Dienste thun könnte, und daß er so gar viel Lohn dafür nicht beanspruchen würde. Man hatte sein Anerbieten in Berlin damals abgelehnt; vielleicht war Friedrich Wilhelms Nachfolger anderen Sinnes. Darum hatte er ja auch im Herbst 1858 den Gedanken ausgesprochen, Holstein solle als ein pays ingouvernable mit Preußen vereinigt werden.*) Er selbst wünschte so sehnlich als je die Freundschaft

---

*) Th. v. Bernhardi, Tagebuchblätter, Leipzig 1894, Teil III, S. 81.



Preußens. Konnte sie doch so nützlich sein! Sie konnte die Dauer der napoleonischen Dynastie gegen das Ausland sicher stellen; sie konnte Frankreich vergrößern helfen. Diese Erwägungen waren es, die den französischen Kaiser bestimmten, als er 1860 von neuem und diesmal ganz offen das Bestreben zeigte, sich Preußen zu nähern.

Preußen und Frankreich mit einander verbündet — es gab nichts, was die große Masse der Politiker in Deutschland so sehr hätte erschrecken können wie dieser Gedanke; denn man nahm für gewiß an, daß Deutschland einen solchen Bund mit einem Rheinlande würde bezahlen müssen, und wenigstens außerhalb Preußens hatte man sich längst gewöhnt, dessen deutschen Beruf so zu verstehen, daß es ohne eigenen Nutzen seine Kräfte dem Dienste des Ganzen zu leihen habe. So sahen es vornehmlich die Fürsten an. Von jeher hatten die Hohenzollern, wo sie an Deutschland uneigennützig gehandelt, bei jenen Undank geerntet: der Große Kurfürst 1679, Friedrich Wilhelm I. 1735, Friedrich Wilhelm III. 1815 und neuerdings Friedrich Wilhelm IV., der in der Pfalz, in Baden, in Sachsen ihnen so große Dienste geleistet, sie in der deutschen Frage mit so unerhörter Zartheit behandelt, waren dafür die Beweise. Aber auch die Stimmführer der Volkspartei schauderten vor der Möglichkeit, daß Preußen mit Hilfe Frankreichs sich in Deutschland vergrößern möchte, als vor einer Ketzerei, einer Sünde unnatürlicher Art zurück. Sie erkannten an, daß ein Beistand für jenen Staat zu wünschen sei; aber wenn man sie fragte, wo Preußen den natürlichen Verbündeten suchen solle, so war die Antwort: nicht in Rußland, welches der Freiheit, nicht in Österreich, welches der Nationalitäten Feind ist, auch nicht in England, denn dieses gönnt uns nicht eine deutsche Flotte, sondern im deutschen Volke. Das hieß also: Preußens rechte Stütze wäre die Bevölkerung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, eine wundersame Behauptung für jeden, der von den wahren Machtverhältnissen Europas, von der Passivität deutscher Bevölkerungen und von der tiefgewurzelten Abneigung der meisten Süd- und mancher Norddeutschen gegen Preußen einige Kenntnis hatte. Überdies war die Vorbedingung, welche jene Politiker für den Beistand des „deutschen Volkes“ stellten, daß Preußen als solches sich aufgebe und ohne besondere Vorrechte mit den andern deutschen Bevölkerungen oder, wie man unzutreffend sagte, mit den andern deutschen „Stämmen“ zu einem neuen Staate verschmelze. Wie das praktisch zu machen sei, blieb ebenso dunkel, als warum Preußen einen Selbstmord begehen solle, so lange es noch fähig und würdig sei zu leben. Im Grunde dachte übrigens die Masse der Bewohner selbst des kleinsten Kleinstaats nicht daran, ernstlich auf ihr politisches Dasein jemals zu verzichten; das Behagen an der Vielstaaterei war in Deutschland noch immer groß, nur daß es sich in den Mittel- und Kleinstaaten gern bewußt oder unbewußt hinter deutschen Utopien, hinter Voraussetzungen versteckte, von denen jeder die Unmöglichkeit hätte einsehen können. Um so mehr mußten diejenigen preußischen Politiker, welche der Meinung waren, daß ihr Staat in seiner äußeren Machtentwickelung nicht wie seit 45 Jahren

stehen bleiben dürfe, sondern sein Wachstum im Geiste Friedrichs des Großen wünschten, bezweifeln, daß dies anders als mit Waffengewalt möglich sei, und für diesen Fall war ein Bundesverhältnis mit Frankreich sehr nützlich.

Aber es war doch nicht notwendig; was Preußen vordem erworben, das hatte es ohne fremde Hilfe, durch sein gutes Schwert gewonnen, und so konnte es auch für die Zukunft auf Erfolge aus eigener Kraft hoffen. Überdies, der Prinzregent war ein Veteran aus dem Befreiungskriege; sein Schwert war eingeweiht worden im Kampfe gegen die Franzosen, — die kannten ihn schlecht, welche meinten, er werde in seinem Alter diesen mächtigen Erinnerungen seiner Jugend untreu werden. Für alle indes ging bald, was für eine Politik er zu treiben gemeint war, aus der Art hervor, wie er Napoleons Annäherung aufnahm. Dieser bat um eine Zusammenkunft; sie wurde gern gewährt (zu Baden-Baden am 16. Juni 1860) und bildete den Anfangspunkt eines persönlich freundschaftlichen Verhältnisses der beiden Monarchen. Aber der Prinz hielt es für nötig, der deutschen Nation jede Besorgnis vor einem Tauschgeschäft, wie das savoyische, zu benehmen. Er erklärte mit Nachdruck, kein Fußbreit deutschen Bodens werde je von Preußen geopfert werden, und zum schlagenden Zeugnis der Ehrlichkeit seiner Politik gestattete er den andern deutschen Fürsten sich ebenfalls zu jener Zusammenkunft einzufinden; an ihrer Spitze — es waren die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover und die Großherzöge von Baden und Hessen — trat er dem Fremden als Deutschlands Hort entgegen. Dankbar erkannten sie es an; aber er sprach gegen sie auch die Hoffnung aus, daß sie in der inneren und äußeren Politik seine Wege gehen und insbesondere gleich ihm die nationale Idee begünstigen würden.

Welche Uneigennützigkeit! — Preußen fuhr also fort, ohne Entgelt zu Deutschlands Vorteil eine Militärlast zu tragen, deren Größe es den andern Deutschen erst gestattete, sich selber weit leichtere Bürden aufzulegen. Diese Uneigennützigkeit schien jedoch nicht ganz fruchtlos; die preußische Politik, durch den Prinzen rasch wieder zu Ansehen gebracht, machte in der That wenigstens moralische Eroberungen. Nicht bloß in Mittel- und Norddeutschland, auch im Südwesten brach sich bei allen unbefangenen Vaterlandsfreunden mehr und mehr die Überzeugung Bahn, Preußen müsse die militärische und diplomatische Führung der Nation übernehmen. Diese Überzeugung immer weiter zu verbreiten, für sie mit allen gesetzlichen Mitteln zu wirken, traten viele deutsche Männer unter Leitung des Hannoveraners Rudolf v. Bennigsen zu einer großen Verbindung zusammen, dem Nationalverein; im Juli 1859 hielt er seine erste Sitzung zu Eisenach.

Es waren doch sehr verschiedene Elemente, die sich in diesem Vereine zusammenfanden. Eigentliche Preußenfreunde gab es fast nur unter den Mitgliedern aus den Kleinstaaten. Bei ihnen traf man auf eine wirkliche Schätzung und aufrichtige Bewunderung der preußischen Verdienste. Stände heut — so urteilten sie — der alte Kaiser Rotbart auf, er sähe im Westen die schönen

Länder Elsaß und Lothringen, Schweiz und Niederlande durch Habsburgs Schuld verloren, im Südosten von der Eger bis zur Sau noch immer slawisches Volk weit überwiegend; wie wollte Deutschland vor ihm bestehen, wenn es ihm nicht die Grenzen im Nordosten zeigen könnte, von der Spree bis zur Memel deutsches Land mit deutschem Volk! Da fände er auch seine Adler-Fahne wieder, die einköpfige, die er in den Kreuzzug führte, und unter der er starb; zu einer Sturmfahne sähe er sie geworden, wider Heiden und Römlinge, wider Slawen und Franzosen; zum Abzeichen des einzigen echt deutschen Großstaats; — würde er sie nicht als Sammelzeichen für alles deutsche Volk aufstecken? Dieser Fahne und ihrer glorreichen Vergangenheit müßten auch diejenigen Deutschen sich freuen, über denen sie nicht wehe, wenn ihnen anders das Deutschtum höher gelte als ihre Besonderheit. Allein solcher Stimmen waren doch nur wenige, die meisten außerpreußischen Mitglieder hielten den Durchgang durch das Preußentum nur für ein notwendiges Übel. Aber daß derselbe nun schon von vielen für notwendig erkannt wurde, war immerhin ein Fortschritt auf dem Wege zur deutschen Einheit, und der Nationalverein, wenn er auf diese Erkenntnis hinwirkte, war von Nutzen. Seinen Hauptsitz schlug er in Koburg auf, wo ihn der ehrgeizige und nach Volkstümlichkeit strebende Herzog Ernst schützte.*) Von dort breitete er sich bald in hunderten von Zweigvereinen über Deutschland aus; nur in Österreich und in das eigentliche Bayern drang er nicht ein. Sein anfangs besonnenes, praktisches Auftreten schien zu beweisen, daß die Volkspartei seit 1848 etwas gelernt hatte; auch trug er anfangs wirklich dazu bei, in Sachen der deutschen Einheit verständigere Ansichten und Wünsche zur Geltung zu bringen, als damals geherrscht hatten. Die Sehnsucht nach Einigung war ohnehin gestiegen; man gewahrte es bei jedem größeren Anlaß; zumal bei dem Schillerfest (am 10. November 1859), das überall in der weiten Welt, an allen Orten der Erdkugel, von den Deutschen mit begeisterter Teilnahme gefeiert wurde. Aber ob in den deutschen Bevölkerungen das deutsche Nationalgefühl die Lust an dem Sonderleben bereits ausgetilgt habe, diese Frage mußte jeder verneinen, der beobachtete, wie gern man außerhalb Preußens, wie gern zumal die Schwaben und Bayern, geschweige denn die Deutschösterreicher, von einem mißliebigen Umschwunge in der Politik der preußischen Regierung auch sofort den Vorwand nahmen, Preußen überhaupt den Beruf zur Einigung abzusprechen.

*) Vgl. Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, von Ernst II., Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, 3 Bde., 1.—6. Aufl., Berlin 1889. — Fr. Meinecke, Deutsches Wochenbl. 1890, Nr. 13. — Aus dem Leben Th. v. Bernhardi, Leipzig 1895, IV. S. 157.

Sechstes Buch.

Wilhelm I. der Große.

Am 2. Januar 1861 starb nach langem Leiden Friedrich Wilhelm IV., betrauert von der Mehrheit des Volkes, welche das schwere Geschick des Menschen mitgefühlt hatte und die Fehler seiner Regierung mit der Thatsache entschuldigte, daß er der erste konstitutionelle König von Preußen gewesen. Er hinterließ keine Kinder; sein ältester Bruder, der bisherige Regent, bestieg daher jetzt den Thron als König Wilhelm I.*) „Er war ein ‚ausrichtiger‘ Mann — so nennt ein Chronist Rudolf von Habsburg —, sein ganzes Wesen auf praktisches Wirken gerichtet. Er hatte die natürliche Gabe, das Erreichbare wahrzunehmen, und eine unbefangene Klarheit der Auffassung, welche sich namentlich in einer fast irrtumlosen Menschenkenntnis bewährte, dazu eine seltene Verbindung von Festigkeit und Biegsamkeit des Geistes wie sie im Gegensatz zum Doktrinär den praktischen Staatsmann charakterisiert.“ **) Der Verfassung gemäß erneuerte er das eidliche Gelöbnis. „Bei der Übernahme der Regentschaft“, so sprach er vor dem versammelten Landtage (14. Januar 1861), „habe Ich gelobt, die Mir von Gott verliehene Macht der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs gemäß üben zu wollen. Indem Ich auf jenes Gelöbnis verweise, fordere Ich Sie auf, Mir die Treue zu geloben, welche Sie Meinem verklärten Bruder geschworen und gehalten haben.“ Man kaunte ihn und seine Grundsätze, er hatte als Regent zum Heile des Staates nach ihnen verfahren, und er erklärte, an jenem Pogramm festhalten zu wollen. Aber über die Art der Ausführung wollte er selbst entscheiden. Er täuschte sich nicht über die Widerstände, die sich ihm in seiner inneren wie in seiner äußeren Politik entgegenstellen würden: aber zur einzigen Richtschnur seines Verhaltens im Königtum nahm er seine Pflicht gegen den Staat, wie er sie selbst fühlte und

---

*) Friedrich Wilhelm Ludwig, geboren zu Berlin am Mittwoch den 22. März 1797, nachmittags dreiviertel auf zwei Uhr.

**) H. v. Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., München u. Leipz. 1889, II. S. 283. — E. Marcks, Kaiser Wilhelm I., Leipz. 1897. — W. Oncken, Unser Heldenkaiser, Berlin 1890/91. — Vgl. Aus d. Leben Th. v. Bernhardi, Teil IV, Leipz. 1895.

verstand. „Thu was du sollst, komme was mag!“ war sein Wahlspruch.*) Zunächst und vor allem bestand er darauf, wenn man große Leistungen von Preußens auswärtiger Politik verlange, so müsse man auch die Mittel wollen, müsse die Opfer bringen, die eine verbesserte Einrichtung des Heeres erheische. Er war im Militärwesen ergraut, hatte es seit fünfzig Jahren fast ausschließlich als seinen Lebensberuf betrieben und kannte wie kein anderer die Armee, an deren Spitze er stand; mit Recht hielt er sich für den zuständigsten Beurteiler ihrer Mängel und ihrer Vorzüge. Auf dem Heere aber beruhte noch immer, das hatte Olmütz gelehrt, des Staates Großmachtstellung. Umsomehr erachtete es der König für seine Pflicht, die Armee-Reorganisation, die er schon als Regent, im Jahre 1860, begonnen und die sein eigenstes Werk war, durchzuführen. Die Grundgedanken derselben waren: Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit nach dreijähriger Anwesenheit bei der Fahne, vierjährige Reservedienstpflicht und entsprechende Verkürzung der Landwehrdienstzeit; hierdurch Beschaffung eines erheblich zahlreicheren und besser geschulten Heeres, sowie einerseits stärkere Heranziehung der jungen Mannschaft und andererseits Entlastung der älteren Landwehrleute; Ausscheidung der während des langen Friedens unbrauchbar gewordenen Elemente; Ergänzung durch zeitgemäße neue Einrichtungen und frische Kräfte, insbesondere zweckmäßigere Einteilung der Truppenkörper und Säuberung des Offizierkorps von allen Unbrauchbaren. Einen vortrefflichen Gehilfen bei der großen Arbeit hatte der König an dem ebenso geschickten wie pflichteifrigen und energischen General Albrecht von Roon, der am 5. Dezember 1859 an Stelle Bonins Kriegsminister geworden war; einen nützlichen Diener und Ratgeber auch an dem scharfblickenden General Edwin von Manteuffel**), der als Chef des Militär-Kabinetts sich durch schonungslose Beseitigung aller untauglichen Offiziere und durch Hervorziehung der Talente ein großes Verdienst erwarb, wie denn unter anderem es auf seine Empfehlungen geschah, daß an die Spitze des Generalstabs der Armee im Jahre 1858 Helmuth von Moltke gestellt ward.***)

Roon, ein Pommer von Abkunft (geboren am 30. April 1803 zu Pleushagen bei Kolberg, gestorben 23. Februar 1879 zu Berlin) mütterlicherseits aus dem altpommerschen Geschlechte derer von Borcke stammend, hatte sich zuerst als gelehrter Offizier, als Verfasser vortrefflicher geographischer Lehrbücher einen Namen gemacht; er zeigte sich dann in der Einrichtung und Verwaltung der Heeresangelegenheiten ebenso tüchtig wie in der Wissenschaft. Auch Moltke (geboren am 26. Oktober 1800 zu Parchim in Mecklenburg, gestorben

*) Brief des Königs Wilhelm an O. v. Natzmer v. 25. Januar 1861, in dessen Denkwürdigkeiten a. a. O. 272. „fais ce que dois, advienne ce que pourra, ist meine Devise, die jetzt allein gilt.“

**) K. H. Keck, Das Leben d. Generalfeldmarschalls E. v. Manteuffel, Bielefeld u. Leipz. 1890.

***) M. Jähns, Feldmarschall Moltke, I. Teil, Berlin 1894. — Gesammelte Schriften u. Denkwürdigkeiten d. Generalfeldmarschalls Grafen H. von Moltke, 8 Bde., Berlin 1891 ff. — Moltke's Milit.-Schriften, 3 Teile, herausg. v. Gr. Generalstab, Berlin 1892 ff.

25. April 1891 zu Berlin), Sohn des Hauptmanns Friedrich v. Moltke und Henriettens, einer geborenen Paschen, war ein gelehrter Offizier und bereits durch schriftstellerische Arbeiten, besonders über die Türkei, wo er einige Jahre als militärischer Ratgeber des Sultans gewesen, längst vorteilhaft bekannt, und auch bei ihm verband sich mit tiefem und ausgebreitetem Wissen ein ungemeines Können. Gemeinsam war beiden Hoheit des Charakters nnd geistvolle Erfindsamkeit. Manteuffel (geboren 24. Februar 1809 zu Dresden, gestorben 17. Juni 1885 zu Karlsbad) stammte aus einem ursprünglich pommerschen Geschlechte, war 1827 in preußischen Militärdienst getreten und im Februar 1857 Chef der Abteilung für die persönlichen Angelegenheiten im Kriegsministerium geworden. So fand ihn der Prinzregent vor. Anfangs war er dem Abteilungschef abgeneigt, da Manteuffel ein Kreuzzeitungsmann und großer Russenfreund war: eine Partei am Hofe, mit der sich der Prinz schlecht gestanden hatte. „Ich will keinen Witzleben," sagte er ihm, als Manteuffel etwas berührte, was Politisches betraf. Aber allmählich lernte er Manteuffels hohe Gaben und dessen Uneigennützigkeit kennen.*) Auch Manteuffel hatte klare Einsicht in das, was dem Heere notthat, und er besaß eine große Geschicklichkeit, die Sache, die er betrieb, zu fördern, dabei ungemeine Energie. Viele Feindschaften brachten ihm bei der Heeresreform die zahlreichen Verabschiedungen (unfähiger oder überalterter Offiziere) durch die sogenannten blauen Briefe. Denn er nahm nicht Rücksicht auf Adel und Geschlechtsverbindungen; nur die Verjüngung und Schlagfertigkeit der Armee hatte er im Auge. Mit dem Beistande dieser Männer hatte der Prinzregent die wichtige Reform, die er erdacht, durchgeführt, und seine ersten Maßnahmen als König galten diesem großen Werke. Er bekundete seinen festen Willen, es aufrecht zu erhalten durch die Fahnenweihe am 18. Januar 1861. Vor dem Standbilde Friedrichs des Großen wurden die Fahnen und Standarten der neugebildeten Regimenter und Bataillone eingesegnet. Damit war der Armee thatsächlich ihre notwendige Vergrößerung und Neugestaltung gesichert, wenn auch die gesetzliche Bestätigung noch ausstand.

Allein den Liberalen im Lande wollte der Nutzen dieses Werkes nicht einleuchten; vielmehr erhoben sie gegen die Reorganisation Widerspruch; selbst das ministeriellgesinnte Abgeordnetenhaus von 1858 bis 1861 behandelte dieselbe nur als eine vorläufige Einrichtung und genehmigte die Kosten nur in diesem Sinne. Man fand verschiedenes an derselben auszusetzen: die einen behaupteten, sie überbürde das Land, da sie die dreijährige Dienstzeit wiederherstelle und die Ausgaben für das Militär jährlich um sechs bis acht Millionen Thaler erhöhe; die andern klagten, daß sie die Bedeutung der Landwehr schmälere**); die Entschiedenen, die Fortschrittler, wollten überhaupt lieber ein „Volksheer" als Linienmilitär. Manche hätten alle diese Bedenklichkeiten gern beiseite

*) Keck, Leben Manteuffels, a. a. O., S. 111.

**) Vgl. auch, General Müffling über die Landwehr, in Sybels Hist. Ztschr. 1893 (N. F. 34), S. 281 ff.

gelegt, wenn die Krone eine liberale, parlamentarische Regierungsweise bewilligt, insbesondere für freiheitliche Gesetzgebung durch Abschaffung oder Schwächung des Herrenhauses Bahn gebrochen hätte. Von der entgegengesetzten Seite hob man hervor: kein Staat in Europa habe in den letzten fünfzig Jahren an Bevölkerung und Wohlstand so zugenommen wie Preußen, dessen Geldkräfte seit 1816 um 64 Prozent, dessen Einwohnerzahl in derselben Zeit von $10^1/_2$ Millionen auf mehr als 18 Millionen gewachsen sei, und gleichwohl zahle keiner der Großstaaten im Verhältnis so wenig für sein Militär als gerade Preußen, wo man bei völliger Durchführung der Reorganisation das Militär doch immer nur mit 43 Millionen Thaler — etwa 29 bis 30 Prozent der Gesamteinnahme des Staats — bezahle, während die Civilverwaltung beinahe das doppelte koste; in anderen Großstaaten sei das Verhältnis umgekehrt; übrigens trage das Land die Last dieser Neuerung ja thatsächlich ohne Beschwer. Eine nach Schweizer Art gebildete Miliz aber sei neben den furchtbaren Soldatesken von Frankreich, Österreich, Rußland eine Thorheit, und wer die Notwendigkeit der Reform an sich anerkenne, dürfe nicht verlangen, daß die Regierung, als ob ihr am Wohl des Staates mehr liegen müsse als dem Landtag, diese nötige Maßregel durch anderweitige Zugeständnisse erkaufe. Endlich, es sei die Abgeordneten-Kammer mehr eine Vertretung der Geldleute als des ganzen Volkes und mehr der städtischen als der ländlichen Bevölkerung, überhaupt im Grunde nur die Stimme einer Minderheit.

Wenn in der zweiten Kammer die Liberalen überwogen, so herrschten in der ersten die Konservativen, und diese waren ebenso entschieden für die Reorganisation als jene gegen dieselbe. Das Herrenhaus brachte zu ihren Gunsten sogar ein großes Opfer: es willigte, damit die neuen Ausgaben für das Heer leichter könnten bestritten werden, am 7. Mai 1861 in die Abschaffung der uralten Grundsteuerfreiheit der Rittergüter. Dafür verlangten die Konservativen nun aber auch ebenso nachdrücklich, daß die Heeresreform nicht angefochten werde, wie die Liberalen forderten, daß man sie zurückziehe oder doch wesentlich umgestalte.

Es entbrannte ein erbitterter Parteikampf; in der Presse, in den Vereinen, auf dem Landtage erörterte man diese Frage, die jeden Preußen persönlich so nahe anging. Die wachsende Aufregung gab der Demokratie Gelegenheit wieder eine Rolle zu spielen; sie bildete die „deutsche Fortschrittspartei“, deren Ziel war, vermittels des Steuerbewilligungsrechts dem Hause der Abgeordneten die Leitung des preußischen Staates zu erringen. Wenn man den Anhängern dieser Richtung glaubte, so war Preußen nichts ohne Deutschland und hatte seine Interessen den allgemein deutschen unbedingt unterzuordnen, obwohl doch der Großstaat Preußen nunmehr schon über ein Jahrhundert lang mit Ehren auf eigenen Füßen stand und nicht ein Körnchen seiner wirklichen Macht dem guten Willen der übrigen Deutschen, sondern alles seinem guten Schwerte verdankte. Aber die Demokraten hatten den großen Vorteil, daß sie Dinge versprachen, welche die urteilslose Masse gern und leicht für ebenso möglich hält,

wie sie angenehm sind, nämlich Verminderung der Staatslasten bei Vergrößerung der Staatsleistungen, weniger Steuern, kürzere Militärdienstzeit und doch größere Macht des Landes; auch war die Landwehr, deren Fortbestand sie verlangten, ihrer alten Verdienste halber dem Volke ehrwürdig geworden; und so geschah es, daß die demokratischen Aufreizungen, insbesondere mit dem Schlagwort „Militarismus", bei einem großen Teile des Volkes williges Gehör fanden. Dazu kam, daß die Regierung nicht so rasch, wie man erwartet hatte, in den deutschen Dingen zu Thaten schritt; man suchte den Grund nicht da, wo er lag, in der Übergangszeit, die das Heer mit seiner Neugestaltung durchmachen mußte, sondern in Mangel an Energie oder an Einsicht.

Die öffentliche Meinung machte also wieder eine Schwenkung, die moralischen Eroberungen schmolzen zusammen, und König Wilhelm fing an unpopulär zu werden. Diese Stimmung war besonders im außerpreußischen Deutschland stark und zeigte sich in einem sehr bösartigen Symptom. Ein junger Fanatiker der Leipziger Student Oskar Becker, ein geborener Deutschrusse, unternahm es, für Deutschland in der Weise Karl Sands zu handeln. Er bildete sich ein, Wilhelm I. stehe zwischen der Nation und ihrem Glück; falle er, so werde ein anderer besser die Aufgabe lösen, die einem Könige von Preußen obliege; er beschloß daher, den König zu ermorden. Am 14. Juli 1861 zu Baden-Baden, wo sich der König zur Kur aufhielt, verübte er das Attentat, feuerte aus größter Nähe zwei Schüsse auf den arglos Spazierenden ab, verwundete ihn jedoch zum Glück nur sehr unbedeutend und hatte dann im Kerker zu Bruchsal über seine zerstörte Jugend nachzudenken. Obgleich nun der König von diesem Ereignis keineswegs bewogen wurde, zu einer Beschränkung der öffentlichen Freiheiten zu greifen, wie es sein Vater 1819 nach Sands That für zweckmäßig gehalten, so beharrte die Demokratie doch dabei, ihn der Reaktionslust zu zeihen. Eine solche schloß sie aus der Art, wie der König am 18. Oktober 1861 seine feierliche Krönung zu Königsberg vornahm. Er betonte dabei das Gottesgnadentum seiner Krone im scharfen Gegensatz sowohl zu dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität, als zu dem parlamentarischen Grundsatz, daß nur die Verfassung dem Könige etwas gebe.

Auch die gemäßigten Liberalen waren verstimmt, und so bekam denn jetzt die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause die Oberhand. Sie begann hier den Feldzug, indem eins ihrer Mitglieder, der Abgeordnete Hagen, am 6. März 1862 den Antrag stellte, es solle das Budget, und zwar auf Grund des Etats von 1859, mehr spezialisiert werden. Die Absicht war, dem Abgeordnetenhause die Macht zu geben, durch Streichung oder Genehmigung der einzelnen Ausgabeposten über Bestand und Gehalt der Verwaltung, insbesondere aber über die Einrichtung des Heeres, zu bestimmen. Zunächst war damit die Armee-Reorganisation in Frage gestellt. Wie die Verhältnisse lagen, so barg mithin der Antrag eine Kriegserklärung in sich; dennoch wurde er (mit 171 gegen 143 Stimmen) angenommen. Der König sah hierin einen Eingriff in das Recht der ihm zustehenden Ausführungsgewalt. Er appellierte

durch Auflösung des Abgeordnetenhauses (11. März) an das Land und gestaltete sein Ministerium einheitlicher; die liberalen Minister — v. Auerswald, v. Patow, Graf Schwerin, v. Bernuth, Graf Pückler — die ihm eine Mehrheit in der zweiten Kammer für die Heeresreform nicht hatten schaffen können, wurden entlassen; die konservativen — von der Heydt, v. Roon — erhielten an dem Fürsten v. Hohenlohe-Ingelfingen einen Vorsitzenden und an den Grafen v. Itzenplitz und v. Lippe und den Herren v. Mühler und v. Jagow Kollegen, die in ihrer Denkart dem Herrenhause näher standen als der zweiten Kammer (18. März). Die eigentliche Leitung des neuen Kabinetts, namentlich dem Landtag gegenüber, bekam von der Heydt.

Die ganze Volkspartei war nun überzeugt, die „neue Ära" sei zu Ende und die Reaktion in vollem Anzuge. Wenigstens insofern täuschte sie sich nicht, als die Handhabung der Preß- und Vereinsgesetze strenger wurde. Auch war es natürlich, daß die Konservativen, welche die Regierung unterstützten, der Krone in günstigerem Lichte erscheinen mußten als die Liberalen, welche in der dem Könige wichtigsten Angelegenheit Widerstand bereiteten. Doch zeigte es sich bald, daß der König über den Parteien beharren wolle. Während er in der inneren Politik konservativ verfuhr, trat er in der äußeren so auf, wie es die Rückschrittsmänner, die ihn schon für sich gewonnen glaubten, gar nicht erwartet hatten. Dort tadelten ihn die Liberalen, hier die Reaktionären. Dennoch befand er sich mit sich selbst keineswegs im Widerspruch. Ihm war oberstes Gesetz das Staatswohl und oberster Ausleger desselben der König. Mit dem Volke in dem Zwecke eins, hatte er die Herstellung des einzig möglichen Mittels zu diesem Zweck nicht darum unterlassen wollen, weil der größere Teil des Volkes dagegen war, und nun, da das Mittel zu seiner Verfügung stand, wollte er es nicht darum unangewendet lassen, weil die Anwendung diesem oder jenem wehe that. Seit einem Menschenalter hatte die auswärtige Politik Preußens hin und her geschwankt; Wilhelm I. wußte, was er wollte, und führte es mit unbeugsamer Festigkeit nach allen Seiten durch. Zu derselben Zeit, als nach der Meinung der Parteien die „neue Ära" in Preußen wieder endete, fing sie in Wirklichkeit erst an, nämlich die wahre neue Ära, die Ära der großen Ziele, der großen Männer und der großen Thaten.

Denn jetzt war die neue Heereseinrichtung im großen und ganzen thatsächlich durchgeführt, das Linienmilitär durch stärkere Aushebung und durch Heranziehung der ersten Jahrgänge der Landwehr auf 203 000 Mann im Frieden, 609 000 Mann (ohne die Landwehr der älteren Jahrgänge) für den Kriegsfall, das ist auf die doppelte Zahl seines früheren Bestandes, gebracht. Es waren die Bataillone der Infanterie von 136 auf 253, die Schwadronen der Kavallerie von 152 auf 200, die Batterieen der Feldartillerie von 99 auf 145, die Kompanieen der Festungsartillerie von 50 auf 72, die Kompanieen der Pioniere von 20 auf 36 vermehrt und ein zweckmäßig eingerichteter Train in 18 Kompanieen gebildet. Die neue Heeresordnung brachte aber nicht bloß eine gewaltige Vermehrung der Kriegs- und Friedensstärke der Armee, sowie

die Entlastung der älteren Jahrgänge der Landwehr; sie bewirkte auch eine ganz außerordentliche Verbesserung der führenden Kräfte. Denn da infolge der Neubildungen viele Hunderte von Hauptleuten und höheren Offizieren gebraucht wurden, so kam überall frisches Leben in die Führung; mit vollster Manneskraft gelangten Offiziere in höhere Stellungen, die sie ehedem erst als halbe Invaliden erreichten; die Armee hatte sich verjüngt, während sie sich verdoppelte. Dies war geschehen, ohne daß die Finanzen dabei litten. Vielmehr waren durch sorgsame Füllung des Staatsschatzes und in allen Verwaltungszweigen durch Erzielung von Mehrbeträgen die überschüssigen Geldmittel so angewachsen, daß sie jetzt, im Jahre 1862, bereits die Summe von 50 Millionen Thalern (davon 20 im Schatz) überstiegen. Es war somit die Rüstung fertig, und jetzt begann der König denn auch sich energisch an der Lösung der deutschen und europäischen Fragen zu beteiligen. Maßgebend waren in erster Linie die preußischen Interessen, nicht wie das Ausland oder eine Partei, sondern wie er, als preußischer König, sie verstand.

Es kam zunächst darauf an, die Stellen wiederzuerobern, welche Friedrich Wilhelm IV. hatte preisgeben müssen. Der König zeigte in Kassel und Frankfurt seinen entschiedenen Willen an, die hessische Verfassung vom Jahre 1831 wiederhergestellt zu sehen. Österreich mußte um der öffentlichen Meinung willen, die es bald nach dem italienischen Kriege durch Annahme einer Verfassung zu gewinnen gesucht hatte, nun ebenfalls einen Druck auf den Kurfürsten ausüben. Dieser gab jedoch erst nach, als Preußen zwei Armeecorps gegen ihn in Bewegung setzte (15. Mai 1862), und der Bund ihm die Wiedereinführung jener Verfassung anbefahl. Nachdem diese Sache glücklich erledigt war, erfolgte, was Österreich noch weniger gern sah, am 20. Juni der Abschluß von Militärkonventionen mit Koburg-Gotha, Altenburg, Waldeck, am 21. Juli die Anerkennung des „illegitimen" Königreichs Italien und am 2. August 1862 die Unterzeichnung des preußisch-französischen Handelsvertrages. Der letztere versprach große und dauernde Vorteile; hauptsächlich kommerzielle, aber auch politische. Denn er erweiterte das Handelsgebiet des Zollvereins ungemein, öffnete ihm einen lohnenden Markt und stellte zugleich ein freundliches Verhältnis Preußens zu Frankreich fest.

Die Liberalen konnten nicht leugnen, die auswärtige Politik des Königs ließ sich nicht übel an; aber darum wollten sie nicht auch seine innere Politik billigen. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause (im Mai 1862) hatten wiederum eine Mehrheit gegen die Reorganisation ergeben; die Liberalen verlangten nun, daß der König dem Willen des Volkes, welcher sich so deutlich und entschieden ausgesprochen habe, sich beuge und entweder jene Einrichtung wieder rückgängig mache oder sie nach den Ideen des Abgeordnetenhauses von Grund aus umgestalte. Keins von beiden geschah; denn nach der Überzeugung des Königs wie aller Sachverständigen — Roons, Moltkes, Manteuffels u. a. — wäre eins wie das andere ein Verderb für die Armee gewesen. Dagegen zeigte sich der König in andern Punkten entgegenkommend. Im Jahre 1858

waren die Einkommen- und Klassen- und die Mahl- und Schlachtsteuer zu Gunsten der Militärausgaben um 25 Prozent erhöht worden; auf diesen Zuschlag (im ganzen drei Millionen Thaler) verzichtete er jetzt und verringerte durch größte Sparsamkeit das Militärbudget um einige Millionen. Auch ließ er den Staatshaushalt, wie es der Hagensche Antrag gefordert, jetzt in spezialisierterer Form vorlegen. Allein diese Zugeständnisse erschienen dem neuen Abgeordnetenhause zu gering. Es blieb, wie sein Vorgänger, dabei, die ohne endgiltige Genehmigung des Landtags vorgenommene Heeresreform müsse ihm auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert werden. Demgemäß strich seine Budgetkommission die Kosten der Reorganisation und erklärte diese selbst für ungesetzlich (23. August).

Kein Teil also wollte in der Hauptsache nachgeben; der eine glaubte damit die Volksfreiheit, der andere die Macht und Sicherheit Preußens zu schädigen. Immer mehr verbitterte sich der Streit; wie sollte das enden? Der König beschloß, der liberalen Partei, die ihn in der von ihr beherrschten zweiten Kammer, sowie in der Presse und in Vereinen immer heftiger anfeindete, einen gewandteren und kraftvolleren Gegner, als es v. d. Heydt war, entgegenzustellen. Er berief Mitte September 1862 auf Empfehlung Roons den streitbarsten seiner Diplomaten, den bisherigen Gesandten zu Paris, v. Bismarck-Schönhausen ins Ministerium; er gab ihm in demselben das Präsidium und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten; die wichtigste Stellung neben ihm behielt der Kriegsminister v. Roon. Wenn Wilhelm I. ein Wilhelm der Große*) geworden ist, so verdankt man es zumeist dem Umstande, daß er die wertvollste aller Herrschergaben besaß, diejenige, sich die rechten Männer zu seinen Dienern zu wählen.

Otto von Bismarck, geboren am 1. April 1815 zu Schönhausen in der Altmark als Sohn des Rittergutsbesitzers und Rittmeisters a. D. Karl v. Bismarck und der Wilhelmine Menken, war von 1851 bis 1859 in Frankfurt a. M., von 1859 bis zum Frühling 1862 in Petersburg, seitdem in Paris preußischer Gesandter gewesen.**) „Er war ein Staatsmann von Geburt. Eine freigebige Natur hatte ihn mit allen Erfordernissen des Herrscherberufes ausgestattet, mit rascher und durchdringender Auffassung aller Verhältnisse, mit scharfer Erkenntnis der Stärken und Schwächen jeder Position, mit sicherem Blick über die Brauchbarkeit der verschiedensten Menschen zur Förderung seiner Zwecke. Mit einer unerschütterlichen Willenskraft in der Verfolgung seiner Absichten verband er eine niemals versagende Elasticität des Geistes in der wechselnden Anwendung des jedes Mal zweckmäßigen Verfahrens; ohne jemals einen systematischen Unterricht durchgemacht zu haben, besaß er die Fähigkeit, welche

*) Der Beiname „der Siegreiche" ist nicht charakteristisch genug.

**) L. Hahn, Fürst Bismarck, 5 Bde., Berlin 1891. — Bismarck-Jahrbuch, herausg. v. Horst Kohl, 3 Bde., Berlin 1894—96. — H. Kohl, Die polit. Reden des Fürsten Bismarck, 12 Bde., Stuttgart 1892—94. — H. Blum, Fürst Bismarck und seine Zeit, 6 Bde., München 1894/95. — P. Schulze u. O. Koller, Bismarck-Litteratur.

Thucydides von Themistocles rühmt, durch die Macht seiner Natur in kurzem Nachdenken das Erforderliche sofort zu treffen."*) Schon unter dem vorigen Könige war in einflußreichen Kreisen bei Hofe der Gedanke laut geworden, dieser Mann, der durch Schärfe des Verstandes, Schlagfertigkeit der Rede und schneidige Willenskraft auffiel und im Landtage der heftigste und tapferste Bekämpfer der Demokratie gewesen war, möchte sich zum leitenden Minister eignen; Friedrich Wilhelm IV. lehnte den Rat ab mit den Worten: „Riecht nach Blut! Später!" Von den Halbheiten der bisherigen Diplomatie hielt Bismarck freilich nichts. Als ihn im Frühling 1862 der Minister des Äußeren Graf Bernstorff fragte, ob der Umstand, daß der Kurfürst von Hessen den von ihm Wiedereinführung der Verfassung verlangenden Brief des Königs von Preußen auf den Tisch geworfen hatte, ein Kriegsgrund sei, antwortete er: „Dies ist ein geschickter casus belli. Wollen Sie aber Krieg, so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen 4 Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität zu liefern." Aber mit Entsetzen wandte sich Bernstorff von solchen Gedanken ab. Jetzt stand Bismarck an der Stelle, für die er geschaffen war. Seine nächste Aufgabe war zwiefach: er sollte den Streit mit dem Abgeordnetenhause zu einem glücklichen Ende bringen, und er sollte die Scharte von Olmütz auswetzen helfen. Letzteres schien so schwer nicht, wenn man auf die Machtmittel sah, die er vorfand: eine zahlreiche, tüchtige Armee, volle Kassen. Und große Erfolge nach außen würden — so konnte man hoffen — auch die Stimmung im Lande bessern. Aber die großen Erfolge sollten, so wünschte der König, gewonnen werden ohne Krieg gegen Österreich, und die Armee-Reorganisation sollte aufrecht erhalten werden ohne Verfassungsbruch. Hierin lag die Schwierigkeit der Aufgabe; dennoch übernahm sie Bismarck voll guten Muts. Denn er hielt weder die Zuneigung des Königs zu Österreich noch die Abneigung des Volkes gegen die Armeereform für unüberwindlich. Er fand bei seiner Ankunft von Paris den König sehr aufgeregt und zugleich niedergedrückt wegen des Konfliktes mit dem Abgeordnetenhause, ja sogar voll Besorgnis vor tragischem Ausgange. Bismarck antwortete ihm: er würde es für ein ruhmvolles Ende halten, wenn er seinen Kopf für den König auf den Block legen müßte, aber es sei nach seiner Ansicht gar kein Grund zu solchen Befürchtungen vorhanden; es denke niemand an Revolution, und wenn der König Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten umgehen müsse.**)

Zuerst versuchte er seine liberalen Widersacher zu überzeugen; wenige Tage nachdem er Minister geworden (am 30. September), sprach er sich vor der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses über die Richtung, die er in der äußeren Politik einschlagen wolle, aus und erklärte dann: „Nicht durch Rede

*) v. Sybel, Begründung des deutschen Reiches, II. 145 f. und 421.

**) Vgl. v. Unruh, Erinnerungen aus meinem Leben, i. d. „Deutschen Revue", 1881, Heft X., S. 16 und 20.

und Majoritätsbeschluß werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Blut und Eisen."

Allein zu fest stand bei den Liberalen der Glaube, wenn Preußen sich nur parlamentarisch einrichte, so werde ihm das übrige Deutschland von selbst zufallen; und zu groß war gerade diesem Minister gegenüber ihr Mißtrauen. Sie sahen in ihm nur den Parteimann; er war ihnen nichts weiter als ein Junker von 1849, obgleich er doch, wie ihnen nicht unbekannt geblieben, schon seit Jahren von der Aufgabe der auswärtigen Politik Preußens dieselbe Auffassung hatte, die er jetzt hier geäußert. Namentlich die Fortschrittspartei — selber dem Doktrinarismus und der Prinzipienreiterei aufs äußerste ergeben — hielt sein Programm für eitel Spiegelfechterei, und falls er es wirklich ernst damit meine und wider Erwarten nach außen Erfolge gewinne, nichts für gewisser, als daß er dann dem, was sie Volksfreiheit nannte, vollends den Garaus machen werde. Mehr als die Größe Preußens und die Einigung Deutschlands lag ihr der Sieg des Parlamentarismus am Herzen.

So antwortete denn das Abgeordnetenhaus damit, daß es im Budget abermals die Reorganisationskosten strich, den Militäretat um jene sechs Millionen Thaler verkürzte. Und als darauf das Herrenhaus seinerseits das Budget in dieser Verstümmelung ablehnte und es in der Regierungsvorlage annahm, so erklärte die zweite Kammer diese Handlung für null und nichtig (13. Oktober).

Die Zwietracht der Staatsgewalten war somit vollständig: auf der einen Seite Krone und Herrenhaus, auf der andern das Abgeordnetenhaus; beide Teile warfen einander Überschreitung der verfassungsmäßigen Rechtsgrenzen vor, und beide waren von der Gerechtigkeit ihrer Sache aufrichtig überzeugt. Es zeigte sich eben, daß jene Grenzen keineswegs überall hinreichend scharf abgesteckt waren; nicht ganz mit Unrecht sprachen manche Anhänger der Regierung von einer „Lücke in der Verfassung".

Bismarck selbst nahm eine solche Lücke nicht an, wohl aber von vornherein die Notwendigkeit eines friedlichen Vergleiches; nur müsse kein Teil Unausführbares verlangen; das thue jedoch das Abgeordnetenhaus, indem es durch jene Budgetbeschlüsse die Wiederauflösung der neu errichteten Regimenter — fast der halben Armee — gebiete. Er schloß daher im Namen des Königs diesen Landtag und erklärte, da auf verfassungsmäßigem Wege ein Budget nicht zustande komme, so werde die Regierung die für das Staatswohl unumgänglich nötigen Ausgaben vor der Hand auf eigene Verantwortung bestreiten und hoffe dafür nachträglich die Genehmigung des Landtags zu erhalten.

Der König regierte also vorläufig ohne Budget: der Verfassungskonflikt war da; Bismarck hatte den Zwist nicht beigelegt, sondern verschärft. Aber er rechnete auf die Zukunft; er war überzeugt, die Thatsachen würden ihm Recht geben. Sein Mut und sein Selbstvertrauen stärkten auch den König, der ihn damals seinen „Seelenarzt" genannt haben soll.*) Am meisten

*) v. Unruh a. a. O. S. 20.

indes wurde Wilhelm I. ermuntert und getröstet durch die Haltung, welche das Herrenhaus einnahm; er fand hier in seinem Kampfe mit der öffentlichen Meinung und mit der Volkskammer eine so feste und zuverlässige Stütze, daß er an der Möglichkeit und Ratsamkeit, sein politisches Programm durchzusetzen, nicht verzweifelte. Es hat sich das Herrenhaus damals durch die Hingebung und Standhaftigkeit, mit der es die Armeereform durchführen und behaupten half, um den Staat ein sehr großes Verdienst erworben.

Indessen kam nun doch alles darauf an, wie die Regierung, nachdem sie dem ausgesprochenen Willen der vom Volke gewählten Vertreter zuwider die beschafften großen Machtmittel aufrecht erhalten hatte, dieselben nun verwerten werde. Der König hatte dem Lande gegenüber viel auf sich genommen; er mußte nun auch viel leisten. Er hat es überreichlich gethan.

Zunächst in der auswärtigen Politik. Hier war bereits manches Gute angebahnt; es wurde jetzt mit doppelter Thatkraft, aber zugleich mit kühler Vorsicht weiter entwickelt. Da war zuvörderst der Handelsvertrag mit Frankreich zu verteidigen. Ein großer Widerstand erhob sich innerhalb und außerhalb des Zollvereins gegen ihn: die Schutzzöllner, die in ihm das Prinzip der Handelsfreiheit, die deutschen Partikularisten, die an ihm den preußischen Erfolg haßten, Österreich, das aus beiden Gründen gegen ihn auftreten mußte, vereinigten sich, ihn mit allen Waffen, welche die Presse und die Diplomatie lieferten, zu bekämpfen. Aber der König ließ sich durch die Widersetzlichkeit der österreichisch gesinnten Mittelstaaten so wenig etwas abdringen, daß er vielmehr am 29. März 1863 einen ähnlichen Handelsvertrag mit Belgien schloß. Er stellte den Widerspenstigen die Wahl, durch Ausscheiden aus dem Zollverein ihre eigenen Interessen zu schädigen oder sich zu fügen, und da er fest blieb, so fügten sie sich einer nach dem andern.

In kleinerem Maßstabe führte die preußische Regierung auch in Japan einen Kampf für Handelsfreiheit; wie England, Holland, Frankreich, Nordamerika schloß sie (am 24. Januar 1861) mit dem Taikun von Japan einen Handelsvertrag, der auch dem preußischen Kaufmann in dieses entlegene und bisher so mißtrauisch verwahrte Reich Eingang verschaffte.

Wie es aber dem Könige nicht auf die Gunst einer Partei, sondern lediglich auf das Staatswohl ankam, zeigte er in seinem Verhalten zu Italien und zu Rußland. Durch Befreundung mit ersterer Macht hatte er den Legitimisten Anstoß gegeben, durch Freundschaft für letztere erzürnte er die Liberalen. Gegen Ende des Jahres 1862 brach im russischen Polen ein Aufruhr aus; sogleich ergriff er gegen diese Bewegung Partei und schloß, damit der Brand nicht nach Posen hinüberschlage, trotz der Abmahnungen der Westmächte und des heftigsten Eiferns der deutschen Fortschrittspartei am 8. Februar 1863 mit Rußland eine gegen die Aufständischen gerichtete Übereinkunft; sie hatte den Nutzen, daß sie jenem Aufstande einen Damm setzte, die Deutschen des Großherzogtums schützte und Rußland abermals zum Dank gegen Preußen verpflichtete: eine Verpflichtung, die jetzt in Petersburg mehr anerkannt wurde

als einst zur Zeit des orientalischen Krieges. Auch hat dem preußischen Staate das freundliche Verhalten zu Rußland bei dieser Gelegenheit und seine wohlwollende Neutralität im Krimkriege, später (1866 und 1870/71) sehr genützt.

Nachdem Preußen so nach Westen und Osten eine bessere Stellung genommen, machte es sich an die Lösung der schwierigsten und wichtigsten Frage, Herstellung des richtigen Verhältnisses zu Österreich. Es galt hier nicht allein die Niederlage von Olmütz wett zu machen, sondern überhaupt in den deutschen Dingen den gebührenden Einfluß zu gewinnen. Dies konnte auf zweierlei Weise geschehen: entweder friedlich, im engen Bunde mit Österreich oder durch Krieg gegen diese Macht. Im ersteren Falle war der Gedankengang: Preußen und Österreich schließen aufrichtig und rückhaltlos einen Bund zur Teilung der Herrschaft über Deutschland; Preußen gebietet im Norden des Mains, Österreich im Süden, dem Auslande setzen sie so eine große vereinigte germanische Macht entgegen, die niemand hoffen kann umzuwerfen. Für diese Lösung waren die Neigungen des preußischen Hofes und der preußischen Konservativen. Aber Österreich verstand seinen wahren Vorteil viel zu wenig, um darauf einzugehen; es beharrte dabei, Preußen nicht aufkommen lassen zu wollen. Im Gegenteil, es gedachte, die Verluste, die es in Italien erlitten, auf Kosten Preußens in Deutschland wieder einzuholen. Dem König blieb also nur der zweite Weg frei: Feindschaft und Krieg gegen Österreich. Doch diesen wollte er nur im äußersten Notfall einschlagen; Bismarck hat damals immer wieder versuchen müssen, ob das Wiener Kabinett nicht doch noch für jenen ersten Plan zu gewinnen sei. Es war vergebens.

Auch die liberale Partei im Lande verlangte von der auswärtigen Politik des Königs, daß sie entweder thatsächlich den Nebenbuhler zur zweiten Rolle in Deutschland herabdrücke oder wo möglich ganz aus Deutschland hinausdränge und ein preußisch-deutsches Reich, wie es Friedrich Wilhelm IV. mit der „Union" angestrebt, herstelle. Aber die Fortschrittspartei meinte, dies könne und müsse durch moralische Eroberung des „deutschen Volkes" geschehen. Bismarck war über den einzig möglichen Weg zum Ziele besser unterrichtet. Seit Jahren sah der Wiener Hof unter den Völkern, die er beherrschte, die Unzufriedenheit immer wachsen; Venetien ersehnte den Tag der Befreiung, Ungarn grollte über Verkürzung seiner Verfassungsrechte; da war es doch ein wirklich guter und heilsamer Rat, als Bismarck in einer Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi (am 18. Januar 1863) zu verstehen gab, Österreich thäte besser, seinen Schwerpunkt da zu suchen, wo er sei, nämlich in Ofen, Deutschland aber dem preußischen Machtkreise zu überlassen. Auch hatte schon 1816 ein österreichischer Staatsmann, der Gesandte beim Bundestag v. Buol-Schauenstein, eingestanden*), das Interesse Österreichs fordere eigentlich die Verlegung der Residenz nach Ofen, und jeder Unbefangene mußte einsehen,

*) Perthes a. a. O. II. 115.

daß diese Monarchie, wenn sie sich darauf steife, in Deutschland mit Preußen um die Obmacht zu ringen, sich zu eignem Schaden der Gewalt der Dinge entgegenstemme und wahrscheinlich in Zukunft ähnliche Friedensschlüsse wie den von Villafranca werde eingehen müssen.

Allein Kaiser Franz Josef war anderer Ansicht. Ihm schien die Zeit vielmehr sehr günstig, die alten Ansprüche Österreichs auf die Führung der deutschen Nation wieder hervorzuholen. Die preußische Regierung war durch ihren Streit mit dem Abgeordnetenhause bei dem deutschen Volke in Ungunst gekommen; den Liberalen, auch im eigenen Lande, war sie geradezu verhaßt und wurde es noch mehr, als sie, um sich der inneren Feinde zu erwehren, zu einer Beschränkung der Preßfreiheit durch Verordnung vom 1. Juni 1863 schritt. Der Strom der öffentlichen Meinung, wie sie sich in den liberalen Zeitungen, Vereinen, Volksvertretungen aussprach, ging entschieden und heftig gegen die Politik des Königs Wilhelm. Der Kronprinz, damals auf einer Reise in Westpreußen, hatte bald nach dem Erlaß der Preßordnung im Juni 1863 (aus Graudenz) beim Ministerpräsidenten einen förmlichen Protest dagegen eingelegt und amtliche Mitteilung des Schriftstücks an das Staatsministerium verlangt. Dies war jedoch auf Befehl des Königs unterblieben, und nun richtete der Kronprinz in den letzten Tagen des Juni ein Schreiben an Bismarck, worin er dessen Politik in starken Ausdrücken verurteilte und erklärte, er betrachte solche Minister als die allergefährlichsten Ratgeber für die Krone und das Land und werde den König bitten, sich, solange dieses Ministerium im Amte bleibe, der Teilnahme an diesen Sitzungen enthalten zu dürfen.*) Der möglichst baldige Sturz des nach ihrer Ansicht verderblichen Ministers war der glühendste Wunsch eines ganzen Kreises von damals einflußreichen Persönlichkeiten. Es gehörten dazu Theodor von Bernhardi, Max Duncker**), Holtzendorff, Sammer, Francke, Usedom u. a. Mit ihnen stimmten überein: die kronprinzliche Familie, der Augustenburger, der Fürst von Hohenzollern, der König Leopold. Der rührigste aller dieser Gegner Bismarcks war aber Heinrich Geffcken, der damalige hanseatische Ministerresident in Berlin.***) In Wien hoffte man nun, von dieser Stömung großen Nutzen ziehen zu können. Es wurde ein Plan entworfen, den deutschen Bund im Sinne Österreichs umzugestalten. Man rechnete im voraus auf die Zustimmung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Der Erbe Habsburgs baute beinahe ebenso fest auf ihre Vorliebe für sein Haus, wie auf ihre Furcht oder auf ihren Haß gegen Preußen. Viel versprach er sich auch von seiner persönlichen Einwirkung, von der Macht der geschichtlichen Erinnerungen und von der Gewalt der Überraschung; im Fluge, durch einen diplomatischen Handstreich, gedachte er die deutsche Kaiserkrone zu gewinnen. Ganz unerwartet erhielten

*) Näheres in „Der Kronprinz in der Konfliktzeit", i. d. Grenzboten XLVIII. Nr. 26, Lpz. 1889, S. 548 ff.

**) R. Hagen, Das Leben Max Dunckers, Berlin 1891.

***) Vgl. Aus dem Leben Th. v. Bernhardi, Leipzig 1895 u. 1897, Teil V und VI.



von ihm alle deutschen Fürsten und die Bürgermeister der vier freien Städte eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Frankfurt am Main. Sie kamen; am 17. August 1863 fand dieser Fürstentag statt (24 deutsche Fürsten und 4 Bürgermeister). Die preußische Partei auf dem Fürstentage war: Baden, Oldenburg, Weimar, Gotha, Altenburg, Waldeck, Sondershausen, die drei Hansestädte.*) Nur der König von Preußen war nicht gekommen; er kam auch nicht, als ihn folgenden Tages die ganze versammelte Fürstenschaft einlud; wie hätte sich auch Preußen in einer Lebensfrage können überstimmen lassen? Wilhelm I. war nämlich damals in Gastein. Auf seiner Reise nach Frankfurt besuchte ihn Franz Josef, überraschte ihn durch Mitteilung seines Reformplanes, ersuchte der Einladung zu folgen. König Wilhelm lehnte ab. Die Fürsten luden ihn, der inzwischen nach Baden gereist war, ein; König Johann von Sachsen brachte den Brief. Wilhelms I. Herz neigte nun zwar zur Annahme der Einladung. „Dreißig Fürsten als Einlader, ein König als Kabinettskurier — wie kann man da ablehnen?“ Aber Bismarck, den er zu sich berufen, sagte: „Wenn er es befehle, werde er mit ihm nach Frankfurt, dann aber nicht mehr als Minister nach Berlin gehen“. König Wilhelm kam also nicht; es war dies die Revanche Preußens für Olmütz. Trotzdem legte Franz Josef am 18ten seinen Reformplan der Versammlung vor; derselbe lief darauf hinaus, daß Österreich hinfort an Deutschlands Spitze und Preußen auf einer Stufe mit Bayern stehen sollte. Es war ein thörichter Gedanke, ebenso unausführbar wie seltsam. Franz Josef mochte erwartet haben, daß ihn Volk und Fürsten in Frankfurt von Begeisterung hingerissen zum deutschen Kaiser ausrufen würden; statt dessen fragte man sich, was ein Projekt solle, welches Preußen zumute, sich freiwillig zum Vasallen Österreichs zu machen. Die Fürsten hörten den Plan an, sprachen gute Wünsche für Deutschlands Einigkeit aus und gingen kopfschüttelnd wieder nach Hause. Natürlich lehnte König Wilhelm das österreichische Projekt, als man es ihm mitteilte, ebenso einfach ab, wie kurz zuvor die Einladung zu diesem Fürstentage. Damit war die Sache zu Ende.

Besser schienen sich eine Zeitlang die beiden deutschen Großmächte in einer anderen brennenden Frage zu verstehen, welche die deutsche Nation damals mächtig bewegte. Es war dies die schleswig-holsteinsche Angelegenheit.

Am 30. März 1863 hatte König Friedrich VII. von Dänemark eine Verfügung erlassen, welche die Rechte der Herzogtümer Schleswig-Holstein verletzte, und darauf hinauslief, Schleswig von Holstein abzutrennen und Dänemark einzuverleiben. Friedrich VII. erfüllte damit einen dringenden Wunsch der in Dänemark herrschenden sogenannten eiderdänischen Partei, wie seinen eigenen Wunsch; aber er brach damit eine Verpflichtung, die er im Londoner Protokoll eingegangen war und führte einen Schlag gegen das deutsche Nationalgefühl, welchen Deutschland nicht hinnehmen wollte. Die schleswig-holsteinsche Frage

*) Ernst II., Aus meinem Leben, III. S. 126 ff.

war wieder hell entflammt — die nationale Erregung groß. Die deutschen Großmächte durften zu diesem Schritt des Dänenkönigs nicht schweigen, Preußen am wenigsten. Nichts war ja für die Herstellung des preußischen Ansehens in Deutschland wichtiger, als daß Preußen die Ehrenschuld abtrug, die es in Schleswig-Holstein auf sich genommen. Die Befreiung dieses Landes lag aber auch an und für sich in Preußens Interesse; denn in welcher Form dasselbe auch für Deutschland gewonnen wurde, immer verstärkte es die Kraft des protestantischen Norddeutschlands, also des natürlichen Machtbereichs Preußens, und zwar verstärkte es sie durch seine maritimen Hilfsmittel um ein beträchtliches. Zu diesem Unternehmen wünschte das Berliner Kabinett jedoch die Mitwirkung Österreichs. Der König hoffte, solch Zusammengehen werde der Anfang zu einer beiderseitigen aufrichtigen Freundschaft sein; Österreich werde sich bekehren und ihm im Norden helfen wollen, um seinerseits im Süden auf ihn zählen zu können. Bismarck aber legte besonders wegen der fremden Mächte auf den Beistand Österreichs in der schleswig-holsteinschen Sache den größten Wert. Denn wenn Preußen hier im Widerspruch gegen Österreich und dessen deutsche Genossen vorging, ohne doch, was dem Könige Wilhelm nun einmal aufs äußerste widerstrebte, Napoleons Hand ergriffen zu haben, so fand es sich vereinzelt allen Großmächten gegenüber. Das Ausland hatte zu Deutschlands Verstärkung immer scheel gesehen, und die Dänen schöpften gerade aus diesem Umstande die größte Hoffnung. Ohne Rückendeckung konnte Preußen hier auf Erfolg nicht rechnen, und sie war, wie die Dinge lagen, eben nur bei Österreich zu finden. Denn die in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten herrschende Begeisterung für „Schleswig-Holstein meerumschlungen," auf welche Preußen als auf die beste Hilfsmacht von der liberalen Tagespresse verwiesen wurde, konnte zwar bei diplomatischen Verhandlungen mit solchen Regierungen, die, wie die britische, von der Kraft volkstümlicher Stimmungen eine hohe Meinung hatten, als wichtiger Umstand behandelt werden, warf aber im Kriegsfall, wie jeder wissen mußte, der die deutschen Dinge genau kannte, kein hinreichend schweres Gewicht in die Wagschale. Überdies hatte sich die deutsche Demokratie immer als grundsätzliche Gegnerin des Preußentums erwiesen. Dagegen, wenn Österreich als Hilfsmacht gegen Dänemark mit ins Feld zog, so beschwichtigte eine solche Gemeinschaft den Argwohn, schreckte die Fremden von einer Einmischung ab und ermöglichte es Preußen, die schleswig-holsteinsche Sache nicht als deutsche Bundesmacht, sondern als europäische Großmacht, also auch im eigenen Interesse zu führen. Für den Fall des Sieges hatte es sich dann nur mit Österreich über das weitere Schicksal der Herzogtümer zu verständigen, während, wenn es mit dem deutschen Bunde zusammen vorging, neben Österreich noch 31 andere deutsche Regierungen standen, die ebenfalls mitzusprechen und mitzuverfügen hatten.

Die preußische Regierung hatte daher sogleich nach jenem Vorgehen Dänemarks das Wiener Kabinett aufgefordert, mit ihr vereint, vorerst diplo-

matisch, sodann, wenn nötig, bewaffnet, einzuschreiten. Nun konnte Österreich aus den nämlichen Gründen, aus welchen Preußen die Abtrennung jener Lande vom dänischen Staate wünschte, dieselbe nur sehr ungern sehen. Aber die öffentliche Meinung Deutschlands forderte aufs dringendste die Befreiung dieser „Schmerzenskinder Germaniens." Sollte Österreich sich als den Feind einer so durchaus deutschen Sache darstellen? Das hieß, bei der Nation alle Liebe, um die man doch gerade jetzt sich bemühte, verscherzen. Vielmehr mußte versucht werden, die schleswig-holsteinsche Frage so zu behandeln, daß nicht Preußen, sondern gerade Österreich sogar im fernen Norden als der rechte Hort Deutschlands erschien, oder wenigstens, daß Preußen für sich selbst keinen thatsächlichen Vorteil aus jenen Dingen zog. Das Wiener Kabinett beschloß deshalb, die Vertretung der deutschen Ansprüche dort nicht Preußen allein zu überlassen, sondern daran teilzunehmen. Und so wurde denn der preußische Antrag auf gemeinsames Vorgehen gegen Dänemark in Wien günstig aufgenommen.

Bei der einheimischen Gegnerschaft dagegen erregte derselbe großen Unwillen. Es erhob sich sofort die „deutsche Fortschrittspartei" und erklärte im preußischen Abgeordnetenhause unter dem Beifall der Mehrheit (am 17. April): „die preußische Regierung sei wegen ihrer Isolierung nach außen und wegen des inneren Konflikts garnicht imstande, gegen Dänemark Krieg zu führen, und falls sie es wolle, werde ihr das Haus entgegentreten, weil ein glückliches Resultat des Krieges nicht zu erwarten sei." Aber Bismarck ließ sich nicht einschüchtern; er antwortete darauf: „Ich kann Sie und das Ausland versichern, wenn wir, die preußische Regierung, es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheißen!" Hell auf flammte darob der Zorn der Fortschrittsmänner. Einer derselben, Schulze-Delitzsch, ließ sich sogar (bei einer Zusammenkunft mit deutschen Parteigenossen zu Frankfurt a. M. im August) zu der Äußerung hinreißen: „Man müsse Preußen den Großmachtkitzel austreiben!" Bismarck blieb unentwegt. Noch in demselben Jahre bot sich ihm zu bewaffnetem Einschreiten eine günstige Gelegenheit, und ohne Zögern ergriff er sie beim Schopfe. Am 15. November starb König Friedrich VII., und sein Nachfolger auf dem dänischen Throne Christian IX. ordnete sogleich die Einverleibung Schleswigs in den dänischen Gesamtstaat an, während andererseits ein Verwandter der mit Friedrich VII. erloschenen älteren Linie des Hauses Schleswig-Holstein-Gottorp, der Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg Erbansprüche auf die beiden Länder Schleswig und Holstein erhob. Diese Ansprüche, die von den Dänen nicht anerkannt wurden, waren deshalb von zweifelhafter Berechtigung, weil Friedrichs Vater 1852 der dänischen Regierung gegenüber in seinem und seiner Söhne Namen sich verpflichtet hatte, der durch das Londoner Protokoll festgesetzten Erbfolgeordnung keinen Widerstand entgegenzusetzen, wogegen er von ihr für seine eingezogenen Güter Geldentschädigung empfangen hatte. Diesem ihm damals durch die Umstände abgezwungenen Vertrage hatte

er sich dann zwar später entzogen, indem er seine Erbrechte an Schleswig-Holstein seinem Sohne abtrat; allein die Rechtmäßigkeit dieses Schrittes war doch fraglich. Außer Zweifel aber stand, daß der König von Dänemark durch die Einverleibung Schleswigs ein Unrecht begangen hatte. An diesem Punkte griff Bismarck an; er richtete sogleich nach Wien den Auftrag, nunmehr mit Preußen vereint Deutschlands Recht in Schleswig-Holstein mit Gewalt herzustellen. Sollte Österreich dem alten Nebenbuhler so weit folgen, sich mit ihm bis zu einem Kriegszuge verbinden? Hier kam der preußischen Regierung ihre häusliche Schwierigkeit, der „Verfassungskonflikt" sehr zu nutze; ohne diesen wäre es Bismarck wohl nicht gelungen, Österreich zu jenem Schritte zu bewegen. So aber rechnete man in Wien auf die vermeintliche innere Schwäche und Zerrissenheit Preußens und hielt diesen Staat deshalb für einen durchaus ungefährlichen und im Notfall leicht zu bändigenden Bundesgenossen. Die preußische Werbung fand daher williges Gehör, und es kam zwischen den beiden Höfen eine Verständigung über die Maßregeln zustande, die jetzt zu treffen seien. Man hätte ohne weiteres das Londoner Protokoll von 1852 und damit die Erbfolge Christians IX. in den Herzogtümern für ungiltig erklären können und dürfen; denn die Bedingungen jenes Vertrages, daß derselbe vom Bunde anerkannt werde, und daß Dänemark die Verfassung der Herzogtümer achte, waren nicht erfüllt worden. Aber Bismarck zog es vor, die Erbfolgefrage noch in der Schwebe zu lassen, und bewirkte vorerst nur, daß der deutsche Bund einem früheren Beschlusse gemäß die Exekution in Holstein vornahm. Es wurden zu diesem Zwecke hannöverische und sächsische Truppen abgeschickt; sie marschierten Weihnachten 1863 ein, und alsbald sprach das Volk in Holstein unter dem Jubel Deutschlands die Trennung von Dänemark aus. Die Mehrzahl in den Herzogtümern meinte indes eine Gewähr für die Dauer dieses Erfolges nur dann zu haben, wenn Schleswig-Holstein einen eigenen deutschen Fürsten erhalte; die Holsteiner riefen daher den Herzog Friedrich von Augustenburg zu ihrem Landesherrn aus, und in Schleswig war die deutsche Bevölkerung bereit dasselbe zu thun. Überall in Deutschland forderte nun die Demokratie, daß dieser Prinz dem Volkswillen gemäß als Fürst anerkannt werde; denn Herzog Friedrich hatte sich verpflichtet, das demokratische schleswig-holsteinsche Staatsgrundgesetz von 1848 in Kraft zu setzen; daher war er der deutschen Demokratie um so lieber. Zwar die deutschen Mittel- und Kleinstaaten waren ihm sehr geneigt. Allein die preußische Regierung hätte gegen das Interesse ihres Staates gehandelt, wenn sie sich im voraus so die Hände gebunden; sie ließ die Ansprüche des Augustenburgers vorläufig auf sich beruhen, beschränkte sich zunächst darauf, die Einverleibung Schleswigs den Dänen zu verbieten, und da Christian IX. im Vertrauen auf Englands, Frankreichs und Rußlands Hilfe diese Maßregel nicht zurücknahm, so wurde der preußische Hof mit sich einig, nunmehr in den Krieg einzutreten.

Zwar widersprach auch jetzt das Abgeordnetenhaus; es verlangte, daß

Preußen nicht mit Österreich, sondern mit dem Bunde zusammen vorgehe und zwar zu dem Zwecke, Schleswig-Holstein für den Herzog von Augustenburg zu erobern, und weil die Regierung darauf nicht einging, so strich es wie früher die neuen Heereskosten (16. Januar 1864), verweigerte eine von der Regierung behufs des Krieges geforderte Anleihe (22. Januar) und erklärte, da das Herrenhaus seinerseits die Vorlagen der Regierung annahm, diesen Beschluß desselben für ungiltig und alle ohne Zustimmung beider Häuser des Landtags geschehenden Ausgaben oder Anleihen im voraus auf immer für unverbindlich (25. Januar). Zugleich erließ es (am 22sten) auf Antrag des Abgeordneten Schulze-Delitzsch eine Erklärung folgenden Inhalts: „Mit seiner jetzigen Politik fällt Preußen von Deutschland ab und mißbraucht seine Großmachtstellung; diese Politik kann kein anderes Ergebnis haben, als die Herzogtümer abermals an Dänemark auszuliefern; sie fordert überdies den berechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland heraus; darum wird das Haus der Abgeordneten mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegentreten."

Durch diese Beschlüsse gedachte die „deutsche Fortschrittspartei" die Regierung matt zu setzen; aus den Motiven und Berichten, auf Grund deren dieselben gefaßt wurden, ging hervor, worauf es dabei ankam: der König sollte genötigt werden, überhaupt nicht wie es ihm, sondern wie es der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gut schien, zu regieren. Die Frage, wessen Wille denn im Staate zuletzt entscheiden solle, beantwortete Bismarck, seitdem er Minister geworden, dahin: daß eben keine der Staatsgewalten ihr Recht rücksichtslos geltend machen dürfe; „das Prinzip des konstitutionellen Lebens sei der Kompromiß." Die Fortschrittspartei verlangte eine andere Lösung: der Volkswille müsse entscheiden, und sein Organ sei die vom Volke gewählte Vertretung. Wie wenig hierzu die bestehenden Gesetze und die Vergangenheit Preußens stimmten, wies Bismarck in der Rede nach, welche er wider jene Beschlüsse am 22. Januar im Abgeordnetenhause hielt: „Es handelt sich hier", sprach er, „um einen Kampf über die Herrschaft Preußens zwischen dem Hause der Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten. Nach der Verfassung steht dem Könige das Recht über Krieg und Frieden, das Recht seine Minister zu wählen und die ganze Exekutivgewalt zu. Sie dagegen fordern, daß der König in der auswärtigen Politik nicht seinen eigenen Intentionen folge, sondern den Ihrigen; ja sogar, daß er die Maßregeln, welche erforderlich sind, um das Recht und die Ehre des Landes zu schützen, Ihrer Erwägung entsprechend auswähle; mit dürren Worten machen Sie das Recht der Krone über Krieg und Frieden von Ihrem Votum abhängig. Sie wollen die Regierung zu einer Aktion nach außen veranlassen, und zwar zu einer Aktion nicht nach dem Ermessen der Exekutivgewalt, sondern zu einer von Ihnen bestimmten Aktion, wie Sie sagen, im wohlverstandenen Interesse Preußens — wohlverstanden ist natürlich nur dasjenige Interesse, welches Sie als solches

verstehen. Sie fordern, daß der König auf Ihr Geheiß einen Eroberungskrieg führe, um Schleswig für den Herzog von Augustenburg zu gewinnen. Mit einem Worte, wenn man Ihr Vertrauen erwerben soll, so muß man sich Ihnen in einer Weise hingeben, wie es für die Minister des Königs von Preußen nicht möglich ist. Wir würden dann nicht königliche Minister, wir würden Parlaments-Minister, wir würden Ihre Minister sein, und dazu, das hoffe ich zu Gott, werden wir nicht kommen. Ob die Minister das Vertrauen des Königs haben, ist Ihnen vollständig gleichgiltig. Der König würde danach eine Persönlichkeit sein, die weniger Einfluß auf die Geschäfte Preußens hätte als irgend ein Fraktionsführer, mit dem man kapitulieren muß, wenn man ihn gewinnen will; aber über die Rechte des Königs könnte man stets einfach zur Tagesordnung übergehen. Sie widersprechen durch Ihr Verhalten nicht nur der Verfassung, sondern auch den Traditionen und der Geschichte; Sie widersprechen dem Volksgeist Preußens. Dieser ist Gott sei Dank durch und durch monarchisch, und dabei wird es auch trotz Ihrer Aufklärung, die ich Verwirrung der Begriffe nenne, bleiben. Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unserer Vergangenheit, indem Sie die Großmachtstellung Preußens, welche durch schwere Opfer an Gut und Blut des Volkes errungen ist, desavouieren. Sie widersprechen der glorreichen Vergangenheit des Landes, indem Sie in einer Machtfrage zwischen der Demokratie und den kleinen Staaten auf der einen und dem preußischen Thron auf der andern Seite für erstere Partei ergreifen. Sie wollen Preußen einer Bundesmajorität unterwerfen, es mediatisieren lassen; damit thun Sie gerade, was Sie uns vorwerfen: Sie setzen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes. Sie sagen: Preußen soll bestehen, wie wir es wollen, oder wenn nicht, so mag es zu Grunde gehen! Aber das preußische Volk denkt und fühlt so nicht. Die Souveränität des Königs, dieser rocher de bronce, steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhms, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums. Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihre Resolutionen, durch Ihr liberum Veto."

In der That, wenn die Fortschrittspartei gehofft, mit ihren Willensäußerungen irgend etwas zu erreichen, so irrte sie sich. Schon die erwartete Wirkung auf das Volk blieb aus.

Freilich den Beschlüssen hinsichts des Budgets stimmte fast jeder Liberale zu; sie schienen zum Schutz des Volksrechts notwendig. Aber jene Erklärung in betreff der auswärtigen Politik stieß alle Gemäßigten wie alle Preußischgesinnten ab. Diese erblickten in ihr den Ausdruck blinder Parteiwut und verurteilten sie als eine ebenso unweise wie unpreußische Handlung.

Noch weniger ließ der König sich beirren. Also seine Politik von der Fortschrittspartei vor Europa gleichsam in den Bann gethan! Es war nicht das erste Mal in der Geschichte Preußens, daß der Landesherr dem Landtag zum Trotz Großes und Gutes hatte vollführen müssen; auch unter dem Großen

Kurfürsten hatte die Landesvertretung so kurzsichtig und hartnäckig auf ihrem Schein bestanden. Nicht minder fest als der Ahnherr war König Wilhelm; seine Politik ging ruhig ihren Gang weiter. Er griff jetzt in der schleswig-holsteinschen Sache zum Schwert; Österreich folgte wieder. Am 1. Februar 1864 überschritten die Truppen der beiden Mächte unter preußischem Oberbefehl die Eider; der dänische Krieg begann.*)

Er fügte der ruhmreichen Geschichte Preußens ein neues glänzendes Blatt hinzu. Auch die Abgünstigen konnten nicht umhin, einzuräumen, daß der preußische Soldat in dem schweren Winterfeldzuge mit Ausdauer, Gewandtheit und Tapferkeit gefochten, und selbst die dänischen Bewohner der Halbinsel rühmten seine gute Manneszucht. Die Alten daheim aber, die einst den Befreiungskrieg mitgemacht, sahen mit Stolz die Söhne der Väter wert. In der That, wenn auch die Verhältnisse dieses Krieges unendlich kleiner waren, den stürmischen Mut, womit das Heer bei Düppel mehr that, als ursprünglich befohlen war, und an jenem Ehrentage, Montag den 18. April, in zwei Stunden (von 10—12 Uhr vormittags) die schwarz-weiße Fahne auf alle zehn Schanzen und auf den Brückenkopf am Alsener Sunde pflanzte, diese Schwungkraft durfte man immerhin mit der selbstbewußten Energie der Kämpfer von 1813 vergleichen. Ein hellleuchtendes Beispiel soldatischen Pflichtgefühls gab in dieser Schlacht durch seinen Opfertod der Pionier Klinke vom 3. Brandenburgischen Pionier-Bataillon von Rauch, ein Bergmann von Beruf (aus dem Dorfe Bohsdorf bei Spremberg). Weil nämlich die in den Gräben befindlichen Brustwehrpalissaden bei Schanze 2 den Mannschaften ganz außerordentliche Schwierigkeiten boten und die Geschosse der Dänen fürchterlich unter den Stürmenden aufräumten, sprang Klinke mit seinem Pulversack in den Graben hinab, warf die Sprengmasse an die Palissadenwand und zündete sie an, wobei ihn der Unteroffizier Lademann und der Pionier Kitto unterstützten. Da Klinke das Gelingen seines Werkes überwachen und sich nicht retten wollte, wurde er durch die Explosion furchtbar verbrannt und verstarb bald darauf. Seiner Familie wurde eine sorgenfreie Existenz gesichert. Auch manche Äußerung im Volke erinnerte an die älteren Zeiten des preußischen Kriegsruhms. So ließ damals eine Bauernwitwe im uckermärkischen Dorfe Flieth durch den Ortsprediger ihren in Schleswig stehenden Sohn, von dem es (übrigens fälschlich) hieß, er habe wenig Mut gezeigt, zornig wissen, „sie wolle lieber, daß er tot als ein feiger Soldat sei.“ Der Hauptmann konnte ihr zum Trost schreiben, der betreffende Füsilier habe immer brav gefochten, was denn zur Genugthuung der Gemeinde und zur Ehrenrettung der Familie von der Kanzel herab verlesen wurde. Auch die Leistungen der Führer befriedigten. Der preußische General Prinz Friedrich Karl, Neffe des Königs, hatte sich durch den Schleiübergang bei Arnis (6. Februar), noch mehr dann

*) Der deutsch-dänische Krieg 1864, herausg. v. Gr. Generalstab, 2 Bde., Berl. 1886/87. — K. Blasendorff, der deutsch-dän. Krieg von 1864. — H. Granier, Der Feldzug von 1864, deutsche Heeres-Ztg., Jahrg. 22, Nr. 40—60, Berl. 1897.

durch die umsichtige Belagerung der Düppeler Schanzen als tüchtiger Feldherr erwiesen. Freilich an und für sich war der Sieg zweier Großmächte über einen so kleinen Staat wie Dänemark, der Sieg von 37 000 Preußen und 22 000 Österreichern über 37 000 Dänen noch nichts Bewundernswertes.

Selbst die kleine preußische Flotte zeichnete sich aus; bei Jasmund, am 17. März 1864, bestand sie ihr erstes Gefecht; drei preußische Schiffe (Arkona, Nymphe, Loreley) kämpften dort tapfer mehrere Stunden lang gegen sechs dänische und fügten dem Feinde größeren Verlust zu, als sie selbst erlitten.

Aber man hatte in Preußen bald noch einen andern Grund zur Freude. Auch die preußische Diplomatie leistete offenbar weit Besseres, als man erwartet hatte, und selbst diejenigen, welche Preußens Bund mit Österreich als einen Haupt- und Grundfehler verurteilten und die Bismarcksche Politik nur mit künstlerischem Interesse betrachteten, konnten nicht umhin, ihr einigen Beifall zu spenden. Denn sie benutzte die Umstände mit einer Virtuosität, die wenigstens an einem preußischen Diplomaten neu war. Der Tag von Düppel hatte es ihr freilich sehr erleichtert. An sich war er ein großer militärischer Erfolg: fast 5000 Dänen kampfunfähig, 119 Kanonen erbeutet, die feindliche Streitmacht gebrochen und vom schleswigschen Festlande verjagt; — aber er verbesserte auch die politische Stellung Preußens ungemein. Denn die Österreicher hatten an diesem einzigen größeren Kampfe keinen Teil gehabt; dagegen gab das Blut seiner Söhne, die bei Düppel getötet oder verwundet waren, dem preußischen Staate ein Anrecht auf den Boden, den es tränkte, wenn anders große Opfer ihren Lohn verdienen. Um so entschiedener konnte nun Preußen bei den Londoner Friedens-Konferenzen (vom 25. April bis 25. Juni 1864) für Schleswig-Holsteins dauernde Befreiung auftreten; nicht eingeschüchtert durch Englands Drohungen, sagte es sich am 15. Mai offen und völlig vom „Londoner Protokoll" los, und da das Zusammenhalten der beiden deutschen Großmächte dem Auslande offenbar Achtung einflößte, auch die Königin Viktoria ohnehin friedliebend war, und somit weiterer Erfolg in Aussicht stand, so schloß sich Österreich auch jetzt noch der Politik seines alten Nebenbuhlers an, damit dieser nicht die zu erwartenden Früchte allein ernte.*)

Als darauf die Hartnäckigkeit der Dänen den Wiederausbruch der Feindseligkeiten (am 26. Juni) herbeiführte, gewannen die preußischen Waffen einen neuen und kaum weniger glänzenden Sieg. Es galt, den Dänen ihren letzten Stützpunkt in Schleswig, die Insel Alsen zu entreißen. Sie war durch den breiten Alsener Sund geschützt und von 11 000 Dänen unter dem General Steinmann besetzt. Mittwoch am 29. Juni 1864 gingen die Preußen, 18 000 Mann, geführt vom General Herwarth von Bittenfeld**), zuerst 3000 Mann auf 120 Böten, unter dem feindlichen Feuer hinüber, warfen den Feind rasch in die Flucht und trieben ihn von der Insel in seine Schiffe. 2800 Gefangene,

*) Aus dem Leben Th. von Bernhardi, Teil VI, Leipzig 1897.

**) v. Pfister, Herwarth v. Bittenfeld, Stuttgart 1894.

500 Tote oder Verwundete, 97 Kanonen ließ er zurück; die Sieger hatten nur 60 Tote, 300 Verwundete.

Dänemarks Trotz war nun gebrochen. Es konnte sich von der See nicht mehr geschützt wähnen, mußte eines Angriffs durch die vereinigte österreichisch-preußische Flotte und zugleich einer Landung der Verbündeten, die ganz Jütland schon besetzt hatten, auch in Fünen gewärtig sein. Die dänische Regierung bot daher die Hand zum Frieden; am 1. August verhandelte ihr Gesandter zu Wien mit den Bevollmächtigten Preußens und Österreichs um einen Waffenstillstand, und nachdem die vorläufige Übereinkunft geschlossen worden, trat der König von Dänemark dann endgiltig im Frieden zu Wien am 30. Oktober 1864 dem Kaiser von Österreich und dem Könige von Preußen die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg ohne Vorbehalt ab.

Es mußte sich nun entscheiden, ob Bismarcks Kunst, die bereits so viel erreicht, auch in dem Punkte, welcher für Preußen die Hauptsache war, Stich halten, ob sie das eroberte Schleswig-Holstein mit seinen zu Seehandel und Seemacht so diensamen Hilfsmitteln in einer oder der andern Weise an Preußen bringen werde. Konnte sie es, so hatte sie nicht bloß die materiellen Kräfte und das äußere Ansehen des Staates sehr vermehrt, sondern auch für die glückliche Lösung der deutschen Einheitsfrage mehr gethan, als seit fünfzig Jahren geschehen war. Dann erst kam auch die einheimische Demagogie, die noch kürzlich, den Vorteil der Partei über das Staatswohl stellend, wider „Preußens Großmachtkitzel" unpreußisch geeifert und dann über Bismarcks Erfolge sich geärgert hatte, um ihren Einfluß beim Volke.

Mit zweifelnder Besorgnis erwogen die Freunde, mit schadenfroher Erwartung berechneten die Feinde der Regierung, wie viel hier auf dem Spiele stand. Das fühlte ein jeder Preuße, der Staat war an einem großen Wendepunkte seiner Geschicke angelangt; war es zu schönem Aufschwung oder zu schmählichem Niedergang? Die Masse der Halbgebildeten im Volke holt sich von der Zeitungspresse die Orakel; sie verkündeten fast alle Unheil. Denn die Köpfe der Tagespolitiker benimmt so leicht der Streit der Parteien. Aber mit freudigem Vertrauen warteten der Zukunft, denen Klio die Pythia war. Denn sie, die rückwärts gekehrte Prophetin, die aus der Vergangenheit die Gegenwart erklärt, sah in der Geschichte Preußens die Dynastie einer Aufgabe von seltener Größe oft mehr als gewachsen und nur in wenigen Fällen unter ihr bleibend; die Nation, von jener gebildet, reich wie ein altes Volk an Thaten und Ehren, doch trotz ihrer Jugend nur ein-, zweimal sich verirrend; und sie schloß, daß die beiden in Zukunft hin und wieder schwanken, aber sicherlich immer wieder sich finden würden, treu und wert der hohen Ziele, welche die Vorsehung so offenbar ihnen gesteckt hatte.

Die Einigung Deutschlands.

Die deutsche Frage.

Die Völker haben, eben wie die Einzelnen, in ihrem Charakter zugleich den Zug nach dem Gleichmäßigen, auf Regel, Gesetz, Allgemeinheit hin, und die Neigung zum Eigenartigen, die sich am Wechsel, an der Ausnahme, an dem Besonderen freut. Auf der Verbindung von Analogie und Anomalie beruht nicht bloß die Grammatik, sondern auch die Seelenlehre. So betrachtet hat die deutsche Vielstaaterei nichts Widersinniges; sie entspricht vielmehr der angestammten deutschen Sondersucht. Allein je älter die Menschen und die Völker werden, je mehr bei ihnen der Verstand über das Gefühl und die Phantasie und die Bildung über die Natur emporkommt, desto höher steigt in ihrer Schätzung der Wert des Nützlichen, während das Vergnügen an dem Absonderlichen sich verliert. Die politische Zersplitterung Deutschlands hatte daher, auch wenn Gewalt fern blieb, keineswegs die Aussicht auf eben so lange Dauer wie das deutsche Volk. Wohl aber konnte sie über das Bedürfnis nach Eigentümlichem hinaus noch viele Menschenalter hindurch künstlich aufrecht erhalten werden.*)

Ein sehr wirksames Mittel hiezu war der 1815 geschlossene „deutsche Bund". Denn er legte den beiden Großmächten, welche sich als die natürlichen Erben des untergegangenen deutschen Reiches betrachten durften, die Pflicht auf, die deutschen Kleinstaaten in ihrem Bestande vielmehr zu schützen. Eine so lästige Pflicht hätte vernünftigerweise müssen durch große Vorteile aufgewogen werden. Aber weder waren die Beschützten willens solche zu gewähren noch ließen sich hierbei die Interessen Preußens und Österreichs gut vereinigen. Allein in Wien hielt man es schon für einen hinreichenden Gewinn, daß diese Bundesverfassung den preußischen Staat dazu verurteilte, in Deutschland die zweite, in Europa gar keine Rolle zu spielen; unfähig, selber die Kräfte Deutschlands an sich zu ziehen, war man dort zufrieden, wenn sie nur nicht

*) H. v. Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., 7 Bde., München u. Leipzig 1880 bis 1894. — Vgl. W. Maurenbrecher, Gründung des deutschen Reiches 1859—1871, Leipzig 1892.

dem Nebenbuhler zu gute kamen; lieber mochten sie unnütz verderben. Für die Kleinstaaten, insbesondere für die sogenannten Mittelstaaten, war diese Lage der Dinge natürlich höchst erwünscht; sie führten dabei ein ruhiges, bequemes Leben und genossen eines Anscheins von Bedeutung, die nach den wirklichen Machtverhältnissen ihnen doch nicht zukam. Hessen-Darmstadt z. B. hatte für den Kriegsfall das Recht auf den Beistand der preußischen Armee und stand dafür Preußen in dessen Kriegen mit 62 000 Mann bei. Die Geldbeiträge Preußens für den Bund waren ungefähr das 14fache von dem Hessens, die Stimmberechtigung leider aber die gleiche, und diese Gleichheit wurde sehr entschieden geltend gemacht.

Fünfzig Jahre lang hatte Preußen sich diesen „Bund" gefallen lassen, hatte gedient ohne Entgelt und sich zuletzt noch die Demütigung von Olmütz geholt. In Bezug auf dies Bundesverhältnis hatte Bismarck, als er den Gesandtschaftsposten in Petersburg antrat, die bekannte Äußerung gethan: „Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen."*) Da bot sich nun jetzt den Bundesgenossen eine Gelegenheit, Preußen ohne eigene Opfer zum Wohle des Ganzen eine Entschädigung zuzuwenden: Schleswig-Holstein, dessen Besitz für Preußen von dem allergrößten Werte, für Österreich fast nutzlos war, wurde von den beiden Mächten gemeinschaftlich erworben. Die Klugheit hätte den deutschen Regierungen gebieten müssen, allen ihren Einfluß in Wien zu gebrauchen, damit der Kaiser sein Mitbesitzrecht an Preußen abtrete. Aber gewohnt ihr Heil in der Schwächung dieses Staates zu erblicken, waren sie vielmehr eifrig bemüht, Preußen noch um seinen Anteil an jener Erwerbung bringen zu helfen. Sie verlangten, daß Schleswig-Holstein dem deutschen Bunde als ein besonderer Kleinstaat unter einem eigenen Fürsten hinzugefügt werde.

Auch für Österreich war die Entscheidung, vor der es stand, groß und verhängnisvoll. Jetzt lag es in seiner Hand, mit Ehren und mit Vorteil die Jahrhunderte alte Überlieferung der Mißgunst gegen Preußen aufzugeben und eine neue Politik, die Politik der Freundschaft einzuschlagen. Wenn es dem Könige von Preußen die dänische Beute gegen eine Entschädigung überließ, so war dies ein Dienst, der auf lange Zeit zum Dank verpflichten mußte, und der Charakter der Hohenzollern bürgte dafür, daß ihre Dankbarkeit sich ehrlich und wirksam erweisen würde. Ein solches Verhältnis zum preußischen Fürstenhause hatte mehr Wert als geschriebene Verträge, und so lange es bestand, konnte kein Feind wagen, nach Österreichs Besitz seine Hände auszustrecken.

Aber das Wiener Kabinett mochte sich zu einer solchen Betrachtung der Dinge nicht erheben; es konnte sich nicht entschließen, plötzlich den Aufschwung

*) Brief Bismarcks an den Minister von Schleinitz vom 12. Mai 1859, bei Hahn, Fürst Bismarck, I. 52.



dieses Staates zu fördern, der auf Österreichs Kosten groß geworden war, sondern es beharrte bei der überlieferten Politik. Behalten konnte und wollte es die Herzogtümer nicht; aber preußisch sollten sie auch nicht werden; oder doch nur für einen teuern Preis. Die österreichische Regierung zeigte sich also ebenso engherzig und kurzsichtig wie ihre deutschen Anhänger. Sie hatte von Preußens Kräften eine so geringe, von ihrer eigenen Macht eine so hohe Meinung, daß sie allen Ernstes glaubte, dem Mitbesitzer in Schleswig-Holstein die Bedingungen vorschreiben zu können. König Wilhelm bot ihr als Entschädigung zuerst Geldabfindung in hohem Betrage, dann, als man in Wien dies ablehnte, die Gewährleistung Preußens für den Besitz Venetiens*) an; auch diesen Preis verschmähte sie als zu gering. Vielmehr forderte der Kaiser Franz Josef für seinen Anteil, daß ihm ein entsprechendes Stück von Schlesien abgetreten werde.

Auf eine solche Bedingung einzugehen, altpreußisches Land zu opfern für neuen Erwerb, das konnte dem Könige nicht in den Sinn kommen. Ebenso wenig aber gedachte er darauf zu verzichten, Schleswig-Holstein in seinem Machtgebiete festzuhalten. Er verlangte für Preußen dort die Militärhoheit zu Lande und zur See. Wenn ihm diese zugesichert werde, so erklärte der König (am 22. Februar 1865), sei er bereit, in die Herstellung eines besonderen Staates Schleswig-Holstein einzuwilligen. Aber Österreich lehnte diese Lösung der Streitfrage ab. Es bestand darauf, der zu errichtende Kleinstaat müsse souverän sein, und der Prinz von Augustenburg, dem dieser neue Thron gebaut werden sollte, pflichtete dem Wiener Hofe darin vollständig bei.

König Wilhelm begann nun sich mit dem Gedanken zu befreunden, sich nötigenfalls mit Gewalt in dem Besitz der Herzogtümer zu behaupten. Wohin die Meinung des Königs selbst damals schon ging, erhellt aus einer kleinen Geschichte. Der König richtete an Manteuffel, welcher es liebte aus Schillers Wallenstein, den er fast auswendig wußte, zu citieren, einmal im Frühling 1865 die Frage: „Nun, Manteuffel, was soll aus Schleswig-Holstein werden? Was sagt ihr Wallenstein dazu?“ Manteuffel antwortete (W. T. I, 5): „So vieler Preußen adeliges Blut u. s. w. den unser König siegend sich erobert.“ Der König „war von dem treffenden Worte überrascht und versank in ernstes Nachdenken.“**) Österreich andererseits leistete nun den Ansprüchen des Augustenburgers allen Vorschub; beim Bundestage, indem es dem Antrage der Mehrheit (6. April) zustimmte, der Prinz solle sofort und ohne Bedingungen zum Herzog eingesetzt werden; beim schleswig-holsteinischen Volke, indem es dem Prätendenten zu Kiel eine Art von Hofhalt und Nebenregierung gestattete. Doch wurde hiermit nichts weiter erreicht, als daß Preußen, gestützt auf ein Gutachten seiner Kronjuristen, dem Augustenburger nunmehr jedes Anrecht bestritt, das Besitzrecht nach dem Recht der Eroberung, da Christian IX. nach dem Londoner Protokoll unzweifelhaft Besitzer gewesen, also das Recht der

*) Mitteilung des Königs in Wolfgang Menzels Denkwürdigkeiten, a. a. O., 576.

**) Das Leben des General-Feldmarschalls E. v. Manteuffel, v. H. Keck, Leipzig 1890, S. 71.

Abtretung gehabt, den beiden Staaten Österreich und Preußen zuwies und sich darauf gefaßt machte, den Knoten mit dem Schwert durchhauen zu müssen.

Es trafen indes mehrere Umstände zusammen, welche bewirkten, daß die beiden sich gegenüberstehenden Parteien einen Waffenstillstand schlossen noch vor dem Kriege. Nur sehr ungern sah König Wilhelm die freundschaftlichen Beziehungen, die der dänische Feldzug zwischen den Höfen von Wien und Berlin veranlaßt hatte, wieder abgebrochen, und nicht ganz mochte er der Hoffnung entsagen, daß Österreich am Ende doch noch zu einer Politik des Wohlwollens gegen Preußen könnte bewogen werden; vielmehr begünstigte er alle Bemühungen, die auf dieses Ziel gerichtet waren. Sehr emsig zum Frieden zu reden waren namentlich die drei fürstlichen Schwestern, die dem Könige und dem Kaiser so nahe standen, die verwitwete Königin Elisabeth von Preußen, die Königin Amalie von Sachsen und die Kaiserin-Mutter Sophie von Österreich, alle drei als geborene Prinzessinnen von Bayern auch auf den Münchener Hof nicht ohne Einfluß. Alle diese, noch mehr die Kronprinzessin Viktoria waren gegen Bismarck. „Ich habe sie alle besiegt“, sagte er nach Königgrätz. Während diese Ratgeberinnen auf die dynastischen Beziehungen den Ton legten, empfahlen andere Stimmen bei Hofe dasselbe mit Rücksicht auf die innere Lage Preußens.

Immer hatte die liberale Partei von der Regierung eine gründliche Verbesserung des deutschen Bundes verlangt. Allein die Mittel zu diesem Zweck, insbesondere das Geld für die Kosten der Heeresreform, wollte sie nur bewilligen, wenn der König durch mancherlei Verfassungsänderungen, z. B. durch eine Umgestaltung des Herrenhauses, den Schwerpunkt der Macht in die Abgeordnetenkammer verlege. Da er solchen Wünschen nicht nachkam, so ließen sich die Liberalen von der Demokratie ins Schlepptau nehmen und leisteten dem Ministerium Bismarck in allem und jedem grundsätzlich Widerstand. Diese vereinigte Gegnerschaft bildete die „deutsche Fortschrittspartei“, und ihre Losung war: „Durch Freiheit zur Einheit!“ Es befanden sich in ihr ganz verschiedene Elemente beisammen: gute und schlechte Preußen, das heißt solche, die, wie Waldeck, Twesten, Ziegler, dem preußischen Staate bei demokratischer Einrichtung im Innern doch nach außen Vergrößerung und Verstärkung wünschten, und solche, die, wie Johann Jacoby, denselben vielmehr am liebsten zu Gunsten einer europäischen Föderativ-Republik vernichtet hätten, mindestens aber, so lange er nicht parlamentarisch regiert würde, ihn niederhalten und demütigen wollten. Die Masse der Partei bestand aus Anhängern eines nach Englands Muster parlamentarisch beschränkten Königtums; ein Teil der Führer aber und die lautesten Schreier waren Demagogen, welche für Deutschland im Grunde amerikanische Zustände erstrebten. Einmütig waren alle darin, daß sie das Ministerium, weil es der Kammer zum Trotz die Heeres-Reorganisation durchgeführt und das Geld dazu eigenmächtig verwandt hatte, in der leidenschaftlichsten Weise des Verfassungsbruches anklagten und es zu stürzen suchten. Diese Partei beherrschte nun in Preußen das Ab-

geordnetenhaus und die Tagespresse und durch beide die öffentliche Meinung. Sie benutzte ihre Macht, um der verhaßten Regierung allerwege entgegen zu arbeiten. Sie verstieg sich sogar dahin, die Einsetzung des Augustenburgers in Schleswig-Holstein als etwas für den Staat Heilsames zu fordern. Übrigens fand diese Forderung auch in nichtdemokratischen Kreisen hier und da Anklang. So erklärte Simson (im März 1865) die Annexion gegen den Willen der Landesvertretung für eine Sünde am Geist der Nation.*) Denn — so behauptete sie täglich — unter einem reaktionären Ministerium sei Preußen ganz unfähig, in Deutschland irgend welche Erfolge zu gewinnen und könne nur zu einem zweiten Olmütz gelangen. Wofern aber der König sich mit liberalen Dienern umgebe und im Sinne des Ageordnetenhauses regiere, so werde dem Staate alles andere von selbst zufallen, weil dann das „deutsche Volk" ihn unterstützen werde. So wunderlich diese Prophezeiung auch war, sie wurde in weiten Kreisen des Volkes, wo man durch Parteileidenschaft verblendet war, treulich geglaubt, und dieser Glaube hielt um so fester, weil an der persönlichen Ehrenhaftigkeit der meisten Opponenten in der Kammer gar kein Zweifel sein konnte, und gerade die erbittertsten unter denselben Männer waren, deren Urteil in ihrem besonderen Fache maßgebende Geltung hatte: so Schulze-Delitzsch im Genossenschaftswesen, Professor Virchow in der Anatomie.**)

Ebenso seltsam wie die Fortschrittsmänner, legten sich die Entschiedensten der sogenannten Junkerpartei die Dinge zurecht. Nach ihrer Ansicht war das Heil für Preußen nur in einem innigen Bunde mit Österreich auf der Grundlage wie zur Zeit Metternichs zu finden, und konnte aus einem Zwiespalt der beiden Mächte nur die Demokratie Nutzen ziehen.

Also gerade die Parteien, welche auf dem Landtage das Wort führten, die ultrakonservative in der ersten Kammer, die ultraliberale in der zweiten, waren, wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen, gegen den Krieg. Wenigstens auf den Willen der Volksvertretung, wie sie nun einmal war, konnte sich der leitende Minister nicht berufen, wenn er den Krieg gegen Österreich befürwortete.

Indessen er befürwortete ihn nicht unbedingt, und nicht für den Augenblick. Er war mit seinen diplomatischen Vorbereitungen jetzt noch nicht fertig. Denn Frankreich zeigte sich durchaus unzuverlässig, die italienische Regierung fortdauernd unentschlossen; eine Parteinahme der deutschen Mittelstaaten für Österreich war als sicher anzunehmen.***) Wenn Preußen das Schwert gegen Österreich zog, so mußte es geschehen, nicht bloß wegen Schleswig-Holsteins, sondern zur Lösung der deutschen Frage überhaupt. Hiefür aber hatte sich Bismarck Verbündete ersehen und Pläne gefaßt, mit denen der konservative Sinn des Königs erst mußte befreundet werden. Er wünschte daher den Ausbruch des Entscheidungskampfes zu vertagen.

---

*) Vgl. Hahn, Bismarck, I. 310.

**) Aus dem Leben Th. von Bernhardi, Teil VI, Leipzig 1897.

***) v. Sybel, a. a. O., IV. 189 ff.

Eben dies war der österreichischen Regierung das Genehmste. Auch sie gedachte mit der schleswig-holsteinischen Frage Größeres zu verbinden; aber ihre militärischen Rüstungen, sowie diejenigen ihrer deutschen Verbündeten waren noch ganz unfertig, sie mußte Zeit gewinnen und war bereit, selbst ein Opfer für diese Frist zu bringen.

So kam es zwischen beiden Mächten zu einem vorläufigen Abkommen; sie schlossen am 14. August 1865 miteinander zu Gastein eine Konvention, kraft welcher Österreich und Preußen sich in die Verwaltung der Herzogtümer teilten; jenes sollte in Holstein, dieses in Schleswig die Herrschaft ausüben; das Mitbesitzrecht der beiden Souveräne auf die Gesamtheit der Herzogtümer blieb bestehen, eine endgiltige Lösung der Frage wurde weiteren Verhandlungen vorbehalten. Dagegen gestand Österreich dem preußischen Staate schon jetzt die Herrschaft über den Kieler Hafen zu, erlaubte ihm auch zur Verbindung der Nord- und Ostsee einen Kanal durch Holstein zu führen. Außerdem trat der Kaiser seinen Anteil an dem kleinen Herzogtum Lauenburg, dessen Landtag sich am 23. Oktober 1864 für Anschluß an Preußen erklärt hatte, dem Könige von Preußen ab, der ihm dafür 1 875 000 Thaler bezahlte und von dem Ländchen (21 Quadratmeilen mit 46 000 Einwohnern) am 15. September 1865 Besitz ergriff. Durch Gastein war jetzt Olmütz wett gemacht; der König belohnte Bismarck dafür mit dem Grafentitel.

Inzwischen verharrte das preußische Abgeordnetenhaus in seiner feindseligen Haltung. Der König hatte, auf die Befreiung Schleswig-Holsteins als eine Frucht der Heeresreform hinweisend, dem Landtag (am 14. Januar 1865) den dringenden Wunsch nach Beilegung des Verfassungsstreites ausgesprochen. Er wollte das Budgetrecht des Landtags ganz und voll anerkennen, bat um nachträgliche Genehmigung der gemachten Ausgaben und um neue Geldmittel behufs völligen Abschlusses jener Reform. Aber an dieser selbst, an den Grundsätzen der Neugestaltung, sollte ihm nichts geändert werden. Eben dies jedoch verlangte das Abgeordnetenhaus; es wollte namentlich die dreijährige Dienstzeit abgeschafft und dafür eine zweijährige eingeführt sehen. Hierauf konnte und wollte der König nicht eingehen. So dauerte der Zwist fort. Das Abgeordnetenhaus verwarf von neuem (am 8. Juni) die Kosten der Armee-Reorganisation und lehnte alle Anträge auf weitere Geldbewilligungen für Heer und Flotte ab (13. Juni). Aber die Regierung bedurfte gerade jetzt schlechterdings großer Geldmittel. Sie half sich dadurch, daß sie (im August) die dem Staate gehörige Köln-Mindener Eisenbahn für 28⁴/₅ Millionen Thaler an eine Privatgesellschaft verkaufte. So war Preußen denn auch finanziell hinreichend gerüstet für den neuen und schweren Krieg, der schon gleichsam in der Luft schwebte.

Am Berliner Hofe freilich schmeichelte man sich noch mit dem Glauben, der Kaiser von Österreich werde zu bewegen sein, auch sein Anrecht auf Schleswig-Holstein für Geld abzugeben. Auch war man geneigt, als Preis für eine Abtretung Schleswig-Holsteins den Österreichern Venetien auf einige

Jahre zu garantieren.*) Allzu schmerzlich war dem Könige der Gedanke, an den sich Bismarck schon seit Jahren gewöhnt hatte, daß Preußen nur durch Krieg gegen den Verbündeten von 1813 und 1864 zu der ihm in der Welt gebührenden Stellung sollte kommen können. Auch sein Generaladjutant, v. Manteuffel, der bei ihm mit Recht viel galt, teilte seine günstige Gesinnung für Österreich. Allein diese Gefühle mußten sehr bald vor der Macht der Thatsachen weichen. Auf Bismarcks klugen Rat betraute der König den General Manteuffel mit dem Amte eines Gouverneurs von Schleswig. Da hatte denn Manteuffel, der bei aller Vorliebe für konservative Politik doch für Preußens Recht und Ehre ein ungemein feines und empfindliches Gefühl besaß, vielfach Gelegenheit, sich selbst zu überzeugen, daß die Hoffnung, Österreich werde auf Preußens Interessen bundesbrüderliche und schuldige Rücksicht nehmen wollen, eine bloße Täuschung sei. Die österreichische Regierung fuhr im Gegenteil fort, in Holstein die Bemühungen der augustenburgischen Partei zu unterstützen und gab so deren Streben, dem Prinzen Friedrich auch in Schleswig Ansehen zu schaffen, Rückhalt. Manteuffel stand mit dem österreichischen Civil-Gouverneur bald auf gespanntem Fuße; denn er duldete nicht, daß Preußens Rechten irgendwie zu nahe getreten würde. Als der Prinz sich eines Tages in Eckernförde vom Volke als Herzog begrüßen ließ, drohte er ihm mit Verhaftung, wofern sich solche Ungehörigkeiten auf schleswigschem Gebiet wiederholen sollten (18. Oktober).

Österreich verharrte indes dabei, die Prätendentenschaft des Prinzen zu begünstigen, und als Graf Bismarck sich in einem kräftigen Anschreiben (vom 26. Januar 1866) darüber beschwerte, lautete die Antwort des Wiener Kabinetts ausweichend und ungenügend. Am 28. Februar fand deshalb eine Conseil-Sitzung statt. Zur Beratung stand, ob Preußen wegen Schleswig-Holsteins und der deutschen Frage mit Österreich Krieg führen solle. Alle Minister bejahten es; nur der Kronprinz blieb auf seinem schon im Mai 1865 bezeichneten Standpunkte: „Der Krieg gegen Österreich sei ein Bruderkrieg und die Einmischung des Auslandes in denselben gewiß.“ Der König entschied: Der Besitz der Herzogtümer sei eines Krieges wert; er wünsche den Frieden, sei aber, wenn es sein müsse, zum Kriege entschlossen. Er ließ also, wenn auch mit schwerem Herzen, die preußische Politik jetzt in die Wege einlenken, die sein oberster Ratgeber eröffnet hatte.

Graf Bismarck war von Hause aus, durch Geburt, Erziehung, Lebensstellung, ein sehr konservativer Mann; lange hatte er zu den Häuptern der preußischen Junkerpartei gehört. Allein von der Natur mit einem scharfen Blick für die wirklichen Verhältnisse der Welt und mit Zorn gegen alles Halbe und Unwahre ausgestattet, war es ihm, sobald er die Höhen des praktischen Staatsdienstes erstiegen, als preußischer Gesandter in Frankfurt, in Petersburg, in Paris, leicht gelungen, was ihm von politischem Aberglauben noch angeklebt,

*) Aus dem Leben Th. von Bernhardi's, a. a. O. S. 225.



abzuthun; die Stichwörter imponierten ihm jetzt ebensowenig, wie die pathetischen Phrasen der Volksredner. An die Spitze des preußischen Ministeriums gestellt, wäre er mit der liberalen Partei, die nun einmal im Landtag und in den gebildeten Klassen der Nation die Mehrheit hatte, gern Hand in Hand gegangen; aber durch ihren Widerstand gegen die Heeresverbesserung zwang sie ihn vielmehr, als ihr Feind aufzutreten. Darum war er jedoch keineswegs gesonnen, die Vorteile von sich zu weisen, die dem Staate erwachsen mußten, wenn er sich mit den Ideen und Mächten der neuen Zeit verbündete. Bismarcks Kunst als Staatsmann beruhte hauptsächlich darin, daß er ohne alles Vorurteil die Menschen und Dinge nahm, wie sie eben waren, und sein Verdienst darin, daß er die preußische Diplomatie dem alten Schlendrian entriß und sie lehrte, die Mittel nicht nach einem System, sondern, wie einst Friedrich der Große, jedesmal nach den Zwecken zu bestimmen. Preußen wollte Österreich zum Trotz ein Stück Land gewinnen; eben denselben Gegner und eine gleiche Absicht hatte Italien, welches den Besitz Venetiens erstrebte. Preußen wollte den „deutschen Bund" umwerfen, eine der Schöpfungen des Wiener Kongresses; diese Schöpfungen waren als ein Ganzes auch dem Kaiser Napoleon verhaßt. Was war natürlicher und sachgemäßer, als daß Preußen sich diesen Mächten in demselben Grade näherte, als es von Österreich abgestoßen wurde? Vor allem gebot ihm die Klugheit, sich für einen Krieg mit Österreich zwar nicht den Beistand, aber die Parteilosigkeit Frankreichs zu verschaffen. Bismarck durfte auf dieselbe rechnen. Schon im September 1862, als er, zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt, seinen Abschiedsbesuch als preußischer Gesandter beim Kaiser Napoleon machte, hatte er diesem seine Absicht, Österreich zu bekriegen, erklärt und von ihm das Versprechen der Neutralität erlangt. Zwar hatte Napoleon dabei eine „kleine Grenzberichtigung," nämlich das Saarbrückener Kohlenbecken, gefordert, aber auf Bismarcks Erklärung, der König werde nie auch nur ein einziges Dorf hergeben, hatte er sich beruhigt und nach freundlicher Warnung, weil er Preußen für schwächer als Österreich hielt, da Bismarck guten Mutes blieb, ihn mit den Worten verabschiedet: „Thun Sie, was Sie nicht lassen können!"*) So war damals das Einvernehmen angebahnt worden; jetzt vollendete es Bismarck. Gelegentlich einer Reise in das französische Bad Biarritz verständigte er sich im Oktober 1865 mit Napoleon III. dahin, daß Frankreich, falls es zwischen Preußen und Österreich zum Kriege komme, sich in die deutschen Dinge nicht einmischen solle.

Sehr gern gab Napoleon dieses Versprechen, neutral zu bleiben. Seine Ansicht war, die Einigung Deutschlands sei, wie diejenige Italiens, eine Naturnotwendigkeit, und für Frankreich wäre es minder nachteilig, wenn dieselbe durch Preußen, als wenn sie durch Österreich geschähe. Denn im ersteren Falle hätte Frankreich ein Vierzig-, im letzteren ein Achtzig-Millionenreich neben sich.**) Überdies wünschte er sein Wort: „Italien frei bis zur Adria!" voll-

*) Graf Seherr Toß, Erinnerungen, i. d. „Deutschen Rundschau", 1881, S. 46.

**) Vgl. Mémoires du maréchal Randon, Paris 81 77,II. 131.

führt zu sehen, und dazu verhalf am sichersten ein Krieg zwischen Preußen und Österreich. Er hatte noch einen eigennützigeren Beweggrund: er hoffte, die beiden deutschen Großmächte würden sich im Kampfe gegenseitig so schwächen, daß er selbst die Gelegenheit bekäme, auch ohne Schwertschlag in den Besitz eines Stückes vom deutschen Rheinlande zu gelangen. Von Österreich erwartete er in keinem Falle, daß es sich französischen Ansprüchen auf Erweiterung nach dem Rheine hin widersetzen würde. Preußen, das wußte er, gab freiwillig von deutschem Boden nichts her. Aber er meinte, es werde eben durch diesen Krieg, den es in Aussicht nahm, außer stand gesetzt werden, ihm erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten. „Denn" — so heißt es in einem französischen Bericht — „Bismarck hatte seine Entwürfe vor dem Kaiser mit einem in der Diplomatie bisher ganz unerhörten Freimut entwickelt, in so ungenierter, kavaliermäßiger Weise, daß man ihn gar nicht als eine ernsthafte Person ansah, daß man sich an seinen hervorsprudelnden Flunkereien ergötzte, sich einem so tollkühnen Abenteurer ungeheuer überlegen dünkte und von da an der Niederlage Preußens sicher war." Auch nützte viel die für Preußen sehr heilsame Überzeugung von der Unfähigkeit der preußischen Offensive, die Wrangel im dänischen Kriege den französischen Generalen beigebracht hatte. Dieser große Irrtum hat nicht wenig dazu beigetragen, daß Napoleon dem Berliner Kabinett mit soviel Bereitwilligkeit freie Hand ließ; denn besiegt mußte Preußen, so rechnete er, sich ganz in seine Arme werfen. Übrigens glaubte er bestimmt, letzteres werde ihm im glücklichen Falle zum Dank für sein Wohlwollen seiner Zeit behilflich sein, wenigstens außerdeutsches Gebiet, namentlich Luxemburg, Genf oder Belgien, an sich zu reißen, und in diesem Glauben bestärkte ihn Bismarck.*) Ein Vertrag wurde nicht geschlossen; beiden Teilen genügte der persönliche Meinungsaustausch.

Mit Italien ging Preußen eine engere Verbindung ein. Victor Emanuel hatte vergebens auf gütlichem Wege von Kaiser Franz Josef die Abtretung Venetiens zu erlangen versucht. Er hatte 1 Milliarde Lire dafür angeboten, aber der Kaiser, den sein ultramontan gesinnter Minister Esterhazy vorstellte, daß er mit Venetien auch den in Italien zu Gunsten des Papstes geübten Einfluß aufgeben würde, hatte es abgelehnt.**) Im März 1866 erschien nun auf Bismarcks Einladung in Berlin ein Abgesandter der italienischen Regierung, der General Govone, um ein Einverständnis herbeizuführen. Diese Unterhandlungen rückten zwar anfangs nicht recht von der Stelle; es wurde dem Grafen Bismarck sehr schwer, die legitimistischen Bedenklichkeiten des Königs Wilhelm zu überwinden; aber zuletzt half ihm dann gerade Österreich durch seine Hartnäckigkeit. Denn anstatt auf die Kunde von Govones Sendung nachzugeben, wie der Berliner Hof gewünscht hatte, begann die österreichische Regierung vielmehr, einen Teil ihrer Truppen in Kriegsbereitschaft zu setzen; zu-

*) Vgl. Benedetti, Ma mission en Prusse, Paris 1871, p. 190, 191. — Gramont, La France et la Prusse, Paris 1872, p. 306.

**) v. Vitzthum-Eckstädt, London, Gastein und Sadowa, I, Leipzig 1889, S. 111.



gleich eröffnete sie den befreundeten deutschen Kabinetten ihre Absicht, die Entscheidung über das Geschick der Herzogtümer nicht im Einverständnis mit Preußen zu treffen, sondern die Sache dem deutschen Bunde anheimzugeben, der seinem Ausspruch mit den Waffen würde Achtung zu verschaffen haben. Sobald die Nachricht hiervon nach Berlin gelangt war (am 8. April), genehmigte König Wilhelm den Allianz-Vertrag mit Italien, welchen Bismarck bereits seit mehreren Wochen fertig hielt. In diesem Vertrage — einem Bündnis „zu Schutz und Trutz“ — verpflichtete sich Italien, falls Preußen wegen einer Reform des deutschen Bundes binnen drei Monaten zum Kriege gegen Österreich genötigt werde, letzterer Macht ebenfalls den Krieg zu erklären; dagegen übernahm Preußen für denselben Fall die Verpflichtung, Italien zur Erwerbung Venetiens beizustehen; Frieden oder Waffenstillstand sollte kein Teil ohne Genehmigung des andern schließen.

Aber der greise Monarch, der in konservativen Ideen alt geworden, brachte dem Staatswohl noch ein größeres Opfer an persönlichen Neigungen. Nach schweren Kämpfen mit sich selbst genehmigte er Bismarcks Plan, bei einer Neugestaltung Deutschlands dem Volke ein allgemeines und unmittelbares Wahlrecht seiner Vertreter zu erteilen. Politische Wahlen nach Kopfzahl! das allerdemokratischste Prinzip von der Welt. Aber es war dies ein, wie es schien, unfehlbares Mittel, für Preußens deutsche Politik die Sympathieen der Massen des deutschen Volkes zu gewinnen, und darum glaubte der König es nicht von sich weisen zu dürfen. Daß ein deutsches Parlament überhaupt wünschenswert sei, hatte er bereits 1863 ausgesprochen, und ebenso, daß die Zahl der Abgeordneten in einem solchen nach den Bevölkerungszahlen der deutschen Staaten abgemessen werden müsse — ein Verlangen, welches in der Billigkeit durchaus begründet war, aber freilich den Absichten, welche Österreich in den deutschen Dingen verfolgte, ganz zuwider lief.*)

Am 9. April 1866 ließ Bismarck in Frankfurt am Main diesen großen Trumpf ausspielen. Der preußische Gesandte daselbst stellte im Namen seines Königs bei der verdutzten Versammlung den Antrag: „Hohe Bundesversammlung wolle beschließen, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen deutschen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten; in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben, durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlagen festzustellen.“

Also der Bund sollte ein Parlament einberufen, um den wirklichen Machtverhältnissen gemäß, mithin zu Gunsten Preußens, den deutschen Bund umzugestalten. Natürlich hatten die deutschen Regierungen ebensowenig wie Österreich im geringsten Lust dazu. Aber da sie dem Antrage keine Folge

*) Vgl. auch die Denkschrift des Prinzen von Preußen (Kaiser Wilhelms I.) über die deutsche Frage vom 19. Mai 1850, in v. Sybels Hist. Ztschr. N. F. Bd. 34 (1893), S. 90 ff.

gaben, so sah nun doch jedermann, daß im guten von ihnen nichts zu erreichen war.

Indes, wenn die preußische Regierung gehofft hatte, jetzt endlich werde das „deutsche Volk," von dessen Freiheits- und Einheitsdrang in den Zeitungen und in den politischen Unterhaltungen so viel die Rede war, sich rühren und was sich ihm bot, das frei und gleich gewählte deutsche Parlament, mit Jubel zu seiner Losung nehmen — wenn sie solches von jenem Antrag in Frankfurt erwartet hatte, so täuschte sie sich. Nicht einmal im eigenen Lande trat die gewünschte Wirkung ein. Bei der Masse der politischen Kannegießer liberalen Zeichens stand es nun einmal fest, daß von Bismarck nichts Gutes kommen könne; sie betrachteten sein neuestes Werk lediglich als eine Finte. Nur wenige von den Gegnern stutzten und wurden bekehrt. Außerhalb Preußens war bei den Bevölkerungen ohnehin der Haß gegen den Staat der Hohenzollern und gegen die Berliner weit größer als die Sehnsucht nach deutscher Einheit. Vielmehr, je bestimmter Preußen die Führung in Deutschland für sich forderte, desto wütender tobte in fast allen Mittel- und Kleinstaaten das Volksgeschrei über die drohende „Verpreußung"; Demokraten und Ultramontane, Partikularisten und Großdeutsche reichten sich brüderlich die Hände, um mit vereinter Kraft die Gefahr abzuwehren. Was man nicht hätte für möglich halten sollen, nicht bloß die Fürsten, auch ihre Unterthanen traten in weit überwiegender Mehrheit für die elende deutsche Bundesverfassung ein.

Dieses Schauspiel war ganz geeignet, Österreich und seine Genossen sehr zu ermutigen. Sie gedachten, dem preußischen Staate ein zweites und größeres Olmütz zu bereiten; diesmal sollte der Feind nicht mit einer diplomatischen Niederlage davonkommen, sondern für immer unschädlich gemacht werden. Sie wünschten jedoch Preußen wo möglich unvorbereitet zu überraschen; der Plan war, es solle in Deutschland eine allgemeine Abrüstung erfolgen, in Venetien aber unterdes die österreichische Armee so verstärkt werden, daß sie bei Zeiten von Italien ab mit erdrückender Übermacht auf Preußen geworfen werden könnte. In diesem Sinne richtete das Wiener Kabinett am 18. April einen scheinbar versöhnlichen Antrag auf beiderseitige Entwaffnung nach Berlin. Der König wollte aus Liebe zum Frieden darauf eingehen; da kam der kriegerischen Politik Bismarcks Italien zu Hilfe. Es ordnete (am 27. April) die Mobilmachung seines Heeres an, indem es sich auf die in Venetien erfolgten österreichischen Rüstungen berief. Daraufhin forderte Bismarck, daß Österreich auch Italien gegenüber entwaffne, und da man in Wien dies ablehnte, so zog es König Wilhelm vor, seine Sicherheitsmaßregeln fortzusetzen. Eben so wenig gelang der Wiener Diplomatie ein anderes Manöver. Auf ihren Rat stellte der Kaiser Franz Josef dem Kaiser Napoleon den Besitz Venetiens für Italien in sichere Aussicht, falls Frankreich und Italien durch eine wohlwollende Neutralität es erleichterten, daß Österreich sich für dieses Opfer an Preußen schadlos halte; die Abtretung Venetiens und die Eroberung Schlesiens müßten sich gegenseitig bedingen. Napoleon schien diesem Plane günstig; er äußerte, Preußen

könne dagegen durch Schleswig-Holstein und andere norddeutsche Gebiete abgefunden werden. Allein König Victor Emanuel wies den österreichischen Vorschlag (vom 4. Mai) schon darum zurück, weil er keineswegs der Meinung war, daß Österreich stark genug sei, Schlesien den Preußen abzunehmen, und als das Wiener Kabinett sich mit der einfachen Zusage der Neutralität begnügen wollte, so ging er aus Loyalität gegen den Bundesgenossen auch hierauf nicht ein.*) Die Verhandlungen erlahmten nun, und beiderseits wurde jetzt mit aller Anstrengung zum Kriege gerüstet.

Auch in den deutschen Mittelstaaten begann man nun die Truppen auf Kriegsfuß zu bringen, doch geschah es langsam und ohne Nachdruck. Nur Sachsen rüstete bei Zeiten und aus Leibeskräften. Dieses kleine Land, durch seine geographische Lage und durch die Gemeinsamkeit der Interessen in Religion, Handel und Verkehr auf den engsten Verband mit Preußen angewiesen, wurde auch jetzt wieder, wie zur Zeit August's III. von seiner Regierung dahin gebracht, gegen diesen starken Nachbar unklug und leidenschaftlich Partei zu ergreifen. Keiner unter den vielen deutschen Premierministern schürte den Haß gegen Preußen so emsig, keiner trieb mit solchem Eifer zum Kriege, als der königlich sächsische, Herr von Beust; man konnte ihn Brühl den Zweiten nennen. Sein Herr, König Johann, war von Natur friedfertig, sah aber in der von Preußen angestrebten Reform des deutschen Bundes einen Raub an seiner Souveränität, den er nicht dulden wollte, und trat daher entschieden auf Österreichs Seite. Es mag die Hoffnung mitgewirkt haben, was die Familie 1815 an Preußen verloren, werde sie zurückgewinnen können; „Auf ein vergrößertes Sachsen“ soll damals bei Hoffesten in Dresden der Trinkspruch gewesen sein.

Ähnlichen Träumen überließ sich der Hof von Hannover, wenn auch der König Georg selbst neutral zu bleiben wünschte; die österreichisch gesinnte Partei in seiner Umgebung, die den durch körperliche Blindheit auch geistig Behinderten zu leiten verstand, rechnete darauf und verhieß ihm, das Welfenreich durch Westfalen oder Oldenburg abzurunden.**) Namentlich durch seinen Stiefbruder, den Prinzen von Solms, wurde diese Hoffnung von Wien her angeregt und hatte auf seine Haltung gegen Preußen Einfluß.***) In München und Stuttgart wurden andere Stücke vom Fell des Bären verteilt; daß Österreich wieder in den Besitz Schlesiens kommen müsse, verstand sich von selbst.

Ob diese Pläne bei den Verhandlungen, die damals zwischen den befreundeten Kabinetten von Wien, Dresden, München, Stuttgart und Hannover über das Verhältnis zu Preußen geführt wurden, Vertragsform gewannen, ist nicht bekannt, gewiß aber, daß anfangs Juni zwischen Österreich einerseits

*) La Marmora, Etwas mehr Licht, Deutsche Übers. S. 195.

**) H. Wagner, Erlebtes II. 38. Über Georgs V. Haltung: O. Medings Memoiren, Leipzig 1881, II. 68, 95.

***) Vgl. Bismarcks Äußerung im deutschen Reichstag 12. Januar 1887.

und den genannten Mittelstaaten andererseits die Verabredungen zur Bekämpfung Preußens zum Abschluß kamen, und wahrscheinlich, daß dabei für den Fall des Sieges für jeden Teilnehmer eine Landentschädigung auf Kosten Preußens in Aussicht genommen wurde.*)

Auch mit Frankreich verständigte sich das Wiener Kabinett; es wurde zwischen beiden Mächten am 12. Juni eine geheime Abkunft geschlossen, laut deren der Kaiser Franz Josef nach glücklich bestandenem Kampfe Venetien durch Vermittelung Frankreichs an Italien abtreten, dafür aber von Preußen die Provinz Schlesien erhalten sollte. Napoleons Absicht bei diesem Doppelspiel war, Österreich ebenso wie Preußen darüber zu beruhigen, daß er nicht etwa dem Gegenpart beispringen werde. Er wollte verhindern, daß nicht Franz Josef vielleicht doch noch im letzten Augenblick sich mit König Wilhelm in Güte auseinander setze. Auch wollte er für alle Fälle Italien sicher stellen; denn er hielt es fast für gewiß, daß Österreich und dessen Genossen im Felde die Oberhand behalten würden. Aus letzterem Grunde hoffte er auch von dem Kriege der beiden deutschen Großmächte für sich selbst. Denn er gedachte dem von Österreich besiegten Preußen dann seinen Schutz unter mäßiger Berechnung der Kosten anzubieten.

Diese selbst zweifelten jetzt auch nicht im geringsten mehr an dem Siege. Es giebt in der Weltgeschichte sehr wenig Beispiele von so allgemeiner Verblendung der Völker und der Regierungen, als die Kampfgenossenschaft zeigte, die sich 1866 gegen Preußen zusammenthat. Sie rechnete mit größter Bestimmtheit für sich auf die doppelte, ja auf die dreifache Übermacht. In ihren Armeelisten freilich stand eine solche; daß sich in der Wirklichkeit die Kräfte so zu einander verhalten würden, „wie ein österreichischer Papiergulden zu einem preußischen Thaler", davon hatte niemand eine Ahnung. Auch ist selten vor der Entscheidung so übermütig geprahlt worden, wie damals in Süddeutschland und Österreich. Namentlich die Schwaben redeten von ihren „Weinknochen" im Gegensatz zu den „fuseltrinkenden Borussen", die als ein hungerleidendes erbärmliches Barbarenvolk abgemalt wurden, und ganz öffentlich verkündete der württembergische Minister v. Varnbüler den Preußen schon sein Vae Victis. Von der preußischen Linie sprach man in verächtlichstem, von der Landwehr in mitleidigem Tone: die letztere würde übrigens, so glaubte man alles Ernstes, eher gegen die eigene Regierung als gegen den Feind ziehen. Und käme es wider alle Wahrscheinlichkeit dennoch anders, so wäre — schmeichelte man sich — als letzte Rettung immer das Ausland da. Ungescheut deutete dies ein Hauptheterblatt, der württembergische Staatsanzeiger an, welcher die Meinung des Hofes, insbesondere den Preußenhaß der Königin Olga, wiedergab. Er behauptete (am 9. Mai) geradezu: „eine direkte oder indirekte

*) Nach Mitteilung des Prinzen Jerome Napoleon (Seherr Toß a. a. O.) hatte Österreich vor Ausbruch des Krieges in Paris erklären lassen, daß Schlesien sein Siegespreis sein werde, und daß alle deutschen Bundesgenossen Länderentschädigungen aus dem Leibe Preußens haben müßten.



Herrschaft Preußens in Süddeutschland wäre ein viel schlimmeres Nationalunglück als eine französische Eroberung oder Annexion." Während sich die süddeutschen Preußenfeinde mit solchen Vorspiegelungen selber zur Rauflust erhitzten, wurde in Österreich das Volk von der Kanzel herab und durch die Beamten zur Kampfgier entflammt. Alle Leidenschaften des Rassenhasses, der Brutalität, der Glaubenswut und der Habsucht bot man auf. Den Tschechen und Polen sagte man, es gelte die Deutschen niederzuzwingen, den Tirolern und Salzburgern, die lutherischen Ketzer müßten vertilgt werden, den Proletariern in Wien und in den anderen großen Städten, sie sollten sich das Silbergeld von den Preußen holen, das diese den Österreichern gestohlen hätten. Auch wurde der Zweck erreicht: das Kriegsgeschrei wider Preußen fand bei den Völkern vom Schwarzwald bis zu den Karpathen den allgemeinsten Widerhall.

Den geraden Gegensatz hierzu bildete die Stimmung des preußischen Volkes. Es war nichts weniger als kriegslustig. Seine meisten Wortführer — Abgeordnete, Litteraten, Vereinsredner — gehörten ja den liberalen oder den radikalen Parteien an, welche den Krieg nicht wünschten, welche ihn sogar fürchteten. Denn noch allgemeiner als der Glaube, daß der König und seine Minister nicht befähigt seien, so große Dinge durchzuführen, wie jetzt im Plane waren, herrschte bei den Fortschrittlern das Vorurteil, daß der König, wofern er nach außen bedeutende Erfolge gewinne, die Volksfreiheit noch mehr beschränken werde. Darum hatten sie noch in den letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses, im Februar, der Bismarckschen Politik Hindernisse zu schaffen gesucht, indem sie unter Führung des Professors Virchow gegen eine Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußen, als gegen eine verfassungswidrige Eigenmächtigkeit der Regierung, Protest einlegten. Und während das Kriegsgewitter sich schon deutlich zusammenzog, fuhren sie in der Presse und in Volksversammlungen fort, die Regierung anzufeinden. „Die preußischen Liberalen", urteilte damals ein süddeutscher Volksmann, „beweisen, wie wenig reif der politische Gedanke in ihnen ist: sie halten ihre Opposition gegen Bismarck auch jetzt, wo der preußische Staat in Gefahr steht, noch fest, anstatt sich mit ihm zu verständigen und dadurch für die liberale Wandlung Preußens eine sichere Aussicht zu eröffnen, indem sie ihre Pflicht in großartigster Weise erfüllten. Der Doktrinarismus und die Jurisprudenz stecken doch tief im Blute der Deutschen!"*) Namentlich in großen Städten war diese Verranntheit in freiheits- und rechtsklauberischen Lehren stark, und so konnte es der Fortschrittspartei noch um die Mitte des Monats Mai gelingen, an vielen Orten die Gemeindevertretungen zu veranlassen, daß sie an den König P e t i t i o n e n u m d e n F r i e d e n richteten. Die Regierung sollte dadurch in Verlegenheit gesetzt und zum Nachgeben, sei es in der inneren oder in der äußern Politik,

*) C. Bluntschli im April 1866. Diese seine Denkwürdigkeiten, herausgegeben von Seyerlen, Nördlingen 1884, III. 136.



gedrängt werden. Das Ausland empfing von dieser Bewegung den Eindruck, als könne König Wilhelm gar nicht den Krieg wagen, da sein Volk nicht hinter ihm stehe; für den Feind war dies ein neuer Grund, Preußens Kräfte gering zu schätzen.

Die Radikalen trieben ihren Widerspruch noch viel weiter. Bei ihnen war der Haß gegen den König ein grundsätzlicher; sie wollten überhaupt keine Monarchie, sie erstrebten den Sturz nicht eines Ministeriums, sondern des Staates Preußen. Aber dieses Ziel durften sie inmitten des preußischen Volkes noch nicht laut bekennen; sie hatten hier für ihre republikanischen Ideen jetzt noch zu wenig Boden; daher arbeiteten sie zunächst nur daran, die gegenwärtige Regierung lahm zu legen. Die Seele derselben war der Graf Bismarck; ihn also galt es zu beseitigen. Die Genossen im Ausland rieten zur Gewalt, zum Meuchelmord. Ein junger Württemberger, ein Jude Namens Cohen, Stiefsohn des als Flüchtling in London lebenden Republikaners Blind, erbot sich zu der That. Er reiste nach Berlin, lauerte hier am 7. Mai dem Minister auf der Straße auf und schoß, dicht an ihn herantretend, aus einem Revolver sechs Schüsse auf ihn ab; zum Glück für das Vaterland gingen die Schüsse fehl. Der Mörder tötete sich Tags darauf im Gefängnisse; seine Leiche wurde — wie Bismarck einmal im Reichstage vorwurfsvoll hervorhob — von fortschrittlicher Seite durch Frauen wissenschaftlicher Größen mit Lorbeer und Blumen bekränzt.

Dagegen die einheimischen Volksaufwiegler ließen es bei zornigen Reden bewenden. „Diesem Ministerium keinen Groschen zum Kriege!“ war ihre Losung; einer von ihnen, ein Berliner Fortschrittler, übertrumpfte noch dies Feldgeschrei mit der schamlosen Äußerung: „Lieber die Kroaten in Berlin!“

Allein weder das Friedensgewimmer der einen noch der verbrecherische Wahnwitz der andern machte auf den König den beabsichtigten Eindruck. Da bei der bekannten Stimmung des Abgeordnetenhauses auf Geldbewilligung von seiten desselben nicht zu hoffen war, — es hätte schon aus Furcht, der Charakterschwäche geziehen zu werden, seine feindselige Haltung nicht geändert, — so löste er es auf, und da der bisherige Finanzminister, K. v. Bodelschwingh, kleinmütig an der Aufgabe, die Geldmittel zum Kriege zu beschaffen, verzweifelte, so berief er an dessen Stelle den früheren Minister v. d. Heydt, der mit hingebender Vaterlandsliebe diesen Posten wieder übernahm und ihn mit Geschick versah. Durch Ausgabe von Darlehnskassenscheinen wurden die für den Augenblick nötigen Millionen flüssig gemacht. Kurz, der Widerspruch im Lande beirrte den König ebenso wenig, wie ihn die auswärtigen Gegner erschreckten. Er war überzeugt, daß seine Widersacher nicht das Volk vorstellten, nicht wenigstens das Volk in Waffen, durch welches Preußen so groß geworden. Auch hatte er die Freude, daß gerade in der Provinz, die der Gefahr zunächst ausgesetzt war, und die sich Österreich zur Beute ersehen, daß in Schlesien alle Stände einmütig und laut sein Beginnen billigten: „Schlesien“,

so hieß es in einer Adresse der Stadt Breslau an ihn (vom 15. Mai), „Schlesien wolle keinen Frieden, der ein zweites Olmütz bedeute."

Diese mannhafte Sprache fand denn auch überall im Reiche Widerhall. Die Altliberalen hatten sich schon vorher (auf einer Versammlung zu Halle am 26. April) in gutpreußischer Gesinnung gegen das schmähliche Friedensgewinsel ausgesprochen; jetzt stellten auch viele Demokratischgesinnte den bisherigen Kampf gegen die Regierung ein. Zwar noch im Juni, als schon der Krieg gegen den äußeren Feind begonnen, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause blieb die Fortschrittspartei bei ihrem Programm, welches lautete: „Wir bewilligen dem Könige kein Geld zum Kriege, wenn er nicht die Minister wechselt und die bestrittenen Verfassungsrechte anerkennt." Aber die Reihen dieser Partei waren nun bereits sehr gelichtet, und selbst einer der Freiheitskämpfer von 1848, Rodbertus, mahnte unter großem Beifall öffentlich die Genossen von so verwerflichem und unpatriotischem Eigensinn ab. Die Männer, welche Preußen den „Großmachtkitzel" hatten austreiben wollen, waren jetzt Generale ohne Heer. Der liberale Bürgerstand hatte sich jene Metapher als Redeblume trotz des übeln Geruchs derselben gefallen lassen; aber er war weit davon entfernt, zu wünschen, daß wirklich der Selbständigkeit der preußischen Politik ein Ende gemacht werde. Er vertagte daher jetzt den Verfassungshader und suchte durch werkthätige Veranstaltungen zum Besten des Heeres dem Staate beizuspringen. Man schämte sich der kleinmütigen oder heuchlerischen Reden, die man geführt, und was so viele Volksredner in hochtrabenden Resolutionen wider Bismarck und den „Bismarckismus" aufgetürmt, das ganze ungeheure Nebelmeer der Phrasen, sank nun zurück in die Gründe, von denen es aufgestiegen war. Denn jetzt wurde es Ernst, und Preußen rüstete zum Kriege.

Preußen rüstet! Jetzt konnte, wer bisher die Nationen nur nach der Sprache zu unterscheiden gepflegt, sich überzeugen, daß es in der That eine preußische Nation gab, ein Volkswesen, in der Zunge mit anderen gleich, aber durch Geist und Gesinnung, wie durch Geschichte und Staatstum von deutlicher Eigenart. Denn nicht bloß soweit die Macht des Hohenzollern reichte, bis zu den schwarz-weißen Grenzpfählen, erstreckte sich die Bewegung; nicht weil er in der Gewalt des Staates war, oder gedankenlos den andern folgend, griff der Preuße zu den Waffen. Kaum hatte der Telegraph den Ruf nach allen Himmelsstrichen entsandt, oder über die fernsten Meere das Dampfschiff die große Zeitung gebracht, so sah man überall auf dem Erdball die preußische Natur. Es kamen vom Ural und von den Pyrenäen, aus Algier und Amerika die Wehrpflichtigen herbeigeeilt; sie zogen in hellen Haufen oder einsam ihren Weg; in einem Lande bewundert, im andern verspottet; aber überall wie Männer, die nichts kümmert als ihre Pflicht.

Wie so mancher daheim oder im Ausland freiwillig ein Glück, das er eben gefaßt, aus seiner Hand gab, wie er im Stich ließ, was er lange mit Müh' und Hoffnung sich erbaut, und sich zur Fahne stellte, die er hätte um-

gehen können, davon sind die Geschichten der Regimenter voll. Aber nur hin und wieder verzeichnet Klio die stillen großen Opfer, und dem schlichten Mann genügt der Trost: „Thue das Gute, wirf es ins Meer! Sieht es der Fisch nicht, sieht es der Herr!" Doch sind für die Nachwelt solche Beispiele nützlicher als mancher Bericht von glänzenden Hofaktionen. Drei Brüder, Söhne eines Berliner Eisenbahnschaffners, sämtlich Landwehr-Unteroffiziere, wurden einberufen. Der älteste, ein Klempnermeister, arbeitete in Birmingham; der zweite, ein Tischler, war in Lüttich; der dritte, ein Postkondukteur, hatte soeben seinen Hochzeitstag festgesetzt. Vor Ablauf von zehn Tagen standen alle drei in Reih und Glied. Einem wohlhabenden Bauern im Posenschen, Gottlieb Kruschel, Vater von fünf Kindern, erbot sich ein Unverheirateter, der nicht mehr dienstpflichtig war, statt seiner einzutreten: „Was sollte daraus werden", antwortete der Bauer, „wenn jeder den andern schicken wollte?" Er ging; er ist in dem Kriege geblieben. Im Städtchen Zehden in der Neumark lebte eine Kaufmannswitwe, deren Sohn Reservist war, aber hunderte von Meilen weit tief in Rußland als Gelbgießer in Arbeit stand. Jetzt erhielt sie von ihm aus einer preußischen Stadt den folgenden Brief:

„Meine teure geliebte Mutter! . . . . ich arbeitete in Orly (bei Pskow), dreißig Meilen von Petersburg. Nachrichten von Deutschland hatte ich so wenig wie irgend ein anderer Landsmann, deren wir wohl dreihundert in der Stadt waren. Preußen waren hundert und zwanzig dabei; die andern waren meist Sachsen und Bayern.

Eines Tages wurde uns bekannt, daß der Kaiser nach der Stadt käme. Alles war in Bewegung, ihn würdig zu empfangen. Bevor der Tag aber herankam, erhielten wir noch eine andere Nachricht durch die preußische Gesandtschaft in Petersburg, nämlich: das Vaterland sei in Gefahr und der König rufe alle braven Preußen ins Vaterland zurück. Einer sagte es dem Andern, aber Alle hatten nur den einen Gedanken: auf nach Preußen und das Schwert in die Hand! Das war der Ruf, mit dem wir an demselben Tage die Arbeit kündigten. Liebe Mutter, es blieb nicht ein Preuße da. Der Tag unserer Abreise war derselbe, wo der Kaiser kam. Schon früh war das Militär auf dem Bahnhof, um ihn zu empfangen. Wir versammelten uns, um Rußland, vielleicht für immer, zu verlassen. Es hatten sich viele Neugierige um uns versammelt, die unsern Abmarsch erwarten und mitansehen wollten. Jeder von uns hatte eine schwarz-weiße Schärpe erhalten und nun, ein Musikcorps an der Spitze, marschierten wir unter den Klängen des Liedes ‚Ich bin ein Preuße' dem Bahnhof zu. Da öffneten sich die Fenster, und mancher Abschiedsgruß wurde uns von den Russen, denen wir liebe Gäste sind, nachgesandt.

Auf einmal erschallt Militärmusik vor uns. Der Kaiser ist da und kommt an der Spitze seiner Garden in die Stadt. Wir wollten ausbiegen in eine andere Straße, aber auch das geht nicht mehr, und der Kaiser hält plötzlich vor uns. Halt! erschallt es, und Alles ist totenstill. Die Russen kreideweiß

vor Angst, wir ruhig und gelassen wartend, was kommen würde. Da reitet der Kaiser, nachdem er uns eine Zeitlang gemustert, heran an uns: „„Wer seid ihr?““ „Preußen, Euer Majestät!“ Ich stand ihm zufällig am nächsten und mußte antworten. „„Was bedeutet dieser Aufzug?““ „Wir ziehen in unser Vaterland zurück.“ „„Gefällt es euch in meinem Lande nicht mehr, oder treibt man euch hier fort?““ Liebe Mutter, da trat ich noch einen Schritt weiter vor und sagte: „Nein, Majestät! aber unser König ruft uns, unser Vaterland retten zu helfen, welches der Feind bedroht, und da dürfen wir nicht fehlen!“ Da leuchtete es hell auf in seinen Augen, lange betrachtete er uns, dann sprach er: „„Ihr werdet es auch nicht mehr retten!““ Mutter, da zuckte ein heißer Schmerz durch unsere Brust; so groß hatten wir uns die Gefahr nicht gedacht. „Dann werden wir uns mit ihm begraben lassen!“ Das war der Ruf, mit dem wir antworteten. Da habe ich gesehen, wie der Mann, vor dem Millionen zittern, mit Mühe seine Thränen, die ihm in die Augen drangen, zurückhielt. „„Zieht in Frieden, thut eure Pflicht und baut auf Preußens Freunde! es wird nie untergehen, wie die Zeit sich auch gestalten mag. Geht mit Gott!““ Dann sprach er einige Worte mit seinem Adjutanten, ein Wink mit der Hand und die Musik vom Garderegiment Ingermanland war an unserer Spitze; dann: Präsentiert's Gewehr! und unter dem Ruf: „„Es lebe der Kaiser, es leben die Prussak!““ unter dem donnernden Ruf der Garde zogen wir weiter. Das, liebe Mutter, war ein schöner Augenblick meines Lebens, den ich nie vergessen werde. Jetzt bin ich nun wieder in Preußen, um das weitere abzuwarten, und habe sofort an Dich schreiben wollen.“*)

Dieser Geist war lebendig in allen, die einmal des Königs Rock getragen, das ist in der ganzen Masse der streitbaren Mannschaft Preußens. An diesem harten Kerne der Nation versuchte der Haß der Feinde seine Zähne ganz vergebens. Die Einflüsterungen der Ultramontanen, die Zornreden der Demagogen blieben gleich erfolglos; sie hielten den gewaltig arbeitenden Gang der Staats- und Kriegsmaschine nicht um eine Sekunde auf.

Das Volk wandte diesen vaterlandslosen Führern den Rücken; sein Sinn stand auf das, was ihm oblag. „Jeder Preuße ist in seiner Seele ein Pedant, aber er ist es auch gegen sich selbst und in dem, was ihn persönlich einschränkt“, so urteilt ein russischer Geschichtschreiber über die Sieger von 1866; in der That, hierin liegt das Geheimnis ihrer Erfolge, welche verbürgt waren durch den Ernst, mit dem jedweder Mann in Preußen sich an sein Werk machte, mit einem Worte durch jenes Pflichtgefühl, welches der Russe hier, wenn auch in gutem Sinne, Pedanterie nennt.

---

*) Der Schreiber des Briefes hieß Beutler; als seine Meldung dem Bataillon in Königsberg in der Neumark zukam, war die Schlacht bei Königgrätz bereits geschehen, und man zog ihn daher nicht mehr ein.

Das Ende des deutschen Bundes.

Seit fünfzig Jahren hatte man sich in der Welt gewöhnt, Preußen gleichsam nur als das fünfte Rad am Wagen der hohen Politik Europas anzusehen. Es hatte so lange keine große Rolle gespielt, hatte selbst in Deutschland nur im zweiten Range, hinter Österreich, gestanden; man schloß allzuleicht, dies sei die natürliche Ordnung der Dinge — ein Vorurteil, welches nicht bloß in der ausländischen Diplomatie ganz allgemein als Glaubenssatz galt, sondern selbst am Hofe und in den Ministerien zu Berlin manchen sonst guten Kopf befangen hielt. Aber hier traf es sich jetzt glücklich, daß dem Könige, welcher nicht wankte, weil er die preußische Staatsehre verpfändet hatte, ein Berater zur Seite stand, dem die sichere Siegeshoffnung das Wort befeuerte. Unter allen Eigenschaften, die Otto von Bismarck zum großen Staatsmann machten, ist die wertvollste gewesen sein schnelles und richtiges Augenmaß für die Schätzung der realen Kräfte hüben und drüben; denn sie erst verlieh ihm das Selbstvertrauen und seiner Politik die Kühnheit. „Die Kabinette und die Völker," sprach er, „unterschätzen uns; die Welt wird mit Staunen sehen, welcher Kraftentwickelung dies verspottete Preußen fähig ist." Er hatte nur eine Besorgnis, daß es wohl zum Biegen, aber nicht zum Brechen, daß es bloß zu einem halben Erfolge kommen möchte. Ungern sah er es, als England und Rußland Ende Mai einen Versuch machten zu vermitteln. Aber Österreich überhob ihn seiner Furcht. Das Wiener Kabinett wies die Vermittler ab, indem es dabei beharrte, weder Preußen noch Italien einen Machtzuwachs einräumen zu wollen; es that jetzt vielmehr selbst den entscheidenden Schritt, der den Krieg herbeiführen mußte. Am 1. Juni überantwortete es die schleswig-holsteinische Frage dem deutschen Bunde und teilte gleichzeitig mit, daß es seinem Statthalter in Holstein befohlen habe, die Stände dieses Landes einzuberufen.

Hiemit hatte Österreich eigenmächtig den Gasteiner Vertrag zerrissen und war Preußen gegenüber ins Unrecht getreten. Bismarck zögerte nicht, diesen Vorteil wahrzunehmen; er konnte nun vor der öffentlichen Meinung Österreich als den eigentlichen Friedensbrecher darstellen. Er that dies in einem Rundschreiben an die fremden Mächte (4. Juni), welches zugleich bestimmt war, dem Feinde moralisch den Rückzug abzuschneiden. Es hieß in dieser Depesche: „Alle unsere Information kommt darin überein, daß der Entschluß, Krieg gegen Preußen zu führen, in Wien durchaus feststeht . . . daß die kaiserlichen Minister den Krieg um jeden Preis wollen, teils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, teils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, die österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen ehrenhaften Bankrott zu unterstützen. Die Handlungen der österreichischen Regierung stimmen zu genau mit dieser Absicht überein."

Den Worten folgten nun beiderseits Schlag auf Schlag die Thaten.

Preußen und Österreich zogen einem Bundesbeschluß vom 3. Juni gemäß ihre Besatzungen aus Frankfurt und den Bundesfestungen heraus, um sie anderwärts besser verwenden zu können. Zugleich nahmen sie in Holstein gegen einander Stellung. Am 5. Juni berief der österreichische Statthalter daselbst, Feldmarschall v. Gablenz, die holsteinischen Stände auf den 11. Juni zur Versammlung nach Itzehoe ein. Zwei Tage darauf, am 7ten ließ der preußische Statthalter von Schleswig, General von Manteuffel, auf Befehl seiner Regierung Truppen in Holstein einrücken. Da die österreichische Besatzung dieses Landes zu schwach zum Widerstande war, so versuchte sie solchen nicht, sondern zog von Manteuffel sehr zum Verdruß Bismarcks, der eine „Gelegenheit zum Konflikt“ wünschte, ganz unbehelligt, nebst dem Prinzen von Augustenburg über Hannover nach Süddeutschland ab.*) Der preußische Statthalter nahm nun die Regierung beider Herzogtümer an sich und schickte die holsteinischen Stände, als sie in Itzehoe zusammentreten wollten, wieder nach Hause. An demselben Tage (11. Juni) stellte Österreich beim Bunde zu Frankfurt einen Antrag, der auf Bundes-Exekution gegen Preußen hinauslief.

Am 14. Juni wurde über diesen Antrag abgestimmt. Für denselben stimmten: Österreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Sachsen-Meiningen, Lichtenstein, Lippe-Schaumburg, Reuß ältere Linie, Hessen-Homburg und Frankfurt; gegen denselben Baden, Luxemburg, Sachsen-Weimar, Altenburg, Koburg, beide Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, beide Schwarzburg, Hamburg, Bremen, Lübeck, Reuß jüngere Linie, Lippe-Detmold und Waldeck. Der österreichische Präsidialgesandte erklärte den Antrag mit 9 gegen 6 Kurialstimmen für angenommen. Der preußische Gesandte (v. Savigny) hatte gegen die ganze Verhandlung, weil sie bundeswidrig sei, protestiert; jetzt verkündete er, seine Regierung betrachte den deutschen Bund als aufgelöst und werde ihr Recht ferner mit den Waffen vertreten. Sie beabsichtigte übrigens nach wie vor, den Bund auf neuen Grundlagen zu errichten, und erbiete sich, mit denjenigen deutschen Staaten, die es wollten, ein Bündnis nach einem Programm abzuschließen, welches er vorlege. Die Hauptpunkte in demselben waren: die österreichischen und die niederländischen Landesteile werden von dem Bundesgebiet ausgeschlossen; die gesetzgebende Gewalt wird vom Bundestage mit dem Parlament geteilt und über alle gemeinsamen deutschen Angelegenheiten ausgedehnt; eine starke Bundesgewalt ist mit dem Parlament zu vereinbaren; den militärischen Oberbefehl im Norden des Mains führt Preußen, im Süden Bayern. Diese Vorschläge, vom Berliner Kabinett den Regierungen im Bunde schon am 10ten mitgeteilt, und nun feierlich vor der Versammlung des Bundestags wiederholt, waren das letzte Wort, mit welchem Preußen jetzt ausschied.

So hatte der alte Bund sich selber das Todesurteil gesprochen und Preußen

*) Leben Manteuffels von Keck, Lpz. 1890, S. 41.



auch förmlich das Recht gegeben, ihn aus der Welt zu schaffen. Mit Jubel empfing daher Bismarck die Nachricht von jener Abstimmung; endlich war also der Staat die Fessel los, die ihn ein halbes Jahrhundert lang niedergehalten.

Eine besondere Kriegserklärung erfolgte nicht mehr; sie lag schon in dem Achtspruch, den man in Frankfurt gefällt. König Wilhelm hätte demnach ohne weiteres sofort Gewalt brauchen dürfen. Allein er wollte den Fürsten, deren Länder ihm zunächst lagen, auch jetzt noch einmal die Hand zum Frieden bieten. Die Könige von Sachsen und Hannover und der Kurfürst von Hessen waren ihm durch Verschwägerung verwandt; er hätte sie gern geschont. Deshalb ließ er durch seine Gesandten in Dresden, Hannover und Kassel am 15. Juni den dortigen Regierungen ein Ultimatum überreichen, in welchem er sie aufforderte, eine unbewaffnete Neutralität zu beobachten und der Berufung des deutschen Parlaments, sowie den preußischen Reformvorschlägen vom 14. Juni beizustimmen; unter diesen Bedingungen sollten sie mit ihm ein Bündnis schließen, bei welchem er ihnen ihren Besitzstand und ihre Souveränität gewährleiste. Andernfalls werde Preußen jede Rücksicht fortan dem Bedürfnis der Selbsterhaltung unterordnen.

Aber die Fürsten steiften sich auf ihr formales Recht, verließen sich auf Österreich und lehnten ab. Nun zögerte König Wilhelm keinen Augenblick länger, Norddeutschland von Feinden zu säubern. Am folgenden Tage (16. Juni) rückten seine Truppen über die Grenzen jener drei Staaten ein.

In richtiger Erwägung der politischen und militärischen Lage hatte der König fast die ganze verfügbare Streitmacht zum Kampf gegen Österreich, zwischen Elbe und Oder aufgestellt. Dorthin war die Hauptmasse auch der Armeecorps von Westfalen und Rheinland, des VII. und VIII., verlegt worden; es befanden sich im Westen der Monarchie und in Holstein nur geringe Streitkräfte. Aber sie genügten, um Hannover und Kurhessen im Fluge zu erobern. Diese Staaten hatten sich auf den Krieg so wenig eingerichtet, daß sie vielmehr von dem jetzt erfolgenden Angriff fast vollständig überrascht wurden. Drei preußische Generale waren hier mit ihren Truppen bereit zum Einmarsch: der General v. Beyer mit den Truppen, die aus den ehemaligen Bundesfestungen herausgezogen und durch einige westfälische Regimenter verstärkt worden waren, im ganzen 20 000 Mann standen bei Wetzlar; der General Vogel von Falckenstein mit der westfälischen Division von Goeben (12 000 Mann) bei Minden; der General von Manteuffel mit einer gemischten Division, 14 500 Mann bei Altona. Frühmorgens am 16ten brachen alle drei auf. Beyer marschierte in der Richtung auf Kassel, welches er am 19ten erreichte. Der Kurfürst versuchte keinen Widerstand; er hatte auf die erste Nachricht vom Anrücken der Preußen seine Truppen nach dem Main beordert, sie sollten sich den süddeutschen Streitkräften anschließen. Er selbst blieb, auch jetzt im Gefühl seiner Würde voll Halsstarrigkeit, in seiner Residenz, von wo er dann als Staatsgefangener nach Stettin abgeführt wurde. Unterdessen war General v. Goeben am 17ten in die Stadt Hannover eingerückt, wo in den nächsten Tagen auch die

Division Manteuffel eintraf. Das hannöversche Heer, in einer Stärke von 18500 Mann bei Göttingen versammelt und von dem blinden Könige Georg selbst befehligt, war nicht in der Lage, sich mit Erfolg in der Heimat zu halten; aber es konnte, wie die kurhessischen Truppen, bei Zeiten einen Weg nach Süddeutschland gewinnen. Freund und Feind nahmen an, daß es über Thüringen, wo nur wenige tausend Mann ihm entgegenzustellen waren, entwischen werde.

Eher erwartete man von Sachsen Widerstand. Doch König Johann zog es vor, das Land ohne Kampf zu räumen; ihm stand eine große Armee gegenüber; er hielt es für klüger, sich mit seinen Truppen und Schätzen nach Böhmen zurückzuziehen, um an der Seite der Österreicher den Kampf aufzunehmen. Während die Preußen von Norden einrückten, marschierten im Süden die Sachsen hinaus. Am 18ten war Dresden von preußischen Truppen unter General Herwarth besetzt, am 20sten befand sich das ganze Königreich mit Ausnahme der kleinen Festung Königstein in preußischer Gewalt.

Großes hatte Preußen und mit leichter Mühe, indem es sich nur rührte, in wenigen Tagen erreicht; drei von den feindlichen Mittelstaaten lagen am Boden, und ihr Gebiet erweiterte aufs günstigste die Grundlage der preußischen Machtentfaltung. Aber der eigentliche Kampf stand noch bevor. Im Begriff in denselben einzutreten, ordnete der König in seinem Reiche einen allgemeinen Bettag (auf den 27. Juni) an und erließ an die Nation einen Aufruf, der vom Gedenktage der ersten und der letzten Schlacht, die sie gefochten, vom Tage von Fehrbellin und Belleallliance, den 18. Juni, datiert war.

„An mein Volk!

In dem Augenblicke, wo Preußens Heer zu einem entscheidenden Kampfe auszieht, drängt es Mich, zu Meinem Volke, zu den Söhnen und Enkeln der tapferen Väter zu reden, zu denen vor einem halben Jahrhundert Mein in Gott ruhender Vater unvergessene Worte sprach.

Das Vaterland ist in Gefahr!

Österreich und ein großer Teil Deutschlands steht gegen dasselbe in Waffen.

Nur wenige Jahre sind es her, seit Ich aus freiem Entschlusse und ohne früherer Unbill zu gedenken, dem Kaiser von Österreich die Bundeshand reichte, als es galt, ein deutsches Land von fremder Herrschaft zu befreien. Aus dem gemeinschaftlich vergossenen Blute, hoffte Ich, würde eine Waffenbrüderschaft erblühen, die zu fester, auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung beruhender Bundesgenossenschaft und mit ihr zu all dem gemeinsamen Wirken führen werde, aus welchem Deutschlands innere Wohlfahrt und äußere Bedeutung als Frucht hervorgehen sollte. Aber Meine Hoffnung ist getäuscht worden. Österreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten; in dem jüngeren, aber kräftig sich entwickelnden Preußen will es keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen.

Preußen — so meint es — muß in allen seinen Bestrebungen bekämpft werden, weil, was Preußen frommt, Österreich schade. Die alte, unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert: Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr, gegen Preußen werden deutsche Bundesfürsten nicht bloß aufgerufen, sondern zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: Erniedrigung Preußens!

Aber in Meinem Volke lebt der Geist von 1813. Wer wird uns einen Fuß breit preußischen Bodens rauben, wenn wir ernstlich entschlossen sind, die Errungenschaften unserer Väter zu wahren, wenn König und Volk, durch die Gefahren unseres Vaterlandes fester als je geeint, an die Ehre desselben Gut und Blut zu setzen für ihre höchste und heiligste Aufgabe halten! In sorglicher Voraussicht dessen, was nun eingetreten ist, habe Ich seit Jahren es für die erste Pflicht Meines königlichen Amtes erkennen müssen, Preußens streitbares Volk für eine starke Machtentwickelung vorzubereiten. Befriedigt und zuversichtlich wird mit Mir jeder Preuße auf die Waffenmacht blicken, die unsere Grenzen deckt. Mit seinem Könige an der Spitze wird sich Preußens Volk ein wahres Volk in Waffen fühlen! Unsere Gegner täuschen sich, wenn sie wähnen, Preußen sei durch innere Streitigkeiten gelähmt. Dem Feinde gegenüber ist es einig und stark; dem Feinde gegenüber gleicht sich aus, was sich entgegenstand, um demnächst in Glück und Unglück vereint zu bleiben.

Ich habe alles gethan, um Preußen die Lasten und Opfer eines Krieges zu ersparen, das weiß Mein Volk, das weiß Gott, der die Herzen prüft. Bis zum letzten Augenblicke habe Ich, in Gemeinschaft mit Frankreich, England und Rußland, die Wege für eine gütliche Ausgleichung gesucht und offen gehalten. Österreich hat nicht gewollt, und andere deutsche Staaten haben sich offen auf seine Seite gestellt. So sei es denn. Nicht Mein ist die Schuld, wenn Mein Volk schweren Kampf kämpfen und vielleicht harte Bedrängnis wird erdulden müssen; aber es ist uns keine Wahl geblieben! Wir müssen fechten um unsere Existenz, wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben.

Flehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschicke der Völker, den Lenker der Schlachten an, daß er unsere Waffen segne!

Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Gedankens fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuen!

Gott mit uns!

Berlin, den 18. Juni 1866. Wilhelm.“



Der Krieg von 1866.

Der Kampf, der im Frühling 1866 in Deutschland ausbrach, war kein Kabinettsstreit; es handelte sich nicht um dieses oder jenes Stück Land, um ein Mehr oder Weniger von Rang und Würde; sondern das gesamte Verhältnis Preußens zu Österreich und beider zu Deutschland, der seit Jahrhunderten bestehende Widerspruch zwischen dem Vorteil Deutschlands und den Interessen der habsburgischen Monarchie, ja der ganze uralte Zwiespalt im deutschen Wesen, der Gegensatz von Einheitsdrang und Sondersucht, sollte jetzt zum Austrag kommen.*) Eine deutsche Nation im politischen Sinne gab es nicht; die Frage war, ob eine solche auf dem Grunde der preußischen Nationalität hergestellt, oder ob vielmehr auch die letztere beseitigt werden sollte. Wenn man die Bevölkerungen zählte, welche für die eine und die andere Lösung dieser Frage eintraten, so schien Preußens Sache unterliegen zu müssen; denn nach solcher Rechnung standen die Kräfte seiner Gegner wie zwei zu eins. Entschlossen, gegen Italien nur verteidigungsweise zu verfahren, und dort durch das starke Festungsviereck zwischen dem Mincio, der Etsch und dem Po, sowie durch seine Flotte hinreichend geschützt, konnte Österreich volle zwei Drittel seiner Macht gegen Preußen verwenden, und in Deutschland hatte es alle Staaten von irgend welcher Erheblichkeit zu Bundesgenossen; denn auch Baden war nun notgedrungen auf seine Seite getreten. Preußen stand hier beim Beginn des Krieges ganz vereinzelt; von Anfang an konnte es nur auf die wenigen und unbedeutenden Kleinstaaten zählen, mit denen es vormals Militärkonventionen abgeschlossen, auf Koburg-Gotha, Lippe-Detmold und Altenburg. Die 19 Millionen Preußen mußten also den Kampf gegen eine doppelte Zahl von Menschen bestehen.

Aber es sind nur die organisierten Massen, welche entscheiden, und hier hätte schon der Umsturz der drei norddeutschen Mittelstaaten die Feinde Preußens belehren können, wie es eigentlich um ihre geträumte Überlegenheit bestellt war. Sie hatten die Kriegsstärke ihres Bundes auf mehr als eine Million Streiter geschätzt, nämlich auf 700 000 Österreicher, 200 000 Bayern, 40 000 Württemberger und 100 000 Mann aus den übrigen Mittel- und Kleinstaaten. In der Wirklichkeit ist nicht die Hälfte zu sehen gewesen; als der Krieg da war, hat Österreich diesseits und jenseits der Alpen zusammen kaum 350 000 Soldaten feldbereit gehabt, und die Streitmacht seiner deutschen Verbündeten bestand thatsächlich gar nur aus 128 000 Mann. Verhältnismäßig am schwächsten waren hierbei die Leistungen Bayerns und Württembergs, von welchen jenes bloß 45 000, dieses mit großer Langsamkeit 16 000 Mann ins Feld stellte. Baden brachte 10 000 Mann auf, Hessen-Darmstadt 9000, Nassau 4000, Sachsen 23 000, Hannover 18 000 und Kurhessen 8000. Diese Zahlen sind

*) S. das preußische und das österreichische Generalstabswerk über den Krieg von 1866. — Vgl. O. v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland, Bd. I, Berlin 1896.



auch im Verlauf des Krieges nicht erheblich gewachsen; das bayrische Heer belief sich selbst gegen Ende desselben nur auf 50 000 Mann. Nur Österreich brachte einen einigermaßen ansehnlichen Nachschub herbei; es hat während dieses Feldzuges im ganzen etwa 440 000 Streitbare aufgestellt.

Dagegen bei Preußen deckten sich Wort und That. Die Sollstärke seiner Kriegsmacht ohne die Landwehr zweiten Aufgebots betrug 660 000 Mann, und so viel hat es auch in der Wirklichkeit während dieses Krieges zur Verfügung gehabt, und was die Hauptsache war, die Hälfte hiervon, eine Feldarmee von 330 000 Mann, stand gleich zu Anfang schlagfertig an den Grenzen, während die feindlichen Kräfte größtenteils verzettelt waren. Diesen entscheidenden Vorteil, daß es den ersten Stoß mit so gewaltiger Kraft führen konnte, verdankte Preußen eben jener Armee-Reorganisation, durch welche die Linie fast verdoppelt worden war. Zum erstenmal, so lange er bestanden, nahm der Staat einen großen Krieg, einen Krieg um sein Dasein auf, ohne daß auf feindlicher Seite eine namhafte Überlegenheit der Truppenzahl vorhanden war.

Österreich hatte seine verwendbaren Streitkräfte in zwei Teilen aufgestellt; 82 000 Mann, die „Südarmee“ nebst einem Rückhalt von 30 000 Mann unter dem Befehl des Erzherzogs Albrecht, standen in Venetien; die übrigen feldbereiten Truppen 238 000 Mann, befehligt vom Feldzeugmeister Benedek, versammelten sich in Mähren und Böhmen, und zu dieser „Nordarmee“ stießen noch die 23 000 Sachsen. Außerdem befanden sich in Süddeutschland an ehemaligen Bundesbesatzungen etwa 7000 Mann Österreicher, die der deutschen Bundes-Executions-Armee zugeteilt wurden. Alles in allem waren mithin im Osten Deutschlands 261 000 Mann, im Westen Deutschlands 112 000 Mann unter Waffen, um dem Beschluß vom 14. Juni Nachdruck zu verschaffen — immerhin noch eine der preußischen fürs erste mehr als gewachsene Macht, falls die Beschaffenheit der Truppen ihrer Zahl entsprochen und besonders, wenn sie einen einzigen Herrn gehabt hätten. So aber kam im Grunde nur die Benedeksche Armee in Betracht.

Niemand kannte die elende Wehrverfassung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten besser als König Wilhelm, der seit Jahren vergebens zu ihrer Reform gemahnt hatte. Er gab deshalb nur einen kleinen Teil seiner Armee, 48 000 Mann, für den Kampf im westlichen Deutschland her; andere kleine Abteilungen (9000 Mann) wurden zum Schutz der Grenze in Oberschlesien belassen; mit dem Kern seiner Streitmacht, 254 000 Mann, beschloß er den Krieg gegen Österreich zu führen.

Zu diesem Zwecke hatte er drei Heere aufgestellt, die erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl*) in der Lausitz, die „zweite oder schlesische“ Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm**) in Schlesien, die dritte, die „Elbarmee“ unter dem General Herwarth v. Bittenfeld an der

*) Geboren am 20. März 1828 zu Berlin, gestorben am 15. Juni 1885.

**) Geboren am 18. Oktober 1831 zu Potsdam, gestorben am 15. Juni 1888.



Nordgrenze Sachsens; das Ziel ihres Marsches sollte zunächst ihre Vereinigung auf böhmischem Boden sein. Er selbst behielt sich hier den Oberbefehl vor. Sein Ratgeber war der Chef des Generalstabes, der auch den ganzen Kriegsplan entworfen,*) der General v. Moltke, ein Kriegsmann, den rasche Entschlossenheit und mutige Thatkraft in Verbindung mit einer seltenen Schärfe des Urteils und dem Talent, auch aus den verwickeltsten Verhältnissen schnell und leicht die Hauptsache und das Wahrscheinlichste klar zu stellen, zu diesem hochwichtigen Posten ganz besonders fähig machten. „Erst wägen, dann wagen!“ war sein Wahlspruch, und in diesem Geiste sind denn auch die Kriege geführt worden, an deren Erfolgen er einen so erheblichen Anteil gehabt hat.

Der Feldzug in Böhmen.

Nachdem die Preußen ganz Sachsen in Besitz genommen, zogen sich ihre Elb- und erste Armee in dem östlichen Winkel dieses Landes zusammen, um durch das Lausitzer Gebirge in Böhmen einzurücken. Die Elbarmee zählte 46000 Mann und bestand aus dem VIII. Armeecorps und einem Teile des VII.; die „erste“ Armee war 93000 Mann stark, zu ihr gehörten die Corps II., III., IV. General Herwarth überschritt am 22. Juni bei Hainspach und Schluckenau die Grenze, am folgenden Tage durch den Paß von Gabel das Gebirge. Einige Meilen weiter östlich marschierte am 23sten auf der Straße nach Reichenberg der Prinz Friedrich Karl ein. Mit frischem fröhlichem Kriegsmut und mit Liedern voll preußischer Begeisterung**) stieg Preußens junge Mannschaft in die böhmischen Thalkessel nieder. Der Prinz führte Söhne vom alten Stamm, die Brandenburger, Pommern und die preußischen Sachsen; Herwarths Scharen kamen vom Rhein und Westfalen — sie alle folgten dem schwarz-weißen Banner mit gleicher Lust und mit demselben wetteifernden Soldatensinn. Den Gesamtoberbefehl über die beiden Heere hatte der Prinz, dem als Generalstabschef der General v. Voigts-Rhetz beigegeben war. Bedachtsamkeit und regelrechte Vorsicht im Zusammenhalten der Kräfte war der Charakter dieser Leitung; nachdem die ersten Siege erfochten waren, zeigte sich auch kühne Schwungkraft. Der Prinz erwartete eben anfangs viel größere Schwierigkeiten, als ihm bereitet wurden. In Böhmen befanden sich damals zwei feindliche Armeecorps, das I. österreichische unter General Clam-Gallas und das sächsische unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen, im ganzen 60000 Mann, und sie hätten den Preußen die Pässe an der Grenze hart bestreiten können. Allein ihr Oberbefehlshaber, der Kronprinz Albert, war von Benedek angewiesen worden, die Iserlinie zu verteidigen, und über diese Aufgabe ging er nicht hinaus. Er stellte sein Heer bei Münchengrätz an der Iser auf; hier wollte er dem General Herwarth, der über Gabel herankam,

*) Vgl. F. v. d. Wengen, Moltke u. Bernhardi über den Kriegsplan von 1866, Deutsche Heeres-Zeitung, 18. Jahrg., Berlin 1893, Nr. 98—101.

**) z. B. „Vorwärts“, Berl. Publicist von 1866, Nr. 185.

eine Schlacht bieten. Die österreichisch-sächsische Vorhut überließ daher den Spitzen der Elbarmee am 26sten bei Hühnerwasser das Feld und zog sich auf ihre Hauptmacht zurück. Aber an demselben Tage hatten die Vortruppen der „ersten Armee“, auf dem östlichen Wege über Liebenau und Turnau anrückend, die Iser erreicht und sich in einem heftigen Kampfe während der Nacht zum 27sten des Flußübergangs bei Podol bemächtigt, wobei Clam-Gallas über 1000 Mann, darunter die Hälfte gefangen, verlor. So zugleich von vorn und in der Seite bedroht, zögerten der Kronprinz und Clam-Gallas doch mit dem Rückzug, erst am Morgen des 28sten schickten sie sich an, Münchengrätz aufzugeben, aber nun waren auch schon die Preußen von Norden und Osten her zur Stelle und brachten dem verbündeten Heere hier noch eine empfindliche Niederlage bei; denn es verlor in diesem Rückzugsgefecht 1 300 Mann an Gefangenen.

Es nahm nun südöstlich von Münchengrätz vor dem Städtchen Gitschin an der Czidlina Stellung; doch konnte es sich hier ebensowenig halten. Prinz Friedrich Karl griff es schon am 29sten auf seinen Höhen vor Gitschin an, den rechten österreichischen Flügel mit einer brandenburgischen Division (v. Tümpling), den linken mit einer pommerschen (v. Werder), und brachte es zum Weichen. Noch in der Nacht überfielen dann die Preußen die Stadt Gitschin und drängten die Sachsen, die den Platz besetzt hatten, nach einem langen und hitzigen Straßenkampfe hinaus. Hier, wie zuvor auf dem Felde, war von beiden Teilen mit großer Tapferkeit gestritten worden; doch gebührte die Ehre des Tages vorzüglich der Division von Tümpling und ihrem wackern Führer, der, mit seinen 14 000 Mann stundenlang gegen 22 000 fechtend, starke Stellungen und zuletzt die Stadt selbst erstürmt hatte. Der Verlust der Preußen bei diesem wichtigen Erfolge betrug etwa 1 500 Mann an Toten und Gefangenen; das sächsisch-österreichische Heer büßte fast die vierfache Zahl ein, darunter 3 600 Gefangene. Im ganzen hatte es seit Beginn des Feldzuges nunmehr 8000 Mann verloren; eilend, ihr hart mitgenommenes Heer in Sicherheit zu bringen, marschierten Kronprinz Albert und Graf Clam-Gallas in der Richtung auf Königgrätz ab.

Bei allen diesen Zusammenstößen war das eigentliche Gefecht von den Preußen nicht mit Übermacht geführt worden; sie hatten gesiegt, weil sie mit mehr Geschick geführt wurden, und besonders, weil sie besser geschult waren. Der Feind indes schrieb seine Niederlage nur dem Zündnadelgewehr zu, obgleich doch sein Verlust an Toten und Verwundeten gar nicht so sehr groß war. Bei Gitschin z. B. zählte man 1 529 tote oder verwundete Preußen, 2 920 Österreicher und Sachsen. Von den Verwundeten wurden 1 100 gefangen, außerdem aber 2 500 unverwundet gefangen. Es hatte also die bessere Führung mehr als das Zündnadelgewehr teil an der preußischen Überlegenheit. Viel that allerdings auch das preußische Schnellfeuer, z. B. bei Skalitz und Nachod. Das Hinterladungs-Zündnadelgewehr war eine preußische Erfindung, ersonnen und hergestellt während der dreißiger Jahre von einem

Schlosser Namens Nikolaus Dreyse aus Sömmerda und auf Fürsprache eines Majors Prim vom Könige Friedrich Wilhelm IV. begünstigt. Durch den Kriegsminister Job von Witzleben wurde dann das neue Gewehr im Jahre 1841 bei dem preußischen Heere eingeführt.*) Im dänischen Kriege war die Vorzüglichkeit der neuen Waffe noch nicht so hervorgetreten. Daher erklärt sich das ungeheure Aufsehen, das sie in diesem Feldzuge erregte. Denn das von hinten geladene Zündnadelgewehr gab, wie einst der eiserne Ladestock, dem Fußvolk den Vorteil des rascheren Schießens. Die Hauptwirkung jedoch bestand darin, daß die Furcht, welche das preußische Schnellfeuer erregte, viel dazu beitrug, die Haltung der österreichischen Truppen zu erschüttern. Dagegen besaßen diese wiederum in ihren besseren Kanonen — sie hatten lauter Hinterlader — einen Vorzug der Bewaffnung. Die Erfolge von 1866 dem preußischen Zündnadelgewehr beizumessen, ist also übertrieben; ebenso übertrieben als zu sagen, es habe damals der preußische Schulmeister gesiegt; denn was bei diesem Kampfe den Ausschlag gab, war freilich die Intelligenz, aber nur vermöge der treulich gedrillten Soldatentugend. An Österreich aber rächte sich jetzt, daß man dort aus übelverstandener Sparsamkeit im Frieden die Dienstzeit sehr verkürzt hatte. Statt, wie sie geprahlt, mit Veteranen, sind die Österreicher im Jahre 1866 eher mit Neulingen ins Feld gerückt; der überwiegende Teil ihrer Infanterie hatte nur eine Friedensdienstzeit von einem Jahre hinter sich und zeigte sich daher in taktischer Übung den Preußen durchaus nicht gewachsen.

Die Anstrengungen, welche die preußischen Truppen während dieser ersten Kriegswoche von der Grenze bis nach Gitschin erduldet, waren sehr groß. Denn nicht nur, daß sie viel hatten marschieren und fechten müssen, und zwar bei ungewöhnlich starker Sommerhitze; es war auch die Verpflegung eine äußerst unregelmäßige und kärgliche gewesen. Prinz Friedrich Karl machte daher an dem Punkte, den zu erreichen ihm der König bestimmt hatte, halt und ließ seine beiden Heere im Süden von Gitschin zwischen Smidar und Horsitz die Beiwacht beziehen.

Während sich im nördlichen Böhmen diese Ereignisse zutrugen, war der Feldzeugmeister Benedek beschäftigt, seine Hauptmacht nach der oberen Elbe heranzubringen, wo er, auf die Festungen Josefstadt und Königgrätz gestützt, dem Prinzen Friedrich Karl eine entscheidende Schlacht zu liefern gedachte. Er hatte in Mähren eine kostbare Zeit verloren, teils weil bei seinem Heere allzu vieles mit der gewohnten österreichischen Sorglosigkeit und Gemächlichkeit zuging, teils weil er anfangs glaubte, die schlesische Armee beabsichtige in Mähren einzubrechen. Dieser Irrtum war von den Preußen selbst geflissentlich verbreitet worden und erhielt Nahrung durch die Streifzüge, welche zwei kleine Truppenabteilungen (von 5300 und 3800 Mann unter den Generalen

*) Leben Manteuffels von H. Keck, S. 83. — Vgl. Minutoli, Graf Haugwitz und Job v. Witzleben, Berlin 1844.

v. Knobelsdorff und Graf Stolberg über die oberschlesische Grenze in das österreichische Gebiet machten. Sie thaten dort mancherlei Schaden, die Abteilung Stolberg hat auch ein größeres Scharmützel (bei Oswiecim am 27. Juni) bestanden; aber zu bedeutenderen Unternehmungen waren diese Streifscharen weder bestimmt noch stark genug; sie sollten nur, und diese Aufgabe lösten sie vortrefflich, das eigene Land schützen und den Feind drüben in Unruhe erhalten.

Der Kronprinz zog unterdessen seine Heeresmassen — es waren das I., V., VI. und Garde-Corps, im ganzen 115 000 Mann, — bei Liebenau, Neurode und Reinerz zusammen und schickte sich an, der ersten Armee so nahe wie möglich das Riesengebirge zu überschreiten. Ein schwieriges und für die Preußen höchst gefährliches Stück Arbeit; denn schon war jenseit der Berge das Benedeksche Heer im Aufmarsch und konnte ihnen zum Verderben die Päſſe schließen. Aber der Kronprinz, obwohl im Kriege noch ein Neuling, zeigte sich seiner Aufgabe vollkommen gewachsen; indem er die klugen Ratschläge seines Generalstabschefs v. Blumenthal mit den Eingebungen seiner eigenen schwungkräftigen Natur verband, unternahm er dieses Wagnis. Daß es geglückt ist, hat Preußen vor allen einem der Unterfeldherren, dem General Steinmetz zu verdanken.

Karl Friedrich v. Steinmetz, geboren am 27. Dezember 1796 zu Eisenach, Sohn eines preußischen Offiziers und in preußischen Kadettenhäusern für den Kriegsdienst erzogen, machte als junger Subaltern-Offizier unter York die Befreiungskriege mit und erwarb sich für persönliche Tapferkeit das eiserne Kreuz. Doch ging seine Beförderung nur langsam von statten; 1848 war er noch Major. In jenem Jahre hatte er wieder Gelegenheit, sich vor dem Feinde hervorzuthun; er verdiente sich bei Schleswig und Düppel den Orden pour le mérite. Seitdem stieg er rascher auf; das Jahr 1866 fand ihn als Befehlshaber des V. (posenschen) Armeecorps. Siebzig Jahre zählte er jetzt; aber das Greisenalter hatte ihm nichts von der feurigen Willenskraft genommen, durch die er an Blüchers weiße Jugend erinnerte. Öfter noch hat man ihn dem alten „Isegrimm“ verglichen, unter welchem er zuerst den Krieg gesehen. Denn wie York war er ein eiserner Charakter, hart und streng im Dienst, kühn, wenn es den Entschluß, voll zäher Ausdauer, wenn es die That galt.

Diesen Geist hatte er auch seinem Corps einzuhauchen gewußt. Es hieß das posensche; aber in der That war es aus Regimentern vieler Landesteile, von Posen, Westpreußen, Schlesien, Brandenburg und Westfalen, bunt zusammengesetzt. Der Pole stand hier neben dem Deutschen, der Katholik neben dem Protestanten. Doch alle diese verschiedenen Elemente waren durch die vereinigten Mächte der preußischen Nationalität, des militärischen Dienstes und des Vertrauens auf den Feldherrn fest zusammengeschweißt; kein anderes preußisches Corps hat dieses an Wirkeifer und Opfermut übertreffen können.

Am 27. Juni sollte die schlesische Armee in drei Abteilungen die „drei Thore Böhmens“ durchschreiten, mit dem rechten Flügel (I. Armeecorps) den Paß von Trautenau, mit dem Centrum (Garde) über Waldenburg den Paß

von Braunau-Eipel, mit dem linken Flügel (V. Armeecorps) über Reinerz den Paß von Nachod. Der Rest des kronprinzlichen Heeres, das VI. Corps, sollte dem V. folgen. Steinmetz hatte somit den gefährlichsten Weg; denn er war der preußischen Hauptmacht am fernsten und der feindlichsten am nächsten. Diese befand sich auf dem linken Ufer bei Josefstadt; auch hatte Benedek von der Annäherung des Kronprinzen bereits Kunde und schickte eben zwei seiner Armeecorps nach dem Gebirge hin, eins nach Trautenau, eins auf die Straße, die von Skalitz nach Nachod führt. Die Pässe selbst wurden jedoch von den Österreichern nicht gesperrt; sie wollten den Feind vor denselben anfallen.

Mittwoch morgens am 27sten erschien, einem abends vorher vorangeschickten Bataillon folgend, am Ausgange des Passes von Nachod die Spitze des V. preußischen Armeecorps — drei Schwadronen, zwei Batterieen und fünf Bataillone, geführt vom General v. Löwenfeld — und nahm rasch auf den Hügeln und der Hochebene im Südwesten dieser Stadt Stellung. Kaum war dies geschehen, so stieg auf der Straße von Skalitz der Feind herauf; es war das VI. österreichische Corps (v. Ramming) und griff bald nach $^1/_2$8 Uhr auf allen Punkten an. Aber die preußische Vorhut verteidigte sich mit der Entschlossenheit einer Truppe, welche weiß, daß an ihrem Aushalten das Geschick des Ganzen hängt. Drei Stunden lang behauptete sie sich, 6 Bataillone gegen 21, von der Übermacht allmählich Schritt um Schritt zurückgedrängt, dennoch vor dem Engpaß und hielt so dem Hauptheer den Weg offen. Dann kam Verstärkung, zwei Regimenter Kavallerie, und hinter ihnen im Laufschritt aus dem Paß hervor eilten die Bataillone der Hauptmacht. Eins der Regimenter des Steinmetzschen Corps bestand aus Polen und kämpfte hier mit. Auch ein Teil der Rammingschen Truppen waren Polen. Diesen Umstand meinten die Österreicher sich zum Vorteil wenden zu können; sie gaben das Kommando mit lauter Stimme in polnischer Sprache, hoffend, die Polen drüben würden übergehen. Aber unter der schwarz-weißen Fahne gab es nur preußische Soldaten. Die Polen in des Königs Rock waren taub für solche Lockungen; sie haben sich dort und überall während dieses Krieges mit derselben Hingebung für Preußens Macht und Ehre geschlagen wie ihre deutschen Kameraden.

Mittags um 1 Uhr ordnete der General v. Ramming bei seinem Heere den Rückzug an; er führte es nach Skalitz und hinter das Flüßchen Aupa zurück. Der Kampf war sehr blutig gewesen; die preußischen Zündnadeln und die österreichischen gezogenen Kanonen hatten furchtbar gewirkt. 1100 Preußen und 3500 Österreicher waren tot oder verwundet. Die Besiegten verloren außerdem 2000 Mann an unverwundeten Gefangenen und 7 Geschütze, 1 Fahne, 2 Standarten.

Dennoch gab Benedek eine solche Niederlage seiner Waffen eher für einen Sieg aus. Zu groß waren bei Kaiser und Volk die Erwartungen von ihm und seiner Armee, als daß er die schmerzliche Enttäuschung nicht hätte aufschieben mögen. Übrigens schlug er auch bei sich selbst den erlittenen Schaden viel zu niedrig an. Hartnäckig blieb er der Meinung, an dieser Stelle werde

nichts entschieden, und er müsse und könne noch immer, den Kronprinzen in seiner Seite lassend, mit der Hauptmacht auf den Prinzen Friedrich Karl losgehen. Daher zog er das Rammingsche Corps nach Josefstadt zurück und entsandte an dessen Stelle ein frisches, das VIII. Corps unter dem Erzherzog Leopold.

Die Stellung, welche dieser neue Feind vor Skalitz einnahm, war sehr fest; waldige Anhöhen und der hohe Eisenbahndamm boten dem österreichischen Heere starke Stützpunkte.*) Aber Benedek hielt einen Kampf hier nicht für nötig; er wollte mit gesamter Macht nach Norden gegen Friedrich Karl ziehen und befahl daher dem Erzherzog am 28sten den Abzug zu ihm. Da aber griff gegen Mittag Steinmetz den vor ihm noch stehenden Feind an; durch eine geschickte Anordnung des Schlachtplanes suchte er den Vorteil der Lage auf seine Seite zu ziehen. Der Kampf, welcher jetzt anhob, dauerte kaum vier Stunden, aber er gehört zu den heftigsten dieses Feldzuges. Die österreichischen Unterbefehlshaber ermunterte die Gunst des Geländes stand zu halten und die Schlacht anzunehmen; sie wehrten sich tapfer. Die Preußen trieb ihr bei Nachod entflammtes Selbstvertrauen zu immer erneutem Ansturm, und namentlich ihre Infanterie focht mit unvergleichlicher Tapferkeit; sie eroberte eins nach dem andern alle die Bollwerke des österreichischen Heeres. Um 4 Uhr gelang es dem Erzherzog seine Truppen aus dem planlos geführten Kampfe herauszuziehen; mit einem Verlust von 5600 Mann, darunter 2500 Gefangenen, und 5 Kanonen führte er sein Corps wieder auf Josefstadt zurück.

Auch den Siegern hatte dieser Tag wieder viel Blut gekostet; sie zählten an Toten und Verwundeten ihrerseits fast 1400 Mann. Aber sie waren nach solcher Arbeit noch voll Mut und Freudigkeit und zu neuen Kämpfen bereit. Der unermüdliche General machte sich denn auch sofort wieder ans Werk. Ihm war befohlen, die Elblinie zu erreichen; dort erst, und zwar in Gradlitz, sollte er stehen bleiben. Steinmetz ließ daher sein Corps in Skalitz nur ganz kurze Zeit rasten und brach schon am nächsten Tage, den 29sten, mittags trotz glühender Sonnenhitze wieder auf. Zum drittenmale wurde ihm der Weg bestritten. Als sein linker Flügel um 4 Uhr nachmittags sich dem Dorfe Schweinschädel im Aupathal näherte, traf er auf starke feindliche Truppenmassen, Teile des IV. österreichischen Corps v. Festetics, welche nach Anordnung des Feldzeugmeisters ein größeres Gefecht vermeiden und ihm zuziehen sollte. Nun aber hielt Festetics stand, um nicht ohne Kampf zu weichen. Aber das Gefecht, welches sich nun entspann, währte drei Stunden, kostete den Österreichern 1450 Mann und eine Fahne und endete mit der Erstürmung Schweinschädels durch die Preußen. Nachdem er sich so den Weg freigemacht, setzte Steinmetz seinen Marsch fort und langte am Abend des 29sten an dem vorgeschriebenen Punkte, in Gradlitz, an. Er hatte seine Aufgabe in einer

*) Vgl. E. Schuler, Das Gefecht bei Skalitz am 28. Juni 1866, Streffleurs österr. milit. Zeitschrift, 32. Jahrg. Bd. 1, Wien 1891.



Weise gelöst, die seinem Namen in der preußischen Geschichte ein ruhmreiches Andenken verbürgt.

Dagegen gingen auf dem rechten Flügel der kronprinzlichen Armee die Dinge anfangs sehr übel. Das Armeecorps, welches ihn bildete, das I. (ostpreußische) stand, was die Tüchtigkeit und den guten Willen der Truppen anbelangte, den anderen Heeresteilen nicht nach; allein es wurde schlecht geführt.*) Es gebrach dem General Adolf v. Bonin, der hier kommandierte, und auch einigen seiner Unterbefehlshaber an der nötigen Umsicht und Thatkraft, und so geschah es, daß dieses Corps den Feldzug mit einer Schlappe eröffnete, der einzigen, welche den Waffen des Königs in Österreich zugefügt worden ist.

Früh am 27sten war das Corps von Liebau und Schömberg aus durch das Gebirge in Böhmen eingerückt und erreichte mit einer seiner Divisionen morgens 8 Uhr die Stadt Trautenau. Dieselbe liegt in einem Thalkessel; dennoch unterließ man es, die Höhen, welche den Platz beherrschen, rechtzeitig zu besetzen. Als dann auf denselben der Feind erschien — es war ein Teil des X. österreichischen Armeecorps unter dem Feldmarschall v. Gablenz — so wurde er zwar durch den Ansturm der gegen ihn hinaufgesandten Bataillone um Mittag vertrieben. Aber er kam einige Stunden später sehr verstärkt wieder, und Bonin, der es nicht für nötig gehalten, seine verfügbaren Streitkräfte herbeizuziehen, ließ sich zum zweitenmale überraschen. Der Vorwurf, er habe die ihm angebotene Unterstützung der Garde ohne Grund abgelehnt, ist allerdings nicht berechtigt. Denn die Unterstützung war in dem Augenblicke, da sie angeboten wurde, überflüssig.**) Bonin verdankte es lediglich der zähen Ausdauer, mit welcher die von ihm vereinzelt ins Gefecht gebrachten Truppen fochten, daß er ohne großen Verlust gegen Abend den Rückzug antreten konnte. Hier nun machte er einen neuen Fehler; denn anstatt in der Nähe sich festzusetzen, ging er gleich bis über die Grenze zurück, gab also den bereits errungenen Erfolg, daß man diesseit des Gebirges Fuß gefaßt, wieder preis. Und doch war die Niederlage seines Corps auf dem Schlachtfelde keineswegs sehr erheblich gewesen; wie denn der österreichische Verlust, 4800 Mann, mehr als das dreifache des preußischen (1300) betrug.

Die Gefahr, welche Bonins Rückzug dem ganzen preußischen Kriegsplan bereitete, wurde indes durch das Eingreifen des nun zunächst bedrohten Armeeteiles, der Garde, sofort beseitigt. Dieses Corps hatte, im Centrum des kronprinzlichen Heeres marschierend, seinen Weg am 27sten unangefochten gemacht und gegen Abend bei Eipel, eine Meile südlich von Trautenau, das Biwak aufgeschlagen, um folgenden Tages auf Königinhof an der Elbe weiter zu gehen. Da erhielt der Kronprinz die Nachricht von Bonins Niederlage; sofort befahl er dem Führer des Garde-Corps, dem Prinzen August von Württemberg, so schnell wie möglich Gablenz anzugreifen. Die Garde

*) Vgl. R. Schmitt, Die Gefechte bei Trautenau am 27. und 28. Juni 1866, Gotha 1892.
**) R. Schmitt, a. a. O.



schwenkte also rechtsum auf den Feind. Morgens $9^1/_2$ Uhr am 28sten griff sie das Gablenzsche Corps bei Burkersdorf unweit Trautenau an und zertrümmerte einen Teil desselben; mit dem andern trat Gablenz, um nicht von der österreichischen Hauptmacht abgeschnitten zu werden, gegen Mittag den Rückzug an, nachdem er in diesem Kampfe 1100 Mann an Toten und Verwundeten und 2600 an unverwundeten Gefangenen nebst 2 Fahnen und 10 Geschützen verloren hatte. Bei der preußischen Garde zählte man 700 Mann tot oder verwundet. Gablenz ging mit seinem so beschädigten Corps über Pilnikau nach der Elbe, während die preußische Garde die Stadt Trautenau wieder besetzte und folgenden Tages am 29sten Königinhof erstürmte.

General v. Bonin war am 28sten mit seinem Corps nicht wieder zum Vorschein gekommen; der Kronprinz ließ ihm daher befehlen, am 29sten über Trautenau nach Pilnikau und Arnau zu marschieren, und begab sich selbst nach Trautenau, wo er die Ausführung dieses Befehles überwachte.

Die ganze „zweite" Armee stand jetzt wohlbehalten diesseits des Gebirges und bereit, der „ersten" Armee über die Elbe die Hand zu reichen. Der große, kühne Plan war gelungen; die Vereinigung der gesamten preußischen Angriffsmacht konnte erfolgen. Am 1. Juli traf der König aus Berlin bei der ersten Armee ein und übernahm nun selber in Person den Oberbefehl über eine Heeresmasse, wie sie in solcher Größe nie einem preußischen Feldherrn zu Gebote gestanden hatte. Denn eine viertel Million Streiter war hier in einem Umkreise von wenigen Meilen versammelt und jedes Winkes gewärtig, der aus des Königs Hauptquartier zu Gitschin kommen mochte.

Auch Benedek hatte nun alle seine Truppen um sich, und er stand jetzt mit ihnen da, wo er dem Feinde in entscheidender Schlacht ein vernichtendes Halt zu gebieten beabsichtigt hatte, auf der rechten Seite der Elbe vor Königgrätz. Aber in wie anderer Verfassung, als er gesollt, hielt er das Feld! Zwei Heere jetzt in eins ihm gegenüber, von denen jedes einzelne ihm zum Trotz seinen Weg gemacht. Seine eigene große Armee noch zahlreich genug, aber fast in allen ihren Teilen über erlittenes Mißgeschick betroffen; kaum zwei ihrer acht Corps unbeschädigt; die drei Gefechttage, der 27ste, 28ste, 29ste Juni, hatten den Österreichern und Sachsen 32000 Mann, ein Siebentel des Gesamtbestandes, weggenommen. Benedek traute weder sich noch den Seinigen mehr etwas Rechtes zu. Mit einem Schlage zerriß er selbst jetzt den Schleier der Täuschung, mit dem seine Berichte dem Kaiser und den zu Österreich haltenden Völkern bisher die Lage verhüllt; am 1. Juli telegraphierte er nach Wien: „Bitte Euer Majestät dringend, um jeden Preis den Frieden zu schließen; Katastrophe für Armee unvermeidlich." Was war das für ein Schreck in der kaiserlichen Hofburg, als auf einmal ein solcher Angstruf von der größten und besten Armee erscholl, die Österreich je gehabt! Herrscher und Volk hatten dort bisher des festen Glaubens an ihre Überlegenheit über die verachteten und gehaßten Preußen gelebt, und um sich nicht in diesem Glauben zu stören, hatten Regierung und Presse im Verdecken der Wahrheit mit einander gewetteifert.

Auch jetzt noch hielt man zu Wien krampfhaft an diesem System fest; der Nation wurde gesagt, „die Rückwärtskonzentrierung“ der Armee sei nichts anderes als das Ergebnis einer tief durchdachten strategischen Kombination, die in kurzem zu dem lange verheißenen Hauptsiege führen werde. Den Feldherrn verwies der Kaiser darauf, es habe ja noch keine entscheidende Schlacht stattgefunden; Frieden zu schließen sei unmöglich, er solle im Notfall sich auf den Rückzug begeben.

Benedek hatte mittlerweile wieder einige Hoffnung gefaßt. Noch waren die beiden feindlichen Heere durch die Ebene von einander getrennt, und nur von der Armee des Prinzen Friedrich Karl war für den Augenblick ein Angriff zu erwarten. Doch gegen diesen Feind allein hatte der Feldzeugmeister eine große Überlegenheit der Zahl und den Vorteil eines selbstgewählten und stark befestigten Schlachtfeldes für sich. Sieben österreichische Armeecorps und das sächsische standen in dem hügligen Landstrich, der zwischen der Elbe bei Königgrätz und dem ihr gleichlaufenden Bache Bistritz sich eine Meile breit erstreckt. Hier beschloß Benedek, am 3. Juli die Schlacht anzunehmen, wenn der Prinz sie suche; im andern Falle, wenn der Feind ihn ungestört lasse, das Heer über den Fluß und in größere Sicherheit zu bringen.

Der König seinerseits bestimmte für den 3. Juli seinen Truppen einen Ruhetag, um dann mit frischen Kräften in den nächsten Abschnitt des Feldzugs eintreten zu können. Denn er glaubte, die Heeresteile, welche gegen den Kronprinzen gefochten, seien jenseit der Elbe verblieben, und eben dorthin habe sich nun auch Clam-Gallas bereits gerettet. Demgemäß erließ er zu Gitschin, wo sich Prinz Friedrich Karl bei ihm gemeldet, am 2ten mittags die Befehle.

Als aber dieser General nachmittags in sein eigenes Hauptquartier nach Kamenetz ($2^1/_4$ Meilen nordwestlich von Sadowa) zurückkehrte, erfuhr er hier durch Berichte des Generalmajors von Unger von seiner Vorhut, daß dicht vor derselben an der Bistritz sich ein großes feindliches Lager befinde und daß jedenfalls mehrere Armeecorps zwischen diesem Flüßchen und der Elbe ständen. Sofort erkannte er, was bei dieser Thatsache zu thun sei; er beschloß folgenden Tages mit seiner ganzen Armee anzugreifen und zugleich den Kronprinzen herbeizuziehen. Er traf zu diesem Zwecke bei seinen und den Herwarthschen Truppen die geeigneten Maßregeln und benachrichtigte den Kronprinzen durch den Lieutenant von Normann von seiner Absicht, indem er um dessen Beistand bat. Dann schickte er den General v. Voigts-Rhetz nach Gitschin zum Könige mit dem Ansuchen, was er gethan, zu genehmigen und die Erlaubnis zur Schlacht zu erteilen; Voigts-Rhetz langte gegen 11 Uhr abends in Gitschin an.

Eine Hauptschlacht diesseit der Elbe gewährte unstreitig große Vorteile; aber wenn man hier wirklich die ganze Benedeksche Macht sich gegenüber hatte, so war Vorsicht desto mehr geboten.*) Es handelte sich darum, vielleicht

*) Vgl. v. Moltke, Die Schlacht von Königgrätz, Allgem. Ztg., München 1891, Beilage Nr. 108.



mehr als 200 000 Mann mit weit geringerer Zahl anzugreifen. Wird die schlesische Armee rechtzeitig zur Stelle sein? Das war sonach die Frage, auf die alles ankam. Das Greisenalter pflegt Kühnheit im Handeln nicht zu lieben; aber König Wilhelm, der fast Siebzigjährige, besaß noch die volle Willenskraft seiner Mannesjahre. Was er als richtig und nötig eingesehen, war er gewohnt auszuführen, es mochte nun den Stempel der Kühnheit oder der Vorsicht tragen. Nach etwa einstündiger Erwägung — ein eigentlicher Kriegsrat fand nicht statt — entschied er sich, den Rat Moltkes zu befolgen und die Schlacht zu liefern.*) Oberstlieutenant Graf Finckenstein wurde sogleich von Gitschin nach Königinhof zum Kronprinzen, der General Voigts-Rhetz zum Prinzen Friedrich Karl abgefertigt, um die betreffenden Weisungen zu überbringen.

In der dritten Stunde nach Mitternacht, Dienstag am 3. Juli, unter strömendem Regen setzten sich die Truppen des Prinzen Friedrich Karl in Marsch nach der Bistritz; die „erste" Armee von Horsitz her auf Sadowa, die Elbarmee von Smidar auf Nechanitz. Links von ihnen, fast zwei Meilen entfernt, stand an und jenseit der Elbe die schlesische Armee noch im Lager. Der Kronprinz konnte die königlichen Befehle erst um 4 Uhr erhalten, und es mußten Stunden vergehen, bevor alle Teile seines Heeres in Bewegung gebracht waren. Es befanden sich zu dieser Zeit sein I. Corps bei Böhmisch-Prausnitz zu beiden Seiten der Elbe, die Garde bei Königinhof größtenteils auf dem linken Elbufer, das VI. Corps bei Gradlitz auf dem rechten, das V. dahinter auf dem linken Elbufer. Sie hatten zum Orte der Schlacht auf verschiedenen Wegen vier bis sieben Stunden zu machen. Zwischen ihnen und dem Punkt Sadowa war ein vom Regen durchweichter, meist angebauter Boden. Auch die nächststehenden dieser Truppenteile hatten mithin zum Schlachtfeld einen verhältnismäßig weiten und beschwerlichen Weg. Eine Aufgabe war diesem Heere gestellt, ähnlich derjenigen, welche Blüchers Preußen bei Belle-Alliance gelöst.

Dagegen jenes Heer, welchem der Kronprinz zu Hilfe kommen sollte, hatte eine viel schwerere Arbeit zu leisten, als einst das Wellingtonsche; denn es sollte nicht von einem Bollwerk herab sich verteidigen, sondern ein solches stürmend sich behaupten. Ihm stand der Feind in großer Überzahl und in sehr fester Stellung gegenüber.

Das linke Ufer der Bistritz ist an vielen Stellen sumpfig, an anderen von waldigen Höhen begrenzt. Auch das dahinter liegende Land zu beiden Seiten der Chaussee, welche von Sadowa nach Königgrätz läuft, wird von häufigen Gehölzen und Hügeln unterbrochen. Zahlreich endlich sind in diesem Abschnitt die Dörfer und zwischen ihnen, damals mit hochaufgeschossenem Korn bestanden, die Ackerfelder. Diese natürlichen Schwierigkeiten hatte die Kriegskunst noch

*) v. Moltke, Über den angeblichen Kriegsrat in den Kriegen König Wilhelms I. (Gesammelte Schriften Bd. III.). — Vgl. die Denkwürdigkeiten des Kriegsministers v. Roon, Breslau 1892, II. Bd.

ungemein vermehrt. Verhacke, Gräben waren gezogen; zahlreiche Batterieen, im ganzen 410 Geschütze, auf den Höhen an der Bistritz von Nechanitz über Dohalizka und Sadowa und nordöstlich davon bis Horsenowes und Nedelist, am stärksten in der Mitte bei Lipa und Chlum postiert (außerdem in Reserve rückwärts 360 Geschütze); und hinter diesem Kranz von Feuerschlünden stand eine Armee von 222 000 Mann. Auf ihrem linken Flügel stand hinter Nechanitz das sächsische Corps, unterstützt vom VIII. österreichischen — 39 000 Mann mit 116 Geschützen — auf den Höhen von Prim und Problus. Im Centrum hielt das X. und III. Corps auf den Höhen von Langendorf, Lipa, Chlum — 46 600 Mann mit 134 Geschützen. — Auf dem rechten Flügel befand sich das IV. und II. Corps von Chlum über Nedelist (eig. Nedielischt) bis zur Elbe — 55 600 Mann mit 160 Geschützen. — Als Reserve behielt sich Benedek Corps I und VI und 5 Reiterdivisionen und Artillerie-Reserve — 73 000 Mann mit 360 Geschützen. Dazu kamen 4000 Mann dem Hauptquartier zugeteilte und 3000 Mann technischer Truppen. Im ganzen also waren es 222 000 Mann mit 770 Geschützen; soviel hatte bisher nie eine Macht der neueren Zeit auf einem Schlachtfelde vereinigt.

Morgens gegen 8 Uhr erschien König Wilhelm mit 124 000 Mann der ersten (85 000) und der Elb-Armee (39 000), vor der Bistritz. Er selbst nahm seinen Stand auf der Höhe von Dub, die am Wege von Horsitz und Sadowa liegt. Der Regen beschränkte den Umblick; doch soviel ließ sich erkennen, daß hier in der That eine gewaltige Macht zu bezwingen war. Dennoch befahl der König auf der ganzen Linie den Angriff. Das vierte Armeecorps rückte gegen Sadowa, das zweite gegen Dohalizka, die Elbarmee gegen Nechanitz vor. Das dritte Corps blieb in Reserve.

Die Preußen gewannen anfangs einigen Boden; sie überschritten mit Erfolg die Bistritz. Auf dem rechten Flügel drängte hier Herwarth, nachdem er etwas langsam seinen Übergang über die Bistritz bewerkstelligt hatte, die Österreicher und Sachsen, auf die er bei Nechanitz gestoßen, nach den Höhen von Prim und Problus. Im Centrum eroberte der General v. Horn mit der 8. erfurtischen Division, unterstützt vom II. (pommerschen) Corps, Dorf und Wald von Sadowa, und auf dem linken Flügel nahm General v. Fransecky mit der 7. (magdeburgischen) Division das Dorf Benatek und den südlich davon gelegenen Wald von Masloved, den Swiepwald. Gegen 11 Uhr war das ganze Bistritzthal im Besitz der Preußen.

Aber nun kam die Schlacht zum Stehen. Immer ist die Abwehr, nicht der Angriff die Stärke der Österreicher gewesen, und diesem Charakterzuge gemäß haben sie keine Waffe so eifrig und mit so viel Erfolg ausgebildet wie die Artillerie. Auch jetzt war diese die Säule ihrer Kraft, und sie war hier um so stärker, weil gegen ihre weittragenden gezogenen Kanonen sich die preußischen glatten verhielten, wie gegen das Zündnadelgewehr der Vorderlader. 200 solcher Geschütze, gut aufgestellt und vortrefflich bedient, das war für jeden Fortschritt der angreifenden Armee ein mächtiges Hindernis. Das

zeigte sich jetzt. Kaum waren die Österreicher zurück auf die Höhen gezogen, so entwickelte sich von dort auf der ganzen Linie von Langenhof bis Chlum ein dichter unaufhörlicher Granathagel aus 130, dann aus 160, endlich aus mehr als 200 Feuerschlünden, gegen den die preußische Kanonade wenig vermochte. In den Schlachten Friedrichs des Großen hat oft genug die preußische Reiterei den Vorteil wett gemacht, den der Feind durch eine gewaltigere Artillerie besaß. Dergleichen geschah jetzt nicht. Fast die ganze Arbeit mußte von der preußischen Infanterie gethan werden; ihr gehört denn auch der Ruhm von Sadowa vorzugsweise.

Den schwersten Stand und die glänzendsten Ehren hatte die Division Fransecky. Auf sie richtete sich seit 10 Uhr die ganze Kraft des feindlichen rechten Flügels (2. Corps), um ihr den Swiepwald und das Dorf Benatek wieder zu entreißen. Es geschah dies gegen den Befehl Benedeks, der diese beiden Corps zur Deckung seiner Seite gegen den Kronprinzen bestimmt hatte, aber die Unterfeldherren, insbesondere General von Mollinary, glaubten hier siegen zu können und verbissen sich daher hartnäckig in diesen Kampf. 43 österreichische Bataillone mit 128 Geschützen traten hier nach einander gegen 14 preußische Bataillone mit 24 Geschützen ins Gefecht — zwei Armeecorps gegen ein halbes. Franseckys Scharen schmolzen zusammen, aber sie hielten fest. Diese Truppen (Altmärker und Magdeburger) zeigten sich, wie des altpreußischen Kriegsruhmes, so auch ihres Führers würdig. Denn Fransecky, überall selbst im dichten Kugelhagel, ging ihnen voran in Bezeigung jenes äußersten Ehr- und Pflichtgefühls, welches ihm eigentümlich war. „Kinder“, rief er seinen Leuten um 12 Uhr zu, als die feindliche Übermacht alle Kraft anspannte, die kleine Schar aus dem letzten Winkel des blutgetränkten Waldes hinauszuwerfen, „Kinder, hier müssen wir stehen oder sterben!“ Ein heller Ruf der Musketiere antwortete ihm: „Keine Sorge, Excellenz, wir stehen oder sterben!“*) Hin und her tobte in dem Walde der Kampf; hier verdrängt setzten sich die Preußen dort von neuem; der Feind konnte ihrer nicht Herr werden.

Nicht viel weniger heiß war für die Division Horn und das pommersche Corps der Tag. Sie hatte die Aufgabe, in der Stellung, die sie gewonnen, im Walde von Sadowa trotz heftigen Geschützfeuers stundenlang zu verharren. Solch Stillstehen erforderte eine moralische Kraft von seltener Zähigkeit. Die Truppen besaßen diese Kraft; sie ließen sich ohne Wanken als eine lebendige Festung mit Kugeln bewerfen und wurden zerschossen, aber nicht vertrieben.

Der König gewahrte sehr wohl, wie schwer das IV. und II. Corps litt, und wie furchtbar besonders die tapfere Division Fransecky sich verblutete. Aber diese Opfer mußten gebracht werden; es lag alles daran, hier den Feind gepackt zu halten, bis von Nordosten her die „zweite“ Armee zur Stelle war.

Doch immer bedenklicher wurde die Lage des Vordertreffens. Gegen

*) v. Sybel, a. a. O. V. 195.

1 Uhr mittags entschloß sich der König, seine Reserve, das III. Corps, in den Kampf zu werfen. Die Mannschaften legten nun auch bei diesen Bataillonen, wie es vor dem Handgemenge üblich, Helm und Tornister ab. So zogen sie mit freudigem Hurraruf an ihrem Könige vorüber. Durch Sadowa und den Wald dahinter ging es auf Lipa zu. Aber voll und unaufhörlich strömte von dort herab in breiten Fluten das Granatfeuer; es hätte ganze Regimenter gekostet, um an dieser Stelle auch nur bis an den Feind hinanzukommen. Der König und der Prinz, immer geneigt, mit dem Blut ihrer Soldaten zu geizen, hielten so ungeheure Opfer nicht für geboten; es war genug, wenn nur die Entscheidung hier hingezögert wurde. Selbst dies gelang ihnen nur mühsam, sehnsüchtig blickten sie hinüber nach Nordosten, ob nicht endlich der Kronprinz komme. Da — es war fast 2 Uhr — kam der General Voigts-Rhetz von einem Erkundigungsritt nach dem linken preußischen Flügel herangesprengt mit der Freudenbotschaft, der Kronprinz stehe dort bereits im Kampf, und bald war nun auch hier im Centrum von seinem Eingreifen die Spur zu sehen.

Die schlesische Armee war doch länger ausgeblieben, als man erwartet hatte. Mancherlei Umstände verspäteten ihren Aufbruch. Der Kronprinz in Königinhof hatte den Befehl des Königs um 5 Uhr morgens erhalten; aber nur ein Teil seiner Armee, das I. Corps und die Garde, hatte schon Tags vorher die Elbe überschritten. Die anderen Teile mußten den Übergang erst bewerkstelligen, und beim zunächst dem Schlachtfelde befindlichen I. Corps hemmte die Schlaffheit des Befehlshabers Bonin. Denn obgleich er von Moltke zu selbständigem Handeln ausdrücklich ermächtigt war, blieb Bonin stehen und wartete den entsprechenden Befehl des Kronprinzen ab, so daß er erst um 10 Uhr in Bewegung kam. Dagegen wetteiferten die Führer des Gardecorps, Prinz August, und des neben ihm ziehenden Corps, des VI. (schlesischen), v. Mutius, mit einander, wer am ersten auf dem Wahlplatz anlangen würde, und der Eifer der Leute war bei allen Truppen gleich groß; sie schritten trotz des strömenden Regens und aufgeweichten Bodens aufs gewaltigste aus. Der Gedanke vorwärts! vorwärts! trieb sie zu immer rascherem Marsch. Als Ziel erschien den Vorrückenden im Südwesten jenseit des Trotinkabaches der Höhenstreif, wo Blitz auf Blitz durch die nebelige Luft fuhr — dort, bei Horsenowes und Chlum, lag offenbar die Entscheidung. Gegen Mittag waren die erste Gardedivision, geführt vom General Hiller v. Gärtringen, und eine Division des VI. Corps am Feinde; sie drängten ihn über die Trotinka zurück und marschierten nun, jene auf Horsenowes, diese auf Nedelist zu, in die Seite der österreichischen Armee. Jetzt trat zu Tage, wie viel die Standhaftigkeit der Division Fransecky wert gewesen; sie hatte den rechten Flügel der österreichischen Armee — zwei Corps — aus seiner Stellung auf sich gezogen und schwer beschädigt. So war dem Feldzeugmeister bei den Bemühungen seiner eigenmächtig handelnden Unterfeldherren, hier den preußischen Widerstand zu brechen, ein großer Teil seiner Truppen kampfunfähig geworden oder aus den Händen gekommen. Die ganze Aufstellung seines Heeres war

verschoben; er bot noch immer dem Prinzen Friedrich Karl die Spitze, aber seine rechte Seite gegen den Kronprinzen war entblößt, und er hatte seinerseits nicht richtig und rasch genug das Nötige gethan, um genügende Streitkräfte hierher zu werfen und so den hier entstandenen Schaden auszubessern. So gelang es denn der preußischen Garde sich der Höhen von Horsenowes zu bemächtigen; dann besetzte sie auch das Dorf Masloweb, und nun führte sie der General Hiller gegen den Schlüssel der feindlichen Stellung, nach dem Dorfe Chlum, hinauf. Um 2³/₄ Uhr war dieser wichtigste Punkt mit Sturm genommen.

Zu spät erkannte der österreichische Feldherr, wie ihn sein früheres hartnäckiges Nichtachten der Gefahr, die vom Kronprinzen längst drohte, nunmehr an den Rand des Verderbens gebracht. Durch seine und seiner Generale Schuld war er, während sie herannahte, gegen sie auf die Dauer wehrlos geworden. Er versuchte dem Gegner die Stellung von Chlum wieder zu entreißen. Und wie bisher auf die siebente Division, so fiel jetzt auf die Division Hiller die Wucht eines an Zahl weit überlegenen Feindes. Aber gegen den ersten heftigen Anprall der österreichischen Reserven behauptete sie sich mit eigener Kraft und gegen einen zweiten noch stärkeren Stoß war bereits Hilfe da. Von rechts her rückten um 4 Uhr die 2. Gardedivision und die Vortruppen des I. Corps ein, welches der Kronprinz selbst zur Eile angespornt; zur Linken marschierte aus dem eroberten Nedelist das VI. Corps herbei, und hinter Chlum erschien das V., welches den weitesten Weg gehabt. Zu derselben Zeit warf General Herwarth die Sachsen und Österreicher bei Prim und Problus endlich über den Haufen und fiel dem Centrum Benedeks in die linke Seite, während von vorn Prinz Friedrich Karl nun aus der Verteidigung zum Angriff überging, und in der Mitte des Schlachtfeldes die 2. Gardedivision (um 4 ¹/₂ Uhr) Lipa erstürmte. Der König selbst ritt vor, über Sadowa auf Lipa zu, mitten durch das feindliche Granatfeuer. Vergebens bat ihn Graf Bismarck, sich nicht so rücksichtslos auszusetzen. „Der oberste Kriegsherr steht dort, wohin er gehört", war die Antwort des Königs. Erst als er bei Lipa beobachtend und anordnend von neuem ins Feuer ging und ihn Bismarck im Namen des preußischen Volkes beschwor, welches von dem Ministerpräsidenten seinen König fordern werde, gab er nach.

Die Schlacht war von den Preußen gewonnen; Benedek kämpfte jetzt nur noch um seinen Rückzug. Aber auf beiden Seiten umfaßt und auch im Rücken schon bedroht, wäre das besiegte Heer der Vernichtung schwerlich entgangen, wenn der König den abziehenden Feind ohne Schonung hätte verfolgen lassen. Allein er begnügte sich, durch einen allgemeinen Vorstoß seiner Truppen, wobei es zu einem hitzigen Reitergefecht kam, den letzten Widerstand der Österreicher zu brechen und sie völlig zu vertreiben. Dann (6 Uhr) machte er auf dem eroberten Schlachtfelde halt, welches mit der Masse Toter und Verwundeter, mit den endlosen Zügen Gefangener und den Haufen weggeworfener Waffen das Bild der jähen Flucht des Feindes bot. „Euer Majestät", sagte Moltke,

haben nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen." „Die Streitfrage", sagte Bismarck darauf, „ist entschieden; jetzt gilt es die alte Freundschaft Österreichs wieder zu gewinnen."*) Von den Regungen seines menschenfreundlichen Herzens überwunden, erteilte der König den Befehl, das mörderische Feuer der Artillerie auf die fliehenden Massen einzustellen. Ähnlich verhielt sich der Prinz Friedrich Karl. „Die österreichischen Verwundeten, welche am Boden lagen, schrieen vor Angst, als sie die Kavallerie gegen sich heransprengen sahen; aber der Prinz sorgte dafür, daß sie umgangen wurden, und hielt sogar einmal die Verfolgung auf, um seine Reiter nicht durch ein Stück Kornfeld zu führen, in welchem verwundete Österreicher Schutz gesucht hatten."

Dennoch gelang es dem Feldzeugmeister nur unter ungeheuren Verlusten, namentlich der Artillerie, die mit Aufopferung den Rückzug gedeckt, seine zertrümmerte Armee hinter die Elbe zu bringen. Ein Teil derselben flüchtete über Königgrätz, ein anderer Teil über Pardubitz; dann ging es über Hohenmauth und Zwittau nach Mähren. Dort, bei Olmütz, wollte Benedek seine Streitmacht wieder herstellen. Er war aufs tiefste gebeugt. „Ich habe alles verloren", soll er ausgerufen haben, „nur leider das Leben nicht."

Der König ließ ihm die Zeit zur Sammlung; er war ohne Haß gegen Österreich, nur aus Pflicht gegen den eigenen Staat ins Feld gezogen; die alte Freundschaft gegen die ehemaligen Bundesbrüder war in ihm nicht ganz erloschen. Machte sie sich jetzt geltend? oder bewogen ihn zum Zögern nur die Gründe, die sich in der That geltend machten, daß es den Siegern am Abend der Schlacht noch zweifelhaft war, ob sich Benedek nicht mit starken Heeresteilen über die Elbe gerettet und daß ein großer Teil seines Heeres einer Ruhepause dringend bedurfte; viele Regimenter waren am Abend des 3ten seit 19 Stunden in Bewegung, seit 10 Stunden im Gefecht gewesen. Aber es hatte ein beträchtlicher Teil der Armee am Kampfe nicht teilgenommen (70 000 Mann) und die meisten dieser Truppen hatten allzu anstrengende Märsche nicht gehabt. Wie dem auch sei, der König ließ den geschlagenen Feind nicht verfolgen, sondern beschäftigte die Truppen während der ersten beiden Tage nach der Schlacht nur damit, die unmittelbar zu erreichenden Früchte des Sieges einzusammeln, dessen Größe von Stunde zu Stunde klarer hervortrat. Noch am vierten kannte er nicht die Hälfte aller gewonnenen Trophäen. Wie er an diesem Tage gestimmt war, und was er selbst am dritten erlebt, schildert in schmuckloser Wahrheit ein Brief, den er an seine Gemahlin, die Königin Augusta richtete, ein Schreiben, welches den klaren Geist und das milde Gemüt dieses Herrschers mit großer Deutlichkeit erkennen läßt.

„Horsitz, 4. Juli. Am 2. verließ mich Fritz Karl um 8 Uhr nachmittags nach einem Kriegsrat, in welchem beschlossen wurde, den durch Märsche und Kämpfe erschöpften Mannschaften einen bis zwei Ruhetage zu gönnen. Um

*) v. Sybel, V. S. 211.



½11 Uhr Abends traf jedoch General Voigts-Rhetz wieder bei mir ein, um die Ausbeute der Recognoscirung des Tages zu melden, die dahin ging, daß bedeutende feindliche Massen von Josefstadt nach Königgrätz diesseits der Elbe sich von 8—3 Uhr bewegt hätten, Gefangene aussagten, die Armee concentrire sich zwischen Elbe und Bistritz und Königgrätz; es wurde mir daher vorgeschlagen, den günstigen Umstand, daß die feindliche Armee sich diesseits der Elbe schlagen zu wollen scheine, zu benutzen und ihr die Schlacht anzubieten. Zu dem Ende sollte sich die Erste Armee mit dem 2., 3., 4. Corps im Centrum, Sadowa vor sich habend, aufstellen, General Herwarth mit seinen 1½ Corps über Nechanitz in die linke Flanke, Fritz mit der zweiten Armee, Garde, 1., 5., 6. Corps, von Königinhof, seinen linken Flügel längs der Elbe, in die rechte Flanke des Feindes vorgehen. Erst um Mitternacht hatte ich mit dem General Moltke alles festgestellt, bestimmte meinen Aufbruch um 5 Uhr früh, da die Armee sofort Nachts 2 Uhr den Marsch anzutreten hatte. Ich hatte fast 4 Meilen zu fahren und glaubte immer noch nicht an die Richtigkeit der Annahme, daß der Feind diesseits der Elbe stehen könne. Aber nur zu bald sollte sich die Richtigkeit herausstellen. Als ich in einem kleinen Dorfe, Dub, zu Pferde stieg, regnete es und dauerte dies mit langen Unterbrechungen den Tag über an. Schon bei den Truppen vorüberfahrend, wurde ich fortwährend von denselben mit Hurrah begrüßt. Das Gefecht fing soeben, 8 Uhr, mit Artilleriefeuer des 2. Corps an, als ich in Sadowa ankam und auf einer Höhe Posto faßte. Dies Corps stand rechts von hier. Die Division Horn (8. Division) ging bei Sadowa über die Bistritz und griff vorliegende waldige Höhen an, gewann bei der Heftigkeit der Verteidigung wenig Terrain, die 7. Division (Fransecky) entwickelte sich mehr links, mit gleich schwankendem Erfolg, Herwarth griff schon nach 1½ Stunde, von Nechanitz kommend, ins Gefecht ein, welches von nun an fast während fünf Stunden hauptsächlich in Artilleriegefecht bestand, untermischt mit Infanteriegefecht in waldigen Bergen. Mit Sehnsucht sahen wir dem Eintreffen der zweiten Armee entgegen, denn bei diesem langen Kampfe mußte die Artillerie bereits mehrmals ihre Reservemunition verausgaben. Das Infanteriegefecht schwankte hin und her. Endlich entdeckten wir die ersten Spuren der Annäherung des Gardecorps, aber das Gefecht konnte man nicht sehen, indem es jenseit einer Höhe vor sich ging und man nur dasselbe aus der feindlichen Flankenstellung annehmen konnte. Trotz dieser Umgehung und trotz des allmählichen, sehr langsamen Vordringens Herwarths hielt der Feind in dem Centrum immer noch festen Stand. Jetzt wurde die 5. Brigade (Schimmelmann) Leib-, 48. Regiment, zur Unterstützung des Angriffs auf das Centrum vorgenommen. Ich ritt durch die Regimenter durch, die mich mit lautem Jubel begrüßten, während Piefke im Marsch „Heil dir im Siegerkranz“ blies; ein ergreifender Moment. Plötzlich wurde das Artilleriefeuer im Centrum schwächer und wurde Kavallerie verlangt, ein Zeichen, daß der Feind anfange zu weichen. Jetzt verließ ich meine Höhe, weil

der Sieg anfing sich durch Flankenangriff der Zweiten Armee zu entscheiden, und ritt mit der Kavallerie vor.*)

Hier stieß ich zuerst auf die im vollen Avanciren begriffene (Tambourbattant) 2. Gardedivision und Teile des Garde-Füsilierregiments inmitten eben genommener 12 Kanonen. Der Jubel, der ausbrach, als die Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben, die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts, und von einer Truppe zur andern und überall das nicht enden wollende Hurrahrufen! Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, zu verstehen! So traf ich auch noch die Truppen des 1., 6. und 5. Armeecorps, auch mein Infanterieregiment; vom 8. Corps nur das 8. Jäger- und vom 7. nur das 17. Regiment, die übrigen waren zu weit schon entfernt in der Verfolgung des Feindes. Jetzt brachen unsere Kavallerieregimenter vor, es kam zu einem mörderischen Kavalleriegefecht vor meinen Augen, Wilhelm**) an der Spitze seiner Brigade, 1. Garde-Dragoner-, Zieten-Husaren-, 11. Ulanenregiment gegen österreichische Kürassiere, Ulanen, die total culbutiert wurden, und das Gefechtfeld, das ich gleich darauf beschritt, sah fürchterlich aus von zerhauenen Österreichern, todt, lebend! So avancirte dann wieder die Infanterie bis zum Thalrand der Elbe, wo von jenseit des Flusses noch heftiges Granatfeuer erfolgte, in das ich auch gerieth, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte. Ich ritt aber nun noch umher, um noch ungesehene Truppen zu begrüßen, wo ich Mutius, Würtemberg und Bonin auch antraf. Alle die Wiedersehen waren unbeschreiblich! Steinmetz, Herwarth fand ich nicht. Wie sah das Schlachtfeld aus! Wir zählten 35 Kanonen, es scheinen über 50 genommen zu sein, mehrere Fahnen, alles lag voller Gewehre, Tornister, Patronentaschen, wir rechnen bis heute 12 000 Gefangene; hier befinden sich 50 gefangene Offiziere.

Aber nun der Revers der Medaille. Unser Verlust ist noch nicht ermittelt, er wird hoch sein. Daß General Hiller von der Garde geblieben ist, wirst Du schon wissen, ein großer Verlust! Anton Hohenzollern hat vier Gewehrkugeln im Bein! Ich weiß nicht, wie es ihm heute geht, er soll enorm brav gewesen sein. Erckart***) ist schwer blessirt, ebenso Oberst Obernitz am Kopfe.

In welcher Aufregung ich war, kannst Du denken. Und zwar der gemischtesten Art! Freude und Wehmuth. Endlich begegnete ich noch spät, 8 Uhr, Fritz mit seinem Stabe. Welch ein Moment nach allem Erlebten und

*) Kapellmeister Piefke, mit der Musik an der Spitze des Leibregiments, ließ beim Vorbeimarsch das „Heil dir im Siegerkranz“ anstimmen, zog den Degen und schlug mit demselben den Takt dazu.

**) Prinz von Mecklenburg-Schwerin.

***) Major im zweiten Garderegiment.

am Abend dieses Tages! Ich übergab ihm selbst den Orden pour le mérite, so daß ihm die Thränen herabstürzten, denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten. Also völlige Überraschung! Einstens alles mündlich! Erst um 11 Uhr war ich hier, ohne alles, so daß ich auf einem Sopha campirte." —

Die Schlacht von Sadowa, oder, wie der König sie nannte, von Königgrätz, ist die größte des Jahrhunderts, gehört nach Umfang und Folgen zu den größten aller Zeiten. So gewaltige Menschenmassen wie hier — 222 000 Mann gegen 221 000 — haben sonst nur noch bei Leipzig gegen einander gestanden, und sehr selten, so lange es eine beglaubigte Geschichte giebt, sind die Schicksale mächtiger Staaten so rasch und so erheblich durch eine einzige Schlacht verändert worden. Auch die Verluste an diesem Tage waren groß, wenngleich an Menschenleben nicht auf beiden Seiten so entsetzlich schwer, wie in mancher wenig entscheidenden Schlacht früherer Zeiten. Den Preußen, von denen übrigens ein großer Teil — 70 000 Mann — nicht zum Kampf gekommen war, lagen, wie sich bald ergab, 9000 Mann tot oder verwundet auf dem Plan, unter den Gefallenen der Sieger von Chlum, General Hiller, unter den Verwundeten ein Hohenzoller, Prinz Anton von Sigmaringen, der an seinen Wunden nachmals gestorben ist. Als der König am späten Abend des Schlachttages am Lazarett der Johanniter vorüberging, sagte er: „Das ist die Kehrseite des Glücks, doch sie bluten nicht umsonst, sondern zur Verherrlichung des Vaterlandes!" Das österreichische Heer mit den Sachsen hatte 20 700 Mann an Toten und Verwundeten eingebüßt. Fast ebenso viel, nämlich 22 100, verlor es an Gefangenen; außerdem ließ es in den Händen des Siegers 187 Kanonen, 5 Fahnen und eine ungeheure Menge von Waffen, Wagen, von Kriegsgeräten aller Art.

Im ganzen hatte dasselbe seit Beginn des Feldzuges in 8 Tagen 40 000 Gefangene, 200 Kanonen, 11 Fahnen verloren. Aus der Größe dieser Zahlen erhellt, wie niedergeschlagen sich der österreichische Soldat gefühlt. Auch blieb der Rückzug nur bei einzelnen Truppenteilen ein geordneter; bei vielen artete er schon am Abend des 3. Juli in zügellose Flucht aus, deren Schrecken dadurch vermehrt wurden, daß der Kommandant von Königgrätz den Flüchtigen anfangs die Thore schloß. Viele dieser Unglücklichen, die den preußischen Kugeln entgangen waren, fanden nun, in Verwirrung über den Fluß drängend, einen elenderen Tod im Wasser. Hätte der König am 4ten und 5ten mit ganzer Macht nachgesetzt, so hätte sich die „Nordarmee" nicht wieder sammeln können, und vielleicht kein Stein von Österreichs Bau wäre auf dem andern geblieben.

Doch auch so war die Wirkung der Schlacht noch sehr gewaltig. Die Kunde von Königgrätz wurde vom preußischen Volke mit einer jubelnden Begeisterung empfangen, die von dem Schmollen der nun für ihren Verfassungsstreit fürchtenden Fortschrittsmänner im Osten und dem Verdruß der das katholische Österreich liebenden Ultramontanen am Rhein nicht getrübt werden

konnte. Die Feinde Preußens jedoch traf die Nachricht unvermutet und schrecklich wie ein Erdbeben. „Il mondo cassa!“ (die Welt bricht zusammen) rief entsetzt der erste Minister des Papstes, Kardinal Antonelli, aus, als die Meldung nach Rom kam. Preußen hatte der römischen Kirche überreichlich Freiheit bei sich eingeräumt. Aber es war für Rom immer der Gegner seiner Weltherrschaft, und jetzt hatten seine Waffen die Aussicht auf Zertrümmerung des Königreichs Italien und Herstellung des Kirchenstaates vernichtet. Am bestürztesten war man natürlich in Wien, München, Stuttgart; die noch vor wenig Tagen voll maßlosen Dünkels von dem „Intermezzo Friedrichs des Großen, welches nunmehr beseitigt werde“*), gesprochen, sie schrieen jetzt um Rettung zum Ausland. Frankreich sollte sein Schwert zwischen sie und den Preußenkönig strecken; sie waren dafür zu jedem Lohne erbötig. Am 4. Juli trat Kaiser Franz Josef die Provinz Venetien, für deren Behauptung seine „Südarmee“ eben noch in einer Schlacht gegen die Italiener, bei Custozza am 24. Juni, siegreich geblutet, an den Kaiser Napoleon ab, teils um sofort und ohne Störung jenes Heer zur Verteidigung Wiens heranziehen zu können, teils und am meisten, um die Franzosen für sich ins Feld zu bringen. Aber dieser Schritt hatte keineswegs den erwarteten Erfolg. Denn die Italiener weigerten sich, Venetien, wie man zu Wien gemeint war, als ein Geschenk aus den Händen Napoleons und als Bezahlung für Vertragsbruch anzunehmen. Vielmehr wünschten sie ihre Waffenehre durch Fortsetzung des Krieges wieder herzustellen. Victor Emanuel blieb daher seinem Bundesgenossen treu. Dies aber wirkte wiederum auf Napoleons Entschlüsse ein. Zwar erfüllte Frankreich der Sieg der Preußen, den es so wenig wie die andern Mächte vorausgesehen, mit Bestürzung; es fühlte, als wenn ihm selbst durch die Erfolge Preußens ein Unrecht geschehe, eine gewisse „patriotische Beklemmung“. Auch verlangte eine starke Partei in Paris, der Minister des Äußeren Drouyn de Lhuys an der Spitze, daß Frankreich mit dem Schwerte dazwischentrete. Aber einflußreicher beim Kaiser Napoleon war eine andere Partei, die italienische, deren Haupt der Prinz Jerome Napoleon, Schwiegersohn Victor Emanuels, war. Diese Partei erklärte es für Thorheit, sich mit Österreich, welches nur noch ein Kadaver sei, zu verbinden, und riet eifrig zur Freundschaft mit Preußen. Es unterstützte sie mächtig der Umstand, daß die französische Armee keineswegs kriegsbereit, vielmehr in ziemlich schlechter Verfassung war. So war es denn vergebens, daß der Botschafter Österreichs, Fürst Richard Metternich, den Vertrag vom 12. Juni anrief; dieser Vertrag hatte ja auch etwas ganz anderes, als jetzt geschehen war, nämlich den Sieg Österreichs zur Voraussetzung gehabt. Kurz, nur seine guten Dienste zur Vermittelung eines einigermaßen erträglichen Friedens, das war alles, was Napoleon den Bitten Österreichs gewährte.

---

*) Worte des Ministers v. Beust. Vgl. Rothan, Souvenirs diplomatiques in der Revue des Deux Mondes 1881, p. 95.

Nun hatte Kaiser Franz Josef nur noch die eine Hoffnung, daß sich die Preußen gegen Olmütz wenden und dort durch die Künste der vereinigten österreichischen und französischen Diplomatie so lange würden aufhalten lassen, bis er die Südarmee vollständig herangezogen habe, oder bis irgend ein Glücksfall dazwischen getreten sei.

Auch diese Hoffnung trog. König Wilhelm hatte freilich die Verfolgung anfangs nur wenig betrieben, so daß Benedek glücklich den größeren Teil seines Heeres in ein verschanztes Lager bei Olmütz führen, den kleineren nach Wien zum Schutze der Hauptstadt entsenden konnte. Aber dann handelte der König wieder mit aller Schnelligkeit. Nachdem er am 6ten die Elbe überschritten, faßte er den kühnen Entschluß, gegen Benedek nur einen Teil seiner Kräfte zu wenden und mit der Hauptmacht geradeswegs auf Wien loszugehen. Demgemäß setzte sich die „erste" Armee, bei welcher der König selbst blieb, nach Brünn, die Elbarmee nach Iglau in Marsch, während die „zweite" als linker Flügel des Ganzen teils die Festungen Josefstadt und Königgrätz beobachtete, teils die Straße nach Olmütz einschlug. Eine andere Abteilung — 10 000 Mann Gardelandwehr — die zur Verstärkung der Hauptarmee noch am Abend des 3. Juli angelangt war, ließ man zur Besetzung Böhmens zurück, in dessen Hauptstadt dieselbe am 8ten einrückte. Eine Schwierigkeit des Marsches durch Böhmen und Mähren bestand in der Frage der Ernährung und Verpflegung der Truppen. Denn bei der Annäherung der Preußen entwichen alle kaiserlichen Behörden und großen Grundbesitzer, so daß eine geordnete Verteilung größerer Requisitionen auf ausgedehnte Landstriche unmöglich war und der gerade besetzte Bezirk vollständig ausgesogen wurde. Überdies flüchteten vieler Orten die Bauern mit Weib und Kind und Vieh in die Wälder, weil man ihnen die Preußen als wilde, grausame Leute geschildert hatte. Da mußte denn der preußische Soldat in die leerstehenden Wohnungen sich das ihm zum Lebensbedarf Nötige selbst schaffen. Aber trotzdem war ihr Betragen in des Feindes Land musterhaft. „Seit der Überschreitung der Grenze bemerkte ich," schreibt der französische Zeitungsberichterstatter Vilbort, „bis unter die Mauern von Wien das edle Benehmen der Preußen gegen die von der Kriegsnot betroffene Bevölkerung; kein Raub, keine Gewaltthat. Außer den amtlichen Requisitionen nahmen sie kein Stück Brot, kein Glas Bier oder Wein, ohne es bar zu bezahlen; das gute böhmische Volk wollte seinen Augen nicht trauen."

Ohne Widerstand zu finden bemächtigte sich nun der König des größten Teiles von Mähren; am 13ten hielt er in Brünn seinen Einzug; am 17ten schlug er sein Hauptquartier in Nikolsburg auf, an der Grenze des Erzherzogtums, neun Meilen vor Wien.

Österreichischerseits wurde unterdessen alles aufgeboten, diese Stadt in starken Verteidigungszustand zu setzen. Die Bevölkerung mußte an den Verschanzungen bei dem Vorort Floridsdorf mitarbeiten; alle Truppen, die zu erreichen waren, wurden schleunigst herbeigerufen. Auch Benedeks Heer, welches jetzt, sowie alle kaiserlichen Streitkräfte, unter den Oberbefehl des Erzherzogs

Albrecht gestellt worden, erhielt die Weisung, sofort nach Wien zu eilen. Der Feldzeugmeister verließ demgemäß am 14ten seine Stellung bei Olmütz und marschierte an der March hinab.

Sobald der Kronprinz, der mit dem größten Teile der ersten Armee eine Meile westlich von Olmütz stand, von Benedeks Abmarsch Nachricht bekam, gab er dem Führer des I. Corps, welches zunächst stand, dem General v. Bonin, den Befehl, dem abziehenden Feinde in die Seite zu fallen. Bonin griff infolgedessen am 15ten ein österreichisches Corps bei Tobitschau an. Doch gelang es demselben, wenn auch mit Verlust von 2000 Mann und 18 Kanonen, auf das linke Ufer der March zu entkommen.

Am folgenden Tage war durch den schnellen Vormarsch des Prinzen Friedrich Karl, der bereits Lundenburg und Göding besetzt hielt, dem österreichischen Heere die gerade Straße nach Wien mit ihrer wichtigen Eisenbahn gesperrt; der Feldzeugmeister bog daher ostwärts aus. Er führte seine Truppen durch die kleinen Karpathen nach Ungarn, um Wien über Preßburg zu erreichen.

Aber auch die Armee des Prinzen Friedrich Karl marschierte auf Preßburg, und sie hatte dorthin den näheren Weg. Wenn man den Dingen ihren Lauf ließ, so mußte diese Stadt und damit ein Punkt zum Übergang über die Donau in die Gewalt der Preußen kommen und die Hauptmasse des Benedekschen Heeres abgeschnitten werden. Schon war die „erste" Armee dicht am Ziel; am 22. Juli langte ihre vorderste Division, Fransecky, bei Blumenau unweit Preßburgs an und war im Begriff, eine österreichische Brigade, die den einzigen Schutz dieser Stadt bildete, über den Haufen zu werfen. In dem Gefecht, welches sich hier entspann, hatte Fransecky schon den gewissen Sieg in Händen, als (mittags 12 Uhr) Eilboten erschienen und den Abschluß einer Waffenruhe ankündigten.

Kaiser Franz Josef hatte geglaubt, nach Abtretung Venetiens an Napoleon sofort seine ganze Südarmee aus Italien heraus nach Wien ziehen zu können. Das war ein Irrtum gewesen; die Italiener setzten den Krieg fort, und so mußte ein großer Teil der österreichischen Truppen in Venetien verbleiben. Nur 57 000 Mann konnten von dort herbeigezogen werden; sie sollten sich mit den Truppen Benedeks an der Donau vereinigen. Aber bis jetzt hatte man trotz aller Hast von der Nordarmee nur 60 000 Mann, dazu 50 000 von der Südarmee zum Schutze Wiens herbeischaffen können, über welche Erzherzog Albrecht am 13. Juli den Oberbefehl übernahm. Aber wären auch alle Truppen des Kaisers hier versammelt gewesen, sein Gegner war dennoch stärker. Denn mit 184 000 Mann Linie stand jetzt König Wilhelm am linken Donau-Ufer zum ersten Stoße bereit; 50 000 Mann, teils Linie, teils Landwehr, rückten aus Böhmen und Mähren zur Verstärkung heran. Und hinter den Heeren befand sich auf österreichischer Seite ein Volk, welches im großen und ganzen eine wehrlose Masse darstellte, in Preußen dagegen eine Nation, die noch hunderttausende von Streitern liefern konnte. Es standen, als der Krieg

zu Ende ging, 664 000 Preußen unter den Waffen. „Unser Kriegsminister," sagte später General Moltke im norddeutschen Reichstag, „unser Kriegsminister hätte noch mehr geschaffen, wenn es nötig gewesen wäre." Die Armee des Königs hatte in vier Wochen, seit ihrem Eintritt in das nördliche Böhmen am 23. Juni, eine große Zahl mehr oder weniger blutiger Kämpfe, darunter eine Hauptschlacht, bestanden und in Feindesland einen Raum von 50 bis 60 Meilen durchmessen. Sie hatte zur Bedeckung der Unmassen von Gefangenen und Beutestücken, sowie zur Fortschaffung der Kranken und Verwundeten und der Lebensmittel und der Schießvorräte viele Mannschaften abgeben müssen. Große Lücken endlich riß seit dem 9. Juli die Cholera in das Heer; dennoch war dasselbe auch der Zahl nach vor Wien ebenso stark als beim Einmarsch in Böhmen. „Die Kriegsgeschichte weist kein Beispiel auf, das dieser organisatorischen Leistung zur Seite zu stellen wäre; es ist ein Triumph nicht allein des preußischen Wehrsystems, sondern vor allem der Konsequenz, mit welcher dasselbe ein halbes Jahrhundert lang durchgeführt worden." *)

Dies war nicht einmal alles, was für Österreich längeren Widerstand ganz hoffnungslos machte. Der König, den es zum Kampf um das Dasein seines Staates genötigt, war auch seinerseits entschlossen, wenn es nicht anders gehe, den Krieg bis aufs Messer zu führen. Bismarck hatte daher, als er sich von Frankreichs Einmischung bedroht sah, eingewilligt, daß man aus ungarischen Kriegsgefangenen auf deren Wunsch in Oberschlesien eine Truppe errichtete, die im gegebenen Augenblick unter dem aus Österreich verbannten ungarischen General Klapka in ihr Vaterland einbrechen und es zum Aufstand gegen das Haus Habsburg-Lothringen aufrufen sollte. Da die Ungarn gegen ihre Regierung viel Grund zur Unzufriedenheit hatten, so war dieser Plan Bismarcks sehr geeignet, in die Wiener Hofburg neuen Schrecken zu tragen. Mehr als ein Schreckmittel war derselbe in der That freilich nicht; denn König Wilhelm, Feind aller staatsfeindlichen und unpatriotischen Gesinnungen, die er auch im Lager des Feindes haßte, würde wohl schwerlich zu der Ausführung dieses Planes, zu der Revolutionierung Ungarns, seine Zustimmung gegeben haben.**) Aber schon die Möglichkeit des Falles mußte in Wien besorgniserregend wirken.

Von Westen her kam dem Kaiser Franz Josef auch nichts zu Ohren, was ihn hätte ermutigen können. Venetien aufzugeben, war bei ihm längst beschlossene Sache; dort konnte auch ein neuer Sieg — wie ihn am 20. Juli der Admiral Tegetthoff über die italienische Flotte bei der Insel Lissa erfochten — der österreichischen Herrschaft keine Gewähr der Dauer bieten. Der Zweck dieses ganzen Krieges war vielmehr gewesen, eben für Italien sich in Deutschland zu entschädigen. Aber hier gerade sank Österreichs Stern tiefer und tiefer. Denn auch seine Verbündeten waren im Erliegen; die süddeutschen

---

*) Blankenburg, Der deutsche Krieg von 1866, Leipzig 1868, S. 351.

**) Herzog Ernst, a. a. O. III., 600.



Waffen hatten ebenso schlechten Erfolg wie die österreichischen. Und vor allem — Frankreich weigerte sich, mit Preußen anzubinden; es riet täglich dringender zur Nachgiebigkeit. Sehr zuwider war dem Kaiser Napoleon der Gedanke, daß die Preußen noch den Ruhm haben sollten, wie einst sein großer Oheim, in Wien einzuziehen. Aber dies abzuwenden sah er kein anderes Mittel als schnellen Frieden; einen solchen herbeizuführen waren daher seine Diplomaten in Wien und beim Könige aufs eifrigste beschäftigt. Anfangs hatten sie gehofft, Preußen gegenüber eine imponierende Haltung annehmen zu können. Dies wurde ihnen von Bismarck bald gelegt, während andrerseits der preußische Botschafter in Paris, Graf Ludwig von der Goltz*), ein Diplomat von großer Gewandtheit und am Hofe Napoleons sehr beliebt, durch geschickte Führung der persönlichen Unterhandlung mit dem Kaiser die friedliche Stimmung desselben bestärkte. Und da das preußische Heer trotz aller Vorstellungen immer im Vorrücken blieb, so stimmte das Pariser Kabinett einen sehr sanften Ton an: „Wir sind", gestand Drouyn de Lhuys am 19ten, „keine Schiedsrichter, die den beiden Parteien das Urteil sprechen, keine Unterhändler, die selbst einen unmittelbaren Anteil an den Vereinbarungen haben, welche wir zwischen beiden geschlossen sehen möchten."

Aber auch für Preußen gab es Gründe, die Vorteile seiner militärischen Lage nicht aufs äußerste auszunutzen, sondern dem Gegner einen erträglichen Frieden zuzugestehen. Der König hatte diesen Krieg ganz auf eigene Hand, ohne sich dabei auf die Billigung der Abgeordneten seines Volkes berufen zu können, ja selbst gegen den Willen des größten Teiles derselben unternommen; um so bedenklicher mußte es ihm erscheinen, durch Überspannung seiner Forderungen Österreich zur Verzweiflung und Frankreich doch wohl noch zum Bruche zu treiben. Hierzu kam, daß die Cholera in seinem Heere immer mehr um sich griff. Sollte er noch die Geißel eines neuen großen Krieges über sein Volk bringen? Er beschloß, nur das Notwendige, nicht alles Wünschenswerte zu erstreben. Notwendig war, was das Verhältnis zu Österreich betraf, daß letzteres seinen Kampf mit Preußen um die Leitung der deutschen Dinge aufgab. Er forderte daher, daß der Kaiserstaat aus Deutschland ausscheide. Franz Josef sträubte sich, so lange er noch Hoffnung hatte, daß die Franzosen helfen würden; als er inne wurde, wie es hiermit stand, willigte er ein. Desto nötiger war die Verstärkung Preußens durch Landerwerb; dies meinte auch Bismarck. Hätte er für Preußen die Oberleitung ganz Deutschlands erreichen können, so würde er daneben zwar auch nach einer Verbesserung der preußischen Gebietsverhältnisse verlangt haben; aber dazu hätte ihm eine mäßige Aneignung eroberten Landes, etwa im Betrage von $^1/_2$ bis $^3/_4$ Million Menschen und einige hundert Quadratmeilen (außer Schleswig-Holstein) genügend geschienen. So aber hielt er mehr für nötig. Doch warnte er nicht zu weit die Ansprüche

*) Geboren 1817 zu Paris, wo sein Vater, Graf Karl, preußischer Gesandter war, gestorben 1869 zu Charlottenburg.

zu steigern, damit nicht Frankreich und Rußland einschritten. Er riet, den Bogen nicht allzustraff zu spannen; man müsse, drückte er sich gegenüber den siegestrunkenen Militärs aus, „Wasser in seinen Wein thun".

Allein der König, eingedenk, was er dem Preußentum schuldete, erklärte fest und bestimmt, lieber wolle er abdanken, als aus diesem Kriege ohne große reelle Vorteile für den preußischen Staat, ohne sehr bedeutenden Ländererwerb heimzukehren. Preußen sollte nicht abermals mehr zum Besten Deutschlands als zu eigenem Nutzen gerungen und geblutet haben. Er forderte auf jeden Fall eine erhebliche Vergrößerung des preußischen Staatsgebietes, eine Vergrößerung mindestens um drei bis vier Millionen Menschen. Er hat diese Forderung durchgesetzt, und daß er sie gestellt und darauf bestanden, ist unter seinen vielen Verdiensten um den preußischen Staat das größte. Ursprünglich, nach dem Königgrätzer Siege, verlangte er nur wenig Annexionen (Ostfriesland, in Zukunft Braunschweig, Stücke von Sachsen und Böhmen), aber Hegemonie über ganz Deutschland. Als dann Frankreich sich einzumischen drohte und die Vermittlerrolle übernahm, also ein Krieg gegen Frankreich und Österreich drohte, gab er Süddeutschland auf, verlangte nun aber viel Landerwerb für Preußen, weil Frankreich zwar Süddeutschland selbständig sehen, aber Norddeutschland nach Belieben Preußens behandeln lassen wollte. Bismarck wäre wohl mit dem Norddeutschen Bunde*) und geringeren Annexionen als vier Millionen Einwohner zufrieden gewesen. Jedenfalls widerriet er aufs eifrigste die Forderung eines Stückes von Sachsen oder Böhmen. Diese ließ der König dann auch fallen.**)

Napoleon wieder wollte zweierlei verhindern: daß Preußen ganz Deutschland unter seine Führung nehme, und daß seine Armee in Wien einziehe. Ersteres könne Frankreich nicht zugeben, sagte er. Daß ihm letzteres sehr unangenehm wäre, wußte man. Darum forderte Bismarck nur den Norddeutschen Bund. Wie Preußen sich dort einrichte, sagte Napoleon, sei ihm gleichgiltig. Er stellte sich daher auch dieser Forderung Wilhelm I. Annexion von 3 oder 4 Millionen Norddeutscher nicht entgegen. Österreich willigte dann ebenfalls ein, nachdem es sich überzeugt hatte, daß ihm selbst keine Abtretung an Land und Leuten zugemutet werde, und daß auch demjenigen Fürsten, der ihm am eifrigsten gedient, dem Könige von Sachsen, ein solcher Verlust würde erspart werden können; und nun kam beiderseits jene Waffenruhe zustande, welche am 22sten den zum zerschmetternden Schlage erhobenen Arm des Siegers wieder senkte. Es war von den verhandelnden Diplomaten abgemacht worden, daß während dieser Ruhezeit die vorläufig bis zum 27sten dauerte, zu Nikolsburg die Bedingungen des Friedens im besonderen sollten festgesetzt werden. Bis-

*) Bismarck an Goltz, 20. Juli 1866: „Der König schlägt die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaates geringer an als ich und legt demgemäß vor allem Wert auf Annexionen, die ich allerdings neben der Reform auch als Bedürfnis ansehe" (vgl. Sybel, V. S. 297).

**) Vgl. auch Herzog Ernst, a. a. O., III. S. 613.

marck sorgte dafür, daß dieser rasch zustande kam, damit Preußen mit Österreich Friede gemacht und seine Errungenschaften sicher gestellt habe, bevor Frankreich mit seinen Entschädigungsansprüchen für sich und Rußland mit seinen Verwendungen für die besiegten deutschen Fürsten komme. Als Benedetti in Nikolsburg am 26. Juli ihm anzeigte, seine Regierung erwarte für die preußischen Annexionen ihrerseits eine billige Entschädigung, waren die Präliminarbedingungen des Friedens mit Österreich fertig. „Machen Sie mir heute keine amtliche Mitteilung dieser Art“, antwortete Bismarck dem Franzosen, und wandte sich zur Unterzeichnung der Präliminarien. „Niemals“, sagt der berühmte Geschichtschreiber dieser Zeit über Bismarck, „niemals war mit schärferem Blicke und festerer Hand die Stirnlocke Fortunas ergriffen worden.*)

Die süddeutschen Verbündeten überließ Österreich ihrem Schicksal; sie mußten nun sehen, wie sie aus dem Kriegszustande gegen Preußen herauskamen. Bisher waren sie im Felde übel gefahren; auch ihnen stand Preußen als Sieger gegenüber.

Der Feldzug der „Mainarmee.“

Den Befehl über die Truppen, welche preußischerseits den Krieg in Westdeutschland zu führen bestimmt waren, hatte der König dem General Vogel von Falckenstein übertragen. Die Streitkräfte, die derselbe vorfand, betrugen etwa 48 000 Mann; sie sind auch später nicht erheblich vermehrt worden und beliefen sich zuletzt auf wenig über 50 000 Mann. Dennoch hat diese Truppenmacht vollkommen genügt, um Norddeutschland von Feinden zu säubern und die Heere Süddeutschlands zu Paaren zu treiben. Ein Beweis, wie nichtsnutzig die deutsche Klein- und Mittelstaaterei war.

Die erste Aufgabe, welche der General Falckenstein zu lösen hatte, war die Niederwerfung des hannöverschen Heeres. Dasselbe hatte sich, als die Preußen ins Land rückten, statt rasch nach Süden an den Main zu entweichen, tagelang, vom 17sten bis 21sten Juni, bei Göttingen aufgehalten und zog nun, 19 000 Mann stark, geführt vom General Arentschild unter dem Oberbefehl des blinden Königs Georg, plan- und ziellos zwischen dem Harz und dem Thüringer Wald umher. In Berlin beschloß man es abzufangen und versah demgemäß am 20sten den General Falckenstein, sowie die Befehlshaber der in Thüringen verfügbaren Truppen, den Obersten des koburg-gothaischen Kontingents v. Fabeck und den Kommandanten von Erfurt mit den nötigen Weisungen. Die letzteren kamen auch dem Befehl sofort nach; sie warfen, soviel sie an Streitkräften zu diesem Zweck aufbringen konnten, 2600 Mann, nach Eisenach. Falckenstein dagegen, der über die Bewegungen der Hannoveraner nicht ins klare kam, glaubte sie schon entwischt oder meinte doch, daß es nicht mehr möglich sei, ihren Durchbruch nach Süden zu verhindern, und ließ deshalb trotz

*) v. Sybel, V. S. 310.

ausdrücklicher Weisungen aus Berlin*) die am 22sten bereits in Göttingen angelangte Division Goeben nicht weiter nach Südosten folgen, sondern schickte sie rechts ab nach Münden. So war gerade der Teil seiner Streitmacht, welcher dem Feinde zunächst stand, nun entfernt worden. Die Division Beyer befand sich zu dieser Zeit bei Eschwege an der Werra, die Division Manteuffel halbwegs zwischen Hannover und Göttingen. Falckenstein selbst hielt sich in Kassel auf, wo er sich mit Vorbereitungen zum Marsch nach Frankfurt gegen das Bundesheer beschäftigte. Die hannöversche Armee hätte durch Thüringen nach Bayern entkommen können, wenn König Georg den Abmarsch nach Süden gewollt hätte. Aber er wartete auf die nächsten Erfolge der österreichischen Waffen; er hoffte sich selbst mit seinem Heere gegen Berlin wenden, sich mit der siegreichen österreichischen Armee in Sachsen oder Brandenburg vereinigen zu können. Darum ohne Zweifel zauderte er und blieb.**)

Am 24sten wurde dem General Falckenstein von Berlin auf das bestimmteste kund gethan, die hannöversche Armee sei noch immer diesseits des Thüringer Waldes; sie stehe jetzt bei Langensalza, und er habe ihr den Weg zu verlegen; zunächst solle er einen Teil der Manteuffelschen Truppen auf der Eisenbahn über Magdeburg und Halle nach Gotha senden. Manteuffel selbst empfing von der obersten Heeresleitung in Berlin den nämlichen Befehl; er säumte nicht ihn auszuführen.***) Auch Fabecks Bataillone wurden nach Gotha gewiesen. So war hier am 25sten doch noch eine Streitmacht versammelt, groß genug, den Feind aufzuhalten, wenn auch zu klein, um ihn zu bezwingen. Eilig von überall her zusammengebracht, bestand sie aus fünf preußischen und zwei koburg-gothaischen Linien-Bataillonen nebst einigen preußischen Landwehrtruppen; alles in allem zählte sie nur 8500 Mann mit 300 Pferden und 24 Geschützen. Den Befehl über dieses improvisierte Corps erhielt der preußische General v. Fließ.

Selbst jetzt noch war König Wilhelm geneigt, seinen Mitfürsten und Verwandten zu schonen; er bot ihm am 26sten von neuem Frieden und Freundschaft und Gewähr für seinen Thron an, wenn er die Waffen niederlegen und sich mit Preußen zur Reform des deutschen Bundes vereinigen wolle. Aber der halsstarrige Fürst blieb bei seinem Nein. Jetzt war König Wilhelms Geduld zu Ende. Noch bemühten sich einflußreiche Personen in Berlin, das Unwetter abzuwenden und besonders einen blutigen Zusammenstoß, der Georg V. unrettbar verderben mußte, zu verhüten; aber Bismarck bewirkte, daß, nachdem die hannöversche Antwort in Berlin eingetroffen war, noch am Abend des 26sten telegraphisch der Befehl des Königs Wilhelm nach Gotha und Eisenach

*) v. Sybel, V. S. 41.

**) Vgl. Herzog Ernst, a. a. O., III. S. 565 und 573. — Dagegen meint Sybel a. a. O., V. S. 36: Der König Georg habe nach Süden durchbrechen wollen.

***) Vgl. F. v. d. Wengen, General Vogel v. Falckenstein 1866, Gotha 1887, S. 34 ff. Ebenderselbe, Gesch. d. Kriegsereignisse zw. Preußen u. Hannover 1866 und Allg. Mil. Ztg., Darmstadt 1891, Nr. 10.



erging: die Hannoveraner sollten, es koste, was es wolle, angegriffen und zur Kapitulation gezwungen werden. General Fließ und Herzog Ernst von Koburg faßten den Befehl so auf, wie er gemeint war. Fließ beschloß, gleich am folgenden Tage dem Feinde auf den Leib zu gehen; der Herzog seinerseits fuhr noch spät abends nach Eisenach, wo sich jetzt der General Falckenstein mit einem Teil der Divisionen Beyer und Goeben befand, und bat ihn in Fließ' Namen um Unterstützung. Allein Falckenstein hielt die Sache nicht für so eilig, leugnete rundweg, daß Fließ bei Gotha einer starken Übermacht gegenüberstehe*); er wollte überhaupt womöglich einen Kampf mit den Hannoveranern vermeiden und sie lieber durch Einschließung mit überlegenen Kräften zur Waffenstreckung nötigen. Kurz, er ordnete keine Truppensendungen nach Gotha an, bestimmte die Divisionen Beyer und Goeben für die Abwehr der angeblich heranrückenden Süddeutschen, die Division Manteuffel, die aber zwei Tagemärsche entfernt war, für den Zug in den Rücken der Hannoveraner, und nach dieser verkehrten Teilung seiner Streitkräfte entfernte er sich nach Kassel.**) Doch hinterließ er für Fließ den Auftrag, „dem Gegner an der Klinge zu bleiben." Der Herzog kehrte also unverrichteter Dinge nach Gotha zurück.

Dieser Fürst war unter den vielen deutschen Souveränen beinahe der einzige, welcher, freiwillig und persönlich bereit, zum Besten deutscher Einheit Opfer zu bringen, sich ohne Rückhalt der Politik des Königs von Preußen angeschlossen hatte. Er genoß daher jetzt in Berlin eines großen und wohlbegründeten Ansehens und durfte es auf sich nehmen, obgleich den preußischen Generalen gegenüber ein Privatmann, doch in Anbetracht der eigentümlichen Umstände auf den Gang der Dinge mitbestimmend einzuwirken. Überzeugt von der Notwendigkeit eines raschen Handelns, bestärkte er den kampflustigen General Fließ in dem Entschluß, den Knoten mit dem Schwerte zu durchhauen. Am 27sten vormittags 10 Uhr griff dieser das doppelt so starke hannöversche Heer bei Langensalza an. In den ersten Stunden des Kampfes errangen die Preußen und Koburg-Gothaer, bei denen der Herzog Ernst selber sich befand, einige Vorteile; sie warfen den Feind aus der Stadt hinaus und auf das rechte Ufer der Unstrut hinüber. Dann aber machte sich die große Überzahl desselben, besonders an Reiterei und Geschütz, geltend, und nachmittags 4 Uhr mußte Fließ nach hartnäckigstem Widerstande den Rückzug antreten. Die Hannoveraner wagten jedoch nicht, ihn über das Schlachtfeld hinaus zu verfolgen, sondern blieben in Langensalza; sie hatten in diesem erbitterten Kampfe 1400, die Preußen nur 770 Mann an Toten und Verwundeten verloren und fühlten sich keineswegs stark genug, gegen diejenigen Streitkräfte, die ihrer Meinung nach hinter dem eben abgeschlagenen Feinde noch stehen mußten, in einen neuen Kampf zu treten. So war durch den Eigensinn Falckensteins und

*) Herzog Ernst, a. a. O., III. S. 575.
**) v. Sybel, V. S. 58.

seinen Mangel an Umsicht den preußischen Waffen eine Schlappe beigebracht, die ihnen bei besserer Oberleitung hätte erspart werden können. In der Nacht zum 28sten bekam denn auch Falckenstein einen Verweis durch ein Telegramm des Königs: „General Fließ wurde, weil er ohne ausreichende Unterstützung blieb, durch große Überlegenheit zurückgeworfen. Ich befehle Ihnen, mit allen verfügbaren Streitkräften direkt und unverzüglich gegen die Hannoveraner vorzugehen . . . Empfang dieses Befehls sogleich und getroffene Anordnungen demnächst zu melden.“ *)

Auf die Nachricht von dem Gefecht schickte General Goeben, der bis dahin ebenfalls an die Gefahr des Fließschen Corps nicht hatte glauben wollen, in der Nacht zum 28sten eine Brigade von Eisenach nach Gotha, und am Morgen dieses Tages näherten sich auf der Straße von Göttingen und Heiligenstadt die Heersäulen Manteuffels; das Netz um die Hannoveraner schloß sich; sie konnten weder vorwärts mehr noch rückwärts.

So war durch den Angriff des Generals Fließ das erreicht, worauf es ankam. Nicht nur, daß man den Feind zum stehen gebracht und den Marsch der eigenen Heeresteile beschleunigt hatte; auch die politische Lage war mit einem Schlage auf das günstigste umgestaltet worden. Denn jetzt konnte von Schonung gegen den Fürsten, der seinem Hochmut so viele Menschenleben geopfert, nicht mehr die Rede sein. Er hatte bei Langensalza seine Krone verwirkt. Ohne das hier geflossene preußische Blut hätte sich Wilhelm I. schwerlich entschlossen, Hannover dem Welfenhause wegzunehmen und in Preußen einzuverleiben.**) Dieses Treffen, eine Niederlage, wenn auch eine rühmliche, für die preußischen Truppen, war daher für den preußischen Staat ein Glück, und so haben sich der General Fließ und der Herzog Ernst durch ihr Verfahren um Preußen wohlverdient gemacht.

Daß die Hannoveraner so lange im Bereich der preußischen Waffen verweilt, hatte seinen Grund zum Teil in der Hoffnung, welche sie auf das im Süden des Thüringer Waldes befindliche bayrische Heer unter Prinz Karl von Bayern gesetzt. Allein dasselbe befand sich zu weit ab bei Kissingen, auch kam zu demselben (am 24sten) die irrtümliche Nachricht, die Hannoveraner hätten kapituliert; und erst als es zu spät war, brachen die Bayern nach Thüringen hin auf. In ihrer Hoffnung getäuscht, ergaben sich nun die Hannoveraner in das Unabänderliche; sie schlossen mit dem General Manteuffel eine Kapitulation, infolge deren sie am 29. Juni bei Langensalza die Waffen streckten. Georg V. behielt seine persönliche Freiheit, er nahm später seine Wohnung im Schlosse Hietzing bei Wien; seine Truppen wurden entwaffnet und in ihre Heimat geschickt.

Über 2000 Pferde und ein sehr reiches Kriegsmaterial kamen so in die Gewalt der Preußen, und was mehr wert war, sie hatten über ganz Norddeutschland fortan freie Verfügung.

*) v. Sybel, V. S. 61 und 65.

**) v. Unger, Unterredungen mit Bismarck, Berlin 1889, S. 40 u. 19.



Der General Falckenstein vereinigte nun seine Truppen, die bisher getrennt gewesen, zu einem Heere, dessen nächste Aufgabe die Eroberung der Mainlinie war, und welches daher den Namen „Mainarmee“ erhielt. Jene Aufgabe mußte auf den ersten Blick sehr schwierig erscheinen; denn die Mainarmee zählte nur 45000 Mann mit 97 Geschützen, der Feind aber das Doppelte, nämlich am oberen Main das bayrische Corps, 40000 Mann mit 136 Geschützen, und am unteren Main das württembergisch-hessisch-badisch-nassauische Corps, 49000 Mann mit 134 Geschützen. Allein das waren größtenteils Truppen, denen es an Übung, Gewandtheit, Beweglichkeit, überhaupt an soldatischer Dressur, gar sehr fehlte, und sie standen unter einer Leitung, die ohne Einheit und ohne Geschick verfuhr. Den Gesamtoberbefehl hatte der wackere Feldmarschall Prinz Karl von Bayern; aber der Führer des andern Corps, Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt, gehorchte ihm nicht unbedingt. Der bayrische Prinz wollte nicht Bayern, der hessische nicht Hessen ohne Deckung lassen. Überdies kamen bei dem letzteren noch die Wünsche der einzelnen Souveräne, deren Truppen sein Corps bildeten, in Betracht. Es kreuzten sich die Interessen und die Pläne. Die Unvernunft der Vielstaaterei trat hier im Felde so recht an den Tag.

In gebührender Mißachtung dieser neuen „Reichsarmee“ hatte der Chef des preußischen Generalstabs, v. Moltke, den General Falckenstein darauf verwiesen: der Kern der süddeutschen Koalition sei Bayern, den gelte es zu zerbrechen; er solle daher in erster Linie den stärksten seiner Gegner, die bayrische Armee, angreifen; er werde sie finden, wenn er sie im bayrischen Lande angreife.*) Und wie die Sachen lagen, so wäre dem Prinzen Karl von Bayern (Bruder der Königin Witwe Elisabeth von Preußen) ein Ruin, ähnlich der Niederlage Benedeks, auch schwerlich erspart geblieben, wenn ihm Falckenstein in der That mit ganzer Kraft zugesetzt hätte. Allein dieser General verstand seine Aufgabe nur dahin, die Gegner im Schach zu halten, sie durch schnelle Märsche und kurze Stöße hier und da zu werfen und über den Main zurückzudrängen. So wurde die preußische Überlegenheit zwar gezeigt, aber nicht ausgenutzt.

Am 2. Juli brach Falckenstein mit der Mainarmee von Eisenach auf und marschierte in südwestlicher Richtung über den Thüringer Wald auf Fulda zu; sein Ziel war Frankfurt, die Hauptstadt des Bundes. Zu derselben Zeit hatte sich auch das bayrische Corps, welches im Werrathal bis Schmalkalden vorgedrungen war, nach Westen gewandt und beabsichtigte, ebenfalls über das Rhöngebirge nach Fulda zu gehen. Beide stießen am 3. Juli beim Dorfe Dermbach auf einander. Falckenstein hätte nun hier eine entscheidende Schlacht, in kleinerem Maßstab ein Seitenstück zu Königgrätz liefern können. Aber er wollte sich in seiner Unternehmung auf Fulda nicht stören lassen, ließ daher

*) Vgl. den Bericht des preußischen Generalstabes über den Feldzug von 1866 in Deutschland, Berlin 1867, S. 576. — v. Sybel, V. S. 311.



seine Hauptmacht nach Fulda weiter marschieren und warf am 4. Juli nur eine Division (v. Goeben) auf den Feind, um sich die Straße frei zu machen. Dieser war viermal zahlreicher, und die Division Goeben hätte durch Falckensteins unbesonnene Anordnung in schwere Bedrängnis kommen können. Allein die vorzügliche Tüchtigkeit der Truppen und die ebenso vorsichtige wie kühne Führung Goebens machte gut, was der Oberbefehlshaber hier aufs Spiel gesetzt hatte.*) Goeben trieb die Vortruppen des Feindes aus ihren Stellungen und behauptete diese mehrere Stunden. Dann wurde das Gefecht beiderseits abgebrochen; Goeben folgte dem Hauptheer; Prinz Karl zog nach Südosten ab. Der Verlust, den die Bayern hier erlitten, war nicht erheblich (73 Tote, 350 Verwundete, 100 Gefangene; die Preußen verloren im ganzen 240 Mann). Auch hatte das bayerische Heer, weil Falckenstein die schon siegreiche Division Goeben wieder zurücknahm, am 4ten die Stellung bei Dermbach behauptet. Aber Prinz Karl fürchtete, von jenseit der Rhön umgangen zu werden. Dort, zu seiner Linken, war seine Reiterei über Fulda vorgerückt, als sie am 4ten bei Hünfeld auf die Vortruppen der preußischen Division Beyer stieß. Diese empfingen den Feind mit einigen Kanonenschüssen, von denen einer, in die dichte Masse der Bayern treffend, 29 Kürassiere niederstreckte. Die Wirkung dieses Schusses war lächerlich groß. Die ganze Reiterei machte sofort kehrt und floh in panischem Schrecken und in aufgelöster Ordnung, „Verrat!“ schreiend, davon; viele Meilen legte sie hastig zwischen sich und den Feind; ein Teil schnaufte erst am Main, nach 20 Wegstunden von dieser wilden Jagd aus. Der bayrische Oberfeldherr hielt es daher für geraten, sich mit allen seinen Truppen schleunig aus Thüringen fortzumachen; er nahm an der fränkischen Saale Stellung und befahl dem Prinzen Alexander, auch dorthin zu marschieren. Nachdem Falckenstein durch seinen Marsch auf Fulda, anstatt kräftigen Vorgehens gegen die Bayern, sich außer stande gesetzt hatte, die Vereinigung der beiden feindlichen Heere zu hindern, wäre dieselbe geschehen und für die Mainarmee dadurch eine Gefahr entstanden, wenn nicht der oberste Kriegsrat des deutschen Bundes dem Prinzen Alexander Gegenbefehl erteilt hätte: er solle die untere Mainlinie schützen. So ging dieser denn statt in der Richtung nach Kissingen, nach Frankfurt a. M. hin. Falckenstein wandte sich nun wieder gegen die Bayern. Aber er vermutete die Hauptstärke der Bayern wieder nicht da, wo sie war. Er glaubte sie im Süden bei Hammelburg, während sie im Osten bei Kissingen sich befand. So entsandte er denn in dieser Richtung nur ein Drittel seiner Streitmacht, nämlich die Division Goeben, die nun abermals einen Kampf gegen große Überzahl zu bestehen hatte. Am 10. Juli griff Goeben die Bayern bei Kissingen an und trieb sie auf das linke Ufer der Saale hinüber, während gleichzeitig die nach Hammelburg entsendeten Truppen sich mit leichter Mühe dieses Übergangs-

*) Vgl. H. v. Treitschke IV. 504 u. 548 und F. Hönig, Deutsche Heeres-Ztg. 21, 7 (1896). — S. auch die Briefe Goebens a. s. Frau a. d. Jahre 1864 in Zernin, d. Leben d. Kgl. Preuß. Generals d. Inf. August von Goeben, I. Bd., Berl. 1895, S. 215 ff.



punktes über den Fluß bemächtigten.*) Auch dieses Gefecht der Mainarmee, in welchem vor allen die Brigade Wrangel von der Goebenschen Division sich hervorthat, war, wie gesagt, von Falckenstein nicht auf dem richtigen Punkte und mit gesamter Kraft geführt worden (der preußische Verlust betrug hier 800 Mann, der bayrische 1300, darunter 600 Gefangene). Hätte Falckenstein hier mehr Umsicht bewiesen, so wäre der Feind, wie Moltke es wünschte, damals entschieden vernichtet worden. So wurde durch die Geschicklichkeit Goebens bloß ein taktischer Erfolg errungen.

Jetzt langte überdies bei dem General der Mainarmee ein Telegramm aus dem königlichen Hauptquartier an, in welchem ihn Moltke zu energischem Draufgehen mahnte: „Die Länder nördlich des Mains fallen uns zu, ohne daß wir hineingehen", schrieb Moltke. Es handle sich um einen entscheidenden Sieg über die Bayern.**) Aber am nächsten Tage traf ein anderes, von Bismarck veranlaßtes Telegramm ein, in welchem die Besetzung der Länder im Norden des Mains gewünscht wurde. Falckenstein folgte dieser letzteren Weisung anstatt der militärischen Logik; er ließ wieder ab von den Bayern und schlug die Straße über Aschaffenburg nach Frankfurt ein, wobei er wiederum seine Kräfte zersplitterte, indem er die Division Beyer, getrennt von ihren Genossen, die auf Aschaffenburg marschierten, nach Gelnhausen schickte.

Prinz Alexander wollte ihm den Weg verlegen; aber die Division Goeben, jetzt, wie fast immer, an der Spitze der Mainarmee, brach jeden Widerstand, obwohl er nur 13 000, der Feind 49 000 zur Verfügung hatte. Am 13. Juli schlug sie bei Laufach die hessen-darmstädtische Division, welche hier 700 Mann einbüßte***); am 14ten wurde auch die österreichische Brigade, welche der Kaiser den süddeutschen Verbündeten überlassen, schwer getroffen. Sie sollte Aschaffenburg behaupten, erlitt aber durch die tapferen Westfalen Goebens eine vollständige Niederlage und mußte die Stadt mit einem Verlust von 2300 Mann räumen; die Österreicher büßten hier ein 480 Tote oder Verwundete, 1900 Gefangene, die Preußen 177 Tote und Verwundete. Am 16. Juli, während das Corps des Prinzen Alexander auf dem Rückzug über den Odenwald war, hielt Falckenstein an der Spitze der ruhmgekrönten Division Goeben seinen Triumphzug in Frankfurt und meldete dem Könige: alles Land nördlich des Mains liegt zu den Füßen Euerer Majestät.

Die nächsten Tage verwandte Falckenstein dazu, in Nassau, Oberhessen und Frankfurt die preußische Verwaltung einzurichten und Verstärkungen für sein Heer herbeizuziehen. Dieselben bestanden zum Teil aus bundesgenössischen Kontingenten. Als gleich zu Anfang des Krieges die Überlegenheit der Preußen

*) Fr. Hönig, Die Entscheidungskämpfe des Mainfeldzuges a. d. Fränkischen Saale, Berlin 1895.

**) Vgl. den Feldzug von 1866, Generalstabsbericht a. a. O., S. 610. — v. Sybel, V. S. 329.

***) Vgl. Hoffmann, Das Gefecht bei Laufach am 13. Juli 1866, Deutsche Heeres-Zeitung, Jahrg. 21, Berlin 1896.

hervortrat, schlossen sich mehrere norddeutsche Kleinstaaten, einige widerwillig, andere gern, dem Könige an. Zu den Widerwilligen gehörte der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der sein Bataillon unter allerlei Vorwänden zurückhielt, und der Herzog von Braunschweig, der in seinem Welfentrotz, um sich den ihm von Preußen vorgeschriebenen Leistungen zu entziehen, auf Reisen ging; es war das erste Mal seit 126 Jahren, daß im preußischen Kriegslager sich kein Herzog von Braunschweig befand. Wohlgesinnt und eifrig bezeigten sich dagegen gleich von Anfang an der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzog von Oldenburg, die Städte Bremen und Lübeck und die Fürsten von Schwarzburg; sie schickten, so wenig es war, was sie nur an Streitmitteln hatten; Hamburg folgte zögernd. Zur Mainarmee stießen nun die Kontingente von Oldenburg, Schwarzburg und den Hansastädten. Sie sollten den Siegeslauf der preußischen Waffen noch teilen; eine Ehre, welche die lippe-detmoldschen, altenburgischen und koburg-gothaischen Soldaten bereits genossen.

Die Zeit, welche der General Falckenstein auf dem rechten Mainufer mit Verwaltungssachen verbrachte, wurde vom Feinde nicht unbenutzt gelassen. So lange waren die beiden Hälften der süddeutschen Kriegsmacht auseinander gehalten worden; jetzt konnten sie sich ungestört vereinigen. Es geschah den 20. Juli an der Tauber, wo Prinz Karl, der ebenfalls Verstärkungen herangezogen, nun über 80000 Mann mit 286 Geschützen verfügte.

An demselben Tage ging das Kommando der Mainarmee in andere Hände über. Die verkehrte und eigenmächtige Art, wie Falckenstein den Hannoveranern gegenüber zu Werke gegangen war, namentlich, daß er mehr als einmal die aus dem großen Hauptquartier empfangenen Weisungen vernachlässigt und aus den Augen gesetzt, und dadurch die Niederlage von Langensalza verschuldet hatte, mußte dem Könige sowie dem Generalstabschef Moltke im höchsten Grade mißfallen.*) Der König berief ihn daher zu einem anderen Amte nach Böhmen und übergab den Oberbefehl der ihm anvertrauten Truppen dem General von Manteuffel. Er ordnete diese Maßregel am 11. Juli an, sie gelangte aber, — wie es scheint, infolge der Unterbrechung des regelmäßigen Verkehrs — erst am 16. Juli in seine Hände und am 19. Juli zur Ausführung. In der Zwischenzeit hatte Falckenstein allerdings dank der Tüchtigkeit seiner Truppen und Unterfeldherren, besonders Goebens und seiner Division, die die Fehler des Oberbefehlshabers wieder gut gemacht — eine Reihe glücklicher Gefechte bestanden und das ganze rechte Mainufer in Besitz genommen, sodaß er jetzt von dem Schauplatze seiner Thätigkeit mit Ehren schied. Es kam hinzu, daß er in den liberalen Kreisen sich großer Gunst erfreute, während sein Nachfolger Manteuffel in denselben sehr unbeliebt war. Die von den Liberalen beherrschte öffentliche Meinung ergriff daher für ihn Partei und erblickte in seiner Absetzung schnöden Undank; was er als Feldherr verfehlt und was eben seine

*) Vgl. besonders den Brief des Königs an Moltke vom 24. Juni 1866.



Absetzung veranlaßt hatte, wurde übersehen, und von dem, was er gut gemacht, sprach man wie von Wundern der Kriegskunst.

Der neue Oberbefehlshaber der Mainarmee sollte die nur noch karg bemessene Zeit zu großartigeren Erfolgen benutzen; statt am Main hin und her zu ziehen, sollte die Armee ins Herz von Süddeutschland eindringen und soviel wie möglich von dem Gebiet eines jeden einzelnen der Gegner in Besitz nehmen. Hatten doch die Württemberger die Keckheit, die preußische Enklave Hohenzollern selbst noch nach der Schlacht bei Königgrätz besetzt zu halten.

Indes zu einem gewaltigen Schlage kam es auch unter Manteuffels Leitung nicht mehr. Doch hat er eine Anzahl Triumphe, ohne einen einzigen Mißerfolg, davongetragen. Sein erstes Ziel war, die Tauberlinie zu erobern, welche der Prinz von Hessen hielt. Am 21. Juni setzte er sich zu diesem Zweck mit allen seinen Feldtruppen — 50 000 Mann mit 121 Kanonen — in Marsch und zog südostwärts durch den Odenwald zur Tauber. Am 23sten stießen seine Vortruppen, Koburg-Gothaer, bei Hundheim auf den Feind; es war eine badische Brigade, die sie vertrieben. Prinz Alexander zog nun alle seine Truppen auf das rechte Tauberufer zurück, um, gestützt auf das im Nordosten von ihm stehende bayrische Corps, desto sicherer dem Feinde widerstehen zu können. Von den Übergangspunkten über den Fluß hatte er die zwei wichtigsten, Werbach und Bischofsheim, mit seiner Hauptmacht, den badisch-württembergischen Divisionen, besetzt. Am 24sten griff Manteuffel diese an. Auf Werbach, gegen die Badener, schickte er die oldenburgisch-hanseatische Brigade. Der Anführer des badischen Kontingents, Prinz Wilhelm von Baden, wie sein Bruder, der Großherzog Friedrich, nur widerwillig gegen Preußen ins Feld gebracht, leistete nur ehrenhalber Widerstand und zog, nachdem die Oldenburger das Dorf Werbach erstürmt hatten, in der Richtung auf Würzburg ab.

Desto erbitterter war der Widerstand, welchen die württembergische Division leistete. Sie hatte den Schlüssel der ganzen Stellung, die Stadt Tauberbischofsheim zu verteidigen. Gegen sie rückte mittags am 24sten die Brigade Wrangel an. Die „Weinknochen“ der Schwaben hatten nun ihre Probe zu bestehen. Es zeigte sich sofort, daß bei den Preußen doch die größere Kraft war. In raschem Anlauf entrissen sie den Württembergern den Brückenkopf und die Stadt und behaupteten, was sie im Fluge erstürmt, fünf Stunden lang wider alle Anstrengungen eines an Zahl stärkeren Feindes. Gegen Abend wollte Prinz Alexander noch die österreichisch-nassauische Division ins Gefecht bringen; doch auf die Nachricht von dem Abmarsch der Badener gab er den Versuch auf und überließ den Preußen das Feld. Die Württemberger hatten in diesem Kampfe 700 Mann (darunter 180 Gefangene) verloren; den Preußen kostete dieser Sieg nur 15 Tote und 92 Verwundete.

Am folgenden Tage, den 25. Juli, zog sich der Prinz von Hessen näher an die Bayern heran, welche bei Würzburg am linken Mainufer standen. Manteuffel, obwohl an Zahl der schwächere, griff sie beide zugleich an; mit

seinem rechten Flügel, der Division Goeben, bei Gerchsheim das achte Bundescorps, mit seinem linken, den Divisionen Beyer und Fließ, bei Helmstadt die Bayern. Bei Gerchsheim kam es nur zu einem kleinen Gefecht, weil der Feind seinen Rückzug sehr beschleunigte. Bei Helmstadt war der Kampf größer. 33 000 Preußen fochten hier von nachmittags den 25sten bis zum Abend und, dem weichenden Gegner nachdringend, bei Roßbrunn vom frühen Morgen des 26sten bis 10 Uhr vormittags gegen 50 000 Bayern. Der Ausgang war, daß Prinz Karl ebenso wie Prinz Alexander auf das rechte Mainufer entwich. Diesen Erfolg hatten die Preußen mit einem Verlust von 1160 Mann erkauft. Die Bayern büßten in dem Gefecht 1770 Mann ein, wovon über 600 in Gefangenschaft fielen. Am 27sten griff Manteuffel Würzburg selbst an, welches durch eine kleine Festung, Marienberg, gedeckt war.

Während die westdeutsche Bundesarmee am unteren Main eine Schlappe nach der anderen erlitt, und die schwarz-rot-goldene Fahne immer weiter vor der schwarz-weißen das Feld räumte, war über den oberen Main eine neue preußische Streitmacht in Süddeutschland eingebrochen, das zweite Reservecorps, gebildet aus preußischen und mecklenburg-schwerinischen Truppen, im ganzen 25 000 Mann, und geführt vom Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin. An dem Tage, als die Citadelle von Würzburg beschossen wurde (den 27sten), marschierte dieser General von Kulmbach auf Bayreuth zu. Was stand im Wege, daß Preußen nun die Bundestagsarmee zwischen zwei Feuer nahm, sie vernichtete und ganz Süddeutschland die Folgen seiner Feindschaft schwer empfinden ließ? Wo waren die Hunderttausende, die in Bayern und Württemberg in Volksversammlungen getagt und dem verhaßten und verwünschten Preußen die Strafe des Himmels und die Rache des deutschen Volks beschlossen hatten? Wo die stolzen, frischen Rotten der Turner, der Schützen, der Sänger, diese „rechte Wehrkraft Deutschlands", mit der man so oft gedroht? Sie hielten sich still zu Hause, kamen nirgends zum Vorschein. So lange es ging, tröstete man sich mit den unwahren Siegesberichten, in denen die süddeutsche Presse mit der österreichischen wetteiferte. Als die Niederlage im Felde nicht mehr zu leugnen war, klagte man nicht sich selber, sondern die Generale an, die nun auf einmal zu Verrätern oder zu Feiglingen gestempelt wurden. Aber zum Schwert griff kein einziger, der nicht mußte. „Keine Freiwilligen drängten sich in die Glieder der regulären Truppen, keine Freicorps bildeten sich, kein Bürger verteidigte seine Stadt, kein Bauer seinen Hof." Es bewährte sich in Süddeutschland ebenso wie in Norddeutschland der Satz, daß die Mittelstaaten wohl imstande sind, ein gewisses schläfriges Behagen, aber nicht — aus sich heraus und für sich selbst — eine wagende Hingebung, eine opferfreudige Staatsgesinnung zu erzeugen.

Dennoch entging das süddeutsche Heer dem Verderben, dem es jetzt unrettbar verfallen schien. Die bayrische Regierung hatte den Minister von der Pfordten, um Frieden zu erbitten, nach Nikolsburg geschickt, und dieser bemühte

sich, dort wenigstens einen Waffenstillstand herbeizuführen. Hierauf Bezug nehmend, wußte nun der Prinz Karl den General Manteuffel zu bewegen, daß er ihm eine Waffenruhe zugestand und sich mit dem Besitz der Stadt Würzburg begnügte.

Dagegen der Großherzog von Mecklenburg ließ sich nicht aufhalten; er blieb in beständigem Vorrücken. Nachdem er am 28sten Bayreuth besetzt, am 29. Juli bei Seubottenreut einen bayrischen Truppenteil zersprengt hatte, zog er am 1. August in Nürnberg ein, wo er auf der alten Zollernburg die preußische Fahne aufpflanzte.

Aber hier endete der Krieg; denn der König Wilhelm hatte den süddeutschen Fürsten auf ihre Gesuche vom 2. August ab Waffenstillstand bewilligt.

Der Krieg war zu Ende, der deutsche wie der österreichische — wie viele Vorurteile hatte er zerstört, wie viele Wahrheiten aufgedeckt, militärische und politische! Man hat ihn den Krieg der Düpierten genannt, so reich an Überraschungen ist er gewesen für alle Gegner Preußens und selbst für manche Freunde. Denn so wie jene an Preußen eine Beute, so hatten diese an ihm einen Schützling zu finden gehofft. Und nicht geringer als die Verrechnungen der Staatsmänner waren die der Volksmänner gewesen. Wie hatten sie das Preußentum verachtet, gehaßt! Jetzt mußten sie es loben, bewundern. Selbst der vielbespöttelte „Korporalgeist“ kam jetzt zu Ehren; allzu deutlich war doch der Nutzen der straffen preußischen Zucht ans Licht getreten; sie hatte sogar ersetzt, was viele für ganz unersetzlich gehalten: den Schwung einer das Volk bewegenden Leidenschaft. „Es ist allbekannt“, sagt über die Ereignisse von 1866 ein fremder General*), „daß in Preußen unter der Bevölkerung und, was noch mehr bedeutet, selbst im Heere auch am Vorabende des Krieges kein Enthusiasmus war. Nichtsdestoweniger haben die Preußen in diesem Feldzuge eine Kraftfülle, eine Entschiedenheit, eine Kühnheit entwickelt, welche vielleicht einzig in ihrer Art dasteht. Ein glänzender Beweis, daß die Disziplin ungleich höher im Werte anzuschlagen ist als der Enthusiasmus.“

Der Friede.

Nur sieben Wochen hatte dieser Krieg gedauert, der Preußens und Deutschlands Geschick entschied. In dieser kurzen Zeit waren mehr als dreitausend Quadratmeilen feindlichen Landes von den Heeren des Königs erobert worden, und die Waffenstillstandsverträge erweiterten noch im ganzen den gewonnenen Raum. Die Grenzlinie, welche durch diese der schwarz-weißen Fahne gesteckt wurde, ging von der March und der Thayamündung über Znaim, Tabor, Pilsen, Eger, Amberg, Schwabach, Hall und Mannheim an den Rhein. Jeder der Staaten, die sich gegen Preußen erhoben hatten, war somit ganz oder zu einem großen Teil in dessen Besitz. Es fragte sich, ob

*) La Marmora a. a. O., S. 233.

Preußen bei den Friedensverhandlungen von seiner Macht den vollen Gebrauch machen werde.

Die Besiegten fürchteten dies, und ihren Überlieferungen gemäß sahen sie Rettung nur in der Einmischung des Auslandes. Wie Österreich, so wandten sich auch dessen deutsche Verbündete — mit alleiniger Ausnahme Badens — um Schutz flehend an Napoleon; der König von Württemberg und der Großherzog von Hessen nahmen außerdem das Fürwort des Zaren, mit dem sie verschwägert waren, in Anspruch. Die Lage schien für die Vergrößerungsgelüste der Franzosen sehr günstig. Auch forderte alle Welt in Frankreich eine „Entschädigung" für Preußens Vergrößerung. Napoleon selbst wäre zufrieden gewesen auch ohne solche; aber er mußte auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen. Er war auch krank, und so ließ er sich denn von seinem Minister Drouyn de Lhuys überreden, ihn mit einer bestimmten Forderung deutschen Rheinlandes an Preußen zu beauftragen. Es war am 5. August zu Berlin, da empfing Bismarck von dem französischen Botschafter Benedetti einen Brief, worin dieser das Verlangen Frankreichs aussprach: das Saarbecken, die linksrheinische Pfalz und vor allem die für Preußen damals wichtigste Festung Mainz, das Moltke „Schild und Schwert Preußens im Kriege gegen Westen" nannte.*) Benedetti stellte seine Forderungen zunächst schriftlich, „um nicht bei dem ersten Eindruck der Sache auf das reizbare Temperament Bismarcks zugegen zu sein." Am 7. August wiederholte er, Bismarck besuchend, mündlich die Forderung. „Warum wollen Sie uns solche Sprünge machen?" sagte Bismarck zu Benedetti. „Sie müssen es doch wissen, daß für uns die Abtretung deutscher Erde eine Unmöglichkeit ist.**) Ließen wir uns zu dergleichen herbei, so hätten wir trotz aller Triumphe Bankerott gemacht. Bestehen Sie auf dieser Forderung, so gebrauchen wir alle Mittel: wir rufen nicht bloß die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit auf, sondern wir machen sofort auf jede Bedingung Frieden mit Österreich, überlassen ihm Süddeutschland, gehen dann vereinigt mit 800 000 Mann über den Rhein und nehmen euch den Elsaß ab. Unsere beiden Armeen sind mobil, die eurige ist es nicht. Verhüten Sie also einen Krieg, der sehr leicht verhängnisvoll werden könnte."***) Mit dieser Antwort reiste Benedetti nach Paris zurück.

Damals nahm auch Rußland eine bedenkliche Haltung an; man war dort über die unerwartet großen Erfolge Preußens verdrießlich, sprach von der Notwendigkeit eines europäischen Kongresses, kurz, machte Miene sich einzumischen. Diese unfreundliche Stimmung zu zerstreuen, schickte König Wilhelm (am 8. August) den General von Manteuffel in geheimer Sendung nach Petersburg

*) Moltkes Mil. Werke, I. Mil. Korrespondenz, Teil II u. III, 1 u. 2, her. vom Gr. Generalstab, Berlin 1896.

**) Vgl. R. Koser, Die Worte des Prinzregenten auf d. Bahnhofe Saarbrücken am 25. Mai 1860, Korrespondenzbl. d. Westd. Ztschr. f. Gesch. u. Kunst, 12. Jahrg. Nr. 6, Trier 1893.

***) v. Sybel, V. S. 378 f. — S. auch die Denkschrift Moltkes vom 8. August 1866.



ab. Die Sendung glückte vollkommen; zwar sprach sich der Zar anfangs entschieden gegen die „völlige Absetzung ganzer Dynastien“ aus; aber Bismarck ließ darauf antworten, dann werde Preußen nicht wie es sich erbiete, die mit Rußland verwandten Höfe von Darmstadt und Stuttgart schonen, sondern von ihnen auch Landabtretungen fordern; auch wenn das Ausland sich einmische, die Völker (Andeutung auf Polen, Ungarn) aufrufen. Das imponierte den Russen. So verging dem Petersburger Kabinett die Lust, der preußischen Politik Schwierigkeiten zu machen. Übrigens war Alexander II. persönlich für seinen Oheim, den „tüchtigen Kerl“, wie er ihn in seinem derben Russisch nannte, so eingenommen, daß nur die zwingendsten politischen Beweggründe ihn in ein gegnerisches Verhältnis zu Preußen wirklich hätten hineintreiben können. Ebenso war seine und aller Russen Abneigung gegen Österreich hier sehr wirksam. Österreich hatte durch sein feindliches Verhalten beim Krimkriege gegen Rußland wahrgemacht, was vordem sein Minister Fürst Felix Schwarzenberg nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes durch die Russen gesagt hatte: „Österreich werde die Welt durch seine Undankbarkeit (gegen Rußland) in Erstaunen setzen.“ Jetzt rächte sich Rußland. Man hatte es in Berlin also nur noch mit Frankreich zu thun.

Napoleon wagte nun zwar nicht, seine Drohung wahrzumachen, er nahm die Enttäuschung hin; aber wenn er auch seine freundliche Miene beibehielt, so war doch nichts gewisser, als daß Preußen jetzt an Frankreich einen heimlichen Feind hatte, der nur auf eine Gelegenheit wartete, um sich zu rächen. Indem also der König in jener hochherzigen Weise für Deutschland eintrat, verzichtete er darauf, dem preußischen Staate alle die Vorteile zn verschaffen, die im Bereich der Möglichkeit lagen. Denn Frankreich durch einen zugeworfenen Brocken beschwichtigend, hätte er nicht bloß von Norddeutschland, sondern auch von Süddeutschland große Stücke sich aneignen können. Der bayrische Ministerpräsident von der Pfordten war selbst höchlich erstaunt, daß es nicht geschah. Aber der König suchte eben nicht, wie seine Feinde behaupteten, lediglich den Nutzen Preußens, sondern sah auch auf das Beste des übrigen Deutschlands; er betrachtete sich als den Erben und Nachfolger der alten Kaiser und wollte die Süddeutschen durch Großmut an sich fesseln.

Auch gegen Österreich ließ er den Geist der Versöhnung walten; er legte diesem Staate kein Opfer auf, welches nicht verschmerzt werden konnte. Österreich scheidet aus Deutschland aus; es tritt an Preußen seine schleswig-holsteinschen Rechte, an Italien gegen eine Entschädigung von 35 Millionen Gulden seinen venetianischen Besitz ab; es zahlt dem Sieger als einen Teil der Kriegskosten 20 Millionen Thaler*) — das war im wesentlichen der Inhalt des **Friedens**, welcher am 26. Juli zu **Nikolsburg** in Vorverhandlung,

*) Eigentlich 40 Millionen. Davon gingen aber ab: 15 Millionen für die von Schleswig-Holstein zu fordernden österreichischen Kosten des Krieges vom Jahre 1864 und 5 Millionen Kosten der Verpflegung der preußischen Truppen in Böhmen und Mähren während des Waffenstillstandes bis zum Friedensschluß.

am 23. August 1866 zu Prag endgültig abgeschlossen wurde. Der Wortlaut der für Deutschland wichtigsten Artikel war folgender:

„Artikel IV. Der Kaiser von Österreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an, und giebt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaats. Ebenso verspricht er, das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird.

Artikel V. Der Kaiser von Österreich überträgt auf den König von Preußen alle seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.

Artikel VI. Auf den Wunsch des Kaisers von Österreich erklärt der König von Preußen sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem er sich jedoch vorbehält, den Beitrag Sachsens zu den Kriegskosten und die künftige Stellung Sachsens innerhalb des norddeutschen Bundes durch einen mit dem Könige von Sachsen abzuschließenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln. Dagegen verspricht Se. Majestät der Kaiser von Österreich, die von Sr. Majestät dem Könige von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen, anzuerkennen.“ —

Für die Verhandlungen mit den Südstaaten war durch die Nikolsburger Präliminarien bereits eine gewisse Grenze gezogen, innerhalb deren sich die Forderungen Preußens halten mußten. Es durfte die Länder im Süden des Mains weder sich einverleiben noch mit Gewalt ihrer Souveränität entkleiden; wohl aber stand ihm frei, alles nördlich des Mains belegene Gebiet süddeutscher Staaten — also das darmstädtische Oberhessen und einen großen Teil des nördlichen Bayerns — für sich zu behalten. Auch erwartete man allgemein, daß Bismarck diese Freiheit gehörig ausnutzen werde. Bei den Nikolsburger Verhandlungen war davon zwischen dem preußischen und österreichischen Bevollmächtigten die Rede gewesen, daß Preußen auch Oberhessen annektieren und Bayern dagegen die Rheinpfalz an Hessen-Darmstadt abtreten sollte. Frankreich und Österreich waren damit einverstanden. Wilhelm I. selbst verlangte damals den Leipziger und Bautzener Kreis, womit Napoleon einverstanden war.*) Bayern machte sich darauf gefaßt, daß ihm die ehemals hohenzollern-

*) v. Sybel, V. S. 298.

schen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth würden abgefordert werden: letzteres, weil es fast ganz im Norden des Mains lag, ersteres im Austausch gegen sein übriges nordmainisches Gebiet. Da eröffnete ihm unverhofft der Gegner selbst einen Weg zur Rettung. Nach Bismarcks Rückkehr nach Berlin am 5. August trafen unverzüglich die Bevollmächtigten der Süddeutschen ein: v. Freydorf, v. Varnbüler, Dalwigk, von der Pfordten. Sie baten zur Verhütung großen Gebietsverlustes dringend um Aufnahme in den Norddeutschen Bund. Dies mußte ihnen, nachdem Preußen behufs Beseitigung der Einmischung Frankreichs und behufs raschen Friedens mit Österreich sich vorläufig mit der Hegemonie Norddeutschlands zu begnügen beschlossen hatte, versagt werden. Zuerst kam der Vertrag mit Württemberg zu stande (13. August). Es wurde mit Gebietsabtretung verschont, aber hatte eine Kriegssteuer von 8 Millionen Gulden (13½ Millionen Mark) zu zahlen und in den Zollverein zu treten, der zu Preußens Gunsten zu reformieren sei. Es trat noch in ein näheres Verhältnis zu Preußen.

Dem Artikel IV. der Nikolsburger Abmachungen lag der Gedanke zu Grunde, daß die deutschen Staaten südlich des Mains in Zukunft unter sich einen bundesstaatlichen Verein, ähnlich dem Nordbunde, schließen dürften; ein solcher konnte aber nur zu stande kommen, wenn die kleineren Staaten sich, wenigstens in einzelnen Dingen, der Führung des größeren, hier also Bayerns, gefallen ließen. Dazu waren sie nun aber keineswegs geneigt.

Württemberg zog es vielmehr vor, ein Opfer an seiner Souveränität wenigstens doch einem Staate zu bringen, der, wie Preußen, es schützen könne. Es schloß daher mit Preußen ein einstweilen geheimes Schutz- und Trutzbündnis, und stellte seine Truppen für den Kriegsfall unter preußischen Oberbefehl. Am 17. schloß auf dieselben Bedingungen — jedoch nur 6 Millionen Gulden (10 Millionen Mark) — Baden ab. Mit Bayern und Hessen-Darmstadt war die Verhandlung verwickelter. Preußens Friedensbedingung war eigentlich, Oberhessen zu annektieren und den Großherzog mit einem Teile der bayrischen Rheinpfalz zu entschädigen. Bayern sollte außerdem an Preußen 30 Millionen Gulden (50 Millionen Mark) zahlen und den nordmainischen Teil von Oberfranken (200 000 Einwohner) abtreten. Dazwischen kam aber der französische Antrag auf Erwerbung von Rheinpfalz und Rheinhessen. Indem Bismarck diesen Antrag abwies, wurde er der Schützer dieser beiden Staaten. Pfordten und Dalwigk hatten davon keine Ahnung und gerieten daher in die heftigste Aufregung, als Bismarck jene Friedensbedingungen Preußens ihnen vorlegte. „Warum denn solle Bayern soviel schlechter fahren als Baden und Württemberg?“ „Ihr seid“, antwortete Bismarck trocken, „die einzigen, die keinen hohen Protektor haben.“ Auch Dalwigk widersprach heftig: sein Großherzog hätte erklärt, „von Landabtretung keine Rede, ich rechne auf die roten Hosen.“ Auch bestürmte Dalwigk mit Bittschreiben die französische Regierung, eine Armee an den Rhein zu schicken; sie begnügte sich aber mit einem Fürwort. Mehr Eindruck machte das des Zaren: Bismarck verzichtete auf erhebliche Landabtretung Hessens. Dafür verlangte er Heeresfolge im

Falle eines Krieges Preußens. Ebenso verzichtete er Bayern gegenüber unter derselben Bedingung auf Erwerbungen in seinem rechtsmainischen Gebiet.

Bismarck zog es also vor, den süddeutschen Regierungen statt einer erheblichen Abtretung von Land und Leuten nur ein nicht eben schweres Opfer an ihrer Souveränität aufzuerlegen. Auf seinen Rat schloß der König mit den Herrschern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt (im August) geheime Verträge zu Schutz und Trutz, in welchem sie sich verpflichteten, bei Ausbruch eines Krieges ihre Truppen unter seinen Oberbefehl zu stellen.

Lediglich vom preußischen Standpunkte betrachtet, waren diese Verträge von sehr zweifelhaftem Wert. Denn sie boten keine Sicherheit, daß die Südstaaten im Frieden sich nach Gebühr anstrengen würden, um im Kriege wirklich ganz und voll ihre Schuldigkeit thun zu können; man konnte im Hinblick auf die Macht der preußenfeindlichen Elemente in Bayern und Württemberg sogar zweifelhaft sein, ob diese Allianzen überhaupt würden gehalten werden, wenn Preußen einmal unter ungünstigen Umständen in Krieg gerate. Für die bloße Aussicht nun, sein auch allein schon hinreichend gewaltiges Heer noch durch ein paar Armeecorps zu vergrößern, leistete Preußen also den süddeutschen Staaten auf immer die Gewähr ihres Besitzstandes und verzichtete fortan, seine Grenzen nach Süden auszudehnen.

Allein nicht der Vorteil Preußens, sondern die gemeindeutsche Sache war es, worauf es hier dem Grafen Bismarck ankam. Er wollte um jeden Preis die Absonderung des Südens vom Norden verhindern; sein Ziel war Deutschlands Einheit. Und zu diesem machten jene Bündnisse in der That den Weg leichter. Es umschlang die Staaten diesseit und jenseit des Mains nun doch wieder ein, wenn auch lockeres Band nationaler Zusammengehörigkeit, und Bismarck hoffte, die Süddeutschen würden es in Zukunft aus freien Stücken enger ziehen. Auch der König glaubte gern an die Macht des nationalen Gedankens und beschloß, es gegen die Süddeutschen noch einmal mit moralischen Eroberungen zu versuchen.

Nachdem die preußische Regierung aus diesen Gründen auf die Erwerbung der nordmainischen Gebietsteile Süddeutschlands Verzicht geleistet, konnte der unmittelbare Ertrag des Sieges hier nicht mehr groß sein. Ein Beitrag zu den Kriegskosten, die Abtretung einiger kleinen, in preußisches Gebiet einspringenden Grenzstriche von Bayern und Hessen-Darmstadt, die Unterordnung Oberhessens unter den von Preußen zu stiftenden norddeutschen Bund, endlich eine Verbesserung des Zollvereins — das war alles, was die Berliner Friedensverträge mit dem Süden noch ergaben. Sie wurden übrigens einzeln geschlossen, mit Württemberg am 13. August, mit Baden am 17ten, mit Bayern am 22. August, mit Hessen-Darmstadt am 3. September. Die Geldbußen betrugen für Württemberg 8 Millionen Gulden, für Baden 6, für Bayern 30, für Hessen-Darmstadt 3 Millionen Gulden.*) Letzteres trat über-

*) Ein Gulden süddeutscher Währung gleich 1 Mark 71 Pfennige heutigen Geldes.

dies die Landgrafschaft Hessen-Homburg und einige andere Grenzstriche, im ganzen 20 Quadratmeilen mit 75 000 Einwohnern ab; Bayern verlor den Grenzstrich von Gersfeld und Orb, 10 Quadratmeilen und 33 000 Einwohner.

Auch der König von Sachsen erfuhr eine gelinde Behandlung. Für ihn interessierte sich der Kaiser von Österreich so lebhaft, daß Preußen die Einverleibung Sachsens nur dann hätte erlangen können, wenn es bereit gewesen wäre, auf die richtige Lösung der deutschen Frage zu verzichten und Süddeutschland der Führung Österreichs zu überlassen. Da aber der König sich von Bismarck bestimmen ließ, dies nicht zu wollen, und da auch Frankreich sich für Sachsen verwandte, so mußte er hier nachgeben. König Johann behielt seinen Thron. Selbst gegen die Schmälerung seiner Souveränität stemmte er sich mit aller Kraft. Allzuverhaßt war ihm der Gedanke, ein Vasall des Hohenzollern zu werden; lange Zeit hing sein Auge erwartungsvoll an dem politischen Horizont, ob nicht im Westen doch noch ein Sturm wider Preußen heraufziehe. Aber die Hoffnung trog; Napoleon hielt es für genug, mitgewirkt zu haben, daß der König von Sachsen überhaupt auf dem Throne bleibe; und so fügte dieser sich denn in das Unvermeidliche. Am 21. Oktober 1866 machte er seinen Frieden mit Preußen. Sachsen zahlte für die Genugthuung, daß es als eigenes Königreich weiter bestehen durfte, dem Sieger 10 Millionen Thaler und gab sich mit seinem Staate unter die Hegemonie Preußens. Denn Preußen ordnete die politische Verfassung Norddeutschlands so, daß es einige norddeutsche Staaten sich einverleibte, die andern bestehen ließ, aber mit sich durch Vertrag vom 18. August zu einem „Norddeutschen Bunde“ vereinigte, in welchem es die militärische Oberhoheit und die allgemeine Führung hatte. In diesen Bund trat nun auch Sachsen ein. Die kleinsten Preußenfeinde waren Reuß ältere Linie und Meiningen. Karoline von Reuß mußte 100 000 Thaler Kriegssteuer zahlen; der alte Bernhard von Meiningen mußte abdanken; beide Kleinstaaten traten in den Norddeutschen Bund und ihre Truppen ins preußische Heer wie die der andern. Nur Sachsen behielt sein Corps, jedoch unter Militärhoheit Preußens.

Ein härteres Los als den König Johann und die Kleinfürsten von Greiz und Meiningen traf die übrigen norddeutschen Feinde Preußens. Die Herrscherhäuser von Hannover, Kurhessen und Nassau wurden nicht wieder hergestellt; mit ihnen, sowie den Augustenburgischen Thronansprüchen war es zu Ende. Ebenso mit der Republik Frankfurt a. M. Bismarck hatte ihr durch Manteuffel eine Kriegssteuer von 25 Mill. Thaler auferlegen lassen, um sie für ihre Preußenfeindlichkeit zu strafen. Diese Maßregel ward indes nicht vollstreckt; die Geldbuße ward ihr erlassen; aber sie verlor ihre Souveränität. Schon am 17. August 1866 gelangte an den preußischen Landtag eine Botschaft des Königs, welche die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der Stadt Frankfurt am Main mit dem preußischen Staate verfügte; am 7. September erteilte das Abgeordnetenhaus, am 10. das Herrenhaus hierzu die verfassungsmäßige Ge-

nehmigung. Eine gleiche Gesetzesvorlage ließ der König dem Landtage auch in betreff Schleswigs und Holsteins zugehen; sie erhielt am 20. Dezember dessen Genehmigung. Rechtsansprüche des Hauses Holstein-Gottorp hatte Preußen durch Zahlung von drei Millionen Thaler und Abtretung des holsteinischen Amtes Ahrensböck dem Großherzog von Oldenburg (dem der Zar seinen Teil der Familienansprüche abgetreten hatte) abgekauft. So waren denn noch vor Ablauf des Jahres 1866 alle jene Länder dem preußischen Staate einverleibt oder, wie man sich damals ausdrückte, „annektiert“.

Es erhob sich hierüber bei den Anhängern der Legitimität und des Partikularismus viel Geschrei, besonders bei denen, die es aus Eigennutz waren. Die Höflinge und Diener der geschädigten Fürsten und diese selbst vergaßen, wie sie selber früher Preußen das „Vae Victis!“ zugedacht. „Man war entschlossen,“ äußerte hierüber Bismarck später,*) „Preußen Provinzen zu nehmen, und hat also kein Recht, sich nachher zu wundern, daß der Krieg die ernsten Folgen hatte, die er gehabt hat.“

Allein auch hiervon abgesehen, mußten die Interessen, welche durch die Annexionen beschädigt wurden, mit Recht zurückstehen. Denn es litten darunter im Grunde nur die Umgebungen der kleinen Höfe, der unfähige Teil des Beamtentums, der arme Adel, der in den zahlreichen Sinekuren der Kleinstaaten eine willkommene Versorgung für seine unbrauchbaren Söhne fand, endlich die Eitelkeit und die Rechthaberei der Katheder-, Tribünen und Kanzelredner, sowie der Souveränitätsdünkel einiger Familien fürstlichen oder patrizischen Namens. Für alle arbeitenden Klassen in den eroberten Ländern war deren Einverleibung in den Großstaat ein reiner Gewinn. Gar das deutsche Volk im ganzen hatte vollauf Grund, diese Gebietsveränderungen als sehr heilsam zu preisen. Denn seine Schutz- und Vormacht, der preußische Staat, erhielt durch dieselben einen Zuwachs an Land und Leuten, der fast einem Viertel ihres bisherigen Bestandes gleichkam. Vor dem Kriege 5091 Quadratmeilen mit etwa 19½ Millionen Einwohnern umfassend, maß Preußen jetzt 6395 Quadratmeilen und hatte eine Bevölkerung von beinahe 24 Millionen Menschen. Es betrug nämlich:

Preußen vor dem Kriege . . .	5091	Q.-M.	19 500 000	Einw.
Hannover	699	„	1 930 000	„
Kurhessen	173	„	740 000	„
Nassau	85	„	467 000	„
Frankfurt	2	„	90 000	„
Schleswig-Holstein	320	„	965 000	„
die bayrische Abtretung	10	„	33 000	„
die darmstädtische	20	„	75 000	„
die Eroberung im ganzen . . .	1309	Q.-M.	4 300 000	Einw.
das neue Preußen mithin . . .	6400	Q.-M.	23 800 000	Einw.

*) In der Sitzung des Norddeutschen Reichstages vom 11. März 1867. — Vgl. Bismarcks Äußerung im deutschen Reichstage vom 12. Januar 1887, daß bei der Haltung des Königs

Diese gewaltige Vermehrung seiner Machtmittel hatte Preußen mit vergleichsweise geringem Aufwande an Blut und Geld erkauft. Es starben ihm durch den Krieg 11 600 Mann, wovon die Mehrzahl (über 7000) der Cholera oder anderen Krankheiten erlag; ungefähr ebensoviele waren invalid geworden — wie weit blieben diese Zahlen hinter den Verlusten früherer großer Kriege zurück! Manches Leben war durch die bessere Krankenpflege, um welche sich in diesem Kriege besonders der preußische Johanniterorden sehr verdient machte, erhalten worden; daß aber überhaupt verhältnismäßig so wenig Blut geflossen, war der ganzen Art der Kriegführung zu danken, welche den Feind so rasch und völlig niederwarf.

Die baren Ausgaben hatten sich auf 94 Millionen Thaler belaufen; doch wurden fast zwei Drittel dieser Summe durch die Geldbußen der Besiegten wieder eingebracht. Einen Teil der vom Feinde gezahlten Entschädigungsgelder (1½ Million Thaler) verwendeten König und Landtag zur Belohnung der um den Sieg am meisten verdienten Staatsdiener: der Ministerpräsident Graf Bismarck, welcher die diplomatischen Erfolge gewonnen, der Kriegsminister v. Roon, dessen Organisationstalent die Armee in so trefflichen Stand hatte bringen helfen, der General v. Moltke, der die großen Pläne erdacht, General v. Steinmetz, der Sieger von Nachod und Skalitz, der Führer der Elbarmee, General Herwarth von Bittenfeld und, als erster Führer der Mainarmee, General Vogel von Falckenstein, sie alle empfingen, ihnen und dem Lande zum Ruhme, den Nationaldank. Aber auch die Namen der anderen hochverdienten Kriegsmänner — unter den Überlebenden besonders Fransecky, unter den Gefallenen Hiller — sie leuchteten hell, und viele von ihnen, wie Manteuffel, Voigts-Rhetz, Blumenthal, Goeben, haben später noch mehr Glanz gewonnen. Dem Könige selbst, dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Karl ward als schöner Lohn zu teil, daß sie sich sagen durften: wir haben uns der hohen Stufe, auf welche der Zufall der Geburt uns stellte, wert gezeigt. Der König hatte noch eine andere Genugthuung; bei seiner Rückkehr nach Berlin (am 4. August) vom Jubel des dankbaren Volkes begrüßt, konnte er darauf hinweisen, wie Recht er gehabt, bei Zeiten und von keinem Widerspruch beirrt, die Armee neuzugestalten: „Vier Jahre“, so sprach er zu einer beglückwünschenden Deputation, „vier Jahre ist mir die gewissenhafte Arbeit an dieser Aufgabe — eine Lebensaufgabe für mich, wie für den Staat — verbittert worden; aber der Erfolg hat gezeigt, daß Arbeit und Opfer nicht vergebens gewesen sind.“

Georg gegen Preußen im Frühling 1866 die von Wien her durch einen Verwandten (Prinz Solms) angeregte Hoffnung auf Vergrößerung Hannovers im Falle des Sieges der Österreicher mitgewirkt habe.

Uebersicht
über
die Geschichte der neuen Provinzen.

Schleswig-Holstein.

Die cimbrische Halbinsel ist in mehr als einem Sinne eine germanische Völkerscheide. Denn dieser Boden, den Deutsche und Dänen teilen, hat einst auch ihre Vettern im Norden und Westen geboren; von hier erhielten in Urzeiten die dänischen Inseln und Skandinavien ihre teutonische, von hier in geschichtlichen Jahrhunderten Britannien seine angelsächsische Bevölkerung. Die Natur hatte diese Landzunge wie eine Brücke von der germanischen Erdfeste in die Insel- und Meereswelt des Nordens gezogen; ihrem Winke folgten die Völker; sie wanderten aus, so lange über der See noch Raum und wenig Widerstandskraft war; selbst Slawen drängten heran. Aber dann staute sich der Strom; es begann ein Rückschlag, und die Brücke wurde zum Kampfplatz. Der deutsche Zweig im Süden, der dänische im Norden hielten fest und machten einander jeden Fußbreit Landes streitig; die politische Ohnmacht Deutschlands war schuld, daß dieser Kampf ein Jahrhundert gedauert hat.

Der erste deutsche Fürst, der planmäßig es unternahm, für die Deutschen die Sitze, die sie jenseit der Elbe verloren hatten, wiederzugewinnen, war König Heinrich I., der Burgenerbauer. Sein Name ist in der ältesten Geschichte Brandenburgs gleichsam der erste leuchtende Stern; aber er hat auch im Norden, gegen die Dänen, zur Erweiterung der deutschen Herrschaft den Grund gelegt.

Damals, im zehnten Jahrhundert, standen die Nationalitäten auf der Halbinsel so: im Norden der Schlei war die Hauptmasse der Bevölkerung dänisch, im Süden bis zur Eider saßen Friesen und Sachsen. Vom heutigen Holstein war das östliche Hügelland im Besitze der slawischen Wagrier, auf den mittleren Höhen wohnten Sachsen, in den fruchtbaren Marschländern des Westens die Ditmarschen, ein mit Friesen und Sachsen verwandter Stamm. Die Grenze gegen die Dänen war also die Schlei. Der wichtigste Punkt war

dort die alte Handelsstadt Häthum oder Hethaby an der Schlei, von den Deutschen Schleswig genannt. In ihrer Nähe ließ daher der König Heinrich die Befestigungen aufführen und die sächsischen Kriegsleute ansiedeln, mit denen er die nördlichste Grenze seines Reiches zu schützen gedachte. Diese Gründung der „Mark Schleswig" geschah im Jahre 934.

Die Aufgabe des Markgrafen war hier wie überall nicht bloß Behauptung, sondern auch Vergrößerung des Besitzes; kein Wunder also, daß die Dänen nun ihrerseits zum Schwerte griffen. Sie wehrten sich gegen die Südländer zunächst, indem sie auf der Grenze, von Schleswig bis Hollingstedt an der Treene, eine feste Verschanzung mit Wall und Graben anlegten: das „Dannewirke" (Dänenwerk). Sie waren zu dieser Zeit noch größtenteils Heiden; daher kam es, daß das deutsche Reich den Kampf gegen sie anfangs mit reger Teilnahme verfolgte. Als aber ihre Bekehrung zum Christentum durch einen siegreichen Feldzug Kaiser Otto I., der im Jahre 947 bis zur Nordspitze Jütlands, bis zum „Ottensund" (Limfjord) vordrang, glücklich war herbeigeführt worden, da begann man in Deutschland den schleswigschen Grenzstreit als eine lediglich sächsische Angelegenheit zu betrachten. Anfangs schadete dies der Sache nicht; denn der Kaiser war ein Sachse. Allein dieser Vorteil ging bald verloren. Die Krone kam von den Niederdeutschen ab und an die Oberdeutschen, und sofort wurde dieser Umschwung den Deutschen an der Schlei verderblich. Ihr Volkstum hatte hier seit einem Jahrhundert mit Erfolg den Kampf bestanden; jetzt war es der Kaiser selbst, der ihren Feinden den Sieg gab. Der Franke Konrad II. hatte kaum den Thron inne, so ließ er sich auch schon von dem Könige Knud unschwer bewegen, ihm die deutsche Mark Schleswig abzutreten (1026). So geriet das Land zwischen Schlei und Eider in dänische Gewalt. Wie oft hat, was die Norddeutschen zur Ausbreitung der Reichsgrenzen nach Norden und Osten gethan, von den Kaisern aus fränkischem oder schwäbischem Stamme Hemmnis und Schädigung erfahren!

Auch die Slawen konnten unter der Regierung der Salier wieder Fortschritte machen; die Sachsen erwehrten sich ihrer selbst auf sächsischem Boden nur mit großer Mühe, die neuen Eroberungen Heinrichs I. und Ottos I. konnten sie nicht behaupten. So standen jetzt in Holstein die Wagrier wieder frei und drohend aufrecht. Das wagrische Land mit den Städten Oldenburg (slawisch Stargard) und Plön war von dem sächsischen durch eine Mark getrennt, die sich von Kiel über Preetz, Bornhöved, Segeberg und Oldesloe zur Elbe hinzog. Westlich von diesem Grenzstrich in dem nördlich der Unterelbe gelegenen Sachsen unterschied man drei Gaue: zwischen den Mündungen der Elbe und Eider lag Ditmarschen mit dem Hauptort Meldorf, im Süden um die Pinnau und Alster Stormarn mit dem Erzstift Hamburg; das Land von der Holstenau bis zu den Alsterquellen und von der Eider über die Stör zur Elbe machte den dritten Gau, Holstein aus. Alle diese Gebiete hatten bis zum Beginn des zwölften Jahrhunderts schwer von den slawischen Nachbarn zu leiden; die Wagrier, die

Polaben in Lauenburg, die Obodriten in Mecklenburg wurden von Jahr zu Jahr kühner.

Da geschah es, daß die sächsische Herzogsfamilie der Billunger ausstarb (1106), und das Herzogtum nun an den Grafen Lothar von Supplinburg überging. Dieser Fürst ist später Kaiser geworden und steht als solcher in der Erinnerung der Deutschen fast nur wie ein ungehöriges Einschiebsel zwischen den glänzenden Saliern und Staufen da. Und doch hat er Ersprießlicheres für Deutschland gethan, als von den meisten jener Kaiser zu melden ist. Denn er gab dem deutschen Volke an der Elbe in dem schweren Kampfe gegen Slawen und Dänen die rechten Männer zu Führern; er brachte hier, an den wichtigsten Stellen, diejenigen Geschlechter in die Höhe, von deren großer Wirksamkeit dann die nächsten Jahrhunderte norddeutscher Geschichte voll sind, an der Unterelbe die Schauenburger, an der Havel die Anhaltiner. Hier beginnt mit Albrecht dem Bären, dort mit Adolf I. der Aufschwung des deutschen Wesens; wie die Anhaltiner Brandenburg, so haben die Schauenburger Schleswig-Holstein dem Deutschtum gewonnen.

Es war im Jahre 1111, daß Herzog Lothar den Ritter Adolf von Schauenburg (einem Schloß bei Rinteln an der Weser) zum Grafen über die gefährdeten Grenzgaue Holstein und Stormarn bestellte. Adolf war ein kluger und tapferer Mann, und diese Eigenschaften gingen auf seine Nachkommen über. Die Schauenburger haben ihrem Amte beinahe drei und ein halbes Jahrhundert lang vorgestanden, und was sie erreichten, entsprach einer solchen Dauer.

Zuerst schafften sie sich in Holstein Raum; sie bezwangen und bekehrten die Wagrier und bedeckten das eroberte Wendenland mit deutschen Bauern- und Bürgerschaften. Dasselbe Schicksal traf die Polaben, deren Ländchen als Grafschaft Lauenburg mit der Festung Ratzeburg im Jahre 1143 einem andern sächsischen Geschlechte verliehen worden. Starken Rückhalt freilich hatten die sächsischen Grenzer eine Zeit lang an dem Herzoge Heinrich dem Löwen, der, wie ein König an der Nord- und Ostsee waltend, den deutschen Kolonisten, die zahlreich von Holland, Friesland, Westfalen herbeikamen, zwischen der untern Elbe und Oder mit dem Schwerte breite Bahn hieb, Nach seinem Sturze (1180) schien, was er geschaffen, den Dänen zufallen zu müssen. Überall an der südwestlichen Küste des baltischen Meeres setzten sie sich fest; ihr König Waldemar II. nahm nach einigen glücklichen Feldzügen schon den Titel „König der Wenden und Herr von Nordalbingien“ an. Und der Hohenstaufe Friedrich II. bestätigte ihm diese Herrschaft.

Aber die Deutschen jenseit der Elbe schüttelten das Joch bald wieder ab. Die nächstbeteiligten Stände — die Grafen von Holstein, von Schwerin, die Fürsten von Mecklenburg, der Erzbischof von Bremen, die Stadt Lübeck und der Herzog von Sachsen — alle traten sie einmütig zusammen, und ihre vereinigte Streitmacht brachte dem Könige bei Bornhöved am 22. Juli 1227 eine furchtbare Niederlage bei. So warfen sie die Dänen wieder über die Eider zurück.

Bald ging das Deutschtum seinerseits wieder zum Angriff vor. Doch jetzt auf friedlichem Wege, indem Sitte und Sprache der Deutschen, mächtig vom Handel gefördert, nordwärts drangen. Lübeck und Hamburg waren die Hauptsitze des deutschen Seehandels und zugleich die Stätten, von denen aus der deutsche Unternehmungsgeist sich den Handel und Wandel des nördlichen Europas unterwarf. Die beiden Städte stifteten 1241 den Hansabund, der Jahrhunderte hindurch die deutsche Nation nach außen hin wirksamer vertreten hat als der römische Kaiser. Aber Lübeck ist auch die Mutterstadt der Bürgerfreiheit im nordöstlichen Deutschland gewesen. Nach Lübischem Recht sind hier die meisten Städte eingerichtet worden. Denn die Fürsten erkannten gar wohl, wie nur im Schutze der Freiheit das Städtewesen, an welchem sie eine Stütze und Zierde ihrer Herrschaft suchten, recht gedeihen könne. So verlieh auch Graf Adolf IV. von Holstein — einer der Sieger von Bornhöved — seinen Städten gern das reiche Lübecker Recht; Oldenburg, Plön, Itzehoe und das vor kurzem gegründete Kiel erfreuten sich gleich dem mächtigen Hamburg dieses Vorzugs; dann auch Segeberg, Rendsburg. Nach diesem Recht besorgte ein aus der Mitte der Bürgerschaft hervorgegangener Rat die Angelegenheiten der Stadt; nur die Gerichtsbarkeit blieb hier und da dem gräflichen Vogt.

Auch auf dem platten Lande hielt sich die Volksfreiheit. So gut wie ganz unabhängig waren die Ditmarschen. Dem Namen nach herrschte über sie ein Fürst, der Erzbischof von Bremen. Aber in der That hatten sie ihre uralte Selbständigkeit in voller Eigenart wider alle Nachbarn behauptet. Sie sprachen sich selbst Recht, jedes Kirchspiel durch seine Vorsteher als Geschworene; die übrigen obrigkeitlichen Geschäfte lagen in jedem Kirchspiel den „Schließern" ob, welche ursprünglich Kirchenbeamte gewesen waren. Was den ganzen Gau betraf, wurde zu Meldorf auf allgemeiner Landesversammlung beschlossen und von Ratmannen im Verein mit erzbischöflichen Vögten, die aber den Eingesessenen angehörten, in Ausführung gebracht.

Im Holstengau war das Landvolk so frei zwar nicht; hier gab es eine mächtige adlige Ritterschaft und eine reiche Priesterschaft, welche über die Insassen ihrer Güter die Gerichtsbarkeit übten und von ihnen Zins und andere Leistungen empfingen. Doch war auch in Holstein die Zahl der freien Bauerngüter groß, und die Hintersassen sanken doch nie in völlige Leibeigenschaft.

Die Stellung des Grafen im Lande war nicht unumschränkt, er war noch ein Lehnsmann des Herzogs von Sachsen; aber dieser besaß zu wenig Macht, um gegen ihn etwas durchsetzen zu können. Die Unterthanen hatten ihre bestimmten Rechte und Freiheiten; doch auch ihre Pflichten gegen den Grafen waren erheblich. Sobald er sein Aufgebot erschallen ließ, mußte jeder Grundbesitzer ihm die Kriegsfolge leisten, und von jedem Grundstück mußte außer dem Zehnten an die Kirche auch eine Abgabe an den Grafen gezahlt werden, der sogenannte Grafenschatz. Große Einkünfte zog der Landesherr ferner aus den Zöllen, die er in den verkehrsreichsten Ortschaften erhob, und

aus dem Münzrecht; die meisten aber aus den Domänen, welche besonders in Wagrien sehr umfangreich waren.

Adolf IV. ging 1239 ins Kloster, und für seine minderjährigen Söhne Johann und Gerhard übernahm deren Schwager, Herzog Abel von Jütland, als Vormund die Regentschaft. Abel war ein dänischer Prinz, jüngerer Sohn Waldemars II.; doch förderte er auf der Halbinsel eher das deutsche als das dänische Interesse. Als er König von Dänemark geworden war, übergab er seinen Mündeln sogar die Feste Rendsburg, weil sie nach dem Spruch eines aus Dänen und Holsten gebildeten Schiedsgerichts zu Holstein gehörte (1252). Nachdem Graf Johann gestorben und die Söhne desselben herangewachsen waren, kam es zu einer Teilung der Grafschaft, die man im Sinne der Zeit schon nicht mehr als ein Amt, sondern als ein Gut betrachtete; und nach Graf Gerhards Tode wurde dessen Anteil wieder von seinen Söhnen unter sich geteilt. So entstanden vier Linien des regierenden Hauses, welche nach ihren Hauptsitzen die Segeberger, die Kieler, die Rendsburger und die Plöner hießen.

Es war günstig für den Fortschritt des deutschen Wesens auf der Halbinsel, daß auch die dänische Macht sich durch Erbteilungen schwächte. Die dänischen Könige hatten schon im zehnten Jahrhundert zur Verteidigung der Eidergrenze gegen Slawen und Deutsche Prinzen ihres Hauses als Herzöge in Schleswig eingesetzt. Diese Statthalter oder Kriegsführer hießen anfangs Herzöge der Dänen oder von Jütland, doch erstreckte sich ihr Gebiet seit dem dreizehnten Jahrhundert im Norden nur bis zur Königsau und dem Koldinger Meerbusen. Allmählich nahm nun dieses Herzogtum eine vom übrigen Dänemark abgesonderte Stellung ein. Zuerst war es eben jener Herzog Abel, welcher die Selbständigkeit seines Landes behauptete, und er stützte sich dabei auf seine deutschen Nachbarn, die Holsteiner. Seinem Beispiele folgte dann der Bischof von Schleswig, indem er dem Könige die Huldigung verweigerte und die Weihe vom Erzbischof von Bremen nahm (um das Jahr 1240).

Jenseit der Eider hatte sich übrigens ein starker Rest der alten deutschen Bevölkerung immer behauptet. Namentlich die Friesen, am Westrande des mittleren Jütlands, hielten an ihrer Eigentümlichkeit fest. Aber sie hatten auch ihre politische Unabhängigkeit bewahrt, und diese wollte ihnen der Herzog von Schleswig nicht lassen. Als Abel den dänischen Thron bestiegen, beschloß er, seine vergrößerte Macht zu einer Unterjochung jener Schiffer und Bauern anzuwenden, die sich unterfingen, herrenlos zu leben. Er brachte ein Heer zusammen und führte es gegen die Friesen. Aber da versammelten sich die sieben Harden (Hundertschaften) des Strandes und der Inseln auf der Dingstätte am Bauermannswege, wo sie von altersher ihre Gerichte hielten, und schworen, ihre alten Freiheiten zu schützen: „Ehe sie König Abel wollten huldigen, ihm Schatz und Zins geben, eher wollten sie lieber alle darum sterben, oder auch König Abel sollte sterben." Mit gesamter Macht, das Bild ihres Schutzpatrons des heiligen Christian auf einem Wagen in ihrer Mitte, so zogen sie wider den Dänenkönig, der mit Raub und Verwüstung bis Oldenswort ge-

kommen war. Jetzt entfiel ihm der Mut, er kehrte um; doch erschlugen ihm die Friesen noch viele Mannschaft. Da erhoben sich auch die Eiderstedter und vernichteten in den Marschen und zwischen den Deichen den Rest seines Heeres; den König selbst erschlug ein Zimmermann aus Pelworm, Wessel Hummer mit Namen (29. Juni 1252).

Abel hinterließ Söhne; doch die dänischen Großen gaben die Krone an seinen Bruder Christoph. Auch in den Besitz des Herzogtums wollte sich dann die jüngere Linie setzen; aber dieser Versuch scheiterte. Ein Sieg, den Abels Sohn Erich V. mit Hilfe der Grafen von Holstein (auf der Loheide bei Schleswig am 28. Juli 1261) über seinen Vetter, den gleichnamigen König von Dänemark, erfocht, nötigte diesen, sich mit der Lehnshoheit zu begnügen. Auch konnte seitdem die Erblichkeit des Herzogtums Schleswig von den Dänen nicht wieder angefochten werden. Dieses Land nahm nun nach und nach das Aussehen eines deutschen Fürstentums an; die Sitte und Sprache des Südens griff immer mehr Platz; schon 1243 hatte Tondern Lübisches Recht erhalten, und das herrschende Landrecht, das jütische „Lov“, galt auch in deutscher Übersetzung. Die Güter und Rechte, die früher dem Könige in dem Herzogtum zugestanden, brachte nun allmählich der Herzog an sich, und was vordem an den dänischen Reichstag ging, wurde jetzt mehr und mehr der allgemeinen Landesversammlung, dem „Ting“ zu Urnehöved, überwiesen. Doch in Blut und Leben des Volkes überwog noch bei weitem das dänische Wesen. Die meisten Städte hatten nicht das Lübecker, sondern das weniger freie schleswigsche Recht, nach welchem die Verwaltung der Gemeinde einem Rate und den Aldermännern (Ältesten), die Gerichtsbarkeit aber dem herzoglichen Vogt zustand. Das platte Land zerfiel in Harden, in denen ebenfalls Beamte des Herzogs Recht sprachen. Größerer Freiheit genossen die Geistlichkeit und der Adel. Letzterer mehrte sich besonders durch eingewanderte Geschlechter aus Holstein und dem übrigen Deutschland, denen die Herzöge gern für Kriegsdienste Güter verliehen.

Während das Dänentum auf der Halbinsel thatsächlich immer mehr zurückwich, gab es doch seine Ansprüche nicht auf, und wieder war es der deutsche Kaiser, der ihm dabei den Nacken stärkte. Blind oder gleichgültig für die großen Interessen, die dort auf dem Spiele standen, bestätigte der Habsburger Albrecht I. im Jahre 1304 der dänischen Krone die Herrschaftsrechte über das Land nördlich der Elbe, welche ihr einst von den Hohenstaufen bewilligt worden. Die holsteinschen Grafen konnten sich gegen den Befehl des Königs nicht offen auflehnen; aber sie sorgten dafür, daß jene Rechte nicht zur Geltung gelangten. Die dänische Lehnshoheit über Holstein wiesen sie durch Berufung auf die sächsische zurück; auch empfingen sie im Jahre 1307 vom Herzog von Sachsen die Belehnung mit Holstein zu gesamter Hand, so daß mithin, wenn eine Linie ausstarb, ihr Anteil an der Grafschaft den anderen Linien zukam. Sie suchten ihren Herrschaftsbereich sogar auszudehnen; einer von ihnen, Graf Gerhard I. von Rendsburg, unternahm einen Feldzug zur

Unterjochung der Ditmarschen. Dieser Versuch mißlang freilich; die Ditmarschen brachten dem Grafen am 7. September 1319 beim Dorfe Hemmingstedt eine blutige Niederlage bei. Dagegen glückte es den holsteinschen Grafen zu verhindern, daß das süderjütische Land wieder an den König von Dänemark fiel. Zwanzig Jahre nach jenem diplomatischen Erfolge der Dänen traf es sich, daß Schleswig auf einen Minderjährigen, Waldemar V., vererbte, und nun hielt der dänische König — es war Christoph II. — die Gelegenheit für gekommen; er besetzte das Herzogtum. Aber sofort schritten die Holsteiner ein. Der Oheim des minderjährigen Fürsten, Graf Gerhard von Rendsburg, im Bunde mit seinem Vetter Johann von Plön, rückte mit Truppen über die Eider und schlug die dänische Streitmacht zum Lande hinaus (1325). Dieser Sieg war höchst folgenreich. Zunächst bekam Graf Gerhard die Vormundschaft über seinen Neffen und damit die Regierung des Herzogtums. Dann, als sein Mündel von den dänischen Großen an Stelle des von ihnen vertriebenen Christoph II. zum Throne berufen ward, bewog er den jungen König nicht bloß urkundlich zu versprechen, daß über das Herzogtum Süderjütland und das dänische Reich nie einer und derselbe sollte Herr sein, sondern auch ihn selbst mit dem Herzogtum zu belehnen. Dies geschah am 15. August 1326 auf dem Reichstage zu Nyborg. Graf Johann von Plön erhielt eben damals die Insel Fehmarn, deren deutsch-slawische Bevölkerung längst die Herrschaft der Dänen mit Widerwillen trug. So wurden Holstein und Schleswig zum erstenmale unter einem deutschen Fürstenhause vereinigt. Freilich nur auf kurze Zeit. Die Dänen wandten sich wieder dem Könige Christoph zu, und da Waldemar die dänische Krone verlor, so mußte ihm sein Oheim das Herzogtum wieder zurückgeben; doch behielt Graf Gerhard die Anwartschaft auf dieses Land und seinen Einfluß auf den Fürsten. Dann aufs neue mit Christoph II. verfeindet, besiegte er denselben in einem Treffen auf der Loheide und zwang ihn, Nordjütland und Fühnen pfandweise abzutreten. Den Dänen war also der Versuch, ihr Hoheitsrecht über Schleswig und Holstein durchzusetzen, so übel ausgeschlagen, daß jetzt vielmehr die Holsteiner in Dänemark geboten.

Die Grafen verdankten ihre Erfolge doch nicht allein ihren eigenen Anstrengungen, großenteils vielmehr den Kräften des übrigen Deutschlands. Von dort war es ihnen ein leichtes, für Sold Scharen von Reisigen zu beziehen. Ritter und Herren aus Niedersachsen, auch westfälische Fußstreiter dienten zahlreich unter Gerhards Fahnen. Aber dieser Fürst hatte eben das Verdienst, die vorhandenen Mittel zum Nutzen der deutschen Sache klug und nachdrücklich anzuwenden. Seine Landsleute haben ihn nicht mit Unrecht den „Großen" genannt. Auf den Dänen lag seine Hand so schwer und unerträglich, daß sie zuletzt wider ihn zum Meuchelmord griffen. Als er auf einem Zuge nach Jütland zu Randers erkrankte, schlichen sich ihrer sechzig bei Nacht in die Stadt, drangen in seine Behausung und erschlugen ihn auf seinem Bette.

Niels Ebbesen hieß der Ritter, von dessen Hand der große Graf fiel. (1. April 1340.)

Was Gerhard gewirkt, war gewaltig und dauernd. Durch seine rücksichtslos zugreifende Thätigkeit ist die Vereinigung Schleswigs mit Holstein begründet und die Herrschaft des Deutschtums in Süderjütland entschieden worden. Unter seiner Regierung wurde das Deutsche die landesherrliche Amtssprache des Herzogtums, welches nun den deutschen Namen Schleswig annahm.

Gerhards Söhne, Heinrich der Eiserne und Klaus, waren dem Vater an Geist und Kraft ähnlich, und wenigstens aus Schleswig ließen sie die holsteinische Macht nicht wieder verdrängen; vielmehr nötigten sie den schwachen Herzog Waldemar, ihnen den größten Teil seines Landes mit dem Schloß Gottorp zu verpfänden. Andrerseits thaten die Dänen selbst viel dazu, sich jene Bevölkerungen auf der Halbinsel, die zwischen dem dänischen und dem deutschen Reiche schwankten, zu verfeinden. Sie hatten damals einen eroberungslustigen König, Waldemar Atterdag (so genannt von seiner Redensart, Unliebsames auf einen „andern Tag“ zu verweisen). Diesem war es im Jahre 1344 gelungen, das bisher freie Nordfriesland, den Küstenstrich von Ripen bis zur Eidermündung, indem er die Harden einzeln angriff, zu unterjochen, und nun übten hier die neuen Herren, die königlichen Gerichtshalter (Staller) und die Ritter, die in den eroberten Marschen sich Burgen bauten, gegen das freiheitsliebende Volk einen harten Druck; bald war der dänische Namen allen Friesen bitter verhaßt. Auch auf der Ostküste entzündeten die Dänen Groll und Rachsucht. In einer Fehde, welche ihr König 1358 gegen den Herzog und die Grafen führte, wurden Fehmarn und Angeln von ihnen wie von Barbaren verwüstet.

Den König machte sein Waffenglück übermütig, er band nun mit der Hansa an, beschädigte, wo er konnte, deren Faktoreien und Verbindungen. Da erhob sich im Jahre 1368 dieser Bund mit ganzer Macht gegen ihn. 77 Städte sandten ihm ihre Absagebriefe; auch die Rendsburger Grafen und Mecklenburg und Schweden schlossen sich an. König Waldemar empfing die Briefe der Hansen mit Spott. Als aber die große hansische Flotte nahte, floh er, und sein ganzes Reich fiel in die Gewalt der Feinde. Waldemar mußte dann seinen Thron mit Zugeständnissen wieder erkaufen, welche den Hansen nicht bloß die Handelsherrschaft am Sund und die Ausbeutung des reichen Heringsfanges in Schonen, sondern auch viel Einfluß auf die Regierung Dänemarks verschafften. Denn in dem Friedensvertrag (zu Stralsund am 24. Mai 1370) hieß es, niemand solle die dänische Krone empfangen, es sei denn mit Einwilligung der Hansa. Nordjütland bekam nun zwar der König wieder, aber im Herzogtum hielten sich die holsteinschen Grafen; sie beherrschten hier von Gottorp aus wenigstens den südlichen Teil bis Flensburg.

Da geschah es, daß die Dynastie der Waldemare zu gleicher Zeit in beiden Linien, der herzoglichen und der königlichen, erlosch; in demselben Jahre 1375

starben Herzog Heinrich von Schleswig, der letzte von Abels Stamm, und König Waldemar Atterdag, der letzte Nachkomme weiland Waldemars II. Die Thronstreitigkeiten, die nun das dänische Reich zerrütteten, waren für die holsteinschen Grafen aus der Linie Rendsburg eine treffliche Gelegenheit, ihre anwartschaftlichen Rechte auf Schleswig durchzufechten. Sie besetzten das ganze Herzogtum, und die Dänen sahen keine Möglichkeit, es ihnen streitig zu machen. So erteilte denn die Königin Margarete auf dem Reichstag zu Nyborg 1386 dem Grafen Gerhard II. (Heinrichs des Eisernen Sohn) feierlich die Belehnung mit Schleswig als einem erblichen Herzogtum. Was die Schauenburger so lange erstrebt, war erreicht.

Der Herzog-Graf Gerhard residierte nun meistens zu Gottorp, jetzt gewissermaßen der politischen Hauptstadt von Schleswig-Holstein. Er führte die Regierung übrigens in Gemeinschaft mit seinem Oheim Klaus, der 1390 noch die Plöner Linie beerbte. Vom Grafen Klaus rühmt man, daß er die Bauern gegen den Druck der Vögte und Herren schützte, und daß er durch Handhabung strenger Gerechtigkeit bei den Holsten die Blutrache abschaffte; sein Hauptverdienst besteht aber darin, daß er zur Erwerbung Schleswigs mitgeholfen. Er starb 1397, ohne Söhne zu hinterlassen; sein Anteil an der Grafschaft fiel daher seinen Neffen zu. Den Streit um die Teilung schlichtete die holsteinsche Ständeversammlung, und dieser Vorgang ist folgenreich gewesen. Denn Stände und Grafen haben damals vereinbart, daß nur Einkünfte und Domänen zwischen den Grafen teilbar seien, die Lehnsleute aber — und zwar nicht bloß die holsteinschen, sondern auch die schleswigschen — „ungeteilt und ungezweit“ bleiben sollten. Damit wurde also die staatsrechtliche Einheit Holsteins bestätigt und auf Schleswig ausgedehnt.*)

Im Herzogtum regierte Gerhard II. nun allein. Er genoß hier beinahe die ganze Machtfülle, welche einst der König von Dänemark gehabt. Der Bischof von Schleswig gehorchte ihm als Vasall, und die Friesen, in jenen Zeiten durch schwere Fluten, die sogenannten „Manntränken“, hart heimgesucht, ließen sich ohne erheblichen Widerstand seine Herrschaft auferlegen. Als er aber auch von den Ditmarschen Unterwerfung und jährlichen Zins forderte und mit einem Heer in ihr Land einbrach, da wurde er von den tapfern Bauern in der Süderhamme überfallen und samt 300 seiner Ritter erschlagen (4. August 1404).

Die Minderjährigkeit seiner Söhne war eine Zeit des Unglücks für das Land; in Holstein stritten die Verwandten um das Erbe, während Raubritter die Straßen unsicher machten, und in Schleswig versuchte der Dänenkönig Erich aus seinem Recht als Lehnsherr die Mittel zur Wiedergewinnung des Herzogtums zu ziehen. Zwar erfochten die holsteinschen Vettern mit 700 Friesen im Jahre 1410 auf der Heide bei Eggebeck einen Sieg über das dänische Heer; aber sie benutzten ihn nicht, und Erich sprach dann die Ein-

*) Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte, I. 287.



ziehung des Herzogtums aus, welchen Spruch 1415 der deutsche Kaiser Sigismund bestätigte. Unterdessen war Gerhards II. ältester Sohn, Heinrich IV., herangewachsen und führte nun selbst mit Hilfe der Friesen, der Holsteiner und einiger niederdeutscher Fürsten den Krieg um sein väterliches Erbe. Das Land litt dabei furchtbar, am meisten wieder Fehmarn. Diese Insel wurde (1420) von den Dänen mit Feuer und Schwert so verwüstet, daß, wie ein Chronist sich ausdrückt, nicht ein Hund leben blieb.

Gegen die Macht Erichs, des Königs der drei „unierten" Reiche Dänemark, Schweden und Norwegen, stand auf seiten der Schauenburger die Anteilnahme und Gunst der Fürsten Niederdeutschlands. Von hier kam denn auch immer neue Hilfe, seit 1427 besonders wirksam von der Hansa. Heinrich IV. selber fiel zwar in dem genannten Jahre bei Belagerung Flensburgs; sein Bruder aber, Adolf VIII., setzte den Kampf mit Glück fort, gewann 1431 Flensburg durch Einverständnis mit den deutschen Einwohnern und nötigte endlich den König Erich, ihm in einem Vertrage (1435) wenigstens den thatsächlichen Besitz des Herzogtums zu lassen. Erichs Nachfolger, König Christoph III., legte dann den Streit endgiltig bei, indem er 1440 Adolf VIII. die Belehnung mit Schleswig als einem rechten erblichen Herzogtum erteilte. Die ausdrückliche Hervorhebung der Erblichkeit war wichtig; denn bisher hatten die Dänen immer behauptet, Süderjütland (Schleswig) sei ein Lehen, aber kein erbliches.

Die Vereinigung Schleswigs mit Holstein war den Freiheiten der Stände günstig. Besonders die Ritterschaft beider Lande hielt zusammen und wahrte ihre Rechte um so besser. Neben ihr nahmen Geistlichkeit und Städte auf den Landesversammlungen Platz, dagegen kam hier die Vertretung der Bauern allmählich in Abgang. Die auf den Gütern der Ritter und geistlichen Herren ansässigen gerieten sogar in Hörigkeit; die friesischen verloren wenigstens ihr Recht Waffen zu tragen und so mit der Wehr ein Hauptstück der Ehre. So waren denn auch in Schleswig-Holstein Adel, Klerus und Städte die Bevorrechteten und bildeten die Stände des Landes. Ihre Privilegien waren beträchtlich und wurden durch einen Freiheitsbrief im Jahre 1422 bestätigt oder erweitert. Danach lag den freien Eingesessenen der Lande zwar die Kriegsfolge ob, doch nur innerhalb der Landesgrenzen — im Norden also bis zur Levensau —, und Beden (außerordentliche Steuern) hatten sie dem Fürsten nur in bestimmten Fällen zu zahlen. Die Regierungsgewalt mußte überdies unter Mitwirkung eines „Landesrates" ausgeübt werden; dies war ein aus Hofbeamten, zu denen Holstein den „Marschall", Schleswig den „Truchseß" stellte, aus hohen Geistlichen und aus Rittern gebildetes Kollegium, und der eingeborene Adel hatte darin bei weitem das Übergewicht. In dem Landesrat war das sachliche, in dem Herzog das persönliche, in dessen Residenz Gottorp das örtliche Merkmal der Einheit („Union") Schleswig-Holsteins gegeben. Gerichtsbarkeit und Verwaltung besorgten herzogliche Beamte, „Amtmänner", denen in Schleswig die

Hardesvögte, in Holstein die Kirchspielsvögte untergeben waren. In Friesland hielten des Herzogs „Staller“ die Polizei aufrecht.

Eine andere Folge der Einigung war, daß nun das Deutsche im Schleswigschen sich nach allen Richtungen verbreitete: die dänischen Stadtrechte wurden deutsch umgearbeitet, die Gerichtsverhandlungen der Städte in dieser Sprache geführt, die Ortsnamen mehr und mehr mit deutscher Form versehen. Die Veränderung ging um so leichter vor sich, weil hier nur noch ein kleiner Teil der Bevölkerung echt dänisch, ein größerer den Niederdeutschen nahe verwandt, ein erheblicher Teil ganz deutsch war.

So sicher fühlten sich die Deutschen in Schleswig-Holstein schon ihres Bestandes, daß sie bald aus freien Stücken wieder in nahe Verbindung mit Dänemark traten. Im Jahre 1459 war der Herzog-Graf Adolf VIII. gestorben und mit ihm der Stamm Gerhards des Großen erloschen; und es entstand nun die Frage, was mit dem Lande werden solle. Zwei Bewerber um die Erbschaft waren vorhanden: Adolfs Schwestersohn, Graf Christian von Oldenburg, seit 1448 durch Wahl der dänischen Stände König von Dänemark, und Adolfs Vetter, Graf Otto von Schauenburg-Pinneberg, letzter Sproß einer Nebenlinie des Hauses Schauenburg. Der erstere hatte nicht auf Holstein, der andere nicht auf Schleswig ein Recht; denn nur die Rendsburger Linie hatte das Herzogtum erworben, und in diesem galt die dänische, auch Weiber zulassende Erbfolge. Die beiden Lande wollten aber zusammen bleiben, und die Stände beschlossen daher, den Streit selber und zwar durch die Wahl eines gemeinschaftlichen Herrschers zu entscheiden. Dem nationalen Zuge, der im Mittelalter überhaupt schwach war, wirkte nun hier der Eigennutz entgegen. Diese adligen und geistlichen Herren meinten, unter dem Könige eines fremden Reiches für sich und ihre Standesinteressen mehr Vorteil zu erzielen als unter einem einheimischen Kleinfürsten; die Einheit Schleswig-Holsteins lag ihnen am Herzen, aber nicht aus nationalen Gründen, sondern weil sie eine Bürgschaft für die aristokratische Verfassung war. Kurz, ihr Sondervorteil ging ihnen über den Nutzen des deutschen Wesens, und statt den Dänenkönig darauf zu verweisen, daß er seinem Oheim einst urkundlich versprochen, nie sollten Dänemark und Schleswig denselben Herrn haben, thaten sie vielmehr das ihrige dazu, daß dieses nun doch geschah. Der Landesrat als ihr Vertreter ließ sich vom Könige Christian die Verfassungsrechte und die staatsrechtliche Einheit Schleswig-Holsteins („up ewig ungedeelt“) verbriefen und wählte ihn dann zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein (im März 1460 zu Ripen). Otto von Pinneberg fand der König mit Geld ab.

Manche unter den Deutschen, besonders die Hamburger, huldigten dem neuen Landesherrn doch nur sehr ungern; aber im ganzen war nicht bloß die bestochene Ritterschaft, sondern auch die übrige Bevölkerung mit diesem Wechsel wohl zufrieden. Denn der Frieden und das Recht waren ja verbrieft, die Verfassung sogar noch gebessert, insofern Christian versprochen hatte, auch Kriege nur mit Zustimmung des Landesrats zu unternehmen.

„Also wurden die Holsten Dänen", sagt zürnend ein Lübischer Chronist, „und verschmähten ihren Erbherrn und gaben sich mit gutem Willen ohne Schwertes Schlag unter den König von Dänemark, da ihre Ahnen und Vorfahren manches Jahr gegen gewesen waren und hinderten das mit wehrender Hand; denn sie führten manchen Krieg und hatten manchen Streit mit den Dänen, wobei ihnen die Städte behilflich waren, mit großem Volk und großen Kosten, darum, daß sie keine Dänen sein wollten. Auch war mancher Herr und Fürst und ritterlicher Mann in dem Streit geblieben und dazu ihre eigenen Ahnen, darum, daß sie nicht wollten unterthänig sein den Dänen, sondern sie wollten frei sein. Und diese vorgeschriebenen Stücke hatten die Holsten alle vergessen zu dieser Zeit und wurden mit Willen eigen, und das machte die Gierigkeit der Holsten und die Verschlagenheit der Dänen. Denn der König und sein Rat kauften sie mit Geld und mit Gabe und mit mancherlei Versprechungen. So um Eigennutzes willen wurden sie verblendet und gaben preis das gemeine Gut des ganzen Landes um kleiner Vorteile willen."

Schleswig-Holstein war nun ein politisches Ganzes, hatte eine eigene Verwaltung, zu der nur Eingeborene durften berufen werden, und eine Verfassung, die den Insassen viel Freiheit gewährte; wie denn namentlich auch der Landtag dem Könige gegenüber das Recht der Steuerverweigerung und der Einwilligung zu Kriegen besaß. Aber das Land war nun doch nicht mehr selbständig, in Glück und Unglück mußte es immerhin die Schicksale des fremden Reiches teilen, dessen Königskrone sein Fürst trug. Vierhundert Jahre lang ist es unter dem Zepter der Oldenburger so mit Dänemark verbunden gewesen, und seine Kraft zu Lande und Wasser hat mehr den Dänen als ihm selber geleistet. Zu Deutschland stand es je nach der Politik, die in Kopenhagen galt, bald freundlich, bald feindlich; doch waren Sprache und Sitte der großen deutschen Nation dem Dänentum zu mächtig, als daß ihnen dieses die Herrschaft in Schleswig-Holstein wieder hätte entwinden können.

Die Erwartung des Adels, daß er unter der neuen Herrschaft gewinnen werde, erfüllte sich. Der König regierte die beiden Lande durch eine Statthalterschaft und übergab dieselbe bald dem Landesrat. Als es später auch in dem oldenburgischen Hause zu Erbteilungen kam, und dänische Prinzen zu Statthaltern oder Herrschern in Schleswig-Holstein eingesetzt wurden, gab es für die Stände wiederum manchen Vorteil; es fehlte selten zwischen jüngerer und älterer Linie an Streit, und beide Teile pflegten dann die Mannschaften des Landes mit Gaben oder Verheißungen zu umwerben.

Sonst freilich folgten auch die Oldenburger dem Zuge der Zeit, der seit dem fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert auf Verstärkung der landesfürstlichen Macht ging. Schon Christian I. versuchte eine solche herbeizuführen, und zwar faßte er die Unterjochung der Ditmarschen ins Auge. Dieses Völkchen behauptete sich noch immer in seiner alten Herrenlosigkeit; es regierte sich selbst auf seinen Landesversammlungen zu Heide und vermittelst eines Rates von 48 gewählten Familienhäuptern, der nach einem im Jahre 1447 aufgezeichneten

Landrecht verfuhr. König Christian erwirkte nun vom deutschen Kaiser Friedrich III., daß ihm dieser das Land Ditmarschen zusprach. Noch mehr — der Kaiser erhob die Grafschaft Holstein und Stormarn samt Ditmarschen zu einem Herzogtum Holstein und erteilte dem Könige damit die Belehnung (1474). Allein die Ditmarschen ließen sich nicht einschüchtern, und Christiau wagte doch nicht Gewalt zu brauchen.

Nach seinem Tode wählten die schleswig-holsteinschen Stände seine beiden Söhne, den König Johann von Dänemark und den Prinzen Friedrich, zu gemeinschaftlichem Regimente (1482). Die beiden Landesherren teilten nur die Domänen und Einkünfte, wobei Friedrich die Ämter Plön, Gottorp, Nordfriesland und das nördliche Schleswig — den „Gottorper Anteil" —, Johann aber Rendsburg und das mittlere Schleswig — den „Segeberger Anteil" — erhielt. Die allgemeinen Landessachen blieben gemeinsam. Auch die Ansprüche auf Ditmarschen. Um letztere zu verwirklichen, unternahmen die Brüder eine gewaltige Rüstung. Haß gegen die trotzigen freien Bauern und Hoffnung auf reiche Beute spornten auch den Adel und die benachbarten niederdeutschen Fürsten zu eifriger Mitthat. Am meisten jedoch verließ sich König Johann auf 3000 norddeutsche Landsknechte, die sächsische oder die schwarze Garde genannt, die er in Sold genommen. Im ganzen brachten die Fürsten ein Heer von 20 000 Mann wider die Ditmarschen ins Feld (Februar 1500).

Die Bauern, wiewohl nur 6000 Gewaffnete stark, verloren auch jetzt nicht den Mut. Sie wußten, daß ihre Vorfahren einst mit Glück sich sogar des großen Grafen Gerhard, als er sie zu unterjochen kam, erwehrt hatten; sie hofften auf ähnlichen Erfolg. Das höher gelegene Land, die „Geest", gaben sie auf und nahmen vor ihrem Hauptort Heide Stellung. Hier in der nördlichen Marsch schienen sie sich eher halten zu können. Von Meldorf her auf Heide führte ein langer enger Weg zwischen Gräben und Marschfeldern; diesen sperrten sie durch eine Schanze bei Hemmingstedt und legten den Kern ihrer Streitmacht, 1000 Mann, unter Führung eines mit Namen Wulf Isebrand hinein. Rückwärts der Schanze, zur Rechten, verbreiteten sich die übrigen Scharen, bereit zur Hilfe nach Hemmingstedt oder zur Abwehr, wenn der Feind von der Geest her den Einbruch versuche. Furchtbar hauste indes die schwarze Garde in den Dörfern der Geest und in Meldorf. Wie sie aber als Vorhut des fürstlichen Heeres am 17. Februar auf der Straße nach Hemmingstedt herankam, da traf sie die Rache. Tau und Regen hatten den gefrorenen Marschboden erweicht, die Gräben rechts und links geöffnet; nur der schmale Weg blieb für den dichten Haufen. Da endete er plötzlich, und von der Schanze her fielen die Bauern mit verzweifelter Tapferkeit in den Knäuel der Garde ein. Noch hielten sich die Truppen; aber jetzt trieb ja die steigende Meerflut durch die gelösten Schleusen das Wasser heran. Da drängte die Garde rückwärts auf die Reihen des Hauptheeres; der ganze lange Zug geriet in Verwirrung. Auch von den Seiten griffen nun die des Erdreichs kundigen

Bauern an; ein Mädchen aus Hogenworden — Telse mit Namen — trug ihnen begeistert Kreuz und Fahne vor. Ein wildes Gemetzel hub an, der Schrecken des Rückzugs folgte. Im wirren Gedränge, im Wasser und Schlamm erlag auch der Mutigste. Die in offener Feldschlacht nie gewichen wären, die schwer gepanzerten Ritter, hier suchten sie zu entrinnen; aber mehr ertranken oder erstickten auf der Flucht, als von den Spießen der Bauern fielen. In drei Stunden war das glänzende Heer der Fürsten zertrümmert. Tausende von den Gemeinen, Hunderte vom Adel, darunter der gefürchtete Hauptmann der Garde, Junker Slentz (v. Schleinitz), auch zwei Grafen von Oldenburg, waren umgekommen.

Dieser Sieg verschaffte den Ditmarschen wieder auf lange Zeit Ruhe. Auch den Hansen wuchs jetzt der Mut. Hamburg ließ sich (1510) vom deutschen Kaiser und Reichstag als freie deutsche Reichsstadt anerkennen; Lübeck unterstützte die Schweden, als sie gegen den Dänenkönig Aufstand erhoben. Die Herzogtümer hielten sich bei diesem Streite anfangs zurück. Als aber Johanns leidenschaftlicher Sohn und Nachfolger Christian II. durch Willkür und gewaltthätige Herrschsucht den Adel seiner Reiche aufs äußerste brachte, da ging ihm nicht bloß Schweden verloren, auch in Jütland und in Schleswig-Holstein empörte sich die Ritterschaft. Sie gab die dänische Krone seinem Oheim, dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Gottorp (1523). Zum Dank dafür und um die Stände noch fester an sich zu knüpfen, erweiterte König Friedrich I. ihre Privilegien so, daß die Verfassung der Herzogtümer fast eine reine Aristokratie wurde. Fortan hatten die Ritter auf ihren Gütern volle Gerichtsbarkeit, selbst über Leben und Tod, und durch ihr Übergewicht auf den Landtagen, die nun jährlich — der schleswigsche zu Flensburg, der holsteinsche zu Kiel — zusammentreten sollten, auch in den allgemeinen Angelegenheiten die entscheidende Stimme.

Heilsamer war eine andere Neuerung, die damals vorgenommen wurde, die Reformation der Kirche. Luthers Lehre fand in den Herzogtümern ebenso bereitwillige und rasche Aufnahme wie in den meisten norddeutschen Gebieten. Nur in Ditmarschen fiel ein lutherischer Prediger, Heinrich Moller aus Zütphen, der Wut eines Haufens von Bettelmönchen und aufgehetzten Bauern zum Opfer; er starb auf dem Scheiterhaufen als Blutzeuge des Evangeliums (1524). Friedrich I. ließ in der Religionssache seinen Unterthanen freie Hand; ihm kam es nur darauf an, den Thron zu behaupten. Dies gelang ihm. Der vertriebene Christian konnte so wenig durch das Fürwort seiner Schwäger, des Kaisers Karl V. und des Kurfürsten Joachim I. von Brandenburg, als mit Waffengewalt gegen ihn etwas ausrichten, geriet vielmehr selbst in die Hände seines Oheims, der ihn gefangen setzte und zuletzt zwang, seinen Erbrechten zu entsagen. Nun besaß zwar noch das verschwägerte Haus Brandenburg Ansprüche; denn in Dänemark und Schleswig waren Frauen zur Thronfolge berechtigt. Auch hatte Joachim I., der Gemahl einer Schwester Christians, bereits 1517 von diesem Könige und von dem deutschen

Kaiser die Anwartschaft auf Schleswig-Holstein erhalten. Allein die jüngere gottorpische Linie des Hauses Oldenburg war und blieb im Besitz. Als Friedrich I. 1533 starb, huldigten die Herzogtümer den Söhnen desselben ohne allen Widerspruch, und der älteste, Herzog Christian III., wurde dann auch von den Dänen zum Könige erwählt. Ein Versuch, den die Lübecker unter ihrem Bürgermeister Georg Wullenweber (1534) machten, Dänemark im Namen des gefangenen Christian II. zu erobern, scheiterte und führte nur zur Schwächung der Hansa, deren Handelsjoch die nordischen Reiche nun um so leichter abschüttelten, weil jetzt der Weltverkehr die alten Straßen verließ und den Plätzen des Westens, besonders Holland, zuzog.

Sobald Christian III. sich auf seinem Throne sicher fühlte, nahm er eine gründliche Ordnung der Kirche nach Luthers Lehre und unter Mitwirkung des berühmten Bugenhagen vor; im Jahre 1542 wurde dieselbe mit Zustimmung der Landtage in den Herzogtümern durchgeführt.

Die Reformation hat in diesen Ländern für die geistige und sittliche Bildung des Volkes dieselben guten Früchte getragen wie anderwärts. Aber sie ist hier noch von besonderer, von nationaler Bedeutung gewesen. Zu derselben Zeit, als mit dem Untergang der Hansa die deutsche Flagge aus den Nordländern verschwand, wo sie solange geherrscht, erschien hier ein anderes Palladium des Deutschtums, die lutherische Bibel, und für das, was bisher der deutsche Kaufmann zur Vertretung des deutschen Wortes und der deutschen Weise gegenüber dem Dänentum geleistet, gab nun der deutsche Geistliche reichen Ersatz. Die Sprache Luthers war von jetzt ab die Sprache der Kirche und der höheren Bildung. Sie hat den geistigen Zusammenhang des schleswig-holsteinschen Volkes mit dem Mutterlande aufrecht erhalten und in ihm im Norden neues Gebiet erobert.

Freilich ward durch die Reformation auch die fürstliche Gewalt sehr vermehrt, weil nun das Oberaufsichtsrecht über die Kirche dem Landesherrn zufiel, und besonders weil die lutherische Geistlichkeit aus Grundsatz die Herrschaft des Fürsten förderte; aber dem Adel gegenüber hatte dies sein Gutes. Übrigens schwächten die Landesherren ihre Macht selbst wieder durch Teilungen. Kraft eines Vergleichs, den Christian III. im Jahre 1544 mit seinen Brüdern Adolf und Johann schloß, wurden die Domänen und Einkünfte der Herzogtümer (jährlich 80 000 Mark dänisch, gleich 120 000 Mark unseres Geldes) in drei Stücke gesondert, welche nach den Residenzen der Gottorper, der Sonderburger und der Haderslebener Anteil hießen; den ersten nahm Herzog Adolf, den zweiten der König, den dritten Herzog Johann.

Nach Christians III. Tode (1559) war Adolf von Gottorp der Senior des Hauses, und er benutzte sein Ansehen bei seinem Neffen Friedrich II., dem Sohne und Nachfolger des Königs, und bei seinem Bruder, um einen gemeinschaftlichen Krieg gegen die Ditmarschen anzuregen. Sein Plan fand großen Beifall. Die Bauernfreiheit war den Fürsten wie dem Adel ein Dorn im Auge, und man beschloß jetzt für den Tag von Hemmingstedt Rache zu nehmen.

Kriegserprobte Truppen wurden geworben, und ein berühmter General, Johann von Rantzau, an die Spitze des Heeres gestellt. Diesmal half das Glück der gerechten Sache nicht. Es fehlte der Verteidigung auch an Umsicht. So erlagen die Bauern auch in einzelnen Haufen der Übermacht; bei Heide fiel nach tapferm Widerstand der beste Teil der Wehrkraft, 3000 Mann (13. Juni 1559). Da bat das besiegte Volk um Gnade; es mußte den Herzögen von Holstein huldigen, fortan ihnen Grundzins zahlen und herzögliche Vögte und Amtleute über sich Recht sprechen lassen. Den Süden des Ländchens mit dem Flecken Meldorf nahm der König, die Mitte, das Gebiet von Heide, der Herzog Johann, den Norden mit dem Hauptort Lunden der Herzog Adolf in Pflicht.

Adolf von Gottorp, der diesen Krieg veranlaßt, hat auch sonst zu vielem Wichtigen, was in den Herzogtümern geschah, den Anstoß gegeben. Er stiftete 1567 zu Schleswig aus Einkünften des eingezogenen Bistums ein Gymnasium; er schützte und mehrte in Eiderstedt durch große Eindeichungen das Land; er vereinbarte endlich mit seinen Verwandten und mit den Ständen folgenreiche Gesetze, namentlich im Jahre 1569 mit dem Könige eine Bestimmung über die staatsrechtliche Stellung Schleswigs. Dieses Herzogtum sollte künftig zu dem dänischen Reiche in demselben Verhältnisse stehen wie Holstein zu dem deutschen. Demgemäß erteilte Friedrich II. im Jahre 1580 zu Odense als dänischer König den Herzögen die Belehnung, indem er ihnen drei Fahnen übergab, die rote oder Blutfahne als Zeichen der landesherrlichen Rechte, die Fahne Schleswigs (zwei blaue Löwen im gelben Felde) und die Fahne Fehmarns (eine goldene Krone auf blauem Grunde).

Bald darauf starb Herzog Johann, ohne Leibeserben zu hinterlassen, und nun mehrte Adolf von Gottorp seinen Besitz noch durch Tondern, Lygumkloster, den friesischen Strand und Fehmarn, während Johanns übrige Güter — Hadersleben und Rendsburg — an den König-Herzog fielen; das mittlere Ditmarschen ward zwischen beiden gleichfalls geteilt, und die Grenzen von Norder- und Süderditmarschen sind seitdem so verblieben (1581). Der königliche oder Sonderburger Anteil spaltete sich übrigens wieder in zwei Linien, da Friedrich II. seinem Bruder Johann eine Anzahl von Gütern abtrat. Dieser Johann ist der Ahnherr des jüngeren Sonderburger Hauses. Regierungsrechte indes hat er nicht gehabt und daher auch nicht vererben können. Solche blieben der älteren Sonderburger (der königlichen) und der Gottorper Linie vorbehalten.

Immer hatten die Stände eine Art von Wahlrecht behauptet; sie brachten es nach Adolfs und Friedrichs Ableben wieder zur Geltung, indem sie 1588 deren minderjährige Söhne, den Herzog Johann Adolf von Gottorp und den König Christian IV. zu gemeinsam regierenden Landesherren von Schleswig-Holstein ausriefen. In der Folge aber haben sie dieses Privileg nicht aufrecht erhalten können; weder der deutsche Kaiser noch der dänische König wollte es anerkennen. Dagegen wurden ihre übrigen sehr ausgedehnten Vorrechte

ihnen immer wieder bestätigt. Die Ritterschaft war reich und der Landesherr nicht selten ihr verschuldet; auch dieser Umstand diente dazu, das politische Gewicht der Stände zu verstärken.

Im ganzen herrschte auch beim Volke viel Wohlstand, und neben den materiellen Interessen gediehen die geistigen. Die Gelehrsamkeit hatte hier schon gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts würdige Vertreter, z. B. an dem Kanzler Adolfs von Gottorp, dem rechtskundigen Tratziger; im siebzehnten Jahrhundert wurden besonders Geschichte und Dichtkunst gepflegt; Adolfis Ditmarschenchronik, Johann Meyers Kartenwerk über die Lande Schleswig und Holstein, Adam Olearius' Reisebeschreibungen, Rists geistliche Lieder gaben davon rühmliches Zeugnis. Diese Bestrebungen erfreuten sich der Gunst der Fürsten, besonders aus dem bildungsfreundlichen gottorper Hause. Die Herzöge haben aber auch sonst landesväterlich gewaltet. Christian IV. gründete 1617 Glückstadt, Friedrich III. (Johann Adolfs Sohn) 1619 Friedrichstadt. Hiermit wollten sie es ihren Nachbarn, den schauenburgischen Grafen von Pinneberg gleichthun, die in ihrem kleinen Ländchen damals die Stadt Altona, hauptsächlich durch weitgehende Glaubensduldung, zu großer Blüte gebracht.

Christian IV. war ein kühner und ehrgeiziger Fürst; mehr als einmal hat er in die Geschicke Europas eingegriffen, indem er mit Schweden, mit dem Kaiser kämpfte; aber es fehlte ihm an Energie und Gewandtheit wie an Glück. Auch wurde er von den Niederdeutschen, für die er 1625 gegen Tilly die Waffen erhoben, schlecht unterstützt; selbst seine eigenen Stände, die Schleswig-Holsteiner, waren im Opferbringen lässig und engherzig. Sie teilten denn auch das Unglück, welches nach der Niederlage bei Lutter (1626) über Norddeutschland hereinbrach. Tillys und Wallensteins Soldatesken folgten (1627) dem fliehenden Dänenkönig, und nun kamen die Greuel des dreißigjährigen Krieges auch über das blühende Schleswig-Holstein. Verbrannte Städte und Dörfer, verödete Äcker, zerschlagene, gelichtete, verarmte Bevölkerungen — das waren die Strafen für die Unbesonnenheit des Königs und die Schlaffheit seiner Stände. Die Herzogtümer mußten sich glücklich schätzen, daß der Kaiser sie doch bald wieder (im Frieden zu Lübeck 1629) räumen ließ.

Noch hatten sie sich nicht erholt, als neues Unglück sie traf. Eine gewaltige Sturmflut verwüstete in der Nacht zum 12. Oktober 1634 die Nordseeküste und verwandelte weite fruchtbare Landstriche in trostlose Hallige. Und damit waren die Leiden dieser Zeit nicht erschöpft. Denn noch einmal raste die entsetzliche Kriegsfurie über Schleswig-Holstein, als Christian IV. sich mit Schweden überwarf, und nun der schwedische Feldherr Torstenson sein Heer blitzschnell aus Mähren nach Jütland führte (1643). Der Frieden, den Schweden dann (1645) erzwang, demütigte und schwächte Dänemark, aber verkürzte wenigstens die Herzogtümer nicht. Deren Bestand hat unter Christian IV. vielmehr ein wenig zugenommen, indem nach dem Erlöschen der Schauenburger in Pinneberg (1640) diese Grafschaft mit Holstein vereinigt wurde.

Um eine Zersplitterung der Hausmacht für die Zukunft zu verhüten, hatte Johann Adolf von Gottorp 1609 durch ein Hausgesetz das Recht der Erstgeburt für seinen Anteil an Schleswig-Holstein festgestellt. Dieses Beispiel ahmte Christians IV. Sohn und (seit 1648) Nachfolger, der König Friedrich III. nach; er gab 1650 dieselbe Verordnung für den Sonderburger Anteil. Am liebsten hätte er indes auch die bestehende Teilung aufgehoben und die Gottorper Linie mediatisiert. Er verlangte, wenigstens in der auswärtigen Politik müsse Schleswig-Holstein nichts anderes sein als ein dänisches Kronland. Er bemühte sich daher, seinen gleichnamigen Vetter, den Herzog, um die Macht zu bringen, die demselben in den Herzogtümern zustand. Dagegen suchte nun der Gottorper Schutz bei Dänemarks überlegenem Nebenbuhler, bei Schweden, mit dessen König er verschwägert war. So entstand zwischen der königlichen und der herzoglichen Linie eine Feindschaft, die ein Jahrhundert lang das schleswig-holsteiner Land zu seinem großen Schaden in die Politik aller nordischen Mächte verflochten hat.

Der Streit begann, als König Friedrich III. im Jahre 1655, um Schonen und Blekingen wiederzuerobern, gegen Karl X. von Schweden Krieg erhob und dabei die Kräfte der Herzogtümer für die dänische Sache verwandte. Karl X. schlug die Dänen rasch zu Boden, aber sie fanden Helfer; Brandenburg, Polen, der deutsche Kaiser wollten den neuen Aufschwung Schwedens nicht dulden, und ihre Truppen schafften dem in seiner Hauptstadt belagerten Dänenkönige Luft. Das Volk freilich litt ebensoviel von dem Drucke der verbündeten wie der feindlichen Soldaten. Der Vertrag, der dann (1660 zu Kopenhagen) zu stande kam, entsprach weder den Siegen Schwedens noch den Wünschen Dänemarks; aber den Herzogtümern brachte er einen Vorteil. Er beseitigte die dänische Lehnsgewalt über Schleswig und gewährte dem Gottorper Herzoge in seinem Anteil die Souveränität.

Allein die Dänen waren keineswegs gesonnen, dieses Zugeständnis länger als sie mußten, zu halten. Sobald der Krieg mit Schweden wieder ausbrach (1675) war das erste, was König Christian V. (Sohn des Königs Friedrich III.) that, daß er den Sohn Friedrichs III. von Gottorp, den Herzog Christian Albrecht überfiel und ihn zwang, sich als seinen Vasallen zu bekennen. Auch jetzt half wieder das Ausland. Schwedens Bundesgenoß, Ludwig XIV., legte sein Machtwort ein, und der Gottorper mußte wieder in seinen vorigen Besitz und Rechtsstand eingesetzt werden (1679).

Besser glückte es Christian V. auf einer andern Seite, in dem Stammlande seines Hauses, in Oldenburg. Dort war die herrschende Familie 1667 ausgestorben, und um das Erbe ein Streit entstanden, der vor den Reichsrat in Wien kam. Dieser entschied zu Gunsten der Familie Holstein-Plön, die ein Zweig war der jüngeren Sonderburger Linie. Christian V. kaufte nun dem Herzoge von Plön die eben erworbenen Rechte ab und setzte sich 1676 — ohne den Einspruch der Gottorper zu beachten — in den Besitz der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst.

Auch nach Hamburg streckte der Däne die Hand aus. Diese Stadt, seit Jahrhunderten thatsächlich frei und im Jahre 1618 vom deutschen Kaiser und Reich noch einmal und förmlich als freie Reichsstadt anerkannt, hatte die Schrecken des dreißigjährigen Krieges doch nur dadurch von sich abzuhalten gewußt, daß sie je nach den Umständen ihre deutsche Reichsunmittelbarkeit und dann wieder ihre Zugehörigkeit zu dem neutralen Holstein geltend machte. So nahm sie als Stätte des Friedens und der Sicherheit gerade in jener furchtbaren Zeit an Wohlstand und Volksmenge außerordentlich zu. Aber ihre politische Macht war seit dem Verfall der Hansa sehr gering, und ihre reiche Bürgerschaft war unkriegerisch. Hierauf baute nun König Christian, als er im Jahre 1686 es unternahm, die Stadt seinem Reiche einzuverleiben; er forderte als Herzog von Holstein von ihr die Huldigung, und da die Hamburger sich weigerten, so rückte er mit Kriegsvolk an. Er hätte auch ohne Zweifel seinen Willen durchgesetzt, wäre ihm nicht der Große Kurfürst drohend in den Weg getreten. Es war unter den vielen Verdiensten Friedrich Wilhelms keins der geringsten, daß er diese wichtige Handelsstadt für Deutschland rettete.

Christian V. richtete seinen Ehrgeiz seitdem ausschließlich auf Umtriebe gegen die Gottorper, von deren Souveränität er nichts wissen wollte, und da diese sich durch Verschwägerung noch enger an das schwedische Königshaus angeschlossen, so trat er seinerseits in einen Bund mit Polen und Rußland. Er war mit den Vorbereitungen zum Kriege beschäftigt, als ihn der Tod abrief (1699). Sein Sohn Friedrich IV. erbte diesen Krieg, den nordischen, der mit so viel Glanz für Schweden begann und mit dessen Ruin endete. Mit dem wechselnden Kriegsglück der Schweden stieg und fiel auch die Sache des Hauses Gottorp. Der Vertrag zu Travendal (1700) nötigte die Dänen, dem Herzoge Friedrich IV. von Gottorp (Sohn Christian Albrechts) sein Recht und Schadenersatz zu gewähren. Als aber der gefürchtete Schwager des Herzogs, Karl XII., bei Pultawa (1709) den Russen unterlegen war, griff der Dänenkönig von neuem zu den Waffen. Anfangs mit Nachteil; der schwedische General Stenbock siegte bei Gadebusch (1712), verbrannte Altona (1713); aber dann mußte sich Stenbock mit der Festung Tönningen an ein vereinigtes Heer von Dänen, Russen und Sachsen ergeben (1714); und nun zog König Friedrich IV. den gottorpischen Anteil von Schleswig ein: der Herzog von Gottorp (es war jetzt Herzog Friedrichs IV. minderjähriger Sohn Karl Friedrich) sei dänischer Vasall und habe durch Aufnahme feindlicher Kriegsvölker seine Lehnspflicht gebrochen. Seitdem herrschte in ganz Schleswig der König von Dänemark, während das Haus Gottorp auf seinen Anteil in Holstein beschränkt blieb.

Der königlichen Linie glückte es auch in der Folge. Als 1761 jener Zweig der jüngeren Sonderburger Linie, das Haus Holstein-Plön, ausstarb, fielen dessen Güter kraft eines kurz vorher geschlossenen Vertrages an den König Friedrich V. (Enkel König Friedrichs IV.), und auch hierbei konnten die Gottorper nur fruchtlose Proteste erheben.

Zwar hatten sie nun einen Rückhalt an Rußland. Karl Friedrich von

Gottorp war mit einer Tochter Peters des Großen, Anna, vermählt gewesen, und sein Sohn aus dieser Ehe bestieg als Kaiser Peter III. (1762) den russischen Thron. Aber die Gefahr, die hieraus für Dänemark erwuchs, ging bald vorüber. Peter III. verlor durch seine Gemahlin Katharina Krone und Leben, und mit ihm ging der Plan einer Wiederherstellung der Gottorper in Schleswig-Holstein für immer zu Grunde. Denn Katharina II. schloß im Namen ihres Sohnes, des Großfürsten Paul, nunmehrigen Hauptes der Familie Gottorp, mit den königlichen Oldenburgern einen Vergleich, der diesen endlich ganz an das so lange erstrebte Ziel half. Das Haus Gottorp überließ in demselben seine Ansprüche auf Schleswig und seinen Anteil an Holstein dem in Dänemark regierenden Hause Sonderburg, dessen Haupt damals König Christian VII. (Sohn Friedrichs V.) war, und erhielt dagegen von ihm die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst nebst einer Geldentschädigung; außerdem sollte des Königs Halbbruder, welcher Verweser des Bistums Lübeck war, auf dieses Hochstift zu Gunsten der Gottorper verzichten. Die so erworbenen Lande und Rechte trat Großfürst Paul seinem Oheim, dem Herzog Friedrich August von Gottorp ab (1773).

Ganz Schleswig-Holstein gehörte seitdem der königlichen Sonderburger Linie des Hauses Oldenburg, während der ältere Zweig der Linie Gottorp den russischen Thron, der jüngere das Land Oldenburg besaß.

Daß der lange innere Hader endlich geschlichtet war, mußte den Unterthanen als ein erfreuliches Ereignis erscheinen. Auch erwarben sich die Sonderburger um die Verwaltung manche Verdienste, wie denn namentlich König Friedrich VI. ein guter Regent war, z. B. 1805 die Leibeigenschaft aufhob. Aber die Deutschen in den Herzogtümern, die seit Friedrich dem Großen, seit Schiller und Goethe und seit den Ereignissen von 1813 wieder auf ihre Nationalität stolz zu sein gelernt, empfanden mehr und mehr mit Bitterkeit das demütigende Gefühl, daß sie nun ganz der Leitung eines fremden Reiches anheimgefallen. Wie schädlich überdies, daß ihre Wehrkraft dem dänischen Reiche dienen mußte! Sie hatten dadurch noch neuerdings wieder, in der napoleonischen Zeit, an Dänemarks Niederlagen und Verlusten, namentlich zur See, ihren Anteil gehabt. Dieses Verhältnis wurde durch den Beitritt des Herzogtums Holstein zum deutschen Bunde (1815) gründlich nicht gebessert; thatsächlich war und blieb in der auswärtigen Politik auch Holstein eine dänische Provinz. In der Verwaltung trat eine Beschädigung der schleswig-holsteinschen Landesrechte insofern ein, als die Regierung seit 1712 nicht mehr den Landtag einberief, also die Finanzen ohne Kontrolle besorgte; aber sie belastete die Lande thatsächlich nicht; denn sie erhob keine neuen Steuern und verteilte die Ausgaben des gemeinsamen Reichshaushaltes im ganzen gerecht auf die Landesteile. Ihrerseits wachten freilich die Schleswig-Holsteiner darüber, daß wenigstens in den inneren Angelegenheiten ihrer Lande der Vorteil der Dänen nicht zu ausschließlicher Geltung gelangte, und dies war denn eine Hauptaufgabe der von Friedrich VI. 1831 freisinniger eingerichteten Provinzial-

stände. Denn allmählich bildete sich bei den Dänen, nachdem sie 1814 Norwegen verloren, der Gedanke aus, ihr kleiner Staat könne auf die Dauer nur dann gehörig bestehen, wenn er die Kraft Schleswig-Holsteins unbedingt sich zu eigen mache.

Friedrichs VI. Nachfolger, König Christian VIII. (1839—1848) unternahm es, diesen Gedanken auszuführen; er begann mit Maßregeln, um allmählich die schleswig-holsteinsche Verwaltung zu dänisieren, führte dänisches Geld ein, verleibte die schleswig-holsteinschen Truppen ins dänische Heer ein. Sodann beschloß er durch eine neue Ordnung der Erbfolge im dänischen Reiche den unverkürzten Bestand des dänischen Reiches und das Verbleiben Schleswig-Holsteins als eines Teiles des Gesamtstaates bei demselben zu sichern. Denn mit seinem Sohne starb voraussichtlich der Mannesstamm der königlichen Linie Oldenburg aus, und dann trat nach bisherigem Recht für Dänemark nach dem Königsgesetz (vom Jahre 1660) weibliche Erbfolge ein; in Holstein aber galt nur männliche Erbfolge, dort war dann das Haus Augustenburg erbberechtigt, und wegen der gesetzlichen Untrennbarkeit Schleswig-Holsteins zerfiel dann das dänische Reich. Dies zu verhüten und vielmehr ein dänisches Gesamtreich herzustellen, verkündigte Christian VIII. durch einen „offenen Brief" (8. Juli 1846), daß er die dänische Erbfolge auch für die Herzogtümer festsetzen wolle, und die Verbindung Schleswigs und Holsteins mit Dänemark zu einem einheitlichen Gesamtstaat. Die Herzogtümer, zum Teil auf den deutschen Bund gestützt, widersprachen, und nun flammte der uralte Nationalitätenstreit wieder auf. Dänemark begann ihn (1848) mit der Einverleibung Schleswigs, und die Herzogtümer setzten Gewalt der Gewalt entgegen, führten auch anfangs den Krieg mit Glück, wie der schöne Sieg bei Eckernförde (am 5. April 1849) bezeugt, wo die schleswig-holsteinschen Strandbatterien eine dänische Flotte mit großem Verlust in die Flucht schlugen.*) Doch auf die Länge überwog Dänemarks geordnete Kraft (1850), da Deutschland die Aufständischen im Stiche ließ. Nachdem 1852 den Dänen die Herzogtümer ausgeliefert worden waren, übten sie darin große Tyrannei. Zunächst wurden die von der deutschen Regierung eingesetzten Beamten größtenteils ihres Amtes und Einkommens beraubt, dem Lande ein schwerer Anteil an den Kosten des gegen dasselbe geführten dänischen Krieges aufgebürdet, sodann jede Regung einer unabhängigen Presse unterdrückt, Vereine und Versammlungen verboten, in den nordschleswigschen Bezirken das Deutschtum aus allen Ämtern vertrieben, kurz eine Deutschenhetze vorgenommen. Die Bevölkerung schwieg und duldete, aber blieb unerschütterlich fest und treu ihrem Deutschtum, auf bessere Zeiten wartend. Aus eigener Kraft konnten sie nicht hoffen sich von Dänemark loszureißen und auf die Dauer unabhängig zu halten. Aber sie rechneten auf den deutschen

*) Vgl. Ernst II., Aus meinem Leben rc. 1889. — Moltke, Gesch. d. Krieges gegen Dänemark 1848/49, 1893. — E. E. Lohr, I. die schleswig-holsteinsche Frage, II. der Kampf bei Eckernförde u. die Koburgische Legende, Gießen 1895. — H. v. Treitschke, Das Gefecht bei Eckernförde 1849, Hist. Ztschr., N. F. 40. Bd., München u. Leipzig 1896, S. 238 ff.



Bund, in welchen Schleswig durch Holstein sollte hineingezogen werden. Als daher im Jahre 1863 die königliche (ältere) Linie des Hauses Sonderburg mit Friedrich VII. erlosch und nach der von diesem Fürsten beschlossenen und durch das Londoner Protokoll von 1852 festgesetzten Erbfolgeordnung der Prinz von Glücksburg, Gemahl der Base Friedrichs VII. als König Christian IX. in Kopenhagen zur Regierung kam, weigerten sie diesem den Gehorsam und riefen den Herzog Friedrich von Augustenburg (aus einer anderen Sonderburger Nebenlinie) zum Herzog von Schleswig-Holstein aus. Hätte sich dieser Prinz rückhaltlos in die Arme Preußens geworfen, welches doch allein im stande war, den Herzogtümern nicht bloß jetzt, sondern auch in Zukunft den nötigen Schutz zu leisten, so wäre seinem und des Volkes Wunsche von Preußen gewillfahrt worden. Allein er wollte ein souveräner Herr werden und meinte, dies mit Hilfe Österreichs und der deutschen Mittelstaaten erreichen zu können. Er unterließ es daher, Preußen diejenigen Zugeständnisse zu machen, die dieses in seinem Staatsinteresse fordern mußte, wenn es ihm die hauptsächlich durch preußische Waffen eroberten Lande ausliefern sollte. Namentlich die Militärhoheit in Schleswig-Holstein wurde, wie ihm bekannt war, von Preußen erstrebt, dazu der Kieler Hafen für die Kriegsflotte. Allein er verhielt sich dagegen ablehnend, abwartend; er hoffte auf Österreich. So ging denn die Gefahr, daß hier ein neuer deutscher Kleinstaat entstehe, glücklich vorüber. Diese wichtigen Gebiete waren zu größeren Dingen berufen, als einen herzoglichen Hofhalt hervorzubringen; und nach den Tagen von Düppel und Alsen war in Berlin ihr Geschick beschlossen, nach Königgrätz war es entschieden.

Am 24. Januar 1867 erfolgte die feierliche Verkündigung des Patentes, durch welches der König von dem Lande Besitz ergriff, und einer Ansprache (Proklamation) desselben an die Schleswig-Holsteiner. Beide Erlasse waren unter dem 12. Januar ausgestellt; die Ansprache Wilhelms I. lautete folgendermaßen: „Durch das Patent, welches Ich heute vollzogen habe, vereinige Ich euch, Einwohner der Herzogtümer Schleswig und Holstein mit Meinen Unterthanen, euren Nachbarn und deutschen Brüdern. Durch die Entscheidung des Krieges, durch völkerrechtliche Verträge und durch Neugestaltungen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes nunmehr aus Verbindungen gelöst, die ihr schon lange nur mit Widerstreben getragen, tretet ihr jetzt in den Verband eines großen Staats, dessen Bevölkerung euch durch Stammesgemeinschaft und Sitte verwandt und durch Gemeinsamkeit der Interessen befreundet ist. Wenn manche unter euch sich nicht ohne Zögern von andern Beziehungen losgesagt haben, so ehre Ich auch hierin die bewährte Festigkeit eures Stammes und würdige dieselbe als eine Bürgschaft, daß ihr und eure Kinder auch Mir und Meinem Hause mit Treue angehören werdet. Ihr werdet die Notwendigkeit des Geschehenen erkennen. Denn sollen die Früchte des schweren Kampfes und der blutigen Siege für Deutschland nicht verloren sein, so gebietet es ebenso die Pflicht der Selbsterhaltung als die Sorge für die Förderung der nationalen Interessen, die Herzogtümer mit Preußen fest und dauernd zu

vereinigen. Und — wie schon Mein in Gott ruhender Vater es ausgesprochen — nur Deutschland hat gewonnen, was Preußen erworben. Dies werdet ihr mit Ernst erwägen, und so vertraue Ich eurem deutschen und redlichen Sinn, daß ihr Mir eure Treue ebenso aufrichtig geloben werdet, wie Ich zu Meinem Volke euch aufnehme." Des Königs Hoffnung hat sich erfüllt; die Schleswig-Holsteiner haben sich rasch mit ihrer neuen Lage befreundet. Auch Herzog Friedrich von Augustenburg söhnte sich bald mit der Wendung, welche die Dinge genommen, aus, und nach seinem Tode — er starb 1880 — ist seine Familie in die engste Verbindung mit dem preußischen Königshause getreten, indem seine Tochter, Prinzessin Auguste Viktoria, 1881 die Gemahlin des Prinzen Wilhelm ward, und dadurch jetzt Preußens Königin ist. Die Erben des Herzogs Friedrich, sein Sohn Herzog Günther und sein Bruder Prinz Christian von Augustenburg, verzichteten 1885 auch förmlich auf alle von ihrem Hause früher auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein erhobenen Ansprüche und wurden dafür vom preußischen Staate mit Geld und Landgütern entschädigt.

Hannover.

Kein deutscher Stamm hat zum Kolonisieren so viel Talent gehabt, als der altsächsische; er vor allen ist der Gründer der weiten Marken gewesen, aus denen der preußische, der neudeutsche Staat erwuchs. Eine Leistung, die anders und besser als der Brunonen Römerzüge wahr gemacht hat, was einst König Konrad I. sterbend sagte: „Auf den Sachsen beruht die Zukunft des Reiches." Aber in der alten Heimat, im Lande zwischen Ems und Elbe, haben es die zähen, freiheitliebenden Niederdeutschen zu einem großartigen politischen Leben auf die Dauer nicht gebracht. Denn nur so lange ihr Haß gegen die Franken und Oberdeutschen Nahrung fand, so lange sie noch für ihre Sonderart und Sonderrechte sich der Kaiserlichen zu erwehren hatten, zu Heinrichs IV. und V. Zeit und bei Beginn der Hohenstaufen, da standen sie so fest zusammen unter ihren Herzögen, den Billungern, Nordheimern, Supplinburgern, wie einst wider Karl den Großen unter Wittekind und Alboin. Und willig nahmen sie, als jene alten Geschlechter erloschen, gegen den Erbfeind ein fremdes, welsches Geschlecht, die Welfen, aus dem oberitalischen Hause Este, zu Stammesführern auf. Aber als die Süddeutschen endlich den Kampf aufgaben, Kaiser Friedrich Rotbart die Sachsen sich selbst und ihrem Welfen überließ, so zeigte sich bald, daß Heinrichs des Löwen Reich nicht auf dem Bedürfnis der Bevölkerung beruhte. Die Häuptlinge, über die er mit fast königlicher Macht geherrscht, sahen es vielmehr ganz gern, daß ihn der Kaiser für den Bruch seiner Lehnspflicht des Herzogtums entsetzte und dieses selbst zerstückelte (1180); denn desto kräftiger konnte sich jetzt ihre eigene Macht entwickeln. Die Herzogswürde von Sachsen bedeutete seitdem nicht mehr die Herrschaft vom Teutoburger Wald und vom Harz bis zur Nordsee, sondern gehörte zu einem wenig umfangreichen Gebiete an der Elbe mit der Hauptstadt Wittenberg.

Das alte Sachsen aber zerfiel in eine Menge von weltlichen und geistlichen Landesherrschaften. Die fruchtbarsten Landstriche gehorchten dem Krummstab, von Köln, von Münster, Osnabrück, Paderborn, von Korvey, Hildesheim Bremen, Verden. Unter den Grafschaften wurden Oldenburg und Holstein mit der Zeit reichs-unmittelbar. Der Kern des übrigen — die Familiengüter des welfischen Hauses, die sich von der Unterelbe über die Aller bis zum Wesergebirge erstreckten — wurde zu einem besonderen Reichsfürstentum erhoben, welches den Titel Herzogtum Braunschweig-Lüneburg erhielt (1235). Der erste Herzog desselben, Otto I., Enkel Heinrichs des Löwen, ist der Stammvater der Dynastie, die bis auf unsere Tage in Braunschweig und in Hannover geherrscht hat.

Die Geschichte dieses Fürstengeschlechts ist, soweit sie Deutschland angeht, ohne großen Inhalt. Die Familie zersplitterte durch Erbteilung ihre Hausmacht immer von neuem, und aus ihrem Schoße brachte sie zwar manche namhafte Kriegsleute, aber nicht einen talentvollen Herrscher hervor; — sie konnte daher in der Welt eine Rolle erst spielen, als bei Beginn des achtzehnten Jahrhunderts die Gunst des Glücks ihrem Haupte zu einer ausländischen Krone verhalf. Bis dahin und aus eigenen Mitteln haben die Welfen nicht mehr zu bedeuten gehabt als die meisten andern deutschen Kleinfürsten. Das halbe Jahrtausend seit Heinrich dem Löwen verging ihnen ohne Glanz; Fehden mit den benachbarten Herren oder unter sich sind die hervorstechendsten Ereignisse; Erhebliches kam dabei nicht zu stande.

Die erste Erbteilung geschah 1267 durch die Söhne Ottos I., Albrecht und Johann; jener nahm Kalenberg, Göttingen, Eimbeck und die Güter vor dem Harz und auf dem Eichsfelde — das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel —; dieser wählte für sich Lüneburg, Celle, Hannover — das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg; zu gemeinschaftlichem Besitze blieb ihnen die Stadt Braunschweig.

Zwanzig Jahre später (1287) teilte sich wieder das Haus Wolfenbüttel in drei Linien, die grubenhagensche, die göttingensche und die wolfenbüttelsche. Nachdem die letzte 1292 erloschen war, gruppierte sich der Besitzstand je nach der Menge der Erben bald so, bald anders, bis sich daraus im Jahre 1491 zwei regierende Häuser gestalteten, Kalenberg und Wolfenbüttel.

Auch im Hause Braunschweig-Lüneburg war lange Zeit hindurch kein ruhiges Wachstum möglich; Erbschaften und Teilungen änderten zu oft die Grenzen. Von den Fürsten ist hier Ernst „der Bekenner" namhaft geworden, weil er, ein Mitunterzeichner der Augsburgischen Konfession (1530) und ein Glied des Schmalkaldischen Bundes, in seinem Lande den evangelischen Glauben verbreitete. Er starb 1547. Von seinen Söhnen begnügte sich der ältere, Heinrich, mit dem Amt Dannenberg und dem Kloster Scharnbeck und überließ das übrige seinem jüngeren Bruder Wilhelm. Dieser erwarb noch 1582 einen Teil der Grafschaft Hoya und 1585 die Grafschaft Diepholz. Doch auch so war, als er 1589 starb, sein Nachlaß viel zu klein, als daß sich seine

sämtlichen Kinder — acht Töchter und sieben Söhne — in alter Weise darein hätten teilen mögen. Die sieben Prinzen beschlossen daher, es solle nur einer von ihnen zur Fortpflanzung des Stammes sich vermählen. Das Los bestimmte hierzu den sechsten, Prinz Georg; die übrigen blieben Junggesellen. Doch die Regierung hatte immer der älteste zu führen. Dem Regiment dieser weisen Brüder war das Glück hold; im Jahre 1634 kam durch Erbschaft auch noch das Fürstentum Kalenberg an ihr Haus; der westfälische Friede endlich (1648) brachte das Mitrecht auf die Regierung im Bistum Osnabrück, so daß daselbst immer ein katholischer Bischof und ein Lüneburger Prinz abwechselnd herrschen sollten. Dieses Bistum (56 Quadratmeilen groß), das älteste Westfalens (gestiftet 787), war also nun paritätisch geworden.

Mit der Erwerbung Kalenbergs durch die lüneburgischen Welfen beginnt eigentlich die Geschichte Hannovers. Denn Prinz Georg, dem jenes Fürstentum von dem Haupt der Familie, vom Herzog August, überlassen wurde, verlegte seine Residenz nach der Stadt Hannover, und diese blieb seitdem der Sitz einer regierenden Linie.

Im Jahre 1648 war auch der letzte jener sieben Brüder mit dem Tode abgegangen, und nun teilten die beiden älteren Söhne Georgs, die Prinzen Christian Ludwig und Georg Wilhelm, in der Art, daß ersterer die Fürstentümer Lüneburg und Grubenhagen, sowie die untere Grafschaft Hoya und Diepholz, der andere aber die Fürstentümer Kalenberg und Göttingen erhielt. Die beiden so entstandenen Zweige wurden nach ihren Residenzen Lüneburg-Celle und Lüneburg-Hannover genannt.

Georg Wilhelm von Hannover (geboren 1624) war ein stolzer, prachtliebender Herr im Stil der vielen Kleinfürsten jener Zeit, die es Ludwig XIV. nachthun wollten. Dabei geriet er denn mit den Ständen des Landes, die seiner Verschwendung nicht genug nachgaben, und mit den rechtsgelehrten Beamten, welche seiner Selbstherrlichkeit im Wege waren, in manchen Streit. Aber es ging hier, wie damals fast überall in Deutschland: am Ende setzte sich der Fürst ganz über die Verfassung des Landes hinweg und regierte mittels des Hofadels nach seiner Willkür. In Hannover gewann durch diese Veränderung nur die Residenz; sie nahm an Glanz und Größe erheblich zu. Wie wenig übrigens Georg Wilhelm an Hannover hing, zeigte er beim Tode seines Bruders Christian Ludwig 1665; denn er verglich sich nun mit einem dritten Bruder Johann Friedrich dahin, daß dieser das Herzogtum Lüneburg-Hannover nebst Grubenhagen nahm, während er selbst Lüneburg-Celle wählte. Seine bisherigen Unterthanen hatten indes diesen Tausch zu preisen; denn Johann Friedrich war ein vortrefflicher Fürst und, obwohl katholisch geworden, doch von großer Duldsamkeit. Als derselbe im Jahre 1679 ohne Söhne zu hinterlassen starb, fiel das Land an seinen jüngsten Bruder, Ernst August, den vierten Sohn weiland Prinz Georgs.

Unter Ernst August von Hannover, 1679—1698, gelangte das welfische Haus endlich zu jener Würde, die weit jüngere Häuser schon seit vielen

Menschenaltern inne hatten, zur Kurfürstenwürde. Schon als er noch evangelischer Verwalter des Bistums Osnabrück war, seit 1661, hatte er dem Wiener Hofe manchen Dienst geleistet; jetzt ließ er seine Truppen für den Kaiser zugleich gegen Franzosen und Türken, am Rhein und in Ungarn kämpfen. Dafür erfüllte ihm Leopold I. den heißen Wunsch seines Herzens, indem er ihn 1692 in den Stand der Kurfürsten erhob. Eine Anzahl deutscher Fürsten war hierüber nicht wenig erbittert; es kam zu Protesten und Drohungen gegen die neugeschaffene, neunte Kur; doch blieb es bei Worten.

Diese Rangerhöhung war von Ernst August und seiner ehrgeizigen Gemahlin Sophie, einer Tochter des unglücklichen Friedrich von der Pfalz und der Prinzeß Elisabeth Stuart, von langer Hand her betrieben worden, und sie handelten dabei im Einverständnis mit Georg Wilhelm von Celle. Diesem Fürsten lag die Größe des Welfenhauses sehr am Herzen: lange Zeit hatte er daher aus Besorgnis, erbfähige Söhne zu bekommen und ihretwegen die Zersplitterung des Gesamtbesitztums weiter fortsetzen zu müssen, sich die Ehe versagt, obgleich er seit 1665 mit einer Geliebten, einem französischen Edelfräulein reformierten Glaubens, Eleonore d'Olbreuze, Haus hielt. Erst 1676, nachdem sie ihm nur eine Tochter geboren, vermählte er sich mit ihr. Er traf dann mit seinem Bruder Ernst August 1680 das Übereinkommen, daß ihre Länder künftig vereint werden und dann immer ungetrennt bleiben sollten, und Ernst August gab infolgedessen ein Hausgesetz, welches für die Zukunft das Recht der Erstgeburt einführte. Einen jüngeren Sohn nötigte letzterer mit Gewalt diese Anordnung anzuerkennen; den ersten, Georg, verheiratete er 1682 mit der Tochter Georg Wilhelms von Celle und der Eleonore d'Olbreuze, Sophie Dorothee. Ihr Schicksal war in der Folge ein trauriges, sie wurde wegen angeblicher mit dem Grafen Philipp von Königsmarck begangener Untreue von ihrem Gemahl geschieden und nach Schloß Ahlden verwiesen (daher „Prinzessin von Ahlden" genannt). Sie ist eine Ahne der englischen und der preußischen Königsfamilie. Denn ihr erstes Kind war Georg II. von England, und ihr zweites war Sophie, die Gemahlin Friedrich Wilhelms I. von Preußen.

Auch um sein Land hat sich der für die Zukunft seines Hauses so thätige Herzog Ernst August einige Verdienste erworben. Denn durch eine gerechtere Behandlung des Steuerwesens verbesserte er die Lage der Bauern; er nahm überhaupt die Verwaltung in gute Obacht. Andrerseits fehlte freilich auch seiner Regierung nicht der übertriebene Hang zu Pomp und Pracht, der an den fürstlichen Höfen damals Mode war, und den Aufwand bestritt er zum Teil durch Soldatenhandel schmählichster Art. So vermietete er im Jahre 1685 der Republik Venedig 6700 Mann zum Kriege in Morea, von denen nach drei Jahren nur 1400 zurückkehrten; die übrigen waren umgekommen; das Blutgeld verthat der Herzog für kostbare Hoffeste und für seine Mätressen.

Die ehelichen Kinder Ernst Augusts, ein Sohn, Georg, und eine Tochter, Sophie Charlotte, waren beide bestimmt, Königskronen zu tragen; diese durch

ihre Heirat mit Friedrich von Brandenburg, erstem Könige Preußens, jener durch einen Beschluß des englischen Parlaments, welches ihn als protestantischen Urenkel Jakobs I. Stuart im Jahre 1701 zur späteren Thronfolge in England berief. Im Jahre 1714, nach dem Tode der Königin Anna Stuart, ist das Haus Hannover denn auch mit Georg I. in den Besitz der Krone von Großbritannien und Irland gelangt.

Für das Kurfürstentum war dies Ereignis von Nachteil. Seine Beherrscher waren dem Stammlande, wo man ihnen unbedingt gehorchte, während in England im Grunde die Aristokratie gebot, zwar mit großer Vorliebe zugethan; allein sie konnten es selten besuchen, und so fiel die Verwaltung des Kurstaats ohne genügende Aufsicht einer Anzahl von Adels- und Beamtenfamilien anheim, die darin nach Belieben und meist zu selbstsüchtigen Zwecken schalteten. Auch mußte Hannover nun alle Wendungen der englischen hohen Politik, oft ganz gegen seinen Vorteil, mitmachen. Und wenn viel englisches Gold in die Taschen der hannöverschen Herren floß, so mußte das hannöversche Volk dafür oft genug auf britischen Schlachtfeldern bluten.

Im Jahre 1705 empfing der Kurstaat eine Vergrößerung, die ihn erst einigermaßen in stand setzte, die neue Würde gehörig aufrecht zu erhalten; Georg Wilhelm von Celle starb, und nun fiel sein Land dem Vertrage gemäß an die Kurlinie. Er hinterließ dieser zugleich das kleine Herzogtum Sachsen-Lauenburg, welches er nach dem Aussterben der anhaltinischen Beherrscher desselben (1689) besetzt und (1697) dem rechtmäßigen Anwärter, dem Kurfürsten August II. von Sachsen für 1 100 000 Thaler abgekauft hatte.

Zehn Jahre darauf (1715) erfolgte ein neuer Zuwachs, indem Georg I. dem Könige von Dänemark die Herzogtümer Bremen und Verden, die derselbe im nordischen Kriege den Schweden entrissen abkaufte — eine Erwerbung, welche ihm Karls XII. Nachfolgerin im Stockholmer Frieden 1719 bestätigte. So waren die Schweden aus ihrem deutschen Besitz an der Nordsee, den sie über sechzig Jahre inne gehabt, mit Hilfe Englands glücklich verdrängt.

Unter Georg II. (1727—1760) und Georg III. (1760—1811) hatte Hannover als Nebenbesitztum englischer Könige etwa das Los jenes Zwerges, der im Bunde mit einem Riesen auf Abenteuer auszog. Es litt im siebenjährigen Kriege durch die Franzosen entsetzlich; der Herzog von Richelieu hatte schon im voraus die Beute, die hier zu machen war, an einen Pariser Unternehmer verpachtet, und die Niederlage des Herzogs von Cumberland bei Hastenbeck, dann die schimpfliche Waffenstreckung von Kloster Zeven 1757 gab jenem Übermut recht. Unter einem tüchtigen General, dem Herzog Ferdinand von Braunschweig, haben sich dann die Hannoveraner in diesem Kriege mit Ruhm bedeckt — bei Krefeld 1758, bei Minden und unter dem Erbprinzen Karl von Braunschweig bei Gohfeld am 1. August 1759 —; aber der Feind, an Zahl weit überlegen, drang immer wieder verwüstend tief in das Land hinein. Der Friede (1762) gab für das Erduldete keinen Lohn. Es

folgt aber jetzt für Hannover bis zu den Zeiten der französischen Revolution, ein volles Menschenalter hindurch, zum erstenmale wieder eine Zeit ungestörten Friedens. In dieser Periode unterstützte es England im nordamerikanischen Freiheitskriege (1775—1783) mit Truppensendungen und begründete mit Preußen und Sachsen im Jahre 1785 den „deutschen Fürstenbund" gegen Österreich.

An den Kämpfen gegen die französische Revolution mußte sich der Kurstaat schon als Glied des deutschen Reiches beteiligen. Doch auch als dieses zu Luneville mit den Franzosen Frieden schloß (1801), durfte Hannover nicht zur Ruhe kommen. Die britische Aristokratie blieb die erbitterte Feindin des neuen Frankreichs und stand nicht an, das deutsche Land ihres Königs immer wieder dem übermächtigen und grausamen Gegner preiszugeben. Mit dem Unglück hatte Hannover jetzt auch die Unehre zu erdulden. Die Junker und Bureaukraten, die das Kurfürstentum regierten, wiesen durch die Konvention von Suhlingen (am 3. Juni 1803) die eigenen Truppen (16 000 Mann) auf das rechte Ufer der Elbe, aus dem Lande hinaus und übergaben letzteres den Franzosen, und der Befehlshaber des hannöverschen Heeres, von Wallmoden, wußte dann nichts besseres zu thun, als ohne Schwertstreich dem Beispiel zu folgen; er streckte am 5. Juli 1803 bei Artlenburg vor dem General Mortier die Waffen.

Zwei Jahre lang sog nun der Feind das Land aus: an 26 Millionen Thaler betrug der Schaden. Zwar zogen darauf die Franzosen ab, und die Preußen rückten ein. Aber diese sah man als Herren auch nicht gern. Dann folgte das Schlimmste: nachdem Napoleon den preußischen Staat zu Boden geschlagen, fiel Hannover, sowie das übrige Norddeutschland im Westen der Elbe der Fremdherrschaft völlig anheim.*) Es wurde im August 1807 zum größten Teil dem sogenannten Königreich Westfalen unter Napoleons Bruder Jerome einverleibt; der Uberrest — Stücke von Kalenberg, von Lüneburg, von Lauenburg und Hoya, Diepholz, Bremen, Verden, Osnabrück — wurde ganz und gar mit Frankreich vereinigt (1810). So hatten nun die Niederdeutschen dasselbe Schicksal wie die Oberdeutschen; sie dienten zum Kanonenfutter für Napoleons Schlachten. Doch dienten sie unwillig, und mit Freude sahen sie 1813 das Vaterland durch die Preußen befreit.

Dank indessen hat Preußen damals weder im Norden noch im Süden Deutschlands geerntet; die eben Befreiten gesellten sich vielmehr bald zu seinen Widersachern, und mit gleicher Schnödigkeit handelten Deutsche und Fremde. Preußen sollte in Deutschland nicht aufkommen; darum begünstigten Österreich und der Bourbon, der seinen Thron vorzugsweise den preußischen Siegen verdankte, den Plan der britischen Welfen und ihres hannöverschen Ministers, Grafen Münster, ein Welfenreich an der Nordsee herzustellen, das wie ein Keil

*) Vgl. Fr. Thimme, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der franz.-westfäl. Herrschaft 1806—1813, 2 Bde., Hann. u. Lpz. 1893/95.

Preußens Glieder trennte. Zu diesem Zwecke mußten außer dem 1803 säkularisierten Bistum Osnabrück die Grafschaften Meppen und Bentheim, ja selbst Provinzen, die früher zu Preußen gehört, Ostfriesland, Hildesheim, Lingen und die Stadt Goslar, mit dem ehemaligen Kurfürstentum vereinigt werden und das Ganze den Titel „**Königreich Hannover**“ erhalten. Wie Sachsen, Württemberg und Bayern Königreiche von Frankreichs Gnaden geworden, so ward jetzt Hannover eins von Englands Gnaden.

Der Prinzregent Georg, der seit 1811 für seinen gemütskranken Vater regierte, gab nun Hannover auch eine neue Verfassung, indem er (1814) an Stelle der früheren Einzellandtage allgemeine Stände mit dem Recht des Beirats einsetzte. Im Jahre 1819 führte er dann noch bei diesem allgemeinen Landtag das Zweikammersystem ein. Aber eine wirkliche Macht verlieh er den Ständen nicht. Die Beamtenherrschaft blieb bestehen, nur daß sie jetzt von den neu eingerichteten Landdrosteien aus gehandhabt wurde. Als König bekümmerte sich Georg IV. (1820—30) noch weniger um seine deutschen Unterthanen; die Verwaltung ging dort, wie sie mochte, und besonders die Gewerbtreibenden fanden Grund über sie zu klagen, wie denn z. B. die hannöverschen Landstraßen ihrer Elendigkeit wegen berüchtigt waren. Unter Georgs IV. Bruder und Nachfolger, dem Könige Wilhelm IV. (1830—37), führte die Unzufriedenheit des Volkes mit der Regierung, namentlich in Osterode und Göttingen, 1831 sogar zum Versuch des Aufstandes.

Eine bessere Zeit konnte das Land erwarten, als im Jahre 1837 endlich die Vereinigung mit der englischen Krone aufhörte. Denn Wilhelm IV. hinterließ keinen Sohn, und nur in England galt weibliche Thronfolge; Hannover vererbte auf die männliche Linie des Hauses.

Aber die beiden letzten Könige von Hannover, Ernst August (von 1837—51) und Georg V. (von 1851—1866) haben nicht mehr Talent zum Herrschen gehabt als die beiden ersten, und sie hatten nicht einmal das Verdienst, Heilsames, was ohne sie geschehen war, wenigstens nicht zu hindern. Wilhelm IV. hatte die Verfassung freisinniger gestaltet; Ernst August stieß sofort diese Neuerung um, ohne doch dem Volke für das, was er ihm an politischen Rechten nahm, durch eigene Leistungen einen Ersatz zu gewähren. Sein Sohn gab einen Erfolg der Vorfahren auf, indem er 1857 zu Osnabrück wieder ein katholisches Bistum herstellen ließ. An Georg V. hatte die Welt übrigens das Schauspiel, daß im neunzehnten Jahrhundert ein blinder Mann den Thron eines deutschen Königreichs besteigen und viele Jahre lang in aller Ruhe besitzen konnte. Auch lag die Schuld nur an ihm, wenn er seinen Thron dann endlich verlor, und das Jahr 1866 ihn und sein Reich für immer beseitigte. Dieser Fürst war ein ritterlicher Charakter, aber von unbeugsamem Starrsinn, wo es seine Souveränität galt, die er für gottgewollt hielt, und von der er, wie er sich ausdrückte, „als Mensch, als Christ, als Welfe“ entschlossen war, auch nicht ein Titelchen aufzugeben. Dazu kam, daß er, genötigt mit den Augen seiner Umgebung zu sehen, zu einer klaren und sicheren

Kenntnis, wie eigentlich die Dinge draußen standen, nicht zu gelangen vermochte. Denn seine Familie und seine vornehmsten Diener, die für ihn sahen, hielten es mit Österreich. In ihren Kreisen, aber auch bei einem großen Teile des hannöverschen Volkes war Preußen sogar geradezu verhaßt. Sie ließen den König noch am Vorabend seines Sturzes die Ewigkeit des Welfenreiches verkünden und bestärkten ihn in allen den verkehrten Entschlüssen, die ihn und sein Haus zuletzt um die Krone brachten. Freilich, auch wenn Georg V. bessere Ratgeber gehabt hätte, es wäre ihm schwerlich zu helfen gewesen. Denn er war eigensinnig und für Widerspruch unzugänglich; er wollte nichts hören, als was seinem Souveränitätsdünkel schmeichelte. So mußte sich sein Geschick erfüllen; er ist (1878 in Paris) als ein landloser Fürst gestorben.

Sein Sohn, Herzog Ernst von Cumberland, wie er mit seinem britischen Prinzentitel hieß, hatte vom Vater zwar nicht gerade den Starrsinn, aber den Hochmut und die schlechten Ratgeber geerbt. Auch er lehnte es ab, durch ausdrückliche und unbedingte Verzichtleistung auf Hannover Frieden mit Preußen zu machen. Die Folge war, daß er auch um den letzten fürstlichen Besitzstand seines Hauses in Deutschland, um das Herzogtum Braunschweig kam. Denn als im Jahre 1884 die braunschweigische Linie der Welfen mit Herzog Wilhelm ausstarb, schloß Preußen im Einverständnis mit dem deutschen Bundesrate, den Herzog von Cumberland von der Nachfolge auf diesen Thron aus. Auch das gut deutsch gesinnte Volk von Braunschweig wollte von einem Fürsten nichts wissen, der sich nicht unbedingt in das neue preußisch-deutsche Reich fügen mochte; am 20. Oktober 1885 wählte die Braunschweiger Landesvertretung einstimmig des Kaisers Neffen, den Prinzen Albrecht von Preußen, zum Regenten. So endete, weil sie sich mit der neuen Ordnung der Dinge nicht vertrug, auch hier die welfische Herrschaft und machte der hohenzollernschen Platz.

Hessen.

Im waldigen Hügelland vom Spessart über die Werra bis zum Brocken hin und vom Taunus und Westerwald bis zum Habichts- und Reinhartswald hauste, selbst unter Germanen kriegsberühmt, zu Tacitus Zeit das Volk der Chatten.*)

Im dritten Jahrhundert nach Christo ging es in den Völkerbund der Franken auf, der über das Flußgebiet des Mains sich bald den Rhein hinab dehnte. Aber aus den alten Sitzen der Chatten verschwand weder ihr Name noch die kriegerische Tüchtigkeit der Ahnen. Mit zäher Kraft behauptete sich zwischen den Sachsen, die von Norden, und den Thüringern, die von Osten drängten, in den Waldgebieten an der Eder, Ohm, Fulda und bis zur Werra

*) A. Duncker, Gesch. d. Chatten &c., her. von G. Wolff, Ztschr. d. Ver. f. hess. Gesch. u. Landeskunde, N. F. 13. Bd., Kassel 1888.

eine spärliche, doch gefürchtete Bevölkerung; man nannte sie seit dem achten Jahrhundert die Hessen.

Hier gründete damals der große Heidenbekehrer Bonifacius (Winfried) die Kirchen zu Fritzlar und Amöneburg (740), sein Gehilfe Sturm die Klöster Fulda und Hersfeld (744), Muttersitze des Evangeliums, von denen aus mit dem Christentum auch eine höhere Kultur des Bodens in die Waldwüsten eindrang.

Mit der Gesittung kam unter der fränkischen Herrschaft freilich auch größere Ungleichheit des Besitzes auf, und der Stand der Unfreien — hier, wo im häufigen Grenzkrieg mancher Starke den schwächeren Nachbar zum Fronknecht hinabgedrückt, von altersher zahlreich — nahm nun in dem Verhältnisse zu, wie sich Lehnswesen und Hierarchie ausbildeten. Ein mächtiger Adel entstand; die meisten der Grafen, die Karl der Große zu Kriegsführern oder Oberrichtern eingesetzt, gründeten reiche und angesehene Geschlechter; andere Familien wurden groß durch Verleihungen späterer Könige oder der Herzöge von Franken, zu deren Gebiet Hessen gehörte. Unter diesen Geschlechtern traten um das Jahr 1100 die Gudensberger hervor. Sie waren weithin begütert und im nördlichen Teil des Landes, dem eigentlichen „Hessengau", mit der Würde als Grafen von Hessen bekleidet. Ihr Besitz und Amt kam durch Heirat (1137) an die Landgrafen von Thüringen und nach deren Erlöschen (1247) an den Prinzen Heinrich von Brabant, Sohn der Gräfin Sophie von Thüringen und Enkel der heiligen Elisabeth. Er ist der Stammvater des hessischen Fürstenhauses. Auch die Macht desselben hat er begründet. Denn im Jahre 1292 erlangte er vom deutschen Kaiser Adolf von Nassau die Erhebung Hessens als Landgrafschaft zu einem erblichen Reichsfürstentum. Seine Residenz schlug er in Kassel auf, wo er sich ein Schloß baute.

Das Herzogtum Franken war seit dem Untergang der Hohenstaufen, ebenso wie Schwaben, in eine Unzahl reichsunmittelbarer Herrschaften zerfallen. Die meiste Macht besaßen hier der Pfalzgraf vom Rhein und der Erzbischof von Mainz. Diesen suchten es nun die hessischen Landgrafen gleich zu thun. Es begann unter den drei größeren Herren ein Wettkampf gegen einander und gegen die schwächeren Mitstände, besonders gegen die zahlreichen freien Ritter und Grafen im Lande, und das Ziel war immer Mehrung und Abrundung des eigenen Besitzes auf Kosten der andern. Hierbei kamen die Landgrafen anfangs jedoch nur langsam vorwärts. Das vierzehnte Jahrhundert brachte an bedeutenden Erwerbungen nur Gießen, welches Landgraf Otto 1327 dem Mainzer abgewonnen, und Treffurt, Itter und ein Stück von Schmalkalden, die Ottos Sohn, Heinrich der Eiserne, erkämpfte. Denn der reichsfreie Adel wußte sich durch Verbündung der aufstrebenden Fürstenmacht oft mit Glück zu erwehren. Der Bund der „Sterner" unter den Grafen von Ziegenhain, die „Gesellen von der alten Minne", geführt vom Grafen von Nassau-Dillenburg, die „Flegler" und der „Löwenbund" in der Wetterau waren, zumal wenn sie mit Kurmainz gemeinschaftliche Sache hatten, in jenen Zeiten den Landgrafen

nicht selten überlegene Gegner. Andrerseits halfen wider den unruhigen Adel gern und wirksam die Städte, und sobald sich die Fürsten mit einander verständigten, konnten sie leicht einen Landfrieden aufrecht halten, bei dem ihre Herrschaft gedieh.

Im fünfzehnten Jahrhundert wurde die Hausmacht der Landgrafen nach außen erheblich erweitert, da Ludwig der Friedfertige 1450 die Grafschaften Ziegenhain und Nidda erwarb, aber innerlich erfuhr sie eine Schwächung; denn Ludwigs des Friedfertigen Söhne nahmen (1460) eine Teilung vor. Sie geschah „am Spieß", auf der Nordgrenze von Ziegenhain, wo oft die Landtage abgehalten wurden; der ältere Bruder, Ludwig III., erhielt dabei Niederhessen, der jüngere, Heinrich III., die Lande an der Lahn (Oberhessen mit Ziegenhain und Nidda). Zwietracht zwischen den beiden Brüdern, dann Unmündigkeit ihrer Nachfolger hemmte seitdem den Aufschwung der Dynastie, bis im Jahre 1500 die jüngere Linie ausstarb, und das Haupt der älteren, Wilhelm II. der Mittlere, die Landgrafschaft wieder vereinigte. Schon vorher hatte dieser Fürst, der um seiner Thatkraft und Klugheit willen bei Kaiser und Reich in hohem Ansehen stand, die Macht des Hauses gemehrt; die Herren von Plesse, ein Graf von Wittgenstein waren seine Vasallen geworden; nun gelang es ihm auch, die Grafschaft Katzenelnbogen, um welche seit dem Erlöschen des nach ihr genannten gräflichen Geschlechtes (1479) zwischen den vielen an ihr beteiligten Lehnsherren Streit war, größtenteils an sich zu bringen. Aus der Reichsfehde wider Kurpfalz, bei welcher er dem Kaiser geholfen, wuchs ihm die Herrschaft Homburg vor der Höhe zu (1505).

Bis dahin, bis zum Schluß des Mittelalters, war die Bedeutung und Wirksamkeit des hessischen Landgrafen doch nur eine untergeordnete; sie reichte über den Kreis des mittleren Westdeutschlands nicht hinaus. Dann auf einmal spielt Hessen eine Rolle fast wie eine Großmacht; hierher richten sich eine Zeit lang die Augen von ganz Europa. Es ist die lutherische Sache, die dem kleinen Lande diese Wichtigkeit verleiht, aber sobald die Sache entschieden ist, treten die natürlichen Machtverhältnisse wieder in ihr Recht ein.

Wie Kursachsen die Wiege, so war Hessen anfangs das Schild der Reformation. Daß sie erstarken und in Deutschland unerschütterlich festwurzeln konnte, verdankte sie keinem Menschen so sehr als dem Landgrafen Philipp dem Großmütigen (1509—1567); er ist in der ersten gefährlichen Zeit ihr gewaltigster Vorkämpfer und Mauerbrecher gewesen. Nicht mit Unrecht hat man ihn den Heros der Reformation genannt.

Philipp war der Sohn des Landgrafen Wilhelm II., demselben von dessen Gemahlin Anna, einer mecklenburgischen Prinzessin, am 13. September 1505 zu Marburg geboren. Noch Kind verlor er im Jahre 1509 den Vater. Die Stände bestellten aus ihrer Mitte eine vormundschaftliche Regierung; dieselbe erregte aber durch eigennützige Maßregeln beim Volke, besonders bei den Städten, so viel Mißfallen, daß sie bald einer Regentschaft der Landgräfin-Witwe Platz machen mußte. Doch schon 1518 erklärte der Kaiser den jungen

Prinzen für regierungsfähig, und Philipp zeigte bald, daß er in der That über seine Jahre hinaus mannhaft war. In den Kriegen der Fürsten gegen den Ritter Franz von Sickingen (1523) und gegen die Bauern (1525) focht er mit Mut und Erfolg; aber was ihm in der Geschichte einen großen Namen gemacht hat, war, daß er sein Land und seine Person für Luthers Lehre einsetzte. Auf dem Reichstage zu Worms hatte er den Reformator kennen gelernt und rasch seine Partei ergriffen. „Habt Ihr Recht, Herr Doktor, so helf Euch Gott!" rief er ihm damals ermutigend zu. Er förderte dann in seinem Gebiet die neue Lehre mit dem ganzen Feuereifer, der ihm eigen war. Er und der Kurfürst Johann von Sachsen stellten sich an die Spitze der großen Bewegung. Der Bund dieser beiden angesehenen Fürsten (zu Torgau 1526) ermunterte auch andere Reichsstände zu folgen. Philipp bemühte sich, auch eine Vereinigung zwischen Luther und Zwingli herbeizuführen, und bewog die beiden Reformatoren im Jahre 1529, bei ihm zu einem Religionsgespräch in Marburg zusammenzukommen. Aber sein hochherziges Streben scheiterte in diesem Punkt an Luthers Hartnäckigkeit. Für Hessen jedoch hatte der Marburger Kirchentag gute Folgen. Denn er veranlaßte den Landgrafen zu Maßregeln, welche der neuen Lehre in Hessen dauernden Bestand verliehen; in der Synode von Homberg wurde die neue Kirchenordnung festgesetzt (1526). Philipp hob sodann die Klöster auf und stiftete aus deren Gütern die Universität Marburg, sowie eine Anzahl mittlerer und niederer Schulen (1527). Ein anderer Teil der Einkünfte, welche die Einziehung des alten Kirchenvermögens dem landesherrlichen Seckel zuwies, wurde für den Bau der Festung Ziegenhain verwandt. Denn es galt, den Glauben, den die Protestanten 1530 zu Augsburg vor Kaiser und Reich bekannt, auch mit den Waffen zu vertreten. Zu demselben Zweck schloß Philipp mit Kursachsen und andern Reichsständen 1531 den Bund zu Schmalkalden und richtete diese Vereinigung zu einer militärischen Macht ein, unter deren Schutz das Luthertum bald eine große Verbreitung gewann. Philipps Wirkeifer und Kühnheit begnügten sich indes nicht mit der Abwehr. Im Jahre 1520 hatte der Bund der schwäbischen Reichsstände den Herzog Ulrich von Württemberg aus seinem Lande vertrieben, und Württemberg war nun an den Bruder des Kaisers, Ferdinand von Österreich, gekommen. Nun trat der vertriebene Herzog dem lutherischen Bekenntnis bei; da beschloß Philipp, ihn mit Gewalt wieder herzustellen. Nachdem er bewirkt hatte, daß der schwäbische Bund, in welchem auch Protestanten waren, sich auflöste, zog er mit einem Heere nach Württemberg, schlug die Österreicher bei Laufen und setzte den Herzog wieder auf den Thron seiner Väter (1534). Weil er wegen dieser That für sich selbst keinen Gewinn beanspruchte, erhielt er den Beinamen „der Großmütige". Kaiser Karl V. und die katholische Partei, damals zu einem Kriege in Deutschland nicht gerüstet, mußten es geschehen lassen; Württemberg aber wurde nun lutherisch. Auch in Braunschweig öffnete Philipp dem Evangelium eine Gasse. Dort war der katholische Herzog Heinrich mit seinen Unterthanen der Religion halber zerfallen. In diesen Streit

mischte sich der Landgraf, schlug den Herzog und führte ihn als Gefangenen nach Kassel (1545).

Für alles dieses und weil er es ablehnte, den schmalkaldischen Bund aufzugeben und sich dem Tridentiner Konzil zu fügen, traf den Landgrafen samt seinen Verbündeten im Jahre 1546 des Kaisers Acht und im folgenden harte Strafe. Die Schmalkaldischen hatten in dem Kriege Streitmittel genug gehabt, aber weder Philipp von Hessen noch Johann Friedrich von Sachsen waren Feldherren; sie führten den Krieg ohne Plan und Geschick. Der Kurfürst verlor bei Mühlberg 1547 Sieg und Freiheit; des Landgrafen bemächtigte sich der Kaiser durch List. Philipps Haft war schwerer und währte länger, als derselbe erwartet hatte. Erst 1552, als sein Schwiegersohn Moritz von Sachsen den Kaiser unvermutet angriff, bekam er seine Freiheit wieder.

Durch den Passauer Vertrag (1552) und den Augsburger Religionsfrieden (1555) wurde dem lutherischen Glauben in Deutschland eine feste Stellung gesichert, und nun war Philipps großartige Thätigkeit beendet. Denn die Sache, für die er dreißig Jahre lang gekämpft, für die er gewagt, triumphiert und gelitten, sie war nun endlich siegreich und auf breitere Grundlagen des Bestandes gebracht, als ihr Hessen allein hätte verschaffen können. Philipp trat seitdem mit seinen Sorgen und Freuden über den Kreis seines Hauses fast nicht hinaus. Auch sein Privatleben ist merkwürdig. Leidenschaftlich in der Liebe wie im Hasse, wollte er einer Neigung, die er für ein Fräulein Margarete von der Saale gefaßt, die Weihe der Kirche verschaffen, obgleich er bereits mit Christine von Sachsen verheiratet war. Auf sein Andringen erlaubte ihm Luther, wenn auch ungern, die Ehe zur linken Hand, indem er sie durch den Hinweis auf die Vielweiberei der Patriarchen zu entschuldigen suchte (1540).

Staatenbildende Triebkraft hat das hessische Haus Brabant so wenig wie die meisten andern deutschen Fürstengeschlechter gehabt. Denn auch in ihm wurde das Interesse der Einzelnen nicht dem Wohle des Ganzen unterworfen. Und gerade der glänzendste, tüchtigste Fürst, den es je gehabt, Philipp der Großmütige, war es, der am wirksamsten Hessens Aufschwung hinderte, indem er es teilte. Nach seinem Tode (am 13. März 1567) erhielt, wie er testamentarisch bereits im Jahre 1562 bestimmt hatte, sein ältester Sohn rechter Ehe, Wilhelm IV., Niederhessen mit einem Stück von Ziegenhain und Schmalkalden (Kassel); der zweite, Ludwig, Oberhessen nebst Nidda und Eppstein (Marburg); der dritte, Philipp, Nieder-Katzenelnbogen, Rheinfels und St. Goar (Rheinfels); der jüngste, Georg I., die Obergrafschaft Katzenelnbogen (Darmstadt). Die Söhne Margaretens, genannt „Grafen von Dietz", wurden mit Bickenbach, Homburg und andern Schlössern ausgestattet; sie sind indes ohne Nachkommen verstorben. Auch Ludwig und Philipp hatten dies Schicksal. Ihre Besitzungen fielen daher an die beiden überlebenden landgräflichen Linien, welche man nach ihren Residenzen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt nannte.

Wilhelm IV. der Weise (1567—1592), der nähere Stammvater der

späteren Landgrafen und Kurfürsten von Hessen-Kassel, war an Kriegsmut und Glaubenseifer dem Vater gleich und bethätigte es durch den Beistand, welchen er den Hugenotten in Frankreich und den Niederländern gegen die Spanier lieh. Seine Mittel reichten freilich bei weitem nicht an die Macht des ehemaligen vereinigten Hessens heran; doch vermehrte er sie bedeutend durch Erbschaften und Verträge. 1571 zog er die erledigte Herrschaft Plesse ein; 1584 erbte er von seinem Bruder Philipp Rheinfels, Reichenberg, Hohenstein und Nieder-Katzenelnbogen; außerdem hat er noch Hofgeismar, ein Stück von Schmalkalden, die hoyaschen Ämter Üchte und Freudenberg, die diepholzschen Orte Auburg und Wagenfeld erworben. Sein Sohn Moritz der Gelehrte (1592—1627) war ein gebildeter Mann, Mitglied der „fruchtbringenden Gesellschaft", aber in Glaubenssachen unduldsam. Er trat zur reformierten Kirche über und zwang diese Neuerung auch seinen Unterthanen auf. Darüber zerfiel er mit seinen Vettern von Darmstadt, mit denen er ohnehin wegen der Erbschaft seines im Jahre 1604 gestorbenen Oheims Ludwig im Streit war. Er reizte aber auch den Zorn des Kaisers und der katholischen Liga, da er sich der protestantischen Union unter Friedrich V. von der Pfalz anschloß. Als dieser nun in Böhmen unterlag, wurde Moritz nicht bloß genötigt, sich von der Union loszusagen, ohne daß er damit sein Land vor den Schrecken des dreißigjährigen Krieges bewahrt hätte, sondern es traf ihn auch ein kaiserlicher Machtspruch (1623), kraft dessen er die oberhessische Erbschaft dem Hause Darmstadt überlassen mußte.

Sein Sohn und Nachfolger Wilhelm V. der Beständige (1627—1637) hielt in Glück und Unglück standhaft zu der Partei, die in Deutschland für Glauben und Freiheit gegen die Habsburger focht. Als Tilly nach der Zerstörung Magdeburgs drohend heranzog und ihn aufforderte, seine Truppen abzudanken, kaiserliche Regimenter aufzunehmen und Kontribution zu zahlen, antwortete er fest: er bedürfe seiner Truppen, fremdes Kriegsvolk einzulassen sei er nicht gemeint, gegen einen Angriff werde er sich zu verteidigen wissen, Geld und Unterhalt möge sich Tilly aus München holen. Tilly unterließ den Angriff. Aber als Wilhelm V. auch nach Gustav Adolfs Fall in seinem Widerstande verharrte, da nahm der Kaiser desto härtere Rache. Er that den Landgrafen in die Acht und ließ dessen Land besetzen; es wurde auf das fürchterlichste von der kaiserlichen Soldateska verheert (1637). Was der Krieg nicht fraß, verödeten dann der Hunger und die Pest. Dennoch blieb Wilhelm V. und nach seinem Tode seine Gemahlin Amalie Elisabeth, eine geborene Gräfin von Hanau, dem schwedischen Bunde und der Sache des Protestantismus unverbrüchlich treu. Amalie war bis 1650 für ihren unmündigen Sohn Wilhelm VI. den Gerechten (1637—1663) Regentin, und führte die Regierung in schwerer Zeit mit Erfolg und Ruhm. Dieser kraftvollen und klugen Frau war es zu danken, daß Hessen-Kassel im westfälischen Frieden nicht unerhebliche Vorteile gewann, insbesondere den Besitz der Abtei Hersfeld und der halben Grafschaft Schauenburg, sowie die Anwartschaft auf Hanau-

Münzenberg. Außerdem wurde jetzt der Marburger Erbfolgestreit endgültig geschlichtet: Marburg mit einem Teil Oberhessens und die Grafschaft Nieder-Katzenelnbogen kamen an Hessen-Kassel.

Unter den beiden folgenden Regierungen, der Regentin Hedwig Sophie (einer Schwester des Großen Kurfürsten von Brandenburg), welche für ihren und Wilhelms VI. unmündigen Sohn Wilhelm VII. (1663—1670) die Vormundschaft führte, und dann des Landgrafen Karl (1670—1730), den seines Bruders Wilhelm VII. Tod zum Throne berufen*), ist Hessen-Kassel demselben Lose anheimgefallen wie die andern deutschen Kleinfürstentümer: der eigentliche Staatszweck trat immer mehr in den Hintergrund, und das Land wurde oft auf die schnödeste Weise lediglich zum Privatvorteil der herrschenden Familie ausgenutzt. Denn nachdem der dreißigjährige Krieg das Aufkommen der stehenden Heere und der fürstlichen Willkür herbeigeführt, wurde es auch in Hessen allmählich Brauch, die Kriegsherrlichkeit des Fürsten so anzusehen, als dürfe derselbe seine Landeskinder nicht bloß nach Gutdünken zu Soldaten machen, sondern sie auch für jeden beliebigen Zweck bluten lassen.

Der Unfug begann damit, daß die deutschen Fürsten aus Schwäche oder Eigennutz dem Kaiser gestatteten, seine Hauskriege in Reichskriege zu verwandeln und ihre Truppen für seine habsburgischen Interessen in Ungarn, Italien und den Niederlanden zu verwenden. Denn als die Unterthanen sich an solche ausländischen Feldzüge gewöhnt hatten, wurden sie auch anderen Potentaten verkauft, ohne einmal wie im dreißigjährigen Kriege den Trost zu haben, daß sie doch wenigstens der Sache ihres Glaubens dienten. Hessische Soldaten waren aber immer eine sehr gesuchte Ware; sie haben im dreißigjährigen Kriege unter Melander, dann in der Schlacht bei Sankt Gotthard 1664 in Ungarn und im spanischen Erbfolgekriege sich stets durch Tapferkeit und Ausdauer hervorgethan. Namentlich England wußte sie zu schätzen; es war denn auch der Hauptkunde für diese Ware.

Die Gelder, welche Landgraf Karl aus diesem Geschäft bezog, verwendete er, zum größeren Teil wenigstens, für die Wohlfahrt seines Landes, so für den Bau von Karlshafen, die Ansiedlung verjagter Hugenotten, das Kollegium Karolinum u. a. Weniger leistete dem Lande sein Sohn und Nachfolger Friedrich I. (1730—1751). Er war durch Vermählung mit der Prinzessin Ulrike Eleonore von Schweden im Jahre 1720 auf den Thron dieses Königreichs gelangt, und obschon er bei der Machtfülle des schwedischen Adels ein bloßer Schattenkönig war, so brachte er dennoch einer so leeren Würde die Kräfte seiner Landgrafschaft zum Opfer, setzte den Verkauf hessischer Truppen an England fort und verwandte das Geld in Schweden. Die Verwaltung in Hessen überließ er seinem Bruder Wilhelm, Grafen von Hanau, welche Grafschaft damals nebst Gelnhausen von der Familie war erworben worden.

*) Ein dritter Sohn Wilhelms VI., Philipp, wurde Stifter des fürstlichen Hauses Hessen-Philippsthal.

Friedrich I. starb ohne rechtmäßige Nachkommen; ihm folgte daher Wilhelm, als Landgraf der achte seines Namens, in dem Besitz von Hessen-Kassel (1751–1760). Er schützte in anerkennenswerter Weise durch den Erlaß einer Assekurationsakte (1754) das evangelische Hessenland vor den etwaigen Folgen des Übertritts des Erbprinzen zur katholischen Religion. Tadelnswert war er jedoch durch die Art und Weise, in der er den Soldatenhandel übte. Er betrieb das Geschäft in großem Maßstabe und ganz wie ein Kaufmann. So lieferte er im Jahre 1743 an beide Kriegführende zugleich, an England 6000 Hessen und an Frankreich (bezüglich an Kaiser Karl VII). ebenfalls 6000 Hessen; es kämpften damals also Hessen gegen Hessen, damit der Landgraf von beiden Parteien Geld nehmen könne. Doch wurde er darin noch überboten von seinem Sohne Friedrich II. (1760—1785). Denn dieser Fürst schaffte (1762) das freiwillige Werbesystem, welches bis dahin in Hessen bestanden, ab, führte die Zwangsaushebung ein und ließ nun die junge Mannschaft im Lande ohne weiteres aufgreifen und mit Gewalt zu Soldaten machen, um sie dann zu verkaufen. Wenn die Eltern der weggenommenen Söhne klagten, so kam der Vater in die Eisenarbeit, die Mutter ins Zuchthaus.

Während des siebenjährigen Krieges hatten die Streitkräfte Hessens, die den Engländern vermietet worden, wenigstens einem deutschen Zwecke genützt, als Verbündete Preußens gegen die Franzosen, und an deutschen Ehren teil genommen, als Mitsieger unter Ferdinands von Braunschweig Führung, zumal am glorreichen Tage von Minden (1. August 1759). Dann aber verkaufte sie der Landgraf zu dem Kriege, den die Engländer in Nordamerika führten, und nun mußten die hessischen Soldaten für eine Sache sterben, die ihnen gleichgiltig oder abscheulich war. Mit Bezug auf diesen Fürsten schrieb Friedrich der Große einmal an Voltaire (18. Juni 1776): „Sie erweisen mir zu viel Ehre, wenn Sie mir seine Erziehung zuschreiben. Wäre er aus meiner Schule hervorgegangen, so wäre er nicht katholisch geworden und hätte nicht seine Unterthanen wie Schlachtvieh an die Engländer verkauft. Ein solcher Zug paßt nicht zum Charakter eines Fürsten, der sich zum Lehrer der Regenten aufwirft. Nur schmutziger Eigennutz ist die Ursache solchen Verfahrens. Ich bedaure die armen Hessen, welche so unglücklich und unnütz ihr Leben in Amerika beschließen.“*) 16 992 seiner Unterthanen hat dieser Landesvater in den Jahren 1776—1782 dorthin übers Meer verhandelt. Für jeden Mann bekam er 30 Kronen (154 Mark 50 Pfennig) sofort und $37\frac{1}{2}$ Kronen (193 Mark 12 Pfennig) alljährlich.**) Da dem Landgrafen nun ein Rekrut ungefähr 76 Mark kostete, so hatte er bei jedem einzelnen etwa 75 Mark Profit. Von jenen nach Amerika Verkauften sahen mehr als ein Drittel, nämlich 6500, die Heimat nicht wieder. Die Lücken auszufüllen, waren dem Fürsten übrigens

*) v. Sybels Hist. Ztschr. XLII, S. 314.

**) Fr. Kapp, Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika (1775—1783) 2. Aufl., Berlin 1874. — v. Sybel, a. a. O., S. 304 ff.

alle Mittel gut; seine Werber griffen jeden auf, der ihnen tauglich schien; keine hessische Landstraße war sicher, wie es zu seinem Schaden unter anderm auch der Dichter Seume erfuhr.*)

Friedrich II. lebte verschwenderisch, und sein Land war klein (156 Quadratmeilen mit 300 000 Einwohnern); gleichwohl häufte er durch seinen Menschenhandel große Schätze zusammen; denn an 20 Millionen Thaler betrug im ganzen die Summe, die er von England dafür bezogen.

Sein Sohn Wilhelm IX. (1785—1821) setzte die einträgliche Seelenverkäuferei mit Eifer fort, obgleich sie mittlerweile bei steigender Aufklärung immer anrüchiger geworden war; er hatte sie schon als Prinz, als Regent der Grafschaft Hanau, betrieben, den Engländern damals 2422 Mann nach Amerika geliefert. Jetzt als Landgraf lieferte er ihnen gegen die jährliche Summe von 36 000 Pfund Sterling ein stehendes Corps von 12 000 Mann. Auf diese Weise war es ihm möglich, allerhand Neubauten in Kassel aufzuführen, darunter das jetzige Schloß Wilhelmshöhe. In der deutschen Politik hielt er es übrigens mit Preußen, und da seine Militärmacht ihm einiges Ansehen verschaffte, so gelang es ihm, in den Verhandlungen, die 1802 zwischen dem deutschen Reich und der französischen Republik geführt wurden, bedeutende Vorteile zu gewinnen: für die Abtretung von Sankt Goar und Rheinfels bekam er die mainzischen Ämter Fritzlar, Neustadt, Naumburg, Amöneburg, die Reichsstadt Gelnhausen und was ihn noch mehr befriedigte, die Landgrafschaft Hessen-Kassel wurde durch einen Reichs-Deputationsbeschluß vom 8. Oktober 1802 zum Kurfürstentum erhoben.

Vier Jahre darauf warf Napoleons Machtwort den neuen kurfürstlichen Thron wieder um; Kurfürst Wilhelm I. floh mit seinen Schätzen ins Ausland, und Kurhessen wurde (1807) samt andern mitteldeutschen Gebieten zu einem Königreich Westfalen unter der Herrschaft Jerome Bonapartes vereinigt. Jerome führte in Kassel ein lustiges, sittenloses Leben, das dem Lande viel Geld kostete; aber die Franzosenzeit brachte wenigstens den Nutzen, daß viel alter Unrat feudalen Wesens fortgeräumt wurde. Da kam das Jahr 1813 und die Befreiung von der Fremdherrschaft. Unter allgemeinem Jubel — so fest hielt das Volk an der angestammten Herrschaft — zog der alte Kurfürst wieder in Kassel ein. Die Freude über die Rückkehr des früheren Regenten wurde indes dem Volke sehr bald vergällt. Denn kaum saß Wilhelm I. wieder auf seinem Throne, so hatte er nichts Eiligeres zu thun, als alle die Mißbräuche aus der Zopfzeit von 1806 mit der Härte, dem schnöden Geiz, dem starren Eigensinn, die seinen Charakter ausmachten, nach Möglichkeit wieder herzustellen. Die guten Einrichtungen Napoleons (z. B. der Code Napoléon) wurden abgeschafft. Die bei seiner Rückkehr versprochene Verfassung gab er nicht. Die Fronden und bäuerlichen Lasten, ebenso die althessischen Steuern führte er wieder ein und beraubte die Domänenkäufer; aber

*) S. die Selbstbiographie Johann Gottfried Seume's.

die schwersten der westfälischen Abgaben ließ er bestehen und die Gütererwerbungen Jeromes, auch die auf Unrecht begründeten, behielt er für sich. Die Beamten und Offiziere begaunerte er um einen großen Teil ihres Gehaltes; die Verabschiedeten betrog er, wo es ging, um ihre Pension. Und zum Abscheulichen fügte er das Lächerliche, indem er den Truppen befahl, die alten, 15 Zoll langen Zöpfe wieder anzulegen.

Auf dem Wiener Kongreß 1815 wußte er seine Interessen gut wahrzunehmen; man gestand ihm den Titel „Königliche Hoheit“ zu und zog die Grenzen von Kurhessen so, wie sie dann bis 1866 geblieben sind. Es trat an Hannover die Ämter Freudenberg, Üchte, Auburg, an Weimar die Ämter Frauensee, Völkershausen, Vach ab und erhielt für diese und andere kleinere Grenzverluste den größten Teil von Fulda und Isenburg zum Ersatz. Der Kurfürst nannte sich seitdem noch Großherzog von Fulda und Fürst von Isenburg.

Willkür, Eigennutz und Hartnäckigkeit waren auch die Eigenschaften seiner Nachfolger; Wilhelm II. (1821—1847) und Friedrich Wilhelm (1847 bis 1866) gingen auf den Wegen des Vaters und Großvaters. Ein halbes Jahrhundert lang ist die Mißregierung in Kurhessen ein stehender Klageartikel deutscher Volksfreunde gewesen, und frühzeitig richteten sich auch in diesem Lande die Hoffnungen auf Preußen. Allein die Abmahnungen des Berliner Hofes, die sich Wilhelm II. auch durch Vernachlässigung seiner Gemahlin Auguste, der Tochter Friedrich Wilhelms II. von Preußen, zugezogen, fruchteten sehr wenig. Mehr Eindruck hatte auf kurze Zeit ein Aufstand des Volkes in Kassel (1830) gemacht; die nächste Folge des Schreckens war gewesen, daß der Kurfürst dem Lande am 5. Januar 1831 eine freisinnige Verfassung gab und den Kurprinzen Friedrich Wilhelm zum Mitregenten ernannte. Aber diese Angst machte bald wieder trotzigem Hochmut Platz, und der Sohn war nicht minder selbstherrlich gesinnt als der Vater. Schon 1832 wurde ein reaktionäres Ministerium unter dem Vorsitz des Geheimrates Hassenpflug eingesetzt, welches dafür sorgte, daß die Verfassung ein Stück Papier blieb. Ähnliches wiederholte sich 1848, und die schwächliche Einmischung des Königs Friedrich Wilhelm IV. führte nur zu dessen eigener Demütigung.

Erst die Politik von „Blut und Eisen“ wandte auch hier das Mittel an, welches allein helfen konnte: die Einverleibung Kurhessens in den preußischen Staat. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm verschmähte es mit derselben Halsstarrigkeit und Verblendung wie sein Nachbar Georg von Hannover, sich durch Eingehen auf Preußens Forderungen den Thron zu retten: „Ich bin so gut deutscher Bundesfürst wie der König von Preußen, und er hat mir nichts zu befehlen,“ antwortete er auf das preußische Ultimatum im Juni 1866, und so traf ihn dasselbe Los wie den Beherrscher Hannovers; er wurde entthront und ist in der Fremde (1875 in Prag) gestorben. Seine Anverwandten (rechtmäßige Kinder hinterließ er nicht), die Landgrafen von Hessen-Philippsthal haben von dem preußischen Staate für den mit der kurhessischen Landes-

herrschaft verbundenen Vermögensbesitz Abfindung durch Renten empfangen. Wegen des hessischen Staatsschatzes, der aus den Soldatenverkäufen des 18. Jahrhunderts entstanden war, hatte zwischen den Kurfürsten und den Ständen Streit über den Besitz, ob Krongut oder Staatsgut, bestanden. Durch Verordnung vom 16. September 1867 wies der König von Preußen den „vormals kurhessischen Staatsschatz," dem kommunalistischen Verbande des Regierungsbezirks Kassel zu, was dann ein preußisches Staatsgesetz vom 25. März 1869 näher regelte. Dies Gesetz wurde vom preußischen Landtage ohne Debatte genehmigt; Preußen, Fürst und Volk, scheute das Blutgeld.

Nassau.

Ein fränkisches Grafengeschlecht, die Laurenburger, legte um das Jahr 1100 bei dem Orte Nassau an der Lahn ein Schloß an, machte dasselbe zum Mittelpunkt seiner zwischen Main und Sieg weit verstreuten Besitzungen und nannte sich seit 1149 Grafen von Nassau. Aus diesem Hause entstanden 1255 durch Erbteilung der Brüder Walram und Otto zwei Linien — die ältere, Walramische, welche links von der Lahn herrschte, und die jüngere, Ottosche, rechts von der Lahn. Aus letzterer siedelte ein Zweig im fünfzehnten Jahrhundert nach Breda in den Niederlanden über, erwarb im sechzehnten Jahrhundert (1544) durch Heirat das französische Fürstentum Orange an der Rhone und hat dann unter dem erlauchten Namen Oranien in Holland und England eine große Rolle gespielt. Dieser Glanz war dauernd; dagegen die Walramische Linie hat in der Welt nur für einen Augenblick eine ähnliche Höhe erreicht. Es war, als Walrams Sohn Adolf 1292 zum deutschen Kaiser gewählt wurde. Ein kühner, prächtiger Rittersmann, doch solche Krone zu tragen weder durch Geisteskraft noch durch Hausmacht befähigt, verlor er schon 1298 in der Schlacht bei Göllheim die Krone wieder und zugleich das Leben.

Seine Nachkommen haben es über den Stand von Kleinfürsten nicht hinausgebracht, obschon sie 1366 reichsunmittelbare Fürsten wurden und durch manche Erwerbungen ihr Gut vermehrten. Der Reformation wandten sie sich frühzeitig und mit Eifer zu und haben sie aller Wege nach Kräften vertreten. Doch auch diese Dynastie schwächte sich selbst durch Erbteilungen; ihre Stammtafel ist voll von Ästen zum Teil neben einander regierender Familien: Nassau-Weilburg, Nassau-Wiesbaden, Nassau-Saarbrücken, Nassau-Idstein und Nassau-Usingen.

Beim Untergang des deutschen Reiches sicherten die Fürsten von Nassau durch Beitritt zum Rheinbund ihren Besitz, der nun zu einem unteilbaren Herzogtum erhoben wurde (1806), und rundeten ihn (1815) durch Erwerbungen der deutschen Besitzungen des Hauses Oranien (Diez, Hadamar, Dillenburg u. a.) ab. 1816 vereinigte Herzog Wilhelm I. nach dem Aussterben der letzten Nebenlinie des Walramischen Hauses alle nassauischen Lande, brachte in ihnen

eine spärliche, doch gefürchtete Bevölkerung; man nannte sie seit dem achten Jahrhundert die Hessen.

Hier gründete damals der große Heidenbekehrer Bonifacius (Winfried) die Kirchen zu Fritzlar und Amöneburg (740), sein Gehilfe Sturm die Klöster Fulda und Hersfeld (744), Muttersitze des Evangeliums, von denen aus mit dem Christentum auch eine höhere Kultur des Bodens in die Waldwüsten eindrang.

Mit der Gesittung kam unter der fränkischen Herrschaft freilich auch größere Ungleichheit des Besitzes auf, und der Stand der Unfreien — hier, wo im häufigen Grenzkrieg mancher Starke den schwächeren Nachbar zum Fronknecht hinabgedrückt, von altersher zahlreich — nahm nun in dem Verhältnisse zu, wie sich Lehnswesen und Hierarchie ausbildeten. Ein mächtiger Adel entstand; die meisten der Grafen, die Karl der Große zu Kriegsführern oder Oberrichtern eingesetzt, gründeten reiche und angesehene Geschlechter; andere Familien wurden groß durch Verleihungen späterer Könige oder der Herzöge von Franken, zu deren Gebiet Hessen gehörte. Unter diesen Geschlechtern traten um das Jahr 1100 die Gudensberger hervor. Sie waren weithin begütert und im nördlichen Teil des Landes, dem eigentlichen „Hessengau", mit der Würde als Grafen von Hessen bekleidet. Ihr Besitz und Amt kam durch Heirat (1137) an die Landgrafen von Thüringen und nach deren Erlöschen (1247) an den Prinzen Heinrich von Brabant, Sohn der Gräfin Sophie von Thüringen und Enkel der heiligen Elisabeth. Er ist der Stammvater des hessischen Fürstenhauses. Auch die Macht desselben hat er begründet. Denn im Jahre 1292 erlangte er vom deutschen Kaiser Adolf von Nassau die Erhebung Hessens als Landgrafschaft zu einem erblichen Reichsfürstentum. Seine Residenz schlug er in Kassel auf, wo er sich ein Schloß baute.

Das Herzogtum Franken war seit dem Untergang der Hohenstaufen, ebenso wie Schwaben, in eine Unzahl reichsunmittelbarer Herrschaften zerfallen. Die meiste Macht besaßen hier der Pfalzgraf vom Rhein und der Erzbischof von Mainz. Diesen suchten es nun die hessischen Landgrafen gleich zu thun. Es begann unter den drei größeren Herren ein Wettkampf gegen einander und gegen die schwächeren Mitstände, besonders gegen die zahlreichen freien Ritter und Grafen im Lande, und das Ziel war immer Mehrung und Abrundung des eigenen Besitzes auf Kosten der andern. Hierbei kamen die Landgrafen anfangs jedoch nur langsam vorwärts. Das vierzehnte Jahrhundert brachte an bedeutenden Erwerbungen nur Gießen, welches Landgraf Otto 1327 dem Mainzer abgewonnen, und Treffurt, Itter und ein Stück von Schmalkalden, die Ottos Sohn, Heinrich der Eiserne, erkämpfte. Denn der reichsfreie Adel wußte sich durch Verbündung der aufstrebenden Fürstenmacht oft mit Glück zu erwehren. Der Bund der „Sterner" unter den Grafen von Ziegenhain, die „Gesellen von der alten Minne", geführt vom Grafen von Nassau-Dillenburg, die „Flegler" und der „Löwenbund" in der Wetterau waren, zumal wenn sie mit Kurmainz gemeinschaftliche Sache hatten, in jenen Zeiten den Landgrafen

nicht selten überlegene Gegner. Andrerseits halfen wider den unruhigen Adel gern und wirksam die Städte, und sobald sich die Fürsten mit einander verständigten, konnten sie leicht einen Landfrieden aufrecht halten, bei dem ihre Herrschaft gedieh.

Im fünfzehnten Jahrhundert wurde die Hausmacht der Landgrafen nach außen erheblich erweitert, da Ludwig der Friedfertige 1450 die Grafschaften Ziegenhain und Nidda erwarb, aber innerlich erfuhr sie eine Schwächung; denn Ludwigs des Friedfertigen Söhne nahmen (1460) eine Teilung vor. Sie geschah „am Spieß", auf der Nordgrenze von Ziegenhain, wo oft die Landtage abgehalten wurden; der ältere Bruder, Ludwig III., erhielt dabei Niederhessen, der jüngere, Heinrich III., die Lande an der Lahn (Oberhessen mit Ziegenhain und Nidda). Zwietracht zwischen den beiden Brüdern, dann Unmündigkeit ihrer Nachfolger hemmte seitdem den Aufschwung der Dynastie, bis im Jahre 1500 die jüngere Linie ausstarb, und das Haupt der älteren, Wilhelm II. der Mittlere, die Landgrafschaft wieder vereinigte. Schon vorher hatte dieser Fürst, der um seiner Thatkraft und Klugheit willen bei Kaiser und Reich in hohem Ansehen stand, die Macht des Hauses gemehrt; die Herren von Plesse, ein Graf von Wittgenstein waren seine Vasallen geworden; nun gelang es ihm auch, die Grafschaft Katzenelnbogen, um welche seit dem Erlöschen des nach ihr genannten gräflichen Geschlechtes (1479) zwischen den vielen an ihr beteiligten Lehnsherren Streit war, größtenteils an sich zu bringen. Aus der Reichsfehde wider Kurpfalz, bei welcher er dem Kaiser geholfen, wuchs ihm die Herrschaft Homburg vor der Höhe zu (1505).

Bis dahin, bis zum Schluß des Mittelalters, war die Bedeutung und Wirksamkeit des hessischen Landgrafen doch nur eine untergeordnete; sie reichte über den Kreis des mittleren Westdeutschlands nicht hinaus. Dann auf einmal spielt Hessen eine Rolle fast wie eine Großmacht; hierher richten sich eine Zeit lang die Augen von ganz Europa. Es ist die lutherische Sache, die dem kleinen Lande diese Wichtigkeit verleiht, aber sobald die Sache entschieden ist, treten die natürlichen Machtverhältnisse wieder in ihr Recht ein.

Wie Kursachsen die Wiege, so war Hessen anfangs das Schild der Reformation. Daß sie erstarken und in Deutschland unerschütterlich festwurzeln konnte, verdankte sie keinem Menschen so sehr als dem Landgrafen Philipp dem Großmütigen (1509—1567); er ist in der ersten gefährlichen Zeit ihr gewaltigster Vorkämpfer und Mauerbrecher gewesen. Nicht mit Unrecht hat man ihn den Heros der Reformation genannt.

Philipp war der Sohn des Landgrafen Wilhelm II., demselben von dessen Gemahlin Anna, einer mecklenburgischen Prinzessin, am 13. September 1505 zu Marburg geboren. Noch Kind verlor er im Jahre 1509 den Vater. Die Stände bestellten aus ihrer Mitte eine vormundschaftliche Regierung; dieselbe erregte aber durch eigennützige Maßregeln beim Volke, besonders bei den Städten, so viel Mißfallen, daß sie bald einer Regentschaft der Landgräfin-Witwe Platz machen mußte. Doch schon 1518 erklärte der Kaiser den jungen

Prinzen für regierungsfähig, und Philipp zeigte bald, daß er in der That über seine Jahre hinaus mannhaft war. In den Kriegen der Fürsten gegen den Ritter Franz von Sickingen (1523) und gegen die Bauern (1525) focht er mit Mut und Erfolg; aber was ihm in der Geschichte einen großen Namen gemacht hat, war, daß er sein Land und seine Person für Luthers Lehre einsetzte. Auf dem Reichstage zu Worms hatte er den Reformator kennen gelernt und rasch seine Partei ergriffen. „Habt Ihr Recht, Herr Doktor, so helf Euch Gott!“ rief er ihm damals ermutigend zu. Er förderte dann in seinem Gebiet die neue Lehre mit dem ganzen Feuereifer, der ihm eigen war. Er und der Kurfürst Johann von Sachsen stellten sich an die Spitze der großen Bewegung. Der Bund dieser beiden angesehenen Fürsten (zu Torgau 1526) ermunterte auch andere Reichsstände zu folgen. Philipp bemühte sich, auch eine Vereinigung zwischen Luther und Zwingli herbeizuführen, und bewog die beiden Reformatoren im Jahre 1529, bei ihm zu einem Religionsgespräch in Marburg zusammenzukommen. Aber sein hochherziges Streben scheiterte in diesem Punkt an Luthers Hartnäckigkeit. Für Hessen jedoch hatte der Marburger Kirchentag gute Folgen. Denn er veranlaßte den Landgrafen zu Maßregeln, welche der neuen Lehre in Hessen dauernden Bestand verliehen; in der Synode von Homberg wurde die neue Kirchenordnung festgesetzt (1526). Philipp hob sodann die Klöster auf und stiftete aus deren Gütern die Universität Marburg, sowie eine Anzahl mittlerer und niederer Schulen (1527). Ein anderer Teil der Einkünfte, welche die Einziehung des alten Kirchenvermögens dem landesherrlichen Seckel zuwies, wurde für den Bau der Festung Ziegenhain verwandt. Denn es galt, den Glauben, den die Protestanten 1530 zu Augsburg vor Kaiser und Reich bekannt, auch mit den Waffen zu vertreten. Zu demselben Zweck schloß Philipp mit Kursachsen und andern Reichsständen 1531 den Bund zu Schmalkalden und richtete diese Vereinigung zu einer militärischen Macht ein, unter deren Schutz das Luthertum bald eine große Verbreitung gewann. Philipps Wirkeifer und Kühnheit begnügten sich indes nicht mit der Abwehr. Im Jahre 1520 hatte der Bund der schwäbischen Reichsstände den Herzog Ulrich von Württemberg aus seinem Lande vertrieben, und Württemberg war nun an den Bruder des Kaisers, Ferdinand von Österreich, gekommen. Nun trat der vertriebene Herzog dem lutherischen Bekenntnis bei; da beschloß Philipp, ihn mit Gewalt wieder herzustellen. Nachdem er bewirkt hatte, daß der schwäbische Bund, in welchem auch Protestanten waren, sich auflöste, zog er mit einem Heere nach Württemberg, schlug die Österreicher bei Laufen und setzte den Herzog wieder auf den Thron seiner Väter (1534). Weil er wegen dieser That für sich selbst keinen Gewinn beanspruchte, erhielt er den Beinamen „der Großmütige“. Kaiser Karl V. und die katholische Partei, damals zu einem Kriege in Deutschland nicht gerüstet, mußten es geschehen lassen; Württemberg aber wurde nun lutherisch. Auch in Braunschweig öffnete Philipp dem Evangelium eine Gasse. Dort war der katholische Herzog Heinrich mit seinen Unterthanen der Religion halber zerfallen. In diesen Streit

mischte sich der Landgraf, schlug den Herzog und führte ihn als Gefangenen nach Kassel (1545).

Für alles dieses und weil er es ablehnte, den schmalkaldischen Bund aufzugeben und sich dem Tridentiner Konzil zu fügen, traf den Landgrafen samt seinen Verbündeten im Jahre 1546 des Kaisers Acht und im folgenden harte Strafe. Die Schmalkaldischen hatten in dem Kriege Streitmittel genug gehabt, aber weder Philipp von Hessen noch Johann Friedrich von Sachsen waren Feldherren; sie führten den Krieg ohne Plan und Geschick. Der Kurfürst verlor bei Mühlberg 1547 Sieg und Freiheit; des Landgrafen bemächtigte sich der Kaiser durch List. Philipps Haft war schwerer und währte länger, als derselbe erwartet hatte. Erst 1552, als sein Schwiegersohn Moritz von Sachsen den Kaiser unvermutet angriff, bekam er seine Freiheit wieder.

Durch den Passauer Vertrag (1552) und den Augsburger Religionsfrieden (1555) wurde dem lutherischen Glauben in Deutschland eine feste Stellung gesichert, und nun war Philipps großartige Thätigkeit beendet. Denn die Sache, für die er dreißig Jahre lang gekämpft, für die er gewagt, triumphiert und gelitten, sie war nun endlich siegreich und auf breitere Grundlagen des Bestandes gebracht, als ihr Hessen allein hätte verschaffen können. Philipp trat seitdem mit seinen Sorgen und Freuden über den Kreis seines Hauses fast nicht hinaus. Auch sein Privatleben ist merkwürdig. Leidenschaftlich in der Liebe wie im Hasse, wollte er einer Neigung, die er für ein Fräulein Margarete von der Saale gefaßt, die Weihe der Kirche verschaffen, obgleich er bereits mit Christine von Sachsen verheiratet war. Auf sein Andringen erlaubte ihm Luther, wenn auch ungern, die Ehe zur linken Hand, indem er sie durch den Hinweis auf die Vielweiberei der Patriarchen zu entschuldigen suchte (1540).

Staatenbildende Triebkraft hat das hessische Haus Brabant so wenig wie die meisten andern deutschen Fürstengeschlechter gehabt. Denn auch in ihm wurde das Interesse der Einzelnen nicht dem Wohle des Ganzen unterworfen. Und gerade der glänzendste, tüchtigste Fürst, den es je gehabt, Philipp der Großmütige, war es, der am wirksamsten Hessens Aufschwung hinderte, indem er es teilte. Nach seinem Tode (am 13. März 1567) erhielt, wie er testamentarisch bereits im Jahre 1562 bestimmt hatte, sein ältester Sohn rechter Ehe, Wilhelm IV., Niederhessen mit einem Stück von Ziegenhain und Schmalkalden (Kassel); der zweite, Ludwig, Oberhessen nebst Nidda und Eppstein (Marburg); der dritte, Philipp, Nieder-Katzenelnbogen, Rheinfels und St. Goar (Rheinfels); der jüngste, Georg I., die Obergrafschaft Katzenelnbogen (Darmstadt). Die Söhne Margaretens, genannt „Grafen von Dietz", wurden mit Bickenbach, Homburg und andern Schlössern ausgestattet; sie sind indes ohne Nachkommen verstorben. Auch Ludwig und Philipp hatten dies Schicksal. Ihre Besitzungen fielen daher an die beiden überlebenden landgräflichen Linien, welche man nach ihren Residenzen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt nannte.

Wilhelm IV. der Weise (1567—1592), der nähere Stammvater der

späteren Landgrafen und Kurfürsten von Hessen-Kassel, war an Kriegsmut und Glaubenseifer dem Vater gleich und bethätigte es durch den Beistand, welchen er den Hugenotten in Frankreich und den Niederländern gegen die Spanier lieh. Seine Mittel reichten freilich bei weitem nicht an die Macht des ehemaligen vereinigten Hessens heran; doch vermehrte er sie bedeutend durch Erbschaften und Verträge. 1571 zog er die erledigte Herrschaft Plesse ein; 1584 erbte er von seinem Bruder Philipp Rheinfels, Reichenberg, Hohenstein und Nieder-Katzenelnbogen; außerdem hat er noch Hofgeismar, ein Stück von Schmalkalden, die hoyaschen Ämter Üchte und Freudenberg, die diepholzschen Orte Auburg und Wagenfeld erworben. Sein Sohn Moritz der Gelehrte (1592—1627) war ein gebildeter Mann, Mitglied der „fruchtbringenden Gesellschaft", aber in Glaubenssachen unduldsam. Er trat zur reformierten Kirche über und zwang diese Neuerung auch seinen Unterthanen auf. Darüber zerfiel er mit seinen Vettern von Darmstadt, mit denen er ohnehin wegen der Erbschaft seines im Jahre 1604 gestorbenen Oheims Ludwig im Streit war. Er reizte aber auch den Zorn des Kaisers und der katholischen Liga, da er sich der protestantischen Union unter Friedrich V. von der Pfalz anschloß. Als dieser nun in Böhmen unterlag, wurde Moritz nicht bloß genötigt, sich von der Union loszusagen, ohne daß er damit sein Land vor den Schrecken des dreißigjährigen Krieges bewahrt hätte, sondern es traf ihn auch ein kaiserlicher Machtspruch (1623), kraft dessen er die oberhessische Erbschaft dem Hause Darmstadt überlassen mußte.

Sein Sohn und Nachfolger Wilhelm V. der Beständige (1627—1637) hielt in Glück und Unglück standhaft zu der Partei, die in Deutschland für Glauben und Freiheit gegen die Habsburger focht. Als Tilly nach der Zerstörung Magdeburgs drohend heranzog und ihn aufforderte, seine Truppen abzudanken, kaiserliche Regimenter aufzunehmen und Kontribution zu zahlen, antwortete er fest: er bedürfe seiner Truppen, fremdes Kriegsvolk einzulassen sei er nicht gemeint, gegen einen Angriff werde er sich zu verteidigen wissen, Geld und Unterhalt möge sich Tilly aus München holen. Tilly unterließ den Angriff. Aber als Wilhelm V. auch nach Gustav Adolfs Fall in seinem Widerstande verharrte, da nahm der Kaiser desto härtere Rache. Er that den Landgrafen in die Acht und ließ dessen Land besetzen; es wurde auf das fürchterlichste von der kaiserlichen Soldateska verheert (1637). Was der Krieg nicht fraß, verödeten dann der Hunger und die Pest. Dennoch blieb Wilhelm V. und nach seinem Tode seine Gemahlin Amalie Elisabeth, eine geborene Gräfin von Hanau, dem schwedischen Bunde und der Sache des Protestantismus unverbrüchlich treu. Amalie war bis 1650 für ihren unmündigen Sohn Wilhelm VI. den Gerechten (1637—1663) Regentin, und führte die Regierung in schwerer Zeit mit Erfolg und Ruhm. Dieser kraftvollen und klugen Frau war es zu danken, daß Hessen-Kassel im westfälischen Frieden nicht unerhebliche Vorteile gewann, insbesondere den Besitz der Abtei Hersfeld und der halben Grafschaft Schauenburg, sowie die Anwartschaft auf Hanau-

Münzenberg. Außerdem wurde jetzt der Marburger Erbfolgestreit endgültig geschlichtet: Marburg mit einem Teil Oberhessens und die Grafschaft Nieder-Katzenelnbogen kamen an Hessen-Kassel.

Unter den beiden folgenden Regierungen, der Regentin Hedwig Sophie (einer Schwester des Großen Kurfürsten von Brandenburg), welche für ihren und Wilhelms VI. unmündigen Sohn Wilhelm VII. (1663—1670) die Vormundschaft führte, und dann des Landgrafen Karl (1670—1730), den seines Bruders Wilhelm VII. Tod zum Throne berufen*), ist Hessen-Kassel demselben Lose anheimgefallen wie die andern deutschen Kleinfürstentümer: der eigentliche Staatszweck trat immer mehr in den Hintergrund, und das Land wurde oft auf die schnödeste Weise lediglich zum Privatvorteil der herrschenden Familie ausgenutzt. Denn nachdem der dreißigjährige Krieg das Aufkommen der stehenden Heere und der fürstlichen Willkür herbeigeführt, wurde es auch in Hessen allmählich Brauch, die Kriegsherrlichkeit des Fürsten so anzusehen, als dürfe derselbe seine Landeskinder nicht bloß nach Gutdünken zu Soldaten machen, sondern sie auch für jeden beliebigen Zweck bluten lassen.

Der Unfug begann damit, daß die deutschen Fürsten aus Schwäche oder Eigennutz dem Kaiser gestatteten, seine Hauskriege in Reichskriege zu verwandeln und ihre Truppen für seine habsburgischen Interessen in Ungarn, Italien und den Niederlanden zu verwenden. Denn als die Unterthanen sich an solche ausländischen Feldzüge gewöhnt hatten, wurden sie auch anderen Potentaten verkauft, ohne einmal wie im dreißigjährigen Kriege den Trost zu haben, daß sie doch wenigstens der Sache ihres Glaubens dienten. Hessische Soldaten waren aber immer eine sehr gesuchte Ware; sie haben im dreißigjährigen Kriege unter Melander, dann in der Schlacht bei Sankt Gotthard 1664 in Ungarn und im spanischen Erbfolgekriege sich stets durch Tapferkeit und Ausdauer hervorgethan. Namentlich England wußte sie zu schätzen; es war denn auch der Hauptkunde für diese Ware.

Die Gelder, welche Landgraf Karl aus diesem Geschäft bezog, verwendete er, zum größeren Teil wenigstens, für die Wohlfahrt seines Landes, so für den Bau von Karlshafen, die Ansiedlung verjagter Hugenotten, das Kollegium Karolinum u. a. Weniger leistete dem Lande sein Sohn und Nachfolger Friedrich I. (1730—1751). Er war durch Vermählung mit der Prinzessin Ulrike Eleonore von Schweden im Jahre 1720 auf den Thron dieses Königreichs gelangt, und obschon er bei der Machtfülle des schwedischen Adels ein bloßer Schattenkönig war, so brachte er dennoch einer so leeren Würde die Kräfte seiner Landgrafschaft zum Opfer, setzte den Verkauf hessischer Truppen an England fort und verwandte das Geld in Schweden. Die Verwaltung in Hessen überließ er seinem Bruder Wilhelm, Grafen von Hanau, welche Grafschaft damals nebst Gelnhausen von der Familie war erworben worden.

*) Ein dritter Sohn Wilhelms VI., Philipp, wurde Stifter des fürstlichen Hauses Hessen-Philippsthal.

Friedrich I. starb ohne rechtmäßige Nachkommen; ihm folgte daher Wilhelm, als Landgraf der achte seines Namens, in dem Besitz von Hessen-Kassel (1751—1760). Er schützte in anerkennenswerter Weise durch den Erlaß einer Assekurationsakte (1754) das evangelische Hessenland vor den etwaigen Folgen des Übertritts des Erbprinzen zur katholischen Religion. Tadelnswert war er jedoch durch die Art und Weise, in der er den Soldatenhandel übte. Er betrieb das Geschäft in großem Maßstabe und ganz wie ein Kaufmann. So lieferte er im Jahre 1743 an beide Kriegführende zugleich, an England 6000 Hessen und an Frankreich (bezüglich an Kaiser Karl VII). ebenfalls 6000 Hessen; es kämpften damals also Hessen gegen Hessen, damit der Landgraf von beiden Parteien Geld nehmen könne. Doch wurde er darin noch überboten von seinem Sohne Friedrich II. (1760—1785). Denn dieser Fürst schaffte (1762) das freiwillige Werbesystem, welches bis dahin in Hessen bestanden, ab, führte die Zwangsaushebung ein und ließ nun die junge Mannschaft im Lande ohne weiteres aufgreifen und mit Gewalt zu Soldaten machen, um sie dann zu verkaufen. Wenn die Eltern der weggenommenen Söhne klagten, so kam der Vater in die Eisenarbeit, die Mutter ins Zuchthaus.

Während des siebenjährigen Krieges hatten die Streitkräfte Hessens, die den Engländern vermietet worden, wenigstens einem deutschen Zwecke genützt, als Verbündete Preußens gegen die Franzosen, und an deutschen Ehren teil genommen, als Mitsieger unter Ferdinands von Braunschweig Führung, zumal am glorreichen Tage von Minden (1. August 1759). Dann aber verkaufte sie der Landgraf zu dem Kriege, den die Engländer in Nordamerika führten, und nun mußten die hessischen Soldaten für eine Sache sterben, die ihnen gleichgiltig oder abscheulich war. Mit Bezug auf diesen Fürsten schrieb Friedrich der Große einmal an Voltaire (18. Juni 1776): „Sie erweisen mir zu viel Ehre, wenn Sie mir seine Erziehung zuschreiben. Wäre er aus meiner Schule hervorgegangen, so wäre er nicht katholisch geworden und hätte nicht seine Unterthanen wie Schlachtvieh an die Engländer verkauft. Ein solcher Zug paßt nicht zum Charakter eines Fürsten, der sich zum Lehrer der Regenten aufwirft. Nur schmutziger Eigennutz ist die Ursache solchen Verfahrens. Ich bedaure die armen Hessen, welche so unglücklich und unnütz ihr Leben in Amerika beschließen.“*) 16 992 seiner Unterthanen hat dieser Landesvater in den Jahren 1776—1782 dorthin übers Meer verhandelt. Für jeden Mann bekam er 30 Kronen (154 Mark 50 Pfennig) sofort und 37½ Kronen (193 Mark 12 Pfennig) alljährlich.**) Da dem Landgrafen nun ein Rekrut ungefähr 76 Mark kostete, so hatte er bei jedem einzelnen etwa 75 Mark Profit. Von jenen nach Amerika Verkauften sahen mehr als ein Drittel, nämlich 6500, die Heimat nicht wieder. Die Lücken auszufüllen, waren dem Fürsten übrigens

*) v. Sybels Hist. Ztschr. XLII, S. 314.

**) Fr. Kapp, Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika (1775—1783) 2. Aufl., Berlin 1874. — v. Sybel, a. a. O., S. 304 ff.

alle Mittel gut; seine Werber griffen jeden auf, der ihnen tauglich schien; keine hessische Landstraße war sicher, wie es zu seinem Schaden unter anderm auch der Dichter Seume erfuhr.*)

Friedrich II. lebte verschwenderisch, und sein Land war klein (156 Quadratmeilen mit 300 000 Einwohnern); gleichwohl häufte er durch seinen Menschenhandel große Schätze zusammen; denn an 20 Millionen Thaler betrug im ganzen die Summe, die er von England dafür bezogen.

Sein Sohn Wilhelm IX. (1785—1821) setzte die einträgliche Seelenverkäuferei mit Eifer fort, obgleich sie mittlerweile bei steigender Aufklärung immer anrüchiger geworden war; er hatte sie schon als Prinz, als Regent der Grafschaft Hanau, betrieben, den Engländern damals 2422 Mann nach Amerika geliefert. Jetzt als Landgraf lieferte er ihnen gegen die jährliche Summe von 36 000 Pfund Sterling ein stehendes Corps von 12 000 Mann. Auf diese Weise war es ihm möglich, allerhand Neubauten in Kassel aufzuführen, darunter das jetzige Schloß Wilhelmshöhe. In der deutschen Politik hielt er es übrigens mit Preußen, und da seine Militärmacht ihm einiges Ansehen verschaffte, so gelang es ihm, in den Verhandlungen, die 1802 zwischen dem deutschen Reich und der französischen Republik geführt wurden, bedeutende Vorteile zu gewinnen: für die Abtretung von Sankt Goar und Rheinfels bekam er die mainzischen Ämter Fritzlar, Neustadt, Naumburg, Amöneburg, die Reichsstadt Gelnhausen und was ihn noch mehr befriedigte, die Landgrafschaft Hessen-Kassel wurde durch einen Reichs-Deputationsbeschluß vom 8. Oktober 1802 zum Kurfürstentum erhoben.

Vier Jahre darauf warf Napoleons Machtwort den neuen kurfürstlichen Thron wieder um; Kurfürst Wilhelm I. floh mit seinen Schätzen ins Ausland, und Kurhessen wurde (1807) samt andern mitteldeutschen Gebieten zu einem Königreich Westfalen unter der Herrschaft Jerome Bonapartes vereinigt. Jerome führte in Kassel ein lustiges, sittenloses Leben, das dem Lande viel Geld kostete; aber die Franzosenzeit brachte wenigstens den Nutzen, daß viel alter Unrat feudalen Wesens fortgeräumt wurde. Da kam das Jahr 1813 und die Befreiung von der Fremdherrschaft. Unter allgemeinem Jubel — so fest hielt das Volk an der angestammten Herrschaft — zog der alte Kurfürst wieder in Kassel ein. Die Freude über die Rückkehr des früheren Regenten wurde indes dem Volke sehr bald vergällt. Denn kaum saß Wilhelm I. wieder auf seinem Throne, so hatte er nichts Eiligeres zu thun, als alle die Mißbräuche aus der Zopfzeit von 1806 mit der Härte, dem schnöden Geiz, dem starren Eigensinn, die seinen Charakter ausmachten, nach Möglichkeit wieder herzustellen. Die guten Einrichtungen Napoleons (z. B. der Code Napoléon) wurden abgeschafft. Die bei seiner Rückkehr versprochene Verfassung gab er nicht. Die Fronden und bäuerlichen Lasten, ebenso die althessischen Steuern führte er wieder ein und beraubte die Domänenkäufer; aber

*) S. die Selbstbiographie Johann Gottfried Seume's.

die schwersten der westfälischen Abgaben ließ er bestehen und die Gütererwerbungen Jeromes, auch die auf Unrecht begründeten, behielt er für sich. Die Beamten und Offiziere begaunerte er um einen großen Teil ihres Gehaltes; die Verabschiedeten betrog er, wo es ging, um ihre Pension. Und zum Abscheulichen fügte er das Lächerliche, indem er den Truppen befahl, die alten, 15 Zoll langen Zöpfe wieder anzulegen.

Auf dem Wiener Kongreß 1815 wußte er seine Interessen gut wahrzunehmen; man gestand ihm den Titel „Königliche Hoheit" zu und zog die Grenzen von Kurhessen so, wie sie dann bis 1866 geblieben sind. Es trat an Hannover die Ämter Freudenberg, Üchte, Auburg, an Weimar die Ämter Frauensee, Völkershausen, Vach ab und erhielt für diese und andere kleinere Grenzverluste den größten Teil von Fulda und Isenburg zum Ersatz. Der Kurfürst nannte sich seitdem noch Großherzog von Fulda und Fürst von Isenburg.

Willkür, Eigennutz und Hartnäckigkeit waren auch die Eigenschaften seiner Nachfolger; Wilhelm II. (1821—1847) und Friedrich Wilhelm (1847 bis 1866) gingen auf den Wegen des Vaters und Großvaters. Ein halbes Jahrhundert lang ist die Mißregierung in Kurhessen ein stehender Klageartikel deutscher Volksfreunde gewesen, und frühzeitig richteten sich auch in diesem Lande die Hoffnungen auf Preußen. Allein die Abmahnungen des Berliner Hofes, die sich Wilhelm II. auch durch Vernachlässigung seiner Gemahlin Auguste, der Tochter Friedrich Wilhelms II. von Preußen, zugezogen, fruchteten sehr wenig. Mehr Eindruck hatte auf kurze Zeit ein Aufstand des Volkes in Kassel (1830) gemacht; die nächste Folge des Schreckens war gewesen, daß der Kurfürst dem Lande am 5. Januar 1831 eine freisinnige Verfassung gab und den Kurprinzen Friedrich Wilhelm zum Mitregenten ernannte. Aber diese Angst machte bald wieder trotzigem Hochmut Platz, und der Sohn war nicht minder selbstherrlich gesinnt als der Vater. Schon 1832 wurde ein reaktionäres Ministerium unter dem Vorsitz des Geheimrates Hassenpflug eingesetzt, welches dafür sorgte, daß die Verfassung ein Stück Papier blieb. Ähnliches wiederholte sich 1848, und die schwächliche Einmischung des Königs Friedrich Wilhelm IV. führte nur zu dessen eigener Demütigung.

Erst die Politik von „Blut und Eisen" wandte auch hier das Mittel an, welches allein helfen konnte: die Einverleibung Kurhessens in den preußischen Staat. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm verschmähte es mit derselben Halsstarrigkeit und Verblendung wie sein Nachbar Georg von Hannover, sich durch Eingehen auf Preußens Forderungen den Thron zu retten: „Ich bin so gut deutscher Bundesfürst wie der König von Preußen, und er hat mir nichts zu befehlen," antwortete er auf das preußische Ultimatum im Juni 1866, und so traf ihn dasselbe Los wie den Beherrscher Hannovers; er wurde entthront und ist in der Fremde (1875 in Prag) gestorben. Seine Anverwandten (rechtmäßige Kinder hinterließ er nicht), die Landgrafen von Hessen-Philippsthal haben von dem preußischen Staate für den mit der kurhessischen Landes-

herrschaft verbundenen Vermögensbesitz Abfindung durch Renten empfangen. Wegen des hessischen Staatsschatzes, der aus den Soldatenverkäufen des 18. Jahrhunderts entstanden war, hatte zwischen den Kurfürsten und den Ständen Streit über den Besitz, ob Krongut oder Staatsgut, bestanden. Durch Verordnung vom 16. September 1867 wies der König von Preußen den „vormals kurhessischen Staatsschatz," dem kommunalistischen Verbande des Regierungsbezirks Kassel zu, was dann ein preußisches Staatsgesetz vom 25. März 1869 näher regelte. Dies Gesetz wurde vom preußischen Landtage ohne Debatte genehmigt; Preußen, Fürst und Volk, scheute das Blutgeld.

Nassau.

Ein fränkisches Grafengeschlecht, die Laurenburger, legte um das Jahr 1100 bei dem Orte Nassau an der Lahn ein Schloß an, machte dasselbe zum Mittelpunkt seiner zwischen Main und Sieg weit verstreuten Besitzungen und nannte sich seit 1149 Grafen von Nassau. Aus diesem Hause entstanden 1255 durch Erbteilung der Brüder Walram und Otto zwei Linien — die ältere, Walramische, welche links von der Lahn herrschte, und die jüngere, Ottosche, rechts von der Lahn. Aus letzterer siedelte ein Zweig im fünfzehnten Jahrhundert nach Breda in den Niederlanden über, erwarb im sechzehnten Jahrhundert (1544) durch Heirat das französische Fürstentum Orange an der Rhone und hat dann unter dem erlauchten Namen Oranien in Holland und England eine große Rolle gespielt. Dieser Glanz war dauernd; dagegen die Walramische Linie hat in der Welt nur für einen Augenblick eine ähnliche Höhe erreicht. Es war, als Walrams Sohn Adolf 1292 zum deutschen Kaiser gewählt wurde. Ein kühner, prächtiger Rittersmann, doch solche Krone zu tragen weder durch Geisteskraft noch durch Hausmacht befähigt, verlor er schon 1298 in der Schlacht bei Göllheim die Krone wieder und zugleich das Leben.

Seine Nachkommen haben es über den Stand von Kleinfürsten nicht hinausgebracht, obschon sie 1366 reichsunmittelbare Fürsten wurden und durch manche Erwerbungen ihr Gut vermehrten. Der Reformation wandten sie sich frühzeitig und mit Eifer zu und haben sie aller Wege nach Kräften vertreten. Doch auch diese Dynastie schwächte sich selbst durch Erbteilungen; ihre Stammtafel ist voll von Ästen zum Teil neben einander regierender Familien: Nassau-Weilburg, Nassau-Wiesbaden, Nassau-Saarbrücken, Nassau-Idstein und Nassau-Usingen.

Beim Untergang des deutschen Reiches sicherten die Fürsten von Nassau durch Beitritt zum Rheinbund ihren Besitz, der nun zu einem unteilbaren Herzogtum erhoben wurde (1806), und rundeten ihn (1815) durch Erwerbungen der deutschen Besitzungen des Hauses Oranien (Diez, Hadamar, Dillenburg u. a.) ab. 1816 vereinigte Herzog Wilhelm I. nach dem Aussterben der letzten Nebenlinie des Walramischen Hauses alle nassauischen Lande, brachte in ihnen

auch die Vereinigung der reformierten und der lutherischen Kirche zu stande und errichtete 1818 allgemeine Landstände.

Obwohl protestantisch, hielt die nassauische Fürstenfamilie doch von alters her zu Österreich; mit Unmut sah sie sich von dem vergleichsweise neuen Hause Hohenzollern so tief in den Schatten gestellt; um so weniger war sie 1866 geneigt, wie es der Vorteil des Landes forderte, sich der Führung Preußens unterzuordnen. Der Herzog Adolf (seit 1839) machte vielmehr mit allen Feinden dieses Staates gemeinsame Sache, und so teilte er das Los seines Nachbars im Osten, des Kurfürsten von Hessen; er verlor seinen kleinen Thron. —

Auch die Regierung von Frankfurt am Main handelte nicht klüger. Sie brachte die Stadt um eine politische Existenz, die zwar jetzt nur noch wenig nützte, aber doch nicht ohne schmeichelhafte Erinnerungen war. Frankfurt an der Hauptflußader des mittleren Deutschlands und nahe dem Rheine belegen, ist zur Vermittelung des Verkehrs zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teile Westdeutschlands gleichsam von Natur bestimmt. Diese für den Handel so günstige Lage verhalf der Stadt schon frühzeitig zu großem Reichtum und auch zu einiger politischer Wichtigkeit. Sie wurde 1245 zu einer freien deutschen Reichsstadt erhoben, und dies war nicht der einzige Vorteil, den ihr die Gnade des Kaisers zuwandte. Insbesondere machte sich Ludwig der Bayer um sie verdient, indem er in ihr 1330 die jährliche Handelsmesse stiftete, die noch heute besteht. Dann, gegen Ende des Mittelalters, wurde es sogar Brauch, in Frankfurt die deutschen Kaiser zu wählen; seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wurden dieselben auch hier gekrönt. Die Stadt erwarb dieses Vorrecht, obgleich sie sich dem lutherischen Bekenntnis zugewandt hatte, und sie behielt es bis zum Umsturz des Reiches. Im Jahre 1810 errichtete Napoleon hier ein „Großherzogtum Frankfurt", welches er dem Mainzer Fürst-Primas von Dalberg gab. Diese Schöpfung ging 1813 mit den anderen Stegreifwerken jenes Kaisers zu Grunde, und im Jahre 1815 wurde Frankfurt nunmehr als freie Stadt souverän, zum Sitz der deutschen Bundesversammlung gewählt. Dieser Umstand verleitete die Frankfurter Patrizier die Bedeutung ihrer Stadt und ihre eigene Wichtigkeit ganz unmäßig zu überschätzen. Sie hielten Frankfurt für die wahre Hauptstadt Deutschlands und sich selbst für Potentaten. Sie übertrafen die Regierungen fast aller anderen Kleinstaaten in der Eifersucht auf ihre Souveränität, und wohl nirgends hatte der preußische Staat so erbitterte Widersacher als hier. Es war daher notwendig, daß der König von Preußen 1866 die Herrschaft dieser geldstolzen Aristokratie ein Ende machte. Er verband Frankfurt mit Nassau zu einem Regierungsbezirk Wiesbaden und diesen mit dem Regierungsbezirk Kassel (Kurhessen) zur preußischen Provinz Hessen-Nassau.

Das Patent, durch welches König Wilhelm (am 3. Oktober 1866) von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. Besitz ergriff, war von einer Proklamation an die Einwohner begleitet, in welcher der König dieselben



(mit gleichen Worten wie die Schleswig-Holsteiner) daran erinnerte, daß jeder Erwerb, den Preußen mache, nur ein Gewinn für Deutschland sei, und daß diesen Erwerb ebenso sehr die Pflicht der Selbsterhaltung, wie die Sorge für die Förderung der nationalen Interessen geboten habe.

Die neuen Provinzen, die der preußische Staat 1866 gewonnen, waren an Umfang den Erwerbungen Friedrichs des Großen gleich. Aber auch an innerem Wert standen sie ihnen nicht nach. Preußen hatte jetzt die hinreichenden Mittel, um sich gegen jede Macht in der Welt aus eigener Kraft behaupten zu können. Ein trefflich abgerundetes und an Nord- und Ostsee im Herzen Europas gelegenes Reich von 6400 Quadratmeilen mit 24 Millionen Einwohnern, die zu neun Zehnteln demselben deutschen Volksstamm angehörten, war es nicht mehr umzuwerfen. Geschickter zum Widerstand, war Preußen aber noch fähiger zum Angriff geworden; sein Heer hatte an den feldtüchtigen Bevölkerungen von Hannover und Hessen, seine Flotte an den vorzüglichen Seeleuten Schleswig-Holsteins und Ostfrieslands eine sehr erhebliche Verstärkung empfangen. So konnte das Jahr 1866 den Ausgangspunkt bilden zu einer neuen und langen Glanzzeit preußischer Geschichte.

Der norddeutsche Bund.

Die deutschen Völker in eine staatliche Gemeinschaft zu bringen und sie so erst zu einer rechten Nation zu machen, nach diesem Ziele hatte die Geschichte, hatte soeben noch das letzte, große Jahr 1866 einen Weg klar und deutlich vorgezeichnet: es war die preußische Straße, die Einverleibung in den einzigen vorhandenen reindeutschen Großstaat. Auf diesem Wege waren nunmehr von den 37 Millionen Menschen deutscher Zunge, die das eigentliche Deutschland bewohnten, 22 vereinigt worden, und selbst, wenn man die vordem zum deutschen Bunde gehörigen 6 Millionen Deutsch-Österreicher in Anschlag brachte, immer gehörte doch die größere Hälfte der Deutschen dem preußischen Staate an; die kleinere war überdies unter zwei Dutzend staatlicher Sonderwesen zersplittert und was von ihr zu Österreich gehörte, zum Teil gar der Herrschaft slawischer Mehrheiten preisgegeben. Wenn Preußen sich selbst treu blieb, so konnte kein Zweifel sein, daß es im Laufe der Zeiten auch den Rest von Deutschland in sich aufnehmen würde, und wer in Betracht zog, wie wenig Ausdehnungskraft das süddeutsche Wesen besitze, wie es in den österreichischen Alpenländern und in Böhmen sogar zurückschreite, dem mußte Deutschlands Aufgehen in Preußen nicht bloß als die einzig sachgemäße und natürliche, sondern auch als die wünschenswerteste Lösung der deutschen Frage erscheinen.

Allein dieser Weg war rauh und für die Ungeduld derer, welche die Erreichung des Zieles noch selbst erleben wollten, zu weit. Sie glaubten, eine andere Bahn einschlagen zu können, welche sie für bequemer und kürzer hielten. Uneinig über die Wahl der Mittel, stimmten diese Freunde deutscher Einheit doch darin überein, daß sie den preußischen Staat, dessen felsenfester Bau eben noch allen Angriffen seiner Feinde getrotzt hatte, in Güte abtragen und auf seinem Grund und Boden ein modernes Haus aufführen wollten, in welches, wie man hoffte, die übrigen Deutschen aus freien Stücken einziehen würden.

Noch vor zwei Jahren hätte der Graf Bismarck solche Hoffnung mit Achselzucken von sich gewiesen. Er antwortete damals einem fremden Diplomaten, der von einem freiwilligen Anschluß der Schleswig-Holsteiner an Preußen sprach, mit dem treffenden Worte: „Sie kennen meine Landsleute nicht. Glauben Sie mir, wären die Deutschen nur reich genug, so würde sich

jeder einzelne von ihnen seinen eigenen König halten; freilich mit der Bedingung, daß sein König nur bei ihm kaufe."

Aber jetzt, durch die Ereignisse von 1866, meinte Bismarck die deutsche Sondersucht mit ihrer Hoffahrt und Rechthaberei so tief gedemütigt, so schwer geschädigt, daß ihm däuchte, sie könne gar nicht wieder über den gesunden Menschenverstand Herr werden.

Auch hielt er für seinen Plan, den Überrest Deutschlands moralisch zu erobern, ein Mittel in Bereitschaft, welchem eine gewisse Zugkraft nicht abzusprechen war. Es hieß Versöhnung und Bund mit dem gemäßigten Teile der freisinnigen Partei. Ja er trug nun in der inneren Politik nicht nur den Lehren der Liberalen, sondern selbst den Wünschen der Demokraten in manchen Punkten Rechnung. Es schien, er wolle der Uhlandschen Mahnung nachkommen, welche der Oberbürgermeister von Berlin (Seydel) einst öffentlich ausgesprochen: „es müsse der deutsche Kaiser der Zukunft mit einem Tropfen demokratischen Öles gesalbt sein."

Zunächst entschloß sich der König auf den Rat seines Ministers zu einem Schritte, der alle Freunde eines verfassungsmäßigen Staatslebens im höchsten Grade befriedigte. Die Regierung beantragte beim Landtag für die finanziellen Maßregeln, die sie bisher eigenmächtig getroffen, Indemnität, nachträgliche Genehmigung (14. August 1866). Sie behauptete dadurch die Befugnis und Verpflichtung der Regierung zu budgetlosem Regimente, wenn ein Etatsgesetz nicht zu stande komme; aber sie erkannte zugleich auch die Regelwidrigkeit eines solchen Zustandes und die Notwendigkeit eines allseitig genehmigten Etatsgesetzes und forderte das Abgeordnetenhaus auf, ihr Vorgehen mit der Aufrechterhaltung der Armeereform als sachlich wohlbegründet anzuerkennen und nachträglich die Ausgaben dafür zu genehmigen. Sie mißbrauchte also nicht, wie viele gefürchtet hatten, ihre siegreiche Stellung, sondern lenkte, da sie es nunmehr konnte, freiwillig in den Weg der Verfassungsmäßigkeit ein. Nur der linke Flügel der Fortschrittspartei war auch jetzt nicht zur Versöhnung bereit, sondern stimmte unter Jacobys und Waldecks Führung mit den Polen und Ultramontanen gegen die Bewilligung der Indemnität; dagegen die Mehrzahl im Abgeordnetenhause war froh, auf so gute Weise aus dem unerquicklichen langjährigen Zwist herauszukommen; das Indemnitätsgesetz ging (am 3. September) mit 230 Stimmen gegen 75 durch. Die Mehrheit schlug also in die zur Versöhnung dargebotene Hand ein, und seitdem herrschte zwischen König und Volksvertretung ein besseres Verhältnis.

Nachdem so mit der konstitutionellen Partei in Preußen Frieden gemacht war, suchte sich die Regierung auch bei der Neugestaltung Deutschlands, welche sie nun vornahm, die Sympathieen der Liberalen zu erwerben. Die deutschen Staaten im Norden des Mains mußten (durch Vertrag vom 18. August 1866) zu Preußen in ein enges Bundesverhältnis treten, welches dem preußischen Könige den Oberbefehl zu Lande und zu Wasser und manche andere Hoheitsrechte einräumte, und diese neue Schöpfung, die den Namen

„Norddeutscher Bund“ erhielt, wurde aufs reichlichste mit parlamentarischen Formen ausgestattet. Nur die vollstreckende Gewalt wurde dem Könige als dem „Präsidenten“ des Bundes, ausschließlich zu teil, die gesetzgebende übte der „Bundesrat“, der aus den Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen bestand, im Verein mit dem „Reichstag“, einer nach allgemeinem Stimmrecht unmittelbar gewählten Vertretung des norddeutschen Volkes. 296 Abgeordnete, je einer auf 100 000 Einwohner des norddeutschen Bundesgebietes, bildeten dieses Parlament.*)

Am 24. Februar 1867 trat der norddeutsche Reichstag in Berlin zum erstenmale zusammen; König Wilhelm eröffnete ihn mit einer Rede, die der Wichtigkeit des Ereignisses vollen Ausdruck lieh: „Es ist ein erhebender Augenblick“, sprach er, „in welchem ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich, nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern, in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rate Europas, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Walstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Wert der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Notwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern ..... Als Erbe der preußischen Krone fühle ich mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind ..... Nur von uns, von unserer Einigkeit hängt es ab, dem gesamten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rate der Völker

*) Vgl. v. Sybel, a. a. O, Bd. VI.



seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag. Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf unsere gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben ..... Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden!"

Am 9. März begann im Reichstage die Verhandlung über die Verfassung des norddeutschen Bundes, welche von den verbündeten Regierungen unter einander vereinbart worden war und nun den Volksvertretern zur Annahme vorgelegt wurde. Es entspann sich ein heftiger, mehrtägiger Wortkampf; nicht bloß die Anhänger der alten Zustände, der gestürzten Dynastieen, auch die Demokraten der „deutschen Fortschrittspartei" fanden an dem Bunde und seiner Verfassung fast nur zu tadeln. Dagegen die Liberalen aus den neuen Provinzen, geführt von den Abgeordneten v. Bennigsen, Miquel, Braun, begrüßten das Werk mit Freuden und verteidigten es mit Eifer. Ihnen schlossen sich die gemäßigten unter den altpreußischen Liberalen an, sowie aus Ergebenheit gegen den König die altpreußischen Konservativen. Auch gaben Bundespräsident und Bundesrat nach, daß der Verfassungsentwurf noch in einzelnen Punkten verändert wurde, namentlich, daß die Abstimmung bei den Wahlen zum Reichstage geheim sein sollte. So rief denn Bismarck nicht umsonst der wohlgeneigten Mehrheit das Wort zu: „Setzen wir Deutschland nur erst in den Sattel! Reiten wird es schon können." Bei der Schlußberatung, am 16. April, wurde die Verfassung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen.

Dann hatten die Einzellandtage der verbündeten Staaten ihr Votum abzugeben. Auch hier erfolgte die Annahme mit großen Mehrheiten. Ein erheblicher Widerstand war nur im preußischen Abgeordnetenhause zu überwinden, wo die „Fortschrittspartei" noch immer ziemlich stark war. Ihr genügte das Maß von Einheit und Freiheit nicht, welches dem deutschen Volke jetzt dargeboten wurde; sie wollte es nicht einmal als Abschlagszahlung annehmen. Einer der verbissensten dieser Doktrinäre, Johann Jacoby, legte gar feierlichen Protest ein gegen die Stiftung des norddeutschen Bundes, sowie gegen die preußischen Annexionen; durch Genehmigung dieser Bundesverfassung — erklärte er — würde das Volk sich *selbst* die „Schmach freiwilliger Knechtschaft" auferlegen, wie es durch Gutheißen der Annexionen an ungerechten Gewaltthaten mitschuldig wäre. Mit pathetischem Seherton warnte er, sich nicht von dem „Trugbild nationaler Macht und Ehre" verführen zu lassen. Auch viele andere Abgeordnete der Linken, namentlich v. Hoverbeck, Waldeck, Virchow, wollten sich den Thatsachen nicht beugen; mit den Polen und den übrigen Preußenfeinden vereinigt, brachten diese Fortschrittler die Opposition doch auf 93 Stimmen. Indes die Freunde des Werkes von 1866 waren ungleich stärker; sie setzten mit 227 Stimmen die Annahme der Bundesverfassung durch (31. Mai). Im preußischen Herrenhause geschah diese einstimmig (1. Juni). Am 1. Juli erhielt die Verfassung Gesetzeskraft.

Demgemäß gingen nun alle gemeinsamen Angelegenheiten — das Kriegswesen, die Flotte, die Vertretung nach außen, die Post, Telegraphie und viele wichtige Gesetz- und Rechtssachen — von den Einzelstaaten auf den Bund über, dessen nationale Einheit dem Auslande gegenüber auch in einer eigenen Flagge „schwarz-weiß-rot“ — aus den preußischen schwarz-weißen und den hanseatischen weiß-roten Farben zunächst für die Marine zusammengesetzt — Ausdruck erhielt. Es verstand sich von selbst, daß Preußen den Vorzug hatte, in seinem Könige dem neuen Bunde den Präsidenten zu stellen; aber sonst war dem preußischen Staate gegen die 21 kleinen Verbündeten kein Vorteil vorbehalten, das Stimmenverhältnis im Bundesrat vielmehr so bemessen (17 preußische Stimmen, 26 andere), daß er hier in der Minderheit bleiben konnte.

Für diejenigen Preußen, denen nicht Deutschland, sondern Preußen über alles ging, war dieses Ergebnis der Thaten von 1866 ein harter Schlag. Preußen wird also mediatisiert! sagten sie sich. Diese Groß- und Weltmacht dankt ab zu Gunsten Norddeutschlands, von welchem es vier Fünftel umfaßt; die schwarz-weiße Preußen-Fahne sinkt nieder, und die neudeutsche, die schwarz-weiß-rote, zieht auf! Dahin also haben jene großen Siege geführt, daß unser Staat die wichtigsten Stücke seiner Souveränität einbüßt, und daß der Preuße, der in politischen Dingen weiter nichts sein und bleiben will als Preuße, fortan ein Partikularist heißt!

Indes dieses Murren wurde von dem Beifall derer übertönt, welche Preußens Aufgehen in Deutschland wünschten, sowie derer, welche in dem spezifischen Preußentum das streng Königische haßten oder fürchteten.

Auch der deutsche Zollverein, dem jetzt noch Mecklenburg und Lübeck beitraten, wurde im Sinne größerer Einheit verbessert und empfing zugleich die parlamentarischen Weihen.*) Bisher hatten sämtliche Staaten das Recht gehabt, einen Beschluß durch ihren Widerspruch zu hindern, beziehungsweise ungiltig zu machen. Dies hörte auf; nur der leitende Staat, Preußen, behielt diese Befugnis. Außerdem wurde ein „Zollparlament“ eingerichtet, welches aus allgemeinen Wahlen des ganzen im Zollverein verbundenen deutschen Volkes hervorging und zusammen mit dem „Zollbundesrat“, d. i. mit den Bevollmächtigten der Regierungen, die gesetzgebende Gewalt in den Handels- und Zollsachen ausübte. Den Vorsitz führte auch hier der König von Preußen. Im April 1868 tagte zu Berlin das erste Zollparlament. Nicht ohne großes Widerstreben hatten die süddeutschen Partikularisten in diese Reform gewilligt; die Mehrheit in der bayrischen ersten und in der württembergischen zweiten Kammer war nur durch Preußens Drohung, sonst den Zollverein zu kündigen, zur Genehmigung derselben bewogen worden.

So war denn wenigstens auf handelspolitischem Gebiete die Einheit Deutschlands hergestellt. Die erheblichsten Dienste bei diesem Werke hatte der Direktor des preußischen Handelsministeriums, der Geheimrat, spätere (bis 1876) Minister, Delbrück geleistet. Wie Motz, Maaßen und Kühne die

*) Vgl. v. Sybel, a. a. O., Bd. VI.

Begründer, so kann Delbrück der Vollender des deutschen Zollvereins genannt werden.

Ein weiterer Fortschritt war, daß Preußen die norddeutschen Kleinstaaten militärisch sich einverleibte; kraft der Verträge, die es im August und September 1867 mit ihnen darüber abschloß, wurden die von ihnen zu stellenden Truppen dem preußischen Heere teils eingereiht, teils angefügt. Preußen erleichterte ihnen dabei gern, so viel es sich thun ließ, die neue, bundesmäßige Militärlast; denn es hatte an ihrem Fortbestehen jetzt insofern ein Interesse, als zu erwarten war, daß ihre Stimmen im Bundesrat sich in allen wichtigen Dingen stets nach der preußischen richten würden. Aus demselben Grunde nahm es dem kleinsten dieser Staatengebilde, dem Fürstentum Waldeck-Pyrmont, auch die Lasten der Civilverwaltung ab, indem es (am 18. Juni 1867) mit dem Fürsten von Waldeck einen Vertrag einging, durch welchen dieses Ländchen unter preußische Verwaltung gestellt wurde.

Durch alle diese Maßregeln und Neubildungen wurde nun das gemeine Beste des deutschen Volkes in manchen Beziehungen erheblich gefördert. Besonders hatte der Nordbund sehr bald gute Früchte seines Wirkens aufzuweisen, unter welchen die heilsamste die Herstellung der Rechtseinheit für Norddeutschland war. Sie wurde erreicht am 25. Mai 1870, an welchem Tage der Reichstag das norddeutsche Strafgesetzbuch genehmigte. Die hervorragendsten norddeutschen Juristen hatten an diesem Werke unter Leitung des preußischen Justizministers — es war seit 1868 an Stelle des verabschiedeten Grafen Lippe der Hannoveraner Dr. Leonhardt — thätigen Anteil genommen.

In weiteren Kreisen fühlbar und darum mit allgemeiner Freude begrüßt, waren die großen Verbesserungen, welche das Post- und Telegraphenwesen erfuhr. Das Postmonopol, welches der Fürst von Thurn und Taxis noch in einigen Staaten nördlich des Mains besessen, wurde ihm abgekauft und nun (vom 1. Juli 1867 ab) das gesamte norddeutsche Postwesen der alleinigen Leitung Preußens unterstellt; es gewann jetzt einheitliche Gestalt, freiere Bewegung und erhöhte Leistungskraft, Handel und Wandel spürten den Nutzen davon, namentlich empfand man als eine Wohlthat, die jedermann zu gute kam, die Einführung des einfachen Groschenportos für den Briefverkehr, sowie der Postkarten durch das ganze deutsch-österreichische Staatengebiet. Der preußische, bald deutsche General-Postmeister Stephan war unermüdlich, Neues zum Besten des Publikums zu ersinnen und durchzusetzen.

Während aber der Nordbund in dieser gemeinnützigen Weise wirkte, kamen in Süddeutschland die partikularistischen Bestrebungen wieder auf. Die Württemberger und Bayern, statt die Bundesverträge mit Preußen weiter auszubilden, beschränkten sich darauf, ihr Heerwesen zu verbessern, und leisteten auch dabei nur das Notdürftigste. Sie beharrten dabei, jede engere politische Verbindung mit Norddeutschland als eine „Verpreußung“ von sich zu weisen. Es war hier vor allem die mächtige ultramontane Partei, welche den nationalen Gedanken bekämpfte, und doch genoß die römische Kirche in keinem deutschen

Staat so viel verfassungsmäßige Freiheit als gerade in Preußen, und niemals hatte sie sich selbst von seiten der Regierung einer so rücksichtsvollen und wohlwollenden Behandlung erfreut als eben jetzt. Obgleich jetzt nach dem Hinzutritt der neuen Provinzen mehr als zwei Drittel des preußischen Volkes protestantisch waren, so ließ man den Ausbreitungstrieb der römischen Kirche doch unbehelligt. Es konnten zahlreich im Lande neue Klöster entstehen; ja selbst — so übermäßig weit ging diese Nachsicht — es konnten Jesuitenmissionen ihr Wesen treiben! Aber die Ultramontanen waren mit der Freiheit, die man ihnen gewährte, nicht zufrieden; sie wollten für sich die Herrschaft, und diese konnte ihnen nach der Natur der Dinge in Preußen nie zu teil werden. Deshalb befeindeten sie das von jenseits des Mains herwinkende neudeutsche Wesen mit aller Kraft. „Lieber französisch als preußisch!“ hörte man sie rufen.

Hand in Hand mit den Schwarzen gingen die Roten, die Demokraten, welche die Hegemonie des Hauses Hohenzollern verwarfen, weil sie überhaupt von keiner fürstlichen Gewalt etwas wissen wollten. Sie traten jetzt auch in Norddeutschland mit offenem Visier auf. Ihr ältester Worthalter, Johann Jacoby, verkündigte (im Mai 1870) vor aller Welt: „Es handelt sich um die Frage: Königtum oder Republik? Was dazwischen liegt, ist des Kampfes nicht wert.“ Als Mittel, um zu dem von ihm ersehnten Ziele, der Republik, zu gelangen, empfahl er den Parlamenten, beharrlich das Budget abzulehnen: ein Mittel, welches denn freilich wunderlich genug war.

Gefährlicher waren die Lehren derjenigen Volksaufwiegler, welche nicht bloß Staat und Verfassung, sondern auch die gesellschaftlichen und besonders die Besitzverhältnisse von Grund aus umzugestalten strebten. Denn sie konnten auf wirkliche und in die Augen springende Übel hinweisen, auf die leiblichen und geistigen Entbehrungen der Massen und den schwelgerischen Genuß der Wenigen, und sie wandten sich mit den Heilmitteln, welche sie anpriesen, nicht an den christlichen Sinn aller, sondern an den Eigennutz der unteren Klassen. Die rohe Menge fand an Schulze-Delitzsch' beschwichtigenden Ratschlägen, die dem Arbeiter Sparsamkeit und Bildung als Universalmittel empfahlen, schon längst keinen Geschmack mehr; besser sagte der Arbeitsscheu und der Genußsucht die einschmeichelnde Lehre Ferdinand Lassalles*) zu, welche auf Ausbeutung des Staates durch den Arbeiterstand hinauslief. Lassalle, ein Litterat von jüdischer Abkunft und glänzender Begabung, erklärte die Schulzesche Selbsthilfe für ganz unzureichend; statt ihrer verlangte er für die Besitzlosen Staatshilfe, und zwar in einer Weise, daß er, ein Meister trugschlüssiger Redekunst, unter dem Schein der Gleichheit und Gerechtigkeit in der That für den Handarbeiter eine bevorrechtete Stellung im Staate forderte. Noch weiter, als dieser „Messias der Arbeiter“ ging dann die Internationale, ein Geheimbund, der die Verbrüderung der Arbeiter aller Länder, den Umsturz aller be-

*) Geboren 1825 zu Breslau, gründete im Mai 1863 den „allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, starb zu Genf am 31. August 1864 infolge eines Zweikampfes.



stehenden Staaten und die Errichtung des „Arbeiterstaates" zu seinem Evangelium machte und unter den Monarchieen die preußische als die festeste am ingrimmigsten haßte. Schon bei den Wahlen zum ersten norddeutschen Reichstag war die Wirkung dieser Lehren, zumal auf das Fabrikproletariat, bemerkbar, und nachdem die Lassalleaner von den Internationalen überflügelt worden, war diese Wirkung eine königs- und preußenfeindliche. Zwar hatte kein Teil des Volkes bei den neuen Dingen so viel und so handgreiflich gewonnen als gerade die große Masse der Besitzlosen; denn ihnen war durch das allgemeine, gleiche Stimmrecht zum erstenmal ein reeller Einfluß auf den Staat eingeräumt worden. Trotzdem verhielten sie sich nun, insoweit sie überhaupt ihr Interesse bethätigten, auch gegen die Bismarcksche Politik feindlich. Der arme Mann glaubte eben den Demokraten leicht, daß für die Reichen und Vornehmen die Monarchie, für die Armen und Geringen die Republik das Bessere sei.

Zu den erbittertsten Feinden des preußischen Staats gehörten ferner die Anhänger der gestürzten Dynastieen von Hannover und Kurhessen. König Wilhelm hatte aus Großmut den entthronten Fürsten für die Domänen, welche sie mit ihren Staaten eingebüßt, sehr beträchtliche Geldentschädigungen angeboten; es waren denn auch demgemäß Verträge mit ihnen im September 1867 abgeschlossen worden. Danach sollte König Georg 16 Millionen, Herzog Adolf 9 Millionen und Kurfürst Friedrich Wilhelm 4 Millionen Thaler bekommen. Nur mit Mühe setzte es Graf Bismarck beim preußischen Abgeordnetenhause durch, daß es diese freigebige Abfindung genehmigte (1. Februar 1868). Aber die Erwartung, daß die Entthronten nun Ruhe halten würden, trog. Nur Herzog Adolf fügte sich still in sein Los. König Georg, der in Hietzing bei Wien, und Kurfürst Friedrich Wilhelm, der in Prag seinen Wohnsitz genommen, fuhren fort, von ihren Hoflagern im Auslande Preußen in Wort und Schrift anzufeinden und den Geist der Unzufriedenheit in dessen neuen Provinzen zu nähren. Georg V. unterhielt sogar ein kleines Truppencorps, die sogenannte Welfenlegion, in einer Stärke von etwa 1000 Mann, und schickte im Februar 1868 diese Truppe bis auf weiteres nach Frankreich, von wo dieselbe ihrerzeit mit den Franzosen vereint in Preußen einbrechen sollte. Da säumte denn auch König Wilhelm nicht, die Feindseligkeiten fortzusetzen. Er verfügte am 2. März 1868 die Beschlagnahme der dem Welfenkönig und dem Kurfürsten zugewiesenen Kapitalien, sowie die Einstellung der Zinszahlungen an dieselben und ließ diese Maßregeln durch den preußischen Landtag (im Winter 1868/69) zu Gesetzen erheben. „Wir müssen diesem Treiben des Hietzinger Hofes ein Ende machen," sprach Bismarck im Abgeordnetenhause (30. Januar 1869), „ein Ende diesem frevelhaften Spiel mit den heiligsten Interessen der Nation, mit der Ruhe und Ehre des Vaterlandes, diesem erbärmlichen Spiel, dem die Ruhe Europas nichts gilt gegenüber dem kleinlichen dynastischen Interesse." Es wurde bestimmt, daß die Zinsen dieses „Welfenfonds" zur Überwachung der preußenfeindlichen Umtriebe des Hietzinger und des kurfürstlichen Hofes verwandt werden sollten. „Wir

müssen diese Reptilien bis in ihre Höhlen verfolgen, um zu beobachten, was sie treiben," sagte Bismarck.

Die Reihe der Widersacher, die dem „eisernen Grafen" gegenüberstanden, war mit den Schwarzen, den Roten, den Welfen noch nicht geschlossen; es kamen noch die Polen und im Reichstag die sächsischen Partikularisten hinzu. Und außer allen diesen grundsätzlichen Gegnern der preußischen Politik waren oft gelegentliche zu bekämpfen; am zahlreichsten gerade aus dem Lager der Freisinnigen. Denn die liberale Partei ließ sich zwar die mancherlei Zugeständnisse, welche die Regierung ihr seit 1866 gemacht gern gefallen; aber ihr Ziel blieb nach wie vor die Herrschaft der Parlamentsmehrheiten, während Bismarck auch als Kanzler des norddeutschen Bundes (so betitelt seit dem 1. Juli 1867) für die Erhaltung eines starken Königtums eintrat. Am widerhaarigsten blieb der linke Flügel der Fortschrittspartei, wo die alten Opponenten aus der Konfliktszeit von 1862 bis 66 saßen. Daß der Erfolg ihnen in allen Stücken Unrecht gegeben, war nicht geeignet, sie gegen Bismarck versöhnlicher zu stimmen. Namentlich Virchow trat ihm auch im Reichstag bei jeder Gelegenheit mäkelnd und nörgelnd entgegen. „Wenn ich den Herrn", antwortete Bismarck einst mit Recht erbittert, „wenn ich den Herrn Abgeordneten Virchow an alle die absprechenden und kritisierenden Urteile, die er, seit ich Minister bin, über die preußische Politik gefällt hat, erinnere; wenn er sich diese ganze Reihe von absprechenden Kritiken vergegenwärtigt, die von den Thatsachen insgesamt als irrig dargethan worden sind; so weiß ich nicht, wo er den Mut hernimmt, diese Kritiken fortzusetzen."

Virchow setzte sie aber fort, und soweit ging die Verblendung bei diesem Parteimann, daß er im preußischen Abgeordnetenhause am 29. Oktober 1869 einen Antrag auf Abrüstung und Verminderung der Ausgaben für das Heer einbrachte. Der Ultramontane Windthorst, einst hannöverscher Minister, und jetzt Haupt der Welfischgesinnten, sprach eifrig für diesen Antrag, dessen Annahme und Ausführung die Siege von 1870 unmöglich gemacht und Preußen ins Verderben gestürzt hätte. Die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses war einsichtiger und preußischer; sie lehnte die Entwaffnung ab. Herrenhaus und Regierung wären ohnehin nicht darauf eingegangen. Mit derselben Verblendung hatte schon einmal ein Führer der Fortschrittspartei gegen den sogenannten Militarismus Preußen einzuschreiten versucht: der Abgeordnete Twesten beantragte im preußischen Landtage 1866, daß der damalige preußische Staatsschatz nur bis Anfang 1870 bewilligt werden sollte! Wäre dieser Antrag durchgedrungen und hätte die Regierung ihm Folge gegeben, so würde gerade im entscheidenden Augenblick der französischen Kriegserklärung der Staatsschatz gefehlt haben. Darauf bezüglich äußerte Bismarck im deutschen Reichstage (am 4. November 1871): „Wenn wir den Staatsschatz nicht gehabt hätten, so wären wir nicht im stande gewesen, die paar Tage zu gewinnen, welche hinreichten, das gesamte linke Rheinufer vor der französischen Invasion zu schützen."

Von den entschiedenen Fortschrittlern mit Heftigkeit und Hartnäckigkeit bekämpft, fand der Kanzler dagegen Unterstützung bei dem rechten Flügel der ehemaligen Fortschrittspartei, nämlich bei denjenigen, welche den deutschen Einheitsstaat, wie er ihnen jetzt angebahnt schien, zugleich mit der Volksfreiheit verlangten und sich daher jetzt als eine eigene Partei, die sogenannte nationalliberale, an die Spitze der Bewegung zu stellen suchten. Doch auch diese unterstützten den Kanzler nur bedingungsweise, nur sofern er bereit war, jeden Schritt vorwärts zur Einigung Deutschlands mit einem Opfer in der inneren Politik, sei es durch Aufgeben einer konservativen Einrichtung oder durch Annahme einer liberalen, zu erkaufen. Selbst bei der wichtigsten Reform, die während der ersten drei Jahre den norddeutschen Reichstag beschäftigte, bei der Herstellung des Strafgesetzbuches, sah man in der entscheidenden Stunde die Nationalliberalen, weil ihnen nicht in jedem Stücke gewillfahrt worden, in ihrer großen Mehrzahl, von dem redegewandten und redelustigen Juristen Lasker geführt, an der Seite der Fortschrittler und der grundsätzlichen Gegner des Nordbundes, der Ultramontanen, der Partikularisten, der Polen und Sozialdemokraten, das Bundeswerk bekämpfen. Es war nicht einmal eine Frage, in der sie glauben konnten, das Volk hinter sich zu haben, was sie hier zum Widerstand bewog. Sie verlangten in falscher Mildherzigkeit die Abschaffung der Todesstrafe; selbst der vorsätzliche Mord sollte nicht mit dem Leben gebüßt werden. Umsonst hielt man ihnen ihren Mangel an Folgerichtigkeit vor, da sie doch für das Heer, die Kriegsflotte und den Belagerungszustand jene Strafe — eben als die wirksamste — beibehalten wollten; umsonst auch die Weisheit aller Jahrhunderte, das Wort der Bibel „Wer Menschenblut vergießt, des Blut solle wieder vergossen werden“ und das Wort Goethes, „daß nach Abschaffung der Todesstrafe die Blutrache wieder in ihr natürliches Recht eintreten würde.“ Dem festen Willen Bismarcks, hierin nicht nachzugeben, widerstanden sie mit gleicher Bestimmtheit.

In einem Punkte, nämlich, daß die Todesstrafe auf Hochverrat fortan nicht mehr bestehen solle, hätte Bismarck, wäre es nur auf seine Meinung angekommen, die Forderung der Liberalen gewährt; er ebenso wie der Kronprinz stimmte im Ministerrate dafür.*) Allein der König entschied dagegen; denn auch in diesem Punkte hielt er die von den Liberalen gewünschte Schwächung der staatlichen Strafgewalt und der landesherrlichen Machtvollkommenheit mit seiner Regentenpflicht für unvereinbar, zumal im Hinblick auf die Bestrebungen der Sozialdemokraten, deren Führer Liebknecht im Reichstage unverhohlen das Verlangen nach Beseitigung der Todesstrafe damit begründet hatte, daß es gelte, die Fürstenmacht zu brechen. Trotzdem beharrten die Liberalen, die einen aus übel angebrachter Empfindsamkeit, die andern, weil sie den Zweckmäßigkeitsgründen der Gegner zu wenig Gewicht einräumten, bei ihrem: Fort mit der Todesstrafe!

So ging denn das Strafgesetzbuch nur mit sehr kleiner Mehrheit (127

*) L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, Berlin 1888, II. 128.

Stimmen gegen 119) durch; es kam, wie das meiste, was mit dem Reichstag vereinbart wurde, nur zu stande, weil die preußischen Konservativen jetzt noch mit demselben Subordinationseifer den Wünschen des Bundespräsidenten gehorchten, wie sonst den Befehlen des Königs. Aber schon gab es auch unter ihnen Mißvergnügte, und nicht wenige fragten zweifelnd, ob denn in der That die großen Opfer, welche von ihnen und von allen Freunden eines selbständigen Preußentums fort und fort verlangt würden, nötig und nützlich seien.

So erfüllte sich nicht, was mancher Deutschgesinnte gehofft, daß ganz Deutschland sich alsbald um die neuaufgepflanzte schwarz-weiß-rote Fahne sammeln werde. Es mußte erst das Ausland, sich in die deutschen Dinge einmischend, Holz zum Brande der nationalen Begeisterung herbeitragen. Eine Zeit lang indes hüteten sich die fremden Mächte vor einem solchen Mißgriff.

Am schwersten fiel diese kluge Zurückhaltung der französischen Nation. Unfähig, die deutsche Natur zu begreifen, hielten die Franzosen nach den Ereignissen von 1866 für selbstverständlich, daß Deutschland jetzt wie Italien ein einziger Staat, daß der König von Preußen ohne viel Umstände deutscher Kaiser werden würde, und ihr Mißvergnügen hierüber war groß. Napoleon hätte nun gern die Unzufriedenheit seines Volkes durch irgend einen Erfolg seiner auswärtigen Politik wieder beschwichtigt. Er knüpfte zu diesem Zwecke im Winter 1866 mit dem Könige von Holland Verhandlungen wegen Verkaufs des Großherzogtums Luxemburg an.*) Dieses Ländchen war im Jahre 1815 bei der Einrichtung des alten deutschen Bundes dem in den Niederlanden regierenden Hause Oranien zuerteilt worden; aber das Besatzungsrecht der Festung Luxemburg gehörte nach einem zwischen Holland und Preußen geschlossenen Vertrage der letzteren Macht. Hiergegen wurde nun von seiten des Kaisers Napoleon der Einwand erhoben, jener Vertrag habe das frühere deutsche Bundesverhältnis zur Grundlage gehabt und sei mit demselben hinfällig geworden. Andererseits machte Preußen geltend, die Bevölkerung Luxemburgs sei zum größten Teile deutsch, auch habe das Ländchen von jeher zu Deutschland gehört. Die Luxemburger selbst zeigten weder Neigung in den Nordbund zu treten noch auch waren sie für ihre Einverleibung in Frankreich gestimmt; sie wollten für sich bleiben. Unter diesen Umständen mochte keiner von beiden Teilen den Streit auf die Spitze treiben, sie verglichen sich: Frankreich verzichtete auf den Ankauf, Preußen auf das Besatzungsrecht, und Luxemburg wurde von den Großmächten für neutrales Gebiet erklärt (11. Mai 1867.)

Vor der Hand also blieb es beim Frieden. Das war ein Gewinn; denn inzwischen konnte der Nordbund in Ruhe an der Verschmelzung seiner Teile zu einem Staatsganzen arbeiten.

*) Vgl. v. Sybel, a. a. O., Bd. VI.



1870, 1871.

Der deutsch-französische Krieg und die Aufrichtung des deutschen Kaiserreichs.

Hauptsächlich durch Preußen war einst Napoleon I. zu Fall gebracht worden; sein Nachfolger im Kaisertum zog sich daraus eine Lehre, die er lange Zeit beherzigt hat. Von Anfang seiner Herrschaft an, schon 1851, besonders aber seitdem in Preußen ein thatkräftiger Fürst gebot, seit Wilhelms I. Regentschaft und Thronbesteigung, ward Napoleon III. nicht müde in Versuchen, sich zu dem preußischen Staate in das Verhältnis eines Freundes, wo möglich eines Bundesgenossen zu stellen. Die großen Erfolge, welche diese Macht im Jahre 1866 davontrug, machten ihn anfangs nach einem solchen Verhältnis nur noch begieriger. Während sein Volk um „Rache für Sadowa" schrie, blieb der Kaiser bei seiner Überzeugung, daß es für Frankreich und besonders für sein Haus gefahrloser und nützlicher sei, die Entschädigung, welche die verletzte französische Eitelkeit forderte, nicht durch Kampf mit den Siegern von Sadowa, sondern an deren Seite zu suchen.

Einen hierauf gerichteten Antrag ließ er am 20. August 1866 dem Berliner Kabinett zugehen und erneuerte ihn dann bald nachher.

Frankreich, erklärte er, sei bereit, die Unterwerfung Süddeutschlands unter die preußische Herrschaft zu gestatten, ja zu befördern, wofern ihm selbst eine entsprechende Landerweiterung zugewendet werde; die beiden Mächte sollten zur Erreichung dieser beiden Zwecke ein Waffenbündnis mit einander schließen.

Es war richtig, daß auf diesem Wege der König von Preußen zur Herrschaft über ganz Deutschland gelangen konnte; allein nach solcher Eroberung trug derselbe kein Verlangen. Unter keiner Bedingung wollte er die deutsche Kaiserkrone der Hilfe des Auslandes verdanken; dies verbot ihm sein preußisches Selbstgefühl ebenso bestimmt wie seine deutsche Gesinnung. Und dann — woher sollte jene Entschädigung für Frankreich genommen werden? Von

deutschem Gebiete? Man war in Berlin fest entschlossen, darein niemals zu willigen. Oder Belgien? Diese Erwerbung hätte wenigstens Graf Bismarck den Franzosen schon eher gegönnt; auf sie hatte er, wie behauptet wird, früher selbst sogar hingewiesen, um Frankreich bei guter Laune zu erhalten und dessen begehrliche Blicke vom deutschen Rheine abzulenken.*) Allein mit der That den Franzosen zu helfen oder zur Hilfe sich zu verpflichten, daß sie Belgien bekämen, das hielt auch er weder für nötig noch für nützlich. Kurz, König Wilhelm ging auf das Ansinnen nicht ein, welches ihm die französische Regierung stellen ließ. Aber er stimmte seinem klugen Kanzler darin bei, daß es am geratensten sei, dem französischen Kabinett nicht kurzweg alle und jede Hoffnung abzuschneiden, sondern die Selbsttäuschung, in der Napoleon sich wiegte, soviel als möglich ungestört zu lassen. Denn so lange sie dauerte, hatte man Frieden und damit die Zeit, um die Schöpfungen des Jahres 1866 zu befestigen und besonders um die Maßregeln durchzuführen, welche zur Herstellung der neuen norddeutschen Wehrkraft nötig waren. Drei neue Armeecorps — für Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau nebst den Kleinstaaten — mußten eingerichtet, außerdem die ganze norddeutsche Artillerie mit Hinterladern bewaffnet werden. Die Muße, die man schon hierzu brauchte, um von allen den Arbeiten der Einverleibung zu schweigen, wollte man sich nicht durch vorzeitigen Bruch mit Frankreich selbst verkürzen. Graf Bismarck hörte daher die Entwürfe, die ihm Benedetti, der Botschafter des Kaisers, vortrug, mit beifälliger Teilnahme an; ja er ermunterte ihn selbst dazu, entwarf mit ihm Pläne, erwog diese und jene Möglichkeit, ohne doch den schmeichelhaften Worten irgendwie thätliche Folge zu geben.

Als die preußische Regierung dann auch in der Luxemburger Sache Frankreichs Begehrlichkeit ungestillt ließ, da begriff Napoleon III. endlich, daß man ihn nur hinzuhalten suche, und daß Preußen in der That gar nicht daran denke, jemals zur Mehrung von Frankreichs Macht und Kriegsruhm die Hand zu bieten. Den Ärger, den er darüber empfand, hätte er für seine Person verwunden; aber es gab gewichtigere Gründe als verletzte Empfindlichkeit, die ihm nun den Gedanken, daß er sich wohl werde zu einem Kriege mit Preußen entschließen müssen, nahe legten. Vor allem, es war ihm ein großer Erfolg nach außen schlechterdings notwendig, wenn er für die Dauer seiner Dynastie, ja selbst seiner eigenen Herrschaft eine feste Gewähr haben wollte. Er bedurfte eines glücklichen Krieges mit glänzenden Siegen und reicher Beute, um die Unzufriedenen zu versöhnen, die Erkaltenden zu befeuern, und das Volk wieder mit Begeisterung für den Namen Napoleon zu erfüllen. Welcher Krieg aber stimmte besser zu den Gefühlen des Landes, und welcher versprach größere Vorteile für Frankreich als ein Krieg gegen Preußen? Es gab keinen Franzosen, der es nicht wie eine persönliche Genugthuung aufgenommen hätte, wenn

*) Vgl. La Marmora a. a. O. 229, 230; Benedetti, l. c.; Gramont, l. c.; M. Busch, Bismarck und seine Leute, 1878, I. 317 ff.; Rothan, l. c. 377 ff.



Waterloo heimgezahlt, Sadowa in Schatten gestellt, und vor allem, wenn den Preußen das linke Rheinufer entrissen worden wäre; keinen, der nicht für solche Wohlthaten seiner Regierung freudig alles, was er sonst ihr vorwarf, verziehen hätte. Dann, wenn Preußen gedemütigt war, so war es auch um die Einigung Deutschlands geschehen, die in Frankreich fast von ebenso vielen Politikern gefürchtet, als in Deutschland ersehnt wurde.

Dennoch hatte der Kaiser keineswegs Lust zu dem Wagnis; denn seit 1866 schätzte er dessen Größe und Gefährlichkeit, die Stärkeverhältnisse hüben und drüben richtiger als die französische Nation es that. Dazu kam, daß er körperlich und geistig nicht mehr zu kühnem, gewaltigem Handeln aufgelegt war; seit einiger Zeit litt er an einer Krankheit (es war der Stein), die auch die Kraft seines Willens untergrub. Allein eben seine Schwäche bewirkte, daß er zuletzt doch den gefährlichen Schritt zu thun beschloß; denn sie machte ihn zum Werkzeug seiner Umgebung. Allerdings ist die Kaiserin Eugenie von dem Vorwurfe freizusprechen, als habe namentlich sie aus Eifer für die katholische Kirche gegen Preußen gehetzt. Sie hat nur nicht der Kriegspartei entgegengewirkt, sondern stimmte ihren Beschlüssen zu; das war ihre Schuld.*) Die Marschälle machten geltend, wie die Verbreitung republikanischer Ideen unter den Soldaten bedenklich zunehme, und bei längerem Frieden eine Revolution zu fürchten sei. Den Ausschlag gab dann der Bericht, den der französische Botschafter am Wiener Hofe, der Herzog von Gramont, von der Stimmung in Österreich erstattete, wo seit dem Herbst 1866 ein alter Widersacher Preußens, der weiland sächsische, jetzt cisleithanische Minister Graf Beust die Geschäfte leitete. Gramont versicherte, was glaubhaft genug war, daß man in Wien nicht geneigt sei, sich auf immer aus Deutschland hinauswerfen zu lassen, daß Beust vor Begierde brenne, Rache zu nehmen, und daß der Kaiser Franz Josef diesen Wunsch teile. Man rechnete in Paris mit mehr oder weniger Grund noch auf andere Bundesgenossen, auf Dänemark und Italien, auf die Höfe von Stockholm, München, Stuttgart. Zwar kam eine Allianz, welche Italien und Österreich im Juni 1869 anboten, nicht zu stande, denn Italien forderte als Preis derselben, daß Frankreich ihm Rom überlasse, welches von den Franzosen zum Schutze des Papstes besetzt gehalten wurde, und diesen Preis wollte Napoleon aus Furcht vor den Ultramontanen nicht zahlen. Aber er hoffte, im Notfall auch ohne Vertrag auf den Beistand jener beiden Mächte gegen Preußen bauen zu können, und in dieser Hoffnung bestärkten ihn die freundlichen Briefe der beiden Souveräne, und noch mehr die eifrigen Versicherungen ihrer Botschafter, des Fürsten Richard Metternich und des Ritters Nigra.**)

Es war im Mai des Jahres 1870, daß Napoleon sich endlich den

*) v. Sybel, Neue Mitteilungen, S. 30 ff.

**) Les alliances de l'empire en 1869 et 1870, par le prince Napoléon Bonaparte (Jérome) in der Revue des mondes 1878 p. 489 cet.

Wünschen der Kriegspartei an seinem Hofe geneigt erwies; er willigte ein, bei nächster Gelegenheit den Bruch mit Preußen herbeizuführen, und machte einen der eifrigsten Preußenfeinde, eben jenen Herzog von Gramont, zum Minister des Äußeren.

Die Gelegenheit, die man suchte, fand sich bald.*) Im Herbst 1868 hatte in Spanien einer jener Militäraufstände stattgehabt, an denen die neuere Geschichte dieses Landes so reich ist; die Königin Isabella war verjagt, und unter der Leitung des Generals Prim eine Art von Republik eingerichtet worden. Aber der größte Teil der Nation widerstrebte dieser Staatsform, und Prim selber hielt sie nicht für ausführbar; er knüpfte behufs Wiederbesetzung des erledigten Thrones mit auswärtigen Mächten Unterhandlungen an, lud gleichsam die europäische Prinzenschaft zur Bewerbung ein. Für keinen fremden Staat hatte die Frage, wie sich das Schicksal Spaniens gestalten werde, so große Wichtigkeit, wie für den Nachbarstaat Frankreich. Brachten die Republikaner es dort auf die Dauer zur Herrschaft, so mußte ihr Beispiel den Gesinnungsgenossen diesseit der Pyrenäen zum Sporn werden. Das Pariser Kabinett unterstützte daher jene Bemühungen Prims. Aber es ging weiter, es wollte auch auf die Auswahl unter den Personen, die für den spanischen Thron in Frage kommen konnten, einen mitbestimmenden Einfluß üben. Hier traf nun die Napoleonische Politik abermals mit der preußischen gegensätzlich zusammen. In Berlin hatte man es sich nie verhehlt, daß der Krieg mit Frankreich über kurz oder lang ausbrechen müsse, und man konnte erwarten, daß dieser Kampf sehr große Ausdehnungen annehmen, daß sich auch andere Staaten daran beteiligen würden. Da war es nun auch für Preußen nicht gleichgiltig, wer künftig über Spanien gebiete. Es war immer ein Lieblingsgedanke Louis Napoleons gewesen, die lateinische Rasse unter der Führung Frankreichs zu vereinigen; er rechnete in jedem Notfall auf die Sympathie Italiens, er gedachte nun auch Spanien sich näher zu verbinden. Kein Zweifel also, daß Deutschland Ursache hatte, den Spaniern eine Regierung zu wünschen, die nicht von Paris her gesetzt war. Man sah es daher in Berlin gern, als sich die Augen der königslustigen Spanier auf einen Prinzen richteten, von dem man Feindschaft gegen Preußen niemals zu befürchten brauchte. Es war dies der Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, ein Sproß der jüngeren katholischen Linie des Hauses Hohenzollern, welche vor kurzem (im Frühling 1866) durch Bismarcks Vermittelung bereits einen ausländischen Thron, den rumänischen, an sich gebracht hatte. Bismarck trat energisch für die

---

*) Vgl. v. Sybel, a. a. O., Bd. VII. — Ebenderselbe, Neue Mitteilungen u. Erläuterungen z. Begründung d. deutschen Reiches durch Wilhelm I., 6. u. 7. Bd., München u. Leipzig 1895. — H. Delbrück, Das Geheimnis d. Napoleonischen Politik im Jahre 1870, Preuß. Jahrbücher 82, Oktober 1895. — H. v. Petersdorff, Der Streit über den Ursprung des deutsch-franz. Krieges, Forsch. 1896, IX. S. 55 ff. — E. Rossier, Les origines d'une grande guerre. La France et la Prusse en 1870, Bibl. univ. et Revue suisse, Jahrg. 101, Lausanne 1896.



Kandidatur Leopolds ein, namentlich auch deshalb, weil er sich große wirtschaftliche Vorteile von einem Hohenzollern auf dem spanischen Thron versprach. Im Juni 1870 entschied sich die spanische Regierung für diese Kandidatur, und der Prinz erklärte sich bereit, ihrem Rufe zu folgen, falls die spanischen Cortes ihn wählen würden. Bismarck hoffte, daß Europa dem Willen der spanischen Nation, wenn derselbe sich einmal ausgesprochen, nicht entgegentreten werde; bis dahin sollte die Sache auf Prims Wunsch geheim bleiben.

Allein General Prim enthüllte trotzdem vor der Zeit den Plan. Er teilte, was im Werke war, dem Pariser Kabinett mit (3. Juli). Napoleon und alle seine Ratgeber waren darin einig, daß Frankreich eine solche Nachbarschaft nicht dulden dürfe. Aber während der kränkliche und im Grunde friedliebende Kaiser verdrießlich drein sah,*) meinte die Kriegspartei in seiner Umgebung, den Vorgang doch eher mit Befriedigung als mit Ärger betrachten zu müssen; denn welcher Kriegsfall könne ungünstiger für Preußen erdacht werden, als wenn es genötigt sei, um der spanischen Krone willen das Schwert zu ziehen! Napoleon widersprach nicht; er ergab sich in das Unvermeidliche.

Die französische Regierung zögerte also keinen Augenblick, mit Entschiedenheit dazwischen zu treten. Der Minister Gramont erklärte öffentlich (6. Juli), diese Besetzung des spanischen Thrones würde mit den Interessen und der Ehre Frankreichs unvereinbar sein, und er ließ durch Benedetti an den König von Preußen das Verlangen stellen, daß er dem Prinzen Leopold befehle, Verzicht zu leisten. Der Botschafter begab sich zu diesem Zwecke nach dem Bade Ems, wo sich damals der König aufhielt, und richtete seinen Auftrag aus (9. Juli). König Wilhelm erwiderte: er habe dem Prinzen keinen Befehl erteilt, die Wahl anzunehmen; er könne ihm auch keinen Befehl erteilen, sie abzulehnen. Zwei Tage darauf, am 11. Juli, erneuerte Benedetti seinen Antrag. Der König wiederholte, Prinz Leopold sei in seinen Entschlüssen vollkommen frei.

Unterdessen hatte die französische Presse sich mit der ihr eigenen Leidenschaftlichkeit des Gegenstandes bemächtigt und schürte den Haß gegen Preußen zu hellen Flammen. Sie predigte den Krieg, und ihr Wort fand im Volke und selbst im gesetzgebenden Körper den lautesten Widerhall. Da traf, am 12. Juli, die Nachricht ein: der Prinz hat, um sein Vaterland nicht in Krieg zu stürzen, auf die spanische Krone aus eigenem Antrieb verzichtet.

So war also der Streitpunkt erledigt. Frankreich hätte mit diesem Ausgleich zufrieden sein können. Aber die aufgeregte öffentliche Meinung in Paris verlangte mehr. Seit langer Zeit infolge der Hetzereien der regierungsfeindlichen Kammerredner und Zeitungsschreiber gegen die auswärtige Politik des Kaisers mit Neid und Eifersucht auf Preußens Machtentfaltung erfüllt und

*) Vgl. Blanchard Jerrold, Life of Napoleon III., London 1882, III. 4. — La vie militaire du général Ducrot d'après sa correspondance (1839—1871), T. 2, Paris 1895.

soeben auch von seiten der Regierung in derselben Richtung aufgereizt, mochte die französische Nation, wie sie in Paris durch Kammer und Presse vertreten war, sich nicht so leicht wieder beruhigen. Sie wollte den Triumph genießen, daß sich der König von Preußen vor ihr demütige, und der französische Ministerpräsident Ollivier ging, um seine Stellung der Volksvertretung gegenüber zu sichern, auf diesen Wunsch ein.*) Er ließ zu, daß Gramont den Streit weiter trieb. Am 13. morgens richtete auf dessen Weisung der Botschafter Benedetti in Ems an den König von Preußen die Aufforderung, er solle versprechen, niemals wieder seine Einwilligung zu geben, wenn jene Thronkandidatur etwa in Zukunft erneuert würde. Der König lehnte eine solche Zumutung ab und bemerkte, nachdem der Prinz Verzicht geleistet, sehe er die Angelegenheit nunmehr als abgethan an. Einige Stunden darauf, am Mittag, empfing der König von seinem Botschafter in Paris, v. Werther, eine Sendung, worauf dieser ihm im Auftrage Gramonts einen Briefentwurf an Napoleon III. schickte, den er, der König, behufs Beilegung des Zwistes an jenen schreiben solle. Er sollte also einen Entschuldigungsbrief schreiben! Dieses Ansinnen der französischen Regierung seinem Könige zu übermitteln, war eine Unschicklichkeit, für die Werther dann verabschiedet worden ist. Wilhelm I. war durch dies Ansinnen in seiner festen Haltung nur noch bestärkt worden, und als Nachmittags Benedetti wieder um Audienz bat, lehnte er weiteres ab. Dennoch wiederholte Benedetti seine Forderung; er suchte, um sie eindringlicher vorzutragen, noch zweimal an dem genannten Tage eine neue Audienz nach. Der König ließ ihm durch seinen Adjutanten Fürst Radziwill antworten, er habe sich über die Sache bereits hinreichend geäußert, und es müsse dabei sein Bewenden haben.

Wie von dem früheren Meinungsaustausch mit Benedetti, so wurde auch von diesem Vorgange auf Befehl des Königs dem preußischen Ministerpräsidenten in Berlin telegraphische Nachricht gegeben. Es hieß in diesem Berichte Abekens an Bismarck zum Schluß: „Se. Majestät stellt Ew. Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und unsere Zurückweisung sogleich, sowohl unserem Gesandten als der Presse mitgeteilt werden soll." Bismarck hatte gerade Moltke und Roon bei sich zu Tisch. Die beiden Generale zeigten eine tiefe Niedergeschlagenheit über das Telegramm. Aber jetzt zeigte sich Bismarck in seiner ganzen Größe. Ohne irgend eine Fälschung vorzunehmen, indem er vielmehr nur das Ungeeignete strich und das, worauf es ankam, ins richtige Licht setzte, redigierte er sofort mit ein paar Federstrichen die berühmte „Emser Depesche":

„Telegramm aus Ems, 13. Juli 1870: Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die For-

*) Maupas, Mémoires sur le second empire, Paris 1885, II. 508 cet.



derung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe." Bismarck las sein Werk den beiden Generalen vor. „Roon sagte: das klingt besser. Moltke setzte hinzu: vorhin klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare." Noch am Abend desselben Tages erschien das Telegramm in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung; um 11 Uhr erhielten es die Gesandten zugeschickt.*)

Die Emser Depesche traf hell und grell wie der Blitz; allgemein verstand man sie so, der französische Botschafter habe sich eine Respektlosigkeit gegen den König von Preußen zu Schulden kommen lassen und sei von diesem verdientermaßen gleichsam zur Thür hinausgewiesen worden. Richtig war, daß Frankreich sich eine Blöße gegeben, indem es mehr verlangte, als billig war. Bismarck benutzte diese Blöße, indem er auf der Stelle veröffentlichte, was von Frankreich gefordert, und was von Preußen darauf geantwortet worden. So fiel die Demütigung, die dem Könige von Preußen zugedacht war, auf die Regierung Frankreichs zurück.

Nun brach in Paris der Sturm los; Frankreich, so rief man, sei vor aller Welt beleidigt worden; der König von Preußen wolle den Krieg, er solle ihn haben. Allein so gewaltig auch die Aufregung, so tobend der Lärm in der Gesellschaft und in den Zeitungen der Hauptstadt auch war, der Kaiser teilte keineswegs das allgemeine Verlangen nach Krieg; er empfand dabei Besorgnis und Unlust**); wäre es auf ihn angekommen, er hätte am Frieden festgehalten. Doch das Ministerium brach in größter Überstürzung alle Brücken, die noch zur Verständigung führen konnten, hinter sich ab, berief die Reserven ein und forderte von den Kammern die Bewilligung der Mittel an Geld und Menschen (15. Juli). Senat und gesetzgebender Körper stimmten eifrig zu; nur einige wenige von den Abgeordneten, darunter Thiers und Favre, widersprachen, und auch diese waren nur darum gegen den Krieg, weil sie ihn in dem vorliegenden Falle für „inopportun" hielten. Ihre Warnungen verhallten übrigens wirkungslos; die französische Volksvertretung wollte dasselbe wie die Regierung; die ganze Nation teilte den Kriegstaumel.

Aber auch das deutsche Volk fuhr zornvoll auf. Es erinnerte sich aller der Unbilden, die es seit Jahrhunderten von Frankreich erlitten, und sah in

*) v. Sybel, a. a. O., Bd. VII, S. 327 ff. — Delbrück, a. a. O., S. 51. — v. Moltke, Ges. Schriften 2c., Bd. V, S. 207. — Vgl. E. Marcks, Kaiser Wilhelm I., Leipzig 1897.

**) Bazaine, Épisodes de la guerre de 1870. Madrid 1883, p. 17: „le 15. juillet (en 1870) à St. Cloud l'Empereur me parlant de la campagne prochaine, tout en désirant qu'elle n'eût pas lieu . . ."

dem, was jetzt vorging, den ruchlosen Versuch ihrer Erneuerung. Als der König von Preußen am 15. Juli von Ems nach Berlin zurückreiste, empfingen ihn auf allen Halteplätzen dichtgedrängte Volksmassen mit jubelndem Zuruf, weil er dem französischen Übermut ernst entgegengetreten, und wie nun die Kunde von Frankreichs Kriegserklärung kam, da flammte fast überall in Deutschland eine Begeisterung auf, eine patriotische Kriegsfreude, wie man sie sonst nur in Preußen gesehen.

Aber in Deutschland entscheidet die Volksstimme nicht allein; es kam auch jetzt auf die Entschlüsse der Fürsten an, und in einem Augenblicke konnte es fraglich erscheinen, ob Preußen nicht wieder, wie 1813, allein unter den deutschen Staaten werde vorgehen oder doch nur mit seinen norddeutschen Genossen die ganze Arbeit werde thun müssen. Eben darauf war der Kriegsplan der Franzosen wesentlich berechnet, daß sich Süddeutschland zu ihnen schlagen oder wenigstens neutral halten werde. Zwar auf den Großherzog Friedrich von Baden, den Schwiegersohn König Wilhelms, konnten sie nicht zählen; jeder wußte, daß dieser gut deutsch und preußisch gesinnt war. Aber bei den Königen Karl von Württemberg und Ludwig von Bayern erwarteten sie Geneigtheit. Sie schmeichelten sich sogar in Norddeutschland Beistand zu finden; sie hofften auf den Abfall der von Preußen annektierten Provinzen und eine Auflösung des Nordbundes. In ihrer Selbstüberschätzung meinten sie mit Preußen allein schon fertig werden zu können.

Diese Hoffnungen und Wünsche des Landesfeindes wurden nun von einer Anzahl sehr einflußreicher Einwohner Deutschlands geteilt, von dem Kern nämlich der ultramontanen Partei, die im Süden und besonders in Bayern, wo ihr die Mehrheit der Volkskammer gehörte, so viel Macht besaß. Drangen aber hier die Preußenfeinde durch, so kamen Württemberg und Baden in eine sehr üble Lage, während Österreich einen mächtigen Antrieb erhielt, die Stellung einzunehmen, zu der man es von Paris her einlud. Aber der junge König von Bayern, Ludwig II., von seinen Ministern (Graf Bray und von Pranckh) gut beraten, begriff sofort, was ihm nicht weniger sein Vorteil als seine Ehre gebot. Durch die im August 1866 mit Preußen geschlossenen Verträge war er verpflichtet, jetzt seine Kriegsmacht dem Könige von Preußen zur Verfügung zu stellen. That er dies nicht, so setzte er sich der Gefahr aus, wenn Preußen siegte, seine Krone oder doch sein halbes Land zu verlieren; denn wer hätte ihn dann gegen die gerechte Rache des Siegers geschützt? Wenn aber Napoleon das Spiel gewann, so war trotz aller schönen Worte desselben nichts gewisser, als daß die bayrische Rheinpfalz an Frankreich kam, und die bayrische Souveränität sei es zu Gunsten Frankreichs oder Österreichs beschränkt wurde. Ludwig II. beschloß also den Bund mit Preußen zu halten; den jesuitischen Deuteleien gegenüber, welche von den Franzosenfreunden versucht wurden, erklärte er mannhaft: „Mein Wort ist mir heilig!“ Der ebenso kluge wie ehrenhafte Entschluß der Regierung bewirkte nun zunächst, daß ein Teil der ultramontanen Partei, von der sich in dieser Frage manche Mitglieder

(z. B. der Professor Sepp) bereits aus eigener Bewegung getrennt hatten, ins Lager der Deutschgesinnten überging. So gelang es diesen, im bayrischen Abgeordnetenhause den Antrag der Gegner, nach welchem nur zum Zweck bewaffneter Neutralität Geld bewilligt werden sollte, mit 89 gegen 58 Stimmen zu Fall zu bringen und für die Politik der Regierung das Jawort der Volksvertretung zu gewinnen (19. Juli).

Nachdem so in der Hauptburg der Preußenfeinde die gute Sache gesiegt hatte, schlossen sich auch in Württemberg die etwa noch Schwankenden der allgemeinen patriotischen Bewegung an oder wagten doch nicht, sich ihr entgegenzustellen. Daß im Norden jedes Glied bundestreu bleiben würde, war dem Kundigen überhaupt nicht zweifelhaft gewesen. Aber erfreulich war doch, es nun zu sehen, wie so rasch und fest die neuen Provinzen Preußens mit den alten zu einem Leibe und alle Staaten des Nordbundes miteinander zu einem Ganzen verwachsen waren. Wo noch vor kurzem verbissene Partikularisten gegrollt, in Hannover, Kassel, Frankfurt a. M., da erscholl jetzt das Lied „Ich bin ein Preuße"; und der gegen die Beschränkung seiner Souveränität vordem sich am längsten gesträubt, der König von Sachsen, war nun unter seinen Genossen einer der eifrigsten, die Bundespflicht zu leisten. Allzumal scharten sich die Fürsten und Völker Deutschlands in bisher nie erlebter Eintracht um das preußische Banner.

Inzwischen hatte man zu Berlin alle die Maßregeln getroffen, die geeignet waren, um in kürzester Frist und mit gewaltigstem Nachdruck die Wehrkraft der ganzen deutschen Nation dem Feinde entgegen zu schnellen. Ebenso rasch wie 1866 Preußen allein, trat nun ganz Norddeutschland unter die Waffen, und diesmal gaben hier alle Parteien ihren Segen dazu, wie denn sowohl der Reichstag als der Bundesrat die Beschlüsse einmütig gefaßt hatten, zu denen sie der König Wilhelm als Antwort auf Frankreichs offizielle Kriegserklärung (19. Juli) aufgefordert hatte. Im Süden hatte man wenigstens den guten Willen, im selben Verhältnis wie die Brüder nördlich des Mains zu waffnen; allein es rächte sich jetzt, daß man es noch nach 1866 unterlassen, die preußische Wehrverfassung ganz und voll anzunehmen. Die Linie war hier weit schwächer, als sie nach der Bevölkerungszahl hätte sein müssen; überdies fehlte wegen zu kurzer Dienstzeit die gehörige Ausbildung, und eine felddienstfähige Landwehr gab es in Baden und Württemberg überhaupt nicht; in Bayern waren von einer solchen nur die Anfänge vorhanden. Indessen suchte man nun durch starke Aushebung wenigstens der Zahl nach Verhältnismäßiges zu leisten. Auch waren Ausrüstung und Stimmung der süddeutschen Truppen jetzt unvergleichlich besser als in dem letzten Kriege. Am 22. Juli wurden sie unter preußischen Oberbefehl gestellt.

Die vereinigte deutsche Kriegsmacht war eine gewaltige. Sechzehn Linien-Armeecorps, nämlich zwölf preußische, zwei bayrische, ein sächsisches, ein halbes (eine Division) von Baden, ein halbes von Württemberg — zusammen 600 000 Mann mit 1400 Geschützen — standen binnen 11 Tagen (vom

Morgen des 16. bis zum Abend des 26. Juli) fertig hergestellt, nun kampfbereit zur „Wacht am Rhein", und dahinter erhoben sich, jede Lücke auszufüllen, die dichten Massen der altpreußischen Landwehr: im ganzen mehr als eine Million Streiter.

Es hat aber die Verpflegungsstärke der deutschen Heere, d. i. die Gesamtleistung Deutschlands an Feld-, Besatzungs- und Ersatztruppen, Linie und Landwehr, während dieses Krieges im einzelnen folgende Beträge gehabt:*)

Preußen . . .	888 254	Mann,	187 537	Pferde,	(etwa $1/_{16}$ davon aus den norddeutschen Kleinstaaten; Preußen allein ohne diese Kontingente rund: 840 000 Mann und 180 000 Pferde.)
Sachsen . . .	59 423	"	13 989	"	
Mecklenburg .	12 109	"	2 646	"	
Hessen . . .	22 278	"	5 231	"	
Bayern . . .	128 964	"	24 056	"	
Württemberg .	37 180	"	8 876	"	
Baden . . .	35 181	"	8 038	"	
insgesamt . .	1 183 389	Mann**),	250 373	Pferde.	

Wie um die Bereitstellung dieses gewaltigen Heerbanns nächst dem Könige Wilhelm selbst die Minister v. Roon und Graf Bismarck das meiste Verdienst hatten, so erwarb sich jetzt durch die Lenkung der versammelten Kräfte General v. Moltke die reichsten Lorbern. Er war es, der nun als oberster Kriegsberater des Königs den Feldzug vorzeichnete, den so erstaunlicher Erfolg begleitet hat.

Man war anfangs der Meinung, daß man zunächst werde einen Verteidigungskrieg führen müssen. Denn aus der Hast, mit der die Franzosen es zum Bruche getrieben, schien hervorzugehen, sie seien vollkommen gerüstet, zum Überfall bereit und vielleicht sogar des Beistandes anderer Mächte gewiß. Es wurde daher ein Teil der norddeutschen Truppen zur Beschützung der

*) „Der deutsch-französische Krieg 1870, 1871", dargestellt von der kriegswissenschaftlichen Abteilung des preußischen Generalstabes I. 1 S. 61. — Vgl. Hirsch u. Gosen, Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71, 3 Bde., Berlin 1871. — Woide, Die Ursachen der Siege und Niederlagen im Kriege 1870, aus dem Russischen übersetzt von Klingender, 2 Bde., Berlin 1894 u. 1896. — v. Moltke, Gesch. d. deutsch-franz. Krieges von 1870/71, gesammelte Schriften 2c., III. Bd., Berlin 1891. — Th. Lindner, Der Krieg gegen Frankreich u. die Einigung Deutschlands, Berlin 1895. — Vgl. auch J. v. Pflugk-Hartung, Krieg u. Sieg 1870/71, Berlin 1896. — K. v. Wilmowski, Feldbriefe vom Jahre 1870/71, her. v. G. von Wilmowski, Breslau 1894. — J. v. Verdy du Vernois, Im großen Hauptquartier 1870/71, 4. Aufl., Berl. 1896. — Fred Graf Frankenberg, Kriegstagebücher von 1866 u. 1870/71, her. von H. v. Poschinger, Stuttg. 1896. — Feldbriefe von G. H. Rindfleisch, her. von E. Arnold, 2. Aufl., Halle 1889. — K. Tanera, Ernste und heitere Erinnerungen eines Ordonanzoffiziers i. J. 1870/71, 2 Bdchen, Nördlingen 1887. — Graf Moritz v. Herisson, Tagebücher eines Ordonanzoffiziers. — K. Zeitz, Kriegserinnerungen eines Feldzugsfreiwilligen aus dem Jahre 1870/71, 2. Aufl., Altenburg 1895. — Palat, Bibliographie générale de la guerre 1870/71, Paris-Nancy 1896.

**) Die Stärke der ausrückenden Feldinfanterie des deutschen Heeres, exclusive Landwehr, betrug alles in allem 420 000 Mann. S. Caprivis Äußerung am 10. Dezember 1892.

Meeresküsten, wo man eine Landung der großen französischen Flotte und unter Umständen einen Angriff der Dänen, vielleicht auch der Schweden zu besorgen hatte, ein anderer aber in der Nähe Böhmens, um Österreich zu beobachten, zurückgehalten. Die Armeecorps I. (Provinz Preußen), II. (Pommern), IX. (Schleswig-Holstein und Mecklenburg), VI. (Schlesien) und XII. (Königreich Sachsen) blieben so vor der Hand noch in Reserve; den übrigen, bei weitem größten Teil des deutschen Heeres beförderte man aufs schleunigste an den Rhein.

Drei Armeen stellte der König dort den Franzosen entgegen. Die erste unter Steinmetz, bestehend aus den Armeecorps VII. (Westfalen) und VIII. (Rheinprovinz), ging Ende Juli bei Koblenz über den Strom. Die zweite unter dem Prinzen Friedrich Karl überschritt ihn bei Mainz; sie bestand aus dem preußischen Gardecorps und den Armeecorps III. (Brandenburg), IV. (Provinz Sachsen), X. (Hannover). Die dritte Armee stand in der bayrischen Rheinpfalz; sie war gebildet aus den süddeutschen Truppen und den beiden preußischen Armeecorps V. (Posen-Niederschlesien) und XI. (Hessen-Nassau-Thüringen), und es befehligte sie der Kronprinz Friedrich Wilhelm; sein Berater war auch jetzt wie 1866 der General v. Blumenthal. Den Gesamtoberbefehl übernahm der König selber, der am 31. Juli in Mainz eintraf und sein Hauptquartier vorläufig bei der zweiten Armee aufschlug.

Zur Auszeichnung für tapfere Thaten in dem bevorstehenden Kriege und zur Erinnerung an die Heldenväter von 1813 hatte Wilhelm I. bereits am 19. Juli, dem Todestage seiner Mutter, der Königin Luise, den Orden des eisernen Kreuzes erneuert. Auch in der Proklamation, mit welcher er jetzt (am 2. August) der gesamten deutschen Armee anzeigte, daß er ihr Kommando übernommen, erinnerte er an jene glorreiche Zeit: „Es gilt die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes, unserer Ehre, des eigenen Herdes; getrost ziehe ich in einen Kampf, den unsere Väter in gleicher Lage einst ruhmvoll bestanden.“

Inzwischen zeigte es sich, daß der im Herausfordern so hastige Feind gar nicht einmal seine Rüstungen fertig gehabt. Während im preußisch-deutschen Heerwesen Kleines und Großes auf dem sichern Grunde der Wissenschaft beruhte, hatte der französische Leichtsinn die wichtigsten Dinge dem Zufall überlassen. Namentlich um die Verpflegung ihrer Truppen war es bei den Franzosen übel bestellt. In ihrem Dünkel hatten sie es für selbstverständlich gehalten, daß sie den Krieg nicht daheim, sondern in Deutschland führen würden, und ihrer Raubsucht behagte der Gedanke, der Feind müsse sie ernähren. Es war ja nicht bloß Ruhm und Landgewinn, was sie erstrebten; die zügellosen Söldnerscharen der „großen Nation“ wollten die herrlichen Zeiten von ehedem erneuern, als der siegreiche Franzose dem Deutschen in Bett und Keller lag. Aber weit entfernt, jetzt wirklich über die Rheinlande, die sie mit so vieler Gier betrachteten, hereinbrechen zu können, mußten sie die erste, kostbarste Zeit, auf die alles ankam, mit Rüsten und Sammeln

verbrauchen. Es fehlte an allen Enden; die Armee war in keiner Hinsicht so im Stande, wie die Marschälle es behauptet hatten. Zu spät sahen die Generale, die dem Kaiser den Krieg angeraten, daß Frankreich es selbst an Zahl der Streiter nicht mit dem einzigen Preußen, geschweige mit dem ganzen Deutschland aufnehmen könne. Nur 425 000 Mann hatte Napoleon den anrückenden 600 000 Deutschen — darunter 440 000 Preußen — gegenüber zur Verfügung.

Auch was seine Diplomaten ihm verheißen hatten, erfüllte sich keineswegs; denn Deutschland trat ihm einig entgegen, und der Wiener Hof hatte zwar Lust, dem glücklicheren Nebenbuhler das Schwert in die Seite zu bohren, fürchtete aber, dabei seinerseits von Rußland angegriffen zu werden. Schon im Jahre 1866, und zwar infolge der Sendung des Generals von Manteuffel nach Petersburg, war es dem Grafen Bismarck gelungen, mit der russischen Regierung eine Art von geheimem Bündnis herzustellen: Rußland ließ Preußen freie Hand in den deutschen Dingen; dagegen versprach Preußen, vorkommenden Falls die russischen Pläne in der orientalischen Frage — namentlich behufs Abänderung des Pariser Friedensvertrages vom Jahre 1856, der Rußland zum Nachteile gereichte — zu begünstigen. Die persönliche Freundschaft und Verehrung des Zaren Alexander II. für seinen Oheim, den König Wilhelm, und der alte Haß der Russen gegen Österreich hatten damals die Bemühungen Bismarcks wesentlich gefördert; sie zeigten sich auch jetzt wirksam. Der Zar erklärte, daß auch er sich einmischen werde, wenn Österreich Partei ergreife. Da schien es denn dem Kaiser Franz Josef geraten, erst zu sehen, wie sich der Zweikampf zwischen Preußen und Frankreich anlasse, und nicht früher auf Napoleons Seite zu treten, als bis dieser den ersten Sieg erfochten habe. Österreichs Zögern aber war nun auch entscheidend für Italien. König Victor Emanuel, voll Begier, dem Kaiser Napoleon seine Dankbarkeit zu beweisen, erbot sich, sofort mit 60 000 Mann durch Tirol in Bayern einzufallen. Allein Graf Beust entgegnete, vor Anfang Septembers sei die österreichische Armee nicht marschfertig, und vorher könne Österreich denn auch nicht in den Krieg eintreten, dürfe mithin bis dahin seine Grenzen dem italienischen Heere nicht öffnen. Österreich wollte eben abwarten, und so mußte Italien es auch. Victor Emanuel ergab sich um so eher darein, als Napoleon auch jetzt noch in der römischen Frage nur soviel zugestand, daß Rom von den französischen Truppen geräumt, aber nicht von den italienischen besetzt werden sollte. Ähnlich wie jene großen, verhielten sich die kleinen Freunde Frankreichs. Auch die Dänen, so geneigt sie waren, diese Gelegenheit wider Preußen zu benutzen, wollten sich doch nicht eher bloßstellen, als bis der Beginn des Krieges die Überlegenheit der französischen Waffen wirklich darthue, und derselbe Grund hielt Schweden zurück, dessen franzosenfreundlicher König Karl XV. (Enkel Bernadottes) gern seinen guten Willen mit den Waffen bethätigt hätte. Kurz, Frankreich mußte den Kampf, den es so unvorsichtig heraufbeschworen, allein aufnehmen.

Die Streitmacht, die es bis anfangs August an der Grenze, von wo aus sein Angriff erfolgen sollte, nämlich in dem Landstrich zwischen Metz und Straßburg, aufgestellt hatte, betrug kaum 270000 Mann, während gegenüber um diese Zeit von Trier bis Landau bereits an 350000 Mann schlagfertig standen. Dies Verhältnis wurde dem Kaiser Napoleon aber erst dann bekannt, als er bei einem Vorstoß auf die preußische Grenzstadt Saarbrücken am 2. August über die Lage der Dinge auf deutscher Seite einige Nachrichten eingezogen hatte.*) Doch hielt er es für nützlich, über die Besetzung des genannten Ortes, aus welchem sein Heer die nur wenige Kompanien und Schwadronen starke Garnison unter dem Befehle des trefflichen Oberstlieutenants v. Pestel nicht ohne Mühe vertrieben hatte, einen lächerlich prahlerischen Siegesbericht nach Paris zu schicken. Einen weiteren Vormarsch unternahm er nicht; er sah, daß er vielmehr selber sich zu verteidigen haben werde. Zeit, sich dazu in gehörige Verfassung zu setzen, wurde ihm nicht gelassen. Nach Moltkes Plan sollte die dritte Armee den Feind in der Seite fassen, die erste und zweite ihn dann von vorn angreifen. Demgemäß überschritt nun der Kronprinz die bayrisch-französische Grenze und warf sich auf den weitab getrennt stehenden rechten Flügel der feindlichen Armee (45000 Mann), welchen Marschall Mac Mahon befehligte, schlug am 4. August die Vortruppen desselben, die Division Douay, bei Weißenburg, wo sich das niederschlesische Königs-Grenadier-Regiment Nr. 7 (Major v. Kaiserberg) durch heldenhafte Erstürmung des Geisberges hohen Ruhm erwarb, und rückte dann gegen den Marschall selbst, der schleunigst, was er an Truppen herbeiziehen konnte, bei Wörth (2½ Meilen südwestlich von Weißenburg) mit seinem Corps vereinigte; dasselbe wuchs, namentlich durch Zuzüge, die ihm die Eisenbahn zuführte, auf etwa 70000 Mann und hatte hinter dem Bache Sauer in mehreren nahe zusammenliegenden Dörfern eine starke Stellung.**)

Hier wurde es nun am Morgen des 6. August von dem Vordertreffen des etwa 100000 Mann starken kronprinzlichen Heeres, dem fünften preußischen und dem zweiten bayrischen Corps, angegriffen; allerdings geschah dies gegen den Willen der obersten Leitung um einen Tag zu früh. Das V. Corps, unter General v. Kirchbach, erstürmte Wörth und behauptete es stundenlang, kam dann aber in harte Bedrängnis, weil das genannte bayrische Corps (befehligt vom General v. Hartmann) infolge eines Mißverständnisses die Weisung erhielt, den Kampf abzubrechen, und daher das Schlachtfeld verließ. Aber das fünfte preußische Corps hielt mit altem Heldenmut aus und gegen Mittag empfing es von dem mittlerweile herbeigeeilten elften Corps (General v. Bose), dann auch von anderen Truppen des Hintertreffens, einer württembergischen Brigade und dem ersten bayrischen Corps (General von der Tann), wirksame

*) Vgl. auch A. Ruppersberg, Saarbrücker Kriegschronik, Saarbrücken 1895.

**) Vgl. die Fröschweiler Chronik vom Pfarrer Klein zu Fröschweiler i. E., 9. Aufl., München 1891.

Hilfe. Um 4 Uhr räumte der Feind das Schlachtfeld und wandte sich zur Flucht. 33 Geschütze, 1 Adler und 9000 Gefangene waren die Trophäen dieses Sieges. Außerdem hatte die französische Armee 8000 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Noch mehr Blut war auf deutscher Seite geflossen; 10 500 Mann lagen hier tot oder wund, davon 5500 vom fünften Corps.

An demselben Tage erlitt auch der nach Norden vorgeschobene Teil der französischen Armee eine schwere Niederlage. Derselbe hatte Saarbrücken wieder geräumt, aber südlich davon auf den Höhen von Spicheren und südwestlich derselben bis Forbach halt gemacht; es standen hier 60 000 Mann unter General Frossard in einer Stellung, die sie wegen deren natürlicher Festigkeit uneinnehmbar glaubten. Gleichwohl wurden sie mittags am 6. August daselbst von der vierzehnten Division (siebenten Corps) ebenfalls um einen Tag zu früh unter General v. Kameke, die an der Spitze der „ersten" Armee marschierte, angegriffen; der Donner des Geschützes rief die nächsten preußischen Heeresteile herbei; zur Rechten erschienen Bataillone vom achten Corps, zur Linken die Vortruppen der zweiten Armee; das Gefecht wurde zur Schlacht, deren Leitung auf preußischer Seite der Befehlshaber des achten Corps, General v. Goeben, übernahm. Trotz Chassepots und Mitrailleusen erstürmten die Preußen die über hundert Fuß jäh aufsteigenden Waldhöhen; voran mit zwei Bataillonen des 74. Regiments der General von François, den Roten Berg hinauf; er fiel, den Seinen ein befeuerndes Beispiel todverachtender Tapferkeit. Wie sie ihm folgten, davon zeugt, daß die erste Kompanie des achten (Leib-Grenadier-) Regiments hier 107 Mann, also etwa die Hälfte ihres Bestandes verlor. Stundenlang währte, sich zu den Seiten erweiternd, hinan und hinab und wieder hinan der Kampf; endlich gelang es, vornehmlich durch den Beistand der fünften Division (dritten Corps), den an Zahl überlegenen Feind aus seiner festungähnlichen Stellung hinauszuwerfen; und als gegen Abend auch die dreizehnte Division eintraf und zur Verfolgung der über Forbach abziehenden Franzosen nachdrängte, da löste sich das Corps Frossard in wilder Flucht auf. Es ließ 2000 Tote und Verwundete, über 2000 Gefangene zurück, während den Preußen das schwere Stück Arbeit 850 Tote und 4000 Verwundete gekostet hatte. Die französische Hauptarmee, die sogenannte „Rheinarmee", trat nun den Rückzug an, um bei Metz und hinter der Mosel Deckung zu suchen, während Mac Mahon im Lager von Châlons aus den Trümmern seines Corps und aus den Reserven eine neue Armee bilden sollte.

Die Siegesnachrichten von Weißenburg, Wörth und Spicheren erregten in Deutschland einen Jubel, der schon in Erwägung der ungeheuern Gefahr, mit welcher die Heimat bedroht gewesen, berechtigt genug war. Denn gerettet sah man Hab und Gut, Ehre und Leben, behütet von jener wilden Soldateska, in deren Reihen Zuaven und Turkos — der Abschaum Frankreichs und der Auswurf Afrikas — schritten. Hatten doch französische Würdenträger gedroht, durch die Turkos und Zuaven alles im badischen Lande einäschern und die

Frauen und Mädchen schänden zu lassen.*) Aber die Zukunft des ganzen Vaterlandes sah man nach dem, was geschehen, bereits als gerettet an. Süd- und Norddeutsche hatten Schulter an Schulter gestritten, geblutet und gesiegt; jedermann fühlte, daß ihr Bund nun nicht mehr zu lösen war. Jene Erfolge hatten aber noch die große Wirkung, daß Deutschland die Seiten nun völlig frei bekam. Die Kriegslust in Dänemark, am Wiener und Stockholmer Hofe und bei der franzosenfreundlichen Partei unter den Italienern erkaltete; die Truppen, welche Frankreich zu einer Landung in Schleswig bestimmt hatte, brauchte es jetzt daheim; und so konnten die Armeecorps, die noch in Norddeutschland zurückgeblieben waren, nun schleunigst auf den Kriegsschauplatz gezogen werden.**)

Allein noch war der Kern der französischen Streitmacht ungebrochen. 210 000 Mann guter und vortrefflich bewaffneter Truppen, eine solche Heeresmasse, gelehnt auf eine Festung, die, wie Metz, zu den größten und stärksten der Welt gehörte, konnte wohl als ein Bollwerk angesehen werden, an dem sich der deutsche Ansturm brechen möchte. Und doch war es für die Deutschen ein Vorteil, wenn der Hauptkampf, der entscheidende, welcher bevorstand, gegen dieses Heer, in dieser Stellung gefochten wurde. Denn wie viel ungünstiger gestaltete sich für sie die Lage, wofern die „Rheinarmee“ weiter, bis über die Maas, zur Vereinigung mit Mac Mahons und den anderen im Innern Frankreichs vorhandenen Streitkräften zurückging! Man mußte deutscherseits versuchen, dies zu hindern, die Rheinarmee festzuhalten, sie vereinzelt zu schlagen. Zu diesem Zwecke wurde der Kronprinz über die Vogesen in der Richtung auf Nancy und Châlons entsandt; er sollte den Feind umgehen, ihn von der Verbindung mit Châlons abschneiden, während der König selbst mit seiner ersten und zweiten Armee angriffe. Demgemäß bewegten sich diese beiden Heere langsam gegen das nahe Metz, das kronprinzliche Heer aber, um in gleicher Zeit seinen sehr weiten Weg zu machen, mit größter Eile vorwärts. So erhielten auch die Armeecorps, die noch aus Deutschland nachkamen, zunächst das erste, sodann das zweite und zwölfte, Zeit, um jenes zu Steinmetz, diese zum Prinzen Friedrich Karl zu stoßen.

Den Oberbefehl über die „Rheinarmee“ hatte anfangs der Kaiser Napoleon gehabt; er übergab ihn nun (am 12. August) dem Marschall Bazaine, einem tapferen Kriegsmann und nicht ungeschickten Feldherrn, dem es aber, wie sich bald zeigen sollte, doch an der geistigen Kraft fehlte, die großen Verhältnisse, welche vorlagen, gehörig zu beherrschen. Nach der Ansicht des Kaisers war es durchaus nötig, die Mosellinie aufzugeben und erst nach der Vereinigung mit Mac Mahon dem Feinde stand zu halten. Bazaine ordnete denn auch demgemäß den Rückzug an; aber er meinte, zugleich abmarschieren und

*) Vgl. v. Freydorfs Mitteilungen in der Deutschen Revue 1883, VIII. 278.

**) Vgl. H. Granier, Die Einmarschkämpfe der deutschen Armeen im August 1870, Berlin 1896.

schlagen zu können. Und so betrieb er den Rückzug nicht mit der Raschheit und dem Nachdruck, wie nötig gewesen wäre. Freilich behinderte ihn auch die Mangelhaftigkeit der französischen Heereseinrichtungen, zumal im Proviantwesen; die Zustände, in die er als Oberbefehlshaber eintrat, waren zum Teil noch unfertig, verwirrt, die Bewegungen der Truppen schwerfällig. So verzögerte sich der Abmarsch, und schon war der Feind da, der ihn zu stören kam.

Denn am 13. August erschienen alle drei Armeen der Deutschen gleichzeitig vor der Mosel: Steinmetz vor Remilly, eine Meile östlich von Metz; Prinz Friedrich Karl bei Pont-à-Mousson, zwei Meilen oberhalb an dem Flusse; der Kronprinz noch weiter oben vor Nancy. Während der letztere seinen Weg gegen Mac Mahon fortsetzte, hatten die beiden erstgenannten Feldherren unter Oberleitung des Königs die Aufgabe, die Rheinarmee je nach den Umständen anzufallen oder abzuschneiden. Denn über Stellung und Absichten des Feindes war man im Dunkeln.

Die Festung Metz beherrschte mit den Kanonen ihrer Außenwerke zu beiden Seiten der Mosel einen Raum von etwa anderthalb Quadratmeilen. Dieser Raum war vielfach von Uferhöhen des Flusses selbst, so wie der in ihn mündenden Bäche durchschnitten, welche, mit Wald, Weinbergen, Gärten, Dörfern, Landhäusern dicht besetzt, den Überblick erschwerten. Die Deutschen konnten lange nicht ermitteln, ob dort Tausende oder Hunderttausende lagerten.*) Soviel indes erkannten sie schon am 13ten, daß ein Teil der Rheinarmee noch diesseits der Mosel und zwar in und bei den Dörfern im Osten der Festung, verweilte; es schien nur die Nachhut, in der That war es ein starkes Drittel der Rheinarmee, etwa 70 000 Mann.

Auf diesen Gegner stieß nun nachmittags am 14. August beim Dorfe Courcelles der Vorhutführer des VII. Corps, General von der Goltz, und begann ein Gefecht, welches bald eine weite Ausdehnung annahm. Der größte Teil des VII. Corps (General v. Zastrow) und des I. (General v. Manteuffel) trat ins Feuer. Die Franzosen, in überlegener Stellung und Zahl (84 000 gegen 57 000), leisteten besonders in ihrem Centrum, beim Dorfe Colombey, kräftigen Widerstand; dennoch wurden sie geworfen und mußten stellenweise bis unter die Wälle von Metz weichen. Um 8 Uhr abends war der Kampf beendigt, und das Schlachtfeld im Besitz der Preußen.

Sie hatten diesen Erfolg teuer erkauft, mit 5000 Mann an Toten und Verwundeten, während der französische Verlust nur 3600 betrug. Es erregte daher unter den Truppen große Mißstimmung, daß der Oberbefehlshaber General von Steinmetz den von ihnen errungenen Sieg wieder aufgab, indem er sie bei Einbruch der Dunkelheit in die vor dem Treffen eingenommenen Stellungen zurückbeorderte. Immerhin ward durch diesen Gefechtstag die Gesamtlage für die Preußen erheblich verbessert.

Denn inzwischen konnte ungehindert ein Teil ihrer zweiten Armee bei

*) Vgl. v. d. Goltz, Die Operationen der II. Armee, Berlin 1873, S. 45.



Pont-à-Mousson die Mosel überschreiten, während der Abmarsch der Franzosen infolge jenes Treffens verlangsamt wurde. Wenige Regimenter ausgenommen, welche mit dem Kaiser selber nach Châlons abgegangen waren, befand sich die ganze Armee noch am 16ten bei Metz, wenn auch auf dem linken Ufer. Die westlichsten Punkte, welche sie hier erreicht hatte, waren Saint Marcel und Vionville: Dörfer, die nur zwei Meilen von jener Stadt entfernt sind. An diesem Tage aber hatte bereits die halbe Armee des Prinzen Friedrich Karl bei Pont-à-Mousson den Übergang über den Fluß bewerkstelligt und war in vollem Anmarsch nach Nordwesten, um nachsetzend oder zuvorkommend den Feind zu fassen.

Der Boden, auf welchem Bazaines Heer damals stand, ist ein wellenförmiges, hie und da von Gehölz und Gebüsch durchsetztes Hochland, in welchem einförmige Hügel sich zu vielverzweigten Mulden hinabsenken. Im Osten, auf der höchsten Erhebung liegt das Dorf Gravelotte; südwestlich davon, zum Teil tief in Mulden verborgen, liegen die Dörfer Rezonville, Vionville und Flavigny; alle diese Ortschaften als kahle Steinmassen frei zwischen den welligen Ackerflächen. Über dies Gelände führen nach Nordwesten, Westen und Südwesten mehrere Straßen, deren Ausgangspunkt Gravelotte ist; die nördliche geht über St. Marcel; die mittlere — genannt „die alte Römerstraße“ — zieht sich meist durch Buschwerk; die südliche, welche für das französische Heer die Hauptstraße von Metz nach Verdun war, führt über Rezonville, Vionville und Mars la Tour. Südlich von letztgenannter Straße fällt das Hochland steil ab; seine Mulden werden hier zu tiefen Waldschluchten mit schwerersteigbaren Rändern, die in das wildromantische Thal von Gorze münden.

Durch dieses Thal und diese Schluchten stieg Dienstag morgens am 16. August das III. (brandenburgische) Corps hinan; es sollte, falls das obere Gelände frei wäre, die im Norden desselben von Metz über Conflans und Etain nach Verdun führende, damals noch unfertige, Eisenbahnstraße besetzen, andernfalls den Feind daselbst festhalten. Schon auf dem Südrande der Hochfläche, bei Vionville, stieß es auf ein großes Heerlager.*)

Der Führer des dritten Corps, General Konstantin von Alvensleben, machte sich sofort fertig zur Schlacht, zog seine gesamte Kavallerie heran, die zum Teil weiter westlich dem X. Corps voraufmarschiert war, und ließ sie morgens um 9 Uhr unter General v. Rheinbaben auf Flavigny, unter General v. Bredow auf Vionville den Angriff eröffnen. Die Franzosen waren überrascht, ordneten sich aber bald und entwickelten ihre Massen, voll Begier und Hoffnung, die kleinere Macht des Gegners zu erdrücken. Denn drei französische Corps (Frossard, Canrobert und die Kaisergarde) standen hier dem einen preußischen Corps gegenüber; 80 000 Mann mit 306 Geschützen gegen 30 000

*) Vgl. Kriegsgeschichtl. Einzelschriften, her. v. Gr. Generalstabe, Heft 18: Das Generalkommando des III. Armee-Corps bei Spicheren u. Vionville, Berlin 1895.

Mann mit 114 Geschützen. Und dieses Mißverhältnis der Zahl mußte viele Stunden lang dauern; denn das zunächst kommende preußische Corps, das X., welches zur Linken folgte, war mit seinem Gros noch weit zurück. Es traf sich gut, daß die Aufgabe, welche hier gelöst werden sollte, — eine der schwersten, wenn nicht die schwerste dieses Krieges — gerade dem brandenburgischen Armeecorps zufiel, also der Soldatenschaft eines Volksstammes, der sich von altersher im Felde ebenso durch zähe Verteidigung wie durch heftigen Ansturm auszuzeichnen pflegte.

Von der preußischen Reiterei aufgestört, waren die Franzosen mit allen Waffen gegen den Rand der Hochebene vorgedrungen und suchten die heraufsteigenden Bataillone zurückzuwerfen. Aber mit Hilfe der rücksichtslos vorgehenden Artillerie brachen diese sich Bahn, rechts die 5. Infanterie-Division unter General v. Stülpnagel bis Rezonville hin, links die 6. Division unter General v. Buddenbrock über die Dörfer Vionville und Flavigny, welche erstürmt wurden, bis an die alte Römerstraße. Um halb zwei Uhr nachmittags, nach vierstündigem, heißem Ringkampfe, hatten die Brandenburger das Ziel erreicht: dem Feinde war der gerade Rückweg auf Verdun gesperrt. Denn vor ihm lag quer über die Straße Metz-Mars la Tour das preußische Corps; es hielt ihn von Westen wie von Süden gepackt.

Aber nun galt es, die errungenen Vorteile zu behaupten; die Angriffsschlacht war zu Ende, die Verteidigungsschlacht begann. Um 2 Uhr rückten die Franzosen mit gesamter Macht an. Auch sie fochten des alten Ruhmes würdig; wetteifernd in Tapferkeit, die Kaisergarde voran, bestürmten sie die preußische Stellung; auf der ganzen Linie gleichzeitig und meist mit frischen Truppen erfolgte ihr Angriff. Er wurde abgeschlagen. Aber die Kraft des brandenburgischen Fußvolkes war fast erschöpft; eine Ruhepause mußte eintreten, wenn es nicht dem nächsten Gewaltstoß dieser dreifachen Übermacht erliegen sollte. Schon stand es in Gefahr, eine wichtige Position, ein Wäldchen, das sich von Vionville nach der alten Römerstraße hinzieht, genannt die Büsche von Tronville, zu verlieren. Es war gegen 3 Uhr, das zu Hilfe heranziehende X. Corps noch eine Stunde entfernt; diese Stunde mußte dem Feinde abgewonnen werden. Der kommandierende General beschloß, einen Teil seiner Kavallerie dranzusetzen. Er befahl dem General von Bredow, der mit zwei altmärkischen Reiterregimentern (dem Halberstädter Kürassierregiment Nr. 7 unter Major Graf von Schmettow und dem Ulanenregiment Nr. 16 unter Major von der Dollen), im ganzen nach Entsendung einzelner Abteilungen nur noch 6 Schwadronen stark, bei Vionville hielt, in das Centrum des Feindes zwischen Rezonville und der alten Römerstraße einzubrechen; es hieß so viel wie diese Truppen opfern, aber es handelte sich um die Rettung des Corps und der Schlacht.

Gehorsam stürzten sich die beiden Regimenter in den Feind; durch den Chassepotkugelregen zweier Schützenreihen ging es auf eine Batterie, wo alles niedergehauen ward; dann weiter in rasendem Jagen auf eine Infanterie-

kolonne und über sie hinweg in eine zweite Batterie, und wieder in eine Infanterieabteilung; nachdem auch diese niedergeritten war, schon tief im Centrum des Feindes neben der alten Römerstraße, eine Viertelmeile vom Ausgangspunkte, schwenkte die Schar um und jagte zurück an ihren Posten bei Vionville. Hier blies der Trompeter das Regimentssignal „Sammeln!“ Doch die Trompete war durchschossen; ein Ton kam heraus wie Sterberöcheln. Von den 630 Reitern, die den Todesritt mitgemacht, blieben 16 Offiziere und 363 Mann. Aber der Zweck war erreicht, die Zeit gewonnen; länger als eine Stunde währte die Gefechtspause, welche dieser verwegene Angriff herbeigeführt.*)

Um 4 Uhr erneuerten die Franzosen ihre Anstrengungen; mit stärkster Wucht drückten ihre Massen auf die Division Stülpnagel. Dennoch hielt diese aus, und Hilfe war jetzt nahe. Zur Linken langte das X. (hannöversche) Corps, kommandiert vom General v. Voigts-Rhetz, an und griff über Mars la Tour in die Schlacht ein. Das Vordertreffen desselben, geführt vom General von Wedell, ging dort um 5 Uhr mit Ungestüm auf den Feind los. Fünf Bataillone westfälischer Regimenter mit 95 Offizieren und 4546 Mann traten sie ins Gefecht; nach dreiviertelstündigem Kampfe hatten sie 72 Offiziere und 2542 Mann verloren. Nächst der Bredowschen Reiterschar die stärkste Einbuße einer Truppe in diesem Kriege; bei einem Bataillon (des Regiments Nr. 56) waren gar sämtliche Offiziere gefallen, so daß ein Feldwebel es führte. General Wedell mußte vor der Übermacht zurückweichen, und sein gelichteter Heerhaufen wurde vor völliger Zertrümmerung zunächst nur durch das dem Corps beigegebene 1. Gardedragoner-Regiment (Kommandeur v. Auerswald) bewahrt, welches sich in die nachdrängende französische Infanterie warf und dieselbe zum Stehen brachte. Abermaliges Vordringen des Feindes ward dann durch die übrige dort verfügbare Reiterei (Brigade v. Barby) abgewehrt. 5000 Reiter — Preußen und Franzosen — kämpften hier: das großartigste Kavalleriegefecht dieses Krieges. Inzwischen erschienen auch bei Vionville Verstärkungen, Teile vom VIII. und IX. Corps; der Oberbefehlshaber selbst, Prinz Friedrich Karl war dort eingetroffen.

Aber nicht minder hatte sich unterdes Bazaine verstärkt; er behielt den Vorteil der Zahl wie der Stellung. Man erwehrte sich seiner; man behauptete in stundenlangem Geschützkampf, wobei sich die preußische Artillerie durch kühnes Vorgehen und sicheres Schießen hervorthat, den gewonnenen Boden; doch denselben zu erweitern, wollte nicht gelingen.

Der Tag neigte sich; da ordnete der Prinz beim dritten Corps einen Massenvorstoß an. Auf seinen Befehl griffen eine Kavalleriedivision (Herzog Wilhelm von Mecklenburg) und eine Infanteriedivision (v. Buddenbrock), jene von Flavigny, diese von Vionville her den Feind in der Richtung auf Rezonville an; der Erfolg war ein Vorschieben der preußischen Stellung bis zur Höhe vor letztgenanntem Dorfe. Die einbrechende Dunkelheit setzte dem Kampfe ein Ziel. Beide Teile übernachteten auf dem Schlachtfelde.

*) Vgl. v. Bredow, Aus meinem Leben, Berlin 1885.

Zwölf Stunden hatte die Schlacht gedauert, in welcher nach und nach 60000 Preußen und 120000 Franzosen gegen einander gestanden hatten; sie gehört zu den hartnäckigsten und blutigsten aller Zeiten. Dem glorreichen brandenburgischen Corps kostete sie fast ein Drittel seines damaligen Bestandes; es lagen ihm beinahe 7000 Mann tot oder verwundet. Auch die übrigen preußischen Truppenteile, welche gefochten, besonders das X. Corps, hatten schwere Verluste (im ganzen 9000 Mann). Nicht geringer war die Einbuße an Mannschaft auf französischer Seite; auch dort waren 16000 gefallen oder verwundet. Trophäen hatten die Preußen nur wenige gewonnen: 1 Geschütz und 2000 Gefangene; aber sie hatten der feindlichen Armee die gerade Straße von Metz nach Verdun verschlossen, hatten den Kampf gegen eine große Überzahl glücklich und im letzten Augenblicke noch angriffsweise geführt; sie durften sich den Sieg, und einen höchst wichtigen Sieg, zuschreiben.

Deutscherseits nahm man nun an, daß Bazaine thun werde, was in seiner Lage das Klügste zu sein schien, daß er nämlich in nordwestlicher und nördlicher Richtung abziehen werde. Auf diese Voraussetzung hin wurden am 17ten die weiteren Anordnungen getroffen: das I. Corps sollte auf dem rechten Moselufer Metz gegenüber als Rückendeckung verbleiben, alle andern Corps der ersten und zweiten Armee sollten auf dem linken Ufer über die Straße Metz-Verdun hinweg nach Nordwesten und Norden marschieren, um den Feind von seinen übrigen Rückzugslinien abzudrängen, denjenigen Teil der Rheinarmee aber, der etwa noch zurückgeblieben wäre, abzuschneiden. Zwar fand man am 17ten nur Rezonville von den Franzosen geräumt und drüber hinaus in Gravelotte zeigten sich noch starke Truppenmassen; aber man hielt sie für die Nachhut der abziehenden Armee.

Demgemäß stand am Donnerstag den 18ten morgens das deutsche Heer auf dem linken Moselufer in langer Linie von Osten nach Westen: Corps VII vor Gravelotte, Corps VIII westlich davon bei Rezonville, dann das IX. bei Vionville und hinter ihm das III.; dann das Gardecorps, und hinter demselben bei Tronville das X., zuletzt bei Mars la Tour das XII.; noch auf der Straße, die von Pont-à-Mousson nach Buxieres (westlich von Gorze) führt, das II. Corps. In dieser Stellung erfolgte nun der Vormarsch nach Norden. Das IV. Corps war südwärts gegen Toul entsandt worden.

Aber jene Voraussetzung, die dem Marschplane der Deutschen zu Grunde lag, war ein Irrtum. Bazaine hatte keineswegs den Rückzug angetreten; vielmehr hatte er sich entschlossen, hier bei Metz zu bleiben und noch eine Schlacht anzunehmen. Denjenigen Teil seiner Armee, der bereits stark gelitten, zog er näher an die Außenwerke im Nordwesten der Festung heran; mit dem Rest — gegen 100000 Mann — besetzte er den fast eine Meile langen Höhenrand, der sich von Gravelotte im Süden bis über Saint Privat la Montagne im Norden erstreckt; bei Gravelotte begann sein linker, bei Saint Privat und Roncourt endete sein rechter Flügel. Diese Stellung, die durch steinerne Dörfer und waldige Hügel bereits sehr fest war, wurde von der französischen Armee

mit der ihr in solchen Arbeiten eigenen Geschicklichkeit und Raschheit aufs stärkste verschanzt. Auch hielt Bazaine sie für unbezwinglich; er hoffte, wenn die Preußen ihn hier angriffen, sie entweder zu besiegen oder ihnen doch so gewaltige Verluste beizubringen, daß sie sich außer stande sehen würden, ihm ferner den Weg zu sperren.*)

Nur nach und nach erkannte man auf deutscher Seite die eigentliche Lage der Dinge. Um 10 Uhr vormittags wußte man im großen Hauptquartier des Königs, welches sich jetzt bei Flavigny befand, sowie in demjenigen des Prinzen Friedrich Karl zu Vionville, daß der Feind bei Gravelotte in Schlachtordnung stehe, aber wie weit nördlich sich seine Schlachtlinie erstreckte, wußte man nicht; und man glaubte sie weit kürzer, als sie in der That war. Die Vermutung erhielt sich, daß der Feind, der eben jetzt das Dorf Gravelotte aus freien Stücken geräumt hatte, nur ein Rückzugsgefecht biete. Dem Bilde entsprechend, welches man jetzt von der Stellung der Rheinarmee gewann, veränderte man die getroffenen Anordnungen. Aber man verhehlte sich nicht, daß auch dieses Bild bei aller Wahrscheinlichkeit doch nicht ganz richtig sein könne. Der Einsicht der einzelnen Corpsführer mußte daher hier jetzt noch mehr, als es sonst wohl geschah, überlassen werden. Der Gedanke, von welchem im allgemeinen die Weisungen des großen Hauptquartiers bestimmt wurden, traf das Rechte. Die deutsche Marschlinie bildete zu der französischen Schlachtlinie einen rechten Winkel; der Befehl ging dahin, sie durch eine Rechtsschwenkung bei staffelförmigem Vormarsch in eine Parallele, die den Feind überrage, zu verwandeln; sobald diese große Bewegung ausgeführt wäre, sollte mit allen Kräften der Angriff erfolgen.

Das Vordertreffen der zweiten Armee schwenkte demnach rechts ab; diese Schwenkungen waren desto größer, je weiter westlich die Truppen standen. Das IX. Corps (bestehend aus einer schleswig-holsteinschen und der hessen-darmstädtschen Division) hatte zum Zielpunkt das Dorf Verneville. Die Garde und das XII. (königlich sächsische) Corps marschierten auf Batilly, fanden dann aber, daß sie, um an den Feind zu kommen, sich mehr nordöstlich halten müßten, und schlugen daher, das Gardecorps die Richtung auf die Dörfer Habonville und Saint Ail, das sächsische Corps auf Sainte Marie aux Chenes und Roncourt ein; diese vier Dörfer liegen in einem nach Westen gespannten Bogen, auf dessen Sehne nicht weit von Roncourt das Dorf Saint Privat liegt.

Den kleinsten Weg hatte das neunte Corps (General v. Manstein) zu machen; es war bald am Feinde und griff ihn mittags um halb ein Uhr an. Es hatte den mittleren Teil der französischen Schlachtlinie vor sich, der vom Dorfe Amanvillers im Nordosten über Montigny la Grange bis zum Pachthof la Folie im Osten Vernevilles reichte. Gleichzeitig brachen zur Rechten des neunten Corps die Vortruppen des siebenten und achten über Grave-

*) Bazaine, L'armée du Rhin, Paris 1872, p. 67.

lotte her los; sie hatten es mit dem linken Flügel des Feindes zu thun, der sich von la Folie südwärts über die Pachthöfe Leipzig und Moscou bis zu den Höhen von le Point du Jour nahe bei Gravelotte erstreckte. Doch befahl der Prinz Friedrich Karl, den Kampf hier hinzuhalten, bis gegen den rechten feindlichen Flügel, welcher sich unerwartet stark erwies, die nötigen Kräfte versammelt wären.

Um 1 Uhr nachmittags war die Garde in Habonville, um 2 Uhr besetzte sie Saint Ail. Zu ihrer Linken im Norden marschierte auf Sainte Marie zu das sächsische Corps. Dorthin verlängerte nun die Garde ihre Vorderseite und erstürmte im Verein mit den Sachsen um halb vier Uhr jenes Dorf. Jetzt ging die Artillerie der Garde vor und bewarf die Batterieen des feindlichen rechten Flügels bei Saint Privat. Zu derselben Zeit erneuerte die Artillerie des neunten Corps an ihrem Ort das Feuer. Eine Stunde lang währte der heftigste Geschützkampf. Dann schwieg die französische Artillerie; sie konnte sich gegen die deutsche nirgends behaupten. Man glaubte deutscherseits, auch das französische Fußvolk müsse bereits schwer erschüttert sein; in Wirklichkeit hatte es jedoch auf seinen Höhen von der Kanonade wenig gelitten.

Der Schlüssel der feindlichen Stellung war offenbar Saint Privat; es handelte sich darum, diesen Ort mit Infanterie zu erstürmen. Nach den Absichten des Königs sollte die Garde dies nicht ohne Mitwirkung des zwölften Corps unternehmen. Letzteres war angewiesen, den rechten Flügel des Feindes zu umgehen und ihm in den Rücken oder in die Seite zu fallen. Die Garde sollte also den Angriff auf Saint Privat verschieben, bis die Sachsen Roncourt besetzten. Roncourt liegt in gerader Richtung von Sainte Marie ebensoweit, wie dieses von Saint Ail und Habonville, nämlich etwa eine Drittelmeile, und von Saint Privat ungefähr 1500 Schritte entfernt. Die Umgehung konnte in einer Stunde geschehen sein. Auch hatte der Kronprinz von Sachsen, welcher das zwölfte Corps befehligte, dem Führer des Gardecorps, Prinzen August von Württemberg, melden lassen, er werde um 5 Uhr vor Roncourt sein; so wenigstens hatte dieser die Meldung verstanden. Aber es wurde 5 Uhr und darüber, und die Sachsen waren nicht zur Stelle. Prinz August mochte nicht länger warten; er hatte nur noch wenige Tagesstunden vor sich und war ungeduldig, eine Entscheidung herbeizuführen. Prinz Friedrich Karl war derselben Meinung; mit seiner Genehmigung befahl der Kommandeur des Gardecorps den Sturm auf Saint Privat.

Dieses Dorf, aus steinernen Gebäuden bestehend, liegt auf einer kahlen, nach Westen abfallenden Hochebene, deren Abhang, platt wie ein Brett, einer hinansteigenden Truppe nirgends Deckung gewährt. Den Kamm der Höhe hatten die Franzosen mit Schützengräben durchzogen, die Mauern der Häuser mit Schießscharten versehen, auch den mit einer Steinmauer umgebenen Kirchhof vor dem Dorfe zur Festung umgeschaffen; in langen Reihen stand ihre

Infanterie dazwischen und dahinter, Batterieen von Kanonen und Mitrailleusen zu den Seiten.

Man machte den Prinzen August darauf aufmerksam, daß ohne vorbereitende Artilleriewirkung ein Gelingen des schwierigen Stirnangriffs auf eine so starke, festungsartige Stellung kaum zu erwarten sei. Allein der Prinz war anderer Meinung, und so rückte denn — es war $5^1/_2$ Uhr — die Garde an. Die Sturmkolonnen, geführt vom General v. Pape, bildeten vier Regimenter Fußvolk, auf dem Wege von Habonville zwei und auf dem Wege von Saint Ail zwei. Aber sie waren kaum bis zum Fuß der Höhe gekommen, als das ferntreffende Chassepotfeuer bereits breite Lücken riß. Dennoch ging es weiter hinan: die Weise war, 100 Schritt laufen, dann hinwerfen und rasten und abermals 100 Schritt laufen. Aber jetzt kamen die Mitrailleusen zu voller Wirkung. Unaufhörlich sandte der Feind aus seiner gesicherten Stellung sein Massenfeuer herab; dagegen gab es nicht Schutz, nicht Abwehr. Es waren Hunderte gefallen, bald fielen Tausende. „In ganzen Garben sanken sie dahin, die großen schönen Gardeleute; unablässig mähte mit langer Sichel der Tod. Oben auf der Höhe von Saint Privat aber standen die französischen Offiziere und folgten mit Bewunderung dem großartigen Schauspiel, welches hier Mannesmut und Vaterlandsliebe, Disziplin und Ehrgefühl vor ihren Augen aufführten. Ganze Züge stürzten, aber die zerrissenen Linien schlossen sich wieder, und stumm, ohne einen Schuß zu thun, rückten die Bataillone weiter heran. Nur das Kommandowort der Offiziere und das beschwörende ‚Vorwärts! vorwärts!‘ lief durch die Reihen.“ *)

Die entsetzlichen Verluste, welche seine braven Bataillone erlitten, belehrten den Prinzen August, daß er die Stärke der feindlichen Stellung in der That zu gering geschätzt, daß er zu früh habe angreifen lassen. Er schickte den Stürmenden also den Befehl innezuhalten. Es war Zeit, wenn die Gardeinfanterie nicht sollte ganz vernichtet werden; die Sturmsäulen waren zu kleinen Häuflein zusammengeschmolzen, bei einigen Bataillonen schon sämtliche Offiziere weggeschossen. Aber obgleich mehrfach dezimiert, waren die Bataillone nicht gebrochen, sie blieben stehen, wo sie waren, dem Feinde dicht gegenüber, die vordersten 500 Schritt vor Saint Privat. Eine halbe Stunde harrten sie so auf dem teuer bezahlten Boden aus; da endlich zeigte sich ihnen zur Linken, drüben bei Roncourt, die lange erwartete Bewegung.

Der Befehlshaber des zwölften Corps, Kronprinz Albert von Sachsen, hatte in der irrigen Meinung, daß der Feind sich über Roncourt hinaus erstrecke, seine Truppen zu weit nach Norden geschickt und der Führer seines linken Flügels, Prinz Georg von Sachsen, war dann wieder zu weit nach Westen gegangen: kurz, das sächsische Corps hatte behufs der Umgehung des Feindes einen viel zu großen Bogen beschrieben, und so kam es, daß um 5 Uhr,

---

*) Bericht eines Augenzeugen bei Th. Fontane, Der Krieg gegen Frankreich 1870/71. Berlin 1873, I. 322.



zu der Zeit, als die Garde sich zum Sturm auf Saint Privat fertig machte, die Sachsen sich mit ihrer Hauptmasse noch weit ab, nämlich bei Hautmecourt, mehr als eine halbe Meile nordwestlich von Roncourt, befanden. Aber sie thaten dann alles, den Irrtum wieder gut zu machen, suchten im Eilmarsch die verlorene Zeit einzuholen, und so waren sie denn endlich, nach sehr bedeutenden Marschleistungen, um $6^1/_2$ Uhr zur Stelle und griffen das Dorf Roncourt an. Es hatte nur noch geringe Besatzung, da der Befehlshaber des französischen rechten Flügels, General Canrobert, alle irgend verfügbaren Truppen nach Saint Privat gegen die stürmende preußische Garde herangezogen hatte. Roncourt gelangte daher ohne erheblichen Kampf in den Besitz des zwölften Corps. Jetzt war der Augenblick zur Erneuerung des Angriffs auf Saint Privat gekommen, zumal da zu dieser Zeit, um halb sieben Uhr, auch ein Teil des X. Corps, welches über Saint Ail herbeieilte, zur Hand war. Die Artillerie des XII., X. und des Gardecorps leitete den Angriff ein, dann stürmte die Infanterie. Es gab noch einen sehr blutigen und hartnäckigen Kampf, bei welchem die Sachsen mit den Preußen, die Franzosen mit beiden in Tapferkeit wetteiferten. Zuletzt überwog die deutsche Kraft. Gleichzeitig, um halb acht Uhr, drangen von Süden und Westen her die Garde, von Norden die Sachsen in das Dorf ein, brachen den Widerstand in den Häusern und Gehöften; gegen 8 Uhr war hier der Sieg gewonnen, der Feind auf dem Rückzug nach Metz.

Inzwischen hatte auch der Kampf im Centrum und auf dem preußischen rechten Flügel wieder begonnen. Dort galt es, das Dorf Amanvillers, hier, zunächst le Point du Jour dem Feinde zu entreißen. An beiden Stellen blieb der Kampf, so heftig er auch tobte, bis zum Untergang der Sonne unentschieden, und vor Amanvillers büßte das neunte Corps dabei zwei Geschütze ein. Erst als der Abend hereindunkelte, gelang es dem neunten Corps, den hartbestrittenen Boden vor Amanvillers zu erobern; dagegen bei le Point du Jour, wo das achte Corps einer durch Kunst und Natur allzu festen Stellung gegenüberstand, war ein Erfolg nicht erreicht worden. Vielmehr machte dort der Feind jetzt mit Aufbietung aller Kräfte einen gewaltigen Vorstoß gegen Gravelotte hin.

Aber hier trat ihm das soeben, um sieben Uhr, angelangte II. Corps (General v. Fransecky) entgegen. Es war seit 18 Stunden auf dem Marsch; dennoch mit Hurraruf und Trommelwirbel schritten die pommerschen Bataillone in den dunkeln waldigen Grund und die Höhen hinan, von denen ein Regen von Mitrailleusen- und Chassepotkugeln herniederfuhr. Daß Moltke dabei das Corps persönlich zum Angriff vorgeführt habe, ist natürlich eine Legende.*) Dieser Angriff gegen Point du Jour und Moscou verlief jedoch ebenfalls resultatlos. Er hätte in so später Nachtstunde nicht gewährt werden sollen. Denn schon lagerte Finsternis über dem Schlachtfeld.**) Der König, der auch an

*) J. v. Verdy du Vernois, a. a. O., S. 108.

**) v. Moltke, Gesch. des deutsch-franz. Krieges 1870/71 (Ges. Schriften Bd. III.),



diesem Tage, im Kugelhagel bei Gravelotte, wie einst bei Königgrätz, seine Person ausgesetzt hatte, befahl die Beiwacht zu beziehen. Er selbst übernachtete auf dem Schlachtfelde in einem Bauernhause bei Rezonville, nachdem er noch bis spät abends an einem Lagerfeuer, Moltke, Roon und Bismarck neben sich, die Meldungen über die gewonnenen Erfolge empfangen hatte. Der große Kampf hatte siegreich geendet.

Bazaines Armee, im Centrum und auf ihrem linken Flügel nur zurückgedrängt, aber in ihrem rechten Flügel gebrochen, geworfen, befand sich trotz ihres mannhaften Widerstandes in der Lage, die sie um jeden Preis hätte vermeiden müssen: sie war so gut wie umzingelt; denn sie konnte nicht hindern, daß ihr nun auch im Norden, vor ihrem letzten Ausweg, ein Riegel vorgeschoben wurde. Die Erschöpfung ihrer Kräfte war zu groß, um einen neuen Kampf zu wagen; sie mußte in die Festung zurückweichen, entmutigt, ungewiß, was nun ihr Schicksal sein werde. So schloß der 18. August den ehernen Ring um sie fest, der am 14ten und 16ten gelegt worden.

An diesem Tage hatten die Deutschen den Vorteil der Zahl, die Franzosen den Vorteil der Stellung gehabt: von jenen waren 211 000 Mann, von diesen 140 000 ins Feuer gekommen; dort hatte die Artillerie, hier die Infanterie das bessere Gewehr gehabt. Die schwerere Aufgabe war den Deutschen zugefallen: sie mußten verschanzte Höhen stürmen, von denen ein Feuer flutete, welches sie nur halb erwidern konnten. Wo auf gleichem Boden gefochten worden, da hatte sich stets die größere Kraft der Deutschen wirksam erwiesen. So kam es, daß der Menschenverlust, obgleich die Franzosen meist in Deckung gestanden, doch auf beiden Seiten gleichmäßig war; denn jeder Teil verlor an Toten und Verwundeten etwa ein Achtel seines Bestandes; die Deutschen 20 000 Mann, die Franzosen 12 000. Von dem deutschen Verlust kamen auf die Preußen 16 000, auf die Sachsen 2000, auf die Hessen-Darmstädter 1800. Die größte Einbuße an Toten und Verwundeten hatte die Garde gehabt (über 8000); auch gebührte ihr für Heldenmut und Manneszucht die Palme dieses Tages.

Die Riesenschlacht war zu Ende, die tagelang Metz umrast hatte. Keine Trophäen schmückten den Sieg; nur die Thatsache bekundete ihn, daß Frankreichs größte und beste Armee dem Gegner das Feld ließ und Schutz und Rast suchend sich unter die Kanonen der Festung zurückzog. Am Morgen des 19ten waren die Höhen von le Point du Jour bis Amanvillers geräumt und Bazaines Heer teils auf dem Marsch nach den Forts von Metz, teils schon im Lager zwischen denselben.

Die Aufgabe des Siegers war nun, den Feind bei Metz eingesperrt zu halten, bis ihn der Hunger würde zur Ergebung gezwungen haben. Dieses eben so wichtige wie beschwerliche Geschäft übertrug der König dem Prinzen Friedrich Karl, dem er auch die erste Armee unterordnete; der bisherige Be-

---

S. 58 (Volksausgabe S. 44). — Vgl. Fritz Hönig, 24 Stunden Moltkescher Strategie, Berlin 1891.

fehlshaber derselben, Steinmetz, hatte sich als Feldherr nicht so bewährt, wie vordem als Corpsführer; er wurde, wie 1866 Falckenstein, seines Kommandos enthoben. Zur Einschließung Bazaines erschienen indes so viele Corps, wie zur Stelle waren, nicht nötig. Der König bestimmte einige derselben (das IV., XII. und die Garde) zur Bildung einer vierten Armee, deren Führung er dem Kronprinzen von Sachsen anvertraute. Die dritte Armee, welche zur Belagerung Straßburgs die badische Division zurückgelassen hatte, wurde durch das VI. Corps verstärkt. Die beiden Kronprinzen erhielten die Weisung, in gleichen Abständen gegen das Lager von Châlons vorzugehen. Die Leitung des Ganzen behielt der König, der sein Hauptquartier bei der dritten Armee nahm.

Die Maas war überschritten, der Kronprinz von Sachsen bis Clermont, der Kronprinz von Preußen bis Vitry an der Marne gekommen, als man (am 25. August) erfuhr, das Lager von Châlons sei geräumt, Mac Mahon nach Reims marschiert, um nordwärts einen Weg zum Entsatze Bazaines zu suchen. Der Befehl dazu war jenem Marschall, bei welchem sich auch der Kaiser befand, von der Regierung in Paris erteilt worden. Dort hatte die Kaiserin, als Regentin während der Abwesenheit ihres Gemahls, auf die Unglücksbotschaften von Wörth und Spicheren ein neues Ministerium annehmen müssen, welches sich zum Sprachrohr der öffentlichen Meinung hergab. Jener Befehl an Mac Mahon war unverständig; denn der Marschall konnte nicht hoffen, mit 100 000 Mann zusammengeraffter Truppen unbemerkt und unbesiegt an Gegnern vorbeizukommen, die ihn suchten und eine Viertelmillion der besten Soldaten herbeiführten. Das hieß, mit sehenden Augen in sein Verderben rennen. Allein die Pariser verlangten es schlechterdings so; der Versuch, Bazaine zu entsetzen, sollte unter allen Umständen und auf der Stelle gemacht werden; Paris drohte sonst mit Empörung — darum fügte sich Mac Mahon und unternahm, was mißlingen mußte. Er zog also von Reims über Rethel auf Montmedy, um dann von dort den befohlenen Stoß gegen das Heer des Prinzen Friedrich Karl zu führen.

General v. Moltke machte diesen Plan bald zunicht. Auf seinen Rat ließ der König die dritte und vierte Armee rechts abschwenken, und als Mac Mahon am 30. August bei Mouzon die Maas überschritt, waren seine Verfolger schon so dicht hinter ihm, daß sie noch einen erheblichen Teil seiner Truppen auf dem linken Ufer fassen und bei Beaumont empfindlich schlagen konnten. Es war das IV. Corps (General Gustav von Alvensleben), welches, aufs beste unterstützt von dem königlich sächsischen und dem ersten bayrischen Corps, hier einen glänzenden, wenn auch blutigen Sieg errang. In sehr gedrückter Stimmung langte Mac Mahons Heer auf dem jenseitigen Ufer an.

Der König befahl nun dem Kronprinzen von Sachsen, ein wenig oberhalb ebenfalls den Fluß zu überschreiten und bis Carignan an der nahen belgischen Grenze Stellung zu nehmen; dem Kronprinzen von Preußen aber, seine Armee an der linken Seite der Maas hinabzubreiten. Mac Mahon suchte dem Netze zu entkommen; er zog sich nach Sedan zurück, gedachte von hier noch Mézières

zu erreichen. Allein rechtzeitig sperrte der König diesen Ausweg, indem er in der Nacht vom 31. August zum 1. September den linken Flügel der dritten Armee (das XI. Corps und die württembergische Division) bei Donchery zwischen Mézières und Sedan über die Maas gehen ließ.

Das große Kesseltreiben war vollendet, und das Wild stand. Die letzte Armee des Kaisers sah sich auf den engen Raum beschränkt, den ein Höhenzug im Nordosten von Sedan mit der Krümmung des Flusses Maas bildet, in welcher diese Festung liegt. Sie sah sich hier umzingelt von einer doppelten Übermacht (220 000 gegen 100 000), und die Schlacht, zu der man sie jetzt, morgens am 1. September, aufrief, konnte nur ein Kampf der Verzweiflung sein. Auch wehrte sie sich anfangs mit großer Tapferkeit.

Mit sechs Corps eröffnete der König den Angriff. Gegen den rechten Flügel des Feindes beim Dorfe Bazeilles schickte er die beiden bayrischen Corps; gegen die Truppen im Centrum, die sich beim Dorfe la Moncelle über Daigny bis nach Illy aufgestellt, das XII. und das Gardecorps, gegen den linken Flügel bei St. Menges und Floing das V. und XI. In Reserve, bereit einen Durchbruch des Feindes zu hindern, standen das IV. Corps und die württembergische Division. Bei Bazeilles entbrannte zuerst der Kampf; hier war er auch am heftigsten; die Franzosen leisteten den Bayern hartnäckigen Widerstand. Aber auch die Bayern fochten wacker; bis Mittag wurde hier von beiden Teilen mit gleicher Erbitterung um den Besitz von Bazeilles gerungen.

Während dessen hatten die Sachsen la Moncelle und vereint mit der Garde Daigny erobert, und letzteres Corps erstürmte nun auch die Höhen von Illy, während das XI. und V., nachdem sie Saint Menges genommen, auf Floing vorrückten. Es vereinigte sich jetzt ein Feuer von vierhundert deutschen Geschützen, um die letzte Kraft des Feindes zu brechen; da wich er auf allen Seiten. Um 3 Uhr nachmittags befand sich das kaiserliche Heer im Rückzug, zum Teil in ordnungsloser Flucht nach Sedan. 450 deutsche Kanonen richteten sich nun ringsum dorthin: 200 im Südosten, 170 im Norden und Nordosten, 80 im Westen von Sedan. Napoleon sah, daß fernerer Widerstand ein unnützes Hinopfern sein würde: er ließ auf der Festung die weiße Fahne aufstecken und schickte an den König von Preußen einen Brief des Inhalts, da er vergebens den Tod in der Schlacht gesucht, so übergebe er seinen Degen dem Sieger.*)

Der König befahl nun die Einstellung des Feuers und beauftragte den General von Moltke, die Bedingungen der Übergabe vorzuschreiben. Sie mußten von dem französischen Oberbefehlshaber (es war an Stelle des verwundeten Marschalls Mac Mahon der General von Wimpffen) so, wie man sie bot, angenommen werden: die Armee kam, wie der Kaiser, in Kriegs-

*) „N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée entre les mains de votre Majesté

gefangenschaft, und die Festung öffnete ihre Thore. Dann empfing — Freitag mittags am 2. September — König Wilhelm den Besuch Napoleons, der gebeugt, doch in würdiger Haltung, sich seinem Überwinder zur Verfügung stellte.

Es war im Schlößchen Bellevue bei Doncherh, eine Meile vor Sedan, wo diese Zusammenkunft stattfand. Ein denkwürdiges Begegnis, da der Erbe Napoleons I. so vor dem Sohne Luisens stand! Mit Rührung betrachtete König Wilhelm den Besiegten, Gefangenen, und seine Worte waren mild. Nachdem das Schicksal des Krieges sich gegen den Kaiser gekehrt, so begann er, und derselbe ihm seinen Degen anbiete, so frage er, welches jetzt seine Absichten seien. Napoleon antwortete, er stelle seine Zukunft lediglich seiner Majestät anheim. Mit aufrichtigem Mitgefühl sehe er, fuhr der König fort, ihn in solcher Lage, zumal da er wisse, daß ihm der Entschluß zum Kriege nicht leicht geworden. In der That, beteuerte darauf jener, sei er nur der öffentlichen Meinung seines Landes gewichen. „Daß aber die öffentliche Meinung Frankreichs“, erwiderte ernst der König, „diese Richtung genommen, das haben die verschuldet, welche Sie zu Ihren Ratgebern beriefen.“ Er leitete nun die Unterredung auf die nächste persönliche Lage des Kaisers und bot ihm zum Aufenthaltsort während der Dauer des Krieges das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel, was jener sofort annahm. Besonders befriedigt schien derselbe, als der König zugleich äußerte, er werde ihn zu seiner Sicherheit von einer Ehrenwache begleiten lassen. Als Napoleon im weiteren Verlauf des Gespräches die Vermutung bekundete, daß er die Armee des Prinzen Friedrich Karl sich gegenüber gehabt, berichtete ihn der König, es seien die Heere des Kronprinzen von Preußen und von Sachsen gewesen. Auf seine Frage, wo denn Prinz Friedrich Karl sei, antwortete der König, bedeutsam betonend: „Mit sieben Armeecorps bei Metz!“ Überrascht trat der Kaiser einen Schritt zurück, schmerzliches Zucken fuhr über sein Gesicht, denn erst jetzt ward ihm klar, daß er nicht die ganze Streitmacht Wilhelms I. gegen sich gehabt. Auf ein lobendes Wort des Königs über die Tapferkeit der französischen Armee bemerkte Napoleon, tapfer sei sie allerdings, aber es fehle ihr die Disziplin, welche die preußische Armee so sehr auszeichne; auch deren Artillerie sei die erste der Welt, ihrem Feuer hätten seine Truppen nicht widerstehen können.

Die Audienz war ohne Zeugen, weil der König die Gefühle des Besiegten schonen wollte. Nachdem die Unterredung eine gute Viertelstunde gedauert, traten beide wieder zu den draußen harrenden Generalen, — darunter der Kronprinz und Bismarck — heraus. „Wunderbar erhaben“, so äußerte sich darüber nachher der Kronprinz, „hob sich des Königs hohe, hehre Gestalt von der kleinen gedrungenen Figur des Kaisers ab.“ Napoleon verabschiedete sich. Als er des Kronprinzen ansichtig wurde, reichte er ihm die Hand, während er mit der andern schwere Thränen, die ihm der Schmerz über sein Unglück ausgepreßt, von seinen Wangen strich, und äußerte seine Dankbarkeit für die großmütige Art, mit welcher ihm der König begegnet sei.

In der Schlacht bei Sedan hatten die Franzosen 25 000 Mann an Ge-

fangenen und 10 000 an Toten und Verwundeten eingebüßt. Kraft der Kapitulation streckte nun das ganze Heer und die Besatzung Sedans — insgesamt 83 000 Mann — die Waffen, um nach Deutschland abgeführt zu werden. Außerdem gelangten 400 Feldgeschütze (darunter 70 Mitrailleusen), 184 Festungsgeschütze, 10 000 Pferde und eine ungeheure Masse andern Kriegsmaterials in den Besitz der Sieger.

Am folgenden Tage (3. September) bezeugte der König seinen drei Mitarbeitern an dem großen Werke, welches hier so glänzend triumphiert hatte, Roon, Moltke, Bismarck, seinen Dank in einem Trinkspruch, den er beim Mittagsmahle auf sie ausbrachte: „Sie, Kriegsminister von Roon haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke haben es geführt; und Sie, Graf von Bismarck haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht.“*)

Die Kunde von der Gefangennahme des französischen Kaisers und seiner Armee wurde in der ganzen Welt mit Staunen, in Deutschland mit hellem Jubel vernommen; in Berlin zog die Menge am 2. September vor das königliche Palais, hörte aus dem Munde der Königin Augusta die Bestätigung der Nachricht und sang mit stolzer Freude das Lied: „Nun danket alle Gott!“ Über diesen Jubel daheim freute sich hinwieder der König, sagte aber dabei sehr treffend: „Wie nun, wenn die Herren von der Opposition ihre Absichten gegen die Reorganisation der Armee durchgesetzt hätten? Welche furchtbaren Erfahrungen würde Preußen haben machen müssen! Jetzt wird man einsehen, warum ich so fest geblieben bin!“

Man erwartete nun, daß der unerhört schwere Schlag, der den französischen Hochmut getroffen, dem Kriege ein Ende machen werde. Allein hierin irrte man sich. Vielmehr erhob sich nun, ergrimmt über die Niederlage ihrer Waffen, die ganze französische Nation, folgte einträchtig dem Banner der Republik, welche die Pariser am 4. September ausgerufen, und rüstete — ein bewundernswertes Beispiel mutiger Thatkraft — aufs schnellste neue große Armeen aus. Die gewaltigen Festungswerke von Paris wurden in stand gesetzt, die Stadt verproviantiert und in ihren Mauern aus den noch übrigen Linientruppen und der Nationalgarde ein Heer gebildet, groß genug, um die Riesenfestung zu bemannen und mit Erfolg zu verteidigen. Eine ähnliche Thätigkeit herrschte in den Provinzen, die vom Feinde noch frei waren, und dieser vermochte nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des weiten Landes in Besitz zu nehmen. Selbst in diesem versuchte man den Volkskrieg zu entflammen. Es rotteten sich, von den katholischen Priestern und von den Beamten aufgehetzt, bewaffnete Haufen zusammen, um als „Francstireurs“ (Freischützen) nach Art der weiland spanischen Guerillas zu kämpfen. Die namentlich im Nordosten Frankreichs sehr zahlreichen Festungen, die fast sämtlich sich bis aufs äußerste hielten, gaben dem Widerstande der Nation Stützen.

*) L. Schneider a. a. O. II. 224.

Der Krieg gegen das kaiserliche Frankreich war zu Ende, aber der Krieg gegen das republikanische hob an.

Denn daran war nicht zu denken, daß, wie die Franzosen jetzt thörichterweise verlangten, König Wilhelm mit einem Stück Geldes sich sollte abfinden lassen. Seit den Schlachten bei Metz stand es bei ihm fest und wurde durch den Sieg bei Sedan bekräftigt, daß er Frankreich den Frieden nur gewähren werde, wenn es außer den Kriegskosten sich zur Abtretung des Elsaß verstehe. Deutschland sollte so viele Opfer nicht gebracht, so blutige Siege nicht erfochten haben, ohne wenigstens den Jahrhunderte alten Wunsch erfüllt, Straßburg und das Elsaß wieder deutsch zu sehen. Übrigens bat die neue Regierung in Paris noch gar nicht um den Frieden, sondern rief die Nation auf zum Kriege bis aufs Messer.

Zugleich wandte sie sich um Hilfe bittend an das Ausland. Doch vergebens klopfte ihr Gesandter, der Minister Thiers an die Thore der großen Höfe; wie hätten diese der Republik einen Beistand leisten sollen, den sie dem Monarchen Frankreichs nicht gewährt hatten! Bei dieser Gelegenheit traf Thiers in Wien mit Leopold von Ranke, der berühmteste französische Geschichtschreiber damaliger Zeit mit dem gefeiertsten der Deutschen zusammen. „Der Krieg ist beendet", sagte Thiers, „was wollen die Deutschen noch, gegen wen wollen die Deutschen den Krieg weiter führen?" Rankes kurze aber treffende Antwort war: „Gegen Ludwig XIV."*) Von Wien begab sich Thiers nach Florenz. Der König von Italien, Victor Emanuel, hätte aus Dankbarkeit gegen die Mitbegründer seines Staates und aus persönlicher Abneigung gegen das ketzerische Germanentum auch jetzt noch gern helfen mögen; allein der Vorteil Italiens und die Furcht vor den deutschen Waffen überwogen. Er that also das Klügere und machte sich die Siege König Wilhelms abermals zu nutze: wie er durch Sadowa Venetien gewonnen, so fiel ihm jetzt durch Sedan Rom zu. Am 20. September bemächtigte er sich der Stadt, die ihm zu verwehren Frankreich nicht mehr im stande war, und die dem Papste zu nehmen ihm zwar als Katholiken, aber nicht auch als Fürsten eine Sünde schien.

Diese Enttäuschung schlug gleichwohl den Mut der tapferen französischen Nation nicht nieder; sie glaubte sich auch allein stark genug, um das Vaterland zu retten. Die Losung der Pariser: „Krieg bis aufs Messer!" hallte überall in Frankreich wider; nicht eine Armee mehr, ein ganzes hochherziges Volk war zu überwinden.

Groß wie die bereiten Wehrkräfte Deutschlands waren, sie genügten kaum, alle die Arbeiten zu leisten, die jetzt zu gleicher Zeit mußten verrichtet werden. Zu den zwölf norddeutschen Linien-Armeecorps fügte der Kriegsminister v. Roon mit Hilfe starker Heranziehung der Reserve und Landwehr zwei neue, das XIII., bestehend aus mecklenburgischer Linie und preußischer

*) W. Maurenbrecher, Gründung des deutschen Reiches 1859—1871, Leipzig 1892, S. 244.



Landwehr und befehligt vom Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin, der bisher mit seinen Truppen an der deutschen Nordseeküste gestanden, um sie im Verein mit dem General Vogel von Falckenstein, Gouverneur von Hannover, gegen eine Landung der französischen Flotte zu schützen; ferner das XIV. Corps, bestehend aus den badischen Truppen und preußischer Linie und Landwehr, befehligt von dem preußischen General von Werder. Mit der preußischen Garde, den beiden bayrischen Corps und der württembergischen Division standen somit im ganzen 17½ Armeecorps zur Verfügung. Der König verwendete diese Macht folgendermaßen:

Für die Einschließung von Metz die erste und zweite Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl: die Corps I., II., III., VII., VIII., IX., X.

Zum Marsch auf Paris und zur Belagerung dieser Stadt die dritte Armee (Kronprinz von Preußen mit den preußischen Corps V., VI., XI. und den Bayern und Württembergern) und die vierte Armee (Kronprinz von Sachsen) mit den preußischen Corps IV. und Garde und dem XII. Königlich sächsischen.

Für die Belagerung von Straßburg und die Besatzung des Elsaß das XIV. Corps (Werder).

Um die Verbindung der Hauptarmeen unter sich und mit der Heimat zu sichern, namentlich zur Besatzung Lothringens und zur Belagerung der Festungen Toul, Verdun u. a. das XIII. Corps (Großherzog von Mecklenburg-Schwerin).

Aber es wurden außerdem noch viele Truppen gebraucht: zur Bewachung der deutschen Küsten, auf welche die französische Flotte zwar aus Furcht vor den Torpedos und den Strandbatterieen noch keinen Angriff gewagt hatte, die aber doch nicht entblößt werden durften; ferner zur Bewachung der Hunderttausende von Kriegsgefangenen, die in unerhört großen Massen teils schon da waren, teils jeden Augenblick angekündigt werden konnten; endlich zum fortwährenden Nachschub für die Corps in Frankreich.

Ohne die nachhaltige Kraft von Altpreußen hätte dieser ungeheure Bedarf nicht gedeckt werden können. Es mußte für das ganze übrige Deutschland eintreten. Während in den neuen Provinzen und in Süddeutschland unzählige junge Männer beim besten Willen aus Mangel an militärischer Vorbildung daheim bleiben mußten, zogen aus dem alten Preußen, wo man seit einem halben Jahrhundert die allgemeine Wehrpflicht ausgeübt, Hunderttausende von Landwehrleuten, meist Familienväter und zum Teil vierzig und mehr Jahre alt, ins Feld. Kein Zweifel, wäre ganz Deutschland in der Lage gewesen, in dem gleichen Verhältnis wie Preußen zu leisten, so hätte man Truppen genug gehabt, um nach dem Siege von Sedan sofort auch gegen das mittlere und südlichere Frankreich vorzugehen und den Widerstand, der sich dort organisierte, im Keime zu ersticken. So aber mußte die deutsche Oberleitung sich zunächst auf den Krieg um Paris beschränken.

Am 4. September waren die Heere , die bei Sedan gesiegt, zum Marsch

gegen die feindliche Hauptstadt aufgebrochen; am 19ten hatten sie dieselbe erreicht und sich in weitem Kreise um sie herum gelagert. Da das nötige Belagerungsgeschütz, um die starken Festungswerke rings um Paris zu beschießen, sobald noch nicht herbeigeschafft werden konnte, so mußte man sich vorerst damit begnügen, die Stadt einzuschließen; man hoffte übrigens, daß der Hunger sie in kurzem bezwingen werde. Doch diese Hoffnung war eitel; es gab dort auf Monate Vorräte genug. Nachdem am 24. September sich Toul ergeben, war die Eisenbahnstraße nach Deutschland frei, und mit der übrigen Zufuhr vermochte man nun auch allmählich den Belagerungstrain heranzubringen. Aber das Gemüt des Königs sträubte sich lange Zeit gegen den Gedanken Paris zu bombardieren. Ohnehin waren die Meinungen seiner Berater geteilt: Moltke empfahl lediglich Ausdauer in der Einschließung, Bismarck hielt auch Beschießung für notwendig.*) Im ganzen überwog der Glaube, daß ein so weichliches und wetterwendisches Volk wie die Pariser sehr bald die Entbehrung und Mühsal von sich weisen würde, die schon die bloße Einschließung auferlegte. Der König wartete daher, ob nicht auch ohne rücksichtslose Anwendung von Feuer und Schwert zum Ziel zu kommen sei.

Mit um so größerem Nachdruck wurde Straßburg angegriffen. Sein Besitz war freilich die allererste Bedingung des künftigen Friedens. Diese Festung hatte jedoch, wie die meisten französischen Plätze, einen entschlossenen, tüchtigen Kommandanten (Uhrich) und war stark bemannt und ausgerüstet. Seit dem 24. August beschossen, wehrte sie sich über einen Monat aufs tapferste. Erst als ihre Werke von der deutschen Artillerie fast in einen Schutthaufen verwandelt worden, ergab sie sich (am 27. September). Ihre Garnison (20000 Mann) ward kriegsgefangen. Die Sieger zogen ein und pflanzten auf dem Münster die schwarz-weiße Fahne auf. Einhundert und neunundachtzig Jahre lang hatten über der deutschen Stadt Frankreichs Farben geweht; jetzt endlich war die Schmach gesühnt, und die alte Schuld getilgt.

Auch Metz widerstand länger, als man vermutet hatte. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl mußte hier eine schwere Zeit der Mühsal, der Entbehrung, der Anstrengungen aller Art durchmachen. Nur zum kleinsten Teile in Dörfern unter Dach und Fach, zum größten in Laub- und Bretterhütten kampierend, die gegen die Unbilden der Witterung wenig schützten; bei Tag und Nacht vom aufreibenden Vorpostendienst in Anspruch genommen, um die sieben Meilen lange Einschließungslinie zu bewachen; oft gegen Ausfälle hierhin und dorthin auf den grundlosen Wegen marschierend; in steter Spannung und doch immer in derselben unerquicklichen Lage; nur düstere Bilder vor Augen, die Brandstätten, die Gräber, die ganze Kriegsöde; so verging den um Metz lagernden Deutschen eine Woche nach der andern. Bazaine hätte sich anfangs durchschlagen können, wenn er bereit gewesen wäre, seine halbe Armee dabei zu opfern. Denn die Einschließungslinie, obschon an vielen

*) L. Schneider a. a. O. III. 56, 118.

Punkten aufs stärkste verschanzt und mit Artillerie besetzt, war doch viel zu lang, um überall undurchbrechbar zu sein. Es verteilte sich auf ihr eine Streitmacht, die der eingeschlossenen an Zahl im ganzen sehr wenig überlegen war. Bazaine gebot über 150 000 Kampffähige, Prinz Friedrich Karl über 170 000; jene konnten gesammelt auf einen Punkt sich werfen, von diesen war immer nur ein Teil sofort verfügbar. Der Durchbruch blieb ein Wagestück, weil die Deutschen hart widerstanden und heftig verfolgt hätten; aber eine Zeit lang war er, wenn auch mit schwersten Opfern, thunlich.

Indessen Bazaine konnte sich zu diesem Äußersten nicht entschließen. Militärische Gründe waren es nicht allein, die sein Verhalten bestimmten. Er wollte nicht mit Heerestrümmern, sondern mit einem Heer in die Zukunft treten. Und doch hatte er bei Metz nicht die Mittel, sein Heer auch bewegungsfähig zu erhalten. Er mußte, da es sehr bald an Futter für die Pferde, an Fleisch für die Soldaten fehlte, die Pferde schlachten lassen. Und so wartete er ab, bis es zu spät, bis seine brave Armee, ihrer Pferde beraubt, eine unbehilfliche Masse, und Durchbruch unmöglich war. Nur einmal hatte er einen ernstlichen Versuch gemacht, sich durchzuschlagen. Es geschah zu der Zeit, als er den Beistand nahe glaubte, welchen Mac Mahon bringen sollte. Am 31. August versammelte er sein Heer auf dem rechten Moselufer, um im Osten durchzubrechen und sich dann nordwärts zu wenden. Es stand ihm im Osten der Stadt beim Dorfe Noisseville der General v. Manteuffel mit dem I. Corps und einer zum Teil aus preußischer Landwehr bestehenden Division (General v. Kummer) gegenüber. Er drängte den Gegner durch einen Angriff mit überlegenen Kräften am Nachmittage dieses Tages nach hartem Kampfe etwas zurück, wußte aber dann von seiner Übermacht keinen rechten Gebrauch zu machen, während Manteuffel rasch und umsichtig Verstärkungen, das neunte Corps, auch Abteilungen des siebenten, heranzog. Am folgenden Morgen, den 1. September, griff nun der preußische General seinerseits an und eroberte den verlorenen Boden wieder. Bazaine gab die Unternehmung auf, die nur durch Raschheit und rücksichtsloses Draufgehen hätte gelingen können.

Er hielt bei Metz aus, auf Glücksfälle hoffend, die nicht kamen. Gegen Ende Oktober fehlte seiner Armee auch das Brot. Da blieb ihm denn nichts übrig als zu kapitulieren. Am 27. Oktober ward der Vertrag unterzeichnet, durch den er Festung und Heer übergab. Metz, das seit dreihundert Jahren kein Feind hatte bezwingen können, öffnete jetzt seine Thore; am 29. mittags wehten darauf die preußischen Fahnen, und die französische Armee (alles in allem noch 167 000 Mann und 6000 Offiziere, darunter drei Marschälle: Bazaine, Leboeuf, Canrobert) streckte die Waffen*); 57 Adler und Fahnen, 1500 Geschütze, 72 Mitrailleusen, 260 000 Gewehre aller Art und die ganze

*) Die Zahlenangabe bei Moltke, Gesch. d. deutsch-französischen Krieges, Volksausgabe, Berlin 1895, S. 114 beruht auf einem Irrtum. Ebenso ist die Maasarmee ungefähr 86 000 (nicht 138 000) Mann stark gewesen und die III. Armee 138 000 (nicht 223 000) Mann. S H. Granier, Die nachgelassenen Schriften Moltkes, Forsch. 1892, V. S. 509.

Rüstung und Gerätschaft, die ein solches Heer und ein solcher Waffenplatz haben müssen, waren die Beute: den Siegern ein später, doch reicher Lohn für die Blutopfer der Augustschlachten und für die Beschwerden der siebzigtägigen Belagerung. Der König ernannte in Anerkennung dieser großen Leistung den Prinzen Friedrich Karl zum Feldmarschall und erhob Moltke in den Grafenstand (28. Oktober).

Die deutsche Sache hatte bei Sedan den glänzenderen, hier den gewichtigeren Erfolg gehabt. Es war hohe Zeit, daß Metz fiel; denn schon begannen die Streitmassen, welche die Republik mittlerweile im Süden der Loire und im nordwestlichen Frankreich hergestellt, ins Feld zu rücken und drohten den Belagerern der Hauptstadt in den Rücken zu fallen.

Am gefährlichsten war die französische Loirearmee*). Gegen sie ward, als ihre Vortruppen anfangs Oktober diesseit des Flusses erschienen, der General von der Tann mit dem ersten bayrischen Corps und mit der 22. preußischen Division (v. Wittich) entsandt. Letztere schlug, von den Bayern unterstützt, den Feind, der etwa 25 000 Mann stark war, am 11. Oktober in einem hitzigen Gefecht bei Orleans und eroberte diese Stadt. Nachdem v. d. Tann den Feind nun wieder hinter die Loire geworfen, ließ er seine Bayern in und bei Orleans Stellung nehmen; die 22. Division schickte er, um auch im Westen der Armee vor Paris Deckung zu schaffen, nach Chartres. Auf dieser Linie Orleans-Chartres verblieb er mehrere Wochen. Inzwischen gewann aber die republikanische Regierung, die ihren Sitz in Tours genommen, Muße und Raum, einen neuen und weit stärkeren Angriff vorzubereiten. An ihrer Spitze stand, aus Paris mittels Luftballons herübergeflogen (6. Oktober), der Minister Gambetta, ein Mann, welcher seine leidenschaftliche Thatkraft auch den andern mitzuteilen wußte. Er brachte die Loirearmee rasch auf eine Stärke von 80 000 Mann, gab ihr in dem General Aurelles de Paladine einen neuen Befehlshaber und ließ sie dann noch einmal ihr Glück versuchen. Anfangs November brach sie von Tours auf, um zunächst Orleans wiederzuerobern. General v. d. Tann war überrascht; sein Heer lag auseinander; so überlegene Kräfte, als jetzt ihm auf den Leib rückten, hatte er nicht vermutet. Doch glaubte er den Feind noch immer nicht so stark und so nahe, als in der That der Fall war. Er stellte sich mit dem bayrischen Corps im Westen der Stadt bei Coulmiers ihm entgegen. Hier ward er am 9. November von Aurelles de Paladine angegriffen und trotz tapferster Gegenwehr unter großen Verlusten zum Rückzug genötigt, den er in der Richtung nach Norden antrat. Der Feind, der noch am Abend des Treffens Orleans besetzt hatte, verfolgte nicht. Ungehindert konnte v. d. Tann den Ort Toury erreichen, wo sich der von Chartres herbeieilende General von Wittich mit ihm vereinigte.

Zur Verstärkung schickte der König noch die 17. Division und übertrug nun den Oberbefehl über dies Heer dem Großherzog von Mecklenburg-

*) Vgl. F. Hönig, Der Volkskrieg a. d. Loire im Herbst 1870, 4 Bde., Berlin 1893/96.

Schwerin. Zugleich erhielt der Prinz Friedrich Karl die Weisung, mit der zweiten Armee (dem III., IX., X. Corps) in größter Eile nach der Loire zu marschieren. Von den übrigen Truppen, die durch den Fall von Metz frei geworden, wurde nur das VII. Corps dort belassen, das II. zur Einschließung von Paris mit herangezogen, die erste Armee aber (I. und VIII. Corps) unter dem General v. Manteuffel nach dem Norden auf Amiens gesandt. Auch die Truppen, welche Straßburg erobert (das XIV. Corps unter General v. Werder) hatten sofort Verwendung im Felde gefunden; sie fochten in den Vogesen und bis nach Dijon gegen zahlreiche republikanische Banden, denen sich auch Freischärler aus allerlei Nationen unter dem Italiener Garibaldi angeschlossen.

Nach ihrem Siege bei Coulmiers ruhte die französische Loirearmee eine Zeitlang. Erst am 28. November machte sie wieder einen kräftigen Vorstoß und zwar in nordöstlicher Richtung, auf das Städtchen Beaune la Rolande, wo der linke Flügel der vom Prinzen Friedrich Karl herbeigeführten zweiten Armee stand. Es waren die Brigaden des X. Corps, welches die Franzosen hier mit zwei Armeecorps angriffen. Namentlich zeugte die Verteidigung des Kirchhofes von Beaune durch 8 Züge westfälischer Infanterie gegen eine französische Division von bewundernswürdiger Manneszucht und altpreußischem Heldenmute. Die Franzosen wurden endlich mit schwerem Verlust zurückgeschlagen.*) Der Prinz erhielt nun auch über die Armee, welche der Großherzog von Mecklenburg befehligte, die Oberleitung, und ordnete seine gesamte Macht zum Vormarsch auf Orleans. Der Feind suchte stand zu halten, ward aber in einer zweitägigen Schlacht vor dieser Stadt am 3. und 4. Dezember von dem Vordertreffen der deutschen Armee (dem IX. und III. Corps und der 22. Division) bezwungen und aus Orleans und über den Fluß geworfen. Er büßte dabei 77 Geschütze und allein an Gefangenen 10 000 Mann ein.**) Am 5. Dezember wurde darauf Orleans wieder von den Deutschen in Besitz genommen. Aurelles de Paladine wurde jetzt abgesetzt und zwei neue Loirearmeen gebildet: die eine unter Chanzy bei Blois, die andere unter Bourbaki bei Bourges; die republikanische Regierung verlegte zugleich ihren Sitz von Tours nach Bordeaux (9. Oktober). Durch die viertägigen Gefechte bei Beaugency (6.—11. Dezember) und durch die Besetzung von Blois (13. Dezember) wurde jedoch die Armee Chanzys gezwungen, sich in völliger Auflösung nach Vendôme und Le Mans zurückzuziehen.

Während so im Süden für die Sicherheit der Belagerer von Paris gesorgt wurde, diente im Norden der General von Manteuffel demselben Zweck. Auch brachte er einer feindlichen Armee (25 000 Mann), die ihm dort unter

---

*) F. Hönig, a. a. O., 2. Bd. — G. E. v. Natzmer, Bei der Landwehr vor Metz und die Schlacht bei Beaune la Rolande, Gotha 1894. — F. Hönig, Zur Gesch. d. Verteidigung d. Kirchhofs von Beaune la Rolande, Deutsche Heeres-Ztg., Nr. 71 bis 80. — Ebenderselbe, Loigny. Poupry, Berlin 1896.

**) Vgl. Kunz, Die Schlacht von Orleans am 3. u. 4. Dezember 1870, Berlin 1894.

General Farre entgegentrat, bei **Amiens** am 27. November trotz ursprünglich fehlerhafter, weil zu weit ausgedehnter Aufstellung eine empfindliche Niederlage bei, verfolgte sie jedoch wenig, sondern marschierte, nachdem er Amiens besetzt, nach Rouen, wo er am 6. Dezember seinen Einzug hielt*). Inzwischen hatte die wieder gesammelte und verstärkte Nordarmee einen neuen Führer in der Person des Generals **Faidherbe** erhalten. Derselbe wurde jedoch gleichfalls durch die **Schlacht an der Hallue**, einen Nebenfluß der Somme, zurückgeschlagen (23. und 24. Dezember). Nach dem unentschiedenen Gefechte bei **Bapaume** zog sich dann Faidherbe nach Arras zurück (3. Januar).

Vor Paris war indes immer noch nicht das Ende abzusehen. Man hätte auf die Pariser Festungswerke früher bombardieren sollen und hätte es gekonnt. Aber der Kronprinz und die Kronprinzessin, Königin Augusta und Königin Viktoria von England hielten dies für Barbarei, obwohl Paris doch nun einmal Festung war. Sie wandten sich an das milde Herz des Königs und verzögerten das Bombardement. Geradezu anmaßend benahm sich damals Lord Loftus, der englische Gesandte in Berlin, der jedermann gegenüber erklärte, England **verbiete** die Beschießung von Paris. Den Ausschlag gab nun allerdings, daß Moltke, der noch Ende September für eine sofortige Beschießung war, seit dem 9. Oktober die Ansicht vertrat, daß eine Einschließung mehr auf die Pariser wirke**). Aber obgleich die Stadt eine Bevölkerung von zwei Millionen Menschen enthielt und in ihren Mauern, sowie in den Forts und befestigten Vorstädten eine Armee von 250 000 Mann zu ernähren hatte, so zeigten sich doch lange keine Spuren von Hungersnot. Nur die Lust, Ausfälle zu machen, nahm bei den Belagerten ab. Denn stets wurden sie bei solchen Versuchen mit blutigen Köpfen zurückgewiesen; am härtesten bei **Le Bourget**, wo ihnen die zweite Garde-Division (General v. Budritzki) am 30. Oktober ein glänzendes Gefecht lieferte. Besser schien ihnen der Angriff glücken zu sollen, den sie (mit 40 000 Mann unter General Ducrot), von ihrem Oberbefehlshaber, General Trochu, selbst ins Feuer geführt, am 30. November und 1. Dezember gegen die Stellung der Württemberger und Sachsen bei **Champigny**, Brie und Noisy unternahmen. Sie drängten diese zurück und eroberten Champigny und Brie, wobei die Württemberger 2000, die Sachsen 1200 Mann einbüßten. Am folgenden Tage hatten sich die Deutschen hier inzwischen durch das preußische II. Corps verstärkt und gingen unter Führung des Generals von Fransecky ihrerseits zum Angriff vor. Der Kampf war heiß und währte auch noch am 3. Dezember; dann aber traten die Franzosen den Rückzug an. Die Hoffnung durchzubrechen war ihnen gescheitert.

---

*) v. Moltke, Gesch. d. deutsch-franz. Krieges von 1870/71, S. 152.

**) Denkwürdigkeiten aus dem Leben Bismarcks, Leipzig 1890, III. S. 928. — Moltkes Milit. Werke, Aus d. Dienstschriften d. Krieges 1866 und 1870/71, hgr. v. Gr. Generalstab, Berlin 1896. — v. Roon, Denkwürdigkeiten, Breslau 1892. — Verdy du Vernois, a. a. O., S. 179 ff. — Graf Franckenberg, a. a. O., S. 269 ff.

Doch verzagten sie noch nicht; selbst nicht, als der König das längst drohende Bombardement auf die Riesenfestung endlich (am 27. Dezember) beginnen ließ. Paris rechnete noch immer auf Rettung durch die Provinzen. In der That machte Frankreich die äußersten Anstrengungen, um Paris Luft zu schaffen. Immer neue Massen wurden bewaffnet und ins Feld getrieben; wie Hydraköpfe wuchsen die Armeen stets von frischem. Frankreich hat in diesem Kriege, vom 1. August 1870 bis zum 1. Februar 1871, im ganzen 1 893 000 Bewaffnete aufgestellt, nämlich 670 000 Mann aktive Armee, 455 000 Mann „Mobile“, 600 000 Mann „Mobilisierte“, 72 000 Mann Francstireurs, 96 000 Mann Pariser Marschbataillone; eine Leistung, die staunenswert ist, wenn sie auch im Verhältnis der Volkszahl, geschweige des Wohlstandes, gerechnet noch übertroffen wird von dem, was Preußen im Jahre 1813 an Streitkräften aufbrachte. So sah denn — dank der französischen Thatkraft — das neue Jahr 1871 Paris noch unbezwungen und drei zahlreiche Heere der Republik im Vormarsch: die „West“- (früher Loire-) „Armee“ unter Chanzy bei Vendôme, die „Nordarmee“ unter Faidherbe bei Arras, eine „Ostarmee“ unter Bourbaki bei Dijon. Letzterer war leider trotz des Befehls König Wilhelms vom Prinzen Friedrich Karl nicht nach Metz hineingelassen worden, wo er dann unschädlich gewesen wäre. So hatte jetzt die französische Republik einen erprobten Truppenführer mehr.*)

Aber in dem Ringen der beiden Völker erwies sich die disciplinierte deutsche Kraft als die bei weitem zähere. Die Westarmee ward in einer Reihe von Gefechten bei Le Mans (8. bis 12. Januar) vom Prinzen Friedrich Karl zertrümmert; die Nordarmee erlag in der Schlacht bei Saint Quentin (19. Januar) dem Feldherrntalent v. Goebens, der an Manteuffels Stelle hier das Kommando erhalten, und der Tapferkeit der preußischen Truppen. Das Unternehmen Bourbakis endlich, der mit der „Ostarmee“ das Corps v. Werder, welches Belfort belagerte und das Elsaß schützte, hatte zersprengen, den Deutschen die Verbindung mit der Heimat abschneiden und dann zum Entsatz von Paris umkehren sollen, scheiterte an der mauergleichen Standhaftigkeit jenes Corps. General v. Werder hatte nämlich Mitte November sein Hauptquartier in Dijon genommen, Garibaldi am 26. und 27. November und den französischen General Crémer bei Nuits zurückgeschlagen (18. Dezember).**) Als nun Bourbaki heranrückte, gab er Dijon auf, ließ den Gegner von der Division von Schmeling durch das Gefecht von Villersexel aufhalten und nahm inzwischen im Süden von Belfort bei Montbéliard (Mömpelgard) eine feste Stellung. Diese griff jetzt Bourbaki mit 130 000 Mann an. Aber wenn die Deutschen nur 43 000 Mann zählten (meist Preußen und Badener), so waren es wohlgeschulte, abgehärtete und vom besten Geiste erfüllte Soldaten. In drei schweren Gefechtstagen, beschwerlich auch durch die Kälte (14 Grad

*) Graf Franckenberg, a. a. O., S. 222.

**) Vgl. E. v. Konrady, Das Leben des Grafen August von Werder, Berlin 1890. — von der Wengen, Die Kämpfe um Belfort, S. 95 ff. — v. Sybel, Hist. Ztschr. 1890, S. 495.

Frost), am 15., 16., 17. Januar, behaupteten sie ihren Platz, und am 18ten gab Bourbaki seinen Plan auf und trat den Rückzug an, da er durch Manteuffels Anmarsch seine Rückzugslinie bedroht sah. Denn schon eilten, vom Könige entsandt, zwei preußische Corps, das II. und VII., herbei, der französischen Ostarmee ein Sedan zu bereiten. Doch noch ehe sich Bourbakis Geschick erfüllte, fiel jene stolze Stadt, um deretwillen alles Weh des Krieges soviel länger war getragen worden: Paris kapitulierte (28. Januar).

Die Männer, die in der Hauptstadt die Regierung vertraten, an ihrer Spitze die Minister Jules Favre und Thiers, hatten endlich die Unmöglichkeit, Deutschland den Sieg zu entreißen, eingesehen; sie begriffen, daß längerer Widerstand Frankreich nur noch in größeren Schaden bringen würde, und sie durften jetzt den Parisern von Ergebung sprechen, da Hunger und Elend die Bevölkerung gelichtet hatten, und die Lebensmittel gänzlich zu Ende gingen. Sie nahmen daher die Bedingungen an, die ihnen Graf Bismarck vorschrieb; die Pariser Armee (über 200 000 Mann) wurde, bis auf die Nationalgarde, entwaffnet und hinter die Loire geschickt; die Forts erhielten deutsche Besatzung, und die Stadt zahlte eine Kriegskontribution von 50 Millionen Francs. Zugleich wurde aber auch für ganz Frankreich ein Waffenstillstand, zunächst auf drei Wochen, festgesetzt, innerhalb dessen eine französische Nationalversammlung nach Bordeaux einberufen werden sollte, um über den Frieden zu beschließen.

Bald nach Unterzeichnung dieser Kapitulation kam die Nachricht von der Katastrophe, die Frankreichs letztes Heer betroffen. Bourbaki war von drei Corps (II., VII., XIV.), die unter geschickter Oberleitung des Generals von Manteuffel ihn verfolgten, vom Rückzuge auf Lyon abgeschnitten und genötigt worden, mit seinem ganzen Heere entweder sich ihnen zu ergeben oder auf das benachbarte schweizerische Gebiet zu flüchten. Er wollte dieser bittern Wahl durch Selbstmord aus dem Wege gehen, verwundete sich aber nur schwer, nicht tödlich; sein Nachfolger im Kommando, General Clinchant, führte die Armee (noch 90 000 Mann) nach der Schweiz hinüber, wo sie entwaffnet und bewacht wurde (1. Februar).

Am 12. Februar trat in Bordeaux die Nationalversammlung zusammen, mit welcher der Friede sollte geschlossen werden; sie ordnete zu diesem Zwecke eine Kommission mit Thiers an der Spitze nach Versailles ab. Die Bedingungen des Siegers waren seit dem Zuge nach Paris härter geworden. Noch nach den Tagen von Sedan hätte Frankreich den Frieden erkaufen können mit dem Elsaß; jetzt, da durch seinen langen Widerstand um Paris die Opfer Deutschlands soviel größer geworden, wurde von dem Sieger auch ein Teil Lothringens mit Metz gefordert. Unfähig länger zu kämpfen, mußten die Franzosen sich darein ergeben. Am 26. Februar waren die Verhandlungen hier beendet und die Friedenspräliminarien beiderseits unterzeichnet. Freudig meldete es der König von Preußen sofort den ihm näher stehenden unter den Mächten, vor allen dem Zaren, der sich um ihn so wohl verdient

gemacht hatte; „Preußen wird niemals vergessen," schrieb er ihm, „daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat."

Es war abgemacht worden, daß die Präliminarien bis zum 1. März in Bordeaux genehmigt sein müßten, wenn nicht der Kriegszustand sofort wieder eintreten sollte. Um dies abzuwenden, vor allem aber damit nicht — was den ebenso eiteln wie energischen Franzosen als das Übermaß der Erniedrigung erschien — der Fuß des fremden Siegers ihre „heilige" Stadt Paris „entweihe", beeilte sich die Nationalversammlung in Bordeaux, dem Friedensvertrag ihre Zustimmung zu erteilen (2. März). Kraft desselben trat Frankreich an Deutschland das Elsaß und den deutschredenden Teil von Lothringen mit Metz ab und versprach, binnen drei Jahren eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Francs zu zahlen. Bis die Zahlung geschehen sei, sollten deutsche Truppen auf Frankreichs Kosten einen bestimmten Teil des Landes besetzt halten.

Die Heeresteile, die der König am 1. März unter dem Arc de Triomphe hindurch in Paris hatte einziehen lassen (30 000 Mann Preußen und Bayern), wurden nun wieder aus der Stadt entfernt. Der Krieg war zu Ende. Nie hatte ein Feldzug glorreichere Trophäen gebracht als dieser siebenmonatige. In 16 Schlachten, die das deutsche Heer gewonnen, in 26 Festungen, die es erobert, waren 11 800 Offiziere und 371 000 Mann zu Gefangenen gemacht, 7400 Geschütze und 107 Adler und Fahnen erbeutet worden. Wie Moltke mit dem Schwerte, so hatte dann Bismarck mit der Feder über Erwarten viel erreicht: einen Landerwerb, an Umfang zwar mäßig (264 Quadratmeilen mit 1 600 000 Einwohnern), aber unendlich wertvoll durch geschichtliche Erinnerung und weil er die deutsche Grenze fest machte; und eine Kriegssteuer, groß genug, um nicht bloß den Schaden, den Deutschland in diesem Kriege an seiner Habe erlitten, sondern auch die Kosten zu bezahlen, welche jetzt durch seine Umwandlung aus einem lockern Staatenbund in einen gesicherten Bundesstaat entstanden.

Denn auch der herrlichste Preis, den das deutsche Volk von diesem Kriege verlangt hatte, ward ihm zuteil, es war geeint worden zum deutschen Kaiserreich. Schon im August, noch vor dem Tage von Sedan, hatte der patriotische Großherzog Friedrich von Baden den König von Bayern aufgefordert, im Namen der deutschen Fürsten dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzutragen.*) Damals waren Bayern und Württemberg noch nicht geneigt, sich unterzuordnen. Nach Sedan und dem Falle von Straßburg und Metz jedoch, nach solchen Erfolgen der unter Preußens Führung vereinten Deutschen war ein Widerstreben der alten Sondersucht aussichtslos geworden, und der Sieg der Kaiseridee entschieden. Zunächst handelte es sich um Herstellung eines deutschen Reiches, um den Beitritt der Südstaaten zum norddeutschen Bunde behufs Vereinigung zu einem neugestalteten Ganzen.

*) C. Bluntschli a. a. O. III. 292.

Die Südstaaten waren jetzt dazu bereit, wollten indes von ihrer Souveränität so wenig wie nur möglich opfern; Preußen hätte sie zwingen können, mehr zu gewähren, aber Gewalt zu gebrauchen gegen treue Bundesgenossen lag Wilhelm I. und Bismarck sehr fern. Auch daß letzterer gerade der Baumeister des neuen Reiches wurde, erregte bei vielen Süddeutschen mehr oder weniger Anstoß. „Germania", schrieb später der berühmte württembergische Ästhetiker Vischer, „Germania, nachdem sie der deutsche Michel mit seinen Liedern vergeblich umfreit hatte, verfiel endlich der Keckheit eines preußischen Junkers. Er griff zu und — hatte sie." Das neugeschaffene Reich trug von der Einheit freilich nur die allernotwendigsten Merkmale, aber es war doch gegen den bisherigen Zustand Deutschlands ein großer Fortschritt. Noch während die Kanonen donnerten, während noch das Eisen glühte, im Hauptquartier des preußischen Königs zu Versailles hatte der Kanzler des norddeutschen Bundes mit den Bevollmächtigten der deutschen Südstaaten die Verträge geschlossen, durch welche alle deutschen Staaten unter Führung Preußens zu einem einzigen Reiche verbunden wurden. Zuerst, am 15. November, unterzeichneten Baden und Hessen; dann, am 23. November, Bayern, welches sich jedoch einige erhebliche Sonderrechte ausbedang; zuletzt, am 25. November, Württemberg.

Der deutsche Kaisertitel stand noch aus. Wilhelm I. für seine Person legte auf denselben wenig Wert; denn eine Machtvermehrung brachte er dem Könige von Preußen nicht. Aber eine große Partei um ihn, an der Spitze sein Sohn, der Kronprinz, vertrat eifrig diesen Wunsch der Nation, und er ließ sie gewähren. Sie gewann für ihre Absicht die Mehrzahl der deutschen Fürsten und bereitete auch eine Kundgebung des norddeutschen Reichstages in ihrem Sinne vor. Besonders verdient machte sich hierbei um die deutsche Sache durch umsichtige und glückliche Thätigkeit vermittelnd, anregend, sammelnd der Großherzog von Baden, den sein Schwager, der Kronprinz, darum „den guten Genius Deutschlands" nannte. Allein immer noch zögerte der König Ludwig von Bayern die Annahme des deutschen Kaisertitels durch den König von Preußen bei diesem zu beantragen. Bismarck richtete daher an ihn ein Schreiben, in welchem das Wünschenswerte dieses Schrittes betont und, falls Bayern denselben nicht thäte, ein Eintreten Sachsens in Aussicht gestellt wurde. Nun entschloß sich der Bayernkönig zu thun, was nicht zu vermeiden war: er ersuchte am 3. Dezember im Namen der deutschen Fürsten den König von Preußen, die Rechte, die er über Deutschland empfangen, unter dem Titel eines „deutschen Kaisers" auszuüben. Die letzte Schwierigkeit war hiermit beseitigt, und so beschloß denn jetzt der norddeutsche Bundesrat auf Antrag Sachsen-Weimars die Verfassung dahin zu ändern, daß der Bund fortan den Namen „Deutsches Reich" und der König von Preußen den Titel „Deutscher Kaiser" führe (9. Dezember). Auch im Volke selber, am meisten im Süden, legte man auf den ehrwürdigen Kaisernamen großen Wert. Der norddeutsche Reichstag gab der Meinung des deutschen Volkes Ausdruck. Nach-

dem er (am 9. Dezember) jene Verträge mit den Südstaaten genehmigt hatte, richtete er eine Adresse an den König, in welcher er denselben bat, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen. Die Adresse wurde durch den Präsidenten des Reichstages, Geheimrat Dr. Simson, dem eine Anzahl Mitglieder beigeordnet waren, nach Versailles überbracht und am 18. Dezember dem Könige übergeben. Schon einmal war Eduard Simson als Sprecher des deutschen Volkes mit demselben Antrag vor einen König von Preußen getreten, damals (1849) umsonst; denn, wie Friedrich Wilhelm IV. sehr richtig geurteilt: „die deutsche Krone wird nur auf dem Schlachtfelde gewonnen.“ Jetzt war sie so gewonnen, Wilhelm I. hatte sie redlich verdient und war der Mann dazu, sie zu behaupten. So erfüllte er denn den allgemeinen Wunsch; er nahm für sich und seine Nachfolger in der Krone Preußens die deutsche Kaiserwürde an. Nicht ohne Schmerz schied er von dem alten Preußen, welches nun doch nicht mehr ausschließlich auf sich selbst und für sich selbst in der Welt stand, sondern ein Teil geworden war, wenngleich der größte und der leitende Teil, eines auch andere als preußische Interessen vertretenden Reiches. Es mißfiel ihm auch, daß durch die Sonderstellung, die sich Bayern und Württemberg im neuen Reiche gewahrt hatten, eine vollkommene Einheit desselben doch verhindert worden war. Aber er hoffte auf die Zukunft. „Mein Sohn“, äußerte er, „ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stande der Dinge; so seien denn er und seine Nachkommen berufen, das jetzt hergestellte Reich zur Wahrheit zu machen!“ Doch konnte Wilhelm I. auch mit stolzer Freude zurückblicken: wie war sein Geschlecht im Laufe der Zeit von Würde zu Würde emporgestiegen! Im Andenken daran bestimmte er, daß die Verkündigung des preußisch-deutschen Kaisertums am Jahrestage der Erhebung Preußens zum Königreich stattfinden solle.

So ging denn am 18. Januar 1871 (einem Mittwoch) diese bedeutungsvolle Feierlichkeit vor sich.*) Die „Spiegelhalle“ (galerie des glaces) des Palastes zu Versailles war der Schauplatz derselben. Ein Altar erhob sich dort, mit einer roten Decke bekleidet, welche das Zeichen des eisernen Kreuzes trug. Zu beiden Seiten des Altars standen in dichten Reihen ordengeschmückte Mannschaften des deutschen Heeres; ihnen gegenüber eine erlesene Schar von 500 Offizieren; dazwischen, zur Linken, ein Wald von schlachtenerprobten Fahnen. Um halb zwei Uhr trat der König ein und stellte sich vor dem Altar auf; im Halbkreise um ihn die Vertreter und Abgesandten der deutschen Fürstenschaft: der Kronprinz von Preußen, die Prinzen Karl und Adalbert von Preußen, der Kronprinz von Sachsen, die Großherzöge von Baden, Sachsen-Weimar und Oldenburg, der präsumtive Thronfolger Prinz Wilhelm von Württemberg, drei Prinzen von Bayern, die Herzöge von Koburg, Meiningen und Altenburg, die Erbgroßherzöge von Weimar, Schwerin, Strelitz,

*) Vgl. Th. Toeche-Mittler, Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871, mit einem Verzeichnis der Festteilnehmer, Beiheft z. Mil. Wochenbl., Berlin 1896 und Nachtrag hierzu 1897, Beiheft 2.

und Oldenburg, die Erbprinzen von Meiningen, Anhalt und Hohenzollern, zwei Herzöge von Württemberg, Prinz Georg von Sachsen und Prinz August von Württemberg, der Landgraf von Hessen, der Herzog von Augustenburg, die Fürsten von Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Wied, Putbus, Lynar, Pleß, Biron, Croy und Reuß; dann die Generale und Minister, ihnen voran der Kanzler Graf Bismarck.

Als der König eintrat, stimmte ein aus den Soldaten gebildeter Sängerchor einen Psalm an. Nun begann am Altar ein Militärgeistlicher die Liturgie, auf welche die Predigt über Psalm 21 folgte. Nachdem der Gesang „Nun danket alle Gott" und der Segen den Gottesdienst beendet hatten, schritt der König auf die Fahnen zu, verlas vor ihnen die Urkunde über seine Annahme der Kaiserwürde und gab dem Kanzler Grafen Bismarck die Proklamation an das deutsche Volk zu verlesen. Sie lautet also:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, verkünden hiemit: Nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des deutschen Reichs die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des norddeutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorhergesehen sind, bekunden Wir hiermit, daß Wir es als Pflicht für das gesamte Vaterland betrachten, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger in der Krone Preußens fortan den Kaisertitel führen, und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit, das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volkes zu stärken. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen, opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren wird. Uns aber und Unseren Nachfolgern in der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit ‚Mehrer des deutschen Reichs' zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Nachdem Bismarck diese Proklamation verlesen, trat der Großherzog von Baden vor und rief mit lauter Stimme: „Seine Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch!" Unter den Klängen des „Heil dir im Siegerkranz!" stimmte die ganze Versammlung dreimal voll freudiger Begeisterung ein.

Die Feier war zu Ende; der Kaiser verließ, begleitet von den Fürsten, den Festraum; draußen begrüßte ihn mit schmetterndem Jubel der alte preußische Hohenfriedberger-Marsch. Die Kanonen aber donnerten weiter rings um das

belagerte Paris; mitten im Waffenlärm, aus dem Kriege heraus, war das preußisch-deutsche Kaisertum geboren worden.

Nachdem der Friede geschlossen und die Anordnungen zum Rückmarsch der Truppen getroffen waren, verließ Kaiser Wilhelm am 16. März Frankreich und traf am 17ten in Berlin ein. Welch ein Wiedersehen! Wie gewaltig die Erinnerungen, wie herrlich die Ergebnisse, wie groß war diese Zeit!

Am 21. März 1871 eröffnete der Kaiser zu Berlin den ersten deutschen Reichstag. Er konnte in der Rede, die er hier an die Vertreter der Nation hielt, bereits auf den glorreichen Inhalt des inzwischen geschlossenen Friedens Bezug nehmen: „Wir haben erreicht", so sprach er, „was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwickelung. Das Bewußtsein seiner Einheit war in dem deutschen Volke, wenn auch verhüllt, doch stets lebendig; es hat seine Hülle gesprengt in der Begeisterung, mit welcher die gesamte Nation sich zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes erhob und in unvertilgbarer Schrift auf den Schlachtfeldern Frankreichs ihren Willen verzeichnete, ein einiges Volk zu sein und zu bleiben. Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reichs und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller andern Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren. Möge," so schloß die Rede, „möge die Wiederherstellung des deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein; möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen. Das walte Gott!" —

Der norddeutsche Bund hatte den Übergang zum deutschen Reiche gebildet. Auch dieses Reich, wie es durch die Verträge mit den Südstaaten hergestellt worden, ließ noch zu wünschen übrig. Namentlich war zu tadeln, daß es Bayern und Württemberg verstattet blieb, sich in manchen nicht unwichtigen Dingen, z. B. hinsichts des Post- und Eisenbahnwesens, vom übrigen Deutschland abgesondert zu halten. Noch mehr Anstoß erregte bei vielen die Einrichtung des „Bundesrats". Denn diese Behörde soll den Gesamtwillen der 25 verbündeten Regierungen zur Geltung bringen, kann aber, sowie in ihr das Stimmverhältnis verteilt ist, unter Umständen dem Willen der Mittel- und

Kleinstaaten dienen, die zusammen doch kaum drei Achtel des Reichs ausmachen. Es hat nämlich Preußen, obwohl es fünf Achtel des Reiches umfaßt, im Bundesrate unter den insgesamt 58 Stimmen nur 17, Bayern 6, Sachsen 4, Württemberg 4, Baden 3, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 2, Braunschweig 2, Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Altenburg, Meiningen, Koburg, Anhalt, Rudolstadt, Sondershausen, Waldeck, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg je 1 Stimme. Mithin kann Preußen im Bundesrate, bei welcher Sache auch immer von den anderen Staaten überstimmt werden: eine Möglichkeit, die freilich den thatsächlichen Machtverhältnissen gegenüber von geringer Bedeutung ist, aber die Befriedigung der Einheitsfreunde, als sie sich nun das in Versailles geschaffene Werk ansahen, immerhin beeinträchtigen mußte.

Indessen bei den meisten überwog bei weitem die Freude, weil die Hauptsache erreicht, das deutsche Volk wenigstens dem Auslande gegenüber zu politischer Einheit gelangt war. Der Reichstag nahm daher (am 14. April) die Verfassung des deutschen Reichs, so wie sie ihm dargeboten wurde, im wesentlichen unverändert an, der Zukunft es anheimgebend, auf der gewonnenen Grundlage weiter zu bauen.*) Am 4. Mai erhielt diese Verfassung Gesetzeskraft. Dieselbe war im wesentlichen der bisher für den norddeutschen Bund geltenden Verfassung nachgebildet, nur daß jetzt auch das Zoll- und Handelswesen auf das Reich überging; die Einrichtung eines besonderen Zoll-Bundesrates und Zoll-Parlamentes hörte auf. Der Kaiser vertritt nach der Verfassung das Reich völkerrechtlich und hat die vollstreckende Gewalt; der Bundesrat und der Reichstag haben gemeinsam die gesetzgebende Gewalt. Der Reichstag, bestehend aus 397 Mitgliedern, geht aus allgemeinen direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor und wird, ebenso wie der Bundesrat, vom Kaiser einberufen und geschlossen.

Die an Wichtigkeit zunächst kommende Vorlage betraf das Schicksal der gemeinschaftlich eroberten Länder Elsaß und Lothringen. Kaiser und Bundesrat beschlossen, sie nicht einem Einzelstaate einzuverleiben, sondern sie als „Reichslande“ unmittelbar durch den Kaiser regieren zu lassen, und der Reichstag nahm diesen Ausweg an (3. Juni). Bismarck, vom Kaiser zum Kanzler des deutschen Reichs ernannt und (am 21. März) mit dem Fürstentitel geschmückt, erhielt nun ein neues wichtiges Amt; denn die Ordnung der elsaß-lothringischen Dinge übertrug der Kaiser zunächst ihm.

Sodann galt es, nach Möglichkeit für die Heilung der Wunden zu sorgen, die der Krieg geschlagen hatte. Der Kaiser verfügte mit Genehmigung des Bundesrats und des Reichstages, daß hiezu ein Teil der französischen Kriegskontribution verwandt werden sollte. Demgemäß empfingen alle in ihrem Hab und Gut beschädigten deutschen Unterthanen, auch die Elsaß-Lothringer vollen Ersatz und die in diesem Feldzug invalid geworbenen, sowie die Witwen

*) Laband, Die Wandlungen d. deutschen Reichsverfassung, Vortrag &c., Dresden 1895.



und Waisen der Gefallenen reichliche Unterstützung. Zu letzterem Zwecke wurde ein Invalidenfonds von 180 Millionen Thalern gebildet. Es erhielten ferner die verdientesten unter den Generalen und Ministern — Prinz Friedrich Karl, Moltke, Roon, Manteuffel (je 300000 Thaler), Delbrück, Werder, Goeben (je 200000 Thaler), Voigts-Rhetz, Fransecky, Blumenthal, Alvensleben II (je 100000 Thaler) u. s. w. — auf Antrag des Königs vom deutschen Reichstag durch Geld-Dotationen einen Nationaldank. Den Fürsten Bismarck dotierte der König selbst; er schenkte ihm aus seinem Besitz den Sachsenwald in Lauenburg. Den General Roon zeichnete er noch durch Erhebung in den Grafenstand aus: eine Ehre, wie bei Moltke, noch mehr für den Stand als für solche Männer. —

Mit vielem Blute ist der Sieg Deutschlands über Frankreich erkauft worden; die deutschen Heere haben ihren Verlust an Toten und Verwundeten in diesem Kriege zusammen auf 3476 Offiziere und 88 386 Unteroffiziere und Gemeine — (an Toten 40743) — berechnet. Aber ihr Blut ist der feste Kitt für die so lang ersehnte deutsche Einheit. Und wenn von den 40000 Toten 30000 Preußen waren, so waren auch die Erfolge groß, die Preußen davongetragen hatte. Darum begrüßte den Kaiser und König sein Volk mit ungeteiltem Jubel, als er am 16. Juni 1871 in Berlin an der Spitze der siegreichen Truppen den Triumpheinzug hielt. Zur Verherrlichung aller der Großthaten aber, die unter seiner Führung das preußische Volk im dänischen, im österreichischen, im französischen Kriege — verrichtet hatte, erhob sich dann vor dem Brandenburger Thore in Berlin das große Siegesdenkmal: auf hochragender Säule die triumphierende Borussia.

Im deutschen Reiche.

Streit mit der römischen Kirche.

Erfolge der Ketzer können dem Papste nicht gefallen, zumal wenn sie über Rechtgläubige davon getragen werden. Daß Preußen über Österreich, über Frankreich siegte, ward im Vatikan schwer empfunden. In ihrem Stolze gekränkt, sah sich die Kurie auch in ihrem Machtgebiete benachteiligt. Immer hatten die Päpste den souveränen Besitz des Kirchenstaates als eine Lebensfrage behandelt; daß dieser Besitz 1866 nicht wiederhergestellt worden, daß 1870 sogar noch der letzte Überrest desselben verloren gegangen war, hatte seinen Grund in den Niederlagen jener beiden katholischen Mächte. Dazu nun die Einbuße an Einfluß und Ansehen, welche das Romanentum betroffen! Deutschland jetzt an der Spitze der Nationen und auf dem deutschen Kaiserthrone ein Protestant! Kein Wunder, daß man im Vatikan die preußischen Triumphe mit Ingrimm vernahm, die neudeutschen Schöpfungen mit Feindschaft betrachtete.*)

Doch war die Kurie bereit, diese Gefühle zurückzudrängen; sie bot dem siegreichen Preußen Frieden und Freundschaft an; sie forderte aber, daß dem Papste wiedergegeben werde, was ihm infolge der preußischen Siege war genommen worden. Schon bald nach dem Tage von Sedan, als die Franzosen Rom aufgeben mußten und Victor Emanuel sich anschickte, von der Hauptstadt Italiens Besitz zu ergreifen, hatte Papst Pius IX. an den König von Preußen geschrieben und um Hilfe gebeten. Im November 1870 kam dann mit demselben Anliegen der Erzbischof von Posen, Graf Ledochowski, nach Versailles, suchte Bismarck dafür zu gewinnen und wandte sich auch an den König selbst. Damals konnte im Hinblick auf den noch heftig tobenden französischen Krieg eine bestimmte Antwort versagt werden. Sobald dieser Krieg zu Ende ging, ließ Pius IX. das Gesuch von Deutschland her wiederholen.

Er bediente sich dazu der eifrigsten Anhängerschaft, die er dort hatte, der Ultramontanen. Diese Römischesten unter den deutschen Katholiken, Ultramontane genannt, weil ihr Herz mehr jenseit der Berge, beim römischen Papste, als daheim im deutschen Vaterlande war, hatten, wie der Papst selbst,

*) Vgl. H. Blum, Das deutsche Reich z. Zt. Bismarcks, Pol. Gesch. von 1871—1890, Leipzig u. Wien 1893.

die Umgestaltung Deutschlands in ein preußisch-deutsches Kaiserreich sehr ungern gesehen, wollten dieselbe nun aber benutzen, um die Macht der katholischen Kirche und des römischen Stuhles zu mehren; Preußen sollte durch Zugeständnisse an ihre Wünsche gleichsam den deutschen Kaiserthron bezahlen. Sie bildeten daher, um Einfluß auf die Regierung zu erlangen, im Januar 1871 im preußischen Landtage und dann sofort im deutschen Reichstage eine parlamentarische Partei von politisch-konfessionellem Charakter, die strengkatholische, beziehungsweise ultramontane Centrumspartei. Am 18. Februar 1871 richteten nun die zu dieser Partei gehörigen Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses — 56 an der Zahl, etwa die Hälfte der in diesem Hause sitzenden Katholiken — an den König ein Schreiben, in welchem sie ihn um Wiederherstellung des Kirchenstaates und der weltlichen Souveränität des Papstes baten.

Die preußische Regierung mußte nun Stellung nehmen, und diese konnte keine andere als eine ablehnende sein. In der Thronrede zur Eröffnung des ersten deutschen Reichstags, am 21. März 1871, deutete Kaiser Wilhelm es aufs bestimmteste und verständlichste an, was jeder Unbefangene freilich hätte voraussehen müssen, daß er nicht gesonnen sei, sich in die italienischen Dinge einzumischen.

Im Vatikan war man hierüber sehr verstimmt, und die Centrumspartei trat nunmehr als Gegnerin der deutschen Regierung auf. Aber es kam noch ein Umstand hinzu, diese Gegnerschaft rasch bis zu erbitterter Feindseligkeit zu verschärfen; Preußen trug auch in seiner inneren Politik den Wünschen des römischen Bischofs keine Rechnung.

Die Ultramontanen verlangten, daß die große Freiheit, deren sich die katholische Kirche in Preußen erfreute, durch Übernahme der betreffenden Bestimmungen aus der preußischen Verfassung in die deutsche auf das ganze Reich ausgedehnt werde. Allein dies geschah nicht; ein Antrag, den sie deshalb im Reichstag stellten, wurde abgelehnt (4. April 1871). Ja sogar in dem Bestande von Macht, den sie bisher in Preußen, mehr durch die Praxis der Regierung als nach den Gesetzen, besessen hatten, sahen sie sich bald sehr empfindlich verkürzt.

Auf dem vatikanischen Konzil, am 18. Juli 1870, hatte sich der Papst zum unumschränkten Herrn und Meister der römisch-katholischen Kirche gemacht. Nach den Beschlüssen dieser von den Jesuiten beherrschten Versammlung waren die Bischöfe fortan nichts als die willenlosen Werkzeuge, als die bloßen Beamten des Papstes; er selbst aber war für unfehlbar in Sachen des Glaubens und der Sitten erklärt worden. Sein Wort wurde dadurch der Stimme Gottes selber gleichgesetzt, und alle Gläubigen waren in ihrem Gewissen verbunden, auch in weltlichen Dingen seinen Befehlen zu folgen; denn auf welche Lebensverhältnisse wäre nicht irgendwie der Begriff der Sitten anwendbar? Also alle amtlichen Kundgebungen des römischen Stuhles von Anbeginn an waren weise, gerecht und heilig gewesen; denn die Unfehlbarkeit

kam allen Päpsten zu; auch solchen, die wie Alexander Borgia eine Schande der Menschheit gewesen! Und wenn man über Pius des Neunten Syllabus vom Jahre 1864, der die moderne Civilisation verdammte und dem Papste die Weltherrschaft zusprach, bisher gelächelt hatte, so mußte man ihm jetzt gehorsamen; denn in diesem Syllabus sprach ja Gott!

Es fanden sich doch auch unter den gläubigen Katholiken, und besonders in Deutschland, manche, welche soweit nicht gehen, die äußersten Konsequenzen der römischen Lehre nicht ziehen wollten und den Mut hatten, mit ihrer Überzeugung hervorzutreten. Sie nannten sich Altkatholiken und erklärten, solch Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht annehmen, sondern bei dem Glauben verweilen zu wollen, den sie und die ganze katholische Kirche bis zum 18. Juli 1870 gehabt hätten. Es waren gebildete Laien, auch Priester; aber von der höheren Geistlichkeit war keiner unter ihnen. Vielmehr fügten sich die deutschen Bischöfe, von denen die meisten zuerst jenem Dogma widerstrebt hatten, dann sämtlich dem Willen des Papstes.

Es fragte sich nun, auf welche Seite sich die preußische Regierung stellen solle. Die Kurie verlangte, daß der Staat ihr seinen Arm leihe, um den neuen Glaubenssatz bei allen Katholiken zur Anerkennung zu bringen; die Bischöfe verhängten über die Altkatholiken den Bann und, wenn dieselben Religionslehrämter oder kirchliche Stellen inne hatten die Absetzung; diese Strafen sollte die weltliche Behörde als zu Recht bestehend ansehen. Ihrerseits forderten die Altkatholiken, daß der Staat sie schütze und ihnen mit den Neukatholiken gleiches Recht gebe.

Im preußischen Kultusministerium bestand, von Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1841 eingerichtet, eine „katholische Abteilung“, welche in Sachen der katholischen Kirche thatsächlich bisher fast ganz selbständig entschieden hatte. Ihr Haupt war der Geheimrat Krätzig, ein Katholik von der jesuitenfreundlichen Richtung; von diesem geleitet, hatte die Abteilung seit Jahren den Nutzen der römischen Kirche auf Kosten des Staates gefördert; sie wollte auch jetzt für Rom Partei nehmen, wollte die päpstliche Unfehlbarkeitslehre durchsetzen helfen. Dies war indes dem Kultusminister v. Mühler, der den Bischöfen bisher sehr wohlgeneigt gewesen, denn doch zu viel; seines Erachtens durfte jener Glaubenssatz von Staatswegen nicht bekämpft, aber auch nicht unterstützt werden. Als ihn der Fürstbischof von Breslau, Dr. Förster, ersuchte, den Direktor und elf Lehrer des katholischen Gymnasiums zu Breslau, die sich öffentlich gegen die Unfehlbarkeit des Papstes erklärt hatten, zum Widerruf aufzufordern oder zu versetzen, lehnte er dieses Ansinnen ab (19. Januar 1871).

Der König und Bismarck waren noch in Frankreich; nach ihrer Rückkehr gelangte die Frage zu endgültiger Entscheidung. Der König stimmte seinen Ministern durchaus bei; er beschloß, dem Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit den gewünschten Vorschub nicht zu leisten, jenem Konzil eine den Staat rechtlich bindende Kraft nicht beizulegen.

Preußen verließ damit einen Weg, den es, wie jetzt klar wurde, zu seinem

Schaden gegangen war. Die Nachsicht, die es seit Friedrich Wilhelms IV. Regierungsantritt gegen den katholischen Klerus geübt, hatte diesen gewöhnt, in kirchlichen Dingen Roms Willen oder auch das eigene Belieben über den Vorteil und selbst über das Gesetz des Staates zu stellen. Wagte es doch eben jetzt (5. Juli) der Bischof von Ermland, Dr. Krementz, mit Nichtachtung des preußischen Landrechts ohne Vorwissen der weltlichen Behörde die große Exkommunikation über einen Unterthan des Königs auszusprechen und denselben — es war ein altkatholisch gesinnter Religionslehrer am Gymnasium zu Braunsberg Namens Wollmann — seines Amtes, eines Staatsamtes, zu entsetzen.

Die Regierung war nicht mehr geneigt, solche Eigenmächtigkeiten zu dulden; sie schritt zur Wahrung ihrer Gerechtsame ein. Zunächst wurde die katholische Abteilung im Kultusministerium aufgehoben (8. Juli) und den Altkatholiken der gewünschte Schutz gewährt. Wollmann und die mit ihm in gleichem Falle Befindlichen behielten ihre Ämter; den sich bildenden Gemeinden der Altkatholiken gab man die Bahn frei. Solche Gemeinden entstanden zuerst in Oberschlesien, dann in der Rheinprovinz; der erste altkatholische Gottesdienst fand zu Kattowitz (am 24. Juli 1871) statt; die Regierung hatte dem Pfarrer Kaminski daselbst zu diesem Zwecke eine Kirche übergeben.

Also Preußen wollte nicht dulden, daß die Neukatholiken die Altkatholiken unterdrückten. Dies war in den Augen der Kurie fast ein ebenso großes Verbrechen als seine Haltung in der Frage wegen des Kirchenstaats. Beides wurde im Vatikan wie eine Kriegserklärung aufgenommen, und der Papst vollendete nun den Bruch mit der preußischen Regierung. Dieselbe hatte sich bei ihm über die Bildung einer katholischen Partei im deutschen Reichstage und im preußischen Landtage, die sich ihr entgegenstelle, beschwert und hatte verlangt, daß er ein solches Verhalten deutscher Katholiken mißbillige, weil es den kirchlichen Frieden Deutschlands gefährde. Statt dessen bezeigte jetzt der Papst der Centrumspartei seinen Beifall, verband sich also mit ihr gegen die Regierung. Fortan befehdeten die Ultramontanen denn auch offen und aufs heftigste das preußisch-deutsche Reich, und in unbedingtem Gehorsam gegen den Papst leistete die große Masse der Geistlichkeit ihnen dabei willige Heeresfolge. Sämtliche preußische Bischöfe erhoben sich wie ein Mann gegen die Landesregierung. Am 5. September traten sie in Fulda zu einer Beratung zusammen, billigten das Verfahren ihres ermländischen Amtsgenossen, welcher der Staatsbehörde zum Trotz den Bann nicht nur über Dr. Wollmann aufrecht erhalten, sondern auch auf einen andern Braunsberger Lehrer Professor Michelis erstreckt hatte, und gelobten sich, auch in Zukunft die Staatsgesetze dem römischen Kirchenrecht unterzuordnen. Zugleich verbrüderte sich in ganz Deutschland die ultramontane Partei enger als je mit allen Feinden Preußens, mit den Polen und Dänen, den Franzosen und Welfen, ja selbst mit den Republikanern und Sozialdemokraten, um im Reichstag und auf den Landtagen der kaiserlichen Regierung auf Schritt und Tritt die zäheste Opposition zu machen.

Eifriger als je ward das katholische Volk in Vereinen und in der Presse, von der Kanzel herab und im Beichtstuhl zu Haß und Verachtung aufgereizt. Das junge deutsche Reich sollte nicht Wurzel fassen in der Meinung der Menschen.

Aber nicht bloß den Kaiser Wilhelm, auch die Fürsten, die ihm geholfen, vor allen den König von Bayern, feindete die römisch gesinnte Priesterschaft an, und wenigstens in Bayern war ihre Macht bedrohlich groß. Die bayrische Regierung suchte daher den Schutz des Reiches nach, und in Berlin war man denn auch völlig bereit, den Kampf mit der Klerisei weiterzuführen.

Zuvörderst wurde von Reichswegen eine Maßregel zur Abwehr ergriffen; ein Gesetz, den Mißbrauch der Kanzel betreffend, vom Bundesrat einstimmig, vom Reichstag (am 28. November 1871) mit großer Mehrheit genehmigt, zog der geistlichen Redefreiheit hinfort die nötigen Schranken, indem es politische Schmähungen und Aufhetzungen mit Gefängnisstrafen bedrohte.

Aber der von den Jesuiten geleitete katholische Klerus hatte nicht bloß die Kanzel gemißbraucht; auch in der Schule war von ihm den Interessen des Staates entgegengewirkt worden. Mancherlei Anzeichen ergaben, und die Volkszählung vom 1. Dezember 1871 hat es dann ziffernmäßig dargethan, daß in den östlichen Teilen des preußischen Staates das Deutschtum in seinem Kampfe gegen das Polentum seit mehreren Jahren nicht nur nicht, wie ehemals, vorwärts geschritten, sondern an manchen Orten sogar zurückgegangen war, und die Schuld hievon — darüber konnte kein Zweifel bestehen — trugen großenteils die katholischen Geistlichen. Ihnen war der Pole, der allezeit treue, lenksame Sohn ihrer Kirche, lieber als der ihnen weniger zuverlässige deutsche Katholik oder gar als der deutsche Protestant. Und diese Gesinnung hatte auch in der zum Schaden des Staates so lange bestandenen „katholischen Abteilung" des Kultusministeriums geherrscht, die Bismarck später einmal dahin kennzeichnete, daß sie ein Werkzeug „in den Händen einiger großer Familien (der Radziwill u. a.) gewesen, in deren Dienst sich diese Behörde behufs Polonisierung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Landstrichen gestellt habe".*) Thatsache war, daß die katholischen Geistlichen in den Landesteilen mit gemischter Bevölkerung das Polnische nicht nur im politischen und gesellschaftlichen Leben, sondern auch in ihrem Amt als Schulinspektoren begünstigten; Thatsache, daß viele von ihnen die deutsche Sprache, statt sie zu fördern, hintenansetzten; daß sie es gern sahen, wenn dieser Unterrichtszweig vernachlässigt wurde; daß sie die Lehrer, die von ihnen abhingen, in ihre eigene, dem Deutschen abholde Richtung hineinzogen oder sie in derselben bestärkten; und daß die Lehrer oft nicht die Lust, öfter nicht die Kraft hatten, zu widerstreben. Die Trägheit und das polnische Wesen standen sich dabei gut; der Staat und die bürgerliche Gesellschaft fuhren übel.

Rückschritte des Deutschtums! Diese Wahrnehmung machte auf die Seele des Königs Wilhelm einen tiefen und folgenreichen Eindruck. Er entschloß

*) Rede Bismarcks im preußischen Landtag, 28. Januar 1886.



sich auf Bismarcks Rat zu einer großen Maßregel, zu einer Maßregel, die ihr sehr Bedenkliches hatte, die er deshalb äußerst ungern wagte, die aber das Staatswohl nun einmal gebieterisch zu fordern schien: er beschloß, die Aufsicht über die Volksschule der Geistlichkeit zu nehmen und sie lediglich dem Staate zu übertragen. Zwar wurde dadurch auch die evangelische Geistlichkeit getroffen; aber man wollte den paritätischen Charakter des Staates wahren; man hoffte auch, der heilsame Anteil der Geistlichkeit an der Volksschule werde dadurch nicht geschmälert werden, wenn sie ihn in Zukunft im Auftrag des Staates nähme. Denn die Meinung war nicht, den Einfluß der Geistlichen auf die Schule überhaupt aufzuheben; es solle derselbe künftig nur besser überwacht werden; jene sollten auf diesem Gebiete ferner nur noch nützen, nicht schaden können.

Demgemäß legte der Kultusminister v. Mühler am 14. Dezember 1871 dem Landtage ein Gesetz vor, nach welchem die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens fortan ausschließlich Staatssache sein sollte. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses war liberal gesinnt; ihr konnte dieses Gesetz nur erwünscht sein; aber sie meinte, daß es diesem Minister an der nötigen Thatkraft und Umsicht fehle, den Nutzen des Staats der Kirche gegenüber gehörig wahrzunehmen. Es vereinigten sich daher alle liberalen Parteien des Hauses unter Führung des altliberalen Abgeordneten Gustav von Bonin (am 14. Januar 1872) zu einem Mißtrauensvotum gegen v. Mühler. Fürst Bismarck war derselben Meinung, und der König gab auch in diesem Punkte nach; er entließ Mühler und berief an dessen Stelle einen der liberalen Partei angehörigen Mann, den Geheimen Oberjustizrat Dr. Falk (22. Januar). Die neue Kirchenpolitik erforderte eben auch einen neuen Kultusminister.

„Die Oberaufsicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichtsanstalten steht allein dem Staate zu; er ernennt und entläßt die Orts- und die Kreis-Schulinspektoren“; dies der Inhalt des wichtigen Gesetzes, welches nunmehr durch den Minister Falk dem Landtage zur Genehmigung empfohlen wurde. Nicht ohne harten Kampf ging es hier durch; mit den Ultramontanen und ihrem Anhang stimmten jetzt auch diejenigen Evangelischen, welche von diesem Gesetz eine Entchristlichung der Schule fürchteten, sowie diejenigen Konservativen, welche allem Liberalen grundsätzlich entgegentraten. Aber Bismarcks Gründe überwogen auch hier; er zeichnete die Gesinnung, die Wirksamkeit jenes Klerus, mit dem es der preußische Staat und das neue deutsche Reich zu thun habe. „Die römisch-katholische Geistlichkeit“, sagte er in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Februar, „ist in allen Ländern eine nationale; nur Deutschland macht eine Ausnahme. Die polnische Geistlichkeit hält zu den polnischen Nationalbestrebungen, die italienische zu den italienischen. Wir haben gesehen, daß in Frankreich der Franzose stets höher steht in der eigenen Selbstschätzung des Geistlichen als der Geistliche. Ähnlich ist es in Spanien und anderwärts. Nur in Deutschland ganz allein da findet sich die eigentümliche Erscheinung, daß die Geistlichkeit einen mehr internationalen Charakter

hat. Ihr liegt die katholische Kirche, auch wenn sie der Entwickelung Deutschlands sich auf der Basis fremder Nationalitäten entgegenstellt, näher am Herzen als die Sache des deutschen Reiches." Nicht bloß die liberale Partei, auch viele Konservative und katholische wie evangelische Vaterlandsfreunde bezeugten laut, wie wahr dieser Vorwurf sei. Die Feindschaft der Ultramontanen gegen das preußisch-deutsche Reich war eben eine offenkundige Thatsache, eine so offenkundige, wie ihre Gewalt über den deutschen Klerus. Diese Erwägung entschied auch die Schwankenden, und so wurde denn das Schulaufsichtsgesetz von beiden Häusern des Landtags mit beträchtlicher Mehrheit angenommen, am 13. Februar mit 207 gegen 155 Stimmen im Abgeordnetenhause, am 8. März mit 125 gegen 76 Stimmen im Herrenhause.

In derselben Richtung bewegte sich dann noch ein Erlaß des Kultusministers (vom 15. Juni), welcher die Mitglieder geistlicher Orden, männliche wie weibliche, vom Lehramt an öffentlichen Schulen ausschloß, und ein anderer (vom 28. August), der es den Schulinspektoren der betreffenden Kreise zur Pflicht machte, dafür zu sorgen, daß die polnische Schuljugend überall in deutscher Sprache unterrichtet würde.

Aber der Staat konnte sich nicht damit begnügen, zu verhindern, daß man ihn auf den Kanzeln und in den Schulen befehdete: es mußte ihm daran gelegen sein, daß die beim Volke so einflußreiche katholische Priesterschaft überhaupt aufhöre ihn anzufeinden, daß sie von ihren ultramontanen Neigungen ablasse und auch in Deutschland national fühle. Diesem Verlangen stand nun zunächst die Macht der Jesuiten entgegen; sie waren die eigentlichen Anstifter und Führer der klerikalen Opposition, und sie gaben ihr im Vatikan den stärksten Rückhalt. Seit Jahren beherrschten sie Pius IX. und durch ihn die katholische Kirche unumschränkt. Alle Vernunftwidrigkeiten, welche in Form von Glaubenssätzen den Katholiken neuerdings waren von Rom aufgezwungen worden, insbesondere der Syllabus und das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit, kamen auf Rechnung dieses Einflusses der Jesuiten. Sie leiteten auch die äußere Politik des Vatikans; sie hatten 1866 in Wien, 1870 in Paris zum Kriege gegen Preußen gehetzt; sie hatten 1871 die Opposition der deutschen Ultramontanen organisiert und suchten derselben eine immer größere Ausdehnung zu geben. Diese Widersacher mußten also vor allen bekämpft werden.

Der Kaiser versuchte, ihnen im Vatikan selber entgegenwirken zu lassen. Er wollte den Kardinal Fürsten Gustav v. Hohenlohe-Schillingsfürst, einen milden, friedliebenden Mann, mit der Vertretung des deutschen Reiches am päpstlichen Hofe beauftragen. Aber der Papst wies diesen Versuch zurück; er weigerte sich, den Kardinal als deutschen Botschafter anzunehmen (Ende April 1872). Dies war eine Beleidigung Deutschlands; es war zugleich ein Zeichen, daß der Papst nicht Vermittelung, sondern Ergebung wolle.

Die kaiserliche Regierung blieb die Antwort nicht schuldig. „Dessen seien Sie sicher", erklärte Fürst Bismarck am 14. Mai im deutschen Reichs-

tage, „nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig. . . . . Wir werden vielmehr“, so schloß er im Hinblick auf die preußischen Bischöfe seine Rede, „den Ansprüchen gegenüber, welche einzelne Unterthanen Seiner Majestät geistlichen Standes erheben, daß es Landesgesetze geben könne, welche für sie nicht verbindlich seien, solchen Ansprüchen gegenüber werden wir die volle einheitliche Souveränität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten, und wir sind in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der großen Majorität beider Konfessionen sicher. Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! Und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, der stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz.“ Schon in seiner Antwort auf ein Schreiben der Fuldaer Konferenz hatte der Kaiser gegen die bischöfliche Aufsässigkeit neue Waffen des Gesetzes in Aussicht gestellt (18. Oktober 1871); diese Drohung wiederholte jetzt der Kanzler in schärfstem Tone.

Der Papst seinerseits gab seinem Haß wider Preußen einen immer deutlicheren Ausdruck. Er trat in Person auf den Kampfplatz, um so die preußenfeindliche Opposition gleichsam zu weihen und einem jeden Katholiken zur Gewissenspflicht zu machen. In öffentlichen Reden nannte er die Religion der Evangelischen eine Gotteslästerung (13. Juni 1872), bezeichnete ziemlich unverblümt den Kaiser Wilhelm als den neuen Nebukadnezar, das deutsche Reich als das neue Babel, und verkündete (am 24. Juni), daß „bald von der Höhe sich das Steinchen loslösen werde, welches herabrollend diesem Koloß den Fuß zu zerschmettern bestimmt sei.“

Die deutsche Regierung begann inzwischen ihre Drohung zu erfüllen. Zuvörderst vereinbarte sie mit dem Reichstag ein Gesetz, welches die Austreibung der Mitglieder des Jesuitenordens und der ihm verwandten Ordensgesellschaften vom deutschen Boden verfügte und am 4. Juli 1872 verkündigt wurde. Etwa 700 dieser geistlichen Wühler mußten infolgedessen Deutschland verlassen.

Der Zorn der Ultramontanen war groß: sie schrieen laut über „Verfolgung der Kirche“, verglichen den Kaiser Wilhelm mit Nero und Diokletian; ja sie kündigten ihm den Gehorsam auf. Denn nicht bloß ihre Wortführer in der Presse, auch die Bischöfe erklärten öffentlich, insbesondere auf einer neuen Konferenz zu Fulda am 20. September 1872, sie würden sich den einseitig vom Staate erlassenen Kirchengesetzen nicht unterwerfen. Ihre Proteste kamen immer auf das alte Priesterwort hinaus: „man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Die Regierung des Kaisers ging indes unbeirrt ihren Weg weiter. Gründlicher als von Reichswegen konnte in Preußen dem Gegner Abbruch gethan werden, und hier geschah es denn auch mit aller Energie. Das Schulaufsichtsgesetz wurde nachdrücklich durchgeführt, in Oberschlesien fast allen katholischen Geistlichen das Inspektorat entzogen, dem Bischof von Ermland (am 1. Oktober

1872) die Temporalien gesperrt, d. h. die Einkünfte vorenthalten, die er bisher vom Staate bezog.

Vor allem aber sollte es bewirkt werden, daß in Preußen der katholische Klerus künftig deutsch gebildet sei, und daß er zu seinen Stellen, zu den niederen wie zu den hohen, nicht ohne Genehmigung der Staatsbehörde kommen könne. Zu diesem Zwecke erließ die Regierung, nachdem der Landtag zugestimmt, am 11. Mai 1873 ein Gesetz, welches die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen beider Konfessionen den Staatsinteressen gemäß regelte. Danach sollte in Zukunft in Preußen kein katholischer Geistlicher angestellt werden, der nicht ein Deutscher wäre und deutsche Gymnasial- und Universitätsbildung erhalten und eine wissenschaftliche Staatsprüfung bestanden hätte. Das Gesetz legte ferner den Bischöfen und wer sonst das Anstellungsrecht hatte, die Anzeigepflicht bei Besetzung von Stellen auf und erteilte dem Staat dabei ein Einspruchsrecht, beziehungsweise das Recht der Ungültigkeitserklärung. Es befahl endlich, daß die Pfarrer dauernd, nicht widerruflich angestellt würden, und drohte mit hohen Geldstrafen, wenn die Besetzung erledigter Stellen nicht erfolge. Drei andere Gesetze — betreffend die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten (vom 12. Mai), betreffend die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel (vom 13. Mai) und betreffend den Austritt aus der Kirche (vom 14. Mai) — hatten den Zweck, die Macht des römischen Klerus über die Laien und der Bischöfe über die niedere Geistlichkeit zu schwächen und dem Staate die Mittel zu geben, ungehorsame Priester, und wären es die am höchsten gestellten, aus ihren Ämtern zu entfernen.

Diese „Maigesetze“ griffen das Übel, welches der Staat bekämpfen wollte, an der Wurzel an; aber sie erregten auch den heftigsten Widerstand. Die Bischöfe verweigerten diesen Gesetzen noch entschiedener den Gehorsam als den früheren Verordnungen des Staates, obgleich die Regierung ihnen jetzt mit dem Strafgesetzbuch in der Hand entgegentrat.

So war denn mit Erneuerung des deutschen Reiches auch der Kampf zwischen Kaiser und Papst wieder erwacht. Doch wie sehr hatte sich das Verhältnis der Kräfte geändert! Das Volk in Deutschland war jetzt zu zwei Dritteln protestantisch, und der katholische Teil desselben zwar noch dem Einflusse der römischen Geistlichkeit sehr zugänglich, aber zu thätlicher Auflehnung gegen das Staatsgesetz bei weitem nicht mehr fanatisch genug. Und die Fürsten — mit ihrer Hilfe hatte Rom ehedem die Hohenstaufenkaiser zu Fall gebracht. Es gab noch deutsche Fürsten, aber unter ihnen keinen, der sich zum Werkzeuge des Papstes hätte hergeben mögen; und hätte es einer selbst gewollt, ihr Können war gering im Vergleich zu der gewaltigen Kraft des preußischen Staates. Der Kaiser Wilhelm Weißbart war ein unendlich mächtigerer Herr als weiland Kaiser Friedrich Rotbart.

Allein so viel Anhang besaß der Papst in Deutschland immer noch, um

der Reichsregierung Schwierigkeiten zu machen; er konnte den religiösen Hader nähren, konnte unter den bigotteren Katholiken die Mißstimmung verstärken und somit hoffen, daß, wenn Frankreich zum Rachekriege schreite, es ein weniger fest vereintes Deutschland sich gegenüber finden werde. Auch war Pius IX. weit davon entfernt einzulenken. Vielmehr führte er eine Sprache, die an den hohen Ton Gregors VII. und der Innocenze erinnerte. Er redete von der Regierung Preußens und Deutschlands wie von einem Haufen boshafter Übelthäter. „Diese Männer", sagte er in einer Ansprache an die Kardinäle (am 22. Dezember 1872), indem er auf Falk, Bismarck und wohl noch höher hinauf zielte, „diese Protestanten drücken durch heftige Verfolgung die katholische Kirche und stehen dabei unverschämterweise nicht an, zu behaupten, daß ihr von ihnen nichts zu leide gethan werde; ja indem sie dem Unrecht Verleumdung und Spott beifügen, schämen sie sich nicht, die Verfolgung, welche sie üben, den glaubenstreuen Katholiken zur Last zu legen." Die deutsche Regierung rief hierauf ihren zeitweiligen Vertreter am päpstlichen Stuhle ab. Sie sollte jedoch von der römischen Anmaßung noch viel stärkere Proben zu kosten bekommen. So weit ging der Papst in seiner Überhebung, daß er sich nicht entblödete, in einem Briefe an den König von Preußen sich die geistliche Herrschaft auch über die Evangelischen beizulegen! Der Brief enthielt noch andere Beleidigungen, die solche zu sein darum nicht aufhörten, weil sie in der höflichen Form des modernen Briefstils auftraten. Das Schreiben lautete in wortgetreuer Übersetzung aus dem Italienischen folgendermaßen:

„Im Vatikan, den 7. August 1873.

Majestät! Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab. Wenn ich mit mir selber darüber zu Rate gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßregeln veranlaßt haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe aufzufinden imstande bin. Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Ihrer Regierung nicht billigen, und die Härte der Maßregeln wider die katholische Religion nicht gutheißen. Wenn es aber wahr ist, daß Eure Majestät es nicht billigen, — und die Schreiben, welche allerhöchst dieselben früher an mich gerichtet haben, dürften zur Genüge darthun, daß Sie dasjenige, was gegenwärtig vorgeht, nicht billigen können, — wenn, sage ich, Eure Majestät es nicht billigen, daß Ihre Regierung auf den eingeschlagenen Bahnen fortfährt, die rigorosen Maßregeln gegen die Religion Jesu Christi immer weiter auszudehnen, und letztere hierdurch so schwer schädigt, werden dann Eure Majestät nicht die Überzeugung gewinnen, daß diese Maßregeln keine andere Wirkung haben als diejenige, den eigenen Thron Eurer Majestät zu untergraben? Ich rede mit Freimut, denn mein Panier ist die Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise, welche hier näher

darzulegen nicht der Ort ist, gehört, sage ich, dem Papste an. Ich gebe mich der Überzeugung hin, daß Eure Majestät meine Betrachtungen mit der gewohnten Güte aufnehmen und die in dem vorliegenden Falle erforderlichen Maßregeln treffen werden. — Indem ich Allerhöchstdemselben den Ausdruck meiner Ergebenheit und Verehrung darbringe, bitte ich Gott, daß Er Eure Majestät und mich mit den Banden der gleichen Barmherzigkeit umfassen möge.

Pius."

König Wilhelm antwortete mit seiner gewohnten ruhigen Würde; der Höflichkeit vergalt er mit Höflichkeit, der Anmaßung hielt er die Wahrheit entgegen. Er schrieb:

„Berlin, den 3. September 1873.

Ich bin erfreut, daß Eure Heiligkeit Mir, wie in früheren Zeiten, die Ehre erweisen, Mir zu schreiben; Ich bin es umsomehr, als Mir dadurch die Gelegenheit zuteil wird, Irrtümer zu berichtigen, welche nach Inhalt des Schreibens Eurer Heiligkeit vom 7. August in den Ihnen über deutsche Verhältnisse zugegangenen Meldungen vorgekommen sein müssen. Wenn die Berichte, welche Eurer Heiligkeit über deutsche Verhältnisse erstattet werden, nur Wahrheit meldeten, so wäre es nicht möglich, daß Eure Heiligkeit der Vermutung Raum geben könnten, daß Meine Regierung Bahnen einschlüge, welche ich nicht billigte. Nach der Verfassung meiner Staaten kann ein solcher Fall nicht eintreten, da die Gesetze und Regierungsmaßregeln in Preußen Meiner landesherrlichen Zustimmung bedürfen. — Zu Meinem tiefen Schmerze hat ein Teil Meiner katholischen Unterthanen seit zwei Jahren eine politische Partei organisiert, welche den in Preußen seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören sucht. Leider haben höhere katholische Geistliche diese Bewegung nicht nur gebilligt, sondern sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die bestehenden Landesgesetze angeschlossen. — Der Wahrnehmung Eurer Heiligkeit wird nicht entgangen sein, daß ähnliche Erscheinungen sich gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten wiederholen. — Es ist nicht meine Aufgabe, die Ursachen zu untersuchen, durch welche Priester und Gläubige einer der christlichen Konfessionen bewogen werden können, den Feinden jeder staatlichen Ordnung in Bekämpfung der letzteren behilflich zu sein; wohl aber ist es Meine Aufgabe, in den Staaten, deren Regierung Mir von Gott anvertraut ist, den inneren Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. Ich bin Mir bewußt, daß Ich über Erfüllung dieser Meiner Königlichen Pflicht Gott Rechenschaft schuldig bin, und Ich werde Ordnung und Gesetz in meinen Staaten jeder Anfechtung gegenüber aufrecht halten, so lange Mir Gott die Macht dazu verleiht. Ich bin als christlicher Monarch dazu verpflichtet auch da, wo ich zu Meinem Schmerz diesen Königlichen Beruf gegen die Diener einer Kirche zu erfüllen habe, von der Ich annehme, daß sie nicht minder wie die evangelische Kirche das Gebot des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit als einen Ausfluß des uns geoffen-

barten göttlichen Willens erkennt. — Zu Meinem Bedauern verleugnen viele der Eurer Heiligkeit unterworfenen Geistlichen in Preußen die christliche Lehre in dieser Richtung und setzen Meine Regierung in die Notwendigkeit, gestützt auf die große Mehrzahl Meiner treuen katholischen und evangelischen Unterthanen, die Befolgung der Landesgesetze durch weltliche Mittel zu erzwingen. — Ich gebe Mich gern der Hoffnung hin, daß Eure Heiligkeit, wenn von der wahren Lage der Dinge unterrichtet, Ihre Autorität werden anwenden wollen, um der, unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen. Die Religion Jesu Christi hat, wie Ich Eurer Heiligkeit vor Gott bezeuge, mit diesen Umtrieben nichts zu thun, auch nicht die Wahrheit, zu deren von Eurer Heiligkeit angerufenem Panier ich mich rückhaltlos bekenne. — Noch eine Äußerung in dem Schreiben Eurer Heiligkeit kann Ich nicht ohne Widerspruch übergehen, wenn sie auch nicht auf irrigen Berichterstattungen, sondern auf Eurer Heiligkeit Glauben beruht, die Äußerung nämlich, daß jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papste angehöre. Der evangelische Glaube, zu dem Ich Mich, wie Eurer Heiligkeit bekannt sein muß, gleich Meinen Vorfahren und mit der Mehrheit Meiner Unterthanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen. — Diese Verschiedenheit des Glaubens hält Mich nicht ab, mit denen, welche den unseren nicht teilen, in Frieden zu leben und Eurer Heiligkeit den Ausdruck Meiner persönlichen Ergebenheit und Verehrung darzubringen.

Wilhelm."

Die würdevolle Antwort des Kaisers fand bei allen Protestanten den lautesten Beifall. Aber der Brief des Papstes hatte noch eine andere Wirkung: wer nicht kurzsichtig war, ersah aus ihm, daß Preußen in dem Kampfe, den es hier führte, gegen Roms maßlose Ansprüche die Sache der Gewissensfreiheit und der Aufklärung vertrete, daß es sich um einen „Kulturkampf" handele, in welchem ein jeder Protestant, ein jeder Liberaler die Pflicht habe, zur preußischen Regierung zu stehen. Diese Erkenntnis machte sich denn auch bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause geltend, welche am 4. November 1873 abgehalten wurden. Von den evangelischen Abgeordneten, welche gegen die Kirchengesetze gestimmt hatten, wurde fast keiner wiedergewählt; die altkonservative Partei in der Kammer sank von 60 auf 6 herab. Es gab hier jetzt nur noch zwei Parteien von Belang: ultramontangesinnte Katholiken einerseits und Liberale aller Schattierungen und Konfessionen andererseits, und die letztere Partei war mehr als dreimal stärker.

Die Regierung ihrerseits fuhr fort, gegen die Widersetzlichen ihre Macht zu brauchen. Die geistlichen Schulanstalten, welche sich einer Prüfung weigerten, wurden geschlossen; die Besetzung erledigter geistlicher Stellen mit staatsfeindlichen Männern gehindert; die Bischöfe, so oft sie die neuen Gesetze verletzten, vor Gericht gezogen. Zahlreich waren die Strafvollstreckungen namentlich gegen

den Erzbischof von Posen, Grafen Ledochowski; er war aber auch der aufsässigste und gefährlichste. Galt er doch den Polen, nachdem ihn der Papst zum „Primas von Polen" ernannt hatte, für den rechtmäßigen Verweser des alten polnischen Königreichs. Da er in seinem Trotz sich weder durch die Temporaliensperre (am 1. Oktober 1873), noch durch die verurteilenden Sprüche der Gerichte stören ließ und die wider ihn erkannten Geldstrafen nicht zahlte, so wurde er am 3. Februar 1874 verhaftet und ins Gefängnis nach Ostrowo abgeführt. Zugleich verklagte ihn die Regierung bei dem auf Grund der „Maigesetze" errichteten kirchlichen Gerichtshof zu Berlin, welcher den ungehorsamen Priester am 15. April 1874 zur Amtsentsetzung verurteilte. Ebenso schritt der Staat gegen die andern Widersetzlichen ein; viele katholische Geistliche, zumal am Rhein, voran der Bischof von Trier (am 6. März 1874), und der Erzbischof Melchers von Köln (am 31. März) wanderten ins Gefängnis. Auch wurde durch kirchliche Verordnung vom 6. Dezember 1873 die Eidesformel, welche die Bischöfe bei Antritt ihres Amts dem Landesherrn zu leisten hatten, dahin abgeändert, daß sie in derselben künftig die Befolgung der Staatsgesetze ausdrücklich versprechen sollten. Weil aber die von der Regierung abgesetzten oder in ihrem Amt nicht anerkannten Priester fortfuhren, amtliche Handlungen, insbesondere Taufen und Trauungen zu verrichten, wodurch, da nach den Staatsgesetzen diese Handlungen ungültig waren, in die wichtigsten Verhältnisse des bürgerlichen Lebens Verwirrung kommen mußte, so begegnete der König diesem Unheil zunächst damit, daß er am 10. Dezember 1873 dem Landtage ein Gesetz „über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung" vorlegen ließ, welches die Führung der Civilstandsregister den Geistlichen abnahm und die obligatorische Civilehe einführte; im Februar 1874 wurde dasselbe von der Volksvertretung angenommen.

Dieses Gesetz schützte die bürgerlichen Interessen, ohne notwendigerweise die kirchlichen zu beschädigen. Denn am Rhein, in Frankreich und anderwärts, wo es bestand, war darum die Weihe der Kirche für Geburt, Trauung, Beerdigung von jedem Gläubigen nicht weniger gesucht. Aber freilich die Ungläubigen und Gleichgültigen konnten sich jetzt dem Einflusse der Geistlichen vollends entziehen, und dies war bedenklich, namentlich für die evangelische Kirche, die ohnehin so wenig äußere Hilfsmittel besitzt. Daher hatte der König denn auch lange gezögert, ehe er diese Maßregel ergriff; doch brachte er auch hier, wie immer, seine persönlichen Gefühle dem Staatswohl zum Opfer. Übrigens hoffte er, die evangelische Kirche werde aus eigener Kraft der innerhalb ihrer Gemeinden überhandnehmenden Teilnahmlosigkeit Herr werden. Zu diesem Zwecke hatte er (am 10. September 1873) eine neue Synodalverfassung derselben verkündigt, die schon seit Jahren beabsichtigt worden, und ließ sie nunmehr ausdrücklich ins Werk setzen. Sie gab dem Laien das Recht, durch selbstgewählte Gemeindevertreter und Kirchenräte an der Leitung der Kirchensachen sich zu beteiligen; es war anzunehmen, daß nun auch die innerliche Be-

teiligung erheblich zunehmen, daß das Glaubensleben besser als bisher gedeihen werde. Am 4. Januar 1874 wurden die ersten Wahlen dieser Art in allen evangelischen Gemeinden des Landes abgehalten.

Sodann wurde auf Antrag der Regierung im April 1874 vom deutschen Reichstag ein Gesetz wegen Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern und im Mai desselben Jahres vom preußischen Landtag ein Gesetz wegen Verwaltung erledigter katholischer Bistümer genehmigt; eine weitere Ausführung der „Maigesetze" von 1873, welche den Widerstand des römischen Klerus brechen sollte.

Allein dieser Widerstand zog Kraft aus dem Rückhalt, den ihm die große Masse des katholischen Volkes in Deutschland und in Preußen selber bot. Denn von der Geistlichkeit aufs eifrigste bearbeitet, sahen die Gläubigen unter den katholischen Laien, und zwar Gebildete ebenso wie der gemeine Mann, in den Maßregeln der Regierung bereits unberechtigte Eingriffe in das innere Leben ihrer Kirche und nahmen daher in dem Streite zwischen Staat und Klerus für letzteren Partei. Dies zeigte sich nunmehr recht deutlich bei den Wahlen zum deutschen Reichstage und zum preußischen Abgeordnetenhause. Da erhielt die ultramontane Centrumspartei eine sehr beträchtliche Verstärkung. Sie brachte es auf 80 und mehr Sitze und verstärkte so die parlamentarische Opposition in bedenklichster Weise. Um so mehr lag es im Interesse des Staates, die Bestrebungen der ihm freundlich gesinnten Altkatholiken zu unterstützen. Die Regierung hat es bisher denn auch nicht daran fehlen lassen. Nachdem die Altkatholiken Deutschlands sich im Juni 1873 auf einer Versammlung zu Köln einen eigenen Bischof gewählt — es war der Breslauer Professor Dr. Reinkens — wurde demselben von seiten des preußischen Staates bereitwillig die Anerkennung erteilt (19. September), und am 8. Oktober desselben Jahres leistete er als altkatholischer Bischof dem Könige den Eid der Treue. Jetzt nun wurde diesem Bistum vom Staate auch eine Ausstattung mit Geldeinkünften zuteil, wie sie die andern Stifter empfingen. Aber die Erwartung, daß die altkatholische Bewegung sehr zunehmen werde — viele hatten von ihr sogar die Herstellung einer deutschen Nationalkirche erhofft — erfüllte sich nicht. Die Altkatholiken brachten es über eine kleine Sekte nicht hinaus.

Der stärkste Bundesgenosse im Kampfe gegen Rom blieb immer der Liberalismus; auf diesen stützte sich denn auch die Regierung. Es bekam dadurch ihre Politik eine immer liberalere Richtung. Schon die Ereignisse von 1866 hatten darauf hingeleitet, noch mehr dann die Gründung des Kaiserreichs. Die straffe Zentralisation der Verwaltung Preußens war nun nicht mehr so nötig wie vordem; viele Dinge, die nicht unmittelbar den Staat angingen, überließ man besser den Nächstbeteiligten selber. So wurde denn den Provinzen, zunächst den neuen — der Provinz Hannover schon im Februar 1868 — ein Teil der öffentlichen Angelegenheiten zu eigener Verwaltung nach bestimmten Ordnungen und mit den nötigen Geldmitteln überwiesen. Dann

folgte (am 13. Dezember 1872) für die Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen eine Kreisordnung, welche das Prinzip der Selbstverwaltung auf das platte Land übertrug, das Übergewicht der Rittergutsbesitzer auf den Kreistagen beseitigte und so die letzten Überreste des mittelalterlich ständischen Wesens zerstörte. Nur mit großer Mühe hatte der Minister des Innern, Graf Friedrich v. Eulenburg, dieses Gesetz durchgebracht; ein Pairsschub (am 30. November 1872) war nötig gewesen, um den Widerstand des Herrenhauses gegen dasselbe zu brechen. Weitergeführt wurde dieses Werk der Decentralisation durch eine Provinzialordnung, die, vom Könige am 23. Dezember 1873 genehmigt, im Jahre darauf Gesetzeskraft erhielt. Später sind denn auch die anderen Landesteile, so 1885 Hessen-Nassau, 1886 Westfalen, mit der neuen Kreis- und Provinzial-Ordnung bedacht worden. Nur Posen blieb wegen der dort herrschenden nationalen Gegensätze ausgeschlossen.

Auch die Reformen, die mit dem Zollparlament, mit dem norddeutschen und mit dem deutschen Reichstag vereinbart worden — das neue Maß und Gewicht, die Goldwährung, das neue Geld; noch mehr die Freizügigkeit (seit 1867); die fast schrankenlose Gewerbefreiheit (seit 1869) und die Aufhebung der Wuchergesetze (1867); ferner die auf jahrelanges Andringen des Reichstags (Antrag Lasker) und auf Befürworten der preußischen Regierung am 20. Dezember 1873 vom Bundesrat genehmigte Erweiterung der Reichszuständigkeit über das gesamte bürgerliche Recht und Rechtsverfahren; endlich (im April 1874) ein die Presse vom Konzessionswesen, von besonderer Besteuerung und von der richterlichen Befugnis zur Entziehung des Preß-Gewerbebetriebes befreiendes, aber dadurch auch den Mißbrauch der Presse sehr erleichterndes Preßgesetz und ein Militärgesetz, welches die preußische Heeresorganisation endgültig auf das ganze Reich übertrug, aber die Friedensstärke der deutschen Armee (401 659 Mann) nur auf die nächsten sieben Jahre feststellte — alle diese Einrichtungen und Gesetze trugen dazu bei, die deutsche Einheit zu fördern, aber auch dem konservativen Wesen den Boden zu nehmen.

An der letzteren dieser beiden Folgen konnten die Altgesinnten natürlich keinen Gefallen finden. Vielen unter ihnen leuchtete die Nützlichkeit jener Neuerungen überhaupt nicht ein, oder es schien ihnen doch der Vorteil geringer als der Schaden. Manches von dem Neuen war in der That sehr bedenklich und hat denn auch üble Folgen gehabt: so die fast unbedingte Freizügigkeit, welche das platte Land entvölkerte und das städtische Proletariat vermehrte; so die Milde des neuen Strafgesetzes, welche die Brutalität der niederen Volksmassen wachsen ließ und die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit gefährdete; so endlich das Übermaß von Gewerbefreiheit, welche das solide Handwerk beschädigte. Was seit 1866 in Preußen und Deutschland auf dem Gebiete des Staats und der Kirche geschehen war, hatte so gründliche Veränderungen hervorgebracht, daß es wohl für den Anfang einer ganz neuen Zeit gelten konnte. Niemand vermochte zu sagen, welchen Namen man dereinst dieser Zeit geben werde; je nach der Weltanschauung, die sich ein jeder gebildet, sah er in der

Gegenwart mehr das Böse oder mehr das Gute, blickte er auf die Zukunft mit Furcht oder Vertrauen. Die großen Parteien von ehemals hielten nicht mehr zusammen, es bildeten sich neue. Auch die konservative Partei spaltete sich. Die Anhänger des Alten wollten auf Bahnen nicht folgen, welche revolutionär waren oder schienen; es kam zwischen ihnen und Bismarck, der sie einst geführt, zum Bruche. Denn alle diejenigen, welche vom Parlamentarismus nichts wissen wollten, fanden mit Verdruß, daß Bismarck „nach jedem Kriege konstitutioneller" sei, und waren empört, als er (in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Januar 1872) erklärte: „In einem konstitutionellen Staate bedürfen wir Minister einer Majorität, die uns unterstützt." Das Schulaufsichtsgesetz erregte auch bei den meisten evangelischen Geistlichen, die Kreisordnung bei den meisten Rittergutsbesitzern, besonders bei den adligen, große Unzufriedenheit. Die Häupter dieser Partei, die Herren v. Kleist-Retzow, v. Waldow-Steinhövel, Graf zur Lippe u. a., ließen sich mehr oder weniger laut vernehmen, Bismarck untergrabe mit seiner liberalisierenden Gesetzgebung die Monarchie und das Christentum. Er behauptete sich indes jetzt den Altkonservativen gegenüber mit der nämlichen Sicherheit auf seinem Platze wie früher gegen die Liberalen, und der König hielt unentwegt an dem Manne fest und ließ ihn nicht vom Steuer, der das Staatsschiff durch große Gefahren mit so seltener Kunst und Kraft geleitet hatte. Es endete daher auch ein Streit, in den ein hochgestellter und bei Hofe viel geltender Reichsbeamter, der Botschafter in Paris, Graf Harry Arnim, mit dem Kanzler geriet, weil er bei diesem in Verdacht stand, ihn durch Ränke stürzen zu wollen, mit dem vollständigen Siege Bismarcks. Graf Arnim verlor (1874) sein Amt, und es wurde ihm wegen einiger seiner Amtshandlungen ein Prozeß gemacht, der für ihn ungünstig ablief; er entging einer gerichtlichen Bestrafung nur durch Flucht ins Ausland. Bismarck verfuhr freilich gegen Arnim zu hart; dessen Strafe war größer als seine Schuld.

Vielleicht wäre die Regierung in ihrem Kampfe gegen die Ultramontanen und in der ganzen Politik, die damit zusammenhing, nicht so rasch und entschieden vorgeschritten, wenn nicht auch die äußere Lage des Reiches dringend dazu aufgefordert hätte. Der Feind im Innern sollte bezwungen werden, bevor der auswärtige Feind wieder auf dem Kampfplatze erscheine.

Der Friede mit Frankreich war geschlossen, die Bedingungen auch im einzelnen — durch den Vertrag zu Frankfurt a. M. vom 10. Mai 1871 — festgestellt. Aber wer die Stimmung der französischen Nation kannte, war überzeugt, daß sie den Frieden gerade nur so lange halten werde, als sie sich außer stande sehe, mit einiger Hoffnung auf Erfolg wieder Krieg anzufangen. Zu quälend war die Erinnerung an das Erlittene, an die Niederlage, an die Verluste, zu heiß der Durst nach Rache. Das ehrgeizige Volk bedurfte zu seinem Glücke einer Wiederherstellung seines militärischen Ansehens; es hielt den Frieden nur, weil es noch mußte; aber es that alles, um ihn bald brechen zu können. Mit leidenschaftlicher Hast und mit staunenswerter Thatkraft be-

trieb die französische Republik unter Thiers' Leitung, nachdem sie einen Aufstand der Pariser Kommune im Mai 1871 niedergeworfen, die Herbeischaffung der kolossalen Geldmittel, welche nötig waren, um schleunigst die fremden Truppen zu entfernen und die eigene Wehrkraft aufs äußerste zu verstärken. Da sah man, wie unerschöpflich Frankreichs Hilfsquellen waren, wie groß sein Kredit in der Welt, wie gewaltig für patriotische Zwecke seine Leistungsfähigkeit und Willigkeit. Deutschland mußte darauf gefaßt sein, vielleicht bald von diesem energischen Volke zu einem neuen und schwereren Waffengang herausgefordert zu werden.

Dieser Gesichtspunkt war denn auch für die deutsche Politik der leitende. Unablässig arbeitete der Kaiser daran, die Überlegenheit seiner Kriegsmacht zu erhalten; er erneuerte und verbesserte die Ausrüstung und Bewaffnung der Truppen, verstärkte die Marine, ließ die Grenzen nach einem neuen System befestigen, die Kriegshäfen Wilhelmshaven und Kiel ausbauen, setzte an Stelle des preußischen Schatzes von 30 Millionen Thaler einen Reichskriegsschatz von 40 Millionen Thaler (Dezember 1871), verfügte vor allem eine bedeutende Vermehrung der Artillerie (4. September 1872), sowie die Bewaffnung der Infanterie mit einem neuen, besseren, dem Mausergewehr. Ein sehr großer Teil der französischen Kontributionsgelder wurde mit Genehmigung der Volksvertreter zu diesen Zwecken verwandt; jene Milliarden nützten dadurch, sowie durch Vergütung der Kriegsschäden aller Art besser als durch den Antrieb, den sie der deutschen Handels- und Gewerbsthätigkeit gaben; denn neben manchem Erfreulichen schoß hier allzuviel Unkraut aus der Befruchtung durch den fremden Goldstrom auf: mit dem Goldwert sank auch die Schätzung bescheidenen Erwerbs und solider Arbeit, während „Gründer-“ und Schwindelwesen gedieh.

Mit derselben Umsicht und Sorgfalt wie auf dem militärischen Gebiete traf die Regierung auf dem diplomatischen ihre Vorsorge. Es war gewiß, daß Frankreich nur in zwei Fällen den Angriff wagen würde: wenn in Deutschland Unruhen ausbrächen, oder wenn sich mit Frankreich irgend eine der Großmächte verbände. Der erste Fall konnte nur eintreten, wenn die Partikularisten, Socialisten und Ultramontanen Macht bekamen; zu verhüten, daß dies geschehe, war die Aufgabe der inneren Politik des Kaisers. Den zweiten Fall abzuwenden, war der Zweck seiner auswärtigen Politik. Hier gelang es der Geschicklichkeit Bismarcks sehr rasch, die befriedigendsten Erfolge zu gewinnen. Er hielt die Vereinzelung Frankreichs auch nach dem Friedensschluß aufrecht.

Schon im Dezember 1870 hatte die preußische Regierung Schritte gethan, um ein besseres Verhältnis zu Österreich-Ungarn anzubahnen, und in Wien war man nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Man begriff auch dort die Vorteile guter Beziehungen zu dem mächtigen Nachbarstaate, und an Stelle des alten Hasses gegen Preußen trat allmählich eine versöhnlichere Stimmung. Diese erhielt dann Ausdruck in Zusammenkünften, welche zwischen den beiden

Kaisern von Deutschland und Österreich am 11. August 1871 zu Ischl und am 8. September desselben Jahres zu Salzburg stattfanden. Entschieden wurde der Umschwung in der Stimmung der leitenden Kreise zu Wien, als im November 1871 Beust fiel, und ihm der preußenfreundliche Graf Andrassy im Ministerpräsidium folgte. So blieb denn jene Annäherung der Souveräne nicht ohne heilsame Folgen. Wilhelm I. hatte zu Ischl den österreichischen Kaiser gebeten, dem deutschen Bestandteil Österreichs die gebührende Geltung zu belassen, die demselben von den Tschechen und anderen Slawen bestritten ward; „er möge seine deutschen Unterthanen gut behandeln, es seien immer die treusten gewesen;" und Franz Josef hatte es ihm versprochen.*) Die Mahnung wirkte nun nach; die tschechischen Ansprüche wurden von der Regierung zurückgewiesen. In späteren Jahren sind dieselben freilich erfolgreicher gewesen; damals aber und für längere Zeit war doch dem Deutschtum in Österreich der Platz behauptet. Eine andere gute Wirkung des in Wien Preußen gegenüber eingetretenen Stimmungswechsels war, daß nun auch zwischen den Höfen von Wien und Petersburg das Verhältnis besser wurde. Und so erfüllte sich ein Lieblingswunsch Wilhelms I.: er sah die Alliierten von 1813 wieder vereinigt. Kaum einer seiner kriegerischen Triumphe hatte den greisen Monarchen mit so reiner Freude erfüllt, als er an jenem Tage empfand, da die Beherrscher Rußlands und Österreichs kamen, um in seinem Schlosse zu Berlin ihm und einander die Freundeshand zu reichen (7. September 1872). Diese „Dreikaiserzusammenkunft" war die glänzendste Anerkennung, welche das alte Europa dem jungen deutschen Kaiserreich konnte zu teil werden lassen, und in diesem Sinne wurde sie auch überall aufgefaßt. Frankreich wußte, daß es allein stand; die Hoffnung, für seine Rachepläne den Beistand Österreichs zu gewinnen, mußte es aufgeben.

Aber diese Pläne selber aufzugeben, war die französische Nation keineswegs gewillt. Lieber warf sie sich jetzt ganz in die Arme der römischen Klerisei, welche ihr versprach, was sie so glühend wünschte. Der besonnene Thiers mußte einem klerikal Gesinnten, dem Marschall Mac Mahon, Platz machen (Mai 1873); an Stelle der republikanischen Schwärmerei sollte die kirchliche treten. Bald bedeckte sich das Land mit Wallfahrern, und Wundererscheinungen waren an der Tagesordnung; mit allen Mitteln entflammten die Priester einen Fanatismus, der zugleich religiös und national war. Zum nächsten Ziele setzten sie ihm die Befreiung des Papstes; sei der Statthalter Gottes in alter Herrlichkeit wieder hergestellt, so werde Frankreich an der Spitze aller Christgläubigen auch den Kreuzzug zur Wiederherstellung seines Ruhmes und zur Befreiung Elsaß-Lothringens bestehen können. So viel Anklang fand bei den Franzosen diese Lehre, daß Italien erschreckt sich nach Berlin um Hilfe wandte. Zu derselben Zeit, als die letzte Milliarde der französischen Kriegssteuer bezahlt war, als der letzte deutsche Soldat, ein Trainsoldat**),

*) L. Schneider, Aus Kaiser Wilhelms Leben, III. 224.

**) E. v. Manteuffels Leben, S. 217.

über die Grenze heimzog, und nun Frankreich die Freiheit seiner Bewegung wieder gewonnen hatte, im September 1873, reiste Victor Emanuel nach Wien und Berlin, um zu bezeugen, daß er von seiner Vorliebe für Frankreich zurückgekommen sei, und um sich gleichsam in den deutschen Sicherheitsverein aufnehmen zu lassen. Wenn die Ultramontanen gehofft, ihn durch Drohungen in die Vasallenschaft des Papstes hineinzuscheuchen, so hatten sie sich verrechnet. Das gemeinsame Staatsinteresse, ein zuverlässigeres Band als die Neigungen sterblicher Fürsten, hielt, wie durch den polnischen Besitz Preußen und Rußland, so fortan durch die Franzosengefahr auch Preußen und Italien in fester Freundschaft zusammen.

Der Mißerfolg spornte die heftigsten unter den Ultramontanen nur zu neuer Anstrengung. Die einzige Hoffnung, die ihnen noch zu bleiben schien, war die Revolution; auf diese arbeiteten sie hin, für diese suchten sie den Sinn des gemeinen Mannes geneigt zu machen. Selbst ganz öffentlich, von der Kanzel herab, reizten sie die Bauern zum Königshaß, zur Auflehnung wider die weltliche Obrigkeit an. „Ich sage es frei heraus", so predigte im November 1873 ein katholischer Priester in einem Dorfe der preußischen Rheinprovinz, „ich sage es frei heraus, daß es Kaiser Wilhelm I. von Deutschland ist, der eure Religion untergräbt. Nun wißt ihr, woran ihr seid. Ihr seid gewarnt; seid auf eurer Hut!"

Noch erbitterter wurde von diesen Hetzern gegen Bismarck geeifert; sie stellten ihn dem unwissenden Volke als den Todfeind der römischen Kirche und des katholischen Glaubens dar. Eine Frucht ihrer Aufreizung war, daß ein junger Fanatiker, ein katholischer Böttchergeselle, Namens Kullmann, aus Magdeburg, sich entschloß, die heilige Kirche von ihrem Todfeinde zu befreien. Er begab sich nach Kissingen, wo Fürst Bismarck zur Kur verweilte, und schoß auf ihn (13. Juli 1874). Der Mordversuch gelang aber nicht; Bismarck wurde nur leicht verwundet. Als der Fürst den Verhafteten beim Verhör fragte, weshalb er ihm nach dem Leben getrachtet, antwortete jener: „Wegen der Kirchengesetze." Er wurde abgeurteilt und kam ins Zuchthaus.*)

Auch der Papst selbst trat wieder auf den Kampfplatz. Er richtete am 5. Februar 1875 an die preußischen Bischöfe ein Rundschreiben („Encyklika"), worin es hieß, die neuen Kirchengesetze, welche in Preußen gegeben worden, stürzten die göttliche Verfassung der Kirche völlig um und richteten die heiligen Gerechtsame der Bischöfe gänzlich zu Grunde. Deshalb erhebe er, der Papst, sich mit der Autorität göttlichen Rechtes und erkläre öffentlich vor allen, die es angehe, und dem ganzen katholischen Erdkreise diese Gesetze für ungültig. Das seien nicht Gesetze, freien Bürgern gegeben, um einen vernünftigen Gehorsam zu fordern, sondern solche, wie man sie Sklaven auferlege, um den Gehorsam durch die Gewalt des Schreckens zu erzwingen.

Damit war der Streit auf die Spitze getrieben worden: der König von Preußen hatte mit Genehmigung der Vertreter seines Landes, also in ganz

*) S. den Bericht des damaligen Arztes Bismarcks, Geheimen Hofrats Dr. Diruf, 1894.

verfassungsmäßiger Weise, Gesetze für Preußen gegeben, und der Bischof von Rom erklärte als unfehlbarer Papst diese Gesetze für null und nichtig, verpflichtete die katholischen Bürger Preußens zum Ungehorsam gegen dieselben und ermunterte in den Unterthanen die revolutionäre Leidenschaft! Die Frage, um die es sich handelte, war also einfach die, ob man in Preußen mehr dem Papste oder dem Könige gehorchen solle.

Ihrerseits zog nun auch die preußische Regierung aus der Sachlage die äußersten Konsequenzen. Sie vereinbarte mit dem Landtag als Antwort auf die päpstliche Encyklika drei neue Gesetze, die ihr noch schärfere Kampfmittel lieferten. Zuerst das sogenannte „Sperrgesetz" (vom 22. April 1875). Kraft desselben wurden sämtliche für die Bistümer bestimmten Leistungen des Staates an Geld und Geldeswert eingestellt und sollten für jeden einzelnen Kirchensprengel erst dann wieder aufgenommen werden, wenn der im Amte befindliche Bischof oder Bistumsverweser sich der Staatsregierung gegenüber durch schriftliche Erklärung verpflichtete, die Staatsgesetze zu befolgen. Sehr treffend war in der Begründung dieses Gesetzes auf die Kabinettsordre Friedrich Wilhelms III. vom 23. August 1821 hingewiesen worden, welche zwar einerseits der päpstlichen Bulle De salute animarum die königliche Bestätigung und damit der katholischen Kirche in Preußen die staatliche Gewähr erteilte, aber andrerseits als eine Bedingung der letzteren den Grundsatz aussprach: „daß die katholische Kirche von dem preußischen Staate Nutzungen und Leistungen nur beziehen könne und dürfe, so weit und so lange sie die Majestät desselben und seiner Gesetze achte und anerkenne." Durch das Verhalten der Bischöfe gegenüber den verfassungsmäßig beschlossenen und veröffentlichten Gesetzen vom Mai 1853 und 74 seien jene Majestätsrechte, unter deren Vorbehalt allein die katholische Kirche in Preußen alle die Erweisungen der „höchsten Großmut und Güte", wie Papst Pius VII. sich in der Bulle ausdrückte, empfangen habe, auf das schwerste geschädigt und verletzt worden. Der Staat sei daher ebenso berechtigt als verpflichtet, bis dahin, daß die römisch-katholische Geistlichkeit zum Gehorsam gegen die Gesetze zurückkehre, ihr zunächst alle diejenigen Mittel zu entziehen, welche er selbst bisher zu ihrem Unterhalt beigetragen habe. Denn dem Vorwurf, selber seine Gegner in ihrem Widerstande zu stärken, dürfe er sich um so weniger aussetzen, da die preußischen Bischöfe das Rundschreiben des Papstes vom 5. Februar, soviel bekannt, ohne Widerspruch hingenommen hätten.

Das zweite Gesetz (vom 22. Mai 1875) war das sogenannte „Klostergesetz". Es schaffte alle in Preußen befindlichen Orden und ordensähnlichen Vereine der katholischen Kirche, mit Ausnahme der lediglich der Krankenpflege gewidmeten, ab. Das Mönchs- und Nonnenwesen hatte sich in den letzten Jahrzehnten ganz bedenklich vermehrt. Im Jahre 1855 befanden sich in Preußen unter einer Bevölkerung von 18 Millionen nur 334 männliche und 579 weibliche, insgesamt 913 Ordensmitglieder; jetzt, unter einer Bevölkerung von 25 Millionen, gab es hier über 1000 männliche und 7763 weibliche, im

ganzen gegen 9000 Ordensmitglieder, die in etwa 900 Niederlassungen wohnten. Alle diese Genossenschaften gehorchten blindlings ihren Oberen und besaßen auf die niedere, besonders die weibliche Bevölkerung einen großen Einfluß. Sie bildeten im Lande gleichsam eine päpstliche Armee, die ihre Parole von den Jesuiten erhielt. Diese Armee wurde nun aufgelöst.

Das dritte Gesetz (vom 14. Juni 1875) entzog dem Gegner auch den Rechtsboden, den er bisher in unbilliger Weise ausgenutzt hatte. Es hob die Paragraphen 15, 16, 18 der preußischen Verfassung auf, welche der Kirche das Recht gewährten, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten, und den Verkehr der Religionsgenossenschaften mit ihren Oberen, auch wenn diese Ausländer waren, frei gab. „In dieser ernsten Zeit", sprach der Kultusminister Falk zur Begründung der Vorlage, „braucht die Gesetzgebung freie Bahn. Man kann es dem Staate nicht zumuten, daß er sich durch seine eigene Gesetzgebung die Hände binde; frei muß er jetzt seine Hände haben und sagen können: die Grenze zwischen mir und der Kirche bestimme ich und niemand anders." Und Fürst Bismarck fügte hinzu: „Wir können dem Papste, einem Ausländer, der nach den vatikanischen Beschlüssen über die katholische Kirche absolute Herrschergewalt hat, diesem fremden, mächtigen Monarchen, welcher ein dem Staate und der Mehrheit der preußischen Unterthanen, den Evangelischen, feindseliges Programm hat, können wir in Preußen nicht die Privilegien belassen, die wir ihm vordem zugestanden: wir müssen seine übermäßige Macht bei uns einschränken. Sobald dies erreicht ist, werden wir den Kampf nur noch verteidigungsweise führen und werden zu einem Frieden kommen. Denn ich hoffe, daß es einmal auch einen friedlich gesinnten Papst geben wird, mit dem wir uns vertragen können."

Die Absicht der Regierung war erreicht: der Staat ledig der Fesseln, die er vertrauensselig sich einst selber angelegt, und er war hinreichend gewaffnet, um seinen Machtkreis fortan zu wahren. Zwar ließen die Freunde Roms nicht ab, ihn, wo sie konnten, anzufeinden und besonders im Land- und im Reichstag, wo das Centrum nun an 100 Mann stark war, der Regierung Hindernisse in den Weg zu legen. Auch hatten sie die Freude, noch den Rücktritt des Ministers Falk zu erleben, der am 13. Juli 1879 von seinem Amte schied. Aber dies war im Grunde kein Sieg Roms, eher ein Sieg der strenggläubigen Partei in der evangelischen Kirche, der dieser Minister kaum weniger mißfallen mußte als den Ultramontanen. Denn alles lediglich aus dem formalen juristischen Gesichtspunkte betrachtend, hatte er auch ihr erheblichen Abbruch gethan. Von ihr waren einst die Regulative ausgegangen, welche bis auf Falks Zeit für die evangelische Volksschule gegolten, und die man nach ihrem Verfasser, dem Geheimrat Stiehl, die Stiehlschen Schulregulative zu nennen pflegte. Falk beseitigte dieselben schon im ersten Jahre seines Regiments und setzte an deren Stelle (am 15. Oktober 1872) eine Verfügung, welche das Unterrichtsziel der Volksschule höher steckte und die Belastung des Gedächtnisses mit religiösem Memorierstoff einschränkte, zugleich aber die Religion aus dem

Mittelpunkte mehr in den Umkreis des Schulplanes rückte. Er suchte überhaupt den konfessionellen Charakter der öffentlichen Schule aufzuheben oder doch möglichst einzuschränken. Daher verwarf er auch den in Preußen bisher von der Staatsbehörde vertretenen Grundsatz, daß die Gymnasien und die anderen höheren öffentlichen Schulen, auch wo dies bei ihrer Stiftung nicht ausdrücklich festgesetzt worden war, als evangelisch oder als katholisch anzusehen, und daß demnach Juden als Lehrer an ihnen nicht anzustellen seien. Er wollte vielmehr überall da, wo der von Hause aus evangelische oder katholische Charakter einer höheren Schule urkundlich nicht nachweisbar war, die Anstellung jüdischer Lehrer grundsätzlich und allgemein zugestanden wissen, und hiernach verfahrend eröffnete er den Juden den Eintritt in das höhere Schullehreramt, welcher dann öfter bei evangelischen als bei katholischen Anstalten stattfand.*) Sodann den Kampf mit Rom führte dieser Minister in einer Weise, daß dessen Schläge zum Teil auch die evangelische Geistlichkeit trafen. Sie erlitt so gut wie der römische Klerus durch das Schulaufsichtsgesetz eine Einbuße an ihrem Ansehen und Einfluß beim Volkslehrerstand und durch das Civilstandsgesetz einen Verlust an Autorität beim Volke und auch an Einnahmen. Denn der Ausfall an Stolgebühren für Taufen und Trauungen wurde durch die Entschädigung, welche der Staat zahlte, nicht gedeckt. Ganz mit Recht klagte man, daß die evangelische Geistlichkeit, die stets die treueste Stütze des preußischen Staates gewesen, von ihm nun mit demselben Maße gemessen werde wie der ihn anfeindende römische Klerus. So wurde Falks Wirksamkeit von Vertretern der eigenen Kirche ebenso scharf verurteilt wie von den Häuptern der fremden. Auch der König wurde bedenklich und zweifelte, zumal seit den sozialistischen Mordversuchen im Jahre 1878, ob es wohlgethan sei, den Einfluß der evangelischen Geistlichkeit auf Schule und Volk, so wie es Falk gethan, zu beschränken. „Man muß dafür sorgen, daß dem Volke nicht die Religion verloren gehe“, sagte er bedeutsam nach dem Hödelschen Attentat. Dazu kam nun, daß sich jetzt, wie es schien, eine Aussicht eröffnete, mit Rom zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen. Am 7. Februar 1878 war Pius IX. gestorben, und zu seinem Nachfolger auf dem päpstlichen Stuhle hatte das Konklave einen Mann gewählt, der für einsichtiger und friedliebender galt, den Kardinal Pecci, als Papst Leo XIII. genannt (21. Februar). Auch knüpfte der neue Beherrscher der katholischen Kirche bald mit dem Berliner Kabinett Unterhandlungen an, welche die Herstellung eines für beide Teile erträglichen Abkommens zu bezwecken schienen. Man konnte glauben, daß diese leichter von statten gehen würden, wenn dem neuen Papst auch ein neuer preußischer Kultusminister gegenüberstände. Alles dies wirkte zusammen, um Falks Entlassung herbeizuführen.

Aber eine grundsätzliche Änderung in der Politik des Kaisers und seines Kanzlers trat mit diesem Ereignis zunächst noch nicht ein. Falks Nachfolger, der Minister v. **Puttkamer**, neigte mehr der strenggläubigen Richtung der

*) Vgl. L. Wiese, Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen, Berlin 1886, II. 63 ff.

evangelischen Kirche zu; Rom gegenüber stand er sachlich auf demselben Standpunkte wie sein Vorgänger; nur in den äußeren Formen und überhaupt in Nebendingen zeigte er sich milder. Dem Verlangen der Kurie, daß die preußische Gesetzgebung dem Kanon der katholischen Kirche gemäß umgestaltet werde, willfahrte die preußische Regierung auch jetzt noch nicht.

Kurz, der lange Widerstand der Ultramontanen schien ihnen keine Frucht zu tragen. Offenbar aber war der Schaden, den die katholische Kirche von dem Kampfe hatte. Denn da der Klerus in seinem Ungehorsam gegen die Staatsgesetze beharrte, so war die Folge, daß die geistliche Thätigkeit immer mehr Boden verlor. Zu Anfang des Jahres 1880 waren von den zwölf preußischen Bistümern nur noch drei besetzt, nämlich Kulm, Ermland, Hildesheim, die andern teils durch den Tod ihrer Inhaber (1873 Fulda, 1876 Trier, 1878 Osnabrück), teils durch Absetzung (1874 Posen, 1875 Breslau, Paderborn, 1876 Münster, Köln, 1877 Limburg) erledigt, 1400 Pfarren und andere geistliche Stellen unbesetzt, zwei Millionen Katholiken ohne rechte regelmäßige Seelsorge. Um nun das ihrige zur Beseitigung dieser Notlage preußischer Unterthanen thun zu können, legte die Regierung im Frühling 1880 dem Landtag ein Gesetz vor, welches sie ermächtigte, bei Ausführung der Maigesetze einige Milderungen eintreten zu lassen, und nachdem der Landtag dasselbe (am 3. Juli) genehmigt, wartete sie ab, ob der Papst ihr mit hinreichenden Zugeständnissen entgegenkommen werde, um von jener Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Allein dies geschah nicht; dagegen wurden die Gründe, welche der Regierung die Beilegung des Kirchenstreites sehr wünschenswert machten, immer dringender. Denn die äußere Lage des Reiches gestaltete sich, seitdem im März 1881 ein den Deutschen abgeneigter Fürst den russischen Thron bestiegen, noch bedrohlicher, als sie es längst war, und im Innern beschädigte die Parteiwut das Gemeinwohl. Die Liberalen waren über die Frage Freihandel oder Schutzzoll mit dem Fürsten Bismarck verfallen und unterstützten ihn im Reichstage nicht mehr; die Konservativen, denen er sich wieder zugewandt, hatten dadurch in der Volksvertretung zwar großen Zuwachs, aber nicht die Mehrheit gewonnen. Und so war es den Ultramontanen gelungen, als ausschlaggebende Partei zwischen Liberalen und Konservativen auf dem Reichstage das Heft in die Hand zu bekommen; ohne ihre Zustimmung konnte der Reichskanzler hier schon keine Vorlage mehr durchbringen. Seine Gegnerin im Kirchenstreite, die römische Kurie, hatte eben den großen Vorteil vor ihm voraus, daß ihre Anhängerschaft in Deutschland fest zu ihr hielt, während Bismarck auf einen mächtigen protestantischen Rückhalt im Volke sich nicht stützen konnte, vielmehr im Reichstage eben so viele evangelische wie katholische Stimmen gegen sich hatte. Unter diesen Umständen und in der Absicht, die Centrumspartei, welche ihre reichsverderbliche Lebenskraft aus dem Kirchenstreite zog, zu sprengen und endlich den für Deutschland auch dem Auslande gegenüber so notwendigen inneren Frieden herbeizuführen, entschloß sich Fürst

Bismarck zum Rückzuge, zum Aufgeben des Kampfes mit der römischen Kirche. Obgleich der Papst jedes wesentliche Zugeständnis, zunächst die von Preußen geforderte Anerkennung der Anzeigepflicht bei Besetzung kirchlicher Ämter, verweigerte, so begann die preußische Regierung im Frühling 1881 nun doch den übeln Folgen, welche für die römische Kirche aus der Änderung der Staatsgesetze entsprungen waren, freiwillig abzuhelfen. Sie gestattete die Wiederherstellung einer bischöflichen Verwaltung in mehreren der erledigten Sprengel, indem sie den von den Domkapiteln zu Bistumsverwesern vorgeschlagenen oder vom Papste zu Bischöfen ernannten Personen die nachgesuchte Genehmigung leicht erteilte, ihnen den durch das Gesetz von 1873 geforderten neuen Bischofseid erließ und zugleich das Sperrgesetz für den betreffenden Sprengel aufhob. So wurde im Laufe des Jahres 1881 in den Bistümern Paderborn, Osnabrück, Trier, Fulda, Breslau wieder ein oberhirtliches Regiment eingerichtet.

Die Ausführung dieser neuen Kirchenpolitik des Fürsten Bismarck hatte anfangs noch der Minister von Puttkamer übernommen; nachdem derselbe im Juni 1881 in einen andern Wirkungskreis, an Stelle des Grafen Eulenburg als Minister des Innern getreten war, ging sein Nachfolger im Kultusministerium v. Goßler auf dem von ihm eingeschlagenen Wege eifrig weiter. Es wurde wieder, wie vor dem Ausbruch des Streites, ein preußischer Gesandter (v. Schlözer) beim Vatikan angestellt; durch unmittelbare Unterhandlungen mit dem Papste wollte die preußische Regierung den ersehnten Frieden zu stande bringen. Allein die von Windthorst mit großer Klugheit geleitete Centrumspartei arbeitete diesen Bemühungen noch lange mit Erfolg entgegen; ihre jesuitischen Worthalter im Vatikan stellten dem Papste, der persönlich einer Versöhnung mit Preußen nicht abgeneigt war, immer wieder vor, wie die preußische Regierung durch ihr weites Entgegenkommen einräume, daß sie den Kampf schwerer aushalten könne als die römische Kirche; letztere habe daher gar nicht nötig, ihrerseits ein erhebliches Zugeständnis zu machen. Leo XIII. schloß sich dieser Meinung an und behielt seine in allen Hauptpunkten ablehnende Haltung bei.

Die preußische Regierung fuhr indes mit ihren versöhnlichen Maßregeln fort. Sie ließ sich (1882) vom Landtage zur Wiedereinsetzung der abgesetzten Bischöfe und zum Losspruch von den Vorschriften über die Vorbildung der Geistlichen, sowie zu anderen Beschränkungen der „Maigesetze“ ermächtigen, begnadigte dann die abgesetzten Bischöfe mit Ausnahme der am schwersten belasteten Melchers und Ledochowski und genehmigte für die Pfarranwärter die Gesuche um jenen Losspruch, welche die Bischöfe mit Erlaubnis des Papstes sich nun beeilten, bei ihr einzureichen. Am Ende des Jahres 1884 waren fast alle erledigten katholischen Bistümer und Pfarreien in Preußen wieder besetzt.

Jetzt entschloß sich endlich auch der Papst zur Nachgiebigkeit. Er ließ die Forderung, daß auch der Erzbischof Melchers wieder eingesetzt werden solle,

fallen und ernannte im Einvernehmen mit der preußischen Regierung den bisherigen Bischof von Ermland, Dr. Krementz, zum Erzbischof von Köln (Juli 1885). Völlig zum Durchbruch aber kam seine Neigung, sich mit dem mächtigen deutschen Kaiser in ein friedliches und freundliches Verhältnis zu setzen, durch die unerwartete Ehrenbezeugung, die er bald darauf von der deutschen Regierung empfing. Diese rief ihn nämlich in einem Streite, den sie wegen des Besitzrechtes auf den Karolineninseln im großen Ocean mit Spanien hatte, zum Schiedsrichter an (September 1885). Das schmeichelte dem Papste ungemein; aber es nützte ihm auch. Denn dieser Schritt der deutschen Regierung brachte seine weltliche Souveränität, welche seit 1870 auf den Umkreis seines vatikanischen Wohnsitzes beschränkt war und daher überhaupt aufgehört zu haben schien, wieder in Erinnerung und zur Beachtung. Er fühlte sich dafür dem Fürsten Bismarck, von welchem der Gedanke einer päpstlichen Vermittelung ausgegangen war, zu Dank verpflichtet und kam nun seinerseits der preußischen Regierung mehr entgegen, indem er ihrer durch schlimme Erfahrungen begründeten beharrlichen Weigerung, den erzbischöflichen Stuhl von Posen mit einem Polen besetzen zu lassen, sich endlich fügte und im März 1886 einen Deutschen, den Königsberger Probst Dinder, zum Erzbischof von Posen ernannte. Er machte noch ein weiteres und erheblicheres Zugeständnis; er gewährte im April desselben Jahres die bisher immer zurückgewiesene Forderung des Staates, daß die Besetzung der Pfarreien nicht ohne Zustimmung der Staatsbehörde erfolgen solle. Denn er wies nun die Bischöfe an, die jetzt in Pfarrämter einzusetzenden Persönlichkeiten der Regierung anzuzeigen, und versprach die Anzeigepflicht auch für die Zukunft anzuerkennen, falls die preußischen „Maigesetze“ in ihren Hauptpunkten aufgehoben würden.

Diese Bedingung, so schwer sie auch wog, wurde preußischerseits zugestanden; Fürst Bismarck gab jene Gesetze preis; sein Unternehmen, dem Staate maßgebenden Einfluß auf die Geistesbildung der katholischen Geistlichkeit zu verschaffen, sowie den niederen Klerus weniger abhängig von Bischof und Papst zu machen, war gescheitert. „Ich fand“, sagte er darüber im preußischen Landtage (24. Januar 1887), „daß eine solche Reform, die in das geistige Gebiet übertritt, nur durchzuführen ist, wenn sie von der öffentlichen Meinung der Mehrheit der Nation mit zwingender Gewalt getragen wird. Das war hier nicht der Fall; es schien eine Zeit lang zu sein; aber die Fortschrittspartei hat sich die Bekämpfung des Reichskanzlers, nicht die Bekämpfung des Papstes angelegen sein lassen. Sie ging deshalb ins ultramontane Lager über, und es bildete sich im Reichstage eine starke Mehrheit gegen die Regierung.“ Dieser Sachlage, die aus dem Eifer der Katholiken und der Lauheit der Protestanten entstanden war, trug er nun Rechnung, und da auch die Mehrheit des Landtages dem Frieden mit den Katholiken Opfer zu bringen geneigt war, so erfolgte von Staatswegen in zwei Absätzen, Mai 1886 und April 1887, eine Änderung der neuen Kirchengesetze dahin, daß die Erziehung des katholischen Klerus und die Strafgewalt über denselben für geistliche Ver-

ziehungen wieder der katholischen Kirche überlassen blieb, und daß die geistlichen Orden, mit Ausnahme der Jesuiten, wieder nach Preußen zurückkehren durften; doch behielt der Staat ein Aufsichtsrecht über die geistlichen Erziehungsanstalten und die Befugnis, neue Ordensniederlassungen zu genehmigen oder zu untersagen. Mit der Verpflichtung der Bischöfe, die anzustellenden Pfarrer der Regierung anzuzeigen, war natürlich für den Staat das Recht des Einspruches gegen die Personen, welche angestellt werden sollen, verbunden; er gewann also auf die Besetzung dieser Stellen Einfluß.

So endete denn der „Kulturkampf" mit einem Vergleiche; keiner von beiden Teilen konnte sich des Sieges rühmen. Denn der Staat hatte seine Absicht, einseitig die Grenzen zwischen sich und der römischen Kirche festzusetzen, nicht erreicht, und diese hatte einen Teil der vor dem Kampfe besessenen Machtmittel, namentlich das Aufsichtsrecht über die Volksschule, nicht wieder erlangt.

Die soziale Frage.

Während Staat und Kirche einander befehdeten, wuchs ihre gemeinsame Feindin, die Sozialdemokratie.

In den letzten zwanzig Jahren hatte das Großgewerbe in Deutschland, begünstigt durch die liberale Gesetzgebung, insbesondere durch die Einführung der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit, einen gewaltigen Aufschwung genommen. Aber fast in demselben Maße war das kleine Gewerbe zurückgegangen; mehr und mehr war das Handwerk in den Dienst des Fabrikwesens getreten, und der Handwerksmeister zum Lohnarbeiter herabgesunken. So verschmolz ein erheblicher Teil des bisherigen Mittelstandes mit dem Fabrikproletariat.

Die Unzufriedenheit, welche die besitzlose Menge angesichts der reichen Gewinne ihrer Fabrikherren empfand, war groß. Aber es gab Klassen in der Bevölkerung, die zum Mißmut nicht minder Grund hatten. Zur Zeit des absoluten Staates hatte der Beamte für die Kärglichkeit seiner Besoldung Ersatz gefunden in der Ehre seiner gesellschaftlichen Stellung. Diesen Vorzug hatte das Verfassungsleben, die Beteiligung des Volkes an der Leitung des Staates, sehr verringert; dagegen die materielle Lage wenigstens der unteren Staatsdiener, und zum Teil auch der Volksschullehrer, war nicht besser geworden, weil die Erhöhung der Gehälter, welche stattfand, aufgewogen wurde durch das Sinken des Geldwertes. Noch unbefriedigender war meistens die materielle Lage der im Dienst der Gemeinden und der Korporationen, namentlich der Eisenbahngesellschaften, stehenden Subalternen. Diese zahlreiche Klasse von kleinen Beamten — Schreiber, Schaffner, Boten, Wächter, Aufseher und wes Namens sie waren — sie betitelten sich lieber Sekretäre, Assistenten, Controleure, Inspektoren u. s. w. — blieb in ihrer großen Mehrheit weiter und weiter hinter dem wohlhabenderen Bürgerstande zurück und sah sich mit ihrer Lebensführung in die Reihen des vierten Standes verwiesen.

Die Mißstimmung der Massen wurde zum Ingrimm, wenn sie den Luxus

der Reichen sahen und die Leichtigkeit erwogen, mit welcher von den Kapitalisten große Vermögen im Börsenspiel gewonnen oder durch gewerbliche Gründungen erschwindelt wurden.

Und als dann auf die Gründerzeit von 1871 bis 1873 im Herbst 1873 der „Krach“ folgte, der mit hunderten von Schuldigen zugleich tausende von Unschuldigen ins Elend brachte — 700 Millionen Thaler verlor das Publikum an den Aktien, die in jener Schwindelperiode an der Berliner Börse gehandelt wurden! — als auf die Übertreibung der Handels- und Gewerbethätigkeit ein Stocken, ein Stillstand der Geschäfte folgte, wodurch wiederum tausende von Lebensstellungen zu Grunde gingen, da lehrte die Not viele nicht beten, sondern fluchen, und das Heer der mit Gott und der Welt Unzufriedenen bekam neuen Zuwachs.

Dieses ganze Heer, vordem nach Stand und Erziehung, politischer und religiöser Gesinnung unter sich sehr verschieden, wandte sich nun mehr und mehr mit seinen Wünschen und Hoffnungen einer und derselben Richtung zu, der sozialistischen.

Zwei Männer, beide vom jüdischen Stamme, hatten in Deutschland den Sozialismus in die Höhe gebracht, Ferdinand Lassalle und Karl Marx, der eine mit persönlichem Eintreten, der andere aus der Ferne durch Schriften und Sendlinge. Lassalles Lehre, mit der er 1863 in Berlin den „allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ gründete, war: es bestehe für den Arbeitslohn das unbeugsame Gesetz, daß sich derselbe immer um die niedrigste Stufe dessen herumbewege, was nach Maßgabe der üblichen Lebensweise gerade noch zur Lebensnotdurft des Arbeiters gehöre. Dieses eherne Lohngesetz müsse beseitigt werden, und zwar durch Gründung von Produktivgenossenschaften, welche, mit dem Kredit des Staates ins Leben gerufen, allmählich die einzige Form der gewerblichen Unternehmungen werden müßten. Er verlangte also für die Arbeiter — genauer gesagt für die Handarbeiter — Staatshilfe.

Aber er wollte den Staat selbst bestehen lassen: Nationalität und Monarchie, Kirche und Ehe, Kunst und Wissenschaft sollten bleiben.

Karl Marx ging sehr viel weiter. In Trier (1818) geboren, aber zu London wohnhaft und ein wütender Feind des preußischen Staates, predigte er vollständigen Umsturz alles Bestehenden und die Herstellung einer weltbürgerlichen Arbeiterkommune. Zu diesem Zweck gründete er im September 1864 zu London den Bund der „Internationale“.

Beide Lehren fanden Anklang und Verbreitung; aber die Marxische erwies sich von stärkerer Zugkraft. Nach dem Tode Lassalles schied sich aus seiner Gefolgschaft eine weiter gehende Partei ab, welche mehr und mehr der Marxischen Richtung verfiel. 1869 nahm sie auf einer Versammlung zu Eisenach feste Gestalt an und bekämpfte seitdem mit steigendem Erfolg die Lassalleaner, deren begabtester Führer, Baptista von Schweizer, 1871 das Vorsteheramt niederlegte. So wurde der Sozialismus in Deutschland allmählich radikal und kulturfeindlich. Sein Programm lautete nun: „Alle Arbeitsmittel — Grund-

eigentum, Maschinen u. s. w. — sollen dem Staate, das ist der Gesamtheit der Bewohner, gehören; die Produktion vom Staate geregelt werden; jeder Arbeiter gleichen Anteil an den erzeugten Gütern und Werten empfangen; allen gleiche Erziehung zu teil werden. Dazu ist nötig, daß der bestehende Staat in die Gewalt der Volksmehrheit, das ist des vierten Standes, kommt, um von ihr gründlich umgestaltet zu werden.“ Schon Lassalle hatte geglaubt, daß seine vergleichsweise mäßigen Forderungen nicht auf friedlichem Wege würden erfüllt werden; er hörte schon im Geiste den „dumpfen Massenschritt der Arbeiterbataillone.“ Die „Eisenacher“ oder die „Ehrlichen“, wie sich im Gegensatz zu den gemäßigten Lassalleanern die deutschen Marxianer nannten, hielten es für selbstverständlich, daß nur die Revolution helfen könne. Es gab verschiedene Schattierungen des Parteifanatismus unter ihren Führern, aber selbst einer der am wenigsten überspannten, der Leipziger Drechsler Bebel, verkündigte ganz offen im Reichstage (am 25. Mai 1871) die revolutionäre Losung „Krieg den Palästen überall!“ als Feldgeschrei des gesamten europäischen Proletariats und belobte ohne Scheu die Thaten der Pariser Kommune, die mit Mord und Brand gegen alles Bestehende gewütet hatte. Denn darin kamen sie alle überein, daß sie nicht mehr, wie Lassalle, bloß in dem dritten, im Bürgerstande den Feind des vierten, des Arbeiterstandes sahen, sondern, wie Marx wollte, in allem und jedem, was den vorhandenen Staat schützte und aufrecht erhielt, in der Monarchie, Religion, Vaterlandsliebe. Sie brachen mit der Vergangenheit, sie wollten vom Jenseits nichts wissen; ihnen war der Unterschied der Stände ein Greuel, und der Unterschied der Nationen zuwider. Die Weitestgehenden achteten auch den Unterschied der Geschlechter nicht; sie wollten mit dem Staat auch die Ehe abschaffen, und nicht bloß die Herrschaft des Kapitals, sondern auch das Eigentum überhaupt beseitigen; es waren nicht mehr Sozialisten, sondern Anarchisten, und manche standen nicht an, sich selbst so zu nennen.

Alle diese Weltverbesserer aber — von den Lassalleanern bis zu den internationalen Kommunisten und Anarchisten — wie uneinig sie auch unter sich sein mochten, hielten dem Bestehenden gegenüber vorläufig zusammen und bildeten im Gegensatz zu den übrigen politischen Parteien die Partei der Sozialdemokraten. Sie bekam auch innere Einheit, nachdem die Marxianer in ihr über die Lassalleaner gesiegt, und beide Gruppen auf dem Kongreß zu Gotha im Mai 1875 sich mit einander verschmolzen hatten. Diese Partei war nun eifrig und mit dem größten Erfolge bemüht, unter den unzufriedenen Massen des deutschen Volkes Anhänger zu werben. Es war ihr von der Bourgeoisie trefflich vorgearbeitet worden: die fortschrittliche Lehre vom Volkswillen als alleiniger Rechtsquelle und von der notwendigen Abhängigkeit des Staats von der Mehrheit des Volks, beziehungsweise der Volksvertretung, hatte ihr in den Köpfen, der Materialismus mit seiner Jagd nach Geld und Genuß und seiner Gleichgültigkeit, wo nicht Feindschaft gegen die Religion, hatte ihr in den Herzen freie Bahn gemacht. Die liberale Gesetzgebung, indem

sie alles entfesselte, hatte mit den guten auch böse Geister entfesselt; neben dem Weizen schoß üppig das Unkraut auf. Zwei Machtmittel waren es besonders, die der Staat durch seine liberale Verfassung selbst seiner Todfeindin, der Sozialdemokratie, lieferte: die fast unbeschränkte Preß- und Vereinsfreiheit und das allgemeine und gleiche Stimmrecht. Sie handhabte diese Mittel aufs nachdrücklichste. Unter immer wachsendem Zulauf verkündete sie in der Presse und in Vereinen der besitzlosen, genußdürstenden Menge ihr Evangelium; in immer steigender Zahl brachte sie ihren Anhang zu den Wahlurnen. Im Jahre 1869 hatte es in Deutschland nur erst 6 sozialdemokratische Blätter gegeben, im Jahre 1877 gab es deren bereits 47. Fast in allen größeren Städten und in vielen kleinen, hie und da sogar schon auf dem Lande gab es sozialdemokratische Vereinigungen, und die Opferfreudigkeit der Parteigenossen war groß. In den letzten vierzehn Jahren, seit 1863, waren in Deutschland, zumeist in Berlin, Leipzig, Braunschweig, an 8 bis 900 000 Exemplare sozialdemokratischer Schriften gedruckt worden; die Expedition des Leipziger Blattes „Vorwärts“ allein vertrieb an 150 solcher Parteischriften. Man zählte jetzt in Deutschland 100 000 regelmäßig am politischen Leben teilnehmende und Geldopfer bringende Sozialisten; ebensoviele Exemplare sozialistischer Blätter wurden abgesetzt und für das Zeitungsabonnement und als Beitrag zu den Reisen der Agitatoren 800 000 Mark jährlich aufgebracht. So waren auch die Erfolge bei den Reichstagswahlen groß. Mehr als eine halbe Million Wahlstimmen hatte diese Partei im Jahre 1877 für sich gehabt (gegen 300 000 im Jahre 1874) und 13 Abgeordnete durchgebracht.

Nicht in Zahlen auszudrücken, aber erschrecklich groß war die Wirkung, welche die Sozialdemokratie, wo sie sich eingenistet, vornehmlich in den großen Industrieorten, auf den Geist und das Gebahren der niederen Volksklassen ausübte. Die Ehrfurcht vor jedweder Autorität in Staat, Kirche, Gesellschaft wich; die Frechheit im Denken und Reden, die Brutalität im Handeln nahm überhand. Die Arbeiter, von den Wühlern auf unbestimmte Hoffnungen künftigen Glückes hingewiesen und von regelmäßiger, fleißiger Arbeit abgezogen, wurden immer anspruchsvoller und ihre Leistung schlechter. Wenig Arbeit und hoher Lohn, diese Losung des Börsenjobbers, war jetzt auch der Leibspruch des Handarbeiters, und er versuchte ihn mit Hilfe von Streiken wahrzunehmen. Da dies auf die Dauer nicht gelang, so setzte er seine Hoffnung immer ausschließlicher auf die Revolution.

Die Regierung verkannte die Gefahr nicht, die dem Staat und der Gesellschaft von dieser Partei drohte.*) Sie brachte schon im Herbst 1875 beim Reichstag einen Gesetzantrag ein zur Verschärfung des Strafgesetzes, insbesondere für die Fälle, wo es sich um „Aufreizung zu hochverräterischen Handlungen und zum Ungehorsam gegen die Staatsgesetze“ handele. Warnend

*) Vgl. von Poschinger, Dokumente z. Gesch. d. Wirtschaftspolitik in Preußen u. im Deutschen Reich, 5 Bde., Berlin 1889—1891.



sprach Fürst Bismarck dabei (in der Sitzung vom 3. Dezember): stimme der Reichstag dieser Maßregel gegen die Sozialdemokratie nicht zu, so habe derselbe auch die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen zu tragen.

Aber die liberale Mehrheit, die hier herrschte, lehnte die Maßregel als eine Beschränkung der Volksfreiheit ab; ihr Wortführer Lasker wollte die sozialistische Bewegung nur durch das Mittel der Belehrung geregelt und gezügelt wissen. So konnte die Krankheit sich ungehindert weiter ausbreiten.

Der Reichstag hatte gemeint, das Übel sei nicht in dem Grade schlimm, um dagegen in der scharfen Art, wie es die Regierung verlangte, einzuschreiten; der urteilslosen Menge aber konnte die Ablehnung jenes Antrags als eine Art von Billigung der sozialistischen Bestrebungen oder auch als Schwäche erscheinen, und vielen erschien sie ohne Zweifel wirklich so. Zu dem Hasse gegen den Staat gesellte sich die Verachtung.

Das Gift, welches die demagogischen Zeitungsschreiber und Vereinsredner dem Volke einimpften, steckte auch die Jugend, insbesondere des städtischen Proletariats, an. Sie lernte auch das Ehrwürdigste und Heiligste verurteilen, verhöhnen; der Weg war nicht weit, sich auch thätlich an ihm zu vergreifen. Ein frecher Bube, der Klempnergesell Max Hödel aus Leipzig, that diesen Schritt. Zwanzig Jahre alt, aber schon in Arbeitsscheu und Liederlichkeit verkommen, wandte er den Widerwillen, den Groll, den er gegen sich selbst hätte empfinden sollen, vielmehr gegen die bestehende bürgerliche Gesellschaft, welche ihm die Anarchisten als die Ursache alles Übels in der Welt dargestellt hatten. Auch kitzelte es seine Eitelkeit, daß er würde von sich reden machen. So faßte er den Entschluß, durch einen Mordversuch auf den Kaiser an dem Staate sein Mütchen zu kühlen; am 11. Mai 1878, Unter den Linden zu Berlin, führte er den Streich aus. Als nachmittags 2 Uhr der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, im offenen Wagen dort gefahren kam, feuerte er aus einem Revolver einen Schuß auf ihn ab.

Der Schuß ging fehl; ebenso ein zweiter, den er fliehend gegen das Publikum richtete; dann wurde er ergriffen. Im Gefängnis und vor dem Richter zeigte er weder den Mut des Fanatikers noch die Reue des Verführten, sondern nichts als ein widerliches Gemisch von feiger Verlogenheit und schamloser Frechheit.

Der Kaiser war gerettet; aber die Regierung nahm nun Veranlassung beim Reichstage von neuem und in verstärktem Maße gesetzliche Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu beantragen. Doch auch jetzt noch beharrte die Gruppe, die der Abgeordnete Lasker führte, und die im Reichstage, sowie in dem preußischen Abgeordnetenhause den Ausschlag gab, auf ihrer ultraliberalen Doktrin. Es trieb sie zu solcher Haltung noch ein besonderer Grund. Sie hatte der Regierung (1876) geholfen, durch die „Justizgesetze“ für das Reich eine gemeinsame Gerichtsverfassung zu schaffen; freilich auch (1877) den Partikularisten geholfen, den Sitz des obersten, des Reichsgerichtes statt nach Berlin, nach Leipzig zu verlegen. Aber bei der Vereinbarung jener Justiz-

gesetze sollte sie, nach der Behauptung der Fortschrittler, zu große Gefügigkeit gegen die Wünsche Bismarcks gezeigt haben. Diesen Vorwurf wollte Lasker, der gern Fühlung nach links suchte, nicht auf sich sitzen lassen. Daher lehnten er und die Seinigen im Verein mit den Fortschrittlern, dem Centrum und den anderen Oppositionsparteien das von der Regierung geforderte „Sozialistengesetz" ab (25. Mai). Die Doktrinäre sollten bald Ursache haben, ihre Abstimmung zu bereuen.

Der Frühling 1878 war für unser Vaterland eine Unglückszeit. Auf das Bubenstück Hödels folgte einige Wochen später die Trauerpost von dem Untergange des Panzerschiffes „Großer Kurfürst", welches am 31. Mai bei Folkestone in der Straße von Dover mit 6 Offizieren und 278 Mann versunken war. Und kaum war dieser Jammer erklungen, da fielen wieder in Berlin Schüsse, gerichtet auf das geheiligte Haupt des Landesvaters, und diesmal trafen sie.

Es war am Sonntag den 2. Juni, nachmittags gegen 3 Uhr; in der Straße Unter den Linden strömte eine festlich geputzte Menge dem Brandenburger-Thore zu; in ihrer Mitte fuhr im offenen Wagen der Kaiser, freundlich nach beiden Seiten grüßend. Da krachte es plötzlich zweimal aus dem Fenster eines Hauses herab und blutüberströmt sank der Kaiser zusammen. Er wurde ins Palais zurückgefahren; dort zeigte es sich, daß er zwei Schrotladungen in den Kopf, in die Schultern und Arme und in die rechte Hand bekommen hatte. Eine Zeitlang schien es zweifelhaft, ob der Greis die zahlreichen Verwundungen und die Aufregung werde überleben können; dreißig Schrotkörner, zum Teil an gefährlichen Stellen, wurden ihm nach und nach ausgeschnitten.

Als die empörte Menge in die Wohnung des Mörders eindrang, schoß dieser mit einem Revolver auf einen der Angreifer und jagte sich darauf selber eine Kugel in den Kopf; er ist an dieser Wunde dann (am 3. September) im Gefängnis gestorben. Es war ein gewisser Karl Nobiling, dreißig Jahre alt, aus Kolno bei Birnbaum im Posenschen gebürtig. Er hatte in Halle und Leipzig staats- und landwirtschaftliche Studien getrieben, auf letzterer Universität auch den Doktortitel erworben, hatte es aber zu keiner festen Lebensstellung gebracht. Auch er war Sozialdemokrat, und zwar von der äußersten, anarchistischen Richtung; schon als Student hieß er bei den Kameraden wegen seiner sozialistischen Reden der „Petroleur", der „Kommunist". Er gestand, daß ihn zu seiner That Parteifanatismus getrieben, sowie die Hoffnung, durch den Umsturz der bestehenden Regierungsform Amt und Stellung zu bekommen. Mehr konnte aus dem Schwerverwundeten nicht herausgebracht werden; doch scheint es, daß er auf Grund eines Komplotts und durchs Loos getroffen handelte, und zweifellos war mitwirkend, wie bei Hödel, die Eitelkeit. Mit wie teuflischer Berechnung er zu Werke gegangen, lehrte der Augenschein: er hatte ein Zimmer Unter den Linden gemietet, wo er die Gelegenheit abpassen, und von wo aus er bequem zielen konnte; er hatte nicht, wie einst Cohen und

neulich Hödel, deren Thatort er aus seinem Fenster sah, den unzuverlässigeren Revolver, sondern eine doppelläufige Büchsflinte und nicht Kugeln, sondern Schrot gewählt, um desto gewisser zu treffen. Nur dem Umstande, daß der Kaiser auf dem Haupte den Helm trug und um die Schultern den Mantel geschlagen hatte, war es zu danken, daß er nicht tödlich getroffen wurde.

Aber diese vatermörderischen Schüsse, wie sie weithin Entsetzen und Abscheu, Zorn und Trauer weckten, so wurden sie sogleich zu Signalschüssen, die alle Gutgesinnten warnten vor der Gefahr, welche dem Staate drohte. Mit grellen Blitzen beleuchteten sie die Lage, und zeigten, wie die Nation vor einem Abgrund stand. „So geht es nicht weiter!“ war die Empfindung, die jedes gutpreußische, gutdeutsche Herz bewegte.

Auch schritt die Regierung sofort energisch ein. Zunächst löste der Kronprinz Friedrich, als Stellvertreter des kranken Monarchen, den Reichstag auf und ordnete Neuwahlen an, damit das Volk über die Notwendigkeit von Maßregeln gegen die Sozialdemokratie seinen Willen bekunde. Sodann bestätigte er das Todesurteil, welches vom Gericht über Hödel gefällt worden war; es wurde am 16. August im Gefängnishof zu Moabit bei Berlin durch Enthauptung vollstreckt. Dies war seit Jahren wieder die erste Hinrichtung; die liberale Strömung hatte dahin geführt, daß die königliche Begnadigung Brauch wurde. Der Kronprinz brach mit dieser falschen Empfindsamkeit. „Nie soll ihm Deutschland vergessen, daß er — sicherlich gegen die Neigung seines milden Herzens — den hohen Mut fand, das Richtbeil niederfallen zu lassen auf den Nacken des Kaisermörders. Durch diese tapfere That verhalf er der im Reiche schon halb verschollenen Todesstrafe wieder zu der Geltung, die ihr in jedem festgeordneten Staate gebührt.“*)

Dem neuen Reichstage, der im September zusammentrat, legte die Regierung nun wieder und in geschärfter Form ein Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vor. Dasselbe ermächtigte die Behörden zur Schließung sozialistischer Vereine, zum Verbot derartiger Versammlungen und Druckschriften, zur Ausweisung von sozialistischen Wühlern und zur Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ über Orte, in denen durch sozialistische Bestrebungen die öffentliche Sicherheit bedroht sei; es sollte vorläufig bis zum 31. März 1881 Geltung haben. Der Reichstag genehmigte trotz des Widerspruchs der Ultraliberalen und Ultramontanen am 19. Oktober dieses „Sozialistengesetz“. Es herrschte in ihm jetzt eine konservativere Stimmung als vordem. Denn in der öffentlichen Meinung war ein Umschwung eingetreten; sie kehrte sich von dem Prinzip des Entfesselns und Gehenlassens ab, und so hatten bei den Reichstagswahlen (am 30. Juli) die gemäßigt-liberale („freikonservative“) und die konservative Partei über die Fortschrittler und den linken Flügel der Nationalliberalen an vielen Stellen den Sieg davongetragen; ein Vorgang, der sich bei den nächsten Landtagswahlen in Preußen wiederholte. In weiten Kreisen der Nation war begriffen worden,

*) H. v. Treitschke, Zwei Kaiser, Preuß. Jahrbücher 1888, S. 83/84.

wie recht der alte Kaiser hatte, da er auf seinem Schmerzenslager sprach: „Ich leide für euch alle.“ Und noch wirksamer als der Gedanke an die allgemeine Gefahr war die Entrüstung, daß eine solche Schandthat gegen das verehrte Haupt des Monarchen verübt worden, daß man diesem Greise, einem der besten Menschen der Erde, nach dem Leben getrachtet.

Am 21. Oktober wurde das Sozialistengesetz veröffentlicht und am 28. November über Berlin und Umgegend der „kleine Belagerungszustand“ verhängt, letzteres eine Maßregel, die schon zur Sicherheit des Kaisers nötig war. Derselbe hatte, im Juli von seinen Wunden geheilt, völlige Genesung in den Bädern von Teplitz, Gastein, Wiesbaden gefunden und kehrte nun heim. Am 5. Dezember hielt er in das festlich geschmückte Berlin unter dem Jubel des Volkes seinen Einzug und übernahm wieder selbst die Regierung. Infolge des Sozialistengesetzes wurde aber nicht bloß die Hauptstadt von einer Menge Wühler, welche die Polizei auswies, gesäubert; es wurden auch die Presse und das Vereinswesen der Sozialdemokraten unterdrückt. So durchbrach das Gesetz ihre äußere Organisation und nahm ihnen die wirksamsten Mittel, ihre Absichten weiter zu verbreiten. Ihre unheilvolle Thätigkeit, die jetzt nur im geheimen wirken konnte, wurde dadurch freilich nicht beseitigt, aber doch gehemmt und eingeschränkt. Der Reichstag hat denn auch später auf Antrag der Regierung die Verlängerung des Gesetzes trotz des Widerspruchs seines fortschrittlichen und der Einreden seines ultramontanen Teiles immer wieder genehmigt. Da bei einer Verhandlung darüber im Februar 1886 — kurz vor der neunzigjährigen Geburtstagsfeier des Monarchen — der Abgeordnete Windthorst sich so geäußert hatte, als ob der Kaiser dies Gesetz deshalb fordere, weil es seiner Person Sicherheit gewähre, wies Wilhelm I. bei Gelegenheit der Ansprache, die er bald darauf bei dem genannten Feste an die Minister hielt, jene unwürdige Unterstellung mit Worten berechtigter Bitterkeit zurück: „Ein Preuße,“ sagte er, „würde niemals auf die Idee kommen, daß ein König ein Gesetz um deswillen wünsche, weil er von demselben Schutz für seine Person erhoffe; ein Preuße würde wissen, daß der König von Preußen bei den Gesetzen lediglich das Wohl der Allgemeinheit, nicht das Wohl seiner Person im Auge habe.“

Das Sozialistengesetz allein konnte natürlich nicht helfen; es galt nicht bloß eine äußerliche Hemmung, sondern auch die Heilung des Übels herbeizuführen oder wenigstens zu erleichtern. Der Sozialismus hatte doch auch einen wahren Kern: es bestand vielfach in der That ein arges Mißverhältnis zwischen Arbeit und Lohn. Die Arbeiter (und noch mehr die Arbeiterinnen) hatten recht zu verlangen, daß sie nicht zu Gunsten des Kapitals ausgebeutet und abgenutzt würden, und es gab in ihrer Lebenslage allerdings Mißstände, die sie aus eigener Kraft nicht beseitigen konnten, und deren Abstellung doch jeder Billigdenkende wünschen mußte; schlimm waren insbesondere meist ihre Wohnungsverhältnisse, trübe die Aussicht aufs Alter. Freilich vergaß der vierte Stand bei seinen Klagen gewöhnlich eins, und etwas sehr Wichtiges, nämlich,

daß seine Lage sich in den letzten Menschenaltern ganz außerordentlich gebessert hatte. Verglich man, wie die Handarbeiter heute aßen, tranken, wohnten, sich kleideten und vergnügten, mit der Lebensführung ihrer Vorgänger vom Jahre 1850 oder gar 1800, so sah man den großen Fortschritt zum Besseren. Der Satz der sozialistischen Lehre, durch welchen dieselbe erst staatsfeindlich wurde, daß im bestehenden Staat für den Arbeiter keine Hilfe noch Hoffnung sei, war also falsch. Vielmehr konnte, wie in der Vergangenheit es besser geworden, so auch von der Zukunft eine weitere Verbesserung ohne Revolution erwartet werden. Manches mußte dazu, wie bisher, so auch ferner die Selbsthilfe in Verbindung mit der Association thun; viel hatte der Staat durch seine Gesetzgebung von 1807 bis 11 und 1850 mitgeholfen; viel konnte noch weiter von Staatswegen in dieser Richtung geschehen. Hierzu war nun die Regierung bereit mitzuwirken. Sie führte, um Mißbräuchen, über welche die Fabrikarbeiter klagten, zu wehren, im Juli 1878 das Institut der Fabrikinspektoren ein, errichtete Einigungsämter zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, beschränkte zum Schutze der Arbeitskraft die Kinder- und Frauen-, sowie die Sonntags-Arbeit, beförderte das Genossenschaftswesen mit seinen Konsum-, Kredit- und Spar-Vereinen, wendete auf besonderen Wunsch des Kaisers die von der deutschen Nation im Juli 1878 aus Freude über seine Errettung gesammelte „Wilhelmspende" (1 740 000 Mark)*) zur Stiftung einer Altersversorgung für Arbeiter an. Bei allem diesem ging ihr die Reichs- oder Landesvertretung, wo deren Beistimmung nötig war, bereitwillig zur Hand.

Doch als ausreichend konnten diese Mittel nicht angesehen werden; die Regierung nahm gründlicher wirkende in Aussicht. Auf zweierlei Art konnte der Staat dazu thun, die materielle Lage der Masse des Volkes erheblich zu bessern: mittelbar, indem er das Erwerbswesen der Nation überhaupt auf alle Weise anregte und förderte, und unmittelbar, indem er eigene Einrichtungen zum Wohle der Besitzlosen schuf. Beides ist von der Regierung Wilhelms I. mit Nachdruck und Erfolg unternommen worden. Viel leistete sie zunächst in der Sorge für den Nährstand, zuvörderst durch Verbesserung der Gesetze. Sie meinte mit Recht, an der wirtschaftlichen Notlage vieler Erwerbszweige, welche doch eine Hauptursache der Unzufriedenheit im Volke war, habe mittelbar oder unmittelbar zum großen Teile die allzuliberale Gesetzgebung der letzten zehn Jahre Schuld. Der Gründerschwindel z. B., der so viel Unheil angerichtet und das Anwachsen der Sozialdemokratie so sehr gefördert hatte, war zumeist eine Folge des Aktiengesetzes vom Juni 1870. Denn dieses Gesetz ermöglichte ihn erst, ja es veranlaßte ihn, weil es die Aktiengesellschaften von aller Aufsicht des Staates befreite und für die künftige Genehmigung und Errichtung derselben die denkbar leichtesten Bestimmungen aufstellte. In Preußen allein

*) Damit das eigentliche Volk sich recht beteiligen könne, hatte man bestimmt, daß es eine Pfennigsammlung sein, daß die höchste einzelne Gabe eine Mark betragen solle; die Zahl der Spender war denn auch sehr groß, im ganzen 12 Millionen.



wurden infolgedessen während der Jahre 1871 und 72 siebenhundertundachtzig Aktiengesellschaften, die meisten von der unsolidesten Art, gegründet und krachten dann in den nächsten Jahren zum allergrößten Teil zusammen. Die neue Gewerbeordnung ferner beschädigte sehr das Handwerk; denn sie begünstigte den Hausierhandel, das Pfuschertum, die Herrschaft des Großkapitals. Auch die unbeschränkte Freizügigkeit mit dem in ihrem Gefolge auftretenden Vagabundentum, die Steuerfreiheit der Börsengeschäfte und manches andere, was die liberale Gesetzgebung neben Gutem und Nützlichem gebracht, machte sich in nachteiliger Weise geltend. Sehr schädlich hatte namentlich auch die unbedingte Freigebung des Darlehnsgeschäftes gewirkt; Unzählige waren von den Wucherern ruiniert worden. Ebenso hatte man dem Auslande gegenüber das Prinzip der Handelsfreiheit zu weit getrieben und der fremden Produktion ohne gehörige Rücksicht auf Gegenseitigkeit und auf den nötigen Schutz der heimischen Arbeit den deutschen Markt geöffnet.

In diesen und in manchen anderen Stücken hielt der Kanzler eine Umkehr der Gesetzgebung von dem seit 1867 eingeschlagenen Wege für notwendig. Nicht minder nötig schien ihm eine Reform des Steuerwesens. Der Druck der Abgaben wurde, besonders in den Städten, schwer empfunden; der Kanzler wollte ihn erträglicher gemacht wissen durch eine zweckmäßigere Verteilung: es sollten die indirekten Steuern vermehrt und dafür die direkten vermindert werden. Vornehmlich wünschte er die Einführung des Tabakmonopols, welches ja auch in Frankreich, Österreich, Italien bestehe und jenen Staaten sehr große Erträge bringe.

Für seine Pläne fand er jedoch beim Reichstage nur teilweise Anklang und Unterstützung. Die konservativen Parteien in demselben, wenn auch stark, bildeten für sich allein nicht die Mehrheit; es bedurfte des Beitritts der Nationalliberalen oder des Centrums. Aber weder in jener noch in dieser Partei, ja nicht einmal unter den Konservativen durchweg, war man über die Nützlichkeit der wirtschaftlichen Pläne Bismarcks einer Meinung; es schieden sich Schutzzöllner und Freihändler. Und seinen politischen Anträgen setzte das Centrum nach wie vor einen geschlossenen, grundsätzlichen Widerstand entgegen, während das Verhalten der Nationalliberalen von der Natur jedes einzelnen Falles bestimmt wurde. Eine zuverlässige Stütze konnte der Kanzler an dieser Partei, auch nachdem im Anfang des Jahres 1880 der Führer des linken Flügels, Lasker, aus ihr ausgetreten und der gemäßigtere Bennigsen in ihr zu größerem Einfluß gelangt war, nicht gewinnen, weil sie nur in der äußeren Politik seine überlegene Einsicht anerkannte, in der inneren aber eben ihrer eigenen Meinung folgte. Übrigens schied sich von ihr der linke Flügel — Rickert, v. Stauffenberg, v. Forckenbeck u. a. — mehr und mehr ab, um sich den Fortschrittlern zu nähern, mit denen er zuletzt, im Frühling 1884, ganz verschmolz. So gelang es dem Kanzler denn nur einen Teil seiner Absichten durchzusetzen. Mit Hilfe der Schutzzöllner brachte er eine Zollgesetzgebung zu stande, welche der heimischen Arbeit in Ackerbau und Gewerbe einigen Schutz

gewährte und zugleich die Einnahmen des Reichs insoweit vergrößerte (um etwa 130 Millionen Mark), daß die Verbesserung des Steuerwesens in Aussicht genommen werden konnte. Denn im Juli 1879 genehmigte der Reichstag einen neuen Zolltarif, der eine große Menge Einfuhrwaren mit neuen oder höheren Abgaben belegte: teils Schutzzöllen, insbesondere auf Eisen und Getreide, zum Nutzen der deutschen Produktion, teils Finanzzöllen, namentlich auf Kaffee, Thee, Petroleum, Tabak, zum Besten der Reichskasse. Unterstützt von der Volksstimmung bewirkte Fürst Bismarck auch (im Mai 1880) ein Reichsgesetz gegen den Wucher, welches diesen wieder für ein Verbrechen erklärte und mit Strafe bedrohte. In dieser Richtung bewegte sich die Reichsgesetzgebung dann weiter; 1883 wurde der Hausierhandel beschränkt, 1884 das Handwerks-Lehrlingwesen besser geordnet und das Innungswesen wieder belebt, 1885 die Besteuerung der Börsengeschäfte eingeführt.

In Preußen selbst griff die neue volkswirtschaftliche Politik Bismarcks noch zu einer andern und sehr großartigen Maßregel. Um den Einfluß, den die Gütertarife der Eisenbahnen auf den Absatz der Waren ausüben, dem allgemeinen Interesse dienstbar zu machen, hatte der Kanzler 1876 die Absicht bethätigt, die deutschen Eisenbahnen aus dem Besitz der Privatgesellschaften und der Einzelstaaten in den Besitz des Reiches zu bringen, und der preußische Landtag war ihm dabei großherzig entgegengekommen, indem derselbe im Mai jenes Jahres die Regierung ermächtigte, über den Verkauf der preußischen Eisenbahnen an das Reich mit letzterem zu verhandeln. Allein die anderen deutschen Königreiche wollten sich zu gleichem Opfer nicht entschließen, und so mußte Bismarck sich begnügen, für Preußen allein zu erstreben, was ihm für das ganze Deutschland versagt ward. Auch hierbei stieß er auf den Widerstand der „Freisinnigen"; sie bekämpften die Verstaatlichung der Eisenbahnen als eine Beschränkung der Gewerbefreiheit. Doch lag der Vorteil für die Allgemeinheit zu klar auf der Hand, als daß die Mehrheit des Landtags den Absichten der Regierung nicht hätte beistimmen sollen. Bismarck setzte seinen Plan durch; die Privatbahnen wurden nach und nach vom Staate angekauft, zuerst (1879) die Bahnen Berlin-Stettin, Magdeburg-Halberstadt, Hannover-Altenbecken, Köln-Minden, in den nächsten Jahren die Berlin-Magdeburger, Rheinische, Hamburger u. s. w. Zugleich wurde durch Bau zahlreicher Nebenbahnen das Netz vervollständigt. Bis zum Frühling 1888 war das große Werk im wesentlichen vollendet, das gesamte Eisenbahnwesen in Preußen Staatssache geworden. In zehn Jahren, seit 1878, hatte der Staat 9000 Kilometer Privatbahnen gekauft und 6000 Kilometer neue Bahnen hergestellt, und war sein Bahnnetz von 8000 auf 23 000 Kilometer gewachsen; der reichste und größte Eisenbahnbesitz der Welt.

Auch war der Nutzen, den das Gemeinwesen von der Verstaatlichung der Eisenbahnen hatte, schon jetzt sehr groß. Dem Staate flossen erstlich sehr beträchtliche Einnahmen zu; denn trotz der gewaltigen Aufwendungen (534 Millionen Mark für den Bau der neuen Bahnen) ergaben sich schon in diesem

ersten Jahrzehnt Überschüsse von 330 Millionen Mark. Sodann, es wurde der Personen- und Waren-Verkehr durch Verbesserung des Betriebes, in welchen nun Einheitlichkeit kam, und bei welchem jetzt der Vorteil des Publikums weit mehr als früher Berücksichtigung fand, sehr erleichtert und gefördert. Es zeigte sich, daß die Bismarcksche Eisenbahnpolitik den Staat reich machte, und daß das Publikum dabei dennoch besser fuhr als bei dem früheren System. Hatte der Kanzler das Verdienst, diesen fruchtbaren Gedanken fest ergriffen und ins Leben gesetzt zu haben, so dankte man das vortreffliche Gelingen des Werkes der umsichtigen und kraftvollen Thätigkeit des Verwaltungsvorstehers, des Ministers von Maybach.

Über den Eisenbahnen wurden die anderen Verkehrswege nicht vernachlässigt; vielmehr beschloß die Regierung, zum Besten des Binnenhandels und um den westfälischen und oberschlesischen Steinkohlengruben ein größeres Absatzgebiet zu eröffnen, den Bau neuer Kanäle, zunächst einer Wasserverbindung des Rheins mit der Ems und einer solchen zwischen der mittleren Oder und der Oberspree. Für diese beiden Kanäle wurden dann auch die Kosten (71 Millionen Mark) im Juni 1886 vom Landtage bewilligt.

Die gemeinnützige Thätigkeit der Regierung wendete sich noch einem andern Gebiete zu und schuf auch dort Neues und Bedeutendes. Sie erweiterte das Arbeitsfeld der Nation, indem sie die Gründung überseeischer deutscher Handelskolonieen ermöglichte und förderte.*) Fürst Bismarck begann damit, daß er im April 1884 die dem Bremer Kaufmann Lüderitz gehörige Besitzung Angra Pequena im südwestlichen Afrika unter den Schutz des deutschen Reiches stellte. Dann folgte, im Herbste desselben Jahres, die Besetzung von Kamerun in Guinea, die Hissung der deutschen Flagge auf den Admiralitätsinseln, auf Neubritannien und Neuirland, nun „Bismarck-Archipel“, und auf Nordostguinea, nun „Kaiser-Wilhelms-Land“ genannt, und im Oktober 1885 die Besetzung der Marschallinseln in Australien. Unterdessen hatte sich in Deutschland eine „deutsch-ostafrikanische Gesellschaft“ gebildet; sie erhielt einen kaiserlichen Schutzbrief und erwarb in den Jahren 1885 und 1886 in Ostafrika das ganze festländische Gebiet vom Kap Delgado bis zum Somalilande und vom Tanganikasee bis zur Meeresküste gegenüber Sansibar nebst mehreren Hafenplätzen. Zugleich wurde von Reichswegen zur Förderung des überseeischen deutschen Handels die Einrichtung deutscher Dampferlinien nach Ostasien und Australien veranlaßt (im Juli 1886). Dem Übelwollen, welches England dem Unternehmen der Deutschen, zu Kolonialbesitz zu gelangen, bezeigte, trat Bismarck mit gewohnter Kraft entgegen; durch Verträge mit dieser Macht, sowie mit Frankreich und Portugal grenzte das deutsche Reich seine neuen Besitzungen in Afrika und Australien — dort etwa 20000, hier 3000 Quadratmeilen umfassend — fest ab. So wurden unter Kaiser

*) C. Heßler, Die deutschen Kolonien, 3. Aufl., Leipzig 1894. — A. Kirchhoff, Die Schutzgebiete des deutschen Reichs, 3. Aufl., Halle a. S. 1896.



Wilhelm I. die überseeischen Gründungen, die vor 200 Jahren sein Ahn, der Große Kurfürst geplant und versucht hatte, wieder aufgenommen und in großem Maßstabe ausgeführt.

Zur Freude des deutschen Volkes, aber zum Mißvergnügen der Feinde Bismarcks, namentlich der Fortschritts- oder, wie sie sich seit 1884 nannte, der „deutsch-freisinnigen Partei". Sie bekämpfte seine Kolonialpolitik wie alles, was von ihm ausging. Sie stritt wider die Regierung auch da, wo diese ganz offenbar ein deutsches Interesse verfocht. So bei einem Unternehmen innerer Kolonisation, welches zunächst einem nationalen, sodann dem Kulturzweck dienen sollte. Es hatte sich die polnische Bevölkerung in Westpreußen und Oberschlesien durch planmäßige Herbeiziehung polnischer Einwanderer aus Russisch-Polen und Galizien so vermehrt, daß sie an manchen Orten, wo bisher das Deutsche geherrscht, jetzt überwog, und sie forderte dort nun die Einführung der polnischen Sprache in die Volksschule, das heißt deren Verpolnung. Um diesem Übel zu steuern, wies zuvörderst die preußische Regierung 1885 die polnischen Zuzügler, die, ohne Bürger des preußischen Staats oder deutschen Reiches zu sein, sich in Preußen aufhielten, etwa 30 000 an der Zahl, meist Arbeiter, Gewerbe- oder Handeltreibende, aus dem Lande. Gegen diese zum Schutz des Deutschtums getroffene Maßregel erhob sich zwar die deutsch-freisinnig-ultramontane Mehrheit des Reichstages unter Richter und Windthorst und rief das Reich gegen den preußischen Staat an: eine Vermessenheit, die der Kaiser in einer Botschaft an den Reichstag (Dezember 1885) mit den Worten zurückwies, er werde die Rechte der preußischen Krone unverdunkelt und unvermindert zu erhalten wissen. Jene Ausweisungen — von demselben feindseligen Reichstag für ungiltig erklärt — wurden von der preußischen Regierung aufrecht erhalten. Letztere beantragte sodann, im Frühling 1886, zur Abwehr des vordringenden Polentums und zur Hebung des Deutschtums in Posen und Westpreußen auf Staatskosten Landgüter anzukaufen und mit Deutschen zu besiedeln. Auch dies verwarfen die Deutschfreisinnigen und Ultramontanen; sie wurden jedoch von den Nationalliberalen und Konservativen überstimmt, und das Ansiedelungswerk trat ins Leben. Bis zum September 1887 waren von der Ansiedelungs-Kommission bereits 30000 Hektar Land für 16½ Millionen Mark gekauft, und hatten hunderte von deutschen Landleuten eine Stätte lohnender Arbeit gefunden. Auch die Moorkultur, die seit einiger Zeit im Hannöverschen aufgekommen war, erfuhr Förderung; anderes auf dem Gebiete der inneren Kolonisation wurde vorbereitet.

Weniger friedlich war ein Versuch, zur Beseitigung volkswirtschaftlicher Schäden mitzuwirken, den einige Konservative auf eigene Hand unternahmen. Es bildete sich 1878 in Berlin, vom Hofprediger Stöcker gegründet, eine „christlich-sociale" Partei, welche die Arbeiter für christliche und patriotische Anschauungen wiedergewinnen, zugleich aber deren Forderungen des Schutzes gegen die Ausbeutung des Kapitals und einer besseren socialen Lage unterstützen wollte. Sie richtete ihre Spitze insbesondere gegen die Herrschaft, welche

das Judentum durch seine Geldmacht und durch die von ihm abhängige Zeitungspresse ausübte. Diese „antisemitische“ Bewegung fand namentlich in Berlin, dem Hauptsitze des deutschen Judentums, viele Anhänger und in dem Philosophen Eduard v. Hartmann und dem Geschichtsforscher Heinrich v. Treitschke berühmte Verteidiger. Die Antisemiten feindeten bei den Juden nicht deren Glauben, sondern manche Charaktereigentümlichkeiten derselben, am meisten aber deren Stellung im Volkswirtschaftsleben an. Sie warfen ihnen vor, daß sie, sich besser als die andern Bewohner des Landes dünkend, in welches sie oder ihre Väter eingewandert, mit seltenen Ausnahmen die produktive Arbeit, als Ackerbauer, Handwerker, überhaupt als Handarbeiter verschmähten und in ihrer großen Masse noch immer wie in den vergangenen Jahrhunderten, wo sie es nicht anders gekonnt, jetzt freiwillig sich nur von Zwischenhandel und von der Ausnutzung der produktiv arbeitenden Bevölkerung nährten, daß sie in ihrer Mehrzahl ihr Geld und ihre Geschäftsgewandtheit zur Unterdrückung und Ausbeutung der wirtschaftlich Schwächeren, des Bauern auf dem Lande, des Arbeiters und Handwerkers in der Stadt, gebrauchten, und daß sie durch ihre Neigungen, und ihre Weltanschauung das deutsche Wesen der Nation beeinträchtigten. Eine mit mehr als einer Viertelmillion Unterschriften bedeckte antisemitische Petition an den Reichskanzler (April 1881) verlangte daher besonders, daß die Einwanderung ausländischer Juden beschränkt werde. Dagegen führten auch die Juden für sich eine Autorität ins Feld, nämlich die Meinung des Kronprinzen Friedrich, der über die antisemitische, hie und da sogar mit Gewaltthätigkeiten aufgetretene Bewegung sich mißbilligend geäußert; sachlich beriefen sie sich auf die jedem Staatsbürger zustehende Freiheit der Berufswahl, auf das gesetzliche Recht, sowie auf ihren Anteil an Kunst und Wissenschaft, und beschwerten sich ihrerseits, daß man noch immer die Idee des christlich-germanischen Staates festhalte und sie thatsächlich von den Regierungsämtern und von den Offiziercorps ausschließe. An diesem Meinungsstreite beteiligte sich auch die akademische Jugend; ihre Mehrzahl nahm gegen die Juden Partei, hauptsächlich wohl, weil sie, begeistert für Wilhelm I. und für Bismarck, gegen die Widersacher des großen Kanzlers, die „Fortschrittler“, Abneigung empfand, und die meisten Juden zu diesen gehörten. Dagegen die Sozialdemokraten wollten auch von den Antisemiten und ihren christlich- oder deutsch-sozialen Heilmitteln nichts wissen; sie verharrten dabei, die ganze bestehende Gesellschaftsordnung tauge nichts und müßte abgeschafft werden.

Inzwischen begann — zum Teil infolge der Thätigkeit der Regierung — die wirtschaftliche Lage des Volkes sich langsam wieder zu bessern. Zwar die Not der Landwirte minderte sich wenig; sie litten allzusehr unter dem Wettbewerbe des Auslandes, namentlich Rußlands, Indiens, Nordamerikas, welche das Getreide viel billiger erzeugten und daher den Preis auf dem Weltmarkte tief niederdrückten. Die deutsche Regierung suchte durch wiederholte Erhöhung der Schutzzölle auf Getreide und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, zu

welcher der Reichstag im Mai 1885 und Dezember 1887 seine Zustimmung gab, zu helfen und verhinderte dadurch weitere Verluste. Größer waren die Fortschritte zum Bessern auf dem gewerblichen Gebiete. Man strebte hier, besonders im Kunstgewerbe, mit Erfolg das Ausland zu überflügeln. Dies zeigte sich schon bei der Gewerbeausstellung, die der Berliner Gewerbestand im Mai 1879 zu Berlin veranstaltete; sie fand für Geschmack und Gediegenheit der Erzeugnisse den allgemeinsten Beifall und verschaffte der deutschen Industrie, die kurz vorher auf der Weltausstellung zu Philadelphia 1876, weil nicht gehörig vertreten, in ungünstigem Lichte „billig und schlecht" erschienen war, auch im Auslande wieder Achtung. Freilich beseitigte dies noch nicht die schwere Last, mit welcher die aus der Gründerzeit stammende, den Ertrag der Arbeit verkürzende Überproduktion das gewerbliche und Handelsleben beschwerte. Aber im ganzen war doch die Besserung der Geschäfte unverkennbar, und wenn auch die Strebsamkeit der Gewerbs- und Handelsleute das meiste dazu gethan, einen nicht geringen Anteil daran konnte sich auch die Regierung, insbesondere wegen ihrer Bemühungen um Hebung und Erleichterung des Verkehrs, zuschreiben. So dankte auch Berlin den kolossalen Aufschwung, den es unter Wilhelm I. genommen, sein unerhört rasches und gewaltiges Wachstum (von wenig mehr als einer halben Million Einwohner im Jahre 1861 auf fast anderthalb Millionen im Jahre 1888), seine Entwickelung zur Weltstadt zwar zum Teil der Rührigkeit und Intelligenz seiner Bürger, die es zur besteingerichteten und schönstgebauten Stadt der Erde machten, aber zum Teile doch auch — und zwar zum größten Teile — den Leistungen der Regierung, nämlich den Erfolgen von 1866 und 1871, durch welche das Staatsgebiet, der Nährboden der Hauptstadt, so sehr erweitert und Berlin zugleich zur Hauptstadt Deutschlands gemacht worden war.

Alles, was zur Hebung des Erwerbswesens geschah, kam auch dem kleinen Mann zu gute; es mehrte sich die Gelegenheit zur Arbeit, es steigerte sich ihr Lohn. So lange der Besitzlose arbeiten konnte und wollte, litt er keine Not. Aber wie, wenn er durch Krankheit und Alter arbeitsunfähig ward? Es reichte ja sein Arbeitslohn dazu nicht hin, um ein die Zukunft sicherstellendes Vermögen zu ersparen. Hier lag die Wurzel des Übels; hier mußte durch unmittelbares Eingreifen geholfen werden. Dies erkannte die Regierung und schritt entschlossen ans Werk. Zwei große Ziele steckte sie sich: Sicherung des Arbeiters gegen Not durch Erkrankung und durch Unfälle, und Versorgung desselben im Alter. Für diese Pläne, durch welche die Lage der großen Masse des Volkes, der besitzlosen Handarbeiter, wesentlich verbessert werden konnte und sollte, trat Wilhelm I. persönlich ein, indem er sie durch eine Botschaft, mit der er am 17. November 1881 den Reichstag eröffnen ließ, dem Volke als seinen dringenden Wunsch und als sein Vermächtnis, falls er ihre Durchführung nicht erlebe, verkündigte; für die Verwirklichung jener Absichten müsse von Reichswegen gesorgt, und die dazu vom Reiche beizutragenden Geldmittel müßten durch Verbesserung des Steuerwesens beschafft

werden. „Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht“, so lautete es in dieser feierlichen Willensäußerung des greisen Monarchen, „dem Reichstage diese Aufgabe ans Herz zu legen, und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauerhafte Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“

Allein die neue Geldquelle, welche die Regierung zu diesem Zwecke dem Reiche eröffnen wollte, die Einführung des Tabakmonopols — „das Patrimonium der Enterbten“, wie Bismarck diese zum Besten der Besitzlosen zu verwendende Reichseinnahme naunte — wurde vom Reichstage abgelehnt (Juni 1882); ebenso später (März 1886) das gleichfalls sehr großen Ertrag versprechende und daher vom Kanzler verlangte Branntwein-Monopol. Vergebens war Bismarck aufs eifrigste erst für jene, dann für diese Maßregel im Reichstage eingetreten: „Geben Sie“, rief er den Abgeordneten zu, „dem Arbeiter, so lange er gesund ist, Arbeit; wenn er krank ist, Pflege; wenn er alt wird, Versorgung! Wenn Sie das thun, wenn der Staat etwas mehr Sozialismus treibt, etwas mehr Fürsorge für die Armen ausübt, so glaube ich, werden die Sozialdemokraten vergebens wühlen, und der Zulauf zu ihnen wird vermindert werden. Der Regierung ist es Ernst; aber die gesetzgebenden Körperschaften halten nicht Schritt!“

So mußte die Regierung denn den kostspieligsten Teil des kaiserlichen Reformentwurfes, nämlich die Altersversorgung der Arbeiter, vorläufig zurückstellen. Dagegen gelang es ihr, mit dem Reichstage für die Arbeiter ein Versicherungswesen gegen Not durch Krankheit oder Unfälle zu vereinbaren, dessen Kosten die Berufsgenossenschaften, und zwar zum größeren Teile die Arbeitgeber, zum kleineren die Arbeitnehmer, zu tragen hatten. Am 31. Mai 1883 kam auf dieser Grundlage das Arbeiter-Krankenversicherungs-Gesetz, am 27. Juni 1884 das Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetz zu stande. Diese Gesetze und die Einrichtungen, welche durch sie bewirkt wurden, betrafen vorerst nur die gewerblichen Arbeiter, wurden aber in den nächsten Jahren durch weitere reichsgesetzliche Vornahmen auf die meisten andern Arbeitsgenossenschaften ausgedehnt und erwiesen sich bald als eine große Wohlthat für den Arbeiterstand. Am Ende des Jahres 1887 war die Unfallversicherung bereits für den größten Teil der in Frage kommenden Gebiete, für das Großgewerbe, das Fuhrwesen, die Seeschiffahrt, das Bauwesen und für die Land- und Forstwirtschaft, für eine Gesamtzahl von rund zehn Millionen Arbeiter gesetzlich geregelt.

Inzwischen war ein neuer willfähigerer Reichstag aus den Wahlen hervorgegangen; die Regierung nahm daher das zurückgelegte Hauptstück ihres Reformplanes wieder auf und brachte Ende November 1887 beim Reichstage ein Gesetz behufs Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter

ein. Danach sollte jede in Lohnarbeit oder in einem untergeordneten Betriebsamte stehende männliche oder weibliche Person nach Vollendung des siebzigsten Lebensjahres eine Altersversorgung im jährlichen Mindestbetrage von 120 Mark für den Arbeiter, 80 Mark für die Arbeiterin; im Falle aber dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit ohne Rücksicht auf das Lebensalter eine jährliche Rente von 120 bis 250 Mark für den Arbeiter, 80 bis 170 Mark für die Arbeiterin erhalten. Auf 12 Millionen Arbeiter — 7½ Millionen männliche, 4½ Millionen weibliche — bezog sich diese großartige Einrichtung; ihre Kosten, die auf 156 Millionen Mark jährlich geschätzt wurden, sollten zu einem Drittel durch Beiträge der Arbeitnehmer, zu einem Drittel durch Beiträge der Arbeitgeber aufgebracht, das letzte Drittel aber vom Reiche beigesteuert werden. Den Ausgang dieser Vorlage erlebte Wilhelm I. nicht mehr; er vererbte sie auf seinen Nachfolger. Mit einigen Verbesserungen wurde sie im Mai 1889 vom Reichstage genehmigt.

Wie in seiner Eisenbahn- und Kolonial-Politik, so fand Bismarck auch in seinen sozial-politischen Bestrebungen an der Fortschritts- oder „deutsch-freisinnigen" Partei hartnäckige Gegner. Das Verhalten dieser Partei zeugte immer wieder von der unglücklichen Neigung der Deutschen, wegen Meinungsverschiedenheit auf einem Gebiete einander auch auf allen übrigen Gebieten und selbst in ganz gemeinsamen Dingen zu bekämpfen. Der Grund ihrer erbitterten Feindschaft gegen Bismarck war und blieb, daß er ihrem Verlangen, die Regierung solle nach dem Willen der Parlamentsmehrheiten geführt werden, nicht nachgab. Daß die Verfassung dem Königtum bestimmte Schranken gezogen, erkannte er als heilsam an; aber er wollte sie nicht enger ziehen lassen, als sie waren. Er verharrte in der Überzeugung, die auch die Überzeugung Wilhelms I. war, daß die königlichen Rechte in Preußen vom Könige selber ausgeübt werden müßten, daß der König persönlich zu regieren und seine Minister nicht nach der Meinung der parlamentarischen Parteihäupter, sondern nach eigenem Ermessen zu berufen und zu entlassen das Recht und die Pflicht habe. In seinem Kampfe für persönliches Königtum gegen Parlamentsherrschaft konnte Bismarck sich auf die großen Leistungen Wilhelm I. berufen, der, wie er einmal in einer Reichstagsrede (1882) hervorhob, die Ruhmesthaten seiner Regierung selbst beschlossen und bereitet habe, selbst die Triebfeder zu allem Großen gewesen sei, was unter ihm für Preußen und Deutschland geschehen. In der That, eben jetzt wieder, hinsichts der so gefährlich brennenden sozialen Frage, hatte sich die große Nützlichkeit des persönlichen Königtums, wie Wilhelm I. es übte, deutlich erwiesen. Denn ohne dessen Anregung und entschiedenes Eintreten für die Sozialreform wäre mit dieser kein Anfang gemacht worden; Preußens König hatte sich wieder als Anwalt des armen Mannes bewährt. Es war denn auch durch die ungemeinen Verdienste, die sich Wilhelm I. um die äußere und die innere Wohlfahrt der Nation erworben, die monarchische Gesinnung in den gebildeten Klassen, die unter Friedrich Wilhelm IV. hie und da ins Wanken gekommen, wieder zu solcher Kraft und

Allgemeinheit gediehen, daß der Wunsch nach Parlamentsherrschaft beim Bürgerstande wenig Anklang mehr fand. Und von der Sozialreform, die Wilhelm I. begonnen, konnte erwartet werden, daß sie, wenn entschieden weiter und durchgeführt, auch in denjenigen Kreisen des preußischen Volkes, wo die Sozialdemokratie Eingang gefunden, die alte Anhänglichkeit an das Königtum und damit die stärkste Bürgschaft für den Bestand des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den Umsturzbestrebungen ihrer Feinde, wiederherstellen werde.

Die äußere Lage.

Die Art, wie Fürst Bismarck die inneren Angelegenheiten Preußens und des deutschen Reiches leitete, namentlich, was er auf dem Gebiete der Kirchenpolitik und der Volkswirtschaft that, fand, je nach dem Standpunkte und dem Interesse der Parteien, sehr verschiedene Beurteilung. Er hatte in den Parlamenten, besonders auf dem Reichstage, fortwährend mit erbitterten und zähen Widersachern und selbst bei Hofe mit mancher Gegnerschaft zu kämpfen. Voll Ärgers hierüber und unmutig äußerte er zuweilen den Wunsch, ins Privatleben zurückzutreten und ganz die Ruhe zu genießen, die ihm jetzt nur zeitweise auf seinen Landgütern Varzin in Hinterpommern und Friedrichsruh in Lauenburg zu teil ward. Aber das Vertrauen des Kaisers hielt ihn aufrecht, und das „Niemals", welches der Monarch im April 1877 auf ein Entlassungsgesuch des Kanzlers schrieb, war nicht bloß ein Ausdruck treuer Dankbarkeit, sondern auch der Überzeugung, daß Bismarcks Dienste dem Reich, welches er schaffen helfen, noch unentbehrlich seien.

Sie waren es zu dieser Zeit mehr als je. Denn während die Kämpfe im Innern noch dauerten, gestaltete sich auch die äußere Lage gefährlicher.

Die französische Nation hatte sich bisher friedlich verhalten, aber die Anstrengungen für die Armee immer fortgesetzt. Frankreich stand nun bis an die Zähne gerüstet da; sein Heer war jetzt zahlreicher als das deutsche. Frankreich stand aber auch nicht mehr so vereinzelt dem deutschen Reiche gegenüber wie vordem; es war eine Annäherung eingetreten zwischen ihm und Rußland. Denn das Verhältnis des letzteren zu Preußen, früher so freundschaftlich, war kühler, war lockerer geworden. Was sie auseinander gebracht hatte, war die orientalische Frage.

Fürst Bismarck hatte im März 1871 geholfen, die russischen Interessen durch völkerrechtliche Abänderung des Pariser Vertrages vom Jahre 1856 zu fördern; er war auch bereit, dieselben in den orientalischen Dingen noch weiter zu unterstützen. Aber als Rußland nach einem siegreichen Feldzuge gegen die Türken im Jahre 1877 sich anschickte, die Verhältnisse der Hämushalbinsel durch den Vertrag von San Stefano (3. März 1878) so zu ordnen, daß es dabei thatsächlich die Heerschaft über diesen Teil der Welt gewann, da mochte er einer so großen Erweiterung des russischen Machtkreises zwar nicht entgegentreten — dieses verbot dem Kaiser Wilhelm das Andenken an den großen ihm

vom Zaren im Jahre 1870 geleisteten Dienst —; jedoch Deutschlands Kraft dafür einzusetzen, war die preußische Regierung weder verpflichtet noch gemeint. Denn wenn Rußland die Erbschaft der europäischen Türkei bekam, so war dies auch für Deutschland, namentlich für dessen Handelsinteressen, ein Nachteil, den aufzuwiegen Rußland weder auf dem politischen Gebiete — durch einen festen und dauernden Bund gegen die Rachegelüste Frankreichs —, noch auf dem merkantilen — durch Aufhebung seiner Zollschranken — einen entsprechenden Ersatz hatte bieten wollen. Dazu kam, daß die Russen sich überhaupt gewöhnt, Preußen als einen Staat zu betrachten, der ihnen unter keinen Umständen zuwiderhandeln könne, weil er Rußland mehr brauche als dieses ihn, weil er Rußland weniger zu schaden vermöge als dieses ihm. Es war das eine von früheren Zeiten her überlieferte Einbildung, ein Erbstück besonders vom Kaiser Nikolaus. Diesen Glauben nun, nach welchem Preußen fast als Vasall Rußlands erschien, und welchen der Minister Alexanders II., Fürst Gortschakow, sich gelegentlich merken ließ, wollte Bismarck den Russen einmal gründlich austreiben. Er beschränkte sich daher auf das, was die Dankbarkeit gebot, auf eine wohlwollende Neutralität, und überließ es den Russen, was sie, ohne seinen Beistand zu beanspruchen, angefangen, nun auch auf eigene Hand durchzuführen. Hierzu aber fehlte es Rußland an Kraft oder an Mut; es scheute vor einem Kriege mit England zurück, welches unter keiner Bedingung Konstantinopel in russische Gewalt oder auch nur in dauernde Abhängigkeit vom Zaren kommen lassen wollte und dabei an Österreich einen Rückhalt fand. In dieser Verlegenheit bat die russische Regierung die deutsche um ihre Vermittelung, um Veranstaltung eines europäischen Schiedsgerichts, dem der Vertrag von San Stefano zur Revision vorgelegt werden sollte.

Die Bitte wurde gern gewährt; es fand im Sommer 1878 (vom 13. Juni bis 13. Juli) in Berlin unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck ein Kongreß von Vertretern der Großmächte zur Beilegung des orientalischen Streites statt, und alle Forderungen, welche Rußland erhob, wurden von Bismarck befürwortet. Aber nachdem die Russen einmal, statt durch Besetzung Konstantinopels England gegenüber die nötige starke Stellung zu nehmen, vor dieser Macht den Rückzug angetreten hatten, konnte das Versäumte jetzt nicht wieder von ihnen eingeholt werden. Auch auf dem Kongreß selbst zeigte der russische Minister, Fürst Gortschakow, nicht die erforderliche Entschlossenheit, und so war denn das Ergebnis der hier geführten Verhandlungen, daß Rußland von den Zugeständnissen, die ihm die Türken im Vertrage von San Stefano gemacht, einen sehr erheblichen Teil wieder aufgeben mußte. Es gewann in dem „Berliner Frieden“, der jetzt zwischen ihm und der Türkei geschlossen wurde, dank der deutschen Vermittelung immer noch große Vorteile, nämlich eine nicht unbeträchtliche Erweiterung seiner kleinasiatischen und bessarabischen Grenze, die Erhebung Serbiens und Rumäniens zu souveränen Fürstentümern, die Gründung eines Fürstentums Bulgarien und andere Verbesserungen der Lage seiner Glaubensgenossen auf der Hämushalbinsel. Aber einen allein maßgebenden

Einfluß erhielt es dort nicht; es mußte ihn mit Österreich und England teilen. Jenes bekam das ihm zunächstgelegene Grenzland Bosnien in schutzherrlichen Besitz; dieses befestigte seine Stellung in der Levante, indem es die Insel Cypern dem Sultan abkaufte.

Die russische Regierung hatte also eine diplomatische Niederlage erlitten, und sie schrieb dieselbe nicht den eigenen Fehlern, ihrem Mangel an Umsicht und an Kühnheit, sondern dem Fürsten Bismarck zu; ihre Mißstimmung gegen Deutschland war groß. Dieses Reich mußte, weil es sich nicht zum Handlanger eines fremden Staates hergegeben, sondern auch bei der orientalischen Frage seinen eigenen Nutzen und seine eigene Ehre bedacht hatte, nunmehr gewärtig sein, in Zukunft einmal zwischen zwei Feuer — von Westen und von Osten — zu kommen. Hier erwarb sich nun Fürst Bismarck ein neues Verdienst um das deutsche Volk: er brachte einen festen Bund zwischen dem deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie zu stande. Das Werk gelang ihm nicht ohne Mühe, so klar auch der Nutzen für beide Teile zu Tage lag. Denn am Berliner Hofe war die alte Vorliebe für Rußland, am Wiener Hofe die noch ältere Abneigung gegen Preußen zu überwinden. Aber Kaiser Wilhelm war gewohnt, seine persönlichen Gefühle dem Staatswohl zu opfern, und in Wien unterstützte der Reichskanzler Graf Andrassy die Bemühungen Bismarcks. So gelang es; im September 1879 reiste Bismarck selbst nach Wien, besprach die Angelegenheit mit dem Kaiser Franz Josef und vereinbarte dann (am 24.) mit Andrassy und dem zu dessen Amtsnachfolger bestimmten Baron Haymerle den Vertrag; im Oktober ward derselbe von den beiden Kaisern unterzeichnet. Das deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie verpflichteten sich darin, falls eine der beiden Mächte von Rußland angegriffen oder im Kriege mit einer andern von Rußland bedroht würde, einander bewaffneten Beistand zu leisten.

Mit Freuden begrüßten hüben und drüben die Deutschen aller Parteien diese Verbrüderung, die jetzt und fortan ebenso natur- und sachgemäß zu sein schien, wie es einst die Gegnerschaft Preußens und Österreichs gewesen war.

Aber wenngleich das Wiener Bündnis eine Bürgschaft für den Frieden war, so gewährleistete es ihn doch nicht unbedingt. Es war auch nicht auf immer, sondern nur für die nächste Zukunft abgeschlossen; man hatte seine Dauer auf fünf Jahre, vom 15. Oktober 1879 an, bemessen; daß es später würde verlängert werden, war wahrscheinlich, aber doch nicht gewiß. Für den äußersten Notfall mußte Deutschland auch allein im stande sein, sich zugleich nach zwei Seiten hin seiner Haut zu wehren. Es mußte also die bewaffnete Macht vergrößert werden. Schon früher hatte die Reichsregierung eine dahin zielende Maßregel getroffen, indem sie durch ein Landsturmgesetz (vom Reichstag genehmigt am 21. Januar 1875) alle nicht dem Heere oder der Marine angehörigen Wehrfähigen vom 17. bis 32. Lebensjahre im Kriegsfall zur Verteidigung verpflichtete und die Art bestimmte, wie der Landsturm einzurichten sei. Sie ging nun auf diesem Wege weiter. Es wurde mit Genehmigung

des Reichstags (durch Gesetz vom 16. April 1880) die Ersatzreserve erster Klasse, d. h. diejenige junge Mannschaft, die sich bei der Rekrutenaushebung freigelost, oder die wegen geringer körperlicher Mängel zurückgestellt worden war, zu einer, wenn auch kurzen, militärischen Einübung herangezogen und so für den Kriegsfall leichter verwendbar gemacht. Es wurde zugleich die Friedensstärke der Armee, vorläufig auf die nächsten sieben Jahre (bis zum 31. März 1888), von 401 659 auf 427 274 Mann, (ohne die Einjährig-Freiwilligen) erhöht, eine Verstärkung der Wehrkraft, welche durch die Kosten, die sie dem Reiche verursachte — 17 Millionen Mark jährlich — nicht zu teuer erkauft und unter den damaligen Weltverhältnissen genügend schien.

Aber nicht lange darauf trat ein Ereignis ein, welches die Gefahr, die dem deutschen Reiche von Osten drohte, noch größer machte: im März 1881 fiel durch die Mörderhand eines Nihilisten der Zar Alexander II., und ihm, an dessen persönlicher Freundschaft für Kaiser Wilhelm der in Rußland um sich greifende Deutschenhaß ein großes Hindernis gehabt hatte, folgte auf dem russischen Throne sein ganz anders gesinnter Sohn Alexander III. Dieser Fürst liebte ebenso wenig wie seine Gemahlin, welche von Geburt eine dänische Prinzessin war, das preußische Königshaus und die deutsche Nation. Er teilte vielmehr die Gefühle der Panslavisten, die alles Deutsche mit Abneigung und den Aufschwung Preußens mit Unmut betrachteten, und war mit den Altrussen der Meinung, daß die frühere Freundschaft zwischen Preußen und Rußland nur jenem genützt, diesem aber geschadet habe. Zwar behielt er das äußerlich gute Verhältnis zum deutschen Reiche bei; der frische Zorn über die Nihilisten mit ihren Umsturzplänen bewog ihn sogar, seinen Willen, beim Alten zu verharren, auch durch einen Besuch zu bezeugen, den er am 9. September 1881 zu Danzig dem Kaiser Wilhelm, dem Haupte der europäischen Monarchenschaft, abstattete. Allein zu einem herzlichen Einvernehmen der beiden Höfe konnte es bei der Gesinnung des Zaren um so weniger kommen, weil Preußen nicht geneigt war, durch Trennung von Österreich die russische Freundschaft wieder zu erkaufen. Die innere Entfremdung der Höfe von Berlin und Petersburg dauerte fort, und bei den Franzosen wuchs nun die Hoffnung, in einem künftigen Rachekriege gegen Deutschland die Russen an ihrer Seite zu sehen.

Diese Gefahr vor Augen verdoppelte Fürst Bismarck seine diplomatischen Bemühungen, um die Bürgschaften des Friedens zu verstärken. Er bewog im Januar 1883 die italienische Regierung, dem Bündnisse zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn beizutreten, veranlaßte Rumänien und Serbien, eine Anlehnungsstellung bei letzteren Mächten zu nehmen, stiftete sozusagen einen mitteleuropäischen Friedensbund und knüpfte auch mit Spanien freundliche Beziehungen an. Im Laufe des Jahres 1883 sah man die Könige von Rumänien, von Serbien und von Spanien, ersteren in Berlin, die beiden anderen bei einer Heerschau in Homburg, dem deutschen Kaiser ihre Verehrung bezeigen. „Dasjenige gekrönte Haupt,“ meinte damals eine englische Zeitung, „oder der Staatsmann, der nicht nach Berlin gekommen und nicht vom Fürsten

Bismarck empfangen worden ist, glaubt, daß er außerhalb des Mittel- und Brennpunktes der europäischen Politik steht. Was Mekka den Gläubigen, was Rom früher, ehe es der Piemontese in Besitz nahm, den frommen Katholiken, das ist Berlin jetzt für alle diejenigen, welche regieren, welche das Heerwesen oder die Staatskunst studieren. Durch eine Reihe wachsamer, überlegter und weiser Züge hat der deutsche Reichskanzler fast alle Hauptkräfte des festländischen Europas auf seine Seite gebracht mit Ausnahme Frankreichs und Rußlands."

Ja selbst die russische Regierung fand es nun für gut, sich der deutschen wieder mehr zu nähern; eine Zusammenkunft der drei Kaiser von Deutschland, Rußland und Österreich zu Skierniewicze bei Warschau am 15. September 1884 brachte den Wunsch nach Verständigung zum Ausdruck. Auf die Dauer freilich waren die russischen und österreich-ungarischen Anliegen, da sie sich auf das nämliche Ziel, Ausbreitung über die Balkanhalbinsel richteten, unvereinbar. Doch vertagten die beiden Mächte vorläufig die Lösung der zwischen ihnen streitigen Fragen.

Fürst Bismarck versuchte noch ein anderes Mittel, die Gefahr eines Krieges zu beschwören. Er bemühte sich, Frankreich zu versöhnen, indem er dieser Macht bei jeder Gelegenheit, namentlich bei ihren kolonial-politischen Unternehmungen in Tonkin und Tunis, gute Dienste erwies, indem er ihr überhaupt bemerklich machte, daß, wenn sie aufrichtig und endgiltig den Gedanken an Rache und an Wiedereroberung Elsaß-Lothringens aufgäbe, sie an Deutschland einen sehr nützlichen Freund haben könnte. So teils durch Einschüchterung, teils durch Begütigung zügelte er Frankreichs Rachelust, und es gelang ihm, Jahr auf Jahr wider aller Erwarten den Frieden Europas aufrecht zu erhalten.

Allein dies wurde von Jahr zu Jahr nicht leichter, sondern schwerer. Denn in Rußland nahm der Deutschenhaß zu, und damit wuchs in Frankreich die Hoffnung auf die so lange und heiß ersehnte Rache; jeden Augenblick konnte dort der Ausbruch der nationalen Leidenschaft erfolgen. Fürst Bismarck verstärkte deshalb noch mehr die Dämme. Im Laufe des Jahres 1887 stellte er eine Art von Doppelbund europäischer Mächte her, indem er den Bund Deutschlands mit Österreich-Ungarn, dessen Spitze gegen Rußland gerichtet war, fester schloß, das Einvernehmen Österreich-Ungarns mit Italien zum Schutze ihrer Interessen im Mittelmeer und in der türkischen Frage gegen Frankreich und noch mehr gegen Rußland förderte und (im März 1887) mit Italien ein Verteidigungsbündnis gegen Frankreich, ähnlich dem, welches Deutschland mit Österreich-Ungarn gegen Rußland hatte, zustande brachte. Beides, der Wiener Vertrag von 1879 und der italienische von 1887, Meisterstücke der Diplomatie; jener hielt Rußland, dieser hielt Frankreich im Schach.

Es waren denn auch alle Parteien in Deutschland über das Verdienstvolle der auswärtigen Politik Bismarcks einig. Auch die seine Behandlung

der inneren Angelegenheiten tadelten, erkannten an, daß mit der Kühnheit und Gewandtheit, die er als Mitbegründer des Reiches bewiesen, auf gleicher Höhe die Klugheit und Geschicklichkeit stünden, welche er in der Sorge für dessen Sicherheit zeigte. Allgemein war in der deutschen Nation das Urteil, welches über ihn einer seiner Gegner von ehedem, der Demokrat von Unruh fällte*): „Bismarck ist unzweifelhaft der größte Minister des Auswärtigen, den Preußen je gehabt hat. Sein scharfer Verstand, seine feine Beobachtungsgabe, sein klarer Blick, sein richtiges Urteil über das wahrscheinliche Verhalten der Großstaaten, die geschickte Wahl der Mittel, seine Fähigkeit, ein bestimmtes großes Ziel ins Auge zu fassen, Jahre hindurch den richtigen Zeitpunkt abzuwarten und dann mit kolossaler Energie einzuschreiten, seine Gewandtheit alle ihm entgegentretende Hindernisse zu überwinden, seine scharfe Dialektik und seine Gabe, Personen von Bedeutung zu gewinnen und seine Gegner niederzutreten oder irre zu führen und die schwierigsten Verhältnisse zu beherrschen — das alles und noch anderes sind die Eigenschaften, die vereinigt in der ganzen Geschichte nur höchst selten bei einem Manne sich vorfinden."

Namentlich die Jugend, die für große Persönlichkeiten sich so leicht begeistert, hing an ihm und brachte ihm bei jedem Anlaß ihre Huldigung dar. Die Dankbarkeit und Verehrung der ganzen Nation äußerte sich in großartiger Weise bei Gelegenheit seines siebzigsten Geburtstages, am 1. April 1885; überall in Deutschland beging man festlich die „Bismarckfeier"; überall hatte man zu der reichen Ehrengabe beigesteuert, die als „Bismarckspende" dem Gefeierten an diesem Tage überreicht wurde. Sie betrug fast $2^3/_4$ Millionen Mark. Davon verwandte man $1^1/_2$ Millionen, um den vor fünfzig Jahren unter der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit der Familie Bismarck verloren gegangenen größeren Teil des Stammgutes Schönhausen, wo Otto v. Bismarck geboren war und seine Jugenderziehung erhalten hatte, wieder anzukaufen und ihm zu schenken. Den Rest, etwa $1^1/_5$ Millionen Mark, stellte man ihm behufs freier Verwendung für öffentliche Zwecke zur Verfügung, und er gründete damit eine Stiftung zu Gunsten des deutschen höheren Lehrerstandes, zu dem Zwecke, Kandidaten des höheren Schulamtes und Witwen von Lehrern höherer Unterrichtsanstalten zu unterstützen.

Allein so wirksam auch die bewundernswerte diplomatische Kunst des Kanzlers war, einen so großen Anteil auch sie daran hatte, daß der äußere Friede so lange, während der ganzen Regierung Wilhelms I. seit 1871 und darüber hinaus, bewahrt blieb, Deutschland hatte dies Ergebnis doch zu noch größerem Teile der eifrigen Sorge zu danken, mit welcher der Kaiser darüber wachte, daß Land- und Seewehr Deutschlands den gesteigerten Ansprüchen der Zeit, namentlich den immer zunehmenden Rüstungen Frankreichs gegenüber, ihrer Aufgabe gewachsen blieben. Denn lediglich die Furcht hielt Frankreichs

*) v. Unruh, Erinnerungen aus meinem Leben, i. d. Deutschen Revue 1881, S. 33.

Schwert in der Scheide. Er verstärkte die Marine durch weiteren Ausbau, wobei ihre Bemannung allmählich von 5000 auf 13 000 stieg, insbesondere auch durch Gründung einer Torpedoflotte, und erhöhte die Leistungsfähigkeit des Landheeres, indem er 1886 wiederum die Infanterie mit einem besseren Schnellfeuergewehr bewaffnete. Auch geschah es teilweise aus militärischen Gründen, nämlich um die Flotte verwendbarer und die Küstenverteidigung leichter zu machen, daß er den lange geplanten Bau des Nord-Ostsee-Kanals, nachdem Land- und Reichstag 1886 dazu die nötigen Geldmittel im Betrage von 156 Millionen Mark bewilligt, 1887 in Angriff nehmen ließ: ein Werk, welches zugleich dem Handel und der Schiffahrt Deutschlands wichtige Vorteile zusicherte. Ein großartiger Entwurf dieser Wasserweg von der Elbmündung bei Brunsbüttel über die 25 Meter hohe Wasserscheide zwischen Elbe und Eider bei Grünthal und durch die Seen und den bisherigen Kanal der Eider nach Holtenau an der Kieler Bucht. Am 3. Juli 1887 legte Wilhelm I. in Holtenau zu diesem Bau den Grundstein. So weihete er jetzt ein großes Kulturwerk ein, wie er ein anderes, den Kölner Dombau, einige Jahre vorher (im Herbst 1880) zur Vollendung gebracht hatte. Beide Friedensthaten reihen sich den Kriegsehren seiner Regierung würdig an.

Die zur Hebung der deutschen Wehrmacht getroffenen Maßregeln genügten aber noch immer nicht. Die französische Nation fuhr fort, mit leidenschaftlichem Eifer und ungeheuern Geldopfern ihre Armee zu vermehren und zu verbessern, und weit entfernt, sich durch das entgegenkommende Verhalten der deutschen Regierung zu Versöhnlichkeit und aufrichtiger Friedensliebe stimmen zu lassen, verriet sie vielmehr durch das deutschenfeindliche und zum Kriege hetzende Benehmen der Presse, der Volksvereine und selbst mancher Beamten, namentlich 1886 des Kriegsministers Boulanger, der in seinem Amtskreise eine fieberhafte, die alte Kriegslust noch befeuernde Thätigkeit entwickelte, daß sie nur auf den Zeitpunkt laure, wo sie ihrer militärischen Überlegenheit gewiß, oder wo ihr die ersehnte Bundesgenossenschaft Rußlands zu teil geworden wäre, um über Deutschland herzufallen. Kaiser Wilhelm beschloß deshalb, damit in diesem Wetteifer der beiden Völker, die Frankreichs Unversöhnlichkeit nicht enden ließ, das deutsche Heer nicht überflügelt werde, letzteres zunächst soweit zu vergrößern, daß es an Zahl dem französischen ungefähr gleichkomme. Es sollten die Infanterieregimenter um vier vermehrt, auch die Feldartillerie eine Vergrößerung erfahren. Die Zahl der jährlich auszuhebenden Mannschaften stieg dadurch um etwa 14 000, die Zahl der unter der Fahne Anwesenden um etwa 41 000 Mann; die gesamte Friedensstärke des deutschen Heeres betrug dann 486 400 Mann (ungerechnet die Einjährig-Freiwilligen). Die Ausführung dieses Planes wurde rasch vorbereitet und dem Reichstage im Dezember 1886 ein Gesetz zur Genehmigung vorgelegt, durch welches derselbe die einmaligen Ausgaben für die beabsichtigten Neueinrichtungen mit 150 Millionen Mark und die laufenden Kosten für die neuzubildenden Truppen mit 24 Millionen, sowie für die ganze Armee und Marine mit nunmehr

470 Millionen Mark auf die nächsten sieben Jahre, bis zum 1. April 1894, bewilligte.

Zur Begründung dieses Verlangens machte der Kriegsminister General Bronsart von Schellendorf geltend, daß Frankreich bei kleinerer Bevölkerung als Deutschland — dort 38, hier 47 Millionen Menschen — dennoch infolge seiner fortgesetzten Rüstungen jetzt eine Friedensstärke des Landheeres von 471 000 Mann (ohne die Offiziere) und eine Marine von 67 000 Mann, Rußland allein an Infanterie und Artillerie im Frieden 547 000 Mann und eine Marine von 26 000 Mann habe, während Deutschlands Friedensstärke bis jetzt nur 427 000 Mann der Armee und 13 000 der Marine betrage. So sei denn auch der jährliche Geldaufwand für die Land- und Seemacht in jenen Staaten ein weit größerer als in Deutschland, nämlich in Frankreich 826 Millionen Mark, in Rußland 785, in Deutschland bis jetzt nur 446. „Angesichts dieser Verhältnisse," schloß der Kriegsminister, „Verhältnisse, welche um so ernster ins Auge gefaßt werden müssen, als Deutschland in Anbetracht der erforderlichen Bereitschaft nach mehreren Seiten nicht die Streitmittel nur eines einzelnen Nachbarstaates in Rechnung ziehen kann, erwächst die Notwendigkeit, die Einrichtung und Stärke des deutschen Heeres der veränderten Lage anzupassen und Abhilfemaßregeln so umfassend und so bald als möglich eintreten zu lassen. Allerdings legt die erforderliche Vermehrung unserer Streitkräfte dem Reiche neue Opfer auf; aber nachdem unsere Nachbarn sich zu gleichen und größeren Opfern entschlossen haben, um ihre Angriffskraft uns gegenüber zu verstärken, haben wir nur die Wahl, ob wir diese neuen Opfer auf uns nehmen oder den bisherigen Grad der Sicherheit Deutschlands vermindert sehen wollen". Übrigens wies er darauf hin, daß auch nach Bewilligung des Geforderten die Militärlast des deutschen Reiches sehr erträglich bleibe, weil die Friedensstärke der Armee hier dann doch nur 1 Prozent der jetzigen Bevölkerung (in Frankreich $1^1/_5$), und die Jahreskosten 10 Mark für den Kopf der Bevölkerung (in Frankreich $21^1/_2$) betragen würden.

Auch der Sachverständigste unter den Reichstagsabgeordneten, der Feldmarschall Moltke, erhob seine Stimme für die verlangte Mehrbelastung, die von der Notwendigkeit geboten werde und das Mindeste sei, was zur Sicherung Deutschlands geschehen müsse. „Ganz Europa," sprach er, „starrt in Waffen; wir mögen uns nach links oder rechts wenden, so finden wir unsere Nachbarn in voller Rüstung. Durch große Opfer haben wir erreicht, was alle Deutschen seit so vielen Jahren ersehnten: das Reich, die Einheit Deutschlands. Möchten wir auch die Einigkeit der Deutschen in einer solchen Frage sehen, wie sie hier vorliegt! Die ganze Welt weiß, daß wir keine Eroberungen beabsichtigen. Möge sie aber auch wissen, daß wir das, was wir haben, behalten wollen, daß wir dazu entschlossen und gewappnet sind!"

Allein im Reichstage überwog der Parteigeist. Die Gegner der Regierung, die alten Fortschrittler und neuen „Deutschfreisinnigen" und die Ultramontanen,

vereinigten sich mit den ärgsten Feinden des Reiches, den Sozialdemokraten, Welfen, Polen und den französisch-gesinnten Elsaß-Lothringern, um unter Führung der Abgeordneten Richter und Windthorst die Militärvorlage zu Fall zu bringen. Die „Freisinnigen" wollten die Gelegenheit benutzen, um dem Parlament mehr Einfluß auf die Gestaltung des Heerwesens zu verschaffen; sie verlangten, daß der Bestand der Armee alljährlich oder spätestens alle drei Jahre mit dem Reichstage vereinbart werde, und da die Regierung auf dieses dem Wohle des Heeres zuwider laufende Ansinnen nicht einging — „wir wollen ein königliches, nicht ein Parlamentsheer haben," sagte Fürst Bismarck —; so lehnte die Mehrheit des Reichstages (am 14. Januar 1887) das Gesetz und damit die Verstärkung des Heeres ab.

Der Kaiser antwortete mit Auflösung des Reichstages, und seiner Berufung an das Volk wurde bei den Neuwahlen in seinem Sinne entsprochen. Viele, die bisher noch der Fortschrittspartei angehangen, empfanden nun die Wahrheit und Schwere der Vorwürfe, welche Bismarck schon oft gegen dieselbe erhoben und soeben in einer Rede auf dem Landtage, am 24. Januar 1887, erneuert hatte: „Ich tröste mich," sagte er, „über den Beschluß des Reichstages, der dessen Auflösung veranlaßt hat, bei dem Rückblick auf die Vergangenheit der letzten fünfundzwanzig Jahre. Da sehe ich, daß eben jeder Fortschritt der preußischen Monarchie und des deutschen Reiches von den Vertretern der Fortschrittspartei auf das bitterste und schärfste bekämpft worden ist. Sie hat die Militär-Reorganisation bekämpft, dann den dänischen Feldzug, dann den Krieg mit Österreich 1866 und überhaupt unsere Lösung der deutschen Frage. Sie hat gegen den norddeutschen Bund gestimmt und dessen Bildung erschwert. Sie hat dann unsere Rüstung gegen Frankreich bekämpft und im Herbst 1869 (durch den Abgeordneten Virchow) sogar einen Antrag auf Abrüstung gestellt. Sie hat darauf gegen die Verfassung des neuen deutschen Reiches gestimmt und vor wie nach Hemmschuhe und Hindernisse bereitet. Sie hat sich der Verstaatlichung der Eisenbahnen widersetzt und ist dem Schutze der inländischen Arbeit entgegengetreten. Kurz, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden und ist doch immer zustande gekommen. Deshalb gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß trotz der Gegnerschaft der Fortschrittspartei die Militärvorlage dennoch zustande kommen wird."

Diese Hoffnung trog nicht. Die „Freisinnigen" verloren bei den Reichstagswahlen eine große Anzahl Sitze an die regierungsfreundlichen Nationalliberalen und Konservativen, und die Centrumspartei mußte aus Rücksicht auf den soeben zwischen Kaiser und Papst geschlossenen Frieden von ihrem grundsätzlichen Widerspruche gegen alles, was von der Regierung kam, wenigstens vorläufig ablassen. So genehmigte denn der neue Reichstag im Frühling 1887 das vorgelegte Militärgesetz auf die verlangte siebenjährige Frist („Septennat") und zur Deckung der Ausgaben ein Finanzgesetz, welches durch höhere Besteuerung des Branntweins die Einkünfte des Reiches in entsprechen-

der Weise vermehrte. Die neuen Truppenteile — 31 Infanterie-Bataillone und 24 Batterieen Artillerie, außerdem 34 Eisenbahn-, Pionier- und Train-Kompanieen — wurden hierauf hergestellt; auch wurden die höheren Stäbe vermehrt.

Dieser Sieg der Regierung über ihre einheimischen Gegner, der ein Beweis war, daß im deutschen Volke die Vaterlandsliebe mächtiger sei, als die Parteisucht, sowie der Friedensschluß zwischen Preußen und dem Papste waren für das deutsche Reich zugleich Erfolge gegen den auswärtigen Feind, der nun wieder eine höhere Meinung von der Stärke und Einigkeit der deutschen Nation bekam. Frankreich vertagte daher jetzt seine Rachepläne von neuem, der Minister Boulanger wurde entlassen, und die Anzeichen eines nahe bevorstehenden Krieges verschwanden.

Um aber dem deutschen Reiche auch für die Zukunft die größtmögliche Sicherheit zu schaffen, vollendete Wilhelm I. die Rüstung durch eine neue große, das Werk krönende Maßregel. Er nahm noch eine und zwar eine sehr erhebliche Verstärkung der deutschen Wehrmacht vor, indem er ihren Kriegsstand um einen gewaltigen Betrag vermehrte. In Rußland dauerte die Zugehörigkeit der Wehrpflichtigen zum Kriegsheere 15, in Frankreich gar 20, in Deutschland nur 12 Jahre; jene Staaten verfügten daher im Kriegsfall über mehr Jahrgänge gedienter Mannschaften als das deutsche Reich. Diese bedrohliche Überlegenheit der Nachbarn zu beseitigen, ließ der Kaiser im Dezember 1887 dem Reichstage ein Gesetz behufs Ausdehnung der Wehrpflicht vorlegen, kraft dessen die Landsturmpflichtigkeit um drei Jahre, bis zum 45sten Lebensjahr, verlängert, und die ersten sechs Jahrgänge des bisherigen Landsturmes, vom 33. bis 39sten Lebensjahre, als „Landwehr zweiten Aufgebots", dem Kriegsheere zugewiesen wurden. Die Gesamtleistung im Kriegsfalle vermehrte sich dadurch um mindestens 400000 Mann, die Zahl der im Felde sofort verwendbaren ausgebildeten Wehrmänner aber um fast 700000. Im Verhältnis hierzu waren die Kosten nicht groß: die Umwandlung erforderte zunächst eine einmalige Geldausgabe von 24 und eine jährliche von 23 Millionen Mark, sodann an Kosten der Ausrüstung und Bewaffnung dieser neuen Hunderttausende von Kriegern eine einmalige Ausgabe von $278^1/_3$ Millionen Mark und eine jährliche von $3^1/_4$ Millionen. „Aber dafür können wir auch," sagte die Regierung, „in Zukunft eine Million Soldaten an der einen Grenze, eine Million an der anderen Grenze aufstellen und eine halbe Million noch in Reserve haben. Der außerordentliche Nutzen der Maßregel leuchtete denn auch jedermann ein. Am 8. Februar 1888 wurde das neue Landwehr- und Landsturm-Gesetz vom Reichstage genehmigt. Es war die letzte große That und ihr Gelingen die letzte Freude des greisen Kaisers.

Wilhelms I. Tod.

Weit über die Zeitgrenze, die gewöhnlich dem Leben des Sterblichen gesetzt ist, hatte ein gütiges Geschick das teure Leben Kaiser Wilhelms I. ver-

längert; in wunderbarer Rüstigkeit des Leibes und in voller Kraft des Geistes hatte er das neunzigste Jahr erreicht und näherte sich dem einundneunzigsten. Auch war ihm, seit er den Thron bestiegen, in seiner nunmehr siebenundzwanzigjährigen Regierung alles wohl, ja über Erwarten gut geraten, das Glück hatte ihn überschüttet mit seinen Gaben. Aber den Zoll der Menschlichkeit mußte zuletzt auch er zahlen. Der neunzigjährige Greis hatte den Schmerz, seinen Sohn an schwerer Krankheit dahin siechen zu sehen; seit Juni 1887 weilte der Kronprinz fern von ihm, suchte in England, dann in Italien Heilung. Im Februar 1888 traf den Kaiser in seiner Familie ein neuer Trauerfall: sein Enkel, Prinz Ludwig von Baden, ein hoffnungsvoller Jüngling, die Freude der Seinigen, ward von einer Krankheit plötzlich dahingerafft. Aber inzwischen begann auch die seltene Lebenskraft des Greises selbst zu versiegen; er kränkelte, ward im Januar und Februar 1888 schwächer und schwächer. Doch blieb sein Geist rege, und wie Friedrich der Große hat er in seinem Pflichtgefühl fast bis zum allerletzten Tage seines Lebens seine Regierungsarbeit verrichtet.

Am 5. März hatte er noch in großer geistiger Frische Vorträge gehört und Regierungsangelegenheiten erledigt; in den nächsten beiden Tagen sanken die Kräfte sehr, doch unterhielt er sich in seinem Bette, welches er selbst als sein Sterbebett bezeichnete, noch zeitweise mit seinem Enkel, dem Prinzen Wilhelm von Preußen über die Krankheit des in San Remo weilenden Kronprinzen und über politische und militärische Angelegenheiten. Mittags am 8. März ließ er den Reichskanzler kommen, erörterte mit ihm die politische Lage und richtete Worte des Dankes und der Anerkennung an ihn. Dann mischten sich Fieberphantasieen ein; wohl in der Meinung, daß Prinz Wilhelm sich über sein Bett beuge, sagte er zu Bismarck: „Den Kaiser von Rußland mußt du nur recht rücksichtsvoll behandeln, das wird nur gut für uns sein." Später legte er dem Fürsten Bismarck die Hand auf die Schulter und sagte: „Das hast du gut gemacht." Kräfte und Sinne gingen dann immer mehr zurück. Um 5 Uhr nachmittags versammelten sich die königliche Familie, der Reichskanzler, Feldmarschall Moltke und andere hohe Würdenträger im Sterbezimmer. Die Leibärzte unterstützten den Kaiser, welcher, die Hand seiner Gemahlin haltend, seine Tochter, die Großherzogin von Baden, und den Prinzen Wilhelm in unmittelbarer Nähe hatte. Auf Wunsch des Kranken trat der Oberhofprediger Kögel an das Lager und sprach Worte des Trostes und gläubiger Zuversicht. Mit schwacher, aber deutlicher Stimme wiederholte der Kaiser einige derselben, indem er sie als ihm besonders teuer und wahr bestätigte.

Dann rief er den Prinzen Wilhelm dicht an sich heran, sprach ihm von der Armee und Preußens gesamtem Volke, berührte Preußens Allianzen, mögliche Kriege der Nachbarvölker, sowie einzelne militärische Einrichtungen derselben. Die Großherzogin, die den Vater seine letzten Kräfte in diesem Gespräche verbrauchen sah, bat ihn, sich doch zu schonen; er antwortete: „Ich habe nicht mehr Zeit, müde zu sein."

Folgenden Tages frühmorgens war die königliche Familie und Dienerschaft wieder im kaiserlichen Palais am Bette des Kranken versammelt. Der Kaiser vermochte noch seinen nächsten Verwandten die Hand zu drücken. Ohne zu leiden verlebte er die folgenden Stunden in nur teilweise bewußtem Zustande. Unter den Gebeten des Oberhofpredigers und den Thränen der um sein Sterbelager Versammelten ist dann Kaiser Wilhelm um $8^1/_2$ Uhr vormittags Freitag den 9. März sanft und ohne Kampf zum ewigen Frieden eingegangen.

Draußen, vor dem Palais des sterbenden Kaisers, stand unterdessen in dichtgedrängten Scharen angstvoll harrend das Berliner Volk; da — um $8^1/_2$ Uhr — sank die Kaiserstandarte auf dem Palais: es war vollendet! Was die Tausende hier, was dann die ganze Stadt an diesem traurigen Märzmorgen empfand, das sprach in schönen, warmen Worten die Tagespresse aus; von den schwarzumränderten „Extrablättern" des 9. März sei eins (der Berliner „National-Zeitung") hier aufgenommen:

„Der Kaiser †.

22. März 1797. 9. März 1888.

In dieser Stunde hat sich ein welthistorisches Ereignis erfüllt: um $8^1/_2$ Uhr vormittags ist Kaiser Wilhelm nach kurzem Krankenlager gestorben. Der älteste und der ruhmreichste Fürst, der Begründer des Reichs, der Träger des monarchischen Gedankens, der sich in ihm glänzend und wunderbar verklärt, ist aus dieser Welt geschieden. Wie oft auch das hohe Alter des Kaisers sein Volk und die Welt an diesen Ausgang gemahnt hat — jetzt vor dem Geschehenen erschrecken wir wie vor einem Plötzlichen und Unerwarteten zurück. Ein dunkler Schatten war in dem letzten Jahre mit der Krankheit des einzigen, teueren Sohnes in sein glückliches Leben gefallen; ein Schatten, der gleichsam der Tribut der Menschlichkeit dem neidischen Geschicke gegenüber war. Aber das Glück blieb seinem Liebling auch darin treu, daß es ihn ohne Schmerz und ohne längere Qual von der erhabensten Stelle hinwegrief. Ein Gefühl unermeßlicher und unbeschreiblicher Trauer wird sich bei dieser tragischen Kunde unseres Volkes bemächtigen; von dem Erben des Reiches, den ein tückisches Leiden von dem Sterbebette des Vaters fern hielt, bis zu dem Ärmsten herab haben wir alle in diesen Augenblicken nur ein Herz und einen Gedanken. Der Held ist nicht mehr, der unser Volk in Waffen von Sieg zu Sieg führte, der Friedensfürst ist nicht mehr, dessen Weisheit und Gerechtigkeit Europa sechzehn Jahre lang vor einem verwüstenden Kriege schirmte, der König ist nicht mehr, der als hochbetagter Greis mit männlicher Kraft und Geisteshoheit sein Königsamt verwaltete und der Frage der Zukunft Bahn und Ziel zu bereiten suchte. Eine scheinbar unendliche, unausfüllbare Lücke gähnt vor uns auf. Einmütig aber, jede Parteiung von sich weisend, steht das Volk an der Bahre seines großen Kaisers, stolzer darf es auch in seinem Schmerze sein Haupt erheben,

denn es fühlt sich umwittert von dem Geisteshauche und dem Ruhme des Gestorbenen; einmütig schart es sich um den Erben des Reichs und sieht getrost und gefaßt, nach dem zerschmetternden Wetterschlage der Zukunft entgegen."

Wenige Stunden nach dem Tode des Kaisers versammelte sich im Reichstagsgebäude der Reichstag, und Fürst Bismarck erschien tiefbewegt und verkündete amtlich den Tod Wilhelms I. und den damit verbundenen Übergang der preußischen Königskrone und deutschen Kaiserwürde an Friedrich III. Er gedachte der letzten Stunden des Entschlafenen; die Trauer übermannte ihn, man sah den eisernen Kanzler weinen. Er zeigte die letzte Unterschrift vor, die der Kaiser, pflichteifrig bis in den Tod, tags zuvor mit zitternder Hand auf seinem Sterbebette noch gegeben; er gedachte auch der Befriedigung, die derselbe über die Einmütigkeit empfunden, mit welcher alle Fürsten Deutschlands und der ganze Reichstag die große Wehrvorlage genehmigt hätten, und berichtete, daß der Kaiser noch am Tage vor seinem Tode zu ihm geäußert, dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation habe ihn gestärkt und erfreut. Bismarck schloß mit den Worten: „Die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allem die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserm dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat. Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von uns allen, die wir an den Geschäften des Vaterlandes mitzuwirken haben, in Hingebung, Arbeitsamkeit und Pflichttreue treu wird bewahrt werden!"

Schluchzen hatte seine Rede unterbrochen, und Thränen begleiteten ihr Ende. Er bemeisterte dann seine Rührung im Hinblick auf die Arbeit, die sein Amt, vielfältig und schwierig zumal in diesem Zeitpunkt, mit sich brachte. „Des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr hält uns im Gleise," sprach er zu dem Genossen seiner Mühen, seines Ruhmes und jetzt seiner Trauer, dem Feldmarschall Moltke.

Inzwischen flog die Drahtschrift, das große Ereignis berichtend, rings um die Erde.

Kaiser Wilhelm tot! Durch alle Lande ging erschütternd, noch allgemeiner erschütternd als einst vom Hinscheiden des großen Friedrich, die Trauerkunde, und alle Völker fühlten mit. Denn über die ganze Erde war der Ruhm dieses Monarchen gedrungen, und auch der Feind empfand bei seinem Namen ehrfürchtige Bewunderung. Einmütig bekannte die Welt: die Menschheit hatte einen Mann verloren, der ihr zu Ehren auf ihren Höhen stand.

Aber die Deutschen, und am meisten die Preußen, die ihm angehörten wie Kinder dem Vater, sie hatten mehr verloren. Der eine Zierde der Mensch-

heit war, ihnen war er zugleich der Stolz ihrer Nation, die er unter den Völkern der Erde erhöht hat. An dem die Augen der Welt hingen, der sieggekrönte Held, der feste Hort des Friedens, ihnen war er zugleich die Freude ihres Herzens, dem dieses Vorbild alles Guten und Erhabenen näher stand als je ein Fürst. Auch freuten sie sich seiner, wie selten ein Volk sich seines Herrschers gefreut hat. Des war der Jubel Zeuge, der überall, wo Kaiser Wilhelm erschien im Deutschen Reiche, emporstieg. Und nun — nie wieder umhallte der Jubelruf den hehren Greis, der dem Herzen seiner Preußen so teuer war! Die Stimme ihrer Liebe und Dankbarkeit durfte sich niemals wieder zu ihm erheben; sein ehrwürdiges, mildes Antlitz sollten sie niemals wieder sehen!

Doch lebt er fort samt seinem Wollen und Vollbringen in ihren Seelen. Hell auf leuchtet bei seinem Namen vor ihrem geistigen Auge sein ganzes ruhm- und segensreiches Regentenleben, und die Erinnerung senkt sich als Lorberkranz auf sein Grab.

Die Ehre Preußens war verpfändet, seine Großmachtstellung schwankend, und die stoffliche Grundlage seines Staatswesens, Volkszahl und Landgebiet, unzureichend zu würdiger Erfüllung seines Berufes in der Welt, als König Wilhelm den Thron bestieg. Er hat in einem an Mühen und Kämpfen aller Art reichen Jahrfünft Preußens Ehre bei Düppel und bei Königgrätz eingelöst; er hat dem preußischen Staate die Leitung der deutschen Dinge verschafft und ihn durch seine Eroberungen so erweitert, daß er seitdem den anderen Großmächten vollkommen ebenbürtig und auch an sich gewachsen war. So reiht sich seine Regierung würdig an die Heroenzeit Preußens unter Friedrich dem Großen, dessen Vollender Wilhelm I. gewesen ist.

Der echte Preuße war auch ein guter Deutscher. König Wilhelm bewies von neuem die alte Wahrheit, daß, was Preußen erwirbt, für Deutschland gewonnen ist. Der Traum von Millionen deutscher Vaterlandsfreunde, was Menschenalter hindurch das deutsche Herz ersehnte, er hat es verwirklicht, hat die deutsche Einheit gestiftet, das deutsche Reich gegründet.

Dann, nachdem dies Hauptwerk seines Lebens gethan, das preußisch-deutsche Kaisertum errichtet war, nachdem er Deutschland an die Spitze der Nationen wie sein Heer zum ersten in der Welt erhoben, da hat der ruhmbedeckte Kriegsfürst die ungeheure Macht, die in seiner Hand lag, nicht, wie einst Napoleon I., zu Zwecken der Raub- oder Ehrsucht gebraucht, sondern er hat als guter Hirte seiner Völker dem ringsbeneideten Reiche Jahr auf Jahr den Frieden zu bewahren gewußt, und im Schutze dieses Friedens hat er nicht bloß treulich mit landesväterlicher Arbeit den Bedürfnissen der Gegenwart gedient, sondern auch vorsorgend durch höchste Steigerung der deutschen Wehrmacht dem Reiche die stärkste Bürgschaft seiner äußeren Sicherheit hinterlassen und für dessen inneres Gedeihen durch manche große That, zumal durch die Gründung deutscher Kolonieen jenseit des Weltmeeres, sowie durch die Einrichtungen zur Heilung sozialer Schäden hoffnungsreiche Keime ausgestreut zu schönen Ernten der Zukunft.

Endlich — nicht das geringste seiner Verdienste — Wilhelm I. hat den monarchischen Charakter unseres Staatswesens, ohne welchen dasselbe der Parteiwut verfallen und sich auflösen müßte, festgehalten und der monarchischen Gesinnung des Volkes durch das, was er als König geleistet, neues, starkes Leben verliehen. Wie tief war das Königtum, als er den Thron bestieg, in der Meinung eines großen Teiles der gebildeten Gesellschaft gesunken! Man glaubte, es gehe seinem Verfalle entgegen, und die Zukunft gehöre der Republik. Als er starb, da stand das Königtum so glänzend da, wie nur je in den alten Zeiten. Denn der preußische König war es gewesen, der den Staat groß und Deutschland einig gemacht, der die deutsche Nation an die Spitze der Völker gehoben, der endlich zur Lösung der sozialen Frage, vor der alles rat- und thatlos gestanden, den ersten großen Schritt gethan hatte. Diese Wiederherstellung dankte ihm das Königtum, weil er ein Selbstherrscher war; er war es nicht zwar in dem ehemaligen absolutistischen Sinne des Wortes, aber indem er nach alter guter Hohenzollernart sich um alles Wichtige, was im Staate geschah und geschehen sollte, selber aufs sorgfältigste und gewissenhafteste bekümmerte, weil er mit regstem Pflichteifer und ungewöhnlicher Arbeitskraft alle, die kleinen wie die großen, Obliegenheiten seines Amtes erfüllte, und weil er, selber sehend, denkend, arbeitend, nichts in seinem Namen geschehen ließ, wofür er die Verantwortung vor seinem eigenen Gewissen zu übernehmen nicht vermocht hätte.

Es kommen denn auch nicht bloß einzelne, sondern alle großen Erfolge seiner Regierung wesentlich auf Rechnung seiner persönlichen Entschließung und Thätigkeit. Er stand schon an der Schwelle des Greisenalters, als er die Regierung überkam; aber er vereinigte in sich mit der Weisheit, die den Greis auszeichnen soll, die Kühnheit und Rührigkeit des Jünglings und die zähe Festigkeit des Mannes. Und zu diesen Eigenschaften besaß er die seltneren: die Fähigkeit, sich selbst zu überwinden und das strengste Pflichtgefühl. Man hat ihn den Siegreichen zubenannt; allein dieses Beiwort trifft nicht den Kern der Sache; es wird seinem Verdienste nicht gerecht. Denn siegreich kann auch ein Fürst heißen, für den seine Diener die Siege vorbereiten und gewinnen, während er selbst zu allem nur den Namen giebt. So ist es nicht mit König Wilhelms Siegen gewesen. Er selbst hat sie vorbereitet, hat sie mit ganz persönlicher Arbeit und mit Einsetzung und Durchsetzung seines eigenen Willens, seiner eigenen Meinung möglich gemacht, indem er das notwendige Mittel und Werkzeug dazu, die große Heeresreform von 1861, trotz allen Widerspruches und aller Schwierigkeiten, die ihm dabei bereitet wurden, beschloß und ausführte. Und nachdem er die preußische Armee zu dem gemacht, als was sie dann 1866 und 1870 sich erwiesen, da hat König Wilhelm sie nicht — wie es wohl einst der siegreiche Ludwig XIV. mit seinem Heere that — allein in die Gefahr und Mühsal des Krieges geschickt; sondern er ist, trotz seines Greisenalters, stets selbst an ihrer Spitze ins Feld und in die Schlacht gezogen.

Freilich hat er vortreffliche Gehilfen an seinen obersten Dienern gehabt, an Bismarck, Moltke, Roon, um nur die größten Namen zu nennen. Aber, daß er sie gehabt, und daß er so gut bedient worden wie nie ein König, dies ist ebenfalls sein Verdienst. Denn niemand als er selbst hat diese Diener ausgewählt und, was noch viel mehr sagen will, mit unentwegter Treue gegen alle Anfeindungen beschützt und an ihren hohen Posten erhalten. Bismarck mit allen seinen Gaben hätte weder unter Friedrich Wilhelm dem Dritten noch dem Vierten die Stellung erreichen können, die er in der Geschichte einnimmt; „so großartig angelegt auch Bismarcks Persönlichkeit ist", heißt es sehr richtig in der schon einmal erwähnten Beurteilung dieses Staatsmannes weiter*), „zur vollen Geltung konnte sie doch nur unter einem Regenten wie Wilhelm I. kommen, dessen Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit ihn dahin bringt, dem Rate seines ersten Ministers selbst in Fällen zu folgen, wo die eigene Neigung sich dagegen sträubt, wie bei dem Kriege von 1866 mit Österreich." Denn eine strenge Sachlichkeit in einem Maße, wie sie selten gefunden wird, und wie sie sich höchstens noch bei Friedrich dem Großen gefunden hat, gehörte zu den hervorstechendsten und nützlichsten Tugenden Wilhelms I. Von ihr geleitet, ordnete er seine persönlichen Wünsche und Stimmungen allemal unbedingt dem Bedürfnis des Staates unter, und derselben Disciplin unterwarf er seine Familie, seine Verwandten, auch den, der am nächsten seinem Throne stand, seinen Sohn. Jedes an seinem Ort und jeder an seiner Stelle, und nirgendwo anders, das war der fruchtbare Grundsatz seiner Regierungskunst; es drückte sich darin sein militärischer Sinn für Ordnung aus. Darum hat er auch niemals einen Vertrauten gehabt, einen Freund, durch den man allenfalls bei ihm etwas hätte erreichen oder durchsetzen können. Er fühlte und benahm sich bei größter persönlicher Bescheidenheit und Anspruchlosigkeit doch stets als König; selbst die höchstgestellten seiner Diener mußten ein jeder in seinem Kreise bleiben, wurden in diesem aber auch ganz und voll von ihm anerkannt und unterstützt; sie konnten sich auf ihn verlassen. Dabei war sein Verkehr mit ihnen zwar voll Würde, aber auch voll der Freundlichkeit, die aus einem milden, wohlmeinenden Gemüte kommt, und voll der Rücksichtnahme, die ein Monarch seinen wohlverdienten Gehilfen schuldet. Es ist bekannt, mit wie begeisterter Liebe die Paladine des Kaisers, voran der Fürst Bismarck, an ihm hingen; daran hatte jene Treue und überhaupt die herzgewinnende Persönlichkeit Wilhelms I. ihren großen Anteil. Wer ihn nur aus seinen Staats- und Kriegshandlungen kannte, der bewunderte ihn; wer seiner Person nahe kam, der liebte ihn auch.

„Nie hat es", so schilderte den Lebenden einmal Fürst Bismarck in einem Privatgespräche**), „nie hat es einen Menschen von schlichterem, großmütigerem, menschlicherem Charakter gegeben, als der Kaiser ist. Personen seines Ranges, Fürsten von Geburt pflegen sich für ganz verschieden von

*) v. Unruh a. a. O.

**) Bismarck nach dem Kriege. Von * * * Leipzig 1883, S. 131.

allen andern Sterblichen zu halten; so denkt er nicht. Er fühlt stets menschlich. Auch hat er nie in seinem Leben absichtlich jemandem Unrecht gethan oder jemandes Gefühl verletzt. Immer ist er beschäftigt und besorgt um das Wohlsein seiner Unterthanen und seiner Umgebung, deren Herzen ihm sein gütiges Naturell gewinnt. Es ist nicht möglich, sich einen schöneren, liebenswürdigeren und wohlthätigeren Typus eines Edelmannes zu denken mit allen hohen Eigenschaften eines Fürsten und den Tugenden eines Menschen. In gewisser Beziehung hat er Ähnlichkeit mit seinem Vorfahr Friedrich Wilhelm I. Jener hatte dieselbe Schlichtheit des Charakters, lebte einfach und zurückgezogen, führte ein wahres Familienleben, besaß alle republikanischen Tugenden. So ist auch unser Kaiser; es würde ihn selbst der eingefleischteste Republikaner bewundern, wenn sein Urteil unparteiisch wäre."

Diese zugleich liebenswürdige und ehrfurchtgebietende Persönlichkeit des Kaisers hat denn auch sehr viel dazu gethan, die neue Ordnung der Dinge, welche er der deutschen Nation schuf, in den Gemütern zu befestigen und selbst viele unter den Gegnern, die er hatte bezwingen und dem Wohle des Ganzen unterwerfen müssen, zu versöhnen. Es war gewiß eine große Gunst des Schicksals, daß der Gründer der deutschen Einheit es zu einem so außerordentlich hohen und rüstigen Greisenalter brachte, daß es ihm durch ein über die gewöhnliche Dauer des Menschendaseins so weit verlängertes Leben vergönnt war, sein großes Werk zu befestigen. Er selbst hat mit frommem Sinne die Fügung Gottes in seinem Leben erkannt und oftmals dankbar gepriesen. Und er hatte wohl Grund dazu.

Blickte er zurück auf den Weg, den er durchs Leben genommen, wie wunderbar und gnadenreich hatte ihn die Vorsehung geführt! Er schaute zurück in die Trauerzeit seiner Kindheit, in die Tage von Tilsit und Memel; da sah er die Not und Schmach des Vaterlandes, den stummen Gram seines Vaters, die Thränen seiner Mutter und den Hohn und Übermut ihres Besiegers Napoleon. Er schaute auf sein Mannesalter; da sah er das fruchtlose Streben seines Bruders und des deutschen Volkes nach einer Einigung Deutschlands, endigend mit schimpflicher Niederlage. Aber dann, als schon sein Lebensabend genaht war, als er die Krone Preußens auf sein Haupt gesetzt, da kam all das Große und Herrliche, was seinen Namen unsterblich macht: er rächte Preußen an seinen Feinden und erhob es höher, als es je gestanden; er einigte Deutschland, und vor seinem Schwerte sank der letzte Nachfahre jenes Napoleon in den Staub, der einst seine Mutter beleidigt hatte. Der Sohn des Besiegten von Jena, der Sieger von Königgrätz und Sedan und Stifter des neuen deutschen Kaiserreiches, er konnte den Lobgesang Simeonis anstimmen: Herr, nun lässest du deinen Knecht in Frieden fahren! Denn auch seine Augen hatten großes Heil gesehen; irdisches, aber voll göttlicher Fügung.*)

*) Vgl. K. Treusch v. Buttlar, Die Schriften zur Hundertjahrfeier Kaiser Wilhelms I., Forsch. 1898, X. S. 359 ff.



Friedrich III.

Es ist dem Sohne Wilhelms I. nicht vergönnt gewesen, seinen großen Vater auf dem Throne mit Thaten fortzusetzen; dennoch ist sein Name mit Ehren in die Geschichte eingezeichnet.*) Denn auch er gehört zu den Begründern des großen Werkes seiner Zeit, der deutschen Einheit. In den Kriegen von 1866 und 1870 an die Spitze einer Armee gestellt, zeigte sich Kronprinz Friedrich seiner Aufgabe gewachsen, und leistete Tüchtiges, obgleich er nicht wie sein Vater oder wie sein Vetter Friedrich Karl mit Leib und Seele Soldat war. Er führte die militärischen Aufgaben eines Feldherrn nur deshalb vortrefflich durch, weil er seinem Generalstabschef durchaus vertraute und die Verantwortung bereitwillig auf sich nahm.**) Aber noch mehr als durch seinen Anteil an jenen Kriegserfolgen hat er durch seine Persönlichkeit für Deutschlands Einigung gewirkt. Sein stattliches Äußere, sein leutseliges, frohsinniges Wesen, seine Begeisterung für alles Schöne und Edle, seine Offenheit, Geradheit und Herzlichkeit und seine kernige Beredsamkeit nahmen jedermann ein; sie eroberten ihm auch im Fluge die Herzen der Süddeutschen, die er mit seinen Preußen Schulter an Schulter von Sieg zu Sieg führte. Er ward bei ihnen fast beliebter als in seiner engeren Heimat; sie nannten ihn „unsern Fritz“ und lernten durch ihn sich mit dem einst so gehaßten Preußentum befreunden. Der günstige Eindruck, den er auf sie während der Kriegszeit gemacht, ward dann im Frieden bei den Besuchen, die er alljährlich zu amtlicher Besichtigung der süddeutschen Truppen im Süden Deutschlands abstattete, befestigt und vertieft. Er selbst ging mit freudiger Hingebung in die neue Ordnung der Dinge ein; man konnte sagen: er sei mehr deutsch als preußisch gesinnt.

Dies war einer der Unterschiede, die zwischen seiner und seines Vaters Art bestanden. Sie hatten ja manches gemein: humanen Sinn, Mäßigkeit im Genuß, Sparsamkeit, ernste, sittliche Lebensführung, wie denn beide musterhafte Gatten und Väter waren. Aber im ganzen überwog doch die Verschiedenheit. Der Kronprinz war nicht wie Wilhelm I. von Neigung und Anlage ein Militär. Er haßte den Krieg. Am Abend des Siegestages von Wörth sagte er zu einem Vertrauten in großer Bewegung: „Ich verabscheue dies Gemetzel; ich habe nie nach Kriegsehre gestrebt. Ohne Neid hätte ich solchen Ruhm jedem anderen überlassen, und es wird gerade mein Schicksal, aus einem Kriege in den andern, von einem Schlachtfeld über das andere geführt zu werden und in Menschenblut zu waten, bevor ich den Thron meiner Vorfahren besteige. Das ist ein hartes Los.“ Er liebte im Grunde nur die Werke des Friedens. In diesem weichen Gemüte steckte gleichwohl hoher fürstlicher Stolz, wie denn aus diesem in tiefstem Grunde die Kaiseridee erwachsen war. Der Gedanke, daß der König von Preußen die Führung

*) M. Philippson, Friedrich III. als Kronprinz und Kaiser, Berlin 1893.
**) G. Freytag, Der Kronprinz und die Kaiserkrone, Leipzig 1889.

Deutschlands unter dem Titel eines deutschen Kaisers übernehmen solle, wurde 1870 am eifrigsten von ihm verfochten. Friedfertig und ein Verehrer der Musen war er stets bereit, für Kunst und Wissenschaft einzutreten. Er hat auch um sie manches Verdienst sich erworben; z. B. bei der Schöpfung des Berliner Gewerbemuseums, welches ohne ihn nicht in so mustergiltiger Formenreinheit vollendet worden wäre. Er legte auch nicht so viel Wert auf Machtfülle des Königtums wie sein Vater; er war vielmehr ein Freund parlamentarischer Regierungsweise. Die freisinnige Partei hoffte, daß dereinst unter ihm die Tage ihrer Herrschaft anbrechen würden. Er hatte ja zur Zeit des Verfassungsstreites mit ihr sympathisiert und wie sie die innere und äußere Politik Bismarcks in jener Zeit gemißbilligt. Aber die Kronprinzen in ihrer unverantwortlichen, außerhalb der Geschäfte befindlichen Stellung sind stets liberaler gewesen als die Könige. Mehr wirkliche Berechtigung, von ihm viel für sich und ihre Sache zu hoffen, hatten gewiß die Männer der Kunst und Wissenschaft.

Wie dem auch sei, die Erwartungen, die sich auf diesen Nachfolger Wilhelms I. richteten, die Pläne, vielleicht die Träume, die er selber seinem künftigen Herrscheramte entgegen trug, sollten sich nicht erfüllen. Nicht der Ölzweig des Friedensfürsten, nicht um die Krone ein Blumenkranz aus den Händen der Musen und der Grazien war ihm beschieden, sondern die Palme des Märtyrers.

Im Anfang des Jahres 1887 entwickelte sich in dem scheinbar von Gesundheit und Kraft strotzenden Körper des erst in der Mitte der Fünfziger stehenden Mannes ein Halsübel, welches aller ärztlichen Versuche, es zu beseitigen, spottete. Es war eine Geschwulst am Kehlkopfe, die der in Halskrankheiten wohlerfahrene Berliner Arzt Professor Gerhardt zuerst für einen Polypen hielt und demgemäß behandelte, dann aber, weil ihre Entfernung nicht gelang, als bösartigerer Natur erkannte. Auf seinen Antrag wurde am 16. Mai ein besonders auch als Chirurg hervorragender Arzt, der Professor v. Bergmann hinzugezogen; dieser erklärte sofort, daß Krebs vorliege. Seinem Urteile schlossen sich Gerhardt und ein dritter ebenfalls mit der Untersuchung beauftragter Berliner Arzt von Ruf, Professor Tobold an. Einstimmig forderten sie eine Operation zur Entfernung der Geschwulst. Dieselbe war damals noch klein; es handelte sich nicht um eine ganze oder teilweise Ausschneidung des Kehlkopfes, sondern lediglich um Spaltung desselben behufs Entfernung der unter dem linken Stimmbande befindlichen Wucherung; eine Operation, die nicht für sehr gefährlich gilt, und die man mit gutem Erfolge selbst an Greisen und Kindern vorgenommen hat. Bergmann versicherte, diese Operation, die er selbst auszuführen bereit sei, werde den Kronprinzen retten und ihm nicht einmal die Stimme nehmen, die nach derselben zwar rauh und heiser sein, aber hinreichend verständlich bleiben werde. Der Kronprinz und seine Gemahlin willigten ein, und die Operation wurde auf den 21. Mai verabredet. Aber inzwischen war noch ein anderer Ratgeber eingetroffen; der

Kronprinz hatte auf den Vorschlag seines Leibarztes Wegener den englischen Kehlkopfgelehrten Morell Mackenzie berufen. Dieser behauptete sofort bei der ersten Untersuchung, die Krankheit sei kein Krebs. Die Operation wurde daraufhin vertagt, und ein dem Kehlkopf des Kranken von Mackenzie entnommenes Stückchen Schleimhaut dem Professor Virchow zur mikroskopischen Untersuchung übersandt. Derselbe berichtete, er habe in dem ihm Vorgelegten nichts Krebsartiges gefunden; ein Ergebnis, dessen Wichtigkeit leicht überschätzt werden konnte und es ward. Denn auf Virchows Urteil, sowie auf seine eigene Erfahrung sich berufend, versicherte nun Mackenzie am 24. Mai aufs bestimmteste, die Geschwulst sei gutartig, und er werde den Kranken ohne die vorgeschlagene Operation heilen. Das kronprinzliche Ehepaar glaubte ihm und wurde hierin dadurch bestärkt, daß ein zweites, auf eine neue mikroskopische Untersuchung begründetes Urteil Virchows abermals für Mackenzies Auffassung günstig ausfiel. Letzterer erklärte die Geschwulst für eine harmlose Warze, und Virchow bestätigte, daß das ihm vorgelegte Gewebstückchen von dieser Art sei (9. Juni). Nun ward dem englischen Arzte, der, wenn man ihm unbedingt folge, in acht Wochen Heilung verhieß, von dem kronprinzlichen Ehepaare ganz und ausschließlich die Behandlung der Krankheit übertragen. Zugleich beschloß der Kronprinz eine Reise nach England zum Regierungsjubiläum der Königin Viktoria anzutreten; dort sollte ihn Mackenzie weiter behandeln. Bergmann und Gerhardt waren über das Bedenkliche dieser Reise nicht im Zweifel; ersterer erhielt eine Audienz beim Kaiser, stellte ihm in derselben (am 10ten) die Sachlage unverhüllt vor und sprach den Wunsch aus, daß Gerhardt den Kronprinzen nach England begleite, um dafür zu sorgen, daß Mackenzie nicht zu lange seine vergeblichen Heilversuche mache, sondern daß zu einer Zeit, wo noch Rettung möglich, der Kronprinz zurückkehre. Kaiser Wilhelm war tief ergriffen; aber er konnte nur antworten: „Mein Sohn ist 56 Jahre alt, die letzte Entscheidung über seine ärztliche Behandlung kann ihm nicht entzogen werden.“

So ging denn das Verhängnis seinen Gang. Mitte Juni fand die Reise statt; die Berliner Ärzte hatten nur erlangt, daß Mackenzie versprach, sofort eine Operation eintreten zu lassen, sobald die Geschwulst weiter wachse. Letzteres geschah, wie der dem Gefolge des Kronprinzen als chirurgischer Berater des Leibarztes Wegener beigegebene Dr. Landgraf schon im Juli bemerkte. Aber Mackenzie wollte nichts wahrnehmen, wenigstens nichts Schlimmes, und als am 7. August Wegener auf Landgrafs Andringen bei Mackenzie eine neue Beratung mit den Berliner Ärzten beantragte, lehnte dieser es ebenso ab, wie den Hinweis auf die Gefahr eines längeren Aufschubs der Operation, falls die Geschwulst Krebs sei; er beharrte hartnäckig dabei, letzteres zu leugnen, und erfüllte die Zeitungen mit unwahren Berichten über den guten Fortgang seiner Kur. So verrann Monat auf Monat. Im September schickte Mackenzie den nach seiner Behauptung beinahe wieder hergestellten Kranken behufs Luftwechsel nach Toblach in Tirol, einige Wochen

darauf (7. Oktober) nach Baveno und dann (3. November) nach San Remo in Oberitalien. Hier aber machte sich die von ihm großgezogene und hartnäckig geleugnete Krankheit so deutlich, daß er ihren wahren Charakter endlich (6. November) eingestehen mußte. Allein jetzt war es zu spät. Die sofort nach San Remo berufenen deutschen Ärzte konnten nichts mehr helfen; sie haben vor aller Welt erklärt, die Schuld dieses Zuspät müßten sie dem Arzte beimessen, der das Wachsen der Geschwulst in England übersehen und selbst dann abgestritten habe, als es ihm gegenüber aufs bestimmteste behauptet worden sei. Jetzt konnte die Krankheit nur noch durch Ausschneidung des ganzen Kehlkopfes beseitigt werden, und diese Operation war lebensgefährlich, ja ihr Erfolg sogar unwahrscheinlich. Auf den Wunsch der Kronprinzessin und nach dem Entschluß des Kronprinzen selber wurde von ihr abgesehen.

Das Übel nahm nun seinen Fortgang; im Februar verschwoll der Kehlkopf, und es mußte, um den Kranken vor Erstickung zu bewahren, der Luftröhrenschnitt vorgenommen werden, eine Operation, die der aus Berlin hergesandte Dr. Bramann am 9. Februar mit Geschick vollzog. Seitdem hatte der Kranke die Sprache verloren; das Atmen geschah nur noch durch eine in den Hals gesteckte metallene Röhre und die Äußerung seiner Gedanken nur durch Mienen und Schrift.

In diesem Zustande traf ihn die Nachricht von dem Tode seines Vaters. Hätte er auf die Thronfolge verzichten sollen? Er meinte, als Herrscher noch nützen zu können, und in den Amtsverrichtungen, zu denen ihn seine Krankheit und der Verlust der Sprache unfähig machten, konnte er sich durch seinen Sohn, den Prinzen Wilhelm vertreten lassen. Auch hatte er längst beschlossen, trotz seiner Krankheit den Thron zu besteigen. Nachdem er das Staatsministerium in Berlin von seiner demnächst bevorstehenden Ankunft benachrichtigt und dasselbe die Geschäfte wie bisher weiterzuführen angewiesen hatte, reiste er am 10. März mit seiner Gemahlin und seinen Töchtern, den treuen Gefährten seiner Leidenszeit, von San Remo ab. Am 11ten abends war er in Charlottenburg, wo er fürs erste zu wohnen gedachte, angelangt.

Zugleich erschienen zwei Kundgebungen des neuen Königs von Preußen, Friedrichs III.*), eine Ansprache an das preußische Volk und ein Erlaß an den Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten.

„An mein Volk!

Aus seinem glorreichen Leben schied der Kaiser.

In dem vielgeliebten Vater, den Ich beweine, und um den mit Mir Mein königliches Haus in tiefstem Schmerze trauert, verlor Preußens treues Volk seinen ruhmgekrönten König, die deutsche Nation den Gründer ihrer Einigung, das wiedererstandene Reich den ersten deutschen Kaiser!

*) Da er in seiner frühesten Jugend „Prinz Friedrich“ und auch in der Familie und im Volksmunde „Fritz“ genannt wurde, nahm er nicht den Namen Friedrich Wilhelm V. an, sondern „Friedrich III.“ S. Philippson, a. a. O., S. 264 f.



Unzertrennlich wird Sein hehrer Name verbunden bleiben mit aller Größe des deutschen Vaterlandes, in dessen Neu-Begründung die ausdauernde Arbeit von Preußens Volk und Fürsten ihren schönsten Lohn gefunden hat.

Indem König Wilhelm mit nie ermüdender landesväterlicher Fürsorge das preußische Heer auf die Höhe seines ernsten Berufes erhob, legte Er den sicheren Grund zu den unter Seiner Führung errungenen Siegen der deutschen Waffen, aus denen die nationale Einigung hervorging. Er sicherte dadurch dem Reiche eine Macht-Stellung, wie sie bis dahin jedes deutsche Herz ersehnt, aber kaum zu erhoffen gewagt hatte.

Und was Er in heißem, opfervollem Kampfe Seinem Volke errungen, das war Ihm beschieden durch lange Friedens-Arbeit mühevoller Regierungsjahre zu befestigen und segensreich zu fördern.

Sicher in seiner eigenen Kraft ruhend, steht Deutschland geachtet im Rate der Völker und begehrt nur des Gewonnenen in friedlicher Entwickelung froh zu werden.

Daß dem so ist, verdanken wir Kaiser Wilhelm, Seiner nie wankenden Pflichttreue, Seiner unablässigen, nur dem Wohle des Vaterlandes gewidmeten Thätigkeit, gestützt auf die von dem preußischen Volke unwandelbar bewiesene und von allen deutschen Stämmen getheilte opferfreudige Hingebung.

Auf Mich sind nunmehr alle Rechte und Pflichten übergegangen, die mit der Krone Meines Hauses verbunden sind, und welche Ich in der Zeit, die nach Gottes Willen Meiner Regierung beschieden sein mag, getreulich wahrzunehmen entschlossen bin.

Durchdrungen von der Größe Meiner Aufgabe, wird es Mein ganzes Bestreben sein, das Werk in dem Sinne fortzuführen, in dem es begründet wurde, Deutschland zu einem Horte des Friedens zu machen und in Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen, sowie mit den verfassungsmäßigen Organen des Reiches wie Preußens, die Wohlfahrt des deutschen Landes zu pflegen.

Meinem getreuen Volke, das durch eine jahrhundertelange Geschichte in guten wie schweren Tagen zu meinem Hause gestanden, bringe ich Mein rückhaltloses Vertrauen entgegen. Denn Ich bin überzeugt, daß auf dem Grunde der untrennbaren Verbindung von Fürst und Volk, welche, unabhängig von jeglicher Veränderung im Staatenleben, das unvergängliche Erbe des Hohenzollernstammes bildet, Meine Krone allezeit ebenso sicher ruht, wie das Gedeihen des Landes, zu dessen Regierung Ich nunmehr berufen bin, und dem Ich gelobte, ein gerechter und in Freud wie Leid ein treuer König zu sein.

Gott wolle Mir Seinen Segen und Kraft zu diesem Werke geben, dem fortan Mein Leben geweiht ist!

Berlin, den 12. März 1888.

Friedrich."

Der an den Fürsten Bismarck gerichtete Erlaß entwickelte das Programm, nach welchem der neue Herrscher seine Regierung zu führen wünschte; derselbe lautete:

„Mein lieber Fürst!

Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfniß, Mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters zu wenden. Sie sind der treue und muthvolle Rathgeber gewesen, der den Zielen Seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat.

Ihnen bin Ich und bleibt Mein Haus zu warmem Dank verpflichtet.

Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung Meiner Regierung maßgebend sein sollen.

Die Verfassungs- und Rechts-Ordnungen des Reiches und Preußens müssen vor allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es sind daher die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlaßt.

Die Förderung der Aufgaben der Reichsregierung muß die festen Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preußische Staat sicher geruht hat. Im Reiche sind die verfassungsmäßigen Rechte aller verbündeten Regierungen ebenso gewissenhaft zu achten wie die des Reichstages; aber von Beiden ist eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen. Dabei ist im Auge zu behalten, daß diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und daß neu hervortretenden, unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maße Genüge geleistet werden muß.

Die nothwendige und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben sehe Ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes, Meines erprobten Heeres und der aufblühenden Marine, der durch Gewinnung überseeischer Besitzungen ernste Pflichten erwachsen sind. Beide müssen jederzeit auf der Höhe der Ausbildung und der Vollendung der Organisation erhalten werden, welche deren Ruhm begründet hat, und welche deren fernere Leistungsfähigkeit sichert.

Ich bin entschlossen, im Reiche und in Preußen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen von Reichs- und Landes-Verfassung zu führen. Dieselben sind von Meinen Vorfahren auf dem Throne in weiser Erkenntniß der unabweisbaren Bedürfnisse und zu lösenden schwierigen Aufgaben des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens begründet worden und müssen allseitig geachtet werden, um ihre Kraft und segensreiche Wirksamkeit bethätigen zu können.

Ich will, daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Unterthanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe

— haben doch Alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt.

Einig mit den Anschauungen Meines Kaiserlichen Herrn Vaters, werde Ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirthschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Mißstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staats allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen.

Mit den sozialen Fragen enge verbunden erachte Ich die der Erziehung der heranwachsenden Jugend zugewandte Pflege. Muß einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, daß durch Halbbildung ernste Gefahren geschaffen, daß Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirthschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder daß durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe.

Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufgewachsenes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirthschaftlicher Bewegung durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung Einzelner für die Gesammtheit erwachsen. Es ist Mein Wille, daß keine Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, daß der Versuchung zu unverhältnißmäßigem Aufwande entgegengetreten werde.

Jedem Vorschlage finanzieller Reformen ist Meine vorurtheilsfreie Erwägung im voraus gesichert, wenn nicht die in Preußen altbewährte Sparsamkeit die Auflegung neuer Lasten umgehen und eine Erleichterung bisheriger Anforderungen herbeiführen läßt.

Die größeren und kleineren Verbänden im Staate verliehene Selbstverwaltung halte Ich für ersprießlich. Dagegen stelle Ich es zur Prüfung, ob nicht das diesen Verbänden gewährte Recht der Steuer-Auflagen, welches von ihnen ohne hinreichende Rücksicht auf die gleichzeitig von Reich und Staat ausgehende Belastung geübt wird, den Einzelnen unverhältnißmäßig beschweren kann.

In gleicher Weise wird zu erwägen sein, ob nicht in der Gliederung der Behörden eine vereinfachende Änderung zulässig erscheint, in welcher die Verminderung der Zahl der Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge ermöglichen würde.

Gelingt es die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten, so wird es mir zu besonderer Genugthuung gereichen, die Blüthe, welche deutsche Kunst und Wissenschaft in so reichem Maße zeigt, zur vollen Entfaltung zu bringen.

Zur Verwirklichung dieser Meiner Absichten rechne Ich auf Ihre so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung Ihrer bewährten Erfahrung.

Möge es Mir beschieden sein, dergestalt unter einmüthigem Zusammenwirken der Reichsorgane, der hingebenden Thätigkeit der Volksvertretung, wie

aller Behörden, und durch vertrauensvolle Mitarbeit sämmtlicher Klassen der Bevölkerung Deutschland und Preußen zu neuen Ehren in friedlicher Entwickelung zu führen.

Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großthaten, werde Ich zufrieden sein, wenn dereinst von Meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei Meinem Volke wohlthätig, Meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen!

Berlin, den 12. März 1888.

Ihr wohlgeneigter

Friedrich."

Die erste Handlung unter der neuen Regierung war die Ordnung der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Kaiser. Überall in Deutschland und in allen deutschen Gemeinden des Auslandes beging man am 16. März die Totenfeier, am großartigsten in Berlin, wo an diesem Tage die Überführung der Leiche vom Berliner Dom ins Mausoleum zu Charlottenburg erfolgte. Die städtischen und staatlichen Behörden wetteiferten in Berlin, die Landestrauer im Schmuck der Stadt und in der Einrichtung des Leichenzuges zu prachtvoll würdigem Ausdruck zu bringen, und zahllose Fürstlichkeiten und Vornehmheiten aller Höfe und Länder, ihr und der Ihrigen Beileid bezeugend, verherrlichten durch ihr Geleite den Zug.

Sodann erfüllte der König die zunächst ihm obliegende Verfassungspflicht; er leistete den Schwur auf die Verfassung, und zwar, da er es mündlich nicht konnte, auf schriftlichem Wege. Am 19. März verlas Fürst Bismarck vor den vereinigten beiden Häusern des preußischen Landtages folgende königliche Botschaft:

„Wir Friedrich, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen: Nachdem es Gott gefallen hat, nach dem Hinscheiden Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm, Unseres vielgeliebten Herrn Vaters, Uns auf den Thron Unserer Vorfahren an der Krone zu berufen, entbieten Wir dem Landtag Unserer Monarchie Unsern Gruß. Die Gesinnungen und Absichten, in welchen Wir Unsere Regierung angetreten haben, die Grundsätze, nach denen Wir Unseres Königlichen Amtes walten wollen, haben Wir Unserem getreuen Volke schon verkündet. In den Wegen Unseres glorreichen Herrn Vaters wandelnd werden Wir kein anderes Ziel Unseres Strebens kennen, als das Glück und die Wohlfahrt des Vaterlandes. In gewissenhafter Beobachtung der Verfassung unter Wahrung der Machtfülle der Krone, in vertrauensvollem Zusammenwirken mit der Landesvertretung hoffen Wir dieses Ziel unter Gottes Beistande zum Heile des Vaterlandes zu erreichen. Wir sind Uns der nach Artikel 54 der Verfassung Uns obliegenden Pflichten voll bewußt. Da jedoch Unser Gesundheitszustand Uns zur Zeit nicht gestattet, dieser Verpflichtung persönlich nachzukommen, Wir aber das Bedürfnis fühlen, unverweilt Unsere ohnehin keinem Zweifel unterworfene

Stellung zu den Verfassungsordnungen des Landes vor der Volksvertretung zu bekunden, so geloben Wir hiermit schon jetzt, daß Wir die Verfassung Unseres Königsreichs fest und unverbrüchlich halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren wollen.

Charlottenburg, den 17. März 1888.

Fürst v. Bismarck. v. Puttkamer. v. Maybach. Lucius. v. Friedberg. v. Boetticher. v. Goßler. v. Scholz. Bronsart v. Schellendorf."

Hierauf — eine Stunde später desselben Tages — geschah durch den Reichskanzler im deutschen Reichstage die Verlesung der Botschaft des neuen Kaisers, in welchem derselbe seinen Regierungsantritt bekundete und dem Reichstage seinen Dank für die Annahme des Landwehrgesetzes, diese letzte Freude seines Vaters, aussprach:

„Wir Friedrich, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Durch den nach Gottes Rathschlusse erfolgten Hintritt Unseres geliebten Herrn Vaters ist mit der preußischen Krone die deutsche Kaiserwürde auf Uns übergegangen. Wir haben die mit derselben verbundenen Rechte und Pflichten mit dem Entschlusse übernommen, die Reichsverfassung unverbrüchlich zu beobachten und aufrecht zu erhalten und demgemäß die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten und des Reichstages gewissenhaft zu achten und zu wahren. Im Bewußtsein der mit der Kaiserlichen Würde Uns überkommenen hohen Aufgabe werden Wir nach dem Vorbilde Unseres unvergeßlichen Herrn Vaters jederzeit darauf bedacht sein, in Gemeinschaft mit den Uns verbündeten Fürsten und freien Städten unter der verfassungsmäßigen Mitwirkung des Reichstages Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen, die Ehre des Reiches zu wahren, den Frieden nach außen und im Innern zu erhalten und die Wohlfahrt des Volkes zu pflegen.

Durch die einmüthige Bereitwilligkeit, mit welcher der Reichstag den auf die Fortbildung der vaterländischen Wehrkraft behufs Sicherstellung des Reiches gerichteten Vorschlägen der verbündeten Regierungen zugestimmt hat, ist des Hochseligen Kaisers Majestät noch in den letzten Tagen Seines Lebens hoch erfreut und gestärkt worden. Ihm ist es nicht mehr vergönnt gewesen, dem Reichstage seinen Kaiserlichen Dank für diese Beschlüsse auszudrücken. Um so mehr ist es Uns Bedürfniß, dieses Vermächtniß des in Gott ruhenden Kaiserlichen Herrn dem Reichstage zu übermitteln und dem letzteren auch Unseren Dank und Unsere Anerkennung für die bei diesem Anlaß aufs neue bewiesene patriotische Hingebung auszusprechen.

In zuversichtlichem Vertrauen auf diese Hingebung und die bewährte Vaterlandsliebe des gesammten Volks und seiner Vertreter legen wir die Zukunft des Reichs in Gottes Hand.

Gegeben Charlottenburg den 15. März 1888.

Friedrich.
von Bismarck."

Die beiden Körperschaften, Landtag und Reichstag, antworteten mit Äußerungen der Trauer um den verstorbenen Monarchen und der Treue für dessen Nachfolger: Gefühle, die allgemein waren im preußischen und im deutschen Volke. Aber ebenso allgemein war in den Herzen die Besorgnis um den Ausgang des stillen Kampfes, in welchem die Lebenskraft des Kaisers mit seiner tückischen Krankheit lag. Zwar Mackenzie, der bei ihm und seiner Gemahlin, der Kaiserin Viktoria, noch immer festes Zutrauen genoß und von ihnen nach Charlottenburg berufen worden war, setzte sein System, Schlimmes zu leugnen oder zu beschönigen fort, und nach seinen Darstellungen hätte man glauben sollen, daß es dem Kranken eigentlich ganz gut gehe. In der That aber und die deutschen Ärzte hatten es längst erkannt, war sein Zustand ganz hoffnungslos; die Verwüstungen, die der Krebs im Halse anrichtete, griffen immer weiter. Trotzdem beteiligte sich Friedrich III. an den Regierungsgeschäften, so viel er konnte; die Last, die ihm zu schwer gewesen wäre, Repräsentation, Militärsachen u. a., nahm ihm Kronprinz Wilhelm ab, den er für gewisse Fälle zu seinem Stellvertreter ernannt hatte. So qualvoll, so trostlos sein Schicksal auch war, es konnte ihm die Fassung, den mannhaften Sinn nicht rauben. „Lerne zu leiden, ohne zu klagen!“ schrieb er auf eins jener Blätter, die ihm seit Monden statt der Sprache dienen mußten. Ende Mai (am 24sten) hatte er noch die Freude, der Vermählung seines zweiten Sohnes, des Prinzen Heinrich, mit der Prinzessin Irene von Hessen-Darmstadt beizuwohnen. Am 1. Juni siedelte er nach Schloß „Friedrichskron“ (dem „Neuen Palais“) bei Potsdam über. Dort hat er die letzten martervollsten Tage bestanden; am 12. Juni ward künstliche Ernährung nötig. Die Kraft des Dulders, der bis zum letzten Augenblicke sein fürchterliches Leiden mit Mut und Ergebung getragen hatte, war erschöpft; Freitag, den 15. Juni vormittags 11 Uhr hauchte er seine Seele aus.

Neunundneunzig Tage hatte seine Regierung gedauert; dennoch wäre sie lang genug gewesen, um tiefere Spuren in der Geschichte zu hinterlassen, als sie that, wenn er in Kraft und Gesundheit das Zepter geführt hätte. So aber konnte er nicht daran denken, erhebliche Neuerungen vorzunehmen, auch wenn er es gewollt hätte. Letzteres war indes schwerlich der Fall. Vielmehr scheint er, als er selbst König geworden, in den Hauptsachen mit der Politik Bismarcks einverstanden gewesen zu sein, auch was die inneren Angelegenheiten betraf, wie er denn ein von den Freisinnigen sehr bekämpftes, bei dem Tode seines Vaters noch nicht fertiges Gesetz genehmigte (27. Mai), nach welchem behufs Herbeiführung größerer Ruhe im Parteitreiben und größerer Stetigkeit des parlamentarischen Lebens künftig nicht alle drei, sondern nur alle fünf Jahre die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause stattfinden sollten. Wenn die freisinnige Partei, die sich seiner Gunst rühmte, von Friedrich III. den Sturz Bismarcks erhofft hatte, so fand sie sich getäuscht. Anläufe, die dazu von ihren Gönnern in der Umgebung des Kaisers unternommen wurden, scheiterten. Dagegen erreichte sie mit deren Hilfe die Entlassung des ihr ebenfalls sehr verhaßten

Ministers des Innern v. Puttkamer. Dieser Minister war der Meinung, bei der Wichtigkeit der politischen Wahlen für den Staat und gegenüber dem großen Einfluß, den die Parteipresse, und den reiche und mächtige Privatleute — Großkaufleute, Großgrundbesitzer, Fabrikherren, sowie die katholische Geistlichkeit — auf die Stimmung der Wähler übten, dürfe die Regierung sich bei den Wahlen nicht unthätig verhalten; sie müsse das Ihrige thun, um regierungsfreundliche Wahlen zu erzielen.

Er stützte sich dabei auf einen Erlaß Wilhelms I. vom 4. Januar 1882, der es allen Regierungsbeamten, ihrer persönlichen Wahlfreiheit unbeschadet, zur Pflicht machte, die Regierungspolitik wie überall so auch bei den Wahlen gegen Anfeindungen zu vertreten. Allein man warf ihm von seiten der Liberalen vor, daß er wenigstens in einem Falle — bei einer Wahl in Elbing — auch ungesetzliche Wahlbeeinflussung geduldet habe. Die Rechtfertigungsschrift, die er darüber auf Erfordern des Königs Friedrich diesem einschickte, wurde von demselben für ungenügend erklärt, und empfindlich über die seiner Ansicht nach unverdiente Rüge, nahm er (9. Juni) seinen Abschied. An dem politischen Charakter der Regierung wurde dadurch nichts geändert; denn nach dem bald darauf eintretenden Thronwechsel wurde das Ministerium des Innern wieder mit einem Konservativen, Herrfurth, besetzt.

Über Friedrich III. als Politiker ein sicheres Urteil zu fällen, ist wegen der Kürze und Behinderung seiner Regierung unmöglich. Auch gingen die Meinungen der Parteien hier auseinander; in dem Lobe des Menschen aber sind alle einig. Seine liebenswürdige Erscheinung, sein humanes Wesen und der ideale Zug in seinen Gedanken und Wünschen, sowie das schöne musterhafte Familienleben, welches er führte, machen sein Bild der Erinnerung lieb und teuer; die Art, wie er sein Leiden trug, macht es auch ehrwürdig. Denn, wie es in einem berühmten Nachrufe*) sehr richtig von ihm heißt: „Mit einem frommen Duldermute, dessen Größe wohl nur wenige ganz ermessen, mit einer Heldenkraft, die allen Glanz seiner Schlachtensiege überstrahlt, hat er die Qualen seiner Krankheit ertragen, der Sprache beraubt, im Angesicht des Todes immer und immer die alte Pflichttreue der Hohenzollern, seine warme Begeisterung für alle ewigen Güter der Menschheit bewährt. Würdig der Väter ist er zum ewigen Frieden eingegangen, und so lange deutsche Herzen schlagen, werden sie des königlichen Dulders gedenken, der uns einst als der glücklichste und frohmutigste der Deutschen erschien und nun in so tiefem Leiden enden mußte." —

Die Bestattung Kaiser Friedrichs erfolgte vormittags 10 Uhr des 18. Juni. Wie er gewünscht, war die Feier eine stillere als die für seinen Vater abgehaltene, und wurde seine Leiche in der Friedenskirche zu Potsdam beigesetzt, wo auch Friedrich Wilhelm IV. ruht, der wie er im Unglück endete.

---

*) v. Treitschke a. a O. 85. — Vgl E. Berner, Die Kaiserschriften des Jahres 1888, Forsch. 1889, II. S. 549 ff.

Wilhelm II.

„Auf meinem Enkel, dem Prinzen Wilhelm, ruht meine Hoffnung für die Zukunft“, hatte einst der Kaiser Wilhelm I. gesagt. Auf diesen Prinzen richtete sich die Hoffnung des ganzen Vaterlandes. In voller Jugendkraft — 29 Jahre alt — bestieg er nun nach dem Tode seines Vaters, am 19. Juni 1888, den Thron Friedrichs des Großen und Wilhelms des Großen.

Selten war ein Prinz auf das Königsamt so trefflich vorbereitet, selten insbesondere so viel mit dem praktischen Leben bekannt gemacht worden wie Prinz Wilhelm; seine Eltern, Friedrich und Viktoria, haben sich durch die weise, vorurteilsfreie Erziehung, die sie ihm gaben, ein großes Verdienst erworben. Wilhelm II. wurde geboren am 27. Januar 1859 zu Berlin und erhielt in der heiligen Taufe die Vornamen: Friedrich Wilhelm Viktor Albert. Der junge Prinz wurde „Wilhelm“ genannt, und dieser Name nach der Bestimmung Kaiser Wilhelms I. bei Gelegenheit der Großjährigkeitsfeier auch für die spätere Zeit der Regierung beibehalten. Zehn Jahre alt ward unser Kaiser als Offizier in die Armee eingestellt, und in seinem sechzehnten Lebensjahre fand nach beendetem evangelischen Konfirmationsunterrichte seine kirchliche Einsegnung statt. Dann aber schickte Kronprinz Friedrich seinen Sohn, wie es mit anderen Landeskindern gehalten wird, auf eine öffentliche Schule, und zwar auf das Gymnasium in Kassel. Damit durchbrach er, zuerst unter seinen Standesgenossen, die herkömmlichen Schranken der abgesonderten Prinzenerziehung und stellte den dereinstigen Thronerben in die Mitte des Volkslebens, mitten ins praktische Leben. Am 20. Januar 1877 bestand Prinz Wilhelm in ehrenvoller Weise die Abiturientenprüfung und wurde an seinem bald darauf folgenden Geburtstag für großjährig erklärt. Im Herbst desselben Jahres schickte ihn sodann sein Vater auf die Universität Bonn, damit er dort Staats- und Rechtswissenschaft studiere, zugleich aber auch aus eigener Anschauung das eigenartige deutsche Studentenleben kennen lerne. Zwei Jahre später, bei einem Besuche in Primkenau (bei Sprottau in Schlesien) verlobte er sich mit Auguste Viktoria (geboren am 22. Oktober 1858 zu Dolzig), Tochter des Herzogs Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Am 27. Februar 1881 fand sodann in Berlin die Hochzeit des hohen Paares statt. Die Kinder, die dieser Ehe entsprossen, sind: Wilhelm (geboren am 6. Mai 1882), Eitel Friedrich (geboren am 7. Juli 1883), Adalbert (geboren am 14. Juli 1884), August Wilhelm (geboren am 29. Januar 1887), Oskar (geboren am 27. Juli 1888), Joachim (geboren am 17. Dezember 1890) und Viktoria Luise (geboren am 13. September 1892). Inzwischen war der Prinz auch in seiner militärischen Ausbildung weiter vorgeschritten. Nachdem er am 22. März 1880 Hauptmann im 1. Garde-Regiment zu Fuß geworden, wurde er 1881 zum Major und 1885 zum Oberst des Leib-Garde-Husarenregiments befördert; am 27. Januar 1888 wurde er General-Major und Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade.

Dies war die Vorbereitung, die Wilhelm II. zu seinem großen Beruf mitbrachte. Mit welchen Gesinnungen und Absichten er die Regierung antrete, das verkündete er selbst in den Ansprachen, die er nunmehr als Kriegsherr an das Heer und die Marine, als Landesherr an das Volk richtete. In dem Erlaß an die Armee (zu Schloß Friedrichskron den 16. Juni gegeben) sagte er:

„Die Zuversicht, mit welcher Ich an die Stelle trete, in die Mich Gottes Wille beruft, ist unerschütterlich fest; denn Ich weiß, welchen Sinn für Ehre und Pflicht Meine glorreichen Vorfahren in die Armee gepflanzt haben, und Ich weiß, in wie hohem Maße sich dieser Sinn immer und zu allen Zeiten bewährt hat.

In der Armee ist die feste, unverbrüchliche Zugehörigkeit zum Kriegsherrn das Erbe, welches vom Vater auf den Sohn, von Generation zu Generation geht, — und ebenso verweise Ich auf Meinen Euch Allen vor Augen stehenden Großvater, das Bild des glorreichen und ehrwürdigen Kriegsherrn, wie es schöner und zum Herzen sprechender nicht gedacht werden kann — auf Meinen theuren Vater, der Sich schon als Kronprinz eine Ehrenstelle in den Annalen der Armee erwarb, — und auf eine lange Reihe ruhmvoller Vorfahren, deren Namen hell in der Geschichte leuchten, und deren Herzen warm für die Armee schlugen.

So gehören wir zusammen — Ich und die Armee — so sind wir für einander geboren, und so wollen wir unauflöslich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Willen Friede oder Sturm sein.

Ihr werdet mir jetzt den Eid der Treue und des Gehorsams schwören — und Ich gelobe, stets dessen eingedenk zu sein, daß die Augen Meiner Vorfahren aus jener Welt auf mich herniedersehen, und daß Ich ihnen dermaleinst Rechenschaft über den Ruhm und die Ehre der Armee abzulegen haben werde!“

Die Ansprache an das Volk, in einem Tone gehalten, der von Herzen kam und überall zu Herzen ging, lautete:

„An mein Volk!

Gottes Rathschluß hat über Uns aufs Neue die schmerzlichste Trauer verhängt. Nachdem die Gruft über der sterblichen Hülle Meines unvergeßlichen Herrn Großvaters sich kaum geschlossen hat, ist auch Meines heißgeliebten Herrn Vaters Majestät aus dieser Zeitlichkeit zum ewigen Frieden abgerufen worden. Die heldenmüthige, aus christlicher Ergebung erwachsende Thatkraft, mit der Er Seinen Königlichen Pflichten ungeachtet Seines Leidens gerecht zu werden wußte, schien der Hoffnung Raum zu geben, daß Er dem Vaterlande noch länger erhalten bleiben werde. Gott hat es anders beschlossen. Dem Königlichen Dulder, dessen Herz für alles Große und Schöne schlug, sind nur wenige Monate beschieden gewesen, um auch auf dem Throne die edlen Eigenschaften des Geistes und Herzens zu bethätigen, welche ihm die Liebe Seines Volkes gewonnen haben. Der Tugenden, die ihn schmückten, der Siege, die Er auf den Schlachtfeldern einst errungen hat, wird dankbar gedacht werden,

solange deutsche Herzen schlagen, und unvergänglicher Ruhm wird Seine ritterliche Gestalt in der Geschichte des Vaterlandes verklären.

Auf den Thron meiner Väter berufen, habe Ich die Regierung im Aufblick zu dem Könige aller Könige übernommen und Gott gelobt, nach dem Beispiel Meiner Väter Meinem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrängten ein Helfer, dem Rechte ein treuer Wächter zu sein.

Wenn Ich Gott um Kraft bitte, diese Königlichen Pflichten zu erfüllen, die Sein Wille Mir auferlegt, so bin Ich dabei von dem Vertrauen zu dem preußischen Volke getragen, welches der Rückblick auf Unsere Geschichte Mir gewährt. In guten und in bösen Tagen hat Preußens Volk stets treu zu seinem Könige gestanden; auf diese Treue, deren Band sich Meinen Vätern gegenüber in jeder schweren Zeit und Gefahr als unzerreißbar bewährt hat, zähle auch Ich in dem Bewußtsein, daß Ich sie aus vollem Herzen erwidere, als treuer Fürst eines treuen Volkes, beide gleich stark in der Hingebung für das gemeinsame Vaterland. Diesem Bewußtsein der Gegenseitigkeit der Liebe, welche Mich mit Meinem Volke verbindet, entnehme Ich die Zuversicht, daß Gott Mir Kraft und Weisheit verleihen werde, Meines Königlichen Amtes zum Heile des Vaterlands zu warten.

Potsdam, den 18. Juni 1888.

Wilhelm."

Eine Woche nach diesem Erlaß erfolgte dann im Beisein der deutschen Fürsten die feierliche Eröffnung des Reichstages durch den neuen Herrscher. Dies und die Beibehaltung des alten Kanzlers der ersten beiden deutschen Kaiser, des Fürsten Bismarck, schien eine unveränderte Fortdauer der bestehenden Verhältnisse zu gewährleisten. Bald aber traten Meinungsverschiedenheiten über einzelne Regierungsmaßregeln zwischen Kaiser und Kanzler auf, die schließlich dahin führten, daß der Kaiser den Fürsten auffordern ließ, seine Entlassung zu nehmen. Nach mehrfachem Sträuben reichte Bismarck schließlich folgendes Abschiedsgesuch ein*):

Berlin, 18. März 1890.

„Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. Mts. haben Euere Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende alleruntertänigste Darlegung.

Für die Stellung eines „Präsidenten des Staatsministeriums" war zur Zeit des absoluten Königthums kein Bedürfniß vorhanden und es wurde zuerst

*) Veröffentlicht von Moritz Busch nach einer von ihm im Mai 1891 zu Friedrichsruh genommenen Kopie der Urschrift.



auf dem geeinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfniß hingewiesen verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines „Premier-Ministers“ anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesammtministeriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben, und wurden „Präsidenten des Staatsministeriums“ ernannt in Graf Arnim, Camphausen, Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesammtpolitik des Kabinets, also der Gesammtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihm ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältniß des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständniß mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesammtpolitik des Kabinets zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemuthet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahiren kann, ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche Jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister und namentlich dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesammtpolitik des Kabinets die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus, ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir einverstanden und auch darüber, daß auch jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieses Bedürfniß noch stärker hervortreten, wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehen wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfniß gehabt, mich einem Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die

Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicher zu stellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müssen, um die nöthige Einheit im Dienste Eurer Majestät sicher zu stellen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich außer Stande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

Nach den Mittheilungen, welche mir der General von Hahnke und der Geheime Kabinetsrath von Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. ertheilten Befehl aufrecht erhalten, und in Aussicht gestellt, mein dadurch nothwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero Preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Theilung meiner Ämter namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich aller Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde (hier zu wiederholen). Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen Alles beim Alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Euere Majestät geruhten außerdem bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. Mts. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Betheiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, deren ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch, wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und äußeren Reichspolitik so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbetheiligt gegenüberstände von der bayerischen oder sächsischen und von der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrathe dem Reichstage gegenüber keinen Theil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen

Eurer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in . . . . gestern begleiteten in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu . . . unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat, und deren über Erwarten große Bedeutung mir . . . nach seiner Rückkehr aus P. bestätigt hat.

Es ist bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in die Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesammtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden, aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienste bliebe, kann ich nicht anders, als Eure Majestät allerunterthänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des Preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mittheilungen aus Euerer Majestät Civil- und Militärkabinet entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinem Entlassungsgesuch den Wünschen Eurer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Eurer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Eurer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Eure Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurtheilt wird.

von Bismarck."

Außer Bismarck schieden fast zugleich noch zwei andere bedeutende Persönlichkeiten aus der Zeit Kaiser Wilhelms I., indem der Tod sie vom Schauplatz ihrer langjährigen Thätigkeit abrief: Kaiserin Augusta (gest. am 7. Januar 1890) und Moltke (gest. am 25. April 1891). An Stelle des Fürsten Bismarck trat nun der General, spätere Graf von Caprivi, der bis zum 26. Oktober 1894 im Amte blieb, und dann in der Person des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst einen Nachfolger erhielt.

Kaiser Wilhelm II. hat in diesen ersten zehn Jahren auf fast allen Gebieten des Staatslebens in neu gestaltender Weise sich bethätigt. Die Internationale Arbeiterschutz-Konferenz in Berlin, die er veranlaßte, hatte zwar keinen greifbaren Erfolg. Wohl aber wurde durch Annahme des schon unter

Kaiser Wilhelm I. geplanten Gesetzes über Invaliditäts- und Alters-Versicherung der arbeitenden Klassen für das Wohl der letzteren gesorgt. Auch eine Schulmänner-Konferenz wurde auf unseres Kaisers Befehl berufen, und deren Beschlüsse zum Teil durchgeführt. Noch manches andere geschah für Kunst und Wissenschaft, namentlich für erstere: das Reichstagsgebäude wurde vollendet, Berlin mit mehreren prächtigen Kirchenbauten bedacht, Denkmäler für Kaiser Wilhelm den Großen in vielen Orten errichtet, z. B. das Nationaldenkmal in Berlin (1897). Der Bau eines neuen Doms in der Hauptstadt wurde begonnen, desgleichen in der dortigen Siegesallee eine Reihe prachtvoller Marmorgruppen der brandenburg-preußischen Regenten. Die Rechtspflege hatte die Fertigstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich zu verzeichnen (1897). Auf dem Gebiete der Finanzen fand durch den neuen (seit 1890) Finanzminister v. Miquel eine umfassende Reform des Steuerwesens statt. Auch das Heerwesen erlebte manche Änderung. Nicht bloß fand eine Vermehrung von Bataillonen der Armee und Schiffen der Marine statt, sondern auch in der Bewaffnung und in der Ausbildung der Truppen wurde viel Neues angeordnet. Besonders einschneidend war auf diesem Gebiete die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Für Handel und Verkehr wurde gleichfalls in mannigfacher Hinsicht gesorgt. Es ist hier zu verzeichnen die Einführung der Sonntagsruhe, der Abschluß von Handelsverträgen mit mehreren fremden Ländern, die Einweihung des Hamburger Freihafens, die in feierlichster Weise erfolgte Eröffnung des Nordostsee-Kanals im Jahre 1895, der dann den Namen „Kaiser-Wilhelm-Kanal" erhielt. Mit England wurde ein Abkommen hinsichtlich der Abgrenzung der gegenseitigen Gebiete in Afrika getroffen und auf diese Weise Helgoland für Deutschland gewonnen (1890); die Insel wurde der preußischen Provinz Schleswig-Holstein einverleibt. Durch einen Vertrag mit China gewann ferner das deutsche Reich den Besitz der wichtigen Bucht von Kiautschou (1898).*) In der äußeren Politik machte sich nach der Entlassung Bismarcks zuerst eine Vorliebe für England, eine Abneigung gegen Rußland geltend; doch hat sich Kaiser Wilhelm seitdem wieder den Anschauungen des „alten Kurses" genähert.

Eine Folge dieser Wandlung seiner Denkweise war auch die Aussöhnung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck. Nach dem Rücktritte desselben war der Verkehr zwischen beiden abgebrochen gewesen, und der alte Kanzler in dieser Zeit nur durch die wahrhaft großartigen Beweise der Liebe und Verehrung aus allen Gauen Deutschlands getröstet worden. Da reichte ihm am 19. September 1893 Kaiser Wilhelm die Hand zur Versöhnung und schloß damit den Riß, der nicht zum Heile Deutschlands und Preußens durch die Nation gegangen war. So sah denn auch der 1. April 1895 die Besten des Volkes um ihren Kaiser geschart zur Feier des 80. Geburtstages des greisen Fürsten, ebenso wie der 2. September desselben Jahres und der 22. März 1897

*) Kiautschou, Deutschlands Erwerbung in Ostasien, von G. Franzius, Berlin 1898.

die nämlichen Kreise zur Feier der 25jährigen Wiederkehr der Ereignisse von 1870 und zur Feier des 100jährigen Geburtstages Kaiser Wilhelms des Großen vereinigt sah. Und wieder riefen uns die Glocken zu gemeinsamem Handeln. Aber nicht wie sonst zur Bethätigung der Freude, nein zu tiefer Trauer. Am 30. Juli 1898 ist unser Bismarck, der „treue deutsche Diener Kaiser Wilhelms I.", zur ewigen Ruhe eingegangen. Das, was alle echten Deutschen in dieser Zeit dachten und fühlten, spiegelte treu der Nachruf des Kaisers auf den Fürsten wider:

„Mit meinen hohen Verbündeten und mit dem ganzen deutschen Volke stehe Ich trauernd an der Bahre des ersten Kanzlers des Deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir Zeugen seines herrlichen Wirkens waren, die wir an Ihm als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlosen Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblick, alle Thaten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die Er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die Er errungen, aufzuzählen. Sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen Tafeln eingraben. Mich aber drängt es vor der Welt der einmüthigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation heute erfüllt ist, und im Namen der Nation das Gelübde abzulegen, das, was Er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und, wenn es noththut, mit Gut und Blut zu vertheidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr!

Ich beauftrage Sie, diesen Meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Friedrichsruh, den 2. August 1898.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler."

Register.

A.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

J.

J (j).

K.



L.

N.



Q.

R.

S.

T.

U.

V.

W.

X.

Y.

Z.

Druck von G. Bernstein in Berlin.





